J. publ. G. Moser
536 b -1

<36616690360016

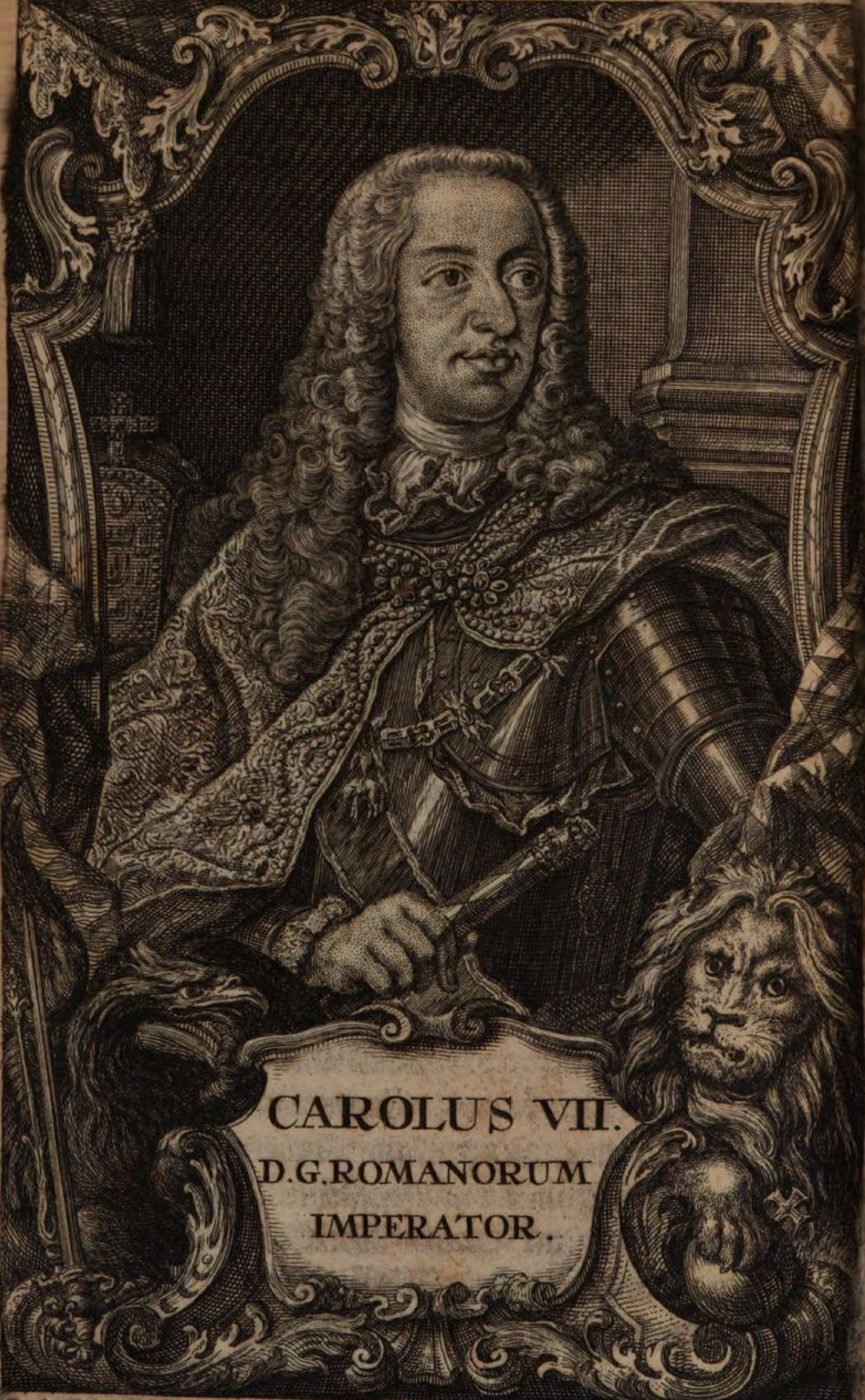
<36616690360016

Bayer. Staatsbibliothek

Rr

J. Publ. germ. 536[b]

Moser



...cob Andreas Fridrich del. et ſculpsit A.V.

Staats-Hiſtorie
Teutſchlandes

Unter der Regierung

Ihro Käyſerlichen Majeſtät

Carls des Siebenden

In ſo ferne ermelte Hiſtorie in das allgemeine
oder beſondere Staats-Recht des gantzen Teutſchen
Reiches, oder deſſen eintzeln Reichs-Stände
einſchläget

Nebſt

Verſchiedenen Deductionen

Welche

In keiner andern Sammlung befindlich
an das Licht geſtellet

Von

Johann Jacob Moſer.

JENA,
Bey Chriſtian Heinrich Cuno.
1743.

BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS.

Vorrede.

DIe Abſicht dieſer Arbeit kommet guten theils mit der vormals von mir in 23. Bänden an das Licht geſtellten Reichs-Fama (deren Fortſetzung ſo offt an mich geſonnen worden iſt,) überein. Ich ſuche nemlich darinnen zuſammen zu tragen, was ſich von Zeit zu Zeit in unſerem Teutſchland zuträget, ſo in deſſen allgemeinen oder beſonderen

Staats-Recht einen Nutzen hat und dahero auf künfftige Zeiten und Umſtände angemercket und aufbehalten zu werden verdienet. Jedoch iſt die Einrichtung allhier anders beſchaffen als in jenem Werck.

1. Die Haupt-Eintheilung iſt nach denen Jahren gemacht, dahero z. E. nicht eher zu der Hiſtorie des Jahres 1743. geſchritten wird, biß die Hiſtorie des Jahres 1742. ganz zu Ende iſt. Wann ich aber erſt nachhero, wann die Hiſtorie eines Jahres ſchon abſolviret worden iſt, etwas in Erfahrung bringe, werde ich es dem Leſer deßwegen nicht vorenthalten, ſondern es ſchon an einem bequemen Ort einzuſchalten wiſſen.

2. Vor jedem Jahr ſtehet eine kurtze allgemeine Hiſtorie von Europa, beſonders von Teutſchland, woraus erſichtlich iſt,

wie

wie es überhaupt diſes Jahr über ausgeſehen habe, weil ſolches öffters denen hernach verhandelten ſpecial-Materien einiges Licht giebet.

3. Die Hiſtorie jedes Jahres ſelbſt aber iſt in zwey Bücher getheilt.

In dem Erſten kommen diejenige Sachen für, welche alleine oder mehr in das allgemeine als beſondere Staats-Recht des teutſchen Reiches gehören und bediene ich mich dabey eben der Ordnung der Materien, welche ich in meinem teutſchen Staats-Recht und in dem Grund-Riß der heutigen Staats-Verfaſſung des teutſchen Reichs gehalten habe.

In dem Zweyten Buch aber werden die Materien abgehandelt, welche eigentlich oder mehr in das beſondere als allgemeine

 meine

meine Staats-Recht des teutſchen Reichs gehören, wobey ich Anfangs geſonnen geweſen, die Ordnung zu halten, daß zu erſt von denen Chur-Fürſten nach ihrer Ordnung, 2. von denen geiſt- und weltlichen Fürſten in Alphabethiſcher Ordnung, 3. von denen Prälaten, 4. von denen Grafen, 5. von denen Reichs-Stätten, ſodann 6. von der Reichs-Ritterſchafft und andern unmittelbaren Reichs-Gliedern in gleicher Ordnung gehandelt würde; ich habe aber nachhero beſſer befunden, hierinnen freye Hände zu behalten.

4. Diejenige Acta publica, welche in FABRI Staats-Canzley, denen Selectis Juris publici, der Europäiſchen Fama, dem Europäiſchen Staats-Secretario, der Sammlung derer Staats-Schrifften, u. ſ. w. fürkommen, werden nicht ganz, ſondern

dern nur nach ihrem wichtigſten Innhalt, eingeruckt werden, damit der Leſer nicht einerley Sache ſo offt kauffen müſſe; hingegen werden öffters denen Capituln einige zu der Hiſtorie ſelbigen Jahres gehörige (ob gleich nicht eben allemal erſt ſelbiges Jahr gedruckte) Deductiones und andere Aufſäze von Staats-Sachen ganz, oder per Extractum, angehänget, welche entweder noch gar ungedruckt, oder doch vor anderen würdig ſeynd, noch bekannter und für die Nachkommenſchafft aufgehoben zu werden, die auch in keiner derer obbeſagten Sammlungen würcklich ſtehen, noch künfftig vermuthlich darein kommen werden.

5. Ich werde thun, ſo viel ich kan und es machen, wie der in meinem Wappen befindliche Steinbock: Ibat, quo poterat,

quo non poterat, ibi ſtabat. Wer etwas zur Verbeſſerung oder mehreren Vollſtändigkeit beytragen kan und es entweder mir ſelbſt communiciren, oder ſonſt bekannt machen will, der ſolle deßwegen von dem Publico und mir groſſen Danck, auch, nach Befinden, reele Erkentlichkeit zu erwarten haben.

6. Die Fortſetzung wird G. G. in gleichen Theilen, jeder 3. Alph. ſtarck, geſchehen und die gütige Aufnahme wird ſo wohl mich als den Herrn Verleger aufmuntern, deſto emſiger in der Arbeit fortzufahren.

Ebersdorff im Vogtland,

den 25. Maj. 1743.

Innhalt.

Vorbericht.

Die Hiſtorie der auf jetzige Kayſerliche Majeſtät ausgefallenen Wahl, aus zuverläßigen Nachrichten beſchrieben. pag. 1.

Staats-Hiſtorie Teutſchlandes auf das Jahr 1742.

Allgemeine Hiſtorie Europens und beſonders Teutſchlandes, auf das Jahr 1742. 35.

Erſtes Buch.

Von Sachen, welche in das allgemeine teutſche Staats-Recht gehören.

1. Capitel von der Kayſerlichen Wahl-Capitulation. 44.

Anhang zum 1. Cap. Project, wie Kayſer Carls VI. Wahl-Capitulation in eine etwas beſſere Ordnung gebracht werden könne. 108.

2. Cap. von denen Concordaten zwiſchen der teutſchen Nation und dem Päbſtlichen Stuhl. 233.

3. Cap. von dem Weſtphäliſchen Frieden. 234.

4. Cap. von der Kayſer-Wahl. 238.

Anhang zum 4. Cap. Beantwortung die Böhmiſche Chur-Stimme betreffende Fragen. 254.

5. Cap. von des Kayſers Crönung 290.

6. Cap. von dem Kayſerlichen Recht, Standes-Erhöhungen zu ertheilen. 295.
7. Cap. von dem Kayſerlichen Hof-Poſt-Amt. 295.
8. Cap. von dem Reichs-Archiv. 296.
9. Cap. von Kayſerlichen und Reichs-Cameral-Sachen. 312.
10. Cap. von der Röm. Kayſerin Crönung. 323.
11. Cap. von dem Reichs-Vicariat. 324.
12. Cap. von dem Unterſchied derer Reichs-Stände in Anſehung der Religion. 329.
13. Cap. von Aſſociation derer Reichs-Crayſe. 330.
14. Cap. von Ober-Rheiniſchen Crayß-Sachen. 335.
15. Cap. von denen Chur-Fürſten. 337.
16. Cap. von denen Reichs-Fürſten. 339.
17. Cap. von denen Reichs-Grafen. 357.
18. Cap. von denen Reichs-Stätten. 357.
19. Cap. von der innerlichen Reichs-Securität. 358.
20. Cap. von denen Reichs-Veſtungen. 367.
21. Cap. von dem Reichs-Juſtizweſen. 376.
22. Cap. von Religions-Beſchwerden. 377.
23. Cap. von dem Recurs an den Reichs-Convent. 402.

24. Cap.

24. Cap. von dem Reichs-Convent ſelbſt. 403.
25. Cap. von dem Kayſerlichen Reichs-Hof-Rath. 416.
26. Cap. von dem Kayſerlichen und Reich-Cammer-Gericht. 418.
Anhang zum 14. Cap. num. 1. von deren von Schlitz uralten Reichs-Herren-Stande. 424.
Num. 2. Beweiß der Reichs-Standſchafft derer von Schlitz. 449.
Anhang zum 16. Cap. von Coburgiſchen Reichs-Voto. 476.
Anhang zum 26. Cap. Einleitung zu gründlicher Erkenntniß des Wetzlariſchen Actenmäßigen Berichts von dem im Schwäbiſchen Crayß herkommlichen Jure præſentandi aſſeſſorem A. C. Camerae imper. & imperii. 530.

Zweytes Buch.

Von denen in das beſondere Staats-Recht derer teutſchen Reichs-Stände einſchlagenden Sachen.

1. Cap. von denen Streitigkeiten zwiſchen dem Hauſe Oeſterreich und dem Johanniter-Orden. 726.
2. Cap. von denen Streitigkeiten zwiſchen Chur-Trier, Chur-Cölln und dem Grafen von Neu-Wied

Wied wegen einer fliegenden Brücke über den Rhein. 754.
3. Cap. von denen Streitigkeiten zwiſchen Yſenburg und Franckfurt wegen der Wildbanns-Obrigkeit in denen Franckfurtiſchen Waldungen. 785.
4. Cap. von denen Streittigkeiten zwiſchen Brandenburg-Onolzbach und Kirchberg einer- dann Witgenſtein anderer Seits, wegen der Succesſion in der Grafſchafft Sayn. 861.
5. Cap. von denen Strittigkeiten zwiſchen Brandenburg-Onolzbach und Heſſen-Philippsthal wegen der Succeſſion in der Grafſchafft Sayn Altenkirchiſchen Antheils. 914.

Vor-Bericht.

Die Hiſtorie der auf jetzige Kayſerliche Majeſtät ausgefallenen Wahl,

aus zuverläßigen Nachrichten beſchrieben. (*)

§. I.

Als A. 1740. den 20. Oct. mit Kayſer Carl VI. der Manns-Stamm des Hauſes Oeſterreich, aus welchem nun ſchon etliche 100. Jahre die Kayſer erwählet worden waren, abgienge, ſchiene es Anfangs, der Herzog von Lothringen, Groß-Herzog von Toſcana, des lezt-verſtorbenen Kayſers Erb-Princeßin Gemahl, habe die ſtärckſte Hoffnung, Kayſer zu werden, und

Favorable Aſpecten für Lothringen zur Kayſer-Würde nach Kayſer Carls VI. Tode.

A der

(*) Es könnten zwar wohl noch 100. und mehrmal ſo viele eben ſo ſpeciale und wichtige und zum Theil noch ſpecialere und wichtigere Nachrichten davon mitgetheilet werden; es iſt aber nicht rathſam und der Leſer kan ſich wohl mit dieſem befriedigen.

der Hof zu Wien könne zu ſeinem Vortheil auf die mehrere Stimmen des Chur-Fürſtlichen Collegii, (welche bekanntermaßen zu Erwählung eines Kayſers genugſam ſeynd,) ſicheren Staat machen, dahero hochgedachter Herzog auch kein Bedencken truge, ſich öffentlich als einen Candidaten der Kayſer-Würde darzuſtellen.

§. 2.

In Anſehung Chur-Maynz,

Dann der damalige Chur-Fürſt Philipp Carl zu Maynz hatte ſich A. 1732. durch einen formlichen Tractat anheiſchig gemacht, daß er in Ermanglung männlicher Erben Kayſers Carl VI. demjenigen, welchem der Kayſer ſeine Erb-Tochter würde vermählen wollen, künfftighin ſein bey der Wahl eines Römiſchen Kayſers oder Königes habendes Chur-Fürſtliches Votum, auch ſonſten, als Erſter Chur-Fürſt des Reichs, zu des Wercks Beförderung, ſo viel an ihme ſeye, allen Vorſchub geben wolle. Es ware auch dieſer Tractat noch nach des Kayſers Tod zwiſchen der Königin in Ungarn und Böhmen, dann dem Chur-Fürſten zu Maynz unter ſolchen Bedingungen erneuert worden, deren die Gräflich Elziſche Familie, (aus welcher der Chur-Fürſt Philipp Carl entſproſſen ware,) nicht

nicht nur währender Lebzeit deßelben, ſondern auch noch zehen Jahr lang nach ſeinem Tode, reichlich zu genießen haben ſollte. Und wie die Königin in Ungarn würcklich von Zeit zu Zeit præſtanda præſtirte, ſo thate hinwiederum der Chur-Fürſt auch ſeiner Seits durch Erkennung des Herzogs von Lothringen, als der Chur Böhmen Administratoris, und durch eine Beruffung zu dem Wahl-Tag, einen ſtarcken Pas zu des Herzogs Faveur.

§. 3.

Der Chur-Fürſt zu Trier, Franz Georg hatte nicht nur den feſten Entſchluß gefaßt, ſondern auch unveränderlich behauptet, bey dieſer ganzen Sache weder eitele Ehre, noch Lob, noch Danck, am allermindeſten einiges Intereße, (wie ſeine eigenhändige Formalien lauteten,) vor Augen zu haben und ſich davon weder durch Verſprechungen noch Trohungen abwendig machen zu laßen, ſondern alleine das Gewißen und das Heil des Teutſchen Reichs die Norm aller ſeiner Handlungen bey dieſem Wahl-Geſchäfft ſeyn zu laßen; in deßen Gefolg hat er auch niemalen einigem Candidaten, biß in das Wahl-Conclave hinein, ſeine Stimme verſprochen; doch ware ſehr wahrſcheinlich, Chur-Trier.

daß er ſein Votum, wann es damals zur Wahl gekommen wäre, zu faveur des Hauſes Oeſterreich gegeben haben würde.

§. 4.

Chur-Cölln. Der Chur-Fürſt Clemens Auguſt zu Cölln hatte ſich A. 1731. 1. Sept. gegen Kayſer Carl VI. ebenfalls ſchrifftlich anheiſchig gemacht: Daß er ſeine in dem Chur-Fürſtlichen Collegio habende Stimme, wann der Kayſer über kurz oder lang, zu welcher Zeit es auch ſeyn möchte, zu der Wahl eines Römiſchen Königs zu ſchreiten, zu des Reichs Beſten anſtändig finde, demjenigen, welchen der Kayſer darzu vorſchlagen werde, ohnweigerlich geben und ohne des Kayſers Vorwißen und Begnehmung mit keinem andern, wer der auch ſeye, in die mindeſte Verbindlichkeit, oder auch nur vorläuffige Tractaten, dißfalls ſich einlaßen, ſondern in dieſem, wie in allem andern; des Kayſers gerechteſte Abſichten nach allen Kräfften befördern wolle.

§. 5.

Chur-Böhmen. Die Böhmiſche Chur-Stimme wurde zu Wien als der Kayſerlichen Frau Erbtochter Kraft der güldenen Bull und der von dem Reich garantirten ſanctionis pragmaticæ, ohnſtreitig zuſtehend angeſehen

ſehen und daß die Königin ſolche niemand lieber als ihrem eigenen Herrn Gemahl, würde gegeben haben, iſt leicht zu erachten.

§. 6.

Chur-Braunſchweigs

Chur-Braunſchweig ware durch den A. 1692. bey Errichtung der Neunten Chur geſchloſſenen Tractat verbunden, bey dergleichen Gelegenheiten ſeine Stimme dem Hauſe Oeſterreich zuzuwenden. Und wann man auch gleich dafür halten wollte, dieſer Tractat wäre durch Abgang des Hauſes Oeſterreich, mit deme er getroffen worden, erloſchen, daß auch weiter (wie doch A. 1731. ohne Zweifel geſchehen iſt,) keine neue auf den jetzigen Fall quadrirende Verbindung eingegangen worden ſeye, ſo konnte doch das Haus Oeſterreich auf die biß jezo redlich und realiter bezeugte Freundſchafft dieſes Hofes ſicheren Staat machen und es wäre dem Staats-Intereſſe von Groß-Britannien ſo wohl, als von Chur-Braunſchweig gemäß geweſen, die Oeſterreichiſche Parthie zu unterſtüzen.

§. 7.

und Chur-Brandenburgs

Ja auch der König in Preuſſen lieſſe noch m. Dec. 1740 der Königin in Ungarn

und Böhmen erklären: Er wolle, unter gewiſſen Bedingungen, allen ſeinen Credit anwenden, dem Herzog von Lothringen zur Kayſerlichen Würde zu verhelffen und ſeine Wahl contra quoscunque zu behaupten, und er könne, ohne zu viel zu ſagen, ſich verſprechen, damit zu Stande zu kommen.

§. 8.

wie ſich ſolche wieder geändert?

Alleine die Königin in Ungarn fande damals nicht für gut, die von dem König in Preuſſen dagegen verlangte Bedingungen einzugehen, damit zoge der König auch ſeine Anerbieten zurück; der Churfürſt von Cölln (welcher ohnehin ſchon ſeit A. 1732. ſein ganzes Staats-Syſtema geänderet hatte,) lenckte ſich nun auch auf ſeines Herrn Bruders, des Chur-Fürſtens zu Bayern, Seite, welcher ſeine Stimme ſich ſelbſten vorbehielte, hingegen die Königin in Ungarn gar nicht in Qualität einer Königin in Böhmen erkennen wolte, wobey ihme zu ſtatten kame, daß Chur-Sachſen die Königin zwar dafür agnoſcirte, aber ihro die Adminiſtration des Chur-Voti nicht eingeſtehen, ſondern ſolches ſeinem Chur-Prinzen, als proximo Cognato, vindiciren wollte, und dadurch

für

für ſich ſelbſt eine zur Kayſer-Würde nöthige Stimme weiter zuſammen bringen zu wollen ſchiene. Chur-Pfalz endlich ergreiffe ebenfalls die Chur-Bayriſche Parthie. Solchemnach äuſſerte ſich gar bald, daß vor den Herrn Herzog zu Lothringen nicht genug Stimmen vorhanden ſeyen.

§. 9.

Andere Candidaten der Kayſer-Würde.

Aber eben ſo wenig wollte ſich auch die genugſame Anzahl für einen andern Candidaten finden, dahero auch ſo wenig Chur-Sachſen, als Chur-Bayren (welches damahls noch nicht in ſolcher Verfaſſung ſtunde, ſich durch eigene und allirte Macht, ꝛc. bey der Wahl ſchüzen und die Laſt der Kayſer-Würde ertragen zu können,) ſich damahls öffentlich melden.

§. 10.

Der Wahl-Tag wird zwar eröffnet, bleibet aber in der Inactivität.

Nun trunge zwar Maynz, Oeſterreich und andere darauf, den Wahl-Convent dannoch in termino legali, den 1. Mart. 1741. zu eröffnen; andere Höfe hingegen hielten dafür, ſo lange man noch nicht zum Voraus wenigſtens per maiora einig ſeye: wen man wählen wolle? werde man vergeblich beyſamen ſeyn, weil ſich ja das ganze

Capitulations-Werck nach denen Umſtänden des Subiecti, welches man zu erwählen geſonnen wäre, richten müßte und man, ehe die Sache außer dem Conclavi ihre Richtigkeit habe, zu keinem Wahl-Actu ſchreiten könne, oder doch ſelbiger, weil keine Maiora Collegii heraus kämen, vergeblich, mithin die Confuſion im Reich hernach größer ſeyn würde als zuvor. Doch nahme man in publico einen andern Vorwand, die Verſchiebung des Wahl-Convents zu erhalten, nemlich die wegen der Böhmiſchen Chur entſtandene Strittigkeiten und das zwiſchen der Königin in Ungarn und dem König in Preußen ſich angeſponnene fatale Krieges-Feuer. Der Wahl-Tag wurde zwar dannoch den 1. Mart. gewißermaßen eröffnet, aber ohne einigen Succeß, weil die vorhandene wenig Geſandten nicht einmal zu einer einigen Conferenz gelangen konnten, da Böhmen ſich nicht ausſchließen laßen, andere aber ſelbiges gar nicht, oder doch keinen Geſandten von der Königin, oder ihrem Gemahl, zulaßen wollten und jede Parthie ihre Freunde in dem Chur-Fürſtlichen Collegio fande.

§. II.

§. 11.

Die Anweſende Geſandten ſprachen alſo m. Martio bloß einzeln und privatim unter ſich von des Wahl-Tags Eröffnung, derer Wahl-Geſandten Erſcheinen, Vollmachten, Character, Ceremoniel unter ſich und mit anderen, beſonders mit dem Päbſtlichen Nuntio und dem Spaniſchen Geſandten, wegen der Geſandtſchafftlichen Quartiere, ins beſondere des Böhmiſchen wegen des Orts, Modi und Eröffnung derer Conferentien, wegen des Böhmiſchen Voti, derer Differentien zwiſchen Oeſterreich und Sachſen, ſo dann zwiſchen Oeſterreich und Preußen, wegen der Candidaten der Kayſer-Crone, wegen der Chur-Cöllniſchen Erkennung der Königin in Ungarn, des Fürſten-Convents zu Offenbach, der Cron Franckreich Aufführung in dieſer Wahl-Sache, u. ſ. w. Wahl-Convents Acta A. 1741. m. Martio.

§. 12.

Der Monath April gienge auf gleiche Weiſe vorbey; man ſprache nemlich von dem Ceremoniel, beſonders mit denen Päbſtlichen, Franzöſiſchen und Spaniſchen Bottſchafftern, von dem Böhmiſchen Voto und Quartier, von denen Candidaten der Kayſer-Würde, von dem Fürſten-Tag zu m. Aprili.

 Offen-

Offenbach, von den Sächſiſch-und Preuſſiſchen Strittigkeiten mit Oeſterreich, von Franckreichs Aufführung, von denen Expeditionen unter des verſtorbenen Kayſers Nahmen mittelſt einer Stampille, von der Chur-Cöllniſchen Erkennung der Königin in Ungarn, von dem Zuſtand des Cammer-Gerichts, von dem Rheiniſchen Reichs-Vicariat, von dem Wahl-Tags-Policey-Reglement, von dem Reichs-Tag, von der Prorogation des Wahl-Tages, von der Spaniſchen Prætenſion an Oeſterreich, beſonders an das Chur-Böhmiſche Votum, von der Aſſociation derer Crayſe, von der Trauer für den verſtorbenen Kayſer, von denen Modeneſiſchen Anſprüchen auf Comacchio, von der Pfalz-Zweybrückiſchen Maiorennität und eventualen Chur-Pfälziſchen Vormundſchafft, u. ſ. w.

§. 13.

Fränzöſiſcher Antrag an Chur-Maynz.

Den 2. April thate zwar der Maréchal de Belleisle (nachdeme nunmehro die Sachen zwiſchen Franckreich und Chur-Bayern ziemlich richtig waren,) dem Chur-Fürſtlichen Miniſterio zu Maynz dieſen Vortrag: Es ſeye ihm beſonders lieb, dermahlen in einer ſolchen Angelegenheit und

und Auftrag ſich allhier zu ſehen, wo es auf die Veſt-ſetzung einer ewigen Freundſchafft zwiſchen ſeinem, dem aller-Chriſtlichen, König und dem Reich ankomme, da er im lezteren Krieg in dieſer Gegend zu des Königs Dienſt in feindlicher Verrichtung ſich finden müſſen. Ihre Maj. ſein König hätten ihn abgeſchicket, um ſo wohl Ihrer Churfürſtl. Gnaden ins beſondere, als dem Reich überhaupt, Ihre vollkommenſte Freundſchafft und Begierde eines beſtändigen Friedens zu verſichern. Er, Graf, hätte Ihrer Churfürſtl. Gnaden bereits ein ſo andere Eröffnung gethan, welche Er dermahlen wiederhohlen, auch ſich des näheren expliciren wolle. Bey jetzo bevorſtehender Kayſers-Wahl ſtehe es allerdings bey denen Herren Churfürſten des Reichs, ein neues Oberhaupt nach ihrem Gutfinden zu erkieſen; Niemand hätte ihnen hierinnen Maaß oder Ziel zu geben. Se. Aller-Chriſtl. Maj. gedächten denenſelben keineswegs einzugreiffen, obwohlen Sie guarant des Weſtphäliſchen Friedens ſeyen, woher Sie aber nicht die eigentliche Kayſers-Wahl, ſondern allein das Capitulations-Weſen angehe, damit

nehm-

nehmlich denen Ständen des Reichs ihre in gedachtem Weſtphäliſchen Frieden erworbene Rechten verbleiben mögten: Allein als ein guter Nachbar von dem Reich lieſſen Se. Aller-Chriſtlichſte Maj. wohlmeynend anheim geben, von Seiten deren (und vornehmlich deren geiſtlichen) Herren Churfürſten wohl zu bedencken, anforderiſt die Wohlfarth der Catholiſchen Religion, welche eine Zeithero in dem Reich ſo ſehr zurück geſetzet worden, ſo dann die Stifftung eines beſtändigen Wohl-Vernehmens zwiſchen den König und dem Reich, ſo hauptſächlich von der Wahl eines ſolchen Prinzen zum Kayſer abhange, mit welchem die Cron Franckreich nichts zu ſtreiten haben möge, und wobey es ſonſten fernerweit nicht fehlen würde, daß das Reich von ſeinen Oberhaupt ſich wieder einflechten lieſſe, ſo fort kein dauerhaffter Fried jemahls zu hoffen ſeye, das Reich aber immer zubüſſen würde. Dem Reich ſeye allein mit einem ſolchen Oberhaupt gedienet, welches mit ergiebigen Landen in Teutſchland ſelbſten verſehen, auſſerdeme aber keine poſſeſſion habe, welche allein zu beſtändigen Kriegen Anlaß gebeten. Die gar zu groſſe

Macht

Macht eines Kayſers ſeye nur die Gelegenheit zu Kriegen für des Kayſers ſein Hauß und zu des Reichs beharrlicher Schwächung, wäre auch deren Ständen ihren Rechten gefährlich. Die kundbahre Erfahrnus gebe, wie es von Kayſer Carl dem fünfften her ergangen, wo das Reich immer um des Erzhauſes willen in denen groſſen und grundſchädlichſten Kriegen ſchweben und ſo groſſen Verluſt erleiden müſſen. Der leztere wegen Pohlen dem König und ſeinen Alliirten abgenöthigte Krieg wäre davon annoch eine friſche Prob. Alles dieſes möchten die Herren Churfürſten, und bevorab Ihre Churfürſtliche Gnaden, als deren Erſterer und Decanus, wohl überlegen. Sie hätten die freye Wahl, allein auch darmit einen beſtändigen Frieden oder hinkünfftige viele Krieg in Handen. Der Herr Herzog von Lothringen ſey zur Zeit der einige Competent, welcher ſich um die Kayſers-Cron dargeſtellet. Dieſer Prinz und deſſen Gemahlin, die Königin, hätten auch dieſerhalben ſich an Engel- und Holland bereits vor drey Monathen gewendet, ein gleiches wolle wegen Rußland verlauten; ſeinen König habe man hiebey negligiret und alſo ein ſchlech-

ſchlechtes Kenn-Zeichen einer fortpflegen wollenden Freundſchafft gegeben, als nun zu Verſailles ſich hierüber, wie billig, geäuſſert worden, ſeye endlich vor 3. Wochen ein Erſuchungs-Schreiben von der Königin gefolget: aber es ſtünden mit dem Hoff zu Wien viele und ſchwere Weiterungen bevor. Se. Aller-Chriſtl. Majeſtät wolten zwar von dem Ihro, vermög der weiblichen Abſtammung von dem Erz-Hauß zuſtehenden Erb-Recht jezo abſtrahiren, weiln Sie die Pragmatic guarantiret; alleine es ſeyn dieſe Pragmatic reſpectu Juris Tertii ohn præjudicirlich. Der König in Spanien würde ſeines Rechts auf die geſammte Oeſterreichiſche Erbfolg ſich allerdings gebrauchen; benebſt deme hätte die Königin von Spanien Ihrer Gerechtſamen auf Ihre Alt-Vätterl. Hauß-Lande in Italien ſich keineswegs begeben, ſondern dieſelbe zum ausdrücklichſten vorbehalten. Es ſeye bekannt, was Anſtalten in Spanien zu einer Expedition in Italien gemacht werden. Zwar für nun hätten Se. Aller-Chriſtl. Maj. den Durch-Zug über Dero Landen decliniret; aber es müßte doch an Spanien Juſtiz geſchehen und werde dieſer Cron Geſandte zu

Franck-

Franckfurt, Graf Montijo, dießfals eine weitläufftige ſchrifftliche Vorſtellung thun. Mit denen Oeſterreichiſchen Niederlanden und bevorab wegen Luxemburg habe es noch ſeine groſſe Anſtände; ferner in Italien wegen Mantua, welches von Gott und Rechtswegen dem Herzog von Guaſtalla gehöre, auch deſſen Vergnügung annoch in dem lezteren Frieden ſtipuliret ſeye. Bey allen dieſen Umſtänden wäre nicht möglich, daß das Reich im Frieden bleiben könne, wann der Herzog von Lothringen Kayſer werden ſollte; ſchwerer Krieg ſeye ohnvermeidlich, wiewolen dieſer Prinz nim̃er die erforderliche Vota zuſammen bringen würde. Dann wann auch Chur-Mainz, Chur-Trier und Chur-Braunſchweig vor denſelben wären, ſo ſtünde es dannoch mit Chur-Sachſen annoch im weiten Felde und ſo dieſes auch darzu tretten ſollte, ſo wären es gleichwolen erſt vier Vota und dagegen Chur-Cölln, Chur-Bayern und Chur-Pfalz, ſamt Chur-Brandenburg, an der andern Seite. Das Böhmiſche Votum könne keineswegs gezählet werden, da es die jeztgedachte vier Herrn Chur-Fürſten nimmer zum Stande kommen laſſen würden, auch von Chur-

Sachſen

Sachſen ein gleiches ganz friſcher Dingen zu vernehmen ſeye, welchen Falles ſo gar Majora dagegen, allenfalls aber Paria vorhanden wären, dieſerthalben auch an keinen Vergleich zu dencken ſeye, wie er ganz ſicher wiſſe. Es wäre ſich alſo wohl hieran nicht aufzuhalten, ſondern vielmehr dieſes Böhmiſche Votum für Vacant anzuſehen, da doch nimmer ein ſolches durch eine Königin geführet worden, mithin ſeye wohl ohne weiteres ſchädliches Zuwarten, zu der Wahl eines friedfertigen Kayſers von denen übrigen acht Herrn Chur-Fürſten zu ſchreiten, geſtalten hiebevor die Wahlen Kayſers Leopoldi und des Römiſchen Königs Joſephi auch geſchehen, dazumalen die im Reich ſich immer vermehrende Unordnungen es höchlichſt erforderten. Welches alles er dann Ihrer Chur-Fürſtlichen Gnaden reifflich zu bedencken, überlaſſen haben wollte, als welche, ſamt Ihren Herrn Mit-Chur-Fürſten nunmehro das Wohl und Wehe von Teutſchland und ſo wohl einen beſtändigen Frieden, als ſchwere Kriege, in Handen hätten, welches leztere ſein König und der Cardinal nicht wünſcheten und dahero die vor mehreren Monathen reſolvirte Augmentation derer Land-

Troup-

Trouppen von Wochen zu Wochen ausſetzen thäten, da Sie nichts als Frieden verlangeten, wie auch deren Nachſicht gegen die Inſulten der Engelländer bezeugeten.

Der Chur-Fürſt lieſſe aber dem Maréchal wieder antworten: Er befände den Antrag von groſſer Conſideration. Es wäre aber von ſelbſten zu ermeſſen, daß er nicht im Stande ſeye, ohne Chur-Fürſtliches Collegial-Vernehmen und Zuthun etwas zu entſchlieſſen, worauf es alſo ankommen und er hiebey ſein Amt ſo erfüllen würde, wie es ſeine Pflicht gegen das Reich erfordere. Anbey hoffte und wünſchte er, die gute Verſtändniß zwiſchen dem Reich und der Cron Franckreich billiger Dingen erhalten zu helffen.

§. 14

Und ſo wurde zwar auch den 11. Apr. ein Tractat zwiſchen der Königin in Ungarn und Chur-Sachſen geſchloſſen, in welchem dieſes art. 3. darein bewilligte, daß die Königin das Böhmiſche Votum führen möchte; alleine der Tractat wurde nicht ratificirt, mithin bliebe wiederum alles in der vorigen Ungewißheit.

Tractat zwiſchen Oeſterreich und Chur-Sachſen.

§. 15.

Im Majo wurde alſo wiederum unter denen

Acta des Wahl-Convents m. Majo.

denen Wahl-Geſandten nur diſcurſive gehandelt von dem Böhmiſchen Voto, von denen Differentien zwiſchen Oeſterreich, Preuſſen, Bayern und Sachſen, von dem Rheiniſchen Vicariat, von des Vicariats-Gerichts zu Augſpurg Verfügungen in der Zwingenbergiſchen Sache, von denen Langhiſchen Lehen in Italien, von der Crayß-Aſſociation, von dem Offenbachiſchen Fürſten-Tag, von der Prorogation des Wahl-Tags, von der Bambergiſchen Recuſation des Cammer-Richters, von denen Stampill-Expeditionen, von dem Cammer-Gericht, Philippsburg, Comacchio, Pfalz-Zweybrücken, u. ſ. w.

§. 16.

m. Junio. Im Junio unterhielte man ſich mit dem Rheiniſchen Vicariat, der Zwingenbergiſchen Sache, dem Reichs-Tag, dem Offenbachiſchen Convent, dem Böhmiſchen Voto, denen Beſchwerden gegen das Maynziſche Directorium, der Recuſation des Cammer-Richters, anderen das Cammer-Gericht betreffenden Sachen, der Oeſterreichiſchen Anwartſchafft auf Würtemberg, denen Stampille-Expeditionen, der Cron Franckreich Aufführung, denen Candidaten der Kayſer-Würde, der Reichs-

Ritter-

Ritterſchafft Angelegenheiten, denen Strittigkeiten wegen der Ertz-Aemter, mit Maſſa und Carrarara, mit dem Kayſerlichen Fiſcal in Italien und der Beförderung der Wahl, ꝛc.

§. 17.

Der Maréchal de Belle-Isle truge Chur-Maynz von neuem vor: weil doch vor Oeſterreich oder den Herzog von Lothringen nicht auszulangen ſeyn würde, daß der Chur-Fürſt wenigſtens alsdann die fünffte Stimme für Bayern oder Sachſen machen möchte, wann ſich 4. Vota für einen oder den andern richtig findeten; geſtalten dadurch ein ſchädliches Schiſma zu heben ſeye. Es wurde aber geantwortet: Es ſehe die Sache noch allzuungewiß aus und würde man, zu Erhaltung vollkommener Wahl-Freyheit, dergleichen Entſchlieſſungen erſt hiernächſt in dem Wahl-Zimmer zu nehmen haben.

Neuer Frantzöſiſcher Antrag wegen der Wahl.

Und ſo wurde ſeinem Bruder in ſubſtancia auch von andern, denen er gleichen Antrag thate, geantwortet.

§. 18.

Weil auch der Maréchal de Belleisle ſahe, daß die Sache wegen des Böhmiſchen Voti ſeinem Wahl-Betreib in dem Wege

Und der Böhmiſchen Chur-Stimme.

ſtünde, trunge er darauf, ſie auszumachen und ſtellete für, daß ja nichts natürlichers ſeye, als daß, wann über das Votum Bohemicum einiger Zweifel entſtünde, ſolcher alsdann, wann man im Collegio beyſammen ſitze und die Vollmachten abgeleſen würden, per Maiora entſchieden werde. Fielen nun ſolche für die Königin von Böhmen aus, ſo könnte man ſich allerſeits damit eben ſo wohl beruhigen, als wann die Maiora Collegii wider ſelbige ausfallen ſollten. Es müſſe doch einmal die Sache decidiret werden, welches ja nicht anderſt, als in dem Collegio, geſchehen könnte.

Es wurde ihme aber darauf an einem Ort unter anderem geantwortet: In dem lezteren ſeye er ganz recht daran, hingegen aber werde alſo von denen gefehlt, welche die Sache nicht einmal ad Collegium bringen laſſen; ſondern die Königin nur ſo gleich ausſchlieſſen wollten.

Indeſſen getrauete man ſich doch nicht, die Sache in einer formlichen Conferenz in Uberlegung zu bringen, weil man zum voraus wuſte, daß höchſtens nur drey Vota pro, drey aber contra ſeyn und die übrige ſich nicht determiniren, oder eine dritte Meinung hegen, mithin keine Maiora Collegii herauskommen würden. §. 19.

§. 19.

Menſe Junio roulirten derer zu Franckfurt anweſenden Wahl-Geſandten Diſcurſe über den Congreß zu Offenbach, das Rheiniſche Reichs-Vicariat, die Beförderung der Wahl, das Böhmiſche Votum, die Candidaten der Kayſer-Würde, die Zeitungs-Mißbräuche, die Aufführung Franckreichs, die Päbſtliche anerbotene Friedens-Mediation, die Stampille-Expeditiones, die Cammer-Richter-Adiunction, den Reichs-Tag, die Differentien zwiſchen Oeſterreich, Preuſſen, Bayern und Sachſen, der Reichs-Canzley Extradition der Reichs-Hof-Raths-Acten an das Reichs-Vicariat, ꝛc. Acta des Wahl-Convents m. Julio.

§. 20.

Ubrigens erſuchte nunmehro Chur-Bayern ſub dato 1. und 4. Jul. einige Chur-Fürſtliche Höfe formlich um ihr Votum zu Erlangung der Kayſer-Würde, lieſſe auch die deßwegen erlaſſene eigenhändige und Canzley-Schreiben durch Geſandtſchafften unterſtützen und in deren übergebenen pro memoria die Beweg-Gründe näher und weitläufftiger ausführen. Chur-Bayern bittet ſich die Vota aus.

§. 21.

Menſe Auguſto redete man von dem Marche der Franzöſiſchen Völcker, dem Böhmi- Acta des Wahl-Convents m. Auguſto.

Böhmiſchen Voto, dem Cammer-Gericht, dem Reichs-Tag, dem Congreß zu Offenbach, von Religions-Sachen, von dem Ceremoniel, von denen Candidaten der Kayſer-Würde, von denen Streitigkeiten zwiſchen Oeſterreich, Spanien, Preuſſen, Cölln und Bayern, von der Neutralität im Reich, von der Wahl Beförderung, von denen Franzöſiſchen im Reich angelegten Poſten, von Extradirung derer Reichs-Hof-Raths-Acten an die Reichs-Vicarien, von denen Reichs-Veſtungen, von dem Bezeugen derer Höfe zu Wien und Dreßden, von dem Franzöſiſchen Geſiñen an Nürnberg, u ſ.w.

§. 22.

Chur-Brandenburg gibt ſein Votum an Bayern

Biß hiehin ſtunde übrigens im Haupt-Werck alles noch wie Anfangs und keine Parthie hatte eine Stimme gewonnen oder verlohren; als aber die Königin in Ungarn ſich durchaus nicht mit Preuſſen auf eine dieſem anſtändige Art ſetzen wollte, vielmehr um ſolche Zeit, als ſie ſtarck in das Getränge kame, Franckreich und Bayern ſehr vortheilhaffte Bedingungen (welche Franckreich A. 1743 ſelbſt bekannt gemacht hat,) dergeſtalt anerbote, daß ſie hingegen ihre Waffen mit denen ihrigen coniungiren und gegen Preuſſen wenden ſollten; bewegte ſolches den

den König in Preuſſen, den 27ſten Auguſt durch ſeinen Geſandten zu Franckfurt dem Chur-Maynziſchen Erſten Wahl-Geſandten, wie auch andern Geſandten erklären zu laſſen: wie daß Höchſt-Dieſelbe, aus beſonderer Eſtime, auch Vertrauen auf Ihro Chur-Fürſtl. Durchl. in Bayern hohe Verdienſte, Sich feſtiglich entſchloſſen, Deroſelben Ihre Stimme zu der Römiſchen Königs-Wahl, als zu des H. Röm. Reichs Oberhaupt zu ertheilen, auch würcklich ertheilet, ꝛc. und würden die vier Chur-Fürſten in Bayern, Pfalz, Cölln und ſein König, unzertrennlich beyſammen bleiben, ꝛc. ꝛc. die Böhmiſche Stimme aber würde man nimmermehr gelten laſſen; ꝛc. Chur-Maynz möchte nun ohne Zeit-Verluſt ſein Amt thun; ꝛc. ꝛc.

§. 23.

Franzöſiſche Vorſtellung an einige Chur-Fürſten.

Franckreich aber, welches indeſſen Chur-Sachſen hier und da nebſt Chur-Bayern mit in Vorſchlag gebracht hatte, lieſſe bey einigen Chur-Fürſtlichen Geſandten, deren Höfe ihre Stimmen noch nicht an Chur-Bayern gegeben hatten, weitläufftige Vorſtellungen thun und anfragen: Ob ihre Höfe nunmehro, da vier Stimmen ohnauflöslich mit einander vor Bayern verknüpfet

ſtünden, nicht ebenfalls denenſelben mit der ihrigen beygehen möchten? geſtalten ohnehin vor Sachſen auszulangen, faſt eben ſo wenig Hoffnung als vor Oeſterreich ſeye, wenigſtens doch weiters nichts, als ein Schiſma, herauskommen würde, deme einzig und allein der Ausſchlag durch die Ubermacht der Waffen gegeben werden müſſe. Dieſe Höfe würden es zu ſolchem Unglück nicht kommen laſſen, ſondern durch baldigſte Beſchleunigung des Wahl-Geſchäffts ſelbſten denen verderblichen Kriegs-Unruhen vorzubiegen mit gemeinet und entſchloſſen ſeyn, anerwogen dieſem am beſten abgeholffen werden könnte, wann durch eine baldige Wahl Chur-Bayern in den Stand geſetzt würde, ſich mit ſeinen Prætenſionen durch eine Rechts-ſchiedliche und denen Reichs-Verfaſſungen gemäſſe Art ſelbſt zu helffen, mithin derer Kriegs-Rüſtungen entübriget zu ſeyn. Wo dann kein Zweifel wäre, es würden auch mehr andere, beſonders Oeſterreich, nach verlohrener Hoffnung zum Kayſerthum, ſo dann Hanover und Sachſen ſich in der Güte fügen, ſo fort auch der König in Preuſſen ſo wohl, als Franckreich, ſeine Kriegs-Völcker zurückziehen, wann nemlich ein zukünfftiger Kayſer

in den Stand und Anſehen geſetzet worden, das Reich in Ruhe und Einigkeit zu erhalten, woran Franckreich, als Nachbar, ſo groſſen Antheil nähme.

§. 24.

Den 4. Sept. erklärete auch der Chur-Fürſt zu Maynz, dem Maréchall de Belleisle, daß er zuforderſt in kein Schiſma eingehen, ſo dann, wann des Herrn Herzogen von Lothringen, Groß-Herzogen von Toſcana, Königl. Hoheit weiter keine Hoffnung hätten, zu einer legalen Kayſer-Wahl hinaus zu langen, ſondern die Chur-Bayriſche Parthie mit Chur-Brandenburg alſo würklich ſtehend verbleibe, er Chur-Bayern, nach mit anderen Mit-Chur-Fürſten zu nehmendem Verlaß, endlich beyzutretten nicht ungeneigt wäre, dabey aber jederzeit für den Groß-Herzogen ſich offene Hand behalten wolle; worauf auch ein förmlicher Tractat darüber erfolgte. Chur-Maynz gibt Bayern auch ſeine Stimme.

§. 25.

Sub dato 14. Septembris fügte ſich Chur-Braunſchweig denen nunmehro unſtreitig vorhandenen Maioribus ebenfalls. Chur-Braunſchweig auch.

§. 26.

Den 19. Sept. ſchloſſen indeſſen des Königs in Pohlen Bevollmächtigte auch einen Chur-Sachſen ebenfalls.

formlichen Tractat mit Franckreich und Chur-Bayern, Krafft deſſen unter anderem die Chur-Sächſiſche Stimme nicht weniger am Chur-Bayern engagiret wurde.

§. 27.

Chur-Trier behält ſeine Stimme frey.

Der Chur-Fürſt von Trier aber beharrete ein-vor allemal darauf, ſeine Stimme erſt im Conclavi zu eröffnen, da er dann denen übrigen Votis auch beytrate.

§. 28.

Wahl-Convents Acta m. Auguſto.

Ubrigens beſprachen ſich die Wahl-Geſandte dieſen Monath über von der Cron Franckreich, Chur-Sachſens und Chur-Braunſchweigs Aufführung, denen Oeſterreichiſchen Differentien mit Spanien, Preuſſen und Bayern, dem Chur-Maynziſchen Einzug, der anſcheinenden Adminiſtration der Chur Pfalz, der Reichs-Grafen Angelegenheiten, der Beſchleunigung der Wahl, dem Böhmiſchen Voto, einem Friedens-Congreß, denen Differentien zwiſchen Oeſterreich und Würtemberg, dem künfftigen Reichs-Tag, der Wahl-Tags-Policey, der Zwingenbergiſchen Sache, der Reichs-Canzley Sicherheit, der Wahl-Capitulation, u. ſ. w.

§. 29.

Chur-Maynz komt nach

Nun ware alſo nichts mehr übrig, als die

Sache

Sache ſelbſt ernſtlich anzugreiffen: Zu ſolchem Ende lieſſe der Chur-Fürſt zu Maynz die andere Mit-Chur-Fürſten wiſſen, daß er ſich m. Octobri, ſelbſt nach Franckfurt erheben würde. Franckfurt.

§. 30.

Die Königin in Ungarn hielte aber nicht dafür, daß es jetzo Zeit ſeye, mit der Wahl fürzugehen; dahero übergabe ihr Geſandter dem Chur-Fürſten zu Maynz folgendes meines Wiſſens noch nicht gedrucktes pro memoria: Oeſterreich ſuchet Aufſchub der Wahl.

Nachdeme Ihro Königliche Majeſtät in Sr. Chur-Fürſtl. Gn. bekannten Antwort-Schreiben von 16den vorigen Monaths unter andern hauptſächlich zu erkennen gegeben worden iſt, daß Höchſt-Dieſelbe wegen Eröffnung des Wahl-Congreſſes ohne längere Verweilung formliche Hand anzulegen und fürzuſchreiben ernſtlich entſchloſſen ſeyen, wie dann ſolches auch meine Pflichtmäßige allerunterthänigſte Berichte über die darzu mehr und mehr in die Augen gefallene Vorbereitungen bekräfftigten, auch Deroſelben höchſter Perſon auf den 21ſten dieſes Monaths beſtimmt- und verkündigter ſolenner Einzug in die Wahl-Statt Franckfurt und die der hochlöbl. Chur-Maynziſchen Directorial Botſchafft alldort von verſchiedenen Chur-Fürſtlichen Geſandtſchafften unterm 23. Sept. und 9. Oct. übergebene und mich zu Reproteſtationen und Gegen-Verwahrungen veranlaßte Erklärungen, Verwahr, Vorbehalt und reſp. Proteſtationen ſolch vollends nunmehro genüglich an den Tag legen: So haben Ihro Königl. Maj. mir hier auf aller-

allergnädigſt anbefohlen, mich ungeſäumt anhero zu verfügen und Sr. Chur-Fürſtl. Gn. geziemend vorzuſtellen, wie daß Allerhöchſt-Dieſelbe nichts mehrers wünſcheten, als daß dieſe von Ihro Chur-Fürſtl. Gnaden in ungezweifelter beſtgemeinter Abſicht zu Beförderung der ganzen Röm. Reichs Ruhe- und Wohlſtandes genommene Entſchlieſſung die abgezielte gute Würckung nach ſich ziehen könnte, gleichwie ſie ſolche auſſer Zweifel dörffte nachgezogen haben, wann ſelbige gleich Anfangs und bevor ſich fremde Machten in das Wahl-Geſchäffte eingetrungen, ſeinen Fortgang gehabt hätte, als wodurch denenſelben der Anlaß abgeſchnitten worden wäre, im Reich alles auf das höchſte zu verwirren. Nunmehro aber und da das Reich mit fremden Kriegs-Völckern überſchwemmet ſich befindet, ſo wollten vielmehr der Sachen Natur und die Fundamental-Reichs-Geſetze erheiſchen, daß vorläuffig und durch deren Abzug die Wahl-Freyheit verſichert und die innerliche Ruhe wieder hergeſtellet werde, in Betracht, daß auſſer deme keine Wahl für gültig geachtet werden könnte und alſo dermalen ſo eilfertig zu einer ſolchen Wahl zu ſchreiten, deren Gültigkeit mit Beſtand angefochten werden könnte, den Ruhe- und Wohlſtand des Reichs nicht nur nicht befördern würde, ſondern vielmehr der äuſſerſten Gefahr ausſetzen und das gröſte Unheil dem Vaterland zuziehen müſte, und zwar ein ſolches Unheil, welches mit denen zu erkennen gegebenen anderwärtigen Beſorgniſſen nicht zuvergleichen ſtünde, wie dann der §. 5. Cap. I. Aur. Bull. ganz klar vermöchte, wie ein Chur-Fürſt anzuſehen, ſo ſeines Mit-Chur-Fürſtens-Land währendem Interregno, aus was Urſach es immer ſeye, mit Gewalt der Waffen überziehete. Ihro Königl. Maj. ſeyen, wie jederzeit, alſo auch forthin, ungemein weit

entfer-

entfernet, der Wahl-Freyheit das minſte, auch nur im Schatten, in Weg zu legen, vielweniger ſich jemalen beygehen zu laſſen, ihres Orts weder mit Trohungen, noch Einführung fremder Trouppen, etwas erzwingen zu wollen, herentgegen aber auch würden noch könnten Allerhöchſt-Dieſelbe nicht zugeben, daß Sie aus der Ubung der Chur-Böhmiſchen Stimme geſetzet werden ſolten und wo fern, wider Verhoffen, durch eine unerhörte Ungerechtigkeit darzu ſollte geſchritten werden wollen, würden ſie ſich nicht entſchütten können, nach klarer Anleitung der güldenen Bull, der Nullität halber auf das feyerlichſte zu proteſtiren und ſich noch über dieſes auf das geſammte Reich, wann es ruhig und von fremden Trouppen befreyet ſeyn wird, zu beruffen, wo dann, da die Folgen alles deſſen leicht voraus zu ſehen ſtünden, die Verantwortung vor GOtt und der Welt jenen obliegen müſte, welche wider ihre eigene vielfältig bezeugte Erkänntniß, darzu directe oder indirecte etwas beytrageten, zumahlen die Nachweh einer ſo widerrechtlich erzwungenen Wahl die teutſche Erz-und Hoch-Stiffter, auch zumalen des Reichs-Erz-Canzlern, hauptſächlich mit betreffen müſten. Geſtalten endlichen klar am Tag liegete, daß es dermalen um weniger nicht, als den Umſturz der Reichs-Verfaſſung, zu thun wäre, welchen zu verhüten deſſen minder mächtige Stände, wann ſie anderſt ſich retten wollen, mit vereinbarten Rath und That das äuſſerſte anzuwenden hätten. Und wie demnach dieſes alles bey Sr. Chur-Fürſtl. Gn. höchſterleuchter tieffeſter Einſicht nicht anderſt, als gerechten Beyfall, finden könnte; alſo auch von Höchſt-Deroſelben patriotiſcher Geſinnung und großmüthigſter Standhafftigkeit nicht weniger zu verhoffen ſtünde, als daß ſie, als des Reichs Erſter Chur-Fürſt und Erz-Canzler, auf

des

des Reichs wahre Wohlfarth jederzeit ruhmwürdigſt gerichtete weiſeſte Maaßnehmungen bey dieſen trübſeligen Umſtänden ſonderlich dahin kräfftig mitwürcken laſſen würden, womit die Freyheit der bevorſtehenden Römiſchen Kayſer-Wahl für fremder Mächten ſo wohl als Einheimiſcher unerhörten Gewalt vor allem zu erſt in Sicherheit geſetzet und die innerliche Ruhe hergeſtellet werde. So bald nun dieſes geſchiehet und die Sachen alſo in einem Reichs-Grund-Geſetz-mäßigen Stand ſich befinden; ſo werden Jhro Königliche Majeſtät auf einigen Verzug der Wahl im geringſten nicht anzutragen jemahls begehren. Dieſen Jhro Königlichen Majeſtät mir beſchehenen allergnädigſten Auftrag habe hiemit in aller Unterthänigkeit pflichtſchuldigſt vollziehen und hierauf von Jhro Churfürſtl. Gnaden, mir Dero höchſte Reſolution baldigſt zu ertheilen, unterthänigſt ausbitten wollen.

§. 31.

Sie gehet aber doch für ſich.

Es bliebe aber dannoch dabey, daß der Chur-Fürſt zu Maynz den 21. Octobr. zu Franckfurt einzoge. Den 4. Nov. nahmen die præliminar-Conferentien den Anfang und den 20ſten eiusdem die ſolenne, es wurde auch ſchon den 15. December der 24ſte Januarii des 1742ſten Jahres zum würcklichen Wahl-Actu anberaumt.

§. 32.

Oeſterreich ſetzet ſich dagegen.

Die Königin in Ungarn dagegen ſolle A. 1742. den 3. Jan. an die Reichs-Stätte geſchrieben haben; „Jhro Königl. Majeſtät

„ jeſtät öffentliche Feinde und Wiederſa-
„ cher hätten ſich zu Richtern über Ihre un-
„ ſchäzbarſte Gerechtſamen aufgeworffen,
„ und was die Nachwelt kaum glauben wür-
„ de, ſollte die richtigſte Reichs-Angelegen-
„ heit, nemlich die Wahl deſſen Oberhaupts,
„ unter dem Schutz der Frantzöſiſchen
„ Waffen, und nach dieſes Hofes Vor-
„ ſchrifft vollbracht werden. Ob damit
„ die Wahl-Freyheit beſtehen könne? be-
„ dürffe keines weitern Anführens, die Sa-
„ che rede von ſich ſelbſt. Von Ihro Kö-
„ nigl. Majeſtät hätte deroſelben nie der ge-
„ ringſte Eingriff geſchehen ſollen. Und
„ wiewohl Sie ſehnlichſt gewünſchet, daß
„ die Kayſerl. Würde Dero Gemahls Kö-
„ nigl. Hoheit und Liebden zu Theil werden
„ möchte, ſo wäre Sie jedoch ungemein weit
„ entfernet geweſen, ſich anderer als Reichs-
„ Satzungs-mäßiger Mittel hierunter zu
„ bedienen. Die Wahl möchte ausfallen,
„ wie ſie immer wolle, wenn ſie nur wahr-
„ hafftig frey wäre, und nach Maaßgebung
„ der goldnen Bulle, folglich ohne Ihro
„ Majeſtät Ausſchlieſſung, und nach vor-
„ läuffig verſichertem innerlichen Ruhe-
„ ſtande im Reiche zu Stande käme. Was
„ aber dem zuwider geſchehe, das könne an-

ders

„ders nicht als wie in der goldnen Bulle „ausdrücklich erkläret würde, nemlich als „null und nichtig, von Ihro Majeſtät an„geſehen werden. Die Liebe der Gerech„tigkeit und Billigkeit, der Eifer für das „Vaterland, und Abſcheu für einem ſchäd„lichem fremden Joche, die Ehre des teut„ſchen Nahmens und eignen Sicherheit „und Gewiſſen hätten dieſemnach jeden pa„triotiſchen Reichs-Mitſtand auf das kräff„tigſte anzutreiben, nicht nur einem ſo wi„derrechtlichen Verfahren nicht beyzu„pflichten, oder demſelben mittel- und un„mittelbar Vorſchub zu geben, ſondern „vielmehr ſich mit Ihro Königl. Majeſtät „in Ungarn zu deſſen Hintertreibung und „in einer ſolchen Begebenheit auf das ge„naueſte zu vereinigen, und Ihro Königl. „Majeſtät verlieſſen ſich gänzlich darauf, „daß obgedachtem Ihro Anſinnen willfäh„rig würde Statt gegeben werden.

§. 33.

Und ſuchet nochmals Aufſchub.

Und noch den 11. Jan. reſcribirte die Königin an Ihren Oeſterreichiſchen Geſandten von Wucherer zu Franckfurt: Mündlich haſt du aller Orten vorzuſtellen, daß das Schiſma ohnvermeidlich, wofern man, unangeſehen Unſers Widerſpruchs, mit der

Wahl

Wahl füreilet, herentgegen bey der von Uns zu Ende beſchehener friedfertigſten Erklärung annoch in allem leicht Rath zu ſchaffen, des Vaterlandes Ruhe- und Wohlſtand wieder herzuſtellen, auch ſelbes von fremden Gäſten zu befreyen wäre, wann mit der Wahl inne gehalten würde. Wenigſtens wäre unentbehrlich, vorläuffig nähere Verhaltungs-Befehle von denen Höfen über einem ſo höchſt-wichtigen Emergenti einzuhohlen, zumalen wir Uns auf das geſammte Reich, wann es ruhig und von fremden Hülffs-Trouppen befreyet wäre, nochmalen bezieheten. Die Folgen alles deſſen können einem wahren Patrioten nicht verborgen ſeyn und wollen wir hoffen, daß die glückliche Khevenhülleriſche Progreſſen obigen deinen Vorſtellungen beſonderen Nachdruck geben werden ꝛc.

§. 34.

Es fruchtete aber nichts, ſondern den 24ſten Januarii gienge die Wahl für ſich und fiele auf den Chur-Fürſten in Bayern Carl Albrecht, jetzige Kayſerliche Majeſtät Carl den VII. aus, welche auch von jedermann inn- und auſſerhalb Reichs dafür erkannt wurden, auſſer von der Königin in Ungarn und Böhmen, die ſich deſſen biß jetzo weigert.

Die Wahl gehet aber für ſich.

§. 35.

Schluß.

Aus allem dieſem nun erhellet ſo viel, daß zwar allerdings Franckreich ſich in dieſe Wahl directer und öffentlicher, als vorhin noch niemalen geſchehen, und noch viel mehr, als dem teutſchen Reich gut iſt, gemenget habe; daß aber deßwegen doch nicht geſagt werden könne, daß auch nur Eines einigen Chur-Fürſtens Stimme demſelbigen abgenöthiget worden ſeye: ſondern gleichwie Chur-Cölln, Bayern und Pfalz ſich bald Anfangs zu faveur Chur-Bayerns vereiniget haben, und von Chur-Brandenburg kein vernünfftiger Menſch anderſt ſagen kan, als daß es ſeine Stimme in der gröſten Freyheit gegeben; alſo brauchte es nachhero keines weitern Zwanges, ſondern gienge ganz natürlich zu, daß bey ſolchen Umſtänden auch die übrige Vota nach und nach accedirten.

Staats-

Staats-Hiſtorie Teutſchlands auf das Jahr 1742.

Allgemeine Hiſtorie Europens und beſonders Teutſchlandes auf das Jahr 1742.

§. I.

Zu Anfang des Jahres 1742. ware in Teutſchland zwar die Wahl eines neuen Kayſers vor der Thüre und man wuſte wohl, wen ſie treffen würde; ob aber die Ruhe in Europa, und beſonders in Teutſchland, auch bald hergeſtellet ſeyn möchte? darüber waren die Meinungen gar ſehr getheilt. Zuſtand in Teutſchland.

Die, ſo Franzöſiſche Parthie hielten, gaben vor: Das Haus Oeſterreich und deſſen Alliirte würden es nun bald näher geben; man ſuche weder Oeſterreich ganz zu entkräfften, noch Bayern allzumächtig zu machen; man wolle einen Kayſer, der 40000. Mann halten könne, dieſer ſeye ſo dann Franckreich nicht furchtſam und doch im Stande, dem nun in engere Schrancken gebrach-

brachten Hauſe Oeſterreich das Gegen-Gewicht zu halten. Franckreich habe die Ehre davon, daß es ſeinen Alliirten Cronen austheilen könne und den Vortheil, daß es künfftig an Oeſterreich nicht mehr den bißherigen beſtändigen Æmulum habe. Und dieſes ſeye alles, was Franckreich verlange, welches groß genug ſeye und über alle andere Europäiſche Potentien weit genug herfürrage, mithin nöthig habe, auf ein mehreres bedacht zu ſeyn.

Andere hingegen wollten dieſem um ſo weniger Beyfall geben, als die Franzoſen, und zwar auch die von höherem Stande, ſo viel von einem groſſen Deſſein ſprachen, welches erſt in etlichen Jahren ausbrechen würde und worzu die dermalige Kayſer-Wahl und was jetzo ſonſt geſchehe, nur Vorbereitungen ſeyen, ingleichem daß ſie ſo ziemlich laut davon redeten, es müſte wieder auf den Fuß kommen, wie es zu Carls des Groſſen Zeiten geweſen ſeye. Nun ware aber dieſer bekanntlich Kayſer und Herr von Italien und Franckreich. Dieſes leztere wurde auch damals als das Haupt-Reich, Teutſchland aber, wo nicht als eine Conquête, doch nur als ein mit Franckreich (wie jetzo Italien mit Teutſchland,) verbundenes Reich betrach-

betrachtet. Viel mehreres davon übergehe ich.

Was nun den Erfolg betrifft, ſo finge ſich mit Anfang dieſes Jahres gleichſam ein neuer Periodus an. Die Königin in Ungarn, welche von vielen als Verlohren angeſehen worden ware, wurde von Engelland (einer Evangeliſchen Potenz,) mit Geld und von Ungarn ꝛc. (wobey die Evangeliſche ebenfalls wohl das meiſte gethan,) mit Mannſchafft alſo unterſtützet, daß ſie nun offensive gehen konnte und ſich im Stande befand, faſt ganz Bayern, ſamt denen zugehörigen Landen, wegzunehmen. Nun ware ſie zwar auf der Böhmiſchen Seite unglücklich und verlohre eine Schlacht gegen den König in Preuſſen; als ſie aber hierauf ſich reſolvirte, dieſem faſt ganz Schleſien und die Grafſchafft Glatz zu überlaſſen, erfolgte zwiſchen beeden ein unvermutheter Friede, deſſen Früchte waren, daß Chur-Sachſen ſich zuruck ziehen und aus dem Spiel halten, die ganze Kayſerlich- und Franzöſiſche Armee aber ſich nach Prag retirieren und dieſes eine ſcharffe Belagerung aushalten muſte. Nun kame zwar eine neue anſehnliche Franzöſiſche Armee zur Hülffe an und verurſachte, daß die Belage-

rung von Prag aufgehoben werden muſte, doch konnten ſich beede Franzöſiſche Armeen nicht coniungiren und die Garniſon zu Prag, (welches von neuem bloquiret wurde,) muſte ſich in dem ärgſten Winter durchſchlagen, daß folglich Böhmen, auſſer dem einigen Eger, am Ende des Jahres wieder in der Königin Händen ſtund. Und ob gleich ihre Völcker den gröſten Theil von Bayern raumen muſten, ſo behielten ſie doch noch einigen feſten Fuß darinn und bewahreten die Oeſterreichiſchen Lande vor einer neuen Invaſion, die Kayſerliche Erb-Lande hingegen wurden von allen Theilen erbärmlich mitgenommen und der Kayſer muſte ſich gefallen laſſen, das ganze Jahr über in Franckfurt am Mayn zu verbleiben. Die meiſte Reichs-Stände blieben zwar neutral, viele muſten aber doch von denen mehrmaligen ſtarcken Marchen mehr dann zu viel ausſtehen. Auf dem Reichs-Tag wurde auch das ganze Jahr hindurch nichts gethan, als daß man dem Kayſer in ſeinen gegenwärtigen Umſtänden mit einer Reichs-Steuer unter die Arme griffe. Und ob zwar, von Franckreich als es ſahe, daß es gehe, wie es gienge, ein Friedens-Plan nach dem andern dreſſiret wurde, ſo ware doch keine ver-

nünfftige Hoffnung eines glücklichen Erfolges zu haben, weil der Kayſer ſich nicht reſolviren wollte, die Franzöſiſche Allianz zu verlaſſen und ſeine Erb-Lande in der alten Form wieder anzunehmen und der Gegen-Theil ſolche nicht vergröſſert ſehen, viel weniger das ſeinige ſelber darzu hergeben, noch einen Frieden ſchlieſſen wollte, ſo lange Bayern und Franckreich verbunden blieben.

§. 2.

In dem übrigen Europa ſahe es alſo aus:

Der König in Portugall bauete Kirchen, ſtiffte Canonicaten und lieſſe die übrige Potenzien machen was ſie wollten und ſie ihne hinwiederum auch, weilen, wann die gröſſeſte abgezwungen geweſen wären, es ſich mit ihme von ſelbſten gegeben haben würde. Darzu kame hernach noch, daß er durch vielfältige Schlagflüſſe auſſer Stand kame, ſich der Regierung anzunehmen. Portugall.

§. 3.

Der König, oder vielmehr die Königin, in Spanien thaten ihr möglichſtes, dem Infant Philipp, wo nicht ein Königreich, doch ein hinlängliches Etabliſſement, in Italien zu verſchaffen; ſie lieſſen zu dem Ende zwey Armeen von oben und unten anrücken, der König in Sicilien halff, ſo viel er konnte, Spanien.

der Hertzog von Modena ware auch gewonnen und Franckreich thate manchen Vorſchub; alleine die Engliſche Flotte und die für dieſesmal mehr, als viele beſorget, zu ſeinem ſelbſt-eigenen Beſten bezeugte Neigung des Königs in Sardinien für die Königin in Ungarn machte, daß beede Spaniſche Armeen das ganze Jahr nicht zuſammenſtoſſen, noch etwas anderes verrichten konnten, als daß die eine Armee in Savoyen eintrange. Hingegen muſte der König in Sicilien die Neutralitæt annehmen, der Hertzog von Modena wurde deſarmirt und vertrieben u. Franckreich (das wohl ſelber nicht in dem Sinne haben mag, Spanien zu groß werden zu laſſen,) thate nicht ſo viel, als es hätte können. Dabey ware niemand übler daran, als der Pabſt, in deſſen Landen ſich die Spaniſch- und Neapolitaniſche Armeen, als in ihrem Eigenthum, niederlieſſen, dadurch auch die Oeſterreichiſch- und Sardiniſche Armee nach ſich dahin zogen, darüber die Lande freilich vieles ausſtehen muſten.

§. 4.

Groß-Britannien. Groß-Britannien bleibet der unſterbliche Ruhm, daß es ſich der Freyheit Europens und der Erhaltung des Hauſes Oeſterreich auf eine ſolche Weiſe angenommen

hat,

hat, welche ihme nicht genug verdancket werden kan.

§. 5.

Die vereinigte Niederlande haben mehrere und wichtigere Gründe, ſich, ſo lange es möglich iſt, in keinen Krieg einzulaſſen, als von vielen eingeſehen wird; doch hält man insgemein dafür, daß ihre Gleichgültigkeit dieſes Jahr faſt gar zu groß geweſen ſeye, und daß, wann Oeſterreich (wie vor menſchlichen Augen wohl möglich ſchien,) vollends über einen Hauffen geworffen worden wäre, Holland ſich in einer ſolchen ſelbſt zugezogenen Gefahr befunden hätte, in dergleichen es noch niemalen geweſen. Deme ſeye aber wie ihme wolle, nach und nach thate es doch einige kleine Schritte, welche hoffen lieſſen, es dörffte ſich zulezt noch entſchlieſſen, die allgemeine Freyheit mit Nachdruck retten zu helffen. Niederlanden.

§. 6.

Die Schweitz hat, ihrer Verfaſſung gemäß, dem Spiel ſo lang zugeſehen, bis ihnen die Spanier nahe auf den Leib kamen, da ſie auch anfingen, an den Ernſt zu dencken. Schweitz.

§. 7.

Von Italien iſt ſchon geredet worden. Italien.

§. 8.

Dånnemarck. Dånnemarck iſt zwar in Ruhe geblieben und hat nur zu verwehren getrachtet, daß es nicht ſeinen Vetter, den Herzog von Gottorff, (der noch immer Schleßwig cum fructibus perceptis ꝛc. wieder haben möchte,) in Schweden zum Nachbar bekomme; indeſſen aber hat es doch ſich faſt auf die andere ſo fatale Seite von Franckreich gelencket.

§. 9.

Schweden. Schweden erfuhre zu ſpåt, wo hinein es ſich von Franckreich hatte verleiten laſſen und erlitte in einer einigen Campagne einen Verluſt, welchen ſich kein Menſch eingebildet håtte, da nun der General alle Schuld allein haben ſolle, eben als wann keine Hand GOttes mit darunter wåre. Und als die Schweden ſich einen neuen Cron-Erben wåhlten, wollte es ſich damit gar nicht ſchicken.

§. 10.

Rußland. In Rußland ware (wie viele wollen, auch durch Franzöſiſchen Vorſchub,) zu Ende des Jahres 1741. eine bedenckliche Thron-Verånderung vorgegangen, von welcher doch Franckreich nicht allen etwa verhofften Vortheil gezogen hat, wiewol es

ſich

ſich damit begnügen können, daß dieſer für die gemeine Sache gutgeſinnete Hof ſich derſelben nicht ernſtlich genug hat annehmen können, weil es mit Befeſtigung der neuen Kayſerin und ihres erklärten Succesſoris Throns, ſo dann mit dem abgenöthigten Krieg gegen Schweden, allzuviel zu thun gehabt hat.

§. 11.

Der König in Preuſſen ſchloſſe einen ſo vortheilhafften Frieden, als er nur immer hatte erwarten können und ware nun bemühet, parta tueri. Preuſſen.

§. 12.

Pohlen genoſſe diesmal von innen und auſſen einer Ruhe, deren es wohl bedarff, um ſich von dem vor ſo wenigen Jahren ausgeſtandenen groſſen Elend zu erhohlen. Pohlen.

§. 13.

Die Türcken endlich führeten ſich recht raiſonable auf und ob gleich theils gute für deſſen Miniſterium gewidmete Summen, theils die Furcht für Perſien etwas darzu beygetragen haben mögen, ſo iſt doch genug, daß ſie ſich einer Gelegenheit nicht bedienet haben, welche manche ſo genannte Chriſten nicht aus den Händen gelaſſen haben würden, wann ſie ſich in eben ſolchen Umſtänden befunden hätten. Türckey.

Erſtes Buch.

Vom Sachen, welche in das allgemeine teutſche Staats-Recht gehören.

Erſtes Capitel.

Von der Kayſerlichen Wahl-Capitulation. (*)

§. 1.

Hiſtorie der jetzigen Capitulation.

Daß einem jeden neuen Kayſer eine Wahl-Capitulation vorgelegt und gemeiniglich die alte mit neuen Zuſätzen vermehret werde, iſt eine bekannte Sache. Anfangs ſchiene es, als würde es bey nahe lediglich bey der vorigen Capitulation verbleiben, weil Chur-Bayern und die mit demſelben alliirte Chur-Fürſten darauf inclinirten, mithin leicht noch ein Votum accediren durffte, ſo waren wenigſtens, da nur acht Stimmen im Chur-Fürſtlichen Collegio paria vorhanden, welches ſchon hinreichete, daß ein Monitum nicht reuſſiren konnte; indeſſen iſt doch die Sache ſo geſchickt angegriffen worden, und es iſt ſo gut gegangen, daß die neue Capitulation ſo wichtige Zuſätze erhalten hat, als bey manchen vorhergehenden nicht geſchehen iſt. §. 2.

(*) Conf. mein teutſches Staats-Recht. Tom. I. Lib. I. Cap. II. p. 237.

§. 2.

Was bey dem Chur-Fürſtlichen Collegio in Abſicht auf die bevorgeſtandene neue Capitulation für mancherley Vorſtellungen übergeben worden ſeyen? kan man aus meiner Auflage der neuen Wahl-Capitulation mit Beylagen und Anmerckungen in des erſten Theils Anhang ausführlich erſehen. Ich habe am Schluß deſſelbigen erinneret, daß nicht alle dieſe dem Chur-Fürſtlichen Collegio übergebene Beylagen in demſelbigen auch zur ordentlichen Dictatur gekommen, mithin auch Stücke darunter ſeyen, von welchen das Chur-Fürſtliche Collegium keine legale Notitz nimmt. Dieſe Erinnerung ware nöthig; warum ich aber nicht ſpecificiret habe, welches die Pieçen ſeyen, von welchen das Chur-Fürſtliche Collegium keine legale Notitz nimmt, hat ſeine erhebliche Urſach, welche diejenige wiſſen, denen die interiora dieſes Wahl-Convents bekannt ſeynd und anderen kan man es nicht ſagen. Geſuch in Anſehung der Capitulation.

§. 3.

Um nun von erſt beſagten bey leztem Wahl-Convent übergebenen Memorialien nur etwas zuſagen, ſo gienge des Ober-Rheiniſchen Crayſes Geſuch lediglich gegen Des Ober-Rheiniſchen Crayſes.

gen die unmittelbare Reichs-Ritterſchafft und auf die wider dieſelbe habende Beſchwerden; gleichwie aber dieſe Beſchwerden nicht von allen Höfen auf einerley Art angeſehen werden, auch die Ritterſchafft hin und her an Höfen und in Capituln theils Anverwandte theils gute Freunde hat und ſich zu machen pflegt, auch mit allen ſolchen Sachen, wann ſie nicht in Zeiten bey denen einzeln Chur-Fürſtlichen Höfen hinlänglich unterbauet werden und Sorge getragen wird, daß die Wahl-Geſandten darauf inſtruiret werden, ſehr ſelten hinaus zu langen iſt; alſo ſeynd auch die hierinn gebrauchte Bemühungen ohne Würckung geweſen.

§. 4.

Des Schwäbiſchen Crayſes.

Des Schwäbiſchen Crayſes Beſchwerden betraffen 1. des Hauſes Oeſterreich Land-Gericht und Land-Vogtey in Schwaben, ſo dann deſſen übrige zu Stockach in der Landgrafſchafft Nellenburg und in denen Arlbergiſchen Herrſchafften zu Ranckweil, wie auch in der Marckgrafſchafft Burgau befindliche Gerichte und Land-Vogteyen, 2. die von Oeſterreich dem Crayß entzogene Stände, 3. Zoll- und andere Handlungs-Beſchwerden gegen Oeſterreich, 4. das Reichs-Poſtweſen, 5. die unmittelbare

bare Reichs-Ritterſchafften, 6. die im Crayß gelegene Clöſter und Herrſchafften, ſo doch nichts zu demſelben ſteuren wollen, 7. das Oeſterreichiſche auf dem Boden-See prætendirende Dominium maris, 8. den Einfluß derer Reichs-Moderationen in das Crayß-Extraordinarium, und endlich 9. die Reichs-unmittelbare Inſaſſen in der Marckgrafſchafft Burgau.

Es ſeynd meiſtens alte ſchon auf mehreren Wahl-Tägen angebrachte Beſchwerden, zu deren Abſtellung, ſo viel ihrer gegen Oeſterreich gehen, in der neuen Capitulation Art. 18. §. 8. eine etwas nähere præparatoriſche Verordnung gemacht worden iſt, als biß dahero in denen Capitulationen befindlich ware. Ob ſie aber auch eine beſſere Würckung haben werde, als die in denen vorigen Capitulationen? iſt eine andere Frage.

§. 5.

Der mehreſten alten weltlichen Reichs-Fürſten (dann Pfalz-Zweybrücken hat, vermuthlich in Abſicht der nahen Anwartſchafft auf die Chur-Pfalz, keinen Antheil daran genommen,) Geſandten kamen zu der Zeit, als der Wahl-Convent zu Franckfurt angienge, ohnfern davon zu Offenbach zuſam-

Der alten weltlichen R. Fürſten.

zuſam̃en, verglichen ſich auch allda endlich gewiſſer Monitorum in Eccleſiaſticis & Politicis ad futuram Capitulationem, wiewol ſie nur die leztere ſub dato 16. Oct. bey Chur-Maynz übergeben, die in 45. Puncten beſtunden, welche allhier zu erzählen zu weitläufftig wäre. Unter allen ſchiene ihnen der Punct, daß denen Chur-Fürſtlichen Geſandten der Rang nicht vor denen Fürſten in Perſon beygeleget werden möchte, am nächſten angelegen zu ſeyn, dahero auch der Würtembergiſche Geſandte, als er vernahme, daß dißfalls in der neuen Capitulation keine Abänderung geſchehen ſeye, währenden Wahl-Convents noch ein beſonderes pro memoria übergabe, welches jedoch auch keine Würckung hatte.

Uberhaupt ſeynd die Chur-Fürſten und die alte weltliche Fürſten in principiis noch überaus weit von einander über der Frage entfernet: Ob und wie weit ein Theil eines Reichs-Collegii, welcher zu deme bey weiten nicht die Maiora Collegii ausmacht, befugt ſeye, denen Chur-Fürſten Monita ad futuram Capitulationem, in Sachen, welche allgemeine Reichs-Staats-Sachen betreffen, *in vim Suffragii* zu übergeben? Bey welchen Umſtänden freylich das Chur-

Fürſt-

Fürſtliche Collegium ſich nicht vor verbunden gehalten hat, auf dieſe Alt-Fürſtliche Monita nothwendig Reflexion zu machen; indeſſen haben doch verſchiedene Chur-Fürſtliche Geſandtſchafften mancherley daraus adoptirt und es als eigene Monita vorgebracht, die auch zum Theil beliebt und mit in die Capitulation gekommen seynd Es iſt auch ſehr wahrſcheinlich, daß viel mehreres geſchehen wäre, wann man das zuvor bey des Ober-Rheiniſchen Crayſes Monitis angemerckte ſich in Zeiten hätte gefallen laſſen und wann einige aus denen Comitial-Relationen auch ſonſt bekannte Geſandte in Tractierung der Sache eben ſo viel politiſches Phlegma, als Geſchicklichkeit und rühmlichen Dienſt-Eyfer vor ihre Herrn Principalen, von ſich hätten leuchten laſſen. Ubrigens werden wir bald vernehmen, wie dieſe Alt-Fürſtliche Geſandten es aufgenommen haben, daß ſie ihren Wunſch nicht in mehreren Stücken erfüllet ſehen; indeſſen hat man jezo wieder Zeit, es auf künfftige Zeiten wohl einzuleiten und da bey allen Staats-Geſchäfften, auch in Teutſchland, durch den modum, ſie zu tractieren und zu rechter Zeit am rechten Ort anzugreiffen, vieles gut oder ſchlimm gemachet werden

 kan,

kan, ſo iſt, zum allgemeinen Beſten des Reichs, höchlich zu wünſchen, daß der beſte modus erwählet werden möge.

§. 6.

Des Teutſch-meiſters.

Ihro Chur-Fürſtliche Durchleucht zu Cölln, qua Hoch- und Teutſchmeiſter, verlangten, daß es in der neuen Capitulation wegen des teutſchen Ordens bey deme, was das Proiectum perpetuæ enthält, gelaſſen werden möchte, welches aber Chur-Brandenburg durchaus nicht zugeben wollte, dahero es bey dem alten verbliebe. Siehe meine Anmerck. *ad Capitulat. Caroli VII. art. 10.* von *p. 357.* biß *376.* ingleichem die Anmerck. *ad Proœm. p. 2. ſeqq.*

§. 7.

Der Herzoge zu Sachſen.

Einige Herren Herzoge zu Sachſen waren bemühet, mittelſt der Wahl-Capitulation zu erhalten, daß Herrn Herzog Anton Ulrichs zu Sachſen-Meiningen aus ſehr ungleicher Ehe erzeugte (ob gleich von dem verſtorbenen Kayſer nachhero in den väterlichen Stand verſezte,) Kinder der Succeſſion unfähig erkläret werden möchten, in welcher Abſicht fürnemlich auch in den *art. 22.* der §. 4. in die neue Wahl-Capitulation gekommen iſt.

§. 8.

§. 8.

Der Herr Marckgraf zu Baaden-Baaden und der Herr Fürſt zu Hohenzollern-Hechingen lieſſen auch einige ſpecial-Monita ad futuram Capitulationem übergeben; ſie wurden aber als gewiſſer maſſen privat-Gedancken angeſehen und erfolgte kein Schluß darauf. Der Fürſten von Baaden-Baaden und Hohenzollern-Hechingen.

§. 9.

Der Herr Fürſt von Taxis ware bemühet, nicht nur das ihme anvertraute Reichs-Poſtweſen überhaupt gegen alle bey jedesmaligen Wahl-Tägen beſorgliche Wiedrigkeiten zu ſalviren, ſondern fürnehmlich auch, zu verhüten, damit nicht, da jezo die Kayſerliche Crone einem Prinzen auſſer dem Hauſe Oeſterreich zu theil werden ſollte, dem Grafen von Paar ſein bißhero unter denen Oeſterreichiſchen Kayſern gehabtes Hof-Poſt-Amt beſtättiget, oder von dem neuen Kayſer ein anderer Hof-Poſtmeiſter angenommen werden möchte. Er trunge auch damit durch, ohnerachtet des künfftigen Kayſers Chur-Fürſtliche Geſandtſchafft der Sache entgegen war. Des Fürſten von Taxis.

§. 10.

Die Reichs-Prälaten verlangten, daß, gleichwie ſie ſonſten in dem Reich den Rang Der Reichs-Prälaten.

vor denen Grafen hergebracht hätten, alſo es auch bey der Kayſerlichen Crönung und anderen Reichs-Solennitäten alſo gehalten werden und dißfalls in der Wahl-Capitulation *art.* 3. §. 23. die Vorſehung geſchehen möchte. Gleichwie aber die Reichs-Prälaten bißhero niemals bey denen Kayſerlichen Crönungs-Proceßionen erſchienen ſeynd, noch ſich wohl darzu ſchicken, oder bequem zu placiren wären; alſo hat man es, ſo viel ihren ſonſt her gebrachten Rang betrifft, bey dem Herkommen bewenden, übrigens aber dieſes Geſuch auf ſich beruhen laſſen.

§. 11.

Des Abten zu Ottobeuren.

Der Abt zu Ottobeuren ins beſondere wehrete ſich dagegen, daß dem Schwäbiſchen Crayß kein Collectations-Recht über ſeine Cloſters-Güter zugeſtanden werden möchte; es bliebe auch dieſe ganze Sache bey dem Wahl-Convent unberührt: Sollte es aber auf dem Reichs-Tag oder ſonſt zur Sprache wegen dieſer Sache kommen, würde der Herr Abt mit ſeinen Gründen wohl ſo wenig in puncto Juris, als æquitatis & rationis Status, hinauslangen.

§. 12.

Der R. Grafen.

Die Reichs-Grafen hatten wegen der ihnen von denen Reichs-Vicariaten zumuthen-

thenden Lehens-Empfängniß ihrer Grafen-Verein, der allzuhäuffigen Erhöhungen in den Grafen-Stand, der Reichs-Hof-Raths-Præſidentens-Cammer-Richter- und Cammer-Gerichts-Præſidenten-Stelle, des Rangs in dem Reichs-Hof-Rath und anderen Kayſerlichen Collegien, der Zoll-Freyheit von ihren Mobilien und Conſumtibilien, der Beſchwerden gegen die höchſte Reichs-Gerichte, wie auch das Schwäbiſche Land-Gericht und die Ritterſchafft, ſo dann des Juris Auſtregarum intuitu inferiorum & Subditorum mancherley Angelegenheiten; es ware aber in keiner hinaus zu langen. Vielmehr ergriffen die Herrn Reichs-Vicarien das bey dieſem Wahl-Convent gehabte ausnehmend favorable tempo, die güldene Bull in der Capitulation *art.* 11. §. 7. zu ihrem Vortheil erläuteren zu machen, davon in meinem teutſchen Staats-Recht *Tom.* 8. *p.* 85. *ſqq.* das mehrere zu befinden iſt.

§. 13.

Die Reichs-Stätte brachten auch gemeinſchafftliche Beſchwerden, puncto Auſtregarum, (in welchem Punct ſie ſich aber offenbar eines mehreren anmaßten, als ihnen die Reichs-Geſetze beylegen,) der dem Der R. Stätte.

 Kay-

Kayſer zubezahlenden Stätte-Steuren, (darinn ſie guten Grund hatten,) der Reichs-Poſten, der Laudemien und Reichs-Lehen-Taxen, ſo dann der Zoll-Freyheit von ihren ad uſus publicos benöthigten Naturalien, an; ſie erhielten aber auch nichts, vielmehr wurde ihr Boten-Weſen *art. 28. §. 3.* noch mehr eingeſchränckt. Conf. was die Stätte-Steuren betrifft, mein teutſch. Staats-Recht *Tom. 6. p. 480. ſeqq.*

§. 14.

Der Statt Aachen.

Die Reichs-Statt Aachen hielte unter andern an, der Kayſerlichen Wahl-Capitulation einzuverleiben, daß die anderwärts beſchehende Crönung ihro ohnnachtheilig ſeyn ſolle; man hielte aber dafür, das bißhero übliche geringere Mittel eines Decreti ſalvatorii ſeye hinlänglich genug.

§. 15.

Der Statt Hamburg.

Die Statt Hamburg vigilirte für derer noch übrigen Hanſee-Stätte Commercium und das Chur-Braunſchweigiſche Vorwort für ſie ware von ſolchem Nachdruck, daß, ob gleich ſonſt alle Specialia vermieden, oder doch nicht in die Capitulation ſelbſt, ſondern in die Collegial-

gial-Schreiben, gebracht wurden, dannoch ihretwegen *art. 7. §. 2.* der neuen Capitulation eine abſonderliche Verordnung eingerücket wurde.

§. 16.

Die unmittelbare Reichs-Ritterſchaft gienge, wie ſie es nicht anderſt Urſach hatte, bloß defenſive, ſuchte nur zu erhalten, was ſie bey vorigen Wahl-Tägen gewonnen hatte, und ſonderlich dem ſo ſehr in die Augen fallenden Gravamini derer Reichs-Stände, der Reichs-Ritterſchafft Befreyung von Winter-Quartieren bey Reichs-Kriegen betreffend, ſo viel möglich, das Odium zu benehmen, in dem erſten waren ſie auch glücklich, wegen des anderen aber kame in den *art. 4. §. 4.* eine ſolche Clauſul, die ihro gerade zuwider iſt. Der R. Ritterſchafft.

§. 17.

Der Herzog von Modena bate, man ſollte ihm durch die Wahl-Capitulation zu der von dem Pabſt innehabenden Grafſchafft Comacchio verhelffen; er wird aber wohl ſelbſt gedacht haben, es werde nichts daraus und es ſeye genug, daß er durch dieſen öffentlichen Wiederſpruch dem Pabſt keine quietam poſſeſſionem einraume und das Chur-Fürſtliche Col- Des Herzogs von Modena.

legium recommendirte dem Kayſer die Sache.

§. 18.

Der Fürſten Gonzaga und von Sulferino.

Der Fürſt Gonzaga begehrte, ihne durch die Capitulation der künfftigen Guaſtalliſchen Succeſſion zu verſichern und ihme zu einer Appanage aus dem Herzogthum Mantua behülfflich zu ſeyn; weil aber auf dem Wahl-Tag weder der Ort noch die Zeit darzu iſt, ſo mag es ihme auch nur um eine Interceſſion des Chur-Fürſtlichen Collegii bey dem neuen Kayſer zu thun geweſen ſeyn, die er auch erhielte.

Und eben dieſe Bewandtniß hat es auch mit des Herzogs von Sulferino Geſuch wegen Caſtiglione und Bozzolo.

§. 19.

Des Herzogs von Mirandola.

Der ehmalige Herzog von Mirandola wurde zwar in ſeinem Geſuch wegen Reſtitution Mirandola und der Maſſa-und Carraviſchen Erbſchafft von dem Königl. Spaniſchen Geſandten unterſtützet, erhielte aber auch nicht mehr als die vorhergehende und kan er zu frieden ſeyn, daß das Chur-Fürſtliche Collegium von ſeinem Bevollmächtigten Suppliquen angenommen hat, darinn er Herzog von Mirandola

dola prædiciret worden iſt, welche Würde er doch durch die Achts-Erklärung verlohren hat.

§. 20.

Die Beſitzere derer Langhiſchen Reichs-Lehen klagten ihre Noth in vielem Memorialien, daß ſie nemlich durch den A. 1735. geſchloſſenen Frieden, ohne ihr geringſtes Verſchulden, aus unmittelbaren Reichs-Lehenleuten und Herrn ihrer Güter zu Königlich Sardiniſchen Vaſallen und Unterthanen gemacht werden wollten. Es iſt auch an deme, daß dieſe gute Leute kein anderes Verbrechen auf ſich haben, als daß ihre Lande dem König in Sardinien wohl gelegen ſeynd und er dahero Luſt darzu bekommen hat; indeſſen ſahe man doch nicht, wie ihnen zu helffen wäre, lieſſe es alſo eben auch an den neuen Kayſer gelangen.

Der Langhiſchen R. Lehenleute.

§. 21.

Dieſer unglücklichen Vaſallen Exempel bewegte die Marcheſen *Malaſpina*, beſorgt zu ſeyn, wie durch die neue Capitulation vorgebogen werden möchte, daß ihren Lunenſiſchen Reichs-Lehen nicht eben dergleichen widerfahren möchte; ſie bekamen aber auch keinen weiteren Troſt, als

Der Marcheſen Malaſpina.

als ihre Italiäniſche Conſorten, von welchen wir bißhero geredet haben.

§. 22.

Des Franzöſiſchen Geſandtens.

Was derer auswärtigen Potenzien auf dem Wahl-Tag vorhanden geweſte Geſandtſchafften anbelangt, ſo wäre zu wünſchen geweſen, die Franzöſiſche Geſandten hätten ſich in andere Teutſche Staats-Sachen eben ſo wenig gemenget, als in das Capitulations-Werck; aber dieſes ware wohl ihrem Intereſſe gemäß, nicht aber jenes und ſie hätten es vielleicht gerne geſehen, wann man die Kayſerliche Gewalt gar in die Schrancken eines Doge zu Venedig gebracht hätte.

§. 23.

Des Spaniſchen.

Der Spaniſche Geſandte thate, meines Wiſſens, nichts, als daß er ſich wegen Mirandola und Caſtiglione ein wenig rührete; ſiehe meine Anmerck. *ad Capit. art. 10.* §. *10. p. 379.* ſo aber ohne Würckung war.

§. 24.

Des Päbſtlichen.

Der Päbſtliche Nuntius gabe zuerkennen, er habe dermalen nur folgendes zu beſorgen:

1. Die gewöhnliche Proteſtationes des Pabſts wieder das Inſtrumentum Pacis ein-

einzulegen, ohnerachtet er wohl wuſte, daß man deßwegen im mindeſten von dieſem Reichs-Grund-Geſetz nicht abgehen würde.

2. Darauf anzutragen, daß die für das Catholiſche Weſen im Reich diemſame paſſus der älteren Capitulation nicht verändert, die undienſame aber heraus gelaſſen und endlich

3. Keine neue Stellen hineingerücket werden möchten, welche das Catholiſche Weſen noch mehr einſchräncketen, wohin die Abtheilung der Clauſulæ art. 4. Pacis Ryſwicenſis mit gehöre.

Und von dem Erfolg meldete der Pabſt in einer an die Cardinäle gehaltenen Rede, nach der teutſchen Uberſetzung: „Wir „müſſen euch, ehrwürdige Brüder, über „dieſes noch melden, daß die vortrefflichen „Bothſchaffter, ſonderlich Ihro Kayſerl. „Majeſtät Carl Alberts, vermöge der in „Händen habenden Inſtructionen, es da„hin gebracht, daß man beſtändig alle das „Anſuchen und die Propoſitiones, die in „verſchiedenen zu Franckfurt gehaltenen „Conferentzen von den Proteſtantiſchen „Miniſtern gethan worden, in Anſehung „des IV. Artickels des Rysßwickiſchen Frie„dens, und anderer Fundamental-Puncte, welche

„welche die Würde und das Anſehen des „Apoſtoliſchen Stuhls betreffen, verworf„fen, ſo daß ſie insgeſamt aufrecht erhal„ten worden, zur Ehre der rechtgläubigen „Religion, und andern Vortheilen des „Apoſtoliſchen Stuhls.

Der Pabſt muß aber unſer teutſches Staats-Recht und die anſehnliche Vortheile, welche die Evangeliſche durch die lezte Wahl-Capitulation erlanget haben, nicht verſtehen, oder Mſgr. Doria hat ihme die Sache nur auf der ſchönen Seite vorgeſtellt, ſonſt würde ſeine Freude etwas gemäßigter geweſen ſeyn.

§. 25.

Beſſere Einrichtung der Capitulation.

Sonſten ware das Chur-Fürſtliche Collegium auch auf beſſere Einrichtung der neuen Wahl-Capitulation in formalibus bedacht; zu ſolchem Ende wurden die weitläufftige Articul in §§. abgetheilt, um ſie nicht nur bequemer allegiren, ſondern auch die Abſätze derer Materien ſo viel beſſer einſehen zu können; die würckliche Eintheilung aber, wie ſie jetzo iſt, rühret von dem Chur-Maynziſchen Directorio her, bey welcher es das übrige Chur-Fürſtliche Collegium hat bewenden laſſen.

Ferner iſt die Kayſerliche Wahl-Capitula-

tulation niemalen in ſonderlicher Ordnung geweſen und durch die nach und nach bey II. Wahlen und durch das Proiectum perpetuæ hinzugekommene ungemeine viele Zuſätze noch unbequemer gemacht worden und man muß meiſtens nicht nur eine Haupt-Materie, ſo beyſammen ſtehen könnte, aus vielen Tituln und §§ zuſammen ſuchen, ſondern die Conſtruction iſt auch offt ſo verwirret, daß man ſich kaum daraus zu helffen weiß.

Nun wurde zwar bey denen Wahl-Conferentien davon geredet: wie auch dieſem abzuhelffen wäre? weil aber ſtarck auf Endigung derer Wahl-Conferentien getrungen wurde, ſo konnte man nicht würckliche Hand an das Werck legen. Doch machte ich, auf Verlangen einer ſicheren Geſandtſchafft in Eil einen Entwurff einer (ſalva rei ſubſtantia,) in formalibus, ſo weit es ſich, da überall die eigentliche Worte beybehalten werden müſſen, wollte thun laſſen, vielleicht bequemer eingerichteten Capitulation. Und da ſo wohl dieſelbige, als auch andere geglaubet, es könnte dieſes Project künfftig einen Nutzen haben, ſo füge ich es in dem Anhang ſub num. I. bey. Sollte einmal dieſer

Vor-

Vorſchlag überhaupt gut gefunden werden, wäre leicht, es nach Gefallen noch weiter zu änderen, zu verbeſſeren und das in der jetzigen Capitulation hinzugekommene oder abgeänderte ebenfalls darnach einzurichten.

§. 26.

Was nun die in der Wahl-Capitulation in realibus fürgenommene Aenderungen belangt, ſo beſtehen ſelbige in folgenden:

Art. 1. §. 3. vorhin hieſſe es nur: der Kayſer wolle jeden Stand bey Sitz und Stimm laſſen und ihn davon nicht ſuſpendiren: nun aber lieſet man: der Kayſer ſolle Sitz und Stimm aufrecht erhalten und niemand davon weder proviſorie, noch in ſonſtige Weiſe, ſuſpendiren ꝛc. Gelegenheit hierzu hat ohne Zweifel das gegeben, was ſich mit Herzog Carl Leopold zu Mecklenburg-Schwerin zugetragen hat. Add. meine Anmerck. *ad h. l. p. 14.* und mein teutſches Staats-Recht *Tom. 9. p. 369.*

§. 4. Stehet: der Kayſer ſolle keinen Stand ſeiner Landes-Regierung, es geſchehe gleich proviſorie, oder in contumaciam, oder auf irgend eine andere Weiſe ent-

entſetzen; welches durch eben dieſes Mecklenburgiſche, wie auch Naſſau-Siegiſche Exempel veranlaſſet worden ſeyn mag. vid. Anmerck. *ad b. l. p. 15.*

§. 5. Iſt verſehen, daß wegen eines Standesmäßigen Reichs-Anſchlags neuer Reichs-Stände in Comitiis forderſamſt das nöthige reguliret werden ſolle. Warum dieſes gut gefunden worden? ſiehe meine Anmerck. *ad b. l. p. 30.* und mein teutſches Staats-Recht *Tom. 9. p. 188. ſeqq.*

§. 6. Enthält, daß einer erloſchenen Fürſtlichen Linie Stimm-Recht von dem Kayſer ohne Chur- und Fürſtlichen Conſens auf keine andere Linie extendiret werden ſolle; welches der Salmiſche Fall veranlaſſet hat. Vid. meine Anmerck. *ad b. l. p. 30.* und noch mehr mein teutſch. Staats-Recht *Tom. 9. p. 256. ſeqq.*

§. 7. Wegen der A. 1654. und ſeithero aufgenommenen Fürſten und Stände Qualification ſolle eine Comitial-Unterſuchung vorgenommen werden; weil dieſelbe nemlich guten theils faſt keine unmittelbare Lande beſitzen und weder zum Reich noch Cammer-Gericht etwas bezahlen. Vid. meine Anmerck. *ad b. l. p. 31.* und

mein

mein teutſch. Staats-Recht *Tom. 9. p. 180. ſeqq.*

§. 8. Denen Ständen ſolle ſo wenig von den Reichs-Gerichten als anderen in ihre Landes-Hoheit eingegriffen werden; wodurch aber nicht (wie es in einer gewiſſen Schrifft heiſt,) denen Reichs-Gerichten ſehr enge Gränzen geſetzet worden seynd: dann dergleichen Freyheit haben ſie nie gehabt.

§. 9. Iſt die Stelle, ſo von Reichs-Pfandſchafften handelt, zwar zu erläutern geſucht, doch, wie es ſcheinet, das, was den Zweifel verurſachet hat, nicht völlig gehoben worden; wohl aber iſt es art. 10. §. 4. beſſer geſchehen, allwo die Reichs-Pfandſchafften für unwiderlöslich erkläret ſeynd. Vid. meine Anmerck. *ad h. l. p. 38.*

§. 10. Wird eben der Schutz, welchen der Kayſer denen Evangeliſchen zu leiſten verbunden iſt, auch denen Catholiſchen verſprochen; ſo aber nichts neues iſt. Siehe mein Teutſch. Staats-Recht *Tom. 3. p. 261. ſeqq.* und *Tom. 9. p. 374. ſeqq.* und meine Anmerck. *ad h. l. p. 40. ſeqq.*

§. 11. Iſt ein ſehr wichtiger groſſer neuer §. wegen behöriger Achtung auf des Corporis Evangelici Vorſtellungs-Schreiben

ben an den Kayſer, Abthuung derer Religions-Beſchwerden und nicht Geſtattung derer Proceſſe in Religions-Sachen, worzu das, ſo ſich hierinn unter der lezten Regierung zugetragen hatte, Gelegenheit gegeben. vid. meine Anmerck. *ad b. l. p. 49.*

§. 27.

Art. 2. §. 3. iſt dasjenige ausgelaſſen, was A. 1711. nach damaligen Umſtänden gegen die Cron Franckreich und Chur-Bayern eingefloſſen ware. Siehe aber meine Anmerck. *ad b. l. p. 89.* Art. 2.

Eod. §. iſt die von denen Reformirten handlende Stelle in etwas abgeändert worden; ob es aber in realibus etwas austrage oder nicht? darüber ſiehe mein teutſch. Staats-Recht *Tom. 9. p. 513.*

Eod §. Iſt die Verpflichtung des Kayſers auf die alte Reichs-Geſetze dahin reſtringirt: ſo weit ſolche ältere Geſetze nicht durch neuere aufgehoben worden ſeyen. vid die Anmerck. *ad b. l. p. 91.*

§. 5. Iſt dem Reichs-Hof-Rath und Cammer-Gericht verboten, die Reichs-Geſetze und Friedens-Schlüſſe zu erklären und werden alle ohne der Reichs-Stände Comitial-Einwilligung gemachte Erklärungen caßirt. vid. die Anmerck. *ad b. l. p. 97.*

§. 7. Wird verordnet, daß nicht nur in Erkenn-ſondern auch Fortſetz-und Abtheilung derer fiſcaliſchen Proceſſe, ſo dann der Execution ꝛc. zwiſchen beederſeitigen Religions-Verwandten Gleichheit gehalten werden ſolle. Die Gelegenheit hierzu ware, weil der Fiſcal die Proceſſe gegen die Evangeliſche ſcharff und gegen die Catholiſche ſchläfferig fortſezte. Siehe die Anmerck. *ad h. l. p. 101.* und mein teutſch. Staats-Recht *Tom. 10. Cap. 14.*

§. 8. Werden die ſymboliſche Bücher beeder Religions-Verwandten von denen Fiſcaliſchen Proceſſen eximirt, fürs künfftige aber, die Beſcheidenheit auch in ſolchen Schrifften zu beobachten, verordnet. Dieſer §. wurde durch den wider D. Münden wegen einer neuen Auflage der Smalkaldiſchen Articul angeſtellten Proceß veranlaßt. Siehe die Anmerck. *ad h. l p. 102.* und mein teutſch. Staats-Recht *l. c.*

§. 28.

Art. 3. Art. 3. §. 5. wird, nach denen durch den Baadiſchen Frieden geänderten Umſtänden, des Braunſchweigiſchen Erz-Schazmeiſter-Amts nicht mehr gedacht, hingegen verordnet, dieſer Chur baldeſt zu einem convenablen Erz-Amt zu verhelffen.

vid.

vid. meine Anmerck. *ad h. l. p. 109.* und mein teutſch. Staats-Recht *Tom. 6. p. 91. ſeqq.*

§. 8. Iſt, an ſtatt, daß es vorhin geheiſſen: Es ſollten alle und jede Chur-Fürſten zur Crönung erforderet werden, bloß geſetzet worden: Die Chur-Fürſten ꝛc. Die Urſach davon habe ich in denen Anmerck. *ad h. l. p. 122.* angezeigt.

§. 12. Wurde auch die in der Capitulation beſtättigte Chur-Fürſten-Verein als ein Grund der Chur-Fürſten-Täge angeführt.

§. 13. Wird verſehen, daß die Chur-Fürſtliche Zuſammenkünffte nicht nothwendig mit des Kayſers Vorwiſſen und unter ſeiner Autorität geſchehen, noch die Kayſerliche Geſandten dabey ſchlechterdings zugelaſſen werden müſten

§. 14. Iſt nichts neues enthalten, wie einige es gemeldet, ſondern es iſt bloß die Materie von Erhaltung der Wahl-Gerechtigkeit und des Chur-Fürſtlichen Collegii von der Materie vom Reichs-Vicariat, womit ſie vorhin in vielen Capitulationen vermenget ware, wieder ſepariret worden.

§. 15.-17. Seynd derer Herrn Reichs-Vi-

carien Gerechtſamen ſehr anſehnlich extendiret worden und hat man ihnen ſo wohl in Anſehung der Fälle: wann das Vicariat ſtatt habe? als der Befugniſſe in Judicialibus, beſonders auch wegen Abforderung derer Reichs-Hof-Raths-Acten vieles eingeraumt, ſo vorhin noch ſehr ſtrittig ware, worzu die Umſtände des jetzigen Wahl-Convents, da die Herrn Vicarii ſelbſt drey Vota gehabt und dem Eligendo ex numero Vicariorum manches zu Gefallen gethan worden, das meiſte beygetragen. Siehe meine Anmerck. *ad h. l. p. 144.* ſonderlich aber mein teutſches Staats-Recht *Tom. 8. p. 1. ſeqq.*

§. 18. & 19. Wird der Streit wegen des zwiſchen Chur-Bayern und Chur-Pfalz gemeinſchafftlichen Rheiniſchen Reichs-Vicariats auf den Reichs-Tag remittirt und die Confirmation deſſen Handlungen biß dahin ſuſpendirt. Siehe davon mein teutſch. Staats-Recht *Tom. 7. p. 422. ſeqq.* und meine Anmerck. *ad h. l p. 149.*

§. 20. Werden die Sächſiſche Vicariats-Handlungen per Capitulationem ipſam confirmirt und zwar auch in Gnaden-Sachen. vid. mein teutſch. Staats-Recht *Tom. 8. p. 43. ſeqq.* und *p. 179. ſeqq.*

§. 24.

§. 24. Wird denen Reichs-Erb-Aemtern wegen nicht-Entziehung der ihnen gebührenden Nuzbarkeiten durch die Kayſerliche Hof-Aemter noch beſſer proſpicirt. Siehe davon ausführlich mein teutſches Staats-Recht *Tom. 6. p. 119. ſeqq.*

§. 29.

Art. 4. §. 2. wurde, denen Fürſten zu Gefallen, der Satz, daß Kriege und Bündnüſſe mit alleinigem Conſens der Chur-Fürſten geführet und geſchloſſen werden könnten, auf eilende Fälle reſtringirt, und daß hiernächſt gleichwol und ſo balden mit geſammtem Reich die Gebühr zu beobachten. Zur Erläuterung deſſen ſiehe meine Anmerck. *ad h. l. p. 172. ſeqq.*

§. 3. Iſt die Materie von Beſtellung der Reichs-Generalität aus beederley Religions-Verwandten noch beſſer erläuteret worden. add. *cit.* Anmerck. *ad h. l. p. 179.*

§. 4. Iſt ein ganz neuer höchſt-wichtiger §. hinzugekommen und darinn des Kayſers privat-Generalität ihre vorhin ſich angemaſte allzugroſſe Autorität gar ſtarck beſchnitten worden. vid. meine Anmerck. *ad h. l. p. 181.*

§. 7. 8. und 9. So viele merckwürdige Stellen von Kriegs-Sachen enthalten,

auch in dem Proiecto perpetuæ ſtehen, A. 1711. aber dannoch (ſo viel ex Actis erſcheinet, nicht mit Fleiß,) übergangen worden waren, ſeynd aus dieſem Proiecto perpetuæ eingeruckt worden. Siehe meine Anmerck. *ad h. l. p. 186. ſeqq.*

§. 10. Wird der Ort, wo das Cammer-Gericht ſich aufhält, von der natural-Quartiers-Laſt eximirt.

§. 11. Iſt wegen der, Nahmens des Reichs zu ſchlieſſenden, Frieden und des dabey zu beobachtenden modi eine faſt ganz neue ſehr wichtige Verordnung gemacht worden, zu welcher des Kayſerlichen Hofes Aufführung bey Schlieſſung des Raſtattiſch und Wieneriſchen Friedens Gelegenheit gegeben. Conf. meine Anmerck. *ad h. l. p. 220.*

§. 12. Iſt, zu des Pabſts groſſer Freude, die Stelle wegen des Ryßwickiſchen Friedens geblieben, wie ſie ware. Siehe davon meine Anmerck. *ad h. l. p 213. ſeqq.* und meine Zuſätze des teutſch. Staats-Rechts *Tomo 2. & ejusd p. 114.*

§. 15. 16. & 17. ſind neu, ſehr wichtig und betreffen die Aufführ- und Verpflegung derer Kayſerlichen Haus-Trouppen, &c. in derer Reichs-Stände Landen,

worzu die Exceſſe derer vorigen Zeiten Anlaß gegeben. Siehe die Anmerck. *ad h. l. p. 233.*

§. 30.

Art. 5. §. 4. wurde die Stelle wegen Ablegung des Reichs-Pfennigmeiſters Rechnung auf Reichs-Tägen etwas erläutert. Siehe meine Anmerck. *ad h. l. p. 243.* Art. 5.

§. 6. Verſpricht der Kayſer, daß er ſich mit ſeinen Erb-Landen des Beytrags zu denen Reichs-Steuren nicht entziehen wolle; ohne Zweifel, weil Oeſterreich (wiewol ex privilegio) ehedeſſen dergleichen Exemtion fürgeſchützet hat.

§. 7. Iſt die Stelle, daß auch kein Stand davon eximirt werden ſolle, auf den Kayſer und die Mit-Stände extendiret worden. Siehe die Anmerck. *ad h. l. p. 246.*

§. 9. Werden die Aſſignationes auf Crayſe und Stände wider deren Willen, wie auch die Compenſationes der Reichs- und privat-Gelder oder Schulden verboten, worzu das in voriger Zeit ſich zugetragene Gelegenheit gegeben. Siehe meine Anmerck. *ad h. l. p. 246.*

§. 10. Wird verordnet, daß die Exemtions-Irrungen vorgenommen und, wie auch die Redintegratio Circulorum,

Moderatio & Peræquatio Matriculæ, wo möglich, innerhalb zwey Jahren erörtert werden ſollen. Siehe die Anmerck. *ad b. l. p. 248.*

§. 31.

Art. 6. Art. 6. §. 1. wurde in der Materie von Reichs-Bündniſſen an ſtatt: „Reichs-„Verſammlung,„ geſezt: „Reichs-Be-„rathſchlagung,„ wiewohl kaum abzuſehen iſt, wie eine Reichs-Berathſchlagung ohne eine Reichs-Verſamlung geſchehen könne.

Eod. §. heiſt es nun: Der Kayſer ſolle vornemlich in ſolchen Allianz, ſo dann auch in allen andern den Statum publicum &c. betreffenden Sachen der Chur-Fürſten Conſens zuvor erlangen, ehe er etwas darinn verfüge

§. 5. Iſt der nöthige Zuſatz gemacht worden: daß die von fremden Potentaten ſuchende Hülffe dem Reich keinen Schaden bringen ſolle.

§. 32.

Art. 7. Art. 7. §. 1. iſt die Sorgfalt des Kayſers für die Reichs-Commercien namentlich auf die zu Waſſer und Land extendiret worden.

§. 2. Iſt denen Handlung-treibenden Stätten überhaupt, und denen Hanſee-

Stät-

Stätten ins beſondere, proſpiciret worden. Siehe meine Anmerck. *ad h. l. p. 258.*

§. 5. Iſt verſehen: wie ferne der Kayſer in Policey-Sachen Privilegia ertheilen oder erneuern könne oder ſolle?

§. 33.

Art. 8. §. 1. wurde eine gewiſſe Reſervation wegen der alten Zoll-Conceſſionen auf A. 1711. feſtgeſezt. Art. 8.

Eod. §. wurde die Extenſion und Verlegung der Zölle de loco ad locum, wie auch die Erhöhung, verboten.

§. 3. Wurde verordnet, was bey Transferirung eines Zolles zu beobachten ſeye und daß derer Intereſſenten Bedencken und Beſchwerden von dem Kayſer und geſammten Chur-Fürſten erwogen, ꝛc. werden ſolle.

§. 4. Wird das Verbot der Kayſerlichen Promotorialium an die Chur-Fürſten in Zoll-Sachen auch auf die Verlegung derer Zölle extendirt.

§. 7. Wird verboten, der Schiffbarmachung derer Ströhme überhaupt etwas in den Weg zu legen. Siehe die Anmerck. *ad h. l. p. 288.*

§. 8. Werden die eigenmächtige Verlegungen der Zölle caßirt.

§. 9. Wurde die Extenſion der auf ehliche Leibes-Erben und Nachkommen verliehenen Zölle auf andere Beſitzer verboten.

§. 10. Wird abermals die Verlegung der Zölle unterſagt.

§. 12. Werden die auch nach dem teutſchen Krieg eigenmächtig errichtete Zölle, ꝛc. caßirt.

§. 15. Wurde eine Verordnung in Anſehung derer gemacht, welche in Zoll-Sachen excediren und ſich gegenwärtig zu keinem Crayß halten.

§. 17. Iſt das widerrechtliche nöthigen zum Ausſchiffen, ꝛc. auch derer Conſumtibilien niedergelegt. Siehe die Anmerck. *ad h. l. p. 312.*

§. 21. Iſt die Manutenenz derer rechtmäßigen Zoll- und der Privilegien beliebt.

Noch §. 28. ſolle die Erkundigung wegen der Zoll-Mißbräuche ohnausſtellig und bald-möglichſt geſchehen. Conf. meine Anmerck. *ad h. l. p. 324.*

§. 30. Wird denen Crayß-Ausſchreib-Aemtern ꝛc. die Berichts-Erſtattung derer Zoll-Neuerungen ex officio an den Kayſer iniungiret.

§. 31. Wird eines theils der Zoll-Freyheit

heit derer Reichs-Stände und ihrer Geſandten auf Reichs-Collegial-Deputations- und Crayß-Tägen, ſo viel das geſammte Reich, beſonders die Kayſerliche Erb-Lande betrifft, proſpicirt, hingegen aber auch aller Unterſchleiff verboten.

§. 34.

Art. 9. §. 4. iſt wegen Fortſetzung und zu Endebringung derer Comitial-Müntz-Deliberationen, auch Execution des Beſchloſſenen eine Vorſehung gethan; Art. 9.

§. 5 Aber ſeynd wegen der Müntz-Probations-Täge und fremden Münzen Anſtalten gemacht.

§. 35.

Art. 10. §. 1. wurde namentlich verſehen, der Kayſer ſolle von dem Reich inn- oder auſſerhalb Teutſchlandes nichts weggeben. Art. 10.

§. 4. Wird nochmals die Manutenenz derer Reichs-Pfandſchafften beliebt, doch nicht derer bloß verſchriebenen, ſondern zugleich auch innehabenden.

§. 5. Iſt vorgeſchrieben: wie bey Reichs-Gränzſcheidungen zu verfahren ſeye? worzu wohl das Gelegenheit gegeben, was ſich nach A. 1735. ſonderlich in Anſehung Lothringens zugetragen hat.

§. 10.

§. 10. Wird der Kayſer zu Manutenenz des Reichs-Schluſſes vom 9. Dec. 1722. verpflichtet, welches darauf zielet, Toſcana und Parma als Reichs-Lehen zu erhalten.

§. 36.

Art. 11. Art. 11. §. 1. wurde zwar beliebet, daß die Reichs-Lehen-Brieffe nur alsdann nach ihrem vorigen Tenor ausgefertiget werden ſollten, in ſo weit nicht die inzwiſchen von Seiten der Vaſallen vorgekommene beſondere Umſtände eine andere Einrichtung erfordern; es iſt aber weislich erinneret worden, daß dieſe zweydeutige Stelle nicht gegen dem Sinn derer Maiorum, mißbraucht werden möge und wird wohl künfftig eine mehrere Erläuterung vonnöthen ſeyn. Siehe die Anmerck. *ad h. l. p. 383.*

§. 2. Iſt die Stelle wegen Edition derer Pactorum Familiæ deutlicher gegeben, auch verſehen worden, daß die Belehnung nicht wegen illiquider oder ſtreitiger Laudemien-Gelder, und dergl. aufgehalten werden ſolle, worzu des Reichs-Hof-Raths-Canzley Bezeugen in Anſehung derer reſp. Laudemien- und Anfalls-Gelder Gelegenheit gegeben.

§. 4.

§. 4. Iſt eine neue Diſpoſition gemacht: durch wen die geiſtliche Chur-und Fürſten ihre Reichs-Lehen empfangen laſſen können.

§. 7. Seynd die Worte der güldene Bulle: Feudis 1. Principum duntaxat exceptis, 2. & illis, quæ Vanlehen vulgariter appellantur, alſo erkläret: worinnen die von uns coram Throno zu empfangende Lehen allein ausgenommen ſind; davon die Folge dieſe ſeyn ſoll: Ergo müſſen die Grafſchafften von denen Reichs-Vicarien zu Lehen empfangen werden. Es ſetzen ſich aber ſo wohl die Fürſten als Grafen hierwider. Siehe meine Anmerck. *ad h. l. p. 391.* mein teutſch. Staats-Recht *Tom. 8. p. 85. ſeqq.*

§. 12. Wurde die Materie von Anwartſchafften auf Reichs-Lehen alſo erläutert, daß ſolche denen damaligen Reichs-Conſtitutionen gemäß ſeyn ſollten.

§. 17. Wurde verſehen: die Deſignation derer Reichs-Stätte-Steuren ſollte unnachbleiblich geſchehen.

§. 37.

Art. 12. §. 1. wurde ſtatuirt: Es ſollte kein Crayß-Stand 2c. einem Crayß entzogen worden, noch ſich ſelbſt davon eigen- Art. 12.

willig

willig entziehen; womit auf die hőchſt⸗bedenckliche und in der Folge áuſſerſt Gefahr⸗vollen Separation des Hauſes Heſſen⸗Caſſel und der Grafſchafft Hanau von dem Ober⸗Rheiniſchen Crayß gedeutet worden iſt.

§.2. Aber wird auf ein Reichs⸗Gutachten wegē Wieder⸗Herbeybringung derer Crayß⸗Avulſorum ꝛc. und deren Manutenenz, nach erfolgter Redintegration, getrungen, ſo theils mit dem vorigen connectirt, theils auf die Klagen des Schwábiſchen Crayſes, u. ſ. w. zielet. vid. meine Anmerck. *ad h. l. p. 406.*

§. 4. Wird denen Reichs⸗Gerichten inhibirt, ſich in die innere Kriegs⸗Civil⸗und Oeconomiſche Verfaſſungen derer Reichs⸗Crayſe zu miſchen. Siehe meine Anmerck. *ad h. l. p. 407.*

§. 5. Wird die endliche zu Stand⸗Bringung der neuen Reichs⸗Executions-und Crayß⸗Ordnung urgirt. Siehe mein teutſch. Staats⸗Recht *Tom 1. p. 178. ſqq.*

§. 6. Wird verlangt, die ordinari-Reichs⸗Deputation wieder in den Gang zu bringen und darinnen zu erhalten.

§. 38.

Art. 12. Art. 13. §. 4. wird denen Reichs⸗Ständen

den die Freyheit zugeſtanden, daß ſie ſich in ihren Comitial-Berathſchlagungen nicht an die Ordnung der Kayſerlichen Propoſition binden müſſen. Siehe meine Anmerck. *ad h. l. p. 417.*

§. 7. Wird verordnet, 1. daß die Exhibenda in Comitiis beſcheiden einzurichten ſeyen, 2. wer und wie hierüber zu cognoſciren? 3. daß die alſo qualificirte Exhibita forderſamſt ad Dictaturam gebracht werden ſollen. Zu allem dieſem hat das Gelegenheit gegeben, was ſich ſonderlich in denen lezten Regierungs-Jahren Kayſer Carls VI. zugetragen hat. Siehe meine Anmerck. *ad h. l. p. 419.*

§. 8. Iſt mit mehrerem verſehen, daß das Reichs-Directorium in ſeinem Amt nicht zu hindern, ſondern vielmehr was die Dictatur und Propoſition derer Stände Memorialien betrifft, auf vorgeſchriebene Art, darzu anzuhalten ſeye. Es hat damit die Bewandtniß, wie mit dem vorigen.

§.9. Iſt ad art.3. noch nachgehohlet worden, daß das Reichs-Vicariat ſich auch auf den Fall der Minderjährigkeit des Kayſers erſtrecken ſolle und darauf denen Reichs-Vicarien eingeräumt, Reichs-Täge anzuſetzen, oder zu continuirẽ, es äuſſert ſich aber ſchon,

was

was einige bald Anfangs beſorget haben, daß, ſo gut auch die Sache an ſich iſt, doch die Fürſten ſich an dem modo ſtoſſen, dieſe Verordnung nicht erkennen und alſo, wann es zum Fall kommt, doch wohl nichts aus der Sache werden werde.

§. 39.

Art. 14. Art 14. §. 1 Wird dem Pabſt ein Compliment gemacht, man habe das Vertrauen zu ihm, er werde nicht wider die Concordata handlen. Siehe meine Anmerck. *ad h. l. p. 434.*

Eod. §. iſt für: „rechtmäßig hergebrachte ſtatuta und Gewohnheiten„; nur geſezt: „hergebrachte ſtatuta und Gewohnheiten. „ es ſcheinet aber von ungefähr geſchehen zu ſeyn, weil nichts davon in Deliberation gekommen.

§. 6. Iſt wegen derer unter Catholiſcher Obrigkeit wohnenden Evangeliſchen und derer Reformirten eine Aenderung der Conſtruction fürgenommen worden, welche in Anſehung der lezteren auf etwas reeles zu zielen ſcheinet; es hat aber damit eben die Bewandtniß, wie mit deme, was *art. 2. §. 3.* angemercket worden iſt.

§. 40.

Art. 15. Art. 15. §. 2. wird proſpicirt, daß der

Lan-

Landes-Hoheit auch nicht durch Standes-Erhöhungen præiudiciret werden ſolle.

§. 3. Wird nun auch derer nach A. 1654. abgefaßter Reichs-Schlüſſe wegen der Land-Stände Beytrags zu Beſchützung des Landes gedacht.

§. 5. Werden die der Landes-Hoheit nachtheilige Protectoria caſſirt.

§. 41.

Art. 16. §. 4. wird denen Reichs-Gerichten die Glimpflichkeit des Styli, beſonders gegen die Chur-Fürſten, eingebunden. Art. 16.

§. 7. Verſpricht der Kayſer, dem Cammer-Gericht durch keine Reſcripta die Hände zu binden, noch daſſelbe von ſeiner Schuldigkeit gegen das Reich abzuziehen, oder es an Erſtattung der Berichte an den Reichs-Convent in denen dahin gehörigen Sachen zu hindern.

Nach §. 8. ſolle der Kayſer weder an das Cammer-Gericht noch Cammer-Richter, Promotoriales, Schreiben um Bericht, Inſtructiones oder Inhibitiones erlaſſen, ſondern alle Erinnerungen an daſſelbe ſollen von dem Kayſer und Reich zugleich geſchehen. Die viele Gelegenheiten zu allem dieſem zu erzählen, wäre für hieher zu weitläufftig.

Eod. §. wird geordnet, das Cammer-Gericht bey ſeinen Ehren und Anſehen zu ſchützen. Die Veranlaſſung gaben die in der Hanauiſchen Succeſſions-und Frey-Gerichts-Sache zum Vorſchein gekommene ꝛc. Schrifften.

§. 9. Iſt ſtatuirt, daß ſo wenig proviſorie, als ſonſten etwas gegen die Reichs-Geſetze verfüget werden ſolle; womit wohl nicht nur auf einen ſich zugetragenen Fall geſehen worden iſt.

Die vorhin nach §. 9. geſtandene Stelle von denen Contraventionen wider die Reichs-Hof-Raths-Ordnung iſt in den art. 24. als an einen bequemeren Ort, verſetzet worden.

Nach §. 15. ſollen die Reichs-Hof-Raths-Gutachten dem Kayſer nicht anderſt, als auf die fürgeſchriebene Weiſe, vorgetragen werden. Siehe mein teutſch. Staats-Recht *Tom. 6. p. 371*

§. 17. Iſt verſehen, wie ferne die Neben-Puncten derer an dem Cammer-Gericht anhängigen Haupt-Sachen bey dem Reichs-Hof-Rath angenommen werden können; worzu der Proceß in Sachen: Hohen-Zollern-Hechingen contra die Hohenzollern-Hechingiſche Unterthanen mit Gelegenheit gegeben haben mag. End-

Endlich ſo iſt auch die Stelle wegen Verbeſſerung der Reichs-Hof-Raths-Ordnung in den art. 24. transferiret worden.

§. 42.

Art. 17. §. 2. wird beliebt, 1. daß das Remedium Reviſionis bey dem Reichs-Hof-Rath nicht nur wider die von demſelben abgefaßte, ſondern auch des Kayſers eigene, Reſolutiones zugelaſſen, 2. nicht pro odioſo oder unzuläßig gehalten, 3. wann die Formalia richtig, niemand verſagt, noch 4. durch übermäßige Sportuln ſchwer gemacht werden ſolle. Art. 17.

Eod. §. wird verſehen, daß das Cammer-Gericht über die in caſum ſuccumbentiæ zu erlegende Caution de reſtituendo und deren Zulänglichkeit ſprechen könne.

Von §. 3 biß §. 12. iſt eine ſehr wichtig und weitläufftige Verordnung wegen der Cammer-Gerichts-Viſitationen und Reviſionen gemacht worden; weil die viele, zumalen gegen den vorigen Cammer-Richter vorgekommene Klagen dergleichen zu erforderen ſchienen.

§. 13. Wird die Manutenenz des Reichs-Schluſſes de A. 1719 wegen beſſerer Unterhaltung des Cammer-Gerichts und Vermehrung der daſigen Beyſitzer recommendirt.

§. 15. Wird das Verbot der Kayſerlichen Geheimen-Raths-Decreten namentlich auf die vor den Reichs-Hof-Rath gehörige Sachen extendirt. Siehe meine Anmerck. *ad b. l p. 497.* und mein teutſch. Staats-Recht *Tom. 6. p. 367. ſeqq.*

§. 17. Wird die Beſchleunigung einer Comitial-Tax-Ordnung recommendirt, ſo auch die ohnverzügliche Abſtellung der Beſchwerden und Comitial-Reviſion der alten Comitial-Tax-Ordnung. Siehe aber meine Anmerck. *ad b. l. p. 506.*

§. 19. Endlich werden die allbereits coinveſtirt geweſene auch von denen Laudemien eximirt. Siehe meine Anmerck. *ad b. l. p. 506.*

Ich will bey dieſer Gelegenheit einige Anmerckungen über Herrn Regierungs-Rath ESTORS A. 1742. unter dem Titul: Onus Laudemii depoſitum gehaltene ſchöne Diſſertation beyfügen; ad Sect. 1. weiß ich, daß nicht die Offenbachiſche Fürſtliche Monita der Urſprung dieſer neuen Stelle iſt, ſondern ſolche ſchon parat ware, ehe jene zum Vorſchein kamen und mag ſonderlich das, was ſich mit Herrn Herzog Carl Alexander zu Würtemberg zugetragen, Gelegenheit gegeben haben.

Ad

Ad Sect. 3. gleichwie allerdings nicht nur die, welche nach Art der Sächſiſchen geſammte Hand belehnet werden, ſondern alle in prima Inveſtitura darunter begriffene damit gemeinet ſeynd; alſo iſt es hingegen auf keine andere zu erſtrecken.

§. 43.

Art. 18. §. 2. wird verlangt, daß die der Pacta von denen höchſten Reichs-Gerichten eximirte Stände hinwiederum auch denen Pactis nachleben und præſtanda præſtiren; womit auf Oeſterreich gezielet worden. Add. meine Anmerck. *ad h. l. p. 508.* Art. 18.

§. 4. lieſet man, daß die Privilegia de non appellando & non evocando, auch in Lehens-Sachen beobachtet werden ſollen.

§. 5. Iſt eine wichtige neue Diſpoſition beygefügt, wegen Gleichheit derer Commiſſarien in Sachen, welche beede Religions-Verwandte betreffen, dergleichen der vorige Kayſer den Evangeliſchen platt abgeſchlagen hatte. Siehe meine Anmerck. *ad h. l. p. 513.*

Eod. §. wird auch erfordert, daß die Commißarien bey der Sache nicht intereßirt ſeyen.

§. 8. Iſt die Verfügung wegen Abſtellung derer gegen das Rothweiliſchen Hof- und Schwäbiſche Land-Gericht von denen Reichs-Ständen führenden Beſchwerden geſchärffet.

§. 44.

Art. 19. Art. 19 §. 6. iſt verordnet, wann wegen der Landes-Hoheit überhaupt geſtritten werde, ſollen keine Mandata &c. ertheilet werden; es iſt aber etwas zweydeutig und kan nach der Reichs-Verfaſſung nicht anderſt ſtatt haben, als wann einem Stand, der in ruhigen Beſitz der Landes-Hoheit iſt, ſolche von ſeinen Land-Ständen ꝛc. diſputirlich gemacht werden wollte; add. meine Anmerck. *ad h. l. p.524.*

Eod. §. werden auch die Conſervatoria ſowohl in dieſem, als verſchiedenen andern Fällen verboten, wobey aber auch die allererſt gemachte Anmerckung zu wiederhohlen iſt.

§. 45.

Art. 20. Der 20ſte Articul iſt ohnverändert geblieben.

§. 46.

Art. 21. Art. 21. §. 1. Verſpricht der Kayſer, die Reichs-Stände bey ihren Lehenherrlichen Befügnüſſen, auch Gerichtbarkeit, in denen

denen dahin nach denen Lehen-Rechten gehörigen Fällen allerdings ohn beeinträchtigt und ihnen darinn von keinem Reichs-Gericht, neque ſub prætextu continentiæ cauſarum, neque Judicii univerſalis, eingreiffen zu laſſen. Vielleicht hat die Abſicht dieſes Moniti mit der Salmiſchen und Sayniſchen Succeſſion eine Connexion; doch wird künfftig faſt nöthig ſeyn, das letzte etwas anderſt zu faſſen, wann nicht groſſe Inconvenientien daraus entſtehen ſollen.

§. 8. Iſt an ſtatt der in der letzten Capitulation per lapſum calami aus dem Projecto perpetuæ an ſtatt: „Von Uns„ beybehaltenen Worte: „Von Ihm„ geſetzet worden: „Vom jemanden„ wodurch aber der Sinn des Projecti perpetuæ in etwas alteriret worden iſt.

§. 47.

Art. 22 §. 2. iſt die Einſchränckung, daß der Kayſer keinem in höheren Stand verſetzten, mit Decreten pro Receptione unter die Reichs-Stände zu ſtatten kommen ſolle, ſo weit relaxirt, daß es bey denen geſchehen könne, welche mit denen art. 1. beliebten Requiſitis verſehen ſeynd. Add. die Anmerck. *ad h. l. p. 566.* Art. 22.

§. 4. Iſt wegen der aus Miß-Heurathen erzeugten Kinder Standes-Erhebungen und Succeſſions-Unfähigkeit verſchiedenes verſehen, ſo fürnemlich durch das, was ſich mit Herrn Herzog Anton Ulrichs zu Sachſen-Meiningen Kindern zugetragen hat, veranlaſſet worden iſt. Siehe die *cit.* Anmerck. *p.* 566.

§. 5. Iſt verordnet, daß eines in höheren Stand geſetzten Landſaſſens Perſon eben ſo wohl, als ſeine Güter, der Landes-Hoheit unterworffen bleiben ſollen.

§. 6. Iſt die Caſſatio alles deſſen, was wider dieſen Articul gehandelt würde, noch deutlicher gemacht worden.

§. 7. Iſt die Vorſorge geſchehen, daß auch die Kayſerliche und des Reichs Gnaden-Sachen nirgends anders, als in der Reichs-Canzley expediret werden ſollen. Vid. mein Teutſch. Staats-Rechts *Tom.* 6. *p.* 406 *ſeqq.*

Ingleichen, daß die Kayſerliche Raths-Titul von allen Gattungen allda zu expediren; welches auf die Geheime Raths-Diplomata zielet. vid. *ibid.* meine Anmerck. *ad h. l. p.* 578.

§. 13. Iſt gegen die, ſo ſich Kayſerlicher Begnadigungen fälſchlich rühmen, oder ſie

doch

doch nicht ausgelöſet haben, gerichtet. Siehe mein Teutſch. Staats-Recht *Tom. 6. p. 445. ſeqq.*

§. 48.

Art. 23. § 3. iſt die Verordnung, daß am Reichs-Hof-Rath nur die Teutſch- und Lateiniſche Sprache gebrauchet werden ſollen, auch auf den Fall extendirt, wann gleich der Kayſerliche Hof ſich an einem Ort aufhielte, wo eine andere Sprache in Ubung wäre. Art. 23.

§. 5 Seynd denen Reichs-Erb-Aemtern ihre Gefälle von neuem vorbehalten worden.

§. 49.

Art. 24. §. 2. wird verſehen, daß die, ſo Reichs-Hof-Räthe werden wollen, in ſolchen wohlgeordneten teutſchen Dicaſteriis, worinnen Rechts-Händel fürkommen, oder auch Juriſtiſchen Facultäten geſeſſen ſeyn ſollen; weil nemlich die Erfahrung gelehret hat, daß auch ſolche ſubjecta angenommen und in wichtigen Sachen gebraucht worden waren, welche eine ganz andere Herkunfft hatten. Art. 24.

§. 3. Iſt geordnet, daß die Pflichten derer Reichs-Hof-Räthe mit auf das Reich zu richten ſeyen.

Der §. 4. iſt wider die Contraventiones der Reichs-Hof-Raths-Ordnung gerichtet und zum theil neu, übrigens aber aus dem 16den Articul, darinn es vorhin ſtunde, hieher transferiret. add. meine Anmerck. *ad h. l. p. 610.*

Der §. 5. wegen Verbeſſerung der Reichs-Hof-Raths-Ordnung iſt ebenfalls aus dem 16den Art. hieher verſezt.

§. 6. Will, daß die Form der Reichs-Hof-Raths-Viſitationen durch ein Reichs-Gutachten ausgemachet werden ſolle.

§. 7. Iſt die von denen Interims-Viſitationen deſſelben handlende Stelle gar ſtarck verändert und höchſtwichtige Zuſätze gemacht worden.

Und ſo iſt auch §. 8. der paſſus von proviſional-Approbation der Reichs-Hof-Raths-Ordnung anderſt gefaßt, auch derſelben das bekannte Kayſerliche Decret an den Reichs-Hof-Rath de A. 1714. beygefüget worden, jedoch, (weil auch in manchen die Feder gegen die Reichs-Stände darinnen gar zu ſcharff geſpitzet iſt,) nur in ſo weit, als es ſich auf die Monita der Stände gründet. Add. meine Anmerck. *ad h. l. p. 617.*

§. 13. Iſt eine ſehr wichtige Verordnung, daß

daß im Reichs-Hof-Rath alles in Pleno verhandelt und die Deputationes, Hof-Commiſſiones, u. d. abgethan werden ſollen. Conf. meine Anmerck. *ad h. l. p. 627.*

§. 50.

Art. 25. §. 1. ſeynd die ehmals ſo genannte Secretarien und Protocolliſten bey der Reichs-Canzley mit magnifiquern Ehren-Tituln begabt worden. Siehe die Anmerck. *ad h. l. p. 648.* Art. 25.

§. 4. Iſt eine wichtige Verordnung, daß die Kayſerliche und Reichs-Angelegenheiten, deren manche benahmſet werden, durch niemand anderſt, dann durch den Reichs-Vice-Canzlar, gehen, nicht aber zu des Kayſers Erb-Land-Hof-Canzley gezogen werden ſollen. Siehe die Anmerck. *ad h. l. p. 649.* und mein teutſch. Staats-Recht *Tom. 6. p. 137. ſeqq.*

§. 7. Iſt eine abermalige wichtige Verordnung, daß der Stände Geſandten am Kayſerlichen Hof von deſſen Hof-Marſchall-Amt, Landes-Regierung, u. ſ. w. eximirt ſeyn ſollen, davon in meinem Staats-Recht *Tom. 6. p. 181. ſeqq.* ein mehreres nachzuſehen iſt.

Eod. §. iſt endlich auch der Reichs-Hof-Rath,

Rath, ſamt denen darzu gehörigen Perſonen namentlich von des Kayſerlichen-Hof-Marſchall-Amts-Prætenſionen loßgeſprochen worden. Siehe *l. c. p. 171. ſeqq.*

§. 51.

Art. 26. Der vormalige 26ſte den Herzog von Savoyen betreffende Articul iſt, als allzuſpecial und meiſtens jezo unnöthig, ausgelaſſen worden. Siehe mit mehrerem davon meine Anmerck. über die Wahl-Capit. *p. 719. ſeqq.*

§. 52.

Art. 26. In dem 26ſten (vorhin 27ſten) Articul iſt §. 4. wo der Evocationen an ausländiſche Potentaten gedacht wird, das vorhin namentlich benahmſte Holland und Brabant ausgelaſſen; vermuthlich, weil leztere, als ein Stück der Oeſterreichiſchen Niederlande, nicht wohl als ausländiſch betrachtet werden kan.

Zu End des Articuls aber iſt das vorhin wegen des Elſaſſes allda appendicirte, bey bekannten Umſtänden, ſalvis ſalvandis, weggelaſſen. Siehe meine Anmerck. *ad Capitulat. p. 749.*

§. 53.

Art. 27. Der 27ſte (in Kayſer Carls VI. Capitulation 28ſte) Articul iſt unverändert geblieben.

§. 54.

§. 54.

Art. 28. (in der vorigen Capitulation 29.) iſt das Land- und Reichs-Stättiſche Boten-Weſen eingeſchränckt, zugleich aber auch damit die Chur-Mayntziſche Reichs-Poſt-Protection zum erſtenmal mit guter Manier in die Kayſerliche Capitulation gebracht worden. vid. die Anmerck. *ad h. l. p. 691.* und mein teutſches Staats-Recht *Tom. 5. p. 271.* Art. 28.

Der §. 4. wegen Manutenenz des Reichs-Poſtweſens aber iſt zwar nicht ganz neu, doch die ſehr wichtige Aenderung darinn, daß das bißherige Gräflich Paariſche Kayſerliche Hof-Poſt-Amt als erloſchen tractirt und dem Fürſten von Taxis zugeleget wird. Vid. *ll. cc.* und in meinem teutſch. Staats-Recht, *Tom. 6. p. 191. ſeqq.*

§. 55.

Art. 29. (olim 30.) endlich verbindet ſich der Kayſer §. 3. zu Vollziehung der von dem Wahl-Convent aus an ihne erlaſſenen Chur-Fürſtlichen Collegial-Schreiben. Siehe die Anmerck. *ad h. l. p. 696.* Art. 29.

§. 56.

Dieſe erſt-beſagte Chur-Fürſtliche Collegial-Schreiben waren zwar wenigſtens ſchon auch A. 1711. üblich, jedoch wurden ſie Chur-Fürſtliche Collegial-Schreiben.

ſie diesmal als ein öffentlich-und förmlicher Anhang der Kayſerlichen Wahl-Capitulation tractirt. Man findet ſelbige (auſſer denen, die mit der Wahl-Capitulation keine Connexion haben,) hinter meiner Edition der jetzigen Wahl-Capitulation, auch ſeynd ſie einzeln gedruckt worden.

Sie enthalten folgendes:

Das 1ſte, ſo ſich ad art. 8. qualificirt: der Kayſer möchte, zu Beförderung derer Commercien, dahin bedacht ſeyn, daß die auf dem Rhein und der Maaß der Zölle halber entſtandene Beſchwerniſſe und Mißhelligkeiten gütlich vermittelt oder rechtlich entſchieden werden möchten.

Das 2te ad art. 10. §. 6. gehet dahin: der Kayſer möchte ſich erkundigen: wie es um die Reichs-Immediætät derer dem Hoch-Stifft Coſtanz zugehörigen, aber in der Schweiz gelegenen, Lande ſtehe? und nach deſſen Befund des Reichs Nothdurfft bey denen Schweizer-Cantons beobachten.

Das 3te ad art. 10. §. 10 betraffe obgedachte von vielen Italiäniſchen Reichs-Vaſallen eingebrachte Beſchwerden, welche insgeſammt dem Kayſer eingeſchickt und zu ſeiner Obriſt-Richterlichen Vor-

ſehung

ſehung ſo wohl, als auch, ſo viel das darunter etwa obwaltende Intereſſe des Reichs betrifft, zur nöthigen Vernehmung mit dem Reich, recommendiret wurde.

In dem 4ten (ad art. 13. §. 3. & 5.) wird der Kayſer erſucht, daß 1. die auf dem A. 1663. angegangenen und biß jezo fortdaurenden Reichs-Convent abgefaſte Reichs-Schlüſſe, ſo viel deren, ihrer Art und Geſtalt nach, noch nicht erloſchen ſeyen, in einem Interims-Reichs-Abſchied geſammelt und alſo publiciret, forderiſt aber ein Reichs-Gutachten darüber erſtattet werden möge. 2. Möchte der Kayſer auf die unter vorigen Kayſer erſtattete Reichs-Gutachten, worauf noch keine Reſolution erfolget iſt, dergleichen ergehen laſſen, auch 3. annoch zu berathſchlagende Reichs-Anliegen beſt-möglichſt zu ihrer Endſchafft befördern.

Das 5te Schreiben (ad art. 13. §. 7. & 8.) betrifft den Recurſum ad Comitia und die Comitial-Defectus, daß nemlich der Kayſer ein Reichs-Gutachten erforderen möchte, wie wegen jenes ein Regulativ gemacht, dieſe aber ſchleunigſt gehoben werden möchten.

Das 7de (ad art. 16. §. 7.) gehet dahin:

hin: der Kayſer möchte wegen Erläuterung des Tit. 7. Part. 2. der Cammer-Gerichts-Ordnung ein Reichs-Gutachten erforderen, inzwiſchen aber den Reichs-Hof-Rath anweiſen, ſich aller eigenmächtigen Auslegung dieſer Stelle zu enthalten und keine dahin einſchlagende bey dem Cammer-Gericht anhängig gemachte Sache von da zu avociren, viel weniger deſſen Erkenntniſſe gar aufzuheben; doch möge es bey denen bißhero bey dem Reichs-Hof-Rath alſo abgeurtheilten Sachen verbleiben.

Das 8te Collegial-Schreiben (ad art. 17. §. 2. ſeqq.) betrifft die Cammer-Gerichts-Viſitationes und Reviſiones, daß nemlich 1. jede A. 1654. geliebte Claß der Sache ein ganzes Jahr abwarten und der Reichs-Schluß comitialiter alſo abgeänderet werden möge, 2. daß man die in Claſſe 1. befindliche Reichs-Stände vergleichen möchte, wie viel Räthe jeder ſenden ſollte, damit allzugroſſe Koſten erſpahret würden, wiewol, wann auch einer mehrere ſenden wollte, ſelbige doch nur einen Deputatum repræſentiren würden. 3. Möchte ein Reichs-Gutachten erfordert werden: wie es dahin zu bringen ſeye,

daß

daß die Deputirte Stände nicht auſſen bleiben? wie auch 4. was etwa denen vorigen Inſtructionen annoch beyzuſetzen ſeyn möchte? ohne jedoch dadurch den Fortgang der Sache ſelbſt aufzuhalten. 5. Möchte man bedacht ſeyn, allen ohnnöthigen Pracht mit Bedienung und Equipage, auch übermäßige Gaſtereyen und Geſellſchafften, mithin die Koſten, einzuſchräncken.

In dem 9ten (ad art. 18. §. 4.) wird auf ein Reichs-Gutachten getrungen: ob bey der Summa appellabili auf den Werth der anfänglichen Klage und Haupt-Sache, oder auf die Summam Gravaminis zu ſehen ſeye?

In dem 10den (ad art. 18. §. 8. ſeqq.) werden des Schwäbiſchen Crayſes Angelegenheiten wegen der ihme von der Oeſterreichiſchen Land-Vogtey in Schwaben und ſonſten verſchiedentlich entzogener Reichs-Stände und ſteuerbarer Güter zu rechtsgebührlicher Kayſerlicher Vorſehung recommendirt.

Das 11te (ad art. 22. §. 4.) ſolle zu Veranlaſſung eines Reichs-Schluſſes dienen, daß wegen der etwa noch zweifelhafft ſcheinenden Mißheurathen ein Regulativ gemachet werden möge.

Das 12te endlich (ad art. 24. §. 4.) betrifft die Beſchwerden gegen den Reichs-Hof-Rath, da forderiſt die bereits A. 1711. übergebene wiederhohlt, ſo dann noch 24. neue angefüget werden, welche theils das Præſidium, theils die Räthe, theils die von dem Reichs-Hof-Rath dem Cammer-Gericht, theils die von des Kayſers Erb-Land-Canzleyen der Reichs-Canzley beſchehene Eingriffe betreffen.

§. 57.

Der alten Fürſten Beſchwerung über die neue Capitulation.

Wer da weiß, wie viele unausgemachte Streitigkeiten die Chur- und Fürſten wegen des Wahl-Capitulations-Weſens mit einander haben, der konnte auch gewiß vorausſehen, daß die alte Fürſtliche Häuſer ſich gegen die neue Capitulation wiederum, wie gegen die vorige, beſchweren würden und ſo iſt es auch ergangen.

Dann in einem dem 25. Apr. 1742. datirten Schreiben an den Kayſer melden die Sachſen-Weymar- und Eiſenachiſche, Holſtein-Glückſtättiſche, Bandenburg-Culm- und Onolzbachiſche, Sachſen-Gotha-Coburg- und Meiningiſche, Schweden-Vor-Pommeriſche, Heſſen-Caſſeliſche, Würtembergiſche, Braunſchweig-Wolfenbütteliſche, Heſſen-Darmſtatt- und Baa-

den Durlachiſche Geſandten: Sie verlangten dem Chur-Fürſtlichen Collegio nicht zu widerſprechen, daß es der neuen Wahl-Capitulation ad-Capitula beyfügen könne, welche die Jura Statuum communia nicht angehen, derer übrigen Stände Juribus nicht derogiren, die Reichs-Geſetze, und beſonders die verglichene Capitulationem perpetuam, weder änderen, noch aufheben, oder auslegen, oder ſonſt dem geſammten Reich gleich heilſam ſeyen. Hierauf beruhe das Chur-Fürſtliche Jus capitulandi, davon die güldene Bull nichts wiſſe, ſondern welches, laut Chur-Fürſtlichen Protocols vom 15. Maj. 612. bloß auf der Obſervanz beruhe. Das Chur-Fürſtliche Collegium ſeye aber bey der lezteren Wahl viel weiter gegangen, da doch zu einem Reichs-Geſetz liber & unanimis conſenſus omnium Imperii Statuum erforderet werde und eben deßwegen, damit die Capitulation dafür paßieren könne, eine conſtans & perpetua Capitulatio errichtet werden ſollen, auch endlich, nach langwührig und mühſamen Tractaten, errichtet und darinn das Jus adcapitulandi in gewiſſe Gränzen geſetzet worden ſeye, wobey es verbleiben müſte,

 weil

weil die alte Fürſten eines Herkommens und Geblüts mit denen Chur-Fürſten ſeyen und in allen, nicht in der güldenen Bulle wörtlich enthaltenen, oder ſonſt von ihnen eingeſtandenen Paſſibus gleiches Recht haben, beſonders an dem Inſtrumento Pacis. Die Chur-Fürſten wollten ſich aber nicht daran binden, ſondern machten, an ſtatt daß das Projectum perpetuæ literaliter den Grund der neuen Capitulation abgeben ſollte, jedesmals ganz neue Capitulationen und ruckten abermal das hinein, was vorhin durch Comitial-Handlungen abgethan worden, ja ſie fügten noch immer neue Beſchwerden hinzu, wie ſich ſolches an denen drey jüngſten Capitulationen äuſſere, mithin laſſe man die Fürſten ſich von einem Fall zum anderen vergeblich auf das Inſtrumentum Pacis beruffen, fatigire ſie mit Proteſtationibus, ſuche indeſſen die zu ihrem Præjudiz errichtete Capitulation zur Obſervanz zu bringen, handle mit ihnen zwar zum Schein de novo, binde ſich aber weder an eines noch das andere; alſo daß endlich ſo gar auch das Angedencken ihrer Befügnüſſe ex Inſtr. Pacis &c. verſchwinden würde. Sie erkläreten ſich alſo nochmals, daß ſie

dem

dem Chur-Fürſtlichen Collegio das Jus capitulandi anderſt nicht einräumeten, als daß einmal eine beſtändige Capitulation errichtet und darinnen ohne der geſammten Stände Bewilligung nichts geändert noch hinzugeſetzet, auch der Eligendus auf deſſen Bubſtaben verpflichtet und die paſſus adcapitulandi nicht dem Text inſerirt, ſondern appendiciret werden, auch nichts enthalten, ſo die Jura communia Statuum angehe, der Capitulationi perpetuæ oder anderen Reichs-Geſetzen derogire, oder denen übrigen Ständen præjudicire. Sie bitten folglich den Kayſer, dieſe Capitulations-Materie ohne Verzug ad Comitia zu bringen, daſelbſt die verglichene perpetuam mit der neuen Capitulation ſo wohl, als ihrer, derer Alt-Fürſtlichen Häuſer, dem Chur-Fürſtlichen Collegio übergebenen Monitis vergleichen und das ganze Capitulations- und Adcapitulations-Werck zu Stande bringen zu laſſen, auch, biß ſolches geſchehen, dieſe Capitulation denen Reichs-Gerichten nicht pro norma judicandi zu intimiren, maſſen die alte Fürſten weder dieſe noch eine andere zu ihrem Nachtheil errichtete Capitulation pro Lege Imperii erkennen,

nen, da ſie indeſſen proviſorie alles annehmen, was mit der Perpetua, ihren übergebenen Monitis, denen Reichs-Geſetzen, Herkommen und Verfaſſung, auch ihren Würden und Rechten übereinſtimme, oder etwas dem geſammten Reich gleich-nüzliches enthalte, maſſen ſie nicht in Abrede ſeyen, daß viele gute und nüzliche Nova in ſothaner Capitulation enthalten ſeyen, welchen nur der aſſenſus Statuum fehle. Endlich behalten ſie ſich bevor, bey denen Reichs-Gerichten und wo es weiter erforderlich ſeyn möchte, dieſen Widerſpruch ebenfalls zu bezeugen. Es ſeye dieſes alles um ſo billiger, weil das Chur-Fürſtliche Collegium den Kayſer ſelbſt verbinde, das negotium Capitulationis perpetuæ zu Stande bringen zu helffen ꝛc.

§. 58.

Special-Beſchwerden.

Die dieſem Schreiben beygelegte Gravamina beſtehen in ſubſtantia in folgenden:

1. Daß weder die Perpetua nach dem Buchſtaben zum Grund der neuen Capitulation genommen, noch das Jus adcapitulandi verglichener maſſen gebraucht worden, vielmehr habe man

2. Die

2. Die adcapitulata dem Text inſerirt, das Jus adcapitulandi auf verſchiedene vor das ganze Reich gehörige Paſſus extendirt, denen Alt-Fürſtlichen Miniſtris auf ihre Monita keine Antwort ertheilt, von der neuen Capitulation keine legale Communication gethan, die Perpetuam, ganz auſſer Acht gelaſſen und, ſtatt deren, eine ganz neue Capitulation verfaßt.

3. Ob wohl die A. 1716. gegen die Capitulationem Caroli VI. formirte Gravamina durch die nachherige Comitial-Acta ſuper perpetua in ſo ferne ihre Erledigung erhalten, daß der jetzige Eligendus auf das in Projecto perpetuæ verglichene hätte verpflichtet werden ſollen, ſo ſeyen doch ſolche alle von neuem wiederhohlt worden, dahero ihnen auch abermals widerſprochen werde. Unter dieſen alten Beſchwerden nun ſeye, neben deme, daß die durchgängige Concurrentz derer Stände ad negotia Imperii, Belli & Pacis, Vectigalium, Lationem & Interpretationem Legum abzuſchneiden geſucht worden.

4. Sonderlich beſchwerlich, was Art. 3. wegen Vorgangs der Chur-Fürſtlichen Geſandten für denen Fürſten in Perſon

enthalten ſeye, woran ante Leopoldinam nicht gedacht worden. Sie könnten nicht erdulden, daß die Chur-Fürſten, denen ſie nichts einräumeten, als daß ſie primi in ordine ſeyen, ſich in propria cauſa zu Richtern über ihre Hoheit und Prærogativen aufwerffen und die Fürſten mit denen Chur-Fürſtlichen Geſandten in extra-Collegial-Solennibus in Competenz ſtellen, da doch die Chur-Fürſten an ihren Höfen zwar einem alten Fürſten, aber keinem Chur-Fürſtlichen Geſandten, die Hand einräumen. Dieſes Gravamen ſeye durch die Handlungen ſuper perpetua ſchon dreymal abgethan und doch wieder herfürgebracht worden.

Unter die neue Gravamina aber ſeye ins beſondere zu zählen.

a) Art. 3. die nova circumſcriptio & definitio Jurium & poteſtatis Vicariorum, welches doch Jura communia Statuum und die Reichs-Verfaſſung in Interregno betreffe, folglich ad Comitia gehöre.

b) Daß art. 13. §. 7. dem Chur-Fürſtlichen Collegio eine Cenſur der Reichs-Stände in Comitiis übergebenden Memorialen und ein Moderamen Dictaturæ beygeleget werde. c) Daß

c) Daß art. 13. §. 9. der Kayſer auf Sachen verbunden werde, die ſich erſt nach ſeinem Tode zutragen ſollen, ingleichen wie es bey Minorennität eines Kayſers zu halten, auch die Interregna und ſo gar forma Comitiorum reguliret werden wollen, welches lauter Comitialia ſeyen.

d) Daß art. 16. §. 4. die Chur-Fürſten von dem unglimpflichen Stylo derer Reichs-Gerichte mehr, als andere Stände, eximiret werden wollen.

e) Daß art. 17 §. 2. der Reichs-Abſchied de A. 1654. in der Materie de effectu ſuſpenſivo Reviſionum und der Cognition über den Cautions-Puncten einſeitig erkläret werden wollen.

f) Daß §. 5. ejusd. art. wegen Ergänzung der Reichs-Deputation ſich eines Præ-Deciſi angemaßt und das Reichs-Gutachten de A. 1666. 5. Mart. einſeitig abgeändert worden.

g) Daß §. 10. dict. art. ein Fatale wegen Proſecution der Reviſionen fürgeſchrieben werden wollen.

h) Daß art. 28. §. 3. das Poſtweſen abermals per Capitulationem zu reguliren und noch beſchwerlicher zu machen intendiret worden.

i) Daß endlich art. 29. §. 3. der Kayſer gar auf ignota und dem libero arbitrio des Collegii Electoralis vorbehaltene Dinge obligirt werden wollen, dergleichen die bekannt gewordene 12. Collegial-Schreiben und Gutachten ſeyen, deren Contenta man zwar acceptire, ſich aber gegen den gebrauchten modum verwahren müſſe.

5. Seyen viele von denen Alt-Fürſtlichen billichſten Deſideriis, z. E. wegen allzuſtarcker Extenſion der Ritterſchafftlichen Privilegien, abuſuum des Chur-Mayntziſchen Directorii, Eingriffe der Reichs-Gerichte in die negotia Comitialia, Legum interpretationem und beſonders circa recurſum ad Comitia &c. erinnert, ganz aus der acht gelaſſen worden.

§. 59.

Werden Salzburg inſinuirt.

Alles dieſes nun wurde nicht nur dem Kayſer durch den Sachſen-Weymar- und Sachſen-Gothaiſchen Geſandten, (welche, nach der unter denen alt-Fürſtlichen beliebten Ordnung die Reihe damals traffe,) in einer Audienz übergeben, ſondern auch dem Salzburgiſchen Directorio inſinuirt und

und eine Regiſtratur darůber verfertigt, welche jedoch geheim gehalten wurde.

§. 60.

Einige Zeit hernach ſolle Salzburg ſich erklåret haben, daß es derer Alt-Fůrſtlichen an den Kayſer erlaſſenen Schreiben beytrette und bey denen ůbrigen Stånden des Fůrſten-Raths ſich interponiren wolle, damit eine Collegial-Sache daraus gemachet werden můge, wie es dann auch ermeltes Schreiben den 12. Jul. privatim dictiren laſſen, damit es die ůbrige Geſandten an ihre Hůfe einſchicken kônnten. Salzburg accedirt.

§. 61.

Das Chur-Fůrſtliche Collegium aber hielte ſich, weil ihme nichts legaliter davon bekannt gemacht wurde, ganz paßiv und ſtille bey der Sache, worauf auch in dieſem Jahr nichts weiter darinn ôffentlich vorgienge. Der Chur-Fůrſten Bezeugen dabey.

Anhang

Anhang.

Zu dieſem Erſten Capitel.

Num. I.

Project, wie Kayſer Carls VI. Wahl-Capitulation in eine etwas beſſere Ordnung gebracht werden könnte.

Wobey voraus zu mercken iſt.

1. Wo eine Stelle ſich an mehrere Orte qualificiret, ſeynd überall Remiſſiones beygefügt, daß alſo von allen Materien allezeit alles beyſammen angetroffen wird.

2. Die bey jedem §. befindliche Note zeiget an: wo ſolche Stelle in K. Carls VI. Capitulation zu befinden ſeye?

1. Capitel. Von Sachen, welche des Kayſers Perſon, Hof, Haus und Erb-Lande betreffen.
2. Capitel. Von denen Reichs-Geſetzen.
3. Capitel. Von Sachen, ſo das ganze Röm. Reich insgemein betreffen.

4. Ca-

4. Capitel. Von Sachen, ſo die Reichs-Stände und Reichs-Ritterſchafft über-berhaupt angehen.
5. Capitel. Von Reichs-Reichs-Deputations-Crayß-Collegial-und andern Tägen.
6. Capitel. Von denen Chur-Fürſten.
7. Capitel. Von denen übrigen Ständen, Crayſen, zerſchiedenen einzelen Fürſten und denen Reichs-Grafen.
8. Capitel. Von der Reichs-Stände Land-Ständen, Landſaſſen, Unterthanen, Vaſallen und andern Pflicht-Verwandten.
9. Capitel. Von denen Reichs-Lehen.
10. Capitel. Von dem Pabſt und anderen Religions-Sachen.
11. Capitel. Von Standes-Erhebungen und andern Gnaden-Sachen.
12. Capitel. Von Juſtitz-Sachen überhaupt.
13. Capitel. Von denen Reichs-Gerichten und der Reichs-Hof-Canzley.
14. Capitel. Von der Reichs-Acht und Ober-Acht.
15. Capitel. Von Kriegs-Friedens-und Werbungs-Sachen, auch Bündnüſſen.
16. Capitel. Von Reichs-Steuren, wie auch denen Reichs-Stätte-Steuren.

17. Ca-

17. Capitel. Von Policey- und Handlungs-Sachen.
18. Capitel. Von Zöllen, Stappeln, Niederlagen, Accis, auch anderen dergleichen Auflagen und Rechten.
19. Capitel. Von Müntz-Sachen.
20. Capitel. Von Poſt-Sachen.
21. Capitel. Von der Wahl eines Römiſchen Königs.
22. Capitel. Von denen Reichs-Vicarien.
23. Capitel. Von Beſchwör- und Feſthaltung dieſer Kayſerlichen Wahl-Capitulation.

Erſtes Capitel.

Von Sachen, welche des Kayſers Perſon, Hof, Haus und Erb-Lande betreffen.

Innhalt.

§. 1. Ausſchlieſſung aller Succeſſion. §. 2. Erhaltung der freyen Wahl. §. 3. Wahl-Tags-Policey-Ordnung. §. 4. Regierungs-Antritt. §. 5. Crönung. §. 6. Der Chur-Fürſten Beruffung darzu. §. 7. Vergleich zwiſchen Chur-Maintz und Chur-Cölln. §. 8. Reſidenz. §. 9. Reichs Erb-Aemter. §. 10. Deren Verweſere. §. 11. Kayſerliche Hof- und andere Aemter. §. 12. Deren Rechten. §. 13. K. Hof-Marſchall. §. 14. Sprache am Kayſerlichen Hof. §. 15. Nachreiſen. §. 16. Audienzien, Antworten, Expeditionen. §. 17. Fremder Geſandten Garden §. 18. Vom Kayſer beſitzende Reichs-Lehen. §. 19. Absque titulo beſitzende Reichs-Güter. §. 20. Verbotene Vortheile ſeines Hauſes.

§. I.

§. 1.

Wir ſollen und wollen Uns keiner Succeſſion oder Erbſchafft des Reichs anmaſſen, unterwinden, noch unterfangen, noch darnach trachten, daſſelbe auf Uns, Unſere Erben, und Nachkommen, oder auf jemanden anders zu wenden. (*) Ausſchlieſſung aller Succeſſion.

(*) art. 2. §. 2.

§. 2.

Sondern wir ſollen und wollen die Chur-Fürſten, ihre Nachkommen und Erben, bey ihrer freyen Wahl-Gerechtigkeit, nach Innhalt der güldenen Bull, verbleiben laſſen (*) Erhaltung der freyen Wahl.

(*) art. 3. §. 9.

§. 3.

Weilen auf Wahl- und Reichs-Tägen, bey Aufrichtung der Policey- und Tax-Ordnung, das Directorium zu führen und ſolche Ordnung in Unſerm Nahmen zu publiciren, dem Erz-Marſchallen-Amt zukommet und gebühret; ſo ſolle von unſerm Hof-Marſchallen-Amt oder anderen, weder unter dem Prætext Kayſerlicher Commiſſion, noch ſonſten in deme, was zu ſolchem Reichs-Amt gehörig iſt, keine Hinderung gemacht, noch etwas nachtheiliges concediret werden. (*) Wahl-Tags-Policey-Ordnung.

(*) art. 3. §. 19.

§. 4.

Wir ſollen und wollen uns der Regierung ſo lange nicht unterziehen, biß wir die Capitulation in Perſon beſchworen haben, ſondern geſchehen laſſen, daß die in der güldenen Bull Regierungs-Antritt.

benahm-

benahmſte Vicarii indeſſen, an ſtatt unſer, die Adminiſtration des Reichs continuiren. (*)

(*) art. 30. §. 4.

§. 5.

Crönung. Als uns auch geziemen will und wir hiemit verſprechen, die Römiſche Königliche Cron förderlichſt zu empfangen; ſo ſollen und wollen wir alles dasjenige dabey thun, ſo ſich derenthalben gebühret. (*)

(*) art. 3. §. 8.

§. 6.

Der Chur-Fürſten Beruffung darzu. Wir ſollen und wollen auch alle und jede Chur-Fürſten zu ſolcher Crönung erforderen, um ihr Amt zu verſehen. (*)

(*) ibid.

§. 7.

Vergleich zwiſchen Chur-Maynz u. Chur-Cölln. Und was zwiſchen beeden Chur-Fürſten zu Maynz und Cölln wegen der unter ihnen der Crönung halber entſtandenen Irrungen gütlich beygeleget und verglichen worden iſt, das wollen wir hiemit gleichfalls confirmiret und beſtättiget haben. (*)

(*) ibid.

§. 8.

Reſidenz. Wir ſollen und wollen unſere Königliche und Kayſerliche Reſidenz, Anweſung und Hofhaltung im Heil. Röm. Reich teutſcher Nation, (es erfordere dann der Zuſtand der Zeiten ein anderes,) allen Gliedern, Ständen und Unterthanen deſſelben zu Nuzen, Ehr und Guten, beſtändig haben und halten. (*)

(*) art. 23. §. 1.

§. 9.

§. 9.

Wir wollen die Verfügung thun, daß, wenn der Chur-Fürſten Amts-Verweſere und Erb-Aemter bey unſerem Kayſerlichen Hof begriffen ſind, dieſelbe jederzeit, und inſonderheit, wenn und ſo oft wir auf Reichs-Wahl- und andern dergleichen Tägen unſern Kayſerlichen Hof begehen, oder Sachen vorfallen, darzu die Erb-Aemter zu gebrauchen ſind, in gebührendem Reſpect gehalten und ihnen von unſern Hof-Aemtern keineswegs vor- oder eingegriffen werde. (*)

Reichs-Erb-Aemter.

(*) art. 3. §. 17.

§. 10.

Da aber je, wegen Abweſenheit der Erb-Aemter, ihre Stellen mit berührten unſern Hof-Aemtern jezuweilen erſetzet werden ſolten; ſo wollen wir jedoch, daß ihnen, denen Chur-Fürſtlichen Amts-Verweſern und Erb-Aemtern, einen Weg als den andern die von ſolchen Verrichtungen fallende Nutzbarkeiten weniger nicht, als ob ſie dieſelbe ſelbſten verrichtet und bedienet hätten, ohnweigerlich gefolget und gelaſſen und nicht von denen Hof-Aemtern entzogen werden ſollen. (*)

Deren Verweſere.

(*) art. 3. §. 18.

§. 11.

Wir ſollen und wollen auch unſere Kayſerliche und des Reichs Aemter am Hof und die wir ſonſten in- oder auſſerhalb Teutſchland zu vergeben und zu beſetzen haben, als da ſind Protectio Germaniæ, Geſandtſchafften, Obriſt-

Kayſerliche Hof und andere Aemter.

Hofmeiſters, Obriſten-Cämmerers, Hof-Marſchallen, Hatſchier- und Leib-Guarde-Hauptmanns, und dergleichen, mit keiner anderen Nation, denn gebohrenen Teutſchen, oder mit denen, die aufs wenigſte dem Reich mit Lehen-Pflichten verwandt, des Reichs-Weſens kundig und von uns dem Reich nützlich erachtet werden, die nicht niedern Standes noch Weſens, ſondern nahmhafte hohe Perſonen ſind, und mehrentheils von Reichs-Fürſten, Grafen, Herren und von Adel, oder ſonſten guten tapferen Herkommens, beſetzen und verſehen. (*)

(*) art. 23. §. 4.

§. 12.

Deren Rechten. Dieſe obgemeldete Aemter ſollen und wollen wir auch bey ihren Ehren, Würden, Gefällen, Recht und Gerechtigkeit bleiben laſſen, und denſelben nichts entziehen, oder entziehen laſſen. (*)

(*) art. 23. §. 5.

§. 13.

K. Hof-Marſchall. Beſonders ſolle unſerem Hof-Marſchallen in ſeinen zukommenden und von dem Ertz-Marſchall-Amt dependirenden Amts-Verrichtungen durch unſere Landes-Regierung, oder andere, kein Eintrag oder Hinderung gemacht werden. (*)

(*) art. 3. §. 20. Siehe auch oben §. 3. und §. 11.

§. 14.

Sprache am Kayſ. Hof. In Schrifften und Handlungen des Reichs ſollen und wollen wir an unſerm Kayſerlichen

Hof

Hof keine andere Zung noch Sprach gebrauchen laſſen, dann die teutſche und lateiniſche, es wäre dann an Orten auſſerhalb des Reichs, da gemeiniglich eine andere Sprach in Ubung wäre und im Gebrauch ſtünde, welches jedoch in alle Weg an unſerm Reichs-Hof-Rath der teutſchen und lateiniſchen Sprach unabbrüchig ſeyn ſolle. (*)

(*) art. 23. §. 3.

§. 15.

Nachreiſen.

Wir ſollen und wollen die Chur-Fürſten und andere des Heil. Reichs Stände, auch derſelben Botſchafter und Geſandten, die von der freyen Reichs-Ritterſchafft Abgeordnete mit begriffen, mit keinem Nachreiſen beſchweren. (*)

(*) art. 5. § 1. art 23. §. 2.

§. 16.

Audienzien, Antworten, Expeditionen.

Wir ſollen und wollen auch allen des Heil. Reichs Chur-Fürſten, Fürſten und Ständen ſowohl, als ermeldten ihren Botſchaftern und Geſandten, wie auch der Reichs-Ritterſchafft Abgeordneten, jederzeit ſchleunige Audientz ertheilen, ſie mit Hinterziehung der Antwort nicht aufhalten und ſo auch ihnen ſchleunige Expeditiones widerfahren laſſen. (*)

(*) art. 23. §. 2.

§. 17.

Fremder Geſandten Garden.

Wir wollen nicht zulaſſen, daß der auswärtigen Gewälte Botſchafften an unſerm Hof, oder bey Reichs-Deputationen, oder anderen publicis Conventibus, mit bewehrter Garde zu Pferd

oder zu Fuß auf der Gaſſen und Straſſen aufziehen und erſcheinen mögen. (*)

(*) art. 28. §. 2.

§. 18.

Vom Kayſer beſizende Reichs-Lehen.

Da wir ein Reichs-Lehen, oder mehrere, uns angehend befinden, ſo wollen wir das oder dieſelbe ohnweigerlich empfangen, oder, wenn das nicht bequemlich geſchehen könte, deswegen dem Reich, zu deſſen Verſicherung, gebührenden Revers und Recognition zuſtellen. (*)

(*) art. 10. §. 9.

§. 19.

Absque titulo beſizende Reichs-Güter.

Ob auch wir ſelbſt, oder die unſere, etwas, ſo dem Heil. Röm. Reich zuſtändig und uns nicht verliehen, noch von uns mit einem rechtmäßigen Titul bekommen wäre, oder würde, inne hätten, oder einbekämen, das ſollen und wollen wir, bey unſern ſchuldigen und gethanen Pflichten, demſelben Reich, auf der Chur-Fürſten Geſinnen, ohne Verzug wieder zu Handen wenden. (*)

(*) art. 10. §. 7.

§. 20.

Verbotene Vortheile ſeines Hauſes.

Endlich ſollen und wollen wir vor uns ſelbſten, wider die güldene Bull und des Reichs Freyheit, den Frieden in Religions- und Profan-Sachen, auch Münſter- und Oßnabrückiſchen Friedens-Schluß und Land-Frieden, ſamt der Handhabung deſſelben, von niemand nichts erlangen, noch auch, ob uns oder unſerem Hauß etwas dergleichen aus eigener Bewegniß gegeben würde, uns deſſen gebrauchen. (*)

(*) art. 16. §. 10.

† Was

† Was noch vor der Crönung zu thun? vid. Cap. 23. §. 2.
Von der R. Grafen Rang dabey. v. C. 7. §. 6.
Des Kayſers Räthe in wichtigen Reichs-Sachen. v. C. 3. §. 10. & C. 6. §. 11.
Von des Kayſers Geheimen Rath. v. C. 12. §. 17.
Von dem Kayſerlichen Rath, worinn die Reichs-Hof-Raths-Gutachten zu reſolviren, v. C. 13. §. 14.
Kayſerliche Miniſtri, worauf zu verpflichten? v. C. 23. §. 3.
Ihr und des Reichs-Hof-Raths Verhalt gegen einander, C. 15. §. 15 - 18.
Kayſerliche Hof-Canzley. C. 13. §. 29. &c.
Kayſerliches Bücher-Commiſſariat. C. 17. §. 7.
Der Kayſerlichen Hof-Cammer Onus. C. 13. §. 9.
Verbotene Zueignung der geächteten Güter. C. 14. § 7.
Des Kayſers Domainen. C. 9. §. 10. 11. C. 16. §. 12.
Exemti von ſeiner Landes-Regierung Iurisdiction. C. 13. §. 11.
Seine Privat-Bündnüſſe. C. 15. §. 17.
Von Erhaltung der Chur-Fürſten Hoheiten am Kayſerlichen Hof, v. C. 6. §. 4. &c.
Vor der Juſtiz-Adminiſtration in Sachen, ſo den Kayſer und ſein Hauß betreffen, v. C. 12. §. 1.
Und gegen die in ſeinen Erb-Landen geſeſſene. v. C. 12. §. 2.

Zweytes Capitel.
Von denen Reichs-Geſetzen.
Innhalt.

§. 1. Güldene Bull. §. 2. Religions- und Land-Fried. §. 3. Executions-Ordnung. §. 4. Ordnungen derer Reichs-Gerichte. §. 5. Verbeſſerung der Reichs-Hof-Raths-Ordnung. §. 6. Contraventiones dagegen. §. 7. Erneuerung der A. 1555. errichteten Reichs-Geſetzen. §. 8. Münſter- und Oßnabrückiſcher Fried. §. 9. Contraventiones dagegen.

§. 10. Schrifften dagegen. §. 11. Proteſtationes dagegen. §. 12. Capitulatio perpetua. §. 13. Reichs-Abſchiede. §. 14. Der Reichs-Geſetze Aenderung. §. 15. Und Interpretation.

§. 1.

Güldene Bull.

Wir wollen die güldene Bull, mit der auf die Braunſchweig-Lüneburgiſche Chur geſchehenen Extenſion, gleich wäre ſie dieſer Capitulation von Worten zu Worten einverleibet, ſtet, feſt und unverbrüchlich halten und unter keinerley Vorwand, er ſey wie er wolle, ohne Chur-Fürſten, Fürſten und Stände auf einem Reichs-oder Ordinari Deputations-Tag vorgehende Bewilligung daraus ſchreiten, ſondern ſie gebührend handhaben und darwider niemand beſchweren, noch durch andere beſchweren laſſen. (*)

(*) art. 2. §. 3.

§. 2.

Religions- und Land-Fried.

Eben dieſes wollen wir auch thun in Anſehung des Friedens in Religion- und Profan-Sachen, des Land-Friedens, ſamt der Handhabung deſſelben, wie er auf dem zu Augſpurg im Jahr 1555. gehaltenen Reichs-Tag aufgerichtet, verabſchiedet, verbeſſert, auch in denen darauf erfolgten Reichs-Abſchieden wiederhohlet und confirmiret worden iſt. (*)

(*) art. 2. §. 3.

§. 3.

Executions-Ordnung.

Wie wir denn auch nicht geſtatten wollen, daß wider ermeldte im Reichs-Abſchied de Anno 1555. einverleibte Executions-Ordnung directe vel indirecte gehandelt werde.

Noch

Noch wollen wir in der Reichs-Executions- und Craiß-Ordnung etwas änderen, ohne was gedachter Executions-Ordnung halber auf allgemeinem Reichs-Tag von allen Ständen beliebet und geſchloſſen werden möchte. (*)

(*) art. 2. §. 4. und art. 12. §. 3.

§. 4.

Bey denen höchſten Reichs-Gerichten wollen wir über denen bereits aufgerichteten und verbeſſerten, oder noch aufrichtenden, und zu verbeſſerenden, Cammer-Gerichts-Reichs-Hof-Raths- und Executions-Ordnungen feſt halten. (*)

Ordnungen derer Reichs-Gerichte.

(*) art. 16. §. 6.

§. 5.

Dagegen ſollen und wollen wir gleich nach angetretener unſerer Regierung per Decretum von dem Reich ein Gutachten wegen zu verbeſſerender unſerer Reichs-Hof-Raths-Ordnung erforderen und ſo weiters ſothane Verbeſſerung möglichſter Dingen beförderen und fort dieſelbe zu ihrem Stand bringen laſſen. (*)

Verbeſſerung der Reichs-Hof-Raths-Ordnung.

(*) art. 16. §. 18.

§. 6.

Und weilen auch Beſchwerde geführet worden, ob ſolten gegen vorgemeldte Reichs-Hof-Raths-Ordnung einige Contraventiones vorgegangen ſeyn, ſo ſollen und wollen wir ſolche nach angetretener unſer Regierung unterſuchen und der Sachen rechtlichen Gebühr nach remediren laſſen. (*)

Contraventiones dagegen.

(*) art. 16. §. 9.

§. 7.

Erneuerung der A. 1555. errichteten Reichs-Geſetzen.

Wir wollen auch andere des Heil. Reichs Ordnungen und Geſetze, ſo viel in dem obgedachten Reichs-Abſchied im Jahr 1555. zu Augſpurg aufgerichtet und dem Münſter- und Oſznabrücki- ſchen Friedens-Schluß nicht zuwider ſeynd, erneuern und dieſelbe, mit Conſens Chur-Fürſten, Fürſten und Ständen, wie es des Reichs Gelegenheit jederzeit erfordert, beſſern. (*)

(*) art. 2. §. 5.

§. 8.

Münſter- und Oſznabrückiſcher Fried.

Sonderlich aber wollen wir erſtgedachten Münſter- und Oſznabrückiſchen Friedens-Schluß und den Nürnbergiſchen Executions-Receß, wie §. 1. dieſes Capitels verſehen, halten, bevorab was ſowohl in Art. 4. §. 5. beſagten Friedens wegen des Ruck-Falls der alten Pfältziſchen Chur-Würde, Ertz-Truchſeſſen-Amts, ſamt der obern Pfaltz, von der Wilhelminiſchen auf die Rudolphiniſche Linie, (als welcher, nach dem unterm 2ten May 1707. an unſern nächſten Herrn Vorfahren am Reich glorw. Ged. von dem Chur-Fürſtlichen Collegio erſtatteten und unter dem 10. Junii 1708. wiederhohlten Gutachten, auch darauf von weyland ernannter Seiner Majeſtät unterm 25ſten beſagten Monaths Junii erfolgten Ratification vollzogen werden ſolle,) als Art. 5 §. 2 und Art. 8. de Iuribus Statuum, wie auch Art. 7 unanimi quoque, &c. (nach Innhalt deſſen alles dasjenige, was denen Catholiſchen und Augſpurgiſchen Confeſzions-Verwandten Ständen, die ſolcher Re-

Religion zugethane freye Reichs-Ritterſchafft mit eingeſchloſſen, und ihren Unterthanen in gegenwärtiger Capitulation zu gutem verglichen und verordnet iſt, denen, welche unter ihnen Reformirte genennet werden, zuſtehen und zu ſtatten kommen ſolle,) begriffen. Da übrigens gleichwol mehrbeſagter Friedens-Schluß, ſo viel nemlichen zu Vortheil der Cron Franckreich darinnen enthalten, weilen bekanntlich von Reichs-wegen der jetztfürwährende Krieg aus höchſt-triſtigen Urſachen gegen gedachte Cron declariret worden, nunmehro zerfallen und ferner nicht mehr verbindlich iſt. (*)

(*) art. 2. §. 3.

§. 9.

Wir wollen auch nicht geſtatten, daß an einigen Orten, von welchen das Inſtrumentum Pacis diſponiret, in Eccleſiaſticis & Politicis ſub quocunque prætextu, oder ungleicher Auslegung deſſelben, dagegen, directe vel indirecte gehandelt werde. (*) Contraventiones dagegen.

(*) art. 2. §. 4.

§. 10.

Ferner wollen wir diejenige, ſo ſich gegen jetzt-ermeldten Friedens-Schluß und den darinnen beſtättigten Religions-Frieden, als ein immerwährendes Band zwiſchen Haupt und Gliedern und dieſen unter ſich ſelbſten, zu ſchreiben, oder etwas in öffentlichen Druck heraus zu geben, unternehmen würden oder ſolten, gebührend abſtraffen, die Schrifften und Abdrücke caßiren und gegen die Autores ſowohl, als Complices, Schrifften dagegen.

wie erſt gemeldet, mit Ernſt verfahren, weilen dadurch nur Aufruhr, Zwitracht, Mißtrauen und Zanck im Reich angerichtet wird. (*)

(*) art. 2. §. 7.

§. 11.

Protestationes dagegen.

Nichtweniger wollen wir alle wider dieſen Friedens-Schluß eingewendete Proteſtationes und Contradictiones, ſie haben Nahmen wie ſie wollen und rühren woher ſie wollen, nach Beſag erſtgedachten Friedens-Schluſſes verwerffen und vernichten, wie ſie dann auch längſt verworffen und vernichtet ſeynd. (*)

(*) art. 2. §. 8.

§. 12.

Capitulatio perpetua.

So dann ſollen und wollen wir, gleich nach angetrettener unſerer Regierung, das Negotium Capitulationis perpetuæ (wobey jedoch die Chur-Fürſten ſich das Ius adcapitulandi vorbehalten haben,) bey dem Reichs-Tage vornehmen und ſelbiges, ſo bald möglich, zu ſeiner Perfection bringen laſſen. (*)

(*) art. 30. §. 2.

§. 13.

Reichs-Abſchiede.

Endlich ſo ſollen und wollen wir auch inſonderheit alles dasjenige, was bey vorigen Reichs-Tägen verabſchiedet und geſchloſſen worden und bey Reichs-Tägen ferner für gut befunden und geſchloſſen werden möchte, oben §. 1. beſagtermaßen, ſtet, feſt und unverbrüchlich halten. (*)

(*) art. 2. §. 3.

§. 14.

Der

Keinesweges aber ſollen und wollen wir die bis-

bishero erwehnte Ordnungen und Geſetze ohne der Chur-Fürſten, Fürſten und Ständen auf Reichs-Tägen gleichmäßig vorgehende Bewilligung änderen, vielweniger neue Ordnungen und Geſetze im Reich machen. (*) Reichs-Geſetze Aenderung

(*) art. 2. §. 6.

§. 15.

Eben ſo wenig wollen wir allein die Interpretation der Reichs-Satzungen und des Friedens-Schluſſes vornehmen, ſondern mit geſammter Ständen Rath und Vergleichung auf Reichs-Tägen damit verfahren, zuvor aber darinn nichts verfügen noch ergehen laſſen. (*) Und Interpretation.

(*) art. 2. §. 6.

† Von Inſinuirung der Wahl-Capitulation an die Reichs-Gerichte. vid. Cap. 23. §. 3.
Von der Executions-Ordnung. v. C. 7. §. 3.
Von der Reichs-Hof-Raths- und Cammer-Gerichts-Ordnung v. C. 2. §. 4.
Von der Reichs-Hof-Raths Ordnung Verbeſſerung v. C. 2. §. 5.
Von denen Contraventionen dagegen v. C. 2. §. 6.
Von Beobachtung des Weſtphäliſchen Friedens v. C. 2. §. 8. &c. C. 10. §. 10. C. 15. §. 2.
Von Reſtituendis ex Inſtr. Pacis v. C. 2. §. 7. &c.
Daß nichts wider die Reichs-Geſetze auszulaſſen. v. C. 12. §. 16.

Drittes Capitel.

Von Sachen, ſo das gantze Röm. Reich insgemein betreffen.

Innhalt.

§. 1. Erhaltung des Reichs in ſtatu quo. §. 2. Deſſen Schutz und Vermehrung. §. 3. Alienationes,

tiones, &c. verbotten. §. 4. Keine Gelegenheit zu Exemtionen zu geben. §. 5. Das Abgeriſſene, ꝛc. herbey zu bringen. §. 6. Sonderlich in Italien. §. 7. Und im Elſaß. §. 8. Fried und Einigkeit im Reich. §. 9. Fremder Einmiſchungen in Reichs-Sachen. §. 10. Kayſerliche Räthe in wichtigen Reichs-Sachen.

§. 1.

Erhaltung des Reichs in ſtatu quo.

WIr ſollen und wollen in alle Wege die teutſche Nation und das Heil. Röm. Reich bey ihren Hoheiten, geiſt- und weltlichen Würden, Gerechtigkeiten, Macht und Gewalt laſſen. (*)

(*) art. 1. §. 2.

§. 2.

Deſſen Schutz und Vermehrung.

Wir ſollen und wollen das Reich, ſo viel in unſern Kräfften iſt, ſchirmen und vermehren. (*)

(*) art. 2. §. 1.

§. 3.

Alienationes, &c. verboten.

Weiters und inſonderheit ſollen und wollen wir dem Heil. Röm. Reich und deſſen Zugehörungen ohne Wiſſen, Willen und Zulaſſen der Chur-Fürſten, Fürſten und Stände ſämtlich nichts hingeben, verſchreiben, verpfänden, verſetzen, noch in andere Wege veräuſſeren oder beſchweren. (*)

(*) art. 10. §. 1.

§. 4.

Keine Gelegenheit zu Exemtionen zu geben.

Und ſo ſollen und wollen wir uns auch alles deſſen, was etwan zur Exemtion und Abreiſſung vom Reich Urſach geben könte, inſonder-

derheit der exorbitirenden Privilegien und Immunitäten, enthalten. (*)

(*) art. 10. §. 2.

§. 5.

Das Abgeriſſene ꝛc. herbey zu bringen.

Vielmehr wollen wir uns aufs höchſte bearbeiten und allen möglichſten Fleiß und Ernſt vorwenden, dasjenige, ſo davon kommen, als verpfändete und verfallene Fürſtenthümer, Herrſchafften und Lande, auch confiſcirte und ohnconfiſcirte merckliche Güter, die zum Theil in anderer fremder Nationen Hände ungebührlicher Weiſe erwachſen, zum förderlichſten wiederum darzu zu bringen, zuzueignen und dabey bleiben zu laſſen. (*)

(*) art. 10. §. 3.

§. 6.

Sonderlich in Italien.

Vornemlich auch, dieweilen vorkommen, daß etliche anſehnliche dem Reich angehörige Herrſchafften und Lehen in Italien und ſonſten veräuſſeret worden ſeyn ſollen, wollen wir eigentliche Nachforſchung derentwegen anſtellen, wie es mit ſolchen Alienationen bewandt, und die eingehohlte Berichte zur Chur-Maintziſchen Cantzley, um ſolches zu der übrigen Chur-Fürſten, Fürſten und Ständen Wiſſenſchafft zu bringen, inner Jahres-Friſt nach unſerer angetrettenen Königlichen Regierung anzurechnen, unfehlbarlich einſchicken. (*)

(*) art. 10. §. 4.

§. 7.

Und im Elſaß.

Wir wollen auch daran ſeyn, daß die zehen vereinigte Reichs-Städte im Elſas dem Heil. Röm.

Röm. Reich anwiederum reſtituirt und demſelben, gleichwie andere Immediat-Stände, (mit Vorbehalt jedoch des dem Ertz-Hauſe Oeſterreich auch vor dem Münſteriſchen Friedens-Schluß zugeſtandenen Iuris Præfecturæ Provincialis,) einverleibet werden. (*)

(*) art. 27. §. 4.

§. 8.

Fried und Einigkeit im Reich.

Wir ſollen und wollen im Römiſchen Reich Fried und Einigkeit pflantzen. (*)

(*) art. 16. §. 1.

§. 9.

Fremder Einmiſchungen in Reichs-Sachen.

Wir ſollen und wollen auch, zu Verhütung allerhand Simultäten und daraus entſtehender gefährlicher Weiterung, nicht geſtatten, daß die auswärtige Gewälte, oder deren Geſandten, ſich heimlich oder öffentlich in die Reichs-Sachen einmiſchen. (*)

(*) art. 28. §. 1.

§. 10.

Kayſerl. Räthe in wichtigen Reichs-Sachen.

Wir ſollen und wollen in obigem und in allen wichtigen Sachen, ſo das Reich betreffen und von hohem Præiuditz und weitem Ausſehen ſeynd, bald Anfangs der ſämtlichen Chur-Fürſten, als unſerer innerſten Räthen, Gedancken vernehmen, und mit ihrem Rath, Hülff und Beyſtand allein, oder nach Gelegenheit der Sachen, auch Fürſten und Ständen Rath-Bedenckens jederzeit an die Hand nehmen, was durch uns und ſie vor rathſam, nützlich und gut angeſehen und verglichen ſeyn wird und ohne dieſelbe hierinnen nichts vornehmen. (*)

(*) art. 10. §. 5. & art. 11. §. 13. † Von

† Von des Kayſers innhabenden Reichs-Gütern vid. Cap. 1. §. 19.

Vierdtes Capitel.

Von Sachen, ſo die Reichs-Stände und Reichs-Ritterſchafft überhaupt angehen.

Innhalt.

§. 1. Erhaltung der Reichs-Stände in ſtatu quo. §. 2. Keine ihnen nachtheilige Privilegia zu verleihen. §. 3. Pacta Familiæ. §. 4. Die Reichs-Stände nicht zu vergewaltigen. §. 5. Sondern via Iuris gegen ſie zu verfahren. §. 6. Vergewaltigte zu reſtituiren. §. 7. Reſtituendi vi Pacis Weſtphalicæ. §. 8. In ihren Landen ihnen nicht einzugreiffen.

§. 1.

Erhaltung der R. Stände in ſtatu quo.

WIr ſollen und wollen Chur-Fürſten, Fürſten und Ständen, (die unmittelbare freye Reichs-Ritterſchafft mit eingeſchloſſen,) ihre Regalien, Obrigkeiten, Freyheiten, Privilegien, die vor dieſem unter ihnen, denen Reichs-Conſtitutionibus gemäß, gemachte Vniones, zuforderſt aber die unter Chur-Fürſten, Fürſten und Ständen aufgerichtete Erb-Verbrüderungen, Reichs-Pfandſchaften, ſecundum Inſtrumentum Pacis, Gerechtigkeiten, Gebräuch und gute Gewohnheiten, ſo ſie bishero gehabt, oder in Ubung geweſen, zu Waſſer und Land, auf gebührendes Anſuchen, ohne Weigerung und Aufhalt, in beſtändiger Form confirmiren, ſie auch dabey als Römiſcher König handhaben und ſchützen. (*)

(*) art. 1. §. 6.

§. 2.

Keine ihnen nachtheilige Privilegia zu ertheilen.

Ferner ſollen und wollen wir niemand einig Privilegium darwider ertheilen, und da einige vor oder bey währenden Kriegen ertheilet wären, ſo im Friedens-Schluß nicht approbiret worden, dieſelbe gäntzlich caßiren und annulliren, auch hiermit caßiret und annulliret haben. (*)

(*) art. 1. §. 7.

§. 3.

Pacta Familiæ.

Derer Reichs-Stände und anderer Reichs-Vaſallen Pactis Familiæ, wenn ſie nach denen Reichs-Grund-Geſetzen, auch habenden und gleichfalls Reichs-Conſtitutions-mäßigen Kayſerlichen Privilegiis aufgerichtet, ſolle durch die von uns erhaltende Belehnungen an ihrer Validität und Verbindlichkeit nichts abgehen. (*)

(*) art. 11. §. 2.

§. 4.

Die Stände nicht zu vergewaltigen.

Wir ſollen und wollen auch die Chur-Fürſten, Fürſten, Prälaten, Grafen, Herren und andere Stände des Reichs (die unmittelbare Reichs-Ritterſchafft mit eingeſchloſſen,) in denen Cap. 8 §. 15. 16. erzählten, oder anderen Fällen, unter dem Schein des Rechtens und der Juſtitz, nicht ſelbſt vergewaltigen, noch ſolches ſchaffen, oder anderen zu thun verhängen, maßen wir mit nichten geſtatten wollen, daß die Reichs-Stände, worinnen ſie ordentlich Recht leiden mögen und deſſen erbietig ſeynd, mit Raub, Brand, Pfändung, Vehden, Krieg, neuerlichen Exactionen und Anlagen, oder anderer Geſtalt, beſchädiget, angegriffen, überfallen u. beſchweret werden. (*)

(*) art. 21. §. 2. & 4.

§. 5.

§. 5.

Sondern wo wir, oder jemand anderes, zu ihnen allen, oder einem inſonderheit, Zuſpruch, oder einige Forderung vorzunehmen hätten, dieſelbe wollen wir ſamt und ſonders, (Aufruhr, Zwitracht und andere Unthat im Heil. Röm. Reich zu verhüten, auch Fried und Einigkeit zu erhalten,) vor die ordentliche Gerichte, nach Ausweiſung der Reichs-Abſchiede, Cammer-Gerichts- und Executions-Ordnung, zu Münſter und Oßnabrück aufgerichteten Friedens-Schluſſes, auch zu Nürnberg darauf erfolgter Edicten, zur Verhör und gebührlichen Rechten ſtellen und kommen, auch daſelbſt ſowohl in cognoſcendo, als exequendo, nach obbeſagten Reichs-Conſtitutionen und Friedens-Schluß verfahren laſſen. (*) Sondern via Iuris gegen ſie zu verfahren.

(*) art. 21. §. 3.

§. 6.

Oder da dergleichen Vergewaltigung von jemand gegen einen oder anderen Reichs-Stand bereits vorgenommen worden wäre oder noch würde; ſo ſollen und wollen wir alſobald die ſichere Anſtalt machen, daß die beleidigte Stände unverlängt reſtituirt und der zugefügte Schaden, nach unpartheyiſcher Erkäntniß beederſeits benannter Arbitrorum, oder auf einem Reichs-Tag, nach billigen Dingen erſetzet werde. Was auch alſo die zeithero einem Chur-Fürſten, Fürſten, Prälaten, Grafen, Herrn, der Reichs-Ritterſchafft und andern, oder dero Vor-Eltern und Vorfahren geiſt- oder weltlichen Standes ge- Vergewaltigte zu reſtituiren.

 wal-

waltiglich genommen oder abgetrungen worden wäre, darzu ſollen und wollen wir einem jeden, der Billigkeit nach, wider männiglich ohne Unterſchied der Religion verhelffen. (*)

(*) art. 19. §. 1. & art. 21. §. 5.

§. 7.

Reſtituendi vi Pacis Weſtphalicæ.

Ein gleiches wollen wir thun in Anſehung deſſen, was ihnen Innhalts des Münſter- und Oßnabrückiſchen Friedens, Executions-Edicti, arctioris modi exequendi und Nürnbergiſchen Executions-Receßes zu reſtituiren rückſtändig iſt und annoch vorenthalten wird. Was wir auch ſelbſten alſo zu reſtituiren ſchuldig ſeynd, wollen wir einem jedwedern ſo bald und ohne Verweigerung vollkommentlich reſtituiren. Bey dem alſo reſtituirten aber wollen wir den, welchem es reſtituiret worden, ſo viel wir Recht haben, ſchützen und ſchirmen. (*)

(*) art. 19. §. 1. & 2.

§. 8.

In ihren Landen ihnen nicht einzugreifen.

Endlich wollen wir nicht geſtatten, daß denen Ständen in ihren Territoriis in Religion-Politiſchen- und Juſtitz-Sachen ſub quocunque prætextu, wider den Friedens-Schluß, oder aufgerichtete, rechtmäßige und verbindliche Pacta, vor- oder eingegriffen werde. (*)

(*) art. 1. §. 5.

† Von des Kayſers Aufführung gegen ſie und ihre Geſandten. vid. Cap. 1. §. 15. 16.

Sollen in des Kayſers alleinigen Schutz ſtehen. v. C. 8. §. 22.

Von Pactis Familiæ. v. C. 9. §. 4.

Standes-Erhöhungen ihnen unnachtheilig. v. C. 11. §. 3.

So

So auch Achts-Erklärungen ihrer Vaſallen. v. C. 14. §. 9.
Ihr Veſtungs-Recht. C. 15. §. 8.
Ihr Bündniß-Recht. C. 15. §. 18. 19.

Fünftes Capitel.

Von Reichs- Deputations- Craiß- Collegial- und andern Tägen.

Innhalt.

§. 1. Sachen, ſo vor den Reichs-Tag gehören. §. 2. Anſetzung neuer Reichs-Täge. §. 3. Des Kayſers Erſcheinen und Propoſition. §. 4. Der Propoſitorum Erledigung. §. 5. Der Stände Memorialien-Dictatur. §. 6. Und Propoſition. §. 7. Das Reichs-Directorium nicht zu beeinträchtigen. §. 8 Beſchleunigung der Reichs-Gutachten. §. 9. Und der Kayſerlichen Reſolution darauf. §. 10. Freyheit der Stimmen. §. 11. Niemand davon zu ſuſpendiren. §. 12. Aufnahm neuer Stände. §. 13. Ausnahm der Neu-Erhöheten. §. 14. Reichs-Deputation. §. 15. Kayſerliche Vor-Rechte dabey. §. 16. Craiß-Collegial- und andere Täge.

§. I.

IN allen Berathſchlagungen über die Reichs-Geſchäften, inſonderheit diejenige, welche in dem Inſtrumento Pacis namentlich exprimiret ſind und dergleichen, ſollen und wollen wir die Chur-Fürſten, Fürſten und Stände des Reichs ihres Iuris Suffragii ſich gebrauchen laſſen und ohne derſelben Reichs-tägige freye Beyſtimmung in ſelbigen Dingen nichts fürnehmen noch geſtatten. (*)

Sachen ſo vor den R. Tag gehören.

(*) art. 4. §. 1.

§. 2.

Anſetzung neuer R. Tåge.

Ferner ſollen und wollen wir, wann dermaleneins die Comitia ceſſiren ſolten, wenigſtens alle zehen Jahre und ſo oft es die Sicherheit und Zuſtand des Reichs, oder einiger Craiſen Nothdurfft, erfordert, mit Conſens der Chur-Fürſten, oder, da uns die Chur-Fürſten darum anlangen und erinnern, einen allgemeinen Reichs-Tag, innerhalb des Reichs teutſcher Nation, halten und alſo uns mit gedachten Chur-Fürſten jedesmal vor der Ausſchreibung ſowohl der eigentlichen Zeit, als der Mahlſtatt, vergleichen. (*)

(*) art. 13. §. 1.

§. 3.

Des Kayſers Erſcheinung und Propoſition.

Auf ſolchen Reichs-Tägen wollen wir entweder in Perſon, oder per Commiſſarios, in termino erſcheinen und darauf ſo bald nach verſchienenem Termino die Propoſition thun, oder ſie doch zum långſten nicht über 14. Tage aufhalten laſſen. (*)

(*) art. 13. §. 2.

§. 4.

Der Propoſitorum Erledigung.

Wir wollen auch, ſo viel an uns gelegen iſt, daran ſeyn, daß die in gedachter Propoſition angezogene, wie auch die von uns unter wåhrendem Reichs-Tag etwan noch weiters proponirende und ſonſten jedesmal obhandene Materien von dem Chur-Maintziſchen Directorio proponiret und zu gebührender Erledigung gebracht werden mögen. (*)

(*) art. 13. §. 3.

§. 5.

§. 5.

Ferner wollen wir nicht daran hinderlich ſeyn, daß die in denen im folgenden §. benahmſten Sachen eingegebene Memorialien, wenn dieſelbe anderſt mit behöriger Ehrerbietſamkeit eingerichtet ſeynd, zur Dictatur gebracht und denen Ständen auf ſolche Weiſe communiciret werden mögen. (*) Der Stände Memorialien Dictatur.

(*) art. 13. §. 5.

§. 6.

Geſtalten wir dann auch dem Chur-Fürſten zu Maintz, der Kayſerlichen Propoſition zufolge und dem Reich zum beſten, ein und andere Sachen, wie auch der klagenden Stände Beſchwerniß, wenn auch ſchon dieſelbe unſere Hauß-Reichs-Hof- und andere Räthe und Bediente ihrer Art nach betreffen, in das Chur-Fürſtliche, oder in alle Reichs-Collegia zu bringen, zu proponiren und zur Deliberation zu ſtellen, keinen Einhalt thun. (*) Und Propoſition.

(*) art. 13. §. 5.

§. 7.

Und eben ſo wenig wollen wir dem Chur-Maintziſchen Ertz-Cancellariat und Reichs-Directorio ſonſten Ziel und Maaß geben. (*) Das R. Directorium nicht zu beeinträchtigen.

(*) art. 13. §. 5.

§. 8.

Auch wollen wir, ſo viel an uns gelegen iſt, daran ſeyn, daß die Berathſchlagungen und Schlüſſe der Reichs-Stände nicht gehindert, ſondern möglichſter maßen beſchleuniget werden. (*) Beſchleunigung der R. Gutachten.

(*) art. 13. §. 3.

§. 9.

Und der Kayſerlichen Reſolution darauf.

Wie wir denn nicht weniger über die an uns von dem Reich geziemend gebrachte Gutachten unſere Erklärung und Decreta ſchleunigſt ertheilen wollen. (*)

(*) art. 13. §. 4.

§. 10.

Freyheit der Stimmen.

Wir ſollen und wollen ferner allen und jeden Ständen des Reichs ihre freye Stimm und Sitz auf Reichs-Tägen laſſen. (*)

(*) art. 1. §. 3.

§. 11.

Niemand davon zu ſuſpendiren.

Und ohne der Chur-Fürſten, Fürſten und Stände vorgehende Bewilligung wollen wir keinen Reichs-Stand, der Seſſionem & Votum in denen Reichs-Collegiis hergebracht hat, davon ſuſpendiren und ausſchlieſſen. (*)

(*) art. 1. §. 3.

§. 12.

Aufnahme neuer Stände.

Ferner wollen wir keine Fürſten, Grafen und Herren in Fürſtlichen oder Gräflichen Collegiis an-oder aufnehmen, ſie haben ſich dann vorhero darzu mit einem Immediat-Fürſtenthum, reſpective Graf-oder Herrſchafft genugſam qualificiret und mit einem Standes-würdigen Reichs-Anſchlag in einen gewiſſen Craiß eingelaſſen und verbunden und es habe über ſolches alles, neben dem Chur-Fürſtlichen, auch dasjenige Collegium und Banck, darein ſie aufgenommen werden ſollen, in die Admiſſion ordentlich gewilliget. (*)

(*) art. 1. §. 4.

§. 13.

§. 13.

Wir wollen auch niemand von denen Neu-Erhöheten Fürſten, Grafen und Herren zur Seſſion und Stimm im Fürſten-Rath, oder Gräflichen Collegiis, mit Decretis und dergleichen zu ſtatten kommen. (*)

Ausnahme der Neu-Erhöheten.

(*) art. 22. §. 2.

§. 14.

Gleichfalls wollen wir die Ordinari-Reichs-Deputation in ihrem Stand laſſen und darinn weder an denen verordneten Perſonen, noch aufgetragenen Rechten, oder anderem etwas änderen, es ſey denn, daß ſolches ebenmäßig auf öffentlichem Reichs-Tag von den geſammten Chur-Fürſten, Fürſten und Ständen des Reichs geſchehe. (*)

R. Deputation.

(*) art. 12. §. 4.

§. 15.

Doch ſolle denen Römiſchen Kayſern die ihnen bey dergleichen Deputations-Conventen, vermög der Reichs-Satzungen, zukommende Autorität und die mittelſt der Kayſerlichen Commiſſarien mit denen Ständen fürgehende Vergleichung, allermaſſen bey Reichs-Tägen üblich und Herkommens, hiermit vorbehalten ſeyn. (*)

Kayſerliche Vor-Rechte dabey.

(*) art. 13. §. 5.

§. 16.

Endlich ſolle auch denen Reichs- und Craiß-Ständen inn- und auſſerhalb der Reichs-Tage unverwehrt ſeyn, ſo oft es die Noth und ihr Intereſſe erfordert, entweder circulariter oder collegialiter, oder ſonſten, ungehindert männig-

Craiß-Collegial- und andere Täge.

niglichen zuſammen zu kommen und ihre Angelegenheiten zu beobachten. (*)

(*) art. 13. §. 6.

† Vom Chur-Fürſtlichen Collegio v. C. 6. §. 8.
Von der Suſpenſion a Voto wegen Münz-Verbrechen, v. C. 19. §. 3.
Von der Zoll-Freyheit der Geſandten auf Reichs-Tägen, v. C. 18. §. 15.
Von Beobachtung der Reichs-Tags-Schlüſſe, v. C. 2. §. 13.
Von fremden Geſandten auf Reichs-Tägen. ꝛc. v. C. 1. §. 17. C. 3. §. 9.

Sechſtes Capitel.
Von denen Chur-Fürſten.

Innhalt.

§. 1. Die Chur-Fürſten in ſtatu quo zu laſſen. §. 2. Des Kayſers Conſideration für ſie. §. 3. Ihre Titulatur. §. 4. Manutenenz bey ihren Rechten. §. 5. Ihre Geſandten am Kayſerlichen Hof, ꝛc. §. 6. Deren Concurrenz mit Königlichen Geſandten. §. 7. Wie auch mit der Republiquen Geſandten und Fürſten. §. 8. Chur-Fürſten-Rath. §. 9. Chur-Fürſten-Täge. §. 10. Chur-Fürſten-Vereine. §. 11. Ihr Gutachten in Reichs-Sachen. §. 12. Der weltlichen Primogenitur-Recht. §. 13. Braunſchweigiſche Chur.

§. 1.

Die Chur-Fürſten in ſtatu quo zu laſſen.

Wir ſollen und wollen die Chur-Fürſten, als des H. Röm. Reichs forderſte Glieder und Grund-Säulen, beſag der güldenen Bull, ſonderlich des 13den Tituls, bey ihren Chur-Würden und ſonderbaren Hoheiten, geiſt- und weltlichen Würden, Gerechtigkeiten, Macht und Gewalt auch Præeminentien und Prærogativen, laſſen und erhalten. (*)

(*) art. 1. §. 2. & art. 3. §. 4.

§. 2.

§. 2.

Wir ſollen und wollen ferner ſie, als, erſtbeſagter maſſen, die innerſte Glieder und die Haupt-Säulen des Reichs, jederzeit in ſonderbarer hoher Consideration halten. (*) Des Kayſers Consideration für ſie,

(*) art. 3. §. 1.

§. 3.

Ferner wollen wir denenſelben, wie bereits in Eingang dieſer Unſerer Capitulation geſchehen, alſo auch führohin, das Prædicat reſpective: Hochwürdigſt und Durchlauchtigſt zulegen und damit continuiren. (*) Ihre Titulatur.

(*) art. 3. §. 2.

§. 4.

Wir ſollen und wollen die Vorſehung thun, daß denen Chur-Fürſten ſelbſt ihre von Alters hergebrachte und ſonſt gebührende Würde und Prærogativen erhalten und dawider von fremder Regenten und Republiquen Geſandten, oder anderen an unſerem Kayſerlichen und Königlichen Hof, oder wo es ſich ſonſt begeben könnte, nichts nachtheiliges, oder neuerliches vorgenommen oder geſtattet werde. (*) Manutenenz bey ihren Rechten.

(*) art. 3. §. 15.

§. 5.

Es ſolle auch unter denen Chur-Fürſtlichen Geſandten primi Ordinis, wenn gleich deren mehr als einer ſeyn, an dem Kayſerlichen Hof, auch ſonſten aller Orten inn- und auſſer dem Reich, keine Diſtinction mehr gemacht, ſondern allen und jeden gleiche Honores in allem, wie denen Königlichen Geſandten, gegeben werden. (*) Ihre Geſandten am Kayſerlichen Hof. etc.

(*) art. 3. §. 14.

§. 6.

Deren Concurrenz mit Königlichen Geſandten.

Wäre es Sach, daß, neben denen Chur-Fürſtlichen, Geſandten, derer recht titulirter und gecrönter regierender ausländiſcher Königen, Königlichen Wittiben oder Pupillen, (denen die Regierung, ſo bald ſie ihr gebührendes Alter erreichet, zu führen zuſtehet und die immittelſt in der Tutel oder Curatel begriffen ſeyn,) Botſchaffter zugleich vorhanden wären, ſo mögen und ſollen dieſelbe denen Chur-Fürſtlichen Geſandten vorgehen. (*)

(*) art. 3. §. 14.

§. 7.

Wie auch mit der Republiquen Geſandten und Fürſten.

Nachdemmalen ſich aber eine Zeitlang zugetragen, daß ausländiſcher Potentaten, Fürſten und Republiquen Geſandte, und zwar dieſe unter dem Vorwand, als wären die Republiquen vor gecrönte Häupter und alſo denenſelben in Würden gleich zu achten, an denen Kayſerlichen und Königlichen Höfen und Capellen die Præcedenz vor denen Chur-Fürſtlichen Geſandten prætendiren wollen; ſo ſollen und wollen wir ins künfftig ſolches weiter nicht geſtatten, ſondern die Chur-Fürſtliche Geſandte mögen und ſollen aller auswärtigen Republiquen Geſandten und auch denen Fürſten in Perſon ohne Unterſcheid vorgehen. (*)

(*) art. 3. §. 14.

§. 8.

Chur-Fürſten Rath.

Weiter wollen wir die Chur-Fürſten bey ihrem geſonderten Rath, in Sachen das Heil. Röm.

Röm. Reich betreffend, geruhiglich bleiben und ganz ungekränckt laſſen. (*)

(*) art. 3. §. 12.

§. 9.

Wir laſſen auch zu, daß die Chur-Fürſten je zu Zeiten, vermög der güldenen Bull, und nach Gelegenheit und Zuſtand des Heil. Röm. Reichs, zu ihrer Nothdurfft, auch, ſo ſie beſchwerliches Obliegen haben, zuſammen kommen mögen, daſſelbe zu bedencken und zu berathſchlagen, das wir auch nicht verhinderen, noch irren und derohalben keine Ungnad oder Widerwillen gegen ihnen ſämtlich oder ſonderlich ſchöpfen und empfangen, ſondern uns in deme und anderm der güldenen Bull gemäß gnädiglich und unweigerlich halten ſollen, und wollen. (*) Chur-Fürſten Täge.

(*) art. 3. §. 11.

§. 10.

Wir wollen die gemeine und ſonderbare Rheiniſche Verein der Chur-Fürſten, als welche ohne das mit Genehmhaltung und Approbation der vorigen Kayſer rühmlich aufgerichtet und was darüber noch weiters die Herren Chur-Fürſten allerſeits unter einander gut befinden und vergleichen möchten, auch Unſers theils approbiren und confirmirren. Jedoch ſolle dieſes dem Inſtrumento Pacis und anderen Reichs-Sazungen, auch denen von Fürſten und Ständen (die ohnmittelbare Reichs-Ritterſchafft mit eingeſchloſſen,) hergebrachten Juribus, Hoheiten und Privilegiis ohnabbrüchig ſeyn. (*) Chur-Fürſten Vereine.

(*) art. 3. §. 6. & 7.

§. 11

§. 11.

Ihr Gutachten in Reichs Sachen.

Wir wollen in wichtigen Sachen, ſo das Reich antreffen, nach Anleitung der güldenen Bull, jedoch abermals dem Friedens-Schluß ohne Abbruch uns der Chur-Fürſten Raths, Bedenckens und Gutachtens gebrauchen, auch ohne dieſelbe hierinnen nichts vornehmen. (*)

(*) art. 3. §. 3.

§. 12.

Der weltlichen Primogenitur-Recht.

Inſonderheit wollen wir auch die weltliche Chur-Häuſer bey ihrem Promogenitur-Recht, ohne daſſelbe reſtringiren zu laſſen, verbleiben laſſen. (*)

(*) art. 1. §. 2.

§. 13.

Braunſchweigiſche Chur.

Endlich ſo wollen wir den mit Einwilligung geſammter Chur-Fürſten, Fürſten und Stände eingeführten Braunſchweig-Lüneburgiſchen Electorat und das dabey gelegte Erz-Schazmeiſter-Amt, auf Maaß und Weiſe der darüber errichteten Reichs-Schlüſſen vom 30. Junii 1708. und 13. Januarii 1710. handhaben und manuteniren. (*)

(*) art. 3. §. 5.

† Von ihren Rechten bey Wahl- und Crönungen, vid. Cap. 1. §. 2. 6. 7. und Cap. 21.
In Reichs-Sachen. v. C. 3. §. 10
In Reichs-Tags-Sachen. C. 5. §. 2.
Bey verwürckter Reichs-Lehn. C. 14. §. 12.
In Kriegs-Sachen. C. 15. §. 6.
In Bündniß-Sachen. C. 15. §. 15.
In Sachen, ſo des Reichs Sicherheit betreffen. C. 15. §. 16.
Bey Reichs-Stätte-Steuren. C. 16. §. 12.

In

In Zoll-Sachen. C. 17. §. 4. C. 18. §. 3. &c.
In Münz-Sachen. C. 19.
Von ihrer Exemtion von den niederen Reichs-Gerichten. v. C. 15. §. 28.
Von Chur-Mayntz. v. C. 5. §. 3. &c. C 13. §. 20. 29.
Von Chur-Sachſen. v. C. 1. §. 3. 19.
Von Chur-Braunſchweig. v. C. 2. §. 1.

Siebendes Capitel.

Von denen übrigen Ständen, Craiſen, zerſchiedenen einzelen Fürſten und denen Reichs-Grafen.

Innhalt.

§. 1. Erhaltung der Fürſten, ꝛc. in ſtatu quo. §. 2. Ergänzung der Craiſe. §. 3. Craiß-Verfaſſung. §. 4. Johanniter-Orden. §. 5. Savoyen. §. 6. Reichs-Grafen Rang.

§. 1.

Wir ſollen und wollen nicht weniger auch die Fürſten, Prälaten, Grafen, Herrn und Stände, (die unmittelbare freye Reichs-Ritterſchafft mit begriffen,) bey ihren Hoheiten geiſt- und weltlichen Würden, Gerechtigkeiten, Macht und Gewalt laſſen. (*)

Erhaltung der Fürſten ꝛc. in ſtatu quo.

(*) art. I. §. 2.

§. 2.

Wir ſollen und wollen die Ergänzung der Reichs-Craiſen, wann es immittelſt nicht geſchehen, befördern und zu dem Ende denen Craiß-Ausſchreibenden Fürſten und, wann es die Nothdurfft erfordert, denen andern hohen Craiß-Aemtern die würckliche Hand bieten, auch daran ſeyn, daß vorgedachter punctus Redintegrationis Circulo-

Ergänzung der Craiſe.

culorum auf dem allgemeinen Reichs-Tag recht-mäßig und förderlichſt vorgenommen und erörtert werde. (*)

(*) art. 5. §. 8. & art. 12. §. 1.

§. 3.

Craiß-Verfaſſung

Wir wollen auch nicht hindern, ſondern vielmehr daran ſeyn, daß die Craiſe, laut Inſtrumenti Pacis und der Reichs-Conſtitutionen, in Verfaſſung geſtellet und darinnen beſtändig erhalten, auch alles das, was in der Executions-Ordnung und deren Verbeſſerung verſehen iſt, gebührend beobachtet werde. (*)

(*) art. 12. §. 2.

§. 4.

Johanniter-Orden.

Weilen dem Ritterlichen Johanniter-Orden in- und auſſerhalb des Reichs, inſonderheit bey denen hiebevorigen 80jährigen Niederländiſchen Kriegen, gantz unverſchuldet anſehnliche Güter entzogen und bishero vorenthalten worden ſeynd; ſo wollen wir, ſolche Reſtitution durch gütliche Mittel zu befördern, uns angelegen ſeyn laſſen, jedoch dem Weſtphäliſchen Frieden ohnabbrüchig und einem jeden an ſeinen Rechten ohne Præiudiz. (*)

(*) art. 10. §. 6.

§. 5.

Savoyen.

Wir ſollen und wollen auch dem Hertzogen zu Savoyen durch die Perſon ſeines rechtmäßigen Gewalthabers die in dem zu Münſter und Oßnabrück aufgerichteten Inſtrumento Pacis §. Cæſ. Maj. &c. frey und unbedingt neben anderen verſprochenen Belehnungen des Montferrats, auf

die

die Form und Weiſe, wie ſie von weyl. Röm. Kayſerlicher Majeſtät Ferdinando II. dem Hertzogen zu Savoyen Victori Amadeo ertheilt worden, ſo bald wir nach angetrettener unſerer Kayſerlichen Regierung hierum gebührend erſucht und angelangt werden, denen Reichs-Conſtitutionen und Lehen-Rechten gemäß, zumalen ohne Anhang einiger ungewöhnlicher general-oder ſpecial- reſervatori - ſalvatori - oder dergleichen Clauſul, ſamt übrigem allem, was in gedachtem Inſtrumento Pacis und dem darinn confirmirten Tractatu Cheraſcenſi dem Hauſe Savoyen mehrers zu gutem verordnet und zugeſaget worden, erfolgen laſſen und ihme darzu durch unſer Kayſerliches Amt executive verhelffen, auch deren keines unter einigem Schein, Urſach oder Vorwand, ſonderlich auch die Belehnung des Montferrats wegen der von dem König in Franckreich dem verſtorbenen Hertzogen zu Mantua ſchuldig geweſener 494000. Cronen, wovon der §. ut autem omnium &c. diſponiret und das Hauß Savoyen allerdings davon befreyet, im geringſten verſchieben oder aufhalten, damit mehrgemeldter Hertzog von Savoyen ſeiner ihme in dem Montferrat zuſtändiger Iurisdiction gebührend und ruhiglich genieſſen möge. Wie wir denn nichtweniger darob ſeyn und durch Ausfertigung ernſtlicher Pœnal - Mandaten verfügen wollen, daß niemand fürtershin demjenigen, was wegen mehrgedachten Montferrats für das Hauß Savoyen in dem öfters angezogenen Friedens-Schluß und dieſer unſerer Capitulation

tion begriffen, auf einigerley Weiſe und Wege im geringſten etwas zu contraveniren und zuwider zu handlen, ſich unterſtehe.

So thun wir auch dasjenige, was das Chur-Fürſtliche Collegium unterm dato den 4. Junii im längſt-verwichenen 1658ſten Jahr an damaligen Hertzogen zu Mantua wegen Annullir- und Aufhebung des dem Hauß Savoyen zum Nachtheil unterfangenen Kayſerlichen und Reichs-Vicariats und Generalats in Italien geſchrieben, hiermit allerdings einwilligen und beſtättigen, dergeſtalt, daß wir ob deſſelben Begriff feſtiglich halten und die Hertzogen von Savoyen bey ihrer in Italien habender Vicariats-Gerechtigkeit und Privilegien gebührend ſchützen und handhaben wollen.

Welches alles jedoch auf die Condition geſtellet wird, wenn ſich der Hertzog von Savoyen denen von ihrer Kayſerlichen Majeſtät von Reichs-wegen publicirten Inhibitoriis und Avocatoriis gemäß bezeugen und verhalten wird. (*)

(*) art. 26. §. 1. & 2.

§. 6.

R. Grafen-Rang.

Es ſollen bey Kayſerlichen und Königlichen Crönungen und anderen Reichs-Solennitäten denen immediaten Reichs-Grafen und Herren, die im Reich Seſſionem & Votum haben, vor anderen aus- und innländiſchen Grafen und Herren, wie auch Kayſerlichen Räthen und Cammer-Herren, und zwar gleich nach dem Fürſten-Stand, vor allen anderen, (weilen ſie im Reichs-Fürſten-Rath Votum & Seſſionem hergebracht, des-

deswegen ihnen auch billig, wie bey denen Conſultationibus, Oneribus und Beſchwerlichkeiten, alſo auch ſolchen Actibus ſolennibus, die Ehre zukommt,) die Stelle und was deme anhanget, gelaſſen und dieſes ebenmäßig auſſer ſolchen Reichs-Feſtivitäten am Kayſerlichen Hof und aller Orten obſerviret werden. (*)

(*) art. 3. §. 16.

† Von der Craiſe Ergäntz-und Verfaſſung, v. C. 7. §. 2. &c.

Von der Craiſe Rechten in Acht-Sachen, v. C. 14. §. 5.

Bey Bedruckung einiger Stände von Fremden, v. C. 15. §. 13.

Bey Reichs-Steuern, C. 16. §. 3.

Bey Achts-und anderen Executionen, C. 14. §. 5.

In Zoll-Sachen, C. 18. §. 10. ꝛc.

In Müntz-Sachen, C. 19.

Von Oeſterreich, v. C. 5. §. 7.

Von den R. Grafen, v. C. 13. §. 7.

Von der Reichs-Stätte Steuren. C. 16. §. 12. 13.

Achtes Capitel.

Von der Reichs-Stände Land-Ständen, Landſaſſen, Unterthanen, Vaſallen und andern Pflicht-Verwandten.

Innhalt.

§. 1. Der Unterthanen Erhaltung in ſtatu quo. §. 2. Ihr Schutz. §. 3. Anweiſung zum Gehorſam. §. 4. Der Kayſer kan ſie nicht eximiren. §. 5. Land-Steuren. §. 6. Der Land-Stände Convente. §. 7. Der Unterthanen Beytrag zu Veſtungen und Cammer-Zilern ꝛc. §. 8. Die Beſchwerden dagegen nicht leicht zu hören. §. 9. Die Austräge disfalls zu beobach-

bachten. §. 10. Bericht zu erforderen. §. 11. Wie zu procediren? §. 12. Caſſation der widrigen Privilegien. §. 13. Und Proceſſe. §. 14. Der R. Stände Manutenenz bey ihrer Landes-Hoheit. §. 15. Der R. Stände Vaſallen verwürckte Lehen. §. 16. Und der Unterthanen confiſcirte Allodia. §. 17. Verbotene Verbindungen der Unterthanen. §. 18. Worzu keine Gelegenheit zu geben. §. 19. Fremden keine Protectoria über Mediatos zu geben. §. 20. Noch dergl. Schutz-Brieffe zu confirmiren. §. 21. Sondern abzuthun, oder einzuſchräncken. §. 22. Der Kayſer alleiniger Schutz-Herr.

§. 1.

Der Unterthanen Erhaltung in ſtatu quo.

Wir ſollen und wollen einen jeden bey ſeinem Stand und Weſen laſſen. (*)

(*) art. 1. §. 2.

§. 2.

Ihr Schutz.

Wir wollen die mittelbare Reichs- und der Ständen Landes-Unterthanen in unſerem Kayſerlichen Schutz haben. (*)

(*) art. 15. §. 1.

§. 3.

Anweiſung zum Gehorſam.

Wir wollen ſie auch zum ſchuldigen Gehorſam gegen ihre Landes-Obrigkeit anhalten. (*)

(*) art. 15. §. 1.

§. 4.

Der Kayſer kan ſie nicht eximiren.

Wie wir dann keinem Chur-Fürſten, Fürſten und Stand, (die unmittelbare Reichs-Ritterſchafft mit begriffen,) ſeine Landſaſſen, ihme mit oder ohne Mittel unterworffene Unterthanen und mit Landes-Fürſtlichen, auch anderen Pflichten, zugethane Eingeſeſſene und zum Land gehörige von deren Botmäßigkeit und Iurisdiction, wie auch wegen Landes-Fürſtlicher hoher Obrig-

Obrigkeit und ſonſten rechtmäßig hergebrachten reſpective Steuren, Zehenden und anderen gemeinen Bürden und Schuldigkeiten, weder unter dem Prätext der Lehen-Herrſchafft, noch einigem anderen Schein, eximiren und befreyen, noch ſolches anderen geſtatten wollen. (*)

(*) art. 15. §. 2.

§. 5.

Wir wollen nicht gut heiſſen, noch zugeben, daß die Land-Stände die Diſpoſition über die Land-Steuer, deren Empfang, Ausgab und Rechnungs-Receßirung, mit Ausſchlieſſung des Landes-Herrns, privative vor- und an ſich ziehen. (*) Land-Steuren.

(*) art. 15. §. 3.

§. 6.

Und eben ſo wenig wollen wir geſtatten, daß ſie in dergleichen und anderen Sachen, ohne der Landes-Fürſten Vorwiſſen und Bewilligung, Conventen anſtellen und halten. (*) Der Land-Stände Convente.

(*) art. 15. §. 3.

§. 7.

Endlich ſo wollen wir auch nicht geſchehen laſſen, daß die Land-Stände und Unterthanen, wider des Reichs-Abſchieds de A. 1654. ausdrückliche Verordnung, ſich des Beytrags, womit jedes Chur-Fürſten, Fürſten und Stands Landſaſſen und Unterthanen zu Beſetz- und Erhaltung derer einem und anderem Reichs-Stand zugehörigen nöthigen Veſtungen, Plätzen und Guarniſonen, wie auch zu unſers und des Heil. Reichs Cammer-Gerichts Unterhalt an die Der Unterthanen Beytrag zu Veſtungen und Cammer-Zielern.

Hand zu gehen ſchuldig ſeynd, zur Ungebühr entſchlagen. (*)

(*) art. 15. §. 3.

§. 8.

Die Beſchwerden dagegen nicht leicht zu hören.

Auf den Fall auch jemand von den Land-Ständen oder Unterthanen wider dieſes, oder andere obberührte Sachen, bey uns oder unſerem Reichs-Hof-Rath, oder erſtbemeldtem Cammer-Gericht etwas anzubringen oder zu ſuchen ſich gelüſten laſſen würde, wollen wir daran ſeyn und darauf halten, daß ein ſolcher nicht leichtlich gehöret, ſondern a limine Iudicii ab- und zu ſchuldiger Parition an ſeinen Landes-Fürſten und Herrn gewieſen werde. (*)

(*) art. 15. §. 4.

§. 9.

Die Austräge disfalls zu beobachten.

Uberhaupt wann Land-Stände und Unterthanen wider ihre Obrigkeit Klage führen, ſo ſollen und wollen wir, (inſonderheit wann es die Landesherrliche Obrigkeit und Regalien, als in ſpecie die Iura Collectarum, Armaturæ, Sequelæ, Landes-Defenſion, erſtgedachte Beſatzung der Veſtungen und Unterhaltung der Guarniſonen, nach Innhalt des Reichs-Abſchieds de Anno 1654. §. **und gleichwie** ꝛc. und dergleichen betrift,) ad nudam Inſtantiam Subditorum, keine Mandata noch Protectoria ertheilen, ſondern nach Innhalt jetztgedachten Reichs-Abſchieds, §. **benebens ſollen Cammer-Richter**, ꝛc. und §. **was dann Chur-Fürſten, Fürſten und Ständen** ꝛc. zuforderſt die Austräge in acht nehmen. (*)

(*) art. 19. §. 5.

§. 10.

§. 10.

Wo aber die Iurisdictio fundirt, wollen wir dannoch, ehe und bevor die Mandata ergehen, die beklagte Obrigkeit mit ihrem Bericht und Gegen-Nothdurfft zuforderſt vernehmen, geſtalten bey deſſen Hinterbleibung ihnen verſtattet und zugelaſſen seyn ſolle, ſolchen Mandatis keine Parition zu leiſten. (*)

Bericht zu erforderen.

(*) art. 19. §. 5.

§. 11.

Wann alsdann ſich befinden würde, daß die Unterthanen billige Urſach zu klagen haben, wollen wir dem Proceß ſchleunig, doch mit Beobachtung der Subſtantialium, abhelffen, immittelſt aber gleichwolen ſie zu ſchuldigem Gehorſam gegen ihre Obrigkeit anweiſen. (*)

Wie weiter zu procediren.

(*) art. 15. §. 9. & art. 19. §. 5.

§. 12.

Geſtalten wir auch alle und jede dagegen und ſonſten contra Ius Tertii und ehe derſelbige darüber vernommen, hiebevor ſub- & obreptitie erhaltene Privilegia und Exemtiones, ſamt allen derſelben Clauſuln, Declarationen und Beſtättigungen, prævia ſummaria cauſæ cognitione, für null und nichtig erklären und dieſelbe caßiren und aufheben ſollen und wollen. (*)

Caſſation der widrigen Privilegien.

(*) art. 15. §. 5.

§. 13.

Ein gleiches wollen wir auch mit allen darauf und denen Reichs-Satzungen zuwider an unſerem Kayſerlichen Reichs-Hof-Rath oder Cammer-Gericht wider die Landes-Fürſten und Obrig-

Und Proceſſe.

Obrigkeiten ohne deroſelben vorhero ſchrifftlich begehrten und vernommenen Bericht ertheilten Proceſſen, Mandaten und Decreten thun. (*)

(*) art. 15. §. 5.

§. 14.

Der R. Stände Manutenenz bey ihrer Landes⸗Hoheit.

Inmaſſen dann auch Chur⸗Fürſten, Fürſten und Ständen, (die unmittelbare freye Reichs⸗Ritterſchafft mit begriffen,) zugelaſſen und erlaubt ſeyn ſolle, ſich, nach der Verordnung der Reichs⸗Conſtitutionen, bey ihren hergebrachten und habenden Landes⸗Fürſtlichen und herrlichen Iuribus ſelbſten und mit Aſſiſtenz der benachbarten Ständen wider ihre Unterthanen zu manuteniren und ſie zum Gehorſam zu bringen, jedoch anderen benachbarten, oder ſonſt intereßirten Ständen ohne Nachtheil und Schaden. (*)

(*) art. 15. §. 8.

§. 15.

Der R. Stände Vaſallen verwürckte Lehen.

Wir gereden und verſprechen ferner, daß wir die Chur⸗Fürſten, Fürſten und Stände des Reichs, (die freye Reichs⸗Ritterſchafft,) mit ihren angehörigen Lehen, die ſeyen gelegen, wo ſie wollen, wann derſelben Vaſallen oder Unterthanen ex crimine læſæ Majeſtatis, oder ſonſten dieſelbe verwürcket hätten, oder noch verwürcken möchten, nach ihrem Willen ſchalten und walten laſſen, keinesweges aber dieſelbe zum Kayſerlichen Fiſco einziehen, noch ihnen die vorige oder andere Vaſallen auftringen wollen. (*)

(*) art. 21. §. 1.

§. 16.

Und der

Die Allodial-Güter auch, welche ex crimine

læſæ

læſæ Majeſtatis, oder ſouſten, vorgeſetzter maſſen, verwürcket ſind, oder verwürcket werden möchten, wollen wir denen mit denen Iuribus Fiſci belehneten, oder dieſelbe ſonſten durch beſtändiges Herbringen habenden Chur-Fürſten, Fürſten und Ständen, unter welcher Obrigkeit Bottmäßigkeiten ſie gelegen, nicht entziehen, ſondern die Landes-Obrigkeiten, oder Dominos Territorii, mit deren Confiſcirung gewähren laſſen. (*)

Unterthanen confiſcirte Allodia.

(*) art. 21. §. 1.

§. 17.

Alle unziemliche häßige Verbindnüſſen, Verſtrickungen und Zuſammenthuung der Unterthanen, wes Standes oder Würden die seyen, ingleichem die Empörung und Aufruhr und ungebührliche Gewalt, ſo gegen die Chur-Fürſten, Fürſten und Stände (die unmittelbare Reichs-Ritterſchafft mit begriffen,) etwan vorgenommen ſeyn und hinführo vorgenommen werden möchten, wollen wir aufheben und mit ihrer, der Chur-Fürſten, Fürſten und Ständen, Rath und Hülff daran ſeyn, daß ſolches, wie es ſich gebühret und billig iſt, in künftiger Zeit verboten und vorgekommen werde. (*)

Verbotene Verbindungen der Unterthanen.

(*) art. 15. §. 6.

§. 18.

Keineswegs aber wollen wir geſtatten, daß durch Ertheilung unzeitiger Proceſſen, Commiſſionen, Reſcripten und dergleichen Ubereilung Anlaß darzu gegeben werde. (*)

Worzu keine Gelegenheit zu geben.

(*) art. 15. §. 7.

§. 19.

Fremden keine Protectoria über Mediatos zu geben.

Als auch in Veranlaſſung derer von weyland denen vorgeweſenen Römiſchen Königen und Kayſern etlichen auswärtigen von des Heil. Röm. Reichs Iurisdiction eximirten Fürſten und Potentaten über immediat- und mediat-Stätte und Stände vor Alters gegebenen, oder von ihnen ſelbſt erworben- und angenommenen, oder ſonſt uſurpirten Schutz- und Schirm-Brieffen, indeme ſie ſich deren jeweilen auch wider ihre eigene Landes-Obrigkeit in Civil- und Juſtitz-Sachen, des Heil. Reichs Satzungen zuwider, bedienet, nicht geringe Weiterungen und Zerſtöhrungen gemeinen Land-Friedens entſtanden, dadurch dann des Heil. Reichs Iurisdiction, Autorität und Hoheit mercklich geſchwächt, dieſelbe auch, mit Entziehung anſehnlicher Glieder, gar intervertiret worden. Als ſollen und wollen wir, zu Abwendung obverſtandener gefährlicher und der gemeinen Tranquillität des Heil. Röm. Reichs ſchädlicher Zergliederung und Mißverſtand, dergleichen Protection und Schirm-Brieffe über mittelbare Stätte und Landſchafften denen Gewalten und Potentaten, ſo des Heil. Reichs Zwang und Iurisdiction, wie gemeldt, nicht unterworffen, nicht ertheilen, noch ſolche zu ſuchen und anzunehmen geſtatten. (*)

(*) art. 27. §. 1.

§. 20.

Noch dergleichen Schutz-Brieffe zu confirmiren.

Eben ſo wenig wollen wir auch die, ſo von vorigen Römiſchen Kayſern, in etwa anderwärten der Sachen und Zeiten Zuſtand und Conſidera-

deration, ertheilet und von Mediat-Ständen aufgenommen worden, durch Reſcripta oder auf andere Weiſe confirmiren. (*)

(*) art. 27. §. 1.

§. 21.

Vielmehr wollen wir darob und daran ſeyn, damit, vermittelſt unſerer Interpoſition, oder durch andere erlaubte Mittel und Wege, obermelte von vorigen Kayſern allbereits gegebene, oder auch angenommene Protectoria aufgekündet und abgethan, oder wenigſt in die Schrancken ihrer Erſten Kayſerlichen und Königlichen Conceſſionen, wo die vorhanden ſind, ohne einige fernere deren Extenſion und Ausdehnung, reduciret werden. (*)

Sondern abzuthun oder einzuſchräncken.

(*) art. 27. §. 1.

§. 22.

Es ſolle alſo männiglich forthin in unſerem und des Heil. Röm. Reichs alleinigem Schutz und Vertheidigung gelaſſen und Chur-Fürſten, Fürſten und Stände des Heil. Reichs (die unmittelbare Reichs-Ritterſchafft mit begriffen,) und deren allerſeits angehörige Unterthanen, ohne Imploration inn- und auswärtigen Anhangs und Aſſiſtenz, bey gleichem Schutz und Adminiſtration der Juſtitz in Religion- und Profan-Sachen, denen Reichs- Satz- und Cammer-Gerichts-Ordnungen, Münſter- und Oßnabrückiſchen Friedens-Schluß und darauf gegründeten Executions-Edict, arctiori modo exequendi und Nürnbergiſchen Executions-Receß, wie auch dem Reichs-Abſchied de Anno

Der Kayſer alleiniger Schutz-Herr.

1654. gemäß, erhalten werden. † (*)

(*) art. 27. §. 2.

† Der Landes-Herrn Rechte gegen Münz-Verbrechere v. C. 19. §. 5.

Standes-Erhöhungen eximiren nicht von der Landes-Hoheit. v. C. II. §. 3.

Neuntes Capitel.

Von denen Reichs-Lehen.

Innhalt.

§. 1. Erhaltung der Reichs-Lehen und Lehen-Leute. §. 2. Wo die Leben zu empfangen? §. 3. Belehnung nach dem vorigen Tenor. §. 4. Und nicht aufzuhalten. §. 5. Belehnung der Minderjährigen. §. 6. Lehens-Pflicht. §. 7. Lehen-Tax. §. 8. Anfalls-Gelder. §. 9. Verbotene Extenſion der Lehen-Brieffe §. 10. Wie mit heimgefallenen Reichs-Lehen zu verfahren? §. 11. Expectanzien §. 12. Vorbehalt der Reichs-Jurium, &c. auf heimgefallenen Reichs-Lehen. §. 13. Und dieſer Lehen eigener Rechten.

§. I.

Erhaltung der R. Lehen nnd Lehenleute.

IN alle Wege ſollen und wollen wir uns angelegen ſeyn laſſen, alle dem Röm. Reich angehörige Lehen und Gerechtigkeiten inn- und auſſerhalb Teutſchland, ſonderlich in Italien, aufrecht zu erhalten und derentwegen zu verfügen, daß ſie zu begebenden Fällen gebührlich empfangen und renovirt, auch die Lehen und Lehen-Leute wider allen unbilligen Gewalt manuteniret und gehandhabet werden. (*)

(*) art. 10. §. 8.

§. 2.

Wo die

Wir ſollen oder wollen von keinem Stand oder

oder Unterthanen des Reichs, wegen der Lehen-Empfängniß auſſerhalb des Reichs teutſcher Nation zu kommen, begehren. (*)

Lehen zu empfangen?

(*) art. 16, 2.

§. 3.

Wir ſollen und wollen auch die Lehen und Lehen-Brieffe denen Chur-Fürſten, Fürſten und Ständen des Reichs (die unmittelbare Reichs-Ritterſchafft mit begriffen,) und anderen Reichs-Vaſallen jedesmal nach dem vorigen Tenor unweigerlich und ohne alle Contradiction (als welche zum rechtlichen Austrag zu verweiſen,) ohngehindert wiederfahren laſſen. (*)

Belehnung nach dem vorigen Tenor.

(*) art. 11. §. 1.

§. 4.

Dabey wollen wir dieſelbe mit Edition der alten Pactorum Familiæ nicht beſchweren, viel weniger die Reichs-Belehnung wegen erſtgedachter Edition der Pactorum Familiæ, die ſeyen neue oder alte, noch wegen der illiquiden und ſtrittigen Lehen-Taxen aufhalten. (*)

Und nicht aufzuhalten.

(*) art. 11. §. 2.

§. 5.

Wann ein Chur-Fürſt, Fürſt, oder ſonſt ohnmittelbarer Stand und Lehen-Mann des Reichs mit Tod abgehet und minderjährige Lehens-Erben, ſive puberes, ſive impuberes hinter ſich verläſſet, ſo ſoll der Vormunder, oder die Vormündere, nach angetrettener würcklicher Adminiſtration der Tutel oder Curatel, ihr, der Minderjährigen, von dem Reich habende Regalien und Lehen innerhalb Jahr und Tag würcklich ſuchen

Belehnung der Minderjährigen.

und bey der darauf folgenden Belehnnng das gewöhnliche Juramentum Fidelitatis ablegen und die Gebühr entrichten, an welche der Vormündere Empfahung und eidliche Verſprechung die Minderjährige ſelbſten, nach erlangter Pubertät und reſpective Majorennität, dergeſtalten gebunden ſeyn ſollen, als wann ſie, Minderjährige, berührte Regalien und Lehen nach übernommener Regierung ſelbſten empfangen und den Lehens-Eyd erſtattet hätten. Dagegen ſollen und wollen wir ſie, Minderjährige, nach erlangter ihrer Pubertät oder Majorennität zu anderwärtiger Empfängniß ſolcher Lehen und Regalien, wie auch Lehen-Eydes, nicht, viel weniger einer doppelten, oder weiteren Entrichtung des Lehen-Taxes anhalten, ſondern ſie bey obgedachter ersteren denen Vormündern ertheilten Belehnung allerdings laſſen. (*)

(*) art. 11. §. 4.

§. 6.

Lehens Pflicht. Wir ſollen und wollen die Reichs-Lehen-Pflicht nicht auf unſer Haus zugleich richten. (*)

(*) art. 11. §. 3.

§. 7.

Lehen Tax. In der Lehen-Tax wollen wir bey der Verordnung der güldenen Bull, (vermög deren von einer Belehnung, wann gleich verſchiedene Lehen empfangen werden, mehrers nicht, als ein einfacher Tax, zu entrichten,) verbleiben und darwider kein Herkommen einwenden, noch einige Erhöhung ohne der Stände Willen aufkommen laſſen. (*)

(*) art. 17. §. 6.

§. 8.

§. 8.

Viel weniger wollen wir die Chur-Fürſten, Fürſten und Stände mit denen Anfalls-Geldern von denen Lehen, damit ſie allbereit coinveſtirt geweſen, oder ſonſt ungewöhnlichen und neuerlichen Anforderungen, beſchweren, noch beſchweren laſſen. (*) Anfalls-Gelder.

(*) art. 17. §. 7.

§. 9.

Die Lehen-Brieffe aber, welche denen von vorigen Kayſern ertheilten und beſtättigten Anwartungen, auch darauf beſchehenen und confirmirten Erb-Vergleichen, zu Præjudiz auf andere, ſo in denen alten Lehen-Brieffen nicht begriffen ſind, extendiret worden, ſollen ganz ungültig ſeyn. (*) Verbotene Extenſion der Lehen-Brieffe.

(*) art. 11. §. 7.

§. 10.

Wann ins künfftige Lehen dem Reich durch Todes-Fälle, oder Verwürckung eröffnet und ledig heimfallen werden, ſo etwas merckliches ertragen, als Chur-Fürſtenthümer, Fürſtenthümer, Grafſchafften, Herrſchafften, Stätte, u. d. g. die ſollen und wollen wir, die Chur-Fürſtenthümer ohne des Chur-Fürſtlichen Collegii, die Fürſtenthümer, Graf- und Herrſchafften, Stätte und dergleichen aber ohne der Chur-Fürſtlichen, Fürſtlichen und (wann es nemlich eine Reichs-Statt betrifft,) Stättiſcher Collegiorum Vorwiſſen und Conſens ferner niemand leihen, auch niemanden einige Expectanz oder Anwartung darauf geben, ſondern ſie zu Unterhaltung des Wie mit heimgefallenen Reichs-Lehen zuverfahren?

Reichs,

Reichs, unſer und unſerer nachkommender Könige und Kayſere, behalten, einziehen und incorporiren. (*)

(*) art. II. §. 8.

§. 11.

Expectanzien.

Doch ſoll dieſes uns von wegen unſerer Erb-Landen und ſonſten männiglich an ſeinen Rechten und Freyheiten, auch denen von unſern Vorfahren am Reich denen Ständen propter bene merita ertheilten und denen Reichs-Conſtitutionibus gemäſſen Anwartungen auf künfftig ſich erledigende Reichs-Lehen an ihrer Krafft und Verbindlichkeit unſchädlich ſeyn. (*)

(*) art. II. §. 9.

§. 14.

Vorbehalt der Reichs- rc. Jurium auf heimgefallene R. Lehen.

Auf dem Fall aber alſo zukünfftiger Zeit Chur-Fürſtenthum, Fürſtenthum, Grafſchafften, Herrſchafften, Affter- und Lehenſchafften, Pfandſchafften und andere Güter, ſo dem Heil. Röm. Reich mit Dienſtbarkeiten, Reichs-Anlagen, Steuren und ſonſten verpflichtet auch deſſen Jurisdiction unterwürffig und zugethan ſind, nach Abſterben der Innhaber uns durch Erbſchafften oder in andere Wege heimfallen, oder anwachſen, und wir die zu unſern Händen behalten, oder, mit Vorwiſſen und Bewilligung der Chur-Fürſten, die Chur-Fürſtenthümer, dann die Fürſtenthümer, Graf- und Herrſchafften, mit Vorwiſſen und Bewilligung der Chur-Fürſtlichen und Fürſtlichen Collegiorum, ſo dann auch (wann es nemlich, wie obgedacht, eine Reichs-Statt betreffen thäte,) des Stättiſchen anderen zukommen

men laſſen würden, oder, da wir dergleichen allbereits in Unſeren Händen hätten, daran ſollen dem Heil. Reich ſeine Rechte und andere ſchuldige Pflicht, wie darauf hergebracht, in dem Craiß, dem ſie zuvor zugehöret haben, hintangeſezt aller prætendirten Exemtionen, geleiſtet, abgerichtet und erſtattet werden. (*)

(*) art. II. §. 10.

§. 13.

Nicht weniger ſollen ſolche Lande und Güter bey ihren Privilegien, Recht- und Gerechtigkeiten in geiſt- und weltlichen Sachen, dem Instrumento Pacis gemäß, gelaſſen, geſchützet und beſchirmet werden. (*) Und dieſer Lehen eigener Rechten.

(*) art. II. §. 10.

† Von denen Reichs-Lehen, die der Kayſer ſelbſt beſitzet, vid. Cap. 1. p. 18.

Von denen, ſo die Reichs-Vicarii verleihen. v. C. 22. §. 3.

Von denen vom Reich abgekommenen Reichs-Lehen, ſonderlich in Italien, v. C. 3. §. 5. 6.

Von verwürckten Reichs-Lehen. v. C. 14. §. 12.

Wo die Lehen-Brieff und Expectanzien zu expediren? v. C. 13. §. 31.

Zehendes Capitel.

Von dem Pabſt und anderen Religions-Sachen.

Innhalt.

§. 1. Schutz des Pabſtes ꝛc. §. 2. Der A. C. Verwandten Vorbehalt. §. 3. Und gleicher Schutz. §. 4. Manutenenz der Concordaten. §. 5. Beſchwerden dagegen nicht zu geſtatten. §. 6. Noch auch

auch übereiltes Verfahren gegen die Erz- und Biſchöffe. §. 7. Noch die evocatio cauſarum ad Forum eccleſiaſticum. §. 8. Unterſcheidung der geiſt- und weltlichen Sachen zu beförderen. §. 9. Der A. C. Verwandten Vorbehalt. §. 10. Niemand in Religions-Sachen zu graviren.

§. 1.

Schuz des Pabſts ꝛc.

WIr ſollen und wollen in Zeit unſerer Königlichen Würden, Amt und Regierung die Chriſtenheit, den Stuhl zu Rom, Päbſtliche Heiligkeit und Chriſtliche Kirch, als derſelben Advocat, in gutem treulichen Schutz und Schirm halten. (*)

(*) art. 1. §. 1.

§. 2.

Der A. C. Verwandten Vorbehalt.

So viel aber den Stuhl zu Rom und Päbſtliche Heiligkeit betrifft, wollen die der Augſpurgiſchen Confeßion zugethane Chur-Fürſten vor ſich und ihre Religions-Verwandte Fürſten und Stände, (inſchlüßig derſelben Religion zugethanen freyen Reichs-Ritterſchafft,) uns damit nicht verbunden haben. (*)

(*) art. 1. §. 8.

§. 3.

Und gleicher Schuz ꝛc.

Geſtalten dann auch gedachte Advocatia dem Religion- und Prophan- auch dem Münſter- und Oßnabrückiſchen Friedens-Schluß zu Nachtheil nicht angezogen, noch gebrauchet, ſondern denen obgedachten Chur-Fürſten und ſämtlichen ihren Religions-Verwandten im Reich gleicher Schutz geleiſtet werden ſolle, wie wir ihnen, Chur-Fürſten und ſämtlichen ihren Religions-Verwandten,

ten, auch ſolches Krafft dieſes verſprechen und uns hiemit dazu verbinden. (*)

(*) art. 1. § 8.

§. 4.

Wir wollen ferner darob und daran ſeyn, daß die Concordata Principum und die zwiſchen der Kirchen, Päbſtlicher Heiligkeit, oder dem Stuhl zu Rom und der teutſchen Nation aufgerichtete Verträg, auch Privilegia, Statuta und Freyheiten gehalten, gehandhabet und denen ſelben veſtiglich gelebt und nachgekommen werde. (*)

Manutenenz der Concordaten.

(*) art. 14. §. 3.

§. 5.

Jedoch was vor Beſchwerung darinn gefunden würde, da wollen wir daran ſeyn, daß dieſelbe, vermöge deßhalben gehabter Handlung bey denen zu Augſpurg in dem 1530ſten Jahr gehaltenen Reichs-Tag, abgeſchaffet und hinfürter dergleichen ohne Bewilligung der Chur-Fürſten nicht zugelaſſen werde. Maſſen wir dann auch bey dem Heiligen Vater, dem Pabſt, und Stuhl zu Rom unſer beſtes Vermögen anwenden, daß von demſelben wider die beſagte Concordata Principum und aufgerichtete Verträge, wie auch eines jeden Erz- und Biſchoffen, oder der Dom-Capiteln abſonderliche Privilegia und rechtmäßig hergebrachte Statuta und Gewohnheiten durch unformliche Gratien, Reſcripten, Proviſionen, der Stifft Mannigfaltigung, Erhöhung der Officien im Röm. Hof, auch Reſervation, Diſpenſation und ſonderlich Reſignation, dann darauf unternehmende Collation all ſolcher

Beſchwerden dagegen nicht zu geſtatten.

Præbenden, Prælaturen, Dignitäten und Officien, (welche ſonſten per obitum ad Curiam Romanam nicht devolviret werden, ſondern jederzeit, ohnerachtet in welchem Monath ſie auch ledig und vacirend würden, denen Ertz- und Biſchöffen, auch Capituln und andern Collatoren heimfallen,) wie weniger nicht per Coadjutorias Prælaturarum electivarum & Præbendarum, Judicatur ſuper ſtatu Nobilitatis, oder in andere Wege, zu Abbruch der Stiffts Geiſtlichkeit, auch wieder gegebene Freyheit und erlangte Rechten, darzu zu Nachtheil des Juris Patronatus und der Lehen-Herrn, in keine Weiſe nicht gehandelt werde. (*)

(*) art. 14. §. 1.

§. 6.

Noch auch übereiltes Verfahren gegen die Erz- und Biſchöffe.

Eben ſo wenig ſollen auch die Erz- und Biſchöffe im Reich, wann wider dieſelbe von denen ihnen untergebenen Geiſt- oder Weltlichen etwan geklagt werden ſollte, ohne vorher gegangene genugſame Information über der Sachen Verlauff und Beſchaffenheit, (welche, damit keine ſub- & obreptio contra facti veritatem Platz finden möge, in partibus einzuholen,) auch ohnangehörter Verantwortung des Beklagten, wann zumalen derſelbe autoritate paſtorali zu Verbeſſerung und Vermehrung des GOttes-Dienſtes, auch zu Conſervation und mehrerer Aufnahm der Kirchen, wider die Ungehorſame und üble Haushälter verfahren hätte, mit Monitoriis, Interdictis und Comminationibus, oder Declarationibus Cenſurarum übereilet oder beſchweret werden; ſondern wir wollen ſolches alles mit der Chur-Fürſten, Fürſten und anderer

Stän-

Ständen Rath kräfftigſt abwenden und vorkommen. (*)

(*) art. 14. §. 2.

§. 7.

Gleichergeſtalt wollen wir, wann es ſich etwan begäbe, daß die cauſæ civiles von ihrem ordentlichen Gericht im Heil. Röm. Reich ab- und auſſer daſſelbe ad Nuntios Apoſtolicos, und wohl gar ad Curiam Romanam, gezogen würden, ſolches abſchaffen, vernichten und ernſtlich verbieten, auch unſern Kayſerlichen Fiſcalen ſo wohl an unſerm Käyſerlichen Reichs-Hoff-Rath, als Cammer-Gericht, anbefehlen, wider diejenige, ſo wohl Partheyen, als Advocaten, Procuratoren und Notarien, die ſich hinfüro dergleichen anmaſſen und darinn einiger Geſtalt gebrauchen laſſen würden, mit behöriger Anklag von Amtswegen zu verfahren, damit die Ubertretter demnächſt gebührend angeſehen und beſtraffet werden mögen. (*)

Noch die Evocatio cauſarum civilium ad forum Eccleſiaſticum.

(*) art. 14. §. 4.

§. 8.

Und weilen vorberührter Civil-Sachen willen zwiſchen unſern und des Reichs höchſten Gerichtern, ſo dann denen Apoſtoliſchen Nunciaturen, mehrmalige Streit und Irrungen entſtanden, indeme ſo ein- als anderen Orts die ab der Officialen Urtheilen beſchehene Appellationes angenommen, Proceſſus erkannt, ſelbige auch durch allerhand ſcharffe Mandata zu gröſter Irr- und Beſchwerung der Partheyen zu behaupten geſuchet worden; womit dann dieſem vorkommen

Unterſcheidung der geiſt- und weltlichen Sachen zu beförderen.

men und aller Jurisdictions-Conflict möchte verhütet werden; ſo wollen wir daran ſeyn, daß die Cauſæ ſeculares ab eccleſiaſticis rechtlich diſtinguiret, auch die darunter vorkommende zweifelhafte Fälle durch gütliche mit dem Päbſtlichen Stuhl vornehmende Handlung und Vergleich erlediget, ſort der geiſt- und weltlichen Obrigkeit einer jeden ihr Recht und Iudicatur ohngeſtört gelaſſen werden möge. (*)

(*) art. 14. §. 5.

§. 9.

Der A. C. Verwandten Vorbehalt.

Doch ſolle das in dieſen §. 4. bis 8. enthaltene denen der Augſpurgiſchen Confeßion zugethanen Chur-Fürſten, auch ihren Religions-Verwandten, Fürſten und Ständen, (die unmittelbare Reichs-Ritterſchafft mit begriffen,) und deren allerſeits Unterthanen, welche unter Catholiſcher geiſt- oder weltlicher Obrigkeit wohnen, oder Landſaſſen ſeynd, (unter denen Augſpurgiſchen Confeßions-Verwandten die Reformirte mit eingeſchloſſen,) wie auch dem Religion- und Profan-Frieden, ſo dann dem zu Münſter und Oßnabrück aufgerichteten Friedens-Schluß und was deme anhängig, ohnabbrüchig und ohne Conſequentz, Nachtheil und Schaden ſeyn. (*)

(*) art. 14. §. 6.

§. 10.

Niemand in Religions-Sachen zu graviren.

Wir wollen auch nicht geſtatten, daß in Religions-Sachen jemand, dem Inſtrumento Pacis, dem Nürnbergiſchen Executions-Receß und denen mit anderen habenden Pactis entgegen, vergewaltiget, graviret, oder turbiret werde. (*)

(*) art.

(*) art. 2. §. 4.

† Von Reſtitution der bey Kriegen abgeänderten Eccleſiaſticorum in vorigen Stand. v. Cap. 15. §. 10.

Eilftes Capitel.

Von Standes-Erhebungen und anderen Gnaden-Sachen.

Innhalt.

§. 1. Wem Standes-Erhöhungen zu ertheilen ſeyen? §. 2. Sie ſollen Dritten nicht nachtheilig ſeyn. §. 3. Noch der Landes-Hoheit. §. 4. Beſchwerden dagegen abzuthun. §. 5. Mißbrauch derer Palatinate.

§. 1.

Bey Collation Fürſtlich- und Gräflicher, auch anderer Dignitäten, ſollen und wollen wir Zeit unſerer Königlichen und Kayſerlichen Regierung dahin ſehen, damit inskünftige auf allen Fall dieſelbe allein denen von uns ertheilet werden, die es vor anderen wohl meritiret, im Reich geſeſſen und die Mittel haben, den affectirenden Stand pro Dignitate auszuführen. (*)

Wem Standes-Erhöhungen zu ertheilen ſeyen.

(*) art. 22. §. 1.

§. 2.

Wir wollen auch keinen derſelben, wer der auch ſeye, zum Præiudiz oder Schmälerung einiges alten Hauſes oder Geſchlechts, deſſelben Dignität, Standes und üblichen Tituls, mit neuen Prædicaten, höheren Tituln oder Wappen-Brieffen begaben. (*)

Sie ſollen Dritten nicht nachtheilig ſeyn

(*) art. 22. §. 3.

§. 3.

Noch der Landes-Hoheit.

So ſollen auch des ein- oder anderen unter Chur-Fürſten, Fürſten und Ständen des Reichs Geſeſſenen und Begüterten dergleichen Standes-Erhöhungen dem Iuri Territoriali nicht nachtheilig ſeyn und die ihme zugehörige und in ſolchen Landen gelegene Güter einen als den andern Weg unter voriger Landes-Fürſtlicher Iurisdiction verbleiben. (*)

(*) art. 22. §. 4.

§. 4.

Beſchwerden dagegen abzuthun.

Wie dann, wo ein- oder anderer Stand erweislich darthun würde, daß er gegen ſolches bis daher graviret und an ſeinen Gerechtſamen durch neue Standes-Erhöhungen beeinträchtiget worden wäre, derſelbe mit ſeinen habenden Beſchwerden genüglich gehöret und das unbillig vorgegangene geändert und abgeſtellet werden ſolle. (1)

(*) art. 22. §. 5.

§. 5.

Mißbräuche derer Palatinaten.

Endlich ſo wollen wir auf die Mißbrauchung derer Palatinaten abſonderliche Obachtung halten und die Mißbräuchere empfindlich beſtraffen. (*)

(*) art. 22. §. 6.

† Daß Neu-Erhöhete nicht zu Ständen zu machen. v. C. 5. §. 13.

Von exorbitirenden Privilegien. v. C. 3. §. 4.

Von Privilegien wider der Reichs-Stände Rechten. v. C. 4. §. 2.

Von Privilegiis contra Ius Tertii, v. C. 8. §. 12.

Von Privilegiis primæ Inſtantiæ, de non appellando, &c. v. C. 12. §. 8. 9.

Von vergeblich caßirten Privilegiis, v. C. 13. §. 26.

Von Zoll-Exemtions-Privilegien. v. C. 18. §. 16.
Wo Gnaden-Sachen zu expediren, auszulöſen und zu inſinuiren? ꝛc. v. C. 13. §. 52.

Zwölftes Capitel.
Von Juſtitz-Sachen überhaupt.

Innhalt.

§. 1. Durchgängige gute Juſtitz zu erhalten. §. 2. Solche unpartheyiſch zu adminiſtriren. §. 3. Keine unberechtigte Exemtiones von des Reichs Iurisdiction zu geſtatten. §. 4. Die berechtigte aber zu manuteniren. §. 5. Fremde Evocationes nicht zu geſtatten. §. 6. Noch der Mißbrauch der Brabantiſchen güldenen Bull. §. 7. Die behörige Inſtantzien zu beobachten. §. 8. Hingegen dergleichen Privilegia ſpahrſam zu ertheilen. §. 9. So auch Privilegia de non appellando, &c. §. 10. Proceſſe nicht zu hindern. §. 11. Niemand auſſer Reichs zu citiren. §. 12. Von Commißionen. §. 13. Und Straff-Fällen. §. 14. Von Taxen. §. 15. Thätlichkeiten pendente Proceſſu zu verhüten. §. 16. Nichts wider die Reichs-Geſetze ausgehen zu laſſen. §. 17. Kayſerliche Decreta aus dem geheimen Rath in Iudicialibus nicht zu ertheilen. §. 18. Bey abgeurtheilten Sachen es verbleiben zu laſſen. §. 19. Rechts-kräftige Iudicata zu exequiren. §. 20. Und gegen Fremde zu ſchützen.

§. 1.

Wir ſollen und wollen im Röm. Reich Recht und Gerechtigkeit aufrichten und verfügen, damit ſie ihren gebührlichen Gang, dem Armen wie dem Reichen, ohne Unterſcheid der Perſonen, Standes, Würden und Religionen, auch in Sachen uns und unſeres Hauſes eigenes Intereſſe betreffend, gewinnen und haben, auch be-

Durchgängige gute Juſtitz zu erhalten.

behalten und denen Ordnungen, Freyheiten und altem löblichem Herkommen nach verrichtet werden möge. (*)

(*) art. 16. §. 1.

§. 2.

Solche unpartheyiſch zu adminiſtriren.

Wir wollen auch ſo wohl denen in unſeren und anderen der Chur-Fürſten, Fürſten und Ständen reſpective Erb-Königreichen und Landen eingeſeſſenen Immediat-Ständen, als den Einheimiſchen, ohnpartheyiſch- und gleiches Recht widerfahren laſſen, ohne alle Verhinderung und Auffenthalt. (*)

(*) art. 19. §. 2.

§. 3.

Keine unberechtigte Exemtiones von der Reichs-Iurisdiction zu geſtatten.

Wir ſollen und wollen einigem Reichs-Stand, der die Exemtion von des Reichs Iurisdiction, entweder durch Vertrag mit dem Röm. Reich, oder durch Privilegia, oder andern rechtmäßigen Titul, von Römiſchen Kayſern vorhin nicht erlanget hat, noch in deren Beſitz erfunden wird, von des Reichs höchſten Gerichten ſich zu eximiren und auszuziehen, inskünftige nicht geſtatten. (*)

(*) art. 18. §. 1.

§. 4.

Die Berechtigte aber zu manuteniren.

Da hingegen wollen wir denenjenigen Ständen, welche die Exemtion von des Reichs Iurisdiction entweder durch Vertrag mit dem Röm. Reich, oder durch Privilegia, oder andere rechtmäßige Titul, von den Römiſchen Kayſern vorhin erlangt und in deren Beſitz erfunden werden, die Eximir- und Ausziehung von des

Reichs

Reichs höchſten Gerichten inskünftige geſtatten und ſie, nach Anleitung der Cammer-Gerichts-Ordnung Part. 2. Tit. 27. und des Inſtr. Pacis art. 8. dabey ſchützen und handhaben. (*)

(*) art. 18. §. 2.

§. 5.

Die eine zeithero verübte Mißbräuche, da zum öftern die Rechtfertigungen von ihren ordentlichen Richtern des Reichs ab- und nach Holland, Brabant und andere ausländiſche Potentaten gezogen worden, ſollen gäntzlich aufgehebt werden. (*)

Fremde Evocationes nicht zu geſtatten.

(*) art. 27. §. 3.

§. 6.

Inſonderheit ſolle dieſes mit denen aus der angemaßten Brabantiſchen güldenen Bull, zu unterſchiedlicher Chur-Fürſten, Fürſten und Stände mercklichem Nachtheil herrührenden Evocations-Proceſſen geſchehen, wie auch das Anno 1594. bey damaligem Reichs-Tag verglichene Gutachten vollzogen und denen durch gedachte güldene Bull gravirten Ständen, auf erforderten Nothfall, durch das Ius Retorſionis kräftige Hülffe geleiſtet werden. (*)

Noch der Mißbrauch der Brabantiſchen güldenen Bull.

(*) art. 27. §. 3.

§. 7.

Wir wollen auch die Chur-Fürſten, Fürſten, Prälaten, Grafen, Herren und andere Stände des Reichs, (die unmittelbare Reichs-Ritterſchafft mit begriffen,) und dero allerſeits Unterthanen im Reich, mit rechtlicher oder gütlicher Tagleiſtung von ihren ordentlichen Rechten

Die gehörige Inſtantzien zu beobachten.

nicht tringen, erforderen, oder vorbeſcheiden, ſondern einen jeden bey ſeiner Immedietät, Privilegiis de non appellando & non evocando, ſo wohl in Civil- als Criminal Sachen, Electionis Fori, item Jure Auſtregarum, tam legalium, quam conventionalium, vel familiarium, bey der erſten Inſtanz und deren ordentlichen unmittelbaren Richtern, mit Aufheb- und Vernichtung aller deren biß dahero etwan dagegen, unter was Schein und Vorwand es ſeyn möge, beſchehener Contraventionen, ergangen Reſcripten, Inhibitionen und Befehlen bleiben und keinen mit Commißionen, Mandaten und anderen Verordnungen darwider beſchweren, oder eingreiffen, noch auch durch den Reichs-Hof-Rath und das Cammer-Gericht, oder ſonſten, eingreiffen laſſen. (*)

(*) art. 18. §. 3. 4.

§. 8.

Hingegen dergleichen Privilegia ſpahrſam zu ertheilen.

Hingegen wollen wir auch, nach Innhalt des Reichs-Abſchieds de Anno 1654. mit Conceſſion der Privilegien erſter Inſtanz, oder ſonderbarer Austräge auf diejenige, welche dieſelbe bißhero nicht gehabt oder hergebracht haben, forderſt an uns halten. (*)

(*) art. 18. §. 7.

§. 9.

So auch Privilegia de non appellando, &c.

Und ſo ſollen und wollen wir auch in Ertheilung der Privilegiorum de non appellando, non evocando Electionis Fori und dergleichen, welche zu Ausſchlieſſung und Beſchränckung des Heil. Reichs Jurisdiction, oder der Ständen älteren Privilegien, oder ſonſten zum Præjudiz eines Tertii

tii ausrinnen können, die Nothdurfft väterlich beobachten. (*)

(*) art. 18. §. 6.

§. 10.

Ob auch einiger Chur-Fürſt, Fürſt, oder anderer Stand, (die freye unmittelbare Reichs-Ritterſchafft mit eingeſchloſſen,) ſeiner Regalien, Immedietät, Freyheiten, Rechten und Gerechtigkeiten halber, daß ſie ihme geſchwächet, geſchmälert, genommen, entzogen, bekümmert und bedrückt worden, mit ſeinem Gegentheil und widerwärtigen zu gebührlichen Rechten kommen und ihn fürfordern wollte, daſſelbe ſollen und wollen wir, wie alle andere ordentlich ſchwebende Rechtfertigungen, nicht verhindern, ſondern viel mehr beförderen und zur Endſchafft beſchleunigen. (*)

Proceſſe nicht zu hindern.

(*) art. 19. §. 3.

§. 11.

Wir ſollen und wollen keinen Stand oder Unterthanen des Reichs zur Rechtfertigung auſſerhalb dem Reich teutſcher Nation heiſchen und laden, ſondern innerhalb deſſen ſie alle und jede, laut der güldenen Bull, der Cammer-Gerichts-Ordnung und anderer Reichs-Geſetzen, zur Verhör und Ausführung ihres Rechtens kommen und beſcheiden laſſen. (*)

Niemand auſſer Reichs zu citiren.

(*) art. 16. §. 2.

§. 12.

In ſpecie aber wollen wir bey Erkennung der Commißionen die Verordnung des Inſtr. Pacis art. 5. §. *in Conventibus Deputatorum* §. 1. genau beobachten laſſen. (*)

Von Commißionen.

(*) art. 18. §. 5.

§. 13.

§. 13.

Und Straff-Fällen.

In Straff-Fällen ſollen und wollen wir denenjenigen, ſo in der Sache cognoſciren, oder denen darinn Commiſſion aufgetragen worden, von der Straffe nichts verſprechen, noch die geringſte Hoffnung darzu machen. (*)

(*) art. 19. §. 6.

§. 14.

Von Taxen.

Bey denen hohen Reichs-Gerichten wollen wir niemand mit Canzley-Geldern oder Tax-Gefällen beſchweren noch beſchweren laſſen, auch keine andere Canzley- oder andere Taxen gebrauchen, als die von geſammten Chur-Fürſten, Fürſten und Ständen des Reichs auf öffentlichem Reichs-Tag beliebt und verglichen ſeynd und dieſelbe ohne Vorbewußt und Einwilligung der Ständen nicht erhöhen, noch von andern erhöhen laſſen. (*)

(*) art. 5. §. 1. & art. 17. §. 5.

§. 15.

Thätlichkeiten pendente Proceſſu zu verhüten.

Wir wollen verfügen laſſen, damit in Rechtshängigen Sachen und unter währender Litispendenz kein Stand den anderen mit Repreſſalien, Arreſten und anderem wider die Reichs-Saz- und Ordnungen, auch wider den allgemeinen Friedens-Schluß lauffenden Thätlichkeiten beſchwere. (*)

(*) art. 16. §. 5.

§. 16.

Nichts wider die Reichs-Geſetze

Wider dieſe unſere Zuſage, die güldene Bull, die Reichs-Hof-Raths- und Cammer-Gerichts-Ordnung, oder wie dieſelbe inskünfftige geändert

dert und verbeſſert werden möchte, den obange- regten Frieden in Religion- und Profan-Sachen, auch den Land-Frieden, ſamt der Handhabung deſſelben, wie auch mehr-ermelten Münſter- und Oßnabrückiſchen Friedens-Schluß und den zu Nürnberg aufgerichteten Executions-Receß und andere Geſetze und Ordnungen, ſo jezo gemacht und künfftig mit der Chur-Fürſten, Fürſten und Stände Rath und Zuthun möchten aufgerich- tet werden, wollen wir kein Reſcript, Mandat, oder Commiſſion, noch etwas anderes beſchwer- liches ausgehen laſſen, oder es zu geſchehen ge- ſtatten, in einige Weiſe oder Wege. (*) — ausgehen zu laſſen.

(*) art. 16. §. 8.

§. 17.

Wie dann auch kein Stand des Reichs in Sachen, ſo præviam cauſæ cognitionem erforde- ren, mit Kayſerlichen Decretis aus unſerm gehei- men Rath beſchweret, noch dieſelbe in Judicio an- gezogen werden ſollen. (*) — Kayſerl. Decreta aus dem Geh. Rath. in Iudicialibus nicht zu ertheilen.

(*) art. 17. §. 3.

§. 18.

Was einmal in unſerm Reichs-Hof-Rath oder Cammer-Gericht in Judicio contradictorio, cum debita cauſæ cognitione, ordentlicher Weiſe abgehandelt und geſchloſſen iſt, dabey ſolle es for- derſt allerdings verbleiben und ſolches nirgend anderſt, es ſeye dann durch den ordentlichen Weg der in offt-ermelten Friedens-Schluß beliebter und nach deſſen Art. 5. quoad proceſſum iudicia- rium &c. anſtellender Reviſion oder Supplication von neuen in Cognition gezogen werden. (*) — Bey abgeurtheilten Sachen es verbleiben zu laſſen.

(*) art. 16. §. 16.

§. 19.

Rechts-Kräfftige Iudicata zu exequiren.

Wann auch im Reichs-Hof-Rath oder Cammer-Gericht ein End-Urtheil gefället worden iſt und daſſelbe Krafft Rechtens ergriffen hat, ſo ſollen und wollen wir deſſen Execution in keinerley Weiſe noch Wegen hemmen oder hinderen, viel weniger dieſelbe verſchieben, ſondern damit nach der Reichs-Hof-Raths-oder Cammer-Gerichts-und Executions Ordnung ſchlechter Dingen ohne einige Verzögerung und Beobachtung einiger denen Rechten nach wider die Execution nicht zuläßiger Exception verfahren, es vollziehen und dergeſtalten einem jedweden ohne Anſehen der Perſonen ſchleunig zu ſeinem erſtrittenen Recht verhelffen. (*)

(*) art. 17. §. 1.

§. 20.

Und gegen Fremde zu ſchützen.

Endlich ſollen wir auch die res iudicatas Imperii gegen allen auswärtigen Gewalt kräfftiglich ſchützen und manuteniren, und auf begebenden Fall, da einiger Potentat oder Republic die ordentliche Execution des Reichs verhinderen, ſich derſelben einmiſchen, oder widerſetzen würde, ſolches, nach Anleitung des Inſtrumenti Pacis, der Executions-Ordnung und der Reichs-Conſtitutionen, abkehren und alle behörige Mittel dagegen vorwenden. (*)

(*) art. 17. §. 4.

† Von Vergewaltigung unter dem Schein der Juſtiz und wider Rechts-Erbieten. vid. Cap. 4. §. 4. &c.

Von Klagen der Unterthanen. v. Cap. 8. §. 8. &c.

Vom Crimine læſæ Majeſtatis v. C. 8. §. 15. 16.

Unzeitige Proceſſe ꝛc. v. C. 8. §. 18.
Der R. Gerichte Pflichten gegen die, ſo civilia an Fora eccleſiaſtica bringen. C. 10. §. 7.
Item in Zoll-Sachen. v. C. 18. §. 2. &c.
add. Cap. ſeqq.

Dreyzehendes Capitel.

Von denen Reichs-Gerichten und der Reichs-Hof-Canzley.

Innhalt.

§. 1. Reichs-Gerichte ohnverändert zu laſſen. §. 2. Ihnen kein Einhalt zu thun. §. 3. Noch ſich unter einander eingreiffen zu laſſen. §. 4. Reichs-Hof-Raths-Præſident, &c. §. 5. Deſſen Manutenenz. §. 6. Beſetzung des Reichs-Hof-Raths. §. 7. Rang der Reichs-Hof-Räthe unter ſich. §. 8. Und gegen andere. §. 9. Ihre Beſoldung. §. 10. Zoll ꝛc. Freyheit. §. 11. Exemtion von fremder Jurisdiction. §. 12. Freyer Abzug. §. 13. Reichs-Hof-Raths-Pflichten in Bücher-Sachen. §. 14. Vota ad Imperatorem. §. 15. Andere Räthe, ꝛc. ſollen den Reichs-Hof-Rath nicht eingreiffen. §. 16. Alle Proceſſe, ꝛc. allda zu reſolviren. ꝛc. §. 17. Der Reichs-Hof-Rath ſolle kein anderes leiden. §. 18. Und geſchützet werden. §. 19. Remedium Supplicationis. §. 20. Viſitation des Reichs-Hof-Raths. §. 21. Das Cammer-Gericht zu manuteniren. §. 22. Ihme von dem Reichs-Hof-Rath nicht eingreiffen zu laſſen. §. 23. Reviſiones der Cammer-Gerichts-Urtheile. §. 24. Abuſus des Rothweiliſchen Hof- und Schwäbiſchen Land-Gerichts. §. 25. Deputation zu deren Erkundigung. §. 26. Exemtions-Privilegia zu manuteniren. §. 27. Appellationes ad Aulam vel Cameram zu geſtatten. §. 28. Hergebrachte Exemtiones zu manuteniren. §. 29. Der Reichs-Canzley Beſtellung. §. 30. Und Handhabung. §. 31. Expeditiones der Lehen-Brieffe. §. 32. Und Diploma-

plomatum in Gnaden-Sachen. ꝛc. §. 33. Deren Erkennung von anderen Canzleyen. §. 34. Moderation das Taxes. §. 35. Auslöſung derer Expeditionen.

§. 1.

Reichs-Gerichte ohnverändert zu laſſen.

WIr ſollen und wollen kein altes Reichs-Gericht veränderen, noch ein neues aufrichten, es wäre dann, daß wir mit Chur-Fürſten, Fürſten und Ständen ſolches auf einem allgemeinen Reichs-Tag vor gut befunden. Sondern wir wollen die Juſtitz, nach Innhalt des Inſtrumenti Pacis, beym Cammer-Gericht und Reichs-Hof-Rath unpartheilich adminiſtriren. (*)

(*) art. 16. §. 3. & 4.

§. 2.

Ihnen kein Einhalt zu thun.

Wir wollen dem Proceß dieſer Reichs-Gerichten ſeinen ſtarcken Lauff laſſen und ſo wenig dem Reichs-Hof-Rath, als Cammer-Gericht einen Einhalt thun, noch von andern im Reich directe oder indirecte zu geſchehen geſtatten. (*)

(*) art. 16. §. 6.

§. 3.

Noch ſich unter einander eingreiffen zu laſſen.

Wir wollen auch keinem dieſer Reichs-Gerichte von dem anderen eingreiffen, oder Proceſſus avociren laſſen. (*)

(*) art. 16. §. 6.

§. 4.

Reichs-Hof-Raths-Præſident, &c.

Wir ſollen und wollen bey unſerm Reichs-Hof-Rath keinen zum Præſidenten oder Vice-Præſidenten beſtellen, es ſeye dann derſelbe ein teutſcher Reichs-Fürſt, Graf oder Herr, in dem-

ſelben ohnmittelbar oder mittelbar geſeſſen und begütert. (*)

(*) art. 24. §. 5.

§. 5.

Und dieſem unſerm Reichs-Hof-Raths-Præſidenten ſollen und wollen wir in der ihme zuſtehenden Reichs-Hof-Raths-Direction in Iudicialibus von niemand, wer der auch ſeye, eingreiffen laſſen, noch geſtatten, daß ein anderer ſich ſolcher Direction anmaſſe. (*) Deſſen Manutenenz.

(*) art. 24. §. 5.

§. 6.

Wir ſollen und wollen unſern Reichs-Hof-Rath mit Fürſten, Grafen, Herren, von Adel und anderen ehrlichen Leuten beyderſeits Religion, vermög Inſtrumenti Pacis, aus denen Reichs-Craiſen beſetzen und zwar nicht allein aus unſeren Unterſaſſen, Unterthanen und Vaſallen, ſondern mehreren theils aus denen, ſo im Reich teutſcher Nation anderer Orten gebohren und erzogen, darinnen nach Standes-Gebühr angeſeſſen und begütert, der Reichs-Satzungen wohl erfahren, guten Nahmens und Herkommens, auch rechten Alters und in gehöriger und in Examine, gleich in dem Cammer-Gericht, wohl beſtandener Geſchicklichkeit, auch guter Experienz, und niemand, dann uns und dem Reich, und ſonſten keinem Chur-Fürſten, Fürſten oder Stand des Reichs, viel weniger ausländiſchen Potentaten, mit abſonderlichen Pflichten, Beſtellung oder Gnaden-Geld, verwandt ſeyn. (*) Beſetzung des Reichs-Hof-Raths

(*) art. 24. §. 1.

§. 7.

Rang der R. Hof-Räthe unter ſich.

So dann ſollen und wollen wir verfügen, daß in unſerm Reichs-Hof-Rath auf den Ritter-Bäncken zwiſchen denen vom Ritter-Stand, welche zu Schild und Helm Ritter-und Stifft-mäßig gebohren und denen Grafen und Herren, ſo in denen Reichs-Collegiis keine Seſſion oder Stimm haben, oder von ſolchen Reichs-Seſſion habenden Häuſern entſproſſen und gebohren ſeynd, in der Raths-Seſſion, dem alten Herkommen gemäß, kein Unterſcheid gehalten, ſondern ein jeder nach Ordnung der angetrettenen Raths-Dienſte ohne einigen von Standes-wegen ſuchenden Vorzug verbleibe. (*)

(*) art. 24. §. 3.

§. 8.

Und gegen andere.

Sonſten aber ſoll wegen der Reichs-Hof-Raths Stell, Præcedenz und Reſpect deme nachgelebet werden, was dißfalls in der Reichs-Hof-Raths-Ordnung verſehen und deroſelben Stand gemäß iſt. (*)

(*) art. 24. §. 4.

§. 9.

Ihre Beſoldung.

Wir ſollen und wollen auch die unverlängte gewiſſe Verordnung thun, damit ſo wohl aus unſerer Hof-Cammer, als denen bey dem Reich eingehenden Mitteln, vor allen andern Ausgaben dem würcklich beſtellten Præſidenten, Reichs-Hof-Vice-Canzlern, als zugleich würcklich beſtellten Reichs-Hof-Rath, ſo dann Vice-Præſidenten und andern Reichs-Hof-Räthen, ihre Reichs-Hof-Raths-Beſoldung richtig und ohne Abſchlag bezahlet werde. (*)

(*) art. 25. §. 3.

§. 10.

§. 10.

Wie ſie dann auch wegen der Zölle, Steuer und anderer Beſchwerden Befreyung denen Cammer-Gerichts-Aſſeſſoren gleich gehalten werden ſollen. (*) Zoll ꝛc. Freyheit.

(*) art. 25. §. 4.

§. 11.

Ingleichen ſollen ſie ſo wohl, als auch der Stände Reſidenten und Agenten, von unſerer Landes-Regierung und anderer Gerichten und Beamten Jurisdiction, auch, ſo viel die Obſignation, Sperrung, Inventur, Editiones der Teſtamenten, Verſorgung ihrer Kinder und deren Tutelen und dergleichen betrifft, weniger nicht von allen perſonal-Oneribus, allerdings befreyet ſeyn. (*) Exemtion von fremder Jurisdiction.

(*) art. 25. §. 4.

§. 12.

Endlich ſo ſollen auch diejenige, ſo ſich von unſerm Hof anders wohin begeben wollen, keineswegs aufgehalten, ſondern frey, ſicher und ungehindert, auch ohne Abzug und anderen Entgeld und Vorenthalt ihrer Haab und Güter, fortgelaſſen und ihnen zu dem End auf Begehren behörige Paß-Brieffe ertheilet werden. (*) Freyer Abzug.

(*) art. 25. §. 4.

§. 13.

Wir wollen aber unſerem Reichs-Hof-Rath nicht verſtatten, daß derſelbe, auf des Fiſcals oder eines anderen Angeben, in Erkennung der Proceſſen (add. gegen die Autores oder R. Hof-Raths-Pflichten in Bücher-Sachen.

Verlegere, 2c. der Bücher) einem Theil mehr als dem anderen favoriſire. (*)

(*) art. 2. §. 9.

§. 14.

Vota ad Imperatorem.

Wo im Reichs-Hof-Rath in wichtigen Juſtiz-Sachen ein Votum oder Gutachten abgefaſſet und uns referiret werden ſollte, wollen wir uns ſolches in Anweſen des Reichs-Hof-Raths-Præſidentens und Reichs-Vice-Canzlers, mit Zuziehung der Re- und Correferenten und anderer Reichs-Hof-Räthe beeder Religionen, inſonderheit wann die Sache beederſeits Religions-Verwandten betrifft, vortragen laſſen, mit denenſelben darüber berathſchlagen und es in keinem anderen Rath reſolviren. (*)

(*) art. 16. §. 15.

§. 15.

Andere Räthe 2c. ſollen dem R. Hof-Rath nicht eingreiffen. 2c.

Auch wollen wir nicht geſtatten, verhängen oder zugeben, daß andere unſere Räthe und Miniſtri, wie die Nahmen haben mögen, insgeſammt, oder jemand derſelben ſich in des Reichs Sachen, welche vor den Reichs-Hof-Rath gehören, einmiſchen, oder darinn auf einigerley Weiſe demſelben eingreiffen, viel weniger mit Befehlen oder Decreten beſchweren, oder irren, oder ihme in cognoſcendo, vel judicando, oder ſonſt in einige Wege, Maaß und Ziel geben. (*)

(*) art. 16. §. 12.

§. 16.

Alle Proceſſe 2c.

Es ſollen auch keine Proceß, Mandata und Decre-

Decreta, Erkenntniſſen und Verordnungen, was Nahmens oder Geſtalt dieſelbe ſeyn mögen, anderswo als im Reichs-Hof-Rath reſolvirt, noch ohne deſſen Vorbewuſt expediret werden. (*) allda zu reſolviren. ꝛc.

(*) art. 16. §. 13.

§. 17.

Wann deme allem zu entgegen ins künfftige etwas widriges vorgenommen werden oder entſtehen möchte, das ſoll an ſich ſelbſt null und nichtig, auch die Reichs-Hof-Räthe ſamt und ſonders pflichtig und verbunden ſeyn, deßwegen geziemende Erinnerung zu thun, die wir dann damit allergnädigſt anhören und die angezeigte Eingriffe und Beſchwerden ungeſaumt abſtellen wollen. (*) Der R. Hof-Rath ſolle kein anderes leiden.

(*) art. 16. §. 14.

§. 18.

Wir ſollen und wollen das geſammte Reichs-Hof-Raths-Collegium bey der ihme gebührenden Autorität gegen andere Unſere Räthe und Miniſtros ernſt- und kräfftiglich handhaben, auch alle deſſen Glieder wider männiglichs Anfeinden kräfftiglich ſchützen. (*) Und geſchützet werden.

(*) art. 16. §. 14.

§. 19.

Mit der im Reichs-Hof-Rath, an ſtatt der Reviſion, gebräuchlichen Supplication wollen wir, daß nach Innhalt des Inſtr. Pacis Art. 5. §. *Quoad Proceſſum judiciarium, &c.* und nach der Reichs-Hof-Raths-Ordnung allerdings verfahren werde, auch darob ſeyn, daß derſelben Remedium Supplicationis.

ben ein Genügen geleiſtet und darwider keineswegs gehandelt werden möge. (*)

(*) art. 17. §. 2.

§. 20.

Viſitation des R. Hof-Raths.

Auch ſollen und wollen wir nicht nur keineswegs dagegen ſeyn, daß der Reichs-Hof-Rath durch den Chur-Fürſten zu Mainz, als des H. Röm. Reichs Ertz-Canzlern, beſag Frieden-Schluſſes, und alſo mit Obſervirung deſſen, was, nach Anleitung und Diſpoſition erſtgedachten Frieden-Schluſſes, bey ſolcher Viſitation zu beobachten, die Stände vor gut befinden werden, wenigſt alle drey Jahr Einmal viſitiret werde, ſondern wir wollen auch vielmehr beförderen, daß ſothane in gemeltem Inſtrumento Pacis, auch anderen Grund-Geſetzen, feſtgeſtellte Viſitation des Reichs-Hof-Raths allerforderſamſt vorgenommen und die bey demſelben ſich findende Mängel und Abuſus cum effectu verbeſſert, ſo fort damit, vorgedachter maſſen, alle drey Jahr continuiret werde. (*)

(*) art. 24. §. 2.

§. 21.

Das Cammer-Gericht zu manuteniren.

Inſonderheit wollen wir auch das Kayſerliche und Reichs-Cammer-Gericht bey ſeinen Gerechtſamen, Gerichtbarkeit und Reichs-Conſtitutions-mäßigen Verfaſſung gegen männiglich in alle Wege ſchützen, erhalten und handhaben. (*)

(*) art. 16. §. 7.

§. 22.

§. 22.

Die am Kayſerlichen Cammer-Gericht anhängig gemachte und noch in unerörterten Rechten ſchwebende Sachen ſollen von dar nicht ab- noch an unſern Reichs-Hof-Rath gefordert, noch von uns aufgehoben und dagegen inhibirt, oder ſonſt auf andere Weiſe reſcribiret, auch, was hinkünfftig dagegen vorgenommen würde, als null und unkräfftig vom Cammer-Gericht gehalten werden. Viel weniger wollen wir über die ſententias und Judicata Cameræ von unſerem Reichs-Hof-Rath, unter was vor Prætext es ſeye, cognoſciren laſſen. (*)

Ihme von dem R. Hof-Rath nicht eingreiffen zu laſſen.

(*) art. 16. §. 6. & 17.

§. 23.

Wiewolen aber, obverſtandener maſſen, das Beneficium Reviſionis ſtatt hat, damit jedoch dadurch die abgeurtheilte Rechtfertigungen nicht wieder auf die Bahn gebracht, noch die erhobene Strittigkeiten an dem Kayſerlichen Cammer-Gericht gar unſterblich, oder die Juſtiz Krafftlos gemachet werden möge; ſo wollen wir ſothane Reviſiones nicht allein nach aller Möglichkeit beſchleunigen, befördern und die Reviſores durch gebührende Mandata, ſo offt es vonnöthen, darzu anmahnen, ſondern auch zu deſto mehrerer Abkürzung ſolcher Reviſionen unſers Kayſerlichen Cammer-Gerichts, die dißfalls in dem Reichs-Abſchied de Anno 1654. beliebte und noch ferner beliebende Ordnung genau in Acht nehmen und dem-

Reviſiones der Cammer-Gerichts-Urtheile.

ſelben keinen Effectum ſuſpenſivum zugeſtehen, noch geſtatten. (*)

(*) art. 17. §. 2.

§. 24.

Abuſus des Rothweiliſchen Hof- und Schwäbiſchen Land-Gerichts.

Als auch von Chur-Fürſten, Fürſten und Ständen ſchon von langen Jahren hero ſo wohl wider das Kayſerliche Hof-Gericht zu Rothweil, als das Weingartiſche und andere Land-Gerichte in Schwaben, allerhand groſſe Beſchwerungen vorkommen, auf unterſchiedlichen hiebevorigen Reichs-Conventen angebracht und geklagt, dahero auch im Frieden-Schluß deren Abolition halber allbereit Veranlaſſung geſchehen; ſo wollen wir immittelſt, bis ſolchen der Ständen Beſchwerden würcklich aus dem Grund abgeholffen und von der Abolition erſtberührter Hof- und Land-Gerichter auf dem Reichs-Tag ein gewiſſes ſtatuiret werde, unfehlbarlich daran ſeyn, daß die eine zeithero wider die alte Hof- und Land-Gerichts-Ordnung extendirte Ehehaffts-Fälle abgethan und die dabey ſich befindliche Exceſſus und Abuſus förderlichſt aufgehebt werden. (*)

(*) art. 18. §. 8.

§. 25.

Deputation zu deren Erkundigung.

Zu Erkundigung ſolcher Exceſſuum und Abuſuum wollen wir eheſt ohn-intereßirte Reichs-Stände deputiren und ſolches an die Chur-Mainziſche Cantzley, um daß von dannen denen übrigen des Heil. Röm. Reichs Chur-Fürſten, Fürſten und Ständen davon Nachricht gegeben werden möge, notificiren. (*)

(*) art. 18. §. 8.

§. 26.

Sonderlich aber ſollen Chur-Fürſten, Fürſten und Stände bey ihren dawider erlangten Exemtions-Privilegiis, ohnerachtet ſolche caßirt zu ſeyn vorgewendet werden möchte, gehandhabet werden. (*) Exemtions-Privilegia zu manuteniren.

(*) art. 18. §. 8.

§. 27.

Demenächſt ſolle auch jedem Gravirten frey ſtehen, von mehr-erwähnten Hof- und Land-Gerichten entweder ad Aulam Cæſaream, oder an unſer und des Reichs Cammer-Gericht, ohne einige Widerrede und Hinderung zu appelliren. (*) Appellationes ad Aulam vel Cameram zu geſtatten.

(*) art. 18. §. 9.

§. 28.

In alle Wege wollen wir auch der Chur-Fürſten und ihrer Unterthanen, auch anderer, von Alters hergebrachte Exemtion von vorberührtem Rothweiliſchen und anderen Gerichten bey ihren Kräfften erhalten und ſie darwider nicht turbiren noch beſchweren laſſen. (*) Hergebrachte Exemtiones zu manuteniren.

(*) art. 18. § 10.

§. 29.

In Beſtell- und Anſetzung der Reichs-Hof-Cantzley, ſo wohl des Reichs-Hof-Vice-Cantzlers, als der Secretarien und Protocolliſten und aller anderer zu der Reichs-Hof-Cantzley gehöriger Perſonen ſollen und wollen wir dem Chur-Fürſten zu Maintz, als Ertz-Cantzlern durch Germanien, in der Ihme allein dißfalls zuſtehenden Diſpoſition, unter was Vorwand es ſey, Der Reichs-Cantzley Beſtellung.

inskünftige keinen Eingriff, Aufſchub oder Verhinderniß thun, noch darinn einig Ziel oder Maaß geben; es ſolle auch, was dawider vorgangen und ferner gethan oder verordnet werden möchte, für ungültig gehalten werden. (*)

(*) art. 25. §. 1.

§. 30.

Und Handhabung.

Ingleichem ſollen und wollen wir keineswegs geſtatten, daß der Reichs-Cantzley wider die Reichs-Hof-Raths- und Cantzley-Ordnung einiger Eintrag geſchehe, es ſeye von wem und unter was Schein es immer wolle. (*)

(*) art. 25. §. 2.

§. 31.

Expeditiones der Lehen-Brieffe.

Die Lehen-Brieffe und Expectantien über des Heil. Reichs angehörige Lehen ſollen bey keiner anderen, als bey der Reichs-Cantzley, inskünftige ertheilet und ausgefertiget werden. (*)

(*) art. 11. §. 6.

§. 32.

Und Diplomatum in Gnaden-Sachen.

Wir ſollen und wollen ferner in fleißige Obacht nehmen und verſchaffen, daß alle die Expeditionen, ſo in Gnaden- und anderen dergleichen Sachen ausgehen, inſonderheit aber die Diplomata über den Fürſten- Grafen- und Herren-Stand, auch Nobilitationen, Palatinaten und Kayſerliche Raths-Titul, ſamt anderen Freyheiten und Privilegien, welche wir unter dem Nahmen eines Römiſchen Königs oder Kayſers ertheilen werden, bey keiner anderen, als der Reichs-Cantzley, wie ſolches von Alters herkommen, auch unſerer und des Reichs Hoheit gemäß iſt,

iſt, geſchehen ſollen; wie dann, in Krafft dieſes, diejenige Diplomata, ſo bey einer andern, als der Reichs-Cantzley, unter Kayſerlichem Titul und Nahmen Zeit währender unſerer Kayſerlichen Regierung expediret werden, hiermit null und nichtig seyn und die Impetranten, ehe und bevor ſie aus der Reichs-Cantzley, gegen gebührende Tax-Erlegung, confirmiret und legitimiret, dafür im Reich nicht geachtet, noch ihnen das Prædicat oder Titul gegeben werden ſolle. (*)

(*) art. 22. §. 6.

§. 33.

Deren Erkennung von anderen Cantzleyen.

Was aber für Gnaden-Brieff, Standes-Erhöhungen und andere Privilegien in unſerer Reichs-Cantzley ausgefertiget und von daraus anderen unſeren Cantzleyen intimiret werden, dieſelbe ſollen hiemit ſchuldig ſeyn, gedachte Intimationes nicht allein ohne allen Entgelt, oder Abforderung einer neuen Tax, oder Cantzley-Iurium, wie die Nahmen haben mögen, anzunehmen, ſondern auch denen Impetranten, dem erhaltenen Stand und Privilegio gemäß, das verwilligte Prædicat und Titul in denen Expeditionibus daſelbſten unweigerlich zu geben und, bey Vermeidung der darinn geſetzten Pön nicht zu entziehen. (*)

(*) art. 22. §. 7.

§. 34.

Moderation des Taxes.

Weilen auch dem Reichs-Cantzley-Tax-Amt und anderen Bedienten an deren nothwendigen Unterhalt die Nachlaß und Moderation der Tax-Gefälle, ſo dann daß über die Kayſerliche Conceſſio-

ceſſiones der Privilegien, Standes-Erhöhungen und anderer Gnaden die gewöhnliche Diplomata der Gebühr nicht ausgelöſet werden, zu groſſer Schmälerung und Abgang gereichet; Als ſollen und wollen wir, zu deſſen weiterer Verhütung, neben dem Chur-Fürſten zu Maintz, als Ertz-Cantzlern, daran seyn und darauf halten, daß von ihme, (der allein, als des Reichs Ertz-Cantzler, die Nachlaß und Moderation zu thun berechtiget iſt,) an denen üblichen Reichs-Cantzley-Iuribus und Taxen von obgedachten Kayſerlichen Conceſſionen der Privilegien, Standes-Erhöhungen und anderer Gnaden nichts mehr nachgelaſſen und moderiret werde. (*)

(*) art. 22. §. 8.

§. 35.

Auslöſung der Expeditionen.

Wir ſollen und wollen auch, daß denen, ſo von uns dergleichen Begnadigungen inskünftige erlangen und innerhalb drey Monath Zeit hernach darüber ihre Diplomata bey der Reichs-Cantzley nicht redimiren und erheben, ſich der verwilligten Gnad und Conceſſionen zu rühmen, oder deren ſich würcklich zu gebrauchen, keineswegs zugegeben oder verſtattet werde, ſondern die Kayſerliche Begnadigungen ſollen ſolchenfalls nach erwähnten Termin ipſo facto hinwieder gefallen, caßirt und aufgehoben und unſere Kayſerliche Reichs-Fiſcalen wider alle, welche dergeſtalt unbefugter Weiſe ſolcher Standes-Erhöhungen, Nobilitationen, Raths-Tituln oder Nahmens-auch Wappens-Verleihungen und dergleichen

ſich

ſich anrühmen, zu verfahren und, nach vorgängiger der Sachen Unterſuchung, dieſelbe, nach Geſtalt des Verbrechens und der Perſonen, zu behöriger Straff zu bringen ſchuldig und gehalten ſeyn. (*)

(*) art. 22. §. 9.

† Von der am Reichs Hof-Rath üblichen Sprache. vid. C. 1. §. 14.
Von Cammer Zilern. vid. Cap. 8. §. 7.
Von der Lehen-Tax. v. C. 9. § 7. 8.
Vom Tax überhaupt. v. C. 12. §. 14.
add. Cap. præc.

Vierzehendes Capitel.

Von der Reichs-Acht und Ober-Acht.

Innhalt.

§. 1. General-Regel in Achts-Sachen. §. 2. Erforderter Conſens des Reichs. §. 3. Wie der Proceß zu führen? §. 4. Wie das Urthel zu fällen? §. 5. Und zu exequiren? §. 6. Was hierwider geſchiehet, iſt nichtig. §. 7. Wie es mit des Geächteten Gütern zu halten? §. 8. Wie mit ſeinen Particular-Lehen. §. 9. Die Acht trift keine unſchuldige Agnaten. §. 10. Spoliirte ſind währenden Achts-Proceſſes zu reſtituiren. §. 11. Bannum contumaciæ abgeſchafft. §. 12. Unterſuchung der verwürckten Landen.

§. I.

Wir ſollen und wollen in Acht- u. Ober-Achts-Sachen uns demjenigen, was, vermög Inſtrumenti Pacis, in dem Reichs-Abſchied de A. 1654. §. Nachdem auch in dem Münſter- und Oßnabrückiſchen Friedens-Schluß, ver- General-Regel in Achts-Sachen.

verglichen und ſtatuiret worden, allerdings gemäß achten. (*)

(*) art. 20. §. 1.

§. 2.

Erforderter Conſens des Reichs.

Abſonderlich aber wollen wir darauf halten, daß hinführo niemand, hohen oder niederen Standes, Chur-Fürſt, Fürſt, oder Stand, oder anderer, ohne rechtmäßige und genugſame Urſach, auch ungehört und ohne Vorwiſſen, Rath und Bewilligung des Heil. Reichs Chur-Fürſten, Fürſten und Stände, in die Acht oder Ober-Acht gethan, gebracht und erkläret werde. (*)

(*) art. 20. §. 1.

§. 3.

Wie der Proceß zu führen?

Sondern in denen künftigen Caſibus, darinnen, nach Beſchaffenheit des Verbrechens, auf die Acht oder Privation, entweder von Kayſerlichen Fiſcal-Amts wegen, oder auf Anruffen des lædirten und klagenden Theils zu procediren und in Rechten zu verfahren iſt, und darüber wir entweder an dem Reichs-Hof-Rath, oder unſerem und des Reichs Cammer-Gericht, pro administratione Iuſtitiæ angeruffen und imploriret werden ſolle, zuforderſt in Decretirung oder Auslaſſung derer auf die Reichs-Acht oder Privation gebetenen Ladungen und Mandaten, ſo dann in der Sachen weiteren Ausführung bis zum Beſchluß, auf des Heil. Reichs hierüber vorhin gefaßte Geſetze und Cammer-Gerichts-Ordnung genau und ſorgfältig Achtung gegeben werden, damit der Angeklagte nicht præcipitiret, ſondern

in

in ſeiner habenden rechtmäßigen Defenſion der Nothdurfft nach angehöret werde. (*)

(*) art. 20. §. 1.

§. 4.

Wann es dann zum Schluß der Sachen kommt, ſollen die ergangene Acta auf öffentlichen Reichs-Tag gebracht, durch gewiſſe hierzu abſonderlich vereidigte Stände, (den Prälaten- und Grafen-Stand mit eingeſchloſſen,) aus allen dreyen Reichs-Collegiis, in gleicher Anzahl der Religionen, examiniret und überlegt, deren Gutachten an geſammte Chur-Fürſten, Fürſten und Stände referiret, von denen der endliche Schluß gefaßt und das alſo verglichene Urtheil, nachdeme es von uns oder unſerem Commiſſario gleichfalls approbiret, in unſerem Nahmen publiciret werden. (*) Wie das Urthel zu fällen?

(*) art. 20. §. 1.

§. 5.

Die Execution des Urthels aber ſolle ſo wohl in dieſen, als anderen Fällen, anderſt nicht, als, nach Innhalt der Executions-Ordnung, durch den Craiß, darinnen der Aechter geſeſſen und angehörig iſt, fürgenommen und vollzogen werden. (*) Und zu exequiren.

(*) art. 20. §. 1.

§. 6.

Wann aber auf vorbeſchriebene Maaß, Form und Weiſe, wie von Puncten zu Puncten verſehen, nicht verfahren würde; ſo ſolle alsdann ſelbige ergangene Achts-Erklärung und Execution Was hierwider geſchiehet, iſt nichtig.

tion ipſo Iure vor null und nichtig gehalten werden. (*)

(*) art. 20. §. 5.

§. 7.

Wie es mit des Geächteten Gütern zu halten?

Was nun dem alſo in die Acht erklàreten abgenommen wird, das ſollen und wollen wir uns und unſerem Hauſe nicht zueignen, ſondern es ſolle dem Reich verbleiben, vor allen Dingen aber dem beleidigten Theil daraus Satisfaction geſchehen. (*)

(*) art. 20, §. 2.

§. 8.

Wie mit ſeinen Particular-Lehen?

Jedoch ſolle dieſes, ſo viel die particular-Lehen, ſo nicht immediate von uns und dem Reich, ſondern von anderen herrühren, betrift, dem Lehen-Herrn, auch ſonſten der Cammer-Gerichts-Ordnung und einem jeden an ſeinem Recht und Gerechtigkeiten unſchàdlich ſeyn. (*)

(*) art. 20. §. 2.

§. 9.

Die Acht trift keine unſchuldige Agnaten.

Geſtalten auch im Heil. Röm. Reich bey verwürckten Gütern des Aechters deſſelben Verbrechen denen Agnaten und allen anderen, ſo Anwartung und Recht daran haben und ſich des Verbrechens in der That nicht theilhaftig gemacht, an ihrem Iure ſuccedendi in Feudum und Stamm-Gütern nicht præiudiciren, ſondern das principium, als ob auch Agnati innocentes propter Feloniam des Aechters des dadurch verwürckten Lehens und anderen zu priviren ſeyen, keineswegs ſtatt haben ſolle. (*)

(*) art. 20. §. 3.

§. 10.

§. 10.

Da ferner der gewaltthätiger Weiſe entſetzte und ſpoliirte pendente proceſſu Banni um unverlängte Reſtitution anhalten würde; ſo ſollen und wollen wir daran ſeyn, daß dem Kläger, nach Befindung, ohne Verzug und ohnerwartet des Ausgangs des quoad pœnam Banni anhängig gemachten Proceſſus, zu ſeiner ohneingeſtellten Redintegration durch zulängliche Mittel, vermöge der Cammer-Gerichts-Ordnung und anderer Kayſerlichen Conſtitutionen, cum pleno effectu verholffen werden ſolle. (*)

Spoliirte ſind währenden Acht-Proceſſes zu reſtituiren.

(*) art. 20. §. 4.

§. 11.

So viel endlich das Bannum contumaciæ belanget, wollen wir ſelbiges, als ein aus vielen Conſiderationen unzulängliches Mittel, gar abthun und es in civilibus cauſſis auch bey denen civilibus coercendi & compellendi mediis bewenden laſſen. (*)

Bannum contumaciæ abgeſchafft.

(*) art. 20. §. 6.

§. 12.

Wir ſollen und wollen auch dasjenige, was ein oder anderen Orts in denen verwürckten Reichs-Landen und Lehen vor Veränderungen vorgangen, gleich nach angetrettener unſerer Regierung genau unterſuchen und mit Zuziehung, Beyrath und Gutbefinden des Chur-Fürſtlichen Collegii ſolche Vorſehung machen laſſen, wie die vorhergehende Capitulationes, die Conſtitutiones Imperii, auch die Juſtitz, ſolches erforderen und an die Hand geben. (*)

Unterſuchung der verwürckten Landen.

(*) art. 20. §. 7.

Funfzehendes Capitel.

Von Kriegs-Friedens- und Werbungs-Sachen, auch Bůndnůſſen.

Innhalt.

§. 1. Freundſchafft mit Nachbarn zu halten. §. 2. Můnſter- und Oßnabrůckiſcher Friede zu beobachten. §. 3. Gefåhrliche Aſſiſtenz zu meiden. §. 4. Fremde Kriege gehen das Reich nichts an. §. 5. Defenſiv-Krieg. §. 6. Wie Reichs-Kriege zu reſolviren? §. 7. Wie zu fůhren? §. 8. Wer Veſtungen bauen kônne? §. 9. Wie Frieden zu ſchlieſſen? §. 10. Reſtituenda in Eccleſiaſticis & Politicis. §. 11. Worauf bey Werbungen zu ſehen? §. 12. Die Reichs-Stånde nicht dadurch zu beſchweren. §. 13. Keine fremde Einquartierungen zu geſtatten. §. 14. Manutenenz der Reichs-Stånde bey dieſem allem. §. 15. Wie Bůndnůſſe in Reichs-Sachen zu ſchlieſſen? §. 16. Wie ſonſt fůr des Reichs Sicherheit zu ſorgen. §. 17. Von des Kayſers Privat-Bůndnůſſen. §. 18. Von Bůndnůſſen der Reichs-Stånde. §. 19. Von fremder Aſſiſtenz.

§. 1.

Freundſchafft mit Nachbarn zu halten.

Wir ſollen und wollen uns in Zeit unſerer Regierung gegen die benachbarte Chriſtliche Gewålte friedlich halten und ihnen allerſeits zur Widerwårtigkeit gegen das Reich keine Urſach geben. (*)

(*) art. 4. §. 2.

§. 2.

Můnſter- und Oßnabrůckiſcher Friede zu beobachten.

Abſonderlich aber ſollen und wollen wir dasjenige, was zu Můnſter und Oßnabrůck zwiſchen unſeren Vorfahren am Reich, dem Heil. Rôm. Reich und ſåmtlichen Chur-Fůrſten, Fůrſten und

und Ständen an einem, dann denen mit-paciſcirenden Cronen am andern Theil gehandelt und geſchloſſen worden iſt, unverbrüchlich halten und darwider weder vor uns etwas vornehmen, noch anderen dergleichen zu thun geſtatten, wodurch dieſer allgemeine immer-währende Friede und wahre aufrichtige Freundſchafft gekräncket, betrübt, oder gebrochen werde. (*)

(*) art. 4. §. 8.

§. 3.

Gefährliche Aſſiſtenz zu meiden.

Wir wollen uns auch aller Aſſiſtenz, daraus dem Reich Gefahr und Schaden entſtehet, gäntzlich enthalten. (*)

(*) art. 4. §. 2.

§. 4.

Fremde Kriege geben das Reich nichts an.

Weniger wollen wir das Reich in fremde Kriege impliciren. (*)

(*) art. 4. §. 2.

§. 5.

Defenſiv-Krieg.

Wo wir aber des Reichs wegen angegriffen würden, mögen wir uns aller dem Reich unnachtheiligen Hülffe gebrauchen. (*)

(*) art. 4. §. 4.

§. 6.

Wie Reichs-Kriege zu reſolviren?

Auſſer deme wir wollen kein Gezänck, Vehde, noch Krieg in- und auſſerhalb Reichs von deſſelben wegen, unter keinerley Vorwand, wie der auch ſeye, anfangen, es geſchehe dann ſolches mit der Chur-Fürſten, Fürſten und Ständen Conſens auf offenem Reichs-Tag, oder zum wenigſten der ſämtlichen Chur-Fürſten Vorwiſſen, Rath und Einwilligung. (*)

(*) art. 4. §. 2.

§. 7.

Wie zu führen?

Die alſo reſolvirte Reichs-Kriege ſollen ſodann nach Innhalt der Reichs-Conſtitutionen, der Executions-Ordnung und des Inſtrumenti Pacis geführet, auch die Generalität, ſamt denen von uns und dem Reich in gleicher Anzahl beeder Religionen beſtellten Kriegs-Raths-Directorn und Räthen ſo wohl, als das gantze Krieges-Heer, in unſere und des Reichs Pflichten genommen werden, wie ſolches alles die auf ſolche Reichs-Kriegs-Fälle ergangene Reichs-Schlüſſe erfordern und mit ſich bringen. (*)

(*) art. 4. §. 3.

§. 8.

Wer Veſtungen bauen könne?

Jedoch ſollen und wollen wir weder in währendem ſolchen Krieg, noch auch ſonſten, in der Chur-Fürſten, Fürſten und Stände Landen und Gebiet keine Veſtungen von neuem anlegen oder bauen, noch auch zerfallene oder alte wiederum erneuren, vielweniger andern ſolches geſtatten oder zulaſſen, immaſſen dieſes allein die Landes-Herren nach denen Reichs-Satzungen in ihren Territoriis zu thun befugt und berechtiget ſeynd. (*)

(*) art. 4. §. 5.

§. 9.

Wie Frieden zu ſchlieſſen?

So dann ſollen und wollen wir auch keinen Frieden ohne Chur-Fürſten, Fürſten und Ständen Zuthun und Einwilligung ſchlieſſen. (*)

(*) art. 4. §. 6.

§. 10.

Reſtituen-

Inſonderheit wollen wir bey deſſen Erfolg ernſt-

ernſtlich daran ſeyn, damit das von dem Feind in dem Reich occupirte, oder in Eccleſiaſticis & Politicis geänderte, zu der bedruckten Stände und deren Unterthanen Conſolation in den alten denen Reichs-Fundamental Geſetzen und Friedens-Schlüſſen (worunter doch die Augſpurgiſche Confeſſions-Verwandten den Ryßwickiſchen Frieden nicht verſtanden haben wollen, die Catholiſche aber ſothane Reſervation an ſeinen Ort ausgeſtellet ſeyn laſſen,) gemäſſen Stand reſtituiret werde. (*) da in Eccleſiaſticis & Politicis.

(*) art. 4. §. 7.

§. 11.

Und dieweilen denen fremden Potentaten je zu Zeiten im Reich ihre Werbungen anzuſtellen wohl verſtattet wird, auch in dem Inſtrumento Pacis und denen Reichs-Conſtitutionibus vorhin zur Genüge verſehen iſt, wie weit einem Stand oder Angeſeſſenen des Reichs ſich bey Auswärtigen in Kriegs-Dienſte zu begeben oder einzulaſſen erlaubt ſeye; ſo ſollen und wollen wir, daferne etwan von uns oder anderen einiges Volck im Reich, oder in ſeinen eigenen Landen, zu ausländiſcher Potentaten Dienſten geworben würde, zuforderſt dahin ſehen, daß das Reich der Mannſchafft nicht entblöſſet werde. (*) Worauf bey Werbungen zu ſehen.

(*) art. 4. §. 9.

§. 12.

Auch wollen wir die Verfügung thun, daß die Chur-Fürſten, Fürſten und Stände des Reichs, ſamt allen deſſen Angehörigen, bey obgemelter Werbung mit Verſammlung-Durchfuhr-Ein- Die R. Stände nicht dadurch zu beſchweren.

quartierungen, Muſter-Plätzen, oder ſonſt in einige andere Wege wider die Reichs-Conſtitutiones und das Inſtrumentum Pacis nicht beſchweret, oder darwider verfahren werde. (*)

(*) art. 4. §. 9.

§. 13.

Keine fremde Einquartierungen zu geſtatten

Und nachdeme auch jezuweilen verſchiedene Immediat-Fürſtenthümer, Stiffter, Graf- und Herrſchafften, ohne einig Recht und Befugniß, durch auswärtige Völcker mit Einquartierung und anderen Kriegs-Ungelegenheiten höchſt-beſchweret werden und dahero des ſo theuer erworbenen Friedens-Schluſſes in nichts genieſſen mögen, vielmehr dem Reich entzogen und gleichſam zu Mediat-Ständen gemacht werden wollen; als verſprechen wir, nicht allein durch eiferige Interpoſition die Abſtellung zu befördern, ſondern auch, vermög der Reichs-Conſtitutionen, bey denen nächſt-angeſeſſenen Craiß-Ständen die Vorſehung zu thun, daß ermelten ohnmittelbaren Fürſtenthümern, Stifftern, Graf- und Herrſchafften kräftiglich aſſiſtiret und ſie bey ihrer zuſtehenden Immedietät per omnia gelaſſen werden. (*)

(*) art. 4. §. 10.

§. 14.

Manutenenz der R. Stände bey dieſem allem.

Bey welchem allem wir Chur-Fürſten, Fürſten und Stände, ingleichem die freye Reichs-Ritterſchafft, ſamt deren allerſeits Landen, Leuten und Unterthanen, nach Vermögen ſchützen, manuteniren und handhaben und darwider auf keinerley Weiſe beſchweren laſſen wollen. (*)

(*) art. 4. §. 11.

§. 15.

§. 15.

Wir ſollen und wollen auch vor uns ſelbſt, als erwählter Römiſcher Kayſer, in des Reichs Händeln und von deſſelben wegen unter keinerley Vorwand, wie der auch ſeye, keine Bündniß oder Einigung mit andern inn- oder auſſerhalb des Reichs machen, wir haben dann zuvorhero der Chur-Fürſten, Fürſten und Ständen Bewilligung auf einem Reichs-Tag hierzu erlanget. Da aber publica ſalus & utilitas eine mehrere Beſchleunigung erforderte, da ſollen und wollen wir aller Chur-Fürſten ſämtliche Einwilligung zu gelegener Zeit und Mahlſtatt, und zwar auf einer Collegial-Zuſammenkunfft und nicht durch abſonderliche Erklärungen, bis man zu einer gemeinen Reichs-Verſammlung kommen kan, erlangen. (*) Wie Bündnüſſe in Reichs-Sachen zu ſchlieſſen?

(*) art. 4. §. 2. & art. 6. §. 12.

§. 16.

Und auf gleiche Weiſe ſolle es auch in allen andern des Reichs Sicherheit betreffenden Sachen gehalten werden. (*) Wie ſonſt für des Reichs Sicherheit zu ſorgen?

(*) art. 3. §. 2.

§. 17.

Wann wir aber inskünftige unſerer eigenen Erb-Lande wegen einig Bündniß machen würden, ſo ſolle ſolches anderer Geſtalt nicht geſchehen, als unbeſchädiget des Reichs und nach Innhalt des Inſtrumenti Pacis. (*) Von des Kayſers Privat-Bündnüſſen.

(*) art. 6. §. 3.

§. 18.

So viel dann die Stände des Reichs insgemein Von Bünd-

nüſſen der R. Stände — mein belanget, ſolle denenſelben allen und jeden das Recht, Bündnüſſe unter ſich und mit Auswärtigen zu ihrer Sicherheit und Wohlfarth zu machen dergeſtalt frey bleiben, daß ſolche Bündniß nicht wider den regierenden Römiſchen Kayſer und das Reich, noch wider den allgemeinen Land-Frieden, auch Münſter- und Oßnabrückiſchen Friedens-Schluß, ſeye und daß dieſes alles nach Laut deſſelben und unverletzt des Eydes geſchehe, womit ein jeder Stand dem regierenden Röm. Kayſer und dem Heil. Röm. Reich verwandt iſt. (*)

(*) art. 6. §. 4.

§. 19.

Von fremder Aſſiſtenz.

Daß auch die von fremden Potentaten begehrende Hülffe alſo und nicht anderſt gethan ſeye, dann daß dadurch dem Reich keine Gefahr zuwachſen möge. (*)

(*) art. 6. §. 5.

Sechzehendes Capitel.

Von Reichs-Steuren, wie auch denen Reichs-Stätte-Steuren.

Innhalt.

§. 1. Reichs-Steuren nur im Nothfall zu fordern. §. 2. Wie ſie anzuſetzen? §. 3. Wo zu erlegen. §. 4. Wie einzutreiben? §. 5. Keine Exemtion zu geſtatten. §. 6. Noch dergleichen, oder Moderationes, zu ertheilen. §. 7. Wie die Moderationes zu thun? §. 8. Die Reſte einzutreiben. §. 9. Wie die Reichs-Steuren zu verwenden? §. 10. Rechnung darüber. §. 11. Contributiones. §. 12. Reichs-Stätte-

Stätte-Steuren wieder herbey zu bringen. §. 13. | Künftiger Conſens zu deren Veräuſſerung.

§. 1.

Reichs-Steuren nur im Nothfall zu fordern.

Wir ſollen und wollen die Chur-Fürſten und andere des Heil. Röm. Reichs Stände mit Auflagen und Steuren ohne Noth nicht beladen, noch beſchweren. (*)

(*) art. 5. §. 1.

§. 2.

Wie ſie anzuſetzen?

In zugelaſſenen, nothdürftigen, unverzüglichen Fällen aber wollen wir die Steuren und dergleichen An- und Auflagen, es ſeye in Kriegs- oder Friedens-Zeiten, anderſt nicht, als mit Rath, Wiſſen und Verwilligung der Chur-Fürſten, Fürſten und Stände auf allgemeinen Reichs-Tägen anſetzen. (*)

(*) art. 5. §. 2.

§. 3.

Wo zu erlegen?

Dieſe Steuren wollen wir ſo dann in denen gewöhnlichen Leg-Stätten durch die von denen Craiſen dahin verordnete Bediente empfangen laſſen. (*)

(*) art. 5. §. 3.

§. 4.

Wie einzutreiben?

Wir wollen auch daran ſeyn, daß jeder Stand zu Leiſtung ſeiner Schuldigkeit angehalten und wider die Contumaces vermög der Executions-Ordnung verfahren werde. (*)

(*) art. 5. §. 9.

§. 5.

Keine Ex-

Wir wollen ferner nicht geſtatten, daß ein

emtion zu geſtatten. Stand, welcher Sesſionem & Votum bey Reichs-Conventen hat, von ſolchen Reichs-Hülffen und Anlagen, unter was Vorwand ſolches geſchehen möge, ſich Befreyungs-weiſe eximire, oder von Auswärtigen eximiret werde. (*)

(*) art. 5. §. 6.

§. 6.

Noch dergleichen, oder Moderationes zu ertheilen. So wollen wir auch ſelbſten keine Exemtiones oder Moderationes der Anſchläge und Matricul ohne Vorwiſſen und Verwilligung der Chur-Fürſten, Fürſten und Stände des Reichs ertheilen. (*)

(*) art. 5. §. 7.

§. 7.

Wie die Moderationes zu thun? Vielmehr wollen wir daran ſeyn, daß der Punctus Moderationis Matriculæ & Peræquationis auf gemeinem Reichs- oder einem abſonderlichen Moderations-Tag rechtmäßig und förderlichſt vorgenommen und erörtert werde. (*)

(*) art. 5. §. 8.

§. 8.

Die Reſte einzutreiben. Auch wollen wir verfügen, damit der Rückſtand von denen vorhin bewilligten Reichs-Steuren eingetrieben werde. (*)

(*) art. 5. §. 3.

§. 9.

Wie die Reichs-Steuren zu verwenden? So dann wollen wir die von denen Reichs-Ständen eingewilligte Steuren und Hülffen zu keinem andern Ende, als darzu ſie bewilliget worden ſind, anwenden. (*)

(*) art. 5. §. 5.

§. 10.

§. 10.

Weiter wollen wir daran ſeyn, daß von dem Reichs-Pfenning-Meiſter jedesmal dem Reich, oder wen daſſelbe bey der Verwilligung zur Aufnahm ſolcher Rechnungen verordnen wird, auf dem nächſt darauf folgenden Reichs-Tag, wann es nicht Anlagen betrift, welche zu eines Römiſchen Kayſers freyer Diſpoſition verwilliget worden ſeynd, richtige Rechnung gethan werde. (*) Rechnung darüber.

(*) art. 5. §. 4.

§. 11.

Nichtweniger ſollen und wollen wir inn- und auſſerhalb dem Reich niemand mit Contribution über die Gebühr beſchweren laſſen. (*) Contributiones.

(*) art. 10. §. 10.

§. 12.

Wir ſollen und wollen ferner, neben andern, die Reichs-Steuren der Stätt und andere Gefälle, ſo in ſonderer Perſonen Hände erwachſen und verſchrieben ſeyn möchten, wiederum zum Reich ziehen und zu deſſen Nutzen anwenden, auch eine gewiſſe Deſignation, in was Stand dieſelbe jederzeit ſeyn, inner Jahres-Friſt nach würcklicher Antrettung unſerer Kayſerlichen Regierung, der Chur-Mainziſchen Reichs-Cantzley zu fernerer Communication an die Stände einſchicken und nicht geſtatten, daß ſolche dem Reich und gemeinen Nutzen wider Recht und alle Gerechtigkeit entzogen werden, es wäre dann, daß ſolches mit rechtmäßiger Collegial-Bewilligung ſämtlicher Chur-Fürſten geſchehen wäre. (*) R. Stätte-Steuren wieder herbey zu bringen.

(*) art. 11. §. 11.

§. 13.

§. 13.

Künftiger Conſens zu deren Veräuſſerung.

Jedoch ſollen dergleichen Bewilligungen für das künftige von Chur-Fürſten, Fürſten und Ständen ertheilet werden. (*)

(*) art. 11. §. 12.

Siebenzehendes Capitel.

Von Policey- und Handlungs-Sachen.

Innhalt.

§. 1. Uber der Policey-Ordnung zu halten. §. 2. Die Handlung zu beförderen. §. 3. Wie auch die Schiffbarmachung der Ströhme. §. 4. Nichts der Handlung hinderliches zu geſtatten. §. 5. Die groſſe Geſellſchafften der Kaufleute abzuthun. §. 6. Keine Privilegia auf Monopolia zu ertheilen. §. 7. Bücher-Commiſſariats Bücher-Cenſur. §. 8. Wie des Reichs Handlung in fremde Lande zu erhalten.

§. 1.

Uber der Policey-Ordnung zu halten.

Wir ſollen und wollen über denen Policey-Ordnungen, wie die ſeynd und noch ferners auf dem Reichs-Tag geſchloſſen werden, halten. (*)

(*) art. 7. §. 1.

§. 2.

Die Handlung zu beförderen.

Wir wollen auch die Commercia des Reichs nach Möglichkeit beförderen. (*)

(*) art. 7. §. 1.

§. 3.

Wie auch die Schiffbarmachung der Ströhme.

Derentwegen wir dann nicht zugeben wollen, daß, wo ein in den Rhein gehender Fluß weiters ſchiffreich gemachet werden könnte und wollte, ſolches durch eines oder anderen angelegenen

Stan-

Standes darauf eigennützig vorgenommenen verhinderlichen Bau verwehret werde; ſondern es ſollen ſolche Gebäu zu Beförderung des gemeinen Weſens wenigſtens alſo eingerichtet werden, daß die Schiffe ohngehindert auf- und abkommen können und alſo der von GOtt verliehenen ſtattlichen Gelegenheit und Beneficirung der Natur ſelbſten ein Stand weniger nicht, als der andere, nach Recht und Billigkeit ſich gebrauchen möge. (*)

(*) art. 8. §. 5.

§. 4.

Nichts der Handlung hinderliches zu geſtatten.

Wir wollen weder am Rhein, noch ſonſten einigem ſchiffbaren Strohm im Heil. Reich keine armirte Schiff-Auslägere, Licenten, noch andere ungewöhnliche Exactionen und was ſonſten zu Sperr- und Verhinderung der Commercien, vornemlich aber den Rheiniſchen und anderen Chur-Fürſten, Fürſten und Ständen des Reichs zu Schaden und Schmälerung ihrer hohen Regalien und anderer Gerechtigkeiten und Herkommens gereichen kan, verſtatten oder zulaſſen. (*)

(*) art. 8. §. 4.

§. 5.

Die groſſe Geſellſchaften der Kaufleute abzuthun.

Wir wollen auch die große Geſellſchafften der Kauff- Gewerbs-Leute und anderer, ſo bishero mit ihrem Geld regieret, ihres Willens gehandelt und mit Wucher und unzuläßigem Vorkauff und Monopolien viele Ungeſchicklichkeiten dem Reich und deſſen Innwohnern und Unterthanen mercklichen Schaden, Nachtheil und Beſchwe-

ſchwerung zugefügt und noch täglich einführen und gebähren, mit der Chur-Fürſten, Fürſten und anderer Ständen Rath, (inmaſſen, wie deme zu begegnen, hiebevor auch bedacht und vorgenommen, aber nicht vollſtreckt worden iſt,) gar abthun. (*)

(*) art. 7. §. 2.

§. 6.

Keine Privilegia auf Monopolia zu ertheilen.

Keineswegs aber wollen wir jemanden einige Privilegia auf Monopolia, es geſchehe ſolches bey Kauffhandel, Manufacturen, Künſten und andern in das Policey-Weſen einlauffenden Sachen, oder wie es ſonſten Nahmen haben möge, ertheilen, ſondern, da dergleichen erhalten, dieſelbe, als denen Reichs-Satzungen zuwider, abthun und aufheben. (*)

(*) art. 7. §. 3.

§. 7.

Bücher Commiſſariats Bücher-Cenſur.

Wir wollen Unſerem Bücher-Commiſſario zu Franckfurt am Mayn nicht geſtatten, daß derſelbe in Cenſir- und Confiſcirung derer Bücher einem Theil mehr als dem anderen favoriſire. (*)

(*) art. 2. §. 9.

§. 8.

Wie des Reichs Handlung in fremde Lande zu erhalten.

Wann endlich in den benachbarten Landen die Durch- oder Einfuhr und Verhandlung der im Reich gefertigten Manufacturen und guter aufrichtiger Waaren verbotten ſeynd, oder verbotten werden ſollten; weilen ſolches der Freyheit der Commercien zuwider, ſo ſollen und wollen wir uns deſſelben Abſtellung angelegen

gelegen ſeyn laſſen, im widrigen aber die Vorſehung thun, daß andere Waaren hinwieder aus ermelten Landen ins Reich zu bringen gleichergeſtalt nicht zugelaſſen ſeyn ſolle. (*)

(*) art. 7. §. 4.

Achtzehendes Capitel.

Von Zöllen, Stappeln, Niederlagen, Accis auch anderen dergleichen Auflagen und Rechten.

Innhalt.

§. 1. Neue Zölle nicht zu geſtatten. §. 2. Noch zu manuteniren. §. 3. Sondern abzuſchaffen. §. 4. Wie künfftig neue Zölle zu geben? ꝛc. §. 5. Vorbehalt wegen der Alten. §. 6. Gegen gewiſſe Reverſe. §. 7. Caſſation alles widrigen. §. 8. Niemand Promotorial-Schreiben darauf zu geben. §. 9. Was bey neuen Zöllen zu beobachten? §. 10. Erkundigung wegen der Zölle einzuziehen. §. 11. Straff des Mißbrauchs der Zölle bey Unmittelbaren. §. 12. Und Mittelbaren. §. 13. Wie, wann ein Craiß-Ausſchreibender Fürſt intereßirt iſt? §. 14. Die Reichs-Stände dörffen ſich ſelbſt helffen. §. 15. Zoll-Freyheit der Reichs-Stände und ihrer Geſandten. §. 16. Verbot anderer Zoll-Exemtionen. §. 17. Ungebührliche Geleits-Gelder. §. 18. Von Accis, u. d. §. 19. Ungebührliche Stappel, Niederlagen, ꝛc. §. 20. Auch andere Zunöthigungen. §. 21. Freyheit, ſich dagegen ſelbſt zu helffen. §. 22. Vorbehalt wegen der gültigen dergleichen Privilegien. §. 23. Deren künfftige Ertheilung.

§. 1.

Wir wollen nicht geſtatten, daß hinfüro jemand de facto und eigenes Vornehmens neue Zölle anſtellen, für ſich dieſelbe erhöhen, — Neue Zölle nicht zu geſtatten.

höhen, oder ſich deren gebrauchen und anneh-
men möge. (*)

(*) art. 8. §. 7.

§. 2.

Noch zu manuteniren.

Vielweniger wollen wir zu Behauptung der neuerlichen ohne Conſens der Chur-Fürſten und ſonſten dieſem Capitel zugegen unternommenen Zöllen, Auflagen und Attentaten einige Proceß oder Mandata erkennen. (*)

(*) art. 19. §. 4.

§. 3.

Sondern abzuſchaffen.

Sondern auf den Fall auch einer oder mehr, was Stands oder Weſens er oder die wären, einige neue Zölle, oder eines alten Erſteigerung oder Prorogation in ihrem Chur- und Fürſtenthum, Graf- und Herrſchafften und Gebieten zu Waſſer und Land im Auf- und Abführen, für ſich ſelbſt, ohne der vorigen Römiſchen Kayſer und des Chur-Fürſtlichen Collegii Bewilligung und damaligen Requiſiten angeſtellt und aufgeſezt hätten, oder künfftiglich anderſt, als hernach gemelt, anſtellen oder aufſetzen würden, oder Falls auch jemand diejenige Zoll-Conceſſion, ſo er von einem Römiſchen Kayſer und denen Chur-Fürſten auf ſich und ſeine Leibes-Erben erlanget, hernacher ohne ihr, der Chur-Fürſten, Bewillig- und Beobachtung gehöriger Requiſiten auf andere Erben hätte extendiren und erweiteren laſſen, wollen wir den oder dieſelbe, ſo bald wir deſſen von uns ſelbſten in Erfahrung kommen, oder von anderen Anzeige davon empfangen, durch Mandata ſine clauſula und andere behörige noth-

dürfftige Rechts-Mittel, auch ſonſten in alle andere mögliche Weg, abhalten und was alſo vorgenommen worden, und in Summa alle unrechtmäßige Zölle, ſo wohl auf dem Land, als auf denen Ströhmen, wie auch deren Miß-bräuche, da einige wäre, gleich gänzlich abthun und caßiren. Und alles dieſes wollen wir auch in Anſehung derer am Rhein und anderen ſchiffbaren Ströhmen geklagten neuerlich und zur Ungebühr vor und unter währendem dreyſig-jährigen teutſchen Krieg aufgerichteten und erhöheten Zölle und Licenten, beobachten. (*)

(*) art. 8. §. 6. 8. & 17.

§. 4.

Wir ſollen und wollen inſonderheit, dieweil die teutſche Nation und das Heil. Röm. Reich zu Waſſer und Land zum höchſten damit beſchweret, nun hinfüro keinen Zoll von neuem geben, noch einige alte erhöhen oder prorogiren laſſen, auch vor uns ſelbſt keinen aufrichten, oder prorogiren, es ſeye dann nicht allein mit aller und jeder Chur-Fürſten Wiſſen und Willen, Zulaſſen und Collegial-Rath durch einhelligen Schluß alſo in dieſem Stück verfahren, daß keines Chur-Fürſtens Widerrede oder Diſſens dagegen und dergeſtalt alle und jede in dero Collegial-Stimmen einmüthig ſeyen, maſſen dißfals die Majora nicht zu attendiren und ohne die Vnanimia nichts zum Stande zu bringen, ſondern auch die intereßirte Benachbarte und derjenige Craiß, in welchen der neue Zoll

Wie künfftig neue Zölle zu geben? ꝛc.

aufgerichtet, oder ein alter erhöhet, prorogiret, oder perpetuiret werden will, darüber gehöret deren darwider habende Bedencken und Beſchwerden gebührend erwogen und nach befundener Billigkeit beobachtet werden ſollen. (*)

(*) art. 8. §. 1.

§. 5.

Vorbehalt wegen der Alten.

Doch ſolle dieſes denen vor Aufrichtung gegenwärtiger Wahl-Capitulation, mit Beobachtung der zu ſelbiger Zeit erforderlichen Requiſiten, bewilligter und von unſeren Vorfahren, Römiſchen Käyſern, abſonderlich denen Chur-Fürſten des Reichs ertheilten und in Obſervanz gebrachten Zoll-Conceſſionen, Prorogationen und Perpetuationen unſchädlich ſeyn. (*)

(*) art. 8. §. 1.

§. 6.

Gegen gewiſſe Reverſe.

Dagegen ſollen und wollen wir diejenige Stände, denen von unſern Vorfahren, Römiſchen Kayſern, mit Verwilligung des Reichs Chur-Fürſten, mit dieſer Maaß und Vorbehaltung entweder neue Zölle gegeben, oder die alte erhöhet und prorogiret worden, daß ſie die mehrgedachten Chur-Fürſten, deren Geſandte und Räthe und deren Wittwen und Erben, bey ihrem Ein- und Abzug, wie auch ihre Unterthanen, Diener, zugewandte und andere gefreyte Perſonen, auch derſelben Haab und Güter, mit ſolchen von neuem gegebenen, erhöheten oder prorogirtten Zöllen nicht beſchweren, ſondern in allen und jeden Orten ihrer Fürſtenthümer und Landen mit ihren Waa-

ren

ren und Gütern Zoll-frey durch-paſſiren, verfahren und treiben laſſen, ſich auch ſonſten der Zoll-Erhöhung halber gewiſſer vorgeſchriebener maſſen verhalten und darüber, vermittelſt eines ſonderbaren verglichenen Reverſes, gegen die Chur-Fürſten kräfftiglich verbinden ſollen, die aber ſolche Reverſe noch nicht von ſich gegeben, mit allem Ernſt, auch bey Verluſt des concedirten Privilegii, dahin erinneren und anhalten, ſich hierinnen der Schuldigkeit zu bequemen angeregte Reverſe ohne längeren Verzug heraus zu geben und denen Chur-Fürſten einzuhändigen. (*)

(*) art. 8. §. 20.

§. 7.

Ubrigens ſollen alle ohne die zu ſelbiger Zeit erforderliche Requiſita ausgebrachte, hinfüro aber ohne ordentliche einhellige Bewilligung des Chur-Fürſtlichen Collegii, auch obgedachte von neuem ſtatuirte Requiſita ausbringende Zoll-Conceſſiones, unter was Schein und Nahmen auch dieſelbe erhalten worden wären, null und nichtig ſeyn. (*)

Caſſation alles widrigen.

(*) art. 8. §. 13.

§. 8.

Wir wollen und ſollen allen denenjenigen, ſo um neue Zölle, es ſeye gleich zu Waſſer oder Land, oder der Alten Erhöhung, oder auch ſolcher Erhöhung Prorogation, anhalten werden, keine Vertröſtung oder Promotorial-Schreiben an die Chur-Fürſten geben noch ausgehen laſſen, ſondern dieſelbe ſchlechter Dingen, einer

Niemand Promotorial-Schreiben darauf zu geben.

Collegial-Verſammlung der Chur-Fürſten zu erwarten, erinneren. (*)

(*) art. 8. §. 2.

§. 9.

Was bey neuen Zöllen zu beobachten.

Wir wollen auch, neben dem Chur-Fürſtlichen Collegio, jedesmal dahin ſehen, damit durch die ertheilende neue Zöll-und Conceſſiones andere Chur-Fürſten, Fürſten und Stände in ihren vorhin habenden Zoll-Einkünfften und Rechten keine Verringerung, Nachtheil, oder Schaden, zu leiden haben. Ingleichen wollen wir denen ſo in das künfftige (obbeſchriebener maſſen,) neue Zölle, oder der alten Erſteigerung oder Prorogation erhalten werden, vor Herausgebung vorgedachter Reverſen unſere Kayſerliche Conceſſiones keineswegs ausfertigen oder ertheilen laſſen. (*)

(*) art. 8. §. 3. & 20.

§. 10.

Erkundigung wegen der Zölle einzuziehen.

Damit man auch über die hin und wieder im Reich zu Waſſer und Land eingeführte neue Zölle und der alten Erhöhung, neben anderen Impoſten und Auflagen: ob und wie jeder Prætendent darzu berechtiget? deſto mehr beſtändige Information und Nachricht haben möge; So ſollen und wollen wir uns deſſen bey jedes Craiſes ausſchreibenden Fürſten erkundigen, darüber auch eine Specification geben laſſen, wie nicht weniger eine ſolche Specification oder Information der Sach auf den Fall, da etwa die Craiß-Ausſchreibende Fürſten ſelbſten gegen dieſe Verordnung der Zölle

wegen

wegen handlen ſollten, von den benachbarten Ständen ein- und annehmen und darauf der Abſchaffung und Reduction halben, wie obſtehet, würcklich verfahren. (*)

(*) art. 8. §. 21.

§. 11.

Geſtalten dann jeder Chur-Fürſt, Fürſt und Stand, ſo ſich der habenden Zoll-Gerechtigkeit mißbrauchet und dieſe mehrer oder weiter, als er befugt iſt, erſtrecket, oder erhöhet, oder noch fürohin und ins künfftige erhöhen und erſtrecken würde, derſelben mit der That ſelbſten, wann er nicht alsbalden ſolchen Exceſs, auf zuvor beſchehene Erinnerung der Craiß-Ausſchreibenden Fürſten, mit Ernſt abſtellen würde, ſo lang ein ſolcher Chur-Fürſt, Fürſt oder Stand im Leben ſeyn würde, und eine Communität auf dreyßig Jahr, würcklich verfallen ſeyn und ſie verwürckt haben und derentwegen a competente Iudice alſobalden ad Declarationem geſchritten werden ſolle. (*) Straff des Mißbrauchs der Zölle bey Unmittelbaren.

(*) art. 8. §. 9.

§. 12.

Es ſolle auch in obigem allem eine gleiche Meinung und Verſtand haben, wann ſchon der Ubertretter kein immediat ſondern ein mittelbarer Land-Stand wäre. (*) Und Mittelbaren.

(*) art. 8. §. 10.

§. 13.

Wäre aber einer aus denen Craiß-ausſchreibenden Fürſten mit Mißbrauchung der Zoll-Conceſſion ſelbſt intereßirt; ſolle die Ermahnung Wie, wann ein Craiß Ausſchreibender

Fürſt dabey intereßirt iſt? nung dem andern Mit-Ausſchreibenden Fürſten obliegen. Im Fall aber beede intereßirt wären, oder ihr Amt darunter zu beobachten unterlieſſen, ſolle ſolche Ermahnung denen anderen Ständen des Craiſes zuſtehen. (*)

(*) art. 8. §. 11.

§. 14.

Die Reichs Stände dörffen ſich ſelbſt helffen.

Und ſolle darneben einem jeden Chur-Fürſten, Fürſten und Stand, die freye Reichs-Ritterſchafft mit begriffen, erlaubt ſeyn, ſich und die ſeinige ſolcher Beſchwerden ſelbſt, ſo gut er kan, zu erledigen und zu befreyen. (*)

(*) art. 8. §. 12.

§. 15.

Zoll-Freyheit der R. Stände und ihrer Geſandten.

Nachdem auch die Billigkeit erfordert, daß Chur-Fürſten, Fürſten und Ständen und deren Abgeſandten, ſo ſich auf Reichs-Collegial-Deputations- und Craiß-Tägen befinden, oder alldahin verfügen, ihre an das Ort der anberaumten Zuſammenkunfft abſchickende Mobilia und Conſumtibilia, als Wein, Bier, Getraid, Vieh und andere Nothdurfft, ohne Zoll, Maut, Aufſchlag, oder einig anderes dergleichen Entgeld, wie es auch Nahmen haben mag, auf Fürweiſung beglaubter und mit ihr, der Chur-Fürſten, Fürſten und Stände, oder ihrer Abgeſandten, Unterſchrifft und Inſigel bekräfftigter Urkund paß- und reſpective repasſiret, zugleich, wann jemand von dieſen ableibete, deren Erben und Nachfolgende ingleichem angeregte Mobilia, ohne Zoll, Maut, Aufſchlag, oder anderwärtigen Entgeld zurück und

durch-

durchgelaſſen werden; als ſollen und wollen wir die würckliche Vorſehung thun, daß deme allem nachgelebet und hierwider kein Chur-Fürſt, Fürſt oder Stand, noch dero Abgeſandter, auf einigerley Weiſe beſchweret werde. (*)

(*) art. 8. §. 22.

§. 16.

Verbot anderer Zoll-Exemtionen.

Nachdeme aber vormals die Chur-Fürſten, Fürſten und Stände an dero an ſchiffbaren Ströhmen und ſonſten habenden Zöllen mit vielen und groſſen Zoll-Freyungen über ihre Freyheit und Herkommen offtmals durch Beförderungs-Brieffe, auch Exemtions-Befehle und zum Præjudiz der Chur-Fürſten, Fürſten und Ständen Zoll-Gerechtigkeiten, ertheilte Privilegia und in andere Wege erſuchet und beſchweret worden ſind; ſo ſollen und wollen wir ſolches, als unerträglich, abſtellen, fürkommen und zumalen nicht verhängen, noch zulaſſen, forthin mehr zu üben, noch zu geſchehen, auch keine Exemtions-Privilegia mehr ertheilen. Die aber, ſo darwider ohne Conſens des Chur-Fürſtlichen Collegii bey vorigen Kriegen ertheilet worden ſeynd, ſollen caßirt und ab ſeyn. (*)

(*) art. 8. §. 19.

§. 17.

Ungebührliche Geleits-Güter.

Nicht weniger ſolle auch alles oben §. 3. ſtatuirte von denen ungebührlichen wider das Herkommen, auch alte und neue Verträge lauffenden Geleits-Geldern verſtanden werden. (*)

(*) art. 8. §. 8.

§. 18.

Von Accis u. d.

Wann ferner einige, ſie ſeyen gleich unmittelbar oder mittelbar dem Reich unterworffen, ſich unterſtanden haben und noch unterſtehen ſollten, unter ihren Thoren, oder ſonſten anderen Orten in oder vor denen Stätten, die ein- aus- und durchgehende Waaren, Getraid, Wein, Salz, Vieh und anderes mit gewiſſem Aufſchlag unter dem Nahmen Accis, Umgeld, Niederlag, Stand- und Marckt-Recht, Pforten- Brücken- und Weg- Kauffhaus- Rent- Pflaſter- Steinfuhren- und Cento Gelder, Multer, Steuer und anderen dergleichen Impoſten zu beſchweren, ſolches alles aber in dem Effect und Nachfolg für nichts anders, als ein neuen Zoll, ja offtmals weit höher, zu halten und denen benachbarten Chur-Fürſten, Fürſten und Ständen, denen Landen, Leuten und Unterthanen, auch dem gemeinen Kauff- und Handelsmann, zu nicht geringem Schaden und Ungelegenheit gereichig, und der Freyheit der Commerciorum und des Handels und Wandels zu Waſſer und Land ſchnurſtracks zuwider iſt; ſo ſollen und wollen wir bald bey Eintrettung unſerer Regierung hierüber gewiſſe Information einziehen laſſen, auch, worinnen ſolche unzuläßige Beſchwerungen und Mißbräuche beſtehen? von denen benachbarten Chur-Fürſten, Fürſten und Ständen Nachricht erforderen und dann dieſelbe aller Orten ohne Verzug abſtellen und aufheben, auch gegen die Ubertrettere gebührenden Ernſtes Einſehen thun,

inglei-

inmaleichem unſerm Kayſerlichen Fiſcal, gegen dieſelbe, auf vorgemelte von uns eingezogene Information, oder auf eines oder andern hierunter beſchehene Denunciation, mit oder ohne des Denuncianten Zuthun, ſchleuniget zu verfahren, abſtellen. (*)

(*) art. 8. §. 8.

§. 19.

Ungebührliche Stapel, Niederlagen. ꝛc.

Dieweil ſich aber zuträgt, daß zwar der Nahme des Zolls bißweilen nicht gebraucht, ſondern unter dem Mißbrauch und Prætext einer Niederlag, Licent, Staffel-Gerechtigkeit, oder ſonſten, von den auf- und abfahrenden Schiffen und Waaren eben ſo viel, als wenn es ein rechter Zoll wäre, erhoben wird; ſo ſollen alle und jede dergleichen ſo wohl unter währendem Krieg, als vor und nach demſelben, auf allen Ströhmen und ſchiffbaren Waſſern des Reichs ohne Unterſcheid neuerlich anmaſſende Vornehmen, oder ſonſt ein und anderen Ortes jezt und inskünfftige vor ſich ohne die zu ſelbiger Zeit erforderliche Requiſita hinführo aber ohne ordentliche einhellige Bewilligung des Chur-Fürſtlichen Collegii, auch obgedachte von neuen ſtatuirte Requiſita unternehmende Uſurpationes ſothaner Auflagen, unter was Schein und Nahmen auch dieſelbe erhalten worden, oder eigenes Gewalts und Willen durchzuführen geſucht werden möchten, null und nichtig ſeyn, und alle unrechtmäßige Staffel und Niederlagen ſo wohl auf dem Land, als auf denen Ströhmen, oder derſelben Mißbräuche, da einige

nige wären, gleich caßirt und abgethan werden. (*)

(*) art. 8. §. 13. & 17.

§. 20.

Auch andere Zunöthigungen.

Alles dieſes ſolle auch von dem ungebührlichen und abgenöthigten Aus- und Einladen, Ausſchiffen und Ausſchütten des Getraides und anderer Güter, wodurch der Handlung und Schiffarth merckliche groſſe Beſchwer- und Verhinderung verurſachet und zugefüget wird, zu verſtehen ſeyn. (*)

(*) art. 8. §. 13.

§. 21.

Freyheit, ſich dagegen ſelbſt zu helffen.

Nicht weniger ſolle einem jedwederen des Heil. Reichs Chur-Fürſten, Fürſten oder Stand, welcher ſich damit beſchweret findet, frey und bevor ſtehen, ſich ſolcher Beſchwerung, ſo gut er kan, ſelbſten zu entheben. (*)

(*) art. 8. §. 15.

§. 22.

Vorbehalt wegen der gültigen dergleichen Privilegien.

Doch ſolle denenjenigen Privilegien, welche Chur-Fürſten, Fürſten und Stände des Reichs, (die freye Reichs-Ritterſchafft mit eingeſchloſſen,) von weiland denen vorgeweſenen Römiſchen König- oder Kayſern, zur Zeit, da der Chur-Fürſtliche Conſens per Pacta & Capitulationes noch nicht alſo eingeführet oder nöthig geweſen, rechtmäßig erlangt, oder ſonſten ruhiglich hergebracht worden, hierdurch nichts præjudicirt oder benommen ſeyn, ſondern ſelbige von denen Römiſchen Kayſern, auf gebührendes Anſuchen, confirmiret und die Stän-

de

de dabey ohne Eintrag männiglichs gelaſſen werden. (*)

(*) art. 8. §. 16.

§. 23.

Inskünfftige aber ſollen ganz keine Privilegia auf Staffel-Gerechtigkeit und andere zuvor erzählte Freyheiten von uns jemanden, von was Würden oder Stand auch der oder dieſelbige ſeynd, mehr ertheilet werden, es geſchehe dann, mit einmüthigem Collegial-Rath und Bewilligung der ſämtlichen Chur-Fürſten. (*) Deren künfftige Ertheilung.

(*) art. 8. §. 14. & 18.

† Von ungewohnlichen Exactionen, ꝛc. vid. auch Cap. 17. §. 4.

Neunzehendes Capitel.

Von Münz-Sachen.

Innhalt.

§. 1. Wie Münz-Recht zu ertheilen? §. 2. Beſonders Mittelbaren? §. 3. Straffe auf den Mißbrauch des Münz-Rechts. §. 4. Und deſſen ungebührliche Anmaſſung. §. 5. Zumalen bey Mediatis. §. 6. Andere Münz-Mängel. §. 7. Und Mittel dagegen.

§. 1.

Wir ſollen und wollen hinführo ohne Vorwiſſen und abſonderliche Einwilligung der Chur-Fürſten und Vernehmung, auch billige Beobachtung, desjenigen Craiſes Bedencken, darinnen der neue Münz-Stand geſeſſen iſt, niemand, wes Standes oder Weſens Wie Münz Recht zu ertheilen.

ſens der ſeye, mit Münz-Freyheiten oder Münz-Stätten begaben und begnadigen. (*)

(*) art. 9. §. 2.

§. 2.

Beſonders Mittelbaren.

Beſonders wollen wir denen mittelbaren Ständen mit dergleichen und anderen höheren Privilegien ohne Mit-Einwilligung der Chur-Fürſten und Vernehmung, auch billiger Beobachtung ſelbigen Craiſes Bedenckens, als erſtgedacht, und der Mit-Intereßirten, viel weniger zu derſelben Abbruch, willfahren. (*)

(*) art. 9. §. 6.

§. 3.

Straffe auf den Mißbrauch des Münz-Rechts.

Wo wir auch beſtändig befinden, daß diejenige Stände denen ſolches Regal und Privilegium verliehen, daſſelbe, dem Münz-Edict und anderen zu deſſelben Verbeſſerung erfolgten Reichs-Conſtitutionen zugegen, mißbrauchen, oder durch andere mißbrauchen laſſen und ſich alſo ihrer Münz-Gerechtigkeit ohne fernere Erkenntniß verluſtig gemacht, wollen wir ihnen daſſelbe nicht allein verbieten und durch die Craiſe wider ſie gebührend verfahren laſſen, ſondern auch einen ſolchen privirten Stand auſſer einer allgemeinen Reichs-Verſammlung und der Stände Bewilligung nicht reſtituiren. Wie wir dann auch gegen diejenige, ſo, obgedachter maſſen, das ihnen zukommende Münz-Regal gegen die Reichs-Conſtitutiones mißbrauchet, oder durch andere mißbrauchen laſſen, nebſt der Privation gedachten ihren Regals, auch mit der Suſpenſion a Seſſione & Voto (jedoch auf Art und Weiſe, wie in

in dem 5ten Capitel §. 11. dieſer Capitulation enthalten iſt,) verfahren und ſolchen ſuſpendirten Reichs-Stand gleichfalls anderſt nicht, als auf einem gemeinen Reichs-Tag, nach gegebener ſatisfaction, reſtituiren laſſen ſollen und wollen. (*)

(*) art. 9. §. 4.

§. 4.

Und deſſen ungebühr-liche Anmaſſung.

Und auf gleiche Weiſe ſolle es auch mit denenjenigen gehalten werden, welche ſolches Regal nicht rechtmäßig erhalten, oder ſonſten beſtändig hergebracht haben. (*)

(*) art. 9. §. 3.

§. 5.

Zumalen bey Mediatis.

Wofern ſich aber dergleichen bey mediat-Ständen und anderen, ſo dem Reich immediate nicht, ſondern Chur-Fürſten, Fürſten und anderen Reichs-Ständen unterworffen ſind, begäbe, alsdann ſolle durch dero Landes-Fürſten und Herrn wider ſie, wie ſichs gebühret, verfahren und ſolche Münz-Gerechtigkeit ihnen gänzlich gelegt, caßirt und ferner nicht ertheilet werden. (*)

(*) art. 9. §. 5.

§. 6.

Andere Münz-Mängel.

Denen auſſer deme jedesmal vorfallenden Beſchwerungen und Mängeln der Münz halber aber ſollen und wollen wir zum förderlichſten mit Rath der Chur-Fürſten und Ständen des Reichs zuvor kommen und die Münz in beſtändige Ordnung und Weſen zu ſtellen möglichſten Fleiß vorwenden. (*)

(*) art. 9. §. 1.

§. 7.

Und Mittel dagegen

Zu dem Ende wollen wir diejenigen Mittel, ſo im Reichs-Abſchied de Anno 1570. wegen der in jedem Craiß anzulegenden drey oder vier Craiß-Müntz-Stätten, item wegen der in Anno 1603. und auf vorigen auch nachfolgenden Reichs-Tagen beliebten Conformität, ſo wohl im gantzen Röm. Reich, als auch mit den benachbarten, und beſonders der dabey denen Craiß-Directoriis aufgetragener Abſtraffung der Contravenienten und daraus reſultirenden höchſtnöthigen Abſchaffung der Hecken-Müntzen, durch Chur-Fürſten, Fürſten und Stände des Reichs in gemein bedacht, in gute Obacht nehmen und was ferner zuträgliches zu Abwendung aller dergleichen Unrichtigkeiten auf künftigen Reichs-Tägen vor gut befunden werden möchte, zumalen nichts unterlaſſen. (*)

(*) art. 9. §. 1.

Zwantzigſtes Capitel.

Von Poſt-Sachen.

Innhalt.

§. 1. Von des Reichs-Poſtmeiſters Subalternen. §. 2. Vom Poſt-Geld. §. 3. Stritt zwiſchen dem Reichs- und K. Hof- auch Oeſterreichiſchen Poſt-Amt. §. 4. Vorbehalt wegen dieſer Materie.

§. 1.

Von des Reichs-Poſtmeiſters Subalternen.

Demnach wider die im Heil. Röm. Reich verordnete Poſt nicht geringe Beſchwerde geführet, ſelbige auch, nach Ausweiſung des Inſtrumenti Pacis, auf den Reichs-Tag ausgeſtel-

ler

let worden; ſo wollen wir, mit Beobachtung deſſen, keineswegs geſtatten, daß Chur-Fürſten, Fürſten und Ständen in ihren Landen und Gebieten, wo dergleichen Kayſerliche Poſt-Aemter vorhanden und hergebracht ſind, ſolche Perſonen, welche keine Reichs-Unterthanen ſeynd und deren Treue man nicht verſichert iſt, angeſetzt, oder dieſelbe, auſſerhalb der perſonal-Befreyung, von dem Beytrag gemeiner real-Beſchwerden eximiret und befreyet werden. (*)

(*) art. 29. §. 1.

§. 2.

Vom Poſt-Geld.

Nichtweniger wollen wir den General-Reichs-Poſtmeiſter dahin halten, daß er ſeine Poſten mit aller Nothdurfft wohl verſehe, die getreue und richtige Brieff-Beſtellungen, gegen billiges Poſt-Geld, ſo in allen Poſt-Häuſern, zu jedermanns guter Nachricht, in offenem Druck beſtändig angeſchlagen ſeyn ſolle, ohnverweislich befördere, und alſo zu keiner ferneren Klag und Einſehen Urſach gebe. (*)

(*) art. 29. §. 1.

§. 3.

Streit zwiſchen dem Reichs- und Hof- auch Oeſterreichiſchen Poſt-Amt.

Wir ſollen und wollen auch, zu gäntzlicher Aufhebung derer zwiſchen unſeren Poſt-Aemtern haftenden Differentien, (in Erwägung des von dem Chur-Fürſtlichen Collegio in Anno 1641. auf dem Reichs-Tag zu Regenſpurg wegen des Reichs-Poſt-Amts eingegebenen Gutachtens und der in ſelbigem Reichs-Abſchied beſchehener Verordnung,) die beſtändige Verfügung thun, daß unſer General-Obriſt-Reichs-Poſt-Amt in ſei-

ſeinem Eſſe erhalten und zu deſſen Schmälerung nichts vorgenommen, verwilliget, oder nachgeſehen, inſonderheit aber der damit belehnte General-Reichs-Poſtmeiſter wider alle von unſerm Kayſerlichen Hof-Poſt-Amt jenem bis dahero im Reich beſchehene, oder noch ferner anmaſſende Eingriff und Verſchlieſſung abſonderlicher Amts-Pacqueter gehandhabt und ſowohl in Beyſeyn unſerer Kayſerlichen Perſon und Hofſtaat, als Abweſen derſelben, bey ruhiger Einnehm- und Beſtell- auch Austheilung aller und jeder vermittelſt der Reichs-Poſt ankommender und abgehender Brieffe und Pacqueter, gegen erhebendes billiges Poſt-Geld, gelaſſen und was deme und gemeltem Abſchied zuwider auf einigerley Weiſe und Wege ergangen und verliehen worden, hiemit allerdings aufgehoben ſeyn, hingegen unſer Kayſerliches Erb-Land-Hof-Poſt-Amt bey ſeiner in Anno 1624. erlangten Inveſtitur und des General-Reichs-Poſtmeiſters auf dieſelbe ertheilte Revers in denen Erb-Landen gantz unbeeinträchtiget verbleiben, dabey geſchützet werden ſolle. (*)

(*) art. 29. §. 2.

§. 4.

Vorbehalt wegen dieſer Materie.

Jedoch ſollen und wollen wir aus dieſem Capitel, das Poſt-Weſen belangend, nur in ſo lang halten, auch halten laſſen, bis von Reichs-wegen ein anderes beliebt werden wird. (*)

(*) art. 29. §. 3.

Ein

Ein und zwantzigſtes Capitel.

Von der Wahl eines Römiſchen Königes.

§. VII.

Nachdeme von Chur-Fürſten und Fürſten ohnlängſthin zu Regenſpurg, nach Anleitung Art. 8. Inſtrumenti Pacis von der Wahl eines Römiſchen Königs bey Lebzeiten eines erwählten Römiſchen Kayſers gehandelt und verglichen worden, daß die Chur-Fürſten nicht leichtlich zur Wahl eines Römiſchen Königs, vivente Imperatore, ſchreiten, es wäre dann, daß entweder der erwählte und regierende Römiſche Kayſer ſich aus dem Römiſchen Reich begeben, und beſtändig oder allzulang aufhalten wollte, oder derſelbe wegen ſeines hohen Alters, oder beharrlichen Unpäßlichkeit der Regierung nicht mehr vorſtehen könnte, oder ſonſten eine anderwärtige hohe Nothdurfft, daran des Heil. Röm. Reichs Conſervation und Wohlfarth gelegen, erforderte, einen Römiſchen König noch bey Lebzeiten des regierenden Kayſers zu erwählen und dann, daß in ſolchem ein- und anderem angeregten, wie auch erſtgedachtem Nothfall, die Wahl eines Römiſchen Königes durch die Chur-Fürſten mit oder ohne des regierenden Römiſchen Kayſers Conſens, wann derſelbe, auf angelegte Bitte, ohne erhebliche Urſach, verweigert werden ſollte, vorgenommen und damit der güldenen Bull, auch ihren von dem Heil. Röm. Reich tragenden Amt und Pflichten nach, von ihnen allerdings

frey und ohngehindert verfahren werden ſolle: So wollen und ſollen wir dieſen derer Chur-Fürſten und Fürſten unter einander verabfaßten Schluß, wie hiermit beſchiehet, für genehm und uns deme gemäß und conform halten. (*)

(*) art. 3. §. 10.

Zwey und zwantzigſtes Capitel.

Von denen Reichs-Vicarien.

Innhalt.

§. 1. Beſtättigung der Reichs-Vicariats-Handlungen. §. 2. Und der Vicariats-Gerechtſamen. §. 3. Der Reichs-Vicarien Belehnungs-Recht.

§. 1.

Beſtätti-gung der Reichs-Vicariats-Handlun-gen.

Wir ſollen und wollen alles das, ſo durch die zween des Heil. Röm. Reichs Chur-Fürſten und Vicarien in mittler Zeit der Vacantz und bis wir die Wahl-Capitulation in Perſon beſchworen, folglich das Regiment würcklich angetretten haben, laut der güldenen Bull und vermög der Reichs-Ordnungen gehandelt und verliehen worden, genehm halten, auch confirmiren und ratificiren, in der allerbeſtändigſten Form, wie ſich daſſelbige geziemet und gebühret. (*)

(*) art. 3. §. 13.

§. 2.

Und der Vicariats-Gerechtſamen.

Wir wollen auch die Vicarios des Reichs, wie von Alters hero auf ſie kommen und die güldene Bull, alte Rechte und andere Geſetze oder Freyheiten vermögen, ſo es zu Fällen kommen, oder

die

die Nothdurfft und Gelegenheit erfordern wird, geruhiglich bleiben und gantz ungekränckt laſſen; auch nicht nachgeben, daß die Vicariaten und deren Iura, ſamt, was denſelben anhängig, von jemanden diſputiret oder beſtritten werden; wo aber darwider von jemand etwas geſucht, gethan, oder die Chur-Fürſten in deme getrungen würden, das doch keineswegs ſeyn ſoll, das alles ſolle nichtig ſeyn. (*)

(*) art. 3. §. 12.

§. 3.

Mit denenjenigen Lehen endlich, welche die Reichs-Vicarii in Krafft der güldenen Bull verleihen können, ſolle es eben die Meinung haben, wie oben Cap. 9. §. 5. angeführet worden iſt. (*) Der R. Vicarien Belehnungs-Recht.

(*) art. 11. §. 5.

† Wie lange das Vicariat währen ſolle? ſiehe Cap. 1. §. 4.

Drey und zwantzigſtes Capitel.

Von Beſchwör- und Feſthaltung dieſer Kayſerlichen Wahl-Capitulation.

Innhalt.

§. 1. Beſchwörung der Capitulation durch Commiſſarien. §. 2. Und in eigener Perſon. §. 3. Deren Inſinuation an die Reichs-Gerichte, auch Kayſerliche Bediente. §. 4. Caſſation alles deſſen, ſo dagegen geſchähe. §. 5. Eydliche Verbindung zu all obigem. §. 6. Schluß.

§. 1.

Demnach wir wegen unſerer Abweſenheit die Wahl-Capitulation gleich ſelbſt zu beſchwö- Beſchwörung der

Capitulation durch Commiſſarien. ſchwören, nicht vermögend geweſen ſind; ſo haben wir unſeren Commiſſariis deshalben völlige Gewalt gegeben, daß ſie ſolche in unſerem Nahmen und Seele vorgängig beſchwören ſollen. (*)

(*) art. 30. §. 2.

§. 2.

Und in eigener Perſon. Wir verſprechen und geloben aber, ſothane Beſchwörung der Wahl-Capitulation, ſo bald wir in das Reich und Teutſchland kommen und noch vor Empfahung der Cron, in eigener Perſon zu leiſten und uns zu Feſthaltung beſagter Capitulation nochmahls zu verbinden. (*)

(*) art. 30. §. 3.

§. 3.

Deren Inſinuation an die R. Gerichte, auch Kayſerliche Bediente. Damit nun die Reichs-Hof-Räthe, wie auch das Kayſerliche Cammer-Gericht in ihren Rathſchlägen, Expeditionen und ſonſten ſich nach dieſer Capitulation richten; ſollen und wollen wir ihnen ſowohl, als andern unſern Miniſtris und Räthen, dieſelbe nicht allein vorhalten, ſondern auch ernſtlich einbinden, ſolche, ſo viel einem jeden gebühret, jederzeit vor Augen zu haben und dawider weder zu thun, noch zu rathen, ſolches auch ihren Dienſt-Eyden mit ausdrücklichen Worten einverleiben laſſen. (*)

(*) art. 30. §. 1.

§. 4.

Caſſation alles deſſen, ſo dagegen geſchähe. Ob aber dem oben Cap. 1. §. 20. und anderen in dieſer Capitulation enthaltenen Articuln und Puncten einiges zuwider erlanget oder ausgehen würde, das alles ſolle krafftlos, todt und ab ſeyn, inmaſſen wir es jetzt als dann und dann als

jetzt

jetzt hiemit caßiren, tödten und abthun und, wo Noth, denen beſchwerten Partheyen derhalben nothdürftige Urkund und briefliche Schein zu geben und widerfahren zu laſſen ſchuldig ſeyn wollen, Argliſt und Gefährde hierinnen ausgeſchieden. (*)

(*) art. 16. §. 11.

§. 5.

Solches alles und jedes haben wir, obgedachter Römiſcher König, den Chur-Fürſten des Reichs vor uns (ſich) und im Nahmen des Heil. Röm. Reichs geredet, verſprochen und bey unſern Königlichen Ehren, Würden und Worten im Nahmen der Wahrheit zugeſagt, thun daſſelbe auch hiemit und in Krafft dieſes Brieffs; inmaſſen wir dann das mit einem leiblichen Eyd zu GOtt und dem Heil. Evangelio beſchworen, daſſelbe ſtet, feſt und unverbrochen zu halten, deme treulich nachzukommen, darwider nicht zu ſeyn, zu thun, noch zu ſchaffen, daß darwider gethan werde, in einige Weiſe oder Wege, wie die möchten erdacht werden, uns auch darwider einiger Behelff oder Ausnahm, Diſpenſationes, Abſolutiones, geiſt- oder weltliche Rechte, wie das Nahmen haben mag, nicht zu ſtatten kommen ſollen. (*) Eydliche Verbindung zu all obigem.

(*) art. 30. §. 5.

§. 6.

Deſſen zu Urkund haben wir dieſer Brieffe ſechs in gleicher Form und Laut fertigen und mit unſerem Königlichen anhangenden großen Inſiegel bekräftigen, auch jedem obgemelten Schluß.

Chur-Fürſten einen überantworten laſſen.

Geben in unſerer und des Heil. Reichs-Statt Franckfurth. ꝛc.

† Von der beſtändigen Wahl-Capitulation, vid. Cap. 2. §. 12.

Schema, wie die Articuli und §§. Capitulationis Carolinæ mit dieſem Project harmoniren.

Carolina.	Neu Proj.	Carolina.	Neu Proj.
art. 1. §. 1.	c. 10. §. 1.	4.	c. 6. §. 1.
2.	c. 3. §. 1. c. 6.	5.	c. 6. §. 13.
	§. 1. 12. c.	6.	c. 6. §. 10.
	7. §. 1. c. 8.	7.	c. 6. §. 10.
	§. 1.	8.	c. 1. §. 5. 6. 7.
3.	c. 5. §. 10. 11.	9.	c. 1. §. 2.
4.	c. 5. §. 12	10.	c. 21. §. vn.
5.	c. 4. §. 8.	11.	c. 6. §. 9.
6.	c. 4. §. 1.	12.	c. 6. §. 8. c.
7.	c. 4. §. 2.		22. §. 2.
8.	c. 10. §. 2. 3.	13.	c. 22. §. 1.
art. 2. §. 1.	c. 3. §. 2.	14.	c. 6. §. 5. 6. 7
2.	c. 1. §. 1.	15.	c. 6. §. 4.
3.	c. 2. §. 1. 2. 8.	16.	c. 7. §. 6.
	13.	17.	c. 1. §. 9.
4.	c. 2. §. 3. 9.	18.	c. 1. §. 10.
	c. 10. §. 10.	19.	c. 1. §. 3.
5.	c. 2. §. 7.	20.	c. 1. §. 13.
6.	c. 2. §. 14. 15.	art. 4. §. 1.	c. 5. §. 1.
7.	c. 2. §. 10.	2.	c. 15. §. 1. 3.
8.	c. 2. §. 11.		4. 6. 15.
9.	c. 13. §. 13. c.	3.	c. 15. §. 7.
	17. §. 7.	4.	c. 15. §. 5.
art. 3. §. 1.	c. 6. §. 2.	5.	c. 15. §. 8.
2.	c. 6. §. 3. c. 15	6.	c. 15. §. 9.
	§. 16.	7.	c. 15. §. 10.
3.	c. 6. §. 11.	8.	c. 15. §. 2.
		9.	c. 15.

Carolina.	Neu Proj.
9.	c. 15. §. 11. 12.
10.	c. 15. §. 13.
11.	c. 15. §. 14.
a. 5. §. 1.	c. 1. §. 15. c. 12. §. 14. c. 16. §. 1.
2.	c. 16. §. 2.
3.	c. 16. §. 3. 8.
4.	c. 16. §. 10.
5.	c. 16. §. 9.
6.	c. 16. §. 5.
7.	c. 16. §. 6.
8.	c. 7. §. 2. c. 16. §. 7.
9.	c. 16. §. 4.
a. 6. §. 1.	c. 15. §. 15.
2.	c. 15. §. 15.
3.	c. 15. §. 17.
4.	c. 15. §. 18.
5.	c. 15. §. 19.
a. 7. §. 1.	c. 17. §. 1. 2.
2.	c. 17. §. 5.
3.	c. 17. §. 6.
4.	c. 17. §. 8.
a. 8. §. 1.	c. 18. §. 4. 5.
2.	c. 18. §. 8.
3.	c. 18. §. 9.
4.	c. 17. §. 4.
5.	c. 17. §. 3.
6.	c. 18. §. 3.
7.	c. 18. §. 1.
8.	c. 18. §. 3. 17. 18.
9.	c. 18. §. 11.
10.	c. 18. §. 12.
11.	c. 18. §. 13.
12.	c. 18. §. 14.
13.	c. 18. §. 7. 19. 20.
14.	c. 18. §. 23.
15.	c. 18. §. 21.
16.	c. 18. §. 22.
17.	c. 18. §. 3. 19.
18.	c. 18. §. 23.
19.	c. 18. §. 16.
20.	c. 18. §. 6. 20.
21.	c. 18. §. 10.
22.	c. 18. §. 15.
a. 9. §. 1.	c. 19. §. 6. 7.
2.	c. 19. §. 1.
3.	c. 19. §. 4.
4.	c. 19. §. 3.
5.	c. 19. §. 5.
6.	c. 19. §. 2.
a. 10. §. 1.	c. 3. §. 3.
2.	c. 3. §. 4.
3.	c. 3. §. 5.
4.	c. 3. §. 6.
5.	c. 3. §. 10.
6.	c. 7. §. 4.
7.	c. 1. §. 19.
8.	c. 9. §. 1.
9.	c. 1. §. 18.
10.	c. 16. §. 11.
a. 11. §. 1.	c. 9. §. 3.
2.	c. 4. §. 3. c. 9. §. 4.
3.	c. 9. §. 6.
4.	c. 9. §. 5.
5.	c. 22. §. 3.
6.	c. 13. §. 31.
7.	c. 9. §. 9.
8.	c. 9. §. 10.
9.	c. 9. §. 11.
10.	c. 9. §. 12. 13.
11.	c. 16. §. 12.
12.	c. 16. §. 13.
13.	c. 3. §. 10.
a. 12. §. 1.	c. 7. §. 2.
2.	c. 7. §. 3.
3.	c. 2. §. 3.

Carolina.	Neu Proj.
4.	c. 5. §. 14.
5.	c. 5. §. 15.
a. 13. §. 1.	c. 5. §. 2.
2.	c. 5. §. 3.
3.	c. 5. §. 4. 8.
4.	c. 5. §. 9.
5.	c. 5. §. 5. 6. 7. 15.
6.	c. 5. §. 16.
a. 14. §. 1.	c. 10. §. 5.
2.	c. 10. §. 6.
3.	c. 10. §. 4.
4.	c. 10. §. 7.
5.	c. 10. §. 8.
6.	c. 10. §. 9.
a. 15. §. 1.	c. 8. §. 2. 3.
2.	c. 8. §. 4.
3.	c. 8. §. 5. 6. 7.
4.	c. 8. §. 8.
5.	c. 8. §. 12.
6.	c. 8. §. 6.
7.	c. 8. §. 7.
8.	c. 8. §. 14.
9.	c. 8. §. 11.
a. 16. §. 1.	c. 3. §. 8. c. 12. §. 1.
2.	c. 9. §. 2. c. 12. §. 11.
3.	c. 13. §. 1.
4.	c. 13. §. 1.
5.	c. 12. §. 15.
6.	c. 2. §. 4. c. 13. §. 2. 3. 22.
7.	c. 13. §. 21.
8.	c. 12. §. 16.
9.	c. 2. §. 6.
10.	c. 1. §. 20.
11.	c. 23. §. 4.
12.	c. 13. §. 15.

Carolina.	Neu Proj.
13.	c. 13. §. 16.
14.	c. 13. §. 17. 18.
15.	c. 13. §. 14.
16.	c. 12. §. 18.
17.	c. 13. §. 22.
18.	c. 2. §. 5.
a. 17. §. 1.	c. 12. §. 19.
2.	c. 13. §. 19. 23.
3.	c. 12. §. 17.
4.	c. 12. §. 20.
5.	c. 12. §. 14.
6.	c. 9. §. 7.
7.	c. 9. §. 8. 9.
a. 18. §. 1.	c. 12. §. 3.
2.	c. 12. §. 4.
3.	c. 12. §. 7.
4.	c. 12. §. 7.
5.	c. 12. §. 12.
6.	c. 12. §. 9.
7.	c. 12. §. 8.
8.	c. 13. §. 24. 25. 26.
9.	c. 13. §. 27.
10.	c. 13. §. 28.
a. 19. §. 1.	c. 4. §. 6. 7.
2.	c. 4. §. 7. c. 12. §. 2.
3.	c. 12. §. 10.
4.	c. 18. §. 2.
5.	c. 8. §. 9. 10. 11. 12. 13.
6.	c. 12. §. 13.
a. 20. §. 1.	c. 14. §. 1. 2. 3. 4. 5.
2.	c. 14. §. 7. 8.
3.	c. 14. §. 9.
4.	c. 14. §. 10.
5.	c. 14. §. 6.

6. c. 14.

Carolina.	Neu Proj.
6.	c. 14. §. 11.
7.	c. 14. §. 12.
a.21.§.1.	c. 8. §. 15. 16.
2.	c. 4. §. 4.
3.	c. 4. §. 5.
4.	c. 4. §. 4.
5.	c. 4. §. 5.
a.22 §.1.	c. 11. §. 1.
2.	c. 5. §. 13.
3.	c. 11. §. 2.
4.	c. 11. §. 3.
5.	c. 11. §. 5.
6.	c. 11. §. 6. c. 13. §. 32.
7.	c. 13. §. 33.
8.	c. 13. §. 34.
9.	c. 13. §. 35.
a.23.§.1.	c. 1. §. 8.
2.	c. 1. §. 15. 16.
3.	c. 1. §. 14.
4.	c. 1. §. 11.
5.	c. 1. §. 12.
a.24.§.1.	c. 13. §. 6.
2.	c. 13. §. 20.
3.	c. 13. §. 7.

Carolina.	Neu Proj.
4.	c. 13. §. 8.
5.	c. 13. §. 4. 5.
a.25.§.1.	c. 13. §. 29.
2.	c. 13. §. 30.
3.	c. 13. §. 9.
4.	c. 13. §. 10. 11. 12.
a.26.§.1.	c. 7. §. 5.
2.	c. 7. §. 5.
a.27.§.1.	c. 8. §. 19. 20. 21.
2.	c. 8. §. 22.
3.	c. 12. §. 5. 6.
4.	c. 3. §. 7.
a.28.§.1.	c. 3. §. 9.
2.	c. 1. §. 17.
a.29.§.1.	c. 20. §. 1. 2.
2.	c. 20. §. 2.
3.	c. 20. §. 3.
a.30.§.1.	c. 23. §. 3.
2.	c. 2. §. 12. c. 23. §. 2.
3.	c. 23. §. 3.
4.	c. 1. §. 4.
5.	c. 23. §. 5.

Zweytes Capitel.

Von denen Concordaten zwiſchen der teutſchen Nation und dem Päbſtlichen Stuhl.

§. VII.

Des Nuntii Proteſtation wider den 14. Art. der

WEil es dem Päbſtlichen Nuncio auf dem Kayſer-Wahl-Tag nicht hat gelingen wollen, daß man, ihme zu Gefal-

Capitulation. len, den 14den Articul der Kayſerlichen Wahl-Capitulation (in welchem die alte und neue Beſchwerden der teutſchen Nation gegen den Pabſt wegen Ubertrettung derer Concordaten enthalten ſeynd,) ausgelaſſen hätte und zwar um ſo weniger, als eben der jetzige Pabſt ſich ganz kurz zuvor in Anſehung dieſer Concordaten auf eine ganz unerträgliche Weiſe geäuſſert hatte; (ſiehe meine teutſch. Staats-Recht *Tom. 8. p. 463.*) ſo legte der Nuntius in gröſter Geheim, nach dem Exempel einiger ſeiner Vorfahren, eine Proteſtation gegen ſolchen Articul der Wahl-Capitulation bey dem Chur-Maynziſchen Directorio ein, welche dieſes auch annahme. Add. *l. c. p. 453. ſeqq.*

Drittes Capitel.
Von dem Weſtphäliſchen-Frieden. (*)

§. 1.

Der Päbſtliche Nuntius proteſtirt wider dem Weſtphäliſchen Frieden.

Erſtbeſagter Päbſtliche Nuntius Doria auf dem Kayſer-Wahl-Tag ware zwar an ſeines Vorfahrens Albani Staats-Fehlern ziemlich klug worden und führete ſich beſcheiden auf, daß er für ſeine Perſon gute Approbation fand; hingegen begienge ſein Hof den alten Fehler, ihme anzubefeh-

(*) Siehe mein teutſches Staats-Recht Tom. 1. p. 350. ſeqq.

befehlen, daß er wider dem Weſtphäliſchen Frieden proteſtiren ſollte, da ihme doch, wann man ſich auch in ſeine Stelle ſtellen und ſeine Abſichten zum Augenmerck nehmen will, aus denen Rechten ſo wohl, als der Staats-Klugheit, leicht erweislich zu machen iſt, es ſeye eine Sache, die ihme eher in ſeinen eigenen Abſichten hinderlich als förderlich ſeyn könnte. Indeſſen geſchahe es; der Nuntius übergabe alſo den 22. Jan. die in meinem teutſch. Staats-Recht *Tom. 8. p. 405.* in forma extenſa befindliche wiederhohlte Proteſtation gegen den Weſtphäliſchen Frieden, dem Chur-Maynziſchen Directorio, dieſes nahme auch ſolche ohne Vorwiſſen des Chur-Fürſtlichen Collegii an und ſezte ſo gar darauf: Præſentatum & regiſtratum in Cancellaria Electorali intima Moguntina die 23. Jan. 1742.

§. 2.

Man kan ſich leicht einbilden, daß, da die Copien davon, obgleich wider Willen des Nuntii, in das Publicum gekommen, die Evangeliſche nicht darzu ſtille geſchwiegen haben. Chur-Maynz wollte ſich damit entſchuldigen: die Päbſtliche Proteſtationes ſeyen nicht bey der Reichs- ſondern allein

Welches die Evangeliſche übel nehmen.

allein bey der Erz-Biſchöfflichen geheimen Canzley enregiſtrirt worden; aber 1. heiſt es: in Cancellaria *Electorali* intima Moguntina, 2. hat der Chur-Fürſt und der Erz-Biſchoff zu Maynz eine gemeinſchafftliche geheime Canzley. 3. Hieſſe es: „Da „der Erz-Biſchoff zu Maynz eben wegen „ſolcher geiſtlichen Qualität Chur-Fürſt „und ein Stand des Reichs iſt, ſo kan es „mit denen Reichs-Ständiſchen Pflichten „nicht conciliiret werden, dergleichen „Schrifften wider das Inſtrumentum Pa„cis Weſtphalicæ anzunehmen, welche „doch in dem Frieden ſelbſt ſo wohl, als „in der Kayſerlichen Wahl-Capitulation, „ausdrücklich verboten ſind und worauf ein „Chur-Fürſt zu Maynz, als der Erſte „Chur-Fürſt, am meiſten ſehen ſolle, daß „ſich niemand, dergleichen einzugeben, un„terſtehe.

§. 3.

Und ahnden. Es wurde auch gegen End des Jahres 1742. unter denen Chur-Fürſtlichen Geſandten zu Franckfurt eine Zuſammenkunfft gehalten, welche alleine dieſe und noch eine andere Päbſtliche Proteſtation, deren an ihrem Ort gedacht wird, zum obiecto deliberandi gehabt, wobey Chur-Sach-

Sachſen, Chur-Brandenburg und Chur-Braunſchweig gar ernſthaffte Aeuſſerungen dahin gethan, ſothane unförmliche Geſez-widrige Proteſtationes ab Actis Imperii weg zu thun und dadurch ihre Nichtigkeit kund zu machen. Der geiſtlichen Chur-Fürſten, wie auch der Chur-Pfälziſche Geſandte, entſchuldigten ſich mit dem Mangel der Inſtruction und nahmen es ad referendum, der Herr Chur-Maynziſche aber ſolle (wie die Berichte lauten,) dabey freundſchafftliche Vorſtellungen gethan haben, um auf Herausgebung derer Proteſtationen qu. um deſto weniger zu tringen, als es Papiere wären, die in Scriniis verwahret blieben und ohnehin nicht zum Vorſchein kämen, zu geſchweigen, daß man doch auch ihren Principiis Religionis und der daraus herflieſſenden Veneration gegen den heil. Stuhl etwas nachgeben könnte und würde; alleine man ſoll anderer Seits auf ſeinen Meinungen beſtanden ſeyn und der Herr Chur-Braunſchweigiſche annoch beſonders erkläret haben, wie ſeines allergnädigſten Herrns Maj. eher nicht ruhen würden, biß die gegen dero höchſte Perſon gerichtete Acte nicht nur förmlich zurückgegeben und von dem Archi-

Archivo Imperii, als ein in ſich ungül- tiges Document, abgeſondert, ſondern auch darüber von dem hochlöblichen Chur-Mayntziſchen Reichs-Directorio eine be- ſondere Certification ausgeſtellet worden.

Ein mehreres werden wir in der Hiſto- rie des Jahres 1743. vernehmen.

Viertes Capitel.

Von der Kayſer-Wahl.

§. 1.

Singularia von dem Wahl-Convent.

MEine Abſicht bey dieſem Capitel iſt nicht, weder die ſchon oben im An- fang dieſes Wercks beſchriebene Hiſtorie der Wahl zu wiederhohlen, noch auch das, was ſonſten bey dem Wahl-Convent und Wahl-Actu in realibus und ceremonia- libus vorgefallen iſt, ausführlich zu be- ſchreiben, als welch leztere ich auf die Zu- ſätze zu dem zweyten Theil meines teut- ſchen Staats-Rechts verſpahre, allwo vie- le ſehr merckwürdige Dinge davon zu le- ſen ſeyn werden, die man in allen anderen gedruckten Schrifften vergeblich ſuchen wird; ſondern ich will nur verſchiedene bey dieſer Gelegenheit vorgekommene Singu- laria kürzlich erwähnen.

§. 2.

Eröffnung

Das 1ſte betrifft die Eröffnung des Wahl-

Wahl-Tages, da die Maiora begehrt, den terminum legalem zu erſtrecken, die andere aber mit der Eröffnung in termino zu verfahren, welches leztere zwar erfolget und dadurch verurſachet worden, daß ſich von jedem Chur-Fürſtlichen Hof einer oder etliche Geſandten in der Wahl-Statt eingefunden haben, welche aber ſieben ganzer Monathe ohne alle Activität um einander waren, biß es ſich endlich, auf die oben erzählte Art, geändert hat und man zu Conferentien hat gelangen können. des Wahl-Tags.

§. 3.

Das 2te iſt die Quieſcirung der Böhmiſchen Chur-Stimme. Chur-Sachſen gabe darzu die erſte Gelegenheit, indeme es der Königin in Ungarn und Böhmen nicht zwar das Votum an ſich, aber deſſen Adminiſtration, ſtreitig machte. Worauf es hiebey angekommen ſeye? iſt zwar aus vielen hierüber in öffentlichen Druck gewechſelten und von Herrn D. IENICHEN in denen nüzlichen Supplementis zu ſeiner Bibliotheca Juridica ſpecificirten Schrifften erſichtlich; doch will ich in dem Anhang ſub num. I. eine meines Wiſſens noch ungedruckte, auch publica autoritate verfertigte, kurze Schrifft davon beyfügen. Ausſchlieſſung der Cron Böhmen.

Es

Es kame aber auch Chur-Bayern hinzu, welches ſelbſt Anſprach an Böhmen machte und dahero die Königin nicht in dieſer Qualität erkennen wollte, jedoch auch ſelber nicht in ſolchen Umſtänden ſtunde, daß es hätte hoffen können, zur Führung des Chur-Böhmiſchen Voti zugelaſſen zu werden und dahero darauf antrug, die Böhmiſche Stimm für dieſesmal ruhen zu laſſen. Damit ware nun Chur-Sachſen weder einig, noch gedienet; indeſſen aber ſchlugen ſich auch Chur-Cöllen, Brandenburg und Pfalz zu Bayern und erklärten den 21. Sept. 1741. daß ſie der Meinung ſeyen, es möchte das Chur-Böhmiſche Votum vor dieſesmal ſuſpendiret werden.

Deme accedirte Chur-Sachſen (nachdeme es ſich mit Chur-Bayern geſetzet hatte,) den 9. und Chur-Maynz den 13. Oct. Den 16. eiusd. proponirte Chur-Maynz die Sache in einer Chur-Fürſtlichen privat-Conferenz, Chur-Trier und Chur-Braunſchweig lieſſen ſich aber nicht heraus.

Den 4. Nov. wurde dahero in der erſten öffentlichen præliminar-Conferenz formlich darüber deliberirt, da dann Chur-Trier für die Königin votirte, Chur-Braun-

ſchweig

ſchweig aber allegirte defectum Inſtructionis, mit dem Anhang, daß es die Majora nicht hindern wolle, mithin wurde das Concluſum per Majora auf die Suſpenſion abgefaßt, auch der Königin Geſandten das Chur-Böhmiſche Quartier aufgekündigt, bey welchem allem man hier und da ſtarcke Animoſitäten verſpühret.

Es wurden darüber allerley Pro- & Reproteſtationes gewechſelt, es bliebe aber doch dabey, dahero die Königin einen ſonderlich gegen Chur-Maynz und Chur-Sachſen gerichteten und auch in FABRI Staats-Canzley *Tom. 81. p. 199.* befindlichen „Acten-mäßigen Unterricht, die „Chur-Böhmiſche Wahl-Stimme und deren Ausübung betreffend,„ drucken lieſſe, in welchem forderiſt die Verdienſte Kayſer Carls VI. gegen Chur-Fürſt Philipp Carl zu Maynz und dieſes Verpflichtung gegen jenen angeführet werden, ſodann kürzlich gezeiget wird, der Königin ſtehe das Böhmiſche Votum zu; deſſen Adminiſtration habe ſie, dem Maynziſchen Rath zu Folge, ihrem Gemahl aufgetragen: Chur-Sachſen habe hierüber Ombrage zu ſchöpfen bezeuget, man habe ſich aber hinlänglich erklärt, daß damit gar

nichts wider die Sanctionem pragmaticam intendiret werde, worauf auch Chur-Sachſen in die Führung des Voti durch die Königin in einem förmlichen Tractat eingewilliget habe. Ferner wird erzählt, was für einander ſelbſt widerſprechende Einwürffe gegen die Böhmiſche Chur-Würde, Stimme und deren Vertrettung gemacht und wie ſolche von der Königin widerlegt worden, der Herzog von Lothringen auch, qua Adminiſtrator dieſer Chur, von Chur-Maynz auf den Wahl-Tag eingeladen worden ſeye, man habe aber den Aufſchub des Wahl-Tags geſucht, um Franckreich zu Ausführung ſeiner Deſſeins Platz zu laſſen. Als ſich auch gut-geſinnete Höfe an dem dem Herzog von Lothringen beſchehenen Auftrag geſtoſſen, habe ſich die Königin ratione modi der Führung des Böhmiſchen Voti gleichgültig bezeuget und Chur-Maynz habe ſelbſt eine Piece für die Königin drucken laſſen, welche auch gegen die gemachte Einwürffe in einer anderweiten Schrifft vertheidiget worden ſeye. Die Königin habe ihren Geſandten gedoppelte von ihr und ihrem Gemahl unterſchriebene Vollmachten mitgegeben, welche Chur-Maynz auch angenommen.

men. Chur-Sachſen habe zwar, dem geſchloſſenen Tractat zuwider, eine Schrifft gegen die Königin ausgehen laſſen; weil man aber vorgegeben, es geſchehe, das Secretum des geſchloſſenen Tractats zu bedecken, habe die Königin nichts darauf antworten laſſen. Alleine Chur-Sachſen habe darauf die, Krafft der Convention, der Königin verſprochene Völcker wider ſie ſelbſt gebraucht und nichts anderes anzuführen gewuſt, als daß es bey Theilung der Königin Länder nicht leer habe ausgehen wollen. Hierauf wird erzählt, was ſich zu Franckfurt wegen Suſpenſion der Böhmiſchen Stimme zugetragen. Die Königin habe Chur-Maynz Vorſtellungen deßwegen thun laſſen, man habe aber ihren Geſandten unanſtändiger begegnet, als von Franckreich ſelbſt geſchehen, ſeye denen gegen die Böhmiſche Stimme ſich opponirenden Chur-Fürſten beygetretten, welches der mehreſte Theil des Hofes und Dom-Capitels ſelbſt mißbilliget habe. Chur-Maynz habe auch, auf Franzöſiſchen Antrieb, auf die Extradition des Reichs-Archivs getrungen, der Königin Geſandten nicht zu denen præliminar-Conferentien beruffen, ſich mit in propria

cauſa zum Richter gemacht, den Schluß der Königin Geſandten auf die unziemlichſte Weiſe, Franckreich zu Gefallen, inſinuirt und die vorhin angenommene Vollmachten retradirt. ꝛc. Endlich wird erzählt, wie hoch die übrige Chur-Fürſten ſich A. 1489. verbunden haben, Böhmen nicht von der Wahl auszuſchlieſſen. ꝛc.

Dieſen Actenmäßigen Bericht lieſſe Chur-Maynz A. 1742. wieder auflegen und demſelbigen eine „Chur-Maynziſche „Erläuterung„ beydrucken, welche mit vielen ſtarcken Perſonalien gegen einen derer Königin Staats-Bedienten, angefüllet iſt, übrigens aber ſich dahin concentriret: Chur-Maynz habe ſich gegen Kayſer Carl VI. zu deme engagirt, was es damals für gut angeſehen; wegen Vertrettung der Böhmiſchen Stimm durch den Herzog von Lothringen habe ſich Chur-Manz nur ungefährlich geäuſſert und gehofft, der Königin Miniſterium würde die Sache unterbauet haben; es habe ſie aber viel mehr verderbt. Indeſſen ſeye Chur-Maynz beſtändig dabey verblieben, es habe an dieſer Einladung nicht Unrecht gethan; als aber die Majora des Chur-Fürſtlichen Collegii auf Quieſcirung des Böhmiſchen

Voti

Voti getrungen und anderſt zu keiner Kayſer-Wahl zu gelangen geweſen, habe man ihnen beytretten müſſen. Man habe ohnmöglich in dem zu erſt angeſezten Termin zu denen Wahl-Conferentien ſchreiten können und es ſeye kein Chur-Fürſt durch Franckreich vergewaltiget worden, noch habe dieſes dermalen mehr Influenz bey der Wahl gehabt, als die Oeſterreich zugethane Potenzien bey anderen Wahlen gehabt. Chur-Maynz habe allerdings in öffentlichen Schrifften der Königin Parthie genommen, deßwegen aber ſich doch weder denen Majoribus wiederſetzen, noch es auf ein Schiſma ankommen laſſen können. Die Annahm der Böhmiſchen Vollmachten ſeye mit Vorbehalt des Chur-Fürſtliche Collegial-Gutbefindens geſchehen und ſolche deßwegen mit keinem præſentato verſehen worden. Der Tractat de A. 1732. mit Chur-Maynz könne nicht auf unbillige und unmögliche Folgen gezogen werden, zumal da das Wieneriſche Miniſterium alles ſelbſt verdorben habe; dieſes habe man der Königin Geſandten vorgeſtellt, übrigens aber ihme wohl begegnet und der Hof und das Dom-Capitel habe des Chur-Fürſtens Aufführung

rung nicht mißbilliget. Chur-Maynz habe das Reichs-Archiv von Amts-wegen und auf Anrathen unpartheyiſcher Höfe abgefordert. Die Majora des Chur-Fürſtlichen Collegii hätten nicht zugeben wollen, der Königin Geſandten zu denen præliminar - Conferentien zu beruffen: die von Amtswegen verfügte Inſinuation des Chur-Fürſtlichen Collegial - Schluſſes ſeye mit aller Moderation geſchehen, und da das Votum quieſciren ſollen, haben ja die Vollmachten nicht behalten werden können. Das geſammte Chur-Fürſtliche Collegium habe, laut beygedruckter Extracte des Wahl-Conſultations-Protocolli, auf die dereinſtige Verabfolgung des Reichs-Archivs von Wien getrungen und der Wieneriſche Hof werde es mit dem ganzen Reich zu thun bekommen, wann er ſich hierinn nicht begreiffe. Des Reverſes de An. 1489. daß Böhmen zur Wahl einzuladen ſeye, habe Chur-Maynz ſelbſt gedacht; folglich ſolle der ganze Actenmäßige Unterricht nichts anders, als eine Schuz-Schrifft vor ſeines Verfaſſers Staats-Fehler ſeyn.

§. 4.

Perſöhnli- 3. Seynd meines Wiſſens noch bey keinem

nem Wahl-Convent weniger Chur-Für- ſten in Perſon zugegen geweſen, als bey dieſem, nemlich nur zwey, Maynz und Cölln, und noch bey keinem Wahl-Convent ſeynd die anweſende Chur-Fürſten ſo wenig in Perſon bey denen Wahl-Conferentien zugegen geweſen, als dieſesmal, da es kaum ein paar mal geſchehen, wo hingegen ehedeſſen und noch A. 1711. die anweſende Chur-Fürſten in regula allezeit ſelbſt erſchienen ſeynd, wie es dann auch ſeine wichtige Gründe hat, warum zu wünſchen iſt, daß es auch künfftig wieder geſchehen möge.

che Erſcheinung der Chur-Fürſten.

§. 5.

4. Haben die mehrere weltliche alte Fürſten, gleich A. 1658. geſchehen ware, wiederum Chur-Maynz Monita ad futuram Capitulationem übergeben und könnte davon noch viel Berichtens-würdiges geſagt werden; ich laſſe es aber bey deme, was ſchon oben hievon fürgekommen iſt, bewenden.

Monita ad Capitulationem.

§. 6.

5. Mit dem Ceremoniel hat man, nach der bekannten Art dieſer Zuſammenkünffte und wie allemal, viel, dieſesmal aber um ſo mehr zu thun gehabt, als die Chur-

Ceremoniel überhaupt.

Fürſten auf dem denen Königen gleichen Ceremoniel, Franckreich hingegen (für welches doch ſo viele Chur-Fürſtliche Höfe jetzo mehr Deference, als ſonſten jemals, bezeuget haben,) auf dem Ceremoniel de A. 1658. beſtanden, der Spaniſche und Päbſtliche Geſandte aber ſich ſo dann auch nach Franckreich gerichtet haben und jenen nicht verſagt werden können, was dieſem eingeräumet worden; dahero es viele Mühe gekoſtet hat, dieſe widrige Principia einiger maſſen zu conciliiren, wobey es jedannoch nicht ohne mancherley Irregularitäten und Anomalien abgegangen iſt. Was in denen gedruckten Beſchreibungen davon geleſen werden kan, iſt das wenigſte und enthält nur das, was dem Publico in die Augen gefallen iſt; von deme aber, was ſonſten dießfalls verhandelt worden iſt und ohne Nachtheil bekannt gemacht werden kan, will ich in denen Zuſätzen zu dem 2ten Theil meines Staats-Rechts ausführlicher reden, hier aber nur einige Singularia beybringen.

§. 7.

Trauer für den verſtorbenen Kayſer.

Wie das Ceremoniel in Anſehung der Trauer für dem verſtorbenen Kayſer auf dem Wahl-Convent gegen die vorige Zeiten

ten abgeändert worden ſeye? davon habe ich in meinem teutſch. Staats-Recht *Tom. 7. p. 26.* Nachricht gegeben.

§. 8.

Sonſt iſt eine unbewegliche Regel des Europäiſchen Hof-Ceremoniels geweſen, daß ein groſſer Herr oder Geſandter, ſo lange er nicht öffentlich eingezogen geweſen, ſich incognito gehalten, nach ſeinem öffentlichen Einzug aber das groſſe Ceremoniel angenommen hat; das mahl aber ware es umgekehrt. Dann ſo zoge der Chur-Fürſt zu Cölln erſt den 22. Jan. (zwey Tage vor der Wahl,) und der Marechal de Belleisle erſt den 18den Jan. öffentlich ein, da doch beede längſt zuvor in groſſer Gala Beſuche gegeben und angenommen, reſpect. in dem groſſen Ceremoniel bey denen Conferentien erſchienen waren, u. ſ. w.

Spate öffentliche Einzüge.

§. 9.

Wann ein Principal ſelbſt zugegen iſt, ſo höret ſonſt ſeiner Geſandten character repræſentativus auf, zumalen, wann dieſe von dem Principalen in eben der Qualität, darin er ſelbſt erſcheinet, ernannt worden ſeynd und der Principal und ſein Bedienter bey einem Actu beede in Perſon

Ambaſſadeurs in Gegenwart der Principalen.

ſon erſcheinen. Deſſen ohnangeſehen hat man, ſonderlich denen Herrn Chur-Mayn-ziſchen zu gefallen, auch derer gegenwärtigen Herrn Chur-Fürſten Miniſtros, ſo gar wann der Principal und der Miniſter zugleich bey einer Conferenz oder Solennität erſchienen ſeynd, als Ambaſſadeurs tractirt, welches bey anderen Wahl-Conventen nie geſchehen ware.

§. 10.

Ceremoniel der Chur-Fürſten gegen die Chur-Fürſtliche Geſandten.

Nachdeme Chur-Mayntz und, dieſem zu gefallen, auch Cur-Cölln ſich reſolviret hatten, die fremde Ambaſſadeurs auf dem Fuß de A. 1658. zu tractiren und doch denen Königlichen Geſandten kein Præcipuum vor denen Chur-Fürſtlichen eingeraumt werden wollte, entſchloſſen ſich die beede anweſenden Chur-Fürſten, denen Chur-Fürſtlichen Geſandten (auſſer ihren eigenen, ob gleich auch dieſe, erſtgedachter maſſen, als Ambaſſadeurs paſſierten,) gleich denen Franzöſiſch-Spaniſch-und Päbſtlichen Bottſchafftern, eine ſolenne Viſite zu geben, wie auch von Chur-Cölln würcklich geſchahe, Chur-Mayntz aber entſchuldigte deſſen Unterlaſſung hernach mit ſeiner Unpäßlichkeit: wodurch zwar freilich das Ceremoniel derer Chur-Fürſtlichen

lichen Geſandten erhöhet, denen Principalen ſelbſten aber vielleicht zu nahe getretten worden iſt, da bekanntlich kein König keinem Ambaſſadeur eine ſolenne Viſite gibt.

§. 11.

Denen Chur-Fürſtlichen zweyt- und dritten Geſandten wollte anfänglich von dem Franzöſiſchen Ambaſſadeur (deme hierinn auch die andere bald gefolget ſeyn würden,) wegen des gleichen Ceremoniels mit dem erſten Geſandten Streit erreget werden: wie aber Franckreich die Politic hat, daß wo die Realität dem Ceremoniel, oder dieſes jenem, weichen muß, es lieber dem Ceremoniel ein Bein abſchläget, welches man allenfalls ſchon wieder heilen kan; ſo erklärete ſich Franckreich, (welches ſeine Deſſeins arte und nicht Marte auszuführen im Sinne hatte,) auch jetzo, daß es für dieſesmal allen Chur-Fürſtlichen Geſanden gleiches Ceremoniel geben wollte, doch ohne Conſequenz auf das Zukünfftige. Ceremoniel der zweyten Chur-Fürſtlichen Geſandten.

§. 12.

Bey dem Wahl-Actu ſelbſt konnte dieſesmal als etwas beſonders angeſehen werden: Singularia bey dem Wahl-Actu.

1. Daß

1. Daß der Herr Eligendus, ob er wohl gewiß wuſte, daß die Wahl auf ihn fallen würde, er auch in der Nähe zu Mannheim ware, dannoch dem Wahl-Actui, gegen die ſonſtige Obſervanz, nicht mit beygewohnet, weil er nicht anderſt, als zugleich qua König in Böhmen, hätte erſcheinen wollen, er aber dafür von dem Chur-Fürſtlichen Collegio nicht erkannt ware, es ſich auch nicht geſchickt hätte, daß ein König in Böhmen gegenwärtig ſeyn und doch die Böhmiſche Chur-Stimme ruhen ſollte, wie dann

2. Auch bey Proclamation der Wahl in dem Conclavi und der Kirch bloß der Chur-Bayriſche Titul gebraucht wurde.

3. Lieſſe ſich der Chur-Fürſt zu Maynz, Alters und Schwachheit halber, bey dem Wahl-Actu in einer Porte-Chaiſe tragen, welches nicht nur etwas beſonderes ware, ſondern auch in dem Zug und Ceremoniel einige Anomalie verurſachte.

4. Wurde dieſesmal die Wahl-Capitulation in dem Conclavi von beeden Botſchafftern des Electi zugleich beſchworen, auch neben einander unterſchrieben, da A. 1711. die Beſchwörung nur von dem erſten und die Unterſchrifft nur von

dem

dem dritten Wahl-Geſandten geſchehen ware.

5. Die vorläuffige mündliche Notification ſollte, ex Concluſo Collegii Electoralis, der Reichs-Erb-Marſchall Graf von Pappenheim thun; es begabe ſich aber ein Neveu des Chur-Fürſtens zu Mayntz vor der Wahl zur Stadt hinaus, machte ſich, als er nach der Wahl die Stücken löſen hörete, auf den Weg nach Mannheim und notificirte dem neuen Kayſer die Wahl in privat-Nahmen des Chur-Fürſtens zu Mayntz, noch ehe der Reichs-Erb-Marſchall ankame, worüber allerley Gloſſen gemacht wurden.

§. 13.

Weil man übrigens den Wahl-Termin bald angeſetzet und (in Ermanglung derer Kayſerlichen Ceremoniel-Hof-Actorum von denen vorigen Wahl- und Crönungs-Tagen, ꝛc.) das Ceremoniel manche Zeit hinweggenommen hat, iſt dieſesmal vieles erſt nach bereits vollzogener Wahl und Crönung in Nach-Conferentien abgehandelt worden, welches man ſonſten vor der Wahl hat richtig zu machen pflegen, zumalen wann es Sachen betraffe, die mit der Wahl-Capitulation eine Verbindung hatten.

Anhang

Anhang zu dem vierdten Capitel.

Beantwortung
einiger die
Böhmiſche Chur-Stimme
betreffender Fragen.

Erſte Frage:

Ob der jetzt-regierenden Königin in Ungarn und Böhmen Majeſtät befugt ſeyen, das Böhmiſche Chur-Votum, wie bey der bevorſtehenden Kayſer-Wahl, alſo auch ſonſten, in dem Chur-Fürſtlichen Collegio, unter eigenem Nahmen zu führen?

Pro negativa wird angeführet:

1. Es kommt hiebey vornehmlich auf das ſiebende Capitel der güldenen Bull an, in welchem dreyerley Sachen enthalten ſind: Erſteus nemlich wird §. 2. die Anzahl der weltlichen Mit-Glieder des hohen Chur-Fürſtlichen Collegii feſt geſtellet; darauf wird noch in eben dieſem §. 2. wie auch im §. 3. und 4. von eben dieſen (eorundem) weltlichen Chur-Häuſern, (unter welchen Böhmen ausdrücklich mit benahmſet ware,) verordnet, daß Ius, vox & poteſtas Electionis, oder das Wahl-Recht, nur auf das männliche Geſchlecht, nach Ordnung der Erſtgeburt fallen ſolle und endlich wird verſehen, daß in dem Fall, da ein weltliches Chur-Fürſtenthum dem Reich verlediget würde, der Kayſer Macht haben, auch ſchuldig ſeyn ſolle, ſelbiges wiederum an jemanden zu vergeben und bey dieſem letzten Membro heißt es: Salvis ſemper Privilegiis, Iuribus & Conſuetudinibus Regni Noſtri Bohemiæ, ſuper electione Regis in caſu vacationis per Regnicolas, qui Ius habent eligendi

Regem

Regem Bohemiæ, facienda iuxta continentiam eorundem Privilegiorum & obſervatam Conſuetudinem diuturnam a Divis Romanorum Imperatoribus ſive Regibus obtentorum, &c. Wann aber in Böhmen der Fall exiſtire, daß die Stände zum Wahl-Recht befugt ſeyen, hat eben dieſer Kayſer ſchon zuvor, nemlich Anno 1348. alſo erkläret: in caſum duntaxat & eventum, quibus de Genealogia, progenie, vel ſemine, aut proſapia Regali Boemiæ Maſculus vel *Femella* ſuperſtes legitimus, quod Deus avertat, nullus fuerit oriundus, vel per *quemcunque alium modum* vacare contigerit, &c. Da nun alſo Böhmen bloß bey dem letzten Articul etwas beſonderes gemacht worden iſt, ſo bleibt es in Anſehung der beeden erſten Fälle bey deme, was die güldene Bull verordnet hat, mithin kan eine Printzeßin wohl Erbin des Königreichs ſeyn, aber nicht die Chur verwalten, wie aus eben dieſem Grunde (weil nemlich nur bey dem letzten und dritten Fall Böhmen ein Vorrecht hat,) ſchon Kayſer Friderich III. denen Böhmiſchen Ständen mit gutem Succeß fürgehalten hat, in der güldenen Bull ſeye verſehen, daß der nächſte Anverwandte Chur-Verweſer ſeyn ſolle, von welcher Verordnung Böhmen nirgends ausgenommen worden ſeye.

2. Man kan auch nicht ſagen, daß, weil Böhmen erſt nach Abgang der Printzeßinnen vacant werde, dieſe deswegen des Chur-Rechts fähig ſeyen; indeme es einen dritten Weg giebet, nemlich der nächſte Chur-mündige Erb-Folger männlichen Geſchlechts hat nach dem §. 4. Cap. 7. der güldenen Bull indeſſen ein Recht darzu.

3. Zwar iſt des Falles, wann eine Printzeßin zur Böhmiſchen Crone gelanget, nicht namentlich gedacht, ſondern nur der Minderjährigkeit eines Chur-Erbens Erwähnung gethan, indeſſen ſtecket jenes in der Conſequentz und

dem Indole der Chur- und Ertz-Aemter, gleichwie auch nur gedacht wird, daß des Vaters Brudern die Vormundſchafft zukomme, da doch, in deſſen Ermanglung, ſelbige ohnſtrittig auch anderen nächſten Agnaten gebühret und keiner Gemahlin aufgetragen werden kan.

4. Die Böhmiſche Stände ſelbſten melden in ihrer Deduction de A. 1620. daß in der güldenen Bull die weltliche Chur-Fürſtenthümer nicht auf die Töchtern und weibliche Succeſſion, ſondern auf den Manns-Stammen, deſtinirt und geordnet ſeyen.

5. Chur-Pfaltz hat ebenfalls ſchon in dem A. 1620. gedruckten Achts-Spiegel p. 15. gemeldet: Wann die Cron Böhmen auf eine Printzeßin fallen ſollte, würde es ſehr mißlich ſehen: ob ſie für eine Mit-Chur-Fürſtin erkannt, oder auch in das Chur-Fürſtliche Conclave zu der Wahl eines Römiſchen Königs und zu Verwaltung des Ertz-Schencken-Amts werde zugelaſſen werden?

6. In denen Meditationibus ad Sanct. pragm. p. 44. wird ſelbſt eingeräumt und bekennt: In Germania moris non eſſe, ut Fœmina in Ius eligendi Imperatorem ſuccedat. Und der Autor Diſcurſus de Succeſſione Fœminea in Provincias Auſtriacas ſchreibet auch: Licet Bohemiæ Regno Electoratus ſit nexus, in Fœminam tamen cadere nequit.

7. So lange das Chur-Fürſtliche Collegium ſtehet, iſt keine Printzeßin zu Verrichtung eines Chur-Amtes oder einer Kayſer-Wahl zugelaſſen worden, ohnerachtet es denen Böhmiſchen Printzeßinnen nicht an Gelegenheit darzu ermangelt hat, wann ſie deſſen fähig geweſen wären. Dann

8. A. 1308. wurde weder König Heinrich in Böhmen, aus dem Geſchlecht von Cärnten, noch auch ſeine Gemahlin, Erbin des Königreichs, zu der Wahl Kayſer Heinrichs

richs VII. beruffen, wie doch wenigſtens das letztere hätte geſchehen ſollen, wann je der Gemahl, als ein eingetrungener König, der Stimme unfähig geweſen wäre.

9. So wurde auch der Wahl-Tag Kayſer Albrechts II. weder von ihme ſelbſt (weil ihn die Böhmen noch nicht zum Könige angenommen hatten,) noch von ſeiner Gemahlin beſchickt, ohnerachtet dieſe letztere Cron-Erbin und er bereits vor der Wahl mit ihr vermählt geweſen. Daß aber gar niemand erſchiene, rührete daher, weil die Hertzogin von Lothringen, ſo nach Albrechts Gemahlin die nächſte Cron-Erbin ware, keine männliche Deſcendentz hatte.

10. Kayſer Siegmund, der ſelbſt König in Böhmen geweſen, hat den Chur-Fürſten zu Brandenburg, als er vor ſeines Sohnes Gemahlin eine Anſprach auf die Chur und das Hertzogthum Sachſen machte, unter anderem auch damit abgewieſen: daß keine Printzeßin eine Chur erben und beſitzen könne.

11. Als Chur-Braunſchweig die neunte Chur bekommen, hat es ſich einen beſonderen Lehen-Brieff darüber geben laſſen, in welchem der Braunſchweigiſchen Lande, die man nach Abgang des Manns-Stamms der weiblichen Succeſſion fähig hielte, nicht gedacht, ſondern die Chur bloß auf die männliche Deſcendentz gerichtet wird.

12. Im vorigen Seculo hat Chur-Fürſt Maximilian in Bayern, mit Kayſer Ferdinands III. Genehmhaltung, ſeine Gemahlin zur Regentin der ſämtlichen Bayeriſchen Lande, währender Minderjährigkeit ſeines Chur-Printzens, verordnet, wie ſie dann auch als aus der Unterſchrifft des Reichs-Abſchieds de A. 1654. zu erſehen,) das Hertzoglich Bayeriſche Votum in dem Reichs-Fürſten-Rath geführet hat, in dem Chur-Fürſtlichen Collegio aber führete der nächſte Agnat, Hertzog Albrechts, die Stimme.

13. A. 1711. trugen König Carls in Spanien und Böh-

men Majeſtät Ihrer Frau Mutter die Interims-Regierung ihrer Erb-Lande auf, welche auch in ſolcher Qualität die Beſtellung der Quartiere vor die Böhmiſche Geſandtſchafft bey der Kayſer-Wahl beſorgte, die Vollmacht für die Geſandte aber mußte dannoch von dem König ſelbſten ausgeſtellet werden.

14. Nach Chur-Fürſt Chriſtians I. in Sachſen Abſterben wurde deſſen zur Vormundſchafft mitverordnete Frau Wittib und der Con-Tutor, Chur-Fürſt Johann Georg zu Brandenburg, von der Adminiſtration der Chur Sachſen in Reichs-Angelegenheiten ausgeſchloſſen.

15. Bey der Kayſer-Wahl muß von den weltlichen Chur-Fürſten, oder deren Geſandten, zugeſaget werden, daß ſie oder reſp. ihre Principalen, daferne die Wahl auf einen unter ihnen fallen ſollte, die Capitulation halten wollten; da nun eine Printzeßin ineligibel iſt, ſo könnte auch dergleichen Zuſage von ihr nicht geſchehen, alſo iſt ſie zu Adminiſtration der Wahl-Rechte unfähig.

16. Die Reichs-Ertz-Aemter und die daher originierende Chur-Würden ſind, ihrer Natur und Eigenſchafft nach, urſprünglich auf den Manns-Stammen geſtiftet.

17. Es würde ein fremdes Anſehen geben, wann eine Printzeßin mitten unter denen geiſt- und weltlichen Chur-Fürſten ſitzen und das Ertz-Amt, zu Pferd und Fuß verwalten wollte.

18. Wann ſie es auch gleich ihren Geſandten oder dem Erb-Amt auftragen wollte, ſo kan doch niemand jemanden etwas auftragen, deſſen er ſelbſten nicht fähig iſt.

19. Die Reichs-Ertz-Aemter ſind auf Kriegs- und Friedens-Zeiten gerichtete Hof-Aemter, auf welchen noch zur Zeit der güldenen Bull die oberſte Verwaltung und Beſorgung des gantzen Kayſerlichen Hofes beruhet hat.

20. Kayſer Rudolf I. bezeuget, daß die Cron Böhmen

men die Chur-Würde und Wahl-Recht, ſamt dem Ertz-Schencken-Amt, ad inſtar & ſimilitudinem der andern Chur-Fürſten, zu exerciren haben ſolle und darinnen iſt durch die ſonſt für Böhmen ſo favorable güldene Bull nichts abgeändert worden.

21. In der güldenen Bull wird verſehen, daß ein König in Böhmen, bey ſolennen Proceßionen, unmittelbar hinter dem Römiſchen Kayſer her, jedoch der Kayſerin annoch vorgehen ſolle, welches ohne allen Unterſchied nicht alſo würde verordnet worden ſeyn, wann man dabey zugleich mit auf den Fall, da eine Printzeßin den Böhmiſchen Thron beſitzen würde, gedacht und dieſelbe zu Verſehung der Chur-Würden bey dergleichen ſolennen Aufzug fähig erachtet hätte.

22. Als A. 1708. die Readmiſſion der Cron Böhmen in das Chur-Fürſtliche Collegium erfolgt, iſt nichts beſonders auf gegenwärtigen Fall bedungen worden.

23. In der Sanctione Pragmatica iſt gleichfalls nichts von einer beſonderen und exceptiven Fähigkeit einer Königin in Böhmen zu Ausübung der Chur-Rechte im mindeſten verſehen.

Antwort darauf.

ad I.

1. Wann man genau reden will, ſo kommt es nicht forderiſt auf die güldene Bull an, ſondern auf die von dem R. Reich erkannte Privilegien der Cron und Chur Böhmen; dann dergleichen ſpecialia derogiren allezeit denen generalibus und ſind von denenſelben ausgenommen, wie dann deswegen eben in dem 7den Titul der güldenen Bull §. 5. verordnet wird, daß das daſelbſt beliebte denen Freyheiten der Cron Böhmen unnachtheilig ſeyn ſolle. Es würde auch das Gegentheil, wie wir gleich ſehen werden,

denen bey der Böhmiſchen Cron-Folge intereßierten hohen Häuſern ſelbſten äuſſerſt nachtheilig ſeyn.

2. Wann das 7de Capitel der güldenen Bull auf die jenſeits beliebte Art behandelt werden wollte, ſo wären fünf, und nicht drey Fälle darinnen enthalten, nemlich a) wer die weltlichen Mitglieder des Chur-Fürſtlichen Collegii ſeyen? b) wie in einer weltlichen Chur ſuccediret werden ſolle? c) wie es mit der Vormundſchafft eines unmündigen Chur-Erbens zu halten ſeye? d) wie die weltliche Churen dem Reich eröfnet werden? und e) wie ſelbige wiederum vergeben werden ſollen? Was würde aber daraus folgen, wann man ſo rechnet und jedes Membrum ſo anſehen wollte, wie jenſeits geſchehen iſt? Dieſes: durch Abgang des Manns-Stammens falle die Böhmiſche Chur dem Reich als eröfnet heim. Dann es heißt: Si vero aliquem ex huiusmodi Principatibus ipſorum (unter welchen Böhmen deutlich mit benahmſet ware,) Imperio ſacro vacare contingeret, (nemlich, der Connexion und dem gegneriſchen eigenen Geſtändniß nach, durch Abgang des Manns-Stammens,) tunc Imperator ſeu Rex Romanorum, qui pro tempore fuerit, de ipſo providere debebit, &c. Dann es wird zwar hierauf der Böhmiſchen Privilegien gedacht, aber NB. nur derer ſuper Electione in caſu vacationis; daß aber Böhmen nicht auf eben die Art dem Reich eröfnet werden ſollte, wie andere weltliche Chur-Fürſtenthümer, davon wird kein Wort gemeldet und iſt bekannt, daß der Autor der Reflexions d'un Patriote Allemand &c. ſur la Demande de la Garantie &c. eben daher zu ſchlieſſen vermeinet hat, nach Abgang Ihro Kayſerl. Maj. Carls des VI. ohne männliche Erben falle die Böhmiſche Chur dem Reich als ein eröfnetes Lehen heim.

3. Kan man, bey genauer Einſicht, wiederum nicht ſagen,

gen, daß hier eigentlich habe verordnet werden wollen: was für weltliche Häuſer in dem Chur-Fürſtlichen Collegio Stimmen haben ſollten? Dann dieſes ware ſchon zuvor Cap. 4. §. 4. ausführlich geſchehen und das Cap. 7. handelt, wie es auch die authentiſche Uberſchrifft giebet, nur de Succeſſione Principum Electorum, maſſen die Worte §. 2. Sane generaliter &c. nur etwas erzählen, die Diſpoſitio Legis aber fanget erſt bey denen Worten: Statuimus & Imperiali &c. an und handelt gleich von der Succeſſion, mithin fället von ſich ſelbſten hinweg, was in Anſehung des Erſten jenſeits formirten Membri gegen Böhmen geſchloſſen werden will.

4. Wann aber daraus, daß bey dem zweyten angeblichen Membro von Böhmen nichts insbeſondere gedacht iſt, etwas folgen ſolle, ſo würde, ſchon beſagter maſſen, folgen: Entweder Böhmen iſt auf gleichen Fuß zu tractiren, wie andere weltliche Chur-Häuſer; in dieſen können nur die Printzen folgen, alſo auch in Böhmen. Aber wird man wohl jenſeits dieſe Folge gelten laſſen? Gilt ſie aber nicht gegen die künftige Chur-Erben per Fœminas, wie und warum ſolle ſie dann gegen die jetzige Cron- und Chur-Erbin gelten?

5. Bey dem dritten Membro wird abermalen mit keinem Wort gedacht, daß die Printzeßinnen in Böhmen erben können, ſondern, nachdeme von allen weltlichen Chur-Häuſern geſagt worden ware, daß ſie durch Abgang des Manns-Stammens vacant würden, heißt es gleich darauf: die Stände von Böhmen ſollten das Wahl-Recht haben. Wann alſo auch Kayſer Carl IV. A. 1348. die Printzeßinnen vor Thron-fähig erkläret hätte, könnte man doch ſagen, es ſeye ſolches durch dieſes neuere allgemeine Reichs-Grund-Geſetz wieder aufgehoben worden, dabey es nicht an Materie fehlen würde, aus denen gegneriſchen

eigenen Erzählungen wahrſcheinlich zu machen, daß die andere Chur-Fürſten dieſes von dem Kayſer ohne ihre Mit-Einwilligung ertheilte Privilegium nicht hätten wollen gelten, noch zwiſchen Böhmen und denen anderen Chur-Häuſern einen ſo gar groſſen Unterſchied machen, oder es auf dem Fall ankommen laſſen, daß ſie eine Dame in ihr Collegium mit aufnehmen müßten.

6. Man könnte dieſem beyfügen: Wann es mit dem Privilegio de A. 1348. ſeine Richtigkeit hätte und daſſelbige gültig wäre, ſo hätte es die höchſte Noth erfordert, daß allhier deſſelbigen gedacht und, wie dem Wahl-Recht derer Böhmiſchen Stände, alſo noch viel mehr dem Succeſſions-Recht der Printzeßinnen, proſpiciret worden wäre. So aber und da es nicht geſchehen, ſeye es ein offenbares Anzeigen, daß dieſes Privilegium damals noch nicht in rerum natura geweſen, oder daß man ſich nicht damit an das Licht getrauet habe, oder daß demſelben von dem Chur-Fürſtlichen Collegio, oder denen Böhmiſchen Ständen, oder beeden, widerſprochen worden ſeye.

7. Man kan melden: daß dieſes alles auch dadurch beſtärcket werde, weil der Kayſer keines von ihme ſelbſt herrührenden Privilegii, ja nicht einmal überhaupt derer von denen Kayſern an Böhmen ertheilten Privilegien, gedencke, ſondern deutlich nur derer a *Divis* (denen Verſtorbenen) Romanorum Imperatoribus obtentorum und nur von dieſen, nicht aber von ſeinen eigenen, ſage, daß die güldene Bull ihnen unnachtheilig ſeyn ſolle.

8. Endlich ſo könnte dieſem Privilegio auch noch alles das entgegen gehalten werden, was die Böhmiſche Stände in ihrer Deduction de A. 1620. gegen daſſelbige eingewandt und ſo operoſe deduciret haben.

9. Wann man aber auch die gegneriſche Sätze wegen des Privilegii de A. 1348. paßieren läſſet, ſo beziehet ſich doch

die

die güldene Bull nicht nur auf die Privilegia, ſondern auch auf die Conſuetudines Regni Bohemiæ ſuper electione Regis in caſu vacationis. Nun ſagt aber der Chur-Sächſiſche Herr Hof-Rath GLAFEY in ſeiner pragm. Geſchicht. der Cron Böhm. p. 169. „Daß die weltlichen „Chur-Fürſtenthümer im Reiche auf keine Weiber fallen, „oder von keinen Weibern regiert werden können, iſt „richtig. Sie können aber wohl durch Weiber trans„feriret werden, das iſt, Weiber können ſie, als Erben, „auf ihre Männer bringen, wovon wir ja Exempel ge„nug in den Böhmiſchen, Pfälziſchen und andern Ge„ſchichten haben. König Johannes von Böhmen kam „durch das Erb-Recht ſeiner Gemahlin zu dem Chur„Fürſtenthum Böhmen, wie ich oben gründlich erwie„ſen. Ja nicht nur dieſes, ſondern auch Herzog Heinrich von Kärndten, welcher des lezteren Königs Wenzels älteſte Schweſter hatte, wurde, Krafft dieſer ſeiner Gemahlin Erb-Rechts, ſchon zuvor A. 1308. König und muß, ob er gleich aus anderen Urſachen hernach abgeſezt worden, Herrn GLAFEYS Urtheil p. 165. ſeqq. nach allerdings dafür paßieren.

10. Wann alſo richtig wäre, wie gegneriſcher Seits ſupponiret wird, a) daß zwar die Böhmiſche Prinzeßinnen Cron-fähig ſeyen, b) dabey aber die Chur von niemand anderſt, als einem Prinzen, verwaltet werden könne und man nimmt, nach deutlicher Vorſchrifft der güldenen Bull, die vor- und nachgehende Obſervanz des Königreichs Böhmen darzu, ſo würde der Schluß ſo ausfallen: Wollen alſo Ihro Majeſtät, die Königin in Ungarn und Böhmen, ihr Chur-Recht ausüben, ſo müſſen ſie ihres Herrn Gemahls Königliche Hoheit zum König in Böhmen erklären. Ob man aber dieſes jenſeits lie-

der würde geſchehen laſſen, als daß man der Königin ſelbſten Sitz und Stimme zugeſtünde? Zweifle ich.

11. Was von Kayſer Friederichen III. gemeldet wird, gienge nicht das Erb-Recht oder Chur-Fähigkeit einer Prinzeßin an, es kan alſo auch dieſer Fall hier nicht anſchlagen. Viel weniger kan man ſagen, daß Kayſer Friederich die Sache mit gutem Succeß getrieben habe, dann der Kayſer muſte die Vormundſchafft niederlegen und den Ladislaum, als er erſt 12. jährig ware, ausliefferen. Am allerwenigſten aber wird man ernſtlich zubehaupten verlangen, daß Kayſer Friderich die güldene Bull ohne Zuziehung des Chur-Fürſtlichen Collegii, zumalen in einer Sache, wobey er ſelbſt als Parthie intereßiert geweſen, authentiſch habe erklären können.

ad 2.

Daß der nächſte Böhmiſche Cron-Folger keine Anſprach auf die Chur-Adminiſtration währender Regierung einer Königin machen könne, werden wir bey der zweyten Frage vernehmen; gleichwie auch bald wird gezeiget werden, daß eine Königin ſelbſten allerdings Chur-fähig ſeye: wollte man aber dieſes nicht gelten laſſen, ſo wäre viel mehr der dritte Geſetz- und Gewohnheits-mäßige Weg der bereits angezeigte, daß ihr Gemahl ſich zum König und Chur-Fürſten erklären lieſſe.

ad 3.

1. Wird in ſo ferne angenommen, daß die güldene Bull des Falles nicht gedencke, wann eine Böhmiſche Prinzeßin zur Crone gelangte, mithin kan auch deſſen, daß der nächſte männliche Cron-Erbe ihr Chur-Adminiſtrator ſeyn ſolle, darinnen nicht gedacht ſeyn, ſondern entweder ſeynd es Caſus præter Legem, die alſo daraus gar nicht entſchieden werden können, oder ſind ſie virtuali-

tualiter darinnen begriffen, ſo wird ſich hernach zeigen weme von beeden die Analogie zu ſtatten komme?

2. Es iſt allerdings an deme, daß nicht nur in dem angeführten, ſondern noch in vielen anderen Fällen, der Sinn der güldenen Bulle von weit gröſſerem Umfang iſt, als die Worte, wiel dann widrigen Falles die hohe Herrn Reichs-Vicarien ſo wohl in Anſehung der Vicariats-Gränzen, als ihrer Gewalt, ſehr gegen deme zu kurz kommen würden, worzu ſie ſich berechtiget zu ſeyn achten; alleine ſo muß dieſe Auslegungs-Regel auch der Königin in Böhmen zu ſtatten kommen und ich zweifle, daß etwas, ſo nicht auf eine petitionem principii hinausläufft, anzutreffen ſeye: warum die güldene Bull eher einem aller Regierung deſtituirten eventualen Cron-Folger, als einer ſelbſt-regierenden Königin, das Wort reden ſolte?

3. Daß die Ausſchlieſſung einer Prinzeßin in der Conſequenz und dem Indole der Chur- und Erz-Aemter ſtecke, wird von allen weltlichen Chur-Häuſern, auſſer Böhmen, eingeſtanden, weil ſie nicht zu der Succeſſion des Landes, worauf die Chur- und Erz-Amt hafften, gelangen können; wann aber eine Prinzeßin, Krafft der güldenen Bull, zur Regierung eines Landes kommen kan, auf welchen eine Chur-Stimme und Erz-Amt radicieret iſt, ſo ſteckt viel mehr in der Conſequenz, daß ſie zu einem ſo fähig ſeye, als zu dem anderen und der Gegen-Satz iſt ſo unerweislich, als unwahrſcheinlich.

ad 4.

1. Daß der Böhmiſchen Stände in denen damaligen Umſtänden behauptete Meinung nicht einmal ſo viel als die Gedancken eines unpartheyiſchen Privati, ſondern, als aſſerta partis in favorem proprium gar nichts beweiſen, wird verhoffentlich jenſeits eingeſtanden werden.

2. Oder ſollte ihr Vorgeben etwas gelten, ſo müſte man allerdings auch das andere, ſo ſie daraus herleiten wollen, gelten laſſen, nemlich daß die Böhmiſche Prinzeßinnin ſo wenig Cron-als Chur-fähig ſeyn, welches aber vor den hohen Gegentheil eine ſchlimme Sache wäre.

ad 5.

1. Eben dieſe Bewandtniß hat es auch mit der alten Chur-Pfälziſchen Schrifft, welche freilich nicht anderſt lauten konnte, wann man der Böhmiſchen Stände freyes Wahl-Recht mit Ausſchlieſſung, nicht nur der Prinzeßinnen, ſondern auch des Königliches Manns-Stammens ſelbſten, behaupten wollte.

2. So gar wird nicht einmal poſitive geſagt, daß eine Dame zur Chur unfähig ſeye, ſondern es wird nur ſtarck daran gezweifelt und die Entſcheidung an ihren Ort ausgeſtellt.

3. Will man nicht geſtatten, daß Ihro Chur-Fürſtl. Gn. zu Mainz Einſicht, daß des Herrn Herzogs von Lothringen Königl. Hoheit als Chur-Adminiſtrator zur Wahl zu beruffen ſeyen, anderen zur Norm diene, ſo könnte auch ein Chur-Pfälziſches widriges poſitives Aſſertum einer königlich Böhmiſchen Erb-Tochter nicht verfänglich ſeyn.

ad 6.

1. Noch weniger wird man ſo weit gehen wollen, einigen privat-Scribenten ſo viel einzuraumen, daß deren Meinung groſſen Herrn an ihren Gerechtſamen etwas benehmen könnten.

2. Allenfalls müſte man auch dagegen gelten laſſen, daß ich, als auch ein Dritter noch vor angegangenem jetzigen Streit, in meiner A. 1739. zu Franckfurth an der Oder öffentlich gehaltenen Diſſertation de Jure & modo

ſucced.

ſucced. in Regn. Europ. ſpeciat. in Regn. Bohem. p. 17. (Edit. prim.) bezeuget habe, daß der Autor Meditat. &c. in dieſem Punct keine genugſame Einſicht bezeuget habe und ſo würde das aus Herrn GLAFEY wegen der Cron-Erbinin Gemahlen Cron-Rechts zuvor angeführte auch von Chur-Sachſen erkannt werden müſſen.

ad 7.

1. Aus dieſem, daß kein Exempel vorhanden iſt, folgte nur ſo viel, daß man alſo ſich dißfalls auf kein Reichs-Herkommen beziehen könne.

2. Was viele 100. Jahre hindurch biß auf A. 1708. für eine Confuſion und Ungewißheit wegen des Nexus zwiſchen Böhmen und Teutſchland geweſen ſeye? iſt Reichs-kundig.

3. Beſonders die Böhmiſche Chur-Stimme anbelangend, ſo kan in Hrn. GLAFEYS pragm. Geſch. der Cron Böhmen p. 301. ſeqq. ausführlich geleſen werden, was für viele Händel es deßwegen geſetzet. Kayſer Rudolf I. ſprache es Böhmen ſo gar A. 1275. in einer öffentlichen Urkund ab; ja ſelbſt nach der ſo deutlichen güldenen Bull und der noch über dieſes von Kayſer Carl IV. denen Königen in Böhmen, mit Einwilligung aller Chur-Fürſten, ertheilten beſonderen Urkunde währet es doch noch immer fort, ſo gar, daß der unſtreitige König in Böhmen Vladislaus auch noch bey der Wahl des Röm. Königs Maximilians I. übergangen wurde, welches aber die Gelegenheit gabe, der Sache endlich ein-für allemal zum Vortheil von Böhmen ein Ende zu machen.

Herr GLAFEY l. c. p. 310. ſchreibt: „Dem ohnerachtet ſind nach Carln dem IV. verſchiedene Fälle paſſiert, da die Böhmiſche Könige nicht nur zur Wahl geruffen worden; oder doch dabey von ſelbſten nicht erſchie-

nen,

„nen, worzu allerhand Urſachen Gelegenheit gegeben.
„Bald lagen die Könige von Böhmen mit dem Reich
„in Kriez und Streit, daß das Reich ſie vor Abtrünnige
„hielte, welches ſich bey dem abgeſezten Kayſer Wences-
„lao findet, den die Chur-Fürſten dieſerhalben nicht
„zur Wahl vocirten. Bald waren die Könige Schiſma-
„tici, welches ſonderlich zu der Hußiten Zeiten geſchahe,
„wodurch ſie ſich des Wahl-Rechts unfähig machten,
„aus welchem Fundamento weder die Böhmiſche Stän-
„de, welche nach Abſterben ihres Königs, Kayſers Al-
„berti, keinen König hatten, noch König Georg von
„Podiebrad zur Wahl Friderici III. beruffen wurde,
„welches leztere annoch deßwegen geſchahe, weilen Fri-
„derich und das Haus Oeſterreich Georgen vor keinen
„rechtmäßigen König erkannten. Die Böhmiſchen
„Könige ſelbſt fragten in daſigen Hußiten-Zeiten nichts
„darnach, weilen ſie nicht ſchlecht Willens hatten, vom
„Teutſchen Reich ſich gar abzuthun und aus allem Nexu
„zu tretten.

Nimmt man vollends darzu, was ſich für Succeſſions-Irrungen in der königlichen Familie ſelbſt, ingleichem für Streit wegen des Wahl- und Vormundſchaffts-Rechts zwiſchen denen Königen und denen Ständen zugetragen; ſo kan ja gewiß denen Böhmiſchen Cron-Erbinnin nicht zur Laſt geleget werden, wann an Seiten ihrer oder des Chur-Fürſtlichen Collegii dasjenige nicht beobachtet worden iſt, was hätte geſchehen können und ſollen, auch zu anderer Zeit und bey anderen Umſtänden würde beobachtet worden ſeyn.

ad 8.

Nebſt deme, was bereits überhaupt erinnert worden, kommt hier zu betrachten für, daß Kayſer Albrecht I. dieſen König Heinrich weder für einen König, noch ſei-

ne Gemahlin als Cron-Erbin erkennen, ſondern Böhmen als ein eröffnetes Reichs-Lehen anſehen wollen, dahero er die Böhmen genöthiget, ſeinen Prinzen Rudolf zum Könige anzunehmen und als dieſer bald verſtorben, ware er eben im Begriff, denen Böhmen ſeinen Prinzen Albrecht von neuem aufzutringen, als er, der Kayſer, erſtochen wurde. Man erſiehet auch aus dem Zeugniß der von Herrn GLAFEY l. c. p. 167. angeführten alt- und neuen Scribenten, daß noch mehr Leute, als der Käyſer, Böhmen damals für vacant haben halten wollen, dahero es dann ja freilich kein Wunder iſt, wann Böhmen unter ſolchen Troublen zu der Wahl Kayſer Heinrichs VII. gar entweder nicht beruffen, oder jemand von deſſelbigen wegen erſchienen oder zugelaſſen worden iſt.

ad 9.

Das geſammte Chur-Fürſtliche Collegium nennet in ſeinem Inſtrument über die Wahl Kayſers Albrechts II. bey MULLERN im R. Tags-Theatr. 1ſte Vorſtell. C. 1. p. 2. beſagten Albrecht Dominum Albertum, Regem Ungariæ, *electum Bohemiæ &* Ducem Auſtriæ, mithin tractierten ſie ihne ſchon als König in Böhmen, es konnte alſo auch ſeine Gemahlin keine Stimme führen; daß er aber dannoch entweder nicht beruffen worden, oder niemand geſchickt, oder bey der Wahl nicht votieret, mag zur Urſach haben was es will, ſo kan es keiner Böhmiſchen Erb-Tochter ſchaden, weil, wie gemeldet, die Cron mit einem Prinzen beſezt ware, mithin auf eine Erb-Prinzeßin gar keine weder gute noch böſe Reflexion gemacht werden konnte.

Nicht zu gedencken, daß man Oeſterreichiſcher Seits behauptet, es ſeye, vermög vorhandener Urkund, richtig, daß Böhmen damals zur Wahl eingeladen worden ſeye.

ad 10.

1. Iſt wohl kein Zweifel, daß Kayſer Sigmund hier nicht nur von der Chur-Würde, ſondern auch von denen Landen, worauf die Chur hafftet, geredet habe, und doch will dieſes Exempel auf einen Fall applicieret werden, wo eine Dame unſtreitig der Landes-Folge fähig iſt, welches ja nicht angehet.

2. Wann auch nur von der Chur-Würde die Rede wäre, ſo hätte Kayſer Sigmund doch recht; dann die Regel iſt und bleibet wahr, daß, auſſer Böhmen, keine Chur, alſo auch die Sächſiſche nicht, auf Töchtern erbet, oder von denenſelben beſeſſen werden kan. Dieſes hebet aber die Ausnahme von der Regel bey Böhmen nicht auf.

3. Uberhaupt aber gedencket Kayſer Sigmund in ſeiner Urkund de A. 1426. bey MULLERN l. c. P. 5. p. 456. dieſer angeblichen Antwort unter denen Urſachen, warum er den Chur-Fürſten zu Brandenburg abgewieſen habe, mit keinem Wort.

ad 11.

1. Pacta dant Legem contractui; wie nun der Kayſer dieſe neue Chur-Würde nicht einmal dem ganzen Braunſchweigiſchen Manns-Stammen, ſondern nur Herzog Ernſt Auguſts männlicher Deſcendenz, verliehen hat, ſo konnte er ja wohl auch die Chur nur auf den Manns-Stammen geben, ja er ware darzu gleichſam genöthiget, weilen

2. Nicht nur widrigen Falles die andere weltliche Chur-Häuſer, und die Catholiſche Stände, welche ohnehin wider dieſe Chur genug einwandten, vollends nimmermehr zu deren Erkennung würden gebracht worden ſeyn, wann derſelbigen auch noch ein groſſer Vorzug vor denen meiſten anderen weltlichen Chur-Häuſern beygelegt worden wäre, ſondern

3. Auch, weilen die Braunſchweigiſche Lande keines-weges, wie jenſeits vorgegeben wird, Kunckel-Lehen ſind, ſondern ſelbige, wie ich in meiner Einleit. zu dem R. Hof-R. Proc. T. 3. p. 308. aus dem Lehen-Brieff gezeigt, nur denen männlichen Lehens-Erben verliehen werden, eine Chur ohne Lande aber ja nicht ſubſiſtiren könnte. Ja, wann

4. Dieſe Lande auch würcklich auf die Printzeßinnen erbten, ſo würden ſie doch erſt folgen können, wann der gantze Manns-Stamm ausſtürbe. Solchemnach hätten, nach Abgang Chur-Fürſt Ernſt Auguſts männlicher Nachkommen, die Lande an Wolfenbüttel und die Chur auf die Hannöveriſche Töchter (wann man nemlich die Chur auf dieſelbige hätte extendiren wollen,) fallen müſſen, welches ſich ja abermalen nimmermehr hätte thun laſſen. Daß alſo dieſer Einwurff gantz und gar ſich hieher nicht ſchicket.

ad 12.

1. Wird nicht zu erweiſen ſeyn, daß die verwittwete Chur-Fürſtin Regentin der **geſammten** Bayriſchen Lande geweſen ſeye; dann aus dem in LÜNIGS R. Archiv. Part. ſpec. unter Pfaltz p. 710. befindlichen Lehen-Brieff erhellet, daß Kayſer Ferdinand A. 1651. nicht die Chur-Fürſtin, ſondern den nächſten Agnaten, Hertzog Albrecht NB. mit der **Chur- und Obern-Pfaltz** (als dem eigentlichen Bayriſchen Chur-Land,) Ertz-Truchſeſſen-Amt, deſſelben Würde, Seßion, Stimm und Wahl ꝛc. belehnet hat; wie nun ſonſt allezeit der, welcher das Lehen tutorio nomine empfangt, ſelbiges auch adminiſtriret; alſo iſt kein Zweifel, daß Hertzog Albrecht auch die Regierung der Chur-Lande über ſich gehabt habe.

2. Uberhaupt iſt das gantze Exempel ſo irregular, daß nicht einmal andere weltliche Chur-Häuſer in anderen

glei-

gleichen Fällen es würden paßieren, noch ſich das auftringen laſſen, was Hertzog Albrecht ohne Noth nachgegeben hat.

3. Iſt gantz was anderes: Ob eine Dame, welche nicht fähig iſt, in dem Land, worauf die Chur haftet, zu ſuccediren, in fremden Nahmen zu Ausübung der Chur-Würde zugelaſſen werden könne oder müſſe? oder ob man eine Dame ausſchlieſſen könne, welche das Land, worauf die Chur radiciret iſt, in würcklichem Beſitz und Regierung hat?

4. Wann übrigens auch der gantze Caſus vollkommen paſſete, ſo bliebe doch noch dieſer Haupt-Unterſchied; daß die Bayeriſche Chur-Lande nicht auf die Töchtern fallen, wohl aber die Böhmiſche; alſo muß es auch aus dieſem Grund freilich bey jenen ungleich bedencklicher herauskommen, eine Dame zur Adminiſtration der Chur-Würde zu laſſen, als bey dieſem.

5. In der güldenen Bull endlich iſt ein unwiderſprechlicher Text, daß, währender Unmündigkeit eines Chur-Erbens, der nächſte männliche Anverwandte die Chur verwalten ſolle; aber wo iſt ein Text, daß eine regierende Königin eines Königreichs, auf welchem eine Chur haftet, einem Unmündigen Chur-Erben gleich zu achten ſeye und alſo eines Adminiſtratoris oder Vormunds bedürffe?

ad 13.

1. König Carl erklärete ſeine Frau Mutter zur Interims-Regentin oder Statthalterin, da ſtunde nun bey ihme: wie viel oder wenig und in was für Sachen eine oder keine Gewalt er Ihro auftragen wolle oder nicht? wie ſo auch z. E. die auſſer Reiches verreiſete Kayſere und andere Regenten es gemacht haben und noch machen. Daraus alſo, daß König Carl ſeine Geſandtſchafft ſelbſt bevollmächtiget habe, folget noch nicht, daß er es ſelber habe thun müſſen.

2. Wann

2. Wann man es aber auch zugiebet, ſo ſeynd und bleiben dannoch zwey gar ſehr unterſchiedene Fälle und Fragen: Ob eines würcklichen und regierenden, auch weder durch Natur noch Geſetz, oder Zufälle verhinderten Königs in Böhmen Statthalterin die Chur-Würde zu verwalten fähig ſeye? oder ob es eine ſelbſt in eigenem Nahmen regierende würckliche Königin in Böhmen könne?

ad 14.

Hier iſt zu wiederhohlen, was oben auf das Bayeriſche Exempel geantwortet worden iſt.

ad 15.

1. Daß eine Dame der Teutſchen Crone unfähig ſeye, iſt nirgendswo verſehen. Kayſer Heinrichs IV. Frau Mutter Agnes führte bekanntlich die Reichs-Regierung in Vormundſchafft ihres Herrn Sohnes. Mehreres ſiehe in Herrn SPENERS teutſch. Iur. publ. p. 6. p. 206.

2. Wann man aber auch die Dames als ineligibel anſiehet, ſo folget nur ſo viel daraus, daß ihre Geſandten alſo dieſen Verſpruch nicht thun könnten noch müßten, deswegen würde Jhro aber das Wahl-Recht dannoch eben ſo wohl bleiben, als denen geiſtlichen Chur-Fürſten, welche dieſen Verſpruch auch nicht thun und doch mit wählen.

3. Dieſer gantze Verſpruch hat in keinem Reichs-Geſetz keinen Grund, ſondern iſt bloß ſeit der Zeit durch ein Herkommen eingeführet, als die Capitulationen üblich ſind; mithin hat dieſe gantze Sache nichts auf ſich.

ad 16.

1. Dieſes iſt gantz wahr; wann aber der Kayſer und das Reich diſpenſiren, daß eine Dame ein Land, worauf eine Chur und Ertz-Amt geſtiftet iſt, beſitzen und regieren dörffe, ſo folget daraus gantz natürlich, daß ſie damit auch diſpenſiret haben, daß ſie der Chur-Würde und des Ertz-Amtes fähig ſeye. Hat man Exempel, daß Dames in den

Maltheſer-Orden aufgenommen werden und Obriſten von Regimentern agiren, welches ja auch männliche Verrichtungen ſind, warum ſollten ſie nicht auch ein, ob gleich viel fürnehmeres, doch nicht mehr männliches Hof-Ertz-Amt verſehen können?

2. Die Churen haften eigentlich nicht auf dem Ertz-Amt, ſondern die güldene Bull ſagt Cap. 20. §. 1. *Principatus, quorum virtute* ſeculares Principes Electores Ius & Vocem in Electione Regis Romanorum obtinere noſcuntur.

ad 17.

1. Es würde nicht fremder herauskommen, als wann eine Abbtiſſin (wie ſie ja darzu berechtiget wäre,) bey denen geiſt- und weltlichen Fürſten, Prälaten und Grafen, oder gar mitten unter denen geſammten Reichs-Ständen ſäſſe.

2. So gut andere Chur-Häuſer ihr Ertz-Amt durch das Erb-Amt verſehen laſſen, ſo gut kan es auch eine Königin in Böhmen.

ad 18.

Die Erb-Aemter bedörffen keines beſonderen Auftrags, ſondern haben ihre Commiſſion vorlängſt a Lege, daß ſie, in Abweſenheit des Ertz-Amts, ihr Amt verrichten ſollen, mithin fället dieſer Zweifel von ſich ſelbſt hinweg.

ad 19.

Die Ertz-Aemter ſind eine bloſſe Ceremonie und Ehren-Bezeugung für den Kayſer, deren ſich die meiſte weltliche Chur-Fürſten ohnehin je länger je mehr in Perſon entziehen; ſo kan man ja auch einer Königin in Böhmen gönnen, daß ſie ſich des in der güldenen Bull ſelbſt verordneten Erb-Amtes bediene.

ad 20.

1. Die Worte lauten: Extitit etiam dilucide declaratum, prædictum Regem Bohemiæ & ſuos Hæredes in Ele-

ctione Regis Romanorum, futuri Imperatoris, cum cæteris Electoribus habere debere, ad ſimilitudinem aliorum Electorum, eligendi plenarium Ius & Vocem. Das Similitudo referiret ſich alſo auf: plenarium Ius & Vocem.

2. Wollte man es aber anderſt auslegen und auch von der forma exercitii verſtehen, ſo würde daraus folgen, daß, weil die Printzeßinnen in anderen Häuſern die Lande, auf welchen die Chur unzertrennlich haftet, nicht erben, ſo könne es auch bey Böhmen nicht ſeyn.

ad 21.

Daraus folget nur ſo viel, daß nicht alle Fälle, welche exiſtiren können, in der güldenen Bulle namentlich ausgedruckt ſeyen, welches man gerne geſtehet; wie aber jenſeits bey Gelegenheit der Vormundſchafften ſelbſt erinnert worden iſt, es ſeye genug, daß die güldene Bull die Regeln an die Hand gebe, ſo iſt es auch hier und nicht abzuſehen, warum eine regierende Königin in Böhmen, welche und deren Geſandten in Republica Gentium einerley Platz mit einem König in Böhmen und deſſen Geſandten occupiren, ſolches nicht auch in dem teutſchen Reich ſollte thun können?

ad 22.

Auch dieſes beweiſet nur ſo viel, daß ſie der jetzigen Königin Majeſtät Ihre perſönliche Chur-Habilität nicht aus dieſer Readmiſſion herleiten können, welches aber auch nicht nöthig iſt.

ad 23.

Hievon wird bald ein mehreres fürkommen.

Gründe *pro Affirmativa.*

1. In dem 20ſten Titul der güldenen Bull heißt es: Cum univerſi & ſinguli Principatus, quorum virtute ſeculares Principes Electores jus & vocem in electione Regis Romani, in Cæſarem promovendi, obtinere noſcuntur;

tur; cum jure hujusmodi, nec non officiis, dignitatibus & juribus aliis, eis & cuilibet eorum annexis & dependentibus ab eisdem, adeo conjuncti & inſeparabiliter ſint uniti, quod jus, vox, officium & dignitas, alia quoque jura ad quemlibet Principatuum eorundem ſpectantia, cadere non poſſint in alium, præter illum, qui Principatum ipſum cum terra, vaſallagiis, feudis & dominio, ac eius pertinentiis univerſis, dignoſcitur poſſidere: Præſenti Edicto Imperiali perpetuo valituro ſancimus, unumquemque Principatuum prædictorum, cum jure & voce Electionis, ac officio, ceterisque omnibus dignitatibus, juribus & pertinentiis ad ipſum ſpectantibus, ita perſeverare & eſſe debere unitum perpetuis temporibus indiviſibiliter & coniunctum, quod Poſſeſſor Principatus cuiuslibet, etiam juris, vocis, officiis dignitatis & pertinentiarum omnium ad illum ſpectantium, quieta debeat ac libera poſſeſſione gaudere, ac Princeps Elector ab omnibus reputari, ipſeque, & nemo alius, per ceteros Principes Electores ad Electionem & omnes actus alios, pro Sacri Imperii honore vel opportunitate gerendos, omni tempore aſſumi ſine contradictione qualibet & admitti, nec aliquid præmiſſorum ab altero, cum ſint & eſſe debeant inſeparabilia, dividi, vel ullo tempore debeat ſeparari. Aut in judicio, vel extra, diviſim repeti valeant, aut evinci, vel etiam per ſententiam ſeparari, nec aliquis unum ſine alio impetens audiatur. Quod ſi per errorem vel alias auditus quis fuerit, aut proceſſus, judicium, ſententia, vel aliquid hujuscemodi, contra præſentem diſpoſitionem noſtram emanaverit, ſeu quomodolibet attentari contigerit, hoc totum, & omnia ex his, & quolibet eorum ſequentia, eo ipſo viribus non ſubſiſtant.

Dieſes Reichs-Grund-Geſetz gibt alſo den Beſitz des Landes, worauf eine Chur haftet, als den Grund der

Chur-

Chur-Würde an; der Königin in Ungarn und Böhmen Majeſtät beſitzen das Königreich Böhmen Krafft der güldenen Bull, auf Böhmen ruhet eine Chur, alſo gebühret der Königin die Chur-Stimme, Krafft der güldenen Bull.

2. Jhro Kayſerliche Majeſtät Carl VI. haben, wie niemand zweiflen oder widerſprechen kan, dero Printzeßinnin Töchtern zu ihren Erbinnin nicht nur in deren Einkünften, ſondern auch in der Regierung, aller ihrer Erb-Lande auf eben dieſe Weiſe erkläret, wie ſie ſelbſt ſolche Lande und deren Regierung beſeſſen und exerciret haben, folglich auch mit allen denen Rechten, Ehren und Würden, welche dieſen Landen und deren Beſitz ankleben und das Reich hat die Sanctionem Pragmaticam erkannt. Nun haben aber Jhro Kayſerliche Majeſtät nicht nur die Böhmiſche Königliche, ſondern auch die Böhmiſche Chur-Würde beſeſſen und ſelbige exerciret; mithin gebühret ſie Dero Frau Tochter ebenfalls.

3. Die Böhmiſche Chur-Würde iſt ein unſtreitiges Reichs-Lehen; nun ſeynd aber die Erb-Töchtern des Hauſes Oeſterreich, Krafft deſſelbigen Freyheiten, in allen Reichs-Lehen Succeſſions-fähig und wann man auch dieſe Privilegia nicht anführen oder gelten laſſen wollte, ſo hat ja doch das Reich, bey Erkenn- und Garantierung der Sanctionis Pragmaticæ darein gewilliget, daß Jhro Kayſerliche Majeſt. Carls VI. Frau Erb-Töchtern in allen von Jhnen damalen beſeſſenen Reichs-Lehen ſuccediren ſollten; nun hatten aber Jhro Kayſerliche Majeſtät damalen die Reichs-Lehenbare Böhmiſche Chur-Würde im Beſitz; alſo muß das Reich auch Jhren Printzeßinnen dieſen Beſitz nicht nur gönnen, ſondern gar garantieren. Wann ſie aber die Chur-Würde nicht ſelbſt ſollten ausüben können, würden ſie von dieſem Beſitz vertrungen und ein anderer beſäſſe es in Jhrem Nahmen.

Einwürffe dagegen.

1. Man ſetzet voraus, daß die Chur-Würde gleicher Natur und Eigenſchafft ſeye, wie die Königliche Würde, welches aber gelaugnet wird.

2. Da die güldene Bull von einem Chur-Fürſten gantz beſondere bloß auf das männliche Geſchlecht gerichtete Functiones erforderet, ſo macht dieſelbe dadurch ſelbſt einen Unterſchied zwiſchen der Succeſſion in dem Reich und in der Chur und läſſet ſich alſo von einem auf das andere nicht ſchlieſſen.

3. Von dem Beſitz eines Chur-Fürſtenthums auf den Beſitz eines Chur-Amtes läſſet ſich nur alsdann ſchlieſſen, wann der Beſitzer zu beedem fähig iſt, ſonſten müßte auch ein unmündiger Chur-Erbe, als wahrer Beſitzer des Chur-Fürſtenthums, zur Adminiſtration der Chur-Würde gelaſſen werden.

4. In der Sanctione Pragmatica iſt keine Sylbe davon enthalten, daß eine Printzeßin dadurch der Böhmiſchen Chur-Adminiſtration fähig ſeye.

5. Durch die Garantierung der Sanctionis Pragmaticæ hat man der güldenen Bull und der noch älteren und ununterbrochenen Obſervantz weder derogiren wollen noch können und würde darzu gantz ein anderer modus erforderet, wann ſolches hätte geſchehen ſollen.

Antwort darauf.

ad I.

Man laugnet es vergeblich, weil die güldene Bull den Beſitz des Landes und das Wahl-Recht unzertrennlich verbindet, auch das exercitium Iuris von dem Recht ſelbſten in keinem Fall ſuſpendiret, als wann der Chur-Erbe unfähig iſt, der Regierung vorzuſtehen, welches ſich aber in ſubſtrato nicht findet.

ad 2.

ad 2.

Die Chur-Functiones ſind nirgendswo mehr auf das männliche Geſchlecht gerichtet und genauer an daſſelbige verbunden, als die Landes-Regierung; wo alſo eine Dame per exceptionem a regula zu der letzteren zugelaſſen wird, da kan es auch dem Sinn der güldenen Bull nicht ungemäß seyn, daß ſie die erſtere ebenfalls verwalte.

ad 3.

1. Von dieſer Diſtinction ſtehet kein Wort in der gülden Bull, ſondern ſie ſagt uneingeſchränckt: Der Beſitz eines Chur-Landes und das Wahl-Recht ſeyen unzertrennlich verbunden.

2. Man kan nicht ſagen, daß ein unmündiger Chur-Erbe die Chur-Würde beſitze; das Recht hat er wohl darzu, aber er beſitzet ſie nicht. Er heißt und ſchreibt ſich nicht Chur-Fürſt; nicht er, ſondern ſein Vormund, wird mit der Chur, Land und Leuten belehnet, unter dieſes letztern Nahmen ergehen die Befehle, werden die Müntzen geprägt, en fin er führet die gantze Regierung und beſitzet die Chur, nur an ſtatt des Chur-Erbens.

ad 4.

1. In der Sanctione Pragmatica ſteht auch nicht, daß der nächſte Chur-Erbe einer regierenden Königin Chur-Adminiſtrator ſeyn ſolle. Und ſo muß auch ſonſt noch vieles zum Vortheil der künftigen weiteren Erben bloß ex mente dieſer Verordnung hergeleitet werden.

2. Dienet hieher, was gegenſeits bey der in der güldenen Bull ſtecken ſollenden Conſequentz für Auslegungs-Regeln zugelaſſen und erkannt worden ſeynd.

ad 5.

1. Daß der güldenen Bulle derogiret werde, wann der Königin Majeſtät die Chur ſelbſt verwalten, iſt eine petitio principii.

2. Wann auch etwas geåndert worden wåre, ſo bedůrfte es gar keines anderen Modi, als daß der Kayſer und das Reich gerade zu oder per neceſſariam conſequentiam ein anderes belieben, wie dann

3. Vieles in der gůldenen Bull geånderet worden iſt, wobey man nicht einmal dieſes beobachtet hat.

4. Eine der jetzigen Kőnigin widrige Obſervantz aber iſt nimmermehr erweislich.

Zweyte Frage:

Ob, wann eine Printzeßin die Bőhmiſche Crone tråget, der nåchſte månnliche Erbe zu dieſer Crone ein Recht zur Adminiſtration der Bőhmiſchen Chur-Wůrde habe?

Gründe *pro Affirmativa.*

1. Wann, nach denen oben angeführten Gründen, eine Printzeßin zu Ausübung der Chur-Wůrde unfåhig, Bőhmen auch disfalls nirgendswo etwas beſonderes gemachet worden iſt, ſo folget von ſich ſelbſten, daß, nach der Analogie der im 7den Capitel der gůldenen Bull wegen der Vormundſchafft eines zu Verwaltung der Chur unfåhigen Chur-Erbens gemachten Verordnung, der Printz, ſo nach ſolcher Printzeßin die nåchſte Anwartſchafft auf die Crone hat, die Chur-Wůrde adminiſtriren můſſe, indeme auch disfalls wegen Bőhmen nichts beſonderes geordnet iſt, und die gůldene Bull weder der Agnaten, noch Cognaten, ſondern nur des nåchſtens Erbens, gedencket.

2. Im 25ſten Titul der gůldenen Bull wird Bőhmen, unter anderen weltlichen Chur-Fůrſtenthůmern, ohne Vorbehalt benahmſet und verordnet, daß niemand, als ein Printz, darinnen ſuccediren ſolle; da aber die Printzeßinnen Succeſſions-fåhig ſind, ſo ergibt ſich daraus, daß dieſen zwar die Regierung, jenem aber indeſſen und interimsweiſe die Chur-Adminiſtration aufgetragen worden ſeye.

3. Es ſcheinet zwar die Regierung des Landes und die

Ad-

Adminiſtration der Chur nicht können getrennet zu werden; alleine die güldene Bull erfordert wohl, daß die Chur durch eine Perſon männlichen Geſchlechts verwaltet werde, nicht aber, daß ſie auch Regent der Lande ſeye.

4. Im vorigen Seculo wurde Herzog Albrecht zur Adminiſtration der Bayriſchen Chur zugelaſſen, ohnerachtet nicht er, ſondern die Mutter des unmündigen Chur-Erbens, das Regiment über Bayern verwaltete.

Antwort darauf.

ad 1.

Nachdeme oben gezeiget worden iſt, daß eine Krafft der Böhmiſchen beſonderen Freyheiten und der von dem Reich erkannten Sanctionis pragmaticæ der Regierung des Königlichen Chur-Fürſtenthums Böhmen fähige Prinzeßin auch zu Ausübung der Chur-Würde berechtiget ſeye, ſo folget daraus, daß ſie keinen Adminiſtratorem darzu vonnöthen habe und daß mithin dieſer Adminiſtrations-Fall ſo wenig in der Analogie, als in denen deutlichen Worten, der güldenen Bull gegründet ſeye.

ad 2.

1. Der 25ſte Titul der güldenen Bull handelt, wie die Aufſchrifft und der Innhalt lehret, de Integritate Principatuum (Electoratuum) ſervanda und es iſt im ganzen Titul nirgends de jure, voce, loco & poteſtate eligendi, ſondern von Land und Leuten und deren Beyſammenhaltung, die Rede.

2. Wann man alſo die Worte, wie jenſeits geſchehen, premiren wollte, ſo käme nicht jener Schluß heraus, weil kein Wort davon da ſtehet, daß die Böhmiſche Töchtern Succeſſions-fähig, oder daß ein Unterſchied zwiſchen der Chur-Würde und Landes-Regierung ſeye, ſondern dieſes würde folgen: In Böhmen können die Prin-

zeßinnen gar nicht ſuccediren und ſo erwürgte man ſich mit ſeinem eigenen Schwerdt.

3. Darff ich aber ſupponiren: die Regel iſt zwar: die Chur-Lande erben nur auf den Manns-Stamm, dieſe Regel leidet jedoch ihren Abfall bey Böhmen; ſo darff ich auch ſchlieſſen: die Regel iſt zwar: die Verwaltung der Chur-Würde erfordert einen Prinzen, dieſe Regel leidet aber ihren Abfall bey Böhmen.

ad 3.

Die güldene Bull ſagt ja Tit. 24. deutlich: Es ſoll niemand zur Wahl beruffen werden, noch ſonſt einige Chur-Fürſtliche Verrichtung verſehen, als wer das **Chur-Land** beſitzet, cum ſint & eſſe debeant *inſeparabilia*, nec aliquid ab altero debeat dividi, vel ullo tempore ſeparari.

ad 4.

Hierauf iſt oben weitläufftig geantwortet und unter anderem gezeigt worden, daß Herzog Albrecht mit denen Chur-Landen belehnet worden, alſo auch ohnfehlbar Beſitzer und Regent derſelbigen geweſen ſeye.

Gründe *pro Negativa*.

1. Iſt der etlichemal angeführte ganze 24ſte Titul der güldenen Bull vorhanden, in welchem der Beſiz des Landes und nicht nur das Recht, ſondern auch das Exercitium, der Chur-Würde ſo klar und nachdrücklich unzertrennlich an einander verbunden ſeynd, daß, wo man dieſes nicht erkennen will, freilich vergeblich iſt, Schrifften zu wechſeln, ſie mögen auch beſchaffen ſeyn, wie ſie wollen.

2. Die güldene Bulle ſagt Cap. 7. §. 4. *Tutor* eorum & *Adminiſtrator* exiſtat; die güldene Bull weißt alſo von keiner Adminiſtration, als womit auch eine Vormundſchafft verknüpfet iſt. Nun wird man aber hoffent-

hoffentlich einer regierenden Königin nicht zumuthen wollen, daß ſie einen Vormund ſolle ſetzen laſſen. Und wann es, nach denen Völcker-und Reichs-Rechten, möglich wäre, daß ſie eines Vormunds bedörffte, ſo würden ſolches, nach beeden Rechten, ihres Herrn Gemahls Königliche Hoheit ipſo Jure ſeyn.

3. Iſt es etwas auch ſonſt in der Völcker-Republic und im Teutſchen Reich ganz unerhörtes, daß eine Perſon, welche zur Regierung eines wichtigen Landes, ja mehrerer Länder, tüchtig erachtet wird, zu gewiſſen Verrichtungen, welche vielen anderen Regierungs-Geſchäfften an Wichtigkeit nicht vor-ja offt weit nachgehen, eines Vormunders und Adminiſtratoris bedarffe, ſondern, wie die güldene Bull, Landes-Regierung und Chur-Recht und Adminiſtration der Chur und Regierung, wenigſtens der Chur-Lande, unzertrennlich verbindet, ſo weiſt man auch ſonſten im ganzen Röm. Reich zu allen Zeiten von keiner anderen Art der Adminiſtration.

4. Wann auch eine Chur-Adminiſtration ſtatt hätte, ſo müſte der nächſte Agnat es erſt theils mit der Königin Gemahl, theils mit denen Ständen in Böhmen ausmachen: ob er oder ſie ein beſſeres Recht zu dieſer Adminiſtration haben?

Dann was jene betrifft, ſo iſt bekannt, daß die Stände ſelbige ohne Abſicht auf der Erb-Königin nächſten Cron-Erben, zu Königen angenommen und die andere Chur-Fürſten ſie dafür erkannt und zu denen Kayſer-Wahlen zugelaſſen haben, wie ſonderlich das Exempel König Johannes und Ferdinands I. belehren. Nun haben und verlangen zwar die Stände dieſes Recht nimmer, ſondern es iſt der königlichen Familie zugewachſen. So hat aber alſo wenigſtens eine jetzige Königin eben ſo viel Recht, in Anſehung ihres Gemahls, (wann ſie

anderſt

anderſt denſelbigen zum würcklichen Könige erklären will,) und des nächſten Cron-Erbens, als vorhin die Stände gehabt haben.

Was aber dieſe Reichs-Stände anbelanget, ſo haben dieſelbige die zwey Reichs-kundige Actus poſſeſſorios nach der güldenen Bulle für ſich, da nemlich, nach dem Tode Kayſer Albrechts II. währender Zeit, als man der Entbindung ſeiner Frau Wittwe erwartete, ihre Geſandtſchafft bey der Wahl Kayſer Friderichs III. und ſo auch, währender Minderjährigkeit Königs Ludwigs, bey der Wahl Kayſer Carls V. zugelaſſen worden iſt und zwar das lezteremal gegen den Widerſpruch des nächſten Agnaten und Vormunds, König Sigmunds in Pohlen, davon es in GOLDASTS polit. R. Händeln. p. 29. heiſt: „zu dem erſten hat ſich der Streit gehalten zwiſchen den Pohlen und Böheimen, daß Polen wolt, dieweil der König zu Hungern und Böheim noch unmündig ſey, daß der König zu Pohlen, als ſein nechſtgeliebter Freund die Chur und Wahle eins Röm. Königs haben ſolt, nach laut der gülden Bullen. So ſagten die Behmin daß ſolches nicht ſein ſolt, wann, wie wohl die gülden Bullen vermag, wann ein Churfürſt der minder Jahr ſey, daß ſein nechſtgeliebter Freund an ſeiner Stadt die Chur und Wahle verwalten ſoll, das ſie auf die andern Chur-Fürſten, und nicht auf die Cron oder den König zu Böheim gemeint. Dann ehe die gülden Bulle gemacht ſey habe derſelbe Kayſer Carl der Cron und den Königen zu Böheim ein ſolche Freyheit geben, das die Cron und der König und Prälaten, Herren und Ritterſchafft zu Böheim die Wahle haben ſollen, alſo das es ihren nach des Königs halben mit! auf den nechſten Freund ſtehe, wie gegen andern Chur-Fürſten. Und ob man wolt ſprechen, dieſe Freyheit wer mit Aufrich-

tung

tung der gülden Bullen gefallen, ſagten ſie daß die gül-din Bulle ſolche ihre Freyheit beſtettigt, dann in derſelben güldin Bullen ſey ein Articul begriffen, daß die obgemeldt Ordnung der Wahle, der Cron von dem Königen zu Böheim an ihrer Freyheit unſchädlich ſeyn ſoll. Dem allen nach und dieweil alſo die Freyheit nicht allein auf den König, ſonder auch auf die Cron zu Böheim, als die Prälaten, Herren, und Ritterſchafft und die Cron vor dem König geſezt ſey, ſo wollen ſie die Wahle haben, und den König zu Pohlen nicht zu laſſen, auch achten das es billig ſey, dieweil alſo Prälaten Herren und Ritterſchafft, nach laut ihrer Freyheit die Wahle neben und vor dem König haben, und aus andern anher Urſachen, die der von Schönberg mündlich zu zehlen wiſte.„

Hierauf lautet es endlich: „und ſeynd die Böhmen auf ihren ingebrachten Gewalt zugelaſſen und haben aus ihnen einen zu der Wahle gegeben, nemlich Wladißlaum, Herrn zu Sternberg, oberſten Canzler der Cron, dem haben die Chur-Fürſten ſtat bey ihnen geben, „ NB **wie die gülden Bulle vermage.**

Wann alſo möglich wäre, daß eine Adminiſtration der Chur, zumahlen ohne damit verknüpfte Regierung, ſtatt haben könnte und die Königin wolte denen Ständen von Böhmen dieſelbige geſtatten, ſo könnte der nächſte Cron-Erbe nichts dagegen einwenden, oder müſte doch ſein Recht erſt in petitorio gegen ſie auszumachen ſuchen.

Es wird zwar hierwider eingewandt: Bey Kayſer Friderichs Wahl hätte ſich die Böhmiſche Geſandtſchafft mehr darzu getrungen, als daß ſie gutwillig wäre admittiret worden. Der nachmalige Kayſer Friderich, ſo nächſter Agnat geweſen, habe ſich der Adminiſtration des

Königs-

Königreichs Böhmens nichts angenommen, ja ſelbige, auf nochmaliges Erſuchen, von ſich geſchoben und denen Ständen gutwillig aufgetragen und überlaſſen, auch den Wahl-Tag nicht ſelbſt beſchickt.

Von der Wahl Kayſer Carls V. aber wird geſagt: 1. König Sigmund habe die Regierung des Königreichs denen Böhmiſchen Ständen überlaſſen, 2. König Ludwig habe bald das 14de Jahr erreicht gehabt und 3. ſein Vormund ſeye für einen Ausländer gehalten worden.

Jedoch 1. iſt ſo wenig erwieſen, als wahrſcheinlich, daß ſich das Chur-Fürſtliche Collegium habe abtrozen laſſen, die Böhmiſche Geſandtſchafft zu admittiren, die vollſtändige aus Archiven genommene Relation von Kayſer Friderichs III. Wahl in MULLERS R. Tags-Theatr. unter K. Frid. P. 1. p. 3. ſeqq. meldet auch lediglich nichts davon. 2. Daß Friderich die Beſchickung des Wahl-Tages denen Ständen, als Regenten des Reichs, überlaſſen, iſt alſo wider einen nächſten Verwandten, der die Landes-Regierung nicht hat, und doch Chur-Adminiſtrator ſeyn will und zeiget an, daß Regierung und Wahl-Recht inſeparabilia ſeyen.

Daß ferner König Sigmund in Pohlen eben auch deßwegen, weilen er nicht zugleich Reichs-Regent geweſen, mit dem Wahl-Recht durchgefallen, beſtättiget das Recht der Stände und noch mehr Ihro Majeſtät, der jetzigen Königin, immer feſter. 2. Wann ein König in Böhmen erſt mit 18. Jahren, wie andere Chur-Fürſten, mündig wird, ſo hat ja König Ludwig in ſeinem 14den Jahr noch keine Vollmacht geben können. 3. Daß aber König Sigmund als ein Fremder wäre ausgeſchloſſen worden, davon findet man nichts in Actis.

Drit-

Dritte Frage:

Ob des Chur-Prinzens zu Sachſen Königliche Hoheit für ihre hohe Perſon zu Führung einer ſolchen Adminiſtration, der Teutſchen Staats-Verfaſſung nach, tüchtig ſeyen?

Gründe *pro Affirmativa.*

Von einem Chur-Adminiſtratore wird in der güldenen Bull nichts erfordert, als daß er der nächſte männliche Erbe zur Chur nach ſeinem Pfleg-Befohlenen ſeye und daß er (ex Analogia,) wenigſtens auch 18. Jahre, als das zur Volljährigkeit eines Chur-Fürſtens erforderliche Alter, erreichet habe. Nun ſind aber ihro Kön. Hoheit dermalen ohnſtreitig der nächſte Männliche Erbe zur Cron Böhmen, welcher 18. Jahre erreichet hat.

Antwort darauf.

Es wäre ein leichtes, hierwider Schwürigkeiten über Schwürigkeiten zu machen und darauf zu tringen, in der güldenen Bull Tit. 7. §. 4. werde nur von dem Fall geredet, ſi Princeps Elector hæredes 1. *maſculos*, - - - 2, *defectum ætatis patientes* relinquere contingeret und ſolchen Falles werde 3. nur *Fratri* Seniori ejusdem Primogeniti die Vormundſchafft und Adminiſtration ſo lang aufgetragen, 4. donec ſenior ex eis *legitimam ætatem attigerit.* Uber dieſe von dem Geſezgeber ſorgfältig und ſpecifice angeführte Fälle könne und dörffe das Geſez nicht erſtrecket werden u. ſ. w. Es hieſſe aber nichts damit und ihro Majeſtät haben nicht nöthig, auf ſolchen Sand zu bauen, noch ſich wegen der Qualitäten eines Adminiſtratoris ihrer Böhmiſchen Chur einzulaſſen, ſo lange noch nicht ausgemacht iſt, daß ſie einen nöthig haben.

Gründe *pro Negativa.*

1. Weiß ich nicht anderſt, als daß Ihro Kön. Hoheit

noch

noch unter våterlicher Gewalt ſtehen. Nun will man gerne von denen Römiſchen Rechten abſtrahiren; es bleibet aber dannoch ſo viel richtig, forderiſt, daß kein Exempel wird aufgebracht werden können, da ein ſolcher Herr einige Stimme in eigenem oder Vormundſchaffts-Nahmen geführet hätte. Eben ſo wenig würde ſich auch ein ſolches Vorhaben aus dem Völcker-Recht beſtättigen laſſen. Und kan wohl immer vermuthet werden, daß die übrige, zumalen Nachſitzende, Herren Chur-Fürſten einen dergleichen Printzen lieber unter ſich haben und ihme reſp. gar den Pas laſſen ſollten, als einer ſouverainen regierenden Königin, mit welcher Sie in denen Reichs- und Europäiſchen-Staats-Angelegenheiten beſtändig tractieren und Ihro ſowohl in Conſeſſu der ſouverainen gecrönten Europäiſchen Häupter als auſſer demſelben, wo Sie mit Ihro als Königin concurriren, den Rang gerne laſſen? Gewiß ſcheinet jenes der hohen Würde des Chur-Fürſtlichen Collegii und des Chur-Hauſes Sachſen ſelbſten viel zu nachtheilig, dieſes dagegen gantz unhedencklich zu ſeyn.

2. Wann man auch der Sache durch eine Emancipation abhelffen wollte, ſo hätten doch der Königin Majeſtät und des Herrn Hertzogs von Lothringen Königliche Hoheit ein Ius contradicendi, weil es hier nicht nur um ein Negotium inter Patrem & Filium zu thun iſt, ſondern weilen die Würckung der gantzen Sache ſich eigentlich und einig auf jene erſtrecken ſolle.

3. Ihro Königliche Hoheit blieben ja dannoch in Familia paterna, in Dero Hauß, Hof und Koſten, ohne einige Regierung eines Landes, nomine proprio vel adminiſtratorio. Nun iſt ja abermalen etwas eben ſo unerhört als der Staats-Verfaſſung des gantzen teutſchen Reiches und des Chur-Fürſtlichen Collegii Hoheit ungemäſſes, einem ohne alle Regierung und Lande ſtehenden, ob

gleich

gleich von Geburt und dem Erb-Recht nach groſſen, Prinzen, Stimme und einen ſo eminenten Rang in dem höchſten Collegio der Teutſchen Reichs-Stände zu verſtatten.

4. Seynd ihro königliche Hoheit Chur-Prinz zu Sachſen. Nun fehlet es zwar bekanntlich nicht an Exempeln, da ein Herr Vater eine weltliche und ſein Herr Sohn eine geiſtliche, oder zwey Herrn Brüder zwey Churen, beſeſſen haben. Hingegen iſt auch bekannt, daß Kayſer Sigmund in dem Gegen-Seits ſelbſt angeführten Falle, (wie in MULLERS R. Tags-Theatr. unter K. Frid. 4. Vorſt. C. 13. §. 9. zu ſehen,) zur Antwort ertheilt hat: „wiewol Kayſerliche Majeſtät der „zween Chur-Fürſten Bitte gern erhöret, ſo hätte doch „dieſelbe inniglich betrachtet Gottes und des Heil. Reichs „Ehre, das nicht viel gehöret und fremd wäre, das Vat„ter und Sohn ſollten zwey (weltliche) Chur-Fürſten„thümer beſitzen.

Und da man Gegen-Seits kein Bedencken träget, ſich auf privat-Scribenten zu beruffen, ſo wird erlaubt ſeyn, hier auch zu berühren, daß im vorigen Jahrhundert, als Friderich zugleich Chur-Fürſt in Böhmen und Pfalz ſeyn wollte, eine Schrifft heraus gekommen: Quæſtiones duæ illuſtres & hactenus nunquam ventilatæ: an Elector duos Electoratus uno & eodem tempore poſſidere queat? Poſterior: an Elector Filio ſuo Primogenito cedere ex duobus Electoratibus unum poſſit? 1621. welches beedes negieret wird, wie auch noch A. 1729. in der Erörterung der Frage: ob ein Chur-Fürſt zwey Chur-Fürſtenthümer zugleich beſitzen könne? und in des geſchickten Sächſiſchen JCti STRUVENS Corp. Jur. Publ. Cap. 17. §. 29. p. 631. geſchehen.

Noch mehrers würde aber dieſes alles alsdann ſtatt

finden, wann (wie ſich ja täglich ereignen kan,) Jhro K. Hoheit die Chur Sachſen auch anfiele und dieſelbe alſo zwey Stimmen im Chur-Fürſtlichen haben ſollten, welches gewiß nicht ohne Widerſpruch dieſes hohen Collegii abgehen würde.

Fünftes Capitel.

Von des Kayſers Crönung.

§. 1.

Vor-Erinnerung.

AUch hier will ich weder die gemeine in öffentlichen Druck häuffig vorhandene Beſchreibungen wiederhohlen, noch was über dieſelbige noch weiter zu melden wäre, anführen, ſondern dieſes lezte auf die Zuſätze über meines teutſchen Staats-Rechts 2ten Theil verſpahren; indeſſen aber einige Singularia bemercken.

§. 2.

Stritt zwiſchen den Chur-Fürſtlichen Geſandten und Reichs Erb-Aemter.

1. Entſtunde Anfangs die Frage: ob nicht die Chur-Fürſtliche Geſandten die Functiones auf dem Römer-Plaz zu verſehen hätten? da ſich aber die Reichs-Erb-Aemter darüber beſchwereten, überlieſſen die Geſandten es ihnen. vid. mein teutſch. Staats-Recht. *Tom. 6. p. 116.*

§. 3.

Vergehen des Reichs Erb-Truchſeſſens.

2. Der Reichs-Erb-Truchſeß ware über einen in dem Crönungs-Directorio enthaltenen Punct ſo pointilleux auf das Ceremoniel, daß er auf keinerley Weiſe zu bewe-

bewegen ware, ſein Erb-Amt zu verſehen, worüber er ſich aber des geſammten Chur-Fürſtlichen Collegii gerechten Unwillen zuzoge. Mehreres davon ſiehe *l. c.*

§. 4.

3. Weil nun ohnehin auch 2. Erb-Aemter abweſend waren, ſo muſten ihrer drey Stellen durch Subſtitutos verſehen werden, da dann nicht nur dem einen, weil in der Eil es nicht anderſt zu machen ware, der Ambaſſade-Marſchall ſubſtituiret, ſondern auch an eines anderen Stelle ein Mitglied der Reichs-Ritterſchafft erwählet wurde, womit aber der Reichs-Grafen-Stand übel zufrieden ware. vid. *l. c. p.* 132. Subſtituten der Reichs Erb-Aemter.

§. 5.

4. Hingegen behauptete der Reichs-Grafen-Stand ſeinen ihme, Krafft der Kayſerlichen Capitulation, bey dieſer Gelegenheit zuſtehenden Rang, ob es gleich nicht viel gefehlt hätte, daß ihme dißfalls etwas wiederwärtiges begegnet wäre. Rang der R. Grafen.

§. 6.

5. Das Recht, den Kayſer zu conſecriren, wäre zwar dieſesmal am Chur-Maynz geweſen; weil es ſich aber fügte, daß der Chur-Fürſt zu Cölln des neuen Kayſers leiblicher Herr Bruder wäre, ſo bewilligte Conſecration.

Chur-Maynz darein, daß Chur-Cöllen ſolche conſecration verrichten durffte, wiewol gegen ſtarcke Reverſe und anderweite Douceurs, davon in denen Zuſätzen zu meinem teutſch. Staats-Recht ein mehreres fürkommen wird.

§. 7.

Vertrettung eines geiſtlichen Chur-Fürſtens.

6. Es truge ſich zum erſtenmal zu, daß ein geiſtlicher Chur-Fürſt, wegen Abweſenheit, ſeine Stelle bey dem Crönungs-Actu durch ſeinen erſten Wahl-Botſchaffter verſehen laſſen muſte, da es dann Anfangs wegen ſeiner Concurrenz einige Schwürigkeit ſetzen zu wollen und der Päbſtliche Nuncius Luſt zu haben ſchiene, das Vacuum zu erfüllen; doch verſahe hernach beſagter Geſandter ſeines Principalens Stelle in allen Stücken. Siehe mein teutſches Staats-Recht *Tom. 8. p. 361.*

§. 8.

Maynziſcher Siz in der Kirche.

7. In der Kirch nahme Chur-Mäynz ſeinen Plaz a cornu Epiſtolæ und lieſſe dem Chur-Trieriſchen Geſandten den a cornu Evangelii, der doch ſonſt für den höheren gehalten wird, ohne daß ich den Grund davon hätte erfahren können, es wäre dann, daß man ſagen wollte, der

Chur-

Chur-Fürſt ſeye zu des Kayſers Rechten geſeſſen, da doch übrigens der Rang die ganze Kirche hindurch ſich nach denen Seiten des Altars gerichtet hat.

§. 9.

8. Der Spaniſche Ambaſſadeur wollte dem Franzöſiſchen nicht weichen und durffte doch, wegen der bekannten Convention, ihme den pas nicht diſputiren, alſo ergriffe er das Temperament, daß er plözlich verreiſete und vorgabe, er müſte dem Infant Philipp nach Antibes entgegen gehen, einige Zeit hernach aber, über Paris, wiederum nach Franckfurt kame. Competenz zwiſchen Franckreich und Spanien.

§. 10.

9. Die Chur-Fürſtliche 2te und 3te Geſandten hatten nun die A. 1711. denen Reichs-Fürſten überlaſſene Stelle inne, die Fürſten aber waren hinter die auswärtige Ambaſſadeurs rangiret worden, welches ſie aber nicht ohne wichtige Urſach ihnen für præjudicirlich hielten und dahero meiſtens wegblieben. Sitze der Chur-Fürſtlichen Geſandten und der Fürſten.

§. 11.

Wiewohl 10. überhaupt auch ſonſten die fürgeſchriebene Ordnung nicht von allen beobachtet und von denen Italiäniſchen titular-Reichs-Fürſten ſich ein mehreres Andere Rang-Stritte.

reres angemaſſet worden, als ſich gebühr-rete, auch zwiſchen denen Envoyés und Reichs-Grafen es einige Competenz ab-gegeben.

§. 12.

Verwechs-lung der Erz-Aem-ter.

11. Wurde, weil Chur-Braunſchweig noch mit keinem unſtreitigen Erz-Amt ver-ſehen iſt, hingegen ein Römiſcher Kayſer ſein eigenes Erz-Amt nicht öffentlich ex-erciren zu laſſen pfleget, (die Diſſidien wegen des Erz-Schazmeiſter-Amts zu vermeiden und Chur-Braunſchweig Gele-genheit zu machen, eine öffentliche Fun-ction zu verrichten,) eine Verwechslung derer Erz-Aemtlichen Functionen fürge-nommen: Chur-Pfalz nemlich verſahe das Truchſeſſen- und Chur-Braunſchweig das Schazmeiſter-Amt. Das Schencken-Amt aber ruhete eben ſo wohl als die Böhmiſche Stimme.

§. 13.

Aachiſche Proteſtati-on wegen der Nürn-bergiſchen R. Kleino-dien.

12. Von der höchſt-ungegründeten aber-maligen Proteſtation der Reichs-Statt Aachen gegen die Reichs-Statt Nürnberg wegen der von dieſer verwahrten Reichs-Kleinodien aber werden wir in dem 2ten Buch das mehrere vernehmen.

§. 14.

§. 14.

13. Die Statt Cölln ware zu der Crönungs-Mahlzeit an die Reichs-Stättiſche Tafel nicht eingeladen und ware alſo ein unnöthiger Zanck mit der Statt Aachen weñiger; doch lieſſe ſich die Statt Cölln hernach aus der Reichs-Canzley ein Decretum ſalvatorium geben. Streit zwiſchen Aachen und Cöllen.

Sechſtes Capitel.

Von dem Kayſerlichen Recht, Standes-Erhöhungen zu ertheilen.

§. VII.

Jhro Kayſerlichen Majeſtät iſt gefällig geweſen, gleich im erſten Jahr dero Regierung drey Familien in den Reichs-Fürſten-Stand zu erheben, nemlich Herrn Friderich Carl, Grafen von Stollberg-Geudern, Herrn Friderich Wilhelm, Grafen zu Solms-Braunfels und Herrn Ludwig Joſeph von Albert, Fürſten von Grimbergen. Neue Fürſten.

Siebendes Capitel.

Von dem Kayſerlichen Hof-Poſt-Amt.

§. VII.

Es iſt ſchon oben angemercket worden, daß das bißherige Käyſerliche Hof-Poſt-Amt derer Grafen von Paar in Von dem Taxiſchen Kayſerl. Hof-Poſt Amt.

der lezten Kayſerlichen Capitulation als erloſchen tractirt und effective dem Herrn Fürſten von Taxis beygeleget worden ſeye. Es ſcheinet aber, dieſer Fürſt habe die Sache nachhero an dem Kayſerlichen Hof noch weiter pouſſirt und das Kayſerliche Hof-Poſt-Amt zu dem bißherigen Reichs-General-Erb-Poſt-Amt zu Lehen erhalten, maſſen der Kayſer ſelbſt in dem Reſcript an den Reichs-Convent, darinn er den Fürſten zu ſeinem Principal-Commiſſario ernannt hat, ihme ſothanes bißhero ungewohnliches Prædicat eines Kayſerlichen Obriſt-Hof-Poſtmeiſters beyleget.

Achtes Capitel.

Von dem Reichs-Archiv. (*)

§. 1.

Maynz fordert das R. Archiv von Wien ab.

So bald es richtig ware, daß die Kayſer-Wahl auf Chur-Bayern fallen würde, war Chur-Maynz und Chur-Bayern beſorgt, das Reichs-Archiv (ohne welches ſonderlich der Reichs-Hof-Rath nicht fortkommen kan,) mit guter Manier von Wien hinweg zu bringen; der Chur-Fürſt zu Maynz ſchriebe alſo den 9. Oct. deßwegen an die Königin in Ungarn: die

wegen

(*) Vid. mein teutſches Staats-Recht Tom. 6. p. 383.

wegen der Statt Wien ſich äuſſerende Gefahr habe ihn genöthiget, dem Reichs-Vice-Cantzler aufzutragen, das Reichs-Archiv auf das ſchleunigſte zur Abfuhr bereit zu ſetzen und, bey ſich näherender Gefahr, es nach Regenſpurg zu transportiren, geſtalten er wegen der nöthigen Sicherheit die zulängliche Vorſorge genommen habe, auch verſchiedener hoher Orten her darum innſtändig und wohlmeinend belangt worden ſeye. Er bitte alſo, nicht nur die Abfuhr zu verſtatten, ſondern auch befördeͤren und unterſtützen zu laſſen.

§. 2.

Der Königin in Ungarn Antwort.

Die Königin antwortete unter dem 27. Oct. Die Gefahr ſeye nicht ſo nahe; ſie ſeye ſehr weit entfernet, dem Reich, oder deſſen nach Maaßgab der güldenen Bull und übrigen Grund-Geſetzen gültig zu erwählenden Oberhaupt, die Wahl falle aus wie ſie immer wolle, einige dahin gehörige Acten vorzuenthalten, noch den Ertz-Cantzler an ſeinem Amt zu hemmen; man möchte aber nur forderiſt die Wahl-Freyheit verſicheren und zu ſolchem Ende die fremden Völcker aus Teutſchland ſchaffen, auch ihro wegen der Böhmiſchen Chur-Stimme Satisfaction geben; alsdann werde es wegen

des Reichs-Archivs keinen Anſtand haben. Es ſeyen aber viele wichtige das Ertz-Haus Oeſterreich allein betreffende Urkunden darinn, welche ſie nicht aus Ihren Landen führen laſſen könne. So wäre auch das Reichs-Archiv, wann es jetzo transportiret werden wollte, einer viel gröſſeren Gefahr unterworffen, als wann es in Wien verbleibe. Indeſſen habe die Königin bereits Commiſſarien ernennet, welche mit denen von Chur-Mayntz zu gleichem Ende zu ernennenden Perſonen zu der nöthigen Abſonderung derer Acten ungeſäumt ſchreiten mögen.

Dem Reichs-Vice-Cantzler aber wurde auf ſeine den 25. Oct. übergebene Vorſtellung, darinnen er um Verabfolgung derer zu dieſem Tranſport nöthigen Schiffe angehalten hatte, in einer ſchriftlichen Antwort zu erkennen gegeben: warum ſolches nicht ſeyn könne?

§. 3.

Mayntziſche Replic.

Der Chur-Fürſt replicirte in ſeiner Antwort vom 9. Nov. daß es nun würcklich auf eine rechtmäßige Kayſer-Wahl losgehe, die Königin habe aber nicht nöthig, mit dem Reichs-Archiv dieſen Erfolg abzuwarten, ſondern möchte dem den freyen Gang laſſen, was dem Ertz-Cancellariat zukomme,

ſonſt

ſonſt würde es noch gröſſeres Aufſehen geben, als bishero. Der Chur-Fürſt wiſſe und vermuthe nicht, daß ſich Oeſterreichiſche Briefſchafften in dem Reichs-Archiv finden, weil die Separation der Reichs- und Oeſterreichiſchen Cantzleyen längſt geſchehen ſeye und dieſe nichts zurück gelaſſen haben werde, wohl aber ſollen verſchiedene momentoſeſte Scripturen aus der Reichs-Cantzley anderwärtshin gebracht worden ſeyn. Gleichwie aber Chur-Mayntz deswegen nicht verlange, die Oeſterreichiſche Cantzleyen durchſuchen zu laſſen; ſondern ſie nur von der Königin zurück begehre; alſo werde ſich die Königin auch damit begnügen, daß die allenfalls das Ertz-Haus betreffende Scripturen, ſo viel die eilende Einpackung des Reichs-Archivs zulaſſe, ſo lange in der bisherigen Verwahrung bleiben, bis der Chur-Fürſt die Verzeichniß davon eingeſehen habe und wegen der Verabfolgung die Verfügung thue.

§. 4.

Die Königin duplicirte den 30. Dec. wiederhohlte ihre vorige Erklärung und fügte bey: Sie ſeye zufrieden, daß es mit Aufſuchung der in ihres Ertz-Hauſes Regiſtraturen vorgeblich vorhanden ſeyn ſollenden Der Königin Duplic.

den Reichs-Acten eben ſo gehalten werde, wie mit Aufſuchung der ihrem Ertz-Hauſe Zugehörigen, mit denen Reichs-Acten ehedeſſen kundbarer maſſen vermiſchten Schrifften. Die Königin verlange, daß von dieſer Ihrer Erklärung das geſammte Reich verſtändiget werde und glaube, dadurch in Ubermaaß alles dasjenige zu erfüllen, was nur immer an ſie mit einigem Schein der Billigkeit geſonnen werden könne.

§. 5.

Chur-Fürſtl. Collegial-Schluß

Chur-Mayntz proponirte darauf die Sache A. 1742. 17. Jan. dem auf dem Wahl-Tag verſammleten Chur-Fürſtlichen Collegio, welches den 20. Jan. den Schluß abfaſſete:

„Es ſeye ſo unvermuthet, als befremdet, daß der Wieneriſche Hoff ſich begehen laſſen, Ihrer Chur-Fürſtl. Gnaden von Mayntz, als des Reichs Ertz-Cantzlern, wegen der von Ihro, nach hohen Reichs-Pflichten, gut und nöthig gefundenen Verſetzung des Reichs-Archivs von Wien auf Regenſpurg, nicht allein den billig zu erwarten geſtandenen, und Reichs-Mitſtändiſch ſchuldig geweſenen Vorſchub nicht zu erzeigen, ſondern vielmehr und im Gegentheil ſolche Beſchwernüß und Auffenthalt in Weg zu legen, ja derſelben ſich entgegen zu ſetzen. Nachdeme nun ſowohl die unumgängliche Nothwendigkeit erfordert, deme, was Ihro Churfürſtl. Gnaden von Mayntz wegen ſothaner Abführung des Reichs-Archivs Amtſchuldigſt und Pflich-

ten-

ten-gemäß löblichſt und danckwürdigſt vorgenommen und veranſtaltet haben, von ſeiten dieſes Churfürſtlichen Collegii allen Beyſtand zu leiſten, als in reiffem Betracht dieſer hochwichtigen Sachen ſelbſten dermaſſen die Hand mit anzulegen, als eine ſo momentoſe Angelegenheit, und der darunter waltende allgemeine Dienſt, und ohnumgängliche Verſorgung des Reichs erfordert, mithin die vorzügliche Churfürſtl. Rechten und Obliegenheiten mit ſich bringen, als worinnen von jemanden ſich hemmen zu laſſen, man nicht gemeynet ſeyn könne; Solchemnach wolle man vorerſt annoch von wegen dieſes Churfürſtlichen Collegii zu des Wieneriſchen Hoffs Erleuchtung und Gemüths-Billigkeit des guten Zutrauens ſeyn, derſelbe werde, bey näherem hochvernünftigen Bedacht und Betrachtung Reichs-pflichtlicher Gebühr, von ſelbſten ermeſſen, daß deſſen Seits weder der Ihrer Churfürſtl. Gnaden von Mayntz, als des Reichs-Ertz-Cantzlern, in der Amtsmäßig angeordneten, und vor längſt bekannt gemachten Abführung des Reichs-Archivs einiger Anſtand oder Hindernüß erwecket, noch dieſe allgemeine Reichs-Angehörde, es ſeye unter was Vorwand es immer wolle, vor- oder aufgehalten werden könne, ohne ſich gegen das Vaterland und die tragende Reichs-Pflichten in Verantwortung zu ſetzen, zumahlen da der auf weiterem Verzug haftende gemeinſame Nachtheil nicht wichtiger, und das darob in wiedrigem ohnfehlbar folgende nicht ſchwerer und unheilbarer ſeyn könnte, welches man diſſeits wohl höchlichſt beklagen, dabey aber allerdings gemüßiget ſeyn würde, die weiters nöthige Vorkehr an Handen zu nehmen, weſſen man gleichwohl entübriget zu ſeyn hoffe, und wünſche, forthin ſich gäntzlich verſehe, es werde der gedachte Wieneriſche Hoff ſothane Abfuhr des Reichs-Archivs, ohne den mindeſten weiteren Verſchub, auf die von Ertz-Cancellariats-wegen gut findende Weiß, nicht

nur

nur geſchehen laſſen, ſondern ſelbe auch, auf Verlangen, mit Reichs-Mit-Ständiſchem guten Willen und Vorſchub beförderen, und dieſes alles um damehr, als hiernächſt gedachter Wieneriſcher Hoff, wie Männlichen, bevorbleibet, dasjenige, ſo wegen eigener Scripturen in beſagtem Reichs-Archiv vorhanden ſeyn ſoll, nach der Hand gehörigen Orts zu ſuchen; Es wären ſo fort Ihro Churfürſtl. Gnaden von Mayntz zu erſuchen, gegenwärtige Collegial-Entſchlieſſung dem Wieneriſchen Hoff, und zwar wegen eylender Umſtänden des förderſamſten, bekannt zu machen, und auf alle Weiß daran zu ſeyn, damit die oft- und vielgemelte Abfuhr des Reichs-Archivs ſonder einigen längeren Verzug zum geſchwindeſten ohngeſchmälert erfolge, als worüber man an Seiten des Collegii den ſchleunigen Erfolg erwarte, auch Ihro Churfürſtliche Gnaden von Mayntz um bald beliebige Nachricht belanget haben wolte. Sodann wäre hiervon der nunmehro nächſtens zu erwählenden Kayſerl. Majeſtät die alsbaldige geziemende Anzeig zu thun, mit dem auf allen widrigen Fall beygefügten geziemenden Anſuchen, daß, gleichwie bey ſolchem Hergang und ermanglenden Reichs-Actis, Dero Kayſerl. Regierung in ihrem Eingang ſo balden ſich gehemmet und vereitelet ſehen, folglich das geſammte Reich in ſeiner Erhaltung und Weſenheit empfindlichſt gekränckt, bevorab aber die geheiligte Gerechtigkeit und die daran haftende gemeine Ruhe und Ordnung augenſcheinlich hintangeſetzt ſeyn würden; alſo Sr. Kayſerl. Maj. geruhen möchten, hierunter das nöthige Reichs-väterlich vorzukehren.

§. 6.

Mayntziſche Triplic.

Der Chur-Fürſt zu Mayntz notificirte dieſes den 22. Jan. der Königin in Ungarn und den 27. ejusd. ſchriebe er ferner an dieſelbe:

ſelbe: Weil die Nothwendigkeit immer gröſſer werde und aus weiterer Saumniß die ſchwereſte Folgen gantz unfehlbar entſtehen, ſolche aber der Königin ſelbſt am betrübteſten und dem geſammten Vaterland am unleidentlichſten fallen werden, beſonders da die Kayſerliche Wahl nunmehro vollzogen ſeye; als möchte die Königin ihr eigenes und das gemeine Beſte bedencken, folglich das Reichs-Archiv ohne Zeit-Verluſt gebührlich verabfolgen laſſen, worüber er bey dieſem Courier eine willfährige Erklärung zu empfangen verhoffe.

§. 7.

Als aber der Courier mit dieſem Schreiben in Wien anlangte und keine Abſchrifft davon bey ſich hatte, in Wien hingegen vielleicht vermuthet wurde, es möchte eine unangenehme Nachricht von der inzwiſchen erfolgten Kayſer-Wahl darinnen ſeyn; ſo gabe man das Schreiben uneröfnet zurück und beſchwerte ſich noch darzu in einem an die Königliche auswärtige Miniſtres erlaſſenen Circular-Reſcript, daß Chur-Mayntz hierinn wider das Decorum und Völcker-Recht gehandelt habe. Chur-Mayntz aber lieſſe ſolches Circular-Reſcript mit Anmerckungen drucken und klagte, daß vielmehr der

So nicht angenommen wird.

der Wieneriſche Hoff hierinn ungebührlich verfahren hätte.

Wie dann auch in den Actenmäßigen Unterricht, die Chur-Böhmiſche Wahl-Stimme und deren Ausübung betreffend, der zu Wien herauskame, und in denen Chur-Mayntziſchen gedruckten Erläuterungen darüber vieles davon einfloſſe.

§. 8.

Kayſerl. Decret an die Chur-Fürſten.

Den 9. Mart. lieſſen darauf Ihro Kayſerl. Majeſt. an das Chur-Fürſtliche Collegium ein Hof-Decret ergehen, ſo unter anderem des Innhalts ware: Daß Deroſelben bey Antrettung Ihrer Regierung nichts mehr zu Hertzen tringe, als Gerechtigkeit, Friede und Ruhe im Reich zu handhaben. Weil aber zu Fortſetzung des Reichs-Hof-Raths und zu Adminiſtrirung der Juſtitz die Reichs-Hof-Raths-Acta zu Wien noch vorenthalten würden; als wollten Ihro Kayſerliche Majeſtät bey dem Chur-Fürſtlichen Collegio ſich weiter Raths erhohlen: was für Anſtalten ferner vorzukehren, um dieſe Auslieferung ermelter Acten zu bewürcken?

Ob und wohin nun das Chur-Fürſtliche Collegium ſein Gutachten ertheilet habe? davon iſt dem Publico nichts wiſſend worden.

§. 9.

§. 9.

Indeſſen ſchriebe der Chur-Fürſt zu Mayntz den 19. Mart. von neuem an die Königin und überſandte Ihro die beede vormals ohnerbrochen remittirte Schreiben nochmals, mit dem Erſuchen, ſich durch widrigen Rath längerhin von forderſamer Verabfolgung des Reichs-Archivs nicht abhalten zu laſſen, ſondern einer Sache von ſolcher Verantwortung vor GOtt und dem Vaterland ſich zu entheben.

Mayntziſches Schreiben an die Königin.

Der Chur-Fürſt gabe auch zweyen Reichs-Hof-Cantzley-Regiſtratoren, nebſt einem Concipiſten, Commiſsion in der Sache, welche es aber bey der Königin Miniſterio in etwas verkehrt anbrachten und die Sache dadurch noch mehr verderbten.

§. 10.

Die Königin gabe dieſes dem Chur-Fürſten in einem Antwort-Schreiben vom 28. April zu erkennen und erklärete ſich, vors erſte die Iudicialia und Feudalia zu extradiren, verlangte aber, Oeſterreichiſche Deputirte bey Separirung derer Reichs- und Oeſterreichiſchen Acten zu admittiren, ingleichem Chur-Mayntziſcher Seits jemand anderes, als beſagte Regiſtratores &c. zu dieſer Sache zu autoriſiren.

Der Königin Antwort.

§. 11.

Kayſerl. Commiſſions Decret.

Als darauf der Reichs-Tag ad interim nach Franckfurth verlegt worden ware, lieſſen Jhro Kayſerl. Majeſt. demſelben ſub dato 13. May zu wiſſen thun:

„Weilen zu Fortſetzung vorgedachten Reichs-Gerichts (des Reichs-Hof-Raths,) und Handhabung der Gerechtigkeit ſo wohl, als überhaupt zu Verwaltung Jhres Kayſerlichen Regiments, und, um deſſen Hoheit, Gerechtſame, auch gemeinen Wohlſtand aufrecht zu erhalten und beſorgen zu können, das Reichs-Archiv unumgänglich nöthig ſeye, ſolches dahingegen an Seiten des Wieneriſchen Hofs, auf wiederhohlte des in Kayſerlicher Wahl-Stadt verſammleten Churfürſtlichen Collegii und des Chur-Mayntziſchen Reichs-Directorii Zuſchrifft und Ermahnungen, in der That ſelbſten ſo wenig verabfolget, als vielmehr denen von Wien beruffenen Reichs-Cantzley-Perſonen, auſſer denen Titulatur-Büchern, nur das geringſte an Acten aus dem Reichs-Archiv mitzunehmen ernſtlich verbotten, und, unter bald dieſen, bald jenen, verzögerlichen Einwendungen, und zwar inſonderheit einer vorgängig-nöthiger Abſonderung derer Oeſterreichiſchen Privat-Haus-Scripturen ab Actis Imperii, annoch immerhin zu einem je länger je mehr erwachſenden allgemeinen Nachtheil, auf eine unverantwortliche und Reichs-Satzungs-widrige Weiſe vorenthalten werden wolle; Als erachten Jhro Kayſerliche Majeſtät einer ohnumgänglichen Nothwendigkeit zu ſeyn, auf allen Fall des gedachten Hofs ferner andaurenden nur von daher, daß die von denen Publicis allſchon abgeſonderte Acta Iudicialia & Feudalia keiner Separation unterworffen, klärlich erſcheinenden Unfugs und gefliſſentlichen an geweilten Protrahirungen, einen vorſorglichen und zulänglichen

Bey-

Beyrath und Entſchluß zu faſſen, anvorderiſt aber von Chur-Fürſten, Fürſten und Ständen ein ſtandhaftes und Ihro ſo wohl, als des geſammten Reichs Hoheit, Ehre und Nutzen gemäßes Gutachten mit zugleicher Anhandgebung deren nach der Sachen Wichtigkeit abgemeſſenen Mitteln förderlichſt zu erwarten.„

§. 12.

Mayntziſche Replic an die Königin.

Der Chur-Fürſt zu Mayntz aber beantwortete den 29. Jun. der Königin Schreiben vom 30. April alſo: Daß er forderiſt der Königin ſeine vormals an den Reichs-Vice-Cantzler und einige Reichs-Cantzley-Verwandten ergangene Befehle mittheilte, woraus zu erſehen ſeye, daß er nicht geſonnen geweſen, Ihro ein Blatt Briefſchafften, ſo Ihrem Ertz-Hauſe zuſtändig ſeyn mögen, zu entziehen, ſondern daß er vielmehr den Bedacht genommen, auf das mindeſte, ſo davon nur einen Schein haben möchte, genaue Obacht zu nehmen, wiewol er bishero noch nicht vernehme, daß dergleichen vorhanden ſeye. Der Chur-Fürſt füget bey: Bey dieſen Umſtänden habe er bey dem Antrag, von der Königin wegen einige Abgeordnete zur Durchſuchung und allenfalſigen Abſonderung in das Reichs-Archiv zuzulaſſen, um ſo erheblicheren Anſtand tragen müſſen, weil auch bey Lebzeiten derer vorigen Kayſere aus dem Ertz-Hauſe Oe-

ſterreich das Reichs-Archiv in ſeinem Stand, wie es ſich ſeit der Oeſterreichiſchen Cantzley-Separation befunden, je und allezeit unter des Reichs-Ertz-Cantzlers Amts-mäßiger Einſicht und Diſpoſition geweſen, mithin nicht anderſt, als bedencklich, ſeyn können, dermalen, wo der Chur-Fürſt vi officii zu handlen habe, eine ſolche Concurrenz zuzugeben und damit Aufſehen zu erwecken. Um aber gleichwolen in einer ſo unverantwortlichen Sache ſeiner Seits lieber ein mehreres zu thun, als an dem weiteren Verzug einigen Theil zu haben, auch um der Königin ſeine zu allem nur möglichen gerichtete Gemüths- und Wohlmeinung an den Tag zu legen, habe er die Entſchlieſſung gefaßt, dem Publico zu Lieb und der Königin zur Beruhigung, mit Vorbehalt ſeiner Ertz-Cancellariats-Gerechtſamen, Ihre Deputirte ad inſpiciendum in dieſem beſonderen Fürfall zuzulaſſen, dergeſtalten, daß über die erfindliche Separanda eine Verzeichniß zu errichten und dieſe dem Chur-Fürſten, als dem Ertz-Cantzler, einzuſenden wäre, um, hiernächſt ſich zeigender Gebühr nach, die würckliche Verabfolgung zu der Königin Diſpoſition ſo bald zu bewürcken, wo immittelſt die ohnſtreitige Reichs-Acta,

und

und zwar vorzüglich die Iudicialia und Feudalia, ohne einigen Aufenthalt abzuführen, kein Anſtand ſeyn werde. Hingegen würde die Königin auch belieben, Ihrer mehrmaligen Erklärung nach, die bey Ihren angehörigen Stellen oder ſonſten erfindliche Reichs-Acta zur Reichs-Cantzley abfolgen und disfalls die Erforderniß ebener maſſen beobachten zu laſſen. Der Chur-Fürſt gebe beeden Reichs-Regiſtratoribus den Auftrag darzu, um, bevorab mit gedachten Iudicial- und Feudal-Acten, den ohnverweilten Anfang zu machen, habe ſo dann, zu des Wercks weiterer Beförderung, ſeinem zu ſolchem Ende mit eigenen Pflichten beladenen Hof-Rath Helm aufgegeben, ſich ſchleunigſt nach Wien zu begeben, um dieſe Angelegenheit zum ungeſchmälerten Vollzug bringen zu helffen. Der Chur-Fürſt lebe alſo der Zuverſicht, es werde ſolcher Geſtalten an der Königin Verlangen nichts mehr übrig ſeyn.

Hievon ertheilte der Chur-Fürſt beeden Reichs-Regiſtratoribus Notitz, unter anderem mit dem Anhang, daß ſie, auſſer Chur-Fürſtlichem eigenem Befehl, in dieſem obhabenden Geſchäfft mit daſigem Königlichem Hof in ſchriftliche Communica-

tion derer überkommenden Chur-Fürſtlichen Aufträgen ſich weiters nicht einzulaſſen hätten.

Jngleichem berichtete der Chur-Fürſt dieſen gefaßten Entſchluß an den Kayſer, mit dem Bericht, daß das Einpacken und der Transport 7500. Rthlr. erfordere, darüber er des Kayſers Diſpoſition erwarte.

Endlich ſo wurde auch dem Chur-Fürſtlichen Mayntziſchen Comitial-Geſandten von all dieſem Nachricht gegeben.

§. 13.

Der Königin Duplic.

Es ſolle aber nachhero die Königin in Ungarn ſich von neuem erkläret haben, daß, weil es bey Transportir- und Verwahrung des Reichs-Archivs meiſtentheils auf die gegenwärtige Conjuncturen ankomme, ſolche aber noch zur Zeit in einer ſehr critiſchen Beſchaffenheit, bey denen annoch auf teutſchen Grund und Boden ſich in groſſer Anzahl befindlichen fremden Kriegs-Völcker, ſtünden, ſo würde berührte Abfolgnung nicht eher, als bey Wiederherſtellung der Ruhe und Sicherheit im Reich geſchehen können.

Indeſſen habe man doch beſagten Hof-Rath Helm mit zu denen disfalls gehaltenen Conferentzien gezogen.

§. 14.

§. 14.

Wieneriſcher Seits kame auch ein pro memoria zum Vorſchein, darinn gezeigt werden wollte, daß im vorigen Zeiten die Reichs- und Oeſterreichiſche Hof-Cantzley beyſammen geſtanden und alſo eine Separation derer Acten nöthig ſeye; deme Chur-Mayntziſcher Seits Anmerckungen entgegen geſetzet wurden und darinnen dargethan werden wollte, daß ſolche Separation vorlängſt geſchehen ſeye; davon in denen Zuſätzen zu dem 6ten Theil meines Staats-Rechts ein mehreres fürkommt. Wechſel-Schriften.

§. 15.

Ubrigens machte man zwar zu Ende des Octobers einen würcklichen Anfang mit der Separation und kame mit denen Iudicial-Acten bald zu Stande; alleine die Extradition ware nicht zu erhalten, indeme die Königin zuvor wegen des Transports mehr Sicherheit verlangte, ohne Zweifel auch unter der Hand genugſam vergewiſſert ware, daß das Reich, bey dermaligen Umſtänden, nicht ſo leicht mit einem widrigen Schluß in dieſer Sache gegen ſie herausgehen würde. Erfolg.

Neuntes Capitel.

Von Kayſerlichen und Reichs-Cameral-Sachen. (*)

§. I.

Kayſerl. Commißions-Decret wegen einer Geld-Hülffe.

A. 1742. den 28. Maj. lieſſen ihro Kayſerliche Maj. dem Reich in einem Commißions-Decret vorſtellen: Es wäre männiglich bekannt, daß ihro, nach beſtiegenem Römiſchen Kayſers-Thron und angetrettener dero Regierung, zu Führung ihres Kayſerlichen Amts und Regiments, auch ohngeſchmälerter Beybehaltung dero Anſehens, Hoheit und Gerechtſamen, wegen dißfalls nothwendig- und ohnentbehrlicher Erforderniſſen, unter anderem fürnemlich zu denen Kayſerlichen Geſandtſchafften und ohnverſchieblichen Beſoldungen des Kayſerlichen Reichs-Hof-Raths ein ſolcher mercklicher Aufwand, übergroſſe Koſten, Auslagen und ſonſtige ſchwere Laſten, zugleich zugewachſen, daß zu deren weiteren Beſtreitung dermalen bey kundbarlich fürwaltenden Umſtänden, ihre feindlich befallene, verheert- und ausgepreſte Erblande keineswegs anreichen könnten und ſelbe daraus ſo wenig, als, bey Abgehung

(*) Conf. mein teutſches Staats-Recht Tom. 6. p. 474.

hung anderer Mittel, aus ſonſtigen geringen Kayſerlichen Reichs-Einkünfften herzuhohlen und zu erſchwingen ſtünden; dahero dann, bey ſolcher wahren Bewandtniß, Kayſerliche Maj. Sich zu Chur-Fürſten, Fürſten und Ständen wenden thäten und des Vertrauens wären, ſelbige ihro, in getreueſter Beherzigung angeführter Beweg-Urſachen und in Anſehung jeztmaliger Conjuncturen, mit einer austräglichen Hülff von einer ergiebigen Anzahl Römer-Monaten nicht aus Handen zu gehen, ſondern vielmehr, aus zutragender treugehorſamſter Devotion, Lieb und Eyfer damit frey und gutwillig unter die Arm zu greiffen und hierüber bald einen gewührigen einhelligen Schluß zu beförderen, ihnen angelegen ſeyn laſſen werden. Conclusum.

§. 2.

In dem Chur-Fürſtlichen Collegio allegirte Chur-Braunſchweig defectum Inſtructionis, die übrige Chur-Fürſtliche Vota aber giengen alle auf 50. Römer-Monathe, jedoch meiſtentheils cum clauſula de non præjudicando pro futuro. Chur-Fürſtlicher Schluß.

§. 3.

Den 28. Sept. kame die Sache im Fürſt- Fürſtliche Vota und

Concluſum.

Fürſtlichen Collegio in Propoſition und giengen die Vota in ſubſtantia dahin.

Salzburg: Seye nicht inſtruirt, der Erz-Biſchoff würde aber ohne Zweifel denen Maioribus accediren.

Teutſchmeiſter: Truge auf 50. Römer-Monathe an, wollte jedoch ſich denen Majoribus nicht entziehen.

Baſel: 25. biß 30.

Trient votirte: es finde der höchſten Billigkeit allerdings gemäß, dem Kayſer, in Betracht dermalig-mißlicher Umſtände, zu Beſtreitung der obhabenden groſſen Auslagen mit einer hinlänglichen Anzahl Römer-Monathe unter die Armen zu greiffen. Nachdeme aber, vermöge des An. 1511. zwiſchen denen Beſitzern von Tyrol und Trient getroffenen und An. 1548. von dem Reich gutgeheiſſenen Vertrags, Trient, auſſer den Cammer-Zilern, von allen Reichs-Steuern enthebt, hingegen der Beſitzer von Tyrol daſſelbige gegen dem Reich deßhalben zu vertretten verbunden, auch ſeithero nichts anders beobachtet worden ſeye, ſo würde der Kayſer ſelbſt erachten, daß der Biſchoff, ſich hierauf zu beziehen, nicht umhin könne.

Brixen: hielte das Kayſerliche Geſuch

auch

auch für billig und nöthig, weil es aber geringe Einkünfften und verarmte Unterthanen habe, auch Oeſterreich, wegen getroffenen Confœderation jährlich Steuren geben müſſe, ſo wolle es indeſſen es bey der Devotion gegen den Kayſer und dem Gebet für eine glückliche Kayſerliche Regierung lediglich bewenden laſſen, biß etwa Krafft des art. 5. §. 10. Capitulationis noviſſimæ eine Aenderung vorgehe.

Aremberg: könne wegen erarmter Lande nichts geben.

Fürſtenberg: truge auf 50. Römer-Monathe an.

Worms: Ad Majora favorabilia, absque Conſequentia pro futuro und daß man eine durchgehende Sache daraus mache.

Straßburg: auch ſo und biß 40. oder 50. Römer-Monathe.

Baaden-Baaden: 30. in vergleichenden Friſten absque præjudicio & conſequentia.

Fulda: wie Straßburg.

Elwangen und Prüm: wie Worms.

Corvey: wie Baaden-Baaden.

Paſſau: könne, wegen kundbarer Umſtände ſeiner Lande, nichts geben.

Lob-

Lobkowitz: auch ſo.

Bayern: Recommendire die Beförderung eines gedeylichen Reichs-Gutachtens.

Leuchtenberg: auch ſo.

Pfalz-Lautern, Simmern, Neuburg und Veldenz: 50. Römer-Monathe, innerhalb 3. Monathen zu zahlen.

Hildesheim: 50. absque conſequentia.

Paderborn, Münſter, Oßnabrück: ſimiliter.

Freyſingen und Regenſpurg: 50. nach und nach in Friſten abzutragen.

Würzburg und Bamberg: 30.

Speyer: auch ſo.

Magdeburg. cum cœteris Votis: 50. doch daß dieſe ganz auſſerordentliche Einwilligung eines Doni plane gratuiti ins künfftige nicht zu der geringſten Conſequenz gezogen werden ſolle.

Brandenburg-Culnbach: 50. absque conſequentia.

Brandenburg-Onolzbach: 30.

Oſt-Frießland: 50.

Sachſen-Weymar und Eiſenach: behalte ſich bevor, ſich in proxima favorabiliter zu erklären.

Baaden-Durlach und Hochberg,

item

item Lübeck und Holſtein-Gottorff: auch: ſo.

Henneberg: 50. abſque conſequentia.

Eichſtätt: 30. in leidentlichen Friſten, in Franckfurt zu erlegen.

Kempten: erwarte Inſtruction.

Berchtolsgaden: wegen des Landes Nothſtandes und der Zeitläufften könne es nichts geben.

Heſſen-Caſſel und Hirſchfeld: 50. ratione loci & temporis, wie es am beſten zur endſchafftlichen Beförderung gereiche.

Rheiniſche Prälaten: ad favorabilia, in 3. Monathen in Franckfurt zu bezahlen.

Razeburg: ad favorabiliſſima.

Anhalt: 50. ratione loci & temporis ad Majora.

Schwäbiſche Grafen: 50. in erträglichen Friſten, nach dem Schwäbiſchen Crayß-Matricular-uſual-Fuß, zu Augſpurg und Ulm in landläuffigen Cours zu bezahlen.

Den 5. Oct. votirten:

Kempten: auch 50.

Pfalz-Zweybrücken: auch ſo ratione loci & termini ad Majora.

Sachſen-Weymar und Eiſenach: ad interim ad Majora & quidem favorabilia.

Lübeck

Lübeck und Holſtein-Gottorff: auch ſo.

Baaden-Durlach und Hochberg: 30. promt zu bezahlen.

Das Directorium ſtellte dabey zu belieben: Ob man ſich auch ratione termini vel terminorum & loci ſolutionis erklären wolle?

Den 12. Oct. zeigte Salzburg an: das Chur-Fürſtliche Collegium hätte einen Schluß gefaßt; alsdann votirten:

Bamberg und Würzburg: Stimmte nun auch auf 50. die Helffte ſo bald möglich, die andere Helffte aber in 3. Monathen zu bezahlen.

Augſpurg: ad favorabilia; die Anzahl will man künfftig determiniren; die Zahlung kan zu Augſpurg, Franckfurt, Nürnberg, oder Regenſpurg geſchehen.

Sachſen-Gotha: auf 30. wann aber andere, ſo auf 30. votirt, nun auf 50. gehen wollten, ſimiliter &c.

Sachſen-Altenburg: auch ſo.

Holſtein-Glückſtatt: auf 30. wann die übrige Stände ihre Quotas ausbezahlt.

Würtemberg und Mömpelgart: 30. nach des Schwäbiſchen Crayſes uſual-Fuß, in dortiger Voluta und zureichenden Friſten.

Heſſen-

Heſſen-Darmſtatt: auf 30. Sollte mehrers beliebt werden, wolle man auch accediren. Die Zahlung ſollte in leidentlichen Friſten nach und nach in Franckfurt geſchehen.

Corvey: nachdeme die mehrere auf ein höheres Quantum als 30. antragen, würde der Herr Abt ſich vermuthlich auch zu einem mehreren entſchlieſſen.

Ob nun wohl noch manche Vota abgiengen, ſo ſchritte man doch zum Concluſo und wurde ratione loci & temporis ſolutionis beliebt, daß die eine Halbſcheid ult. Novembris, die andere Helffte aber zwey Monathe hernach in Franckfurt erlegt werden ſollten, dabey ſich die Schwäbiſche Grafen ratione termini ulteriora reſervirten, ratione modi & loci aber priora repetirten.

§. 4.

Weil nun auch das Reichs-Stättiſche Collegium in ſubſtantia einig ware, wurde noch dieſen 12ten Oct. das Reichs-Gutachten dahin abgefaßt: „daß bey gegenwärtigen beſonderen Umſtänden, und geſtalten Dingen nach, ihro Kayſerl. Maj. mit einer freywilligen Beyhülffe an Handen zu gehen und unter die Arme zu greiffen; Reichs-Gutachten.

Eichſtätt: wolle zwar auch 50. Römer-Monathe geben, bitte ſich aber eine etwas mehrere Friſt aus.

Speyer und Coſtanz: wolle auch 50. geben.

Baſel: ſimiliter.

Hohenzollern: 30. oder, wann etwas einhelliges daraus würde, 50. die Bezahlung ſollte ſucceſſive ſo bald geſchehen, als möglich.

Lübeck: wolle auch 50. geben.

Brandenburg-Onolzbach: ingleichem.

Schwäbiſche-Prälaten: auch ſo, in Hoffnung, der Kayſer werde ihnen wegen ihres überſpannten Matricular-Anſchlags zu einer Remedur verhelffen. Ratione termini & loci ſolutionis reſervire man ſich ulteriora.

§. 9.

Handlung mit Bremen und Hamburg.

Weil aber die beede vermögliche Stätte Bremen und Hamburg, um bekannter Urſachen willen, den Reichs-Tag nicht beſchicken; ſo lieſſe der Kayſer durch ſeinen Miniſtre in dem Nieder-Sächſiſchen Crayſe mit ihnen insbeſondere wegen eines Stück Geldes, ſtatt dieſer Römer-Monathe, handlen.

Zehen-

Zehendes Capitel.
Von der Römiſchen Kayſerin Crönung.

§. 1.

Was dem Publico von dieſer Crönung in die Augen gefallen iſt, findet man in verſchiedenen Schrifften beſchrieben; die Chur-Fürſtliche hieher einſchlagende Collegial-Acta aber ſeynd in meinem teutſchen Staats-Recht *Tom. 7. p. 180. ſeqq.* nachzuſehen. Vor-Erinnerung.

§. 2.

Bey dem Crönungs-Actu ſelbſt erſchiene der Chur-Fürſt zu Maynz, ob er gleich in loco gegenwärtig ware, Leibes- und Gemüths-Schwachheit wegen nicht, ſondern lieſſe ſeine Stelle durch einen Geſandten verſehen. Maynziſche Abweſenheit bey dem Actu.

§. 3.

Und noch beſonderer ware, daß der Chur-Fürſt zu Cölln zwar in der Kirche die Conſecration verrichtete, aber ſich, ob es gleich vorhin im Chur-Fürſtlichen Collegio anderſt verabredet worden ware, nicht auch mit bey der Proceßion aus der Kirch, noch bey der Crönungs-Mahlzeit, einfande, ſondern ebenfalls einen Geſandten darzu abordnete. Und Cöllniſche bey der Proceſſion ꝛc.

§. 4.

Fuldiſche. Der Herr Abt zu Fulda glaubte berechtiget zu ſeyn, wann der Kayſerin die Cron von dem Herrn Conſecratore und deſſen Aſſiſtenten aufgeſetzet werde, mit Hand an zu legen und ſuchte ſolches in poſſeſſorio & petitorio durch die in meinem Staats-Recht *l. c. p. 201. ſeqq.* befindliche pro memoria zu erweiſen; Er muſte ſich aber gefallen laſſen, daß das Chur-Fürſtliche Collegium gegen ihn ſprache.

§. 5.

Und Kemtiſche Concurrenz. Der Herr Abt zu Kempten hingegen, von deſſen Verrichtungen bey einer Kayſerin Crönung die Beſchreibung derer vorigen Crönungen nichts eigentliches anzeigen, wurde dieſesmal willig admittirt, welches um leichter geſchehen konnte, weil er nicht, wie jener, mit denen Chur-Fürſten, oder Chur-Fürſtlichen Geſandten, zu concurriren verlangte.

Eilfftes Capitel.

Von dem Reichs-Vicariat.

§. 1.

Einleitung. DEr alte und ſonderlich ſeit dem Weſtphäliſchen Frieden beſtändig gewährte Streit: ob das Rheiniſche Reichs-Vicariat:

cariat Chur-Bayern oder Chur-Pfalz zuſtehe? wurde zwar A. 1724. zwiſchen ihnen beeden durch einen Familien-Tractat beygelegt und Krafft ſolches ein gemeinſchafftliches Reichs-Vicariat beliebt; beeder Höfe Miniſteria machten aber dabey allzu wenige Reflexion auf das übrige Reich, welches doch die Sache mit angienge und ohne deſſen Mit-Einſtimmung die güldene Bull in einer ſo wichtigen Sache nicht alteriret werden konnte, dahero in dem A. 1740. erfolgten Interregno, da dieſer Familien-Vergleich valabel gemacht werden wollte, nichts als Widerſpruch erfolgte und in der neuen Wahl-Capitulation die Sache dahin ausſchlug: der Kayſer ſollte daran ſeyn, daß, ſo bald nach angetrettener ſeiner Kayſerlichen Regierung, dieſe Sache bey verſammletem Reich vorgenommen, mithin zur gedeyhlichen Endſchafft baldeſt gebracht werden möge; wie hievon in meinem teutſch. Staats-Recht *Tom. 7. p. 422. ſeqq.* wie auch *Tom. 8. p. 60. ſeqq.* und *p. 190. ſeqq.* die vollſtändigſte Nachricht anzutreffen iſt.

§. 2.

Deme zu Folge kame den 5. Oct. ein Kayſerliches Commißions-Decret ad dictaturam publicam gebracht, des Innhalts: Kayſerl. Commißions-Decret in cauſa.

 Es

Es beruhe in einer offenbaren Kundbarkeit, welchergeſtalten wegen Verweſung des in ſeiner Zeit ohne Haupt ledig-ſtehenden H. Röm. Reichs in denen Landen des Rheins, Schwaben und Fränckiſchen Rechtens, zu vorſichtlicher Abwendung aller alsdann eben ſo, gleichwie in ehevorigen Zeiten, und bevorab nach Abſterben Kayſer Ferdinands III. geſchehen, wieder von neuem beſorglich ausbrechender gemein-beſchwerlicher Mißhelligkeiten, zwiſchen beeden von einem Urſprung abſtammenden Chur-Häuſer Bayern und Pfalz ein ewig-beſtändig-und unwiderrufflicher Vertrag allbereits im Jahr 1724. dahin abgeſchloſſen worden, daß ſothane Reichs-Verweſung und Vicariat von dieſen Chur-Häuſern unter ihrer beyder Nahmen hinkünfftig gemeinſchafftlich und geſammter Hand geführet werden ſolle. In Gefolg deſſen dann auch auf Hintritt Kayſer Carls VI. erwähnte beede Chur-Häuſer die Verweſung des Reichs übernommen, und biß dahin, da der jezige Kayſer den Thron des Röm. Kayſerthums beſtiegen mittelſt Aufrichtung eines in der Statt Augſpurg niedergeſezten Vicariats-Hof-Gerichs ſimultanee würcklich verſehen haben. Nachdem nun aber zu Ergän-

gänzung des Reichs-Archivs und der heilſamen Juſtiz ohngehemmter Beförderung in alleweg der Sachen ohnvermeidlichen Nothdurfft seyn wolle, daß die Vicariats-Handlungen (als worüber allſchon ſämtlich vorräthige Acta, Innhalts der Kayſerlichen Wahl-Capitulation Art. 3. §. 17. an den Kayſer eingeſchickt und durch den den Erz-Canzler vertrettenden Reichs-Hof-Vice-Canzler zur Reichs-Canzley gebührend eingeliefert und hieſelbſten hinterlegt worden,) von dem Kayſer ratificiret werden, ihme hingegen in ohnentfallenem Angedencken ruhe, was in jezt-angezogenen Articul der beſchworenen Wahl-Capitulation §. 18. verſehen und daß, nach Ausweis deſſen, dieſer verglichenen Vicariats-Gemeinſchafft halber die Sache anforderiſt bey verſammletem Reich vorzunehmen, ſo fort zur gedeylichen Endſchafft zu bringen ſeye: Als habe der Kayſer ſeiner Amts-Obligenheit zu ſeyn ermeſſen und dannenhero nicht weiter anſtehen wollen, zu vorgeſeztem Ende in denen beygelegten vidimirten Abſchrifften den Vicariats-Vergleich mit denen darzu gehörigen Anlagen dem geſammten Reich hiemit mitzutheilen, in der zu Chur-Für-

 ſten,

ſten, Fürſten und Ständen unabwendig geſtellten Zuverſicht, daß hieraufhin eine vergnügliche Beyſtimm- und vollſtändige Einwilligung auch ihres Orts um ſo ohnbedencklicher erfolgen und dieſe durch einen gewührigen Reichs Schluß deſto erlaſſen werde, jeniger von jemand, gegen ſelbſteigene Uberzeugung, mißkennet werden möge, daß hierdurch allen künfftigen zum Nachtheil des geſammten Publici entſtehenden Verwirrungen vorgebogen und alſo vorzüglich den gemeinen Reichs-Weſen ein erſprießlicher Nutzen zugewendet, der Grund-Verordnung des bekannten Reichs-Geſetzes, der güldenen Bull, aber um ſo weniger ein Abbruch, oder weſentliche Abänderung, gemacht worden ſeye, als gleichwolen nach dem Zielſezlichen Innhalt derſelben nur ein Vicariat in denen Landen des Rheins, Schwaben und Fränckiſchen Rechtens vollkommentlich beybehalten und lediglich deſſen gemeinſchafftliche Ausübung zweyen von Einem abſtammenden Häuſern zugelegt, folglich niemanden die geringſte Beſchwerniß, noch ſonſtige Weiterung zugezogen werde.

§. 3.

Erfolg. Es iſt aber bey denen betrübten Umſtänden,

ſtånden, darinn ſich unſer unglückſeliges Vaterland und deſſen Reichs-Convent befunden hat, ſolche Materie A. 1742. zu keiner würcklichen Uberlegung gediehen:

Zwölfftes Capitel.

Von dem Unterſcheid derer Reichs-Stånde in Anſehung der Religion.(*)

§. VII.

Nachdeme der junge Herr Herzog zu Holſtein-Gottorff, um ſich zu der Succeſſion in Rußland zu habilitiren, A. 1742. die Griechiſche Religion angenommen, haben wir nunmehro, ſo lange das Röm. Reich ſtehet, das erſte Exempel, daß Nahmens eines Herrn von dieſer Religion ein Votum in einem Reichs-Collegio geführet wird.

Holſtein-Gottdorff nimmt die Griechiſche Religion an.

In vorigen Zeiten ſollte eine dergleichen Aenderung, (ob ſie gleich nur perſonell iſt und das Votum zu dem Corpore Evangelicorum nach wie vor gerechnet wird,) doch wohl einiges Aufſehen und Bewegung verurſachet haben; alleine da es jetzo im Röm. Reich ausſihet, wie es ausſiehet, hat man auch dieſes gehen laſſen, wie es gehet.

(*) Siehe mein teutſches Staats-Recht Tom. 8. p. 485.

Dreyzehendes Capitel.

Von Aſſociation derer Reichs-Crayſe.

§. 1.

Einleitung. BEy der groſſen Zerrüttung unſeres teutſchen Staats-Cörpers und da die, welche nicht præſentiſſimum periculum vor dem gemeinſamen Feind haben, ſich die Noth des gemeinen Vaterlandes meiſtens nicht ſo, wie zu wünſchen wäre, zu Hertzen gehen laſſen, iſt man zu unſeren Zeiten genöthiget worden, auf eine nähere Verbindung wenigſtens einiger Crayſe unter ſich, zu ihrer Defenſion, zu gedencken, davon des habilen und brauchbar-gelehrten Herrn Cantzley-Directoris KOPPENS ſehr wohl gerathener Tractat von Crayß-Aſſociationen nachzuſehen iſt, deme G. G. hiernächſt in meinem teutſchen Staats-Recht etwa noch einiges befüget werden wird.

Bishero waren der Oeſterreichiſch-Chur- und Ober-Rheiniſch ſo dann Fränckiſch- und Schwäbiſche Crayß alſo aſſociirt; der Bayriſche hingegen, (welcher vermuthlich glaubte, es gereiche dieſe Aſſociation vornehmlich zum Vortheil des Hauſes Oeſterreich,) hatte nie Luſt, ſich mit in dieſe Geſellſchafft zu begeben.

Durch das letzte Interregnum litte dieſe Aſſociation einen großen Stoß und ob man gleich während deſſelbigen an einer neuen Aſſociation arbeitete, ſo wollte es doch damit nicht fort, zumalen da Chur-Mayntz ſein Directorium mit einmengete, die andere Crayſe aber nichts davon wiſſen, ſondern nur eine egale Societät erkennen wollten; davon anderswo ein mehreres.

§. 2.

Der Kayſer ſucht eine Crayß-Aſſociation.

Nach wieder erſetztem Kayſer-Thron trungen Ihro Kayſerl. Majeſtät nunmehro ebenfalls auf Erneuerung der Aſſociation, doch, bewandten Umſtänden nach, mit Ausſchlieſſung des Oeſterreichiſchen Crayſes.

§. 3.

Conduite des Chur-Rheiniſchen Crayſes.

Bey dem Chur-Rheiniſchen Crayſe hielte es auch nicht ſchwer, willfährige Maiora zu bekommen, da Chur-Cölln und Chur-Pfaltz mit Kayſerl. Majeſtät in genaueſter Vereinigung ſtunden und der damalig Chur-Mayntziſche Hof ſich Ihro gleichfalls in allem gefällig erwieſe.

§. 4.

Des Ober-Rheiniſchen.

Der Chur-Rheiniſche Crayß invitirte auch den Ober-Rheiniſchen zu einem fœdere defenſivo ſub auſpiciis Cæſareis und

und ſchickte ihme zu ſolchem Ende gewiſſe Deliberanda zu, worüber er ſeine Erklärung begehrte, alsdann der Chur-Rheiniſche Crayß mit ſeinen Gedancken näher herausgehen wollte und Ihro Kayſerl. Majeſt. lieſſen dieſen Antrag durch einen Geſandten unterſtützen. Es wollte aber nicht fort damit, nicht nur, weil man wieder an den vorigen Stein in modo tractandi angeſtoſſen, ſondern die Sache auch darauf hinaus zu gehen ſchiene, daß man an denen Oeſterreichiſchen Succeſſions-Irrungen Antheil nehmen ſollte, worzu man ſich doch wegen vieler Bedencklichkeiten nicht reſolviren wollte. Es wurde alſo dem Kayſerlichen Geſandten zur Reſolution ertheilet: Es hätte ſich der mehreſte Theil derer Crayß-Stände äuſſerſt zu beklagen, daß die dermalige Umſtände ſo geartet wären, daß man ſich nicht im Stande fände, ehe und bevor ein wegen allenfalls zu vergröſſerender Militar-Verfaſſung auf dem Reichs-Tag fallender Schluß vorhanden wäre, ſich eben ſo wenig zu gröſſerer Armatur, als zu Errichtung des von dem Chur-Rheiniſchen Crayſe angetragenen Fœderis defenſivi noch zur Zeit entſchlieſſen zu können; welche nach denen Umſtänden des Crayſes und der Sachen

chen abgemeſſene Entſchlieſſung der Kayſer nicht in Ungnaden vermercken würde.

§. 5.

Des Schwäbiſchen und Fränckiſchen.

Weil nun dem Schwäbiſchen Crayß von dem Rheiniſchen ein gleicher Antrag geſchehen ware, ſo ſandte die Königin in Ungarn an den zu Eßlingen verſammleten Crayß einen Miniſtre, mit einer Vollmacht, deren Innhalt dahin gienge: Nachdeme die Königin äuſſerlich vernehmen müſſen, daß eine Directorial-Zuſammentrettung derer vier vorgelegenen aſſociirten Reichs-Crayſe ohnlängſt vor ſich gegangen und, derſelben zufolge, einige Proponenda von jedem gedachten Crayſe in Berathſchlagung gezogen werden ſollen; So ertheile ſie, mit ausdrücklichem Vorbehalt alles deſſen, was derenthalben ihr Reſcript an Ihre Oeſterreichiſche Geſandtſchafft zu Regenſpurg vom 7. April in ſich enthalte, dem Grafen von Cobenzel völlige Macht und Gewalt, daß er nicht nur bey denen Schwäbiſchen Crayß-Verſammlungen von der Königin wegen, ſelbſten oder durch einen ſubſtituirten Gewalthaber, ſich einfinden, ſondern auch, ungehindert der Aſſociations-widrig unterbliebenen Einladung, (als welche Unterbleibung der Königin Gerecht-

rechtſamen im geringſten nicht zu ſchwächen vermöge,) von wegen des Oeſterreichiſchen Crayſes, mit und neben derer anderen Crayſen Gevollmächtigten, erſcheinen und, was zum allgemeinen Heyl und Sicherheit dabey zu berathſchlagen, zu handlen und zu ſchlieſſen vorkomme und für gut befunden werde, auch von der Königin wegen berathſchlagen, handlen und ſchlieſſen möge.

Der Schwäbiſche Crayß ſuchte ſich aber aus dieſem épineuſen Umſtand durch eine den 21. Jun. an den Hrn. Grafen von Cobenzel erlaſſene Signatur zu helffen, in welcher Ihme zu erkennen gegeben wurde, daß ſothane Vollmacht, ohngeachtet einiger dabey anfänglich fürgewalteter Umſtände, nach vorheriger Collationirung mit dem Original, zwar anzunehmen und ad Dictaturam zu bringen, auch der Herr Graf in dem Character eines Königlich-Hungariſch- und Böhmiſchen bevollmächtigten Miniſters und Geſandtens zu reflectiren wäre: gleichwie aber dieſe Vollmacht ſich auf den Schwäbiſchen Crayß-Convent allein in der Generalität referire, hingegen der übrige Innhalt auf denſelben nicht angeſehen werden könne; alſo würde der Herr Graf, nach älterem Vorgang bey dieſem Crayß und

dann

dann durch die ſonſtige Obſervantz beſtätigten Modo, von der Königin förmliche Credentiales beyzubringen, ſich angelegen ſeyn laſſen.

Ubrigens hatte der Schwäbiſche Crayß ebenfalls keine Luſt zu dem von Chur-Rhein vorgeſchlagenen Fœdere und der Fränckiſche ware gleicher Meinung.

§. 6.

Man probirte es darauf, wenigſtens den Fränckiſch-und Schwäbiſchen Crayß näher zuſammen zu bringen und ein gewiſſer Fürſtlicher Comitial-Geſandte intereßirte ſich dabey ſonderlich; es erfolgte aber auch abſchlägliche Antwort.

Aus der Fränckiſch- und Schwäbiſchen Aſſociation wird auch nichts.

Vierzehendes Capitel.

Von Ober-Rheiniſchen Crayß-Sachen.

§. 1.

VOrderiſt hat ſich der Herr Graf von Schlitz, genannt von Görtz, bey dem Ober-Rheiniſchen Crayß als einen Candidaten der Crayß-Standſchafft angegeben und, um ſolche zu facilitiren, die in dem Anhang dieſes Capitels ſub num. 1. & 2. befindliche Deductiones drucken laſſen, wodurch er unter anderem darthun will, daß unter der in der Reichs-Matricul de Anno

Der Graf von Schlitz ſucht die Crayß-Standſchafft.

1521.

1521. berührten Grafſchafft Görtz nichts anderes, als ſeiner Vor-Eltern Güter, verſtanden ſeyen, wobey er der Reichs-Ritterſchafft, unter welcher er bishero geſtanden, noch einen Valet-Ritter-Dienſt vel quaſi thut und von ihrem Collectations-Weſen ſo ſchreibt, daß er vermuthlich zuvor Relaxationem a Iuramento, womit die Glieder der Reichs-Ritterſchafft ihrem Corpori verbunden ſind, wird erlanget haben und als man nur von einem geſchworenen Tod-Feind des Reichs-Ritterſchafftlichen Weſens zu gewarten hat. Ubrigens wird der Herr Graf ſchwerlich jemand bereden, daß ſeiner erſt A. 1677. aus dem Adel- in den Freyherrn- und A. 1726. in den Grafen-Stand erhobenen Familie Güter die in der Reichs-Matricul de A. 1521. wie auch in anderen vorhergehenden benahmſte Grafſchaft Görtz ſeye und werden ſeine Gründe, weil hier der Ort nicht darzu iſt, anderwärts beleuchtet werden.

§. 2.

Erfolg. Ich habe nicht vernommen, daß etwas darauf erfolgt ſeye und belehren die in Francken und Schwaben vorhandene Exempel, daß es mehrere Folgen habe, dergleichen der Reichs-Ritterſchafft a Seculis her ohn-

ſtrei-

ſtreitig incorporirte Güter von derſelbigen zu eximiren und zu einem Crayß, oder Reichs-Gräflichen Collegio, zu ſchlagen.

§. 3.

Nachdeme ſich bereits in letzterem Interregno das Fürſtliche Haus Heſſen-Caſſel, qua Caſſel, ſo dann auch in Anſehung der Grafſchafft Hanau, von der inneren Verfaſſung des Ober-Rheiniſchen Crayſes getrennet hatte und aus dieſer Gelegenheit in der Wahl-Capitulation eine nöthige General-Verfügung geſchehen ware; ſo iſt ſolcher Streit unter der neuen Kayſerlichen Regierung nun auch in öffentlichen Schriften fortgeſetzet worden, aus welchen unten in dem zweyten Buch ein Auszug erfolgen wird.

Strittigkeiten zwiſchen dem Ober-Rheiniſchen Crayß und Heſſen-Caſſel.

Funfzehendes Capitel.
Von denen Chur-Fürſten.

§. 1.

Nach vollbrachter Kayſer-Wahl zu Franckfurth und einigen dahin gehörigen Nach-Deliberationen iſt der Chur-Fürſtliche Wahl-Convent allda in einen ordentlichen Chur-Fürſten-Tag verwandelt und in dieſer Form noch einige Zeit fortgeſetzet worden.

Chur-Fürſten-Tag zu Franckfurth.

§. 2.

Des Kayſers Concurrenz dabey.

Ihro Kayſerliche Majeſtät waren Anfangs geſonnen, denen Conferentzien in Perſon mit beyzuwohnen, dahero auch unter der Hand Aufſätze gemacht wurden: ob und wie ferne dergleichen Exempel in vorigen Zeiten zu finden und was für Solennien und Ceremonialien dabey beobachtet worden ſeyen? nachhero aber abſtrahirte der Kayſer davon, thate bloß dem zu ſich erforderten Chur-Fürſtlichen Collegio einen mündlichen Vortrag und lieſſe darauf den 9. Mart. demſelbigen den Innhalt gedachten Vortrags auch in einem ſchriftlichen Decret einhändigen.

§. 3.

Acta dieſes Convents.

Selbiges betraffe 1. die Notification des wieder eröfneten Reichs-Hof-Raths, 2. die Herbeyſchaffung des Reichs-Archivs, 3. die Fortſetzung des Reichs-Tags; von welchem allem an ſeinem Ort ein mehreres fürkommt.

Von denen hierauf oder auch in anderen Materien abgefaßten Entſchlieſſungen des Chur-Fürſtlichen Collegii aber iſt nichts public geworden.

§. 4.

Päbſtliche

Der Päbſtliche Nuntius auf dem Wahl-

Tag

Tag erfrechete ſich, dem Chur-Mayntziſchen Directorio (wiewol in gröſter Geheim,) eine in meinem Staats-Recht *Tom. 8. p. 393.* in extenſo befindliche wiederhohlte Proteſtation gegen die Braunſchweigiſche Chur zu übergeben; was aber, als dieſes dannoch laut worden, darauf erfolget ſeye, haben wir zum Theil ſchon oben Cap. 3. vernommen und das weitere wird uns künftig die Geſchichte des Jahres 1743. belehren und das Ende davon wird ſeyn: Malum conſilium Conſultori peſſimum. Proteſtation wider die neunte Chur.

§. 5.

Conf. quoque Cap. proxime ſequens.

Sechszehendes Capitel.
Von denen Reichs-Fürſten.

§. 1.

Die Ceremonial-Streitigkeiten zwiſchen denen Chur-Fürſten und Fürſten, oder vielmehr beeder Geſandten ſeynd denen, welche nur etwas in dem heutigen teutſchen Staats-Recht gethan haben, bekannt. Währendem letzten Interregno ſuchte man, einander disfalls näher zu kommen; die gebrauchte Mittel und der Modus aber waren ſo beſchaffen, daß die, ſo der Sache zuſahen, gleich beſorgten, es würde Ceremonial-Streit mit denen Chur-Fürſtlichen

nichts Gutes heraus kommen, wie auch geſchahe und die Sache beederſeits noch mehr vulneriret wurde, als ſie vorhin ware.

§. 2.

Verſuch gütlicher Tractaten zwiſchen denen Chur- und Fürſtlichen Geſandten wegen des Ceremoniels.

Was auf dem Wahl-Tag A. 1741. und 42. zwiſchen denen Chur- und Fürſtlichen Geſandten für Ceremoniel-Strittigkeiten obgewaltet? was dieſe letztere für mancherley Pas und Vorſchläge gethan? und wie ſie endlich pro nunc nachgegeben? iſt zum Theil ſchon oben kürtzlich angezeiget worden, zum Theil wird es anderwärts ausführlich erzählet werden: hier aber iſt nur zu melden; daß, als die Alt-Fürſtliche nachgegeben, ſie ſich dabey reſerviret, dieſe Sache gleich nach der Wahl wiederum fürzunehmen und daß ſie dem Chur-Fürſtlichen Collegio ſolches in einem pro memoria eröffnet haben.

Als dieſes pro memoria der alten Fürſten in pcto des Ceremoniels noch bey dem Wahl-Convent den 19. Jan. 1742. in Uberlegung kame, hielten Electorales dafür: daß, ſo wenig man diſſeits ſich entgegen ſeyn laſſe, ſondern vielmehr von ſelbſt geneigt ſeye, mit dem geſammten Fürſtlichen Collegio alle gute Verſtändniß zu pflegen, mithin auch in puncto Ceremonialis auſ-

ſer

ſer Anſtand mit demſelben zu ſeyn; ſo ſehr zeige ſich gleichwolen von ſelbſten, daß ſothane Collegial-Materie allhier nicht, wohl aber zu ſeiner Zeit in Comitiis, wo dieſelbe beyderſeits hinwiederum ohnehin verſammelt, mithin darzu ſich ſchickliche Gelegenheit ergeben würde, füglich vorzunehmen ſeyn möchte, wohin man alſo auch dieſe Angelegenheit um ſo mehr ausgeſtellet ſeyn laſſe, als auch auſſer deme die dermalige hieſige Umſtände und Verrichtungen nicht zulaſſen, noch auch ſelbſten wohl thunlich ſeyn kan, hierein einzugehen, in weſſen Verfolg alſo von Directorii wegen denen beſagten von denen Alt-Fürſtlichen Höfen allhier dermalen anweſenden Miniſtris die mündliche Reſolution glimpflich ertheilet werden könnte.

Den 21. Febr. darauf præſentirten die Alt-Fürſtliche Miniſtri denen Chur-Fürſtlichen folgendes ferneres pro memoria:

„Gleichwie die allhier verſammlete zu Ende unterzeichnete Alt-Fürſtliche Miniſtri aus dem Ihnen von dem hochlöbl. Chur-Mayntziſchen Directorio communicirten Extractu Protocolli Electoralis vom 19. Jan. gerne erſehen, daß das hohe Chur-Fürſtliche Collegium in Conformität desjenigen Vertrauens, ſo man diſſeits in deſſen rühmliche Æquanimität allezeit geſetzet, geneigt ſeye, wie in andern, alſo auch dem Ceremonial-Punct, mit dem Reichs-Für-

 ſten-

ſten-Stand in gutem Vernehmen zu ſtehen und bey nächſt-bevorſtehender Re-activitate Comitiorum ſelbigen durch gütliche Handlungen auf einen vergnüglichen Fuß zu ſetzen; alſo hoffen ſie nicht minder, es werde dasjenige, ſo in nur gemeltem Extractu Protocolli von einer Collegial-Materie eingefloſſen, (nachdeme bekannt, daß die beyde höhere Collegia, qua Collegia, nie einigen Ceremoniel-Diſput gehabt, auch weniger nicht, wann allenfalls dergleichen wäre, darüber von dem hier verſammleten Fürſten-Congreß nichts verlanget noch gehandelt werden mögen, mithin derjenige Vergleich, der von Ihnen nomine Ihrer aller- und höchſten Principalen hierüber geſuchet worden, nicht das Fürſtliche Collegium, ſondern bloß die hier verſammlete Alt-Fürſtliche Häuſer angehet,) die Meinung nicht haben, dieſes bloß zwiſchen denen Chur- und Fürſten des Reichs von denen alten Häuſern verſirende Negotium zu einem Fürſtlichen Collegial-Werck, ſo es doch weder jemals geweſen, noch auch künftig, aus bekannten Urſachen, werden kan, zu qualificiren und dadurch ſowohl alle künftige Vergleichs-Hofnung vergeblich zu machen, als auch Gelegenheit zu geben, daß den Alt-Fürſtlichen Häuſern von den übrigen Fürſten des Reichs der Vorwurff geſchehen kan, als ob ſie ſich ohne Commiſſion für ſie zu agiren ermächtiget, ſondern vielmehr des hohen Chur-Fürſtlichen Collegii Intention dahin gehe, bey wieder angehenden Comitiis mit den Alt-Fürſtlichen Häuſern dieſes Werck ſo, wie es von Ihnen allein begehret worden, auch allein zu vergleichen:

So haben Endes-Unterzeichnete Miniſtri zu Ihrer Sicherſtellung nicht anderſt gekonnt, als durch gegenwärtiges pro memoria, ſo ſie ad Acta zu nehmen bitten, dem hochlöbl. Chur-Mayntziſchen Directorio zu declariren, daß ſie den Ihnen communicirten Extractum Protocolli anderſt, als in nur gemeldetem Senſu, nicht verſtehen. rc.„

Man

Man erſiehet hieraus, wie weit man beederſeits gleich in denen allererſten principiis von einander entfernet iſt.

§. 3.

Hierzu kame nach Verlegung des Reichs-Tags nacher Franckfurth, allwo ſich das Kayſerliche Hof-Lager befand, ein neuer Zufall, indeme die Chur-Fürſtliche Comitial-Geſandten von denen Kayſerlichen Miniſtris die Excellentz-Titulatur verlangten, auch, wie es ſcheinet, erhielten, wo hingegen ſolche denen Fürſtlichen Comitial-Geſandten verweigeret wurde. Neuer Excellenz-Streit.

§. 4.

Indeſſen ſuchten die Alt-Fürſtliche Miniſtri, mit denen nun auch der Würtzburgiſche communem cauſſam machte, auf eine oder die andere Weiſe durchzubrechen und es wurde forderiſt ein ihre Gründe: warum auch denen Fürſtlichen Geſandten die Excellentz gebühre? enthaltender Aufſatz (*) verfertiget, welcher ſich dahin concentriret: Aufſatz deswegen.

Chur- und Fürſten haben das Geſandtſchaffts-Recht vi Territorii & Suprema-

 tus

(*) Derſelbige ſtehet in extenſo in Herrn KOENIGS *Sele&. Iur. publ. Tom.* 5. *p.* 353. Bey welcher Gelegenheit ich erinnere, daß gut wäre, wann Herr KOENIG in dieſer ſeiner ſonſt feinen Sammlung hin und wieder deutlicher anzeigte: was ſeine eigene oder fremde Arbeit ſeye?

tus in eodem hergebracht; in dieſem aber ſind die Fürſten von denen Chur-Fürſten in nichts unterſchieden. Bis auf den Münſter- und Nimwegiſchen Frieden hat man die Chur- und Fürſtliche Geſandten gleich tractiret, die Chur-Fürſten haben nie keine Diſtinction verlangt und denen Fürſten hat man wegen des Rechts, Ambaſſadeurs zu ſchicken, nie Quæſtion movirt. Beym Münſteriſchen Congreß aber iſt wegen der Excellentz und bey dem Nimwegiſchen wegen des Rechts, Ambaſſadeurs zu ſchicken, Streit entſtanden.

A. 1608. haben bey denen Haagiſchen Stillſtands-Tractaten die Cronen Groß-Brittannien, Dännemarck, Franckreich und Spanien der Chur- und Fürſten Recht, Ambaſſadeurs ſchicken zu können, erkannt.

2. A. 1635. ſetzte die Cron Franckreich in einer für Chur-Trier herausgegebenen Apologie: die Reichs-Fürſten könnten Ambaſſadeurs ſchicken.

3. Bey der Rheiniſchen Alliantz, denen Congreſſen zu Cleve und Cölln und der A. 1667. nach Franckreich abgeſchickten Chur- und Fürſtlichen Geſandtſchafft ſeynd die Chur- und Fürſtliche Geſandten einander gantz gleich tractiret worden.

Zu Nimwegen würde vielleicht nicht daran gedacht worden ſeyn, denen Fürſtlichen Geſandten ein geringeres Ceremoniel als denen Chur-Fürſtlichen beyzulegen, wann Franckreich es nicht gethan hätte, Lothringen zu chagriniren und die Chur-Fürſten und Fürſten an einander zu hetzen. Es iſt aber weder der Kayſer, noch Spanien, noch Engelland hierinnen Franckreich beygetretten, ſondern haben theils denen Fürſtlichen Geſandten den Character Ambaſſadeurs gegeben, theils anerboten, oder doch ſich erkläret, es ihnen nicht zu wegern, und die Franzoſen erklärten endlich ſelbſt, alles das thun zu wollen, was der Kayſer thäte.

Als auch bey denen Ryßwickiſchen Friedens-Tractaten die mehreſte Reichs-Fürſten in ihren Vollmachten ſich vorbehalten haben, ihren Geſandten den Character als Ambaſſadeurs beylegen zu können, iſt nichts dagegen moviret worden.

In allen Comitial-Actis und Expeditionen bekommen die Fürſtliche Geſandten den Character: Bottſchaffter ſo wohl als die Chur-Fürſtliche; bey Deputationen auf Reichs-Tägen werden beede einander gleich tractirt und die Chur-Fürſtliche

haben erſt A. 1652. angefangen, eine diſtinguirte Titulatur zu verlangen.

Die Chur-Fürſtliche Geſandten fiengen nehmlich erſt bey denen Weſtphäliſchen Friedens-Tractaten, um denen Venetianiſch- und Savoyiſchen Geſandten nichts nachzugeben, an, ſich der Excellenz zu bedienen, womit aber die Fürſtliche, als mit einer Neuerung, nichts zu thun haben wollten, wie dann auch die Kayſerliche zwiſchen beeden keinen anderen Unterſchied gemacht, als daß die Chur-Fürſtliche bey den Viſiten von der ganzen Geſandſchafft, die Fürſtliche aber nur von dem erſten Geſandten empfangen wurden. Die Kayſerliche gaben auch denen Chur-Fürſtlichen die Excellenz nicht und beede unterſchrieben ſich nur als Reichs-Deputirte.

Auf dem Reichs-Tag A. 1652. und auf dem Deputations-Tag zu Franckfurt ſchlugen die Kayſerliche denen Chur-Fürſtlichen die Excellenz ab, wo hingegen der Kayſerliche Principal-Commiſſarius dem Br. Lüneburgiſchen Geſandten den Vorgang und die Oberhand lieſſe.

A. 1662. wieſe der Kayſer die Chur-Fürſtliche Geſandte mit ihren neuerlichen Prætenſionen wieder ſimpliciter ab, wobey

bey es auch A. 1664. in des Kayſers Gegenwart verbliebe und wurde die Kayſerliche Commiſſion befehlicht, zwiſchen Chur-und Fürſtlichen Geſandten keinen eſſentiellen Unterſchied zu machen.

Bey denen Ryßwickiſchen Friedens-Tractaten wurden die Chur-Fürſtliche Geſandte von denen Kayſerlichen, wann dieſe mit jenen als Deputatis Imperii zu thun gehabt, von denen Fürſtlichen niemals diſtinguirt.

Endlich verglichen ſich die Chur-Fürſtliche Geſandten mit dem Kayſerlichen Con-Commiſſario von Kirchner, daß ſie einander die Excellenz geben wollten: als aber darauf die Chur-Fürſtliche Geſandten von denen Kayſerlichen bey Beſchickungen die Excellenz privative prætendirten, haben ſich die correſpondirende alte weltliche Fürſten und Hoch-Stiffter dagegen geſezt, ihre Geſandten auch den Excellenz-Titul annehmen laſſen, die ſolchen auch keinem Con-Commiſſario oder anderen ad Comitia kommenden Kayſerlichen Geheimen Rath, ꝛc. gegeben, der es nicht reciprocirt. Endlich haben ſie auch bey der Kayſerlichen Principal-Commiſſion erhalten, daß ſolche die Chur- und Fürſtliche

liche Geſandte hierinn gleich tractirt, wie auch von denen Franzöſiſch- und Engliſchen Miniſters geſchehen iſt.

Kan alſo einer Botſchaffter ſeyn, ohne die Excellenz zu bekommen, ſo müſſen ſich die Chur-Fürſtliche ſo wohl darzu bequemen, ſich deren zu begeben, als die Fürſtliche, oder muß ein Botſchaffter die Excellenz haben, ſo gehört es denen Fürſtlichen auch, weil ſie auch Botſchaffter ſeynd und man kan denen Fürſtlichen nicht zumuthen, daß, wann die Kayſerlichen Miniſtri denen Chur-Fürſtlichen die Excellenz geben wollen, nicht aber denen Fürſtlichen, ſie, Fürſtliche, denen Kayſerlichen Miniſtris anderſt begegnen, als dem Con-Commiſſario &c. nemlich ihnen die Excellenz auch nicht zu geben, weil es nicht um den bloſſen Titul, (von dem man beſſer in Teutſchland gar nichts wüſte,) ſondern um die Folgen zu thun iſt, da man denen Chur-Fürſten das Geſandtſchaffts-Recht in höherem Grad beyleget, als denen Fürſten, ja hernach gar die Chur-Fürſtliche Geſandten denen Fürſten in Perſon vorzuziehen ſuchet, als wohin man es ſeit Kayſer Leopolds Zeiten durch die Kayſerliche Wahl-Capitulationen zu bringen getrachtet habe.

Das Inſtr. Pacis confirmirt der Fürſten alte Jura ſo wohl als derer Chur-Fürſten und es ſeynd weder Pacta noch Capitulationes dagegen gültig.

Vor A. 1593. hat kein einiger Geſandter an die Excellenz gedacht, ſondern jeder iſt ſeinem Stand gemäß tractieret worden, biß dem Franzöſiſchen Geſandten zu Rom, Duc de Nevers, als einem Italiäniſchen Fürſten aus dem Hauſe Gonzaga, die Excellenz gegeben worden, deme es der Spaniſche, hernach ein Venetianiſcher und Savoyiſcher, nachgemacht, ehe noch die Kayſer-und Königliche daran gedacht. Nun ſeynd die Reichs-Fürſten allezeit auch zu dem berechtiget geweſen, was Savoyen zukommet und thue nichts darzu, daß ſie den Excellenz Titul ſpäter angenommen haben, weil es die Kayſerliche und Chur-Fürſtliche auch ſpäter, und zwar dieſe erſt bey denen Weſtphäliſchen Friedens-Tractaten, gethan, da zumalen indeſſen auch Fürſtl. Geſandten, z. E. dem Pfalz-Neuburgiſchen in Pohlen, die Excellenz von denen Cronen, namentlich von Franckreich, gegeben worden iſt, welches anderen Fürſten ſo gut zu ſtatten kommt, als andere Chur-Fürſten ſich ehedeſſen

deſſen auf das Tractament beruffen haben, ſo man Chur-Brandenburg gegeben, zumalen da es res meræ facultatis iſt, Ambaſſadeurs zu ſchicken, oder nicht. Ja Chur-Sachſen hat bey denen Weſtphäliſchen Friedens-Tractaten denen anderen Chur-Fürſtlichen widerſprochen und die Excellenz nicht annehmen wollen.

Es hat auch, auſſer leztlich dem Con-Commiſſario, kein einiger Kayſerlicher Miniſter bißhero einem Chur-Fürſtlichen Comitial-Geſandten die Excellenz gegeben.

Man müſte alſo entweder einen unerweislichen Unterſchied zwiſchen denen Chur-und Fürſten in dem Geſandtſchaffts-Recht an ſich machen wollen, oder wann denen Fürſten in Anſehung der Republiquen und Italiäniſchen Fürſten der Nexus Imperii in dem Weg ſtehet, ſo ſtehet dieſes auch denen Chur-Fürſten im Weg. Die Chur-Fürſten ſeynd nicht mehr und die Fürſten nicht weniger worden, als vorhin, mithin können dieſe keine Diſparitatem Gradus zwiſchen denen Chur-und Fürſtlichen Comitial-Geſandten einführen laſſen.

Sachen, ſo nicht im Commercio ſeynd, wohin

wohin die honores Legatorum gehören, und res meræ facultatis, ſeynd keiner Præſcription unterworffen und in einer Societät kan kein Socius ſpecial-Acquiſitiones machen, die denen anderen præjudiciren.

Wann auch die Chur- und Fürſten Gradu diſpares wären, deſſen Gegentheil doch leicht erweislich iſt, würde doch daraus nicht folgen, daß nicht ihre Geſandten gleiche Dignität haben könnten, ſonſt könnten unter anderem die Chur-Fürſtliche in Concurrenz mit denen Kayſerlichen die Excellenz auch nicht prætendiren, da ja der Unterſchied zwiſchen einem Kayſer und Chur-Fürſten, und zwiſchen einem König in Franckreich und Großmeiſter von Maltha, (deren Geſandten doch einander die Excellenz geben und ſolche von Tertiis gleich erhalten,) weit gröſſer iſt, als der zwiſchen einem Chur-Fürſten und Fürſten, vielmehr ſeynd dieſe einander in der Dignität und reciproquen Titulatur viel näher, als jene.

Einige Publiciſten haben ſich daran geſtoſſen, daß die Chur-Fürſten in der güldenen Bull Regibus pariſiciret werden, welches von keinem Fürſten geſagt werden könne.

könne. Es iſt aber ein groſſer Unterſchied zwiſchen denen Honoribus Regiis, qui ſont de l' eſſence de la Royauté und dem, was gecrönten Häuptern und anderen Souverainen gemein iſt, z. E. der Titul: von GOttes Gnaden und Sereniſſimus. Wie nun die Fürſten in beeden lezteren gleiche Jura mit denen Königen haben, ſo könnten auch ihre Geſandte wohl die Excellenz mit denen Königlichen und Chur-Fürſtlichen Geſandten gemein haben.

§. 4.

Conclusum der Alt-Fürſtlichen Geſandten.

Den 1. Aug. 1742. hielten die Alt-Fürſtliche Geſandten auf dem Reichs-Tag in dem Holſteiniſch-Glückſtättiſchen Quartier eine Conferenz, wobey ſothaner Geſandter proponirte: demnach verſchiedentlich vor gut befunden worden, ſich über dem, was bey noch fortdaurenden bekannten Ceremoniel-Irrungen gegenwärtig zu des alten Fürſten-Standes Dienſt und Nutzen zu thun ſeyn möchte, zu beſprechen und auch ein ſehr wohlgefaſter, die Fürſtliche Gerechtſamen und principia in dieſer Materie gelehrt und gründlich ausführender, Auffatz ſämtlichen Geſandtſchafften zu Augen gekommen ſeyn würde, ſie nunmehro

mehro darüber, wie auch über den von beſagter Schrifft zumachenden Gebrauch, ihre Gedancken eröffnen und dasjenige, was ſie anjezo der gemeinen Sache und dem wahren Fürſtlichen Intereſſe vorträglich und erſprießlich erachten, anzeigen möchte.

Es wurde darauf beliebt: die Chur-Fürſtliche Geſandte ihrer währenden Interregni denen Alt-Fürſtlichen damals zu Franckfurt verſammlet geweſenen Miniſtris gegebenen Zuſage, mit ihnen der Ceremoniel-Strittigkeiten wegen in gütliche Handlung tretten zu wollen, zu erinneren und auf deren Erfüllung zu tringen; ratione der Zeit dieſer Erinnerung aber und: ob ſolche gleich jetzo, oder aber nach Ablauff einiger Zeit, geſchehen ſolle? bey denen Principalen anzufragen und bey denenſelben auf die Erlaubniß, darinnen nach denen Majoribus, bey etwa ſich äuſſerenden unterſchiedenen Meinungen, procediren zu dörffen, anzutragen, inzwiſchen aber den vorerwähnten Auffſatz denen Kayſerlichen Conferenz-Miniſtris, und zwar dem Obriſt Cämmerer durch den Würtembergiſchen, dem Reichs-Vice-Canzlar durch den Würzburgiſchen und dem Geheimen

heimen Rath von Braitlohn durch den Brandenburg-Culm- und Onolzbachiſchen Geſandten zur Information, zwar ex Commiſſione ſamtlich Alt-Fürſtlicher correſpondirender Miniſtrorum, doch ohne Solennität, inſinuiren zu laſſen.

§. 6.

Zufall bey der Dictatur.

I. Sonſten wurde auch berichtet, daß bey der Dictatur dieſer Abrede auch der Teutſchmeiſteriſche Cancelliſt ſich mit eingefunden; alleine, weil die Nahmen derer bey der Conferenz gegenwärtig geweſenē Miniſtrorum, wie ſonſten gebräuchlich, nicht beygefüget worden, ſeye er wieder aufgeſtanden und, ohne das Dictandum mit zu ſchreiben, davon gegangen: welches man, aus gehabten Befehl geſchehen zu ſeyn, vermuthete.

§. 7.

Erfolg.

Ubrigens wurden dieſe Streitigkeit in dem Jahr 1742. öffentlich nicht weiter getrieben und wäre ja wohl zu wünſchen, daß Chur- und Fürſten belieben möchten, den Reichs-Tag durch lauter Plenipotentiarios zu beſchicken, ſo hätte der leidige Excellenz-Streit und 100. andere dergleichen Dinge ein Ende und würden ſich doch noch wohl genug andere Gelegenheiten finden,

wo

wo man mit wenigerem Schaden ſeine Rechte und Prætenſiones herfürſuchen, oder valabel machen könnte.

§. 8.

II. Die bißhero im Rang unter ſich alternirende fünf Alt-Fürſtliche Häuſer Würtemberg, Heſſen, Baaden, Mecklenburg und Pommern hatten zwar bereits A. 1740. 13. Aug. den König in Dännemarck, qua Herzogen zu Holſtein-Glückſtatt, mit in die Alternation würcklich, den Herrn Herzog zu Holſtein-Gottorff aber eventualiter recipirt, wie der darüber errichtete Receß in FABRI Staats-Canzley *Tom. 80.* geleſen werden kan; weil aber bald hernach der Reichs-Tag durch Abſterben Kayſer Carls VI. Maj. auſſer Activität geſetzet wurde, ſo konnte die Sache nicht vollends ad Executionem gebracht werden.

Die Holſteiniſche Reception unter die alternirende Fürſten kommt völlig zu Stande.

Nachdeme nun der Reichs-Tag A. 1742. den 21. Maj. zu Franckfurt wieder eröffnet worden, gabe Würtemberg eodem im Fürſten-Rath ad Protocollum: Es wollte hiemit den unterm 13. Aug. 1740. ab Seiten derer fünf alternirenden Fürſtlichen Häuſer und ihro Königl. Maj. in Dännemarck-Norwegen, als Herzogen zu Hol-

ſtein-Glückſtatt, wegen höchſtermelter deroſelben Reception in die Alternation getroffenen Receſſes, nebſt dem ſub eodem dato errichteten Holſtein-Gottorff betreffenden Neben-Receß, oder Articulo ſeparato, in Copiis vidimatis ad Protocollum geben und zugleich das Directorium, wie hiemit beſchehe, geziemend erſuchen, dem Chur-Maynziſchen Directorio, und wo es ſonſten nöthig ſeyn möchte, davon Communication zu thun, damit künfftig der Aufruff in dieſer Conformität bewerckſtelliget werden möge.

Womit dann alſo dieſer langwührige Streit endlich einmal ſeine Endſchafft erreichte.

§. 9.

Streit wegen des Sachſen-Coburgiſchen Voti.

III. Der nun auch bald ein halbes Seculum währende Streit wegen Führung des Sachſen-Coburgiſchen Voti iſt zwiſchen Sachſen-Meinungen (welches mit der Helffte daran nicht zufriden ſeyn will,) und Sachſen-Saalfeld fortgeſezt und von dem erſteren, nachdeme an dem Reichs-Hof-Rath und bey dem Reichs-Vicariats-Gericht zu Dreßden widrige Concluſa ergangen, iſt bey dem Reichs-Convent mittelſt eines pro memoria von neuen in

Bewe-

Bewegung gebracht worden, deſſen Unbilligkeit Sachſen-Saalfeld in dem im Anhang befindlichen Gegen-pro-memoria vorgeſtellet hat. Indeſſen hemmet dieſer Streit die Activität beſagten Voti. Siehe auch mein teutſches Staats-Recht. *Tom. 9. p. 333. ſeqq.*

Siebenzehendes Capitel.

Von denen Reichs-Grafen.

§. VII.

BEy dem Reichs-Hof-Rath iſt A. 1742. verſchiedenes, ſo den geſammten Reichs-Grafen-Stand betrifft, fürgekommen; weil ich aber die darzu gehörige Nachrichten erſt noch erwarte, will ich ſelbige künfftig mitzutheilen unvergeſſen ſeyn.

Achtzehendes Capitel.

Von denen Reichs-Stätten.

§. 1.

JN der Wahl-Statt Franckfurt haben ihro Kayſerliche Majeſtät die Huldigung von der Burgerſchafft in Perſon, von der Judenſchafft aber durch einen Reichs-Hof-Rath und Geheimen Referendarium, ſo dann in vielen anderen Reichs-Stätten durch verſchiedene Commiſſarien einnehmen laſſen. Huldigung zu Franckfurt, ꝛc.

§. 2.

Und Cölln.

Bey Cölln iſt der bey ſolcher Gelegenheit jedesmals vorkommende Streit erneuert worden, da nemlich der Herr Chur-Fürſt, welcher die Statt als ſeine Municipal-Statt anſpricht, wider die an den Kayſer abzuſtattende Huldigung hat proteſtieren laſſen, auch denen von ihme dependirenden in Cölln wohnhafften Perſonen verboten hat, ſelbige nicht mit zu leiſten; welches alles aber in der Haupt-Sache keinen Auffenthalt noch Aenderung verurſachet hat.

Neunzehendes Capitel.

Von der innerlichen Reichs-Securität.

§. 2.

Kayſerliches Commißions-Decret von 16. Maj.

UNter denen Comitial-Materien kamen, nebſt denen von dem Kayſer geforderten Römer-Monathen, der Extradition des Reichs-Archivs und der Rheiniſchen Vicariats-Sache, davon ſchon geredet worden iſt, A. 1742. folgende in Bewegung: 1. der Punct von der Reichs-Sicherheit und Beruhigung.

Der Kayſer beklagte ſich ſchon in einem den 16. Maj. dictirten Commiſſions-Decret über den Wieneriſchen Hof, daß deſſen

deſſen Verwerffung aller gütlichen Vorſchläge der Urſprung und die Unterhaltung der im Reich über die Oeſterreichiſche Erb-Folge entſtandenen Unruhen und Kriegs-Weiterungen ſeye und verlangte ein Reichs-Gutachten über die Mittel, das Reich wieder zu beruhigen, gemeinnöthige Ordnung darinn aufzurichten und das, was dem Kayſer, als des Reichs Oberhaupt, gebühre, zu ergäntzen.

§. 2.

Den 13. Aug. wurde das 2te Kayſerliche Commißions-Decret dictirt, in welchem dem Reich Nachricht gegeben wurde: auf was für Præliminarien der Kayſer mit dem Wieneriſchen Hof ſich hätte ſetzen und ſo dann, unter des Röm. Reichs und anderer hierzu zu erbittender Mächten Vermittelung, einen Frieden ſchlieſſen wollen; weil aber der Wieneriſche Hof alles verwerffe, ſo ſeye eine neue Armee Frantzöſiſcher Hülffs-Völcker im Anmarſch, welche jedoch die Stände nicht viel beſchweren ſollte und wann das Reich annoch einige hinlängliche gütliche Auskunfts-Wege, wie, mit Vermeidung fernerer Kriegs-Weiterung, dem Kayſer der würckliche Beſitz ſeiner Patrimonial-Lande und, nebſt dieſem die ſonſtige Vom 13. Aug.

ſtige billigmäßige, ſeinen offenbaren Erb-Rechten ſchuldige, Satisfaction verſchaffet werden könnte, in gutachtlichen Vorſchlag zu bringen und darüber die Vermittelung, nebſt denen ſonſt darzu erbittenden Machten, übernehmen wollte, würde der Kayſer es nicht nur gerne vernehmen, ſondern auch ſeines Orts alles, was ſolchergeſtalten einen baldigen dauerhaften Frieden und Ruheſtand herzuſtellen und zu beförderen immer verhelffen möge, mit friedfertigſter Bereitwilligkeit angehen. Indeſſen aber ſehe er, nach denen gegenwärtigen Umſtänden, vor allem, zu dieſem friedſamen Ende, für höchſtnothwendig an, daß die Stände ſich in eine ſolche Verfaſſung ſtellen, wodurch ſie ihr ſprechendes Wort auf das kräftigſte zu unterſtützen, mithin den Kayſer und das Reich in ſolches Anſehen zu ſetzen in dem Stande ſeyen, daß, des Reichs ſchätzbarſte Freundſchafft anzuſuchen und beyzubehalten, eine jegliche andere Macht Urſach haben möge.

§. 3.

Vom 7. Sept.

Den 7. Sept. erhielte man per Dictaturam das dritte Kayſerliche Commißions-Decret, darinn dem Reich Nachricht ertheilet wird, daß eine nahmhafte Anzahl feindlicher Völcker in die Fränckiſche neutrale

Reichs-

Reichs-Lande eingerucket ſeye und viele Exceſſe verůbt håtte; weil es nun auch andere betreffen und die Kriegs-Bůhne in dem Hertzen Teutſchlandes aufgeſchlagen werden wůrde, wann dieſem immer nåher anrůckenden Unheyl und Ungemach nicht durch eine ernſtliche Vorſehung und erforderliche Vorkehrung kråftiger Abhaltungs- und Rettungs-Mittel zeitlich vorgekommen, ſo mit die åuſſerſte Gefahr lauffende allgemeine Reichs-Ruhe und Sicherheit bewahret werde; ſo hoffe der Kayſer, die Stånde werden, als um das gemeine Reichs-Beſte wahrhaft beeyferte Glieder, dieſe antringende gefåhrliche Umſtånde forderſamſt beherzigen, fort zu ſchleuniger Veranſtaltung gemeſſener Vorſehung, einen ſolchen ſtandhaften Schluß zu faſſen, weiter nicht anſtehen, als es die Beybehaltung der durch die feindliche ohngemeſſene Abſichten auf der nåchſten Gefahr ſtehende allgemeine Reichs-Ruh und die Abwendung des ſonſten ohnfehlbar beyzuziehenden ſchådlichen Kriegs-Sitzes ohnumgånglich erfordere.

§. 4.

Den 24. Sept. wurde das vierte Kayſerliche Commißions-Decret dictirt und darinn beklagt, daß der Wieneriſche Hof das Vom 24. Sept.

vom 11. Aug. gehäßig auslege und verdrehe; ſo dann geſchiehet die Erklärung, worinn die Kayſerlicher Seits verlangte Præliminarien beſtehen, nemlich daß unter anderem Chur-Bayern die Vorder-Oeſterreichiſche Lande, nebſt denen Wald-Stätten, mit ſeinen allſeitigen Zugehörungen, inzwiſchen und zum Voraus in dem dermaligen Stand eingeantwortet werden, bis gleichwolen durch einen ordentlichen Congreß und pflegende gütliche Friedens-Handlungen die wegen der Oeſterreichiſchen Erb-Folge unbeliebig entſtandene Mißhelligkeiten werden beygelegt und dem Kayſer ſeiner beſtgegründeten Forderungen halber genügliche Satisfaction verſchaffet werden, wegen deſſen Vermittelung und beederſeitig hierzu zu erkieſen ſeyenden Mächten der Kayſer mit dem Wieneriſchen Hof ſich vertraulich vernehmen werde. Vor allem aber trage der Kayſer zu dem Reich das Vertrauen, daß es nicht weniger ſeinem Oberhaupt mit Rath und That beyſtehen, und dadurch des Reichs Anſehen, Ehre und Wohlfarth zugleich mit zu befeſtigen, ſich alles Fleißes getreulich angelegen ſeyn laſſen werde. Der Kayſer habe dem Wieneriſchen Hof dieſes durch Chur-Mayntz communiciren laſſen,

wolle

wolle aber, wann innerhalb 14. Tagen dieſes Erbieten nicht angenommen werde, nicht weiter daran gebunden ſeyn, ſondern alles ferner entſtehende Ungemach dem Wieneriſchen Hof zur Verantwortung überlaſſen, da er übrigens geneigt ſeye, ſich mit dem Wieneriſchen Hof aufs neue genau zu vereinigen, wie es des Reichs allgemeine Wohlfahrt und innerlicher Ruheſtand erfordere.

§. 5.

Königl. Ungariſche Circular-Reſcripte dagegen.

Die Königin in Ungarn hingegen widerlegte alle dieſe Commißions-Decrete in Circular-Reſcripten, ſo an Ihre hin und wieder an denen Höfen befindliche Geſandten, ſonderlich unterm 29. Aug., 16. und 19. Sept. ſo dann 8. Oct. 1742. erlaſſen, auch in öffentlichen Druck gegeben wurden, deren Innhalt hauptſächlich dahin gehet: Chur-Bayern habe nichts an die Oeſterreichiſche Succeſſion zu fordern und die Königin ungerechter Weiſe angegriffen, das Reich habe von der Königin nichts zu beſorgen, noch hätten ihre Völcker denen Ständen Schaden gethan, wohl aber die viele Chur-Bayern zu Hülff gekommene Frantzöſiſche Armeen, welche Cron nichts anderes ſuche, als Oeſterreich, zuſamt dem gantzen teutſchen Reich, über einen Hauffen zu werffen. Die Kö-

Königin wolle ſich aber dannoch mit Chur-Bayern, unter Mediation derer See-Machten, gütlich ſetzen, wann dieſes forderiſt von ſeiner fatalen Verbindung mit der Cron Franckreich abſtehe.

§. 6.

Deren Widerlegung.

Gegen dieſe Circular-Schreiben kame unter dem Nahmen eines gut teutſch-geſinnten Patriotens eine gründliche Widerleg- und Entkräftung, wie auch unter dem Nahmen einer patriotiſch geſinneten Feder eine anderweite gründliche Widerleg- und Entkräftung heraus, darinn, wie leicht zu erachten, behauptet wird, Chur-Bayern gehöre die Oeſterreichiſche Succeſſion, alſo ſeye der Krieg gerecht und die Hartnäckigkeit des Wieneriſchen Hofes, Satisfaction zu geben, die Urſach alles Unheils; dem Kayſer ſeye nicht zu verdencken, daß er Hülffe ſuche, wo er ſie haben könne, Franckreich ſtehe in gutem Vernehmen mit dem Reich, u. ſ. w.

§. 7.

Der Königin Replic

Wegen der erſten dieſer Schrifften aber meldete die Königin in einem Schreiben an den Ertz-Biſchoffen zu Saltzburg vom 14. Nov. 1742. Der Kayſerliche Hof würde nunmehro bereuen, daß über den Innhalt

derer

derer drey erſten Königlichen Circular-Reſcripten in ſo gar unanſtändigen Terminis die im Hertzen jederzeit gehegte widrige Geſinnungen neuer Dingen durch den öffentlichen Druck zu erkennen gegeben worden.

§. 8.

Erfolg auf dem Reichs-Tag.

So weit kame es A. 1742. zwiſchen beeden hohen Theilen ſelbſt. Auf dem Reichs-Tag aber ware durch alle vorbeſagte Kayſerliche Commißions-Decrete und ernſtliche Betreibung des Kayſerlichen Miniſterii, deme letzlich der mächtige Königlich Preußiſche Hof accedirte, es doch nicht dahin zu bringen, daß dieſer punctus Securitatis publicæ in denen Reichs-Collegien hätte können in öffentlichen Vortrag gebracht werden; von deſſen Urſachen ſich vielleicht in künftigen Zeiten freyer wird können ſchreiben laſſen, als jetzo, wiewol wir bey dem Jahr 1743. aus dem Munde einiger Reichs-Stände verſchiedenes hiervon vernehmen werden.

§. 9.

Zuſtand im Reich.

Indeſſen ſuchte ſich jeder Crayß und Stand ſo gut, als möglich, bey der Neutralität zu erhalten, welcher wegen einige ſchon A. 1741. förmliche Tractaten geſchloſſen hatten, andere aber ſelbige wenigſtens würck-

würcklich beobachteten, wiewol es darüber manchmal zum Schrifftwechſel, auch wohl gar zu öffentlichen Klagen kame, ſonderlich zwiſchen der Königin in Ungarn und dem Schwäbiſchen Crayß, zwiſchen ermelter Königin und dem Ertz-Biſchoff zu Saltzburg, zwiſchen dem Kayſer, reſp. beſagter Königin und der Reichs-Statt Regenſpurg, u. ſ. w. ja, als ſich einige Oeſterreichiſche Auxiliar-Trouppen ins Bisthum Lüttich einquartierten, brachte es der Biſchoff (der ſchon lange mit Oeſterreich nicht gut ſtehet,) gar an den Reichs-Convent, woſelbſt es zwar dictiret wurde, ob gleich manche es mißrathen hatten, weil dadurch nur denen, welche von denen Kayſerlichen Auxiliar-Trouppen auch manchen Uberlaſt hätten, oder denen ſolche betrohliche Zumuthungen, wie der Statt Cölln, geſchehen wären, dadurch Gelegenheit gegeben würde, ein gleiches zu thun; es ware aber von keiner weiteren Folge, dahero ich auch, weil alles dieſes lauter temporelle Dinge betrift, hier nichts weiteres davon gedencken mag, als daß eben das gute Reich bey aller ſeiner Neutralität und Unſchuld an allen dieſen Händeln in vielen ſeiner Gegenden wenig beſſer daran geweſen iſt, als ob es in einen würcklichen Krieg verwickelt wäre.

Zwan-

Zwantzigſtes Capitel.

Von denen Reichs-Veſtungen.

§. 1.

Die 2te Comitial-Materie betraffe die Reichs-Veſtungen. So genau nun der Punctus Securitatis publicæ und dieſe Reichs-Veſtungen miteinander verbunden ſeynd, ſo ähnlich ſehen ſie einander auch in praxi, nemlich leyder! ſehr ſchlecht. Einleitung.

§. 2.

Unter denen erſten Dictatis bey wieder eröfneten Reichs-Tag ware ein Schreiben von dem Gouverneur zu Philippsburg, darinn er vorſtellte: wie er bereits A. 1741. in Jan. gebeten habe, ihme die in der Reichs-Operations-Caſſa annoch vorräthige Gelder zur Reparatur dieſer importanten Gräntz-Veſtung ausfolgen zu laſſen. Da er aber keine Reſolution darauf erhalten und nun binnen Jahres-Friſt, wegen ermangelter Reparation, die Caſarmen ſo zerfallen, daß ſie faſt nicht mehr bewohnet, noch weniger, wegen der eingefallenen Caminen, gefeuert werden können, die Wacht-Häuſer, Waſſer-Leitung, Brücken und andere Militar-Gebäude aber dergeſtalt täglich zuſammen gehen, daß ſelbige nicht allein auſſer Gebrauch und Defenſion, ſondern auch, wo Bericht wegen Philippsburg.

nicht

nicht baldige Reparatur und Ausbeſſerung erfolge, mit 100. und mehr 1000. Gülden nicht mehr in dienſtbaren Stand geſetzet werden dürften; als bitte er nochmals, ohne längeren Anſtand, mit Auszahlung der wenigen vorräthigen Gelder, ihne in den Stand zu ſetzen, dem gäntzlichen Ruin vorzukommen und damit wenigſtens ſo viel auszubeſſern, daß die darinn ſeyende und dahin deſtinirte Garniſon trocken, ſicher und bequemlich in Caſarmen und Wacht-Häuſern wohnen und dieſer Gräntz-Ort wenigſtens gegen alle unvermuthete Uberfälle ſo lange möge geſichert ſeyn, bis von Reichs-wegen die patriotiſche Vorſorge genommen werde, durch Bewilligung erklecklicher Römer-Monathe, dieſen importanten Gräntz-Ort dergeſtalt herzuſtellen, als es die Ehre, Würde und Sicherheit des teutſchen Vaterlandes erfordere.

§. 3.

Und Kehl. Den 28ſten Maj. wurde vom Commendanten zu Kehl ein Bericht dictiret, deſſen Innhalt auch aus dem bald folgenden Schreiben des Schwäbiſchen Crayſſes zu erſehen iſt.

§. 4.

Fernerer Den 3. Jun. folgte von dem Vice-Com-

Commendanten zu Philippsburg ein, auf Befehl des Gouverneurs, gemachter Entwurff der benöthigten Gelder zu denen nöthigſten Reparationen von 20621. fl. weil aber nicht ſo viel in der Reichs-Caſſa vorräthig ſeye, ſo bate er indeſſen nur um die vorhandene 13436. fl. welche er ſo eintheilen wolle, daß einsweilen nur das allernöthigſte repariret werden könnte, da man öffters einem Ubel mit 5. und 10. fl. in Zeiten vorbiegen könne, wo nachgehends 100. fl. nicht hinreichen. Bericht wegen Philippsburg.

§. 5.

Den 11. Jun. darauf wurde ein Schreiben von dem Schwäbiſchen Crayß an den Reichs-Convent dictirt, des Innhalts: Der Commendant der Reichs-Veſte Kehl habe berichtet, in was vor einem bedauerlichen Zuſtand ſich dieſe unglückliche Reichs-Gräntz-Veſte befinde, indeme nicht nur ein groſſer Theil derſelben durch den immer weiters gehenden höchſtſchädlichen Einbruch des Rheins völlig durchriſſen und unbrauchbar gemacht, ſondern auch, wegen Ermangelung derer nöthigen Reparations-Koſten, alle Wercke durchgängig in ſolchen unbeſchreiblichen Zerfall gerathen, daß allerdings nichts mehr übrig Und Kehl.

ſeye, als entweder dieſen Gräntz-Plaz, nach denen vorhandenen Plans, gleichſam von Grund aus in einen andern und beſſern Defenſions-Stand zu ſezen, oder aber die alldaſige Crayß-Garniſon nicht weiters umſonſt daſelbſt ſubſiſtiren zu laſſen, da zumahlen auch ein ſolcher groſſer Abmangel von allen übrigen Kriegs-Requiſitis ſich allda befinde, daß nicht die mindeſte Gegenwehr benöthigten Falles gethan werden könnte. Nun ſeye zwar der Schwäbiſche Crayß gutmüthig, ohne einige beſondere obhabende Verbindlichkeit, mittelſt aufgewandter übergroſſer Koſten, vor die Haltbarkeit dieſer Veſte, jedoch anderſt nicht als proviſorio modo und gegen feyerlichſten Vorbehalt einer vom geſammten Reich wiederum erſtattenden Bonification, beſorgt geweßt, habe auch dem vorigen Kayſer und dem Reich, ſo wohl wegen Erhaltung ſothaner Veſtung, als allgemeiner Regulierung des Beſatzungs-Wercks, vielfältige trifftige Vorſtellungen gethan und mehrmalen zu Gemüth geführt, wie ſchwer es dieſem Crayß falle, ſich allerdings allein in ohnerſchwingliche Koſten vor die hierunter verſirende Ehre und Wohlfarth des geſammten

ten Reichs einzuſencken und, nebſt der Beſatzungs-Laſt, die Bonification derer allſchon gegen nahmhaffte Tonnen Goldes von Crayſes wegen anſteigenden rechtmäßigen Forderungen zu ermanglen, dannenhero auch nach leztmals erfolgten Friedens-Schluß dieſer Reichs-Crayß ſich nicht mehr zu weiterer, als zu einer Beſatzung von dato noch allein daſelbſt ſubſiſtirenden 300. Mann, und zwar mit dem ausdrücklichen Vorbehalt eines verhoffenden gewührigen Reichs-Schluſſes, und daß aus dieſem Beſatzungs-Werck causa communis totius Imperii gemachet werde, verſtanden, widrigen Falles aber ſeine Convenienz ebenmäßig zu beobachten, ſich reſervirt habe. Welchemnach, bey dieſer der Sachen Bewandtſame, dem Crayß nichts anderes zu thun übrig bleibe, als dem Reichs-Convent lediglich anheim zu ſtellen: ob und wie nemlich, nach dem Kayſerlichen Commißions-Decret, die Erhalt- und Beſezung dieſer Reichs-Veſte zubewürcken ſeyn möchte? mit dem Antrag, daß einſtweilen nur, zu ohnumgänglicher Reparation derer nothwendigſten Stücke, als ohne welche, bey längeren Verzug, zulezt gar keine Garniſon mehr daſelbſt wür-

de ſubſiſtiren können, ein guter Theil von denen in der Reichs-Operations-Caſſe annoch vorhandenen Geldern employret, einfolglich dadurch dieſem Total-Ruin, ſo fern nur möglich, annoch etwelcher maſſen, vorgebogen, übrigens aber auf die endliche Bonification des Crayſes der würckliche Bedacht genommen werden möge.

§. 6.

Kayſerliches Commißions-Decret.

Den 30. Jul. erfolgte ein Kayſerliches Commißions-Decret dahin: der Commendant zu Philippsburg habe angezeigt, welcher geſtalt in dieſer Veſtung die Wacht-Stuben an denen Thoren zuſammengefallen, die Waſſer-Gräben verſchleimt, die zur Inundation erforderliche Schleuſſen unbrauchbar, die Dämme verfallen, die Caſernen, Fall-und ſonſtige Brücken, Barriere-Schilder-Häuſer, Brechen, der gröſte Theil der Palliſaden und überhaupt die meiſte zu denen Veſtungs-Werckern gehörige Nothwendigkeiten in gänzlichen Zerfall, Abgang und wehrloſen Zuſtand alſo zwar gerathen ſeyen, daß, auf unverhoffenden Fall, zu ehebaldiger Ausbeſſerung und Reparatur, wenigſtens an deme, was zum erſten eine ungeſaumte Her-

ſtellung

ſtellung erfordere, nicht in Balden die Hand thätlich angeleget und von geſammten Reichs-wegen hierzu die nöthige Mittel zeitlich ergriffen werden ſollten, wohl höchlich zu beklagen wäre, daß, bey fürwährender ſolcher Hinläßigkeit, die mit der Zeit doch unvermeidliche Verwendung, alsdann auf zehenfache Koſten ſich erhöhen würde. Der Kayſer finde ſich bewogen, wegen der auf dem Verzug hafftenden Gefahr, ſeine Anmahnung ohnausgeſezt zu laſſen und, zu Abwendung des je länger je mehr dem Reich zuwachſenden wichtigen Schadens, die Stände dahin zu erinneren, daß dieſes ohnverſchiebliche Reparations-Werck förderlichſt in Reichs-Ständiſche Berathſchlagung genommen und ihme alſofort hierüber ein Reichs-Gutachten erſtattet werde: wie und durch welches ſchickliche Mittel einsweilen wenigſtens die nothwendigſte Erforderniſſen ohneinſtellig beſtritten werden möchten?

§. 7.

Den 12. Oct. recommendirte Würtemberg, bey anderer Gelegenheit, ſeine wegen der in beyden Reichs-Veſtungen Philippsburg und Kehl nomine Imperii gehabten zweyen Bataillons beſtgegründete Fürſten-Raths-Acta.

und von vielen Mit-Ständen vor billig erkannte Prætenſion zu baldig gewühriger Erörterung, wie auch des Schwäbiſchen Crayſes an den Reichs-Convent erlaſſenes Schreiben wegen Kehl, ad Protocollum Principum.

§. 8.

Conclusum wegen der Philippsburger Handwercks-Leute.

Weil auch die Handwercksleute zu Philippsburg in etlichen Memorialen um ihre Befriedigung angehalten; ſo wurde den 29. Oct. in denen Reichs-Collegien beſchloſſen, dem Reichs-Caßier-Amt zu Regenſpurg anzubefehlen, daß daſſelbe, auf den vorigen Fuß, aus der Reichs-Operations-Caſſa 5000. fl. an den Fränckiſchen Lieutenant Wurffbein nach Philippsburg übermache, um davon die Schuldner mit 2659. fl. gegen die einzuſendende Quittungen, forderſamſt zu bezahlen, das übrige aber in Verwahrung zu behalten, um ſolches zu anderen unentbehrlichen kleinen Nothwendigkeiten, und anderſt nicht, auf Ordre des Gouverneurs, anzuwenden; einige angemerckte Monath-Gelder erkenne man am Reichs-Convent nicht, wie denn auch die vorräthig bleibende Gelder nicht zu anderen Fortifications-Arbeiten ſollen angewendet werden.

Wür-

Würtemberg hat dabey ſeine particular-Prætenſiones wegen der in Kehl gehabten Bataillons auf das neue erinnert und die Fürſtliche Baadiſche Häuſer haben, wegen ihrer Gerechtſamen zu Kehl, die Reparation dieſes Reichs-Gräntz-Orts beſtens recommendirt.

§. 9.

Sub dictato 23. Nov. berichtete der Commendant zu Kehl ferner umſtändlich, was der Rhein für Schaden an den Veſtungs-Werckern gethan und, da jetzo ſchon, bey jedem hohen Waſſer, ſolches 3. biß 4. Schuh hoch in der Veſtung ſtehe, ſo ſeye zu beſorgen, es dörffte bald nimmer allda zu ſubſiſtiren ſeyn, auch ſeye ſonſt alles ſo übel zugerichtet, daß nicht wohl mehr eine Reparation vorzunehmen ſeyn dörffte, weil ſolche vielleicht koſtbarer, als eine neue Veſtung auf zubauen, zu ſtehen kommen und doch, wegen der ſchlechten Fundamenten und beſtändigen Waſſer-Gefahr, von keiner Dauer ſeyn dörffte, dahero viel mehr anzurathen wäre, die Veſtung ganz zu demoliren, das groſſe Hornwerck aber mit weniger Mannſchafft zu beſetzen und, als ein tête de pont, der paſſage halber, ſo lang zu conſerviren, biß man ſehe: ob

Nochmaliger Bericht wegen Kehl.

die Rhein-Brücke von der Statt Straß-burg an dermaligem Ort gelaſſen, oder wegen veränderten Lauffs des Rheins an-derswohin placirt, oder allenfalls von Reichs-wegen, eine andere Gräntz-Ve-ſtung anzulegen, reſolvirt werden möchte, worzu ſich entweder die Reichs-Statt Offenburg, oder eines der Heſſen Darm-ſtättiſchen Dörffer Willſtätt oder Korg, am beſten ſchickten. Damit aber die De-molirung, worzu nach einem gewiſſen Project 200000. fl. gefordert worden, nicht zu viel koſte, könnte man verſchie-dene Entrepreneurs zu dem Reichs-Convent beruffen und zuſehen: auf was Art die Raſirung am profitabelſten wä-re, oder welcher am wenigſten nehmen wollte? die Stücke aber könnten nach Philippsburg transportiret werden.

Ein und zwanzigſtes Capitel.

Von dem Reichs-Juſtitz-Weſen.

§. 1.

Kayſerliches Commißions-Decret von 16. Maj.

IN dem den 16. Maj. 1742. dictirten Kayſerlichen Commißions-Decret ertheilte der Kayſer dem Reich Nachricht: er habe gleich nach angetrettener Regie-rung, zu Handhabung der GOtt-gefälli-gen

gen Gerechtigkeit, nicht unterlaſſen, den Kayſerlichen Reichs-Hof-Rath mit Præſidenten und Räthen zu beſtellen, werde darauf auch ſein ſtetes Augenmerck halten, damit an deme niemalen ein Gebrechen erſcheinen möge, was an beyden höchſten Reichs-Gerichtē zu unmangelhaffter Vollſtreckung der Juſtitz nur immer gereichen und dem hierab zum Troſt des H. Röm. Reichs zu hoffenden Göttlichen Segen bewürcken könne.

§. 2.

Mehreres remiſſive.

Was aber gegen Viſitation des Cammer-Gerichts, wie auch ſonſt wegen des Reichs-Hof-Raths, fürgekommen iſt, werden wir beſſer unten vernehmen.

Zwey und zwanzigſtes Capitel.
Von Religions-Beſchwerden.

§. 1.

Religions-Beſchwerden zu Bechtolsheim.

DJe Evangeliſche Gemeine des Gan-Erbſchafftlichen Fleckens Bechtolsheim wurde m. Majo 1742. von ihrer Catholiſchen Mit-Herrſchafft, durch Beyhülff des die Sache lediglich nichts angehenden damaligen Chur-Pfälziſchen Hofes, ſo tyranniſirt, daß der Reichs-Hof-Rath den 18. Jun. ſelbſt ein Mandatum

caſſatorium, inhibitorium & reſtitutorium S. C. erkannt, die vorgenommene Proceſſe de facto, illegale Neuerungen, unjuſtificirliche Execution, Subhaſtir- und Verkauffung caßiert, ſich dergleichen einſeitigen cognoſcirens und exequirens künftig zu enthalten, den obtrudirten Candidatum Theologiæ und aufgeſtellten Evangeliſchen Schulmeiſter wieder abzuruffen, und dagegen die bisherige, nun aber vertriebene Pfarrer, Caplan und Schulmeiſter an Verrichtung ihres Amts ferner unbehindert zu laſſen, auch das bisher attentirte und exequirte cum omni cauſa zu reſtituiren befohlen, nicht weniger an Chur-Pfaltz reſcribirt, die zum Veſtungs-Bau nacher Mannheim geſchleppte Perſonen wieder zu erlaſſen.

Den 22. Nov. aber erlieſſe das Corpus Evangelicorum ein Vorſtellungs-Schreiben an den Kayſer, des Innhalts: Dem Kayſer ſeye vorhin ſchon unverborgen, wie erſtaunlich übel die Catholiſche Gan-Erben zu Bechtolsheim daſige Evangeliſche Gemeinde und Geiſtlichkeit, nach ſchon ſeit geraumen Jahren denenſelben von Zeit zu Zeit zugefügten Reichs-Geſetz-widrigſten Religions-Bedruckungen, endlich noch ex

eo-

eodem capite in Majo nup. mittelſt einer ſo unverſchuldeten und harten Execution, als auſſer kriegeriſchen Feindſeligkeiten ſich kaum einzubilden, gemißhandelt, wohl 60. Familien dadurch in die bitterſte Armuth geſtürtzt, 9. Einwohner elendiglich gefangen weggeführet, Pfarrer, Caplan und Schulmeiſter, ohne alle vorgängige ordentliche Cognition und Sententz platterdings abgeſetzt und zum Flecken hinaus verwieſen, ihre Effecten ſub haſta verkaufft und ein anderes Subiectum zum Evangeliſchen Pfarrer auf die abſurdeſte Weiſe von der Welt vermeintlich inſtalliret haben. Nachdeme darauf vor die Reichs-Hof-Räthliche Verfügungen in cauſa gedancket worden, heißt es weiter: Obwolen Chur-Pfaltz die Gefangene von dem Mannheimer Veſtungs-Bau dimittiret, ſo ſeye doch aus verſchiedenen Umſtänden ſehr zu beſorgen, daß ſie dem Kayſerlichen Mandat nicht pariren werden, wie ſie dann bald nach Inſinuation gedachten Mandats, mit gäntzlicher Beyſeitſetzung des demſelben ſchuldigen Reſpects, ſich erfrechet, eine neue Commiſſion nach Bechtolsheim abzuſchicken, welche die Evangeliſche Unterthanen: ob ſie mit ihrer Herrſchafft Proceß führen und den bey dem

dem Reichs-Hof-Rath angefangenen proſequiren wollten? viritim vernehmen ſollen und, als die Meiſte, alſo viritim zu antworten, nicht unbilliges Bedencken getragen, ihnen eine neue Straffe von 10. Rthlr. andictiret und, ſelbige eheſtens executive einzutreiben, getrohet, ſolchergeſtalt (mittlerweil ein eigentlich ſo genannter Proceß in denen jederzeit brevi manu & ſummariiſſime zu expedirenden Religions-Sachen freilich nicht ſtatt finde,) dieſe ohnehin ſchon gantz ausgemergelte Leute handgreiflichſt noch mehr zu intimidiren und zu concutiren, Renunciationes, ihrer beſtgegründeten Querelen zu erſchleichen oder auszupreſſen geſucht, den Pachter des Schul-Hofes aber (weil derſelbe die davon zu reichende Früchte allenfalls dem vertriebenen Schulmeiſter zukommen laſſen, oder, aus Beyſorge, ſie ſonſten vielleicht doppelt entrichten zu müſſen, bis zu Austrag der Sache an ſich behalten, oder an dritten Ort deponiren wollen, ſolche einem, gegen ſeine ehemalige eigene Reſignation, wieder eingetrungenen Schulmeiſter abzugeben, zwingen. Ein alzu fatales, betrübtes und gefährliches Anſehen hingegen es gewönne, woferne nicht einmal wider ſo grobe That-Handlungen,

gen, als die letztere Executiones zu Bech-tolsheim geweſen, die gravirte und unter-druckte ſchleunigſte Hülffe und unverzüg-lichſte Rettung erlangen ſollten; wann gleich daſige Catholiſche Gan-Erben, in Re-ligions-Sachen etwas verfügen zu dörffen, behaupten könnten, ſie ſolches doch erſt mit daſigen Evangeliſchen Gan-Erben, welche vi Condominii contradiciren und des-halber an die Evangeliſche Unterthanen aus-drückliche Verbote abgelaſſen, (ſo daß dieſe gegentheiligen Geboten nicht einmal geleben können, ob ſie auch ſchon ihre eigene ex Instrumento Pacis erlangte Iura hätten ſacrificiren wollen,) zuforderſt rechtlich aus-machen müſſen; ferner, wann ſchon ſtatus Anni normalis ſo wohl ſtreitig und zwei-felhaft wäre, als ſelbiger in ſubſtrato ohn-laugbarlichſt pro Evangelicis militire, ſelbiger doch erſt in loco durch unpartheyi-ſche Commiſſarios utriusque Religionis hätte erörtert werden ſollen, ehe man Evangelicorum Poſſeß der Kirche, Kirchen- und Schul-Gefälle intervertiren, oder, aus derſelben zu weichen, ſie durch Straff-Præcepta anhalten mögen; daß aber contra ſtatum Anni normalis die Catholiſche Gan-Erben, ob auch gleich keine Evangeli-

ſche Mit-Herrſchafft vorhanden wäre, ſondern jenen alleine alle und jede Obrigkeit zu Bechtolsheim zuſtünde, bemerckte Eingriffe thun dörffen, wohl niemand, der einen Weſtphäliſchen Friedens-Schluß noch anerkenne, bejahen werde, auſſer ſo vielen Stellen Inſtrumenti Pacis Weſtphalicæ, welche den ſtatum Anni normalis in genere mit denen deutlichſten Worten pro perpetua regula ſetzen, von gemeinſchaftlichen Orten, daß daſelbſt, die Religion anlangend, alles in ſtatu quo bleiben ſolle, Art. 5. §. 43. noch insbeſondere Sonnenklärlichſt diſponire; zu dem in mancherley Wege, die Kürtze halber nicht zu berühren, härter verfahren worden, als ſelbſt bey wohlbefugten und nöthigen Executionen Chriſtliche Obrigkeiten gegen ihre Unterthanen ſchwerlich zu thun pflegen; endlich, wann auch die vertriebene Geiſtliche und Schulmeiſter vor ihre Perſonen ſich etwas hätten zu Schulden kommen laſſen, man ſie doch zuforderſt mit ihrer Verantwortung genüglich hören und eine ſtandhafte Sentenz fällen ſollen, ehe man ſie abſetzen und ins Elend verjagen, an ihre Stelle aber der Gemeinde andere Subiecta obtrudiren können; die Evangeliſche Con-Domini wegen des neu-

en

en Predigers gar nicht, die Unterthanen aber nicht anderſt, denn unter dem entſetzlichen Lermen einer Huſaren-Execution, befragt worden ſeyn, folglich, wann ſchon etliche derer Unterthanen, aus Furcht und Schrecken, wie ſie conſentirten, ſich möchten haben verlauten laſſen, dergleichen Einwilligung jedoch primo intuitu null und nichtig ſeye; unterdeſſen omni reſpectu und von allen Seiten her deſto gröſſeres periculum vorwalte, als, das Geiſtliche anlangend, die Evangeliſche Gemeinde zu Bechtolsheim nun ſchon in ſiebenden Monath ohne öffentlichen behörigen Gottesdienſt ſich befinde, der obtrudirte Candidatus Theologiæ auf etliche Wochen verreiſet, oder vielleicht gar wiederum ſelbſten davon gegangen, der benachbarte Schornsheimiſche Pfarrer, welchen jener ſubſtituiret, höchſtens nur des Sonntags zu Bechtolsheim eine Predigt halte, die neugebohrne Kinder in die Ferne zur Tauffe getragen werden müſſen; Falls auch gedachter Obtruſus ſich wiederum eingeſtellet haben ſollte, wegen ſeiner unrichtigen Vocation, ja daß er, zu ſeiner eigenen unauslöſchlichen Schande, wider alle Evangeliſche Kirchen- und Conſiſtorial-Ordnungen ſich præſenti-

ti-

tiren laſſen, die Gemeinde doch kein Vertrauen zu ihme hegen könne, folglich viele vom Beichtſtuhl und heiligen Abendmahl abgehalten werden, die Krancke und Sterbende ohne Zuſpruch bleiben, die Jugend ohne Unterricht aufwachſe, ꝛc. das leibliche aber betreffend, wegen obangeführter anderweiter Straff-Ankündigungen und Trohungen die Unterthanen faſt täglich einer neuen Execution gewärtig ſeyn müſſen, ihren jetzigen erbärmlichen Zuſtand faſt mit blutigen Thränen beweinen, die Evangeliſche Gemeinde dergeſtalt zu zerrütten und per indirectum gar auszurotten die Catholiſche Gan-Erben zu Bechtolsheim, oder ihre Rathgebere, wohl für einen feinen Kunſtgriff halten mögen, alle equitable Gemüther aber ſelbigen verhoffentlich verabſcheuen werden. Solchemnach bitten die Evangeliſche Geſandten den Kayſer, die Catholiſche Gan-Erben zu Bechtolsheim mit ihren Exceptionen, falls ſie ſolche ſchon eingebracht haben, oder noch einbringen möchten, da ſie höchſtens nur auf Umſtände altioris indaginis gerichtet ſeyn können, desgleichen mit weiterem Dilations-Begehren nicht zu hören, ſondern das ergangene Mandatum allernächſtens und ohnaufhaltlichſt

lichſt realiter vollſtrecken zu laſſen, dadurch denen Kayſerlichen Verordnungen das hinlängliche Gewicht zu geben, die Mitleidens-würdigſte Evangeliſche Gemeinde zu Bechtolsheim aber, ſamt ihren rechtmäßigen zweyen Geiſtlichen u. Schul-Diener nur wenigſtens wiederum in den Stand zu ſetzen, worinnen ſie vor denen m. Jul. 1741. und Maj. 1742. erfolgten frevelhafften Executionen ſich befunden, biß hernach die Sache durch weitere Reichs-Conſtitutions-mäßige Wege, beſonders eine local-Commiſſion, aus dem Grunde gehoben und Gravati völlig reſtituiret und indemniſiret, gegen denenjenigen aber, welche Friedens-brüchige Religions-Eingriffe gethan, genugſame Ahndungen vorgekehret werden können.

An den Herrn Chur-Fürſten zu Pfalz aber wurde eodem vom Corpore Evangelicorum geſchrieben: es ſeye eine Reichs-ruchtbare Sache, daß, als die Catholiſche Gan-Erben zu Bechtolsheim in denen mit daſigen Evangeliſchen Geiſtlichen und Unterthanen circa Eccleſiaſtica angeſponnenen Irrungen m. Jul. 1741. und Maj. 1742. ſo hefftige und gewaltſame, als Recht und Billigkeit nach unſtatthaffte Execu-

tiones vornehmen wollen, ſie darzu Chur-Pfälziſche Huſaren, als das erſtemal ein Commando von etlichen 20. und das zweytemal ein Commando von etlichen 40. Mann adhibiret, durch ſelbige auch würcklich die Evangeliſche Gemeinde in den elendeſten und erbärmlichſten Zuſtand verſezet haben, ärger als wohl bißweilen zu Kriegs-Zeiten von einer feindlichen Contributiones erpreſſenden Parthie geſchiehet, mit ihnen umgehen, 9. Mann gebunden und gefangen nach Mannheim ſchleppen, ſo gar die Evangeliſche Geiſtliche und den Schulmeiſter, vielleicht inaudito hactenus exemplo, ebenfalls durch Huſaren aus ihren Wohnungen aufs Rathhaus holen, dann weiter zum Flecken hinausführen laſſen und was dergleichen, ſonderlich vom Commiſſario Fooß verübten, unverſchämten Unfugs mehr ſeye. Nun haben zwar die Chur-Pfälziſche Miniſtri, wann das Corpus Evangelicorum, oder andere Intereſſenten, als wegen Schornsheim der Fürſt von Naſſau-Weilburg, über die Proclivität dergleichen militariſcher Beyhülffe, wohlgegründete Klagen geführet, die Sache mehrmals damit entſchuldigen wollen: Chur-Pfalz hätte

mit

mit Rheiniſchen Reichs-Ritterſchafft gewiſſe Pacta, Krafft welcher es gegen ihre, Præſtanda nicht præſtirende, oder ſonſt widerſpenſtige Unterthanen manum fortem zu leiſten verbunden wäre; alſo, wann der Chur-Fürſt um Soldaten, oder ſonſt bewaffnete Mannſchafft angeſprochen würde, ſolche nicht verweigeren könnte oder dörffte, übrigens aber an der Zwiſtigkeit ſelbſt, weshalben die Execution ergienge, ganz keinen Theil nehme, ſondern ſeine Mannſchafft bloß periculo derer ex pacto darum Anſuchenden herleihe. Jedoch eben in Betracht ſothaner ſehr ohnzulänglicher, mündlich auch ſchon ehender widerlegter, nichts deſto minder, zu deſto gröſſerer Verwunderung, von denen Chur-Pfälziſchen Miniſtris noch immer recapitulirter Entſchuldigungen, müſſe das Corpus endlich den Chur-Fürſten unmittelbar hiedurch repræſentiren, wie ſchwer, ja ohnmöglich, zu begreiffen ſeye, daß eine ſo gar unumſchränckte und aller, doch ſo vielfältig variirender, Umſtände Einſicht ſich entſchlagende, demnach gleichſam mit zugemachten Augen zu gewährende Aſſiſtenz nach dem allegirten Pacto erforderlich, viel weniger des Chur-Fürſtens

Æquanimität gemäß ſeyn möge. Selbſt in civilibus ſeu politicis könnte ſie ja wohl bißweilen wider die Reichs-Geſetze und Verfaſſungen ſtarck anlauffen. Beſonders pflege ſonſten bey ſo groſſer Diſproportion zwiſchen denen, ſo Hülffe leiſten, und welchen ſie geleiſtet werde, als in præſenti caſu zwiſchen einem Chur-Fürſten und der immediaten Reichs-Ritterſchafft fürwalte, der fürnehmere und mächtigere Theil zu præcaviren, daß der Schwächere oder Niedrigere, welcher Soldaten zu ſeinen Dienſten zu haben eben nicht gewohnt, ſeine Trouppen nicht mißbrauche, erſt communicationem ſententiæ, oder mindeſtens derer Protocollen, woraus das Verbrechen ſattſam erhelle, zu deſideriren, bevor vielleicht unſchuldige Leute als gefangene Delinquenten zum Veſtungs-Bau angenommen werden ꝛc. wo aber Eccleſiaſtica mit einſchlagen, oder gar nur alleine obwalten, ſeye die Sache, zumalen im Reich, nach deſſen Verfaſſungen, ohnläugbar deſto bedencklicher, ein jeder Stand des Reichs viel mehr gehalten, darunter das Inſtrumentum Pacis ſchützen und conſerviren zu helffen, als zu deſſen Umſturz, vel ſaltem conſiliis, geſchwei-

ſchweige dann opere & viribus, mit gewaffneter Hand beyzuſpringen. Was maſſen an denen meiſten Reichs-Ritterſchafftlichen Orten des Rheinſtrohms, oder der Pfalz, ungemein groſſe und häuffige Religions-Irrungen fürwalten, ſeye leyder eine allzunotoriſche und in ſo manchen öffentlichen Schrifften der ganzen Welt für Augen liegende Begebenheit, als daß in des Chur-Fürſtens Dienſten ſtehende Perſonen, welche, auf Reichs-Ritterſchafftliche Requiſition Aſſiſtenz zu bewilligen und abzuſenden, autoriſirt, ſelbiges ignoriren und dahero: ob nicht etwan die Hülffe gedachter Religions-Irrungen wegen begehret werde? keineswegs argwohnē könnten. Ja wie habe, daß zu Bechtolsheim inſonderheit m. Jul. 1741. eine ſcharfſe Execution ex eodem capite geſchehen, in der ganzen Pfalz und am ganzen Rheinſtrohm verborgen bleiben mögen, um gleichwolen zur zweyten ohne weitere Erkundigung: ex qua cauſa & ad quem finem? ſo willfährigſt zu concurriren? Mit dem periculo petentium ſeye es nicht ausgerichtet, theils aus ſchon oben angeführten unwiderſprechlichen Gründen, theils weilen, zumalen einige Reichs-Ritterſchafftliche

Gan-Erben, entweder aus einiger Unvorſichtigkeit und übermäßigem Religions-Eyfer, oder ungeſchickter, auf Rabuliſtereyen in privat-Proceſſen beſſer, denn die theure Reichs-Friedens-Schlüſſe ſich verſtehender, Rathgebere Inſtigation, leicht mehr Unfug, Unglück und Unruhe anſtifften können, als ſie, hernach wieder gut zu machen, nicht vermögend ſeyen. Warum habe zum 2tenmal ein Commando von ungefähr 46. Huſaren kommen müſſen, da doch das erſtemal dem Commando von ohngefähr 2 . Huſaren ſich niemand widerſetzet, als ſehr vermuthlich, weil die Catholiſche Gan-Erben die Evangeliſche Einwohner deſto geſchwinder völlig ruiniren und alſo, wann ſie mit dem Bettelſtab davon giengen, ihren Religions-Gravaminibus auf einmal ein vermeintliches Ende machen wollen? das ganze Corpus Equeſtre aber werde ja verhoffentlich an dieſem unfertigen Bechtolsheimiſchen Handel keinen Theil nehmen. Es ſeyen auch in ſolchem Corpore ſo manche der Evangeliſchen Religion zugethane Mitglieder, von denen die bißweilen pur Catholiſche Ritter-Hauptleute und Räthe doch alle ihre Gewalt mit haben, daß ohne ihren Vorbewuſt und

Con-

Concurrenz in Religions-Sachen, wo ohne hin pluralitas Votorum keinen Platz greiffe, billig nichts zu verfügen wäre. Inſonderheit und præciſe den Ort Bechtolsheim belangend, ſeyen zwey Evangeliſche Mit-Gan-Erben und Mit-Herrſchafften, die, vigore hujus Condominii, denen einſeitigen Catholiſchen Gan-Erben, zumalen in contra Inſtrumentum Pacis lauffenden Befehlen zu gehorchen, die unbefugt andictirte Straff-Gelter abzutragen, denen gemeinſchafftlichen Unterthanen verboten, darum alleine dieſe auch ſonſten ſchon unſchuldige Unterthanen mit denen verhaſten Nahmen von Rebellen, Wiederſpenſtigen, ꝛc. nicht beleget werden mögen, in der That alſo die Chur-Pfälziſche militariſche Aßiſtenz nicht bloß gegen Reichs-Ritterſchafftliche Unterthanen, ſondern gegen Reichs-Ritterſchafftliche Mit-Herrſchafften ſelbſten ſich extendiret habe, ſo abermals der wahre Verſtand und Endzweck des gerühmten Pacti ſchwerlich ſeyn könne. Und da über obiges alles getroſt præſupponiret werden dörffe, daß ſo, wie zu Bechtolsheim der Kirche, deßgleichen Kirchen- und Schul-Gefälle halber zu Werck gegangen worden, der Chur-Fürſt

wider ſeine eigene Unterthanen nimmer verfahren würde; warum wollte der Chur-Fürſt manche Glieder der freyen Reichs-Ritterſchafft in den Stand, dergeſtalt erſtaunliche Dinge zu verüben und Unruhen im Reich anzufangen, ſetzen? der Chur-Fürſt werde alſo erſucht, künfftighin, wo Religions- und andere Jura communia Evangelicorum belangende Umſtände einſchlagen, (maſſen man von mere politicis & civilibus in materia quæſtionis ganz gerne abſtrahire, obwohlen oben, zu mehrerer der Sachen Elucidation, deßhalben auch einige Inſtanz gegeben worden,) denen Reichs-Ritterſchafftlichen, es ſeye Collegiis oder einzeln Membris, ſeine Trouppen oder andere bewöhrte Mannſchafft und Executions-Zwangs-Mittel, nicht weiter herleihen, viel mehr, wann dergleichen unter ſonſtigen Prætexten ſich ausgebeten werde, dieſe, zu Abwendung bißheriger ſothaner Hülffe und Beyſtandes Sub- & Obreption, auch Mißbrauchs, hinreichig prüffen und: ob ganz keine Religions-Irrungen und Abſichten darunter verborgen? genau unterſuchen, oder die Requirenten deßhalber genugſame Caution ſtellen, denenjenigen aber,

aber, ſo ſich bißhero in ſolchen Gelegenheiten vergangen, die gerechteſte Ungnade empfinden zu laſſen.

Endlich ſo wurde auch noch, wegen der ſo gar beſonderen Umſtände, doch ohne Conſequenz, von Corporis wegen dem vertriebenen Pfarrer, Diacono und Schulmeiſter einige Beyſteuer gereicht.

§. 2.

Zu Cronberg.

Die Evangeliſche Einwohner zu Cronberg, Chur-Maynziſcher Herrſchafft, klagten den 29. Aug. daß die Beeinträchtigungen mehr zu- als abnehmen und ex odio Religionis täglich zu queruliren Anlaß gegeben werde; ſie bitten alſo das Corpus Evangelicorum, dahin zu cooperiren, daß die unumſchränckte Gewiſſens-Freyheit ſo wohl, als die ihnen ohnſtreitig competirende Jura, tam in Eccleſiaſticis, quam Politicis wieder bäldeſt auf Reichs-Conſtitutions-mäßigen Fuß geſetzet werden.

Wer mehreres davon wiſſen will, findet vieles von denen Anteactis in der Europäiſchen Staats-Canzley *Tom. 74. 75. 76. 77. 78. 79.* und *80.* und wird etwa auch künfftig etwas weiteres fürkommen.

§. 3.

Zu Hilles-heim.

M. Sept. klagte der Evangeliſche Beſitzer des Dorffs Hillesheim, daß, aller Vorſtellungen und von denen Evangeliſchen Ständen geſchehener Interceſſionalien ohngeachtet, die widerrechtliche Anmaſſungen und Attentata, ſonderlich von denen Lothringiſchen Beamten der Grafſchafft Falckenſtein ganz ungeſcheuet fortgeſetzet würden. Er übergebe zu deſſen Beweis die A. 1741. zuſammengedruckte Hillesheimiſche Religions-Beſchwerden, als Additionales 11. biß 19. ad num. 25. des Corporis Gravaminum Religionis und bitte, behülfflich zu ſeyn, daß alles in Weſtphäliſchen Friedens-Schluß-mäßigen Stand geſezt, mithin er in poſſeſſione vel quaſi ſolitaria Juris Epiſcopalis, in Conformität der Cammer-Gerichts-Urthel de A. 1702. in ſummariiſſimo gehandhabt, dem Evangeliſchen Pfarrer die unſtreitige Exercirung der Actuum parochialium nicht ſchwer gemacht, gehindert, oder von unberechtigten Catholiſchen Geiſtlichen ausgeübt, endlich auch durchgehends von allen Thathandlungen und Beſchwerden abgeſtanden, wegen der begangenen Exceſſe Satisfaction gegeben und

und alles bey dem Statu Anni decretorii gelaſſen werde.

§. 4.

Der Evangeliſche Rath und Bürgerſchafft zu Marckbreit, Fürſtlich Schwartzenbergiſcher Herrſchafft, ſtellte dem Corpori Evangelicorum für, daß dieſer Ort unter vorig Freyherrlich Seinsheimiſcher Herrſchafft bereits A. 1550. ſich zur Augſp. Confeſſion bekannt habe, auch durch Freyherrns Georg Ludwigs Fideicommiſs de A. 1589. darinnen beſtätiget, weniger nicht ferner vor, in und nach dem Anno decretorio 1624. in quieta poſſeſſione der alleinig Evangeliſchen Religions-Ubung geblieben ſeye, ingleichem auch nachhero, vermöge eines zwiſchen Chriſtian Freyherrn von Seinsheim, als letzten Herrn dieſes Orts von ſolchem Stamm und deſſen Fideicommiſs-Succeſſore, Johann Adolf, Grafen von Schwartzenberg, errichteten Vergleich de A. 1643. ſothanes Exercitium Religionis Evangelicæ ſolitarium nochmals ausdrücklich ſtipulirt und von dem neuen Landesherrn und deſſen Succeſſoren A. 1644. 1659. 1698. und 1723. die Evangeliſche Religions-Freyheit, Gerechtſame und Befugniſſe kräftigſt beſtättiget und verſichert

Zu Marckbreit.

ſichert worden: Deſſen ohngehindert aber gleichwolen ex parte der Catholiſchen Landes-Herrſchafft inzwiſchen von A. 1680. an der Cultus Religionis Catholicæ in einer neuerlich angerichteten Capelle durch einen Capuciner aus Ochſenfurt nach und nach introduciret, der unter denen daſigen Evangeliſchen Pfarrern jährlich gehaltene Synodus A. 1683. aufgehoben, in der neuen Capelle A. 1686. Kinder zu tauffen und Eheleute zu copuliren angefangen, auch dadurch dem Evangeliſchen Pfarrer die Iura Stolæ entzogen, ferner A. 1690. öffentliche Proceßionen und Wallfarthen angeſtellt, die Catholiſche Einwohner durch ermelten Capuciner auf den A. 1698. mit Gewalt occupirten Gottesacker begraben und dabey in demſelben auf der Evangeliſchen Cantzel de facto geprediget und bishero mehrmalen bey ſolchen Leichen-Actibus die Evangeliſche Religion als ketzeriſch ausgeruffen und verdammet, A. 1703. eine Jeſuiter-Mißion angelegt und von A. 1718. nach deren Abgang, bis dato durch die Franciſcaner continuiret, ingleichen neuerlich denen fremden Catholiſchen durch Marckbreit öffentliche Proceſſiones mit allen Solennitäten concediret und einſtmalen das Venerabile

pu-

publice herumgetragen, die dergleichen Neuerungen deprecirende Bürger vor straffbare Tumultuanten angeſehen, auch einige würcklich geſtrafft, die nach der daſigen Kirchen-Ordnung gewöhnliche und in Agendis gegründete Verlegung einiger Feyertage, mit Vorſchützung der hohen Territorial- und Epiſcopal-Gerechtſame, obſchon der uralten inde a tempore Reformationis hergebrachten Obſervanz entgegen, verboten worden. Die an die Herrſchafft deswegen übergebene Vorſtellungen ſeyen nicht nur vergebens geweſen, ſondern auch A. 1739. wieder zurück gegeben und dergleichen bey Straff verboten, die A. 1740. u. ſ. w. eingereichte Memorialien aber gar keiner Reſolution gewürdiget worden, alſo daß nichts mehr übrig bleibe, als ſich an das Corpus Evangelicorum zu wenden, welches demnach um Interceſſion, Unterſtützung und Hülffe, damit plenaria reſtitutio erfolgen möge, erſuchet werde. Mehreres davon kommt im folgenden Jahr für.

§. 5.

Die Evangeliſche Gemeinde zu Schornsheim bate das Corpus Evangelicorum sub dato 20. Jun. und 30. Oct. in generalibus, Zu Schornsheim.

libus, befoͤrderlich zu ſeyn, daß ihrer groſſen Noth endlich einmal ein Ende gemacht werde; uͤbergabe auch bald darauf ein inhæſivum.

Mehreres davon kan kurtz in STRUVENS Hiſtor. der Relig. Beſchwerd. *Part. 2. p. 257. ſeq.* ausfuͤhrlicher aber in FABRI Staats-Cantzley *Tom. 40. 41. 66. 73. 74. 75.* und *77.* geleſen werden.

§. 6.

Zu Wehrheim.

Die Evangeliſche Gemeine in dem zwiſchen Chur-Trier und Naſſau-Uſingen gemeinſchaftlichen Flecken Wehrheim klagte, ſub dato 26. Oct. 1742. daß der Catholiſche Gottesdienſt, unter dem Gebrauch der gemeinen Glocke auf dem Speicher-Hauſe beſtaͤndig fortgetrieben, dem Lutheriſchen Pfarrer und Schulmeiſter die Accidentien entzogen, die Schoͤffen-Wahl verhindert, wegen billiger Verweigerung des Evangeliſchen Kirchhofs ſie mit mehr als 1000. Guͤld. Straffe belegt worden und ſie wegen der vielfaͤltig ausſtehenden Beleidigungen keine Gerechtigkeit, oder ſonſtige Satisfaction erlangen koͤnnten. Das Chur-Trieriſche Impreſſum de A. 1739. ſeye im geringſten nicht gegruͤndet, wie gar leicht punctatim gezeiget werden koͤnne. Man moͤchte ſich

ſich alſo ihrer endlich mit Nachdruck anneh-
men, doch ſo, daß ſie nicht aufs neue darüber
als widerſtrebende Unterthanen von Chur-
Trier angeſehen würden.

Auch hievon ſiehe STRUVENS Hiſtor.
der Relig. Beſchw. *Part. 2. p. 359.* mein
Chur-Trieriſch. Staats-Recht *p. 237.
ſeqq.* FABRI Staats-Cantzley *Tom. 38.*

§. 7.

In einem in Nov. dictirten Memorial klagten der Evangeliſche Prediger, Diaconus und Schulmeiſter zu Wehrſtatt, Rheingräflicher Iurisdiction, daß nicht nur die in der Sultzheimer Marckung im Chur-Mayntziſchen liegende Pfarr- Diaconat- und Schul-Güter, welche mit denen zu Wehrſtatt ein Corpus ausmachen, ſtatt Beſoldung dieneten und von undencklichen Jahren her von allen Oneribus befreyet geweſen, nunmehro ſo wohl mit gemeinen, als Herrſchafftlichen Oneribus belegt würden, ſondern der Paſtor zu Sultzheim habe auch A. 1736. mit Hülff des Schultheiſſen Heu, Früchte, nebſt einem Juder Wein, ſo das Dom-Capitul, als Patronus Parochiæ Weſtadienſis dem Pfarrer loco Salarii reiche, er auch ſeit der Reformation ruhig genoſſen, hinweggenommen und via facti

Zu Wehr-ſtatt.

an

an ſich gezogen. Sie hätten dieſes Spolium zwar bey Chur-Mayntz eingeklagt, ſeyen aber viele Jahre per Circulum umgetrieben und keiner Antwort gewürdiget worden, ſo daß Schaden und Unkoſten ſich ſchon über 1000. Gülden belauffen. Sie bitten dahero das Corpus Evangelicorum, ſich ihrer pro præterito & futuro anzunehmen.

§. 8.

Zu Zeulitzheim.

Die Evangeliſche Gemeine zu Zeulitzheim in Francken, Gräflich Schönborniſcher Herrſchafft, ſtellte in einem Memorial vom 15. Aug. für: Es ſeye aus denen gedruckten Religions-Gravaminibus ad num. 69. erinnerlich, daß von denen ſeit A. 1716. durch mancherley Eingriffe veranlaßten 28. Gravaminibus deren nur 7. gehoben, oder zum Theil ſelbſt hinweggefallen ſeyen, die übrige 21. aber noch würcklich ſubſiſtiren, ohnerachtet bey einer erfolgten Commißariſchen Unterſuchung deren Ungrund ſattſam an den Tag geleget worden, ſo daß auch das Corpus Evangelicorum den 26. Apr. 1738. den Kayſer erſuchet habe, ein Excitatorium an den Herrn Grafen abzulaſſen. Weil aber, wegen Abſterben des Kayſers, ſolches nicht erfolget, und die Gra-

va-

vamina noch immer im vorigen Stand verbleiben; als bitten ſie, bey dem Kayſer zu intercediren, damit, nach Maaßgab des bereits A. 1722. emanirten Kayſerlichen Reſcripts, die Abſtellung aller dieſer Religions-Beſchwerden bewerckſtelliget, alles ad Statum Anni decretorii plenarie reſtituirt und alle ob liberum Religionis exercitium andictirt- und exequirte Straffen ꝛc. wiederum erſetzet werden mögen.

Den kurtzen Innhalt und Verlauff dieſer Religions-Beſchwerden kan man in STRUVII Hiſtor. der Relig. Beſchwerd. *Tom. 2. p. 448. ſeqq.* leſen; die völlige Acta aber finden ſich, auſſer dem ſchon angeführten num. 69. Gravam. Relig. in FABRI Staats-Cantzley *Tom. 44. 45. 46. 47. 52. 53.* und *58.*

§. 9.

Von noch mehreren Religions-Beſchwerden, die zwar bereits A. 1742. bey dem Corpore Evangelicorum angebracht, aber eigentlich erſt A. 1743. bekannt gemacht worden ſeynd, ſiehe die Hiſtorie dieſes letzteren Jahres. Mehreres remiſſive.

Drey und zwanzigſtes Capitel.
Von dem Recurs an den Reichs-Convent.

§. 1.

Recurs in Sachen Hanau contra Ingelheim

IN dieſem Jahr ſeynd nicht weiter als zwey Recurſe von denen höchſten Reichs-Gerichten an den Reichs-Convent in einiger Bewegung geweſen, nemlich 1. in Sachen Heſſen-Hanau contra Ingelheim, Holtzhauſen betreffend, davon unten im zweyten Buch mehrerer Bericht erfolgen wird.

§. 2.

In Sachen Salm contra Winckelhauſen.

2. Kame Fürſt Ludwigs Otto zu Salm hinterlaſſene Printzeßin, Dorothea Franciſca Agnes, bey dem Reichs-Convent mit einer Vorſtellung ein: Es ſeye bewußt, was ihr Herr Vater gegen das Cammer-Gericht bey dem Reichs-Convent vor ein Gravamen angebracht habe, da die Sache kundbarlich auf eine Interpretationem Legis Imperii ankomme, folglich in die im Inſtrumento Pacis denen Reichs-Ständen allein vorbehaltene Iura einſchlage; das Cammer-Gericht wolle aber dannoch dem Weſtphäliſchen Crayß-Ausſchreib-Amt die Execution auftragen. Sie ſcheue den Richterlichen Ausſpruch nicht, ſondern habe viel-

vielmehr ſelbſt darauf angetragen, das Reviſorium debito tempore ergriffen und nichts ſo ſehnlich gewünſcht, als daß hierzu dermalen eine Zeit und Stunde kommen möchte, welche auch, der neueſten Capitulation nach, hoffentlich vor der Thüre ſeye. Sie bitte alſo, es in die Wege zu richten, damit eines theils die Iura communia Statuum aufrecht erhalten, andern theils auch ſie mit Cammer-Gerichtlichen Mandatis nicht übereilet, ſondern Ihro das nunmehro vor der Thüre ſeyende beneficium Reviſionis, gleich andern, angedeyhen möge.

Von der Haupt-Sache iſt in der Europäiſchen Staats-Cantzley *Tom. 67. p. 350. Tom. 68. p. 179. Tom. 74. p. 560.* und *Tom. 76. p. 643.* vieles zu leſen und beruhet es kürtzlich darauf, daß das Cammer-Gericht eine A. 1654. in Reviſorio geſtandene Sache vor deſert erkläret hat, weilen ſelbige nicht, Innhalt des damaligen Kayſerlichen Edicts, ratione proſecutionis bey Chur-Mayntz und der Cammer zugleich angezeiget worden iſt.

Vier und zwantzigſtes Capitel.
Von dem Reichs-Convent ſelbſt.

§. 1.

Nach erfolgter Kayſer-Wahl hätten Ihro Kayſerl. Maj. (die ſich wegen da- Der R. Tag ſoll nach

Franckfurt verlegt werden.

damaliger Kriegs-Umſtände ſelbſten noch einige Zeit in Franckfurt aufzuhalten gedachten,) den Reichs-Tag indeſſen und ſo lange gerne auch dahin verlegt geſehen.

§. 2.

Kayſerl. Propoſition an die Chur-Fürſten.

Der Kayſer proponirte dannenhero dem Churfürſtlichen Collegio erſtlich mündlich, ſo dann den 9. Mart. auch ſchriftlich: Die Beſorgung der Securitatis publicæ zu erhalten, werde wohl die baldige Herſtell- oder vielmehr Fortſetzung des Reichs-Tags das bequemeſte und ſicherſte Mittel ſeyn, worzu dann der Kayſer ſo bereit als willig ſeye. Er erinnere ſich alles deſſen, was in der Wahl-Capitulation disfalls enthalten, wünſche auch nichts mehr, als daß die vorſeyende Angelegenheiten ohne allen Zeit-Verluſt erwogen und mit vereinigter Zuſammenſetzung ein gedeylicher Schluß gefaſſet werden möge, dahero er an denen hierzu erforderlichen Mitteln und Anſtalten, ſonderlich durch Benennung eines Kayſerlichen Principal-Commiſſarii und ſonſt, nichts ermangeln laſſen werde. Gleichwie aber Reichs-kundig, in was für einem Zuſtand ſich die Statt Regenſpurg anjetzo befinde: wie kaum allda die nöthige Subſiſtenz aufzubringen ſeyn dörfte? dabey

bey auch andere Betrachtungen mit einſchlagen, warum ſo gleich, auch vor der Hand, der erwünſchte und auf alle Weiſe zu befördernde Endzweck nicht zu erlangen ſeyn möchte, wann man zu Regenſpurg zuſammen kommen wollte: So laſſe ſich der Kayſer am räthlichſten zu ſeyn düncken, daß einſtweilen und dergeſtalten die Statt Regenſpurg, wie ſchon auch geſchehen, der Locus Comitiorum verbleibe, auch ohne jemands Nachtheil der Reichs-Convent nach Franckfurt für dermalen auf einige Zeit verlegt und dorthin, auf vorhergehende Kayſerliche Schreiben an die zu Regenſpurg annoch verſammlete Geſandtſchafften, (woſelbſt bekannter maſſen Chur-Fürſten und Stände ihre legitimirte und deren ſubſtituirte Abgeſandten annoch unterhalten,) nach Ablauff eines Termins von ſechs Wochen ohngefähr, reaſſumiret und ſo lange fortgeſetzet werde, bis die Zeiten und Umſtände ſich wiederum änderen und ſelbiger ſo dann in Regenſpurg continuiret werden möge. Der Kayſer zweifle um ſo weniger, das Churfürſtliche Collegium werde die Reaſſumtion und einſtweilige Transferirung des Reichs-Tages auf dieſe Art und Weiſe ſelbſten am rathſam- und thunlich-

 ſten

ſten befinden, als alles lediglich zu des geſammten Reichs Beſten abziele und der Kayſer ſelbſten, aus Eyfer für das Wohlſeyn des Reichs-Tags, ſich noch einige Zeit in Franckfurt aufzuhalten und in Perſon ſeine Reichs-väterliche Sorgfalt zu bezeugen ſich vorgeſetzet: Dahero der Kayſer zu dem Churfürſtlichen Collegio des gewiſſen Vertrauens lebe, ſelbiges werde ſeine Einwilligung zu baldiger Erlangung dieſes gemeinnützigen Endzwecks des förderlichſten ertheilen, maſſen der Kayſer des Churfürſtlichen Collegii baldige Entſchlieſſung und Erklärung erwarte.

§. 3.

Die Chur-Fürſten conſentiren.

Nun ware zwar dieſe Translocation wohl denen meiſten Höfen und Geſandten ohnanſtändig, ſonderlich aber hatte der Chur-Mayntziſche Directorial-Geſandte perſonelle Urſachen, warum er es nicht gerne ſahe, dahero auch überaus viele Dubia unter der Hand zum Vorſchein kamen: warum ſothane Translocation weder räthlich noch practicabel ſeye; alleine das Churfürſtliche Collegium überwande ſich dannoch und conformirte ſich des Kayſers Anſinnen.

§. 4.

Einwürffe dagegen.

Man ſahe zwar: Ohnverfängliche Erinnerun-

rungen occaſione derer von einigen auszuwürcken ſuchenden Translocation derer Comitiorum Imperii, des Innhalts: 1. Neue Comitia, oder derſelben Translocation, würden durch einen regierenden Kayſer ausgeſchrieben, 2. nun erkenne zwar ein Theil des Reichs die neulich zu Franckfurt vorgenommene Wahl, ein Theil aber, und namentlich die Königin in Ungarn und Böhmen, habe ſolche für nichtig erkläret. 3. Daraus folge, a) daß die Königin keine Einladung oder Inſinuation nur einmal annehmen, vielweniger befolgen könne, b) daß ſolchermaſſen dieſelbe von denen Conſultationibus Imperii, wann die Translocation gleichwol via facti vor ſich gehen ſollte, ausgeſchloſſen und damit auſſer aller Connexion mit dem geſammten Reich geſetzet würde. 4. Nun werde zwar dieſes von denen Feinden des Hauſes Oeſterreich eben durch dieſe Translocation geſucht, als denen viel daran gelegen ſeye, das teutſche Reich in einer Zertrennung zu halten, um ihre Abſichten deſto ſicherer ausführen zu können; 7. das aus einer ſolchen Trennung nothwendiger Weiſe folgende Ubel und Unordnung aber ſeye ſich eben ſo leicht und noch leichter vorzuſtellen.

len. 6. Die Königin könne alſo ohnmöglich glauben, daß die Chur-Fürſten in dieſe intendirende ohnnüzliche oder gefährliche Translocation ſich werden hineinziehen laſſen, oder auch ſonſten ohne Noth darauf verfallen, da zumalen 7. ſich noch kein Reichs-Feind angegeben, der den Reichs-Tag ſtöhren wollte, die eingeführte fremde Völcker aber ſchon hiernächſt ſo viel zu ſchaffen bekommen würden, daß ihnen der Luſt vergehen werde, die Verſammlung der Reichs-Stände zu ſtöhren, oder zu verhindern, da vielmehr 8. die Königin ſich würcklich in dem Stande befinde, dieſe höchſtnöthige Congregationem ſtatuum nachdrücklich ſchüzen zu helffen. Es hielte aber die Sache nicht auf.

§. 5.

Kayſerliches Ausſchreiben.

Sonderlich der Kayſer reſcribirte an die Reichs-Stände mut. mut.: er habe, nach angetrettener Kayſerlicher Regierung, ſeine erſte und angelegenſte Sorge ſeyn laſſen, durch was Mittel und Wege des H. Röm. Reichs Wohlfarth, Sicherheit und Aufnahme nunmehro zum ſtandhaffteſten zu befeſtigen ſeyn möchte? und düncke ihme des Endes das anſtändigſte zu ſeyn, daß forderiſt die allgemeine Reichs-Verſamm-

lung

lung je eher je beſſer hergeſtellet werde, damit hiedurch das höchſtnothwendige Vernehmen zwiſchen Haupt und Gliedern in unzertrennlicher Vereinigung erhalten und fortan durch zuſammengeſezte vertrauliche Berathſchlagung des Reichs-Beſtes befördert werde. Der Kayſer habe ſich demnach aus Reichs-Väterlicher Wohlmeinung entſchloſſen, ſothane Verſammlung zu Franckfurt, (weil in Anſehung der Statt Regenſpurg dermalen, ſo wohl wegen der in dortiger Gegend kundbar annoch vordaurenden Kriegs-Unruhe und der daraus entſtehenden Unſicherheit, als auch wegen des unfehlbar zu befahren habenden Abgangs der vor ſämtliche Geſandtſchafften erforderlichen Subſiſtenz allzuviele höchſtbedenckliche Hinderniſſe vorwalten, wieder in ihre Activität zu ſetzen und den Reichs-Tag des Orts einsweils den 27. Apr. bey des Kayſers perſönlicher Anweſenheit und unter ſelbſtiger Reichs-Väterlicher unmittelbarer Obſorge, mit verſicherter Veranlaſſung zu eröffnen, jedoch daß damit, ſo bald möglich, nach Regenſpurg zurückgekehret und ſelbiger allda, ferner erheiſchender Nothdurfft nach, fortgeſezet werden ſolle. Wie man nun dieſen

ſen wohlmeinenden Kayſerlichen Antrag ebenmäßig zu des Reichs Beſten, bewandten Dingen nach, gedeyhlich und erſprießlich finden und mithin die gemeſſene Verfügung thun, daß entweder die in Regenſpurg zurückgebliebene Geſandſchafft auf verſtandene Zeit nach Franckfurt verwieſen, oder ſothaner Convent mit einer neuen, dem Herkommen gemäß, beſchicket werde, damit folglich die erforderliche Berathſchlagungen mit Göttlichen Seegen angefangen und ungehindert fortgeſetzet werden mögen.

Zwar ſolle der Königin in Ungarn in Regenſpurg anweſenden Oeſterreichiſchen Geſandten ebenfalls ein ſolches Convocations-Schreiben inſinuirt, von ihnen aber wegen des der Königin auf der Uberſchrifft nicht beygelegten völligen Tituls, zurückgegeben, das an den Herrn Herzog von Lothringen gerichtete aber angenommen worden ſeyn.

§. 6.

Und Befehl an die Statt Regenſpurg.

Weil auch ohne Zweifel beſorget wurde, es möchten beſagter Königin Chur-Böhmiſch- und Oeſterreichiſche Geſandten, rc. durch Beſuchung des Rathhauſes zu Regenſpurg gleichſam actus contrarios & con-

contradictorios des translocirten Reichs-Tages begehen, ſo reſcribirte der Kayſer den 9. Maj. an die Reichs-Statt Regensburg: Nachdeme bey fürwaltenden jetzigen Umſtänden, wie dem Magiſtrat ohnehin ohnverborgen ſeye, der allgemeine Reichs-Tag nach Franckfurt beſchrieben worden, mithin die Reichs-Verſammlung zu Regenſpurg in ſo lange, als ſolche allda daure, eingeſtellet bleiben werde: als befehle er ernſtlich, Chur- und Fürſtliche Collegia zu Regenſpurg verwahrlich zuzuſchlieſſen und ſo lange geſchloſſen zu halten, biß gleichwolen die Reichs-Verſammlung allda wiederum zugegen ſeye.

Und den 23. Maj. erfolgte das zweyte Reſcript: der Kayſer hätte zwar geglaubt, der Magiſtrat würde, zu Folge ſeiner Antwort auf das vorhergehende, alle Collegia des Reichs-Tages verſchloſſen haben; er habe aber höchſt-mißfällig vernommen, daß ſelbiger ſeiner Schuldigkeit in dieſem Stück kein Genügen geleiſtet, weil die Oeſterreichiſchen Geſandten, der von dem Bayriſchen Miniſter Nahmens des Kayſers eingewandten Proteſtation ohnerachtet, ſich, wie gewöhnlich, verſammleten. Zu dieſem Ende und damit der Magiſtrat kei-

nen

nen weiteren Vorwand habe: warum er dieſem Reſcript nicht nachgelebet? wolle der Kayſer auf das neue und nachdrücklichſte anbefehlen, alle Oerter, wo ſonſten der Reichs-Tag ſeine Verſammlung zu halten pflegen, ohne Ausnahm zu verſchlieſſen ꝛc. Welches dann auch der Magiſtrat dieſen Geſandtſchafften angedeutet und befolget.

Es ſollen aber, einigen Berichten nach, dieſe Geſandten nachhero dannoch in dem Dominicaner-Cloſter fortgeſezet haben.

§. 7.

Principal-Commiſſarius in Gegenwart des Kayſers.

Der Kayſer ernannte den Fürſten von Fürſtenberg-Stühlingen, welcher auch unter Kayſer Carl VI. dieſen Poſten bekleidet hatte, wiederum zum Kayſerlichen principal-Commiſſario, da doch ſonſten, wann und ſo lange ein Kayſer ſich perſönlich auf dem Reichs-Tag befande, nicht üblich ware, einen Kayſerlichen principal-Commiſſarium zu beſtellen.

§. 8.

Eröffnung des Reichs-Tags.

Nachdeme ſich nun nach und nach mehrere Geſandtſchafften zu Franckfurt eingefunden, wurde den 10. Maj. zum erſtenmal zur Reichs-Dictatur angeſagt.

Anfangs wollte man zwar den Reichs-Tag

Tag in Gegenwart des Kayſers eigener Perſon eröffnen, weil aber unter denen Ständen bey ſolcher Gelegenheit viele noch unausgemachte Strittigkeiten vorgekommen wären, welche nur Verdruß und in der Haupt-Sache Verhinderung verurſacht hätten, als ſtunde man davon ab und die Geſandten fuhren den 21. Maj. erſtmals, wie ordentlicher Weiſe allezeit geſchiehet, nur mit 2. Pferden auf das Rathhaus, bewillkommten einander auf dem Re- und Correlations-Saal, und die Fürſtliche giengen darauf in ihr Collegium.

§. 9.

Die Fränckiſch-Schwäbiſch- und Weſtphäliſche Grafen-Collegia beſezten ihre Geſandtſchafften auch wieder, welches ſie ſchon lang wegen einiger mit denen Chur- und alt-Fürſtlichen Geſandten habenden Ceremoniel-Strittigkeiten unterlaſſen hatten. Eine davon ware dieſe, daß beſagte Chur- und alt-Fürſtliche Geſandten denen Gräflichen, auf deren Notification ihrer Legitimation, das Rück-Compliment nicht durch den Legations-Secretarium, ſondern nur durch einen Cancelliſten, machen lieſſen. Für dieſesmal nun ſchickten

Gräfliche Geſandſchafften.

drey

drey Alt-Fürſtliche den Secretarium und die übrige den Cancelliſten.

§. 10.

Acta des Reichs-Stättiſchen Collegii.

Bey dem Reichs-Stättiſchen Collegio hat dieſe Translocation auch verſchiedene Zufälle verurſachet.

Weil die Reichs-Statt, darinnen der Reichs-Convent gehalten wird, allemal das Directorium in dem Reichs-Stättiſchen Collegio führet, ſo traffe es alſo vor jetzo die Statt Franckfurt, welche auch zu deſſen Beſorgung vier ihrer Raths-Verwandten ernannte.

Und da ſonſten die Reichs-Stätte ihre Vota ſchon lange Jahre alle durch Regenſpurgiſche Rathsherrn und Syndicos haben vertretten laſſen, ſo ſeynd zwar viele bey dieſem Modo verblieben und haben ſolche Vertrettere, gleich denen übrigen Geſandten, ſich zu dieſem Ende von Regenſpurg nach Franckfurt begeben; andere Reichs-Stätte hingegen haben ſich anderer Subjectorum bedienet, worüber es aber einige Stritigkeiten gegeben hat. Dann die Statt Cölln truge ihr Votum einem Reichs-Hof-Raths-Agenten auf, wogegen das Reichs-Stättiſche Collegium ein Schreiben an den Magiſtrat zu Cölln

Cölln ergehen lieſſe und ihne erſuchte, beſagtes Votum jemand zu committiren, der in keinen, als Reichs-Stättiſchen Pflichten, ſtünde. Es wurde auch dem Kayſer und Chur-Maynz Nachricht davon gegeben und ſolle des Collegii Meinung allda Beyfall gefunden haben, wie dann auch endlich der Magiſtrat zu Cölln ſeine Conduite änderte.

Von der gemiſchten Reichs-Statt Kauffbeuren aber præſentirten ſich zwey Bevollmächtigte, der Ulmiſche mit einer Vollmacht von dem Evangeliſchen Theil und der Statt Augſpurgiſche von dem Catholiſchen Theil. Die übrige Reichs-Stättiſche Deputirte aber referirten darüber an ihre Principalen und wollten deren Inſtruction erwarten, zumalen da verſchiedene Pro- und Reproteſtationes ad Protocollum kamen.

§. 11.

Endlich ſo ſuchte ein Comitial-Geſandter dadurch einen actum poſſeſſorium der denen Reichs-Ständiſchen Geſandten auch in des Kayſers Gegenwart zuſtehenden Jurisdiction auszuüben, daß er zwey ſeiner Laquayen, welche ihren Abſchied gefordert, aber nicht erhalten können,

Beſondere Jurisdictions-Actus eines Geſandten.

nen, darauf die Livrée zurückgelaſſen und aus dem Dienſt getretten, reſp. von ihrer benachbarten Landes-Herrſchafft reclamirt, mit Mousquetiers dem Magiſtrat zu Franckfurt einlieferen und, auf ſeine Requiſition, ihnen auf öffentlichen Plaz bey der Haupt-Wache durch 2. Corporals von der Statt-Garde 50. Prügel geben laſſen.

Fünf und zwanzigſtes Capitel.

Von dem Kayſerlichen Reichs-Hof-Rath.

§. VII.

Kayſerl. Decret wegen Examinirung ꝛc. der Reichs-Hof-Räthe.

NAchdeme ihro Kayſerliche Maj. den Reichs-Hof-Rath bereits m. Febr. zu Franckfurt am Mayn, als dero Interims-Reſidenz, eröffnen laſſen, ergienge den 15. Jun. ein Kayſerliches Decret an denſelbigen des Innhalts: Nachdeme dem Kayſer der Vortrag geſchehen ſeye, daß für ein ſehr dienlich- und hinreichendes Mittel ſcheinen wolle, um den Reichs-Hof-Rath mit tüchtigen, wohlqualificirten und fähigen Subjectis zu beſetzen, wann verordnet würde, daß fürohin keiner der neu-angehenden Reichs-Hof-Räthe im Collegio, ſo wohl auf der Herrn- als Gelehrten-

ten-Banck introducirt und ad Seſſionem gelaſſen werde, er ſeye dann zuvor von einigen Deputatis Collegii examinirt, auch, aus der von ihme abgelegten Prob-Relation, in ſelbigem die zu einem Reichs-Hof-Rath erforderliche Eigenſchafften in der That befunden worden, geſtalten nicht allein eine ſo heilſame Verordnung ohnfehlbar die Würckung haben werde, daß von vielen, denen es doch theils an hinlänglichen Qualitäten und Fleiß, theils auch an behörigem Alter und Erfahrenheit ermangle, dergleichen Stellen nicht einmal affectirt, noch weniger Kayſerliche Majeſtät mit ſo öfftern Recommendationen behelliget, ſondern ihro zum höchſten Ruhm gereichen und dieſem höchſten Reichs-Gericht ein ſo mehreres Vertrauen zubringen würde, ſo ferne in dieſem Stück auf der Reichs-Hof-Raths-Ordnung Tit. 1. §. 3. u. der Kayſerl. Wahlcapitulation Art. 24. §. 2. ohnabbrüchig und auf das genaueſte gehalten und hievon keineswegs abgewichen werden wollte; zu geſchweigen, daß dadurch dem ſo offt wiederhohlten innſtändigen Verlangen der Chur-Fürſten und Stände des Reichs ein Genügen geſchehe, damit die über vorgebliche Juſtitz-Mängel an-

gebrachte Beſchwerden in ſo weit und dieſes Puncts halber abhelffliche Maaß erhalten hätten: Als haben ihro Kayſerliche Maj. befohlen, daß ins künfftige in das Reichs-Hof-Raths-Collegium ſo wohl auf die Herrn-als Gelehrten-Banck keiner, wer der auch immer ſeyn möge, ohne alle Ausnahm und wann er auch ſchon vorhin in ſonſtigen Dicaſteriis oder Juriſtiſchen Facultäten geſtanden, zur Seſſion würcklich aufgenommen und introduciret werden ſolle, im Fall er nicht zuvor, nach Ausweis der vorangezogenen Reichs-Hof-Raths-Ordnung und der Kayſerlichen Wahl-Capitulation, ſich dem gehörigen Examini unterworffen und daraufhin die Probe-Relation in pleno abgelegt, ſo fort dem Kayſer, daß er ſolcher Stelle fähig, geſchickt und gewachſen, auch mit allen erforderlichen Qualitäten verſehen, mithin pro receptibili zu halten ſeye, das pflichtmäßige Gutachten erſtattet worden.

Sechs und zwanzigſtes Capitel.

Von dem Kayſerlichen und Reichs-Cammer-Gericht.

§. I.

Wechſel-Schrifften wegen Præ-

WEgen des Rechts, Nahmens des Schwäbiſchen Crayſes einen Cammer-

mer-Gerichts-Aſſeſſorem præſentiren zu dörffen, ſeynd drey Wechſel-Schrifften zwiſchen denen Fürſtlichen Häuſern Würtemberg und Baaden zum Vorſchein gekommen, welche nicht nur dieſe Materie gar ſehr erläutern, ſondern auch in allerley anderen Crayß-Sachen gute Nachrichten ertheilen, folglich allerdings verdienen, allhier bekannter gemacht und der Poſterität aufbehalten zu werden; damit aber dieſe Materie nicht alzuviel Platz wegnehme, will ich in dem Anhang zu dieſem Capitel nur die beede erſte beybringen und die dritte auf die Hiſtorie des folgenden Jahres verſpahren.

sentation eines Schwäbiſchen Crayß-Aſſeſſoris.

§. 2.

Den 30. Jul. kame ein Kayſerliches Commißions-Decret zur Dictatur, des Innhalts: Dem Kayſer ſeye erinnerlich, was geſtalten er in ſeiner Wahl-Capitulation Art. 17. wegen Viſitation des Cammer-Gerichts zugeſagt und erkläret hätte, von der darinn enthaltenen auf den jüngeren Reichs-Abſchied gegründeten Proviſional-Vorſehung durch ein Kayſerliches Commißions-Decret dem geſammten Reich Nachricht zu ertheilen und: wie hierunter zu des Vaterlandes Beſten weiter fortzufahren ſeye? deſſelben Gutachten allerfor-

Kayſerl. Commißions-Decret wegen Viſitation des Cammer-Gerichts.

derſamſt einzuziehen. Allermaſſen nun der Kayſer zu denen Ständen das Vertrauen ſetze, es werden dieſelbe in bedachtſame Erwägung nehmen, wie hoch und viel dem gemeinen Weſen daran gelegen ſeye, daß dem kundbarlich durch eine angewachſene Menge derer ohnerledigt ruhenden Reviſionen, ſtetshinige Recurſus an die allgemeine Reichs-Verſammlung und unterbleibende Vollſtreckungen derer ausgeſprochenen und in Rechts-Krafft erwachſenen Urtheilen, in mercklichen Verfall und bedauerliche Zerrüttung gerathenen Juſtitz-Weſen hinwieder aufgeholffen, ſo mit der geheiligten Gerechtigkeit dereinſtens der richtige, ſchleunige und ſtarcke Lauff befördert und hierdurch ſo vielen Menſchen der Troſt, wornach ſo lange Zeit geſeufzet worden, zugewendet werde: Und dann, dieſen ſo heilſamen Endzweck zu erreichen, wohl das fürträglichſte zu ſeyn ſcheine, wann denen in gemein-bündigen Reichs-Geſetzen und bevorab dem jüngeren Reichs-Abſchied vorgeſchriebenen Maaß-Regeln nach und mit erforderlicher deren ernſtwürcklicher Vollziehung zu Werck gegangen werde: Als habe der Kayſer, dem geſammten Reich, aus einer zu deſſen erſprießlichen Aufnehmen hegenden treueſten

Vor-

Vorſorge und Wohlmeinung die ohnein-ſtellige Eröfnung zu thun länger nicht anſtehen wollen und ſeye der billigen Zuverſicht, die Stände werden dieſe wichtige allgemeine Reichs-Angelegenheit wohl zu Gemüthe faſſen und hierinnen zu einer dem geſammten Publico beförderlichen weſentlichen Mitwürckung um ſo geneigt und bereitwilliger ſich durchgehends erfinden laſſen, je offenkündiger es wäre, daß hiebey mit dem darob dem gemeinen Weſen zuflieſſenden Nutzen eines jeden beſonderes Wohl und Heyl vereinbaret ſeye, anforderiſt aber dahin gedencken, daß, in Betracht derer noch immerhin fürwaltender Umſtände, (wo die ordinari-Reichs-Deputationes noch nicht hergeſtellet, noch weniger auch die ſonſt gewöhnliche Viſitationes und Reviſiones des Kayſerl. Cammer-Gerichts in Gang und Ordnung gebracht worden,) in allwege der Sachen Nothdurfft ſeyn wolle, zu einem anderen in Conſtitutionibus Imperii begründeten hinreichenden Mittel, als nemlich einer extraordinari-Reichs-Deputation ſich zu wenden und disfalls, nach Anleitung des vorangezogenen Reichs-Abſchieds vom Jahr 1654. in der darinn enthaltenen Maaß, dergeſtalten fürzuſchreiten,

daß, nebſt denen Kayſerlichen Commiſſarien, die, Innhalts mehrberührten Reichs-Abſchieds und der demſelben beygefügten erſten Claß, die zu ſothaner extraordinari-Reichs-Deputation verordnete Stände auf den 1. Sept. lauffenden Jahres, (daſern es anderſt nach der Bewandtniß jetziger Zeit-Läuften immer thunlich wäre,) bey dem Kayſerl. Cammer-Gericht durch ihre dahin abſchickende Räthe ſich einfinden und darzu durch Chur-Mayntz, als des Reichs Ertz-Cantzlern, in Zeiten beſchrieben, forthin dieſe in 4. Senatus abgetheilt und derſelben jedem ſeine beſondere Verrichtung angewieſen werden könnte. In Verfolg deſſen verlangte der Kayſer, zur gemeinſamen Schluß-Faſſung ſchleunigſt zu beförderen und in Balden Ihro ein hierinnen abgeſchloſſenes Reichs-Gutachten zu erſtatten: wie und auf welche thunliche Art dieſes aller Heyl und Nutzen berührende wichtige Geſchäfft anzugehen, auch mit gewühriger Frucht und geſegnetem Fortgang zu führen? ſo mithin hierunter das mit des Gerechtigkeit liebenden GOttes gedeylichen Seegen und Beyſtand erwünſchliche Ziel nicht zu verfehlen ſeyn möchte und ob ſolchemnach nicht rathſam ſeye, daß unter anderem auch, we-

wegen Menge derer allem Vermuthen nach vorfallenden überhäuften Verrichtungen und Beobachtung einer durchgängigen Gleichheit, jede derer fünf Claſſen ohne Unterſcheid ein Jahr lang in ſothaner Deputations-Bürde zu beſtehen, 2tens auch: wie viel Räthe eigentlich jeder Deputatus zu ordnen und zu ſchicken habe? 3tens ſo dann: was, in dem Fall ein oder anderer derer Deputirten Reichs-Ständen ſich deme nicht fügen und ſäumig erſcheinen ſollte, wegen deſſen Beſtraffung und Erſetzung derer ausbleibenden Stellen mit Nachdruck fürzukehren? und endlich 4tens: mit welcher Inſtruction die Viſitatores zu ihrer Bemeſſung und Betrag, nicht weniger auch zu höchſtnöthiger Abſtellung alles beſchwerlich- und koſtſpiltigen Aufwands in überflüßigem Pracht, auch Gaſtereyen und Geſellſchafften, zu verſehen ſeye?

§. 3.

Gleichwie es aber ein altes Sprüchwort iſt: Inter Arma ſilent Leges; ſo gienge es auch mit dieſer Sache und ſie kame auf dem Reichs-Tag nicht einmal nur in Bewegung, vielweniger zur Uberlegung und einem würcklichen Schluß. Erfolg.

Anhang zum vierzehenden Capitel.

Num. I.

Kurtz gefaſte und gründliche

INFORMATION

Von des

ohnmittelbaren Reichs-Gräflichen

Geſchlechts von Schlitz,

genannt von Görtz,

uhralten

Reichs-Herren-Stande,

und deſſelben

ohnmittelbaren Reichs-Graf- und Herrſchafften.

§. 1.

Gleichwie aus dem bey denen Hochfürſtlichen hohen Dom-Stifftern zu Bamberg und Würtzburg beſchwornen und agnoſcirten Gräflich-Schlitziſchen Stamm-Baum, und aus des Brouweri Antiquitatibus Fuldenſibus; ingleichen aus des Schannats bewährten Hiſtoria Fuldenſi, wie nicht weniger aus des Winckelmanns Heßiſchen Chronick, und dem Hermanno Kirchero zur Genüge erhellet, daß des Gräflichen Haußes Schlitz, genannt von Görtz, Herren Vorfahren ſchon in dem achten Seculo in Teutſchland bekandt, und als 812. von dem Herrn Ertz-Biſchoffen zu Mayntz Rigolpho die Stadt-Kirche zu Schlitz der Heiligen Margarethen zu Ehren eingeweyhet worden, das Land Schlitz von denenſelben frey und ohnmittelbar beſeſſen und regieret worden, alſo haben dieſe auch davon den Geſchlechts-

ſchlechts-Nahmen von Schliteſe oder von Schlitz, genannt von Görtz, angenommen, in ihrem Wappen nichts als Schieß-Scharten geführet, und ſich von undencklichen Zeiten her untereinander als gemeine Burg-Herren, ſonſten Görtziſche Burg-Männer genannt, und Gan-Erben gegen alle feindliche Anfälle zu beſchützen und zu vertheidigen verbindlich gemacht.

§. 2.

Dieſes uhralte Geſchlecht derer Herren Gan-Erben von Schlitz, genannt von Görtz, hat ſich ehemahls in verſchiedene Familien vertheilet, davon die erſte und Stamm-Familie von Schlitz, genannt von Görtz, die andere von Schlitz, genannt von Blanckenwald, die dritte von Schlitz, genannt von Steinau, die vierte von Schlitz, genannt von Hulſilſtein, und die fünfte genannt von Hohenberg, berühmt, und auſſer dem ohnmittelbaren Land Schlitz und Reichs-Grafſchaft Görtz, noch mit vielen andern hin und wieder gelegenen Herrſchaften und Güthern anſäßig geweſen; Es iſt aber von denen letzteren vier Görtziſchen Linien niemand mehr übrig, als die Familie von Schlitz, genannt von Görtz, welche ihren ohnmittelbaren Reichs-Freyen Herrn-Stand von Jahr-Hundert zu Jahr-Hundert bis auf dieſe Stunde fortgeführet, und davon Berthous I. von Schlitz 1133. Fürſt und Abt zu Fuld worden, und dem Hochfürſtlichen Stift Fulda groſſe Prærogativen zuwege gebracht hat; Anno 1726. aber iſt Friedrich Wilhelm, Freyherr von Schlitz, genannt von Görtz, Königlich-Groß-Brittanniſcher und Churfürſtlich-Braunſchweig-Lüneburgiſcher Geheimer Rath, auch Cammer- und Kriegs-Raths-Præſident, aus eigener allerhöchſten Kayſerlichen Bewegung, in Anſehung ſeines uhralten Freyherrlichen Standes, und wegen vieler Verdienſte in des Heiligen Römiſchen Reichs Grafen-Stand erhoben worden.

§. 3.

Weil die Herren Gan-Erben von Schlitz, genannt von Görtz, einem Churfürſten, Fürſten und Stand des Reichs weder vor ihre Perſon, noch mit ihren beſitzenden Görtziſchen Reichs-Graf- und Herrſchafften niemahls unterworffen geweſen, ſo haben dieſelbe auch darüber frey diſponiret, und davon reichliche Kirchen-Vermächtnüſſe gemacht. Gerlachus von Schlitz, ein Sohn des Ermenoldi von Schlitz, genannt von Görtz, ſchenckte 1128. zu dem in dem Hochfürſtlich-Fuldiſchen Cloſter ſich befindlichen Altar des Heiligen Bonifacii ein Land-Guth in Sulmana, gleichergeſtalt auch Herrmann von Schlitz, genannt von Blanckenwald, 1265. und 1269. und deſſen Sohn Simon von Schlitz 1284. zu der Hochfürſtlich-Fuldiſchen Probſtey Blanckenau viele Güther verſchaffet haben. Simon Ludwig, und Johann von Schlitz, genannt von Görtz, Gan-Erben und Vettern, wurden 1483. auf das neue eines Burg-Friedens einig, und gelobeten unter ſich einer des andern ſeinen Leib und Guth zu ſchützen und zu ſchirmen, den unter ihnen entſtandenen Zwietracht und Gebrechen entweder in der Güte zu vertragen, oder durch erkohrne Schieds-Richter, welche ſie ausdrücklich benannt haben, entſcheiden, und keinen Herrn durch Lieb oder durch Leid in ihr Schloß Schlitz zu laſſen, daß ſie ihm mit ihrem Schloß dieneten, ſondern ihr Schloß mit Wächtern, Thorhütern, Arm-Brüſten, geſtickten Pfeilen, item mit Hand-Büchſen, Pulver, Bley, auch zu Friedens- und Kriegs-Zeiten mit ehrbaren, wehrhaften, und gewafneten Männern zu verſehen und zubeſetzen, und das gemeine Geld zu Bauung des Schloßes anzuwenden. Dieſer Burg-Friede iſt nicht allein 1591. und 1599. erneuert, und 1634. vom Kayſer Ferdinando II. beſtättiget, ſondern auch 1711. abermahls vermehret, dabey das Jus Primogenituræ unter denen Herren

ren Gan-Erben eingeführet, von denenſelben beſchworen, und endlich 1724. von ihro Römiſch-Kayſerlichen Majeſtät Carolo VI. Glorioſiſſimæ Memoriæ, allergnädigſt confirmiret worden. vid. *Num. 1. & 2.*

§. 4.

Diejenige Prædicata, welche in denen älteren Zeiten Graffen und Herren beygeleget worden, haben die Herren Gan-Erben von Schlitz, genannt von Görtz, ebenfals geführet, und von Fürſten und Kayſern erhalten. Dem Gerlacho von Schlitz wird in dem 1265. errichteten Donations-Brief das Prædicat Viri Nobilis ertheilet; und auf dem zu eben dieſer Zeit in der Haupt-Kirche zu Fulda errichteten Epitaphio Simonis von Schlitz des Layen, befindet ſich der Titul Viri Illuſtris. Kayſer Ludovicus Bavarus hat in Literis Conventionis cum Eberhardo Abbate Fuldenſi ſuper adipiſcendo Imperio initæ de Anno 1314. den Simon von Schlitz, genannt von Blanckenwald, Virum Nobilem betitult, und denſelben pro bene meritis & navatis Operis ſuper Imperio adipiſcendo eine Verehrung von 200. Marck. Silbers beygeleget. Herr Landgraf Heinrich zu Heſſen hat 1353. die beyden Brüder Simon und Heinrichen von Schlitz Viros eximios benennet, und zu Erb-Burgmännern in Alßfeld aufgenommen.

§. 5.

Die Herrn Gan-Erben von Schlitz, genannt von Görtz, haben mit Churfürſten, Fürſten, Graffen und Herren Bündnüſſe errichtet, und ſo wohl unter ſich als mit andern Fürſten und Herrn Kriege geführet, und Frieden geſchloſſen. Als Anno 1324. Heinrich und Simon von Schlitz, genannt von Görtz, mit dem Simon von Schlitz, genannt von Steinau, über ihre Mann-Lehen und andere Brüche zu Streit gekommen, haben ſich dieſelbe

Schieds-

Schieds-Richter erkohren und vertragen laſſen; wie dann das Hochgräfliche Hauß Yſenburg in verſchiedenen Strittigkeiten derer Görtziſchen Gan-Erben Schieds-Richter geweſen iſt. In dem Jahr 1380. machten Hermann Landgraf zu Heſſen, Henrich Graff und Herr zu Henneberg, und die Herren von Schlitz wider Conraden, Abten zu Fulde, eine Vereinigung, bekriegten denſelben, und ſchloſſen auch in gedachtem Jahr wiederum Friede. Zu Anfange des 15ten Seculi errichtete der Ertz-Biſchoff Conradus III. zu Mayntz, wie mit vielen andern Magnaten, alſo auch mit Simon von Schlitz, genannt von Görtz, und dem Graffen Adolff von Wilnow, welcher die Margaretham von Schlitz zur Gemahlin gehabt, einen Bund; Gleicher geſtalt hat Churfürſt Adolph zu Mayntz 1461. mit Hertzog Ludwigen von Bayern, Alberto Marggraff zu Brandenburg, Carolo Marggraffen zu Baaden, Johanne Biſchoffen zu Metz, Ulrichen Graffen zu Würtenberg, und mit denen Herren von Schlitz, genannt von Görtz, wider Diethern Churfürſten zu Mayntz ein Bündnüß geſchloſſen, und da den 27. Octobris 1462. von Churfürſt Adolph die Stadt Mayntz erſtiegen, und eingenommen worden, ſo iſt Stammon oder Conſtantin von Schlitz, genannt von Görtz, der erſte mit der Fahn auf der Mauer geweſen. Nachdem Simon und Ludwig von Schlitz durch Hülffe des Herrn Abtens Johann zu Fulda dem Johann von Schlitz ſein Schloß und Thurn abgenommen hatten, ſo überzog gedachter Johann von Schlitz den Abt und das Stifft Fulda mit Krieg, biß endlich der Herr Landgraff zu Heſſen Wilhelm der Mitlere 1493. die entſtandene Mißhelligkeiten verglichen. Biſchoff Gerhard zu Würtzburg machte 1526. mit ſeinen Vettern Henrichen und Wernern Gan-Erben von Schlitz, genannt von Görtz, wider die in Buchen habende Feinde eine Convention

vention und Subſidien-Tractat, und bekriegte dieſelben. Zur Zeit des 30. Jährigen Kriegs ſind die Herren Gan-Erben von Schlitz, genannt von Görtz, ebenfals befehdet worden, es haben aber dieſelbe ſich ſo wohl durch eigene als anderer Reichs-Fürſten und Stände Hülffe bey ihrer Poſſeſſion und Landes-Herrlichen Hoheit in Sacris & Prophanis manuteniret, welche Defenſion, laut des den $\frac{3}{13}$ Junii 1651. ergangenen Reichs-Commiſſions-Beſcheids vor rechtmäßig erkannt und beſtättiget worden iſt.

§. 6.

Das von denen Görtziſchen Herren Gan-Erben beſitzende Land wird bald das Schlitzer, bald auch das Görtziſche Land genennet; ſelbiges lieget zwiſchen der Fürſtlichen Abtey Fulda und dem Landgraffthum Heſſen, in einem geſchloſſenen Bezirck beyſammen, und beſtehet nicht allein aus Fünff Gräfflichen Burggen, welche die Vörder-Hinter-Schachten-Otten- und Halleburg genennet werden, und davon die erſtern Vier innerhalb der Mauer Stadt Schlitz begriffen ſind, die letztere aber auſſerhalb der Stadt an dem Fluß Schlitz gebauet iſt, ſondern auch aus der Anno 812. ſchon im Stande geweſenen und nunmehro über 500. Bürger angewachſenen Stadt Schlitz, dann aus denen Gerichtern Hutzdorff, Pfordt, Bernts-hauſen, und endlich aus denen beyden ohnmittelbaren Reichs-Herrſchafften Wegfurth und Rechberg. Auf dieſen ohnmittelbaren Reichs-Graff- und Herrſchafften haben die Görtziſche Herren Gan-Erben von undencklichen Zeiten her alle Landes-Herrliche Hoheit und Gerechtſame, omnimodæ Jurisdictionis, extruendæ & muniendæ Arcis, Præſidii, conducendi Milites, Fœderis, Belli & Pacis, Juris Epiſcopalis, Collectarum, Auſtrægarum, una cum Jure Primogenituræ & reliqua wohlhergebracht; ſolche durch die in Annis 1483. 1591. 1599. und 1711.

errich-

errichtete und vermehrte Burg-Frieden und Pacta Familiæ befeſtiget, und 1634. von Kayſer Ferdinando II. wie auch 1724. von Kayſers Caroli IV. Majeſtät Glorreicheſter Gedächtnüß bekräfftiget erhalten, und auf den dermahligen alleinigen Gräfflichen Herrn Beſitzer, Herrn Johann, des Heiligen Römiſchen Reichs Graffen von Schlitz, genannt von Görtz, alſo ruhiglich transferiret, daß weder Churfürſt, Fürſt noch Stand des Reichs einigen Anſpruch machet; und ſo wohl in Auguſtiſſimo Judicio Imperiali Aulico, als in Auguſtiſſima Camera notorium iſt, wie von denen Gräfflich-Görtziſchen Erkänntnüſſen und Rechts-Sprüchen ohnmittelbar an die Höchſte Reichs-Gerichter appelliret werde. vid. Adjunct. ſub *Num.* 3.

§. 7.

Aus der Ordnung des Regiments zu Augſpurg de Anno 1500. und aus der Ordnung des Regiments zu Worms de Anno 1521; ingleichen aus der Erklärung des Land-Friedens zu Nürnberg de Anno 1522. erhellet, daß nicht allein das Hochfürſtliche Stifft Fulda, und das Landgraffthum Heſſen, ſondern auch die Prælaten, Graffen und Herren der Ort gelegen oder geſeſſen, zum Vierten Reichs- oder Rheiniſchen Creyß geſchlagen worden. Nun iſt es eine Reichs-kündige Sache, daß das Gräfflich-Görtziſche Land zwiſchen der Fürſtlichen Abtey Fulda und dem Landgraffthum Heſſen gelegen iſt, folglich gehöret ſolches als eine ohnmittelbare Reichs-Graff- und Herrſchafft zu dem Vierten Reichs- oder Hochlöblichen Ober-Rheiniſchen Creyß. Und nachdem auf dem Reichs-Tag zu Worms de Anno 1521. hauptſächlich berathſchlaget, wie das, was von dem Reich abkommen, wiederum dazu gezogen, und allerſeits Churfürſten, Fürſten, Prælaten, Graffen und Herren, und derer Reichs-Städte Lande in einen

richtigen Anſchlag und Verzeichnüß gebracht würden; So iſt auch damahls die noch biß die Stunde vor richtig gehaltene Reichs-Matricul gefertiget, die Graffſchafft Görtz als ein ohnmittelbares, und zu Reichs-Anlagen mit verbundenes Land, darinnen eingetragen, die Görtziſche Herren Gan-Erben zum Reichs-Stand aufgenommen, und von ſelbiger Zeit an beſtändig fort zu denen allgemeinen Reichs-Anlagen, zu Einquartierungen, Fourage-Geldern, und andern Reichs-Beſchwehrden mit gezogen worden; wie der mit dem Hochfürſtlichen Stifft Fulda in Anno 1656. errichtete Vergleich zum Uberfluß bewähret; und anher appliciret werden muß, was in dem Reichs-Abſchied zu Augſpurg de Anno 1548. §. Hätte aber ꝛc. heilſamlich verordnet iſt, daß, wann ein Stand dem Heiligen Römiſchen Reich ein, zwey, oder mehrmahl geſteuert hätte, das Heilige Reich in quaſi Poſſeſſione ſeyn, und ſolcher Stand ungeweigert ſteuern ſolle.

§. 8.

Zwar möchte dagegen eingewendet werden, daß die in der Reichs-Matricul de Anno 1521. benannte Graffſchafft Görtz nicht derer Görtziſchen Herren Gan-Erben ihr Land ſeye, ſondern es wäre die in Inner-Oeſterreich gelegene Graffſchafft Görtz darunter zu verſtehen; Allein dieſer Anſtand wird damit klar widerleget: (1.) Iſt aus der Hiſtorie bekannt, bezeuget es auch der Reichs-Abſchied zu Worms de Anno 1521. daß Kayſer Carl der Fünffte ſich ſchon Graff zu Görtz geſchrieben, und in ſeinem Titul die Graffſchafft Görtz andern gefürſteten Graff-Pfaltzgraff-Landgraff-Marggraffſchafften, und denen Reichs-Fürſten Tituln vorgeſetzet habe; mithin iſt die in Inner-Oeſterreich gelegene Graffſchafft Görtz in Anno 1521. ſchon eine gefürſtete und dem Ertz-Hertzoglichen

Hauſſe

Hauſſe Oeſterreich zuſtändige Graffſchafft geweſen, und hat alſo in der Reichs-Matricul nicht unter die Graffen und Herren geſetzet werden können. (2.) Ergiebet die Reichs-Matricul de Anno 1521. daß das Durchlauchtigſte Ertz-Hauß Oeſterreich unter denen Weltlichen Fürſten bereits angeſetzet worden, und damahls ſchon alle Oeſterreichiſche incorporirte Lande, worunter die gefürſtete Graffſchafft Görtz in Inner-Oeſterreich mit begriffen geweſen, vertretten hat, wie die Erklärung des Land-Friedens de Anno 1522. Tit. Hernach folgen die zehen Crayſſe ꝛc. des mehrern beweiſet; Dahero hat dieſe gefürſtete Graffſchafft Görtz nicht noch einmahl, und alſo doppelt, ja dem Fürſtlichen Range zuwider immatriculiret werden mögen; Wie dann (3.) der in der gedachten Reichs-Matricul obſervirte Rang und Ordnung derer Churfürſten, Ertz-Biſchöffe, Biſchöffe, Weltlicher Fürſten, Prælaten, Graffen und Herren klare Maaß giebet, daß die unter denen Graffen und Herren geſetzte Graffſchafft Görtz niemanden andern, als einem Graffen oder Herrn zuſtehen müſſe; und damit derer Görtziſchen Herrn Gan-Erben ihr Land, welches auch insgemein das Görtzer Land genennet worden, und ſonſten im Reich eine andere Graffſchafft Görtz nicht iſt, gemeynet ſey; Allermaſſen ohne diß (4.) in Comitiis Wormatienſibus ſehr ſorgfältig auf die ohnweit Schlitz gelegene Burg Friedberg; item Gelnhauſen, ja ſo gar auf die Ritterſchafftliche Lehen reflectiret worden, daß ſelbige zu denen Reichs-Collecten mitgezogen werden ſollen, alſo iſt wohl gar natürlich, daß die zwiſchen der Fürſtlichen Abtey Fulda, und dem Landgraffthum Heſſen liegende und einen ziemlichen weitläufftigen Diſtrict außmachende Görtziſche Gan-Erbſchafft und Graffſchafft nicht werde vergeſſen worden ſeyn. Indem (5.) die Görtziſche Herren Gan-Erben zur ſelbigen Zeit bekandt genug geweſen ſind, und derohalben ſo wohl

vor

vor als eben zu der Zeit, als die Reichs-Matricul in Comitiis Wormatienſibus verfertiget worden, auch nach dieſem von Reichs wegen wie an alle gemeine Gan-Erben Schlöſſer, alſo auch an die Görtziſche Herren Gan-Erben, wegen gemachter Declaration von Handhab- und Vollziehung des Land-Friedens geſchrieben worden iſt; wie die Erklärung des Land-Friedens zu Augſpurg de Anno 1500. Tit. Wider der Gan-Erben Schloß ꝛc. dann ferner Ordnung des Land-Friedens zu Worms de Anno 1521. Tit. Wider der Gan-Erben Schloß ꝛc. weiter Erklärung des Land-Friedens zu Nürnberg de Anno 1522. Tit. Dem Lehen-Herrn, auch andern ꝛc. und endlich Land-Frieden zu Augſpurg 1548. Tit. Wider der Gan-Erben Schloß ꝛc. mit mehrerem beſagen.

§. 9.

Zu dieſem allen kommt hinzu, was auf dem Reichs-Tag zu Augſpurg de Anno 1548. §. Wiewohl auch in der Ringerungs-Handlung ꝛc. außtrücklich ſtatuiret iſt, daß diejenige Graffen und Herren, ſo im Heiligen Reich begüthert, oder anderer Fürſten Subditi immediate nicht wären, nach ziemlichen Dingen, gleich andern, mit des Reichs Anſchlägen beleget, und die Creyſſe, unter denen ſolche Graffen und Herren geſeſſen, ihnen gewiſſe Anſchläge machen, dem Churfürſten und Ertz-Biſchoffen zu Mayntz als Ertz-Cantzlarn zugeſendet, und in des Reichs Regiſter der Anſchläge fürter verzeichnet werden ſollen, welche Reichs-Conſtitution durch die nach her gefolgte und neuere Reichs-Satzungen allezeit beſtättiget worden iſt. Weil dann die Görtziſche Herren Gan-Erben einem Fürſten des Reichs niemahls unterworffen, ſondern notoriè mit denen ohnmittelbaren Reichs-Gan-Erb-Schlöſſern und Reichs-Graffſchafft Görtz anſäßig geweſen, und in der Reichs-Matricul 1521. vorhin deducirter maſſen noch befindlich

ſeynd, auch zu denen Reichs-Anlagen von Seculis her contribuiret haben, ſo müſſen dieſelbe billiger Dingen dabey gelaſſen, und wann die Ergäntzung derer Reichs-Crayſſe ſtatt findet, von Reichs wegen dabey geſchützet werden.

§. 10.

Es iſt zwar nicht zu läugnen, daß die fünff Gräfflich-Görtziſche Burggen, als die Vörder-Hinter-Hallen-Schachten-und Ottenburg, ſamt der Stadt und Gerichte Schlitz, wie auch etliche im Gericht Wegfurth und Rechberg gelegene Güther von dem Hochfürſtlichen Stifft Fulda zu Lehen gehen, allein gleichwie dieſer Nexus Feudalis ohne diß ſo beſchaffen iſt, daß ſolche Lehen von GOtt und Rechts wegen, Inhalts derer Lehen-Brieffe ſub *Num. 4.* verliehen werden, und nach denen Rechten eine Unterthänigkeit nicht mit ſich führen, alſo iſt auch dabey ohnwiderſprechlich wahr, daß der übrige Theil des Landes Schlitz derer Gräfflich-und Freyherrlich-Görtziſchen Gan-Erben Eigenthum, und über dieſes in Anno 1656. mit dem Hochfürſtlichen Stifft Fulda verglichen ſeye, daß dieſe Lehenſchafft der Gräfflich-Görtziſchen Immedietät und Territorial Hoheit nicht zum Nachtheil gereiche. Derohalben der dermahlige Gräfflich-Görtziſche Beſitzer des Landes und Graffſchafft Görtz keine andere als die Kayſerliche und des Reichs Hoheit, nach dem Exempel ſeiner Vorfahren, zu erkennen hat, omnimodam Jurisdictionem a Cæſare Majeſtate Anno 1736. & 1740. Sententiis Judicialibus confirmatam, in ſeinem Lande und über ſeine Unterthanen exerciret, von deſſelben Gerichts-und Cantzley-Erkänntnüſſen an die beyde Höchſte Reichs-Gerichte ohnmittelbar provociret und appliciret wird, und davon die noch biß dieſe Stunde ſo wohl in Auguſtiſſimo Judicio Imperiali Aulico, als in Auguſtiſſima Camera hangende Appellations-Proceſſe derer Gräfflich-Görtziſchen Unterthanen zur Genüge bezeugen.

§. 11.

§. II.

Und ob gleich ferner eingewendet werden möchte, daß das Hochfürſtliche Stifft Fulda immerzu die Görtziſche Herren Gan-Erben, wie auch die ſämtliche Buchiſche Reichs-Ritterſchafft wegen ihrer Immedietät, ſonderlich zu Zeiten des entſtandenen 30. Jährigen Kriegs angefochten, und deßhalben die Görtziſche Reichs-Collecten zu dem Hochfürſtlich-Fuldiſchen Reichs-Anſchlag gezogen werden wollen; So haben dannoch die Görtziſche Gan-Erben ihre wohl hergebrachte Landes-Herrliche Gerechtſame allezeit und dermaſſen ſtandhafft vertheidiget, daß dieſelbe ſo wohl vermög Weſtphäliſchen Friedes-Schluſſes und Nürnbergiſchen Executions-Receſſes, als auch vornemlich durch das den $\frac{2}{12}$ Junii 1651. ergangene Reichs-Commiſſions-Urthel, und durch den darauf 1656. mit dem Hochfürſtlichen Stifft Fulda unter Authorität ſeiner Churfürſtlichen Gnaden zu Mayntz errichteten Vergleich bey ihrer Immedietät und Landes-Hoheit gelaſſen, und der Collectations-Punct dahin vermittelt iſt, daß die compaciſcirende Görtziſche Gan-Erben und Reichs-Ritterſchafft in Buchen bey ihrer Poſſeſſion vel quaſi Juris Collectandi auf ihren Unterthanen gelaſſen worden, und nur zu jedesmahliger allgemeiner Reichs-Steuer Bewilligung eine gewiſſe beſtändige Summa von 2000. Fränckiſchen Gulden zu Reichs-Anlagen in gemeine Leg-Stadt nach Franckfurt von der Ritterſchafft in Buchen, bezahlet, und von denen Görtziſchen Gan-Erben 500. fl. dazu contribuiret werden müſſen; welcher Reich-Steuer-Beytrag aber keine Reflexion auf den Fuldiſchen Reichs-Anſchlag haben, noch zum Præjudiz derer Görtziſchen Gan-Erben und der Ritterſchafftlichen Immedietät gereichen ſolle. Womit alſo alle Hochfürſtlich-Fuldiſche Anſprüche auf ewig abgethan, und nicht nur der deßhalben 1656. gemachte Vergleich von ihro Rö-

miſch-Kayſerlichen Majeſtät ratificiret, ſondern auch nach der Zeit mit dem Hochfürſtlichen Stifft Fulda die weitere Vereinigung getroffen, und dieſer vor erwehnte Reichs-Steuer-Beytrag völlig abgemacht und aufgehoben worden.

§. 12.

Wann dann ſolcher geſtalt die Görtziſche Herren Gan-Erben mit dem Hochfürſtlichen Stifft Fulda nicht den geringſten Streit weiter in puncto Immedietatis & Collectarum haben, ſo kommt es nur noch darauff an, ob denenſelben nicht vorgeworffen werden könte: die Görtziſche Gan-Erben hätten ſich dadurch der Reichs-Ritterſchafft in Francken verbindlich gemacht, daß ſie biß daher groſſe Summen zu der Ritter-Truhen geſteuert hätten, und Johann Vollprecht von Schlitz, genannt von Görtz, wäre gar Ritterſchafftlicher Director und Hauptmann geweſen. Allein zu Ablehnung dieſes an ſich unſtatthafften Vorwurffs iſt vor allen Dingen zu wiſſen nöthig, daß die Reichs-Ritterſchafft in Francken von denen ehemahligen mit dem Hochfürſtlichen Stifft Fulda gehabten Zwiſtigkeiten zu profitiren, und dasjenige, nemlich die Unterdrückung derer Görtziſchen Herren Gan-Erben, und aller Buchiſcher Reichs-Ritter zu bewürcken geſucht, welches doch das Hochfürſtliche Stifft Fulda nicht gethan hat. Dann als etliche von der Buchiſchen Reichs-Ritterſchafft wegen einiger mit dem Hochfürſtlichen Stifft Fulda, und zwar erſt zu Anfang des 17ten Seculi entſtandener Verdrießlichkeiten ſich an die Reichs-Ritterſchafft in Francken zu wenden, und deren Beyſtand zu ſuchen vor gut befunden, ſo hat beſagte Fränckiſche Reichs-Ritterſchafft dagegen ſo gleich das Anſinnen an dieſelben gemacht, daß ſie zuförderſt die Reichs-Steuern zu der Fränckiſchen Ritter-Truhen gegen die verſprechende Hülffe einlieffern möchten. Weil aber

die Görtziſche Gan-Erben und die meiſten derer Buchiſchen Reichs-Ritter dieſes Fränckiſch-Ritterſchafftliche Anſinnen noch weit beſchwehrlicher achteten, als die mit dem Hochfürſtlichen Stift Fulda etwa disfalls habende Irrungen, und daher denen Ritterſchafftlichen Zudringlichkeiten ſtandhaft widerſprochen, auch vor weit verträglicher befunden haben, ſich viel lieber mit ſeiner Hochfürſtlichen Gnaden zu Fulda in aufgerichtete Austräge einzulaſſen, als zuzugeben, daß ihnen von der Fränckiſchen Reichs-Ritterſchafft ihre wohlhergebrachte Landes-Herrliche Jura, Immedietät und Freyheiten genommen würden; ſo iſt die Sache damahls ſchon zur Klage gekommen, es hat aber Kayſer Rudolphus II. de 5. Ianuarii 1605. in Sachen nichts anders verordnen können, als daß diejenige Adeliche Mitglieder in Buchen, welche ſich zu dem Einwurff in die Ritterliche Truhen allbereits bequemet hätten, bis zu Austrag Rechtens ihre Reichs-Steuern dahin einlegen, die übrige aber bey dem mit dem Herrn Abten von Fulda aufgerichteten Austrage gelaſſen werden ſolten.

§. 13.

Solchemnach ſahe die Reichs-Ritterſchafft in Francken wohl, daß ſie ihren Endzweck nicht erreichen würde; indem weder die Görtziſche Gan-Erben, noch ſonſten jemand von der Buchiſchen Reichs-Ritterſchafft die Steuern zur Ritter-Truhen lieferten: dahero verfiel dieſelbe auf einen andern Anſchlag, und erklärte ſich 1613. dahin, daß die Ritterſchafft in Francken der Ritterſchafft in Buchen in zutragendem Nothfall mit allem Vermögen, Hülffe, Rath und That beyſpringen, und ſo viel die Reichs- und Türcken-Steuer, wie auch alle andere An- und Auslagen belangte, deswegen nichts gefordert werden, ſondern die Ritterſchafft in Buchen nur zu Unterhaltung des gemeinen Rit-

ter-Raths und zu denen nothwendigen Defenſions-Mitteln ihre Quotam zu dem Ritter-Orth Röhn und Werra erlegen ſolte; allein es iſt auch dieſer Antrag nicht zu Stande kommen; ſintemahl die Görtziſche Gan-Erben und die Ritterſchafft in Buchen bey dem entſtandenen Kriege in Anno 1619. zu Fulda eine beſondere Vereinigung zu Erhaltung ihrer Immedietät und Landes-Herrlichen Gerechtſamen errichteten, und von der Fränckiſchen Ritterſchafft gäntzlich abgegangen ſind; Ja, als die Görtziſche Gan-Erben wahrnahmen, daß bey denen leidigen Kriegs-Troublen auch dieſe Vereinigung zu gemeiner Beſchützung nicht hinlänglich wäre, ſondern von ſelbſten wiederum aufhörete, und indeſſen ſelbige in dem Beſitz ihrer Reichs-Graf- und Herrſchafften beeinträchtiget worden, ſo erneuerten dieſelbe die 1483. 1591. und 1599. unter ſich geſchloſſene Burg-Frieden, wendeten ſich, ohne mit der Reichs-Ritterſchafft einige Gemeinſchafft zu haben, ohnmittelbar an des Kayſers Ferdinandi II. Majeſtät, erhielten Anno 1634. die Confirmation derer Görtziſchen Burg-Frieden und Pactorum Familiæ, und gelangten endlich durch Beyhülffe höchſter Herren Chur- und Fürſten wiederum zu dem Beſitz ihrer ohnmittelbaren Reichs-Graf- und Herrſchafften, und aller wohlhergebrachten Landes-Herrlichen Geiſt- und Weltlicher Gerechtſame, worinnen ſie nachgehends durch den Weſtphäliſchen Friedens-Schluß, durch den Nürnbergiſchen Executions-Receſs, durch das den $\frac{3}{13}$. Jun. 1651. erhaltene Reichs-Commiſsions-Urthel, durch den in Anno 1656 getroffenen Hochfürſtlich-Fuldiſchen Vergleich, durch einen mit denen Gräflich-Görtziſchen Unterthanen Authoritate Cæſarea 1671. errichteten Receſs, und darauf 1692. erfolgten Kayſerlichen Commiſsions-Verlaß, durch den 1711. erneuerten und vermehrten Burg-Frieden, und 1724. darüber erhaltene Kayſerliche Confirmation, und

durch andere allergerechteſte Kayſerliche Erkänntnüße auf ewig beſtättiget worden ſind.

§. 14.

Bey Erwegung aller dieſer wahrhaften Umſtände, daß die Görtziſchen Gan-Erben als ein ſchon 1521. immatriculirter Reichs-Stand zu ihrer eigenen und dero Landes-Conſervation beſondere Pacta Familiæ und Burg-Frieden errichtet, und von Kayſerlicher Majeſtät die Confirmation darüber erhalten haben, auch der auf die Burg-Frieden abgeſchworne leibliche Eyd eigentlich dahin gehet, ſich keinem Herrn zu unterwerffen, oder demſelbigen zu dienen; So ergiebet ſich daraus von ſelbſten, daß ſelbige ſich der Reichs-Ritterſchafft zu ſubmittiren niemahlen vermögend, geſchweige geſinnet geweſen. Indem die Fränckiſche Reichs-Ritterſchafft einige Pacta oder Verbrieffung von einem und dem andern, oder von denen ſämtlichen Görtziſchen Gan-Erben nicht aufweiſen kan, womit dieſe ſich verbindlich gemacht hätten, folglich vermag gedachte Reichs-Ritterſchafft auch einige Rechtsbeſtändige Steuer- und andere Forderung nicht zu machen. Und geſetzten, aber nicht eingeſtandenen Falls, es hätte einer oder der andere derer Görtziſchen Gan-Erben eine Verbindung mit viel beſagter Reichs-Ritterſchafft gemachet, und dahin geſteuert, ſo kan dieſes denen übrigen Görtziſchen Gan-Erben oder denen Nachkömmlingen, welche allezeit in ihrem 18ten Jahr die eigene Görtziſche Erb-Verträge zu beſchwören gehalten ſind, nicht præjudiciren; Weil dieſe vermöge Pactorum Familiæ ex Providentia Majorum ſuccediren, welche Vorfahren mit der Reichs-Ritterſchafft in Francken in keinem Stück verbunden, ſondern lediglich zu Kayſerlicher Majeſtät und des Heiligen Römiſchen Reichs Nothdurfft allein zu ſteuern, und die allerhöchſte Kayſerliche Jurisdiction allein zu erkennen gehalten geweſen ſind.

§. 15.

Es iſt zwar wahr, daß, nachdem im 30jährigen Kriege die Reichs-Ritterſchafft in Francken vieles gelitten, und Reichs-kündiger maßen in großen Verfall kommen, Kayſer Ferdinandus III. ſolche wiederum zuſammen zu bringen allergnädigſt beſorgt geweſen, und dahero von allerhöchſt gedachter Kayſerlichen Majeſtät dem Johann Vollprecht von Schlitz, genannt von Görtz, nicht allein die Obſicht des Ritterſchaftlichen Weſens anbefohlen, ſondern derſelbe auch zu einem Ritter-Hauptmann der Reichs-Ritterſchaft Orths Rhön und Werra, und zu einem Directore der geſamten Fränckiſchen Reichs-Ritterſchafft verordnet worden; Allein ohngeachtet dieſer, ſo viel an ihm geweſen, der Reichs-Ritterſchafft alle nützliche und erſprießliche Dienſte zu erweiſen ſich befliſſen, und vornemlich den mit dem Hochfürſtlichen Stift Fulda in Anno 1656. errichteten Vergleich zuwege gebracht hat; ſo iſt ihm dannoch dafür der ſchlechte Danck gegeben worden, daß ihn die Reichs-Ritterſchafft aufs ärgſte angefeindet, ohne alles Verſchulden, und ohne die geringſte Urſach in Schrifften verunglimpfet, und demſelben das Directorium und die Ritter-Hauptmannſchafft endlich gar wieder abgenommen hat. Woraus alſo abermahls leicht abzunehmen ſtehet, daß die Görtziſche Herren Gan-Erben mit der Reichs-Ritterſchafft in die Vereinigung einer Subjection zu tretten, eine Urſach um ſo weniger gehabt haben, als der dem Johann Vollprecht von Schlitz beſchehene Kayſerliche Auftrag, und die zu Befolgung des allerhöchſten Kayſerlichen Befehls übernommene Direction des Ritter-Weſens eine Verbindlichkeit und Unterwerffung nicht ausweiſen, und dabey abſonderlich in Erwegung zu ziehen verdienet, daß der Anno 1716. erſt zu Nürnberg erſonnene Ritterſchafftliche Dominat oh-

ne diß

nediß der Ritterſchafftlichen Immedietät Schnur gerade entgegen ſtehet. Sintemahl wider alle geſunde Vernunft und Reichs-Geſetze ſtreitet, daß derjenige Immediat, oder dem Römiſchen Reich ohnmittelbar unterworffen seyn ſolle, welcher doch nach der Ritterſchafftlichen Intention einen zeitigen Ritter-Hauptmann und Ritter-Rath vor ſeine erſte Inſtantz erkennen, derſelben ſteuern und gehorſamen ſolle. Aus welcher Urſache die Görtziſche Gan-Erben ſolche anmaßliche Ritterſchaftliche Inſtantz niemahlen agnoſciret haben, und bis anjetzt und noch nicht erkennen, ſondern vielmehr bey einem höchſtpreißlichen Kayſerlichen Reichs-Cammer-Gericht den 31. Octobris 1730. ein Mandatum Pœnale S. C. de non trahendo cauſam in Camera Imperiali pendentem ad aliud Forum erhalten, und Ritter-Hauptmann und Räthe judicialiter declariret haben, dieſem allerhöchſten Kayſerlichen Befehl gehorſamſt nachzuleben; Wie dann auch in Auguſtiſſimo Judicio Imperiali Aulico 1736. & 1740. mit Urthel und Recht entſchieden iſt, daß, wann die Gräflich-Görtziſche Unterthanen gegen die Herrſchafft Klage zu führen eine befugte Urſach zu haben vermeynten, ſolches nicht mit Proteſtiren, ſondern mittelſt ſubmiſſer und ehrerbietiger ſchriftlichen Vorſtellung entweder bey der Herrſchafft ſelbſt, oder dem nachgeſetzten Amt beſchehen, und da ſo dann durch den erfolgten Beſcheid ſelbige gleichwohl noch beſchwehrt zu ſeyn vermeynten, ſo läge ihnen ob zu bitten, womit ihre dagegen habende Rationes ad Impartiales, jedoch auf ihre Koſten verſchicket werden mögen; Welchem nechſt und da die eingelangte Urthel publiciret, ihnen in ſchicklichen Fällen der weitere Recurs unbenommen ſey; nach welcher allerhöchſt-Richterlichen Verordnung von denen Gräflich-Görtziſchen Erkänntnüßen an die beyden höchſten Reichs-Gerichter ohnmittelbar, beſage der obigen Anlage ſub Num. 3. appelliret wird.

§. 16.

So ungereimt und Reichs-Geſetz-widrig überhaupt die Ritterſchafftliche Anmaſſung einer Jurisdiction und Collectation über die ohnmittelbare Reichs-Ritterſchafftliche Mit-Glieder iſt, eben ſo unſchicklich, unbillig und nichtig iſt es auch, daß die Reichs-Ritterſchafft ſich unterſtehen ſolle, einen in Matricula Imperii befindlichen Reichs-Stand auszuziehen. Allermaſſen ja Reichs-kündig iſt, wie ſehr die Reichs-Ritterſchafft ſich beſchwehret, und bey Kayſerlicher Majeſtät geklaget hat, wann Churfürſten, Fürſten und Stände, die ohnmittelbare Reichs-Ritter, die doch in Chur- und Fürſtlichen Territoriis ſituiret, und auch zum Theil höchſt-denenſelben mit Lebens-Pflichten verbunden ſind, zum Reichs-Steuer-Beytrag mitziehen wollen; Ja Kayſers Ferdinandi II. Majeſtät, haben in einem an Ihro Hochfürſtliche Gnaden zu Würtzburg 1629. erlaſſenen Kayſerlichen Reſcripto erinnert, wie allerhöchſt-dieſelbe wegen des Kayſerlichen und Reichs-Intereſſe nicht geſchehen laſſen könten, daß Reichs-Fürſten die ohnmittelbare Reichs-Ritter beſteuerten, und damit in ihrer Immedietät kränckten; derohalben es dem eigenen Ritterſchafftlichen Principio nach aller Billigkeit, denen Reichs-Geſetzen und dem Kayſerlichen und Reichs-Intereſſe noch weit mehr entgegen lauffen muß, wann das Ritterſchafftliche Directorium, oder die Ritter-Hauptmannſchafft ſich einer Jurisdiction und eines Steuer-Regals über die ohnmittelbare und in Matricula Imperii ſich befindliche Görtziſche Herren Gan-Erben, welche ſich von denen Hochfürſtlichen Fuldaiſchen Anſprüchen kaum losgemacht hatten, anmaßen, und an ihnen dasjenige verüben wolte, worüber ſie ſich doch ſelbſten wider Chur- und Fürſten beklaget haben. Sintemahl nicht nur in dem Görtziſchen Burg-Frieden de Anno

1483.

1483. das gemeine Geld oder der gemeine Pfenning hergebracht iſt, ſondern auch in dem von Kayſerlicher Majeſtät confirmirten Vergleich zwiſchen dem Hochfürſtlichen Stift Fulda und der Ritterſchafft in Buchen de Anno 1656. ausdrücklich ſtipuliret worden, daß NB. NB. bey Einſammel- und Lieferung der Reichs-Steuern die Buchiſche Adeliche Mitglieder disfalls bey ihrer Poſſeſſion vel quaſi Juris Collectandi auf ihren Unterthanen gelaſſen werden ſollen; und in dem vorhin angezogenen Gräflich-Görtziſchen in Anno 1671. mit denen Unterthanen authoritate Cæſarea errichteten Frohn-Receſs iſt in dem zweyten Articul vorgeſehen, daß die Contributions-Anlagen lediglich dem Gewiſſen Gräflicher Herrſchafft, wie ſelbige es vor GOTT und Ihro Römiſchen Kayſerlichen Majeſtät zu verantworten gedencket, überlaſſen worden ſind, folglich die Görtziſche Herren Gan-Erben von undencklichen Zeiten her vi Superioritatis Territorialis in Poſſeſſione vel quaſi Juris Collectandi ruhiglich geweſen, und bis daher verblieben ſind.

§. 17.

Wann dann ſolchergeſtalt die Reichs-Ritterſchafft ein Collectations-Recht auf der Grafſchafft Görtz niemahlen gehabt hat, und auch deswegen nicht haben kan, weil der Gräfliche Herr Beſitzer alle Landes-Herrliche Hoheit wohl hergebracht, und ruhiglich exerciret, und die Collectations-Befugniß, vermöge der Reichs-Grund-Geſetze, und Kayſerlichen Wahl-Capitulation de Anno 1711. Artic. XIX. verſ. Wann auch Land-Stände ꝛc. vor ein weſentliches Stück der Landes-Herrlichen Obrigkeit geachtet ſind; So iſt die Frage übrig: Aus was Urſache die Görtziſche Herren Gan-Erben ſo viele und groſe Summen Geldes in die Ritterſchafftliche Truhen eingeworffen haben? Dann es wird nicht geläugnet, daß allein von 1716. an bis 1736. die

Reichs-Ritterſchafft von denen Görtziſchen Gan-Erben in die 29743. fl. 21¾. kr. richtig erhalten habe, und wann überhaupt denen Ritterſchafftlichen Deſignationen nachgerechnet wird, ſo befindet ſich, daß ſelbige aus allen 6. Fränckiſchen Cantons vom 1. Jan. 1716. an, bis 1741. die Summam von 3748840. fl. zu erheben ſich ermächtiget, davon aber zu Kayſerlichen Caritativen, Hybernal- Rhein- und Reichs-Cantzley-Bau-Militar-Præſtation- und Fourage-Geldern mehr nicht als 1128187. fl. bezahlet habe; folglichen die übrige 2620653. fl. lediglich in Privat-Beutel gefallen ſind. Hierauf nun dienet zu wiſſen, daß, gleichwie denen Görtziſchen Herren Gan-Erben, vermöge ihrer Landes-Herrlichen Obrigkeit, das Jus Collectandi zuſtehet, alſo dieſelbe auf Ritterſchafftliches Anſuchen nur einen freywilligen Beytrag, zu Bezeigung der allerunterthänigſten Devotion gegen die Römiſch-Kayſerliche Majeſtät, gethan haben; und daß ſolcher Beytrag nur aus einer beſonderen Gutwilligkeit und keiner Schuldigkeit geſchehen, ergiebet ſich daher, weil die Herren Gan-Erben von Görtz ihre ſchuldige Reichs-Steuern zu dem Fuldiſchen Reichs-Matricular Quanto geliefert haben; folglich mit Fug Rechtens zweymahl dem Reich zu ſteuern nicht angehalten werden können. Zu dieſem kommt hinzu, daß die Ritterſchafft ſelbſten unter ſich Steuern anzuſetzen nicht bemächtiget iſt, wann ſolche nicht auf einem allgemeinen Ritter-Tag bewilliget und verglichen worden ſind; Weswegen die Reichs-Ritterſchafft auch von denen Görtziſchen Gan-Erben auf keine andere als gütliche und freywillige Art etwas begehren und erlangen mögen, welche Gutwilligkeit in Rechten eine Schuldigkeit um ſo weniger ausmachet, als der Mißbrauch und üble Verwendung ſolcher eingehobenen, auch zum mehreſten Theil in Privat-Nutzen verwendeten Gelder in Rechten nicht beſtehen, und die Un-

dancf-

danckbarkeit, ja das verbottene Unternehmen der Reichs-Ritterſchafft ſo weit gegangen, daß ſelbige die Gräflich-Görtziſche Unterthanen wider ihre Landes-Herrſchafft zum Proceß durch Schreiben aufgehetzet, und Rathſchläge dazu ertheilet haben, ſub *Num* 5. Uber dieſes iſt Reichs-kündig, daß die jedesmahlig-erforderliche Reichs-Steuern niemahlen anders als von Kayſerlicher Majeſtät, mit Zuziehung derer Herren Churfürſten, Fürſten und Stände auf allgemeinen Reichs-Tägen angeſetzet werden; Alſo lehret dieſe Reichs-Geſetz-mäßige Obſervantz, daß die Ritterſchafftliche Directores, Hauptleuthe und Räthe, welche über die ohnmittelbare Görtziſche Gan-Erben nicht das geringſte Recht haben, ſich einer eigenmächtigen Steuer-Anſetzung und mehrern Gewalts, als Kayſerliche Majeſtät ſelbſten im Römiſchen Reich ausübet, gar nicht anmaſſen können; Und im Fall ſelbige ſolches unter dem Vorwand erhaltener Kayſerlicher Privilegien nichtiglich zu thun vermeynte, ſo beſaget die Anno 1711. errichtete Kayſerliche Wahl-Capitulation Artic. XV. verſ. Auf den Fall auch rc. daß dergleichen contra Jus Tertii und derer Gräflich-Görtziſchen Gan-Erben Erb-Verträge und Burg-Frieden ſub- & obreptitiè erhaltene Privilegia null und nichtig ſeynd.

§. 18.

Ubrigens mag auch die Reichs-Ritterſchafft vorwenden, was ſelbige nur immer wolle, ſo iſt dannoch vor allen Dingen zu erwegen, daß (1.) das Gräflich-Görtziſche Land von undencklichen Zeiten her eine denen Görtziſchen Herren Gan-Erben zuſtändige ohnmittelbare Reichs-Herrſchafft geweſen, auch mit Conſens Kayſerlicher Majeſtät, und derer ſämtlichen Churfürſten, Fürſten und Stände vor eine Reichs-Grafſchafft erkannt, und unter dem Titul der Grafſchafft Görtz der Reichs-Matricul de Anno 1521. ausdrücklich

lich einverleibet worden; Ja zugleich (2.) vermöge der angezogenen Ordnung des Regiments zu Augſpurg de Anno 1500.; Item Reichs-Abſchied zu Cölln de Anno 1512. und Reichs-Abſchied zu Nürnberg de Anno 1522. eben deswegen zum Hochlöblichen Ober-Rheiniſchen Creyß gehörig iſt, weil ſolche zwiſchen der Fürſtlichen Abtey Fulda, und dem Landgrafthum Heſſen gelegen, wohin (3.) nach Anweiſung der 1720. gedruckten Fränckiſchen Ritter-Ordnung pag. 139. & 168. der Fränckiſch-Ritterſchafftliche Bezirck ſich gar nicht einmahl erſtrecket; Uber dieſes iſt (4.) in Facto wahr, daß die Görtziſche Herren Gan-Erben zu den Reichs-Anlagen beſtändig fortgezogen, und das heilige Römiſche Reich in Poſſeſſione vel quaſi der Reichs-Steuern geweſen; Derowegen nicht allein (5.) nach dem Inhalt des Reichs-Abſchieds zu Augſpurg de Anno 1548. §. Hätte aber ꝛc. und §. Wiewohl auch in der Ringerung ꝛc. die Görtziſche Gan-Erben ungeweigert zu ſteuern ſchuldig, ſondern auch einen weitern billig-mäßigen Reichs-Creyß und Cammer-Matricular-Anſchlag über ſich zu nehmen erbietig ſind. Und nachdem (6.) in mehrangezogenem Reichs-Abſchiede zu Augſpurg de Anno 1548. §. Als auch durch die Creyß-Verordneten ꝛc. wie auch in andern nachgefolgten Reichs-Satzungen, und ſonderlich Kayſerlichen Wahl-Capitulation de Anno 1711. Artic. V. verſ. Wollen auch nicht geſtatten ꝛc. wohl fürgeſehen, daß dem heiligen Reich nichts entzogen, ſondern daſſelbige ſo viel möglich bey ſeinen Anſchlägen, Rechten und Gerechtigkeiten erhalten, und der Punctus Redintegrationis Circulorum vorgenommen und erörtert werden ſolle; So erhellet aus allen dieſen Rechtsgegründeten Umſtänden, daß weder die Reichs-Ritterſchafft, noch ein- oder der andere Görtziſche Gan-Erbe jemahls im Stande geweſen, die immatriculirte Reichs-Grafſchafft Görtz der Reichs-Matricul und dem

Hochlöblichen Ober-Rheiniſchen Creyß zu entziehen, oder dem Heiligen Römiſchen Reich die auf der Graffſchafft Görtz hafftende Reichs-Creyß- und Cammer-Gerichts-Steuern zu entwenden.

§. 19.

Und ob gleich ſchließlich der ehemahlige Reichs-Pfennigmeiſter Zacharias Geizkofler in ſeinem zu Augſpurg 1602. verfertigten und dem Reich übergebenen Verzeichnüß aller contribuablen und reſpective noch anzulegenden Reichs-Stände unter denen Graffen und Herren auch die Graffen von Görtz als einen ungangbaren Stand angeſetzet; ſo iſt doch 1.) aus dem 1656. errichteten Fuldiſchen Vergleich notoriſch, daß eines theils die Görtziſche Herren Gan-Erben auf jedesmahlige Reichs-Steuer-Bewilligung an denen zum Fuldiſchen Reichs-Anſchlag verwilligten 2000. Fränckiſchen Gulden den Vierten Theil mit 500. fl. erlegen müſſen; und daß andern theils dieſer Beytrag doch keine Reflexion auf den Fuldiſchen Matricular-Anſchlag gehabt habe, folglich als ein vor die Gräfflich-Görtziſche Gan-Erben lediglich geltender Reichs-Anſchlag geachtet iſt. Nebſt dieſem haben 2.) die Görtziſche Gan-Erben aus allerunterthänigſter Devotion gegen ihro Kayſerliche Majeſtät jederzeit anſehnliche Steuren oder Caritativen erleget, dergeſtalt, daß nur allein pro Anno 1734. biß 2033. fl. 13¼. kr. Caritativ, ingleichen 3.) in eodem Anno an Militar-Præſtationem 564. fl. 49½. kr. wie nicht weniger 4.) vor die zu der Reichs-Veſtung Mayntz erforderte und abgeſendete Schantzer biß 700. fl. bezahlet worden ſind; und über dieſes alles hat in eben dieſem Jahr auch 5.) die Reichs-Ritterſchafft einen freywilligen Beytrag von 1355. fl. 35½. kr. erhalten; dahero daraus wohl zu erkennen iſt, daß die Görtziſche Gan-Erben weit mehr als ſie ſchuldig geweſen, und als viele andere Reichs-Stände von

Graffen

Graffen und Herren im Reich contribuiret haben, und nicht im Rückſtand gelaſſen worden ſind, und leben dem- nach ſelbige der unterthänigſten Zuverſicht, es werden von Reichs und Creyß wegen auf ihre wohlhergebrachte Imme- dietät und Reichs-Ständiſche Qualität, wie auch auf die gehorſamſt offerirte Ubernehmung eines billigmäßigen An- ſchlags, in höchſten Gnaden reflectiret, und ſelbige zu Sitz und Stimme auf Reichs- und Crayß-Tägen gelaſſen werden.

Beylagen.

Num. 1.

Iſt ein Görtziſcher Burg-Frieden de Anno 1483. und wird g. G. in dem Diplomatiſchen Archiv des 15den Seculi erſchei- nen.

Num. 2.

Iſt ein Extract Kayſerlicher Confirmation de Anno 1724. derer Gräflich. (es ſollte aber heiſſen Adelich- und Freyherr- lich-) Görtziſchen Burg-Frieden und Erb-Verträge de Annis 1483. 1591. 1599. und 1711. und wird in beſagten Diploma- tiſchen Archivs des 18den Seculi Fortſetzung zu finden ſeyn.

Deme iſt das Kayſerliche Intimations-Schreiben an Chur- Mayntz, den Görziſchen Grafen-Stand betreffend, d. d. 1739. 30. Jan. anhänget, ſo nichts beſonderes enthält.

Num. 3.

Seynd ein Extract Reichs-Hof-Raths Concluſi d. d. 1736. 17. Aug. darinn unter anderem dem Freyherrn von Görtz das Jus Epiſcopale eingeſtanden wird, und ein Concluſum vom 15. Jan. 1740. darinn einem verboten wird, ſich ſeines Notariat- Amts und Advocatur gegen beſagten Freyherrn, als ſeine an- gebohrene Obrigkeit zu gebrauchen.

So dann 2. Cammer-Gerichts-Decreta, in welchen Appella- tiones reſp. von dem Freyherrlich-Görtziſchen Amt zu Schlitz abgeſchlagen worden.

Num. 4.

Iſt ein Fürſtlich Fuldiſcher Lehenbrieff d. d. 1729. 9. Sept. für die Freyherrn von Schlitz, genannt von Görtz, über Schlitz, Schlöſſer Statt und Gericht rc. ſo in das Diplomatiſche Ar- chiv des 18den Seculi kommt.

Inglei-

Jngleichem ein anderer Fuldiſcher Lehen-Brieff de eod. dato über etliche Güter im Gericht Wegfurth und Rechberg. vid. ibid.

Num. 5.

Jſt eine Ritterſchafftliche Signatur an den Magiſtrat zu Schlitz, worinn ihme gutachtlich gerathen wird, von einem gewiſſen den Ritterſchafftlichen Collectations-Puncten betreffenden Attentato in Camera die ohnverweilte Anzeige zu thun, zugleich auch das ergangene Cameral-Urthel bey dem vormahlig-Fürſtl. Eiſenachiſchen Commißions Hof zu inſinuiren und um die Wieder-Einziehung gewiſſer Patentium geziemend nachzuſuchen. Welche Signatur denen ganz gemäß iſt.

Num. II.

Rechts-Genüglicher Beweiß

Der dem Gräffl. Hauſſe von Schlitz genannt von Görtz zuſtändigen Reichs-Standſchafft, nach Anleitung der kurz gefaſten und gründlichen Information von des hochgedachten ohnmittelbahren Reichs Gräffl. Görtziſchen Geſchlechts uhralten Reichs Herren Stande und deſſen ohnmittelbahren Reichs-Graff-und Herrſchafften.

§. 1.

Nachdem in einer kurzgefaſten und gründlichen Information des ohnmittelbahren Reichs-Gräffl. Geſchlechts von Schlitz genannt von Görtz uhralter Reichs-Herren Stand zur Gnüge angezeiget und mit Rechts gültigen Document beleget worden iſt, ſo läſſet ſich daraus ſowohl als aus andern mehrern Gründen die bey dem Gräfl. Hauſſe Görtz wohlhergebrachte Reichs Stände Qualität und Reichs-Standſchafft zur Nothdurft deduciren, und das Gräflich Görtziſche unterthänigſt-gehorſamſte Bitten, um genädigſte Admiſſion zu Sitz und Stimm auf Reichs-

und Crayß-Tågen ſattſam rechtfertigen. Weil aber die Cauſa Status Imperii oder die Exemption und auch Aufnehmung eines Reichs-Stands, ingleichen die Auflegung eines Reichs Anſchlags und was ſonſten in die innere Kriegs-Civil und Oeconomiſche Verfaſſung derer Reichs-Creyſſe einſchlågt, nicht mehr wie ehe dem ſonderlich die Exemption betreffend, Receſſ. Imp. Auguſt. de Ao. 1548. §. 49. 52. & ſeq. vor die hőchſten Reichs Gerichter gebracht werden kan, Rec. Imp. ſecundo Auguſt. de Anno 1559. §. 42. Rec. Imp. Auguſt. de Ao 1566. §. 144. & 146. Capitulat. Caroli VII. art. 12. §. 4. Indem auch die vorhin in der Ringerungs Handlung gewőhnliche Appellationes an das hochpreißl. Kayſerl. Reichs-Cammer-Gericht aufgehoben, und die poſt annum 1567. daſelbſt gegen die Moderationes-Erkånntnůſſe verhandelte Acten wieder abgefordert worden ſind, Rec. Imp. Spirenſ. de Ao. 1570. §. 117. Rec. Imp. Ratisb. de Ao. 1576. §. 95. & ſeq. So ſtehet ſowohl die Erkennung über die Reichs-Ståndiſche Qualitåt und Reichs-Standſchafft, als auch die Aufnehmung in Fůrſtl. oder Gråfl. Collegia zu Sitz und Stimm, ingleichen die Auflegung derer Reichs-Anſchlåge und die Ergånzung derer Reichs Creyſe auch der Reichs Matricul denen allgemeinen Reichs-Verſammlungen, Reichs-Deputationen und vor allen Dingen denen Reichs-Crayſen zu, welchen abſonderlich dieſes Geſchåffte offtermahls aufgetragen worden iſt. Rec. Imp. Norimberg. de Ao. 1543. §. 17. Rec. Imp. Spirenſ. de Anno 1544. §. 13 ſeq. Rec. Imp. Auguſt. de Ao. 1548. §. 48. 50. 51. & 66. ibique verbis expreſſis: es ſollen auch die Creyſe, unter denen ſolche Grafen und Herren geſeſſen, ihnen gewiſſe Anſchlåge machen. & §. 84. Rec. Imp. Auguſt. de Ao. 1555. §. 118. & 123. Rec. Imp. Spir. de Ao. 1579. §. 110. 111. & 112. Rec. Imp. Ratisb. de Ao. 1576. §. 96.

Rec.

Rec. Imp. Auguſt. de Ao. 1582. §. 51. ſeqq. Rec. Imp. Ratisb. de Ao. 1594. §. 109. Rec. Imp. Ratisb. de Ao. 1603. §. 60. Rec. Imp. Ratisb. de Ao. 1641. §. 97. ſeqq. Inſtrum. P. W. Art. VIII. §. habeantur autem. Rec. Imp. Ratisb. de Ao. 1654. §. 195. & 197. Capitulat. Ferdinandi IV. art. 45. Capitul. Leopoldi. art. 44. Capitulat. Joſephi art. 43. Capitulat. Caroli VII. art. 1. §. 5. & 7. art. 5. & 7. ſeqq. & art. 12. §. 2.

§. 2.

Und gleichwie von geſammten Reichs wegen die Ergänzung derer Reichs Creyſſe und Richtigmachung der Reichs-Matricul wegen beſtändig geführter Reichs Ständiſcher Beſchwehrden, als ein hohes obligen, allgemein nützliches, treffliches, hochwichtig- und nothwendiges Reichs-Geſchäffte und Werck geachtet und nun über 200. Jahr her zwar eyffrig betrieben aber noch nicht zum gewünſchten Ende gebracht, ſondern noch auf dem glücklich geendigten Kayſerl. Wahl und Crönungs Tage deſſen Beförder- und Vollziehung feſt geſtellet worden iſt; Rec. Imp. Auguſt. de Ao. 1551. §. 53. & 54. Rec. Imp. Auguſt. de Ao. 1555. §. 133. Rec. Imp. Spir. de Ao. 1570. §. 109 & 111. Rec. Imp. Ratisb. de Ao. 1576. §. 83. ſeqq. Rec. Imp. Auguſt. de Ao. 1582. §. 50. 60. & 118. Rec. Deputat. Spir. de Ao. 1600. §. 150. Rec. Imp. Ratisb. de Ao. 1603. §. 57. Rec. Imp. Ratisb. de Ao. 1613. §. 1. Capitulat. Caroli VII. art. V. §. 10. Alſo ſind auch die Görtziſche Herren Gan-Erben dabey beſtändig beſchwehret worden, daß dieſelben den Effect ihrer wohlerlangten Reichs Standſchafft niemahls recht genieſſen, ſondern theils wieder die von dem Hochfürſtl. Stiefft Fulda ehemalig angegebene Landſäſſerey mit ſtreiten und ſich endlich durch den erfolgten Weſtphäliſch. Friedens-Schluß, und deſſelben Nürnbergiſchen Executions Receſs §. 30. lit.

lit. B. num. 37. ingleichen durch das erlangte Reichs Commiſſions Urthel vom 3. und 13. Junii 1651. wie auch durch den daher gefolgten und in Anno 1656. errichteten Fuldiſchen Vergleich davon mit loß machen, theils aber mit vielfältigen Reichs Steuern und Anlagen wider alle natürliche Gleichheit und Billigkeit beläſtiget seyn, und derohalben die nothdringlichſten und bitterſten Klagen hiemit führen, auch dabey gehorſamſt anzeigen müſſen, daß dem Hochlöb. Ober-Rheiniſch. Creyſſe mit Vermiſſung vieler dahin gehöriger ohnmittelbahrer und anſehnlicher Reichs Herrſchafften und deren ſchuldigen Reichs und Creyß Hülffe ein mercklicher Nachtheil zugefüget worden.

§. 3.

Damit aber eine höchſtanſehnl. Ober-Rheiniſch. Creyß-Verſammlung hocherleucht ermeſſen könne, wie Herr Graffe von Görtz in der That und in allgemeinen Reichs-Satzungen mit ſeinem gehorſamſten Anſuchen um Gelangung zur Wircklichkeit der wohlhergebrachten Reichs-Standſchafft gegründet ſey, ſo wird zum

I.) Fundament vorausgeſetzt, daß die Reichs Matricul de anno 1521. nicht allein vom geſammten Reich zu Worms errichtet, ſondern auch nach der Zeit vor die gewiſſeſte und gerechteſte Reichs Matricul erkannt und ſtatuiret worden, daß derſelben bey Ergäntzung derer Reichs-Creyſſe im votiren und Erkennen zu folgen ſey. Rec. Imp. Auguſt. de Ao. 1551. §. 63. Rec. Imp. Auguſt. de Anno 1555. §. 130. Rec. Imp. Auguſt. de Ao. 1566. §. 127. & 137. Rec. Imp. Ratisb. de Ao. 1576. §. 99. Rec. Imp. Auguſt. de Ao. 1582. §. 64. Rec. Imp. Ratisb. de Ao. 1594. §. 122. Rec. Imp. Ratisb. de Ao. 1654. §. 195. Nicht weniger iſt in Reichs Geſetzen ausgemacht, daß überhaupt diejenigen Stände, welche in des

Reichs Regiſtern der Anſchläge befunden, wirckliche Reichs Stände, und dafür von Kayſerl. Majeſtät und dem gantzen Röm. Reich in dem Wormiſchen Reichs Abſchied und vermöge der dabey errichteten Reichs Matricul de anno 1521. erklähret worden ſeynd, wobey auch diejenige Stände, welche in des Reichs Regiſtern der Anſchläge befunden aber mit Anſchlägen nicht beleget, oder welche darinnen nicht befunden, doch gleichwohl zum Heil. Röm. Reich gehörig seyn ſollen, dem Heil. Röm. Reich znm Nachtheil, Abbruch, und Schmählerung aus denen Reichs Anſchlägen nicht gelaſſen, ſondern dieſelbe annoch ausgelaſſene erkündiget und beſchrieben, mit denen Reichs Ständen aber, welche in des Reichs Regiſtern der Anſchläge zwar befunden aber nicht beleget ſind, gehandelt werden ſolle, damit dieſe der Gebühr nach angeleget, und in des Reichs Anſchlag gebracht und erhalten werden. Rec. Imp. Auguſt. de Anno 1548. §. 73. Rec. Imp. Ratisb. de Anno 1576. §. 99. Nun aber iſt in matricula Imperii de anno 1521. mit ausdrücklichen Worten: zu gedencken der Graffſchafft Görtz derer Görtziſchen Herrn Gan-Erben cum omni ſuperioritate territoriali ab immemoriali tempore beſeſſene und von Kayſerl. Majeſtät allergnädigſt confirmirten Primogenitur Recht auf den dermahligen Hrn. Graffen Johann von Schlitz genannt von Görtz devolvirte Gan-Erb und ohnmittelbahre Reichs Graffſchafft Görtz unter denen Graffen und Herren enthalten, dahero muß nach dieſen klaren und deutlichen Reichs Verordnungen ſelbige auch noch fernerhin dafür erkannt, Herrn Graff von Görtz bey ſeiner Reichs Standſchafft geſchützet, und zu Sitz und Stimm der allgemeinen Billigkeit nach um ſo mehr gelaſſen werden, als ſelbiger ſich zu einem billigmäßigen Reichs wie auch Kayſerlichen

Reichs Cammer Gerichts Matricular Anſchlag gehorſamſt erbiethet, und die angezogene Reichs Geſeze dieſe Handlung wegen des Anſchlags der Graffſchafft Görtz ausdrücklich haben wollen.

§. 4.

So unwiederſprechlich dieſer rechtsbündige Schluß iſt, eben ſo ſtandhafft iſt auch das

IIte) Argument, wenn in weitere Erwegung gezogen wird, daß, gleichwie die Reichs Matricul de Anno 1521. in ſo vielen vorhin angezogenen Reichs-Abſchieden vor die Gerechteſte und gewiſſeſte von denen Römiſ. Kayſern, Churfürſten, Fürſten, und Ständen erklähret, alſo auch die darinnen unter denen Graffen und Herren ausdrücklich enthaltene Graffſchafft Görtz und deren rechtmäßige Görtziſche Herren Gan-Erben und Beſitzer vor einen gewiſſen und richtigen Reichs Stand zu offtwiederholten mahlen erkannt, auch dieſe Reichs-Erkänntnüſſe zu keiner Zeit und auf keine Weiſſe entkräfftet worden ſind, ſondern noch biß dieſe Stunde zur Execution gebracht werden ſollen. per textum expreſſum noviſſimæ Capitulat. Cæſ. art. 5. §. 7. 10 & 11. & art. 12. §. 1. & 2. ſintemahl vorhin erwehnter maſſen dem Heil. Röm. Reich. an der Vollziehung dieſer zu der allgemeinen Wohlfarth abzwekenden Reichs Verordnung allerdings viel gelegen, weil demſelbigen an ſeinen Glieder, Seſſion, Stimm, Vermögen und Hülffe groſſe Zerrüttung und Abgang dadurch erfolget, daß das Heil. Reich an ſeinen Gliedern nicht allein von frembden Potentaten mercklich geſchwächt, ſondern auch etliche ſich ſelbſt davon abgeſondert, viele Prælaturen, Graff- und Herrſchafften auch Fürſtenthum durch allerley Mittel davon entwendet, zertheilet und dermaſſen zertrennet, daß man ihrer Anſchläge nicht habig ſeyn könte, ja auch wohl gantz aus der

Matri-

Matricul verlohren würden, neben dem auch Unrichtigkeit und Abgang aus der näher zu Worms gepflogenen Moderations Handlung an des Reichs Anſchlägen verurſacht, indem viele Stände geringert, andere aber ſo in der moderirten Lande ſuccediret dagegen nicht erhöhet, ſondern die Exemptiones gar zu gemein, und vielmahl die geringere Stände durch andere mit der That eximiret und doch nicht vertretten würden. Rec. Imp. Spir. de anno 1570. §. 108. dahero zu Abhelffung dieſer groſſen Mängel und Gebrechen die Ergänzung der Reichs Matricul und die Arth und Weiſe ſolcher Ergänzung von Reichs wegen reſolviret worden.

§. 5.

Und obgleich dagegen eingewendet werden wolte; die in der Reichs Matricul de anno 1521. enthaltene Graffſchafft Görtz ſey nicht die denen Görtziſchen Herren Gan-Erben gehörige, ſondern die in Inner-Oeſterreich oder Friaul gelegene Graffſchafft Goritz, ſo kan dieſes Einwenden aus nachfolgenden Urſachen, und welche zum III.) Argument der Gräffl. Görtziſchen Intention dienen, nicht ſtatt finden. Den (1.) wird die in Inner-Oeſterreich gelegene Graffſchafft Goritz genannt, und ſtehet in der Reichs Matricul de anno 1471. unter denen Fürſten penultimo loco; die in der Reichs Matricul de anno 1521. aber befindliche Graffſchafft wird Görtz genannt, und ſtehet unter denen Graffen und Herren und zwar in der Ritterſchafftlichen Burg Gelnhauſen und Burg Friedberg; Nebſt dieſem iſt (2.) die gefürſtete Graffſchafft Goritz in der Reichs Matricul de anno 1471. mit einem gewiſſen Anſchlage auf 30. zu Roß und Fuß angeſetzet, hingegen iſt die der Reichs Matricul de anno 1521. unter degen Graffen und Herren einverleibte Graffſchafft Görtz mit einem gewiſſen Anſchlage nicht beleget, woraus alſo

Sonnen klar erſcheinet, daß die 1521. unter denen Graffen und Herrn immatriculirte Graffſchafft Görtz nicht die in Friaul gelegene und mit einem gewiſſen Anſchlage ſchon belegt geweſene Gefürſtete Graffſchafft Goritz ſeyn könne. Sintemal weiter reichskündig iſt, daß (3.) Leonhard der letzte Fürſt und Graff zu Goritz ſeine gefürſtete Graffſchafft zu Erfüllung des mit Oeſterreich errichteten Erb-Vertrags ſchon 1473. dem Durchlauchtigſten Ertzhauſe Oeſterreich übergeben; vid. Teutſcher Reichs Herold Cap. 2. §. 45. und aus denen öffentlichen Documenten und ſonderlich aus der zu Worms 1521. errichteten Regiments Ordnung und deſſen Præfation iſt (3.) zu erſehen, daß eben zu der Zeit als 1521. die Reichs-Matricul in Comitiis Wormatienſibus von Kayſerl. Majeſtät und denen Reichs Ständen errichtet worden, Kayſer Carolus V. ſich Graff von Görtz geſchrieben, ſolche gefürſtete Graffſchafft beſeſſen, und den gefürſteten Gräffl. Titul zu Görtz andern Land-Graff-Marggraff- und Fürſten Tituln vorgeſetzet hat, ja es iſt (5.) dieſe Gefürſtete Graffſchafft Goritz ſchon 1521. denen Hertzogthümern Cärnthen, Crain und Steyer einverleibet und als eine Appertinentz von denenſelben von dem Durchlauchtigſten Ertz Hertzoglichen Hauſſe Oeſterreich bey dem Röm. Reich vertreten worden, welches alles mit mehrerem bezeugen die Brüderliche Theilungs Inſtrumenta derer Kayſer Caroli V. und Ferdinandi I. de anno 1522. & 1525. ab Illuſtr. lib. B. de Brandau Sereniſſ. Reginæ Hungariæ legato ad bina ſcripta Hiſpanica exhibita. Item Erklährung des Land-Friedens zu Nürnberg de anno 1522. Tit. 2. §. 1. Reichs-Abſchied zu Nürnberg de anno 1543. §. 2. Reichs-Abſchied zu Regenſpurg de anno 1576. §. 28. Und da dann (6.) die Hertzogliche Oeſterreichiſche Lande bereits 1512. zu einem beſondern

Reichs-Creyße gemacht geweſen, Reichs-Abſchied zu Trier und Cölln, de anno 1512. Tit. I. §. II. und ſowohl in Comitiis Wormatienſibus de anno 1521. als in der Erklährung des Land-Friedens zu Nürnberg de anno 1522. ebenfalls dafür erkant ſind, Reichs-Abſchied zu Worms de anno 1521. §. 14. Erklärung des Land-Friedens zu Nürnberg de anno 1522. Tit. 2. §. 1. mithin in der Reichs-Matricul de anno 1521. das Ertz-Hertzogl. Hauß Oeſterreich unter denen weltlichen Fürſten mit allen ſeinen Landen in die Regiſter der Reichs-Anſchläge gebracht worden, Reichs-Abſchied zu Trier und Cölln de anno 1512. Tit. I. §. 6. & Tit. V. §. 4. Matricul. Imper. de anno 1521. Rec. Imp. Wormat. de anno 1521. §. 35. So hat ſelbiges wegen der Gefürſteten Grafſchafft Görtz nicht noch einmahl und alſo doppelt und dem Fürſtl. Range zuwider unter denen Grafen und Herren immatriculiret und beleget werden können. Wann dann ſolchergeſtalt unwiederſprechlich iſt, daß die in der Reichs-Matricul de anno 1521. befindl. Grafſchafft Görtz nicht die gefürſtete Grafſchafft Goritz in Friaul ſeyn kan, ſo iſt hingegen richtig und wahr, daß die unter denen Grafen und Herren immatriculirte Grafſchafft Görtz niemand andern als einem Grafen und Herrn, der ſich alſo nenne und ſchreibe und ſelbige beſitze, zuſtehe, und gleich wie eine andere Grafſchafft Görtz im gantzen Röm. Reich nicht zu finden iſt, als diejenige, ſo von denen Görtziſchen Herren Gan-Erben von undencklichen Zeiten her beſeſſen und auch insgemein nach ihren Herren Beſitzern das Görtzer-Land genennet worden, alſo folgt auch daraus, daß bey Immatriculirung der Grafſchafft Görtz die Görtziſche Herren Gan-Erben lediglich gemeinet und wegen ihrer beſitzenden ohnmittelbahren Reichs-Herrſchafft-und Grafſchafft vor einen Reichs-Stand erkannt worden ſind.

§. 6.

Es iſt zu mehrerer Erläuterung dieſes vorhergehenden zum IV.) aus denen Reichs-Abſchieden und Reichs-Actis bekannt, welchergeſtalt eine höchſt-anſehnlichſte Reichs-Verſammlung in Anno 1521. bey Errichtung des Regiments und der Reichs-Matricul auf alle und jede Chur- und Fürſtenthümer auch Prälaturen, Graf- und Herrſchafften, und in welchem Creyſze ein jedes Land gelegen, eine ſorgfältige Aufſicht gehabt habe. Ordnung des Regiments zu Worms de Anno 1521. §. 21. ſeqq. Dahero auch die beſondere Abſicht dahin ging, alle und jede Chur- und Fürſtenthümer, Prälaturen, Graf- und Herrſchafften in die Regiſter der Anſchläge zu bringen; Und als es dann an den 4ten Reichs-Creyß und ſonderlich an die Grafen und Herren, ſo der Orthe geſeſſen oder gelegen, kam, ſo wurden unter denen Grafen und Herren nicht allein die Burg Gelnhauſen, und die nur einige Meilen von dem Gräflichen Görtziſchen Territorio abgelegene Burgfriedberg, ſammt denen Reichs-Lehen, ſo die Ritterſchafft beſeſſen, beſchrieben, ſondern auch die zwiſchen dem Hochfürſtlichen Stift Fulda, dem Landgrafthum Heſſen, und der damahligen Abtey nunmehrigen Fürſtenthum Hirſchfeld gelegene, notorie zum hochlöbl. Ober-Rheiniſ. Creyß gehörige, aus einem geſchloſſenen Bezirck von mehr als 7. Meilen groß beſtehende und von denen im Römiſchen Reich ohnmittelbahren, auch aus dem mit des Hrn. Biſchoffs von Würtzburg Hochfürſtl. Gnaden de Anno 1526. ſub Num. 6. errichteten Bündnüß ſehr wohl bekanten Herren Gan-Erben von Görtz beſeſſene, und auch nach denenſelben benannte ohnmittelbahre Reichs-Grafſchafft Görtz in das Reichs-Regiſter der Anſchläge mit einverleibet. Teſte matricula Imperii de Anno 1521. Wie dann dieſe in Anno 1521. vorgeweſte eigentliche Erkundigung und Verzeichnüß de-

rer Nahmen von denen Beſitzern und Einhabern aller und jeder Herrſchafften, ſo in die Creyſe gehörig, nach der Zeit mehrmahls von Reichswegen vor gut und nöthig befunden und derohalben eine beſondere Verordnung gemacht worden. Rec. Imp. Ratisb. de Anno 1576. §. 90. & 91. Rec. Imp. Auguſt. de Anno 1582. §. 52. ſeqq. Mithin nach dieſen gemachten Reichs-Verordnungen der Herr Grafe von Görtz als ein ohnmittelbahrer Reichs-Grafe und Stand noch beſchrieben werden müſte, und zwar als Graf von Görtz. Rec. Imp. Auguſt. de Anno 1548. §. 50. wenn ſelbiger nicht ſchon mit ſeiner ohnmittelbahren Reichs-Grafſchafft Görtz immatriculiret wåre.

§. 7.

Denn nachdem V.) aus denen Beylagen und Urkunden des Görtziſ. Burg-Friedens de Anno 1483. und de Anno 1711. auch der darüber erlangten Kayſ. Confirmation de Anno 1724. imgleichen judicatorum Cæſar. in der kurtz gefaſten gründlichen Information ſub num. 1. 2. & 3. welches documenta publica ſeynd und in Gerichten allezeit einen völligen Beweiß ausmachen, deutlich zu erſehen iſt, daß Herr Graf von Görtz nicht nur vor ſich und ſeine Perſon, wie deſſen Herren Vorfahren, des Reichs ohnmittelbahrer Graf und Herr und Gan-Erbe von Görtz ſey; ſondern auch auf deſſen beſitzenden Görtziſchen Land und Grafſchafft, welches aus 5. Gråflichen Burggen, aus einer von Anno 812. her geſtandenen Stadt von mehr dann 500. Bürgern, dann aus denen Gerichtern und Herrſchafften Hutzdorff, Pfordt, Berntshauſen, Wegfurth und Rechberg beſtehet, alle Landes-herrliche Hoheit, und Immedietåt wohlherbracht habe, und deshalben in einer ruhigen Poſſeſs ſich befindet, ja dieſe ſeine beſitzende Reichs-Graf und Herrſchafft Görtz hinlänglich iſt, den affectirenden Stand zu führen, ſo iſt qualitas ſtatus Imperii auch damit hinlänglich

ja überflüßig dargethan, und ſtreitet das Jus poſſeſſionis vel quaſi vor die Gräfliche Görtziſche Reichs-Standſchafft auch deswegen, weil Herr Graf von Görtz ſich auf keine Weiſe von denen Reichs-Anſchlägen ausziehen laſſen, ſondern einen leidentlichen Reichs-Anſchlag ſelbſten übernehmen und tragen will und daher von dem Heil. Reich nicht gedrungen, ſondern dabey gelaſſen und darüber nicht beſchwehret werden ſolle. Rec. Imp. Auguſt. de Anno 1548. §. 57. Zumahlen da das Intereſſe eines Hochlöbl. Ober-Rheiniſchen Crenſes, worunter die Grafſchafft Görtz, und auch noch viele andere ohnmittelbahre und aus anſehnlichen geſchloſſenen Territoriis beſtehende Reichs-Herrſchafften gehören, dabey abſonderlich obwaltet, wie die Creyß-Verordnungen des mehrern ausweiſen, Ordnung des Regiments zu Augſpurg de Anno 1500. Tit. der vierdte Rath. Reichs-Abſchied zu Trier und Cöllen de Anno 1512. Tit. 1. §. 12. Ordnung des Regiments zu Worms de Anno 1521. §. 24. Reichs-Abſchied zu Nürnberg de Anno 1522. Tit. 2. §. 8. und bey der nun ſchon in das 3te Seculum ſo hochnothwendig geachteten und beſtändig getriebenen auch in Reichs-Geſetzen feſtgeſtellten Reichs-Creyß-Ergäntzung, ſalvis Imperii legibus, nicht umhin gegangen werden kan.

§. 8.

Und wann Vlto noch etwas überzeugenders ſolte und möchte gefordert werden, womit die Gräflich-Görtziſche wohlhergebrachte Reichs-Standſchafft dargethan werden ſolte, ſo iſt ſolches das von denen Görtziſchen Herren Gan-Erben errichtete und von denen Röm. Kayſern confirmirte Pactum Familiæ Ganerbinatus Goërziani, welche Görtziſche Gan-Erbſchafft die Reichs-Standſchafft mit ſich führet; allermaſſen durch ein allgemeines Reichs-Geſetze beſtättiget worden iſt, daß dieſe Gan-Erben unter denen Reichs- und

Creyß-

Creyß-Ständen mit begriffen ſeynd. Wie die Görtziſche Herren Gan Erben die Landes-herrliche Hoheit von undencklichen Zeiten her in Errichtung nothdürftiger Vertheidigungs-Bündnüſſe ausgeübet haben, iſt eine offenkündige und oben mit num. 6. beſcheinigte Sache, es iſt auch bekant, daß von Reichswegen an die Gan-Erben wegen Handhabung des Landfriedens in annis 1500, 1521, 1522 und 1548. geſchrieben worden. Da nun in anno 1564. gegen die gefährliche Vergader- und Kriegs-Zurüſtungen die Handhabung des Land-Friedens abermahls durch eine Reichs-Deputation zu berathſchlagen beſchloſſen und bewircket worden, ſo iſt dabey auch feſt geſtellet und durch ein Reichs-Geſetze erklähret worden, daß NB NB. die Gan-Erben unter denen Reichs- und Creyß-Ständen mit begriffen wären. Rec. Deputat. Wormat. de anno 1564. §. 32. verbis: „Wir wollen auch auf uns fürbracht bedencken, die hiebevor ausgekundete Mandata, die Kriegs-Gewerb betreffend, wiederum erneuern, auch in dieſe die Gan-Erben, und andere von der Ritterſchafft und dem Adel, welche unter denen Creyß- und Reichs-Ständen mit begriffen ſind, mit einziehen.„ Woraus abermahls am Tage lieget, daß die in der Reichs-Matricul de anno 1521. unter denen Grafen und Herren und nebſt der Burg Gelnhaußen und Friedberg, wie auch anderen von der Reichs-Ritterſchafft beſeſſenen Reichs-Lehen enthaltene Reichs-Grafſchafft Görtz als derer Görtziſchen Herren Gan-Erben beſeſſenes Land und nach damahligen Zeiten befeſtigte Burg und Schloß gemeinet, und unter denen Creyß- und Reichs-Ständen mit begriffen worden. Es werden zwar auch in dem vorhin angezogenen Wormſiſchen Deputations-Abſchiede §. 34. die Gan-Erben alſo unterſchieden, daß einige unter denen Reichs- und Creyß-Ständen mit begriffen, einige aber nicht darunter begriffen wären; allein es haben die aller-

höchſte

höchſte und höchſte Herren Geſetzgeber auch dabey zugleich deutlich angezeiget, daß nemlich diejenigen Gan-Erben nicht mit unter denen Creyß-Ständen begriffen wären, welche mit ihren Häußern hin und wieder im Reich gemenget lägen, und alſo ein geſchloſſenes Territorium nicht hätten, und dahero im Gegentheil folget, daß diejenige Gan-Erben, welche mit ihren Häuſern und Gütern nicht hin und wieder im Reich gemengt liegen, ſondern nebſt ihren Burg-Schlöſſern und Städten auch eingeſchloſſen beyſammen liegendes ohnmittelbahres Land haben, wie Herr Graf von Görtz würcklich ein dergleichen Land mit aller Landes-herrlichen Hoheit ohne eines eintzigen Fürſten und Reichs-Stands Wiederrede ruhiglich beſitzet, unter denen Reichs- und Creyß-Ständen mit begriffen, und in des Reichs-Regiſter der Anſchläge gehörig seynd. Schweder. Introduct. Jur. Publ. P. ſpec. ſect. 2. cap. 18. §. 6.

§. 9.

In Betrachtung dann, daß eines theils Herr Graf von Görtz vor ſich und ſeine Perſon und auch in Anſehung ſeines Landes keinem Fürſten und Reichs-Stande nicht unterworffen, ſondern eintzig und allein die allerhöchſte Kayſerl. und des Heil. Reichs Jurisdiction zu erkennen hat, und daß andern theils des Hrn. Grafens von Görtz Herren Vorfahren den Reichs-Herren Stand fortgeführet und deren beſitzende ohnmittelbahre Reichs-Landſchafft mit allergnädigſter Kayſerlichen und des gantzen Reichs Bewilligung in Anno 1521. auf öffentlichen Reichs-Tage als ein Reichs-Stand und Reichs-Grafſchafft in des Reichs Regiſter der Anſchläge eingetragen und dafür erkannt, auch in Anno 1564. auf dem Wormſiſchen Reichs-Deputations-Tage, wie in andern mehrern angezogenen Reichs-Abſchieden nochmahls in dieſer Reichs-Standſchafft beſtätti-

get

get worden, ſo wäre dieſes nebſt andern angeführten Umſtänden Beweisthums genug vor die Görtziſche Reichs-Standſchafft, es kommt aber VIImo noch hinzu, was bey Errichtung der Reichs-Matricul Anno 1521. und in nachgefolgten Reichs-Abſchieden weiter verordnet worden, daß auch diejenige Grafen und Herren, ſo kürtzlich ihre Dignität erlanget, in dem Heil. Reich begütert, und anderer Fürſten ſubditi immediate nicht ſeynd, in recognitionem præeminentiæ nach ziemlichen Dingen und leidentlicher maßen mit des Reichs Anſchlägen beleget werden ſollen. Matricul. Imper. de anno 1521. rubr. Item diejenige ſo ſich Grafen und Herren laſſen. Rec. Imp. Auguſt. de anno 1548. §. 66. Weil nun des Gräflichen Haußes Görtz Herren Vorfahren von undencklichen Zeiten her den Reichs-Herren-Stand fortgeführet, und von Röm. Kayſern confirmiren laſſen, ſonſten auch dieſe uhralte Görtziſche Herren Gan-Erben auf denen hohen Dohm-Stiftern zu Bamberg und Würtzburg aufgeſchwohren, und denenſelben eine Mißheyrathung nicht vorgeworffen werden kan, und endlich Ihro Röm. Kayſ. Majeſtät Carolus VI. glorioſiſſ. memoriæ, 1724., den Hrn. Friedrich Wilhelm Frey-Herrn von Schlitz genannt von Görtz ſammt ſeinen ehelichen Deſcendenten in Anſehung ſeines vornehmen uhralten und Freyherrlichen Geſchlechts in des Heil. Röm. Reichs Grafen-Stand erhoben hat, mithin deſſen hinterlaſſener älteſter Herr Sohn, Herr Johann Graf von Schlitz genannt von Görtz nach dem bey der Görtziſchen Familie eingeführten Primogenitur-Recht die immatriculirte Reichs-Grafſchafft Görtz dermahlen alleine innen hat und beſitzet, ſo hoffet derſelbe um ſo mehr von hochlöbl. Creyß wegen in die Würcklichkeit ſeiner wohlhergebrachten Reichs Standſchafft geſetzet zu werden, als es Reichskündig iſt, daß mehrere Grafen und Herren bey denen Hochgräflichen Collegiis

und

und ſo fort beym Reich und Creyß zu Sitz und Stimme gelaſſen worden ſind, welche theils mit ſo anſehnlichen ohnmittelbahren Reichs-Herrſchafften und Gütern nicht angeſeſſen, ſondern anderer Fürſten und Reichs-Stände Lands-Stände ſeynd, und in der Reichs-Cammer-Gerichts Uſual matricul noch unter denen ungangbahren Poſten ſtehen, theils aber auch eben mehrere ohnmittelbahre Reichs-Güter, als Herr Grafe von Görtz wircklich ohnmittelbahr innen hat, nicht beſitzen, folglich das jenige, was bey andern Graffen und Herren der Billigkeit gemäß geweſen, bey dem Herren von Görtz aus angeführten erheblichen Urſachen ohne Zweiffel vor rechts gültig erkannt werden wird.

§. 10.

Alles dieſes aber was von der Gräfl. Görtziſchen Reichs-Ständiſchen Qualität angeführet worden iſt, wird VIII.vo noch dadurch unterſtützet und erheblicher gemacht, daß die Görtziſche Herren Gan-Erben bey allgemeinen Reichs-Steuer-Bewilligungen beſtändig fort zum Reich mitſteuern müſſen, und obgleich in der Reichs Matricul de anno 1521. bey der Grafſchafft Görtz kein gewiſſer Anſchlag ausgeworffen iſt, ſo ergeben doch ſowohl die documenta domeſtica als das documentum publicum transactionis Fuldenſis de anno 1656. §. 3. daß bey jedesmahliger allgemeinen Reichs-Ritterſchafft in Buchen ins geſammt 2000. Fränckiſche Gulden zu bezahlen ſich verbindlich gemacht. Und obſchon ein ziemliche Anzahl derer Herren Contribuenten und ohnmittelbahren Reichs Herrſchafften auſſer denen noch, welche vor inexigibel wollen geachtet und in die Deſignation ſub num 7. nicht mehr eingebracht werden, dazu geweſen, ſo ſind dennoch auf die Grafſchafft Görtz biß in die 500. Fränckiſche Gulden gekommen. Es thue auch nichts zur Sache, daß dieſe Reichs-Steuern dem Hoch-

fürſt-

fürſtlich Fuldiſchen Reichs-Anſchlage in der Leg-Stadt Franckfurt beygeleget worden; allermaſſen über dieſes zwiſchen dem Hochfürſtl. Stift Fulda und der Reichs-Ritterſchafft in Buchen, wobey die Görtziſche Hn. Gan-Erben Compaciſcentes mit geweſen ſind, nicht allein verglichen worden, daß 1.) die Einſammel- und Lieferung der Reichs-Steuren belangend, die Buchiſche Adeliche Mitglieder dißfalls bey ihrer Poſſeſſion vel quaſi juris collectandi auf ihren Unterthanen ſolten gelaſſen werden, und daß 2.) die Ritterſchafft in Buchen auf alle künfftige jedesmahlige allgemeine Reichs Steuer Bewilligung Sr. Fürſtl. Gnaden und dero Stift Fulda zu einem verglichenen Beytrag eine beſtändige gewiſſe Summam, als benanntlich 2000. Fl. Fränckiſcher Wehrung in gemeine Lege-Stadt nach Franckfurt gegen eine auf dieſen Vertrag gerichtete Quittung ohnfehlbahr erlegen, und auf andere Aſſignationes, Einquartierungen oder andere beſchwehrende Zumuthung (ſo viel NB bey Ihro Fürſtl. Gnaden und bey dero Stifft Fulda beſtünden) nicht gezogen werden; imgleichen daß 3.) im Fall von der Römiſch. Kayſ. Majeſtät ſolche Einquartirungen von Reichs wegen an ſtatt der ordentlichen Reichs-Steuer und der Römer Monathe aſſigniret würde, als dann die Ritterſchafft weiter nicht als mit obgemeltem Beytrag der 2000. fl. baaren Geldes zu concurriren ſchuldig ſeyen, ſondern daß auch 4.) ſolcher Beytrag NB. NB. keine Reflexion auf den Fuldiſchen Reichs Anſchlag haben und der Ritterſchafft zu keinem Præjuditz dero Reichs Immedietæt, gereichen ſolle; mithin ſind dieſe bewilligte Reichs-Steuern lediglich vor derer Görtziſchen Herren Gan-Erben Graffſchafften, und anderer in Buchen gelegener ohnmittelbahrer Reichs-Herrſchafften Reichs Matricular-Anſchlag geachtet worden. Was die Görtziſche Herren

Gan-Erben über dieſes weiter zum Reich contribuiret, und ihre allerunterthänigſte Devotion gegen Ihro Röm. Kayſ. Majeſtät und das Heil. Reich dadurch bezeiget haben, iſt in der kurtz gefaſten und gründlichen Information §. 7. 11. 17. & 19. mit Grunde angeführet, und offenkündig, welche allergehorſambſte Bezeigung aber dem Hn. Graffen von Görtz billiger Dingen nach mehr zum Behuff ſeiner hergebrachten Reichs Standſchafft als zu deſſen Nachtheil gereichen, und dahero hier anſchlagen muß, was in Reichs Geſetzen weiter heilſamlich verordnet, daß auch derjenige ausgezogene Stand, welcher innerhalb Menſchen gedencken dem Reich einmahl, zwey oder mehr geſteuret, und alſo das Reich in poſſeſſione vel quaſi wäre, ungeweigert ſteuern ſolle, Rec. Imp. Auguſt. de anno 1548. §. 59. & 64. Rec. Imp. Ratisb. de anno 1576. §. 105. Und keine denen Reichs Creyſen von alters einverleibte Stände und Lande entzogen und abgeriſſen, noch ſich davon eigenwillig ſelbſt entziehen noch durch andere davon entzogen, ſondern alle attentirte Thätlichkeiten und Zumuthungen abgeſchafft werden ſollen. Capitulat. Auguſt. Caroli VII. art. 12. §. 1. & 2.

§. 11.

Zwar iſt wahr, daß die fünff Gräffl. Görtziſche Burggen, ingleichen die Stadt und das Gerichte zu Schlitz, wie auch einige in denen Gerichtern Wegfurth und Rechberg gelegene Stücke von dem Hochfürſtl. Stifft Fulda zu Lehen gehen, und daher die Görtziſche Herrn Gan-Erben mit dem Hochfürſtl. Stifft Fulda wegen der Immedietät und des Collectations-Recht in Mißverſtändnüß gerathen, allein da IX.no zu Rechtfertigung der Görtziſchen Herrn Gan-Erben immedietæt dienet, daß 1.) dieſes Feudum von GOtt und Rechtswegen verliehen werden muß; und 2.) dieſer nexus feudalis in Rechten eine Unterthänigkeit

keit nicht inferiret auch 3.) auſſer denen in der kurtz gefaſten Information ſub num 4. beygelegten Lehns-Brieffen ſpecificirten Lehns Pertinentien der übrige Gräfliche Lands-Theil dem Hochfürſtlichen Stifft Fulda gar nicht behafftet iſt, ſondern Hr. Graff von Görtz, 4.) über ſein gantzes Görtziſches Land alle Landesherrliche Hoheit wohlherbracht hat und dieſem nexu feudali ohngeachtet auch ruhiglich exerciret, ja 5.) deſſen Hn. Vorfahren ſo wohl per pacem Weſtphalicam, ejusque receſſum Executionis Norimbergenſem §. 30. lit. B. num. 37. nec non per ſententiam ſpecialem Commiſſionis imperialis de 3. & 13. Junii 1651. in ſacris & profanis völlig reſtituiret worden, als auch per transactionem Fuldenſem de anno 1656. §. 2. ausgemacht und entſchieden iſt, daß der Nexus Feudalis der Gräffl. Görtziſchen Immedietæt und der Poſſeſſion vel quaſi juris collectandi, die Reichs-Steuren belangend, nicht nachtheilig ſey, ſo iſt damit die Gräffl. Görtziſche Reichs-Standſchafft auch gegen das Hochfürſtl. Stifft Fulda auf ewig geſichert und befeſtiget.

§. 12.

Uber dieſes kan auch das Hochfürſtl. Stifft Fulda gar nicht einwenden: Ob würde durch Ubernehmung eines Reichs und Cammer Gerichts Matricular Anſchlags deſſen Lehen beſchwehret; indem zum X. Beweiß der Gräffl. Görtziſchen Reichs-Ständiſchen Qualität ja 1.) das Hochfürſtl. Stifft Fulda, wie allen dero in Buchen habenden Vaſallen von der Reichs-Ritterſchafft, alſo auch denen mit compaciſcirenden Görtziſchen Herrn Gan-Erben das jus collectandi, & inferendi, die Reichs-Steueren belangend, ſo gar zur Ritter Truhen eingeſtehet, folglich kan ſelbiges die Inferirung derer Reichs-Steuern zur Reichs Caſſa um ſo vielweniger verwehren, als 2.) nach dem eigenen Inhalt der Lehen-Brieffe die denen Gräfflich-Görtziſchen Herren

ren

ren Gan-Erben eigenthümlich zuſtändige ohnmittelbahre Allodial-Herrſchafften und Güter den gröſten Theil der Graffſchafft Görtz ausmachen und das Hochfürſtliche Stifft Fulda gar nichts angehen, mithin ſelbiges keine befügte Urſache zu contradiciren hat, und ohne diß 3.) die von Reichswegen der immatriculirten Graffſchafft Görtz auferlegte Steuer-Schuldigkeit dem Hochfürſtlich-Fuldiſchen durch den Fuldiſchen Vergleich ſich ſelbſt aufhebenden Wiederſpruch weit vorgehet, auch dazu 4.) wenn gleich das Dominium utile mit dem dominio directo, wozu doch wegen der noch von verſchiedenen Linien vorhandenen Männlichen Görtziſchen Deſcendenten, und wegen der Anwartſchafft der Weiblichen Succeſſion keine Hoffnung iſt, conſolidiret werden ſolte, dennoch die Schuldigkeit dem Reich zu ſteuern auf dieſer ohnmittelbahren Reichs-Graffſchafft bleibet, und ſo viel als billig iſt, abgeſtattet werden muß; zugeſchweigen, daß 5.) die Erneuer- und Bewirckung der Reichs-Standſchafft, ſo auff der Graffſchafft Görtz überhaupt hafftet, nicht unter die Verderbung ſondern unter die Verbeſſerung eines Lehns propter præeminentiam gerechnet werden kan, und muß, und ſolche Herr Grafe von Görtz zu erhalten auch nach denen Lehn-Rechten ſchuldig iſt; Weßhalben ſelbiger zu Sr. Hochfürſtl. Gnaden von Fulda Reichskündigen æquanimitæt ſich ehender einer kräfftigen Aſſiſtentz als eines ohnverhoften Wiederſpruchs verſiehet.

§. 13.

Nun möchte noch dagegen obmovirt werden, daß die Görtziſche Hn. Gan-Erben ſich mit der Ritterſchafft verbunden, und dahin zu ſteuern ſchuldig wären, auch wircklich die Steuern in die Ritter-Truhen eingeworffen hätten; allein nachdem dieſem Ritterſchafftlichen Vorwurff in der kurtz gefaſten und gründlichen Information von dem 12.

§vo an biß zum Ende hinlänglich begegnet worden, ſo wird deſſelben Inhalt anhero wiederholet, und hier nur noch zum XI. Beweißthum und Rechtfertigung der Gräffl. Görtziſchen Reichs-Standſchaft beygefüget; welchergeſtalt in älteſten und neueſten Reichs-Satzungen ausgemacht iſt, daß zu Erhaltung des Heil. Reichs Friedens und Rechtens, zu Wiederſtand der Unchriſten der Türcken und anderer Anfechter des Reichs auch zu Eroberung deſſen, ſo dem Reich entzogen worden, alle und jede Churfürſten, Fürſten, Geiſtl. und Weltliche, Prælaten, Graffen, Freye, Herren, Ritter, die von Adel, Reichs-Stände, Commum und andere der Kayſ. Majeſtät und dem Heil. Röm. Reich zu ſteuern gehalten ſeyn, Königl. Satzung vom gemeinem Pfennig zu Worms de anno 1495. Princ. & Tit. 6. 7. 8. & 10. Ordnung des Regiments zu Augſpurg de anno 1500. Tit. 47. & 50. Reichs-Abſchied zu Trier und Cöllen de anno 1512. Tit. 1. §. 5. & 13. ſeqq. Jedoch mit dieſem Reichs geſetzmäßigen Unterſcheide, daß diejenigen, ſo den Ständen von Alters und nicht dem Reich gedienet, auch dem Reich ohnmittel nicht zuſtändig und verwandt, noch in des Reichs Hülffe gehörig ſeynd, oder nichts vom Reiche haben, denen Ständen, den ſie zuſtehen, folgen und vorbehalten ſeyn ſollen. Rec. Imp. Auguſt. de anno 1510. §. 6. & 7. Rec. Imp. Trevir. & Colon. de anno 1512. Tit. 5. §. 4. Rec. Imp. Auguſt. de anno 1548. §. 47. Capitulat. Caroli VII. art. 15. §. 2. 3. 4. & 5. Mithin iſt Hr. Graffe von Görtz als ein ohnmittelbahrer und würcklich immatriculirter Reichs-Stand auch dem Reich allein, und ſonſten Niemanden, weil er keinem Fürſten noch Reichs-Stand unterworffen, zu ſteuern ſchuldig, deſſelben Unterthanen aber ihm allein zu folgen gehalten. Und weil dann dieſe in dem Rechte der Natur gegründete Steuer-Schuldigkeit der Kayſerl. Majeſtät und dem Heil. Reich allein zuſtehet, und Herr

Graffe von Görtz dahin allein zu ſteuern verpflichtet, deſſen Unterthanen aber ihm allein zu folgen ſo wohl vermöge dieſes Geſetzes als vermöge Receſſus ſub num. 8. verbunden ſind, ſo iſt es ein vor allemahl ein wieder eines Hochlöbl. Oberrheiniſch. Creyſſes höchſte Gerechtſamme anzügliches, und nachtheiliges auch wieder die allgemeine Rechte und Reichs-Satzungen lauffendes nichtiges, thätliches ja abzuſchaffendes Vornehmen, wenn die Reichs-Ritterſchafft ſich eines Steuer-Rechts, vornemlich in Sachen die Reichs-Steuern belangend, über den Herrn Graffen von Görtz als einen Immatriculirten und in dem Hochlöblichen Oberrheiniſch. Creyſſe gelegenen Reichs- und Creyß-Stand und über deſſelben angebohrne und erbgehuldigte Unterthanen anmaſſen und denſelben in ſeiner Reichskündigen Immedietæt kräncken wolte. Cum tamen nec ulli unquam hominum jus ſuum detrahi oporteat. Per Jur. comm. Zumahlen da ihro Römiſch. Kayſerl. Majeſtät abermals und aufs neue allergnädigſt zugeſaget haben, nachdrücklichſt zu beſorgen, daß denen Creyſſen keine von alters einverleibt geweſene Stände und Lande entzogen, und abgeriſſen werden, noch ſich davon eigenwillig ſelbſt entziehen, ja wegen der Wiederherbeybringung auch Ergäntzung derer Reichs-Creyſſe ein Reichs-Gutachten erfordert, und dahin geſehen werden ſolle, daß die alſo reſtituirte Creyſſe und Stände bey ihrer wohlhergebrachten Freyheit und Reichs-Immedietæt ungekränckt belaſſen, fort alle attentirte Thätligkeiten und Zumuthungen, forderſamſt abgeſchafft und zu dem Ende denen Creyß Ausſchreibenden Fürſten, und wann es die Nothdurfft erfordert, denen andern Hohen Creyß-Aembtern die allerhöchſte Kayſerl. Hand wircklich gebothen werde, Per textum Capitulat. Caroli VII. art. 12. §. 1. & 2. Durch welches klare und nachdrückliche Reichs-Geſetze alle Ritterſchafftliche Zudringlichkeiten, ſie mögen

auch

auch Nahmen haben wie ſie wollen, auf einmahl zernichtet ſind, und Hr. Grafe von Görtz ſich darauf feſtiglich gründet, ja zu Vertheidigung ſeiner wohlhergebrachten Landesherrlichen Hoheit und Steuer-Regals ſolche heilig zu haltende Kayſerl. Reichs-Satzung allen nichtigen Ritterſchafftlichen Einwenden und leeren Vorſpiegelungen einer dem corpori equeſtri angeblich competirenden Poſſeſſion vel quaſi juris collectandi und darauf erſchlichenen Kayſerl. Privilegien beſtändig entgegen ſetzet.

§. 14.

Denn was 1.) in der kurtz gefaſten und gründlichen Information §. 12. & 13. angeführet iſt, daß die Reichs-Ritterſchafft in Francken bey der Ritterſchafft in Buchen die Reichs- und andere Steuern einzuſammeln nicht herbracht habe; dieſes wird mit dem ſub num. 9. anliegenden Copeylichen Revers bekräftiget, woraus zu bemercken iſt, daß die Reichs-Ritterſchafft in Buchen überhaupt ſchon 1605. wegen der Reichs- und Türcken-Steuer in Vergleichung mit dem Hrn. Abbten zu Fulda begriffen, und Kayſer Rudolphus II. vermöge Kayſerl. Reſcripts es bey dieſem Vergleich und Austrage gelaſſen; und daher die Reichs-Ritterſchaft in Francken aller 6. Orthe, ſo viel die Reichs- und Türcken-Steuer, wie auch alle andere An- und Auslagen belangt, nichts zu fordern, feſtiglich zugeſagt und verſprochen habe, folglich ſtehen der Fränckiſchen Reichs-Ritterſchafft aus dieſem ihrem eigenen Geſtändniß und gethanen Verſprechen exceptio rei judicatæ, & exceptio pacti de non petendo collectas imperiales entgegen. Zwar wird 2.) in dieſen vermeintlichen Reverſalibus noch gedacht, als ob die Ritterſchafft in Buchen ſich erklähret und verbrieffet hätte, daß ſie zu Unterhaltung des gemeinen Ritter-Raths und nothwendiger Defenſions-Mittel in denen bewilligten Anlagen ihre gebührende quotam, zum Orth Röhn-Werra erlegen

ſolten; allein gleich wie eine dergleichen angegebene Verbrieffung nur allein von der Reichs-Ritterſchafft in Francken gerühmet, von der Buchiſchen Ritterſchafft aber und ſonderlich von denen Görtziſchen Herren Gan-Erben feyerlichſt wiederſprochen wird, und in rerum natura nicht iſt; indem gleich zu Anfangs dieſer Reverſalien deutlich enthalten, daß die Ritterſchafft in Buchen mit dem Fränckiſchen Ritter-Creyß nur in guter Vertraulichkeit und Correſpondentz von undencklichen Jahren geſtanden hätte; alſo iſt daher nicht zu glauben, daß der Ritterſchafft in Buchen Vorfahren ſich gegen die Fränckiſche Reichs-Ritterſchafft zu einer Steuer-Schuldigkeit verbrieffet hätten; und ſchlägt hiebey noch an, was in Rechten vorgeſehen, quod Referens absque relato nihil probet. Zumahlen da es auf die Verwilligung erſt ankommen ſollen, und nur derer bewilligten Anlagen gedacht wird, dahero ein dergleichen Actus liberalitatis der Ritterſchafft in Francken nicht das geringſte Recht giebet; Und da über dieſes die ſchuldigen Reichs-Steuern, welche die in der Deſignation ſub num. 7. angezogene Reichs-Herrſchafften in Buchen und die Görtziſche Herren Gan-Erben dem Reich zu leiſten ſchuldig geweſen, zum Hochlöblichen Ober-Rheiniſchen Creyße deswegen inferiret werden müſſen, weil ſelbige darinnen gelegen, und ſich mit dem Hochfürſtl. Stift Fulda in Vergleich eingelaſſen, auch die Reichs-Steuern alſo würcklich zum Reichs-Anſchlage dahin geliefert haben, ſo hat es nicht in der Buchiſchen Ritterſchafft Mächten geſtanden, ſich von dem Hochlöbl. Ober-Rheiniſchen Creyße abzuziehen und ſich unter den Fränckiſchen Ritterſchafftlichen Creyß zu begeben. Dahero iſt dieſe angegebene Begebenheit, welche doch nicht erweislich iſt, ein gantz vergebener und um ſo mehr nichtiger Handel, als 3) keiner von denen Görtziſchen Herren Gan-Erben vermöge derer beſchwohrnen Burg-Frieden mäch-

mächtig iſt, mit ſeinem Schloß einem Herrn geſchweige der Ritterſchafft mit Steuern zu dienen und zu gewarten, Innhalts der kurtzgefaſten gründlichen Informations-Anlage ſub num. 1. pag. 17. lin. 26. & ſub num. 2. §. 2. pag. 20., und von denenſelben eine Verbrieffung nicht aufgewieſen werden kan, ſondern es ergiebet 4) die anno 1716. zuſammen getragene Ritter-Ordnung pag. 79., welchergeſtalt erſt neuerlich die Art der Verbindung beliebet werden wollen, daß nemlich ein jeder der Ritterlichen Mitglieder ſich verbündlich und pflichtig machen ſollen, das bey jedem Ritter-Ort darzu gewidmete Exemplar der Ritter-Ordnung mit eigener Hand zu unterſchreiben, und ſein anererbtes Adeliches Ring-Pitſchier fürzudrucken, auch dazu zu verſprechen, auch ſeine Ehren-Kinder Männlichen Geſchlechts zu gleicher Nachfolge und Annehmung der Ritter-Einigungs-Verfaſſung zu vermögen; dahero auch hieraus erhellet, daß eine vorhergängige verbindliche Vereinigung mit der Ritterſchafft in Buchen nicht vorgeweſen, und nach dieſer Zeit von denen Görtziſchen Herren Grafen und Gan-Erben etne dergleichen prætendirte Verſchreibung nicht bewircket worden iſt; vielmehr hat 5) Herr Graf von Görtz 1730. beym höchſtpreißl. Kayſerl. Cammer-Gerichte gegen die Ritterſchafftliche Anmaſſung einer Inſtantz ein gerechteſtes mandatum pœnale S. C. de non trahendo cauſam in Camera Imperiali pendentem ad aliud forum erhalten, und beym höchſtpreißl. Kayſerl. Reichs-Hof-Rath iſt die Ritterſchafftliche prætendirte Inſtantz auch zernichtet und verworffen worden, folglich haben 6) die etwan anführen wollende Ritterſchafftliche Privilegia und daher leitende Steuer Poſſeſs wie überhaupt alle alſo auch insbeſondere die Reichs-Steuern belangend, keine ſtatt; indem dergleichen contra jus tertii lauffende und erſchlichene Privilegia ipſo jure nichtig ſind, abſonderlich aber iſt in der über die 1716. errichtete

 Ritter-

Ritter-Ordnung erlaſſene Kayſerl. Confirmation pag. 83. ausdrücklich vorgeſehen, daß ſolche Ritter-Ordnung und Kayſerl. Confirmation, der Kayſerl. Majeſtät und des Heiligen Reichs Obrigkeit, Ordnung und Abſchieden, und ſonſten männiglich an ſeinen Rechten und Gerechtigkeiten unſchädlich ſeyn ſollen. Weil nun 7) denen Görtziſchen Herren Gan-Erben das jus collectandi vi ſuperioritatis territorialis & Receſſus ſupra ſub num. 8. allegati zuſtehet, und ſelbige als ein immatriculirter Reichs- und Creyß-Stand dem Reich zu ſteuern und ſolche Reichs-Steuern in die verordneten Reichs- und Creyß-Truhen zu inferiren ſchuldig und unterthänigſt erböthig ſind, auch dieſe allgemeine Reichs- und Creyß-Schuldigkeit und Wohlfahrts-Beförderung einem Ritterſchafftlichen und koſtbahren Privat-Staat, welcher denen Görtziſchen Herren Gan-Erben nicht einen Pfenning nutzet, ſondern ihnen ihre Immedietät und wohlhergebrachte Landes-Hoheit wiederrechtlich kräncket, und in 25. Jahren in die 262065 3. Fl. gekoſtet hat, weit vorgehet, ſo hoffet Herr Grafe von Görtz, daß ihm und ſeinem Reichs-Conſtitutions-mäßigen Anſuchen die Ritterſchafftliche leere Einſtreuungen nicht hinderlich ſeyn, ſondern ſelbiger von einem hochlöbl. Ober-Rheiniſchen Creyße eine gnädigſte Erhörung und Admiſſion zu Sitz und Stimm auf Reichs- und Creyß-Tägen erlangen werde.

Beylagen.

Num. 6.

Iſt ein Revers Biſchoff Gerhards von Würtzburg d. d. 1526. Dienſt. vor Luciä wegen der Heinrich und Werner von Schlitz, genannt von Görtz, verſprochenen Douceur für die ihme von ihnen zugeſagte Hülffe.

Num. 7.

Zuverläßige Deſignation derjenigen ohnmittelbaren Reichs-Graf-Herrſch- und Gan-Erbſchafften, welche ehedem ihre Reichs-Steuern in die gemeine Creyß-Truhen einzuliefern gehalten, und das Röm. Reich in poſſeſſione vel quaſi der Reichs-Steuern geweſen,

weſen, nach der Zeit aber vermöge des Vergleichs mit dem Hochfürſtl. Stift Fulda de anno 1656. §. 5. zu einem Reichs-Matricular-Anſchlage bey jedesmahliger Reichs-Steuer-Bewilligung in der Leg-Stadt Franckfurth als ein verglichenes gewiſſes und auf den Fuldiſchen Reichs-Matricular Anſchlag keine Reflexion habendes Quantum von 2000. Fl. Fränckiſcher Wehrung zu bezahlen über ſich genommen haben.

1. Stadt und Amt Schlitz. 2. Gericht Langenſchwartz Fuldiſchen Antheil. 3. Gericht Langenſchwartz Adelichen Antheil. 4. Gericht Buchenau. 5. Gericht Burckhaun. 6. Gericht Wehrda. 7. Gericht Mansbach. 8. Wenigen Taff. 9. Stadt und Amt Lengsfeld. 10. Stadt und Amt Thann. 11. Wüſten Sachſen. 12. Gericht Gersfeld. 13. Gericht Weyhers, Weyherl. Antheil. 14 Amt Schackau. 15. Poppenhauſen, olim Mansbach, modo Fuld. 16. Geroda. 17. Mitgefeld. 18. Platz. 19. Thalherda. 20. Eichenzoll olim Berleps modo Fuld. 21. Poppenhauſen, olim Berleps modo Fuld. 22. Abtsroth mit ſeinen Beylehn olim Berleps modo Fuld. 23. Gericht Völckershauſen. 24. Gericht Neukirchen. 25. Das Dorf Neukirchen. 26. Die drey Mann zu Wehrda, ſo zu Neukirchen gehören.

NB. Es werden auch noch einige inexigible Orthe angegeben, welche aber ohngefehr ſo viel importiren, als das Gerichte Buchenau und das Gerichte Wehrda.

Num. 8.

Iſt ein Extract eines von einer Kayſerlichen Commiſſion Anno 1671. 19. Jun. zwiſchen denen von Görtz und ihren Unterthanen errichteten Receſſes, in welchem es heißt: Was dann im übrigen die geklagte continuirliche Contributions-Anlagen, Geld-Straffungen, harte Gefängnüſſe und dergleichen Beſchwerden anbelanget: Obwolen die Junckern nicht geſtändig ſeyn, daß hierinn einiger unverantwortlicher Exceß vorgangen ſey; ſo werden und wollen ſie doch inskünftige mit ihren Unterthanen in allen ihren Beſchwerden alſo verfahren, wie ſie es gegen GOtt in ihrem Gewiſſen, gegen der Röm. Kayſerl. Majeſt. als Ihrer höchſten Obrigkeit, und ihren Lehen-Herren, den Lehen-Rechten gemäß, zu verantworten gedencken. 2c.

Num. 9.

Verſchreibung der Reichs-Ritterſchafft in Francken gegen der Ritterſchafft in Buchen, davon das hieher gehörige oben im Text zu leſen; die gantze Urkund aber in dem Diplomatiſchen Archiv des 17den Seculi zu befinden iſt.

Anhang zum ſechzehenden Capitel.

Sachſen-Coburg-und Salfeldiſche Vorſtellung Gegen das Sachſen-Meiningiſche PRO MEMORIA, (*) Das Coburgiſche Reichs-VOTUM und Bevollmächtigung Eines COMITIAL-Geſandten betreffend.

Mit Beylagen N. I. usque XXIV. incluſ.

Anno 1742.

§. I.

Veranlaſſung.

BEy der gegenwärtigen geſammten Reichs-Verſamlung und denen vortreflichen Geſandtſchafften iſt ohnlängſt ein PRO MEMORIA, das Sachſen-Coburgiſche Reichs-Votum und die Bevollmächtigung des Comitial-Geſandten betreffend, benebſt einem libello reviſorio und angefügter Specie facti unter dem Nahmen, und mit einer ſub Lit. C. inſerirten Vollmacht des Herrn Hertzogs Friederich Wilhelms zu Sachſen-Meiningen Fürſtl. Durchl. im Druck er-

(*) Sobald das Hertzogl. Sachſen-Meiningiſche pro memoria zu handen zu bringen ſeyn wird, werde nicht ermangeln ſolches auch mitzutheilen.

erſchienen und diſtribuiret worden. Wiewohl nun die darmit geſuchten Unfüglichkeiten von ſelbſt einem jedweden unpartheyiſchen ſofort in die Augen fallen; ſo will jedennoch die Nothwendigkeit erfordern, dargegen den wahren Zuſtand der Sache, mit zugehörigen Fundamentis, in deſto mehrere Deutlichkeit zu ſetzen.

§. 2.

Es kömmet darbey vornemlich auf drey Puncta an, welche nicht confundiret werden dürffen: (1.) Nach welcher Proportion die beyden Fürſtl. Häuſer Sachſen-Meiningen und Sachſen-Coburg-Salfeld zum Coburgiſchen Reichs-Voto zu concurriren haben? §. 3. ſeq. (2.) Welchermaſſen ſothane Concurrenz ſelbſt, oder die gemeinſchaftliche würckliche Verführung des Coburgiſchen Reichs-Voti zu reguliren? §. 10. Und (3.) Welche Perſon zur Comitial Geſandtſchafft zu bevollmächtigen ſey? §. 11. ſeqq. Puncta.

§. 3.

Super quota Voti iſt allbereits vor der in Sachen die Sachſen-Coburg-Eiſenberg- und Röhmhildiſche Succeſſion betreffend, am 25. April anno 1714. publicirten Kayſerl. Haupt-Sentenz geſtritten worden. Als nun in dieſer, beſag adj. N. 1. dem Fürſtl. Hauſe Sachſen-Meiningen, mehr nicht als die Helfte, zugeſprochen wurde, in verbis art. 7. „daß es ratione des von Sachſen-Gotha an weyl. Hertzog **Bernharden**, per receſſum de a. 1681. überlaſſenen, auch von demſelben und deſſen Hrn. Sohn bishero fortgeführten **halben Coburgiſchen Reichs**-Voti ſein beſtändiges Verbleiben habe;„ So hat zwar (1.) Quota Voti. N. 1.

erſt-

erſtgedachtes Fürſtliches Hauß Sachſen-Meiningen, inſonderheit dargegen das Remedium Supplicationis pro Reviſione actorum ergriffen, und pro colorando gravamine, eben diejenigen Argumenta, welche anjetzo in dem Promemoria zum vermeyntlichen Behuf des abermaligen Reviſions-libelli nur wiederhohlet werden, aufs alleräuſſerſte verfochten und geltend zu machen geſucht. Alldieweilen aber ſelbige ſchon vor 27. Jahren in nichts anders beſtanden, und noch in weiter nichts beſtehen, als in dem Wahn: Die Vota Comitialia ſeyen perſonalia, ſine terra ceſſibilia, diviſibilia und gleichſam in commercio, pro cujusvis convenientia; und doch müſten dieſelbe, in judicio familiæ herciſcundæ, nach eines jedweden Fürſtl. Erbs-Intereſſenten Competenz an Land und Leuten, in Theilung gebracht werden; Geſtalten denn auf dieſem, eine offenbare Contradiction zum Grunde habenden Fuß, ſchon dem damaligen Sachſen-Meiningiſchen Reviſions-libello ſub præſentato Reichs-Hofrath den 5. Dec.
N. 2. 1714. adi. N. 2. eine Bruch-Rechnung beygeleget wurde, nach welcher das Sachſen-Coburgiſche Reichs-Votum in 5760. Theile zerſchnitten, und daraus die prætenſio majoris partis Saxo-Meiningenſis, jure prætenſæ perſonalitatis Voti Comitialis erſcheinen ſollte; So ſind dargegen ſowohl Fürſtl. Sachſen-Coburg-Salfeldiſcher, als auch Fürſtl. Sachſen-Gothaiſcher Seits ſub præſentatis Reichs-Hofrath den 25. Jun. & 4. Jul. 1715. die in Rechten, und der Comitial-Obſervanz beſtens gegründeten Exceptiones adi.
N. 3. N. 3. übergeben und mit gründlicher Widerlegung

gung derer Sachſen-Meiningiſchen Unrichtigkeiten in facto behauptet worden, daß die Reichs-Vota allerdings und lediglich Realia, oder auf denen Landen radiciret ſeyn und bleiben müſten; Darauf aber

§. 4.

Pro hac realitate nicht alleine pendente iſto Reviſorio per Concluſum de 18. Nov. 1717. die Kayſerl. Erklärung geſchehen: „daß ſo lange, bis der Portions-Anſchlag in Richtigkeit gebracht, anbey die Ratæ an Land und Leuten feſtgeſetzet ſeyn würden, wegen würcklicher Verführung des Coburgiſchen Reichs-Voti es im vorigen Stande zu laſſen ſey,„ adi. N. 4. mithin eo ipſo der Sachſen-Meiningiſcher Seits prætendirten Perſonalität des Coburgiſchen Reichs-Voti die præparatoriſche Abfertigung gegeben worden; Sondern es iſt auch des vorgedachten Sachſen-Meiningiſchen reviſoriſchen gravaminirens ohnerachtet, am 11. May 1725. adi. N. 5. die Kayſerliche Haupt-Sentenz in allen ihren Puncten pure confirmiret, und darauf am 14. ejusd. die ſub N. 6. Obriſt-richterliche declaratoriſche Special-Anweiſung Art. 4. dahin eröfnet worden: „daß es bey der in voriger Sentenz Art. 7. wegen des von Sachſen-Meiningen bishero geführten halben Coburgiſchen Reichs-Voti geſchehenen Verordnung ſein Verbleiben habe.„ Wiewohl nun, vermöge der in eben ſelbiger Obriſtrichterlichen Reviſions-Sentenz Art. 3. confirmirten Rectification der Portions-Anſchläge und darauf gegründeten Repartition derer Ratarum, das Fürſtliche Hauß Sachſen-Meiningen, an Coburgiſchen Lan-

Res judicata.

N. 4.

N. 5.

N. 6.

Landen und Leuten, zu ſeiner Gebührniß nicht mehr bekommen, als 5262. Fl. 17. Gr. 10. Pf. Dahingegen dem Fürſtl. Hauſe Sachſen-Coburg und Salfeld, 8515. Fl. 17. Gr. 4. Pf. und zwar, vermöge Art. 2. mit allen hohen Reichs-Crayß- und Landes-Juribus zu Theil worden ſind; Dergeſtalt, daß Sachſen-Meiningen mit ſeiner ein weniges über eine tertiam vom toto betragenden Coburgiſchen Landes Rata, ſich nicht einmal zur Helfte des darauf radicirten Reichs-Voti qualificiren kan; So hat jedennoch das Fürſtliche Hauß Sachſen-Coburg und Salfeld, amore pacis, zumalen ſich ein Reichs-Votum nicht nach dem mediciniſchen principio: 5760. grana faciunt libram unam, abwägen und diſpenſiren läſſet, ſothane Reviſions-Sentenz pro re judicata angenommen. Das Fürſtl. Hauß Sachſen-Meiningen aber iſt mit ſeinen in ſpecie quoad quotam Voti ex capite enormis læſionis vorgehabten moldiminibus, per concluſum de 4. Iunii 1725. adi. N.
N. 7. 7. nachdrücklich abgewieſen worden, mithin hat durch die Rechts-Krafft des allerhöchſt Kayſerl. Reviſori-Urthels der ſo vieljährige Streit ſuper quota an dem Coburgiſchen Reichs-Voto nicht allein ſeine vollkömmliche Endſchafft erreichet; Sondern

§. 5.

Agnitio. Es hat auch das Fürſtl. Hauß Sachſen-Meiningen, nach erfolgtem Abſterben des Coburgiſchen Comitial-Geſandten, Barons von Hagen, in einem an weyland Herrn Hertzog Johann Ernſt zu Sachſen-Coburg und Salfeld erlaſſenen Schreiben, unterm dato 16. Nov. 1729. beſag

ſag adi. N. 8. auf die förderſame Wiederbeſtellung N. 8.
angetragen, und in dem mit beygeſchloſſenen Project einer geſamten Vollmacht adi. N. 9. ſothane N. 9.
rem judicatam pro fundamento Quotarum ſelbſt dergeſtalt ausdrücklich agnoſciret, daß „das Coburgiſche Reichs-Votum nach denen in Conformität der Kayſerlichen Sententiæ declaratoriæ vom 14. Maji 1725. §. 4to jedem Fürſtl. Theil competirenden ratis, jedoch noch zur Zeit pro indiviſo abgeleget und vertreten werden ſolle.„ Und als hiernächſt, auf Abſterben des Barons von Hagen, a. 1730. dem Fürſtl. Sachſen-Gothaiſchen Comitial-Geſandten, Baron von Gotter, die Verführung des Sachſen-Coburgiſchen Reichs-Voti mit aufgetragen wurde; ſo haben des Herrn Hertzogs **Friedrich Wilhelms** zu Sachſen-Meiningen Fürſtl. Durchl. die dem obigen Project gleichlautende Comitial-Vollmacht in einem von ihro ſelbſt unterſchriebenen und vollzogenen Mundo, adi. N. 10. denen Herren Herzogen, N. 10.
Chriſtian Ernſt und **Franz Joſiä** Gebrüdern zu Sachſen-Coburg zugeſchicket, und mittelſt Schreibens de dato 9. Sept. 1730. adi. N. 11. N. 11.
deren Mitunterſchrifft verlanget. Wie ſich nun diſſeits beſag N. 12. dabey kein Anſtand ge- N. 12.
funden; alſo haben auch vorhochgedachten Herrn Herzogs **Friedrich Wilhelms** Fürſtl. Durchl. in fernerer Antwort ſub dato Meiningen den 16. Dec. 1730. adi. N. 13. ſothanes beſchehenes ge- N. 13.
meinſames Concerto nochmahls agnoſciret, und die beyderſeitig vollzogene Vollmacht ſelbſt an den Baron von Gotter nach Regenſpurg überſchicket, um ſolche behörig zu übergeben, und die-

ſer ſeiner Legitimation halber das gewöhnliche ad dictaturam publicam zu befördern; immaſſen das obgedachte Original bey der Chur-Maynziſchen Directorial-Canzeley ohne allen Zweifel annoch befindlich iſt.

§. 6.

Des Herrn Herzogs **Anton Ulrichs** zu Sachſen-Meiningen Fürſtliche Durchl. haben zwar dem verhofften Effect verſchiedene Behinderungen in den Weg zu legen geſuchet, theils wegen der Perſon des Comitial-Geſandten, theils weilen ſie ſich jene albereits per judicata Cæſarea verworffenen, an ſich der Comitial-obſervanz entgegen ſtehenden principia perſonalitatis votorum und daraus formirte Bruch-Rechnung wiederum beygehen laſſen rc. rc. Alleine des Herrn Herzogs **Friedrich Wilhelms** Fürſtl. Durchl. haben in dero ans Fürſtl. Haus Sachſen-Coburg-Salfeld erlaſſenem Schreiben de dato Meinin-
N. 14. gen den 16. Januar. 1731. adi. N. 14. ſelbſt veranlaſſet, und an Hand gegeben: „bey ihro Kayſerl. Majeſt. dahin anzutragen, daß die Annehmung der *per majora* **vollzogenen Vollmacht** per Reſcriptum Cæſareum verfüget ihro durchl. Hrn. Herzog **Anton Ulrichen** aber ein *Salvatorium*, daß dieſes **in ſo lange**, **bis dieſelbe ſich hierunter** *conformiren* **würden**, ohnpræjudicirlich ſeyn ſolte, ertheilet werden möchte.„

§. 7.

Alldieweilen aber bald hernach der Comitial-Geſandte Baron von Gotter ſothane Function niedergeleget; So haben offt Hochermeldten Herrn Herzogs **Friedrich Wilhelms** Fürſtl. Durchl.

an

an deſſen Stelle, in Sachſen-Coburg-Salfeldiſcher Conformität, den Baron von Stein aggreiret, laut Fürſtlichen Schreibens de dato 21. Dec. 1733. adj. N. 15. Sie vermelden ferner ſub dato 9. Martii 1734. adj. 16. daß auch ihro Herrn Bruders, Herzogs Anton Ulrichs Condeſcendenz erfolget ſey. Ingleichen unterm 5. Junii dicti anni, daß ſie dem Baron von Stein, nach Ausſtellung ſeines Pflicht-*Reverſes*, wie ſolcher mit dem von Gotter ehemals *concerti*ret worden, die ebener maſſen albereits verabredete Reichstags-Vollmacht wircklich ausgeſtellet und darauf von ihm den Handſchlag angenommen; Sie haben ihme zugleich die Fürſtliche Verſicherung gegeben, daß er von ihro Herrn Bruder, Herzog Anton Ulrichen die Conformität erhalten würde; Sie erſuchen dahero das Fürſtliche Haus Sachſen-Coburg und Salfeld, daß dieſes das wichtige Werck gleichmäßig befördern möchte, wie ſie dann ihren Deputatum befehliget haben, mit denen Sachſen-Coburgiſchen Räthen die *Inſtructions-Puncta* zu verabreden, wie ſolches alles in dem adjuncto N. 17. mit mehrern enthalten, aus dem adj. N. 18. de dato Meiningen den 14. Auguſti 1734. aber ferner beſtärcket wird, daß ſie auch die *concertirte Inſtruction* unterzeichnet, beſiegelt, und an ihro Herrn Bruders Fürſtl. Durchl. nacher Wien zur Mitvollziehung überſendet haben.

N. 15. N. 16. N. 17. N. 18.

§. 8.

Gleichwie nun aus allen dieſen ſo vielfältig wiederholten und beſtändig beharreten Fürſtl. Sachſen-Meiningiſchen Agnitionibus gantz über-

Ordinationes Cæſ. ulteriores.

überzeugend erhellet, daß poſt rem judicatam Cæſaream de 14. May. 1725. ſuper Quota concurrentiæ der allermindeſte Streit nicht mehr obgewaltet, noch obwalten können, auſer was des Herrn Herzogs **Anton Ulrichs** Fürſtl. Durchl. ohnſtatthafft herkommen laſſen wollen; alſo ergiebet ſich auch aus denen anderweit erfolgten Allerhöchſt-Kayſerlichen Judicatis & ordinationibus, daß ſothane erſt Hochgedacht ſeiner Fürſtlichen Durchl. Herrn Herzogs **Anton Ulrichs** einſeitige, thätliche Behinderungen, und zu deren vermeintlichem Behuf, wieder hervorgeſuchte alte rechtskräfftig abgethane Einwendungen ebenfalls rechtsbehörig nochmahls removiret worden, indeme per Reſc. Cæſ. de 29. April. 1735.
N. 19. adi. N. 19. Jhro die allerhöchſt Kayſerliche nachdrückliche Auflage geſchehen: „daß ſie dem Coburgiſchen Comitial-Geſandten Freyherrn von Stein, die abgenommene, **von denen Herren Herzogen zu Sachſen-Salfeld und Herrn Herzog Friedrich Wilhelm zu Sachſen-Meiningen vollzogene** *Comitial*-**Vollmacht** ſogleich mitvollziehen, und dem gedachten Comitial-Geſandten Baron von Stein, gegen deſſen ausſtellenden **Pflicht**-*Revers*, nacher Regensburg zuſchicken, und ausantworten laſſen; ſowohl auch ihme und dem Legations-Secretario die Sachſen-Meiningiſche theils bishero zurück gehaltene **Beſoldung** von Reminiſcere 1734. und ferner richtig bezahlen ſollen; ſamt dem Anhang, damit im widrigen nicht nöthig ſey, **ſchärfere Verordnung** ergehen zu laſſen.„ Inmaſſen dann darauf die fernerweiten Con-

Concluſa paritoria de 29. Jul. & 16. Sept. 1735. adi. ſub N. 20. erfolget ſind; auch endlich, da im- N. 20.
mittelſt der Baron von Stein ebenfalls reſigniret, des Herrn Herzogs **Anton Ulrichs** Fürſtl. Durchl. aber ſich gerichtlich anerkläret, daß ſie an der Perſon des Freyherrn von Pogarell zu dieſer Coburgiſchen Comitial-Geſandtſchafft, nichts auszuſetzen hätten, mit Verwerfung ihro im übrigen unſtatthafften petiti de ſuper-ſedendo in cauſa, nach gründlicher Erwägung beyderſeitiger in ſcriptis & impreſſis exhibirter Momentorum, das allerhöchſt Kayſerliche Proviſorium de 18. Octobr. 1740. adi. N. 21. ertheilet worden iſt. N. 21.
Ob man auch gleich Fürſtl. Sachſen-Meiningiſcher Seits, gegen die Annehmung ſothanen Kayſerlichen Reſcripti, deshalb, weilen ſolches bey weyl. ihro Maj. des Kayſers Lebzeiten mit ihro ſelbſthändiger Unterſchrifft nicht ausgefertiget werden können, ſondern erſt nach dero am 20. d. m. Oct. erfolgtem Hintritt bloß mit einem ihro Majeſt. des Kayſers Namen in ſich haltenden Stempel unterzeichnet worden, ratione inſinuationis in tali forma, Schwierigkeit und Verzug geſuchet worden, conf. adi. N. 22. So hat je- N. 22.
doch ſothane Formalität der Subſtanz des gerechteſten Kayſerl. Erkänntniſſes ſelbſt nicht im Wege ſtehen können; ſondern ihro Königl. Maj. in Pohlen, als Chur-Fürſt zu Sachſen und Reichs-Vicarius, haben keinen Anſtand gefunden, ſothanes beym Kayſerl. Reichs-Hof-Rath ordentlich erkanntes und publicirtes Concluſum de 18. Oct. 1740. mittelſt Reſcripti de 14. Novembr. 1741. conf. adi. N. 23. an die beyden Fürſtl. Herren N. 23.

Gebrüdere und Corregenten zu Sachſen-Meiningen ausfertigen, auch der Nothwendigkeit und Billigkeit gemäß befunden, es darbey über-all bewenden zu laſſen. Inmaſſen den die Inſinuation ſothanen Reichs-Vicariat-Reſcripti bey der Fürſtl. Gemeinſchafftl. Regierung zu Meiningen, nach dem Geſtändniß des gegentheiligen Promemoria in adi. N. 8. & 9. behörigermaſſen geſchehen iſt. Und obwol Fürſtl. Sachſen-Meiningiſcher Seits dargegen Exceptiones ſub & obreptionis ſub præſentato 24. Decembr. 1741. eingewendet, ſo gar auch das Remedium reviſionis ſub præſentato 30. Jan. 1742. ergriffen werden wollen; ſo ſind jedoch erſtere per Concl. Vicar. de 18. Januar. und letzteres per Concl. de 1. Febr. 1742.
N. 24. conf. adi. N. 24. als unſtatthafft, zumalen Sachſen-Meiningen die formalia reviſionis im allermindeſten nicht berichtiget, allbereits rejiciret und abgwieſen worden.

§. 9.

Reviſorium. Auf welche Rechts erlaubte Art könnte oder wollte ſich denn anjetzo ein nur halb Rechtsverſtändiger vorſtellen, daß (1.) wider ſolch Kayſerl. Proviſorium de 18. Octob. 1740. worgegen keine remedia juris zuläßig ſind, Sam Stryk de Decreto interimiſt. Cap. V. Harpprecht. de util. & neceſſit. remed. proviſional. in judic. Imp. aul. Cap. I. §. 10. welches (2.) wenn auch ein remedium juris dargegen zuläßig wäre, dennoch des Herrn Hertzogs Anton Ulrichs Fürſtl. Durchl. ſelbſt Rechtskräfftig werden laſſen, nunmehro (3.) des Herrn Hertzogs Friedrich Wilhelms Fürſtl. Durchl. welche keineswegs mit vorhoch-

gedacht

gedacht ihro Herrn Bruders Fürſtl. jemals in hoc puncto communem cauſam gehabt, ſondern vielmehr, per adi. N. 14. erwieſener maſſen, ſelbſt veranlaſſet haben, daß Sachſen-Salfeld wider Herrn Hertzogs **Anton Ulrichs** anmaßliche Behinderung derer Majorum bey Kayſerl. Maj. geklaget, und das Proviſorium ausgewürcket, (4.) mit einem Reviſorio die Majora ſelbſt behindern könnten? Ja ſo gar auch (5.) da deſſen allenfallſiges fatale interponendi mit dem 25. Febr. 1742. ſchon längſtens exſpiriret, und (6.) das beym Reichs-Vicariat exhibirte Reviſions-Geſuch per adi. N. 24. allbereits Obriſtrichterlich verworffen iſt, zumalen (7.) keines derer in Reichs-Geſetzen weſentlich vorgeſchriebenen und ſub pœna deſertionis angeſetzten fatalien beobachtet geweſen, mithin (8.) ein Nagelneues Reviſorium Reviſorii deſerti & rejecti ſuchen oder erlangen möchten? Geſtalten denn auch (9.) der Verfaſſer des mit dem Promemoria im Druck publicirten anmaßlichen Sachſen-Meiningiſchen Reviſions-libelli ſich im allermindeſten nicht getrauet, ſothane ſichtbarlichen Subſtantial-Defecte nur zu berühren, geſchweige denn zu juſtificiren, oder die Beobachtung derer fatalium zu dociren, gleich als ob dem Fürſtlichen Hauſe Sachſen-Meiningen alle nur erſinnliche Vexæ erlaubet und paſſiret werden müſten; dargegen aber dem Fürſtlichen Hauſe Sachſen-Coburg und Salfeld kein Jus quæſitum in der Welt zu ſtatten kommen könnte.

§. 10.

Aus dem allen aber erſcheinet nunmehro klärlich, daß der oben §. 2. geſetzte andere Punct.

(II.) Regulativum ſive modus concurrentiæ.

Welchermaſſen die Fürſtl. Sachſen-Meiningiſche und Fürſtl. Sachſen-Coburg-Salfeldiſche ad quotas æquarum partium ſchon Rechtskräfftig entſchiedene Concurrenz zum Sachſen-Coburgiſchen Reichs-Voto, das iſt, deſſen wircklicher Verführung, zu reguliren ſey? Gleichergeſtalt in einem längſt aufs verbindlichſte und gemeinſchafftlich vollzogenen concerto & compactato beſtehe, mithin der Kayſerlichen Reviſions-Sentenz de 14. May 1725. adj. N. 6. als welche ſelbſt ſothane Regulirung der Concurrenz auf der Fürſtlichen Intereſſenten gütlicher Vernehmung und Vergleichung geſtellet hatte, das vollkommliche Gnügen geſchehen, und auch darüber die allerhöchſt Kayſerliche approbation per adjunctum N. 19. erfolget ſey. Denn gleichwie zu ſothanen Regulativo folgende Puncta gehöret haben: (1.) wie der Gemeinſchafftl. Geſandte pflichtbar zu machen? (2.) wie die Comitial-Vollmachten zu faſſen? (3.) wie der Gemeinſchafftl. Geſandte zu inſtruiren? und (4.) wie deſſen Beſoldungs-Gehalt Gemeinſchafftlich zu præſtiren ſey? Alſo iſt ſchon aus denen Fürſtl. Sachſen-Meiningiſchen ſelbſteigenen Bekänntniſſen adj. N. 8. usque 18. vor Augen geleget, daß bey denen von Zeit zu Zeit gehaltenen Conferenzien von beyderſeits Fürſtlichen Räthen über alle und jede vorgedachte Puncta vertraulich deliberiret, die genommenen Abreden von beederſeits hohen Herren Principalen, vermittelſt Fürſtl. correſpondenz ratificiret und zur würcklichen Vollziehung gebracht worden.

Res tranſacta.

§. 11.

§. II.

Daß aber der §. 2. geſetzte dritte Punct, nehmlich: welche **Perſon** zur Comitial-Geſandtſchafft und Verführung des Sachſen-Coburgiſchen Reichs-Voti zu bevollmächtigen ſey? Anjetzo zu dem Promemoria und allen deſſen Nebenlagen, aus unlautern privat-Abſichten, die alleinige Veranlaſſung gegeben habe, ſolches wird ſogleich in deſſen Introitu nicht undeutlich geäuſſert. Denn, nachdeme von dem Fürſtl. Hauſe Sachſen-Coburg und Salfeld der Fürſtl. Sachſen-Weimariſche Comitial-Geſandte Freyherr von Pogarell, zur Verführung des Coburgiſchen Reichs-Voti vorgeſchlagen worden, und des Herrn Herzogs **Anton Ulrichs** zu Sachſen-Meiningen Fürſtlichen Durchl. daß ſie an deſſen Perſon nichts auszuſetzen, gerichtlich ſich erkläret haben, ratione deroſelben übriger Einwendungen aber, das Kayſerl. Proviſorium de 18. Octob. 1741. erkannt, mithin es bey dem beyderſeitig concertirten modo concurrentiæ, ratione (1.) des Pflicht-Reverſes, (2.) der Vollmacht, und (3.) Inſtruction, ingleichen (4.) der Salarirung æquis partibus, allerdings gelaſſen worden iſt; ſo kan abermals ohnmöglich abgeſehen werden, unter welchem Schein Rechtens des Herrn Herzogs **Friedrich Wilhelms**, Fürſtl. Durchl. wider ihro eigene facta, pacta & principia, nur ratione perſonæ, contra majora einige Einwendung zu machen, oder über das Proviſorium, welches doch das per adjunctum N. 14. für gerecht und billig ſelbſt agnoſcirte Salvatorium ausdrück-

III. Perſona.

drücklich in ſich faſſet, die allermindeſte Beſchwerung zu führen befugt ſeyn könnten? Inmaſſen dann auch die wegen des Comitial-Geſandten, Freyherrn von Pogarell, im Promemoria beſchehende Einwendungen: Seine Durchlaucht **hätten zu ihme kein Vertrauen; Er ſtünde in andern Dienſten und Pflichten** ꝛc. von der allermindeſten Erheblichkeit nicht zu achten ſind. Denn das angeblich ermangelnde Vertrauen iſt nicht allein an ſich ſehr unzulänglich, die majora in re communi zu behindern, ſondern auch deſſen geäuſerte Generalität ohne Anführung der mindeſten ſcheinbaren Urſache, warum alleine ſeine des Herrn Hertzogs **Friedrich Wilhelms** Durchl. kein Vertrauen haben könnten, da doch die übrigen des Voti Durchlauchtigſte Theilhabere, auch andere hohe Fürſten des Reichs, vor ihn es gnug bezeigen, und mehr Comitial-Vota ihm anvertrauet ſind, mag wohl auf nichts, als auf einen bloſen caſum *noluntatis* hinaus lauffen, ut adeo, qui ſine ratione a majoribus pro potiori parte diſſentit, reapſe diſſentire non videatur, ſed ejus conſenſus a judice recte ſuppleri & negotium *commune* ad exitum promoveri poſſit; Die **andern Dienſte** aber mögen dem Freyherrn von Pogarell eben ſo wenig, als vormahls dem Baron von Gotter, den des Herrn Hertzogs **Friedrich Wilhelms** Fürſtl. Durchl. ohne dergleichen an ſich irrelevante Ausſtellung, agnoſciret haben, und vor ihme dem Baron von Hagen, als welcher die Sachſen-Gotha- und Altenburgiſche Vota, auch noch mehrere andere,

nebſt

nebſt dem Sachſen-Coburgiſchen viele Jahre lang geführet hat, im Wege ſtehen.

§. 12.

Wie denn auch das im gedachten Promemoria zum vermeintlichen Grund geſetzte Argument aus der neueſten Kayſerl. Wahl-Capitulation, auf den gegenwärtigen Caſum am allerwenigſten applicabel iſt. Denn auſſer deme, daß ex Actis Comitialibus nicht unbekannt, welche beſondere Begebenheit zur Inſertion derer letzten Worte: **Weder** *proviſorie*, **noch in ſonſtige Weiß** *ſuſpendi***ren und ausſchlieſſen**, Veranlaſſung gegeben; So iſt in demſelbigen gantzen §vo die Rede nicht von einem Fürſtl. Intereſſenten bey einem **gemeinſchaftlichen** Voto, noch von einer bey demſelben *contra majora*, abſque ulla ratione einſeitig prætendirender Prævalirung, noch von einer daraus erwachſenden Privat-Controvers, noch de jure partium inter ſe; ſondern der angeführte §. handelt vielmehr von einem Stand des Reichs, welchem Seſſio & Votum für ſich ſolitarie gebühret, und von der, aus deſſen ſine conſenſu ſtatuum geſchehener Suſpenſion, entſtehenden Verminderung des Reichs-Fürſtl. Corporis ſelber. Wie dann auch in dem Kayſerl. Proviſorio die Rede und Abſicht keinesweges auf eine Suſpenſion oder Excluſion, ſondern vielmehr auf die Abwendung einer ſo zu reden ſelbſt eigener Suſpenſion, oder der aus unlauterer Eigenwilligkeit und ungegründeten Einwendungen entſtandenen Inactivität des Sachſen-Coburgiſchen Reichs-Voti, mithin auf die Redintegration derer Votorum des Fürſtl. Collegii, auf die Herſtellung

Art. 1. & 3. Capitulat. Cæſ. noviſſ.

lung des dem Publico ſelbſt daraus zuwachſenden Nutzens, und auf die Conſervation des denen Fürſtl. mittheilhabenden Agnatis competirenden Rechtens ausdrücklich gerichtet und an ſich von ſolcher Billigkeit iſt, daß dargegen in dem ſo gar unſtatthaften Reviſions-Libello, zu weiterer Behinderung des juris Legationis communis, ein vernünftiges *Gaudeant &c.* nicht gefunden wird.

§. 13.

Rationes Saxo-Meiningenſes invalidæ.

Denn es ſind ja die im Promemoria als Nagelneue vorgebildeten Differentien ſuper quota voti, obdeducirter maſſen, ſchon längſt keine Differentien mehr geweſen, ſondern es beſtehet ſelbiges nur in unſtatthaften Wiederholungen derer wider die Kayſerl. Haupt-Sentenz vom 25. April 1714. vormahls Fürſtl. Sachſen-Meiningiſcher Seits eingewendeten, allbereits aber in der Kayſerlichen Reviſions-Sentenz de 11. & 14. Maji 1725. als ungegründet, Rechts-kräftig verworffenen alten Prætenſionen. Geſtalten das Fürſtliche Hauß Sachſen-Meiningen, und inſonderheit des Herrn Hertzogs Friedrich Wilhelms Fürſtl. Durchl. Dero ſelbſt verfaſſetes gemeinſchaftliches Comitial-Vollmachts Project adi. ſupra N. 8. & 9. und die von Ihro würcklich vollzogenen und denen Comitial-Geſandten, Baron von Gotter und von Stein ausgeſtellten Original-Vollmachten adi. ſub N. 10. ausdrücklich auf das Kayſerl. Judicatum de 14. Maji 1725. art. 4. conf. adi. N. 5. & 6. gegründet haben, Ihro an Sachſen-Salfeld erlaſſene Fürſtl. Schreiben, Hand und Siegel aber ohnmöglich diffitiren können.

nen. Dahingegen dasjenige, was im Promemoria unter denen Sachſen-Meiningiſchen rationibus ſub N. 8. von einer Fürſtl. Sachſen-Coburg-Salfeldiſchen Zugeſtändniß de Anno 1720. angeführet, und mit einer Beylage ſub N. 25. ſcheinbar gemachet werden wollen, nach dem klaren Buchſtaben dieſes gegentheiligen eigenen Producti, nur auf denjenigen **Vortheil** reſtringiret iſt, welchen weyland Herrn Hertzog **Bernhards** zu Sachſen-Meiningen Fürſtl. Durchl. p. m. bey der Fürſtbrüderlichen Theilung de Anno 1680. & 1681. erlanget haben, da ſie nemlich aus Sachſen-Gothaiſcher Ceſſion und weyland Herrn Hertzog Albrechts zu Sachſen-Coburg p. m. Fürſtbrüderlicher Gutwilligkeit, zur Mit-Verführung des Coburgiſchen Reichs-Voti, honoris cauſa ein und aufgenommen worden, ohnerachtet dieſelbe an Coburgiſchen Landen damahls nicht einer Hand breit im Beſitz gehabt, conf. adj. ſub N. 32. So hat auch das Fürſtliche Hauß Sachſen-Coburg und Salfeld ſeine Anno 1720. nur als einen gütlichen Vorſchlag gethane ohnverbindliche Erklärung dennoch dadurch würcklich præſtiret, daß es dem Fürſtl. Hauſe Sachſen Meiningen den Vortheil der Helfte am Coburgiſchen Reichs-Voto gerne gönnet, ohnerachtet dieſes ſich, vermittelſt ſeiner nur etwa tertiam partem des Fürſtlichen Albertiniſchen Anfalls betragenden Ratæ, doch mit dem allerdings erforderlichen Beſitz Coburgiſcher Lande zu ſothaner Helfte noch bis dato keinesweges qualificiren kan.

Und mit der im Promemoria beygefügten ratione

tione nona hat es gleiche ungegründete Beſchaffenheit. Denn im Kayſerl. Decreto de 18. Oct. 1740. heiſſet es nur: Daß ſolche proviſoriſche Verordnung dem Fürſtl. Hauſe Sachſen-Meiningen weder an ſeinem etwa habenden Vorrecht bey dieſem Fürſtlichen Voto, noch an denen Pactis oder Obſervanz des Fürſtl. Hauſes im geringſten nicht nachtheilig ſeyn ſolle. Unter ſothanem ſehr zweifelhaften etwa aber kan nichts-weniger als die per Sententiam Reviſoriam de Ao. 1725. ſchon Rechtskräftig erörterte alte vorlängſt gefallene prætenſio majoris partis verſtanden und gemeynet ſeyn, ſondern es beziehet ſich ſelbiges vielmehr auf die in denen præmiſſis Obriſtrichterlich erkannt und eingeſehene *ex parte* **des Fürſtl. Sachſen-Meiningiſchen Hauſes, ſo vieljährige auch ſo unnöthig als unbegründet gemachte Verzögerungen**, dergeſtalt, daß um derentwillen, **das ſo uralte Fürſtl. Sächſiſche Reichs-*Votum*, zum Schaden des *Publici*, auch zum Nachtheil der Fürſtl. Mittheilhabenden *Agnatorum* ferneres auſſer *Activität* keineswegs zu laſſen ſey**; jedoch aber dem Fürſtl. Hauſe Sachſen-Meiningen vorbehalten bleibe, ſein **etwa** *ex alio capite* habendes Vorrecht namhaft zu machen, auch anderer Geſtalt und beſſer, als bishero geſchehen, rechtlicher Art nach anzubringen und auszuführen; deſſen denn das Fürſtl. Hauß Sachſen-Coburg und Salfeld hiernechſt, **wenn anförderſt dem Kayſerl. *Proviſorio* die ſchuldige Folge geleiſtet worden**, erwärtig ſeyn muß.

§. 14.

§. 14.

Pro nunc aber würde es einen überaus verkehrten Modum procedendi abgeben, wenn nach dem Antrag des Promemoria „daß Ihro Kayſerl. Majeſt. geruhen mögten, über die quotam Voti allenfalls brevi manu, durch das Fürſtl. Collegium in Comitiis eine Entſcheidung treffen zu laſſen,„ das Kayſerl. ſo gar ſuper Reviſorio confirmatoriſche judicatum ſuper quota Voti de Anno 1725. ſamt allen, zu deſſen Folgleiſtung, fernerweit ergangenen Obriſtrichterlichen Verordnungen, und beſonders das Proviſorium de 18. Octobr. 1740. gleichſam als nicht geſchehen, zurücke geſetzet, oder einer neuen Diſcuſſion unterworffen, mithin das dem Fürſtl. Hauſe Sachſen-Coburg und Salfeld daraus, und aus der Sachſen-Meiningiſchen ſelbſt eigenen Agnition, zugewachſene jus quæſitum, intervertiret, dahingegen aber denen Sachſen-Meiningiſchen allbereits ſo oftmals für unnöthig und unbegründet erkannten Verzögerungen ein ſolch gantz unerhörtes Thor aufgeſperret werden ſolte, die Activität des Sachſen-Coburgiſchen Reichs-Voti noch ſehr viele Jahre hindurch verſchleiffen zu dürffen. Denn es ſind jedoch nichts anders, als lauter Unbegreiflichkeiten, (1) wie das Reichs-Fürſtl. Collegium darzu kommen ſollte, (2) über das ab ipſo Cæſare ſo gar ſuper Reviſorio Saxo-Meiningenſi, ſchon Rechtskräftig decidirte, (3) an ſich nichts anders als jura partium concernirende punctum Quotæ, (4) eine Entſcheidung zu treffen? Geſtalten denn (5) die im Promemoria beygefügte parentheſis; („Wiewohl man doch Perverſa petitio.

auch

auch dadurch den hochpreißlichen Reichs-Hof-Raths-Ausſpruch zu decliniren nicht gemeynet ſey,,) Den an ſich unfüglichen Antrag noch mehreres dergeſtalt impliciret, daß, wenn gleich ſuper quæſtione quotæ Voti weder res judicata Cæſarea, noch agnitio partis Saxo-Meiningenſis vorhanden wäre, jedennoch (6) niemand ſich würde vorſtellen können, was doch für eine gantz neue forma judicii, dem ſo gar unförmlichen und unſtatthaften Sachſen-Meiningiſchen Reviſorio Reviſorii zugefallen, errichtet werden ſollte? (7) Ob die angetragene Entſcheidung nur per modum amicabilis compoſitionis verſuchet, mithin authoritas rerum judicatarum ipſius Auguſtiſſimi dem Sachſen-Meiningiſchen ſtudio protrahendi & non parendi exponiret, oder (8) ob, wie in denen Beylagen des Promemoria deutlich prætendiret wird, eine gar neue rechtliche Unterſuchung und Judicial-Entſcheidung in Comitiis, mit oder ohne Concurrenz des Kayſerl. Reichs-Hofraths ſtatuiret und vorgenommen werden ſollte? Sothane und übrige Unbegreiflichkeiten eines ſo gar unfertigen Modi recurrendi ad Comitia aber werden von dem Fürſtl. Hauſe Sachſen-Coburg und Salfeld zu eines jedweden der Reichs-Verfaſſung kundigen unpartheyiſchen Beurtheilung zwar anheim geſtellet; Jedoch kan und wird ſich daſſelbe ſeines Orts von dem effectu rerum judicatarum Cæſarearum niemahls und durch nichts abwendig machen laſſen.

§. 15.

Voti Comitialis realitas.

Der Verfaſſer des Promemoria vermeynet zwar ferner wohlgethan zu haben, wenn er ſich, nechſt

nechſt jenem Antrag erklåret, wie er nicht gemeynet ſey, das Principium: „Daß, wer ein *Votum* führen will, auch das Land, worauf es haftet, beſitzen müſſe„ welchem in Comitiis Imperii occaſione der Grubenhagiſchen Translation, vom Reichs-Fürſten-Rath per Concluſum de Anno 1715. verwahrlich inhæriret worden, hier im mindeſten anzufechten; Alleine es maſſet ſich derſelbe jedennoch ſogleich eodem halitu würcklich an, eben dieſes in denen Reichs-Satzungen und der Obſervanz gegründetes Principium aufs verächtlichſte mit Beruffung auf ein vagum jus convenientiæ, woraus eine contraria obſervantia Domus Saxonicæ zu erzwingen wåre, per obliquum anzufechten, und auf deſſelben interpretationem authenticam zu provociren; am Ende aber ſich ſelbſt widerſprechend, beyzufügen: Er begehre daſſelbige Principium im übrigen *ceteris paribus & pro futuro* nicht anzufechten. Gleichwie aber die an ſich ſehr klar und deutliche Theſis: „Die Reichs-Vota haften auf denen Landen„ weder angefochten noch durch Beruffung ad interpretationem authenticam obſcuriret werden kan; Alſo haben Kayſerl. Maj. die Application ad caſum præſentem allbereits ſelbſt gemachet, indem höchſt-dieſelbe ſchon långſt, nicht allein vorgångig pendente Reviſorio Saxo-Meiningenſi, per Concluſum de 18. Nov. 1717. wie allbereits oben angeführet worden, die Interims-Verordnung gethan: „Daß ſo lange bis der *Portions*-Anſchlag in Richtigkeit gebracht, anbey die *Ratæ* an Land und Leuten veſte geſetzet ſeyn würden, mithin in Reviſorio er-

kannt werden könnte, wegen würcklicher Verführung des Coburgiſchen Reichs-*Voti* es in dem damaligen Statu quo zu laſſen ſey.„ Sondern auch ex poſt, nach geſchehener Rectification des Portions-Anſchlags, und anbey veſt geſtelleten Ratis an Land und Leuten, conf. adi. N. 6. art. 3. dem Fürſtl. Hauſe Sachſen-Meiningen in ipſa ſententia Reviſoria **mehr nicht als die Helfte** zugeſprochen, *ibid. artic. 4.* und ſich allergerechteſt, durch das Fürſtl. Sachſen-Meiningiſcher Seits, in denen vorher pro obtinenda reformatoria exhibirten Schrifften, aufs alleroperoſeſte getriebene jus convenientiæ, & obſervantiæ contrariæ, an dem Fundamental-Principio: Die Reichs-Vota ſind auf dem Lande radiciret ꝛc. nichts irren laſſen.

Einig und allein die Fürſtl. Sachſen-Coburg-Salfeldiſche gütliche Erklärungen, daß man dem Fürſtl. Hauſe Sachſen-Meiningen dimidiam Voti etiam ſine dimidia terræ gönnen wolle, haben alſo verurſachet, daß daſſelbige die Helfte am Coburgiſchen Reichs-Voto erlanget hat; Nun aber will es, aus eben jenem Rechtskräftig devalvirten Convenientia-Principio, den weit ſtärckern Fürſtl. Theilhaber dieſer Reichs-Lande, auf welchen das Votum Comitiale radiciret iſt, noch weiters bezwacken, beſonders aber unterm Nahmen des Herrn Hertzogs **Friedrich Wilhelms** Fürſtl. Durchl. ein Reviſorium wider Dero ſelbſt eigene verbindlichſte Agnitiones angefädelt werden.

§. 16.

Intereſſe Bey der gantzen Sachſen-Meiningiſchen Particu-

ticular-Sache contra das Fürſtl. Hauß Sach- publicum.
ſen-Coburg und Salfeld verſiret alſo das Interesse des geſamten Fürſtl. Comitial-Collegii keinesweges, daß nach gegentheiliger Abſicht, Sachſen-Meiningen eine noch mehrere quotam auſſer der zugeſprochenen Helfte am Coburgiſchen Reichs-Voto ſine terra erlangen möchte; ſondern vielmehr in ſo weit (1.) daß dem in denen Reichs-Satzungen und der Obſervanz gegründeten, auch per Concluſum de a. 1715. beſtärckten Principio realitatis votorum, durch die Sachſen-Meiningiſchen Machinationes, kein Præjudiz zugezogen werde, (2.) daß, ſub prætextu des nur abſtractiviſchen, ſchon Rechtskräftig verworffenen gröſſeſten Antheils, das alte Fürſtl. Sachſen-Coburgiſche Reichs-Votum nicht länger auſſer Activität gelaſſen werde, und (3.) daß einer unendlich ſtreitbegierigen Parthey nicht nachzuſehen ſey, die ſuper concurrentia zu ſothanem Reichs-Voto ergangenen Kayſerl. Obriſtrichterlichen Judicata und Verordnungen, ſo unaufhörlich, und mit ſo gar nichtigen Einwendungen zu circumduciren. Wann wie in der Grubenhagiſchen Sache anno 1715. vorgegangen, etwas, ſo der Comitial-Obſervanz in regula zuwider iſt, geſuchet wird; Sodann mag auch niemand in Zweiffel ſtellen, daß die Einwilligung derer Comitial-Collegiorum allerdings erforderlich und nöthig ſey: Wann aber Ihro Kayſerl. Maj. ſelbſt, wie in hac cauſa geſchehen, Krafft tragenden Obriſtrichterlichen Amts, bey denen deciſionibus cauſarum inter partes litigantes, die Principia und Obſervanz derer Comitial-Collegiorum zum Grunde ſetzen und

darauf Ihro gerechtes Augenmerck richten; ſo wird auch niemand ſtatuiren, daß dargegen etwas zu ſagen oder Reviſiones Reviſionum, contra tot res judicatas, contra proprias agnitiones, contra rejectiones & manifeſtas deſertiones, dennoch zuläßig oder authoritas rei judicatæ Cæſareæ durch dergleichen ſo gar unförmlichen und ungleich vorgebildeten recurſum ad Comitia, die principaliter ſuchende noch weitere Ausſchweiffung zu infringiren erlaubet ſey. Vielmehr läſſet, die hoffentlich genugſam überzeugend erwieſene wahre Beſchaffenheit der Sache, das Fürſtl. Hauß Sachſen-Coburg-Salfeld der gerechten und zuverſichtlichen Hofnung leben, es werde ſich nirgend einiger Anſtand finden, die, dem allerhöchſt Kayſerl. Proviſorio gemäß, dem Sachſen-Weimariſchen Comitial-Geſandten Freyherrn von Pogarell ertheilte Fürſtl. Sachſen-Coburg-Salfeldiſche Vollmacht anzunehmen und denſelben zu Ablegung des Coburgiſchen Reichs-Voti zu admittiren; Inmaſſen dann die allerhöchſt Kayſerliche behörige Verordnung an die Kayſerl. Principal-Commiſſion zu dem Ende, gleich einſtens ſchon und in ſimili beſchehen allerunterthänigſt erbeten wird.

Beylagen.

N. I.

Extract Kayſerl. Haupt-Sentenz vom 25. April. 1714.

Der Paſſus concernens iſt bereits oben §. 3. wortlich enthalten.

N. II.

N. II.

Extract Fürſtl. Sachſen-Meiningiſchen Haupt-Gravatorial-libelli pro Reviſorio contra Sententiam de 25. April. 1714. ſub præſentato Reichs-Hofrath den 5. Dec. 1714.

Verb. Denn obwohl aus vielerwehnter Reichs-Hof-Raths-Sentenz vom 25. April a. c. zu diſſeitigem gerechten Vortheil und Nutzen, wie es auch eventualiter, quoad utilia Krafft dieſes zu acceptiren ſtünde, daß die (a) zwiſchen dem Fürſtl. Hauſe Sachſen-Meiningen und Sachſen-Gotha errichtete Receſſe ꝛc. ꝛc. Wie denn auch endlich, daß (g) das Fürſtl. Hauß Meiningen ꝛc. ꝛc. und ſelbigem **das halbe Coburgiſche Reichs-*Votum*** beybehalten bleiben ſolle; welches jedoch anderer Geſtalt nicht verſtanden werden kan noch darf, als daß nach dem Adjuncto ☿ der angezogenen Beylage ſub A. **ſothane Helfte** des Voti, oder $\frac{2880}{5760}$. Theile Anwalds gnädigſten Herrn Principali ex Receſſu de ad 1681 mithin ex hereditate avita und alſo vor dem quæſtionirten Coburgiſchen Anfalle allſchon competiret habe: unbeſchadet jedoch deſſen, daß ſelbigem auch ratione der andern in dem Anfall mit kommenden Helfte des daſigen Voti gantz unſtrittig an dero eigener rata $\frac{480}{5760}$ Theile, als auch an dem Eiſenberg-Coburgiſchen Antheile $\frac{80}{5760}$ nicht weniger an dem Römhild-Coburgiſchen Antheil $\frac{116}{5760}$. und denen ex conceſſione Gothana daſiger eigener ratarum $\frac{800}{5760}$. Theile, mithin, wenn auch allen ungeſtandenen falls die Ceſſio jurium ſublimium ratione der Salfeldiſchen Erb-Ratæ nicht ſtatt haben ſolte, an dem gantzen Coburgiſchen Reichs-Voto insgeſamt $\frac{4658}{5760}$. Theile, ſo præter propter $\frac{17}{21}$. Theile ausmachen, zugehören, wodurch Sachſen-Meiningen in den ſicherſten und aperteſten Vorzug ex capite majoris partis bey dieſem Reichs-Voto gegen Sachſen-Salfeld

(deſſen gantzes Antheil an dem Voto, wenn es auch nicht in nexu Gothano ſtünde, mehr nicht, als $\frac{57}{5\,60}$. oder $\frac{2}{21}$. Theile betrügen) geſetzet worden. Aus welchem die Beyſammenbehaltung ſowohl derer indiviſiblen Lande, als des Voti ſelbſt, (nachdem bey dieſem die Salfeldiſche Concurrens in minima particula auch durch den Auſtrag gar nicht practicabel iſt) bey dem Fürſtl. Hauſe Meiningen um adæquate und billige Satisfaction für die Salfeldiſche ratam nach denen fundamentis Juris publici & privati familiæ erciſcundæ allerdings zu ſchlieſſen und zu inferiren iſt. So kan doch dieſer favorablen Paſſagen ungeachtet, die ſolchen neben und beygefügte allzu enorme und unverſchmertzliche Benachtheiligung des Herrn Hertzogs zu Sachſen-Meiningen Fürſtl. Durchl. importanteſten Befugniſſe, ohne Suchung einer höchſtbedürftigen remedur dawider, keinesweges übergangen werden: Allermaſſen denn ſothane Verkürtzung ſich daraus ſonnenklar zu Tage leget, daß quoad formalia (1) &c. Quoad materialia und merita cauſæ findet ſich Anwalds Fürſtl. Herr Principal hiernächſt noch mehr dadurch graviret, daß in erwehntem Reichs-Hofraths-Concluſo (1) &c. Inmaſſen denn auch ſo gar (VIII.) pro gravamine anzuführen wäre, wenn Sachſen-Meiningen bey letzt beſagtem Ducatu ein mehreres nicht an dem Voto Comitiali und conſequenter an denen daſigen hohen Juribus als die ex ſucceſſione avita ohnehin nach denen Beylagen ſub S. T. competirende Helfte zugeſtanden werden wolte, da dieſes Fürſtl. Hauß noch über dieſes an der andern in dem Albertiniſchen Anfall mit gekommenen Helfte des Voti $\frac{1}{6}$ Theil, und ſodann ratione der Römhildiſchen und Eiſenbergiſchen ratarum auch ſeinen Antheil ohne einige Contradiction haben muß, wie ſolches bereits oben in denen Acceptandis ſub lit. H. an und ausgeführet worden.

N. III.

N. III.

(1.)

Extract Fürſtl. Sachſen-Coburg- und Salfeldi-ſcher Exceptions-Schrifft ad libell. gravator. Saxo-Meining. ſub præſentato Reichs-Hof-Rath den 25. Iun. 1715.

Ad h) Es könne die Verführung des Coburgiſchen hal-ben Reichs-Voti Sachſen-Meiningen anderer Geſtalt nicht zukommen, es könne denn ſelbiges auch vorhero ſich dazu nach Proportion mit ſo viel Landen an beſagtem Fürſten-thum Reichs-Obſervanz-mäßig gebührend qualificiren, weil das Jus votandi heut zu Tage Reichs-kündiger maſſen auf jedes Land ſelbſt, als auf ſeinem Grund und Boden, radici-ret iſt, und ohne deſſen würcklicher Beſitzung von niemand acquiriret noch verführet werden kan; Geſtalt ſolches auch Sachſen-Meiningen bey der andern Helfte obangeregten Reichs-Voti in ſo fern eo ipſo ſelbſt erkennet, da es in dem Adjuncto ſub ☿ bey Auswerffung der jeden Fürſtl. Inter-eſſenten ſeiner Meynung nach daran zukommenden Con-currenz eben die Proportion des jedem an dem gantzen Für-ſtenthum auch ſeiner Meynung nach gebührenden Landes-Antheil zum Fundament genommen. Nachdem aber Sachſen-Salfeld, wenn man gleich weiter nichts, als deſſen eigene Coburgiſche Erb-Ratam, mit dem von Sachſen-Ei-ſenberg und Sachſen-Römhild nach der Hand dazu weiter angefallenen daſigem Antheil, und dann ſeine per ſenten-tiam gleichfalls darauf aſſignirte, und von Sachſen-Gotha ſofort würcklich überwieſene Eiſenbergiſche Erb-Landes-Ratam, wie auch nur zwey Drittheil von denen väterlichen Nachſchuß-Geldern rechnet, ſchon mehr als das halbe Land nothwendig zu Theil werden muß, ſelbiges hingegen dabey nimmermehr geſchehen laſſen kan, daß die ehedeſſen dem je-

desmal regierenden Herrn Gothaiſcher Linie perſonaliſſime aufgetragene Verführung derer hohen Reichs-Jurium, ſo wenig ratione der von dieſem Fürſtl. Hauß vor ſeine Eiſenbergiſche Erb-Portion, und Fürſt-väterliche Nachſchuß-Gelder der Kayſerl. Sentenz zufolge überwieſenen, als derer zu ſeiner eignen Coburgiſchen Erb Rata ihm zukommenden Lande wider den klaren Innhalt derer Receſſe, und nur besagter Kayſerl. Sentenz, auf jemand anders, wer der auch ſey, transferiret werde, auch ſehr inconvenient ſeyn würde, wenn auf ſolche Art ſeine Unterthanen zu denen Reichs-Præſtandis, und Unterhaltung des Geſandten, das meiſte contribuiren, und gleichwohl einen andern in ſeiner Unterthanen Beutel vor ſich votiren laſſen ſollte; ſo folge von ſich ſelbſt, daß Sachſen-Meiningen ſich nicht einmal zu einem ſemiſſe ſothanen Voti mit gnugſamen Landen habilitiren, weniger noch hierüber an der andern Helfte auch nur pro rata ſua einige Participation mit Beſtand prætendiren könne; Indem ſonſt die erſte Helfte gar citra omnem relationem auf das Land, deme das Jus ſuffragii in comitiis gleichſam perpetuo nexu anhängig iſt, und alſo ſine cauſa, verführet werden würde.

Ad VIII.) Dieſes vorgebildete Gravamen hätte ſchon bey Beantwortung des nur angezogenen Acceptati ſub (h.) ſeine Abfertigung dahin erhalten, daß, weil Sachſen-Meiningen eo ipſo, da es, über die demſelben bereits in der Sentenz zuerkannte Halbſchied, auch an der andern Albertiniſchen Helfte des Coburgiſchen Reichs-Voti ſowohl ratione derer Römhild- und Eiſenberg-Coburgiſchen Ratarum, als ſeiner eignen Sextæ noch einen proportionirten Antheil haben wollte, zugleich ſelbſt agnoſcirte, daß die Concurrenz bey einem Reichs- oder Creyß-Voto nach Proportion des jedem Theilhaber zukommenden Quanti am Lande, in alle Wege reguliret werden müſſe; ſelbiges auch zuförderſt wegen der

anbe-

anberührten Voto prætendirenden erſten Helffte ſich mit einem dazu gnugſamen Antheil ſolchen Landes, Reichs-Obſervanz-mäßig zu habilitiren hätte, oder widrigenfalls mit einer ſolchen Concurrenz, wie es die Proportion ſeines Landes Antheils mit ſich brächte, daran begnügt ſeyn möchte.

(2.)

Extract Fürſtl. Sachſen-Gothaiſcher Exceptions-Schrifft contra libell. gravator. Saxo-Meining. ſub præſentato Reichs-Hof-Rath den 4. Jul. 1714.

Ad h.) Wie die ehemalige Uberlaſſung des Coburgiſchen halben Reichs-Voti an Sachſen-Meiningen in keiner andern Meynung geſchehen ſey, als daß ſelbiges der allgemeinen Reichs-Praxi gemäß ſich mit der Zeit auch dazu nach Proportion mit Coburgiſchen Landen qualificiren möchte; alſo könnte dieſer Fürſtl. Theil mit ſothanen halben Reichs-Voto ſich gar wohl begnügen, dieweil ſelbiger ſonſten, wann berührtes Votum nach dem bey denen Publiciſten recipirten Principio, Krafft deſſen bey Vertheilung eines Fürſtenthums jedem Intereſſenten ſo viel als er Antheil an dem Lande hat, auch an dem damit connectirten Voto zukommet, abgemeſſen werden ſollte, auch daran noch viel haben würde, und im übrigen, ein Votum in ſo viel tauſend Theile zu zerſtückeln, wider alle Obſervanz im Reich lieffe.

Ad VIII.) Wie wegen derer Eiſenberg-und Römhildiſchen Fälle an denen Votis nach dem Fundament des Receſſus de a. 1687. §. 7. von Sachſen-Meiningen nicht das geringſte geſuchet und begehret werden könnte; alſo hätte daſſelbe zu den a. 1681. überlaſſenen Coburgiſchen halben Reichs-Voto (davon aber auf die übrigen hohen

Landes-Jura keinesweges geſchloſſen werden könnte) ſich jetzo erſt vor allen Dingen nach der Reichs-Obſervantz mit Landen zu qualificiren.

N. IV.

Extract Reichs-Hofraths-Concluſi de 18. Nov. 1717.

Nachdem die Verführung des Coburgiſch. Reichs- und Crayß-Voti angezeigter Umſtände und Hinderungen halber, bis obgedachter maſſen der Portions-Anſchlag in Richtigkeit gebracht, anbey die Ratæ an Land und Leuten veſt geſetzet, und die Fürſtl. Herren Theilhabere ſich der Concurrenz halber entweder in der Güte geſetzet, oder von ihro Kayſerl. Maj. dieſelbe vorbehaltener maſſen reguliret worden, mittelſt würcklicher Eintretung des Herrn Hertzogs zu Sachſen-Salfeld in die ihm desfalls cedirte Jura, allenthalben mehr Schwierigkeiten verurſachen, anbey nicht thunlich ſeyn würde; als wäre ihre Kayſerl. Maj. gnädigſte Meynung, daß es damit, ſo viel den Herrn Herzog zu Salfeld betrifft, ohne daß dem Herrn Hertzog zu Hildburghauſen durch gedachten Vergleich einiger Nachtheil zuwachſe, dermalen im vorigen Stande zu laſſen.

N. V.

Sententia Cæſarea, ſuper Reviſorio Saxo-Meiningenſi prioris Confirmatoria de 11. May 1725.

In dem Nigro iſt nicht mehr enthalten, als in dieſem Rubro.

N. VI.

Concluſum Cæſareum Declaratorium de 14. May 1725.

Die Haupt-Stelle ſtehet im Text §. 4.

N. VII.

N. VII.

Reichs-Hofraths-Concluſum de 4. Junii 1725.

Das nöthige iſt aus dem Text zu erſehen.

N. VIII.

Fürſtl. Sachſen-Meiningiſches Schreiben an des Herrn Herzogs Johann Ernſts zu Sachſen-Coburg-Salfeld Fürſtl. Durchl. d. d. 16. Dec. 1729.

Ew. Liebden mögen wir nicht bergen, was maſſen uns von Regenſpurg aus Bericht zugekommen, daß der geſamte Fürſtl. Sächſiſche Comitial-Geſandte Baron von Hagen, am 9. dieſes das Zeitliche geſegnet; nachdeme nun bey denen noch daurenden gefährlichen Läufften vor das Evangeliſche Weſen, auch ſonſten nach Erfordetung derer Reichs-Angelegenheiten, wegen Vertretung des Coburgiſchen Voti eine anderweite Vernehmung nöthig, und zu überlegen ſtehet, ob nicht einsweiln und bis zu weiterem Concerto dem Sachſen-Eiſenachiſchen Geſandten von Schultz, welcher die Obſignation verrichtet, und zweifels ohne auch von Sachſen-Gotha zur Interims Verführung derer daſigen Reichs-Votorum, beliebet werden wird, Auftrag zu thun, und demſelben eine geſamte **Vollmacht** zuzufertigen ſeye; ſo haben mit Ew. Liebden wir hierüber communiciren und nebſt Beyſchlieſſung **des vormaligen bekannten** *Projects* **zur Vollmacht**, dero hocherleuchtete Gemüths-Meynung, ſowohl über die Bevollmächtigung, als Reſignation, uns mit nächſten ausbitten wollen, dero wir immittelſt zu Erweiſung ꝛc. ꝛc. Dat. Meiningen zur Eliſabethenburg, den 16. Dec. 1729.

V. G. G. Fridrich Wilhelm, H. z. S.

N. XI.

N. IX.

Project der Vollmacht zum Coburgiſchen Reichs-Voto.

Von GOttes Gnaden Johann Ernſt, Friedrich Wilhelm und Anton Ulrich, Hertzoge zu Sachſen ꝛc. tot. tit. reſp. vor uns und in Ober-Vormundſchafft unſers Pflegbefohlnem Vetters, des Erb-Printzen zu Sachſen-Coburg-und Meiningen Ernſt-Ludewigiſcher Linie und Antheils Liebden, uhrkunden und bekennen: demnach wir entſchloſſen, bey fortwährenden allgemeinen Reichs-Tage zu Regenſpurg, das Coburgiſche Reichs-*Votum*, nach denen in *conformit*ät der Kayſerl. *Sententiæ declaratoriæ* vom 14. May 1725. §. 4. jedem Fürſtl. Theil *competir*enden *Ratis*, jedoch noch zur Zeit *pro indiviſo*, durch eine gewiſſe Geſandtſchafft ablegen und vertreten zu laſſen, auch dazu den N. N. zu gebrauchen und mit behöriger Vollmacht und Gewalt zu verſehem: als thun wir ſolches, und ertheilen ihm Krafft dieſes ſolche Vollmacht dergeſtalt und alſo, daß er an unſer Statt wegen des Fürſtenthums Coburg das Reichs-Votum verführen, in denen vorkommenden Materien nebſt andern Chur-und Fürſtl. auch übriger Stände Geſandtſchafften und Abgeordneten, denen ertheilenden Inſtructionen gemäß, berathſchlagen, handeln und ſchlieſſen helffen ſolle, was zu des Heil. Röm. Reichs Wohlfarth und Aufnehmen, auch deſſen beſtändiger Ruhe und Sicherheit insgemein, wie nicht weniger allen und jeden Reichs-Ständen und zumalen auch obbemeldten ſämtl. Fürſtl. Intereſſenten inſonderheit zum Beſten und Nutzen gereichen mag, und wir ſelbſt, wenn wir zugegen wären, zu thun und zu verrichten haben möchten. Was nun derſelbe an unſer Statt und im geſamten Namen

alſo votiren, handeln und ſchlieſſen wird, das alles wollen wir vor genehm, und als von uns ſelbſt geſchehen, achten und aufnehmen, auch ihn deshalben überall ſchadloß halten. Alles treulich und ſonder Gefährde. Uhrkundlich haben wir dieſe Legitimation eigenhändig unterſchrieben und unſere Fürſtl. Secrete wiſſentlich beydrucken laſſen. So geſchehen Salfeld und Meiningen zur Eliſabethenburg, den

Joh. Ernſt,	Fried. Wilhelm,	Ant. Ulrich,
H. z. S.	H. z. S.	H. z. S.
(L. S.)	(L. S.)	(L. S.)

N. X.

Comitial-Vollmacht,

Wie ſolche denen Geſandten Baron von Gotter und Baron von Stein, von Sachſen-Meiningen und Sachſen-Coburg-Salfeld würcklich ausgefertiget, auch das beyderſeitig vollzogene Original dem Chur-Mayntziſchen Reichs-Directorio übergeben worden.

Von GOttes Gnaden Friedrich Wilhelm, Chriſtian Ernſt, Anton Ulrich, und Franz Joſias, Gebrüdere und Vettere, allerſeits Hertzoge zu Sachſen rc. tot. tit. reſp. vor uns und in Vormundſchafft unſers Pfleg-befohlnen Vetters, des Erb-Prinzen Carl Friedrichs, Ernſt Ludwigſcher Linie und Antheils Liebden, uhrkunden und bekennen; demnach wir nach gepflogener Communication entſchloſſen, bey fortwährenden allgemeinen Reichs-Tag zu Regenſpurg, das Coburgiſche Reichs-Votum nach denen in *Conformit*ät der Kayſerl. *Sententiæ declaratoriæ* vom 14. Maj. 1725. §. 4. jedem Fürſtl.

Theil

Theil *competir*enden *ratis*, jedoch noch zur Zeit *pro indiviſo* durch eine gewiſſe Geſandſchafft ablegen und vertreten zu laſſen, auch dazu dem wohlgebohrnen Königl. Preußiſchen würcklichen Geheimen Staats-Rath, Herrn Guſtav Adolph Freyherrn von **Gottern**, zu gebrauchen, und mit behöriger Vollmacht und Gewalt zu verſehen: als thun wir ſolches, und ertheilen ihme Krafft dieſes ſolche Vollmacht, dergeſtalt und alſo, daß er an unſer Statt, wegen des Fürſtenthums Coburg das Reichs-Votum verführen, in denen vorkommenden Materien nebſt andern Chur- und Fürſtlichen auch übriger Stände Geſandtſchafften und Abgeordneten, denen ertheilenden Inſtructionen gemäß handeln und ſchlieſſen helffen ſolle, was zu des Heil. Reichs Wohlfarth und Aufnehmen, auch deſſen beſtändiger Ruhe und Sicherheit insgemein, wie nicht weniger allen und jeden Reichs-Ständen, und zumalen auch obbemeldten ſämtlichen Intereſſenten inſonderheit, zum Beſten und Nutzen gereichen mag, und wir ſelbſt, wenn wir zugegen wären, zu thun und zu verrichten haben mögten. Würde aber gemeldter unſer gevollmächtigter Geſandter etwa bisweilen, wegen nöthiger Reiſen, ſelbſt die Verrichtung nicht abwarten können, auf ſolchem Fall geben wir ihme gleichfalls hiermit fernere Gewalt, jemanden anders, wie er es der Convenienz gemäs und unſerm Fürſtl. Hauſe unnachtheilig befindet, zu ſubſtituiren und die Nothdurfft durch denſelben gebührend beobachten zu laſſen. Was nun derſelbe an unſer Statt und in geſamten Namen alſo votiren, handeln und ſchlieſſen wird, das alles wollen wir vor genehm, und als von uns ſelbſt geſchehen, achten und aufnehmen, auch ihn deshalber überall ſchadlos halten. Alles getreulich und ſonder Gefährde. Uhrkundlich haben wir dieſe Legitimation eigenhändig unterſchrieben, und mit

unſern

unſern Fürſtl. Secreten wiſſentlich bedrucken laſſen. So geſchehen Coburg zur Ehrenburg, den 1730.

(L. S.) Fried. Wilhelm, H. z. S.

(L. S.) Chriſt. Ernſt, H. z. S.

Franz Joſias, H. z. S.

N. XI.

Fernerweites Fürſtl. Sachſen-Meiningiſches Schreiben an die Sachſen-Coburg-und Salfeldiſche Fürſtl. Herrn Gebrüdere, d. d. 9. Sept. 1730.

An Ew. Ew. Liebden Liebden iſt bereits vor einiger Zeit die vor den **Coburgiſchen** *Comitial*-**Geſandten beliebte Geſamt-Vollmacht**, ſamt dem, von gedachten Baron von Gottern auszuſtellenden *revers* communiciret worden, und wird auch zweifels ohne dero Hofrath Dr. Gruner ſowol davon, als demjenigen, was disfalls bey der *Conferenz* **zu Gotha** vorgekommen, wie man nemlich, **wenn unſers Herrn Bruders Liebden die Mitunterſchreibung und Vollziehung** nur ermeldter Vollmacht *difficulti*ren **ſolte**, mit Ubergebung derſelben bey dem Reichs-Directorio **fortzufahren** hätte, das behörige referiret haben. Gleichwie nun mehrgedachter Baron von **Gotter** nur noch vor wenig Tagen Inſtanz gethan, daß ihm gedachte Vollnacht nechſtens, und ehe derſelbe noch nach Wien retourniren würde, zugeſendet werden möchte; alſo haben wir unter verhoffender Ew. Ew. Liebden Liebden Mitagreirung, **hierbey ein** *mundum* **von mehrerwehnter Vollmacht** und dem dazu gehörigen Reſcript **unſer Seits unterſchriebener und vollzogener zu gleichmäßigem Ende** nebſt ermeldtem *Revers* **überſenden** wollen, mit

mit dem freundvetterlichen Erſuchen, Ew. Ew. Liebden Liebden geruhen mögten, an Uns ſolche dero hohen Orts vollzogener, ohnſchwer mit dem förderlichſten zu remittiren, damit das weitere allhier beſorget und das Coburgiſche Reichs-Votum zu unſers Fürſtl. Hauſes und des gemeinen Reichs und Evangeliſchen Weſens Beſten in die behörige Activität geſetzet werden könnte, die deroſelben wir zum Erweiſung angenehmer Dienſte ꝛc. Dat. Meiningen zur Eliſabethenburg, den 9. Sept. 1730.

V. G. G. Friedrich Wilhelm, H. z. S.

N. XII.

Sachſen-Coburgiſches Antwort-Schreiben an Sachſen-Meiningen d. d. 12. Oct. 1730.

Aus Ew. Liebden Freundvetterlichen Schreiben vom 9. abgewichenen Monats Sept. haben wir mit mehrern erſehen, wohin wegen gemeinſamer **Bevollmächtigung des Barons von Gotter** zur Coburgiſchen Comitial-Geſandſchafft dero Gedancken gerichtet ſeyen. Wie wir nun **keinen Anſtand gefunden, die von Ew. Liebden unterſchrieben und beſiegelte Vollmacht** ingleichen auch das Reſcript an gedachten Baron von Gotter **ebenfalls zu vollziehen**, geſtalten wir ſolches beydes anbey *remittir*en **und Ew. Liebden die weitere Beſorgung dermalen überlaſſen.** Alſo ſind wir auch der conformen Meynung, daß in Conſideration verſchiedener Umſtände, an ſtatt der ſonſten ſchuldigen würcklich Pflicht-Leiſtung, der vorgeſchlagene *Revers* von gemeldten unſerm gemeinſchafftlichen Comitial Geſandten, nach der von Ew. Liebden an uns communicirten Form einſtweilen angenommen werden könne, immaſſen wir dann, da ſolcher in triplo ausgeſtellet werden ſolle, ein Original deſſelben erwarten, Ew. Lieb-

Liebden zu Erweiſung ꝛc. ꝛc. Dat. Coburg zur Ehrenburg, den 12. Oct. 1730.

V. G. G. Chriſt. Ernſt. und Franz Joſias,
Gebrüdere H. z. S.

N. XIII.

Anderweites Fürſtl. Sachſen-Meiningiſches Schreiben an Sachſen-Coburg und Salfeld d. d. 16. Dec. 1730.

Aus Ew. Ew. Liebden Liebden Freundvetterlichen Communications-Schreiben ſub dato Coburg zur Ehrenburg den 9. Dec. a. c. haben wir des mehrern Inhalts erſehen, was geſtalten dieſelbe an **unſern gemeinſchafftlichen** *Comitial*-**Geſandten, den Baron von Gottern** zu Regenſpurg den Befehl ertheilet, ſeinen Bericht zu erſtatten, ob derſelbe **die** *concertirte* **geſamte Vollmacht** bey dem Chur-Mayntziſchen Directorio übergeben, und dem Comitial-Stylo gemäß ad dictaturam publicam gebracht habe, auch uns anbey Freundvetterlich erſuchet, ein gleichmäßiges an ihm ergehen zu laſſen. Nun haben wir zwar **nach beſchehenem gemeinſchafftlichen** *Concerto* **nicht ermangelt, ermeldte Vollmacht Unſers Orts zu vollziehen**, ſelbige auch an unſers Herrn Bruders, **Herzogs Anton Ulrichs** Liebden zu belicbiger **Mit-Vollziehung** bereits vor mehr als 4. Wochen nacher Wien überſchicket. Nachdeme aber die behörige Antwort hierauf bis dato nicht eingegangen, und wir ſelbſt vieles Bedencken tragen, in dieſer wichtigen Angelegenheit weitern Anſtand zu nehmen, ſo ſind wir entſchloſſen, die **anderweit** mit Ew. Ew. Liebden Liebden derſelben gleichmäßig **vollzogene Vollmacht** an den Baron von Gottern mit morgender Poſt abgehen zu laſſen, um ſo mehr als wir

von Regenſpurg aus die Nachrichten erhalten, daß ſolche bey dem Reichs-Convent auf dieſe Maſſe angenommen werden würde. Welches Ew. Ew. Liebden Liebden wir in Freundvetterlicher Antwort ohnverhalten ſollen, denenſelben übrigens ꝛc. ꝛc. Dat. Meiningen zur Eliſabethenburg, den 16. Dec. 1530.

V. G. G. Friedrich Wilhelm, H. z. S.

N. XIV.

Fürſtl. Sachſen-Meiningiſches Schreiben an Sachſen-Coburg und Salfeld, d. d. 16. Januar. 1731.

Ew. Ew. Liebden Liebden werden aus der Copial-Anfuge des mehrern zu erſehen geruhen, was der Geh. Rath und Geſandte Baron von **Gotter** an unſer Geheimeraths-Collegium ratione des Coburgiſchen Reichs-Voti, und daß er hier zu von der Chur-Mayntziſchen Directorial Geſandtſchafft wegen unſers Herrn Bruders Liebden ermangelnden Beytritts und Mitvollziehung **der ihm von Ew. Ew. Lbd. Lbd. und uns ertheilten Vollmacht** noch nicht admittiret werden wollen, gehorſamſt berichtet. Nachdem nun Ew. Ew. Lbd. Lbd. von ſelbſten hocherleuchtet einſehen werden, daß **in dieſer** *importanten* **und gemeinnützigen Sache** um ſo weniger länger nachzuſehen und zu verweilen, als widrigen Falls allerdings zu beſorgen, daß man ratione obgedachten Voti gäntzlich auſſer Activität geſetzet, und nach Erfolg deſſen hiezu entweder gar nicht-oder doch mit ſchweren Koſten zu gelangen ſeyn dürffte: wir aber anbey des Dafürhaltens ſind, **daß** zu Abwendung deſſen **kein beſſeres Mittel vor die Hand genommen werden könne, als daß man bey Kayſerl. Majeſt. dahin allerunterthänigſt antrage,** daß zu

Con-

Conſervirung der Ew. Ew. Lbd. Lbd. und uns dießfalls competirenden hohen Jurium und Befugniſſe von allerhöchſtgedacht deroſelben dem Chur-Mäynziſchen Directorio die Annehmung der *per majora* vollzogenen Vollmacht und Admittirung obbemeldten Baron von Gotters, zu Verführung ſothanen Voti, per Reſcriptum anbefohlen unſers Herren Bruders Liebden ein *Salvatorium*, daß dieſes in ſo lange, bis dieſelbe ſich hierunter *conformiren* würden, ohn præjudicirlich ſeyn ſolle, ertheilet werden möge; als haben mit Ew. Ew. Lbd. Lbd. wir hierunter freundvetterliche Communication pflegen, und uns, ob dieſelbe diesfalls beyzutreten und die ihrigen in Wien hiernach zu *inſtruiren* geneigt ſeyn möchten? ohnſchwer in Antwort ausbitten wollen. Die wir übrigens ꝛc. ꝛc. Dat. Meiningen zur Eliſabethenburg, den 16. Januar. 1731.

V. G. G. Fridrich Wilhelm, H. z. S.

N. XV.

Fürſtl. Sachſen-Meiningiſches Schreiben an Sachſen-Coburg und Salfeld d. d. 21. Dec. 1733.

Aus Ew. Ew. Lbd. Lbd. freundvettterlichen Schreiben vom 14. hujus haben wir des mehrern erſehen, was dieſelben wegen ſo nöthiger gemeinſamen Wiederbeſtellung der Reichs-Tags-Geſandtſchafft, nach der, wegen des hierzu in Vorſchlag gekommenen Barons von Stein bereits genommenen gemeinſamen mündlichen Abrede, an uns gelangen zu laſſen belieben wollen. Nachdeme nun bey uns bemeldter Baron von Stein ſich perſönlich gemeldet, wir auch deſſen Perſon hierzu gnädigſt zu *aggreiren* den geringſten Anſtand nicht genommen: nur aber die nöthige gleich-

mäßige Genehmhaltung unſers Herren Bruders, Herzog Anton Ulrichs Lbd. auf die bereits desfalls gepflogene Communication annoch erwarten; ſo werden wir hiernächſt nicht ermangeln, die behörige gemeinſame Vollmacht u. *Inſtruction* vorbemeldten gemeinſamen Reichs-Geſandten nach deſſen, bereits ratione des bisherigen jährlichen gemeinſamen Gehalts, gethaner Declaration, behörig *projectiren* zu laſſen, und ſowol deshalb, als wegen deſſen Verpflichtung und übrigens des weitern, förderlichſt freundvetterlich zu communiciren. Welches Ew. Ew. Lbd. Lbd. in freundvetterlicher Antwort ohnverhalten wollen, und verbleiben übrigens ꝛc. Dat. Meiningen zur Eliſabethenburg, den 21. Dec. 1733.

V. G. G. Fridrich Wilhelm, H. z. S.

N. XVI.

Fürſtl. Sachſen-Meiningiſches Poſt Scriptum an Sachſen-Coburg und Salfeld d. d. 9. Mart. 1734.

Auch ꝛc. ꝛc. Mögen Ew. Ew. Lbd. Lbd. auf dero unterm 6ten dieſes an uns erlaſſenes P.S. wir hierdurch ohnverhalten, wie von unſers freundlichgeliebten Herrn Bruders, Herzog Anton Ulrichs Lbd. dero *Condeſcendenz*, wegen Benennung des Geheimen Raths von Stein zum Geſandten nacher Regenſpurg jüngſthin jedoch unter dieſer Bedingniß erfolget, daß er ſich vorhero bey deroſelben in Wien ſiſtiren möchte. Wie wir nun deroſelben mit nächſtkommender Poſt die Vollmacht und *Inſtruction* vor ſolchen, zu gleichmäſſiger Approbation zu communiciren entſchloſſen ſind; ſo werden wir, ſo bald ſolche erfolget, nach der, bey der Römhildiſchen *Conferenz* genommenen Abrede, nicht ermangeln, demſelben einen Termin zur Verpflichtung

tung anzuberaumen und Ew. Ew. Lbd. Lbd. davon freundvetterliche Communication zu thun, auch dero weitern Entſchlieſſung überlaſſende, wen dieſelben zu dem Ende anhero abzuordnen geruhen wollen. Dat. ut in lit. d. 9. Mart. 1734.

Friedrich Wilhelm, H. z. S.

N. XVII.

Fürſtl. Sachſen-Meiningiſches Schreiben an Sachſen-Coburg und Salfeld d. d. 5. Jun. 1734.

Ew. Ew. Lbd. Lbd. mögen wir auf dero letzteres freundvetterliches Schreiben von 30. May in freundvetterlicher Antwort hierdurch nicht verhalten, daß wir unſers Orts die Wiederbeſtellung der Coburgiſchen Geſandtſchafft auf dem Reichs-Tage zu Regenſpurg zu befördern geneigt ſeyn, maſſen wir dann **dem Baron von Stein**, bey deſſen wieder-Einfindung allhier, und nach Ausſtellung des *Reverſes*, **wie ſolcher mit dem von Gotter ehemals** *concertir***et worden**, das ſchrifftliche Decret als Geheimden Rath und Abgeſandten, benebſt **der verabredeten Reichs-Tags-Vollmacht, ausgeſtellet, von ihme**, bis zu hiernächſtiger förmlichen Verpflichtung, den einsweiligen **Handſchlag** an Eydes Statt **angenommen**, und ihn dahin verwieſen, daß er ſich bey Ew. Ew. Lbd. Lbd. ſowohl, als bey unſers Herrn Bruders Herzog **Anton Ulrichs** Lbd. in Wien ebenfalls ſiſtiren, deroſelben den gleichmäſſigen Handſchlag leiſten und der Mitvollziehung der Reichs-Vollmacht und Ausſtellung des Decreti gewärtigen ſolle. Erſuchen dahero Ew. Ew. Lbd. Lbd. hierdurch Freundvetterlich, Sie geruhen auch dero hohen Orts dieſes wichtige Werck zu befördern und **von dem**

Baron von Stein auf ſein geziemendes Melden den Handſchlag anzunehmen, die Reichs-Vollmacht mitzuvollziehen, und ihn mit einem gleichmäßigen *Decret* zu verſehen. Wir bitten uns im übrigen hievon einige beliebige Nachricht aus, und werden unſern Deputatum befehligen, bey der hiernächſtigen Hinaufkunfft nach Coburg, mit Ew. Ew. Lbd. Lbd. Räthen die *Inſtructions-Puncta* zu verabreden und zur Approbation einzuſenden. Ew. Ew. Lbd. Lbd. ſchließlich zu Erweiſung ꝛc. Dat. Meiningen zur Eliſabethenburg, den 5. Jun. 1734.

V. G. G. Friedrich Wilhelm, H. z. S.

N. XVIII.

Fürſtl. Sachſen-Meiningiſches Poſt Scriptum an Sachſen-Coburg und Salfeld d. d. 14. Aug. 1734.

Auch ꝛc. ꝛc. Iſt aus Ew. Ew. Lbd. Lbd. Freundvetterlichen Poſt Scripto zu erſehen geweſen, was maſſen der Baron Stein vor ohngefehr 10. Tagen ſeine Abreiſe von Coburg nach Regenſpurg und von dar weiter auf Wien angetreten, und wie Ew. Ew. Lbd. Lbd. Uns zu erſuchen geruhen wollen, daß wir die *concertirte Inſtruction* unſers Orts vollziehen und die Sache befördern möchten. Nun bedauren wir zuförderſt, daß der Baron Stein ſeine Reiſe ſo lange ausgeſtellet, es hat derſelbe an uns noch zur Zeit das mindeſte nicht berichtet. Was aber die Vollziehung der Inſtruction anbelanget, ſind wir zur Beförderung der Sache gantz geneigt, haben auch ſolche bereits unterzeichnet und beſiegelt an unſers, dermals zu Wien befindlichen Herrn Bruders Lbd. zu gleichmäßiger Subſcription abgeſendet, und werden nicht ermangeln, ſobald ſolche

zurück

zurück kommt, ſolche ſofort an Ew. Ew. Lbd. Lbd. zu remittiren. Dat. ut in lit. Meiningen zur Eliſabethenburg, den 14. Aug. 1734.

Friedrich Wilhelm, H. z. S.

N. XIX.

Reichs-Hofraths-Concluſa de 26. & 29. April. 1735.

Martis 26. April. 1735.

Sachſen-Coburg-Eiſenberg- und Römhildiſche *Succeſſion*, *in ſpecie* die Bevollmächtigung des Freyherrn von Stein, zu Verführung des Sachſen-Coburgiſchen gemeinſchaftlichen Reichs-*Voti* betreffend, ſive Hr. Chriſtian Ernſt und Herr Frantz Joſias, Hertzogen zu Sachſen-Salfeld in lit. ad Imp. ſub dato 28. Febr. & præſ. 18. Mart. nup. exhibitis per Cyprian, übergeben allerunterthänigſte Anzeige von dem Herrn Hertzogen Anton Ulrich zu Sachſen-Meiningen vorenthaltener bereits ausgefertigter Vollmacht, mit Bitte, um allergnädigſte Kayſerl. Ahndung und gebetene Remedur. app ſing. ☉ cum adi. Lit. A. B. C. D. E. ejusque ſubadi. Lit. A. usque Ss. incluſive.

In eadem Herr Hertzog Anton Ulrich zu Sachſen-Meiningen proprio & fraterno nomine, ſub præſ. 29. hujus übergiebt allerunterthänigſte Verwahrungs-Anzeige wider die Sachſen-Salfeldiſche einſeitige Bevollmächtigung des Baron von Stein, zu Verführung des Coburgiſchen gemeinſchaftlichen Reichs-Voti, mit Bitte, pro non reflectendo ad preces Saxo-Salfeldenſes inaudita Domo Saxo-Meiningenſi, ſed potius decernenda earum Communicatione ad replicandum, appon. N. I. Referuntur litteræ derer Hertzoge zu Sachſen-Salfeld cum adjunctis.

Arnold Heinrich von Glandorff.

Veneris 29. April. 1735.

Sachſen-Coburg-Eiſenberg-und Römhildiſche *Succeſſion*, *in ſpecie* **die Bevollmächtigung des Freyherrn von Stein** betreffend. *Abſolvitur Relatio & concluſum:* Der von Herrn Hertzog **Anton Ulrich** zu Sachſen-Meiningen theils in terminis mere generalibus, und zum Theil ohne Beſcheinigung eingegebenen ſo genannten Verwahrungs-Anzeige ungehindert, reſcribatur eidem cum incluſione literarum derer Herren Hertzoge zu Sachſen-Salfeld ſub dato 18. Febr & præſ. 18. Mart. nup. Es hätte derſelbe die dem Coburgiſchen Comitial-Geſandten, Freyherrn von Stein, abgenommene, von denen Herren Hertzogen zu Sachſen-Salfeld und Herrn Hertzog **Friedrich Wilhelm** zu Sachſen-Meiningen vollzogene Comitial-Vollmacht, ſogleich nach dem Empfang dieſes Kayſerl. Reſcripti, ſeines Orts mit zu vollziehen, und dem gedachten Comitial-Geſandten, Baron von Stein, gegen deſſen ausſtellenden Pflicht-Revers, nacher Regenſpurg zu ſchicken und ausantworten zu laſſen; Sowohl auch ihm und dem Legations-Secretario die Sachſen-Meiningiſche, theils bishero zurück gehaltene Beſoldung von Reminiſcere 1734. und ferner richtig zu bezahlen; Samt dem Anhang, damit im widrigen nicht nöthig ſey, ſchärffere Verordnung ergehen zu laſſen.

(Aquila Cæſarea.) Arnold Heinrich von Glandorff.

N. XX.

Reichs-Hofraths-Concluſa paritoria de 29. Iul. & 16. Sept. 1735.

Veneris 29. Iul. 1735.

Sachſen-Coburg-Eiſenberg- und Römhildiſche *Succeſſion*, *in ſpecie* **die Bevollmächtigung des Freyherrn von Stein**, zu Verführung des Sachſen-Coburgiſchen gemeinſchaftlichen **Reichs**-Voti betreffend, ſive

Fürſtl.

Fürſtl. Sachſen-Salfeldiſcher Legations-Rath, Johann Ernſt Cyprian, ſub præſ. 8. hujus docendo factam inſinuationem Reſcripti Cæſarei de 29. April. nup. ſupplicat humмill., pro clement. decernendo decreto ad Commiſſionem Cæſaream in Comitiis Imperii Ratisbonæ, nec non ad Caſſam provincialem Meiningenſem ferenda petita ordinatione ad ſolvendum. appon. Lit. A. B. & C. in duplo. Primo. Detur parti Impetratæ ex officio terminus unius Menſis ad parendum Reſcripto de 29. April. nup. ſub priori comminatione. Secundo. Interim ponatur das Impetrantiſche Exhibitum de 8. Iulii ad Acta.

Arnold Heinrich von Glandorff.

Veneris 16. Sept. 1735.

Sachſen-Coburg-Eiſenberg- und Römhildiſche *Succeſſion*, *in ſpecie* die Bevollmächtigung des Freyherrn von Stein, zu Führung des gemeinſchaftlichen Reichs-*Voti* betreffend, ſive Herr Hertzog Anton Ulrich zu Sachſen-Meiningen, ſub præſ. 1. hujus, ſupplicat humill. pro clement. indulgendo adhuc termino unius Menſis ad agendum agenda, interimque non præjudicando appon. num. 2. & 3. Detur parti Impetratæ adhuc petitus terminus unius Menſis, ſed ultimatus ad parendum Reſcripto de 29. April. nup. ſub priori Comminatione.

Arnold Heinrich von Glandorff.

N. XXI.

Reichs-Hofraths-Concluſa de 19. & 27. Sept. ſamt dem Kayſerl. Decreto Prouiſorio de 18. Oct. 1740.

Lunæ 19. Septembr. 1740.

Sachſen-Coburg-Eiſenberg- und Römhildiſche *Local-*Landes-Theilung, *in ſpecie* die Bevollmächtigung

eines *Comitial*-Geſandtens, zu dem Sachſen-Coburgiſchen Reichs-*Voto* betreffend, ſive Herr Anton Ulrich, Hertzog zu Sachſen-Meiningen, ſub præſ. 14. Oct. 1735. purgando moram, ſupplicat humill. pro clement. ex cauſis adductis indulgendo adhuc termino 14. dierum ad producendum producenda & interea nihil in præjudicium ſtatuendo. app. ult. Concluſum. Idem Herr Hertzog, ſub præſ. 26. ejusd. übergiebt allerunterthänigſte Vorſtellung ad reſcriptum Cæſareum de 29. April. 1735. mit Bitte, pro clement. caſſando dicto Reſcripto, decernendoque ad DD. Duces Saxo-Salfeldenſes petito Reſcripto, nec non injungendo Baroni de Stein, ut non niſi in Conformitate deductorum & petitorum ſpartam ſibi credendam ſubeat & impoſterum adminiſtret & impoſterum tueatur. app. Lit. A. & B. cum ſubadj. num. 1. usque 73. incl. in duplo. In eadem Fürſtl. Sachſen-Salfeldiſcher Legations-Rath, Johann Ernſt Cyprian, ſub præſ. 18. Oct. 1735. accuſando lapſum termini ad parendum Reſcripto de 29. April. 1735. ſub priori comminatione præfixi, ſupplicat humill., pro clement. eventuali communicatione der Paritions-Anzeige, aut nunc absque ulteriori dilatione deferendo petito Exhibiti de 8. Iul. nup. app. num. 1. Idem gedachter Cyprian, ſub præſ. 3. Febr. 1738. übergiebt allerunterthänigſte Anzeige und Bitte, pro clement. ferenda petita Ordinatione Cæſarea, app. Lit. A. Idem ſub præſ. 14. Mart. ejusd. anni übergiebt allerunterthänigſte Additional-Anzeige ad Exhib. de 3. Febr. d. a. cum petito humill. pro clement. ibi & hic petitis deferendo. app. L. B. usque G. incl. in duplo. Idem ſub præſ. 7. Ian. 1739. übergiebt allerunterthänigſte fernerweite Anzeige von dem Fürſtl. Hauſe Sachſen-Meiningen, vornemlich von dem Herrn Hertzog Anton Ulrich noch immer gehindert werdender Wiederbeſtellung der Coburgiſchen Comitial-Geſandtſchafft zu Regenſpurg, mit Bitte, pro clement. ex cauſis adductis, in rebus judica-

dica-

dicatis ubicunque fundatis, nunc tandem ferenda reſolutione decernendoque petitas Ordinationes Cæſareas. appon. ſign. ⊙. In eadem Herren Chriſtian Ernſt und Frantz Joſias, zu Sachſen-Coburg-Salfeld, in Litt. ad Imperatorem ſub dato 24. Iun. & præſ. 13. Aug. 1736. übergeben allerunterthänigſte Vorſtellung, pro clement. ferenda deſuper petita ordinatione Cæſarea cum adi. ſign. ⊙. ☾. ♂. ☿. & ♃. & ſubadi. Lit. A. usque L. incluſ. Referuntur Exhibita.

Arnold Heinrich von Glandorff.

Martis 27. Sept. 1740.

Sachſen-Coburg-Eiſenberg und Römhildiſche Local-Landes-Abtheilung, *in ſpecie* die Bevollmächtigung eines *Comitial*-Geſandtens zu dem Sachſen-Coburgiſchen Reichs-*Voto* betreffend, ſive des Herrn Anton Ulrichs, Hertzogs zu Sachſen-Coburg-Meiningen Anwald, von Harprecht, ſub præſ. hodierno übergiebt allerunterthänigſt nothgedrungenes Vorſtellen und Bitten, pro clement. in cauſa tanti momenti & maximi præjudicii ad inſtantias unius partis nil in præjudicium ſtatuendo, ſed prius partis adverſæ producta communicando. Hat das petitum de ſuperſedendo in cauſa, nach Geſtalt der Sachen und fürwaltenden Umſtänden nicht ſtatt, ſed continuatur relatio.

Matthias Wilhelm Haan.

Martis 18. Oct. 1740.

Sachſen-Coburg-Eiſenberg- und Römhildiſche *Succeſſion*, *in ſpecie* die Bevollmächtigung eines gemeinſchafftlichen *Comitial*-Geſandtens zum Sachſen-Coburgiſchen Reichs-*Voto* betreffend. *Abſolvitur Relatio & concluſum:* Primo. Communicentur Exhibita utriusque Partis hinc inde cum termino duorum menſium. Secundo. Fiat Reſcriptum & reſpective ulterius an die Herren

Her-

Hertzoge Friedrich Wilhelm und Anton Ulrich zu Sachſen-Meiningen, Gebrüdere und Corregenten, des Innhalts: Jhro Kayſerl. Majeſt. hätten Jhro die bishero von beeden Fürſtl. Häuſern Sachſen-Meiningen und Sachſen-Salfeld eingereichte Schrifften umſtändlich allerunterthänigſt vortragen laſſen, und ſo viel daraus erſehen, daß weder die, vermöge Kayſerl. Reviſori-Urthel de Anno 1725 zu gütlichen Vergleich ausgeſtellte Regulirung der Concurrenz bey dem geſammten Coburgiſchen Reichs-Voto, zum Stande gekommen; noch die Cauſa ſelbſt dergeſtalt præpariret ſeye, daß man in der Haupt-Sache (in ſo weit ſelbige noch nicht abgeurthelt iſt) diesfalls noch zur Zeit weitere Kayſerl. Verordnung ergehen laſſen könne, ſondern die Exhibita zu weiterer Nothdurffts-Handlung communiciret werden müſten.

Nachdem aber Jhro Kayſerl. Majeſt. aus wichtigſten Dero Kayſerl. Gemüth bewegenden Urſachen länger nicht nachſehen, noch zugeben könnten, daß ex parte des Fürſtl. Sachſen-Meiningiſchen Hauſes, nach ſo vieljähriger, auch ſo unnöthig als unbegründeter Verzögerung, ein ſo uraltes Fürſtl. Sächſiſches Reichs-Votum, zum Schaden des Publici, auch zu Nachtheil der Fürſtl. mittheilhabenden Agnatorum, ferners auſſer Activität gelaſſen werde; So findeten Jhro Kayſerl. Majeſt. nöthig, dem Publico erſprießlich zu ſeyn, wollten es hiermit auch per modum Proviſorii & ſalvo jure cujuscunque gerechteſt befehlen, daß derer in dieſer Sache bishero gemachter Vorſtellungen ohngehindert, die beeden Herren Hertzoge einen Sachſen-Coburgiſchen Comitial Geſandten, und in ſpecie dermahlen den vom Fürſtl. Sachſen-Salfeldiſchen Hauſe vorgeſchlagenen Fürſtl. Sachſen-Weimariſchen Comitial-Geſandten, Frey-Herrn von Pogarell, (zumalen da der Herr Hertzog Anton Ulrich ſelbſten verſchiedentlich zu erkennen gegeben,

daß

daß er an ſeiner Perſon nichts auszuſetzen hätte) gegen deſſen ad interim auszuſtellenden Pflicht-Revers, auch ihres Orts, nach der ehedeſſen ſchon beliebter und von denen Herren Hertzogen zu Sachſen-Salfeld, auch unter Fertigung des Herrn Hertzogs **Friedrich Wilhelms**, in ihrem Exhibito de 18. Mart. 1735. ſub Lit. Dd. producirter, ja nachhero von dem Herrn Hertzog **Anton Ulrich** ſelbſten in ſeinem Exhibito de præſ. 26. Oct. ejusd. anni ſub num. 7. beygelegter formula der Comitial-Vollmacht, intra terminum unius menſis, und ohne weitern Anſtand, ſo gewiß mit zu bevollmächtigen, und nicht weniger ihme und dem Legations-Secretario die Sachſen-Meiningiſche Beſoldungs-Ratam jährlich entrichten zu laſſen hätten, als ſonſten nach deſſen Ablauff die Fürſtl. Sachſen-Salfeldiſche Vollmacht, authoritate Cæſarea vor gültig und hinlänglich erkläret, auch ad dictaturam publicam in Comitiis gebracht; mithin der Freyherr von **Pogarell** für den Sachſen-Coburgiſchen Comitial Geſandten geachtet, und zu Verführung dieſes Voti zugelaſſen, auch zu dem Ende die behörige Kayſerl. Verordnung an die Kayſerl. Principal-Commiſſion zu Regenſpurg disfalls alſofort expediret werden; jedoch ſolche proviſoriſche Verordnung dem Fürſtl. Hauß Sachſen-Meiningen weder an ſeinem etwa habenden Vorrecht bey dieſem Fürſtl. Voto, noch an denen Pactis oder Obſervanz des Fürſtl. Hauſes im geringſten nicht nachtheilig ſeyn, auch zu deſſen Præjudiz jemalen angezogen, ſondern demſelben alle Befugniſſe, wie ſie Nahmen haben mögen, disfalls hiermit expreſſe vorbehalten werden ſollen. Da indeſſen Ihro Kayſerl. Majeſt. von beeden Herren Hertzogen des gehorſamſten Vollzugs und Anzeige in termino unius menſis gnädigſt gewärtig wären.

Arnold Heinrich von Glandorff.

N. XXII.

N. XXII.

Chur-Sächſiſ. Reichs-Vicariat-Gerichts-Concluſa de 14. April. & 14. Nov. 1741.

Veneris 14. April. 1741.

Sachſen-Coburg-Eiſenberg- und Römhildiſche *Succeſſion, in ſpecie* die Beſtellung eines gemeinſchaftlichen Geſandten, zu Verführung des Sachſen-Coburgiſchen Reichs-*Voti* betreffend, ſive Fürſtl. Sachſen-Coburg-Salfeldiſcher Legations-Rath Cyprian, ſub præſ. 21. Mart. zeiget allerunterthänigſt an, wie man Sachſen-Meiningiſcher Seiten, das dieſerhalb unterm 18. Oct. pr. a. erkannte und wegen weyl. Ihro Maj. des Kayſers kurtz darauf erfolgten höchſtſeel. Ableben, von dem Reichs-Hof-Raths-Præſidenten, mit einem, Ihro Maj. des Kayſers Nahmen in ſich haltenden Stempel, unterzeichnete, und in forma conſueta ausgefertigte Kayſerl. Reſcript, der wiederhohlt beſchehenen Inſinuation ohngeacht, anzunehmen ſich weigere, annexo petito, ſowohl deſſen Annahme, als auch vornemlich die ohnverzügliche Befolgung der darinn enthaltenen proviſoriſchen Verordnung, ſub iterata & repetita comminatione anzubefehlen. appon. A. usque H. incluſ. *Referuntur Exhibita & concluſum:* Fiat Votum ad Potentiſſimum S. R. I. Vicarium, quod legitur & approbatur.

Ernſt Gotthelff Becker.

Martis 14. Nov. 1741.

Sachſen-Coburg-Eiſenberg- und Römhildiſche *Succeſſion, in ſpecie* die Beſtellung eines gemeinſchaftlichen *Comitial*-Geſandten zum Sachſen-Coburgiſchen Reichs-*Voto* betreffend. *Publicatur Reſolutio:* Königl. Maj. haben gehorſamſter Vicariats-Commiſſion allergehorſamſtes Gutachten vom 14. April 1741. allergnädigſt approbiret.

Dieſem

Dieſemnach kan, da das Kayſerl. Reſcript vom 18. Oct. pr. anni bey weyland Jhro Majeſt. des Kayſers Lebzeiten nicht vollzogen, und erſt nach Dero erfolgten Hintritt bloß mit einem Jhro Majeſt. des Kayſers Nahmen in ſich haltenden Stempel unterzeichnet und ausgefertiget, dem Suchen, ratione inſinuationis in tali forma, nicht deferiret werden.

Ernſt Gotthelff Becker.

N. XXIII.

Chur-Sächſ. Reichs-Vicariat-Gerichts-Concluſa de 12. Iul. & 14. Nov. 1741.

Mercurii 12. Iul. 1741.

Sachſen-Coburg-Eiſenberg- und Römhildiſche *Succeſſion*, *in ſpecie* die Beſtellung eines gemeinſchaftlichen Geſandten, zu Verführung des Sachſen-Coburgiſchen Reichs-*Voti* betreffend, ſive Fürſtl. Sachſen-Coburg-Salfeldiſcher Legations-Rath Cyprian, ſub præſ. 5. curr. übergiebt allerunterthänigſte Inhæſiv-Anzeige ad Exhibitum de præſ. 21. Mart. mit Beyfügung des ſub Aquila ausgefertigten Original Concluſi d. d. 18. Oct. 1740. und Wiederhohlung vorigen petiti, oder doch nunmehr das im beſagten Concluſo enthaltene Reſcript Reichs-Vicariats wegen ausfertigen zu laſſen, und dem Fürſtl. Hauſe Sachſen-Meiningen in deſſen Conformität das erforderliche anzubefehlen. appon. a. b. *Referuntur Exhibita & concluſum:* Fiat Votum ad potentiſſimum S. R. I. Vicarium, quod legitur & approbatur.

Ernſt Gotthelff Becker.

Martis 14. Nov. 1741.

Sachſen-Coburg-Eiſenberg- und Römhildiſche *Succeſſion*, *in ſpecie* die Beſtellung eines gemeinſchaftlichen

chen

chen *Comitial*-Geſandten zum Sachſen-Coburgiſchen Reichs-*Voto* betreffend. *Publicatur Reſolutio:* Königl. Maj. haben Reichs-Vicariats wegen, gehorſamſter Vicariats-Commiſſion allerunterthänigſtes Gutachten vom 12. Jul. 1741. allergnädigſt approbiret, dieſemnach: Fiat cum incluſione Exhibiti ſub præſ. 21. Mart. & 5. Iulii, ſtatt des gebetenen, Reſcriptum an die Herren Hertzoge **Friedrich Wilhelm** und **Anton Ulrich** zu Sachſen-Meiningen, Gebrüdere und Corregenten, des Innhalts: Was bey Ihro Königl. Maj. als der Zeit Vicario des Heil. Röm. Reichs, die Herren Hertzoge **Chriſtian Ernſt** und **Frantz Joſias** zu Sachſen-Coburg und Salfeld, durch ihren Legations-Rath **Cyprian**, occaſione der Sachſen-Coburg-Eiſenberg- und Römhildiſchen Succeſſions-Sache, und beſonders über den Punct die Beſtellung eines gemeinſchaftlichen Geſandten zu Verführung des Sachſen-Coburgiſchen Reichs-Voti betreffend, mit Beyfügung des dieſerhalb bey dem Reichs-Hofrath de dato 18. Oct. vorigen Jahres, emanirten Concluſi vorgeſtellet, und deshalb zu verordnen gebeten, ſolches würden dieſelben aus den Anſchlüſſen ſub præſ. 21. Mart. und 5. Iulii des mehrern erſehen. Wann dann Ihro Königl. Maj. rc. der Nothdurfft und Billigkeit zu ſeyn befänden, daß es bey ſothanem Concluſo überall bewende; Als geſinneten vermöge tragenden Reichs-Vicariats-Amts, ſie, an Herren Hertzoge zu Meiningen hiermit, ſich demſelben gemäß zu bezeigen, und wie ſolches geſchehen, in termino unius menſis, zu berichten.

Ernſt Gotthelff Becker.

N. XXIV.

Chur-Sächſ. Reichs-Vicariat-Gerichts-Concluſa de 18. Ian. & 1. Febr. 1742.

Jovis

Jovis 18. Ian. 1742.

Sachſen-Coburg- Eiſenberg- und Römhildiſche *Succeſſion*, *in ſpecie* die Bevollmächtigung eines gemeinſchaftlichen Geſandten zum Sachſen-Coburgiſchen Reichs-*Voto* betreffend, ſive Herren Hertzoge Friedrich Wilhelms und Carl Friedrichs zu Sachſen-Coburg-Meiningen Anwald, D. Johann Gottlieb Leyſer, ſub præſ. 24. Dec. pr. a. überreicht allerunterthänigſte Exceptiones ſub & obreptionis ad Reſcr. de 14. Nov. c. a. juncto petito humill. pro dicto Reſcripto reponendo & communicandis Impreſſis & exhibitis. appon. A. usque R. in duplo. Hat es bey dem unterm 14. Nov. p. a. ertheilten Concluſo ſein Bewenden, und das übrige Suchen bewandten Umſtänden nach, nicht ſtatt.

(Sigillum Vicariatus.) Ernſt Gotthelff Becker.

Jovis 1. Febr. 1742.

Sachſen-Coburg- Eiſenberg- und Römhildiſche *Succeſſion*, *in ſpecie* die Beſtellung eines gemeinſchaftlichen Geſandten zum Sachſen-Coburgiſchen Reichs-*Voto* betreffend, ſive Johann Chriſtoph Radefeld, Fürſtl. Sachſen-Coburg-Meiningiſcher Cammer-Conſulent, ſub præſ. 30. Ian. interponiret contra Concluſum de 18. Ian. das remedium ſupplicationis, cavendo interim de rato, bis die Special-Vollmacht zu Ablegung des zu præſtirenden Iuramenti eingelanget. Idem in eadem ſub præſ. 31. ejusd. überreicht allerunterthänigſte Verwahrung und Bitte, pro expediendo documento inſinuationis, & differenda reſolutione donec exhibeatur libellus gravatorialis, cum neceſſaria demonſtratione. Hat das beſchehene Suchen zur Zeit um ſo weniger ſtatt, als weder der libellus reviſorius übergeben, noch die übrigen Formalia gebührend berichtiget.

Ernſt Gotthelff Becker.

Anhang zum ſechs und zwantzigſten Capitel.

Aufrichtige Einleitung

zu gründlicher Erkänntniß einer zu Wetzlar in Vorſch in gekommener Schrifft, tituliret:

Acten-mäßiger Bericht

von dem

im Hochlöbl. Schwäbiſchen Creyß

herkommlichen

IVRE ET MODO PRAESENTANDI ASSESSOREM AVG. CONF. CAMERAE IMPERIALIS ET IMPERII,

wobey

in einer kurtzen *SVMMA*

Das Recht

des Hochfürſtl. Baadiſchen Haußes und der weltlichen Fürſten-Banck dieſes Creyſes Evangeliſchen Antheils, auch übriger Löbl. Ständen, dargethan und beleget iſt.

Acten-mäßiger Bericht

Von dem im Hochlöblich-Schwäbiſchen Creyß herkommlichen Iure & modo præſentandi Aſſeſſorem A. C. Cameræ Imp. & Imperii,

I. in Genere, ſodann *II. in Specie*,

von dem wahren Verlauf der gegenwärtigen in Con-

Conferentia Evangel. vorgenommener, von Seiten des Hochfürſtl. Hauſes Baaden-Durlach aber anfechtender Evangel. Schwäbiſcher Creyß-Præſentation.

Würtembergiſche *Deduction.*

Ob zwar bey Errichtung des Kayſerl. und Reichs-Cammer-Gerichts und bald darauf erfolgter Eintheilung derer Creyſen anfänglich beliebet worden, daß die Beyſitzere von denen Creyſen in Comitiis univerſalibus Imperii in Vorſchlag gebracht, und ſodann daraus die Tüchtigſte durch die gemeine Stände auf dem Reichs-Tag erkohren und erkieſet werden ſollten, *Vid. Ord Cam. de Anno 1495. §. 1 Receſſ Imp. 1507. Proœm. & § 1.* allermaſſen auf dem Reichs-Tag zu Coſtantz Anno 1507. nebſt anderen Circulis, auch der Schwäbiſche Creyß zerſchiedentliche Subjecta in Vorſchlag gebracht, wovon D. Schilling als Schwäbiſcher Beyſitzer ernannt und erwählet worden; *Conf. Conſt. Receſſ. Imp. ad Rec. 1507. p. 100.* So wurde jedoch bald darauf die Conſtitutio Aſſeſſorum denen Creyſen, als eine innerliche des Creyſes Hauß-Sache, überlaſſen, und auch auf ſolche Weiſe würcklich *Lit. A.* in Anno 1531. aufgehaltenem allgemeinem Schwäbiſchen Creyß-Tag *D. Iuſtinianus* Moſer als Schwäbiſcher Bezircks-Beyſitzer erwählet.

Beantwortung dieſes Berichts.

Baadiſche Gegen-*Deduction.*

Es hat dieſe Schrifft der Hochfürſtl. Würtembergiſche Regierungs-Rath und Præſentatus, Herr Harprecht, etlichen Herren Aſſeſſoribus in Wetzlar überreichet, und enthält ſie zwey Theile, einen Partem Generalem & Specialem: bey dem erſten ſind ſub Adjunctis cum lit. not. 25. Beylagen, und bey dem andern zwey; Alleine werden dieſem letztern Theil 3. beſondere Schlüſſe, jeglicher mit verſchiedenen Argumentis, beygefügt, und will mit dieſem allem evinciret werden, ob habe das Hauß Baaden-Durlach ſehr unrecht gethan, daß es zu der Ernennung eines Cammer-Gerichtlichen Aſſeſſoris, (die in einer vermeyntlichen unordentlichen und hierzu nicht veranlaſſeten Conferenz inter Status Circuli Evangelicos Anno 1740. bey damaliger Creyß-Verſammlung vorgenommen worden,) ſich nicht verſtanden, den von der Evangeliſchen Fürſten wegen Nominatum Herrn Baron von Riedeſel aber dem hochanſehnlichen Cammer-Gericht nach vergeblich bey dem Creyß-Ausſchreib-Amt geſuchter ſchuldiger Mit-Præſentation ſelbſt bekandt gemacht, und ihn ſecundum ordinationes Camerales & alias Imperii Leges pro legitime præſentato zu erkennen geſuchet, auch zugleich gegen alles denen Evangeliſchen Fürſten des Schwäbiſchen Creyſes hierbey etwa zuzuwachſen mögliches Præjudiz proviſionaliter proteſtiret hat.

Ehe aber der Innhalt dieſer Schrifft in reiffe Uberlegung gezogen wird, iſt zu erinnern, daß der Herr Verfaſſer das Beſte derſelben bey dem Generali vielleicht mit Fleiß übergangen habe, weil er es ſich etwa nicht vorträglich erachtet haben mag; Denn er hat zwar vermeynt, er führe die Sache von ihrem Urſprung aus, alleine hat er doch die allgemeinen Reichs-Geſetze und Cammer-Gerichts-Ordnun-

nungen, welche bey Præſentationen Cammer-Gerichtlicher Perſonen nicht in Vergeſſenheit kommen ſollten, zu berühren Anſtand gefunden.

Es iſt bekandt, daß die Beweg-Urſachen dieſes Anno 1495. zuerſt von Kayſerl. Majeſtät und denen Reichs-Ständen endlich reſolvirten hohen Reichs-Gerichts die Erhaltung des Land-Friedens geweſen, und daß zu Erlangung eines beſtändigen Land-Friedens auch über dem Modo, wie er zu erhalten ſeyn möchte, Churfürſten und Fürſten des Reichs lange Zeit vorher gearbeitet, und über dreyßig Jahr zuvor, wie hiervon die von weyland Herrn Datt in ſeinem unvergleichlichen Tractatu de Pace publica lib. I. cap. 28. & lib. IV. cap. 1. ingleichem vom Lehmann, auch anderen vortreflichen Männern mehr, colligirte Acta publica Zeugniß geben, hierzu Anlaß gegeben, ja endlich, nachdem die geſammten Stände des Reichs recht ſehnlich nach der Vollziehung dieſes Vorhabens geſeufzet haben, den glorwürdigſten Kayſer Maximilianum mit inſtändigſten Vorſtellungen endlich beweget haben, ein und anders nach vormahls geſchehenen Vorſchlägen und mehrmaligem Rath in die Würcklichkeit zu bringen. Nachdem nun dieſer Grund geleget geweſen, und Kayſerl. Majeſtät beſchwerlich werden wollen, die zu dieſem dem geſammten Reich höchſtvorträglichen hohen Gericht erforderliche Gerichts- und Cantzley-Perſonen zu beſolden, hat hierzu auf ein Mittel, wie nicht weniger durch wen ſie beſtellt werden können, gedacht werden müſſen. Die erſten zwar ſind, nach Innhalt der Cammer-Gerichts-Ordnung de Anno 1495. bey dem Reichs-Tag zu Worms durch Kayſerl. Majeſt. mit Rath und Willen der damaligen Sammlung, erkieſet worden; Damit aber für das künftige alles ordentlich zugehen möchte, iſt auf dem Reichs-Tag zu Conſtantz Anno 1507. die Benennung 8. Beyſitzere denen Ständen derer damaligen 6.

 Crey-

Creyſen zugeeignet, und hat man mit allem Fleiß die Nominantes aus jeglichem Creyß der weiters verfaßten Cammer-Gerichts-Ordnung einverleibet, auch die von ihnen Nominatos namentlich genennet, da denn 6. Gelehrte und 6. Herren-Standes oder von Adel durch den Schwäbiſchen Creyß nominiret, von dieſen aber D. Sebaſtian Schilling und Alexander Marſchall ein Edelmann erwählet, die Herren Marggrafen zu Baaden aber als Nominantes mit deutlichen Worten neben anderen Tit. XXI. exprimiret ſind.

In der fernern Cammer-Gerichts-Ordnung auf dem Reichs-Tag zu Worms Anno 1521. iſt dieſes Tit. IV. §. 4. eben alſo wiederholet; Daß aber wegen der Anzahl derer Præſentatorum aus denen in dieſen zweyen Cammer-Gerichts Ordnungen ſpecificirten hohen Nominantibus einer in künftigen Zeiten übergangen werden ſolle, findet ſich in keinem Reichs-Abſchied, auch in keiner bey ſolchen Reichs-Abſcheiden verfertigten an das Cammer-Gericht ergangenen Verordnung: dahingegen müſſen um ſelbige Zeit wenige Subjecta zu finden geweſen ſeyn, welche um kleine Beſoldung Aſſeſſorat-Stellen anzunehmen ſich gefallen laſſen, weil an ſtatt, daß Anno 1507. viele Subjecta an Gelehrten und von Adel ſind præſentiret worden, der Reichs-Abſchied de Anno 1531. §. 15 die Anzeige gibt, daß, obgleich die Beſoldung ſchon damahls und in den nächſten Zeiten weiters gebeſſert worden iſt, dennoch nur von 2. oder 3. Præſentatis die tüchtigſte erwählet zu werden, nicht als eine Verordnung zu einer eingeſchränckten Præſentation, ſondern als eine dergleichen Geſtattung beliebet werden wollen. Und der Viſitations-Abſchied de Anno 1531. enthält §. 1. auf gleiche Weiſe ſo gar die fernere Weiſung, daß, wenn auch nur einer præſentiret, und alſo keine Wahl vorhanden ſeyn ſolle, ein ſolcher, daferne er tüchtig erfunden werden würde, nicht abgewieſen werden ſolle. Nichtweniger, als Anno 1548. Kayſer

Kayſer Carolo V. eingeräumet worden iſt, zehen auſſerordentliche Beyſitzere ſelbſt zu ernennen, iſt damit ſowohl denen Creyſen, als denen darinnen geſeſſenen Ständen an ihrem vorher gehabten und in denen vorigen Ordinationibus exprimirten Nominations-Recht nichts abgenommen, ſondern, daß dieſes ungeändert bleiben ſolle, ausdrücklich verſichert worden. Nach Anno 1555. errichtetem Religions-Frieden muſte auch die Cammer-Gerichts-Ordnung revidiret, und in einigen Stücken geändert werden; Allein kame alles derer Aſſeſſoren Præſentation wegen darauf an, daß auch Aſſeſſores Aug. Conf. ohne deren Anzahl zu benennen, oder derer Nominantium zu gedencken, fürterhin bey dem Cammer-Gericht angenommen werden ſollten: jedoch wurden auch in dieſer Ordnung Tit. II. §. 3. die Herren Marggrafen zu Baaden inter Nominantes wie vorher geſetzet. In dem Vis. A. de Anno 1556. §. 19. auch allen nachfolgenden, und wie Anno 1566. bey dem Reichs-Tag zu Augſpurg abermal acht Aſſeſſores extraordinarios anzunehmen geſchloſſen waren, wurde §. 75. hieran nichts geändert. Endlich erſcheinet der Viſitations-Beſcheid de Anno 1573. aus welchem §. 8. zu erſehen, daß damahls über den Numerum Præſentatorum Klage geführet worden ſeyn müſſe, dieſem ungeachtet iſt dennoch denen Creyſen keine gewiſſe Anzahl determiniret worden, bey welcher ſie mit ihren Nominationen und Præſentationen verbleiben müßten, ſondern es iſt dem Cammer-Gericht nur aufgegeben, bey einem dergleichen Numero Præſentatorum nur zwey oder drey derer Tauglichſten, und die ſich am erſten einſtellen würden, ad examen kommen oder ſie referiren zu laſſen. Dieſes nemliche iſt Anno 1576. bey dem Reichs-Tag zu Regenſpurg §. 59. & 60. alſo weiters bekräftiget, jedoch der Numerus nur bis auf drey zu præſentiren deutlicher benennet, hernachmahls aber über dieſer Materia bis zu dem Weſtphäli-

ſchen Frieden nichts merckwürdiges bey dem Reich diſponiret worden, obwohlen es nicht anders hat ſeyn können, als daß von A. 1555. her bey vermiſchten Creyſen über denen erledigten Aſſeſſorat-Stellen Irrungen haben entſtehen müſſen, indem ſowohl die Status Catholici, als A. C. addicti, ihre Nominationes und Præſentationes gelten zu machen ſich Mühe gegeben haben. Endlich hat dergleichen Verdrüßlichkeiten Pax Weſtphal. Art. V. §. 53 & 54. auch 57. abgeholffen, und beyderley Religions-Verwandten die Aſſeſſores, ſo ſie ſtellen können, deutlich verordnet, wobey jedoch quoad jus nominandi & quoad numerum præſentandorum bey deme, was die vorige Receſſus Imperii & Ordinationes, auch Viſitationes Camerales, enthalten, wiederum nichts weiters vorgeſchrieben werden mögen; Wie dann ferners in dem letzten Reichs-Abſchied de Anno 1654. §. 27. & 27. & 28. expreſſis verbis verſehen iſt, daß zwar nur zwey oder drey, auch allenfalls nur ein Subjectum (wie es ſchon Anno 1531. alſo verfüget geweſen) præſentiret werden könne, dieſes aber dennoch nicht alſo geordnet worden iſt, als ob nur einer, zwey oder drey præſentiret werden müſſen, darum dann die Creyſe und in dieſen die Status nominantes noch biß dato an keinen andern Numerum nominandorum & præſentandorum gebunden zu ſeyn erachtet werden können, wohl aber iſt das Cammer-Gericht, vermög Viſ. A. de Anno 1573. §. 8. und nachgefolgten Reichs-Abſchied de Anno 1576 verbunden, mehr als drey, und zwar die tauglichſten erſt kommenden ad examen & relationem actorum zu admittiren. Es iſt dieſes die Cynoſura, nach welcher ſich ſo wohl das hoch-anſehnliche Cammer-Gericht bey vorkommenden Strittigkeiten zu richten pfleget, und mit welcher auch unpartheyiſche Gemüther die hinc inde vorkommende Meynungen partium ſibi contradicentium

tium beurtheilen können, hierbey aber wird dennoch die innerliche Verfaſſung des Schwäbiſchen Creyſes zu einer nicht geringen Erläuterung dienen können. Dieſer Creyß beſtehet aus fünf beſonderen Bäncken, und werden alle Creyß-Receſſus und andere Expeditionen durch die Status, ſo ſich Directores der fünf Bäncke nennen, ſigilliret, es kan ſich aber dieſes Directorii wegen kein Director einig-weiteres Vor-Recht über ſeine Mit-Stände zueignen; dann wegen dem Creyß-Directorial-Amt geſtehet das uhralte Fürſtlich-Badiſche dem Herzoglich-Würtembergiſchen Hauſe nicht den geringſten Vorzug ein, indem das Marggräflich-Badiſche Hauß an ſeinem Fürſtl. Recht und Herkommen nichts zurück-laſſen kan oder will, ob es gleich ſich, wie andere Fürſten mehr, mit dieſem an ſich anſehnlichen und ſehr vermöglichen Fürſtl. Hauſe, wie es Reichs-kündig iſt, zu einer Alternation bequemet hat: darum es denn auch das erſte Votum auf der weltlichen Fürſten-Banck führet, welches um ſo leichter geſchehen kan, als das Würtembergiſche Votum, da von Directorial Amts-wegen die Vota colligiret werden, gantz zuletzt abgeleget wird. Auf der Prælaten-und Grafen-Banck iſt ſo gar das Directorium nicht einmal beſtändig, ſondern wird durch die Wahl gegeben, welches die Gewählten, ſo lange ſie leben, behalten, nach ihrem Abſterben aber eine anderweitige Wahl vorgenommen wird. So hat auch die Banck der ehrbaren Reichs-Ständte etwas Beſonders; alldieweilen zwar die Stadt Ulm beſtändig dirigiret, durch die Stadt Augſpurg aber allezeit das erſte Votum geführet wird. 2.) Iſt die Diſpoſition der Executions Ordnung, ſo viel das Creyß-Obriſten-Amt und ſeine Zugeordneten betrifft, bey dem Schwäbiſchen Creyß wohl niemalen ad exercitium zu bringen geweſen, den aufgeſtellten Militem aber

hat allezeit der beſoldete älteſte Befehlshaber zu commandiren gehabt, und dieſer ſeine Weiſungen von Creyſeswegen vermittelſt Expeditionen durch die fünf Bäncke empfangen; wie denn auch in ordentlichen Begebenheiten oder unvorhergeſehenen Zufällen beyden ausſchreibenden Fürſten per Status überlaſſen iſt, die gewöhnliche oder eilfertige Nothdurft conjunctim zu verfügen, da denn in proximo conventu der Verſammlung ſo wohl von der Verfügung an ſich ſelbſt, und ſodann auch von denen Urſachen, warum, auch dem Modo, wie es geſchehen, umſtändliche Eröffnung ertheilet werden ſollte. Wann jedoch 3) etwas Wichtiges vorfällt, wird entweder durch das Creyß-Ausſchreib-Amt ein ſolches denen Directoribus der fünf Bäncke communiciret, die es an ihre Bancks-Verwandte bringen, und weſſen ſie ſich mit ihnen deshalber vernommen, durch ſie wieder an das Creyß-Directorium eröffnet, oder wann die Sache keine Zeit leidet, jedoch von mehrerer Wichtigkeit iſt, nur eine ſogenannte engere Zuſammenkunft gehalten wird, zu welcher von jeglicher Banck die beſtändige oder erwählte Dictatores beruffen werden: darum denn der engere Convent incluſive derer beyden ausſchreibenden Fürſten allezeit in zehen Creyß-Ständen beſtehet, und dieſe zehen Stände kommen bey völligen Creyß-Verſammlungen ſehr offt ebenfalls zuſammen, und halten eine Unterſuchung über Dinge, welche in pleno zu elucidiren allzuweitläuffig fallen würden, worauf ſie hernachmahls dem Pleno ihr darüber verfaſtes Gutachten erſtatten; darum denn dieſes Collegium auſſer einer allgemeinen Zuſammenkunft der engere Convent, bey einem allgemeinen Creyß-Tag aber die Ordinari-Deputation genennet wird, wobey kein Membrum derſelben jemals den Titul eines Zugeordneten angenommen oder geführet hat, ihre Verrich-

richtungen auch gantz andere ſind, als die in der Executions-Ordnung eines Creyß-Oberſten Zugeordneten aufgetragen ſind. 4.) Werden zwar die ordentliche Seſſiones von allen fünf Bäncken jederzeit in einem Zimmer gehalten, und ſollen in rebus Circuli, woran jeglicher Status gleichen Theil zu nehmen hat, die viritim und nicht curiatim abgelegte Vota, attendiret, und ſecundum majora, geſchloſſen werden. Wenn aber de jure cujusdam Status auf ſolche Art gehandelt wird, daß ihme Majora ein Præjudicium gegen Reichs-Geſetze zuziehen könnten, weil dieſe cauſæ Status contra Status ſind, gibt es an ſich die geſunde Vernunft, daß keinem Statui die Vielheit der Stimmen an ſeinen habenden Rechten etwas abmajoriſiren können, wie dann dergleichen nicht einmal bey Reichs-Verſammlungen alſo zu geſchehen pfleget. Und wann Irrung über Gerechtſamen der Stände bey dem Creyß incidenter vorkommen, ſo einer Creyß-Angelegenheit Anſtoß geben könnten, ſuchet man dieſe zu gütlicher Beylegung, wo möglich, zu befördern; wenn aber dieſes nichts fruchtet, kan weder das Ausſchreib-Amt, noch eine derer fünf Bäncke, oder der geſammte Creyß ſich zum Ritter aufwerffen, ſondern muß alsdenn die Sache an ein ordentliches Forum competens in Imperio gebracht werden. 5.) Werden Religions-Angelegenheiten und andere Dinge, die propter diverſitatem religionis nicht promiſcue inter Catholicos & Aug. Confeſ. addictos conjunctim ausgemacht werden können, von jeglichem Theil beſonders berathſchlaget. Zur Zuſammenkunfft derer dabey concurrirenden Stände aber iſt weder ein beſonderer Modus, Tempus aut Locus beſtimmet, ſondern vernehmen ſich die Stände über dergleichen Vorfallenheiten ab utraque parte auf verſchiedene Art und Weiſe, darum von dem Modo, welcher auf der

einen Seiten beobachtet wird, auf der andern Seiten ſich nicht argumentiren läſſet; jedoch ſind einige Sachen, die ex diverſitate religionis herkommen, unter denen Creyß-Ständen allbereits ſo verabredet, einverſtanden und verglichen, daß der einmal angenommene Modus zu einem würcklichen Geſetz worden iſt, welche Conventional Geſetze aber denen allgemeinen Reichs-Geſetzen, als denen omnes & ſinguli Status nachzugeleben haben, nichts derogiren können, darum denn auch durch keinen Creyß-Schluß ein allgemeines Reichs-Geſetz aboliret werden kan. Es ſind alles dieſes ſolche notoriſche Wahrheiten im Creyß, daß ſie von Niemanden contradiciret werden können, und werden ſie auch ein- und anderen derer Herren Richtere bey dem hoch-anſehnlichen Cammer-Gericht ad unguem bekandt ſeyn: allen anderen im Reich ſich befindlichen ſo gewürdigten als Standes-Perſonen aber, die mit Schwäbiſcheu Creyß-Sachen nicht umzugehen Gelegenheit gehabt haben, bleiben ſie unbekandt, indem jeglicher Creyß in Teutſchland ſeine gantz beſondere innerliche Einrichtung und Obſervanz hat. Alldieweilen nichts deſtoweniger ſich nicht wohl ein richtiges Concept von der dermaligen Irrung zwiſchen dem Baaden-Durlachiſchen und Baaden-Hochbergiſchen mit dem Würtembergiſchen Hauſe der ſtrittigen Aſſeſſorats-Nomination und Præſentation wegen gemachet werden kan, wenn nicht zuvorderſt die deshalber vorhandene Reichs-Geſetze und Cammer-Gerichts-Ordnungen, hernach aber die innerliche Einrichtung des Schwäbiſchen Creyſes zum Grund geleget wird, als iſt unumgänglich nöthig geweſen, beydes ſo kurtz als möglich vor Augen zu legen, als woraus ſich allbereit ergibt, daß in einigen Sachen bey allgemeiner Creyß-Verſammlung viritim & per ſingulos Status, in anderen aber auſſer der Creyß-Verſammlung

lung durch die verſchiedene Bäncke das Votiren ſolcher⸗geſtalt geſchiehet, daß der Bancks⸗Director von ſeinen Conſtatibus die Vota einſammlet, und das Beſchloſſene hernach an das Creyß⸗Directorial oder Creyß⸗Ausſchreib⸗Amt bringet.

Nunmehr kommt es auf 2. Fragen an, die eigentlich controvertiret werden. Die erſte iſt: ob Baaden⸗Durlach von wegen vorhandener alter Reichs⸗Geſetzen und denen Creyß⸗Schlüſſen von der weltlichen Fürſten⸗Banck wegen als Princeps Auguſtanæ Confeſſioni addictus bey vacirenden Aſſeſſorat⸗Stellen eine Nomination dem Evangeliſchen Creyß⸗ausſchreibenden Fürſten oder Directori ad præſentandum zu machen befugt, dieſer aber den Nominatum zu præſentiren ſchuldig ſeye?

Die andere aber: ob Baaden⸗Durlach ſich eines wohl hergebrachten Rechts durchs eine Convention mit ſeinen Creyß⸗Mit⸗Ständen begeben habe?

Denn daß einem Evangeliſchen Creyß⸗ausſchreibenden Fürſten oder Directori, wie er genennet ſeyn will, eine Præſentation eines beſondern Subjecti neben denen Subjectis a Statibus nominatis eingeſtanden ſey; ingleichem, daß die ehrbaren Reichs⸗Städte entweder conjunctim mit denen Fürſten⸗Bancks⸗Verwandten ſich über einen Nominandum verſtehen, oder aber ein pro re nata beſonders Subjectum an Baden⸗Durlach in Vorſchlag bringen können, dieſem widerſpricht Baaden⸗Durlach nicht, ſondern ſuchet es nichts anders, als das Recht, ſo das Baadiſche Hauß mit ſeinen Fürſten⸗Bancks⸗Verwandten von Urſprung des Cammer⸗Gerichts her gehabt, und allezeit conſerviret hat, ferners zu erhalten, und ſich dieſes weder im Creyß abvotiren, noch durch ein nicht eingeführtes anmaßliches Ritterliches Concluſum oder eigenmächtige Dictatur abſprechen zu laſſen.

Ehe

Ehe das Baaden-Durlachiſche Recht ad oculum demonſtriret wird, müſſen die Beylagen, ſo der Herr Concipient des Acten-mäßigen Berichts hiergegen zu gebrauchen vermeynet hat, eingeſehen werden, ob etwas darinnen zu finden ſeyn möchte, welches in affirmativam oder negativam obgedachten beyden Fragen angezogen werden könne, wodurch des Herrn Concipienten gemachte 3. eigene Concluſiones entweder zerfallen, oder als gründlich geſetzet ſich vorlegen werden. Werden ſie vernichtiget, ſo iſt das Baadiſche Recht an ſich ſchon erwieſen, es wird aber hernachmals dennoch mit ferneren Beweißthümern noch weiters können beſtärcket werden.

Die erſte Beylage ſub Lit. A. de Anno 1531. gibt keinen Beweiß weder in affirmativam noch negativam bey einer oder der andern Frage, die Urſache iſt, weil in dieſem Creyß-Abſchied nur mit ein paar Worten des Erfolgs, nicht aber des Modi nominandi, welcher damals bey dem Creyß beobachtet worden iſt, gedacht wird. Darum denn von dem Modo nominandi weder vor noch gegen Baaden-Durlach hieraus ein Argument gezogen werden kan; dahingegen machen die folgende Beylagen einen ſtarcken Verdacht, daß ſchon A. 1531. die damalige hohe Herren Directores oder ausſchreibende Fürſten denen Conſtatibus auf denen 5. Bäncken es zu nahe geleget haben müſſen.

Würtembergiſche-*Deduction.*

Gleichwie aber die vornehmere Stände dieſes Hochlöbl. Schwäbiſchen Creyſes nach der Zeit ihr Abſehen dahin richten wollten, die Beſtellung derer Aſſeſſorum alleinig an ſich zu ziehen, und die geringere Stände davon auszuſchlieſſen; ſo beſchwerte ſich ins beſondere das Reichs-Städtiſche Collegium

legium auf dem Creyß-Tag 1541. gar ſehr dagegen, alſo, daß auf dero Verlangen eine förmliche Verwahrung dem Creyß-Receſs 1541. *Lit. B.* des Endes einverleibet werden muſte, wie vermög der Reichs-Ordnung, auch dieſes Creyſes Herkommen, ſich gebühre, daß ſolche Præſentationen durch die Fürſten, Prælaten, Grafen und andere Reichs-Stände und Städte dieſes Creyſes, durch aller Stände Stimmen und das mehrere beſchehen ſolle, gleich es auch alſo auf dem Creyß-Tag 1531. gehalten worden ſeye.

Baadiſche Gegen-*Deduction.*

Die andere Beylage Lit. B. erweiſet abermal quoad jus nominandi nichts weder pro noch contra, wohl aber, daß Anno 1541. die ehrbaren Reichs-Ständte, weil man ſie bey vorheriger Nomination nicht admittiret habe, ihre Beſchwerde einzubringen genöthiget geweſen.

Würtembergiſche *Deduction*

Nichts deſtoweniger haben dieſe Differenzien annoch biß ad Annum 1556. vorgedauret, da immittelſt zu dem Städtiſchen auch das gantze Gräflich-und Prælatiſche Collegium ſich geſchlagen, und auf gehaltenem Creyß-Tag, im Febr. *Lit. C.* dieſes Jahrs folgende Beſchwerden ad Protocollum gegeben: Wie es nemlich allweg bräuchlich geweſt, daß die Nomination und Præſentation eines Schwäbiſchen Creyß-Aſſeſſoris durch gemeine Creyß-Stände geſchehen, werde aber etliche wenige Jahr her nicht mehr alſo gehalten, wodurch

ſie ſich aber nichts benommen oder begeben haben wollten.

Baadiſche Gegen-*Deduction.*

Die dritte Beylage Lit. C. de Anno 1556. entdecket gantz offenhertzig die damals gefundene Wahrheit, daß, wie die Worte lauten, einmal oder zwey durch die ausſchreibende Creyß-Fürſten dieſelbige (ſcilicet die Aſſeſſores) nominiret und præſentiret worden. Dieweil aber dieſes dem alten Brauch zuwider ꝛc. ꝛc. Jedoch iſt der alte Modus nominandi wieder nicht benennet, ſondern iſt nur der gemeinen Creyß-Stände gedacht.

Würtembergiſche *Deduction.*

Als nun hierauf in eodem Anno ein abermaliger Creyß-Tag im Monat April gehalten worden, ſo kamen dieſe Differenzien dergeſtalten zu einem Vergleich, *Lit. D.* wie die Anlage mit mehrerm beſaget, „daß die Creyß-ausſchreibende Fürſten den Caſum vacaturæ von wegen des geiſtl. Bancks an den Biſchoff zu Augſpurg, von wegen des weltl. Bancks an Marggrafen Carl zu Baaden, von wegen der Prælaten, Grafen und Herren an Weingarten und Fürſtenberg, und der ehrbaren Städte wegen an Ulm gelangen laſſen ſollten,„ welche alsdann von ihrer Mit-Verwandten Bäncke wegen jeder Banck eine taugliche Perſon dem Creyß-ausſchreibenden Fürſten benennen, und dieſe neben demjenigen, ſo die ausſchreibende Fürſten ſelbſt zu benennen begehren, dem Cammer-Gericht præſentiret werden ſollten.

Baa-

Baadiſche Gegen-*Deduction.*

Die vierte Beylage de Anno 1556. ſub Lit. D. hingegen führet den erſten ſehr authentiſchen Beweiß de jure & modo nominandi bey dem Creyß; denn hierinnen wird bekennet 1.) wie vermöge der Ordnung geſuchet worden, (ergo iſt dieſes die alte Ordnung alſo geweſen,) daß ſie von wegen des geiſtlichen Bancks ſolches (die Aſſeſſorats-Vacatur) an den Cardinal und Biſchoffen zu Augſpurg, des weltlichen Bancks an Marggraf Carln zu Baden, der Prælaten, Grafen und Herren an Weingarten und Fürſtemberg, und der ehrbaren Städte wegen es an Ulm gelangen laſſen ſollten. 2.) Welche alsdann von ihrer NB. **Mit-Verwandten Bäncke wegen jeder Banck** (ergo nicht durch Vota virilia in Conventu, welcher damalen gehalten wurde,) eine taugliche Perſon dem ausſchreibenden Fürſten, ob ſie wollen, (darum iſt dieſes in beneplacitum derer Verwandten jeglicher Banck geſetzet,) benennen, oder aber ſolches ihrer Fürſtl. Gnaden anheimſtellen mögen, welche beſtimmte Perſonen neben demjenigen, ſo die ausſchreibende Fürſten ſelbſt zu benennen oder zu fürdern begehren, 3.) dem Cammer-Gericht præſentiren ꝛc. ꝛc. Dieſes iſt ein vollſtändiger Beweiß ad quæſtionem 1. daß das Baadiſche Hauß neben der Diſpoſitione LL. Imperii auch durch das Herkommen bey dem Creyß mit ſeinen Bancks-Verwandten, excluſive der ausſchreibenden Fürſten, wie die übrigen Bäncke ſchon damals das Nominations-Rechts hergebracht gehabt, und daß ein ſolcher Nominatus durch die ausſchreibende Fürſten habe præſentirt werden müſſen.

Würtembergiſche-*Deduction.*

Es iſt aber die vornehmende Wahl in Comitiis circul. dadurch nicht gehemmet und aufgeho-

ben worden; *Lit. E.* Zum Beweißthum deſſen dienet der gleich darauf in Anno 1557. erfolgte Caſus, allermaſſen bey allgemeiner Creyß-Verſammlung D. Johann Rudolph Ehinger als Extraordinari-Beyſitzer bey dem Cammer-Gericht cum conſenſu omnium Statuum erwählet, und falls er es nicht annehmen würde, denen beyden Creyß-ausſchreibenden Fürſten eine anderwärtige Wahl vorzunehmen von gemeinen Creyſes- und derſelben Stände wegen anheim-geſtellet worden: wie dann auch hierauf in Anno 1558. Jenes Præſentation alleinig von denen Creyß-Ausſchreibenden Fürſten, als mit Wiſſen und gemeinem Beſchluß *Lit. F.* aller des Schwäbiſchen Creyſes Ständen, würcklich geſchehen.

Baadiſche Gegen-*Deduction.*

Die Beylagen ſub Lit. E. & F. de Annis 1557. & 1558. beweiſen quoad modum nominandi abermalen nichts weder pro noch contra, denn es ware dieſes eine gantz auſſerordentliche Beſetzung einiger nur ad tempus extraordinarie geſetzter Beyſitzere, darum es denen geſammten Bäncken und Ständen im freyen Willen geſtanden hat, hierbey, wie ſie gewollt, zu diſponiren, es findet ſich aber kein einig Wort in dem Concluſo ſub Lit. C. daß einige Banck von ihrem vorhin gehabten Recht habe etwas abgehen laſſen wollen. Daß in Anno 1563. der im Concluſo de Anno 1556. durch die Beylage ſub Lit. D. von dem Herrn Verfaſſer kräfftig erwieſene Modus nominandi bey dem Creyß als eine Grund-Regul erkennet worden ſey, bekennet er in dieſem Acten-mäßigen

Bericht

Bericht ſelbſt; und iſt alſo dieſes der andere kräfftige und nicht mehr widerſprechliche Beweiß für Baaden-Durlach.

Würtembergiſche *Deduction.*

Anno 1563. wurde obgedachter Receſſus 1556. nochmals namentlich wiederholet und confirmiret: hingegen entſtunden bald darauf abermalige neue Differenzien. Es ware nemlich durch viel-erwehnten Receſſum 1556. denen Creyß-ausſchreibenden Fürſten zugeſtanden, neben denenjenigen Subjectis, welche von ſämmtlichen Statibus ernannt worden, auch noch ein eignes Subjectum zu præſentiren.

Hiebey ware nun die Frage: ob ein jeder hoher Creyß-ausſchreibender Fürſt ſeorſim ein Subjectum, oder ob beyde conjunctim eines zu ernennen und zu præſentiren hätten.

Erſtes wollten die Stände nicht zugeben, und entſtunde hierüber auf dem Creyß-Tag 1572. *Lit. G.* ein hefftiger Stritt; da dann unter anderm Hoff-Stifft Augſpurg votirte, daß die Præſentationen denen Fürſten nicht allein, noch auch denen ausſchreibenden Fürſten gebühre, die ſämmtlichen Præſentation ſolle der Privat fürgezogen werden: Baaden aber behauptete damals, Würtemberg hätte legitime præſentiret, und würde nicht davon zu bringen ſeyn. Gleicher maſſen auch die meiſten Städte ſich vor Würtemberg declarirten, und darunter ins beſondere Stadt Augſpurg ſeinem

Voto folgenden notablen Paſſum mit anfügte: Daß das *Jus nominandi* denen benannten Ständen allein ſollte gegeben ſeyn, wäre der Verſtand-*Receſſus* nicht, ſondern es ſollte die Nomination mit Wiſſen und Willen der Mit-Bancks-Verwandten geſchehen. Endlichen kame die Sache wiederum zum Vergleich, *Lit. H.* nach welchem der erſtere Vertrag nochmals beſtättiget worden, mit dem Anhang, daß jeder ausſchreibender Creyß-Fürſt über die von denen Ständen Nominirte noch eine Perſon dem Cammer-Gericht ſelbſt auch nominiren und præſentiren, auch dazu daſſelbe in einem ſondern Schreiben für ſich ſelbſt ſeorſim thun möge, welche Præſentation nicht weniger Krafft, Anſehens und Würcklichkeit haben ſolte, als die von gemeinen Creyſes-wegen durch beyder ausſchreibender Creyß-Fürſten im Namen aller-Fürſten und Samt-Schreiben verrichtet worden, jedoch, daß zu jedem Fall nur eine Perſon und nicht mehr ernennet und præſentiret, auch ſolches auf eine Zeit mit, derer keine nach oder ohne einander geſchehen, womit aber keine Superioritæt über die Stände weiteres eingeraumet, und Würtemberg dieſes Recht nicht von Creyß-Oberſtern-ſondern alleinig von Creyß-Ausſchreib-Amts-wegen zuſtehen ſolle.

Baadiſche Gegen-*Deduction.*

Die Beylagen mit Lit. G. & H. de Anno 1572. legen eine Irrung, die damals bey dem Creyß vorgangen, vor,

gehen

gehen aber derer Bäncke oben per Lit. D. ausführliches beſchriebenes und zugleich mit vorſtehendem Paragrapho erwieſenes Nominations-Recht gar nicht an; denn weil nach dem Religions-Frieden auch Aſſeſſores Auguſtanæ Confesſionis bey dem Cammer-Gericht zugelaſſen werden ſollten, hatte ſich der Herzog von Würtemberg als Evangel. Creyß-Fürſt angemaſſet, über die Nominatos von der Bäncke wegen auch einen Evangel. Aſſeſſorem ohne Vorwiſſen derer Stände zu præſentiren, ex ratione, weil neben der Stände Nominatis vorher auch einer, wie ſupra Lit. D. dargeleget hat, durch beyde ausſchreibende Fürſten miteinander hatte præſentiret werden können. Als nun hoch-gedachter Herzog bey einer von Creyß-Ausſchreib-Amts-wegen geſchehender Præſentation eines Aſſeſſoris Catholici nicht mehr mit zu Rath gezogen wurde, ſuchte er ſich ſelbſt vermittelſt eigenmächtiger Præſentation eines Evangel. Aſſeſſoris in gleiche Præſentation, wie der Catholiſche ausſchreibende Fürſt hatte, zu ſetzen. Es waren aber mit dieſem Unternehmen weder die Catholiſche Stände, noch alle der Augſpurgiſchen Confeſſion zugethane zufrieden: jedoch favoriſirte ihm Herr Marggraf Carl zu Baaden-Durlach, als damaliger Schwieger-Vater des Herzogs, ſo viel nur möglich ware; wie er es denn auch dahin brachte, daß beſage Lit. H. ihme als ausſchreibenden Evangel. Fürſten ein Subjectum mit denen Nominatis NB. von der Bäncke wegen, wiewohl mit ausdrücklicher Vorſchrifft, daß es für keine Superioritæt im Creyß oder als ein Stück eines Creyß-Obriſten geachtet, auch nicht alleinig, ſondern conjunctim mit der Præſentation derer übrigen Nominatorum geſchehen ſolle, zu compræſentiren eingeräumet worden iſt. Alldieweilen aber hierbey eben der ſub Lit. D. angezeigte Beweiß vor das Baadiſche Recht expreſſe von neuem befeſtiget iſt, und ſich nichts contra daſſelbe findet, geben dieſem Recht

allegirte zwey Adjuncta einen neuen ſtarcken und nunmehr den dritten Beweiß.

Würtembergiſche *Deduction.*

Gleichwie aber bald darauf durch den Receſſum Imperii 1576. §. 58. & 59. die Verordnung gethan worden, daß in Zukunft von denen Creyſen mehr nicht als 2. oder 3. Subjecta, und darüber keine mehr præſentirt, auch mehr nicht zum Examen und Referiren gelaſſen werden ſollten, und nun zu dieſer Diſpoſition teſtantibus actis circularibus vornehmlich der Schwäbiſche Creyß Anlaß gegeben haben ſolle: allermaſſen, da nach obgedachten Creyß-Vergleichen ein jeder Banck 1. Subjectum nominiren, und noch ein jeder Creyß-ausſchreibender Fürſt einen beyfügen könnte, ſolchemnach bey jeder Vacatur von denen 5. Bäncken fünf, und Namens des Hochfl. Creyß-Ausſchreib-Amts zwey, alſo zuſammen 7. Subjecta auf einmal und zu einer Stelle nominiret und præſentiret worden; alſo muſte nothwendiger Weiſe eine abermalige neuerliche Vergleichung unter denen Creyſes-Ständen getroffen werden, welche denn auch *Lit. I.* mit Aufhebung obiger Vergleichen in Anno 1577. dahin erfolget: daß bey jedesmaliger Vacatur die Denuntiation wie zuvor an die zugeordnete Stände gelangen, ſodann von denen Catholiſchen Ständen ein, von denen Evangeliſchen Ständen ein Subjectum denen

Creyß-

Creyß-ausſchreibenden Fürſten nominiret, die Nomination aber des dritten von denen ausſchreibenden Creyß-Fürſten alternativè gethan, und daraufhin alle drey Subjecta insgeſamt von dem Creyß-Ausſchreib-Amt im Nahmen gemeinen Creyſes præſentiret werden ſollten. Und dieſes iſt derjenige letzte Vergleich, welcher dato noch in ſeiner Obſervanz verblieben, und bloß dieſe Abänderung poſt pacem Weſtphalicam dabey erfolget iſt, daß nunmehro jeder Theil beyder Religions-Verwandten ſeine Præſentatos ſeparatim nominiret und præſentiret, und daß die Creyß-ausſchreibende Fürſten nunmehro dero Jus ſingulare & proprium nicht mehr alternativè exerciren, ſondern bey jedesmaliger Vacatur, e. g. einer Catholiſchen Aſſeſſorats-Stelle Hoch-Stift Coſtanz alleinig und privativè, ſodann bey einer jedesmalig Evangeliſchen Vacatur das Hochfürſtl. Hauß Würtemberg alleinig ein Subjectum von Creyß-Ausſchreib-Amts wegen beſonders zu nominiren, und mit und nebſt dem communi Nomine omnium Statuum reſpective ſive Evangelicorum ernannten Subjecto mit zu præſentiren befugt iſt.

Baadiſche Gegen-*Deduction.*

Die Beylage Lit. I. de Anno 1577. ſcheinet etwas in ſich zu haben, welches der erſten Frage möchte entgegen geſetzet werden wollen; Wie denn auch der Herr Verfaſſer des Acten-mäßigen Berichts ſehr irrig dafür hat halten wollen, daß mit dieſem Creyß-Abſchied alle vorige Vergleiche aufgeho-

gehoben worden wären. Ja, es will das Anſehen haben, daß, weil nach dieſem Vergleich kein fernerweitiger abgeänderter bey dem Schwäbiſchen Creyß communi Statuum conſenſu getroffen worden ſey, es ſey dieſer Abſchied baſis ac fundamentum totius negotii nominandi & præſentandi Aſſeſſores Camerales, indem er jedoch den Modum nominandi, wie er vor Anno 1556. üblich, und in dem damahligen Creyß-Abſchied auch hernach ferners benennet geweſen, nicht nur nicht aufgehoben, ſondern vielmehr verfüget hat, daß, wenn von dem hochanſehnlichen Cammer-Gericht die Anzeige einer Vacatur geſchiehet, ſolches den nächſten an die zugeordnete Stände (dieſe Zugeordnete ſind diejenige, welche der Receſs de Anno 1556. als die erſten derer 5. Bäncke zu Empfahung der Notification geordnet hat) gelanget werden ſolle, und daß dieſe ſofort den Nominatum oder Nominatos an den Creyß-ausſchreibenden Fürſten, an welchen es der nun wieder von neuem beliebten Alternation nach geſchehen könne, benennen ſollen; So iſt hierdurch nicht nur dasjenige, ſo Anno 1556. denen Cammer-Gerichts-Ordnungen und dem Innhalt anderer darzwiſchen errichteter Reichs-Geſetze gemäß wegen dem Iure & Modo nominandi in Circulo zur immerwährenden Nachricht gantz deutlich und umſtändlich beſchrieben, auch hernachmahls in Annis 1557. 1563. & 1572. ferners bekräftiget geweſen, nicht abgeändert, ſondern vielmehr von neuem bekräftiget worden, darum eben dieſe Beylage den vierdten ſtarcken Beweiß für Baaden-Durlach vor Augen leget. Was jedoch gegen den Innhalt des Abſchiedes de Anno 1556. würcklich abgeändert iſt, kommet darauf an, daß man 1) der Uneinigkeit zwiſchen denen beyderley Religionen im Creyß gar heilſam abzuhelffen geſuchet, und deswegen 2) die Neben-Præſentation, ſo man kurtz vorher Anno 1572. jeglichem Creyß-ausſchreibenden Fürſten eingeſtanden gehabt,

habt, ausdrücklich aufgehoben, und zu einer Alternation reduciret hat, und dieſes darum, weil man gefunden, daß nach denen oben allegirten allgemeinen Reichs-Geſetzen, abſonderlich dem Reichs-Abſchied de Anno 1567. nur neue Beſchwerlichkeit und Irrungen entſtehen dürften, wenn man, wie in antecedentibus legibus zwar nicht verbotten, Anno 1576. aber mehr reſtringiret geweſen, Plures nominiren und præſentiren würde, dennoch aber das hochanſehnliche Cammer-Gericht nur zwey oder drey ad examen & relationes zu laſſen berechtiget gemacht ſey, einfolglich jeglicher Nominatus mit ſeiner Præſentation einer der erſt ankommenden und tüchtigſten hätte ſeyn wollen, welches vielerley Streitens denen nominirenden reſpective Bäncken verurſachet haben möchte; Weswegen dann der Billigkeit nach nicht nur die Creyß-ausſchreibende Fürſten ſich zu obgedachter billichen Alternation wegen der ihnen Anno 1672. eingeräumten Neben-Præſentation bequemet, ſondern auch 3) die übrigen Status tam Catholici quam A. C. addicti ſich zu einer ebenmäßigen Alternation unter ſich ſolchergeſtalt verſtanden haben, daß alternis vicibus einmal zwey Catholiſche, ein andermal aber zwey der Augſpurgiſchen Confeſſion zugethane Aſſeſſores haben præſentiret werden können. Hiermit iſt aber 4) das Jus & Modus nominandi, wie es von Alters her feſt geſetzet, auch in Anno 1556. in dem damaligen Creyß-Abſchied umſtändlich beſchrieben, und nach vorhergehenden Beylagen und Bekänntnüſſen befeſtiget geweſen, im geringſten nicht aufgehoben, ſondern vielmehr auf das nachdrücklichſte ferners ſolchergeſtalt feſt gegründet worden, daß, obgleich von denen geſammten jeglicher Religion zugethanen Ständen nur einer nominiret werden ſolle, dieſes dennoch an die zugeordnete Stände, den nächſten NB. **wie zuvor**, gelanget werden ſolle, (darum es denn nicht etwa auf einen Vortrag durch einen derer Herren

ausſchreibenden Fürſten bey einem allgemeinen Convent und auf eine Collection deſſelben derer Votorum numero majorum angekommen iſt,) ſondern die vorige Gelangung an die Bancks-ausſchreibende Fürſten zu bringen, welche ſich hernach nicht nur mit ihren Bancks-Verwandten, ſondern auch mit denen übrigen Bäncken, wegen eines Nominandi zu verſtehen gehabt, auf das nachdrücklichſte abermahls als ein Beybehalt der ehemaligen Creyß-Abſchiede weiters feſt geſtellet worden iſt.

Wenn nun dieſer Creyß-Abſchied de Anno 1577. baſis & fundamentum negotii nominationis & præſentationis Aſſesſores Cameræ Imperialis genennet werden will, muß man hierbey allezeit die vorherige Diſpoſitiones LL. Imperii & Conventiones Circulares Statuum einſehen, weil man durch die Worte wie zuvor in dieſem Abſchied darauf verwieſen wird; Womit denn dieſe Beylage ſub Lit. I. dem Baaden-Durlachiſchen Recht den vierdten unverwerflichen Beweiß ſeines habenden Rechts vorſtrecket.

Es iſt dieſes die letzte Beylage, mit welcher der Herr Schrifft-Steller vor der Zeit des Weſtphäliſchen Friedens das Baaden-Durlachiſche und der Fürſten-Banck Recht Evangeliſchen Theils gäntzlich entkräften zu können vermeynet hat; Nachdem er aber an ſtatt der Entkräftigung vielmehr vier ſtarcke Beweiſe ihme beygebracht hat, iſt kein Zweiffel, daß, wenn mehr Beylagen in Vorſchein gekommen wären, ſich Baaden-Durlach auch noch mehrern Beweiſes ſeiner gerechten Sache zu erfreuen gehabt haben würde.

Nun wird ſich zeigen, weil er gleich auf die Zeit nach dem Weſtphäliſchen Frieden ſich lencket, was die folgende Beylagen enthalten werden, nachdem durch den letztern Creyß-Abſchied de Anno 1577. der Modus, daß die ausſchreibende Fürſten alleinig an das Baaden-Durlachiſche Hauß die

Be-

Benachrichtigung von denen Aſſeſſorats-Vacaturen, ſo viel Status A. C. betrift, gebracht, und dieſem ſich mit denen übrigen Bäncken wegen der Nomination eines Anderweitigen zu vernehmen überlaſſen haben, in exercitium gekommen iſt.

Gleichwie aber Pax Publica dem teutſchen Reich die innerliche Ruhe, die in vielen Seculis ermangelt hatte, wie Pax Weſtphalica von neuem hergeſtellet, beydes aber das niedergeſetzte hochanſehnliche Cammer-Gericht nunmehr zwey Secula und ein halbes erhalten hat, alſo ſollte man glauben, es würde jeglicher Reichs-Stand, er mag hoher oder mittlerer oder kleiner Gattung ſeyn, dieſes ſeine erſte und vornehmſte Sorge ſeyn laſſen, wie dieſes von ihren höchſtrühmlichſten Vorfahren ſelbſt zum Stand gebrachte hohe Reichs-Gericht in dem vortreflichſten Stand, ſowohl was ſeine Beſtellung als die Unterhaltung betrift, in dem ihme allerdings gebührenden äuſſerlichen Anſehen erhalten werden möchte. Die vielen bitteren Klagen aber, daß ſich, leyder! Viele der richtigen Unterhaltung wenig erinnern, und die verſchiedene Uneinigkeiten, ſo bey Beſtellung derer Aſſeſſorat-Stellen durch den hochmüthigen Widerſacher aller guten Ordnungen erreget, und bey dieſem ſupremo Imperii Judicio nur allzuviel bekandt worden, geben nicht das beſte Zeugniß von dieſer ſich gehöriger Orten findenden Obſorge.

Es hat Pax Weſtphal. Anno 1648. die aus dem Religions-Unterſchied von Anno 1517. her entſtandene Mißhelligkeiten eben ſo getilget, und Teutſchland in einen ruhigen Stand verſetzet, wie vorhin per Pacem Publicam, und Anno 1555. auf eine kurtze Zeit per Pacem Religioſam geſchehen ware, und durch dieſen Frieden hat ſich nun auch dasjenige, ſo durch den Creyß-Abſchied de Anno 1577. nur wegen Præſentation derer Aſſeſſorum beliebet, und deſſen eigentliches

Sub-

Subjectum wäre, nemlich die Alternation zwiſchen beyden ausſchreibenden des Catholiſchen und der A. C. zugethanen Fürſten, ingleichem die ſimultanea Nominatio derer Catholiſchen und der Augſpurgiſchen Confeſſion bekennenden Bancks-Verwandten jegliches auf ſeiner Banck völlig abgeändert, darum denn nichts anders davon hat überbleiben können, als was aus dem Creyß-Abſchied de Anno 1556. und was bis ad Annum 1577. gegolten hatte, damalen beybehalten geweſen; Denn es hat Pax Weſtphal. jeglichem Theil ſein Quantum in Stellung derer Aſſeſſorum bey Erledigungen zugeſchieden, und können jetzo bey jeglicher Vacatur ſowohl von Catholiſch- als Evangeliſcher Seite allezeit drey Subjecta præſentiret werden, einfolglich können die Bäncke jeglichen Theils zwey nominiren, und kan jeglicher ausſchreibender der Catholiſch- und Evangeliſche Fürſt nach dem Creyß-Abſchied de Anno 1572. einen vor ſich benennen, und zugleich mit denen zweyen von denen Bäncken ihme Nominirten præſentiren.

Es hat dieſes ſeine ſo zuverläßige Richtigkeit, daß, wenn man mit dem Herrn Verfertiger des Acten-mäßigen Berichts auf die ſchon widerlegte Gedancken fallen wollte, es ſey durch den Creyß-Abſchied de Anno 1577. alles vorher im Creyß Verabſchiedete und feſt geſetzt geweſene aufgehoben, (welches doch mit deutlichen Worten hätte geſchehen müſſen, und nicht auszuklügeln iſt,) ſo müßte auch dieſes daraus folgen, daß, was Anno 1572. zu Gutem des Evangeliſchen ausſchreibenden Fürſten geordnet geweſen, ſchon damahls völlig zernichtiget geweſen, und dem Evangeliſchen ausſchreibenden Fürſten mit Recht keine Mit-Nomination und Conpræſentation eines beſondern Subjecti zuſtändig ſey. Es wird deswegen oft gedachter Herr Schrifft-Steller ſich vielmehr dieſe Wahrheit gefallen zu laſſen belieben, daß, was in denen alten Creyß-Abſchieden unanimi

con-

conſenſu eingeführet und angenommen worden, in ſo lang gültig bleiben müſſe, bis eine neuere unanimis conventio ein ſolches mit gantz deutlichen Worten wieder abſtellet, und daß dergleichen Conventiones in ſo lange ihre Gültigkeit behalten, als eine Materia ſubſtrata oder ein Subjectum agens vorhanden iſt, daß ein ſolcher Vergleich in das Exercitium gebracht werden kan. Und aus eben dieſer Urſache und keiner andern haben die Evangeliſche Bancks-Verwandten dem Evangeliſchen ausſchreibenden Fürſten geſtattet, daß er das ihme Anno 1572. eingeräumte Jus compræſentationis poſt Pacem Weſtphalicam wieder hat exerciren können, ob er ſich gleich deſſen per Receſſum Circularem de Anno 1577. begeben zu haben, nach des Herrn Actenmäßigen Berichts-Concipienten Meynung unfehlbar hätte geachtet werden müſſen. Es hätten demnächſt die Evangeliſche verſchiedene Bancks-Verwandten auch in ihrem Nominations-Recht, wie ſie es vom Urſprung her und nicht nur von Anno 1556. an gehabt, ungehindert gelaſſen werden ſollen, ſo würde mancher Streit von Anno 1648. her unter denen Creyß-Ständen unterblieben ſeyn. Nach dieſem abermaligen Vorbericht zu der Zeit von dem Weſtphäliſchen Frieden werden nun die fernere Beylagen zu prüfen ſeyn, ob ſie etwas denen Statibus auf denen verſchiedenen Bäncken an ihren uhralten Rechten Abgängiges in ſich halten.

Würtembergiſche *Deduction*.

Nun möchte hiebey das Dubium kommen, ob nicht bey dieſer Separation und bey der denen Evangeliſchen Religions-Verwandten poſt Pacem Weſtphalicam zugeſtandener beſonderer reſpective Nomination und Præſentation denen beyden Evangeli-

liſchen Zugeordneten, nemlich dem Hochfürſtl. Hauſe Baaden-Durlach und der Reichs-Stadt Ulm, wo nicht expreſſo pacto, jedoch wenigſtens per Obſervantiam, ein mehreres Recht zugetheilet, mithin die Nominationes Præſentatorum durante Conventu circulari per ſingula vota Statuum gar in Abgang gebracht worden ſeyn möchten; Allein, ob zwar gar leichtlich hätte geſchehen können, daß die jedesmalige öfters in vielen Jahren nicht vorkommende Caſus Vacaturæ zu ſolcher Zeit vom höchſt-preißlichen Cammer-Gericht wären einberichtet worden, da ein würcklicher Creyß-Convent würcklich nicht bevor geſtanden, ſofort der Modus communicandi & nominandi extra Conventum durch Baaden-Durlach gewöhnlicher maſſen geſchehen wäre: ſo hat ſich jedoch gleich nach dem Weſtphäliſchen Frieden bey dem erſtern Caſu ergeben, daß von Seiten Würtemberg, als Evangeliſ. Creyß-ausſchreibenden Fürſten, die erſtmalige in Anno 1652. durante Conventu circulari vorgenommene abgeſonderte Wahl in eine Evangeliſche Conferenz, und zwar wie dato noch mehrmalen geſchiehet, in dem Würtembergiſchen Geſandtſchaffts-Quartier in præſentia der Hochfürſtl. Baaden-Durlachiſchen Geſandtſchafft *Lit. K.* ohne einige Contradiction in die Propoſition geſtellet worden, woſelbſt man aber, da die gehörige Denunciation nicht voraus gegangen, mithin die Status Evangelici mit benöthigter

Inſtruction zu Ernennung eines Subjecti nicht gefaßt waren, zu keiner würcklichen völligen Wahl gelangen können, ſondern die Sache extra Conventum modo ſolito hernachmals fortgehandelt worden.

Immittelſt hatte Baaden-Durlach damalen die Meynung, daß die denen Evangelicis in hoc Circulo Suevico mixto zugeſtandene 2. Aſſeſſorats-Stellen ſogleich uno actu erſetzet, ſofort 2. Subjecta a Statibus Evangelicis zumal ernennet, und ſolchen noch zwey von Würtemberg ex jure ſingulari beygeordnet, mithin vier zumal (worunter zwey vom Cammer-Gericht zu erwählen) præſentiret werden ſollten. Hingegen aber hatten Herrn Hertzogen Eberhards zu Würtemberg Hochfürſtl. Durchl. die gnädigſte Intention, allervörderiſt nur zur einten Stelle, und zwar ohne weitere Beyfügung eines Compræſentati, vors erſtemal den D. Valentin Heider von Lindau, und zwar aus dieſer gedoppelten Urſache zu præſentiren: alldieweilen eines Theils hierdurch der Creyß einen ſolchen Mann an das höchſt-preißliche Cammer-Gericht bekommen würde, der ein Circularis ſeye, und dem Weſtphäliſchen Friedens-Tractat beygewohnet habe, ſintemalen ſuper intellectu Inſtrumenti Pacis beſorglich am Cammer-Gericht viele Dubia ſich ereignen würden, dahero die Nothdurft erfordern wolle, von Creyſes-wegen Evangeliſchen Theils

ſolche

ſolche Subjecta in Camera zu haben, welche die Intention derer Paciſcentium wüßten, bevorab auch Catholiſcher Seits dergleichen Subjecta, als D. Köberlin und D. Gobelins, præſentiret worden wären, andern Theils aber wäre in Receſs. noviſſimo verſehen, daß auch nur ein Subjectum zu einer Stelle dem hochlöblichen Cammer-Gericht vorgeſchlagen werden könnte, als welchen Actum man das erſtemal nicht vorbey gehen laſſen ſollte. Allein Baaden-Durlach beharrete auf der Erſetzung beyder Stellen, und verlangte an Würtemberg, die Denunciation auch zur zweyten Evangeliſchen Aſſeſſorats-Stelle abgehen zu laſſen, wogegen man wiederum replicirte, wie es vor eine hohe Nothdurft gehalten würde, mit denen übrigen Evangeliſchen Ständen bey nächſt-bevorſtehendem Creyß-Tag hierüber ebenmäßig zu communiciren, mit Bitte, den Fürſtl. Baaden-Durlachiſchen Abgeſandten deshalb ſpecialiter zu inſtruiren.

Baadiſche Gegen-Deduction.

Es beweiſet alſo die Beylage ſub Lit. K. 1) daß ſich Würtemberg Anno 1652. eines neuen Modi nominandi bey einer allgemeinen Creyß-Verſammlung angemaſſet, und 2) daß ſich die gegenwärtig geweſene Gevollmächtigte mit aller Höflichkeit, daß ſie nicht hierzu inſtruiret, ſehr vorſichtig hiergegen entſchuldiget. 3) Auch auſſer dem, was etwa ein oder der andere von Subjectis vor ſich geſprochen haben mag, gar nichts Schlüßiges

ges habe gehandelt werden können, darum der Vortrag nur ad referendum genommen worden iſt, einſolglich probiret er nichts gegen das alte Recht.

Würtembergiſche *Deduction.*

Als nun der Creyß-Tag in Anno 1654. herzukame, ſo wurde die vorhabende Præſentations-Sache in eine abermalige Evang. Conferenz *Lit. L.* in præſentia Fürſtl. Baaden-Durlachiſcher Geſandtſchafft in Propoſition geſtellet, und nach der hierunter *Lit. M.* zu mehrerer Erläuterung dienender Relation von denen Ständen beſchloſſen, daß zwar das Denunciations-Schreiben annoch abgehen möchte, ſolches aber dannoch nicht hindern werde, daß die Ubrige ihre Stimmen allerſeits nicht auf den von Baaden-Durlach in petito gehabten Göler von Ravenſpurg, ſondern einmüthig auf einen allein, und zwar D. Heider, geben würden. Und weilen ſie alſo mit dieſer Nomination die Majora machten, muſten ihro Fürſtliche Gnaden zu Durlach dieſen Heider alsdann im Namen der geſammten übrigen Evangel. Ständen dieſes Creyſes gegen ihro Fürſtl. Gnaden nominiren. Gleichwie aber hieraufhin D. Heider die erhaltene Præſentation wegen noch nicht, zufolge Receſſus Noviſſimi, zur Richtigkeit gekommener Erhöhung der Aſſeſſorats-Beſoldung ſich abgebeten, als wurde endlich von denen Statibus Evangel. D. Bayer und Göler von Ravenſpurg extra Conventum Circuli nominiret, und ſodann Beyde

Nn von

von Würtemberg præſentiret, wovon auch würcklich der Erſtere die Reception erlanget.

Baadiſche Gegen-*Deduction.*

Die Beylage Lit. I. de Anno 1654. beweiſet, daß Baaden-Durlach ſich und ſeinen Fürſten-Bancks-Verwandten an ihrem Recht nicht das allergeringſte nachgegeben; und obgleich die Städte Ulm und Heilbronn dem Durlachiſchen Gevollmächtigten Conſilia oder Anſuchen gemacht haben, nur pro nunc von ehemaliger Ordnung abzugehen, und ſeinen gnädigſten Fürſten zu einer Condeſcendenz zu bewegen, er es dennoch nicht gethan habe.

Die Beylage Lit. M. de Anno 1654. iſt ein Teſtimonium domeſticum, der Würtemberg. Herr Geſandte hat dem Baaden-Durlachiſchen ſeine ad ſuum Seren. Principalem in pectore gehabte Relation nicht ad revidendum vorgeleget, daß er das nicht Eingeſtehende darinnen hätte ausſtreichen oder dawider proteſtiren können. Geſetzten Falls aber, daß er ſo einfältig geweſen ſeyn, und ſich zu einem neuen Modo nominandi per majora taliter qualiter mitbequemet hätte, welches doch nicht einmal geſchehen, indem es nur heiſſet, er habe das erzehlte ſo dahin-geſtellt, und wolle es treulich referiren, hätte er wohl damit ſeinem Seren. Principali ohne deſſen erfolgte Genehmhaltung ein Præjudicium zuziehen können; Es will dieſes Adjunctum vielmehr erweiſen, daß die alte Forma conſueta nicht ſey in Abrede geſtellt worden, daß man ſich aber dennoch Mühe gegeben, den alten Modum nominandi Aſſeſſores durch die Bancks-Verwandte ſolchergeſtalt zu verändern, das Baaden-Durlach mit ſeinen Bancks-Verwandten per majora Civitatum allezeit abmajoriſiret werden könne, wozu ſich aber Baaden-Durlach nicht bequemet hat.

Wür-

Würtembergiſche *Deduction.*

Anno 1669. notificirte das höchſt-preißliche Cammer-Gericht den Todes-Fall des Aſſeſſoris Bayers, und Würtemberg lieſſe das gebührende Denuntiations-Schreiben abgehen, da dann extra Conventum Baden-Durlach vor ſich und Namens übriger Ständen dero Hof-Rath Scheiden und Profeſſorem Graven von Tübingen nominiret; beyde gelangten ad Examina, jener aber reſignirte von ſelbſten, und Letzterer wurde aus Urſache, daß er des einen Angs gantz beraubt, und an dem andern nicht geringe Beſchwerniß hätte, abgebeten. Es muſten demnach in Anno 1670. neuerliche Denunciations-Schreiben abgelaſſen werden, worauf Baaden-Durlach abermalen extra Conventum die Nomination an Würtemberg, jedoch auf eine gantz ungewöhnliche Art, eingeſchicket, *Lit. N.* allermaſſen daſſelbe den Marggräfl. Brandenburg-Bayreuthiſchen Hof-Rath Hofmann vor ſich, und dann eben dieſen nebſt D. Erico Mauritio Namens der Schwäb Creyß-Ständen A. C. nominiret, mit dem Erſuchen, ſolche Beyde ex parte Würtemberg zu præſentiren.

Baadiſche Gegen-*Deduction.*

Die Beylage ſub Lit. N. de Anno 1670. enthält klärlich, daß 1.) die Ankündigung der erledigten Stellen dem Herkommen gemäß von Creyß-Ausſchreib-Amts-wegen geſchehen ſey. 2.) Daß auch nach dem ehemaligen Modo

Baaden-Durlach mit ſeinen Bancks-Verwandten und übrigen Evangel. Ständen communiciret und ſich verſtanden, auch 3.) die Nomination hinwiederum denen Creyß-Abſchieden gemäß gethan habe, darum es der fünfte ſelbſt producirte offenbahre Beweiß für das Baaden-Durlachiſche und ſeiner Bancks-Verwandten Recht iſt.

Würtembergiſche *Deduction*.

Es konnte aber Würtemberg dieſen præjudicirlichen Vorgang ohngeahndet nicht laſſen, dannenhero eine Gegen-Antwort dahin erlaſſen worden, *Lit.* O. welcher maſſen dieſe a part gethane Benennung des D. Hofmanns gantz befremdlich vorkomme, allermaſſen ſolches der Diſpoſition des Creyß-Abſchieds de Anno 1577. auch dem Herkommen e diametro entgegen, maſſen das Herkommen und Creyß-Abſchied in ſich hielten, daß geſammte Evangel. Stände ſich auf ein einiges Subjectum zu vereinbahren, ſolches Würtemberg zu nominiren, dieſes aber proprio jure noch 1. Subjectum darzu zu thun, darauf denn ſolche Beyde dem Cammer-Gericht zu præſentiren haben ſollte. Man könne demnach nicht umhin, wegen ſolcher zu Abbruch der alten Obſervanz, auch Præjudiz diſſeits hergebrachten Juris gereichender Neuerung, einige Contradiction hiermit einzuwenden, mit dem Erſuchen, es künfftig bey dem üblichen Herkommen zu laſſen. Jedoch, da noch beyde Evangeliſche Stellen zu erſetzen, ſo hätte man nicht unterlaſſen, ſowohl ex proprio jure in eigenem,

nem, als auch geſammter Evangel. Creyß⸗Stän⸗den Namen beyde vorgeſchlagene Subjecta, als den per majora nominirten D. Mauritium, wie auch den D. Hofmann, zu beyder vacanten Aſſeſſorats⸗Stelle Erſetzung dem hochlöbl. Cammer⸗Gericht zu præſentiren. Es entſtunde aber gleich darauf ein novum Emergens, nemlich daß beſagter D. Hofmann immittelſt eine Præſentation vom Fränckiſchen Creyß erhalten, ſich auch deren würcklich unterzogen, worauf dann abermalen die hefftigſte Differenzen zwiſchen dieſen beyden Hochfürſtl Häuſern, Würtemberg und Baaden⸗Durlach, entſprungen.

Baadiſche Gegen⸗*Deduction.*

Die Beylage ſub Lit. O. de Anno 1670. will von einer zweyfachen Unordnung gegen den hergebrachten Modum nominandi reden; die erſtere ſollen die ehrbare Städte begangen, und zwey Subjecta durch die Stadt Ulm benennet haben, welches der Stadt Ulm und ihren Bancks⸗Verwandten weder quoad Nominationem, wenn ſie gleich in der Ordnung an Baaden⸗Durlach geſchehen wäre, noch quoad Modum inſinuandi an das Creyß⸗Ausſchreib⸗Amt geziehmet hat. Was aber die andere Erinnerung betrifft, gibt der Innhalt von ſelbſten, daß man Würtembergiſcher Seiten ſeinem Aſſerto keinen zulänglichen Grund zugeeignet haben müſſe, andern Falls man den gar wohl nominirt geweſenen D. Hofmann nimmermehr die Præſentation gegeben hätte. Alleine hat man ſich gewiß geſichert gehalten, daß, wenn die ſchuldige Præſentation unterlaſſen werden würde, Baaden⸗Durlach dennoch nicht nachgeben, ſondern nur um ſo viel eyfriger ſein altes auch ſelbiger

Zeit wohl-exercirtes Recht auf das kräfftigſte zu handhaben ſich bemühen würde; darum auch dieſes vielmehr einen Beweiß vor als gegen Baaden-Durlach machen wird.

Würtembergiſche *Deduction.*

Es würde viel zu weitläuffig ſeyn, die hierunter gewechſelte Schreiben nach ihrem gleichwohl ſehr wichtigen Inhalt hiehero zu extrahiren, dahero man ſich auf die Anlagen kürtzlich beziehet, und nur ſo viel meldet, daß Baaden-Durlach, nach Abgang des D. Hofmanns, den Hochfürſtl. Baaden-Baadiſchen Hof-Rath Weitprecht von Gemmingen *Lit. P. 1.* anfangs bloß vor ſich anticipando ernennet, wogegen aber Würtemberg *Lit. P. 2.* proteſtiret, und unter Beziehung auf die ſchon oben dißfalls gemeldte Contradiction gebeten, mit weiterer Nomination wider das Herkommen keine Neuerung einzuführen. Baaden-Durlach replicirte, daß nach dem Receſs 1577. drey Subjecta zu præſentiren ſeyen, ſofort anjetzo daſſelbe ein, alsdann ſämmtliche Stände *Lit. Q.* ein Subjectum zu nominiren, Würtemberg aber nur eines *Lit. R.* zu adjungiren hätte. Dagegen beruffte ſich Würtemberg auf die poſt Pacem Weſtphalicam eingeführte Obſervanz, krafft deren Baaden-Durlach conjunctim cum reliquis Statibus nur ein, Würtemberg aber proprio jure von Creyß-Ausſchreib-Amts-wegen ebenmäßig ein Subjectum zu nominiren hätte; das Wort Adjunction ſeye nicht gebräuchlich.

Baa-

Baadiſche Gegen-*Deduction.*

Die Beylagen ſub Lit. P. 1. & Lit. P. 2. Lit. Q. & R. alle de Anno 1670. ſind ihrem Inhalt nach wohl zu attendiren, denn ſie erweiſen gantz genau, daß Würtembergiſcher Seiten in denen Anmaſſungen, ſo man in Anno 1652. angefangen hat, jedoch nicht eodem modo mehrers habe fortgefahren werden wollen; denn da man zu erſt Anno 1652. das Nominations-Geſchäffte zu einer ad Conventum Circuli gehörigen Sache hat machen wollen, nunmehro, nachdem Baaden-Durlach jenes gehindert, und den alten Modum wieder zu beobachten erſtritten gehabt, auch, wie es der Ordnung nach gehalten werden ſolle, in dem Adjuncto ſub Lit. Q. Ao. 1670. ſehr pünctlich ausgeführet hat, ſo hat der Gegentheil hierwider in der Anlage ſub Lit. R. gantz etwas neues obmoviren wollen. Es fället jedoch ſehr ärgerlich in die Augen, daß lauter gezwungene Argumenta hierbey gebrauchet worden ſind: 1.) Will von dem, was Status Catholici mit dem ausſchreibenden Hn. Biſchoff zu Coſtantz thäten, ad Status Evangelicos ein nicht hinreichiges Argument gezogen werden; alleine die Reverentia Prælatorum und Statuum Laicorum gegen einen Biſchoffen kommet mit der Sorgfalt weltlicher Stände vor ihre hergebrachten Jura nun und nimmermehr in eine Vergleichung. 2.) Iſt Würtemberg ſelbſt geſtändig, daß es die Præſentation des D. Hofmanns und D. Mauritii, wie ſie geſchehen, angenommen habe: ja es meldet Herzog Eberhard der Dritte in dem ad Cam. Imper. abgelaſſenen Schreiben vom 3. Februarii 1671. in der bald folgenden Beylage ſub Lit. T. ſelbſt, daß D. Hofmann allein von dem Hn. Marggrafen zu Baaden-Durlach nominiret worden, als wodurch Baaden-Durlach das alte Recht auch damals exerciret hat, obſchon Würtemberg dieſes Annehmen mit der Farbe einer von ſich zugleich geſchehenen Nomination des D. Mauritii

in eine andere Geſtalt zu ſetzen ſich beſtrebet hat. 3.) Siehet es ſehr ſeltſam aus, daß dasjenige, ſo Anno 1577. nur um des Unterſchiedes der beyden Religionen willen ex neceſſitate bey der ſimultanea Præſentatione hat beliebet werden müſſen, poſt Pacem Weſtphal. zu einer Norma in derjenigen Zeit hat wollen aufgebürdet werden, da Statibus Evangelicis wiederum frey geſtanden hat, drey Subjecta bey jeglicher erledigten Evangeliſchen Stelle dem hoch-anſehnlichen Cammer-Gericht beſonders præſentiren zu können. Wie ſchicket ſich alſo die Conſequenz von dem Simultaneo zu dem Proprio & Separato? Vielmehr hätte und ſollte es noch von Seiten Würtemberg mit Danck angenommen worden ſeyn, daß es, ungeachtet dieſes Anno 1577. anders, und in dem Creyß-Abſchied de Anno 1572. nur benevole und nicht ex debito verfüget geweſen, eben nach dem Inhalt nur-gedachten Creyß-Abſchieds de Anno 1572. und mit keiner fernern Geſtattung, als worüber kein weiterer Vergleich vorhanden iſt, denen Nominatis von denen Bäncken der Evangeliſchen Stände ein weiters Subjectum mit hat præſentiren können, da es ſonſt nach Inhalt des Receſs de Anno 1577. nur alternis vicibus ein ſolches hat præſentiren können. 4.) Will ſich in dieſem Adjuncto deutlich äuſſern, daß gegen die Baaden-Durlachiſche Allegation ipſorum verborum & tenoris Receſſuum Circularium ſich einer recht abſoluten Interpretation dererſelben ermächtiget werden wollen, dergleichen Befugniß doch Status Circuli keinem ausſchreibenden Fürſten oder anderm Statui in individuo, er mag ſeyn, welcher er wolle, eingeſtehen werden, auch die Fürſten-Banck dem Creyß-ausſchreibenden Fürſten, und der Städte Banck zn ihrem Nachtheil nicht einräumen wird. Ubrigens hat man allem dieſem Stifft-Wechſel biß jetzo noch der alte Modus

dus Aſſeſſores nominandi nicht abgeſchaffet werden können, wie ſehr auch die Würtembergiſche Herren Vorrechts-Arbeiter ſich hierum bearbeitet haben.

Würtembergiſche *Deduction.*

Mitttlerweil lieſſe *Lit. S.* von des damaligen Herrn Cammer-Richters, Marggrafen Wilhelm von Baaden-Baaden Hochfürſtl. Durchl. und ſämmtlich-höchſt-preißlichen Cammer-Gericht ein Schreiben des Inhalts ein, um an des mit præſentirten D. Hofmanns Stelle ein anderes Subjectum, damit man unter 2. die Wahl hätte zu præſentiren; allein Würtemberg antwortete hierauf, wie die nervoſe Anlage *Lit. T.* des Mehrern beſaget.

Baadiſche Gegen-*Deduction.*

Die Beylage ſub Lit. S. de Anno 1671. enthält einen ſchönen Beweiß, wie das Supremum Judicium Camerale ſich in allen denen Cammer-Gerichts-Ordnungen zu fügen erkläret, auch denen Ständen des Creyſes frey-geſtellet hat, an D. Hofmanns Stelle, welcher durch Annahme einer anderweitigen Præſentation abgängig worden iſt, andere Subjecta zu præſentiren.

Dahingegen enthält der fernere Anſchluß ſub Lit. T. auch de Anno 1671. nichts als bloſſe eigenwillige Aſſerta; denn womit iſt erweißlich zu machen, daß Baaden-Durlach mit ſeinen Bancks-Verwandten den D. Hofmann nicht habe nominiren laſſen können? Wäre er ungebührlich nominirt geweſen, würde man ihn zu præſentiren ſich keines weges haben bewegen laſſen; es iſt alſo ſeine Præſentation der ſiebende Beweiß ad Quæſt. 1. der Baaden-Durlachiſchen Gerechtſame. Und wie hat

man doch ſich unterwinden können, ſo vergebens und ohne einigen Grund hin ſich ſelbſt zu bereden, daß man an ſtatt D. Hofmanns ohne der gehörigen Communication an die Bäncke eine gantz neue von denen Creyß-Ständen niemals anerkannte alleinige Præſentation eines Aſſeſſoris vornehmen könne? Man ſiehet hierdurch, wie ſich in geheim Gerechtigkeiten zugeeignet werden wollen, von denen man nicht allemal zu rechter Zeit die nöthige und ſehr zu bewundernde Nachrichten überkommet.

Würtembergiſche *Deduction*.

Nichts deſtoweniger animirte das Hochfürſtl. Hauß Baaden-Durlach dieſer Vorgang, die einmal unternominene Nation beſagten Weitprechts von Gemmingen aufs äuſſerſte zu pouſſiren, ſuchte aber dabey noch vorderiſt die übrige hoch- und löbliche Evangeliſche Stände mit in partes curarum zu ziehen, und brachte es auch ſo weit, daß ſelbige endlichen den von Gemmingen per majora mit ernannten, *Lit. V.* worauf alſo ein förmliches Nominations-Schreiben an Würtemberg erlaſſen worden, deme aber ungeachtet wollte Würtemberg mit dieſer Præſentation nicht vorgehen, und überſchickte nicht nur eine Abſchrifft von der an das höchſt-preißliche Cammer-Gericht *Lit. W.* allbereits gethanen Declaration, ſondern fügte deme auch eine weitläuffige Erklärung bey, wie dieſe *Lit. X.* Nomination dem Creyß-Herkommen ſchnurſtracks entgegen. Baaden-Durlach hingegen ſuchte ſolche zu manuteniren, und drohete vi Receſs. noviſſ. §. 26. bey weiterm Verzug mit

der

der Præſentation ſelbſt fortzuſchreiten; allein Würtemberg ſcheute ſich deshalb gar nicht, *Lit. Y.* die hergebrachte Obſervanz, und daß niemand, als allein dem Hochfürſtl. Creyß-Ausſchreib-Amt ein Jus ſingulare tam nominandi, quam præſentandi zukomme, zu behaupten, biß endlichen durch die darauf erfolgte Reception des D. Mauritii dieſe weitſichtige Strittigkeiten unterbrochen worden.

Baadiſche Gegen-*Deduction.*

Die Beylage Lit. V. de Anno 1670. erweiſet abermal das von Baaden-Durlach wohl-exercirte Nominations-Recht vor ſich und ſeine Bancks-Verwandte, auch der Städte Banck;

Dahingegen wird in der Beylage ſub Lit. W. auch de Anno 1670. dieſem Exercitio mit unhinlänglichen Gründen widerſprochen, und will ſo gar davor gehalten werden, ob könnten Status nicht ehender nominiren, als biß ſie von dem Creyß-ausſchreibenden Fürſten Notification und Requiſition empfangen hätten. Nachdeme aber Receſſus Imp. Nov. §. 26. jeglichem Statui das eigene Jus præſentandi geſtattet, wenn ihm die Säumniß eines andern Status præjudicirlich werden will, alſo kan per argumentum a majori ad minus nichts anders folgen, als daß, wenn der ausſchreibende Fürſt in notificando & requirendo ſäumig iſt, Status nicht nur nominiren, ſondern, was noch mehr iſt, im Weigerungs-Fall ſelbſt præſentiren können; es beweiſt ſonſt dieſer Litera nichts gegen Baaden-Durlach und ſeine Conſtatus.

Das Adjunctum ſub Lit. X. de Anno 1671. iſt ein abermaliges Zeugniß, wie Baaden-Durlach, weil ſich Würtem-

tembergiſcher Seiten auf den Creyß-Abſchied de Anno 1577. ſo beſtändig beruffen werden wollen, aus deſſen wörtlichen Innhalt ſeine und ſeiner Mit-Stände Befugſame, auch was Pax Weſtphal. daran geändert habe, kräftig nicht nur dargethan, ſondern auch gegen alle dieſer Gerechtſame widrige Handlungen feyerlichſt proteſtiret hat.

In der Beylage ſub Lit. Y. auch de Anno 1671. wird nun abermahls wiederhohlet, was ſchon mehrmals wegen Præſentation des unici Subjecti angeführet, und das Nöthige darauf zur Anfuge ſub Lit. R. in dem Num. 3. angemercket iſt, woraus erkennet worden ſeyn wird, wie incongrüé von dem Statu, wie Anno 1577. die vermiſchte Stände mit denen ausſchreibenden Fürſten 3. Subjecta zu præſentiren hatten, auf den Statum poſt Pacem Weſtphal. da Status Evangelici alleine 3. Subjecta mit dem Creyß-ausſchreibenden Fürſten, weilen ſie ihme dieſes, was ſie ihme Anno 1572. wohlmeynend gegönnet, ferners continuiren wollen, ernennen und zur Præſentation bringen können, gefolgert werden mögen. Man hat aber damahls vermeynet, ein Groſſes gewonnen zu haben, daß in ein und anderen Baaden-Durlachiſchen Schreiben nur von Nomination eines Subjecti Anno 1654. und um ſelbige Zeit gedacht worden, auch wie ein und andermal nur ein Subjectum von Fürſten-Bancks- und deren Verwandten und der ehrbaren Reichs-Städte wegen würcklich nominiret worden ſey. Wenn es aber beliebig hätte ſeyn wollen, ſich zu erinnern, daß nach der noch kurtzen Zeit nach geendigtem groſſen Krieg, welcher gantz Teutſchland zerrüttet hatte, ſo gar wenig Subjecta zu finden geweſen ſind, die man Nominations-würdig erachten können, und wie ſo gar vor dem Weſtphäliſchen Frieden Anno 1625. die Evangeliſche Fürſten-Bancks-Verwandte kein ſolches Subjectum zur Hand zu bringen ſich vermögend gefunden, und deswegen

gen damals ein ſolches denen ehrbaren Städten zu nominiren lediglich überlaſſen, auch auf dieſe zwar quoad modum nominandi an den Creyß-ausſchreibenden Fürſten durch Baaden-Durlach die Creyß-Obſervanz wie eben ſo in præſtando iſtum Nominatum ad Cameram Imperialem beobachtet, jedoch den von der Städte Banck Nominirten alleine ſich gefallen laſſen haben; Sodann auch darauf reflectiret worden wäre, wie die Fürſten-Bancks-Verwandte mehrmals bey dem Subjecto, ſo ihnen von Baaden-Durlach in Vorſchlag gebracht worden, eben ſo wie die Städte-Banck nicht den geringſten Anſtand gefunden, ſondern ſich mit Baaden-Durlach über einem Subjecto ex diverſis cauſis verſtanden haben, ſo würde man hoffentlich des Wort-Auffangens aus einem und dem andern Schreiben ſich entmüßiget, und in reifliche Uberlegung gezogen haben, das, was in LL. imperii gegründet, auch ferners durch verſchiedene Creyß-Schlüſſe weiters befeſtiget iſt, durch dergleichen Künſteleyen ſich nicht nach denen Einfällen einiger verſchmitzten Räthe ſo geſchwind abändern laſſe, ſondern ein ſolches durch eine recht deutliche anderweitige Convention, wenn es zur Aenderung kommen ſoll, ausgedrücket werden müſſe. Daß Baaden-Durlach aber, wie ihme in dieſem Adjuncto hat vorgeworffen werden wollen, ſich in dem angeführten Schreiben ſub Lit. X. einer unzuläßigen Interpretation des Creyß-Abſchieds de Anno 1577. angemaſſet habe, wird wohl kein richtig Einſehender finden; Denn was iſt wohl natürlicher, und dem wörtlichen Innhalt gedachten Creyß-Abſchieds gemäſſer, als daß, weil Rec. I. de Anno 1576. eine Præſentation von nicht mehr als drey Subjectis erfordert, und der Creyß-Abſchied de Anno 1577. hernachmals den Modum, wie dieſe drey Subjecta mit Beybehaltung der Nominations-Weiſe, wie er NB. zuvor geweſen, ſehr ordentlich definiret hat, hernachmals aber Pax Weſtphal. dar-

zwi-

zwiſchen kommen iſt, welcher jeglichem Anno 1577. paciſciret gehabten Theil ſo viel zugeeignet hat, als zuvor beyde Theile gehabt haben, Baaden-Durlach nach Innhalt Creyß-Abſchieds de Anno 1577. auf das gründlichſte hierbey geurtheilet hat: Nunmehro können Status Catholici mit ihren ausſchreibenden Fürſten bey jeglicher Vacatur drey und eben ſo viele Status Evangelici ad præſentationem bringen? Was ſtehet doch dieſer Interpretation entgegen? Allein ſehe man die in dieſem Schreiben ſich findende Würtembergiſche Interpretation an, woher kan wohl die Folge gezogen werden, Status Evangelici haben von Anno 1577. her usque ad Pacem Weſtphal. wie Catholici nur ein Subjectum nominiren können, worzu der ausſchreibende Fürſt alternando eines beygeſellet, und alſo bey jeglicher Vacanz drey præſentiret hat? Ergo können weder Status Catholici noch Evangelici, obgleich Pax Weſtphal. & Receſs. Noviſ. geſtatten, daß bey einer ſo Catholiſch- als Evangeliſchen erledigten Aſſeſſor-Stelle drey Subjecta præſentiret werden können, dennoch nicht mehr als ein Subjectum nominiren. Was Status Catholici unter ſich bisher gethan haben, und ferners thun werden, macht Evangelicis kein Exempel; Es haben Catholici annoch auf allen fünf Bäncken zimliche Vota, die wenigen Catholiſche Vota auf der Städte Banck können die Vota auf keiner andern Banck überſtimmen, und iſt es genug, daß Catholici poſt Pacem Weſtphalicam eben ſo drey Subjecta bey jeglicher Vacatur zur Præſentation bringen können, wie Status Evangelici. Wollen jene es nicht thun, ſo macht es Evangelicis keine Vorſchrifft, und iſt es eine Sache, welche in ihrer Willkühr ſtehet. Dieſes iſt jedoch hierbey gewiß, daß, wenn der Modus nominandi bey denen Statibus Catholicis ſo beobachtet würde, wie es der Herr Berichts-Verfaſſer Evangelicis gerne hätte, dieſer dennoch bey Evangelicis alleinig darum nicht befolget wer-

werden könnte, weil hierdurch die Städte-Banck allezeit nicht nur Baaden-Durlach, ſondern auch ſeine Bancks-Verwandten, wenn ſie ſich gleich vermehren ſollten, überſtimmen, und damit das alte Baadiſche, auch der Fürſten-Banck und ihrer Verwandten Recht völlig vertilgen und in ein Nichts verwandeln könnten, deſſen ſich die ehrbaren Städte zu unternehmen nicht beyfallen laſſen werden. Daß aber Evangelici dergleichen Gedancken niemahls gehabt haben, könnte im Nothfall kräftig erwieſen werden, und legt das Contrarium der Lit. X. deutlich vor. Es iſt auch faſt ſanæ rationi entgegen, daß, was vormahls Anno 1577. ex neceſſitate nicht anders hat ſeyn können, poſt Annum 1648. nachdem dieſe Neceſſitas aufgehöret hat, nicht wieder in dem Geſetz-mäßigen Stand des Rec. Imp. de Anno 1556. hätte kommen können. Woher kommt doch die poſt Annum 1648. ceſſirte Alternation derer Creyß-ausſchreibenden Fürſten in Beygeſellung eines Subjecti a Statibus nominatis? Kommt ſie nicht daher, weil Status Catholici & Status Evangelici jeglicher Theil wiederum zwey Subjecta bey jedweder Erledigung hat nominiren, und alſo auch jeglicher Creyß-ausſchreibender Fürſt das dritte Subjectum beygeſellen können? Wäre aber der Creyß-Abſchied quoad Status ſo verbindlich, daß jeglicher Theil nur ein Subjectum nominiren könnte, woher wäre denn die Aenderung mit denen ausſchreibenden Fürſten kommen, daß ſie in der Beygeſellung zu denen a Statibus nominatis und mit der Præſentation nicht mehr alterniren dörffen? Hat ſich aber dieſes legaliter per Pacem Weſtphal. geändert, wo ſtehet doch geſchrieben, daß, wenn gleich die ausſchreibende Fürſten ein mehreres Recht per Pacem Weſtphal. erlanget hätten, dennoch ein Gleiches nicht denen Statibus insgeſamt habe angedeyen können? Wenn dieſe Beylage nicht ein mit der Unterſchrifft des damaligen Hertzogs reſpectirlich gemachtes

Schrei-

Schreiben wäre, würde man des Concipienten unrichtige Interpretations-Gedancken ferners nach ihrem Werth, auch die hochgehende Schreib-Art, derer ſich damahls gegen den Creyß-Receſs de Anno 1572. in denen poſt Pacem Weſtphal. ausgefertigten Schreiben zum Theil unterfangen worden, vorſtellig machen; Man hat aber Baaden-Durlachiſcher Seiten von langen Zeiten her geglaubet, daß, obgleich das Hochfürſtl. Würtembergiſche Hauß weit reicher an Einkünften, als das uhralte Hochfürſtl. Baadiſche ſey, ſo werde dennoch das Baadiſche durch dergleichen ſelbſt eigene Vor-Rechts-Erhebungen einiger ſchmeichelnden Arbeiter nicht geringer, als es vor retro Seculis geweſen, gemacht werden können, und werde dennoch damit nur leeres Pappier angefüllet. Indeſſen iſt per Lit. S. gewiß, daß Anno 1671. das Supremum Cameræ Judicium gantz willig geweſen iſt, an des præſentirt geweſenen D. Hoffmanns Stelle, welcher eine Fränckiſche Præſentation nach der Schwäbiſchen angenommen gehabt, zu rechter Zeit die Præſentation anderer Subjectorum anzunehmen; Weil aber die damalige Würtembergiſche Herren Räthe eine angemaſſete beſondere Præſentation ihres hohen Herrn Principaln gelten zu machen ſich nicht getrauet haben, hat man damals lieber den nominirt geweſenen Weitprecht von Gemmingen Würtembergiſcher Seiten alle Hinderniß legen, als es zu einer ordentlichen im Creyß gewöhnlichen Nomination und Præſentation kommen laſſen wollen. Mit dem allen bringet dieſe Beylage keinen Beweiß gegen das dem Baadiſchen Hauſe und ſeinen Bancks-Verwandten, auch denen Reichs-Städten auf ihrer Banck von Alters her zuſtändig geweſene Recht, und kan alſo Würtemberg eben ſo wenig als die vorherigen Vortheil bringen.

Würtembergiſche *Deduction.*

In Anno 1691. erfolgte das Ableben mehr-erwehnten

ten Aſſeſſoris Mauritii; Da nun das Notifications-Schreiben zu ſolcher Zeit einlieffe, da gleich darauf eine allgemeine Creyß-Verſammlung angeſtellet worden, *Lit. Z.* ſo wurde die Præſentations-Sache abermahlen in eine Evangeliſche Conferenz gebracht, und auch damahls weiter nichts excipiret, als daß der Formalien halber, da nemlich das vorläufige Denunciations-Schreiben auſſer Acht gelaſſen worden, einige Erinnerung geſchehen.

Baadiſche Gegen-*Deduction.*

Die Beylage ſub Lit. Z. de Anno 1692. iſt ehender ein Beweiß gegen Würtemberg und vor die Behauptung derer Evangeliſchen Statuum alt-hergebrachtes Nominations-Recht, als gegen daſſelbe; Denn es iſt 1) dieſes ein Geſtändniß einer gegen die alten bis dorthin in Beobachtung geblieben Creyß-Abſchiede abermahls verſuchter Würtembergiſcher Anmaſſung, die 2) tempore belli geſchehen, da der Herr Marggraf zu Baaden-Durlach durch feindliche Gewalt genöthiget war, ſich auſſerhalb Teutſchland aufzuhalten, weil alle ſeine Schlöſſer und Häuſer im gantzen Land in der Aſchen, und das Durlachiſche Land noch darzu meiſt öde lage, und hat er 3) entweder keinen Geſandten bey dem Creyß gehabt, oder iſt die Evangeliſche Conferenz gar hinter ihme und ohne ſein Wiſſen gehalten worden. 4) Haben Status præſentes obſervantiam Circuli ausdrücklich erinnert, und hat um deſſentwillen nichts aus der Anmaſſung und dem damaligen Vorhaben werden können; Ergo hat es bleiben ſollen, wie in retro temporibus, und macht keinen Beweiß gegen der Fürſten-Banck habendes altes Recht.

Würtembergiſche *Deduction.*

Immittelſt fielen die ſchwere Frantzöſiſche Kriegs-Zeiten ein, und bliebe mithin die Erſetzung dieſer Stelle bis ad Annum 1698. anſtehen, *Lit. Aa.* da dann der Profeſſor Schrag von Straßburg einmüthig erwählet und præſentiret worden. In Anno 1718. notificirte ein höchſt-preißliches Cammer-Gericht den Todesfall des Aſſeſſoris Schragen, worauf dann die gewöhnliche Denunciations-Schreiben an ihre Behörde abgelaſſen worden. Als nun auch damalen wiederum ein allgemeiner Creyß beyſammen verſammlet ware, ſo wurde dann auch dismalen in Conferentia Evangelica die Wieder-Erſetzung in Propoſition geſtellet, und der damalige Naſſau-Weilburgiſche Cantzley-Director von Plœnies hierzu recommandiret. Und allhier wurde von Seiten des Hochfürſtl. Hauſes Baaden-Durlach erſtmals wider die in Conferentia Evangelica vorgenommene Wahl proteſtiret und ſoutenirет, als wann ſolche wegen deroſelben proprio & reliquorum Statuum nomine habenden Juris nominandi nicht Statt finden könnte; Allein, das Hochfürſtl. Hauß Würtemberg lieſſe ſich hierunter nichts irren, die Vota reliquorum Statuum von Mund aus aufzunehmen, und mit der Præſentation würcklich vorzugehen, mithin ſich bey dero wohl hergebrachten Evangeliſchen Directorial-Gerechtſame beſtens zu manuteniren. Und

ob

ob zwar im Gegentheil beym letztern Præſentations-Actu Anno 1730. das Hochfürſtliche Hauß Baaden-Durlach durante Conventu Circulari mit Uberſchickung eines Nominations-Schreibens vorgekommen, ſo hat jedoch die damalige Nachſicht um ſo weniger einiges Præjudiz zuziehen können, als genugſame Veſtigia nunmehro ex Actis beygebracht worden, daß das Hochfürſtliche Hauß Würtemberg durante Conventu Circulari zu ſolcher Befugſame nach denen mehrmaligen ältern Vorgängen genugſam berechtiget ſeye, mithin dermalen, um dero Jura Director. Evangel zu conſerviren, ſich bey der wohl hergebrachten Poſſeſſion vel quaſi mit beſtem Fug Rechtens manuteniret habe. Belangend nun aber

II. in Specie.

Den wahren Verlauf der dißmaligen in Conferentia Evangelica vorgenommener, von Seiten des Hochfürſtl. Hauſes Baaden-Durlach aber anfechtender Evangel. Schwäbiſ. Creyß-Præſentation: So ſind die Denunciations-Schreiben bald nach eingelangter Notification vom höchſt-preißlichen Cammer-Gericht ſowohl an das Hochfürſtl. Hauß Baaden-Durlach, als der ehrbaren Reichs-Stadt Ulm, allſchon unterm 4. May gebührend abgelaſſen worden. Jenes erlieſſe unterm 19. May ein Circular-Schreiben an die Evangel. Creyß-Stände, und recommandirte ihnen den Sachſen-

Gothaiſchen Hofrath, Freyherrn von Riedeſel, mit dem Anfügen, daß man Statibus von dieſer Nomination Eröfnung thun, und ſie um ihren Beytritt hiemit freundlich erſuchen wollte. Die Hochfürſtlich-Würtembergiſche Geſandtſchafft hatte von dieſem und all weiterm Vorgang gantz genaue Nachricht, und hierzu kame noch weiters, daß die mehreſte Evangeliſche Reichs-Städte ſich beſchwerten, wie ſie ſeit einiger Zeit von der Nomination eines Schwäbiſchen Creyß-Præſentati widerrechtlich wären ausgeſchloſſen worden, wogegen ſie ſich aber protestando verwahret, und ſchon ehemals die Aſſiſtenz des Hochfürſtl. Evangeliſchen Directorii imploriret hätten, mit Bitte, ihnen hierunter kein weiteres Præjudiz zugehen zu laſſen, und nicht zu veranlaſſen, ihre Reichs-Conſtitutions-mäßige Befugſame höherer Orten zu ſuchen, ſondern die Sache in eine Evangeliſche Conferenz, gleich in Anno 1718. auch geſchehen, zu ziehen. Die diſſeitig Hochfürſtl. Würtembergiſche Creyß-Geſandtſchafft erſtattete von dieſem allen ihren umſtändlich-unterthänigſten Bericht, und bekame hierauf von des Herrn Adminiſtratoris Hochfürſtl. Durchl. den gnädigſten Special-Befehl, gegenwärtige Præſentations-Sache in eine Evangeliſche Conferenz, zufolge älterer Vorgänge und des billich befindenden Anſuchens derer mehreren Evangel. Reichs-Städten, zu ziehen. Die Sache verweilte ſich damit, nur von Zeit

des

des abgelaſſenen Hochfürſtl. Baaden-Durlachiſchen Circular-Schreibens an zu rechnen, gegen einem völligen Monath; Und weiß man nur allzuwohl, daß die Communicationes hin und wieder genugſam geſchehen, alſo daß, wann das Werck nach jenſeitiger Intention hätte eingeleitet werden können, die durante Conventu Circulari prætendirende Nomination auch gewiß gar ſchnell erfolget ſeyn würde.

Baadiſche Gegen-*Deduction.*

Das letzte Adjunctum zu dem Parte generali ſub Lit. Aa. de Anno 1698. iſt ein Præſentations-Schreiben, wie ſolches gewöhnlicher maſſen an das hochanſehnliche Cammer-Gericht abgelaſſen wird. Des Hertzogs Hochfürſtl. Durchl. geben hierinnen inſonderheit zweyerley zu vernehmen: 1) Daß ſich wegen der Kriegs-Troublen bey einem allgemeinen Creyß-Convent über des D. Schragens Perſon vereinbahret worden ſey. Es ſcheinet alſo eine Continuatio der Anno 1692. angefangen geweſenen und von denen Statibus nicht anerkannten Unternehmung zu ſeyn; Weil aber aus dieſem Schreiben der Modus, wie die Vereinbahrung geſchehen, nicht zu erkennen iſt, auch der Herr Concipient des Acten-mäßigen Berichts hierbey ſelbſt nicht vorgibt oder weiſen kan, daß Anno 1698. der alte Modus nominandi aufgehoben worden ſey, vielmehr aber aus D. Schragens Perſon, der aus Straßburg geſuchet worden, zu erkennen iſt, daß er keinen Würtembergiſchen Vorſpruch und Recommendation gehabt haben müſſe, indeme ein ſolches der Innhalt dieſes Schreibens klärlich entdecket, und expreſſe meldet, daß in deſſen angerühmte Qualitäten kein Zweiffel geſetzet, und 2) er ohne ſonſt zuſtändige Adjunction præſentiret werde, ſo iſt aus dieſem Schreiben

abermal nichts gegen die alt-eingeführte Rechte erwieſen, wohl aber iſt wahrſcheinlich, daß, wenn die Nominatio des D. Schragens propter belli tumultus bey einer Creyß-Verſammlung geſchehen iſt, dennoch dieſe Nominatio ſine præjudicio gantz extraordinarie per Status cum reſervatione des alten Herkommens geſchehen ſeyn werde. Dieſes aber iſt ex Confeſſione Sereniſ. Domini Ducis deutlich klar und wahr, hat auch von niemand jemals anders angeſehen werden können, als daß die a Statibus Evangelicis dem Evangeliſchen Creyß-ausſchreibenden Fürſten nach dem Innhalt des Creyß-Abſchieds de Anno 1572. gegönnete Compræſentatio in einer Adjunction beſtehe.

Würtembergiſche *Deduction.*

Man ſetzte demnach dieſes Præſentations-Werck ſub dato den 15. Junii in einer Evangel. Conferenz in die Propoſition, præmittirte mit gutem Bedacht, *Lit. Bb.* die nach denen älteren Vorgängen hierzu habende Befugſame, und reſervirte ſorgfältig dabey die ſonſten extra Conventum Circuli disfalls herkommliche allerſeitige Befugſame, ſtellte hierauf das gantze Werck in die gewöhnliche Umfrage, und nahme ſingula Vota herkommlicher maſſen ad Protocollum, wobey dann die ehemahls excludirte Reichs-Städte dem Directorio Evangelico vor die pro ſalvandis eorum Juribus angeſtellte Conferenz nicht nur geziemenden Danck erſtatteten, *Lit. Cc.* ſondern auch mit einem beſondern wohl gefaßten pro Memoria quæcunque competentia reſervirten. Hingegen gabe die Hochfürſtl. Baaden-Durlachiſche Creyß-Geſandtſchafft eine vermeyntliche

liche Proteſtation ad Protocollum, und legte ſolche nachgehends nochmals ſchriftlich ein, wogegen man ſich aber Hochfürſtl. Würtembergiſcher Seits ſowohl in continenti mündlich ad Protocollum, als hernach ſchriftlich bey ertheiltem Extractu reproteſtando, gehörig verwahret hat.

Baadiſche Gegen-*Deduction.*

Parti Speciali werden nunmehro auch 2. Beylagen angefüget; Die ſub Lit. Bb. beſtehet in der von dem Würtembergiſchen Herrn Creyß-Geſandten in Confer. Evang. den 15. Junii 1740. gethanen Propoſition. Kan aber ein Hochfürſtlich-Würtembergiſcher Geſandter nicht ſeine Propoſitiones in eine ſolche Geſtalt ſtellen, wie es ſeines hohen Herrn Principalen Intereſſe erfordert? und wie kan hernach aus einer ſolchen Vorſtellung etwas zum Beweiß contra Jus Tertii gebrauchet werden wollen? Wenn man den Innhalt dieſer gantzen Propoſition gegen die Beweißthümer des Partis generalis, die der Herr Concipient für das Nominations-Recht derer Statuum nach ihren verſchiedenen Bäncken ſelbſt beygebracht hat, zu halten belieben will, wird man ſehen, daß die gantze Propoſition denen allezeit im Exercitio gebliebenen alten Creyß-Abſchieden und Herkommen e diametro entgegen hergeſaget iſt, auch ſich die eingemiſchten Facta zum Theil gantz anders in obigen Beylagen befinden. Wie es aber mit des Herrn Aſſeſſoris von Plœnies Nomination zugangen ſey, wird hiernächſt bald ſehr ſicher eröfnet werden. Es iſt alſo dieſes am allerwenigſten ein Beweiß gegen Baaden-Durlach und der Fürſten-Banck habendes Recht.

Die Folgende ſub Lit. Cc. beſtehet in einem ſogenannten pro Memoria, ſo die Städte, worinnen die Religionen ver-

vermenget ſind, gegen die, ſo völlig Evangeliſche genennet werden, übergeben haben ſollen. Es betrift alſo dieſes eine Controverſiam, welche die ehrbare Reichs-Städte im Creyß unter ſich haben, welche Controverſiam die mixtirten Städte entweder an die geſammten übrigen Evangeliſche Stände oder alleinig an das Evangel. Creyß-Ausſchreib-Amt, ſolche amicabiliter beyzulegen, gebracht haben. Iſt das erſtere, ſo hätte zu dieſer Sache, wie es Styli, es mag gleich Stylus antiquiſſimus oder recentior vel noviſſimus ſeyn, die vorhabende Conferentia ordentlich angeſaget, und hernach keine andere zu dieſer Controverſia nicht gehörige Sachen an ſtatt dieſer Beſchwerung in Propoſition gebracht, auch Baaden-Durlach nach vorläufiger Communication von der Sache zu dieſer Abhülffe mit gezogen werden ſollen; Iſt aber das Letztere, ſo hat die Sache ſich zu keiner Conferenz qualificiret, und hat Baaden-Durlach gar nichts dabey zu thun gehabt, als welches nichts dargegen einwenden wird, wenn die Städte unter ſich eines ausſchreibenden Fürſten Geſandten um Vermittlung über Irrungen unter ſich angehen. Denn was hat ſich die Fürſten-Banck darum zu bekümmern, welchen Modum die ehrbaren Städte communicandi & vota colligendi unter ſich eingeführet und hergebracht haben, und wenn ſie ſich miteinander nicht recht verſtehen können, wem ſie hierbey um die Vermittlung anzuſuchen ſchlüßig werden. Es gehet alſo auch dieſes das Recht der Fürſten-Banck nichts an.

Nach alſo geſchehener kürtzlicher Einſicht, ob alle dieſe Beylagen das Recht der Fürſten-Banck afficiren oder nicht, und ſich vorgeleget hat, daß entweder in keiner etwas gegen die Baaden-Durlachiſche Aſſertion, unwiderſprechlich aber wenigſtens ſieben beweiſende Beylagen vor dieſelbe beygebracht ſind, wie ſich auch Baaden-Durlach desjenigen Rechts, welches LL. Imperii ordinationes Camerales &

Re-

Receſſus Circulares dem Baadiſchen Hauſe, und mit dieſem die Creyß-Abſchiede der Fürſten-Banck zugeeignet haben, jemals begeben habe, gar keine Anzeige darinnen zu finden iſt; So wird unnöthig ſeyn zu erinnern, wie auf keinerley Weiſe dieſe Schrifft den Nahmen eines Acten-mäßigen Berichts anders führen könne, als wenn damit das Baaden-Durlachiſche und der Fürſten-Banck Recht erhärtet werden will. Wie dieſemnach keine richtige Concluſiones vor Würtemberg heraus gefolgert werden können, wird ſich ſofort weiters entdecken.

Würtembergiſche *Deduction.*

Und aus allem dieſem bishero Acten-mäßig Deducirtem erhellet demnach ſo viel, daß man I. dem Hochfürſtl. Hauſe Baaden-Durlach niemalen weiters, als ein Jus nominandi conjunctim cum reliquis Statibus Evangelicis zugeſtanden habe, mithin daſſelbe nimmermehr einiges Jus ſingulare & proprium zu prætendiren berechtiget ſeye;

Baadiſche Gegen-*Deduction.*

Die erſte Concluſion iſt Bimembris, ſie recht einzuſehen, muß ſie in extenſo hier beygeſetzet werden: (1. Membrum.) Es erhellet demnach ſo viel, daß man dem Hochfürſtl. Hauſe Baaden-Durlach niemalen weiters, als ein Jus nominandi conjunctim cum reliquis Statibus Evangelicis zugeſtanden habe, (2. Membrum.) mithin daſſelbe nimmermehr einiges Jus ſingulare & proprium zu prætendiren berechtiget ſeye. Wenn bey dem erſten Membro, welches in gewiſſer Maaſe ſeine Richtigkeit haben kan, nur der Innhalt der Creyß-Abſchiede mit ein paar Worten bemercket wäre, hätte Baaden-Durlach darwider nichts einzuwenden; Denn wenn ſie nach Innhalt der ſelbſt gebrauchten

Beylagen ſo verfaſſet wäre: „Man hat bey dem Schwäbiſchen Creyß, obgleich in denen Cammer-Gerichts-Ordnungen und Reichs-Abſchieden das Hochfürſtl. Baadiſche Hauß als ein Status nominans Aſſeſſores Cameræ expreſſe mit andern genennet iſt, dem Hochfürſtl. Baaden-Durlachiſchen Hauſe, als einem Statui Evangelico, niemalen weiters, als ein Jus nominandi cum reliquis Statibus Evangelicis, ſo Fürſten-Bancks-Verwandte ſind, eingeſtanden.„ So hätte Baaden-Durlach hierbey nichts zu erinnern, denn es hat ſich durch das Adjunctum de Anno 1556. und in folgenden Zeiten auch durch die Beylagen de Anno 1572. & 1577. bey Schwäbiſchen Creyß-Verſammlungen hierzu bequemet, und iſt es von dieſer Zeit an immerdar alſo in viridi obſervantia geblieben, es prætendiret auch bis dato noch nichts anders, als dieſes; Weil aber die Fürſten-Banck dermalen nur in zweyen Fürſtlichen Sitz und Stimme habenden Evangeliſchen Perſonen, nemlich denen Herren Marggrafen zu Baaden-Durlach und Baaden-Hochberg beſtehet, ein regierender Marggraf zu Baaden-Durlach aber zugleich ein Marggraf zu Baaden-Hochberg iſt, als ſcheinet es zwar, es ſey dieſes ex propria confeſſione Würtembergica eingeſtandene Recht ein Jus proprium & ſingulare worden: alleine verlanget Baaden-Durlach ſeine Nomination nicht anders, als nach wörtlichem Innhalt vor angeführter Creyß-Abſchiede und Obſervanz, ſolchergeſtalt beyzubehalten, daß, wenn gleich die eine Evangeliſche Perſon, es ſey der Herr Marggraf zu Baaden-Durlach oder der Herr Marggraf zu Baaden-Hochberg bey der Fürſten-Banck in künftigen Zeiten ermangeln zu können möglich gemacht werden könnte, dennoch die Uberbleibende das der Fürſten-Banck zuſtändige Nominations-Recht behalten müſſe, da hingegen ſich dieſes Hochfürſtliche Hauß auch nicht entgegen ſeyn laſſen könnte

und würde, daß, wenn auſſer dem Creyß-ausſchreibenden Fürſten ſich wiederum einige Bancks-Verwandte zur Evangeliſchen Religion bekennen würden, es auch wie vorhin über die Nomination mit ihnen communiciren müſſe. Solchergeſtalt nun iſt das ſecundum Membrum dieſer primæ Concluſionis valde ambiguum; denn wenn man es ſine iſta relatione, die es mit denen Creyß-Abſchieden und bißheriger Obſervanz hat, anſehen wollte, ſcheinet es äuſſerlich wahr zu ſeyn, daß die geſammten Stände dem Hochfürſtl. Baaden-Durlachiſchen Hauſe niemalen in individuo kein Jus ſingulare & proprium eingeſtanden hätten. Wenn hingegen Baaden-Durlach als derjenige Evangeliſche Fürſt auf der Fürſten-Banck, wie es ſich gebühret, conſideriret wird, der jetzo mit zweyen Fürſtl. Evangeliſchen Votis das der Fürſten-Banck durch mehr-angeführte Creyß-Abſchiede und Obſervanz gehörige Recht nicht verkehren und austilgen laſſen kan, ſo findet ſich alſobald, daß dieſes Membrum ſecundum Concluſionis primæ falſiſſimum ſey, und daß ein groſſer Fucus unter denen Worten des Juris ſingularis & proprii verborgen ſtecke, denn das Jus ſingulare & proprium der Fürſten-Banck bleibt ihr allezeit alleinig zu eigen, wenn gleich dieſes Jus ſingulare & proprium nur durch ein Subjectum exercens fortgeführet wird;

Würtembergiſche *Deduction.*

Allermaſſen 1.) die Erſetzung der erledigten Aſſeſſorats-Stellen ab origine ein gemeinſames Werck aller hoch- und löblichen Ständen des Creyſes geweſen, und durch haltende Receſſus Circulares als ein Jus Collegiale allen und jeden Ständen von Zeit zu Zeit wiederholter zugeſtanden worden. Sodann iſt

2.) Von

2.) Von beſagtem Hochfürſtlichen Hauſe Baaden-Durlach weder durch einige Verträge, noch durch erweißliches Herkommen darzuthun, daß demſelben einiges vorzügliches und ſingulares Jus nominandi jemalen wäre eingeräumet worden; vielmehr ſeynd

3.) Dieſe Vor-Rechte in älteren Zeiten ſo gar dem Hochfürſtl. Creyß-Ausſchreib-Amt ſelbſten diſputiret, und nach erfolgter Vergleichung jedoch

4.) Auch höchſt-demſelben ſolches anderſt nicht, als anfangs conjunctim zugeſtanden worden, biß man endlich

5.) Per Receſſum 1572. auch dieſes determiniret, dabey aber ausdruckentlich annectiret, daß Würtemberg dieſes Recht keines wegs als Oberſter des Creyſes, ſondern alleinig als Creyß-ausſchreibendem Fürſten zuſtehen ſolle. Uber das aber iſt auch

6.) Namentlich hierbey teſte Protocollo behauptet worden, daß denen Creyß-Fürſten kein beſonderes Recht vor anderen deshalb gebühre, mithin

7.) Dieſes als ein præeminentes dem Hochfürſtl. Creyß-Ausſchreib-Amt alleinig anklebendes Vor-Recht anzuſehen, welches ohne höchſte Vernachtheilung keine Paritæt bey Anderen geſtatten mag. Gleich auch

8.) Hoch-Stifft Augſpurg, welches der geiſtliche zuge-

zugeordnete Fürſt bey dem Catholiſchen Corpore, (gleichwie Baaden-Durlach der weltlich-zugeordnete Fürſt bey dem Evangeliſchen Corpore iſt) ſolches bereits in Anno 1572. ſelbſt erkennet, und auch biß dato keines Juris proprii nominandi jemals ſich angemaſſet. Wie dann ferners und

9.) Der Receſſus 1577. auch mehr nicht beſaget, als daß dem Evangeliſchen Corpori ein Subjectum zu nominiren zukomme, zu welchem das Creyß-Ausſchreib-Amt ein Subjectum addiren möge. Endlichen aber und

10.) Sind die poſt Pacem Weſtphalicam von Baaden-Durlach verſuchte Anmaſſungen bey dem Hofmänniſch und Gemmingiſchen Caſu conſtantiſſime widerſprochen, und niemalen mehrers als ein Jus nominandi conjunctim cum reliquis Statibus biß dato eingeſtanden worden; dannenhero man auch jenſeits in beyden obgedachten Caſibus teſtantibus Actis angelegentlich ſich bemühet, die Adnomination ſolcher Subjectorum a reliquis Statibus nachzuſuchen.

Baadiſche Gegen-*Deduction.*

Allermaſſen die prima Ratio ſubnexa abermals nur in ſo weit Stelle finden kan, wenn zu denen Worten: „durch haltende Receſſus Circulares als ein Jus Collegiale allen und jeden Ständen von Zeit zu Zeit (NB. hier eingerückt werden will: jeglichen auf ihren Bäncken) wiederholter zugeſtanden worden;„ denn ohne dieſe Limitation heiſt ſie inadæquata, und mit der Limitation

mitation iſt ſie denen wahren Principiis Circuli & Durlacenſibus nicht entgegen.

2.) Ratio iſt eben ſo ambiguoſa, als wie das Membrum ſecundum Concluſionis primæ ware, und deſſen Erklärung erläutert auch dieſe Rationem.

3.) Ratio heiſt gar nichts, denn ohne die Indulgenz derer Statuum hat das Crenß-Ausſchreib-Amt kein Vor-Recht durch keinen Legem Imperii oder einige andere Urſache ſich anmaſſen können.

4.) Ratio wird als propria Confeſſio eingeſtanden.

5.) Ratio hat mit der vierten gleiche Bewandtniß.

Sic & Ratio ſexta.

7.) Ratio hat nichts als ein unnöthiges Hochſprechen in ſich. In denen vorher gegangenen vier Rationibus geſtehet er die Wahrheit, und macht nichts aus der von denen Ständen denen Herren ausſchreibenden Fürſten erwieſene Benevolentia, in dieſer Siebenden aber will er ſine contradictione derer vorhergegangenen Aſſertionen nunmehro eine groſſe Præeminentiam daraus machen, und einfältige Leute überreden, dieſe von ihme ausgeſonnene Præeminentia leide keine Paritæt. Es iſt dieſes ein pures Wort-prangen; ein Crenß-ausſchreibender Fürſt kommt durch das Crenß-Ausſchreib-Amt in keine Præeminenz, und muß nolens volens leiden, daß andere mit ihme in Paritæt und gleicher Standes-Würde bleiben. Und greiffen alſo die 3. 4. 5. 6. und 7. Ratio den Statum Controverſiæ nicht einmal an.

8.) Ratio iſt eben ſo ſine conſequentia, denn es machen Status Catholici poſt Pacem Weſtphal. certo modo ein beſonderes Corpus & Status Evangelici eben ſo. Indeſſen hat die Fürſten-Banck, ſo viel den Evangeliſchen Theil betrifft, mit ihren Bancks-Verwandten das ſchon vor Anno 1572. gehabte Recht allezeit beybehalten; iſt

dieſes

dieſes a Parte Catholicorum nicht geſchehen, wird es ebenfalls ſeine beſondere Urſachen haben. Wie aber das Jus proprium anzuſehen ſey, iſt ſchon genugſam erkläret.

9.) Ratio ceſſiret poſt Pacem Weſtph. gantz und gar: poſt hanc können Catholici & Evangelici Status allezeit drey Subjecta jeder Theil bey jeglicher Aſſeſſorat Stelle nominiren, und nach dem Receſs de Anno 1577. geſchiehet dieſe Nomination nach Inhalt des Worts **Wie zuvor**, das iſt, durch die Bäncke, einfolglich thut ſie hier keinen Vorſchub.

10. Ratio iſt ziemlich obſcura & confuſa, auch incerta & invalida. Den D. Hofmann ſetzet man hier als ein Exempel einer Baaden-Durlachiſchen Anmaſſung, der widerſprochen worden ſey. Baaden-Durlach hingegen hat das Widerſprechen als eine Würtembergiſche Anmaſſung anſehen müſſen. Gleichwohl iſt D. Hofmann durch Würtemberg, und zwar gar recht, (denn daß ſeine Nomination durch Baaden-Durlach von Fürſten-Bancks-wegen geſchehen ſey, kan nicht in Zweiffel gezogen werden,) præſentiret worden. Dem hernach nominirten Weitprecht von Gemmingen hat man zwar Hinderniß geleget, er iſt aber dennoch rite nominiret, auch nach Inhalt des §. 26. Receſ. Noviſ. durch Baaden-Durlach Supremo Judicio Camerali wegen Würtembergiſcher Weigerung præſentiret worden, und durch dieſen Actum hat Baaden-Durlach ſein und der Fürſten-Banck, nicht weniger der übrigen Bäncke, hierbey gehabtes Recht kräfftig behauptet. Wie mag alſo hieraus ein Grund gegen der Fürſten-Banck habendes Recht ausgeklaubet werden wollen?

Daß er nicht in Camera angenommen worden, entkräfftet obiges Recht gar nicht; dieſes hoch-anſehnliche Gericht ware damals mit Evangeliſchen Aſſeſſoribus genugſam

nugſam verſehen, und hat deutliches Zeugniß gegeben, daß dieſer rite Præſentatus nicht wegen ermangelten Rechts an der Præſentation noch zum Præjudiz derer daran Theil habenden Statuum habe beyſeit-geſetzet werden müſſen. Die Adnominatio der Städte-Banck derer von Baaden-Durlach vorgeſchlagen geweſener Subjectorum kan auch zu einigem Grund nichts beyhelffen, denn damit iſt der Fürſten-Banck habendes Nominations-Recht weder intervertiret noch geſchwächet worden. Das Jus nominandi conjunctim cum Statibus iſt allezeit nach Inhalt der Creyß-Schlüſſe, nemlich cum Statibus ſecundum Scamna, zu verſtehen.

Würtembergiſche *Deduction.*

Sodann mag ferners und II. von dem Hochfürſtl. Hauſe Baaden-Durlach nimmermehr mit hinlänglichen Gründen behauptet werden, daß durch Præterition deſſen nominirten Subjecti den gantzen Fürſten-Banck ein Præjudiz zugehe, mithin höchſt-daſſelbe, ſofern das Hochfürſtliche Hauß Würtemberg deſſen Præſentation vorzunehmen verweigere, eigenmächtig mit ſolcher Præſentation vorzugehen berechtiget ſeye;

Baadiſche Gegen-*Deduction.*

Concluſio ſecunda iſt durchaus unrichtig; ſie hat abermals 2. Membra: in dem erſten ſagt man nur ſo ſimpliciter dahin, Baaden-Durlach könne nicht behaupten, daß ex Præteritione des durch ihme von Fürſten-Bancks-wegen Nominati der Fürſten-Banck ein Præjudiz zuwachſen. Der Sachen könnte gleich mit einer Inſtanz geholffen werden; würde ein Evangel. ausſchreibender Fürſt es nicht als das gröſte Præjudiz anklagen, wenn

Status

Status ihme das freywillig gegönnete Recht ein Subjectum denen a Statibus per Scamna nominatis zu adjungiren, welches poſt Pacem Weſtph. ſine alternatione reviviſciret iſt, nur zweiffelhafft machen, geſchweige gäntzlich entziehen wollten? Warum ſoll denn das Vorhaben, der Fürſten-Banck ihr habendes Nominations-Recht zu entziehen, der Fürſten-Banck kein Præjudiz bringen? Es kan das Baadiſche Hauß auf der Fürſten-Banck abgängig werden, dem ungeachtet wird die Fürſten-Banck allezeit, ſo lange die Creyß-Verfaſſung aufrecht bleibet, Bancks-Verwandte behalten. Jetzo haben Principes Evangelici, auſſer dem Evangeliſch-ausſchreibenden Fürſten, nur zwey Vota auf der Fürſten-Banck, weil, wenn durch das Creyß-Ausſchreib-Amt etwas an die Fürſten-Banck notificiret werden muß, es niemalen im Creyß bräuchlich geweſen, daß der vorſtimmende Stand auch des Creyß-ausſchreibenden Fürſten Votum, wie der übrigen Bancks-Verwandten, hätte verlanget und eingeholt; könnte aber nicht geſchehen, daß nach einiger Zeit auch Evangeliſchen Theils wieder verſchiedene Vota vorhanden ſeyn möchten? Daferne nun Baaden-Durlach der Fürſten-Banck ſein eigenes und ihr gemeines Recht propter numerum votantium abgehen lieſſe, hätte es damit der Fürſten-Banck nicht das gröſte Præjudiz zugezogen; Ergo iſt es nöthig, daß dieſes Recht erhalten werde. Weiters hat das Hochfürſtl. Baadiſche Hauß per LL. Imperii & Ordinationes Camerales ein Jus nominandi Aſſeſſores gehabt, ehe noch die Herren ausſchreibende Fürſten bey dem Schwäbiſchen Creyß durch ihre Anmaſſungen es zu denen Klagen der Statuum von Anno 1531. her gebracht haben. Da nun das Hochfürſtl. Baadiſche Hauß bey der Anno 1556. feſt-geſetzten Ordnung ſein vorhin gehabtes Nominations-Recht mit der Fürſten-

Banck gemein gemacht hat, es auch nicht ohne ſonderbahre Uberlegung damals geordnet worden iſt, daß jegliche Banck um die Nomination beſonders belanget werden ſolle, indem ſonſten die wenige Fürſtl. Vota allezeit per majora reliquorum Statuum würden haben unkräfftig gemacht werden können, als iſt gantz evident, daß es de maximo præjudicio nicht nur des alten Rechts des Hochfürſtl. Baadiſchen Hauſes, ſondern auch der Fürſten-Banck ſeyn würde, wann der von Fürſten-Bancks-wegen durch Baaden-Durlach Nominirte ſo nach Wohlgefallen derer Würtembergiſchen Herren Vor-Rechts Erfinder præteriret werden dürfte.

Das andere Membrum dieſer zweyten Concluſion iſt eben ſo unkräfftig; dann wie können die hinlängliche Gründe, daß, wann Würtemberg die Præſentation ſeines von Fürſten-Bancks-wegen nominirten Subjecti verweigere, Baaden-Durlach als der vorſtimmende Evangeliſche Fürſt auf der Fürſten-Banck ſolche Præſentation ſelbſt zu verrichten berechtiget ſey, geläugnet werden? So lange der Herr Schrifft-Steller nicht beybringen kan, daß ein Evangel. ausſchreibender Fürſt mehr Vollkommenheit, Macht und Gewalt bey dem Schwäbiſchen Creyß, als ein würcklicher Teutſcher Kayſer in dem teutſchen Reich habe, kan er ſich nicht einfallen laſſen, daß ein Evangeliſcher ausſchreibender Fürſt ſich nicht dem Legi Receſs. nov. §. 26. gemäß zu verhalten habe. Da nun dieſer die deutliche Vor-Schrifft giebt, daß eben dieſes geordnet und rechtlich ſey, was er zu widerſprechen ſich heraus-nimmt, ſo wird jeglicher Unpartheyliſcher erkennen, mit welcher Nichtigkeit beyde Membra dieſer Concluſion behafftet ſind.

Würtembergiſche *Deduction.*

Sintemalen 1.) der Receſſus Circularis de

Anno

Anno 1556. & 1572. und die darinnen ſtabilirte Nominationes von einem jeden Banck durch nachgefolgten Receſſum 1577. communi conſenſu omnium Statuum aboliret und aufgehoben worden.

Baadiſche Gegen-*Deduction*.

Die hierauf folgende Ætiologiæ ſind in keiner andern Geſtalt, als die Concluſio an ſich. Die erſte meritiret dennoch eine genaue Anmerckung, denn es iſt in dieſer propria Confeſſio enthalten, daß Anno 1556. & 1572. wie mehrmals der Wahrheit zu liebe erinnert worden iſt, die Nominatio Aſſeſſorum von denen Bäncken und nicht durch Vota communia Statuum ſtabiliret worden ſey; hernach aber wird nude & crude abermal ſo in die Lufft hingeredet, es wären dieſe Receſſus communi Statuum conſenſu per Receſſum de Anno 1577. aboliret worden. Ein feſtgeſetzter Creyß-Receſs aber kan nicht aboliret werden, es muß dann entweder per expreſſa verba abolitoria geſchehen, dergleichen in dem Receſſu de Anno 1577 im geringſten nicht, vielmehr aber dieſes zu finden iſt, daß es wie zuvor damit gehalten werden ſolle: oder es muß eine beſtändige mit gutem Willen von denen dagegen intereſſirten eingeſtandene Praxis contraria vorhanden ſeyn, dergleichen aber auch circa nominationem durch die Bäncke ermangelt; dann es wird bald des mehrern dargethan werden, wie der alte Modus durch die Bäncke noch biß auf gegenwärtige Zeit, aller unternommenen Würtembergiſchen Anmaſſungen ungeachtet, dennoch gantz unverrückt beybehalten worden iſt.

Würtembergiſche *Deduction*.

Sodann aber und 2.) muß dem Hochfürſtl. Hauſe Würtemberg allerdings ſehr bedencklich fal-

len, da es das Anſehen gewinnen will, als wann man höchſt-demſelben bey dem Evangel. Fürſten-Banck hierinnen gleichſam Quæſtionem Status machen wollte, als ob ihm bey Erſetzung dergleichen Stellen nicht frey ſtünde, ſich mit dero auf dem Evangeliſchen Fürſten-Banck zuſtändigen Voto cum reliquis Statibus gleicher maſſen zu vereinbahren, gleich doch in älteren Zeiten bey dem Exempel Aſſeſs. Mauritii, D. Schragen und von Plœnies geſchehen: und auch erſt vor wenigen Jahren das Hochfürſtl. Hauß Baaden-Durlach ſelbſten diſſeitig-Hochfürſtliches Hauß erſuchet, die jenſeits ertheilte Nomination mit diſſeitig-Fürſtl. Voto zu unterſtützen.

Baadiſche Gegen-*Deduction.*

Die andere laboriret an dreyen Schwachheiten; die erſte iſt, daß vorgegeben wird, es ſcheine, ob wolle Baaden-Durlach Würtemberg Quæſtionem Status machen, ſo, daß es ihme nicht frey ſtünde, ſich mit dem auf dem Evangeliſchen Fürſten-Banck zuſtändigen Voto cum reliquis Statibus zu vereinbahren. Es iſt aber das Hochfürſtliche Baaden-Durlachiſche Hauß viel zu gerecht, daß es einem Evangel. ausſchreibenden Fürſten eine Mit-Nomination auf der Fürſten-Banck würde diſputiren wollen, daferne nicht nebſt dem geiſtl. ausſchreibenden Fürſten, dem Hn. Biſchoffen von Coſtantz, per Receſſum Circularem de Anno 1556. und ſodann auch de Anno 1572. ein beſonderes Nominations-Recht, in qualitate als ausſchreibenden Fürſten, von denen übrigen Creyß-Ständen verwilliget, und dieſes beſondere Votum ſtatt desjenigen, wo es ſonſt nebenſt anderen Fürſten

in Nominatione zu concurriren gehabt, ſurrogiret, einfolglich das der Fürſten-Banck competirende Jus nominandi eo ipſo denen übrigen Fürſten ſothaner Banck überlaſſen worden wäre; Wobey es auch, in ſo lange das Hochfürſtl. Hauß Würtemberg das Evangel. Creyß-Ausſchreib-Amt, mithin gedachte beſondere Nomination exerciret, verbleiben wird, und dem Hochfürſtl. Hauſe Baaden-Durlach die Vota in ſothaner Nominations-Sache der bißherigen Obſervanz nach einzuziehen, und dem Creyß-Ausſchreib-Amt zur Præſentation nomine reliquorum Statuum bekannt zu machen, nicht entzogen werden kan. Von dieſer Zeit her, und alſo nun bald zweyhundert Jahr, hat keiner derer Herren ausſchreibenden Fürſten verlangen können und wollen, daß ſie in die Nomination, ſo durch die Fürſten-Bancks-Verwandte ſo vielmal geſchehen, neuerlich mit eingemiſchet würden; Ergo entſtehet bey dem fortwährenden Exercitio Nominationis von Fürſten-Bancks-wegen dem Herrn ausſchreibenden Evangel. Fürſten kein Eintrag, und wird ihme keine Quæſtio Status formiret, wenn man ihn in der althergebrachten Separation verbleiben, und ihn die Adjunction eines beſondern Subjecti ungehindert bewerckſtelligen läſt. Wenn er nach ſo langem Zeit-Verlauf ſich von neuem mit unter die Fürſtl. Bancks-Verwandten einmiſchen, und circa nominationem Aſſeſſorum ſich zweyerley Rechts zugleich anmaſſen wollte, würde die umgreiffende Begierde, ſich alles Nominations- und Præſentations-Recht alleinig zuzueignen, und zu erſt die Fürſten-Banck, hernach aber auch die ehrbaren Städte davon gäntzlich abzubringen, allzuſehr jederman in die Augen fallen, und bey Gerechtigkeit-Liebenden keinen Beyfall erlangen. Die andere Schwachheit entdecket ſich aus denen allegirten dreyen Exemplis. Von dem Erſten,

des D. Mauritii, und dem Dritten, des von Plœnies, ſind Acta vorhanden, und kan gezeiget werden, daß Beyder ihre Nominationes nach altem Stylo, wie von Anno 1556. her geſchehen ſind, obgleich der von Plœnies durch alle Bäncke, und zugleich durch den Herrn ausſchreibenden Fürſten erwählt worden iſt. Von D. Schrags Nomination aber weiß man ebenfalls nichts anders, als daß er die Fürſten-Bancks-Nomination vornehmlich gehabt habe: wenigſtens iſt das Contrarium gar nicht aus denen beygebrachten Actis zu erſehen; und wenn gleich alle Bäncke tempore belli ihr altes Recht herkommlich zu exerciren unterlaſſen hätten, würde das Evangeliſchen Fürſtens Hochfürſtlichen Durchl. dennoch ſich keines Recht-Spruchs über ſie anmaſſen, und eine oder die andere ihres Rechs verluſtig erklären können. Wie ſchwach iſt endlich nun der dritte Beweiß? Es habe Baaden-Durlach des ausſchreibenden Fürſten Hochfürſtl. Durchl. bey der letzten Nomination erſuchet, die von Fürſten-Bancks-wegen durch ihn nach altem Herkommen geſchehene Nomination zu unterſtützen, ergo habe Baaden-Durlach mit ſeinen Fürſten-Bancks-Verwandten kein Nominations-Recht; alleine Receſſus Circulares & exercitium continuum erhärten das Gegentheil.

Würtembergiſche *Deduction.*

3.) Seynd die Vota curiata in hoc Circulo etwas ſehr Ungewöhnliches, und hat es disfalls eine gantz andere Bewandtſame, als in Comitiis univerſalibus Imperii, maſſen in dieſem Creyß ſingula vota Statuum computiret, und die Concluſa ſecundum Majora gemachet werden, und daß auch in dieſen nemlichen Præſentations-Fällen ſelbſten allſchon vor Anno 1556. majora Vota

ta concludiret, giebet die von denen Wohllöbl. Reichs-Städten in Anno 1541. eingelegte Proteſtation klar und deutlich, verbis: „Es gebühre ſich, vermög der Reichs-Ordnung, auch des Reichs-Creyſes-Herkommen, daß ſolche Præſentationen durch die Fürſten, Prælaten, Grafen und andere Reichs-Stände und Städte dieſes Creyſes durch aller Stånd Stimmen und das mehrere beſchehen ſolle.„

So ſeynd auch per ipſum Receſſum Circularem 1556. die majora Vota wenigſtens denen Bäncken nach zu attendiren geweſt. Und da nun dieſer Receſs gar ex poſt aboliret worden, und das gantze Corpus Evangelicum Circuli nur ein Subjectum nach dem Receſs 1577. zu ernennen hat; ſo iſt nun ſo weniger Zweiffel zu haben, daß dato noch die majora Vota hierinnen concludiren, als aus obgemeldten vielen Documentis Sonnen-klar und in ſpecie auch dieſes erhellet, daß in dieſem Creyß kein Turnus eingeführet iſt, ſondern ſinguli Evangelici Status jedesmalen conjunctim dabey cooperiren, und darnebens auf die majora Vota die billig-mäßige Reflexion genommen werde. Und gleichwie nun ſonſten in ſämmtlichen Creyſes Vorfallenheiten kein Stand ſich zu beſchweren hat, wann deſſen Votum propter majoritatem reliquorum weiter nicht in Conſideration kommet, und nimmermehr prætendiren

 kan,

kan, daß man nach deſſen Voto contra unanimia reliquorum Statuum ſich richten ſollte; alſo kan auch das Hochfürſtl. Hauß Baaden-Durlach nimmermehr prætendiren, daß, da unanimia Vota auf 2. andere Subjecta in dieſer Præſentations-Sache gegangen, deſſen ſolitarie & privative nominirtes Subjectum dazumalen deducirter maſſen Ihro kein Jus proprium & ſingulare zuſtehet, conpræſentiret werden ſolle. Woraus demnach zugleich

4.) Erhellet, daß das Hochfürſtl. Hauß Baaden-Durlach bey ſolcher Bewandtſame auch keines wegs berechtiget ſeye, mit dieſer anmaſſenden Præſentation eigenmächtig vorzugehen, immaſſen eines Theils ihme vorderiſt das Jus nominandi proprium & ſingulare gantz und gar widerſprochen wird, und kein Status Circuli mehr recht prætendiren kan, als er entweder per ſpecialia Pacta oder per Obſervantiam & Poſſeſſionem vel quaſi erlanget: andern Theils aber der §. 26. Receſſ. Imperii noviſſimi hier gar nicht anſchläget, immaſſen die per unanimia reliquorum Statuum ernannte Subjecta von dem diſſeitig-Hochfſl. Evangeliſchen Creyß-Ausſchreib-Amt herkommlicher maſſen & intra terminum legalem ſchon längſtens præſentiret worden.

Baadiſche Gegen-*Deduction.*

In der dritten Ætiologia iſt eine Petitio Principii nach der andern enthalten. Der Herr Schrifft-Verfaſſer argumentiret 1.) Aus

1.) Aus dem Modo collectandi vota in allgemeinen Creyß-Sachen auf den Modum vota colligendi in der Particular-Sache bey Beſtellung einiger Catholiſcher oder Evangeliſcher Aſſeſſorat-Stellen.

2.) Confundiret er die Anno 1541. geſchehene Beſchwerung derer meiſten Stände mit denen in denen Ordinationibus Cameralibus, Receſſibus Imperii & Circularibus vorgeſchriebenen und Conſenſual-Legibus, und will der Stände damals angeführte Worte captivando gleichſam zu einem Geſetz machen, wie es vor Anno 1541. gehalten werden müſſen, da ſie doch ſecundum leges anteriores & poſt ſecutas zu erklären ſind. Er hat ſich abermals ſelbſt vergeſſen, indem er wider ſeinen Willen eingeſtehen muß, daß Anno 1556. ſo gar per legem expreſſam die majora Vota nicht per collectionem in publico Conventu, ſondern denen Bäncken nach zu attendiren geweſen.

3.) Bauet er auf die Abolitionem aller ante Annum 1577. verbindlich errichteten Creyß-Abſchiede, als eine ſolche ſichere Sache, die gantz notoriſch ſeyn müſſe; weil es ihme aber nicht möglich geweſen, dieſe Abolitionem zu erweiſen, und dem hoch-anſehnlichen Judicio Camerali poſt Annum 1572. kein Anſuchen von Creyſes-wegen jemals geſchehen iſt, daß es nicht mehr auf dasjenige, was von Anno 1556. biß in Annum 1572. geſchehen, reflectiren möchte, auch von einem ſolchen abolirenden Creyß-Abſchied Statibus Circuli nichts bekandt iſt, ſo kan man dieſem Principio keinen andern Namen als eines Statuti particularis geben, welches die Creyß-Schlüſſe verkehrende Herren Aſſertores und Vor-Rechts-Preiſer erfunden, und jezuweilen nach ihren Einfällen damit geſpielet haben, auch eben ſo von der Nomination eines einigen Subjecti durch die verſchiedene Bäncke, ohne Abſicht

auf die Crenß-Abſchiede und dem Herkommen nach dem ſich einbildenden ſic placet ſic jubeo reden.

4.) Wird auf ein ferneres falſches Principium ſich bezogen, weilen bey einigen anderen Crenſen Status ſecundum Turnum die Nominationem ſeu Præſentationem Aſſeſſorum verrichten, und dergleichen Turnus bey dem Schwäbiſchen Crenß nicht üblich ſey; Sed datur tertium & quod quidem legitime introductum eſt, daß nemlich die Nomination durch die Bäncke, und die Præſentation hernach durch die ausſchreibende Fürſten geſchehen ſoll. Vergeblich will alſo die andere Concluſio mit dieſem aberrationibus a genuinis principiis befeſtiget werden, daß Baaden-Durlach ſich nicht zu beſchweren haben ſollte, wenn an ſtatt, daß des ausſchreibenden Evangeliſchen Fürſtens Hochfürſtl. Durchl. von Baaden-Durlach die Nachricht hätte erwarten ſollen, ob ſich die Evangeliſche Städte auf ihrer Banck eines Subjecti mit Baaden-Durlach und ſeinen Bancks-Verwandten verglichen, oder zu dem, ſo die Fürſten-Banck beliebet, noch ein anders vorgeſchlagen hätten, deſſen Geſandſchafft ſich gegen die Crenß-Schlüſſe und das Herkommen angemaſſet hat, den hergebrachten Nominations-Modum durch die Bäncke zu vernichtigen, und ſub ſpecie aliarum materiarum eine Conferentiam Statuum Evangelicorum zu veranlaſſen, um dabey einen Vortrag von Beſtellung der erledigten Aſſeſſorat-Stellen obrepiren zu können, ja ſo gar nach Ahndung und feyerlicher Proteſtation des Baaden-Durlachiſchen Geſandten, vermittelſt äuſſerlich beförderte Abhülffe einer Beſchwerde der mixtirten Evangel. Städte gegen wenigere gantz Evangel. Städte dieſer Städte Banck, ihre Vota zu ſurripiren.

Wenn dieſes kein recht vorſetzlicher Eintrag in der Fürſten-Banck und des vorſitzenden Evangel. Herrn

Marg-

Marggrafens zu Baaden-Durlach von Alters her gehabtes und bis hieher wohl exercirtes Recht genennet werden muß, indem man die Fürſten-Banck aus ihrer allezeit gehabten Poſſeſſion vertreiben will, ſo wird gegen dergleichen eigenmächtige Unternehmungen und Zugriffe kein einiger Creyß-Stand ſeiner per Secula her wohl conſervirten Rechten mehr geſichert bleiben können. Es wird aber bis dato noch Recht und Gerechtigkeit in Teutſchland gehandhabet, und alſo auch dieſen Umgriffen geſteuert werden.

Die vierdte Baſis der andern Concluſion iſt nur gegen das rechtliche Suchen des Hochfürſtl. Baaden-Durlachiſchen Hauſes bey dem Supremo Judicio Camerali gerichtet, und möchte damit per verba ambigua ſo viel inſinuiret werden, daß, weil der Herr Schrifft-Steller bisher Grund-loß genug dahin geſchrieben hat, ob hätten die Evangel. Fürſten auf ihrer Banck kein Nominations-Recht, ſo könnten ſie ſich auch des §. 26. Rec. Nov. nicht erfreuen. Gleichwie aber das erſte hoffentlich klar genug evinciret ſeyn wird, Baaden-Durlach auch von wegen der Fürſten-Banck und der übrigen Evangel. Mit-Stände eben dergleichen Anno 1671. da der Evangel. Herr Creyß-ausſchreibende Fürſt damals Weitprechten von Gemmingen zu præſentiren geweigert hat, würcklich und zwar ſo verrichtet hat, daß Supremum Cameræ Judicium dieſen Actum nicht pro illegitimo erkennen können, obgleich Weitprecht von Gemmingen ex cauſis per acta Cameralia notis nicht zur Reception gelanget iſt, und, wenn auch dieſer Actus nicht vorhanden wäre, keine Urſach ausgefunden werden mag, warum denen Evangel. Fürſten bey der Schwäbiſchen Fürſten-Banck nicht eben das Recht angedeyen ſolle, welches Receſſ. Nov. ingemein allen Statibus Imperii, die an Erhaltung und Beſetzung des hochanſehnlichen Cammer-Gerichts Antheil haben, zu gut ge-

geordnet iſt. Alſo gibt mit dergleichen Vorſpiegelungen der Herr Concipient nur ſeinen Eyffer pro intereſſe Seren. Principalis ſine fundamento etwas zu paſſionirt zu erkennen.

Würtembergiſche *Deduction.*

Endlichen und III. So erbricht ſich auch ex hactenus Deductis, daß höchſterwehntes Hochfürſtl. Hauß über den gebrauchten Modum, und daß man dieſes Præſentations-Werck in eine Evangeliſche Conferenz gezogen, ſich zu beſchweren keine hinlängliche Urſache habe. Dann ſo geſtehet man zwar vörderiſt gerne, wie es mit ſich bringe, daß das Hochfürſtl Hauß Baaden-Durlach nach diſſeits erhaltener Denunciation mit Oettingen und der Reichs-Stadt Ulm communicire, und über 1. oder höchſtens 2. Subjecta ſich (wie jedesmalen die eigene Durlachiſche Formalien lauten) vereinbahre und vergleiche, ſodann daraufhin gegen Würtemberg die Nomination derer per Unanimia oder Majora ernannter Subjectorum vor ſich und Nahmens übriger Evangeliſcher hoch- und löblicher Ständen verrichte; Allein hieraus folget keinesweges, daß währender allgemeiner Creyß-Verſammlung der Evangel. Directorial-Jura hierdurch dergeſtalten eingeſchräncket ſeyn ſollten, daß Würtemberg nicht gleichwohlen berechtiget ſeye, dergleichen Præſentations-Fälle alsdann in eine Evangeliſche Conferenz zu ziehen. So viel iſt richtig, daß nach erhaltener Notification vom höchſt-preißlichen Cammer-

Ge-

Gericht de caſu vacaturæ Würtemberg neceſſitiret ſeye, ein Denunciations-Schreiben an Baaden-Durlach und Ulm abgehen, und denen allerſeitigen hoch- und löblichen Ständen zimliche Zeit zur gemeinſamen Communication und Ausfindung eines zu ſolcher wichtigen Stelle qualificirt erachtenden Subjecti zu laſſen, immaſſen auch in allen Creyß-Receſſen dieſe Denunciation namentlich vorgeſchrieben und bedungen worden.

Baadiſche Gegen-*Deduction.*

Die dritte Concluſion ſoll endlich der gantzen Sache das allerſtärckſte Gewicht geben. Es wäre Schade, wenn nur das Geringſte von dieſer Wichtigkeit verlohren gehen ſollte, darum ſich ausgebeten wird, den Innhalt derſelben in nähere Erwegung zu nehmen; Denn es ergibt ſich aus dieſem, daß er drey Theile habe. In dem erſten iſt eine Poſitio, daß ſich das Hochfürſtl. Baaden-Durlachiſche Hauß über den Modum, daß das Præſentations-Werck in eine Evangel. Conferenz Anno 1740 gezogen worden ſey, nicht zu beſchweren habe. Uber welcher Poſition man im Contradictorio iſt, und ſich deren Werth oder Unwerth aus denen bald nachfolgenden zur Beſtärckung ſubjungirten Rationibus ergeben wird.

Der andere Theil iſt eine gantz offenhertzige Erkänntniß desjenigen alten Rechts, welches Baaden-Durlach, wie es von Alters her geweſen, allezeit beyzubehalten bedacht iſt, und unermüdet bleiben wird. Es wird aber eingeſtanden 1) daß Baaden-Durlach nach empfangener Notification von dem Creyß-Ausſchreib-Amt mit Oettingen (ſcilicet den Bancks-Verwandten) communicire, 2) ſich über eines oder höchſtens zwey Subjecta vereinbahre und vergleiche,

che, und ſodann 3) daraufhin gegen den Evangel. Creyß-ausſchreibenden Fürſten die Nomination derer per Unanimia oder Majora (NB. hier ſollten nur die unterſchiedene Bäncke mit genennet ſeyn, dann wenn ſich über ein oder anders Subjectum Baaden-Durlach mit ſeinen Bancks-Verwandten vereiniget hat, kan die Städte-Banck die Fürſtliche mit ihren Majoribus nicht zu anderer Entſchlieſſung zwingen, wohl aber vor ſich auch ein annehmliches Subjectum benennen) ernannter Subjectorum 4) vor ſich, und 5) Nahmens übriger hoch und löblicher Stände verrichte. Nach einer ſolchen Erkänntniß, wie ſie zumal hier erläutert iſt, hat aller Streit ein Ende, indem Baaden-Durlach niemahls etwas anders verlanget hat, noch begehren wird.

Es folget aber in dem dritten Theil gleich wieder eine vacillirende anderweitige Poſitio, daß dem Evangel. Creyß-ausſchreibenden Fürſten bey allem obigem eingeſtandenem klaren Recht ſeine Directorial-Jura nicht ſo eingeſchräncket wären, daß er nicht berechtiget ſeyn ſolle, die Præſentations-Fälle in eine Evangeliſche Conferenz zu ziehen, wobey quoad notificationem vel denunciationem eine reiterata agnitio derer Bäncke habenden Rechts, und zwar weil dieſe Denunciatio in allen Creyß-Receſſen namentlich vorgeſchrieben und bedungen worden ſey, enthalten iſt. Es meynet jedoch der Herr Schrifft-Steller, es ſey alles alleinig mit dieſer Denunciatione ausgerichtet, und habe ein Evangeliſcher Creyß-ausſchreibender Fürſt ein mehrers nicht zu thun, als daß er nur denen Bäncken, oder, wie er zu reden beliebet, denen hoch und löblichen Ständen zimliche Zeit zur Communication und Ausfindung der Nominandorum laſſe; Er hat alſo ſchon vergeſſen, daß in denen Creyß-Receſſen, wo die Denunciatio namentlich vorgeſchrieben und bedungen iſt, nichtweniger und zugleich auch dieſes namentlich beſchrie-

ſchrieben und mit bedungen worden iſt, daß, wie in dem andern Theil allbereit anerkennet iſt, die Nomination derer ernannten Subjectorum durch Baaden-Durlach vor ſich und Nahmens übriger Evangel. hoch und löblicher Stände an das Creyß-Ausſchreib-Amt hinwiederum zu bringen ſey. In dieſer Vergeſſenheit nun will die erſte und letztere Poſition mit vielen Rationibus zu befeſtigen geſuchet werden.

Würtembergiſche *Deduction.*

Allein, daß Facta jam Denunciatione & Communicatione inter Status die würckliche Nomination nicht in eine Evangel. Conferenz gezogen werden ſolle, davon iſt 1) in denen Receſſibus Circularibus nirgendswo etwas dergleichen diſponiret;

Baadiſche Gegen-*Deduction.*

Die erſte will daraus gezogen werden, weil in Receſſibus Circularibus nicht diſponiret ſey, daß poſt factam denunciationem die würckliche Nominatio nicht in eine Evangeliſche Conferenz gezogen werden ſolle. Alleine ſind die Diſpoſitiones Receſſuum Circularium ſo deutlich, daß nicht nur die Denunciation an die Vorſitzende bey denen Bäncken, ſondern von dieſen hinwiederum die Nomination an das Creyß-Ausſchreib-Amt geſchehen ſoll; Darum es ſehr zu bewundern iſt, wie man dieſe ſo deutliche Diſpoſition könne ignoriren wollen. Wie die letztere Diſpoſitionen Anno 1572. und 1577. über die vorherigen per Receſſus Camerales gemacht worden ſind, konuten ſchon Conferentiæ inter Evangelicos pro re nata nach ihrem Wohlgefallen gehalten werden, es bliebe aber dennoch die Diſpoſitio ratione der Nomination, wie ſie **zuvor** geweſen, einfolglich iſt genugſam diſponiret, daß die Nominationes nicht anders, als wie

dieſe

dieſe die Receſſus Circulares exprimiret und feſt geſetzet haben, geſchehen ſollen. Es hätte ſich auch der Herr Actenmäßiger Berichts-Verfertiger nur erinnern dörffen, welche Rationes er der Concluſioni primæ ſubnectiret gehabt, allwo er in der hier ſchon wieder vergeſſenen dritten, vierdten, fünften und ſechſten Ratione die nunmehr verlangende Diſpoſitionem Legis ex Rec. Circ. de Anno 1572. ſelbſt gar ausführlich angemercket hat.

Würtembergiſche *Deduction.*

Vielmehr geben 2) oben-angeführte Exempla das Contrarium, daß nemlich allſchon in Anno 1531. und insbeſondere gleich poſt Annum 1556. da der erſte Vergleich in Præſentations-Fällen getroffen worden, nemlich in Anno 1557. die würckliche Wahl derer Præſentatorum in ipſis plenis Comitiis Circularibus vorgenommen worden ſeye.

Baadiſche Gegen-*Deduction.*

2) Wollen aus denen Exemplis de Anno 1531. & Anno 1557. deren Beſchaffenheit ſchon oben bey denen Anmerckungen über die Beylagen entdecket worden iſt, zwey alte Actus Poſſeſſorii gleichſam in einem Schatten-Werck gezeiget werden; Weil aber der Actus de Anno 1531. nicht einmal ſo erheitert iſt, daß aus der Beylage ſub Lit. A. hätte erſehen werden können, wie es eigentlich damit zugangen ſey, und die Adjuncta ſub Lit. B. & C. deſſelben Unrichtigkeit rotunde dargethan haben, alſo dieſer Actus unter die Rejiciendos gehöret hat, wie mag er nun nach dieſer von ihme ſelbſt geoffenbahrten Vitioſität dieſen vor 200. Jahren verworffenen Actum für einen Beweiß zum Anſtrich einer Poſſeſſion brauchen können? Der andere angeführte Actus per adj. ſub Lit. E. de Anno 1557. iſt mere extraordinarius

narius und mere ſingularis, gründet dennoch aber mehr den Beweiß dahin, daß denen Creyß-Ständen das Jus nominandi ſchon damahls zuſtändig geweſen, und daß dieſe nemliche Stände denen Herren ausſchreibenden Fürſten bey ſelbigem Caſu extraordinario zwar die Facultatem præſentandi, aber nicht mit Wieder-Abweichung von dem Creyß-Schluß de Anno 1556. nach ihrem Gutfinden conferiret haben; Welche beyde Exempla dieſemnach gar nicht zu Beweiß eines Actus Poſſeſſorii gebrauchet werden können.

Würtembergiſche *Deduction.*

Gleichermaſſen auch 3) diſſeitiger Actus Poſſeſſorii poſt Pacem Weſtphalicam de Annis 1652. 54. 92. & 1718. angeführter maſſen vor Augen liegen, wovon die erſtere drey Actus ohne einige Contradiction vorgenommen, bey Letzterm aber die eingelegte Proteſtation ungehindert mit der Præſentation jedannoch vorgegangen worden. Und gleichwie dieſes das Poſſeſſorium ſattſam beſtärcket, alſo iſt quoad petitorium noch ferners anzumercken, daß

Baadiſche Gegen-*Deduction.*

In der dritten Ratione gehet der Herr Autor dieſes Berichts faſt über alle Schrancken hinaus; Denn da will er vier Actus poſſeſſorios erzwingen, welche gar nicht in rerum natura ſind. Die vorgegebene Actus de Anno 1652. & 1654. gründen ſich auf recht Bodenloſes Vorgeben, dann der erſte und andere ſind zwey Unternehmungen derer damaligen Würtembergiſchen Herren Geſandten, die ſie nicht zum Stande haben bringen können, wie es die Beylagen ſub Lit. K. L. & M. ſelbſt in ſich halten, und es oben bey deren Betrachtung angezeiget worden iſt. Es iſt damit nichts

anders erwieſen, als daß Anno 1652. der Widerſpruch der Stände berichtet, und Anno 1654. ſo gar bey wiederholter Anmaſſung der Stände Erinnerung, daß die Sache in forma conſueta tractiret werden müſſe, ferners zum Protocoll genommen, auch in die Relation gebracht worden ſey. Der dritte Vorgegebene de Anno 1692. hat noch weniger Anſehen eines Actus Poſſeſſorii, indeme alles belli tempore geſchehen: der vorſtimmende Fürſt bey der Fürſten-Banck iſt nicht gegenwärtig geweſen, und der Bancks-Verwandten Fürſtl. Oettingiſche Geſandte hat den Vertrag ad referendum genommen: die Städte-Banck hat ſich auch in nichts eingelaſſen. Und wenn ja etwas durch die Beylage per Lit. Q. erwieſen zu ſeyn geglaubet werden wollte, müßte es darinnen beſtehen, daß der damaligen Würtembergiſchen Geſandtſchafft in ſelbiger Zeit erſonnene Kunſt-Griff, die Fürſten- und die Städte-Banck von dem alten Herkommen die Subjecta zu nominiren abzuführen, darinnen beſtanden habe, daß ſie den Baaden-Durlachiſchen geheimden Rath von Eſſen und den Stadt Heilbronniſchen Syndicum Bruner in Vorſchlag gebracht, und geglaubet hat, auf dieſe Weiſe würde man ſich bewegen laſſen, zu einer Nomination, zumahlen tempore turbido, zu ſchreiten; Allein hat ſie ihren Zweck nicht erreichet, einfolglich iſt ſo wenig Anno 1692. als Anno 1654. & 1652. einige Nominatio in Conferentia Evangelicorum ad Actum gekommen. Mit dem allegirten vierdten Actu de Anno 1718. hat es gleiche Bewandtniß, und iſt dieſer nicht einmal mit etwas in dem Bericht ſcheinbar gemachet worden, darum es nicht nöthig iſt, etwas entgegen zu ſetzen; Wie es aber damit eigentlich zugangen ſey, wird bald unten bey Beſtärckung des Baaden-Durlachiſchen und der Fürſten-Banck Rechts, daß nemlich die Nominatio des von Plœnies zum Aſſeſſore nicht in einer Evangeliſchen Conferenz, ſondern nach

nach altem Herkommen geſchehen ſey, mit Beweiſen dargethan werden. Durch dieſe zweyte und dritte Rationem iſt alſo nichts weniger als eine Poſſeſſio, daß in Conferentiis Evangelicorum Nominationes Aſſeſſorum eingeführet, noch weniger aber, daß der alte eingeführte Modus nominandi abgeſtellet worden ſey, beſtärcket worden, und gehöret die erſte angeführte Ratio gar nicht ad Poſſeſſorium.

Würtembergiſche *Deduction.*

4) Das Hochfürſtliche Hauß Würtemberg, als Evangel. Creyß-ausſchreibender Fürſt und Director Circuli, berechtiget, ja gar verbunden iſt, alle wichtige Cauſas Evangel. Circulares durante Conventu Circulari in eine Evangeliſche Conferenz zu bringen.

Sodann iſt 5) ein Notorium, daß die Ausſchuß oder Zugeordnete zwar extra Conventum auch in anderen Fällen auf diſſeitiges Veranlaſſen mit ihren Collegiis communiciren, und hernach deren Meynung an Würtemberg einberichten, allein durante Conventu Circulari ceſſiren dergleichen Communicationes gäntzlich, ſondern Würtemberg bringet alle Cauſas ad dictaturam publicam, und ſtellet ſolche alleinig in die Umfrage und Propoſition, colligiret die Vota ſingula Statuum, und formiret ſodann ſecundum Majora die Concluſa. Und hierzu kommt noch ferners,

6) Daß, ungeachtet gleicher Modus denunciandi & communicandi bey denen Catholiſchen hoch- und löblichen Ständen nach oballegirten Re-

ceſſen eingeführet iſt, jedannoch die Nomination derer Præſentatorum durante Conventu Circulari, ohne einige Diſpute von dem Hoch-Stifft Augſpurg, als dem geiſtl. Catholiſchen zugeordneten Fürſten, (welcher jedoch gleiches Recht, als das Hochfürſtl. Hauß Baaden-Durlach haben müßte,) ebenmäßig in Conferentia Catholica vorgenommen zu werden pflegen.

Uber das und 7) verdienet in gegenwärtigem Caſu dieſes noch eine gantz beſondere Conſideration, daß der meiſte Theil derer Evangeliſchen Städten nach obangeführtem triftigem pro Memoria ſich bey dem Directorio Evangelico beſchweret, daß ſolche von dem Jure nominandi einige Zeit her gar ausgeſchloſſen werden wollen, und dahero diſſeitig Hochfürſtl. Directorium inſtändigſt erbeten worden, pro tuendis eorum juribus dieſes Præſentations-Werck expreſſe in eine Evangeliſche Conferenz zu bringen.

Welchem allem nach 8) eine ſehr ungütliche Beſchuldigung iſt, daß man ſämmtliche hoch- und löbliche Status bey dieſem Actu zu ſurpreniren geſucht habe, indeme eines Theils das Hochfürſtl. Baaden-Durlachiſche Circular-Communications-Schreiben, nebſt gethaner Nomination des Freyherrn von Riedeſel, ſchon gegen einem völligen Monath zuvor denen übrigen Ständen inſinuiret, und nicht weniger die Meynung ſämmtlicher Evangel. Ständen nur

nur allzuwohl bekandt geweſt, da man ohne Zweiffel, wo ſelbige nach gehegter Intention ausgefallen, man ſich ſo wenig als zu anderer Zeit würde geſäumet haben. Andern Theils aber, ſo haben reliqui Status wider dieſen Vortrag in Conferentia Evangelica im geringſten nichts excipiret, vielmehr die Meiſten ſich davor bedancket, und noch über das ihre abgelegte Vota in extenſiori forma von freyen Stücken nochmahlen zur Creyß-Cantzley eingeſchicket, und ad Acta reponiren laſſen. Deme noch ferners anzufügen, daß auf das von Baaden-Durlach an alle und jede Evangeliſche löbliche Stände nochmals eingeſchickte Proteſtations-Schreiben ſelbige jedannoch ihre in Conferentia Evangelica gethane Nomination nochmals beharret haben, alſo daß, wann auch gleich, poſito ſed non conceſſo, hierunter etwas Ungewöhnliches vorgegangen wäre, jedannoch das Hochfürſtl. Hauß Baaden-Durlach ſelbſten verbunden geweſt wäre, das Nominations-Schreiben ſecundum majora Statuum einzuberichten, und an Würtemberg zu überſchicken, gleich auch ſchon ehemals in Anno 1654. bey dem Exempel D. Valentin Heiders in præſentia der Hochfürſtl. Baaden-Durlachiſchen Geſandtſchafft oben ſchon deducirter maſſen dergeſtalten ſentiret worden.

Baadiſche Gegen-*Deduction.*

Die vierdte Ratio hat ihren Werth, und wird ihn auch

bey allen Sachen behalten, die durch vorher gegangene Creyß-Abſchiede nicht allbereit eine gewiſſe Vorſchrifft und Normam bekommen haben, an welche ein Evangel. Creyß-ausſchreibender Fürſt eben ſo feſt, als wie der aller-ſchwächeſte Evangel. Stand im Creyß, gebunden iſt, und beweiſet kein beſonderes Recht.

Die fünfte Ratio ſetzet es als ein Notorium, daß bey einem Conventu publico die Communicationes an die Bäncke ceſſiren. Es hätten jedoch abermals ſich der kurtz vorher gegangenen ſelbſt geſchehenen Aſſertorum und vorhandenen Uberweiſungen erinnert werden dörffen, daß, ungeachtet publici Conventus gehalten worden ſind, dennoch die hergebrachte Denunciatio an die Bäncke ſo gar nach würcklichen Unternehmungen derer Creyß-Amtlichen Herren Geſandten habe geſchehen müſſen, einfolglich von Dingen, die von ungefehr ſich zugetragen, und keine vorgeſchriebene Ordnung in denen Creyß-Abſchieden haben, ſich auf die ſingulares caſus, denen allſchon eine Regula vorgeſchrieben iſt, ſich nicht argumentiren, mithin das Notorium ſich auf dieſe gar nicht appliciren läßt.

In der ſechſten Ratione will abermal von dem Exercitio derer Handlungen inter Status Catholicos ad Evangelicos ſehr unrichtig geſchloſſen werden. Denen jeweiligen Herren Biſchöffen zu Coſtantz muß man es allerdings zu Ruhm nachſagen, wie dem Baaden-Durlachiſchen Hauſe niemalen bekandt worden iſt, daß ſie ſich eines andern, als des ihme vor Alters verwilligten Vor-Rechts über ihre Mit-Stände angemaſſet hätten, darum höret man von keiner Streitigkeit circa Modum nominandi Aſſeſſores Catholicos bey dem Schwäbiſchen Creyß etwas; Es mag aber ihr unter ſich angenommener Modus ſeyn, welcher er wolle, der alte oder ein neuer, ſo gibt dieſer Statibus Evangelicis keine Vorſchrifft, und iſt alſo dieſe angeführte Ratio plane nulla.

Ratio

Ratio ſeptima iſt von keiner beſſern Beſchaffenheit; Denn wie ſchön concludiret hier der Herr Schrifft-Verfaſſer: Es haben ſich einige Reichs-Städte bey dem Directorio beſchweret, daß ſie von ihren Städtiſchen Bancks-Verwandten bey dem Jure nominandi Aſſeſſores ausgeſchloſſen worden wären; Ergo hat eines Evangel. Creyß-ausſchreibenden Fürſten Geſandtſchafft das Recht erlanget, gegen die Creyß-Schlüſſe die völlige Nomination, wie ſie ſowohl durch Baaden-Durlach und die Fürſten, als der ehrbaren Städte Bancks-Verwandte geſchehen ſoll, in Abänderung und in eine Evangeliſche Conferenz, auch bey Contradiction und Proteſtation des Theils, deme præjudiciret wird, zu bringen, ſolche Rationes und Argumenta ſollten ſo leicht nicht einem hoch-anſehnlichen Gericht des geſammten teutſchen Reichs zu ſeiner Verabſcheidung vorgebracht werden.

Die Ratio octava ſoll evinciren, daß hoch- und löbliche Stände durch den Vortrag zu Nomination eines Aſſeſſoris bey der Conferentia inter Evangelicos nicht ſurpreniret worden wären. Alleine, worzu dienet dieſes Argumentiren, da nach Innhalt der Creyß-Abſchiede die Nominatio Aſſeſſorum vor keine dergleichen Conferenz gezogen werden ſoll und darf? Um aber auch bey dieſer nicht ad talem conferentiam gehörig geweſenen Sache die Mängel derer Fundamentorum zu zeigen, ſo iſt es 1) keine ungütliche Beſchuldigung, ſondern eine gantz unlaugbare, daß dem Baaden-Durlachiſchen Herrn Geſandten zu einer Conferentia propter res militares die Anſage nicht nur geſchehen, ſondern auf fernerweitiges Anfragen dabey beharret worden iſt. 2) Iſt es nicht genug, daß die Denunciatio von dem Creyß-Ausſchreib-Amt wegen Vacatur der Aſſeſſorat-Stelle an Baaden-Durlach geſchehen, und daß dieſes Hochfürſtl. Hauß einige Zeit (die von Creyß-Ausſchreib-Amts we-

wegen weder benennet noch beſchräncket werden kan) gehabt, mit der ehrbaren Städte Banck ſich zu vernehmen, ſondern es erfordern die Creyß-Schlüſſe ferners diſertis verbis, und iſt es auch allezeit alſo gehalten worden, daß das Creyß-Ausſchreib-Amt den erfolgten Schluß wegen der Fürſten-Banck und der ehrbaren Städte durch Baaden-Durlach erwarten ſoll, iſt dieſemnach eine dreyfache Unordnung, ſowohl daß die Sache ſelbſt zur Conferenz gezogen, als daß ſie unverhofft in Vortrag gebracht, und daß endlich nicht die Nomination, wie es ſeyn ſollen, erwartet worden iſt, erfolget. 3) Thut nichts zur Sache, daß die ehrbaren Städte der von dem Baaden-Durlachiſchen Hrn. Geſandten geſchehenen Contradiction und Proteſtation nicht adhæriret haben, denn durch dieſe Proteſtation iſt der Actus, welcher in ſe vitioſus ware, dem Hochfürſtlichen Baaden-Durlachiſchen Hauſe und der Fürſten-Banck an ihren wohl hergebrachten Rechten dennoch mehrers unſchädlich gemacht worden. Und wenn gleich alle ehrbare Städte ihres bisher gehabten Rechts bey Nomination eines Aſſeſſoris gäntzlich renunciret hätten, würde alle Städtiſche Condeſcendenz und Gefälligkeits-Bezeigung gegen den Herrn Evangel. Creyß-ausſchreibenden Fürſten dennoch das Hochfürſtl. Baadiſche und der Fürſten-Banck wohlgegründetes Recht nicht haben abändern oder ſchmählern können. 4) Iſt es recht ſehr merckwürdig, daß der Herr Berichts-Verfaſſer bey dieſer 8. Ratione ſelbſt nicht in Abrede ſeyn kan, wie quoad hanc nominationem etwas Ungewöhnliches vorgangen ſey. Er vermeynet aber, dieſer wo nicht abſolute doch mehr als zum halben Theil eingeſtandenen Unordnung mit dem abermahls nichts Reelles in ſich habenden Vorgeben abzuhelffen: Es hätte, wenn es gleich ordentlich zugangen wäre, die Nominatio ſecundum majora Statuum, wie alſo ſchon Anno 1654. bey D. Heiders Nomina-

mina-

mination ſentiret worden wäre, an Würtemberg einberichtet werden müſſen; Weil man aber ein hochanſehnliches Reichs-Gericht und unpartheyiſche Gemüther auf Irr-Wege zu bringen ſich befliſſen hat, iſt es nicht anders möglich, als daß der Herr Irr-Weg-Weiſer ſelbſt auf lauter Irr-Wegen hat wandeln müſſen. Wo iſt doch das Anno 1654. durch die Beylage ſub Lit. M. inſinuirte Sentiment, daß es würcklich, wie es in dem Bericht enthalten iſt, geſchehen, erwieſen? Geſetzten Falles, dieſes Teſtimonium hätte alle Gültigkeit, ſo wäre es doch dem Hochfürſtl. Baaden-Durlachiſchen Hauſe ein ſehr unanſtändiges Conſilium geweſen, welches nicht angenommen worden iſt; Denn es hat Baaden-Durlach, nachdem die oben mit denen Beylagen ſub Lit. K. L. & M. prædicirte Conamina in Annis 1652. & 1654. vergeblich geweſen, und ſich nach öfterm Widerſpruch des Hertzogs zu Würtemberg Hochfürſtl. Durchl. bequemet haben, die Denunciationem nunmehro wieder, wie es ante Pacem Weſtphal. geſchehen, an die Vorſtimmende der Bäncke zu bringen, und gleichwohl D. Heider von denen ehrbaren Städten in Vorſchlag gekommen iſt, dennoch nicht dieſen allein, ſondern ſowohl von wegen der Bancks-Verwandten, auch zuvorderſt vor ſich, dem von Göler, ſodann aber den vorgeſchlagenen D. Heider, mithin dieſen gar nicht, wie Anno 1654. unzeitig ſentiret werden wollen, alleine nominiret. Obgleich nun der von Göler poſt jam factam nominationem & præſentationem aus ſeinen gehabten Urſachen renunciret hat, ſo iſt dennoch der Nominations-Actus nach der Diſpoſition der alten Creyß-Abſchiede gleich poſt Pacem Weſtphal. geſchehen, und wirft alles widrige Einwenden von Nominationen bey Creyß-Verſammlungen darnieder.

Würtembergiſche *Deduction.*

Anlangend ſchließlichen und 9) eine fernerweite

Exception, daß die materiæ proponendæ nicht in den Anſags-Zettul geſetzet worden, ſo iſt vörderiſt der Hochfürſtl Baaden-Durlachiſchen Creyß-Geſandtſchafft wohl bekandt, daß die Anſags-Zettul überhaupt erſt vor gar wenigen Jahren in Circulo eingeführet, und vorhero die Materiæ deliberandæ weiter nicht, als der Hochfürſtl. Creyß-Ausſchreib-Amtlichen Geſandtſchafft communiciret worden. Uber das werden auch in denen Anſags-Zettuln gar ſelten alle Proponenda namentlich ſpecificiret: ja es geſchiehet öffters, daß von denen ſpecificirten Proponendis, nach Vorfallenheit derer Umſtänden, wohl gar nichts ſolchen Tags in die Propoſition kommet, oder aber ſub titulo generali variorum incidentium die wichtigſte Materien hernachmals proponirt werden. In ſpecie aber iſt bey Conferentiis Evangel. nicht gebräuchlich, daß die Materia proponenda in Anſags-Zettul geſetzt wird, immaſſen auch die Natur und Eigenſchafft dieſer Materien ſo beſchaffen, daß man ſolche vor der Zeit nicht propaliren, und gleichſam von Hauß zu Hauß tragen laſſen kan, gleich auch in Comitiis Imperii ſelbſten ſolche in dieſen Fällen unterlaſſen werden.

Baadiſche Gegen-*Deduction.*

Die Ratio nona iſt beſchaffen, wie die achte; Dann wenn das Suppoſitum erſt richtig wäre, daß die Nominatio Aſſeſſorum zu einer Evangeliſchen Conferenz gehöre, ſo würde hernachmals die Frage ventiliret werden können:

nen: Ob es mit dem Modo, wie ſie darein gebracht worden, richtig zugangen ſey oder nicht? Weil aber die Creyß-Schlüſſe dieſer Nomination ſolche Maaſen geſetzet haben, daß es extra omne dubium ſtehet, wie ſolche gar zu keiner ſolchen Conferenz mit Recht gebracht werden kan und ſoll, ſo iſt es an ſich vergeblich, über den Modum, wie es geſchehen, viele Worte zu machen. Dieſes iſt doch hierbey abermals ſicher, daß der Herr Concipiens ſelbſt geſtehet, wie es eben nicht eo modo geſchehen ſey, wie es nach der Einführung und Stylo in denen nähe-ren Zeiten hätte geſchehen ſollen. Er geſtehet auch ferners, daß ſich das Evangeliſche Creyß-Ausſchreib-Amt nicht ſo gar ſehr an eingeführte Ordnungen binde, ſondern nach Vorfallenheiten von denen in die Anſage gebrachten Proponendis nicht einmal etwas proponire, auch wohl nur unter einer General-Anzeige die wichtigſten Sachen hernach vortrage. Alle dieſe Dinge können bey einigen Begebenheiten einen löblichen Endzweck haben, bey anderen aber ſehr verwerfliche Nævi ſeyn; wo aber ein certus Modus in Creyß-Schlüſſen definiret iſt, kommt es niemals auf ein ſo anceps Arbitrium an. Ob es in mere Religionem betreffenden Cauſis nicht bräuchlich ſeye, die Deliberanda vorher in einen Anſag-Zettul zu ſetzen, weil ſie nicht im voraus zu propaliren, und von Hauß zu Hauß zu tragen ſind, iſt eine Frage, ſo hier gar nicht gehöret; die Vacaturæ bey Aſſeſſorat-Stellen aber werden ehender in halb Teutſchland bekandt, als ſie der Ordnung nach an die Ausſchreib-Aemter gebracht werden können. Wenn es alſo nur die Creyß-Schlüſſe determiniret hätten, daß die Nominationes in Conferentiis Statuum zu beſorgen wären, ſo dörfte die Anſage mit aller Offenbahrung an Jedermann geſchehen, und würde es ſehr einfältig heraus kommen, daraus ein Geheimniß

machen

machen zu wollen, daß eine jedermann bekandte erledigte Aſſeſſorat-Stelle wiederum zu beſetzen dermalen in Deliberation ſtehe. Das weitere Beruffen auf dem Modum procedendi bey Evangel. Conferenzien inter Status Evangelicos bey einer Reichs-Verſammlung iſt hier abermal nichtig, dann jene haben quoad modum procedendi keine Reichs-Schlüſſe vor ſich, ſondern pflegen ihre Deliberationes, wie es ihnen Pax Religioſa & Weſtphalica geſtatten mag. Bey dem Schwäbiſchen Creyß aber ſind quoad nominationem Aſſeſſorum beſt-gegründete Ordnungen durch Creyß-Schlüſſe vorhanden, über welche ein Gerechtigkeit-liebendes Creyß-Ausſchreib-Amt viel feſter, als der unvermögenſte Reichs-Stand, zu halten ſchuldig und verbunden iſt.

Mit dieſem wäre nun genugſam ausgeführet, wie 1.) die von dem Herrn Berichts-Verfaſſer zum Beweiß angebrachte viele Beylagen, und zwar keine derſelben ſeine Aſſerta, dahingegen aber vielmehr des Hochfürſtlich-Badiſchen Hauſes und der Fürſten-auch Städte-Banck habendes Recht behaupten. 2.) Es nicht fehlen kan, daß der gantze ſogenannte Acten-mäßige Bericht Grund-und Boden-löß ſeyn muß; darum es auch 3.) nicht ſchwer geweſen, die ex his præmiſſis ſehr übel gefolgerte drey Concluſiones, jegliche mit ihren beſonderen ferneren Gründen, ihrer darinnen gefundenen Schwäche nach aufzulöſen, und gäntzlich zu deſtruiren.

Allermaſſen nun hierdurch das Hochfürſtl. Badiſche und der Fürſten-auch Städte-Banck habendes Recht genugſam zugleich beſtättiget iſt, ſo kan man es dennoch nunmehr kurtz und in einer Summa nachmals beſtärcken:

Denn es findet ſich 1.) dieſes Nominations-Rechts Krafft und Stärcke in denen Cammer-Gerichts-Ordnungen, als der C. O. de Anno 1507. Tit. XXI. C. O. de Anno

1521.

1521. Tit. IV. §. 4. C. O. de Anno 1555. Tit. II. §. 3. einfolglich auch in denen Reichs-Abſchieden, benebenſt welchen dieſe Cammer-Gerichts-Ordnungen verfaſſet ſind.

2.) In denen Creyß-Schlüſſen de Anno 1556. 1571. & 1577. Es ſind dieſe drey Creyß-Schlüſſe allbereits von dem Gegentheil ſub Lit. D. H. & I. angeſchloſſen, darum ſie hier nur ſub Numeris 1. 2. & 3. zu allegiren ſind, weil einer den andern erläutert, und der von Anno 1556. der Grund der nachfolgenden Zweyen iſt, der Letztere aber de Anno 1577. ſich expreſſe darauf beziehet, daß es mit der Nominatione Aſſeſſorum **Wie zuvor** gehalten werden ſolle, auch nach dieſer Zeit kein Receſs bey dem Schwäbiſchen Creyß errichtet worden iſt, welcher den Inhalt dieſer drey Creyß-Abſchiede aufgehoben hat, darum ſie alle Drey ſolchergeſtalt pro legibus uſitatis ſo gar bey dem Supremo Judicio Camerali gehalten worden ſind, daß ſie auch pie def. Aſſ. Lud. ſeinen Medit. Acroamat. de Stat. Cam. ſub Lit. E. Num 1. 2. & 3. mit noch andern hierzu dienenden Schrifften mehr a pag. 360. usque 379. hat beydrucken laſſen. Und gewißlich erhärten dieſe drey biß dato ungeänderte Creyß-Abſchiede den Modum nominandi bey dem Schwäbiſchen Creyß ſo deutlich und ausführlich, daß niemand glauben ſollte, wie es möglich ſeyn könnte, daß ſich eines Evangel. Creyß-ausſchreibenden Fürſtens Geſandten und Räthe einfallen laſſen könnten, die Schuldigkeit, unter welcher ihr hoher Herr Principal ſtehet, ſich dieſen Creyß-Receſſen zu fügen, nicht zu erkennen, und ihme wider die Vor-Schrifft des Creyß-Abſchiedes de Anno 1571. etwas zueignen zu wollen, welches nicht einmal einen äuſſerlichen Schein eines Rechts hat, ſondern auf eine ſich ſelbſt heraus-genommene, und in dem Creyß-Abſchied de Anno 1571. expreſſe niedergelegte Præeminenz oder Superioritæt über die reſpective Creyß-Stände gebauet werden will; dahingegen

gegen aber die Denunciation von denen Creyß-Ausſchreib-Aemtern an die vorſitzende Stånde und die Nomination derer Subjectorum von wegen jeder Bancks-Verwandten ſo klar und hell diſponiret iſt, daß ſolche in Zweiffel zu ziehen menſchliche Möglichkeit nicht geſtatten kan, da zumalen Pax Weſtphal. und der darinnen vorgeſchriebene Modus præſentandi Aſſeſſores diverſæ Religionis per Circulos die Gelegenheit eröffnet hat, dieſen Creyß-Abſchieden um ſo viel pünctlicher nachleben zu können. Es ſind dieſe drey Receſſus Circulares, welche der Herr Berichts-Verfertiger ſub Lit. D. H. & I. ſeinem Bericht beygeleget gehabt hat, um ſo genauer einzuſehen, als dieſe der andere Haupt-Grund ſind, worauf des Hochfürſtl. Baadiſchen Hauſes und der verſchiedenen Bancks-Verwandten habendes Recht beruhet, und, in ſo lange kein anderer Creyß-Abſchied conſenſu derer dabey intereſſirten Bancks-Verwandten erfolget, unumſtößlich bleiben wird.

3.) In der unverrückt gebliebenen Obſervanz dieſer dreyen Creyß-Schlüſſe denn da ergeben die Beylagen ſub Numeris 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. & 12. daß nicht nur vor, ſondern auch nach dem Weſtphäliſchen Frieden der Modus denuntiandi ſowohl, als der Modus nominandi, wie dieſe die mehr-gedachte Creyß-Abſchiede diſponiret gehabt, beybehalten worden ſind. Inſonderheit haben nach dem Weſtphäliſchen Frieden des Hn. Herzogs zu Würtemberg Hochfürſtl. Durchl. obgleich bey dem ſogenannten Acten-mäßigen Bericht durch die Beylagen ſub Lit K. L. & M. hat ungleich vorgegeben werden wollen, ob wäre damals die Nominatio Aſſeſſorum in Conferentia Evangelicorum beſorget worden, nach denen vergeblichen Anmaſſungen ſeiner Herren Geſandten ſich den alten Modum wieder Creyß-Receſs-mäßig gefallen, und die verſchiedene Bancks-Verwandten in ihrem Nominations-Recht fortfahren laſſen, daß

4.) Ob-

4.) Obgleich nach Lit. M. in denen Würtembergiſchen Beylagen dafür gehalten werden wollen, wenn Grafen und Stände einmüthig auf D. Heiders Perſon ſtimmeten, das Hochfürſtl. Hauß Baaden-Durlach von Bernharden von Göler abſtrahiren, und D. Heidern gleichfalls amplectiren müſſe, Baaden-Durlach gleichwohl den von Göler zur erſten und D. Heidern zur andern Stelle in ſeinem und der übrigen Evangel. Stände Namen an den Creyß-ausſchreibenden Fürſten den 19. Febr. ernennet, und dieſe Beyde mit deme von ihme beliebten D. Bayer den 11. May an das Cammer-Gericht zu Speyer præſentiret habe, wie Num. 21. das Baaden-Durlachiſche Intimations-Schreiben wegen Nomination Bernhards von Göler und D. Heiders, ingleichem Num. 22. das Würtembergiſche darauf erfolgte Præſentations-Schreiben ad Cameram des mehrern darthun.

5.) Daß D. Hofmann nach eigenem Würtembergiſchen Geſtändniß ſub Lit. T. von Baaden-Durlach allein nominiret, und gleichwohl von Würtemberg præſentiret worden iſt.

Und wenn gleich die Vor-Rechts ſuchende Würtembergiſche Herren Räthe faſt bey jeglicher Vacatur einen neuen Stein in den Weg zu legen begierig geweſen ſind, und vermeynet haben, die Bancks-Verwandten von ihrem Modo nominandi unvermerckt abzuziehen, iſt es ihnen doch niemalen gelungen: nur hat es immer Streit geben, und mit allem Fleiß das alte Recht behauptet werden müſſen, wie es alſo mit der Poſt-Præſentation Weitprechts von Gemmingen geſchehen, die Würtembergiſcher Seiten geweigert, von Baaden-Durlach aber, nach Inhalt Receſs. Nov. §. 26. förmlich bewerckſtelliget, auch bey dem Supremo Judicio Camerali nicht als unzuläßig angeſehen worden iſt. Alldieweilen auch aus der Nomination des von Plœnies de Anno 1718.

no 1718. ein beſonderer Actus hat hergeleitet werden wollen, als zeiget Num. 13. daß nicht nur die Denunciation damals geſchehen, ſondern auch in dieſer des Rechts, ein und anders Subjectum namhafft zu machen, gedacht, ferners aber per Num. 14. der von Plœnies in einem andern Schreiben angelegenheitlichſt, auch ſofort weiters auf verſchiedene Art und Weiſe dem damaligen Herrn Marggrafen zu Baaden-Durlach ſo offt recommendiret worden iſt, daß er endlich gantz ermüdet mit ſeinen Bancks-Verwandten ihme ſeine Nomination, jedoch ſolchergeſtalt gegeben hat, wie es das beyliegende Nominations-Schreiben ſub Num. 15. des mehrern mit allen darinnen gebrauchten Cautelen und Vorbehalt ausweiſet, darum es bey nahe einer Verwegenheit ähnlich ſiehet, daß der Herr Berichts-Verfaſſer hieraus einen Actum poſſeſſorium, daß die Nominatio in Conferentia Evangelicorum geſchehen, zu figuriren ſich nicht hat entblöden mögen, da es doch vielmehr und gantz evident ein Actus poſſeſſorius conſervati Juris Badenſis und derer Evangeliſchen verſchiedenen Bancks-Verwandten iſt. Nach des von Plœnies erfolgten Reſignation iſt Anno 1730. die Denunciatio abermal Creyß-Schluß-mäßig nach der Anlage ſub Num. 16. und hierauf die Communication nicht nur mit denen Bancks-Verwandten und dem Directorio der Städte-Banck der Stadt Ulm, ſondern auch ſofort weiters die Nomination an des Creys-ausſchreibenden Fürſten Hochfürſtl. Durchl. wie es das Adjunctum ſub Num. 17. zu erkennen giebt, nach eben dem Modo, wie es der Creyß-Abſchied de Anno 1556. geordnet hat, und biß jetzo im Exercitio geblieben iſt, geſchehen. So hat auch hernachmals bey der erfolgten Annahme des Freyherrn von Glaubitz der Chur-Pfältziſchen Præſentation in Anno 1742. das Evangeliſche Creyß-Ausſchreib-Amt ſich dieſem Creyß-Schluß, wie recht, gefüget, und nach

dem

dem weitern Beyſchluß ſub Num. 18. das Denunciations-Schreiben, wie mehr-gedachter Lex de Anno 1556. es erfordert, an gehörige Orte abgehen laſſen. Daß aber hernachmals dero Geſandte eine ſolche Unordnung, wie der Herr Concipiens mit ſeinen Adjunctis ſub Lit. Bb. & Cc. ſelbſt zu documentiren keinen Scheu getragen, bey damaliger Creyß-Verſammlung Anno 1740. gemachet, und damit des Hochfürſtl. Baadiſchen Hauſes und der Fürſten-Banck gehabtes und in beſtändiger Obſervanz erhaltenes Recht gantz unbefugt und mit zimlicher Frechheit zu unterbrechen geſucht hat, iſt eine nimmermehr zu rechtfertigende Sache, allermaſſen hierwider nicht nur mündliche, ſondern nach der weitern Anlage ſub Num. 19. auch ſchrifftliche Proteſtation durch den Baaden-Durlachiſchen Creyß Geſandten, Freyherrn von Uxküll, und hernach von Hochfürſtl. Vormundſchafft an das Creyß-Ausſchreib-Amt ſelbſt geſchehen, auch ferners in mehrern Schrifft-Wechſel wiederholet worden iſt, und Baaden-Durlach ſein wohl-hergebrachtes Recht nicht weniger damit exerciret hat, daß es nach dem Beyſchluß ſub Num. 20. die Præſentation ſeines von Fürſten-Bancks-wegen Nominati, des Barons von Riedeſel, zu erlangen reiterato Anmahnung gethan, bey verſagter Willfahr aber ſich ad Supremum Cameræ Judicium ſelbſt gewendet, und nach dem §. 26. Rec. Nov. ihn pro rite nominato & præſentato zu erkennen, zugleich aber Baaden-Durlach und ſeine Fürſten-Bancks-Verwandte bey ihrem hergebrachten alten Recht und deſſen bißher unverrückt beybehaltener Poſſeſſione, Obſervantia und Exercitio kräfftigſt handzuhaben und zu ſchützen nicht nur imploriret, ſondern auch ſich zugleich gegen alles Widrige competentia reſerviret, und ſich dagegen feyerlichſt verwahret hat. Obwohlen nun dieſes unpartheyliches Recht

zu ertheilen verpflichtete hohe Gerichte hierbey allbereit gerechte Handlung und zwar ſolchergeſtalt gepflogen hat, daß es unmöglich innocentere Wege erwählen können, als in denen es am 4. und 7. Nov. a. p. auch 27. Martii h. a. ſich gehalten hat, vermöge deren das Baadiſche Hauß und die Fürſten-Banck in der wohl-hergebrachten Poſſeſſion erhalten, und das Damnum irreparabile abgewendet, hierdurch aber kein Contradictor nur in dem geringſten beſchweret worden iſt; ſo hat man dennoch nöthig gefunden, die hinc inde ſowohl Baaden-Durlachiſch- als Würtembergiſcher Seiten in Vorſchein gekommene Gründe dem Publico mitzutheilen, damit jeglicher Liebhaber der Gerechtigkeit den Grund der Sachen einſehen und erkennen möge, wie Hochfürſtl. Würtembergiſcher Seiten dero Räthen und Geſandten mehrmals nachgeſehen, und noch bey dieſer letzten Vorfallenheit Anno 1740. geſtattet worden ſey, ſich mit zimlichen Unfug an das Hochfürſtl. Baadiſche Hauß zu nöthigen, und es ſowohl als ſeine Bancks-Verwandten ohne einigen Grund Rechtens zu beeinträchtigen, bey dem hohen Reichs-Gericht zu Wetzlar aber recht unnöthige viele Mühe und Arbeit zu veranlaſſen, da man doch vielmehr bedacht bleiben ſollte, von Creyß-Ausſchreib-Amts-wegen dieſen ſonſt mit vieler Arbeit beladenen Richtern Erleichterung und Beybringung der richtigen Cammer-Ziehlers-Zahlung zu verſchaffen, wie dergleichen Baaden-Durlach an ſich nicht ermangeln läſt.

Beylagen
Zur Würtembergiſchen *Deduction.*
Lit. A.
Extract Creyß-Tags-Abſchieds, Actum Eßlingen den 18. April 1531.

Zum Andern iſt von wegen des Schwäbiſchen Bezircks

zircks zu einem beharrlichen Bezircks-Beyſaſſen an das Kayſerliche Cammer-Gericht erwählt und benannt der hochgelehrte Juſtinianus Moſer von Coſtantz, der Rechten Doctor, der auch alsbald um Annehmung ſolches Stands erſucht, und ihme in gewöhnlicher Form eine Præſentation an den Cammer-Richter zugeſtellt werden ſoll, damit er ſich zum förderlichſten an die Seſſion benannts Cammer-Gerichts verfüge.

Lit. B.

Appendix zum Creyß-Tags-Receſs 1541.

Es haben auch die Geſandten der Erbarn der Frey- und Reichs-Städt dieſes Schwäbiſchen Bezircks beyverwahrte Supplication den Geſandten, Räthen und Bottſchafften der Fürſten, Prælaten, Grafen und Herren überantwort, mit unterthäniger, dienſtlicher und freundlicher Bitt, wie darinn gebetten, welche berührte Räthe an ihre Herren unvergreiflich gelangen zu laſſen angenommen.

Der Frey- und Reichs-Städte Supplication.

Günſtig- und gebietende Herren!

Dieweil von wegen des Hochlöbl. Schwäbiſchen Creyſes ein Beyſitzer am hochlöbl. Kayſerlichen Cammer-Gericht mangelt, und ſich vermöge der Rychs-Ordnung, auch der Reichs-Kreyß-Herkommen gebührt, daß ſolche Præſentatio durch die Hochwürdigen, Durlauchtigen, Ehrwürdigen, Wohlgebohrnen, Edlen, Ehrenveſten, Fürſichtigen, Ehrſamen und Weyſen, Fürſten, Prælaten, Grafen und andere Reichs-Ständ und Städt dieſes Kreyß, durch aller Ständ Stimme und das mehrere beſchehen ſoll; ſo bitten wir von wegen unſerer Herrn und Obern fleißig und dienſtlich, obangeregt vacirende Beyſitzer Statt und Ort, Inhalt obgemeldter Rychs-Ord-

nung und der Rychs-Krayß-Gebrauch nach, und ſonderlich uf jüngſt gehaltenem Krayß-Tag diß Gezircks Anno 1531. deshalben gehalten, verordnet und præſentirt, oder aber die Sachen ſolcher Præſentation halber biß zum künfftigen Rychs-Tag, und hochgedachtes Kayſerl. Cammer-Gerichts Viſitation und Reformation angeſtellt, und doch nichs deſtoweniger auf ſolchem Rychs-Tag, oder ſonſt nach Gelegenheit mit derſelbigen Præſentation, als obangeregt, gehandelt und angenommen werde.

Sollte aber wider und über ſolches mit der Præſentation obgemeldten ledigen Beyſitzers-Ständ diß Krayß fürgefahren werden, des wir uns doch aus obgemeldten Urſachen, auch nach Art und Eigenſchafft dieſer Handlung, nit verſehen, ſo bezeugen wir von unſerer Herrn und Obern wegen, daß wir in ſolche nit bewilligen könten, und derhalben ihr Beſchwehrung und Nothdurfft vor der Röm. Kayſerl. Majeſtät, unſerm allergnädigſten und rechten Herrn, (in dero Majeſtät Fürſehung, Schutz und Schirm wir unſere Herrn und Obern hiemit deshalben unterthänigſt unterwerffen und befelchen,) oder andern gebührenden Orten darzuthun vorbehalten haben wollen, und bitten, dieſe Schrifft zum End dieſes Krayß-Tags-Abſchied einzulyben, uns daruf hochgedachten Fürſten und Ständen unterthäniglich, dienſtlich und freundlich empfehlend,

Die Geſandten und Räth der Städt.

Lit. C.

Extract Creyß-Tags-Protocolli im Febr. 1556.

Montfortiſch und Prælatiſchen zeigen an, welchergeſtalt ſie in Befelch bekommen fürzubringen, daß allweeg bräuchlich geweſen, wann ein Aſſeſſor dieſes Schwäbiſchen Krayß am Kayſerl. Cammer-Gericht mit Tod abgangen, oder ſonſt von dieſem Dienſt abgegangen, alſo, daß vonnöthen gewe-

geweſen, einen andern zu nominiren und zu præſentiren, ſo ſeye ſolches geſchehen von gemeinen dieſes Creyſes Ständen, aber etlich wenig Jahr inhero nicht alſo gehalten, ſondern allein einmahl oder zwey durch die ausſchreibende Creyß-Fürſten dieſelbige nominirt und præſentirt worden. Dieweil aber ſolches dem alten Gebrauch zuwider, wie bey dem Cammer-Gericht zu finden, und es hievor durch gemeine Creyß-Stände geſchehen, haben ſie ſolches darum vermelden ſollen, damit nicht gedacht werden mögen, ihnen dadurch etwas benommen ſeyn, wie ſie ſich auch nichtes begeben dadurch wollen haben.

Lit. D.

Extractus Schwäbiſchen Creyß-Receſſus, Ulm Menſe April. 1556.

Nemlich, da die ausſchreibende Creyß-Fürſten von dem Kayſerl. Cammer-Gericht, vermög der Ordnung, geſächt werden, daß ſie von wegen des geiſtl. Bancks ſolches an den Cardinal und Biſchoffen zu Augſpurg, des weltlichen Bancks an Marggrafen Carln zu Baaden, der Prælaten, Grafen und Herren an Weingarten und Fürſtenberg, und der Ehrbaren Städte wegen es an Ulm gelangen laſſen ſollen, welche alsdann von ihrer **Mit-Verwandten Bäncke wegen jeder Banck** eine taugliche Perſon dem ausſchreibenden Creyß-Fürſten, ob ſie wollen benennen, oder aber ſolches Ihrer Fürſtlichen Gnaden lediglichen anheim ſtellen mögen, welche beſtimmte Perſonen neben demjenigen, ſo die ausſchreibende Creyß-Fürſten ſelbſt zu benennen oder zu fürdern begehren, dem Cammer-Gericht præſentiren, und von ihnen, vermög des Reichs-Abſchieds, eine daraus angenommen ſoll werden.

Lit. E.

Extract Creyß-Tags-Abſchied dd. Ulm den 4. Septemb. 1557.

Zum Vierten, dieweil durch jüngſte Reformation des Cammer-Gerichts unter andern verſehen und verabſchiedet, daß ſechszehen extraordinari Aſſeſſores verordnet werden ſollen, deren vier von der Röm. Kayſerl. Majeſtät, ſechs von den Churfürſten, und die übrigen ſechs von den ſechs Creyſen præſentiret werden ſollen, alſo, daß dieſelbigen auf den erſten April des nächſt-künftigen 58. Jahrs anſteen ſollen, und ſich dennoch gebühren wollen, daß auch einer von dieſes Löbl. Schwäbiſchen Creyß wegen præſentiret werde; alſo haben ſich die anweſenden Creyß-Stände und der abweſenden Geſandten Räth und Bottſchafften einhelligen verglichen, daß der hochgelehrte Johann Rudolph Ehinger, der Rechten Doctor, als der zu dem extraordinari Beſitzer-Amt für taugenlich gehalten würdet, im Nahmen dieſes Creyſes zu einem extraordinari Beyſitzer, vermög angeregtes Abſchieds, præſentirt werden ſollte und möchte. Und dieweilen er aber deren von Lindau beſtellter Diener, und ſich alſo auch ſonſt anderer Gelegenheit halben gleich alsbald ſchließlich nicht einlaſſen mögen; ſo iſt ein erbarer Rath der Stadt Lindau ſchrifftlich erſucht worden, ihme günſtlich, gemeinem Kranß, auch ihnen ſelbſt zu gutem alſo zu erlauben, und hierauf ferner Verabſchiedes, im Fall ihme, wie obvermeldet, erlaubt, und er ſolch extraordinari Beyſitzer-Amt anzunehmen bewilligen würde: wie man ſich dann des unzweiffentlich verſehe, daß er auf ſein Zuſchreiben und Erklärung durch beyde ausſchreibende Creyß Fürſten, oder im Fall daß ihme nicht vergönnet, noch er ſolch Beyſitzer-Amt anzunehmen bewilligen ſollte,

ein

ein andern Qualificirten und Taugenlichen nach Wohlgefallen beyder Ihrer Fürſtl. Gnaden, als ausſchreibenden Creyß-Fürſten, præſentirt werden ſolle. Wie dann ein ſolches hiemit in Krafft diß Abſchieds beyden Ihren Fürſtlichen Gnaden ſamt und ſonderlich durch gemeinen Creyß und deſſelben Stände heimgeſtellt seyn ſollte.

Lit. F.

Extract Præſentations-Schreiben von dem Hochfürſtl. Creyß-Ausſchreib-Amt de Anno 1558. vor D. Johann Rudolph Ehingern.

Wir geben euch freundlich Meynung zu erkennen, daß wir, vermög des jüngſten zu Regenſpurg verglichenen und publicirten Reichs-Abſchied, mit Vorwiſſen und gemeinem Beſchluß alle des Schwäbiſchen Creyß-Ständ, von wegen gemeldts Creyß zu einem extraordinari Aſſeſſore an das Kayſerl. Cammer-Gericht zu Speyer den Hochgelehrten, unſerm lieben beſondern Johann Rupolph Ehingern von Ulm, der Rechten Doctorn, beſtimmt und verordnet haben; darinn dann von gemeldts Creyß-wegen kayn Säumnüß ſolcher Verordnung halber erſcheine, ſo præſentiren wir euch hiemit im Nahmen gemeldts Creyß gedachten D. Johann Rudolph Ehingern ꝛc. ꝛc.

Lit. G.

Extractus Creyß-Tags-Protocolli dd. Ulm, den 17. Jan. 1572. die damalen ſtrittige Cammer-Gerichts-Aſſeſſorats-Præſentation betreffend.

Baaden Marggraf Carls.

Würtemberg habe legitime præſentirt, ſey deſſen in Poſſeſs, und würde nicht davon zu bringen ſeyn.

Baaden Marggraf Philipps.

Befindet ſich, Würtemberg auf die Creyß-Abſchied ſich referiret, und man beſehe dieſelbigen Abſchied, verleſe die, kunte man deſto ſtäter was vergleichen.

Continuatio Creyß-Tags-Protocolli dd. Ulm den 18. Ianuarii 1572.

Cardinal. Augſpurg.

Habe die Schrifften angehöret, alle verleſen, und verſtehet es denen Fürſten nicht allein, noch auch denen ausſchreibenden Fürſten gebühre, erzehlt verba formalia, und vermeldet, die lauter ſeyn, und referirt ſich auf die Würtembergiſche Schreiben, und ſchleußt, daß die ſammentliche Præſentation der Privat fürgezogen werden ſolle, und ſoll nicht dafür gehalten werden, die Grafen und Herren ſich durch ihr Schreiben ein Parthey zu machen, ſeines gnädigen Herrns Schreiben und Præſentation revocire und annulire ſie, daß er nicht præſentiret, ſondern ſoll bey dem Abſchied verbleiben.

Marggraf Philipps.

Erzehlet die verba formalia, und daß die Abſchied zugeben, auch den Ausſchreibenden zu promoviren, und verſtehet, daß ſolche als ausſchreibenden Creyß-Fürſten allein zu nominiren, aber den Spann betreffend, wäre Würtemberg zu ſchreiben, es Ihro Fürſtl. Gnaden nicht gebühret, allein zu præſentiren, ſondern nominiren, und ſammentlich hernacher præſentiren laſſen.

Baaden Marggraf Carls iſt erfordert worden.

Dieweil Würtemberg zuvor von Vor-Eltern gehabt hat zu præſentiren, placet D. Meichners Præſentation.

Stadt Augſpurg.

Man will auch verſtehen, daß Würtembergiſche Præſenta-

tation nicht vor der andern fürgezogen werden der ſammtlichen, ſey gleichwohl der Meynung, wann Würtemberg wollte ſeine Præſentation der andern fürziehen, wäre er nicht der Meynung, ſolches geſchehen ſollte; Dieweil aber Würtemberg begehret, æqualem Præſentationem allein zu haben, befinden ſie denen Creyß-Ständen nichts dadurch præjudiciret. Daß aber das Jus nominandi denen benennten Ständen allein ſollte gegeben ſeyn, wäre auch der Verſtand nicht, dann es würde Augſpurg ſolches Ulm nicht zugeben, ſondern es ſolle die Nomination mit Wiſſen und Willen der Mit-Bancks-Verwandten geſchehen.

Lit. H.

Extractus Schwäbiſchen Creyß-Receſſus, Ulmæ Menſ. Jan. 1572.

Ferner iſt denen Ständen und Bottſchafften referiret worden, was ſich Fürſtl. Würtembergiſche ſonderer Præſentation halber, welche hochgedachter Hertzog D. Johann Meißnern, Samuel Brothagen und noch anderer zweyen der Rechten Doctoren, neben beyder ausſchreibenden Creyß-Fürſten ihren auf gemeiner Ständen Nomination und im Nahmen des gantzen Creyſes verſchienener Zeit, zu Vollziehung des jüngſten Speyeriſchen Reichs-Abſchieds, an das Kayſerl. Cammer-Gericht gethan, bey Cammer-Richter und Beyſitzern für Zweiffel und Irrung dergeſtalt, daß Prälaten, Grafen und Herren dieſes Creyſes vermeynet, hochermeldte Ihre Fürſtl. Gnaden hätten gleichwohl in Krafft deren in Annis 1556. 57. und 63. Jahrs allhier aufgerichteten Creyß-Abſchieden neben Fürſten und Ständen dieſes Creyſes ſelbſt auch Fug und Macht, diejenige Perſonen, die Ihre Fürſtl. Gnaden zu befördern begehren, dem Kayſerl. Cammer-Gericht zu benennen und

zu præſentiren, doch ſollte ſolche Nomination und Præſentation durch beyde ausſchreibende Creyß-Fürſten dem Kayſerl. Cammer-Gericht in einem gemeinen Schreiben, das Ihre Fürſtl. Gnaden miteinander gefertiget, notificiret worden ſeyn.

Dargegen hochgedachter Hertzog zu Würtemberg durch Ihrer Fürſtlichen Gnaden Räthe und Geſandten vermelden und anzeigen laſſen, daß ſie ſolches Jus vorhin in einem ſondern eigenen Schreiben zu præſentiren, vor und nach Aufrichtung berührter Creyß-Abſchiede Macht gehabt, exerciret, und wären in quaſi poſſeſſione derſelben Gerechtigkeit, mit Begehren, Ihre Fürſtl. Gnaden dabey bleiben zu laſſen, oder diejenige Stände, welche ſich hierinnen Ihrer Fürſtl. Gnaden opponiret, oder noch zu opponiren gedächten, als die durch ſolche Contradiction zu einer Parthey werden ſollten, von der Berathſchlagung abtreten, ſo gedächten ſie die Geſandten ihres gnädigen Fürſten und Herrn alsdann vor den unpartheyiſchen Ständen ihre Jura dermaſſen zu deduciren, daß ſie verhoften, man würde durch unpartheyiſche Erkänntniß derſelben nichts können abſprechen. Nachdem aber Grafen und Herren die angeregte Præſentation durch ein ſonderes an das Kayſerl. Cammer-Gericht ausgegangenen Schreiben widerſprochen, fürgewandt, ſie hätten ſolches pro Intereſſe des gemeinen Creyſes und aller Stände gethan, und vermeynet, ſie wären in Krafft der Creyß-Abſchieden dieſer Præſentation, als eine Neuerung, ſo zu Schmählerung der Stände Freyheiten und Gerechtigkeiten gereichen möchte, ſchuldig geweſen, ſolches zu thun, darüber die Würtembergiſche Geſandten ausgetreten und begehret, es ſollten auſſer den Contradicirten die übrige erkennen, ob ſie nicht billig als eine Parthey auch auszuweichen ſchuldig wären. Als aber Stände und Bottſchafften vermercket, daß dieſer Handel zu Trennung

der

der Stände und Zerrüttung dieſes Creyſes leichtlich gelangen mögen, haben ſie für rathſam angeſehen, auf Wege gütlicher Vergleichung zu gedencken; Alſo iſt auf etliche vorgeſchlagene Mittel letzlich der Spann mit aller Stände Vorwiſſen, Conſens und Willen nachfolgender Geſtalt in der Güte verglichen und hingeleget worden: Nemlich und zum erſten ſollen die vor aufgerichte Creyß-Abſchiede, was gemeiner Stände Jura und Freyheiten dieſes Orts betrift, bey Würden, Kräften und ihrem Innhalt ohngeſchwächt bleiben, auch denſelben gemäß die ausſchreibende Creyß-Fürſten ſchuldig ſeyn, ſo oft es noth thun würde, daß dieſer Creyß an das Kayſerl. Cammer-Gericht præſentiren ſollen, daſſelbige in Monath-Friſt, nachdem es an Ihre Fürſtliche Gnaden gelanget worden iſt, an die in obbegriffenen Abſchieden zu der Nomination beſtimmte Stände ſchriftlich zu bringen. So bald dann von denen Ständen, welches innerhalb drey Monathen beſchehen ſoll, Antwort, Erklärung und Beſcheid kommt, ſollen beyde ausſchreibende Creyß-Fürſten die von denen Ständen Nominirte in einem ſammenthaft Schreiben, wie bis anhero gebräuchig geweſen, dem Kayſerl. Cammer-Gericht im Nahmen des gantzen löblichen Crayſes nahmhaft machen und præſentiren, daneben aber ſollen beyde Ihre Fürſtl. Gnaden die Macht haben, daß jeder ausſchreibender Creyß-Fürſt über die von denen Ständen Nominirte zur Præſentation noch eine Perſon, die Ihrer Fürſtl. Gnaden darzu gefällig iſt, hoch-ermeldtem Kayſerl. Cammer-Gericht ſelbſt auch nominiren und præſentiren, und dazu daſſelbe in einem ſondern Schreiben für ſich ſelbſt ſeorſim und ad Partem thun mögen. Es ſollen auch dieſelbe durch ſie, die ausſchreibende Creyß-Fürſten, alſo ſeorſim und diviſim beſchehene Præſentationen nicht weniger Krafft, Anſehens und Würcklichkeit haben, als die von gemeinem Creyß-

we-

wegen durch beyder ausſchreibender Creyß-Fürſten im Nahmen aller Fürſten und Stände ſammenthaft Schreiben verrichtet werden. Doch iſt lauter verſehen, bewilliget, und in Krafft dieſes Abſchieds diſponiret worden, daß zu jedem Fall jeder ausſchreibender Creyß-Fürſt nur eine Perſon und nicht mehr ernennen und præſentiren mögen. Sie ſollen auch neben und mit des Creyſes gemeiner Præſentation ihre ſondere Præſentationes auf eine Zeit mit, und deren keine nach oder ohne einander überſchicken. Daneben haben ſie Fürſtl. Würtembergiſche Räthe im Nahmen ihres gnädigſten Fürſten und Herrn von Fried-Lebens wegen, zu Verhütung gröſſerer der Stände Zerrüttung und Weiterung, und ſonſt keiner andern Urſachen, auch niemands Ehren, Stand, Perſon, Qualität, Gerechtigkeit, und fürnemlich des Heil. Reichs Diſpoſitionen in alle Wege ohnvorgriffen bewilliget, auſſer D. Samuel Brothagens Præſentation, welche neben D. Ramens und D. Förers Præſentation pro legitima approbiret worden iſt, die übrige gütlich fallen zu laſſen. Und iſt inſonderheit abgeredet worden, damit Cammer-Richter und Beyſitzer nicht allein wiſſen, was ſie ſich zu dieſem mal, ſondern des Löbl. Creyſes künftiger Præſentation halben jederzeit zu verhalten haben, daß ihnen dieſer Vergleichung und Abſchieds eine gleich-lautende Copey überſchicket, immaſſen die Miſſiv an ſie deswegen Lit. D. ausgangen vermag, und ſie erſuchet worden, ſich dieſem Abſchied gemäß jetzt und allemal zu erzeigen. Was auch beyden ausſchreibenden Creyß-Fürſten dieſes Orts und in Krafft dieſer verabſchiedeten Vergleichung gebühren thut, das ſoll Ihren Fürſtl. Gnaden über die Stände dieſes Creyſes keine Superiorität einräumen und geben, und hochgedachter Hertzog zu Würtemberg dieſe Gerechtigkeit der Præſentation keinesweges als ein Obriſter dieſes Creyſes, ſondern allein als ein ausſchreibender Fürſt haben, in alleweg.

Lit. I.

Lit. I.

Extractus Schwäbiſchen Creyſes-Receſſus, dd. Ulm den 18. Jan. 1577.

Als aber daneben auch bey dem Vers, anfahend: Ferner da ein Beyſitzer ꝛc. bis auf den Vers: Sollte dann auch nachmals ꝛc. Verordnung geſchiehet, wie es hinführo, da einer oder mehr Aſſeſſores am ermeldtem Kayſerl. Cammer-Gericht mit Tod abginge, oder ſeinen Aſſeſſorat-Stand aufkündigen und davon abtreten würde, mit Præſentirung anderer gehalten, und daß an eines Abgehenden Statt und Stelle allein zwey oder drey gelehrte und qualificirte Perſonen von den ausſchreibenden Creyß-Fürſten præſentiret werden ſollen.

Ob nun gleichwohl die Stände und Bottſchafften, weſſen ſie ſich angeregter Nomination und Præſentation hiezuvor auf etlichen, ſonderlich aber denen in Anno 1556. und 1572. gehaltenen Creyß-Tägen verglichen und verabſchiedet, allhier wiederum erinnert, dabeneben aber auch erwogen, die Nothdurft anjetzo erfodere, daß man ſich mehr obbemeldter Reichs-Tags-Abſchiede und der Cammer-Gerichts-Ordnung nach regulire; Derowegen auch eines andern und nemlich dahin verglichen, daß auf dergleichen ſich zutragenden Fall, wann von Cammer-Richter und Beyſitzern eines dieſes Creyſes abgehenden Aſſeſſoris den ausſchreibenben Creyß-Fürſten, vermög der Cammer-Gerichts-Ordnung, ſchriftliche Anzeig beſchiehet, ſolches den nächſten an die zugeordnete Stände, wie zuvor, gelanget werden, die ſich dreyer gelehrten, erfahrnen, qualificirten und dieſem Creyß wohl anſtehenden, (wofern auch möglich, in dieſem Creyß gebohrnen und begüterten von Adel oder Doctoren,) nachfolgender Geſtalt vergleichen ſollen: Nemlich daß die Stände der alten Religion einen, und die an-

andere der Augſpurgiſchen Confeſſion zugethane und verwandte Stände auch einen den ausſchreibenden Creyß-Fürſten nominiren ſollen, aber die Nomination des dritten beyden ausſchreibenden Creyß-Fürſten dermaſſen frey ledig heimgeſtellet ſeyn, daß dieſelbe alternative beſchehe, alſo, wann die zwey nominiret, Coſtantz den dritten, und hernacher auf ſich wieder zutragenden Fall Würtemberg den dritten nominiren, welche drey vermög der Ordnung alsdann Cammer-Richter und Beyſitzern durch beyde ausſchreibende Creyß-Fürſten im Nahmen gemeinen Creyſes præſentiret, und auſſer demſelben, auf beſtanden Examen, einer an des Abgehenden Statt angenommen werden ſolle.

Lit. K.

Extract Relationis der in Ulm anweſend geweſenen Creyß-Geſandtſchafft, dd. Stuttgard den 20. Sept. 1652.

Was ſonſten Euer Fürſtl. Gnaden uns in inſtructione mit der Evangeliſchen Ständen Abgeordneten allein zu communiciren gnädigſt anbefohlen, iſt beyweſend der Abgeordneten von Baaden-Durlach, Oettingen zu Oettingen, Eßlingen, Reutlingen, Nördlingen, Schwäbiſch-Hall, Heilbronn, Memmingen, Lindau und Ulm in unſerm Loſement beym weiſen Ochſen der Gebühr vorgetragen, und nach Nothdurft remonſtriret worden, und haben hierauf ermeldte Abgeordnete, nächſt unterthänigſter Danckſagung ſolcher Euer Fürſtl. Gnaden vor das gemeine Evangeliſche Weſen bezeigte gnädige Sorgfalt, ihnen anfänglichen die im Nahmen Euer Fürſtl. Gnaden vorgeſchlagene Subjecta, als D. Gülchen zu Speyer, D. Sattlern zu Nördlingen, D. Fabern allhier, und D. Rümelin zu Tübingen zu denen ex

parte

parte dieſes Creyſes vacirenden Aſſeſſorats-Stellen, wiewohlen ſie ſich, daß ſie hierauf nicht inſtruiret, ſammtlich entſchuldiget, nicht entgegen ſeyn laſſen, dabey zugleich etliche, D. Valentin Heidern zu Lindau, D. Friſchen zu Heilbronn, D. Klöpffern, Syndicum zu Schwäbiſch-Hall, vorgeſchlagen. Dieweilen aber von denen, ſo damahls zugegen, keiner die Nomination annehmen wollten, man auch in votis noch different geweſen, haben wir es ad referendum genommen.

Lit. L.

Protocoll in Conferentia Evangelicorum, Actum Ulm mane Montag den 18. Sept. Anno 1654. in dem Loſement des Fürſtlich-Würtembergiſchen Directorii.

Præſentes Evangel. Baaden-Durlach. Oettingen zu Oettingen. Eßlingen. Eberſtein. Heilbronn. Lindau. Ulm.

Directorium.

Vota.

Durlach. **Könne zwey *Subjecta* vorſchlagen, wann ihme nur vorhero die gewöhnliche *Denunciations*-Schreiben *in forma conſueta* zukommen werden.**

Oettingen. Seye nicht inſtruiret, weil nichts davon ins Ausſchreiben kommen, nehme es ad referendum, Herr Heider ſeye ihme nicht entgegen.

Eßlingen. Seyen auch nicht inſtruiret, der vorgeſchlagene D. Heider ſeye ihren Oberen nicht entgegen.

Heilbronn. Es wäre gut, daß Ihre Fürſtl. Gnaden zu Durlach wegen dieſes extraordinarii remedii, mit Reſervat Ihres Rechtens, des Juris nominandi, für dismalen nachgeben, damit die HHrn. Camerales ad receptionem adſtringiret, und dieſes

Bene-

Beneficium Evangeliſchen Theils das erſtemal exerciret würde.

Lindau. D. Heider werde ſich nicht gern neben einem andern laſſen præſentiren, conformiret ſich mit dem Heilbronniſchen Voto, wie auch wegen Kempten und Kaufbeuren.

Ulm. Wie Heilbronn.

Directorium. Der Modus, deſſen in dem Reichs-Abſchied gedacht, werde der beſte und practicirlichſte ſeyn; Es halte, der Herr Durlachiſche ſolle ſeinem gnädigen Fürſten und Herrn dieſen Vorſchlag, wie Heilbronn gethan, referiren.

Lit. M.

Extractus Hochfürſtl. Würtembergiſcher Creyß-Geſandtſchaffts Haupt-Relation von dem Creyß-Tag zu Ulm, dd. $\frac{3}{13}$ Sept. 1654.

Und erſtlich zwar haben wir ihnen die gnädigſt anbefohlene Nothdurft wegen Præſentirung der Aſſeſſorum an das Kayſerl. Cammer-Gericht, mit Remonſtrirung der Difficultäten, ſo an Seiten Baaden-Durlach gemacht werden, vorgehalten, worüber zwar der Baaden-Durlachiſche Abgeſandter die von ſeinem gnädigen Fürſten und Herrn an Euer Fürſtl. Gnaden unterſchiedlich überſchriebene Meynung, daß für diß erſtemal gleich vier præſentiret werden ſollten, behärten wollen, die übrige anweſende Evangeliſche Abgeordnete aber von Gräflichen und Städtiſchen haben insgemein dieſen Vorſchlag gethan, worbey wir es auch bewenden laſſen, daß, wann Euer Fürſtl. Gnaden nochmahlen ein Denunciations-Schreiben an des Herrn Marggrafen zu Baaden-Durlach Fürſtl. Gnaden um Nomination qualificirter Perſonen zu vorhabender Præſentation

tion in forma conſueta abgehen laſſen würden, und Seine Fürſtl. Gnaden alsdann gegen dem Gräflich- und Städtiſchen Collegio 2. Subjecta, nemlich D. Valentin Heider zu Lindau, neben noch einem andern (wie wir dann in Vertrauen vernommen, daß Ihre Fürſtl. Gnaden zugleich auf den jungen Göler zu Ravenſpurg das Abſehen, und zwar demſelben die Nomination ſchon zugeſaget haben ſollen,) vorſchlagen ſollten, ſie dannoch ihre Stimmen allerſeits und einmüthig auf einen allein, und zwar auf vorgemeldten D. Heider, geben wollten. Und weilen ſie alſo mit dieſer Nomination die Majora machten, müßten hochbeſagt Ihre Fürſtl. Gnaden zu Durlach dieſen Heider alsdann im Nahmen der geſammten übrigen Evangeliſchen Ständen dieſes Schwäbiſchen Creyſes gegen Euer Fürſtl. Gnaden nominiren, deren nachmals frey ſtehen würde, ſelbigen entweder allein oder neben noch einem andern ihrem Gefallens von wegen beſagter Evangeliſchen Ständen dieſes Creyſes dem Cammer-Gericht zu præſentiren, damit alſo dis Orts führende Intention dem gemeinen Weſen zum Beſten erhalten werden könnte.

Der Baaden-Durlachiſche Abgeſandte hat darwider ferners nichts moviren könuen, ſondern es alſo geſchehen laſſen müſſen, und allein dahin geſtellet, daß er fideliter referiren wolle.

Lit. N.

Copia Schreibens von Herrn Marggrafen zu Baaden-Durlach Hochfürſtl. Durchlaucht an Herrn Hertzogen zu Würtemberg, Eberharden, Hochfürſtl. Durchlaucht, dd. Carlsburg den 22. Septembris 1670.

P. P.

Nachdeme Euer Liebden unterm 20. Julii jüngſt Uns

zu wiſſen gethan, daß des Heil. Röm. Reichs Cammer-Gerichts zu Speyer Herrn Cammer-Richters Lbd. und Beyſitzere wegen D. Davids Beyers, des bey ſolchem Cammer-Gericht von denen Evangeliſchen des Schwäb. Creyſes Fürſten und Ständen præſentiret geweſenen Aſſeſſoris tödliches Ableiben wiederum einige Subjecta zu præſentiren verlangen; So haben Wir nicht ermanglet, dem Herkommen, auch dem Oßnabrückiſchen Friedens-Schluß, wie nicht weniger dem jüngeren publicirten Reichs- ſodann in Anno 1577. gemachten Creyß-Abſchieden gemäß, die Sach abermalen mit Unſeren Mit-Creyß-Verwandten Ständen Augſpurgiſcher Confeſſion, nicht nur zu communiciren, ſondern auch Uns mit denenſelben, laut Ihres und in ſpecie von Oettingen unterm 2ten Auguſt. und dann von Ulm unterm 10den Sept. dieſes lauffenden Jahres an Uns gethaner Erklärung zu anderwärter Erſetzung ſolcher lediger Aſſeſſorat-Stelle, auf dieſe beede Subjecta, nemlichen und erſtens auf den Hochgelehrten, Unſeren lieben Beſonderen, Hermann Hofmann, beeder Rechten Doctoren, und jetztmals Marggräfl. Brandenburg-Bayreithiſchen Hof-Rath; Sodann zweytens auf den gleichmäßig Hochgelehrten, Unſern ebener geſtalten lieben Beſonderen, Erich Mauritium, auch beeder Rechten Doctoren, und vor dißmalen bey der Löbl. Univerſität zu Kiel Profeſſorem publicum, ihrer rühmlich bekandten Qualitäten halben vereinbahret: thun auch ſolchemnach Euer Liebden ſolche beede Subjecta zu ſolcher vacirenden Aſſeſſorat-Stelle obbeſchriebener maſſen reſpective, das erſte in Unſerem, und dann Beede in bemeldter der Schwäbiſchen Creyſes Ständen Augſpurgiſcher Confeſſion Nahmen hiemit nominiren und benennen, nicht zweiflend, Sie Ihro beede beſagte, vermög des allegirten Oßnabrückiſchen Frieden-Schluſſes, auch jüngſt-publicirten Reichs-ſodann gedachter

Creyß-

Creyß-Abſchieden, wegen gemeiner Stånd n gehöriger, Orten, und zwar nach Erforderung erſt-berührten Inſtrumenti Pacis und des jüngern Reichs-Abſchieds, zu beeden ratione des Schwäbiſchen Creyſes annoch vacirenden Aſſeſſorat-Stellen, auch ob moræ periculum fürderſamſt zu præſentiren, nicht zuwider ſeyn laſſen werden, als warum wir euer Liebden für uns und im Nahmen erſt wohl-ermeldter Evangeliſchen Stånden des Löbl. Schwäbiſchen Creyſes hiemit und durch dieſen Expreſſen gebührlich erſuchen, und zugleich deroſelben zu Erweiſung aller angenehmer Freund-Vetterlich- und Brüderlicher Dienſten ſtäts willig und bereit verbleiben. Datum ut ſupra.

Lit. O.

Copia Schreibens von des Herrn Herzogen zu Würtemberg, Eberharden, Hochfürſtl. Durchl. an des Hn. Marggrafen zu Baaden-Durlach Hochfürſtl. Durchl. dd. 7. Octobr. 1670.

P. P.

Wir haben aus euer Liebden eingelangtem Schreiben de Dato Carlsburg den 22. Sept. mit mehrerm erſehen, welcher geſtalt ſelbige auf unſere beſchehene Notification wegen Erſetzung derer am Kayſerl. und des Heil. Röm. Reichs Cammer-Gericht zu Speyer vacanten Aſſeſſorat-Stelle, wozu die Evangeliſche dieſes Schwäbiſchen Creyſes Fürſten und Stände zu præſentiren haben, mit denen Mit-Creyß-verwandten Ständen A. C. communiciret, ſelbige ſich auch auf die 2. in literis benamſte Subjecta, D. Hofmann, Marggraf-Brandenburg-Beyreitiſchen Hof-Rath, und D. Mauritium, Profeſſorem zu Kiel, hierzu vereinbahret, von welchen beyden uns euer Liebden das erſtere in dero eigenen Nahmen, und dann beyde in der Evangeliſchen Creyß-Stån-

de„Nahmen zwar zu beyden vacanten Aſſeſſorat-Stellen, welche die Evangeliſche Stånde dieſes Creyſes zu erſe- tzen haben, nominirt haben wollten, ſelbige ſodann ob- ermeldtem Kayſerl. Cammer-Gericht hiernechſtens zu præſentiren. Gleichwie uns aber nun etwas befremdlich vorkommt, daß nicht allein die Stadt Ulm für ſich und nomine ihrer Mit-Bancks-Verwandten auf einmal 2. Subjecta ernennet, ſondern auch euer Liebden für ſich a part den D. Hofmann, und dann im Nahmen ermeldter Evangel. Stånde denſelben und den D. Mauritium nominiret, ſolches aber der Diſpoſition des Creyſes-Abſchie- des de Anno 1577. auch dem Herkommen e diametro ent- gegen, welches Herkommen und Creyß-Abſchied in ſich hålt, daß geſammte Evangeliſche Stånde ſich auf ein ei- nig Subjectum zu vereinbahren, und ſolches zu nomini- ren, und wir proprio jure vor uns noch ein Subjectum darzu zu thun, darauf dann ſolche beyde dem Cammer- Gericht zu præſentiren haben ſollen; als können wir nicht umhin, wegen ſolcher zu Abbruch der alten Obſervanz, auch Præjudiz unſers hergebrachten Juris gereichenden Neuerung einige Contradiction hiermit einzuwenden, euer Liebden dabey Freund-Vetterlich erſuchende, ſelbige es dißfalls hinkünfftig bey dem üblichen Herkommen zu laſſen Belieben tragen wollen. Indeme wir uns aber gleichwohl erinnert, daß nicht nur allein des D. Beyers, ſondern auch noch eine denen Evangeliſchen Stånden dieſes Creyſes competirenden Stelle zu erſetzen; Als ha- ben wir nicht unterlaſſen, ſowohl ex proprio jure in un- ſerem, als auch geſammter Evangel. Creyß-Stånde Nahmen, beyde vorgeſchlagene Subjecta, als den per ma- jora nominirten D. Mauritium, wie auch den D. Hof- mann, zu beyder vacanten Aſſeſſorat-Stellen Erſetzung dem Kayſerl. Cammer-Gericht zu præſentiren, welches

euer

euer Liebden wir hiermit nicht verhalten wollen, und verbleiben dero zu Erweiſung angenehmer Freund-Vetter- und Brüderlicher Dienſte jederzeit willig und bereit ꝛc. Datum ut ſupra.

Lit. P. 1.

Copia Schreibens von des Hn. Marggrafen zu Baaden-Durlach, Friederich, Hochfürſtl. Durchl. an des Hn. Herzogen zu Würtemberg, Eberharden, Hochfürſtl. Durchl. dd. Carlsburg den 6. Octobris 1670.

P. P.

Seit deme an euer Liebden von uns unterm 22. Sept. jüngſthin abgelaſſenem und durch einen Expreſſen überſchicktem Schreiben, worinnen wir auf Genehmhaltung der geſammten Evangeliſchen Stände des Schwäbiſchen Creyſes den Hochgelehrten, unſern lieben beſondern, Hermannum Hofmann, beyder Rechten Doctorem und Brandenburg-Bayreuthiſchen Hof-Rath, nebenſt dem gleichfalls Hochgelehrten, unſerm lieben Beſondern, Erico Mauritio, jetztmaligen Profeſſore bey der Löbl. Univerſitæt zu Kiel, und zwar das erſtere Subjectum in unſerm, und dann beede in bemeldter des Schwäbiſchen Creyſes Ständen Augſpurgiſcher Confeſſion Nahmen, zu der bey des Kayſerl. und des Heil. Reichs Cammer-Gericht zu Speyer vacirenden Aſſeſſorat-Stelle denominiret, und euer Liebden anbey ad præſentandum bereits recommandiret, haben wir in gewiſſe Erfahrung gebracht, was geſtalten er, D. Hofmann, indeſſen von dem Fränckiſchen Creyß zu der gleichfalls bey ſolchem Circulo erledigter Aſſeſſorat-Stelle, Zweiffel-frey aus allzulang verzögerter diſſeitiger Præſentation, ſich anderwärtig nominiren, und

bereits würcklich præſentiren laſſen. Wann wir dann eine hohe Nothdurft zu ſeyn ermeſſen, an ſein D. Hofmanns Statt, um ein anderes von uns zu denominiren habendes Subjectum ob ſummum moræ periculum, damit wohl-ermeldtes Kayſerl. Cammer-Gericht in fernerer Protrahirung ſolcher zu erſetzen habender Aſſeſſorat-Stelle angedroheter maſſen zu geſammter Evangeliſcher Stände wohl-ermeldten Schwäbiſchen Creyſes höchſten Præjudiz ex jure devoluto verfahrt, ehiſtens zu bewerben, und uns des Veſten, unſers lieben beſondern, Weitprecht von Gemmingen, Baaden-Baadiſchen jetztmaligen Hof-Raths, beywohnender fürtrefflicher Qualitæten und ſtattlicher Erudition, mithin auch dieſes, daß derſelbe in dem Schwäbiſchen Creyß begütert und Circularis iſt, erinnert; als haben euer Liebden wir ihne von Gemmingen hiemit vor uns anticipando nominiren wollen, nicht zweiflend, es werde ſowohl der Herr Graf von Oettingen, als auch die Stadt Ulm, denen wir nächſt Vorſtellung obigen zu befahren habenden præjudicirlichen Eingriffs, auf Anführung ſein von Gemmingens rühmlicher bekandter Gaben, hierunter ebenfalls zugeſchrieben, nebenſt übrigen Evangeliſchen Creyß-Ständen ſich mit uns vielmehr vereinbahren, als hierinnen ſepariren. Solchemnach euer Liebden Freund-Vetter- und Brüderlich erſuchend, ihne von Gemmingen, weilen bey dem Werck, wie gemeldt, in mora ſummum periculum verſiret, von unſertwegen Creyß-herkommlich zu præſentiren; in Erwartung hierauf euer Liebden beliebiger Antwort durch dieſen zu eigen Abgeſchickten, und verbleiben anbey zu Erweiſung aller Freund-Vetter- und Brüderlicher Dienſt-Gefälligkeit derſelben jederzeit willig und bereit ꝛc. Datum ut ſupra.

Lit.

Lit. P. 2.
Copia Schreibens von des Herrn Herzogen zu Würtemberg, Eberharden, Hochfürſtl. Durchl. an des Herrn Marggrafen zu Baaden-Durlach, Friderichen, Hochfürſtl. Durchl. dd. Stuttgard den 10. Octobris 1670.

P. P.

Uns iſt euer Liebden Schreiben dd. Carlsburg den 6. hujus wohl eingelieffert worden, woraus wir ſeines mehreren Inhalts erſehen, welcher geſtalt euer Liebden uns Nachricht geben wollen, daß der von deroſelben zu denen am Kayſerl. und des Heil. Reichs Cammer-Gericht zu Speyer vacirenden beyden Aſſeſſorat-Stellen, welche die Evangeliſche Stände dieſes Creyſes zu erſetzen haben, vor ſich nominirete, und dann von denen übrigen Ständen dem D. Mauritio adjungirte D. Hermann Hofmann indeſſen von dem Fränckiſchen Creyß zu der gleichfalls bey ſolchem Circulo erledigten Aſſeſſorat-Stelle nominiret und præſentiret worden, deswegen euer Liebden an deſſen Statt um ein anders von dero zu denominiren habendes Subjectum ſich beworben, und uns den Veſten dero lieben beſondern, Weitprecht von Gemmingen, Baaden-Baadiſchen jetztmaligen Hof-Rath, vor ſich anticipando nominiren wollen, nicht zweiflende, es werde ſowohl der Herr Graf von Oettingen, als auch die Stadt Ulm, neben übrigen Evangel. Creyß-Ständen, ſich darinnen conformiren; mögen hierauf euer Liebden nicht verhalten, daß, nachdeme aus dero eingelangten Freund-Vetterlichen Schreiben vom 22. Sept. wir ſo viel erſehen, welcher geſtalt ſelbige gedachten D. Hofmann vor ſich, aber im Nahmen übriger Evangel. Creyß-Ständen

denſelben und den D. Mauritium nominiret haben. Ob es zwar ſolchergeſtalt wider das Herkommen, wir gleichwohlen zu Vermeydung aller Weiterung, aber jedoch, daß es uns und unſerem Fürſtlichen Hauſe zu keiner Præjudiz oder Conſequenz künftig gereichen oder angezogen werden ſolle, es alſo ſeyn laſſen, und die ernennte beyde Subjecta alſogleich ob moræ periculum, und zwar annoch vor Verflieſſung des Termins, (von Zeit an, nachdem die Reſignation beyder vorhin præſentirter Subjectorum an wohl-ermeldtes Cammer-Gericht berichtet worden,) wie Herkommens præſentiret, allwo auch unſer Præſentations-Schreiben bereits eingelauffen, ingleichem unſer an euer Liebden deswegen Abgegebenes ſub dato den 7. hujus gleichfalls einkommen ſeyn, oder doch inzwiſchen einlangen wird, alſo res nicht mehr integra, und ſolches vor dißmal nicht zu ändern ſtehet, zumalen auch beyden Præſentatis ſolches durch Schreiben bereits notificiret worden, um ſich allda, zu Speyer, einzufinden. Dieweil auch, vermög des Creyß-Abſchieds de Anno 1577. auch der hergebrachten üblichen Obſervanz nach, geſammten Evangeliſchen Creyß-Ständen mehrers nicht zuſtehet, als auf ein eintzig Subjectum ſich miteinander zu vereinbahren, und ſolches uns zu nominren, darauf wir ex proprio jure vor uns noch ein Subjectum darzu zu thun, und beyde miteinander zu præſentiren haben; als wollen wir der gäntzlichen Hoffnung ſeyn, euer Liebden und übrige Creyß-Stände werden es bey ſolchem üblichen Herkommen verbleiben laſſen, auch mit weiterer Nomination keine Neuerung hinkünfftig einzuführen begehren. Womit wir dero zu Erweiſung angenehmer Freund-Vetter- und Brüderlicher Dienſte jederzeit willig und bereit verbleiben ꝛc. Datum ut ſupra.

Lit.

Lit. Q.

Copia Antwort-Schreibens von des Hn. Marggrafen Friderichs zu Baaden-Durlach Hochfürſtl. Durchl. an des Hn. Herzogen Eberharden zu Würtemberg Hochfürſtl. Durchl.

Puncto

Des Hochlöbl. Schwäbiſchen Creyſes Evangeliſchen Antheils zu erſetzen habenden *Aſſeſſorat*-Stelle bey dem Hochpreißl. Kayſerl. und Reichs-Cammer-Gericht, *dd.* Carlsburg den 24. *Octobris* 1670.

P. P.

Aus beeden von euer Liebden bey uns wegen Nomination und Præſentation derjenigen Subjecten, welche ſammentliche Evangeliſche Fürſten und Stände des Löbl. Schwäbiſchen Creyſes zu Erſetzung einer bey dem Kayſerl. und des Reichs Cammer-Gerichts zu Speyer ermanglender und ihnen den Ständen des Schwäbiſchen Creyſes zu bekleiden habender Aſſeſſorat-Stelle reſpective zu nominiren, zu adjungiren und endlich zu præſentiren haben, eingelangten Schreiben, davon das eine den 7. das andere den 10. datirt, iſt uns mit gleichmäßigem Befremden neben andern zu vernehmen geweſen: wie daß euer Liebden um etwas befremdlich vorkommen, daß nicht allein die Stadt Ulm für ſich und nomine ihrer Mit-Bancks-Verwandten auf einmal zwey Subjecta ernennet, ſondern auch wir für uns a part den Hn. D. Hofmann, und dann im Nahmen ermeldter Evangel. Stände denſelben und den Hn. D. Mauritium, ſodann nachgehends Weyprecht von Gemmingen an ſtatt des, ohne einiges unſeres oder unſerer Mit-Stände Ver-

ſchulden, aus der Hand gangen D. Hofmanns nominiret; Solches aber der Diſpoſition des Creyß-Abſchieds de Anno 1577. auch dem Herkommen e diametro entgegen, welches Herkommen und Creyß-Abſchied in ſich halte, daß geſammte Evangeliſche Stånde ſich auf ein einig Subjectum zu vereinbahren, Euer Liebden ſolches zu nominiren, und Euer Liebden proprio jure vor ſich noch ein Subjectum darzu zu thun, darauf dann ſolche bey dem Cammer-Gericht zu præſentiren haben ſollen; Dannenhero wider ſolche vermeyntlich-begangene Neuerung contradiciren wollen.

Wann aber Wir und die Stadt Ulm mit ſolcher von Uns beedermaligen Nomination ererſt dasjenige, was ſolcher Creyß-Abſchied de Anno 1577. und der vorhergehende de Anno 1572. ſamt der bisherigen wohl-hergebrachten Obſervanz erfordert, præſtiret, und gar im geringſten nichts Neuerliches erreget; Sintemalen aus den Creyß-Actis und dem rechtmåßigen Herkommen heiter und klar, daß

1) Die nothwendige Erſetzung eines Aſſeſſoris Euer Liebden, als Creyß-ausſchreibender Fürſt, Uns und der Stadt Ulm notificiren, darauf

2) Wir mit dem Herrn Grafen zu Oettingen und wohlermeldter Stadt Ulm daraus communiciren, und zugleich ein Subjectum von Unſert-wegen vorſchlagen, conformiret man ſich damit, oder aber die übrige Stånde ſchlagen auch vor ſich noch ein Subjectum darzu; Wie

3) Alsdann ſolche reſpective Beede oder das eine Euer Liebden, als Creyß-ausſchreibendem Fürſten, von Unſert- und der übrigen Stånde wegen nominiren, (welchen einem oder zweyen Subjectis Euer Liebden, als Creyß-ausſchreibender Fürſt, noch ein Subjectum adjungiren mögen,) darauf dann

4) Sowohl nominirt- als von Euer Liebden von Creyß-Ausſchreib-Amts wegen adjungirte Subjecta Euer Liebden,

als

als Creyß-ausſchreibender Fürſt, nomine totius Circuli reſpectu omnium Statuum Evangelicorum (nicht aber das eine Subjectum proprio jure, noch das Euer Liebden vorgeſchlagenes Subjectum zu erſt, und der ſammtlichen Ständen das Ihrige hernach, mit dem Prædicat, ob wäre es adjungiret, da doch Euer Liebden das Ihrige nur zu adjungiren haben, in dem Præſentations-Schreiben lociret werde, dem Kayſerl. Cammer-Gericht præſentiren ſollen; So werden Euer Liebden Uns nicht verdencken, daß Wir vor Uns und Unſere Mit-Stände pro conſervatione der Uns hierinnen ſo klar gebührender Jurium wider Euer Liebden gethane Contradiction und obige bedittene Neuerungen, ſodann daß Euer Liebden der Stadt Ulm in denen beſchehenen Notificationen zugleich ein Subjectum nominandum recommendiren, und damit Unſerem hierinnen habenden Juri vorgreiffen ꝛc. zum zierlichſten, wie hiemit geſchicht, proteſtiren, mit Freund- Vetter- und Brüderlicher Bitt, Sie wollen ſolche Uns unvermeydentlich obliegende Proteſtation nicht in einem andern Verſtand mißdeuten, ſondern vielmehr geneigt ſeyn, es bey dem klaren Herkommen lediglich bleiben, und Ihro durch die Ihrige zu einiger unbeliebiger Weiterung, mit welcher ſonſten dem Evangeliſchen Weſen ſehr præjudicirt werden möchte, keine Anlaß geben laſſen, dahin ſtellend, ob oft erwehnte Kayſerl. Cammer die zu beeden Stellen gethane Præſentation, weilen, wie gedacht, ratione D. Hofmanns res nicht mehr integra iſt, zumalen Wir genugſam berichtet, daß von der Kayſerlichen Cammer die von Euer Liebden præſentirte Subjecta ad examen noch nicht beſchrieben, ſondern vielmehr D. Hofmann, als von dem Fränckiſchen Creyß Præſentatus, in Verfertigung der Relation zu Speyer bereits begriffen, werde acceptiren, und wir verbleiben nicht deſto minder in allen anderen Occaſionen Euer Liebden möglichſte Freund- Vetter- und

und Brüderliche Dienſt-Gefälligkeiten zu erweiſen Zeit Lebens willig und gefliſſen. Geben in Unſerer Reſidentz ꝛc. ut ſupra.

Lit. R.

Copia Schreibens von des Herrn Hertzogen zu Würtemberg, Eberharden, Hochfürſtl. Durchl. an des Hrn. Marggrafen zu Baaden-Durlach, Friderichen, Hochfürſtl. Durchl. dd. Waldenbuch den 25. Nov. 1670.

P. P.

Wir haben aus Euer Liebden dd. Carlsburg den 24. des hingelegten Monaths Octobris abgelaſſenen Schreiben unter anderm mit mehrerem erſehen, welchergeſtalt Selbige wegen der Aſſeſſorat-Stellen am Kayſerlichen Cammer-Gericht zu Speyer, welche die Evangeliſche Stände dieſes Creyſes zu beſetzen haben, in denen Gedancken begriffen ſeyn, als wann vermög der Creyß-Abſchiede de Anno 1572. & 1577. Euer Liebden zuſtünde, zu Erſetzung beſagter Aſſeſſorat-Stellen vor ſich ein Subjectum, und dann die übrige Evangeliſche Stände auch eines zu erwählen, folgends ſolche beyde oder eines davon Uns zu nominiren, alsdann hätten Wir, mit Adjunction eines von Unſert-wegen, die 2. oder 3. Subjecta an das Kayſerl. Cammer-Gericht zu præſentiren; Daß aber ſolches der Innhalt oder Verſtand beſagter beyder Creyß-Abſchiede nicht ſeye, auch zumalen das Herkommen ſolches nicht mit ſich bringe, beziehen Wir Uns diß Orts auf den klaren Tenor und Buchſtaben derſelben, denn der de Anno 1572. von der Zahl der Subjectorum, welche von denen Ständen zu nominiren, eigentlich keine oder ja nur per indirectum Meldung thut, und darinnen nichts deponiret, ſondern handelt allein von der Nomination derer, ſo die ausſchreibende Creyß-Fürſten ſeorſim & diviſim

zu

zu thun haben. Der andere allegirte Creyß-Abſchied aber determiniret die Sache expreſſe dahin, daß die Stände der alten Religion einen, und die andern der Augſpurgiſchen Confeſſion zugethane und verwandte Stände auch einen denen ausſchreibenden Creyß-Fürſten nominiren ſollen: aber die Nomination des dritten beyden ausſchreibenden Creyß-Fürſten dermaſſen frey lediglich heimgeſtellet ſeyn, daß dieſelbe alternative beſchehen ſolle ꝛc. alles mehreren Innhalts ſolchen Abſchieds.

Ob nun zwar berührte beyde Abſchiede die Mit-Nomination eines beſonderen Subjecti des Herrn Biſchoffen zu Coſtantz Liebden und Unſerm Fürſtl. Hauß alternatim geben, dieweil aber, nach Ausweiß des Inſtrumenti Pacis, die Catholiſche geſammte Stände mit des Herrn Biſchoffs zu Coſtantz Liebden ihre Catholiſche Aſſeſſores abſonderlich nominiren und reſpective præſentiren, dergleichen die Evangeliſche Stände neben Uns und Unſerm Fürſtl. Hauß wegen diſſeitiger Religions-Verwandten Aſſeſſoren ebenmäßig ſeparatim zu exerciren haben, als verſtehet ſichs von ſelbſten, daß, gleichwie die Catholiſche Stände laut obangeregter Creyß-Abſchiede nur einen Aſſeſſorem nominiret, und den andern beyden ausſchreibenden Fürſten alternatim zu nominiren überlaſſen, welches Jus anjetzo des Herrn Biſchoffens Liebden allein zukommet, alſo auf gleiche Weiſe die Evangeliſche Creyß-Stände, als nemlich Euer Liebden, der Herr Graf von Oettingen und übrige Evangel. Reichs-Stände, welche ſammtlich und conjunctim hiebevor nur einen Aſſeſſorem nominiret, anjetzo auch nicht weiters als nur einen zu nominiren, und Uns die Facultatem auch einen proprio jure von Creyß-Ausſchreib-Amts wegen zu nominiren nicht anſprüchig zu machen haben. Gleichwie Wir ſonſten von einiger Adjunction auf Unſer oder der Evangeliſchen Stände Seiten nichts wiſſen, auch Uns nicht erinnern, daß

bis-

bishero ſolches Wort bey denen Nominationibus oder Præſentationibus gebraucht worden; Alſo haben Wir ſolches auch in denen jeztmaligen an die Cammer abgelaſſenen Præſentation - Schreiben nirgend einrucken laſſen, wie Euer Liebden aus dem copeylichen Einſchluß zu erſehen haben. Daß Wir aber dißmals das eine Subjectum, D. Mauritium, in demſelben zuerſt lociret, iſt daher geſchehen, weil Wir Unſere Uns zukommende Particular-Nomination auf demſelben auch, wiewohl ohne Præjudiz und Conſequenz, auch mit Vorbehalt Unſers habenden Rechtens, gegeben, und alſo ſelbiger die Majora mit Unſer Einſchlieſſung vor ſich erhalten, und daher billig vor dem D. Hofmann, als welcher allein Euer Liebden und übriger Evangeliſcher Stånde Vota, auſſerhalb des Unſerigen, gehabt, da Wir dann das Unſerige auf ihn nicht geben, noch 2. Subjecta zumal vor Uns nominiren können, in beſagter Præſentation lociret werden müſſen. Daß Wir auch ihne, D. Mauritium, der Stadt Ulm in einem abſonderlichen Schreiben recommendiret haben, kan ſolches von Euer Liebden zu einem Præjudiz nicht angezogen werden, alldieweil dergleichen Recommendationen ſchon von langer Zeit üblich geweſen, und weder von Euer Liebden, noch Dero Vorfahren, auch übrigen Evangeliſchen Ständen dieſes Creyſes, niemahlen vor nachtheilig gehalten oder contradiciret werden.

Solchemnach Wir dann zu Euer Liebden das Freund-Vetter-und Brüderliche Vertrauen tragen, ſelbige bey ſo klarer Bewandtnüß viel mehrers Belieben tragen werden, es bey demjenigen, was nach Innhalt berührter Creyß-Abſchiede und der Herkommenheit gemäß von Uns bisher in dieſem Werck geſchrieben und verrichtet worden, verbleiben zu laſſen, und dabey zu acquieſciren, als Unſere in gedachten Creyß-Abſchieden und der Obſervanz wohl-radicirte

dicirte Jura durch unnöthige Contradiction ferner diſputirlich zu machen, und Dero durch die Ihrige darzu Anlaß geben zu laſſen. Dero Wir zu Erweiſung angenehmer Freund-Vetterlich- und Brüderlicher Dienſte jederzeit willig und bereit verbleiben. Datum ut ſupra.

Lit. S.

Copia Schreibens von des Kayſerl. und H. Reichs Cammer-Gericht zu Speyer an des Hrn Hertzogen zu Würtemberg, Eberharden, Hochfürſtl. Durchl. dd. den $\frac{17}{27}$ Jan. 1671.

P. P.

Aus Euer Liebden und Fürſtl. Durchl. uns wohl eingeliefferten Schreiben vom 30. Decembris nächſthin haben wir Dero Intention und Geſinnen hauptſächlich dahin vernommen, daß, weilen denen Ständen Augſpurgiſcher Confeſſion des Löbl. Schwäbiſchen Crayſes die Præſentation auf zwey hieſigen Gerichts-Aſſeſſorat-Stellen zuſtehe, wir es neben Doctore Erico Mauritio, auch zugleich bey der durch Doctorem Hofmann auf die zweyte Stell beſchehenen Præſentation verbleiben laſſen wollten, und zwar ſolches um dieſer ferneren Conſideration willen, weilen aus demjenigen Quanto, ſo berührten Crayſes Stände Augſpurgiſcher Confeſſion zu Unterhaltung hieſigen Gerichts beytragen thäten, zween Aſſeſſores beſoldet, und daneben die übrige Perſonæ Camerales, welche insgemein von dem gantzen Reich zu bezahlen wären, pro rato davon ſalariret werden könnten, alles breitern Innhalts gedachtes Euer Liebden und Fürſtl. Durchlaucht an uns freundlich und gnädig abgelaſſenen Schreibens.

Nun iſt derohalben nit weniger, als der Röm. Kayſerl. Majeſtät und geſammten Churfürſten und Ständen des

Reichs,

Reichs, ohne dißmalige weitläuffige Wiederholung zu Genügen bekandt, worauf es mit völliger Erſetzung hieſigen Gerichts annoch beruhe, und daß eine Unmöglichkeit ſeye, bey bekandtem Abgang der nothwendigen Unterhaltungs-Mittel die Helfte, zu geſchweigen die völlige Zahl der in Inſtrumento Pacis und jüngern Reichs-Abſchied verglichenen 50. Aſſeſſoren anzunehmen, ehe und bevor die hiezu erfoderte Unterhaltungs-Gelder beygetragen, und die zu beſagtem Regenſpurg erhöhete, auf berührten Numerum commenſurirte Cammer-Matricul durchgehend eingeführet und zur Richtigkeit gebracht ſeyn werde, worbey wir es dann auch biß auf eine hierinn erfolgende fernere Reichs-Verordnung unſers Orts nothwendig alſo beruhen laſſen müſſen. Im übrigen aber können wir nicht erſehen, wie euer Liebden Fürſtl. Durchl. obangeregtes Motivum der an Seiten erwehnten Schwäbiſchen Creyſes zu hieſigen Gerichts, und zwar in ſpecie zu beeder erledigter Stellen Unterhaltung, beytragenden Mittelen halber eigentlich zu verſtehen ſeye; dann gleichwie an ſich ſelbſten Reichs-kündig iſt, daß mehr-gedachtes Gericht von Churfürſten und Ständen des Reichs nach deren in deſſelben Satz-und Ordnungen enthaltenes Præſentations-Gerechtſame Qualification der Præſentatorum als ein zu Adminiſtrirung der heilſamen Juſtiz angeordnetes gantzes Corpus ſtabilirt und beſetzt wird, alſo werden auch dieſes Corporis oder Collegii ſammtliche Unterhaltungs-Mittel, ſo erwehnte Reichs-Stände nach eines jeden Angebühr beytragen, ad unam communem Imperii caſſam eingeworffen, zu des hierzu verordneten Pfenning-Meiſters Handen geliefert, und von demſelben die zu jeder Zeit anweſende Cammer-Richter, Præſidenten und Aſſeſſores, neben denen hierzu gehörigen Officianten, ihrer Salarien halber indifferenter,

und

und alſo insgemein von dem gantzen Reich contentirt und bezahlt, folglich diejenige Gelder, ſo ein jeder Creyß für ſich in particulari beyſchieſſet, in genere auf die Beförderung der im H. Röm. Reich höchſt-nothwendigen Juſtiz, und nicht nur auf des Creyſes Præſentatos privative verwendet: allermaſſen dann auch denen ſo præſentirt- und angenommenen Aſſeſſoren nicht præciſe diejenige Proceſs allein, welche aus ihrer præſentirender Ständen Creyſen anhero ad Cameram gelangen, ſondern auch alle andere, nachdeme die ordentliche Diſtribution einen jeden betrifft, decidiren und erörtern zu helffen oblieget. Und obgleich ſich in effectu befindet, daß einige Stände und Creyß in ihren Unterhaltungs-Zielern nit ſo richtig wie andere zuhalten, ſo ſind jedoch um deswillen die von den Säumigen præſentirte und von hieſigem Collegio Imperiali angenommene Aſſeſſores, als welche, wie jetzt erwehnt, in Adminiſtrirung der im gantzen Reich allgemeinen Juſtiz gleiche Mühe und Arbeit, ohne Unterſchied der Sachen, ertragen und verrichten müſſen, in der Beſoldung nicht deterioris conditionis zu achten; es bleiben dannoch aber die ſolcher geſtalt in mora ſolvendi beharrende Stände ihren Ruckſtand, wo ſie anderſt die in denen Reichs-Satz- und Ordnungen, und zwar noch letztmals in dem jüngern Reichs-Abſchied de Anno 1654. dißfalls einhelliglich beliebt- und verglichene ſcharffe Execution und den Fiſcaliſchen Proceſs vermeiden wollen, nur mit gröſſerem ihrem Umſtatten nachzutragen, und gleicher geſtalt ad caſſam communem zu legen ſchuldig und verbunden. So viel nun den von euer Liebden und Fürſtl. Durchl. für ſich und im Nahmen dero Mit-Creyß-Ständen Augſpurgiſcher Confeſſion auf des abgelebten Doctoris Bayers Stell præſentirten D. Mauritium betrifft, haben wir nicht ermanglet, denſelben, wie

Tt gebräuch-

gebräuchlich, ad Examen generale kommen zu laſſen, und daraufhin ihme gewiſſe Acta ad referendum, und zur Prob ſeiner Qualification, welche auch hiernächſtens der Gebühr examiniret werden ſoll, einzuhändigen. Unterdeſſen laſſen wir nachmals dahin geſtellt ſeyn, ob euer Liebden und Fürſtl. Durchl. mit Zuziehung mehr-gedachter dero Mit-Creyß-Ständen ſich eines gewiſſen Compræſentandi auf dieſe des abgelebten D. Bayers Stell zu dem End vereinigen wollten, damit man in deren Erſetzung aus zweyen Subjectis (weilen in D. Hofmanns Mächten nit mehr ſtehet, von der einmal allhier durch würcklich abgelegte Relation erkieſten Fränckiſchen Præſentation ſich zu wenden, es wäre dann, daß er derſelben Fränckiſchen ausdrücklich renunciiren, und eine anderwärtige von dem Löbl. Schwäbiſchen Creyß beybringen thue) die Wahl haben, und, wie wir in nächſt-vorigem unſerem Schreiben vom $\frac{1}{11}$ Novembr. nächſthin erwehnt, der Tauglichſte daraus auf- und angenommen werden möchte. Thun damit euer Liebden und Fürſtl. Durchl. GOtt dem Allmächtigen freundl. auch unterth. Deroſelben aber hieſiges Gericht beſter maſſen empfehlen. Datum ut ſupra.

Lit. T.

Copia Schreibens von des Hn. Herzogen zu Würtemberg, Eberharden, Hochfürſtl. Durchl. an das Kayſerl. Cammer-Gericht zu Speyer, dd. Stuttgard den 3. Febr. 1671.

P. P.

Aus euer Liebden, der Herren und eurem Schreiben dd. Speyer den $\frac{17}{27}$ des hingelegten Monats Januarii, haben wir mehrern Inhalts ableſend vernommen, aus was Urſachen dermalen weder die völlige Beſtellung des

Kayſerl.

Kayſerl. Cammer-Gerichts, nach Inhalt des Inſtrumenti Pacis und jüngern Reichs-Abſchieds, vorgenommen, noch auch die beyde denen Ständen Augſpurgiſcher Confeſſion dieſes Schwäbiſchen Creyſes bey wohl-ermeldtem Cammer-Gericht competirende Stellen erſetzt werden könnten; auch daß euer Liebden, die Herren und ihr den von uns und im Nahmen unſerer Mit-Creyß-Stände A. C. auf des abgelebten D. Bayers Stelle præſentirten D. Mauritium ad Examen generale, wie gebräuchlich, kommen laſſen, und ihme gewiſſe Acta ad referendum gegeben, benebens aber dahin geſtellet haben wollten, ob wir mit Zuziehung unſerer Mit-Creyß-Stände uns eines gewiſſen Compræſentandi auf beſagten D. Bayers Stell zu dem Ende vereinigen wollten, damit man in deren Erſetzung aus zweyen Subjectis (weil in D. Hofmanns Mächten nicht mehr ſtehe, von der einmal durch würcklich abgelegten Relation erkieſeten Fränckiſchen Præſentation ſich zu wenden, es wäre dann, daß er derſelben renunciire, und ein anderwärtige von dem Schwäbiſchen Creyß beybringe) die Wahl habe, und der Tauglichſte daraus angenommen werden möge.

Wie nun wegen der von euer Liebden, denen Herren und euch vorgeſtellten dißmaligen Beſchaffenheit wohl-ermeldten Cammer-Gerichts, und daß noch zur Zeit wegen ermanglender Unterhaltungs-Mitteln die völlige Erſetzung weder deſſelben, noch derer dieſes Schwäbiſchen Creyſes A. C. zugethanen Ständen competirender beyder Stellen nicht möglich ſeye, wir es unſers Theils biß zu ſeiner Zeit beruhen laſſen müſſen; alſo werden wir jedoch mit unſerem Mit-Creyß-Ständen, deren theils ſolches beſonders urgiret, hiervon Communication pflegen, und deren fernere Gedancken darüber vernehmen. Daß euer Liebden, die Herren und ihr den

von den Ständen A. C. dieſes Creyſes per majora nominirten und von uns præſentirten D. Ericum Mauritium ad Examen admittirt, zugleich demſelben Acta ad referendum zugeſtellet, gereichet uns zu ſonderbahrem Gefallen, wird auch nunmehr wegen des D. Hofmanns um der von euer Liebden, denen Herren und euch angeführten Bewandtnuß willen die Sache biß auf ſein weiters Anmelden und Richtig-Machung deſſen Fränckiſche Præſentation, auf ſich beruhen.

Indem aber dieſelbe dafür halten wollen, daß wir uns mit unſeren Mit-Creyß-Ständen auf einen Compræſentandum an ermeldten D. Hofmanns Statt zu vereinigen hätten, ſo mögen wir euer Liebden, denen Herren und euch hiermit freundlich nicht verhalten, werden auch ſolches die mitkommende Beylagen ſub Num. 1.2.3.4. wovon unſer Procurator, D. Johann Ulrich Stuber, auf jedesmaliges Erfordern die Originalia wird vorzeigen können, umſtändlich ausweiſen, daß die geſammte Stände dieſes Creyſes A. C. auſſerhalb allein des Herrn Marggrafen von Baaden-Durlach Liebden, ihre Nomination primario auf den D. Mauritium gegeben, gleichwohl darbey den von ermeldten Herrn Marggrafens Liebden allein nominirten D. Hofmann, hernach dem D. Mauritio in der Nomination adjungiret. Sintemalen aber ſolches wider das Herkommen, indem gedachte Stände miteinander zu einer Stell ſich auf ein einiges Subjectum zu vereinigen, und ſolches conjunctim uns zu nominiren, wir aber proprio jure noch eines darzu zu thun, und ſolche beyde miteinander dem Löbl. Cammer-Gericht zu præſentiren haben; als iſt von uns gedachten Ständen ſolches zu Genügen remonſtriret, nichts deſtoweniger aber, jedoch proprio jure und mit Reſervation unſerer Befugſame, unſere Nomination auch auf den D. Mauritium

ritium gegeben, alſo derſelbe damit, als welcher in nominatione die Majora gehabt, billig primario præſentiret worden. Dahero dann kein Zweiffel waltet, daß, obgleich der eine Præſentatus, D. Hofmann, nunmehr hinweg-gehet, dannoch es keines weiteren Compræſentandi ſich bedürffen werde, indem der D. Mauritius ſowohl von denen Ständen A. C. dieſes Creyſes per majora, als auch von uns die Nomination hat, auch nach jüngſtem Reichs-Abſchied nicht eben eine Nothwendigkeit iſt, daß zu einer vacirenden Aſſeſſorat-Stelle 2. Subjecta zum Vorſchlag kommen müſſen; ſollte aber je noch eines vor dißmal zu præſentiren nöthig ſeyn, ſo würden nicht die übrige Stände, ſondern wir ſolches vor uns allein zu nominiren haben. Erſuchen demnach euer Liebden, die Herren und euch freundlich und gnädig, ſie wollen es bey der mehr-erwehnten Præſentation des D. Mauritii bewenden, auch denſelben nach beſchehenem Examine, abgelegten Relation und Befindung deſſen guten Qualitæten zu der vacanten Aſſeſſorat-Stelle gelangen laſſen. Verbleiben damit euer Liebden ꝛc. Datum ut ſupra.

Lit. V.

Copia Schreibens von Herrn Marggrafen zu Baaden-Durlach, Friderich, an Herrn Herzogen zu Würtemberg, Eberharden, dd. Carlsburg den 15. Decembris 1670.

Demnach wir nicht ermanglet, wegen des von uns und unſeren Evangeliſchen Mit-Ständen des Löbl. Schwäbiſchen Creyſes euer Liebden ad præſentandum herkommentlich nominirten Doctoris Hermanni Hofmanns, ſo vor euer Liebden erfolgter Præſentation ſich einer anderwärten Præſentation unterzogen, auch bereits mit ſei-

ner Relation fertig ſtehet, und an deme iſt, daß er als ein ratione des Fränckiſchen Creyſes præſentirtes Subjectum aſſeſſorale ſolle examiniret werden, um ein anderes tüchtiges Subjectum zu bewerben. Und dann mit uns ſowohl der Herr Graf zu Oettingen, als auch die Stadt Ulm, ſamt ihren Mit-Bancks-Verwandten ehrbahren Freyen Reichs-Städten Evangeliſchen Theils, per majora dahin vereinbahret, daß euer Liebden als Evangel. Creyß-ausſchreibendem Fürſten, ad præſentandum der Veſt unſer liebe beſondere, Weitprecht von Gemmingen, ſolle nominiret werden; als thun euer Liebden ſowohl in unſerem, als wohl-gedacht unſerer übriger Evangeliſchen Mit-Ständen löblichen Schwäbiſchen Creyſes Namen, ihme Weitprecht von Gemmingen ſtatt des aus Handen gekommenen D. Hermanni Hofmanns nominiren, mit der Freund-Vetterlichen Bitt, bey der Kayſerl. und des Reichs Cammer-Gericht zu Speyer ihme Weitprecht von Gemmingen, als deſſen Qualitæten ohne das bey erſt wohl-erwehntem Cammer-Gericht zur Genüge bekandt, an ſtatt des mehr-berührten D. Hermann Hofmanns Creyß-herkommentlich, auch ob ſummum moræ periculum fürderſamſt zu præſentiren, und dadurch dem Cammer-Gericht ein verlangendes Genügen zu geben, damit nicht, wie ſchon äuſſerlich verlauten will, von demſelben in längerer Entſtehung ſolcher von ihme, dem Cammer-Gericht, urgirter anderwärter Præſentation ex jure devoluto, zu der geſammten Evangeliſchen Creyß-Ständen höchſtem Præjudiz, verfahret werden möge. Und wir verbleiben euer Liebden ꝛc.

Lit. W.

Lit. W.

Copia Schreibens von dem Hrn. Hertzogen zu Würtemberg, Eberharden, an Hrn. Marggrafen Friedrich Magnum zu Baaden-Durlach, dd. Stuttgard den 30. Dec. 1670.

Wir haben Euer Liebden de dato Carlsburg den 15. hujus in Abweſenheit Dero Herrn Vatters Liebden in Deroſelben Nahmen und von wegen hinterlaſſenen Befehls abgelaſſenes Schreiben erſt den 26. hujus hernach durch einen anhero geſchickten eigenen Guarde-Reiter wohl erhalten, und daraus mehrern Inhalts vernommen, welchergeſtalt wegen Erſetzung der am Kayſerl. Cammer-Gericht zu Speyer vacanten Aſſeſſorat-Stelle, ſo denen Ständen dieſes Schwäbiſchen Creyſes Evangel. Theils zu beſtellen zuſtändig iſt, an ſtatt des darzu nominirt- und præſentirten D. Hermann Hofmanns, der nunmehr auch von dem Fränckiſchen Creyß præſentiret, und ad relationem an ermeldtem Kayſerl. Cammer-Gericht admittiret worden, Euer Liebden und übrige Evangel. Stände beſagten Creyſes per majora ſich dahin vereinbahret, daß Uns, als Evangeliſchem Creyß-ausſchreibendem Fürſten, ad præſentandum der Veſte, Dero lieber Beſonder, Weitprecht von Gemmingen, an ſtatt des aus Handen gekommenen D. Hofmanns nominiret, und Uns erſuchet haben wollten, denſelben dem Kayſerl. und des Reichs Cammer-Gericht Creyß-herkommentlich und ob moræ periculum fürderſamſt zu præſentiren.

Mögen hierauf Euer Liebden nicht verhalten, welchergeſtalt Deroſelben Herrn Vatters Liebden Uns in einem den 6. Octobris verwichenhin datirten Schreiben ermeldten von Gemmingen an ſtatt des D. Hofmanns für ſich bereits auch nominiret. Wiewohl Wir nun Unſers Theils gedachtem von Gemmingen ſolche Nomination gern gönnen

möchten, indem Wir aber dieſelbe dem Creyß-Herkommen Schnur-ſtracks entgegen zu ſeyn befunden; Als haben Wir Sr. Liebden damahlen beantwortet, wie aus dem copeylichen Innſchluß zu erſehen, worauf Wir um ſo viel mehrers zu beſtehen Urſach haben, weil die Evangel. Stände dieſes Creyſes nicht nominiren können, es werde dann die von wohl-ermeldtem Kayſerl. Cammer-Gericht beſchehende Notification wegen Erſetzung einer vacanten Aſſeſſorat-Stelle von Uns gedachten Ständen zuvorderiſt communiciret, und ſie deswegen requiriret; Uber diß beſagte Stände, welche conjunctim nur ein Subjectum zu ernennen haben, mit Nomination zweyer Subjectorum Unſerm dißfalls habenden Juri bereits vorgegriffen, welches Wir zwar, jedoch mit Vorbehalt Unſer Gerechtſame, vor dißmal aus denen in obgedachtem Schreiben vermeldten Urſachen und ohne einige Conſequenz oder Præjudiz alſo geſchehen laſſen. Sintemalen dann nun an ermeldtes Kayſerl. und des Reichs Cammer-Gericht von Uns die Præſentation zweyer Subjectorum, als des D. Mauritii und D. Hofmanns, geſchehen, und berührter D. Hofmann, ob er wohl anderwärts auch præſentiret worden, aus ſeinen gewiſſen Urſachen, welche Uns er in einem Schreiben vom 13. hujus unterthänigſt zu erkennen gegeben, die von dieſem Schwäbiſchen Creyß beſchehene Præſentation noch nicht aufgeben will, ſolchergeſtalt dann, wann gleich 2. Stellen zu erſetzen wären, dannoch darzu 2. Perſonen, welche von Euer Liebden Hrn. Vaters Liebden in Dero und übriger Evangel. Ständen Nahmen Uns nominiret worden, vorhanden, da die Erſetzung aber nur auf eine Perſon gemeynet, dennoch der D. Mauritius, welcher zu Speyer ſchon angelanget, zugegen, indeme zumalen nach jüngſtem Reichs-Abſchied nicht de neceſſitate, daß zu einer vacirenden Aſſeſſorat-Stelle eben 2. Subjecta zum Vorſchlag kommen müſ-

müſſen; Als erſuchen Wir Euer Liebden hiermit Freund-Vetterlich, ſelbige Uns nicht verdencken wollen, daß Wir bey ſolcher Beſchaffenheit die von Euer Liebden und übrigen Evangeliſchen Ständen beſchehene Nomination des obgedachten von Gemmingen nicht acceptiren, noch mit deſſen Præſentation fürgehen können, ſondern dasjenige, was das Herkommen in dieſem Creyß mit ſich führet, und zugleich die Unſer Seits habende Befugniß erheiſchet, welche Wir Uns hiemit beſtermaſſen reſerviret haben wollen, zu beobachten nicht umhin können. Verbleiben im übrigen Euer Liebden ꝛc. Datum ut ſupra.

Lit. X.

Copia Schreibens von dem Hrn. Marggrafen zu Baaden-Durlach, Friedrich, an Hrn Hertzogen zu Würtemberg, Eberharden, dd. Carlsburg den 15. Febr. 1671.

P. P.

Welchergeſtalten Euer Liebden Uns jeniges communiciren wollen, ſo des Herrn Cammer-Richters Liebden, auch Præſident und Beyſitzere des Kayſerl. und ReichsCammer-Gerichts zu Speyer, an dieſelbe in Antwort ſowohl wegen angeſonnener völligen Erſetzung bey der denen Ständen Augſpurgiſcher Confeſſion des Löbl. Schwäbiſchen Creyſes bey wohlermeldtem Cammer-Gericht competirender Aſſeſſorat Stellen, als auch wegen eines Compræſentandi an ſtatt des durch die Fränckiſche Præſentation abgegangenen D. Hermanni Hofmanns gelangen laſſen, ſolches haben Wir aus Euer Liebden deshalben an Uns unterm dritten dieſes abgegebenen Schreiben und deſſen beyden Beylagen, wie nichtweniger aus einem ſolchem Schreiben beygefügten Poſt Scripto, auch dieſes mit mehrerem vernom-

men, daß Uns und Unſeren dabey intereſſirten Mit-Creyß-Ständen die von uns und ihnen urgirte anderwärte Præſentation des Veſten, unſers lieben beſondern, Weitprechts von Gemmingen, als euer Liebden dabey vermeyntlich habender Gerechtſame zuwider, abermalen denegiret; Wann aber Wir euer Liebden die uns und unſeren Mit-Creyß-Ständen bey Erſetzung dergleichen vacirend werdender Aſſeſſorat Stellen competirende Jura, vermög unſers an euer Liebden deſſenthalben nach Ausweiß der Beylag Lit. A. unterm 24. Octobris des jüngſt verſtrichenen 1670. Jahres abgelaſſenen Schreiben, ſattſamlich remonſtriret, und damit, was euer Liebden ſowohl vor als nach ſolchem Schreiben zu Beſtärckung deroſelben anmaſſender Prærogativ angeführet, zur Genüge abgeleinet, dabenebens und über dieſes aus dem ſub Lit. B. beyliegenden Extract des Creyß-Abſchieds de Anno 1677. euer Liebden heiter und klar erſehen werden, daß dieſelbe gar keine gründliche Befugniß haben, diejenige Prærogativ zu Schmählerung der uns und unſeren Mit-Creyß-Ständen, krafft ſolchen Creyß-Abſchiedes, gebührender Jurium, aufzubringen, indeme ja ein jeder Unpartheyiſcher mit klaren Worten und Buchſtaben darinnen finden, daß alles dasjenige, was Wir in obberührtem Schreiben euer Liebden remonſtriret, in ſolchem Creyß-Abſchiede gegründet, im geringſten aber nichts erſehen wird, quo jure vel titulo euer Liebden ſich ſo viel Recht, als denen geſammten Creyß-Ständen, vermög erſt angezogenen und von euer Liebden ſelbſt vorgeſchützten Creyß-Abſchieds, gegönnet, könne oder ſolle anmaſſen, da ja darinnen Sonnen-klar enthalten, daß denen Creyß-Ständen zwey Subjecta zu nominiren, hingegen beeden Creyß-ausſchreibenden Fürſten ein drittes zu adjungiren zuſtehe und gebühre, hingegen ihnen beeden Creyß-ausſchreibenden Fürſten obliege, ſolche drey Subjecta im Nahmen und

von

von wegen des geſammten Creyſes zu præſentiren, folglich und in Anſehung ſolcher Creyß-Verordnung und dahero des von euer mit des Herrn Biſchoffen zu Coſtantz Liebden Liebden gemeinſchaftlich habenden Creyß-Ausſchreib-Amts, euer Liebden allein der ſechſte Theil Juris an dieſen dreyen nominirenden und præſentirenden Subjecten zuſtehen, nunmehr aber, und nachdem ſich der Creyß dahin ſepariret, daß die Evangeliſche Stände die Evangeliſche, die Catholiſche aber die Catholiſche dem Creyß zu erſetzen geziemende Aſſeſſorat-Stelle a part ſollen begleiten, daß beederſeits dasjenige, was dem gantzen Creyß nach Ausweiß des mehr beſagten Creyß-Abſchieds de Anno 1577. eignet, zugewachſen, conſequenter uns und unſeren Creyß-Mit-Ständen zwey Subjecta zu nominiren, und euer Liebden das dritte zu adjungiren, und daraufhin alle ſolche 3. Subjecta nomine totius Circuli Evangeliſchen Theils, und keinen proprio nomine zu præſentiren augenſcheinlich zugekommen, gebühren und obliegen thut; So werden uns zuverſichtlich euer Liebden, noch auch ein jeder Unpaſſionirter nicht verdencken, daß wir zu Conſervation ſolcher uns und unſeren Mit-Creyß-Ständen ſo heiter und klar zuſtehender und in dem Inſtrumento Pacis corroborirter Jurium auf der beſchehener anderwärter Nomination und Præſentation des von Gemmingen beharren. Allermaſſen dann euer Liebden wir hiermit nochmalen Freund- Vetter- und Brüderlich erſuchen, ſie wollen ſich doch bey der Sachen ſo klarer Bewandtſame durch einige Widrige nicht weiters irre machen, ſondern dieſe urgirte anderwärte Præſentation fortgehen laſſen, widrigen Falls wir nochmalen, und wie hiemit ſolenniſſime geſchicht, gemüßiget, wider alles Widrige zu proteſtiren, und damit die uns und unſeren Mit-Creyß-Ständen competirende Jura in optima forma zu verwahren, ja endlichen gar das nach Anleitung des jüngern Reichs-

Ab-

Abſchieds §. 26. uns und unſeren Mit-Creyß-Ständen gebührendes Recht zu beobachten; Wollten ein ſolches euer Liebden zu abermaliger nothdringentlicher Wieder-Antwort, und damit euer Liebden bey Ihro ſolch unſer rechtmäſiges Begehren nunmehr und ob moræ periculum fürderſamſt Statt finden laſſen, nicht verhalten, Ihro zu Erweiſung aller Freund-Vetterlicher ꝛc.

Lit. Y.

Copia Schreibens von dem Herrn Hertzog zu Würtemberg, Eberharden, an Herrn Marggrafen zu Baaden-Durlach, dd. Stuttgard den 23. Febr. 1671.

P. P.

Wir haben aus euer Liebden Schreiben de dato Carlsburg den 15. hujus mehrern Inhalts ableſend vernommen, daß euer Liebden dafür halten wollen, ob hätten ſelbige dero Fundamenta, daß der von euer Liebden und übrigen Evangeliſchen Creyß-Ständen zu der vacanten Aſſeſſorat-Stelle am Kayſerl. Cammer-Gericht zu Speyer nominirte Weitprecht von Gemmingen von uns neceſſario præſentiret werden müſſe, durch das an uns den 24. Octobris des verwichenen Jahres abgelaſſene Schreiben dergeſtalt beſteiffet, wurde auch ſolches durch euer Liebden jetztmalige Interpretation des Creyß-Abſchiedes de Anno 1577. noch mehrers behärtet, daß wir gar keine gründliche Befügniß hätten, diejenige Prærogativ zu Schmählerung derer euer Liebden und übriger unſerer Mit-Creyß-Stände krafft ſolchen Creyß-Abſchieds gebührender Jurium aufzubringen, uns auch nach Inhalt deſſen nur der ſechſte Theil Juris an dreyen nominirenden und præſentirenden Subjecten zuſtünde, aber nunmehr nach Separation der Evangeliſchen und Catho-

tholiſchen euer Liebden und dero Creyß-Mit-Ständen 2. Subjecta zu nominiren, und uns das dritte zu adjungiren gebührete, deswegen ſelbige nicht zu verdencken ſeyn ſollten, daß ſie auf der beſchehenen anderwärtigen Nomination und Præſentation des von Gemmingen beharreten, und da wir ſolche nicht fortgehen laſſen würden, wider alles Widrige proteſtiret, dero und übrigen Mit-Creyß-Ständen competirende Jura in optima forma verwahret haben, ja endlich gar, daß nach Anleitung des jüngern Reichs-Abſchieds ihnen gebührendes Recht beobachten wollten. Mögen hierauf euer Liebden in Wieder-Antwort nicht verhalten, daß in genauer der Sachen Uberlegung wir gar nicht befinden können, daß dieſe in euer Liebden obangeregtem Schreiben vom 24. Octobris, wie auch die neue in dero jüngſtem vom 15. hujus gemachte Interpretation beſagten Creyß-Abſchiedes, anjetzo und da nach dem Frieden-Schluß ſich Facies rerum mercklich geändert, und circa modum & numerum Aſſeſſorum ein anders beliebet worden, den Stich auf einigerley Weiß oder Weg halten noch angehen möge, zumalen ſolche Interpretation von ſelbſten dergeſtalt zu machen keinem Theil in particulari allein zukommt, würde auch derſelben noch diß Inconveniens nothwendig folgen, daß, weilen die Nomination dreyer Subjectorum auf die Anzahl der 50. Aſſeſſorum angeſehen, ſolche 50. aber man jetziger Zeit allda zu Speyer nicht annehmen will, die Præſentation auf den jetztmaligen Numerum geſchehen müßte, da wir dann wegen der Evangeliſchen Creyß-Stände und in unſerm Nahmen von Creyß-Ausſchreib-Amts wegen anderthalb Mann zu præſentiren hatten, ſintemalen wir dann euer Liebden auf mehrgedachtes Schreiben vom 24. Octobris mit wohlbegründeter Ausführung des Creyß-Herkommens beantwortet haben, wie aus dem copeylichen Inſchluß unſers de dato Waltenbuch den 25. Nov. des hingelegten Jahrs in

meh-

mehrerem zu erſehen; Als wollen wir uns nochmalen darauf bezogen haben, euer Liebden verſichernde, daß wir uns einiger unbefugten Prærogativ, wie wir von dero und denen ihrigen beſchuldiget werden, nicht anzumaſſen, ſondern allein, was uns von Rechtswegen zukommt, zu behaupten begehren, welches auch euer Liebden Herrn Vaters hochſeeligen Andenckens Liebden ſelbſten, neben übrigen Evangeliſchen Ständen des Creyſes, erkennet, wie aus denen copeylichen Beylagen deroſelben an uns den 9. Febr. und 5. Aug. Anno 1654. ſodann den 1. Febr. 1656. abgelaſſener Schreiben und daraus dieſes erhellet, daß zu einer vacirenden Aſſeſſorat-Stelle die geſammten Evangeliſche Stände des Creyſes, auſſer uns, ſich nur auf ein Subjectum zu vergleichen, und ſolches zu nominiren, wir aber proprio jure, ſo wir niemalen anders gewußt, als von Creyß-Ausſchreib-Amts wegen das andere zu benennen, darauf auch beyde zu præſentiren haben, welche Meynung und Intention dann auch alſobald in uſum & exercitium kommen iſt, daß nemlich zu Erſetzung der beyden denen Evangeliſchen Ständen des Creyſes nach dem Inſtrumento Pacis gebührenden Aſſeſſorat-Stellen von euer Liebden Herrn Vaters Liebden und übrigen Ständen A. C. jedesmals nur ein Subjectum uns ad præſentandum nominiret, und von uns noch eines adjungiret worden, allermaſſen die Exempla und Præjudicia mit Georg Bernhard Gölern von Ravenſpurg, D. Valentin Heidern zu Lindau, D. David Bergern ꝛc. klärlich ausweiſen.

So iſt auch bereits dieſes Præjudicium vorhanden, daß, wann einer von denen Præſentatis abgehet, es ſich keines andern Compræſentandi bedürffe, ſintemalen, als gedachter Göler von Ravenſpurg und D. Bayer in Anno 1655. præſentiret worden, jener aber ſeine Præſentation reſigniret hat, es bey dem D. Bayer allein verblieben, und an jenes Statt

keine

keine andere Nomination geſchehen, inmaſſen euer Liebden ſolches alles aus angezogenen Beylagen, wie auch anderen Schreiben und Concepten ſo dieſelbe ihro durch die ihrigen vorleſen laſſen würden, in mehrerem nach Genüge erſehen, und damit aus allem Irrthum ſich ſetzen werden.

Erſuchen demnach euer Liebden hiemit Freund-Vetterlich, ſelbige wollen ſich doch eines Beſſern berichten, und es bey dem Herkommen, auch, was demſelben bißher gemäß, von Uns hierinnen verhandelt worden, verbleiben laſſen, als welches weder euer Liebden noch übrigen Mit-Creyß-Ständen zu einigem Nachtheil gereichet, von uns auch zu Præjudiz und Schwächung unſerer Mit-Creyß-Stände Recht- und Gerechtigkeiten nicht gemeynet iſt; ſollte aber von euer Liebden, auch beſagten übrigen Creyß-Ständen, wie eure Liebden in dero Schreiben ſich vernehmen laſſen, ſolchem zuwider und zu Nachtheil unſeres wohl-hergebrachten Juris ichtwas vorgenommen werden, wollen wir uns hiemit deſuper ſolenniſſime proteſtando verwahret, und alle dienliche Mittel vorbehalten haben. Verbleiben damit ꝛc. Datum ut ſupra.

Lit. Z.

Extractus Creyß-Tags-Protocolli de Dato Ulm in Curia inter Evangelicos puncto Erſetzung der vacirenden Cammer-Gerichts-Stelle, den $\frac{7}{17}$ Febr. 1692.

Oettingen zu Oettingen nehme es ad referendum.

Stadt Augſpurg: wann von dem Hochfürſtl. Hauß Würtemberg oder ſonſten einig capable Subjectum wollte vorgeſchlagen werden, offerirte man ſich, weilen ohnedem der Formalien halben ein und anderes annoch bevor-

ſtehen-

ſtehendes denen Herren und Oberen zu hinterbringen; und da eine tüchtige Perſon da wäre, welche dieſem Officio ſich ſogleich unterziehen wollte, hätte man biß zu verbeſſerlichen Zeiten nicht zuzuwarten.

Hall, ingleichem.

Memmingen pariter, läſt es bey bißheriger Obſervatione des Aſſeſſorats.

Dünckelſpiel, Kaufbeuren, Giengen, Aahlen, Ulm, } cum præcedentibus.

Würtemberg: da ſich eine capable Perſon finden ſollte, welche ſogleich die Aſſeſſorat-Stelle wollte beziehen, könnte die Reflexion darauf gemacht werden, der Zeit wüſte man von keinem, als dem Heilbronniſchen Syndico Bruner. Nota, Nota: Seye Hn. Aſſeſſoris von Eyben Tochtermann, wobey referirt worden, daß ſich der Cantzler zu Quedlenburg, wie nicht weniger der Fürſtl. Baaden-Durlachiſche geheime Rath, Herr von Eſſen, darzu offeriren.

Lit. Aa.

Copia Schreibens von dem Hn. Herzogen zu Würtemberg an Herrn Præſidenten Beyſitzere des Kayſerl. Cammer-Gerichts zu Speyer, dd. Stuttgard den 25. Martii 1698.

P. P.

Euer Liebden, wie auch denen Herren und euch mögen wir hiemit nicht verhalten, daß auf die uns bereits den $\frac{10}{20}$ Nov. 1691. dem üblichen Herkommen nach geſchehenen Notification von dem tödlichen Ableiben des D. Erici

Mau-

Mauritii, als bey dem Kayſerl. und des Heil. Reichs Cammer-Gericht von uns und unſeren Mit-Ständen des Löbl. Schwäbiſchen Creyſes Augſpurgiſcher Confeſſion præſentirt geweſten Aſſeſſoris, wir nicht ermanglet, dieſer Stell wieder-Beſetzung halber mit übrigen Evangeliſchen Ständen dieſes Creyſes gleich damalen gebührend zu communiciren, mit deren Erklärungen es jedoch ſich der fürgewährten Kriegs-Troublen halber biß daher verzogen; nachdem wir aber bey letzterem allgemeinen Creyß-Convent es wieder urgiren laſſen, iſt ſich mit denenſelben dahin vereinbahret worden, daß zu Erſetzung der einen durch Abſterben ob-ermeldten D. Mauritii erledigt-denen Evangeliſchen Ständen des Löbl. Schwäbiſchen Creyſes competirenden Aſſeſſorat-Stelle der Hochgelehrte, unſer lieber Beſonder ... Schrag, beeder Rechten Doctor, und in die 20. Jahr Profeſſor Juris bey der Univerſitæt Straßburg, wegen ſeiner bekandten guten Qualitæt, Erudition und Geſchicklichkeit præſentiret werden möchte. Wie wir dann auch an deſſen angerühmter Capacitæt zu ſolcher Function keinen Zweiffel tragen, und dahero ohne weitere uns ſonſt als Evangeliſch-ausſchreibenden Fürſten zuſtehende *Adjunction* ihn für uns und im Nahmen mehr-gedacht-Evangeliſcher Stände dieſes Schwäbiſchen Creyſes hiemit præſentiren, der Hoffnung, er bey der ablegenden Relation und Præſtirung deſſen, was die Cammer-Gerichts-Ordnung in dergleichen Fällen erfordert, alſo werde befunden werden, daß man ihn zu ſolcher Aſſeſſorat-Stelle anzunehmen kein Bedenckens werde haben können. Verbleiben anbey rc.

Lit. Bb.

Propoſition in Conferent. Evangel. den 15. Jun. 1740. abgelegt.

Kurtze Nachricht von der wahren Beſchaffenheit des Rechts, einen Cammer-Gerichts-*Aſſeſſorem* von Seiten des Löbl. Schwäbiſchen Creyſes zu *præſentiren*.

Von Anno 1531. biß auf den Creyß-Tag de Anno 1556. wurden die Cammer-Gerichts-Aſſeſſores von den Creyß-Ausſchreib-Amtl. Fürſten allein ernannt und præſentirt; welchem Vor-Recht aber auf damaligem Creyß-Tag de Anno 1556. das erſtemal von Seiten den Herren Prælaten, Grafen und Städten contradicirt, damals aber, und beſonders in denen erfolgenden Jahren, das Hochfürſtl. Hauß Würtemberg ratione ſeines Vor-Rechts von denen Hochfürſtl. Baadiſchen Häuſern nachdrücklich ſecundiret worden, biß endlich ſowohl in Anno 1572. & 1577. per Receſſus Circuli der Modus, wie es deswegen ſolle gehalten werden, feſt-geſetzt und ſolcher dem hochpreißl. Cammer-Gericht dahin bekannt gemacht worden, daß jeder der Creyß-ausſchreibenden Herren Fürſten ein Subjectum jure ſingulari, die übrige Stände aber collectivo nomine gleichfalls eines zu nominiren und zu præſentiren befugt ſeyn ſollte.

Nachdeme ſich nun durch den Weſtphäliſchen Frieden die Sach dahin abgeändert, daß denen inſerirten Creyſen bey der geſetzten Anzahl von 50. Aſſeſſoren frey ſtehen ſolle, 2. der Cathol. und 2. der Evangel. ex parte unius & alterius zu præſentiren, dieſe Anzahl aber wegen ermanglender Salariorum nicht anders, als mit der Helffte bißhero erſetzt werden mögen, ſo iſt der erſte Caſus Anno 1654. ſolcher geſtalten exiſtiret, daß im Nahmen ſammt-

ſammtlich-Evangeliſcher Ständen D. Heider, und nomine des Hochfürſtlichen Hauſes D. Bayer præſentirt worden, & quidem in ipſo Conventu Circuli, welches auch in Anno 1698. bey Abſterben D. Mauritii in ipſo Circulo geſchehen, da auf einem Creyß-Tag D. Schrag von Straßburg per unanimia erwählt, und ohne weitere Adjunction præſentiret worden, nach deſſen Tod in Anno 1718. mit dem von Plœnies gleichfalls bey einem Creyß-Tag in Conferentia Evangel ſolitarie nomine Circuli & Ser. Domus ein Gleiches geſchehen.

Als in Anno 1670. nach dem Tod-Fall D. Bayers D. Mauritius im Nahmen des Hochfürſtl. Hauſes Würtemberg und der Ständen præſentirt, und demſelben D. Hofmann adjungiret worden, hingegen aber nachhero dieſer Letztere des Fränckiſchen Creyſes Præſentation angenommen, ſo wollte das Hochfürſtl. Hauß Baaden-Durlach an deſſen Statt einen von Gemmingen præſentiren, worüber ſich das Hauß Würtemberg beſchwert, und ſo viel erhalten, daß der von Gemmingen in Contradictorio der Urſachen gäntzlich abgewieſen worden, weilen D. Mauritius von Würtemberg und denen übrigen Ständen A. C. per majora erwählt, auch dem Cammer-Gericht primario præſentirt worden ꝛc.

Lit. Cc.

Pro Memoria.

Demnach die Wohl-Löbl. Reichs-Stadt Ulm mit Ziehung der ſich alſo nennenden correſpondirenden 6. Städten, Eßlingen, Nördlingen, Hall, Heilbronn, Memmingen und Lindau, die Nomination zu einem jederweilig vacirenden Evangeliſchen Aſſeſſorat bey dem hochpreißlichen Cammer-Gericht zeithero privative zu behaupten und die übrige ſowohl pure als mixtirte Evangeli-

ſche Reichs-Städte, Augſpurg, Reutlingen, Dünckelſpiel, Bieberach, Ravenſpurg, Kempten, Kaufbeuren, Yßni, Leutkirch, Giengen, Ahlen und Bopffingen, ipſo facto auszuſchlieſſen getrachtet hat, ſo befinden ſich letztere durch ſolche anmaßliche Excludirung um ſo mehr höchſtens gravirt, als

1.) Die Reichs-Ständiſche Gleichheit und das davon dependirende Jus votandi dadurch offenbahrlich bekräncket, und dagegen

2.) Ein in denen Reichs-Conſtitutionen nicht gegründeter Vorzug oder Præeminenz hierunter geſuchet wird, da doch

3.) Die Nomination zu denen Cammer-Gerichts-Aſſeſſoraten, vermög Inſtrumenti Pacis Weſtphalicæ, ſammtlichen Statibus Circulorum, nullo excluſo, zugelegt worden,

4.) Ermeldte Löbl. Städt zu deſſen Unterhalt, und ſonderheitlich auch zu denen Aufzugs-Koſten der diſſeitigen Præſentatorum, wie in ſpecie Anno 1726. geſchehen, gleich denen anderen das ihrige mit-contribuiren, und dahero auch

5.) Bey Ernennung eines Cammer-Gerichts-Aſſeſſoris ex generali ratione in allweg ſowohl in Comitiis als extra Comitia Circularia votando mit zu concurriren haben, welches auch

6.) Sowohl das Hochfürſtl. Hauß Würtemberg in zweyen ſub dato 3. Julii 1564. & 2. April 1718. an die Stadt Ulm, wie auch in einem ſub dato 19. Januarii 1692. an die Hochfürſtl. Würtembergiſche Creyß-Geſandtſchafft zu Ulm erlaſſenen Reſcriptis per formalia:

Mit anderen Mit-Bancks-verwandten Städten ꝛc. Mit eueren Mit-Bancks-verwandten Evangeliſchen Theils ꝛc. *Prævia Communi-*

municatione **mit unſeren übrigen Evangel. Mit Ständen ꝛc.** als auch

7.) Das Hochfürſtl. Hauß Baaden-Durlach in einem ſub Dato 30. Jun. 1718. an die Stadt Ulm abgelaſſenen Schreiben in verbis:

Mit denen übrigen euren Evangel. Bancks-Verwandten ꝛc.

unter welcher generalen Benennung alljegliche Evangeliſche Reichs-Städte ohne Unterſchied begriffen ſeyn, mehrmahlen agnoſciret, und dahero

8.) Die Stadt Augſpurg in Anno 1718. & 1730. ſolenniter darzu invitiret, auch reſpective um ihr Votum angeſucht, die Stadt Ulm aber

9.) Sub Dato 29. Octobris 1572. gegen Augſpurg ſelbſten declariret:

Daß ihr Gemüth oder Fürhaben nicht geweſen, auch noch nicht ſeye, ſie auch deswegen bey anderen ehrbaren Städten ungern angeſehen werden, als ob ſie ihres Theils jemand hinterrucks ohn Vorwiſſen anderer Löbl. Städten ***nominiren*** **wollten ꝛc.**

wie ſie dann auch ſub Dato 12. Julii 1564. an die Stadt Augſpurg ausdrücklich geſinnet:

Im Fall ſie von ihrer und gemeiner erbaren Stadt wegen ein ander Bedencken hätten, ſie deſſelben onverzogentlich in Schrifften zu berichten ꝛc.

welchen Declarationen zugegen nachgehends um ſo weniger eine widrige Obſervanz eingeführt werden können, als

10.) Die ſogenannte correſpondirende Städte dieſerwegen den geringſten Schein Rechtens nicht vor ſich haben, die übrige aber gegen ſolche anmaßliche Excluſion.

11.) Je und in alleweg, inſonderheit aber Anno 1564. 1571. & 1731. ſolenniſſime proteſtiret, und

12.) In Anno 1718. bey Ernennung des Herrn von Plœnies ſich würcklich wiederum in die Poſſeſſion ihres Voti deciſivi geſetzet; wie ſie dann auch

13.) Bey Vergeb- und Erſetzung anderer von der Nomination der Evangeliſchen Ständen dependirenden Functionen ſowohl in Comitiis Imperii, als Circuli, jederzeit ohne die geringſte Difficultæt in Conferentia Evangelicorum admittirt worden, und noch werden, auch

14.) Catholiſcher Seits dergleichen Diſtinction gäntzlich unbekandt, und eine durchgängige Gleichheit inter Civitates puras & mixtas hergebracht iſt, bey welchen Acten-mäßigen und legalen der Sachen Bewandtnüſſen man an Seiten obernannter Löbl. Ständten um ſo weniger hoffen will, daß die löbliche Stadt Ulm und Mit-Einſtimmende auf ihren ehevorigen Principiis, zum offenbahren Nachtheil der ſo höchſt-nöthigen Reichs-Städtiſch- und Evangeliſchen Vertraulichkeit, in dieſem gemeinſamen Werck länger beharren werden, als man all unverhoffenden widrigen Falls wider dergleichen unſtatthafft- und eigenmächtiges Verfahren ſich diſſeits nicht allein proteſtando feyerlichſt zu verwahren, ſondern auch, ſo ungern man auch hierzu ſchreitet, ſeine Reichs-Conſtitutions-mäßige Befugniß bey höchſter und allerhöchſter Behörde ſtandhafft zu retten ſich gemüßiget ſehen würde, wie ſie ſich dann hierdurch competentia & ſalutaria quævis zum voraus ſolenniſſime reſerviren, und gegenwärtiges pro Memoria ad ſalvandum ſalvanda declarationis communis nomine ad Protocollum zu nehmen bitten.

Wegen der Löbl. Reichs-Städte Reutlingen. Ludwig Bartholomäus Hertenſtein, Reichs-Stadt Augſpur-

lingen, Kempten und Aalen, *Vigore Subſtitutionis*, *D.* Joh. Sigmund Zeider, Reichs-Stadt Kaufbeuriſcher Abgeſandter.

ſpurgiſcher Raths-Conſulent und Abgeſandter.

Johann Gottlieb Gaupp, der Reichs-Stadt Biberach Burgermeiſter uud Abgeſandter, auch in Vertrettungs-Nahmen der Stadt Dünckelſpiel.

Eberhard Auguſt Georgii, J. U. L. Reichs-Stadt Ravenſpurgiſcher Syndicus und Abgeſandter.

D. Johann Sigmund Zeider, Reichs-Stadt Kaufbeuriſcher Abgeſandter.

Idem ex ſpeciali inſtructione Löbl. Reichs-Stadt Jßny.

Idem ex ſpeciali Inſtructione Löbl. Reichs-Stadt Leutkirch.

Daß vorſtehende Beylagen von Lit. A. biß Cc. denen in dem Creyß-Archiv befindlichen Actis von Wort zu Wort gleich-lautend befunden worden, wird hiermit atteſtiret. Stuttgard den 19. Octobris 1740.

(L. S.) Creyß-Cantzley.

Beylagen.

Zur Baaden-Durlachiſchen Beantwortung der Würtembergiſchen Deduction.

Num. 1.

Extractus Schwäbiſchen Creyß-Receſſus, Ulm Menſe Aprilis 1556.

Dieſer kan oben bey denen unterſuchten Beylagen *ſub Lit. D.* geleſen werden.

Num. 2.

Extractus Schwäbiſchen Creyß-Receſſus, Ulmæ Menſ. Januar. 1572.

Dieſer kan bey denen gegentheiligen Beylagen *ſub Lit. H.* eingeſehen werden.

Num. 3.

Extractus Schwäbiſchen Creyß-Receſſus dd. Ulm den 18. Januarii 1577.

Dieſer iſt ſchon oben bey denen Würtembergiſchen Beylagen *ſub Lit. I.* befindlich.

Num. 4.

Copia Schreibens von geſammtem Creyß-Ausſchreib-Amt an Hrn. Marggrafen zu Baaden-Durlach de Anno 1604.

Unſer freundlich Dienſt, auch was wir ſonſten mehr Liebs und Guts vermögen, allezeit zuvor, Hochgebohrner Fürſt! beſonders lieber Herr und Freund! auch freundlich lieber Oheim, Schwager, Bruder und Gevatter!

Wir laſſen euer Liebden per copias zukommen, was uns kurtz verfloſſener Tagen der Hoch- und Ehrwürdige, unſer beſonders lieber Herr und Freund, Herr Eberhard, Biſchoffe zu Speyer ꝛc. Kayſerl. Cammer-Richter, weyland Johann Melchior Drechſels, der Rechten Doctors, (welcher etliche Jahr an dem Kayſerl. Cammer-Gericht von wegen der Stände dieſes Löbl. Schwäbiſchen Crayß den Beyſitzer-Stand verweſen,) tödlichen Abgangs, dann auf fürderlicher Erſetzung ſeiner erledigten Stelle halben in Schrifften zu erkennen gegeben und begehret hat. Damit nun darauf in beſtimpter Zeit die Gebühr verhandelt und nichts

nichts verabſaumbt; Als werden ſich euer Lbd. vermöge uffgerichter Kraiß-Abſchiede mit dero **Mit-Bancks- und Religions-Verwandten Ständen**, einer gelehrten und qualificirten Perſon unverlengt zu vergleichen, und uns ſelbige angedeuter Verabſcheidung gemäß fürderlich und ſo ehiſt möglich zu benennen wiſſen. Wollten wir euer Liebden freundlich nicht verhalten, ſeynd daneben derſelben angenehmen Willen und Dienſt zu erzaigen genaigt. Datum den $\frac{20}{30}$ Aprilis Anno 1604.

Von GOttes Gnaden,
Jacob, Biſchove zue Coſtantz und Herr der Reichenaw ꝛc.
Friederich, Hertzog zue Würtemberg und Töck, Grave zu Mümppelgardt, Herr zu Haydenheim ꝛc.

Num. 5.

Copia Schreibens von geſammtem Creyß-Ausſchreib-Amt an den Hrn. Marggrafen zu Baaden-Durlach de Anno 1624. mit Würtembergiſchem poſt Scripto vom 20. Dec. ejusdem anni.

Unſer freundlich Dienſt, und was wir Liebs und Guts vermögen, zuvor, Hochgebohrner Fürſt! beſonders lieber Herr und Freund! auch freundlicher lieber Oheimb, Schwager und Gevatter!

Demnach des Herrn Churfürſten zu Trier Liebden als Cammer-Richter zu Speyer, uns das Ableiben weyland D. Carl Schreibers, in dieſes Craiſes Nahmens geweſenen Beyſitzers, zu erkennen gegeben, mit Andeuten, eine andere Perſon an ſeine Stelle, der Cammer-Gerichts-Ordnung gemäß, zu præſentiren, Inhalt deshalb an uns abgangenen

copeylich beyliegenden Schreibens, auch dahero in beſtimmter Zeit der ſechs Monath eine andere gelehrte oder adenliche geübte und qualificirte Perſon nunmehr ohneingeſtellt zu nominiren; So haben wir in Erinnerung des ſowohl gedachter Cammer-Gerichts-Ordnung als Herkommens nit unterlaſſen wollen, ſolches euer Liebden wie gegen anderen nachgeſetzten Ständen dieſes Craiſes auch geſchehen, zu communiciren, auf daß, wann euer Liebden ſamt dero **Mit-Bancks-Verwandten Stånd** vor dißmal ſich einer Perſon wegen anjetzo, vermög Craiß-Abſchieds von Anno 1577. bey der Catholiſchen Seiten beſtehender Alternativ verglichen, und uns nominiret, wir dieſelbe in ordentlicher beſtimmter Zeit Cammer-Richtern und Beyſitzern præſentiren, und ſie einen an des Abgeleibten Statt erwählen möchten, wollten wir euer Liebden freundlich nicht pergen, und ſeynd dero freundliche Dienſt zu erweiſen willig. Datum den $\frac{10}{20}$ Dec. Anno 1624.

Jacob, Biſchoff zu Coſtantz, Herr der Reichenau und Oeningen.

Johann Friederich, Hertzog zu Würtemberg und Teck, Graf zu Mümppelgardt, Herr zu Haidenheim rc.

Jacob, Biſch. Friederich, H. z. W.

Poſt Scriptum.

Auch Hochgebohrner Fürſt! freundlicher lieber Oheimb, Schwager, Sohn und Gevatter! dieweil euer Liebden aus dieſen geſammten Schreiben vernommen, daß es um eine anderwärtige Præſentation und Nomination zu einer Aſſeſſur an das Kayſerl. Cammer-Gericht auf Abſterben D. Carl Schreibers, ſo von dieſes Craiſes wegen vor dem præſentiret worden, zu thun, und euer Liebden aus dem Creyß-Abſchied von Anno 1577. bekandt, daß wegen damalen ver-

verglichener Alternativ vor dißmal zween von den Catholiſchen, einer aber Evangeliſchen Fürſten und Ständen zu præſentiren; Als erfordert die Nothdurft, auch Herkommen, auf ein taugliche wohl qualificirte Perſon zu gedencken. Erſuchen hierauf euer Liebden freundlich, uns ohnverlengt (dieweil die Zeit zu ſolcher Præſentation gröſſern Theils verfloſſen) ein dergleichen taugliche Perſon, da ſie dergleichen hätten oder wüßten, namhafft zu machen, darauf die weitere Gebühr haben zu verfügen, inmaſſen wir unſers Theils darnach zu trachten auch nicht abſeyn wollen; Beynebens könnten euer Liebden (wie vor dem bey dergleichen Begegtnüſſen ebenmäßig beſchehen) mit Graf Ludwig Eberhardten von Oetingen wegen der Evangeliſchen Graven und Herren auch communiciren, und haben wir eben dieſes die Stadt Ulm wegen der Evangeliſchen Städt auch aviſiret. Datum Stuttgardten den 20. Decembris Anno 1624.

Friederich.

Num. 6.

Copia Schreibens von der Stadt Ulm de Anno 1625. an Herrn Marggrafen zu Baaden-Durlach, welches die Nomination erläutert, wie hochgedachter Herr Marggraf ſowohl für ſich, als im Nahmen der geſammten Städte, die Nomination zu thun gehabt habe.

Durchleuchtiger, Hochgebohrner Fürſt! gnädiger Herr! Unſer unterthänig willig Dienſte ſeyen Euern Fürſtl. Gnaden voran bereit, gnädiger Herr!

Euer Fürſtl. Gnaden Schreiben de dato 10. hujus haben wir ſamt ſeinen Beyſchlüſſen zurecht empfangen, und geben Euer

Euer Fürſtl. Gnaden darauf unterthäniger Mainung zu erkennen, daß der Durchleuchtig hochgebohrne Fürſt und Herr, Herr Johann Friederich, Hertzog zu Würtemberg und Teck ꝛc. unſer gnädiger Herr, auch in Schrifften uns gnädiglich zu erkennen geben, wie daß Sr. Fürſtl. Gnaden und dero mitausſchreibenden Craiß-Fürſten, dem Hochwürdigen Fürſten und Herrn, Herrn Jacob, Biſchove zu Conſtantz ꝛc. unſeren auch gnädigen Herrn, der Hochwürdigſt Churfürſt und Herr, Herr Philipps Chriſtoph, Ertz-Biſchoff zu Trier und Kayſerl. Cammer-Richter zu Speyer, wegen Præſentirung einer andern qualificirten Perſon an ſtatt weiland Herrn Doctor Carl Schreibers, ſelbigen geweſenen Aſſeſſoris zu Speyer, neulicher Tagen zugeſchrieben, mit gnädigem Begehren, dieweil die Nothdurft erfordern wölle, fürderlich auf dergleichen qualificirte Perſon zu gedencken, und ſelbige zu præſentiren, damit Cammer-Richter und Beyſitzer auf fürfallenden Verzug nicht Urſach haben, für ſich ſelbſt einen andern an des Abgeleibten Statt zu erwählen, alles ferneren Inhalts obangedeuten Ihrer Fürſtl. Gnaden Schreibens. Wann wir uns denn des in Anno 1577. von gemeinen Ständen mehrernannts Schwäbiſ. Craiß gemachten Abſchieds, wie es mit Præſentirung der Beyſitzer gehalten werden ſolle, erinnert, ſo ſeynd wir dahin bedacht, beeden ausſchreibenden Creyß-Fürſten an Herrn D. Carln Schreibers ſeeligen Stadt den Ehrenveſten und Hochgelehrten Herrn Johann Ulrich Wolffen, beeder Rechten Doctorn und des Heil. Reichs Stadt Regenſpurg beſtellten Advocaten und Rathgeben, welcher uns dann von andern wegen ſeiner Geſchicklichkeit, erbaren Weſens, und ſonderlich dieweil er zu Speyer gebohren, zu ſolchen vacirenden Aſſeſſorat-Stand für qualificirt berühmt wird, uns auch nit anderſt bekandt iſt, im Nahmen der Augſpurgiſchen Confeſſion und Religion

gion zugethaner und hochermeldts Creyß zugeordneter erbaren Städt unterthänig zu nominiren. Bitten demnach auch hierauf Euer Fürſtl. Gnaden unterthänig, ſie geruhen an dero hohen Ort um erſtverſtandener Urſachen willen oftbeſagten D. Johann Ulrich Wolffen Perſon zu ſolchem Aſſeſſorat Stand an obernannts Carln Schreibers Statt nicht allein ſich gnädig belieben, ſondern auch hochgedachten ausſchreibenden Crayß-Fürſten in Euer Fürſtl. Gnaden und unſerer der Städt Nahmen ebenmäßig nominiren laſſen, zweivelt uns nicht, er D. Wolf, da er zu ſolchem Stand angenommen, ſich aller Gebühr ohnverweißlich zu verhalten wiſſen würde. Haben Euer Fürſtl. Gnaden wir unterthäniglich nicht bergen, und deroſelben uns zu Fürſtl. Gnaden in gleicher Unterthänigkeit empfehlen wollen. Datum den 24. Januarii Anno 1625.

Burgermeiſter und Rath der Stadt Ulm.

Num. 7.

Copia Schreibens vom Herrn Hertzog zu Würtemberg an Herrn Marggrafen zu Baaden-Durlach de Anno 1654.

P. P.

Euer Liebden erinnern ſich freundlich, was maſſen in dem zu Oßnabrugg publicirten Frieden-Schluß denen Evangeliſchen Fürſten und Ständen dieſes Löbl. Schwäbiſchen Craiſes nun hinführo an zwey der Evangeliſchen Religion zugethane Aſſeſſores an dem Kayſerl. Cammer-Gericht zu Speyer zu halten, auch nach deren von dem Fränckiſchen an beſagten dieſen Schwäbiſ. Craiß fallender Alternation den dritten zu adjungiren, verordnet und zugelaſſen worden. Wann nun für dißmalen ſolche zwey Aſſeſſorat-Stellen ohne ferneren Verzug und Aufenthalt dißfalls

zu

zu erſetzen ſeyn wollen, bevorab, da der in dem jüngſten Reichs-Abſchied zu gebührender Præſentirung feeners angeſetzte Termin ſtarck fürlauffet; Dahero wohl zu beſorgen, daß, da das Werck noch länger anſtehen verbleiben ſollte, die Herren Camerales ſelbſten ex officio ein oder andern Aſſeſſorem ihres Gefallens anzunehmen, weiters ſich nicht ſäumen werden; Als haben wir in Erinnerung deſſen allen nicht unterlaſſen wollen, ſolches euer Liebden hiemit freund-nachbarlich zu erkennen zu geben, nicht zweiflend, euer Liebden werden nunmehr derowegen ebenmäßig mit den übrigen Evangel. Bancks-Verwandten dieſes Creyſes nothwendige Communication pflegen, und darauf ein oder andere qualificirte dem geſammten Evangeliſchen Weſen wohlanſtändige Perſon, deren ſie ſich miteinander vereinigen werden, uns fürderlich namhafft machen, damit alsdann die Præſentation in beſtimmter ordentlicher Zeit gegen Cammer-Richter und Beyſitzern geſchehen, und hierinnen ſowohlen des Creyſes Herkommenheit, als die heilſame Verordnung des allgemeinen teutſchen Frieden-Schluſſes, in acht genommen werden möge. So wir euer Liebden nicht verhalten können, deren wir mit freundlichen Willen zu angenehmer Dienſt-Erweiſung wie allwegen bereit und willig verbleiben. Datum den 28. Novembris Anno 1654.

Num. 8.

Copia Schreibens vom Herrn Hertzog zu Würtemberg an Herrn Marggrafen zu Baaden-Durlach de Anno 1655. worinnen inſonderheit der Nomination mit denen Bancks-Verwandten gedacht wird.

P. P.

Euer Liebden haben wir zu vielen unterſchiedlichen malen

len Freund-Vetterlich zu erkennen gegeben, und ſonſten mit mehrerer Ausführung gantz beweglich remonſtriren laſſen, wie daß denen Evangel. Fürſten und Ständen dieſes Löbl. Schwäbiſchen Craiſes, nach Ausweiß klarer Diſpoſition des allgemeinen Frieden-Schluſſes, zween der Evangeliſchen Religion zugeordnete Adſeſſores an das Kayſerliche Cammer-Gericht zu beſtellen nunmehr gebühren, und weilen ſolche beede Stellen anjetzo vaciren, ſelbige ohne weiteren Aufzug nothwendig zu erſetzen, auch was euer Liebden neben übrigen Ständen des Creyſes für Subjecta hierzu altem Gebrauch nach fürgeſchlagen haben wollten, vor allen Dingen uns zu benennen ſeyn wollten, damit die fernere Gebühr darauf von uns nach jetziger Zeit Beſchaffenheit mit Ausfertigung des Præſentations-Schreibens verfüget werden möchte, und iſt zu ſolchem Ende dergleichen Notification von uns gegen euer Liebden zu allem Uberfluß erſt neulich mittelſt abgeloffenen Freund-Vetterlichen Schreibens unterm Dato den 28. Novembris des kurtz hingelegten 1654. Jahres mehrern ſeines Inhalts wiederholet worden. Wann wir uns nun hierauf einer zu dieſem ſo hoch wichtigen Werck wohlerſprießlichen und übriger Evangel. Stände dieſes Creyſes führender Intention-gemäſſen Erklärung zuverläßigen vertröſtet, ſolche aber biß annoch wider beſſer Zuverſicht nicht erhalten, und entzwiſchen nichts deſtoweniger die in jüngſterm Reichs-Abſchied angeſetzte Zeit ſo gar verſtreichet, daß mehrers nicht dann drey einiger Monath noch reſtiren, inner welchen faſt ohnmöglich iſt, die gehörige Præſentation mit qualificirten Perſonen, wann ſchon im übrigen alles ſeine Richtigkeit hätte, völlig und mit gutem Beſtand einzurichten; Als haben wir nicht unterlaſſen können noch ſollen, bey euer Liebden, mit Zuziehung der **Bancks-Verwandten**, deshalber um dermalige endliche Benennung der erforderten Perſonen hiemit nochmalen

len anzumahnen, inmaſſen wir uns ſicherlich getröſten, daß euer Liebden ferners hierinnen ſich nicht aufhalten, ſondern die verſtandene Nothdurft ohne weiters hinter ſich ſehen verfügen, auch nicht zugeben werden, daß diß gantze Werck, ſo neben andern mit unausſprechlicher hoher Mühe und Koſtbarkeit, ja mit Auffſetzung Land und Leut, Guts und Bluts denen geſammten Evangeliſchen zum Beſten erhalten worden, derſelben anjetzo auf einmal wieder aus Handen geſpielt, und anderen, ſo derſelben Intereſſe nicht ſo hoch erwägen möchten, überlaſſen werden müſſe. Dabey wir denn uns hiermit auf allen Fall gebührend verwahret haben wollen, da in fernerer Entſtehung gehöriger Reſolution einiges Ohnheil und Gefährlichkeit ſowohl denen geſammten Churfürſten und Ständen Augſpurgiſcher Confeſſion, als inſonderheit denen ſo hochbedrangten Evangeliſchen Ständen dieſes Craiſes, zuwachſen ſollte, inmaſſen bey dergleichen Bewandtnuß anders nicht zu hoffen ſeyn will, ſolches uns, als die wir ſo oft darumen angemahnt, und allerhand bewegliche Remonſtrationes und Vorſchläg von uns vernehmen laſſen, keinesweges imputiret noch einige Schuld derowegen zugemeſſen werden ſollte. Wollten alſo zu unſerer künftigen Entſchuldigung und mehrerer Befürderung des ſo höchſt angelegenen allgemeinen Evangeliſchen Intereſſe ſolches nochmalen euer Liebden wohlmeynend nicht verhalten, und verbleiben deroſelben wie allwegen zu Erweiſung aller wohl beliebenden Dienſten willig und bereit. Datum in Unſer Fürſtl. Reſidentz Stuttgard den 26. Januarii Anno 1655.

Num. 9.

Num. 9.
Copia Schreibens vom Herrn Hertzog zu Würtemberg an Herrn Marggrafen zu Baaden-Durlach de Anno 1669.

P. P.

Euer Liebden mögen wir nicht verhalten, daß von des Kayſerl. und Heil. Reichs Cammer-Gerichts zu Speyer Herrn Cammer-Richters Liebden und Beyſitzeren, vermittelſt eines ererſt den 30. Martii jüngſthin abgelaſſenen Schreibens, auf unſer vorhero beſchehenes Anmahnen uns nach Inhalt der Kayſerl. Cammer-Gerichts-Ordnung und jüngſten Reichs-Abſchieds notificiret worden, daß D. David Bayer, als bey ermeldtem Cammer-Gericht von der Augſpurgiſchen Confeſſion Verwandten des Schwäbiſchen Creyſes Fürſten und Ständen præſentiret geweſener Aſſeſſor, zeitlichen Todes verblichen, und alſo deſſen erledigte Stelle mit einem andern tauglichen Subjecto zu erſetzen ſey, deswegen uns ſelbige erſucht haben wollten, wir wollten ſolches unſeren Mit-Craiß-Verwandten Ständen, welche dißfalls zu præſentiren haben, denunciren, damit in der vermög der Cammer-Gerichts-Ordnung beſtimmten Zeit zu dieſer erledigten Stelle zwo oder drey beſagter Ordnung gemäß qualificirte Perſonen, auf daß hierinnen die Wahl nicht gar auſſer Acht bleibe, entweder aus dieſer Craiß-Lands Ort und Bezirck oder doch nächſt-angräntzenden Craiſen ernennet und præſentiret werden möge, wie euer Liebden aus der copeylichen Abſchrifft ermeldten Schreibens in mehrerm zu vernehmen haben. Wann dann nun für dißmal ſolche Aſſeſſorat-Stelle ohne fernern Verzug und Aufenthalt zu erſetzen ſeyn wird; Als haben wir auf ſolche obangeregte Notification nicht unterlaſſen wollen, ſolches euer Liebden hiermit freund-nachbarlich zu

erkennen zu geben, nicht zweiflende, euer Liebden werden nunmehr derentwegen mit den übrigen Evangeliſchen Ständen dieſes Craiſes zur Nomination ein oder anderer qualificirter dem geſammten Evangeliſchen Weſen wohlanſtändiger Perſon ſich miteinander vereinigen, und uns ſelbige fürderlich namhafft machen, damit alsdann die Præſentation in beſtimmter ordentlichen Zeit gegen Cammer-Richter und Beyſitzern geſchehen, und hierinnen ſowohl des Creyſes Herkommenheit, als die heilſame Verordnung des allgemeinen teutſchen Frieden-Schluſſes, in acht genommen werden möge, ſo wir euer Liebden nicht verhalten können, deren wir mit freundlichen Willen zu angenehmer Dienſt-Erweiſung willig und bereit verbleiben. Datum Stuttgard den 13. Aprilis 1669.

Num. 10.

Copia Schreibens von dem Hrn. Marggrafen zu Baaden-Durlach an Hrn. Hertzog zu Würtemberg dd. Carlsburg den 14. Junii 1669.

Unſern ꝛc.

Gleichwie wir auf euer Liebden wegen der bey dem Hochlöbl. Kayſerl. und des H. Röm. Reichs Cammer-Gericht zu Speyer durch tödliches Ableiben D. David Bayers ſeel. ledig wordender Aſſeſſorat-Stelle ſowohl, als auch der darauf deshalben von hochermeldten Cammer-Gerichts Hrn. Cammer-Richters Liebden und Beyſitzern unterm 30. Martii jüngſt an euer Liebden, als Evangel. Creyß-ausſchreibenden Fürſten, beſchehener Notification an uns unterm 13. folgenden Monaths April abgelaſſenes Schreiben nicht ermanglet, dem Herkommen, auch des Oßnabrückiſchen Frieden-Schluſſes, wie nicht weniger jüngſteren publicirten Reichs ſodann in Anno 1577. gemachten

Creyß-Abſchieden gemäß, die Sach mit unſeren Mit-Creyß-Verwandten Ständen Augſpurgiſcher Confeſſion nicht nur zu communiciren, ſondern auch wir uns mit denſelben, laut ihrer und in ſpecie von Oetingen den 27. beſagten Monaths April und dann von Ulm den 20. May lauffenden Jahrs an uns gethanen Erklärungen, zu Erſetzung ſolcher lediger Stell auf dieſe beede Subjecta, nemlichen und zwar 1) auf den Hochgelehrten unſern Hof-Rath und bisherigen lieben Getreuen, Sigmund Friedrich Scheiden, der Rechten Doctorn, ſodann 2) auf den gleichmäßig Hochgelehrten unſern lieben beſondern, Johann Graven, ebener maſſen der Rechten Doctorn, und euer Liebden bisherigen Profeſſorem Juris bey der Univerſität zu Tübingen, ihren nemlich bekandten Qualitäten halben vereinbahret; Alſo thun euer Liebden wir dieſelbige zu ſolcher vacirender Aſſeſſorat-Stelle obbeſchriebener maſſen in unſerm und bemeldten des Schwäbiſchen Creyſes Ständen Augſpurgiſcher Confeſſion Nahmen hiemit nominiren und benennen, nicht zweiflend, ſie Ihro beede beſagte, vermög des allegirten Oßnabrückiſchen Frieden-Schluſſes, auch jüngſt publicirten Reichs- ſodann gedachter Creyß-Abſchieden wegen gemeiner Ständen, in gebührender Zeit und gehöriger Orten zu præſentiren nicht zuwider ſeyn laſſen werden. Und nachdem wir in obbemeldter von des Hrn. Cammer-Richters Liebden und Beyſitzeren beſchehener Notification wahrgenommen, ob wollte man, neben deme ſolche Notification wider die Gebühr auch an des Hrn. Biſchoffs zu Coſtantz Liebden als einen Catholiſ. Creyß-ausſchreibenden und hierzu nunmehr excludirten Stand, dirigiret worden, auch bey ermeldten Kayſerl. Cammer-Gericht von dem angezogenen Inſtrumento Pacis und dem jüngern Reichs-Abſchied, krafft deren das Hochlöbl. Kayſerl. Cammer-Gericht gehalten, auch wann nur ein einiges qualificirtes Subjectum

præſentiret würde, ſelbiges anzunehmen decliniren, und wiederum zu Præſentir- und Erwählung verſchiedener Subjecten reflectiren; ſo erſuchen wir euer Liebden hiemit Freund-Vetterlich, zu vigiliren, damit hierinnen, wie nicht weniger wegen der andern Aſſeſſorat-Stelle, ſo die Evangel. Stände des Schwäb. Crenſes vigore Inſtr. Pacis annoch zu erſetzen haben, auch billig, weilen daran nicht nur dem Evangeliſchen Weſen ſelbſten, ſondern auch wohl-ermeldtem Löbl. Schwäbiſcheu Crenß, als der der ſtärckſte, und welcher mit den Cammer-Gerichts-Unterhaltungs-Geldern am zulänglichſten einhalten thut, mercklich gelegen, ohne längere Verzögerung erſetzet werden ſolle, nichts Gefährliches und Verfängliches möge aufwachſen. Verbleiben zugleich euer Liebden mit freundl. Willen zu angenehmer Dienſt-Erweiſung willig und bereit. Carlsburg ut ſupra.

Num. II.

Copia Schreibens vom Hn. Herzogen zu Würtemberg an Hn. Marggrafen von Baaden-Durlach de Dato Stuttgard den 20. Julii 1670.

P. P.

Euer Liebden wird annoch in gutem Angedencken hafften, welcher geſtalten auf D. David Bayers, bey des Kayſerl. und des H. Reichs Cammer-Gericht zu Speyer von denen Evangeliſchen des Schwäbiſchen Crenſes Fürſten und Ständen præſentirt geweſenen Aſſeſſoris tödliches Ableiben, und deswegen von des Hn. Cammer-Richters Lbd. und Beyſitzeren beſchehene Notification, beydes ſowohl von uns als euch im Nahmen geſammter Evangeliſchen Stände ſolchen Crenſes zwey Subjecta nominirt und præſentirt werden ſollen; als haben wir euer Liebden und der Stadt Ulm dem Herkommen gemäß

mäß ſolches hiemit zu dem Ende notificiren ſollen, ſelbige deſſentwegen mit den übrigen **Evangeliſchen Ständen** dieſes Creyſes zu Nomination **ein oder andern** qualificirten dem geſammten Evangel. Weſen, beſonders aber dieſem Creyß, wohl-anſtändigen Subjecti ſich vereinigen, und uns ſolches hiernächſt benamſen mögen, worauf wir alsdann die Præſentation inner beſtimmter Zeit gegen Cammer-Richtern und Beyſitzeren zu thun, und hierinnen ſowohl des Creyſes Herkommenheit, als auch die Verordnung des allgemeinen Teutſchen Friedens in obacht zu halten, ingleichem inzwiſchen auf ein Subjectum, ſo unſer Seits vorzuſchlagen, bedacht zu ſeyn, nicht ermanglen werden, womit wir euer Liebden zu Erweiſung angenehmer Freund-Vetter-und Brüderlicher Dienſte jederzeit willig und bereit verbleiben. Datum quo ſupra.

Num. 12.

Copia Schreibens an das hoch-anſehnliche Cammer-Gericht vom Hn. Herzogen zu Würtemberg de Dato 20. Julii 1670.

Unſer ꝛc.

Auf euer Liebden, der Herren und eure ſub Dato Speyer den 30. Martii dieſes lauffenden 1669. Jahr abgelaſſene Notification und Erſuchen, daß wir, welcher geſtalt D. Bayer, als bey dem Kayſerl. und des H. Reichs Cammer-Gericht allda von der Augſpurgiſchen Confeſſion præſentirt geweſener Aſſeſſor zeitlichen Tods verblichen, und alſo dieſe erledigte Stelle mit einem taugentlichem Subjecto wiederum zu erſetzen ſey, uns mit Creyß-verwandten Ständen, welche dißfalls zu præſentiren haben, denunciren wollten, damit inner beſtimmten Zeit der Cammer-Gerichts-Ordnung gemäß einige qualificir-

 lificir-

licirte Perſonen ernennt und præſentiret werden möchten, haben wir nicht unterlaſſen, als nach eingelangten obgedachten Schreiben, ſowohl des Herrn Marggrafen zu Baaden-Durlach Liebden, als auch Burgermeiſter und Rath der Stadt Ulm, dem Herkommen gemäß davon gehörige Apertur zu thun. Wann wir nun hierauf mit übrigen Evangel. Ständen dieſes Creyſes uns hierinnen dahin vereiniget, daß zu Erſetzung obbedittener vacanten den Evangeliſchen Ständen des Schwäb. Creyſes competirenden Aſſeſſorats-Stelle zwey Perſonen, nemlich der Hochgelehrte, unſer lieber getreuer, Johannes Grave, J. U. P. und Profeſſor Juris Canonici & Praxeos bey unſerer Univerſitæt Tübingen in die 16. Jahr lang, als welcher von Speyer von ſeinen Vor-Eltern her gebürtig, auch allda bey dem Kayſerl. Cammer-Gericht hiebevor in Praxi ſich gebrauchen laſſen, und dann der Hochgelehrte, unſer lieber beſonder, Sigmund Friedrich Scheidt, der Rechten Doctor, und Marggr. Baaden-Durlachiſcher Hof-Rath, welcher gleicher geſtalt am wohl-ermeldten Cammer-Gericht eine geraume Zeit practiciret, als welche man ihrer Erudition und Geſchicklichkeit halben für genugſam qualificirt und taugendtlich erachtet, præſentiret werden ſollten; als thun wir ſolche beede Subjecta für uns und im Nahmen mehr-gedachter Evangeliſcher Stände dieſes Schwäbiſchen Creyſes hiemit præſentiren, und werden euer Liebden, die Herrn und ihr nach ausgeſtandenem Examini, wo nicht beede, weilen ohne das zwo Aſſeſſorat-Stellen, ſo die Evangeliſche Stände des Schwäbiſchen Creyſes vigore Inſtr. Pacis zu erſetzen haben, jedoch den einen davon zum Aſſeſſorn zu erwählen und anzunehmen wiſſen. So wir euer Liebden, denen Herren und euch freundl. und günſtiger Meynungen nicht verhalten wollen, denen ꝛc. Datum &c.

Num. 13.

Copia Schreibens vom Hn. Herzogen zu Würtemberg an Hn. Marggrafen von Baaden-Durlach de Dato Ludwigsburg den 21. April 1718.

P. P.

Was geſtalten des Kayſerl. Reichs Cammer-Gerichts zu Wetzlar Cammer-Richters Amts-Verweſer, Præſidenten und Aſſeſſores uns den Todes-Fall des von Fürſten und Ständen dieſes Löbl. Schwäbiſchen Creyſes Augſpurg. Confeſſion allda præſentirt geweſenen Aſſeſſoris, Friedrich Schragen, zu dem Ende notificiret, damit auf beſchehene Communication mit unſeren Creyß-Mit-Ständen ſolche vacant gewordene Stelle mit einem andern qualificirten Subjecto denen heilſamen Reichs-Conſtitutionibus gemäß erſetzet werden möge, ſolches werden euer Liebden aus dem copeylichen Anſchluß in mehrerm erſehen. Wann dann nun alſo auf Wieder-Erſetzung ſolcher erledigten Aſſeſſorat-Stelle die ohnverzügliche Abſicht zu nehmen ſeyn wird; als haben wir uns nicht entbrechen mögen, euer Liebden die Freund-Brüderliche Eröffnung davon zu thun, nicht zweiflend, dieſelbe werden mit denen übrigen Evangeliſchen Ständen ſich wegen Nomination einer oder der andern qualificirten und dem geſammten Evangeliſchen Weſen wohlanſtändigen Perſon vereinigen, und uns ſelbige förderſamſt namhafft machen, damit alsdann wir dem Herkommen nach das Fernere beobachten, und mit der Præſentation in beſtimmter ordentlichen Zeit fürgehen mögen. Und verbleiben anbey euer Liebden zu Erweiſung all-angenehmer freund-Brüderlicher Dienſt-Gefälligkeiten

ten jederzeit willig und bereit. Datum Ludwigsburg quo ſupra.

Num. 14.

Copia Schreibens vom Herrn Herzogen zu Würtemberg an Herrn Marggrafen zu Baaden-Durlach dd. Ludwigsburg den 2. May 1718.

Unſern ꝛc.

Euer Liebden iſt bereits bekannt, was geſtalten nach Abſterben des von denen Evangeliſchen Ständen dieſes Löbl. Creyſes bey dem Kayſerl. und des Reichs Cammer-Gericht zu Wezlar præſentiret geweſenen Aſſeſſoris, D. Friderich Schargen, ſothane vacirende Stelle, denen Reichs Conſtitutionibus gemäß, wiederum zu erſetzen. Wann uns nun des Naſſau-Weylburgiſchen geheimen Raths- und Cantzley-Directoris von Plœnies Erudition und Geſchicklichkeit beſonders angerühmt worden, und dahero nicht zu zweiflen iſt, daß derſelbe ſothaner Stelle zu des Löbl. Creyſes Vergnügen mit allem Ruhm vorſtehen werde, als haben wir euer Liebden beliebiger Entſchlieſſung hiemit anheim ſtellen wollen, ob deroſelben bey Ernennung eines Subjecti auf gedachten von Plœnies die Reflexion zu nehmen gefällig ſeyn möchte, geſtalten wir alsdann die uns als Evangel. Creyß-ausſchreibenden Fürſten zuſtehende beſondere Nomination, jedoch ohne Præjudiz vor das Künftige, ebenmäßig um ſo mehrers auf ihn zu conferiren geneigt ſeynd, als dadurch viele Schwürigkeiten, welche ſich bey Præſentirung zweyer Subjectorum, da zumalen noch zur Zeit zu Eintrettung in die würckliche Gage keine Hoffnung zu machen, ereignen, evitiret und abgeſchnitten werden können.

nen. Und deroſelben verbleiben wir zu Erweiſung all-angenehmer freund-Brüderlicher Dienſt-Gefälligkeiten jederzeit willig und bereit. Datum Ludwigsburg quo ſupra.

Num. 15.

Copia Schreibens von dem Hn. Marggrafen zu Baaden-Durlach an Hn. Herzog zu Würtemberg dd. Carls-Ruhe den 15. Septemb. 1718.

Unſere ꝛc.

Wie euer Liebden wir letzthin in mehrerm zu erkennen gegeben, ſo haben auf dero an uns ergangene Freund-Vetterliche Notification von dem Abſterben des von denen Evangeliſchen Ständen dieſes Löblichen Crenſes bey dem Kayſerl. und des Reichs Cammer-Gerichts zu Wezlar præſentirt geweſenen Aſſeſſoris, D. Friedrich Schragen, wegen nothwendiger Erſetzung dieſer erledigten Stelle, wir das behörige an unſere Evangeliſche Mit-Stände ohne Anſtand gelangen zu laſſen nicht ermangelet, würden auch unſere Antwort ehender überſendet haben, wann nicht der Stadt Ulm Bericht, wie daß Nahmens ihrer und des mehrentheils dero **Mit-Bancks-Verwandten** der von euer Liebden recommendirte Naſſau-Weylburgiſche geheimde Rath und Cantzley-Director von Plœnies zu ſolch-vacirendem Aſſeſſorat nominiret worden ſey, ererſt vor wenigen Tagen uns zugeſchickt worden, und die gegen-Communication von ihro Liebden dem Fürſten zu Oettingen biß dato zurück geblieben wäre. Ob wir nun wohl, wie euer Liebden ſelbſten bekannt, nach der bißherigen Obſervanz und denen vormaligen Creyß-Schlüſſen beſtens befugt ſind, ein beſonders *Subjectum* nebſt demjenigen, welches die übrige Evangeliſche Stände des Creyſes erwehlet, zu

nominiren; ſo haben wir jedoch aus ſonderbaren Egard auf euer Liebden Recommendation und Vorſchrifft, und weil uns vorhin des von Plœnies Qualitæten bekannt gemacht worden, ſo, daß wir, wann euer Liebden gleich ein anders Subjectum zu præſentiren Vorhabens geweſen wären, auch die übrige Evangeliſche Stände ein anders ernennet haben würden, ihne dennoch vor **uns alleinig** nominiret hätten, nunmehro und um ſo viel mehr dem von Plœnies auch unſere Nomination hiermit für uns geben, und euer Liebden als Creyß-ausſchreibenden Fürſten deſſen Præſentation bey dem Kayſerl. und des Reichs Cammer-Gericht überlaſſen, zugleich aber, damit dieſes nicht ſowohl für eine freywillige Condeſcendenz, ſondern vielmehr und nicht anders als eine für **uns geſchehene bloß alleinige** *Nomination* angeſehen werden möge, hiemit ausdrücklich bedungen, und gegen alles Præjudiz und nachtheilige Conſequenz unſers ob-angeregten Rechtens der *Particular-Nomination* **hiemit feyerlichſt** *proteſtirt*, **auch uns unſere** *Jura* **vollkommen** *reſerviret*, mithin gegenwärtiges Exempel keineswegs anders angeſehen, oder weiters extendirt haben wollen; worbey wir verſichern, daß euer Liebden ſo viel nur ohne Abbruch des unſerm Fürſtlichen Hauß zukommenden Rechtens geſchehen kan, wir uns jederzeit gefällig zu bezeugen verlangen, als dero wir zu Erweiſung angenehmer Dienſte ſtäts willig und bereit verbleiben. Datum quo ſupra.

Num. 16.

Copia Schreibens vom Hn. Herzogen zu Würtemberg an Hn. Marggrafen zu Baaden-Durlach dd. Waltenbuch den 27. Sept. 1730.

P. P.

Was geſtalten der von uns Nahmens der übrigen Evangeli-

angeliſchen Fürſten und Ständen dieſes Löbl. Schwäbiſchen Creyſes in Anno 1718. zum Kayſerl. und Reichs Cammer-Gericht præſentirte Aſſeſſor, Joachim Georg von Plœnies, in dem den 17. abgeruckten Monats Aprilis verſammleten Pleno das Anſuchen gethan, daß er wegen abgenommener Leibes- und Gemüths-Kräfften, und weilen er ſich nicht mehr in dem Stande befinde, dem bißhero bekleideten Aſſeſſorat noch weiter vorzuſtehen, und die davon abhangende Geſchäffte zu verſehen, von denen Pflichten, womit er bißhero dem Kayſerl. und Reichs Cammer-Gericht zugethan geweſen, entbunden und dimittiret werden möchte; dahingegen er noch 6. Monat bey ſolchem Gericht verharren wolle, mithin uns ſolches ſowohl von ermeldtem von Plœnies ſelbſten, als auch von dem Kayſerlichen und Reichs Cammer-Gericht, vermöge der Cammer-Gerichts-Ordnung, zu Beobachtung weiterer Nothdurft und Ordnungsmäßiger Præſentation, notificirt und verkündet worden, ſolches werden euer Liebden aus denen copeylichen Anlagen in mehrerm zu erſehen belieben. Wann dann nun kein Anſtand zu nehmen ſeynd wird, ſothane vacirende Stelle hinwiederum mit einer qualificirten und dem Evangeliſchen Weſen wohl-anſtändigen Perſon zu erſetzen; ſo haben wir nicht ermangeln wollen, euer Liebden die freund-Brüderliche Eröffnung davon zu thun, damit dieſelbe ſich mit denen übrigen Evangeliſchen Ständen wegen Nomination eines oder des andern Subjecti vereinigen, und uns ſolches namhafft machen mögen, damit wir alsdann, dem Herkommen nach, das Weitere beobachten, und mit der Præſentation behörig fürgehen können. Anbey wir euer Liebden zu Erweiſung all-angenehmer Dienſt-Gefälligkeiten ſtäts willig und bereit verbleiben. Waltenbuch dem 27. Sept. 1739.

Num.

Num. 17.

Copia Schreibens vom Herrn Marggrafen zu Baaden-Durlach an Hn. Herzogen zu Würtemberg dd. Carls-Ruhe den 25. Jan. 1731.

Unſern ꝛc.

Euer Liebden haben wir den Empfang dero wegen des durch die Reſignation des Cammer-Gerichtlichen Aſſeſſoris, Joachim Georg von Plœnies, erledigten Evangeliſchen Aſſeſſorats dieſes Creyſes an uns zu erlaſſen beliebten Schreibens vom 27. Sept. 1730. unterm 26. Octob. des gedachten Jahrs, als um welche Zeit uns daſſelbe zu Handen gekommen, bereits verſichert. Gleichwie wir nun ab deſſen Beylagen erſehen haben, daß die Cammer-Gerichtliche Notification allſchon unterm 20. April des erſt-erwehnten Jahrs an euer Liebden abgegangen ſeye; ſo hätten wir zwar wünſchen mögen, daß euer Liebden uns davon dem Herkommen gemäß ehender Notiz zu thun gefällig geweſen wäre, inmaſſen die Sache dadurch dergeſtalt verzögert worden iſt, daß die Stadt Ulmiſche Declaration wegen der Evangeliſchen Reichs-Städte Nomination und Votorum, unſers öfftern Anmahnens ungeachtet, ererſt dieſer Tagen erfolget und uns zugekommen iſt. Alldieweilen aber gleichwohlen ſothane Declaration durch ein an uns erlaſſenes Schreiben nunmehro eingelanget, des Herrn Fürſten zu Oettingen Liebden auch ſchon vor geraumer Zeit uns dero Intention und Votum, mittelſt eines nicht weniger von deroſelben an uns abgelaſſenen Schreibens, worinnen ſie unſerm Vice Præſident, Friedrich Erdmann von Glaubitz, dero Votum privative geben, bekandt gemacht haben; ſo haben nach der bißherigen Obſervanz euer Liebden wir hiervon Eröffnung thun, ſolche beede

Schrei-

Schreiben deroſelben hiermit abſchrifftlich zuſenden, und nicht zweiflen wollen, daß, nachdeme derſelben Inhalt mit mehrerm äuſſert, daß die Majora vor gedacht unſern Vice-Præſidenten von Glaubitz, **den wir hiermit auch vor uns und unſere Hoch- und Löbliche Mit-Stände** nominiren, unſtrittig ausgefallen, euer Liebden hierauf ſolch billige Veranſtaltung zu machen belieben werden, damit in deſſen Conformität und nach vollkommenem Inhalt gedachter Nomination die Præſentation bey dem Cammer-Gericht von wegen derer geſammten Evangeliſchen Ständen des Löbl. Schwäbiſchen Creyſes ihren ungehinderten Fortgang gewinnen, zumalen aber dieſelbe wegen bereits verſtrichenen Termini beſtmöglichſt beſchleuniget werden möge, als warum euer Liebden wir hiermit Freund-Vetterlich erſuchen, dero wir übrigens zu Erweiſung all angenehmer Dienſte ſtäts willig und bereit verbleiben. Datum quo ſupra.

Num. 18.

Copia Schreibens von der Fürſtl. Würtembergiſchen Adminiſtration an die Fürſtl. Baaden-Durlachiſche Adminiſtration de Dato Stuttgard den 4. May 1740.

P. P.

Welchergeſtalten der von denen Fürſten und Ständen dieſes Löbl. Schwäbiſchen Creyſes Augſpurgiſcher Confesſion vor einigen Jahren zum Kayſerl. und Reichs Cammer-Gericht præſentirte Aſſeſſor von Glaubitz ſeine bishero bekleidete Stelle reſigniret, und dagegen die durch Abſterben des Aſſeſſoris von Ludolfs erledigte Chur-Pfältziſche Præſentation würcklich angenommen und angetreten habe, ſolches iſt uns von Cammer-Richter, Præſidenten und Asſeſſoribus zu Beobachtung weiterer Nothdurft und Ord-

nungs-

nungs-mäßiger Præſentation notificiret worden, (wie euer Liebden Liebden aus der copeylichen Anlage in mehrerem zu erſehen belieben werden.) Wann denn nun der zeitliche Bedacht dahin zu nehmen ſeyn möchte, ſothane vacirende Stelle hinwiederum mit einer qualificirten dieſes Creyſes insbeſondere kundiger und dem Evangeliſchen Weſen wohl anſtändiger Perſon zu erſetzen; ſo haben wir nicht ermanglen wollen, euer Liebden Liebden die Freund-Vetterliche Eröfnung davon zu thun, damit dieſelbe ſich mit denen übrigen **Evangeliſchen Ständen wegen** *Nomination* **eines oder des andern** *Subjecti* vereinigen, und uns namhafft machen möchten, um hierauf dem Herkommen nach das Weitere beobachten, und mit der Præſentation in beſtimmter Zeit behörig fürgehen zu können. Denenſelben anbey zu Erweiſung angenehmer Dienſt-Gefälligkeit ſtäts willig und bereit verbleibende. Stuttgard ut ſupra.

Num. 19.

Proteſtation, wie ſolche von der Hochfürſtlich-Baaden-Durlachiſchen Geſandtſchafft in der den 15. Junii 1740. gehaltenen Evangeliſchen Conferenz gegen die von der Hochfürſtl. Würtembergiſchen Geſandtſchafft gantz unvermuthet wider die Ordnung und Obſervanz in Propoſition geſtellte Nomination zu der vacanten Evangeliſchen Cammer-Gerichts-Aſſeſſorats-Stelle in continenti mündlich abgelegt, und hernach ſchrifftlich ad Protocollum geſchickt worden.

Nachdem man, als die Evangeliſche Conferenz dieſen Morgen angeſagt worden, in dem Hochfürſtl. Würtembergiſchen Quartier expreſſe nachfragen laſſen, auf was die-

ſelbe

ſ. be angeſehen ſeye? und, daß die Erſetzung derer vacanten Obriſten-Stellen bey denen Löbl. Baaden-Durlachiſchen Infanterie- und Würtembergiſchen Dragoner-Regimentern vorkommen würde, zur Antwort erhalten, auch, als man ante Seſſionem mit wohlermeldter Hochfürſtlich-Würtembergiſcher Geſandtſchafft zimliche Zeit über die Militar-Promotiones geſprochen, nicht nur von der Aſſeſſor-Stelle, daß man etwas davon in Propoſition zu bringen Vorhabens ſeye, kein Wort gedacht, ſondern im Gegentheil bloß derer Löbl. Evangeliſchen Stände Meynungen, wie der Vorſchlag den Herrn Obriſt-Lieutenant von Freudenberg zu Ruhe zu ſetzen am füglichſten zu bewerckſtelligen, zu vernehmen conveniret worden; So mußte man ſich billich wundern, daß Sachen von ſolcher Wichtigkeit wider alle Ordnung und Obſervanz, ohne einige vorläufige Communication, gantz unvermuthet zur Propoſition gebracht werden wollen, wo doch ſowohl nach dem bey dem Reich, als dieſem Hochlöbl. Creyß üblichen Stylo ſich gebühre, denen Geſandtſchafften von denen in Deliberation kommenden Materien vorher Nachricht zu geben, damit ein jeder, wie er ſein Votum nach der obhabenden Inſtruction einzurichten habe, überlegen könne. Uber dieſes gehöre die Nomination zu der vacirenden Aſſeſſorats-Stelle in keine Evangeliſche Conferenz, ſondern es habe bekandter maſſen nach der bisherigen Obſervanz das Hochfürſtl. Hauß Würtemberg die von dem hochpreißlichen Kayſerl. und Reichs Cammer-Gericht erhaltende Notification der vorgegangenen Apertur an das Hochfürſtl. Hauß Baaden-Durlach gelangen zu laſſen, und zu erwarten, was dieſes nach gepflogener Communication mit Löbl. Reichs-Stadt Ulm, als Directorial-Stadt, demſelben vor Subjecta hochbeſagtem Cammer-Gericht von wegen derer Hoch- und Löbl. Evangeliſchen Ständen zu der vacanten Stelle zu præſentiren benenne, ſofort dieſem hoch-

preiß-

preißlichen Judicio ſolche nebſt denjenigen, welches ihme als Creyß-ausſchreibenden Fürſten, falls keines unter jenen anſtändig, zu adnominiren erlaubt ſeye, bekandt zu machen, und demſelben anheim zu ſtellen, das Tüchtigſte zu erwählen, und zu ſeiner Zeit zu vociren; Wie denn noch letztlich in Anno 1731. bey erfolgter Reſignation des Hrn. Aſſeſſoris von Ploenies, unerachtet damalen wie jetzo ein Creyß-Convent darzwiſchen gekommen, es ſolchergeſtalten beobachtet, und an eine Evangel. Conferenz nicht gedacht worden. Da nun die Communicationes auf die nemliche Art, auch occaſione der gegenwärtigen Vacatur bereits geſchehen, und es bloß auf der Antwort von Löbl. Reichs-Stadt Ulm beruhet, ob die Löbl. Evangeliſche Reichs-Städte das von dem Hochfürſtl. Hauß Durlach nominirte Subjectum mit belieben, oder was ſie vor eines insbeſondere benennen wollen, mithin man dieſen von der Hochfürſtl. Würtembergiſchen Geſandtſchafft gantz neuerlich anmaſſenden, ſo ungewöhnlich als irregularen Modum tractandi nicht anders anſehen könne, als daß dieſelbe dadurch die Vota vor ihren Candidatum zu ſurpreniren, und ſowohl das Hochfürſtl. Hauß Durlach, als die Löbl. Evangeliſche Reichs-Städte per indirectum um ihr Jus nominandi zu bringen ſuche; ſo finde man ſich gemüßiget, dieſem denen geſammten Hoch- und Löbl. Evangeliſchen Ständen in ihrem Jure nominandi höchſt præjudicirlichen die bisherige Obſervanz invertirenden Unternehmen offentlich zu contradiciren, und dem Hochfürſtl. Hauſe Durlach alle rechtliche Nothdurfft dagegen feyerlichſt zu reſerviren, mithin gegen allen widrigen Vorgang quam ſolenniſſime zu proteſtiren, und ſich Extractum Protocolli zu ſeiner Legitimation auszubitten.

Hochfürſtl. Baaden-Durlachiſche Creyß-Geſandtſchafft,

Urküll.

Daß

Daß vorſtehende Proteſtation von der Hochfürſtl. Baaden-Durlachiſchen Geſandtſchafft ad Protocollum Conferentiale abgeleget, und dargegen von der Hochfürſtl. Würtembergiſchen Geſandtſchafft nachfolgende Reſervation und Verwahrung dahin mündlich gegeben worden, wie man zuvorderſt hiermit declariret haben wolle, daß man denen Hoch- und Löbl. Evangel. Ständen durch dieſen Vorgang in ihren habenden Juribus nichts zu præjudiciren gedencke, ſondern dieſelbe in ihrem Werth überhaupt beruhen laſſe, gleichwohlen aber ſich verbunden zu ſeyn erkenne, durch Beobachtung der älteren Vorgängen zu zeigen, daß man unter vorgehender Verwahrung dieſelbe auſſer Augen zu ſetzen ſich nicht wohl ermächtigen mögen; Gleichwie man aber ex ſpeciali inſtructione auf die Perſon des Regierungs-Raths und Abgeſandten Harpprechts anzutragen habe, anbenebenſt denen Löbl. Geſandtſchafften vor die bezeigte Deference den geziemenden Danck erſtatte, und nach dem abgefaßten Concluſo das Weitere an ſeine Behörde gelangen zu laſſen ohnentſtehen werde: alſo finde man ſich nur mit zweyen Worten gemüßiget, gegen all dasjenige, was von Seiten der Hochfürſtl. Baaden-Durlachiſchen Geſandtſchafft Widriges vorgebracht worden, ſich decenter zu verwahren, insbeſondere aber das von gedachtem hohen Hauſe zu prætendiren anſcheinende Jus nominandi ſingulare ſolenniſſime um ſo mehr zu contradiciren, als höchſtdemſelben nicht unbekandt ſeyn könne, daß ſolches bereits in Anno 1670. bey dem damals in der Perſon des von Gemmingen beſchehenen Attentato in Contradictorio verworffen, und das Hochfürſtl. Hauß Würtemberg in ſeinem Jure ſingulari, die übrige Evangeliſche Stände aber in ihrem Jure compræſentandi ſouteniret worden, de cœtero competentia quævis reſervando.

T. Creyß-*Secretarius*, J. L. Klotz.

Num. 20.

Copia Schreibens nomine Sereniſſimæ Adminiſtrationis an des Hrn. Hertzogen und Adminiſtratoris zu Würtemberg Durchl. dd. Carls-Burg und Carls-Ruhe den 23. Iunii 1740.

Unſere ꝛc.

Wir finden uns gemüßiget, euer Liebden hierdurch beſchwerend zu erkennen zu geben, was maſſen dero Creyß-Geſandtſchafft bey noch fürwährendem Creyß-Convent eine Evangeliſche Conferenz, unter dem Vorwand der Erſetzung einiger vacanten Militar-Bedienſtungen, letzthin veranlaſſet, dabey aber dero geheime Rath Zech, als welcher dieſer Conferenz alleine beygewohnet, daß mit ſothaner Conferenz etwas gantz anders, als die erſterwehnte Beſtellung dieſer Kriegs-Chargen, hauptſächlich intentiret werde, dadurch klärlich zu Tage geleget habe, da er wider die unſerm Geſandten zuvor gegebene Verſicherung die Sache wegen der erledigten Evangel. Aſſeſſorat-Stelle des Creyſes auf eine gantz ungewöhnliche und der bisherigen Obſervanz e diametro entgegen ſtehende Weiſe bey dieſer Conferenz, der von unſerer Geſandtſchafft darwider beſchehenen Vorſtellungen ungeachtet, in Propoſition und durch ſolch unvermutheten Vortrag es dahin zu bringen gewußt, daß dero Regierungs-Rath Harpprecht von denen meiſten Geſandtſchafften derer Evangeliſchen Städten, mit Vorbeygehung des hieſig Fürſtl. Hauſes, an welches ernannte Städte ihre Benennung fürderſamſt hätten gelangen, und demſelben die Nomination zu vollführen überlaſſen ſollen, zu gedachter Aſſeſſorat-Stelle würcklich benennet worden, wie ſolches euer Liebden ab der durch dieſes unförmliche Verfahren gedacht unſerer Geſandtſchafft abgenöthigten, von derſelben in continenti mündlich abgeleg-

ten,

ten, und hernach dem Creyß-Secretario ad Protocollum gegebenen Proteſtation mit mehreren Umſtänden zu erſehen belieben werden. Nun ſeynd wir zwar von euer Liebden bekandten Gemüths-Billigkeit vollkommen perſuadiret, daß dieſelbe, da ſolch ungebührliches Unternehmen an ſich ſo beſchaffen, daß zu deſſen Juſtificirung, nach derer vormaligen Würtembergiſchen Geſandtſchafften ſelbſt eigenem Bekänntniß, in denen Creyß-Actis nicht einmal ein Veſtigium zu finden, und alles, was zu anderen Zeiten von dergleichen ungeziemendem Beginnen tentiret worden, mit beſtändigen Proteſtationen und Oppoſitionen, mithin auſu & modo ad inferendam juris cujusdam poſſeſſionem, vel quaſi, plane invalido geſchehen iſt, wie euer Liebden aus einem dergleichen von der Würtembergiſchen ehemaligen Geſandtſchafft ex Actis erſtatteten, und nachmals Würtembergiſcher Seits bey Kayſerl. Cammer-Gericht unter der Hand ſelbſt diſtribuirten Bericht de Dato Ulm den 5. Febr. 1731. gütigſt zu erſehen belieben, und wir zu ſolchem Ende ſelbigen Kürtze halber hier beylegen wollen, zu einem ſolch widerrechtlichen Verfahren dero Einwilligung keinesweges gegeben, weniger dero Geſandtſchafft dergleichen etwas befohlen haben werden, können aber jedannoch, weilen daſſelbe unſers Fürſtlichen Hauſes Juribus allzunachtheilig, und denen geſammten Evangeliſchen Ständen zu künſtigem Præjudiz gereichen möchte, nicht umhin, die erwehnte von unſerer Geſandtſchafft in Conferentia Statuum Evangelicorum Circuli abgelegte abſchrifftliche beygehende von uns durchaus approbirte Proteſtation ihres Inhalts auch gegen euer Liebden allhier zu wiederholen, und gegen ſothanes Unternehmen mehr ermeldt dero Geſandtſchafft, wie hiermit beſchiehet, auf das feyerlichſte zu proteſtiren, und euer Liebden annebſt zu erſuchen, ſolch von mehr-gedacht dero Geſandtſchafft unternommenes, wider alle bis-

herige

herige Creyß-Obſervanz und derer Evangeliſchen Mit-Stände, beſonders auch des hieſigen Fürſtl. Hauſes in dergleichen Fällen wohl hergebrachte Jura lauffendes irregulaires Beginnen vollkommen zu caſſiren, und dagegen die gemeldten Stände, daß ſie ihrer Erklärung ratione eines zur Præſentation benennenden Subjecti förderſamſt an hieſig Fürſtliches Hauß, dem Herkommen und Obſervanz gemäß, bekandt zu machen hätten, anzuweiſen, auch ſodann der gewöhnlichen Nomination von uns in der erforderlichen Art zu gewärtigen, widrigenfalls euer Liebden uns nicht verdencken werden, daß auf ſolchen unverhoffenden anderwärten Fall wir dem hieſigen Fürſtl. Hauſe nicht nur quævis competentia auf das feyerlichſte hiermit reſerviren, ſondern auch zu Beybehaltung der diſſeitigen Gerechtſame alle hinlängliche Mittel ſodann würcklich zu ergreiffen und vorzukehren uns werden angelegen ſeyn laſſen; Inmaſſen wir dann zu deſſen Bewürckung auf ſothanen Fall hin, da wider Verhoffen auf dem in obig-erwehnter Conferenz Vorgegangenem beharret, und von der dabey unſtatthafft geſchehenen Nomination nunmehro etwan ferners zu einer würcklichen Præſentation, ohne Redreſſirung des Bisherigen, wollte geſchritten werden, wir, ſalva dicta noſtra Proteſtatione, in eventum und zu Abwendung mehrern Præjudizes von Seiten hieſigen Fürſtl. Hauſes, als welches, da euer Liebden das Directorium führen, die Evangeliſche Fürſten-Banck alleinig ausmachet, und dieſer Banck ihre Nomination mit keinerley Recht hintan geſetzet werden kan, den Sachſen-Gothaiſchen Hof-Rath N. N. Freyherrn von Riedeſel, hiermit wollen nominirt, und euer Liebden, um ſolchen dem Löbl. Cammer-Gericht als diſſeitigen Nominatum zu præſentiren, wie auch ſothane Præſentation ihme von Riedeſel gewöhnlicher maſſen zu ſeinem Verhalt bekandt zu machen, hierdurch erſuchet, anbey und nebſt dieſem

ſem aber gegen alles widrig geſchehene, oder etwan zu diſſeitigem Præjudiz noch geſchehende Unternehmen uns und hieſig-Fürſtl. Hauſe zugleich alles Rechtlich- und Dienliche nichts deſtoweniger beſter maſſen hiermit vorbehalten haben, die wir übrigens euer Liebden zu Erweiſung all angenehmer Dienſt-Gefälligkeiten ſtäts willig und gefliſſen verbleiben. Datum &c.

Beylage.

Poſt Scriptum der Hochfürſtl. Würtembergiſchen Creyß-Geſandtſchafft ad Sereniſſimum Ducem, ad Relationem 39. dd. Ulm den 5. Febr. 1731.

Auch

Durchleuchtigſter Herzog!
Gnädigſter Fürſt und Herr!

Sollen euer Hochfürſtl. Durchleucht auf höchſt-deroſelben an uns gnädigſt erlaſſenes Reſcript dd. Ludwigsburg den 29. paſſato (krafft deſſen wir unſern Acten-mäßigen Bericht, was ſowohlen der Schwäbiſche Creyß in corpore, als auch euer Hochfürſtl. Durchleucht in particulari bey Ernenn- und Præſentirung eines Cammer-Gerichts-Aſſeſſoris Evangeliſchen Antheils entweder vi Directorii Evangelici oder ſonſten ex alio capite vor ein Obſervanz-mäßige Competenz oder ſonſten fundirte Gerechtſame haben möchte) erſtatten ſollen, in Unterthänigkeit nicht verhalten, was maſſen bey dieſem Creyß wegen Ernenn- und Præſentirung eines Schwäbiſchen Cammer-Gerichts-Aſſeſſoris ſchon in dem 16. Seculo groſſe Irrungen und Diſputen entſtanden, welches endlich in Annis 1572. und 1577. dahin verglichen, und darüber verbindliche Creyß-Abſchiede und Receſſe errichtet

tet worden, daß ſowohlen Status Catholici einen, als Status Evangelici auch einen Aſſeſſorem denen ausſchreibenden Fürſten, nominiren, die Nomination des dritten Subjecti aber beeden ausſchreibenden Creyſes-Fürſten dermaſſen frey lediglich heimgeſtellt ſeyn ſoll, daß dieſelbe alternative beſchehe, dergeſtalt und alſo, wann die Zwey a Statibus nominirt, Coſtantz den Dritten, und hernach auf ſich wieder zutragenden Fall Würtemberg den Dritten nominire, welche Drey, vermög der Ordnung, als den Cammer-Richtern und Beyſitzeren, durch beede Creyß-ausſchreibende Fürſten im Nahmen gemeinen Creyſes præſentirt, und aus denenſelben auf erſtandenes Examen einer an des abgehenden Aſſeſſoris Stelle angenommen werden ſoll, von welcher Vergleichung und Abſchieden dem Cammer-Gericht, damit daſſelbe, weſſen ſich ſolches jederzeit zu verhalten wiſſen möge, eine Copia zugeſchickt, und daſſelbe erſucht worden, ſich dieſen Abſchieden gemäß je und allezeit zu erzeigen. Nach welchen Creyß-Abſchieden es von obiger Zeit an biß zur Zeit des Weſtphäliſchen Friedens-Schluſſes mit der Nomination und Præſentation zu denen vacant wordenen Cammer-Gerichts-Aſſeſſorats-Stellen je und allwegen uniformiter gehalten worden; Nachdem aber durch das Inſtrumentum Pacis Weſtphal. die Sache ratione Præſentationis ſich in ſo weit geändert, und denen mixtirten Creyſen zugeſtanden worden, daß jeder Religions-Antheil die Aſſeſſores ſeiner Religion allein præſentiren dörffe, ſo iſt es auch bey dieſem Creyß von ermeldter Zeit an mit der Præſentation eines Evangeliſchen Aſſeſſoris nach der Diſpoſition des Inſtrumenti Pacis dergeſtalten gehalten worden, daß, wann ex. gr. ein Evangel. Creyß-Schwäbiſcher Aſſeſſor abgegangen, ſolches euer ꝛc. als Evangeliſchen Creyß-ausſchreibenden Fürſten, von Cammer-Richter,

Richter, Præſidenten und Aſſeſſoren ſchrifftlich notificirt worden, damit von höchſt-denenſelben, mittelſt vorgängiger Communication mit dero Evangeliſchen Creyß-Mit-Ständen, zu ſolch vacirender Evangel. Aſſeſſorats-Stelle, der Cammer-Gerichts-Ordnung gemäß, wiederum ein qualificirtes Subjectum præſentirt werden möchte, welches auch bey einer erledigten Catholiſchen Aſſeſſorats-Stelle gegen des Hn. Biſchoffen zu Coſtantz Hochfürſtl. Gnaden auf gleiche Weiſe beobachten wird. Bey welchem Modo Communicationis, wann es eine Evangeliſche Vacatur betroffen, jederzeit dieſes Obſervantiæ geweſen, daß euer ꝛc. ſowohlen des Hn. Marggrafen zu Baaden-Durlach Hochfürſtl. Durchl. als auch der Stadt Ulm, nebſt Beylegung des von dem Cammer-Gericht an höchſt-dieſelbe erlaſſenen Notifications-Schreibens, von der ſich ereigneten Vacatur einer Evangel. Creyß-Schwäbiſchen Aſſeſſorats-Stelle zu dem Ende Communication gethan, damit dieſelbe ſich mit denen übrigen Evangel. Mit-Ständen und reſp. Bancks-Verwandten Evangel. Theils wegen Nomination eines oder des andern Subjecti vereinigen, und euer ꝛc. ſolches namhafft machen mögen, ſo mithin dieſelbe dem Herkommen nach ſodann das Weitere beobachten, und mit der Præſentation behörig fürgehen könnten, welches dann ſolchergeſtalten jederzeit beobachtet worden, ſowohl von des Hn. Fürſten zu Oettingen Fürſtl. Durchl. als auch von der Stadt Ulm, Nahmens der Evangeliſchen Reichs-Städten die ſchrifftliche Nominationes an des Hn. Marggrafen zu Baaden-Durlach Hochfürſtl. Durchl. abgelaſſen, von höchſt-denenſelben aber ſowohl vor ſich, als Nahmens der übrigen Evangeliſchen Stände, die von denenſelben nominirte Subjecta euer ꝛc. ad præſentandum namhafft gemacht worden, worüber ſodann euer ꝛc. nicht nur die von

ſammtlichen Statibus Evangelicis nominirte Perſonen, ſondern auch, wann hoͤchſt-dieſelbe mit denenſelben ratione Nominandorum ſich nicht vergleichen koͤnnen, noch ein anders vor ſich und ſeorſim proprio jure als Creyß-ausſchreibender Fuͤrſt, oder aber, wann euer ꝛc. circa Subjectum nominandum mit denen uͤbrigen Evangeliſchen Staͤnden ſich vergleichen, daſſelbe ſowohl vor ſich, als auch Nahmens ihrer uͤbrigen Evangeliſchen Creyß-Mit-Staͤnden, dem Cammer-Gericht præſentiret haben; wie dann dieſer Modus communicandi & nominandi bey gegenwaͤrtiger Vacatur einer Evangel. Creyß-Schwaͤbiſchen Aſſeſſorats-Stelle eben auf die Weiſe beobachtet worden, da nemlich von der Stadt Ulm (wie wir juͤngſthin in unſerer 37. unterthaͤnigſten Relation vom 26. paſſato bereits unterthaͤnigſte Erwehnung gethan) die Nomination Nahmens des Reichs-Staͤdiſchen Collegii Evangeliſchen Theils an des Hn. Marggrafen zu Baaden-Durlach Hochfuͤrſtl. Durchl. wuͤrcklich geſchicket worden, ohne zu wiſſen, ob von des Hn. Fuͤrſten zu Oettingen Fuͤrſtl. Durchl. ein Gleiches geſchehen, oder wer von denenſelben ihrer Seits darzu nominirt worden seyn moͤchte. Welchemnach dann zu erwarten ſtehet, was mehr-hochgedacht Se. Hochfuͤrſtl. Durchl. zu Baaden-Durlach ratione Nominationis an euer ꝛc. werden gelangen laſſen; inzwiſchen haben wir ſchon-bemeldtes von der Stadt Ulm an des Hn. Marggrafen zu Baaden-Durlach erlaſſenes Nominations-Schreiben unter der Hand, und alſo nicht von denen Stadt-Ulmiſchen Creyß-Deputatis, communicirt bekommen, und welches wir ſub Signo ☉ gehorſamſt anlegen ſollen, woraus zu erſehen, wie die Evangeliſche Staͤdte nebſt dem von Glaubitz auch den Regierungs-Rath von Lyncker und den Noͤrdlingiſchen Raths-Conſulenten Lt. Scheidt, mithin

3. Per-

3. Perſonen zu einem Aſſeſſore nominirt haben, welchem wir annoch dieſes gehorſamlich anfügen wollen, daß, ob wir zwar anfangs geglaubt, es werde die Stadt Ulm mit ihren ſammtlichen Bancks-Verwandten Evangeliſchen Antheils über dieſe Materie communicirt haben, wir jedoch hernach vernommen, daß beſagte Stadt Ulm mit noch 6. anderen Reichs-Städten, benanntlich Eßlingen, Nördlingen, Hall, Heilbronn, Memmingen und Lindau, hergebracht zu haben prætendiren, daß dieſe allein bey der Nomination eines Cammer-Gerichts-Aſſeſſoris zu concurriren befugt, die übrige Evangeliſche Städte aber davon ausgeſchloſſen ſeyn ſollen: auf welche Art und Weiſe es auch bey der gegenwärtigen Nomination gehalten worden iſt. Wir vernehmen aber äuſſerlich, ob ſollte dieſes Vor-Recht obbemeldten 7. Städten von den übrigen Evangeliſchen Reichs-Städten diſputirlich gemacht, und bereits dagegen von der Stadt Augſpurg Evangel. Theils bey der Stadt Ulm eine Proteſtation eingeleget worden ſeyn, dahero es geſchehen könnte, daß vielleicht von ermeldtem Augſpurg und denen übrigen Evangeliſchen Städten bey uns dißfalls eine formliche Anzeig geſchehen dörfte, worüber, wann ſolches erfolgen ſollte, die weitere Meſures zu nehmen ſeyn würden. Und dieſes, gnädigſter Fürſt und Herr! was wir von der Obſervanz ſowohlen circa Modum communicandi & nominandi, als auch circa præſentationem ipſam und des euer ꝛc. dabey nicht zwar vi Directorii Evangelici, ſondern qua Evangel. Creyß-ausſchreibenden Fürſten competirenden Juris ſingularis & præcipui hierinnen umſtändlich bemercket haben, iſt zu verſtehen und in Actis gegründet, wann der Caſus Nominationis auſſerhalb deren allgemeinen Creyß-Conventen ſich ereignet hat. Wie es aber in ſolchen Fällen, wann die Nomination durante

ipſo Conventu geſchehen, (wie ſolcher gegenwärtig exiſtiret,) gehalten worden ſeyn möchte, davon iſt zwar in denen Actis kein Veſtigium zu finden, auſſer daß in Anno 1718. da der letzthin reſignirte Creyß-Schwäb. Evangel. Aſſeſſor von Plœnies von euer ꝛc. denen Evangeliſchen Mit-Ständen zur Nomination vorhero recommendirt geweſt, höchſt dero damalige Geſandſchafft, nemlich der verſtorbene ſeel. geheime Rath Frommann und jetzt der geheime Rath Weinreich durante Conventu Circuli die Sache in eine Evangeliſche Conferenz gebracht, und in ſolcher, wiewohlen unter beſtändigen Proteſtationen und Oppoſitionen der Baaden-Durlachiſchen Geſandtſchafft und Stadt Ulm, auch ſonſten unter vielen verdrüßlichen Begebenheiten, endlich mit harter Mühe denen übrigen die Majora vor den von Plœnies erhalten haben; welches alles wir auf euer ꝛc. Eingangs-bemerckten gnädigſtes Reſcript ſtatt unſers gnädigſt erforderten unterthänigſten Berichts in Unterthänigkeit zu referiren gehorſamſt unermanglen, beneben aber auch in tieffeſter Submiſſion verharren ſollen, ut in Relat. hum. Ulm den 5. Februarii 1731.

Copia Schreibens nomine Sereniſſimæ Adminiſtrationis an des Hn. Herzogen und Adminiſtratoris zu Würtemberg Hochfürſtl. Durchl. dd. Carls-Burg und Carls-Ruhe den 21. Julii 1740.

P. P.

Aus euer Liebden unterm 9. hujus an uns erlaſſenen und uns geſtern inſinuirten Antwort-Schreiben haben wir erſehen, was maſſen dieſelbe dasjenige, was auf Veranlaſſen dero Creyß-Geſandtſchafft bey noch fürwährender

der Verſammlung zu Ulm wegen Erſetzung der erledigten Evangel. Cammer-Gerichts-Aſſeſſorat-Stelle in einer Evangeliſchen Conferenz, der Ordnung und unſers Fürſtl. Hauſes wohl-hergebrachten Rechten zuwider, unſtatthafft gehandelt worden, zu rechtfertigen, und gedacht-unſerm Fürſtl. Hauſe das ihm dabey beſonders competirende Jus nominandi proprio & reliquorum Conſtatuum nomine bey jetziger Vorfallenheit keines wegs einzuſtehen gemeynt ſeyen, anbey die von dero Creyß-Geſandtſchafft in dicta Conferentia fürgebrachte Reproteſtation gegen uns wiederholet werden wolle. Wir hätten uns einer beſſern Würckung bemeldt-unſerer euer Liebden gemachten Vorſtellung ihrer in ſich haltenden Erheblichkeit nach allerdings verſehen, müſſen uns alſo bey dieſem unvermutheten widrigen Erfolg auf ſothanes unſer voriges Schreiben, und was wir zu Abwendung des unſerm Fürſtl. Hauſe und der Evangel. Fürſten-Banck hierunter intentirten Præjudizes darinnen angeführet, hiemit nochmalen feyerlichſt beziehen und annoch eines anderweitigen Præſentations-Schreiben ad Cameram Imperialem & Imperii vor unſern und der Evangel. Fürſten-Banck Nominatum, den Baron von Riedeſel, uns gewärtigen wollen, in welches Ausbleibung wir nicht unterlaſſen können, was zu Aufrechthaltung erwehnt-unſers Fürſtl. Hauſes und der Evangel. Fürſten-Banck Gerechtſame und Befugniß in dieſer Sache erforderlich iſt, behöriger Orten zu beobachten und vorzukehren, werden uns auch, um deſſen zuſtändiges Jus ungekränckt, und die ſowohl in denen Reichs- und Creyß-Satzungen vorgeſchriebene, als in der hergebrachten Obſervanz beſt-gegründete Ordnung in dergleichen Cammer-Gerichtlichen Aſſeſſorats-Nomination und Præſentation aufrecht zu erhalten, ferners nach erheiſchender Nothwendigkeit um

ſo

ſo eyfriger angelegen ſeyn zu laſſen uns nicht entbrechen können, als zumalen aus obangezogenem euer Liebden Antwort-Schreiben abzunehmen iſt, daß auf die von uns beſchehene Nomination des Freyherrn von Riedeſel im geringſten keine Reflexion in Præſentatione gemacht, und der Evangeliſche Fürſten-Banck ein ſehr gefliſſentliches Præjudiz zuzuziehen ſich angemaſſet werden will.

Copia des an des Herrn Hertzogen und Adminiſtratoris zu Würtemberg Durchl. von Sereniſſima Adminiſtratione dd. Carls-Burg und Carls-Ruhe den 10. Octobris 1740. erlaſſenen Antwort-Schreibens.

P. P.

Euer Liebden unterm 7. dieſes Monaths in der bekandten Aſſeſſorats-Sache an uns zu erlaſſen beliebtes Schreiben hat uns des Mehrern zu erkennen gegeben, was dieſelbe auf das unſerige vom 21. Julii nächſthin in eben dieſer Sache ferner, und zwar ſehr beſchwerend, an uns gelangen zu laſſen belieben wollen; Da wir aber mit Wahrheits-Grund bezeugen können, daß wir bis anhero keine andere Abſicht gehabt, und noch haben, als unſers Fürſtl. Hauſes und derer übrigen Evangel. Creyß-Stände bekränckte Jura gegen unternehmende befremdliche und gantz ſichtbarliche Eingriffe zu retten, und das uns und denſelben zuſtoſſende Præjudiz abzuwenden, dabey aber dem Evangeliſchen Creyß-Directorio ſowohl, als auch dero Fürſtl. Hauſe in ihren gebührenden Juribus den geringſten Eintrag nicht zu thun, ſo ſeynd wir der guten Zuverſicht, es werden euer Liebden die von uns gefaßte widrige Gedancken gerne ſincken laſſen, vielmehr aber in hoch-vernünftige Erwägung ziehen, daß, da wir uns durch die beſchehene Nomination des Freyherrn

von

von Riedeſel des habenden Rechtens unter denen Evangeliſchen Fürſten zwey Vota zu führen, und vermittelſt derſelben dieſe Nomination von Fürſten-Bancks wegen zu verrichten bedienet, wir euer Liebden mittelſt der angeſonnenen Præſentation deſſelben ja nichts Beſchwerliches haben aufbürden können, da zumalen dem Cammer-Gericht allezeit frey ſtehet, dieſen oder einen andern von denen Præſentatis, welchen es der ihme vorgeſchriebenen Maaſe nach am tauglichſten findet, zu recipiren, hingegen aber unſer Fürſtl. Hauß durch die beſchehene Excluſion deſſen Nominati, mittelſt der von dem geheimen Rath Zechen bey dem letztern Creyß-Convent anmaßlich veranlaßten unſtatthaften Conferenz, gantz empfindlich lædiret worden iſt, geſtalten unſer Fürſtl. Hauß durch deſſen zwey beſondere Vota auf erſterwehnter Fürſten-Banck dermalen der Evangeliſchen Fürſten-Banck ihr habendes Recht zu beſorgen hat. Euer Liebden ſeynd neben dem allzumild berichtet, daß der Vertrag de Anno 1577. und die poſt Pacem Weſtphal. hierauf gefolgte Obſervanz in nichts anders beſtehe, als daß ſammtlich Evangeliſchen Hoch-und Löbl. Ständen das Recht zuſtehe, nur ein Subjectum conjunctim zu nominiren, dem Evangeliſchen Creyß-Directorio aber zukomme, noch ein beſonderes Subjectum proprio jure zu præſentiren, allermaſſen, ſo viel das erſtere betrifft, das Gegentheil ſowohl aus denen Cammer-Gerichts-Ordnungen, worinnen der Modus præſentandi auch inſonderheit unſerm Fürſtl. Hauſe mit zugeeignet wird, als denen Verträgen de Annis 1556. 1557. & 1572. gantz heiter zu Tage lieget. Des andern halber iſt nach denen Cammer-Gerichts-Ordnungen Annorum 1500. 1507. und 1555. und denen Reformations-und Reichs-Abſchieden 1531. & 1570. ausdrücklich verſehen, daß bey einer jeden Aſſeſſorats-Erſetzung 2. 3. bis 4. Subjecta der Reichs-Cammer præſentiret werden mögen.

gen. Auch ſollen und werden alle dieſe Verordnungen durch den Receſſum noviſſimum, welcher wegen dem damaligen Mangel gelehrter und geſchickter Leute und wegen denen vorher gegangenen harten Kriegs-Zeiten geſtattet, daß auch ein præſentirtes tůchtiges Subjectum a Camera angenommen werden můſſe, keinesweges aufgehoben, ſondern viel mehrers dadurch beſtåttiget. Vorgedachte Reichs-Geſetze behålt auch der Creyß-Receſs de Anno 1577. zum Grunde, allermaſſen vermôg deſſelben 3. tůchtige Subjecta von ſammtlichen Statibus Circuli benennet werden můſſen. Obwohlen nun immittelſt durch den Weſtphåliſchen Frieden die Sache dahin geåndert worden, daß die Catholiſche Stånde die Catholiſchen Aſſeſſores, und die Evangeliſche Status die Evangeliſchen Aſſeſſores denominiren, ſo wird jedoch dadurch der Numerus derer zu benennen zugelaſſenen Subjectorum nicht eingeſchrånckt, ſondern es bleibet denen beyden Evangeliſchen Båncken der Fůrſten und derer Reichs-Stådte, ob ſie gleich dem Evangel. Creyß-Directorio aus ihrem eigenen Gutfinden ein Subjectum zu adjungiren bewilliget haben, wie vorhin frey, eines oder mehr diverſe Perſonen zu jeglicher vacirenden Stelle zu benennen; Und zwar ſolle dieſe Benennung ſo geſchehen, daß, wann die Vacanz an unſer Fůrſtl. Hauß in gehôriger Ordnung gebracht iſt, wir ſolche weiters denen Evangeliſchen Stådten, oder, welches einerley iſt, der Stådte Banck erôffnen, und ihrer Entſchlieſſung ůber ein Subjectum præſentandum erwarten, wobey uns allezeit indifferent iſt, ob und welche Evangel. Stådte unter ſich ihre Vota ſingulatim geben? auch ob ſie auf unſere oder anderweitige Recommendationen reflectiren wollen? Dieſes uns von denen Stådten nominirte Subjectum aber haben wir allezeit mit dem von wegen der Fůrſten-Banck per Majora beliebten Subjecto, wenn ſich die Stådte nicht mit ihnen vereiniget haben, dem

Evan-

Evangel. Creyß-Directori zu benennen, welcher ſodann die in ſolcher Ordnung Nominirte zu præſentiren hat, keinesweges aber weder durch die Reichs-Geſetze, Cammer-Gerichts-Ordnung noch die Verträge und Obſervantiam berechtiget iſt, entweder dem durch die Majora bey dem Fürſten-Banck Nominato, oder einem von denen Löbl. Städten ernennten Subjecto eine Excluſivam, wie ſich jetzo neuerlich angemaſſet wird, zu geben; Darum euer Liebden weder von Creyß-Ausſchreib-Amts, noch des Vormundſchaftlichen Fürſtl. Hauſes wegen ſich zu beſchweren einige rechtmäßige Urſache finden werden, ſo lange die Adjunction und Compræſentation eines beſondern Subjecti, wie dieſe füglich geſchehen kan, nicht in Conteſtation gezogen wird.

Gleichwie aber vornemlich die oben gedachte Conferenz der Herkunſt und unſers Fürſtl. Hauſes, auch übriger Evangel. Stände wohl fundirtem Recht Schnur-ſtracks entgegen ſtehet, unſer Fürſtl. Hauß auch, ſo oft etwas demſelben dißfalls zuwider tentiret werden wollen, jederzeit dagegen proteſtiret, contradiciret, und damit deſſen Gerechtſame ſalviret, die ehemalige Würtembergiſche Creyß-Geſandtſchafft auch, wie euer Liebden wir bereits bekandt zu machen die Ehre gehabt, als von Ihro in Anno 1731. in dergleichen Nominations- und Præſentations-Beſchaffenheit ein Acten-mäßiger Bericht, welcher hernach zu Wetzlar unter der Hand diſtribuiret worden, erfordert wurde, die Validität ſothaner Obſervanz und Nichtigkeit des bey jeweiligen Creyß-Verſammlungen einzuführen ſich angemaßten neuerlichen Modi nominandi & præſentandi ſelbſten erkannt hat, zumalen aber die letztere in dieſem Jahr zu Ulm unternommene Evangel. Conferenz, da dieſelbe von euer Liebden Geſandtſchafft unter dem Vorwand der Erſetzung einiger Militar-Bedienſtungen mit gäntzlicher Verſchweigung der von derſelben intendirten Nominations-

Sache

Sache zur vacirenden Aſſeſſorats-Stelle, unerachtet die unſerige um die behörige Communication derer in Propoſition zu bringen vorgehabten Materien, wie es ſonſten bey Reichs- und Creyß-Conventen, um ſich darauf præpariren zu können, üblich und höchſt nöthig iſt, zu allem Uberfluß angeſucht hat, veranlaſſet worden, mit ſolchen Umſtänden begleitet iſt, daß derſelben Nichtig- und Ungültigkeit, quoad paſſum hoc negotium concernentem, ſich allzuklar an Tage leget, mithin, wie euer Liebden ſelbſten hocherleucht ermeſſen werden, dieſer Modus procedendi auf keinerley Weiſe zu juſtificiren iſt; Alſo finden wir uns mit beſtgegründetem Recht genöthiget, uns auf den Inhalt unſerer beeden vorigen an euer Liebden unterm 23. Junii und 21. Julii h. a. in dieſer Sache erlaſſenen Schreiben nochmals lediglich zu beziehen, nicht zweiflend, euer Liebden werden nach dero bekandten Æquanimität darauf ſolch billich-mäßige Reflexion endlich zu machen von ſelbſten geneigt ſeyn, und die Sache in die ſich vorlegende Ordnungs-mäßige Wege durch die weitere Præſentation des per Majora auf der Fürſten-Banck Nominati, welchem weder euer Liebden, noch mit denenſelben die Löhl. Reichs-Städte eine Excluſivam zu geben berechtiget ſind, noch einzuleiten belieben, damit man all fernerer Verdrüßlichkeit und Weiterung enthoben ſeyn möge, als welches wir von Hertzen wünſchen, uns aber nimmermehr von dem uns nach denen Cammer-Gerichts-Ordnungen und Creyß-Verträgen, auch der Obſervanz hergebrachten, und denen Votis majoribus auf der Fürſten-Banck zuſtändigen Recht verdringen laſſen werden, die wir euer Liebden in ſtäts hegender guter Zuverſicht zu Erweiſung all angenehmer Dienſte ſtäts willig und gefliſſen verbleiben. Datum &c.

Copia

Copia eines an des Hn. Adminiſtratoris zu Würtemberg Hochfürſtl. Durchl. nomine Seren. Adminiſtrationis dd. Carls-Burg und Carls-Ruhe den 10. Nov. 1740. erlaſſenen Schreibens.

P. P.

Was euer Liebden in der obwaltenden Cammer-Gerichts-Aſſeſſorats-Præſentations-Sache unterm 1. hujus fernerweit an uns gelangen laſſen wollen, das haben wir wohl erhalten, und darab erſehen, wie dieſelbe, an ſtatt unſere mit ſo unverneinlichen Gründen ihro in der Sache geſchehene Vorſtellungen in verhoffte Reflexion zu ziehen, vielmehr uns einen unerfindlichen Eingriff in dero Vormundſchafftlichen Fürſtl. Hauſes und des geſammten Creyſes Jura beyzumeſſen, und auf dero vorigen in hac cauſa geäuſſerten Principiis, ſo gar mit einem bedrohlichen Anhang, zu beſtehen vermeynen.

Nachdeme wir aber allbereits zur Genüge dargethan, daß unſers Fürſtl. Hauſes Befugniß und die Ordnung, welche wir bey dieſer Cammer-Gerichts-Præſentation zu behaupten uns gemüßiget erachten, in denen Cammer-Gerichts-Ordnungen, Reichs-Conſtitutionen und Creyß-Abſchieden ſowohl, als der bißherigen Obſervanz beſtens fundirt ſeye, mithin unſer Fürſtl. Hauß durch den von Seiten euer Liebden Creyß-Geſandſchafft veranlaßten, dem bißherig-wohl-hergebrachten Modo & Ordini tractandi Schnur-ſtracks entgegen-lauffenden Vorgang, und die darauf unſerm Nominato in præſentatione gantz unſtatthaffte und neuerlich angemaſſete Excluſivam offenbahrlich an ſeinem Jure gekräncket, einfolglich wir genöthiget worden, zu Rettung ſolch unſers Rechts das Erforderliche zu beobachten; ſo halten wir für überflüſ-

ſig, hierüber uns dermalen in fernern weitläuffigen Schrifft-Wechſel einzulaſſen, und wollen uns alleine auf dasjenige, ſo euer Liebden wir in unſeren bißherigen Schreiben dieſerthalben bereits ausführlich und bündigſt vorſtellig gemacht haben, nochmalen beziehen. Wobey wir in zuverſichtlichem Vertrauen auf unſere gerechte Sache ſelbige benöthigten Falls auf höhere gerechte Erkänntniß ankommen laſſen, auch von euer Liebden uns aller Billichkeit verſehen.

Num. 21.

Copia Baaden-Durlachiſchen Intimations-Schreibens an des Herrn Herzog Eberhards zu Würtemberg Hochfürſtl. Durchleucht, dd. Carlsburg den 19. Febr. 1655.

P. P.

Auf euer Liebden den 28. Novembris jüngſt-verfloſſenen Jahrs, wegen Erſetzung des Kayſerl. Cammer-Gerichts zu Speyer, an uns abgelaſſenes Erinnerungs-Schreiben haben wir nicht unterlaſſen, dem Herkommen, auch des Oßnabruggiſchen Friedens-Schluſſes, wie nicht weniger jüngſteren publicirten Reichs- ſodann in Anno 1577. gemachten Creyß-Abſchieden gemäß, die Sach mit Unſeren Mit-Bancks-verwandten Ständen, Augſpurgiſcher Confeſſion, nochmalen zu communiciren.

Nachdem wir uns damit denſelben, laut ihrer, und in ſpecie von Oettingen den 13. Januarii, von Erberſtein den 13., ſodann von Ulm den 12. Februarii, lauffenden Jahr an uns abgelaſſenen Erklärungen zu den erſetzenden Stellen, und zwar zu der erſten auf den Veſten, unſern lieben beſondern, Georg Bernhard Gölern von Ravenſpurg, zu der andern aber auf den Hochge-

lehr-

lehrten unſern gleichfalls lieben beſondern Valentin Heidern beeder Rechten Doctor, und der Stadt Lindau beſtellten Advocatum, ihrer beeder rühmlich-bekandten Qualitæten wegen vereinbaret; als thun euer Liebden wir dieſelbe zu ſolch zween Aſſeſſorats-Stellen obbeſchriebener maſſen in unſerem und bemeldten des Schwäbiſchen Creyſes-Ständen, Augſpurgiſcher Confeſſion, Nahmen hiemit nominiren und benennen, nicht zweiflend, ſie ihro beede-beſagte, vermög des Oßnabruggiſchen Frieden-Schluſſes, auch jüngſt publicirten Reichs-ſodann obgedachter Creyſes-Abſchieden, wegen gemeiner Ständen, in gebührender Zeit und gehöriger Orten zu præſentiren nicht zuwider ſeyn laſſen werden, und ſeynd euer Liebden zu aller annehmlicher Freund-Vetter-und Brüderlicher Dienſt-Erweiſung gefliſſen beygethan. Datum Carlsburg den 19. Febr. 1655.

Num. 22.

Copia Præſentations-Schreibens von des Hn. Herzog Eberhards zu Würtemberg Hochfürſtl. Durchl. ad Cameram Imperialem de Dato Stuttgard 11. May 1655.

Euer Liebden, die Herren und ihr haben ſich aus dem zu Oßnabrugg in längſt-verwichenem 1648. Jahr aufgerichten und publicirten allgemeinen Friedens-Schluß ſattſamlich zu berichten, was geſtalten darinnen Art. 5. §. Præterea &c. & ſeqq. die Verſehung geſchehen, daß die Augſpurgiſche Confeſſions-verwandte Fürſten und Stände des Schwäbiſchen Creyſes hinfüran jederzeit zwey ihrer Religion zugethane Beyſitzer, und zumalen Abwechſels-weiß mit den übrigen dreyen Creyſen vermiſchter Religion, nemlich dem Fränck-Ober-Rhein-und

Weſtphäliſchen, noch einen, und alſo den dritten, an das Kayſerl. Cammer-Gericht zu Speyer præſentiren mögen und ſollen. Wann nun wir, als ausſchreibender Fürſt beſagten Schwäb. Creyſes, mit und neben den zugeordneten Creyß-Ständen Augſpurgiſcher Confeſſion nach hingelegten unterſchiedlichen Beſchwernuſſen, die ſolche Præſentationes ſeither obberührten Frieden-Schluſſes biß anhero verhindert, ſelbige nunmehr zu Befürderung des heylſamen Juſtiti-Weſens vorzunehmen entſchloſſen, und zumalen nach Ausweiſung des Kayſerl. Cammer-Gerichts Ordnung, auch mehr-beſagten Frieden-Schluſſes und dieſes Creyſes Abſchied, uns dahin miteinander verglichen, daß zu Erſetzung einer von obbedittenen zweyen den Evangeliſchen Ständen des Schwäb. competirenden Aſſeſſorat-Stellen zwey Perſonen, nemlich der Veſte, unſer lieber beſonderer, Georg Bernhard Göler von Ravenſpurgk, wie auch der Hochgelehrte, unſer lieber Getreuer, und unſers Hof-Gerichts Aſſeſſor zu Tübingen, D. David Bayer, als die ihrer Erudition und Geſchicklichkeit halber für genugſam qualificirt und tauglich erachtet benennet worden; als thun wir ſolche beede Subjecta für uns und im Nahmen mehr-gedachter Evangeliſchen Ständen dieſes Schwäbiſchen Creyſes hiemit præſentiren, und werden euer Liebden, die Herren und ihr nach ausgeſtandenem Examine denjenigen unter ihnen zu obberührter einer noch unerſetzter Aſſeſſorat-Stelle, welcher dem Löbl. Kayſerl. und des Heil. Röm. Reichs Cammer-Gericht am fürſtändigſten und nützlichſten erachtet und gefunden wird, zu erwählen und anzunehmen wiſſen. So wir euer Liebden, den Herren und euch freundlich und günſtiger Meinung nicht verhalten wollen, denen wir darneben mit freundl. und günſtigem Willem geneigt und beygethan verbleiben.

Datum

Datum in unſerer Reſidenz-Stadt Stuttgard den 11. May Anno 1655.

Daß vorſtehende zwantzig zwey Numeri nach ihrer ſignirten Beſchaffenheit theils in Originalibus, theils in Copeyen von denen hohen Herren Ausfertigern oder Intereſſenten dieſer Schreiben zu ihrer Zeit eingeſendet, und ad Acta gekommen, alſo dabey befindlich ſind, und benöthigten Falls zu näherer Einſicht vorgeleget werden können, die Baaden-Durlachiſche Schreiben aber von denen bey Actis liegenden Original-Concepten tranſumiret worden, atteſtirt Carls-Ruhe den 14. Septembr. 1741.

Fürſtl. Baaden-Durlachiſcher *Secretarius* und geheimer *Regiſtrator*,

Johann Matthäus Liedvogel.

Zweytes Buch.

Von denen in das beſondere Staats = Recht derer teutſchen Reichs-Stände einſchlagenden Sachen.

Erſtes Capitel.

Von denen Streitigkeiten zwiſchen dem Hauſe Oeſterreich und dem Johanniter-Orden.

§. 1.

Memorial des Johanniter-Ordens.

Von dieſer Sache iſt an Seiten des Herrn Johanniter-Meiſters folgendes bekannt worden:

SVPERIORITAS
TERRITORIALIS
OMNI JURE
SVPREMO
ORDINIS EQVESTRIS
SANCTI IOANNIS
HIEROSOLYMITANI
PER ALLEMANNIAM
MAGISTRO
S. R. I. PRINCIPI
In dicti Ordinis Pagos in Brisgoia ſitos
Competens,
Cum
Ipſis Pagis originarie acquiſita,
Nunquam derelicta;

Sed

Sed

A

SERENISSIMA DOMO AVSTRIACA

Vel potius

Ejus Regimine in anteriore Auſtria violente uſurpata.

Quam multivariis, diſpendioſis, atque diuturnis contentionibus, & litibus Inclytus Ordo Sancti Ioannis Hieroſolymitani, vel potius ejus Supremus per Allemaniam Magiſter, & S. R. I. Princeps, præſertim in puncto Superioritatis Territorialis ſeu Immedietatis quoad ſuos pagos in Brisgoia ſitos, a Sereniſſima Domo Auſtriaca, & ejus ſubſtituto Regimine antehac Enſishemii, nunc Friburgi ſubſiſtente fuerit implicatus, nec non quam enormibus, & inauditis violentiis deſuper a ſesqui incirca ſæculo fuerit impetitus, & laceſſitus, non ſolum ſacro Romano Imperio, ſed etiam toti orbi Chriſtiano notum ac perſpectum eſſe debet, cujus rei teſtimonium irrefragabile Acta Comitiorum Imperii, Curiæ, & Rotæ Romanæ, una cum regeſtis Aulæ Imperialis & Regni Galliæ ea paulisper perquirere volenti abunde præbebunt, quippe ubi gravamina iteratis & frequentiſſimis vicibus exhibita, ſatisfactio & inhibitio petita, atque reſpective interpoſitio, ſive recommendatio efflagitata, & ubique locorum pro cujusvis imploratæ Potentiæ, Jurisdictione & Sphæra congrua opitulatio & aſſiſtentia

ob manifeſtam agnitionem ſtantis pro dicto Ordine Juſtitiæ, & econtra luculentam injuriarum ex altera parte illatarum evidentiam, promiſſa, & quantum a ſumma Sede Pontificia mediante ſententiarum pronuntiatione, ab Imperatoribus per reſcripta efficaciſſima, & privilegiorum renovationem, a Regibus vero Galliæ per amicabilem officiorum adhibitionem fieri potuit, revera præſtita fuit, interim tamen deſideratus effectus nunquam ſecutus, ſed Ordo Joanniticus in continua indiesque accreſcente oppreſſione remanſit, prout ex ſuccedente compendioſa facti narratione apparebit.

Ex qua ut Juſtitia hujus immedietatis ſive territorialis Superioritatis prædicto Ordini vel ejusdem Supremo per Allemaniam Magiſtro S. R. I. Principi omni jure debita, quaſi in meridie claritatis primo intuitu eluceſcat, præmittendum eſt, quod antequam Sereniſſima Domus Auſtriaca quoddam Territorium ſibi in Brisgoia adhuc acquiſiverat, omnes fere hujus Provinciæ Abbates, Comites, Barones &c. ſine ulla alterius Principis Dominatione ſeu Superioritate, immediate ſub Imperio ſteterint; horum ſubditi vero maxima ex parte usque adeo mancipia fuerint.

In iſto Brisgoiæ ſtatu per Magiſtros hujus Ordinis a felici ſuo in Germania ortu in numerum immediatorum Imperii ſtatuum

tuum juxta inferius deducenda receptos, a pariter immediatis Imperii in Brisgoia quinque pagi, ſcilicet Heiſterheim & Gundlingen a Marchionibus Hochbergenſibus anno Chriſti 1297., Brembgarten cum qualitate feudi Imperii a Dominis de Stauffen anno 1313., Grisheim ab iisdem, remiſſa tamen prævie a Comite Fryburgenſi feudalitatis qualitate, qua eidem obſtrictus fuerat, Schlatt demum ab Egone Comite Fryburgenſi, & quidem hi ſinguli cum omni jure, jurisdictione, banno, advocatia, viis, caſtris, mixto & mero imperio, atque generaliſſima, qua fieri potuiſſet, abdicatione, & ceſſione ad ſæpementionatum Ordinem ſine ulla reſervatione pervenerunt, conſequenter mediante generali iſta translatione omnimodæ poteſtatis prædictis immediatis Imperii ſtatibus in iſtos pagos & ſubditos, ſive tunc temporis ſic dicta mancipia competentis, Jura Superioritatis Territorialis ſeu Immedietatis ſimul Ordini acquiſita, & ab eodem ſine ulla contradictione inſtar eorundem Dominorum transferentium, & reliquorum indiſputabilium Imperii immediatorum Abbatum, Comitum, Baronum &c. in Brisgoia, quietiſſime per ſæculorum ſpatia poſſeſſa eſſe, ſine alia odioſa ſuperflua deductione luculentiſſime evincit publicum ſacræ Cæſareæ Majeſtatis teſtimonium in privilegio ab Imperatore Friderico III.

anno 1466. huic Ordini conceſſo, & infra latius allegato, vigore cujus Ordo mancipiis ſuis ad Domum Fryburgi pertinentibus collectas moderatas imponere, & ab iis exigere potuit, *Perinde ac alii NB. Imperii Prælati, Comites, Barones, Domini, Equites & milites in Brisgoia à ſuis conſueverunt hactenus nemine in hoc ipſos impediente vel remorante.*

Injurius is itaque in Sac. Cæſaream Majeſtatem, ejusve fidem publicam foret, qui præmiſſorum veritatem in dubium vocare, vel immedietatis, & Superioritatis Jura Ordini tunc temporis contradicta eſſe, ſuſtinere, aut etiam quæſtionem ſtatus iſtis Dominis transferentibus movere vellet, præſertim cum Marchionatus Hochbergenſis adhuc hodie omni polleat Superioritate territoriali in ſubditas ſibi civitates & pagos, matricula Imperii quoque eandem aſſeveret de Dominis de Stauffen, atque cum pagus Griſsheim, utpote ab his præter caſtrum, & omne Jus Ordini venditus, & nexu feudali per Comitem Fryburgenſem liberatus, Brembgarten vero tanquam feudum Imperii datus fuerit, certo certius nulla deſuper ambigendi anſa reſtabit, ſiquidem a Comitibus Fryburgenſibus ipſi Auſtriaci Jus ſuum in Brisgoia deduxerunt, conſequenter nec his ſuper immedietatem litem excitabunt, vel ipſi nullam ibidem ſibi eſſe, fatebuntur.

Pari-

Pariter omnibus de Brisgoiæ ſtatu paulisper informatis, & tam in plurimis vicinis, quam Brisgoiæ Archiviis adeo notorium eſt, ut nullatenus negari poſſit, quod extinctis per mortem Comitibus Fryburgenſibus, horum Succeſſorum Auſtriacorum ſuaviſſimæ tunc temporis protectioni plurima pars immediatorum Brisgoiæ Abbatum & Baronum ſub certis conditionibus & reſervationibus ſe ſe ſpontanee ac liberrime ſubmiſerit, qui itaque hodiedum duo Statuum Auſtriacorum Collegia, nempe Eccleſiaſticum & Equeſtre in Brisgoia conſtituunt, verum iſte titulus particularis quorundam ſubjectionis voluntariæ Ordini qua tertio nullum præjudicium inferre, neque conditionem iniquam facere potuit, quin multo magis Domui Auſtriacæ reſpectu hujus manifeſte reſiſtat, eo quod inter iſtos ſpontanee ſe ſe ſubmittentes Ordinem unquam comprehenſum fuiſſe, ne vel unicum veſtigium appareat, minus hucusque probari potuerit.

Nec rationes, quæ dictos Abbates & Barones &c. alliciebant, iſte habebat, Abbates enim inſignem partem ſuarum fundationum Domus Auſtriacæ, vel ejus antecesſorum generoſitati debebant, Barones autem multa bona ab iis in feudum recognoſcebant, itaque ambo non exiguo obligationis vinculo erga dictam Domum erant innodati, & parum de ſuo pro ſpe melioris tuitionis largiebantur, econtra

Ordo

Ordo nihil in Brisgoia eidem Sereniſſimæ Domui in acceptis refert, ſed ea, quibus in illa Provincia potitus eſt, vel a Marchionibus, vel ab aliis ſupranominatis acquiſivit, ſeque aliunde ut membrum Imperii ſub ſpeciali defenſione Cæſaris, & Imperii ſatis ſecurum credidit, & inſuper etiam Jura immedietatis, & Superioritatis territorialis Ordini ſemel legitime quæſita, & per ſæcula poſſeſſa absque prævio conſenſu totius Ordinis Eminentiſſimi Magni Magiſtri, ejusve Conſilii, & ſine aliis ſtatutariis ſolennitatibus neque valide, neque licite ullus Magiſter Allemaniæ alienare, ſeu ad Domum Auſtriacam transferre potuiſſet, ſed potius periculo privationis omnium dignitatum, & annexorum emolumentorum, aliarumque in ſtatutis Ordinis contra ejusmodi alienantes præſcriptarum pœnarum ſe ſe expoſuiſſet, quis autem rebus ſic ſtantibus prohibitam ejusmodi jactationem Jurium Superioritatis rationabiliter ſuſpicari poterit, cum contra quascunque ſubjectiones tam Eccleſiaſticorum, quam ſæcularium Dominorum hic Ordo ſibi cautiſſime proſpicere & in hunc finem tam ſacræ Sedis Pontificiæ, quam Cæſareæ Majeſtatis, nec non S. R. I. ſingularis protectionis, defenſionis & exemptionis clypeo pro omni tempore ſe munire ſtuduerit.

Nam prædictum Ordinem a prima ſua origine, ſtatim ac ejus laudabile inſtitutum

tum

tum & zelus pro defendenda fide Chriſtiana innotuit, ſacra Sedes Apoſtolica præclaris condecoravit prærogativis ac privilegiis, quæ omnia ſummus Pontifex Pius IV. feliciſſimæ recordationis in Bulla anno 1560. edita, tanquam in compendio enumeravit, & ampliavit, ac omni, qua pollebat, auctoritate roboravit, præcipue (quod fini præſenti inſervit) *Prædeceſſorum ſuorum exemplis inhærendo. Omnes hujus Ordinis Perſonas cujuscunque Dignitatis vel nominis una cum eorum ſubditis, vaſallis* (ut Bullæ verbis utar) *ſervitoribus, rebus, animalibus, prædiis, domibus, molendinis, & bonis quibuscunque ita ſub Beati Petri, antefatæ Sedis, & ſua ſuſcepit protectione, atque ab omni Jurisdictione & Superioritate Patriarcharum, Archi-Epiſcoporum, Epiſcoporum &c. nec non quorumcunque temporalium Dominorum quavis Poteſtate etiam Imperiali, Regali & Ducali fulgentium, nec minus a ſolutione & exactione paſſagii, arreragii, gabellæ, datii, tractæ, collectæ; procurationis, jucundi adventus &c.* in forma ampliſſima, nominando ſpecifice cuncta onera tum temporis uſitata & adhuc excogitanda vel imponenda, adjectis clauſulis motus proprii, plenitudinis poteſtatis, caſſantibus atque irritantibus, aliisque efficaciſſimis, & omnem defectum ſupplentibus liberavit & exemit, *nulla impoſterum obſtante præſcriptione, licet per longiſſimum tempus taliter obſervatum*

tum

tum non fuiſſet. Hæc privilegia deinde per ſubſequentes ſummos Pontifices repetita, aucta, pro re nata, declarata, & omnimodo confirmata fuerunt, prout Benedictus XIII. anno 1725. eadem, tenores gratiarum, exemtionum &c. ab Anteceſſoribus ſuis conceſſarum pro expreſſis & Brevi Apoſtolico inſertis habens, novo approbationis munimine circumvallavit.

Romani Imperatores in præmiando hoc Ordine, eoque ad proſequendum continuum bellum contra Chriſtiani nominis æque ac religionis hoſtem, & hunc pro viribus profligandum ſtimulando, ſe non minus vigilantes & liberales, quam ſummi Pontifices exhibuerunt. Fridericus I. anno 1185. ſe primum ejus Defenſorem conſtituit, illius domos in toto Imperio ſitas cum omnibus pertinentiis, tam hominibus, quam rebus mobilibus & immobilibus præſentibus, & in futurum acquirendis ita ſub ſua tutione recepit, ut omni Poteſtati Eccleſiaſticæ & ſæculari Jurisdictionem deſuper ademerit, & inhibuerit Perſonas huic Ordini addictas, vel ejus patrocinio commiſſas *quocunque onere perſonali vel reali gravare, vel aliquid de bonis ejus extorquere, adjecta contra transgreſſores comminatione pœnæ banni & 50. librarum auri.* Idem poſtea Philippus anno 1207. Henricus 1227. qui ambo bona ad hunc Ordinem donationis vel alio legitimo titulo pervenientia *nexu feudali vel*

Do-

Dominio directo, quibus Imperio aut nominatis Imperatoribus obſtricta erant, exuunt, atque omnes quotquot poſt præmemoratos Imperii thronum conſcenderunt, ejusque ſceptrum tenuerunt, usque ad ultimo defunctum Carolum VI. expreſſionibus maxime energicis præſtiterunt, atque inclytum Ordinem in compenſationem quandam ejus usque & usque conduplicatorum meritorum præter ratificationem priorum privilegiorum novis gratiis pro diverſa temporum & circumſtantiarum exigentia per ſpeciem laudabilis æmulationis exornarunt, pro ut confirmatio mox allegati Imperatoris Caroli VI. anno 1719. expedita quaſi in elencho clare demonſtrat:

Præcipue in omnibus iſtis confirmationibus & diplomatibus *Immunitas Perſonarum & bonorum a collectis aliisque oneribus* quocunque nomine titulatis repetita invenitur; Item Ludovicus Bavarus, Carolus IV., & Maximilianus II. prioribus privilegiis illud inſigne ſuperaddiderunt, quod nulla Civitas mancipia ad Domum Ordinis Fryburgenſem ſpectantia in cives ſuſcipere audeat, & quæ jam ſuſcepta, nihilominus in ſervitute & ſubjectione ejus Domus permanere, eaque præſtare teneantur, ad quæ antea obligata erant, nec non quod Fratres Ordinis eadem mancipia ſua ubicunque habitantia ad obedientiam & ſervitia compellere & redigere,

etiam,

etiam, ſi opus ſit, apprehendere valeant; accedit & illud notabile a pluribus Imperatoribus reiteratum, quod Ordinis Vaſalli, ſubditi & mancipia ad judicia provincialia & alia citari & trahi non potuerint. Friderici III. eminens adhuc extat in hunc Ordinem munificentia, cum illi anno 1466. permiſerit, ſic loquentibus formalibus:

Mancipiis ſuis ad domum, quæ eſt in Fryburgo, pertinentibus *Collectas moderatas imponere & ab iis exigere, perinde ac alii Imperii Prælati, Comites, Barones, Domini, Equites & milites in Bryſſgovia a ſuis conſueverunt hactenus, nemine in hoc ipſos impediente vel remorante;* atque ut plenius conſtaret, Ordinem ejusque bona nulli, niſi ſoli Imperatori & Imperio ſubeſſe, Carolus IV. illum contra omnem alienam & ſubalternam jurisdictionem atque violentiam reddidit ſecurum, ſtatuendo, & mandando, quod *quilibet requiſitus ſub pœna inſerta Magiſtro, ejusque Succeſſoribus, Ordinis Commendatoribus, & Domibus opem, auxilium & ſubſidium ferre debeat adverſus omnes, qui eos circa libertates & gratias ſuas inquietare & impedire conentur*, ubi obiter notandum, cuncta prædicta privilegia, eorumque confirmationes (quorum in Confirmatione Caroli VI. a Friderico I. usque ad poſtremam confirmationem quadraginta, ſicque multo plura, quam numero Imperatores ex-

extiterunt, recenſentur) omnibus ſalutaribus clauſulis ſimilibus illis, quæ in Pontificiis privilegiis conſpiciuntur, & in Reſcriptis Principum pro majore cautela & valore adhiberi ſolent, munita, atque illa non ex mera liberalitate, ſed in remunerationem meritorum, quæ ubique præclariſſimis elogiis extolluntur, hic vero (ne vanam gloriam aucupari videamur) ſtudio omittuntur, conceſſa eſſe, conſequenter ſpeciem conventionis irrevocabilis involvere.

Quibus maturius conſideratis quis non judicaret, Ordinem in bonis ſuis & ſubditis propter toties ſtabilita & reſtaurata privilegia ab omnium tam Eccleſiaſticorum quam ſecularium Dominorum impetitione debere eſſe tutiſſimum? ſane etiam gaviſus eſt Ordo hac ſecuritate per plura ſæculorum ſpatia, & a ſuo in Germania primordio hucusque in Imperio Magiſter pro ſtatu ejus immediato quo ad complexum generalem Regalium & Jurium in quotidiano exercitio vigentium inconteſtabiliter fuit reputatus, ſic in Receſſ. Imp. Auguſtano de anno 1500. art. 30. item in Spirenſi de anno 1542. Illi quota ſubſidii Turcici de omnibus Ordinis bonis ſeparatim non aliorſum, quam ad Caſſam Impetatoris, conferenda, fuit impoſita, pariformiter in ſingulis Imperii matriculis Magiſter cum omnibus Ordinis domi-

bus & bonis in Germania uno quanto generico, ab Ipſo deinde inter domos ſeu Commendas Ordinis proportionaliter ſubdividendo, fuit taxatus, in ſignum evidens, quod nullus alius Imperii ſtatus (quippe iis præſentibus & conſentientibus matriculæ fuerunt confectæ) in iisdem Jurisdictionem vel Superioritatem fundatam habuerit.

Præ cæteris Jura principaliora Commendæ Fryburgenſi competiiſſe, & Imperatores pro iis conſervandis potiſſimum (uti vera prudentia in rebus majori periculo expoſitis ſuadet) ſolliciti fuiſſe videntur, non enim pro illius Juribus ſalvandis contenti fuerunt generali ejus comprehenſione ſub Privilegiis toti Ordini conceſſis, ſicut de plerisque reliquis Commendis factum, ſed ſingulares pro illa adhibuerunt cautelas, mancipiorum illius ubicunque in civitatibus & aliis locis habitantium ſubjectionem permanentem, eorum perſecutionem & apprehenſionem licitam declarantes, & inſuper Jus collectarum ei impertientes, quod certe tum temporis, quando ſtatus Imperii contributiones ex proprio marſupio conferre tenebantur, erat præſtantiſſimum, & quid ſingulare, donec tandem in Receſſu Imperii Auguſtano de anno 1543. & 24. & Ratisbonenſi de anno 1557. §. 49. illis fuerit indultum pro dictis oneribus collectas a ſubditis exigere.

In-

Interim Sereniſſima Domus Auſtriaca, poſtquam Bryſſgoiam ſuæ ditioni adjecit, Abbates, Barones & Civitates, qui eousque immedietate Imperii in iſta provincia maxima ex parte gloriabantur, ſibi ſubjicere ſtuduit, atque circa ſæculum decimum ſextum, dum ſtatus Imperii ob introductam ſtatuum ſubalternorum & ſubditorum collectandorum facultatem (uti mox monitum) territoria ſibi ſtabilire quæſiverunt, & novus jurisdictionis altæ & baſſæ antea tantum notæ partus ſub nomine Superioritatis territorialis (quæ omnia regalia, imo plus ſub ſe comprehendit, & ideo a multis Publiciſtis Majeſtatis æmula nuncupatur) in Germaniam irrepſit, eadem Sereniſſima Domus dictis Abbatibus, Baronibus & Civitatibus ſponte ſub jugum Ejus jam tranſgreſſis, pedetentim inchoavit, Magiſtros Ordinis Joannitici, qui tum temporis, ob jacturam Domuum Cameralium in Belgio & Germania inferiore poſſeſſarum in motibus Religionis perpeſſam, Heyſterhemium ſedem ſuam transtulerant, ad Comitia provincialia invitare, aliaque Superioritatis Territorialis ſpeciem præ ſe ferentia Jura, modo tamen æquivoco exercere, quibus cum Magiſtri aliquoties ad rogationem Auſtriacorum jure vicinitatis, aut familiaritatis, & in negotiis ſalutem Provinciæ Briſſgoviæ (in qua Heitershemi-

um cum aliis pagis litigioſis ſitum) concernentibus, nec non interpoſitis ſecundum exigentiam objecti proteſtationibus ſe humanos exhibuiſſent, dicta Sereniſſima Domus eis omnimodum Landſaſſiatum obtrudere, atque illos vi ad onera aliorum Landſaſſiorum cogere voluit.

Aſt Magiſtri novum & inconſuetum hujus prætenſi oneris pondus animadvertentes, Potentiæ Auſtriacorum vero longe impares eo, quo poterant modo, ſcilicet proteſtationibus, repræſentationibus, querelis in publicis Comitiis Imperii, & coram Imperatoribus frequentiſſime portatis Jura Superioritatis ſibi in dictos pagos & ſubditos competentia defendebant, hinc in Comitiis ſæpe exemptionem temporalem ab omnibus Imperii præſtationibus, Imperio iſtis turbulentis temporibus aliter ſubvenire, & cauſam definitive decidere non valente, impetrarunt; præterea Imperatores ad ipſorum inſtantiam mandata ſeveriſſima contra violatores privilegiorum Ordinis decreverunt, inter quæ iſta tria a Carolo V. anno 1540. Maximiliano II. anno 1574. & Rudolpho II. anno 1577. edita ſingulari attentione digna; ſiquidem in iis non tantum omnibus Imperii Electoribus, Principibus & reliquis pro gradibus dignitatum recenſitis juxta ſtylum ordinarium, ſed etiam (quod extraordinarium eſt, & in Mandatis

datis Imperatoriis non facile invenitur,) omnibus Officialibus Domus Auſtriacæ ſpecifice & diſtincte inhibetur, Ordinem Joanniticum nullo impoſterum onere, minime autem collectis in contemptum privilegiorum gravare, una cum annexa injunctione reſtituendi dicto Ordini ea, quæ in contrarium eidem fuerunt extorta.

Hiſce non obſtantibus ſed plane ſpretis Archidux Auſtriæ Ferdinandus una cum ejus Regimine Alſatico Magiſtrum ſive Magnum Priorem Ordinis magis magisque premere continuavit, & ab Eo quantum matriculare 10. equitum & 30. peditum (quo totus Ordo ſive omnes ejus Commendæ in Germania Imperio in neceſſitatibus erant obſtrictæ;) in ſuæ nempe Auſtriacæ Domus ſublevationem a ſolis Magni Prioris bonis & ſubditis in Bryſſgoia exigere, nec non gabellam vini, aliaque ſimilia onera illis de novo imponere, conſequenter eos Imperio eximere, & ad ſe omnino trahere cœpit, ita ut Magnus Prior tanquam Imperii Princeps proteſtationibus ſæpius jam reiteratis ſibi, Juribusque ſuis conſulere, & præterea Imperatori anno 1583. Libellum ſupplicem contra intolerabilia iſta Auſtriacorum molimina porrigere ſe coactum ſenſerit; qui tamen effectum ſperatum ſimiliter non operatus fuit, ſed Archiduces Auſtriæ (ad quos

Comitatus Tyrolenſis cum anteriore Auſtria pro parte ſua hæreditaria devoluta erat) eorumque Regimina Oeniponti & Enſishemii magis cordi ſumpſerunt, Magiſtrum Ordinis penitus ſibi ſubjugare, hic autem propoſitum iſtud, quod ſatis clare prodebatur, intelligens, atque judicans, quod ulterior humanitas, quam usque tum in multis caſibus absque ulla tamen ſubjectione præbuerat, Magno Prioratui Allemanniæ exitium, ſuæ vero conſcientiæ, quam Imperio tanquam Status & Vaſallus, ſimul ac Ordini tanquam membrum pro conſervandis Juribus devinxerat, labem inſignem eſſet allatura, impetitionibus Auſtriacis aperte contradixit; unde res in ſummam agitationem devenit, & Auſtriacis ex ſua parte uſurpationes violentiis accumulantibus, Magiſtri Ordinis ex altera parte ad ſummum Pontificem & Imperatorem utpote Defenſores & privilegiorum Largitores recurſum ſumpſerunt, atque a Summo Pontifice Paulo V. mandatum contra Officiales Auſtriacos, nec non Status & Prælatos Brisgoiæ ſub 3. menſis Decembris 1617. obtinuerunt, ne ſub pœna 5000. Ducatorum auri, excommunicationis, cæterarum Eccleſiaſticarum cenſurarum audeant aut præſumant, Magiſtrum & Ordinem contra tenorem privilegiorum Apoſtolicorum quoquo modo moleſtare, vexare, inquietare & pertur-

turbare; quod cum ab inceptis viis facti, Auſtriacos & Bryſgoviæ Status non deterruiſſet, neque Archidux per rationes a Summo Pontifice in Literis reſponſoriis ad ipſum exaratis pro libertate Ordinis ponderoſiſſimas ad longum allegatas, ad deſiſtentiam commotus fuiſſet, omnimoda immunitas & exemptio a Rota Romana pro Ordine 3. Majii 1627. prævia cauſæ inſtructione & plenaria cognitione ſtatuta & deciſa fuit.

Ad cujus ſimilitudinem Imperator Ferdinandus II. per ſupplicas a Magiſtro Ordinis de calamitatibus, queis ab Auſtriacis affligebatur, & ad recommendationem Regis Galliarum, quam per Oratorem ſuum Dominum de Bougy anno 1621. apud Aulam Imperialem tum commorantem expreſſionibus tenerrimis, & affectionem, qua ſua Regia Majeſtas totum Ordinem proſequebatur, teſtantibus interponi curaverat, ſub 11. Martii 1622. hortatorias motivis relevantibus & præſtantiſſimis privilegiorum, qualitatis ſtatus, peſſimi exempli refertas ad Archiducem dedit, iisque Eum monuit, ut arreſta caſſari, querelas ceſſare, & litem amicabiliter componi faciat, quod idem Imperator Archiduci ſub 27. Julii dicti anni de novo commendavit cum addito, quod Archidux Regimen anterioris Auſtriæ & procuratorem Fiſci ab ulteriore incompetente, illegali & gravaminoſo contra

Magiſtrum Joanniticum ejusque Ordinem procedendi modo impedire debeat, imo ad majorem æquiſſimæ hujus intentionis firmitatem demonſtrandam, & opus hoc ſalutare promovendum prælaudata Cæſarea Majeſtas Commiſſionem pro ſopienda omni inter Archiducem Auſtriæ & Ordinem Joanniticum exorta lite ordinavit, eamque in Electorem Moguntinum, Epiſcopum Herbipolenſem & Ludovicum Landgravium Haſſiæ ſub 5. Martii 1624. expediri juſſit, quam cum Elector Moguntinus in ſe recipere recuſaſſet, eo omiſſo in præfatos Epiſcopum Herbipolenſem & Landgravium Haſſiæ illam 28. Maji tranſcribi curavit, ac a Magiſtro expreſſionibus æquanimitate Imperatoria digniſſimis petiit, ut huic Commiſſioni, in quam Archidux jam conſenſiſſet, acquieſcere velit; deinde Landgravio ante Commiſſionis initium vita functo eandem (permanente Epiſcopo Herbipolenſi) Imperator motu proprio & ſolo Juſtitiæ zelo ductus, Georgio defuncti Landgravii filio primogenito, ejusque Succeſſori contulit, teſte Epiſtola notificatoria ſæpefati Imperatoris Magiſtro Ordinis ſub dato 28. Septembris 1626. perſcripta. Sed nec hæc Commiſſio (neſcio ob quam invidam ſortem) ortum habuit, multo minus ſucceſſum; hinc Regimen Enſisheimenſe omnia Magiſtri & Ordinis bona, reditus & proven-

ventus quoscunque arreſto implicavit, & Statum Prælatitium anterioris Auſtriæ in eorum poſſeſſionem ex ſecundo Decreto tam diu miſit, donec ipſi ſuper quanto prætenſarum reſtantium collectarum una cum expenſis & intereſſe (quod ad ſummam 62859. floren. vi ſpecificationis communicatæ calculaverat) plene ſatisfactum eſſet, hujusque reſolutionis Magiſtrum per literas de 14. Martii 1630. reddidit certiorem, unde Magiſter in tantam redactus fuit miſeriam, ut ex defectu mediorum pro ſe ſuisque ſuſtentandis, alteriusve prompti (quod extremæ neceſſitatis ratio efflagitabat) auxilii coactum ſe viderit, tranſactionem talem, qualem Statui Prælatitio ipſi præſcribere licebat, 26. Novembris ejusdem anni licet ex plurimis cauſis nulliter inire, per quam in poſſeſſorio ſummariiſſimo, reſervato poſſeſſorio ordinario & petitorio, ſeſe pro Statu ſeu Landſaſſio Bryſſgoiæ geſturum, declaravit.

Non tamen propterea magnus Prior ſive Magiſter Ordinis deſperavit de triumpho preſſæ hucusque & vix non oppreſſæ Juſtitiæ, ſed rurſum ad Cæſaream Majeſtatem decentibus precibus convolavit, & ab hac ipſi per reſponſorias 2. Julii 1631. novem menſibus a conventa tranſactione nondum integre elapſis datas ſuaſum fuit, nunc pro dirimenda contentione fidos utrinque Conſiliarios (cum Commiſſio

Imperialis ſucceſſu fuerit fruſtrata) deputare. Et quamvis etiam hæc propoſitio a ſcopo ob Auſtriacorum & Statuum Bryſſgoicorum conſtantiam nulla lege a præconcepta Magni Prioris ſubjectione flectendam aberraverit, nihilominus ex repetita, Archiducibusque toties ſignificata Imperatorum adhortatione, nec non inſertis undique emphaticis declarationibus (ſe differentias iſtas ægerrime ferre, & earum celerem conciliationem ad evitandas pejores ſequelas apprime optare) apparet, dictos Imperatores ad protegendum Ordinem ejusque privilegia ſemper, donec Comitatus Tyrolenſis cum anteriore Auſtria ſive Bryſſgovia a propriis Imperatorum Statibus cauſam habuit ſeparatam, fuiſſe proclives.

Quorum protectione ex poſt non ita amplius correſpondente Magni Prioris contra præjudicia a Domo Auſtriaca adverſus Superioritatem Territorialem attentata ſibi proteſtationibus & reſervationibus proſpexerunt, ac rurſum Bullas, nec non Inhibitiones Apoſtolicas obtinuerunt, ad inſtantiam Auſtriacorum vero mandata Conſilii Imperialis Aulici contra magnos Priores ad deſiſtendum a proceſſu Romæ inſtituto, & Jura ſua in poſſeſſorio ordinario vel petitorio proponendum circa annos 1652. & 1656. emanaverunt, quorum paritioni Ordo ſaltem quoad punctum proponendorum ſuorum Jurium

rium absque minima tergiverſatione ſe præbuiſſet, niſi Cardinalis Haſſiæ tum temporis magnus Prior vel Magiſter per Allemanniam conſultius cenſuiſſet, rem totam amicabili via citius expediri, quam longis litigiorum ambagibus, tædiis & ſumptibus terminari poſſe; quam intentionem etiam Sigismundus Franciſcus Archidux libenter amplexus, ſuo Cancellario Seller & Conſiliario Baroni Girardi de Caſtell tanquam in hunc finem ſpecialiter Deputatis & inſtructis commiſit, opus hoc cum ſuæ Eminentiæ Conſiliariis aggredi. Atque hi felicioribus auſpiciis rem tractarunt, convenientes & ſalva utrinque Celſiſſimorum Principalium ratificatione concludentes, quod quinque pagi Joannitici, Heytersheim, Gündlingen, Brembgarten, Griſsheimb & Schlatt Magiſtrum Ordinis pro ſolo Domino territorii ſine ulla perturbatione vel impedimento Regiminis Auſtriaci revereri, Magiſter vero Domum Auſtriacam, & ex illa quemvis Bryſſgoviæ Regentem reſpectu hujus Superioritatis territorialis pro protectore & Domino directo ratione trium aliorum pagorum, nempe Uffhauſen, Wendlingen & Eſpach Superioritatem Auſtriacam agnoſcere, ac in ſpecie intuitu Uffhauſen & Wendlingen Statui anterioris Auſtriæ prælatitio, & intuitu Espach Equeſtri accedere debeat. Quo ita transacto, & Juribus Ordinis quodammodo reparatis

Magi-

Magiſter Ordinis (utcunque durum videbatur) æquo animo ejusdem implementum in ſe ſuſcepiſſe, & conſenſum inſuper Melitæ procurare allaboraſſet; aſt ſors, quæ in hujus transactionis ſucceſſu rigorem ſuum paulisper remiſerat, eundem poſt paucas ſeptimanas reaſſumpſit, altefatum Archiducem Sigismundum feſtinante & præmatura morte e vivis educendo, atque ita ratificationem (quæ alias certe ſecuta fuiſſet) impediendo.

Per hunc caſum improviſum tota rei facies mutabatur, & Imperatores in Comitatum Tyrolenſem cum Bryſſgoia ſuccedentes, conſequenter litem cum Ordine ſuam æſtimantes, benignitatem, quam antea Ordini in dicta lite ſopienda præbuerant, præter obligationem defenſionis Ordini toties ſolenniſſime promiſſæ & debitæ deponebant, ſicque poſteriora reddita ſunt deteriora prioribus. Imperator enim Leopoldus, qui extincta Linea Tyrolenſi dictas provincias ſuis Regnis & Ducatibus adjecit, ad requiſitionem ſuper impertienda ratihabitione a Magiſtro Ordinis humillime factam declaravit, ſe prius transactionem examinari curaturum: ſed hoc examen de anno ad anuum, de luſtro in luſtrum remanente ſemper reſolutione protractum; omne, quod Magiſter Ordinis Hermannus per frequentiſſimas ſupplicationes, & pretioſas ad Aulam Imperialem ablegationes, nec non pro ſingula-

gularibus, quæ dicto Imperatori præſtiterat, officiis obtinere potuit, erat temporalis ceſſio Superioritatis territorialis cum annexis ſuper quinque pagis quæſtionis ad dies vitæ, quæ ipſi anno 1700. præter firmam aſſecurationem finiendæ intra aliquot menſes & ad ſatisfactionem Ordinis decidendæ totius cauſæ fuit expedita.

Vixit dictus Hermannus annos ab hac ceſſione incirca quinque, & iſto tempore omni Superioritatis honore una cum emolumentis plenarie fuit fruitus, promiſſionis vero alterius implementum non vidit, quin ipſo defuncto Regimen anterioris Auſtriæ quaſi uſurpationis poſtliminio Superioritatem territorialem ad ſe retraxit, & Ordinem majori fervore perſecutum eſt.

Imperator Joſephus ſpem favorabilis exitus per reſolutionem Clementiſſimam pariter renovavit, ſed ſimili inani effectu; Demum ſub Carolo VI. ultimo Imperante gravaminibus & violentiis coacervata, & Ordinis decimæ aliique reditus in Valle Kirchzartenſi propter exiguam oppoſitionem, vel attentati Auſtriaci repulſionem, quam Magiſter, ejusque Regimen Heytersheimenſe pro tuendis Ordinis Juribus neceſſariam duxit, modo hactenus inaudito & nunquam uſitato, nihili faciendo Conſtitutiones & Leges Imperii fundamentales arreſto & ſequeſtro, quæ hodiedum durant, fuerunt involuti, atque

que

que dicta ſua Cæſarea Majeſtas a Wilhelmo, & Goswino Hermanno Ottone Magiſtris Ordinis variis ſupplicationibus ejusdem toni, ſcilicet pro reaſſumenda transactione de anno 1665., eademque ratificanda pulſata anno 1724. per Regimen Oenipontanum reſcribi fecit, ſe ex relatione Regiminum ſuperioris & anterioris Auſtriæ didiciſſe, poſſeſſionem plus quam immemorialem pro Domo Auſtriaca militare, & transactionem de anno 1630. omnibus numeris abſolutam in medio, eam vero de anno 1665. a Patre ſuo Leopoldo jam rejectam, & inſuper Status Bryſſgoiæ ad ſuſtinendum petitorium in omnem eventum paratos eſſe, conſequenter ſe invitis dictis Statibus in eorum præjudicium nihil ſtatuere poſſe, ſed ſperare, Ordinem, ejusque Magiſtrum dictæ transactioni de anno 1630. acquieturum.

Quibus adverſis novis perceptis Magiſtri non tardaſſent, cauſam in Judicio per Auſtriacos cœpto, ſcilicet coram Conſilio Imperiali Aulico proſequi, & petitorium in prætenſa & violenta transactione de anno 1630. reſervatum inſtituere; at experientia aliorum ibidem pendentium proceſſuum edocti, dictum Conſilium Imperiale Aulicum, licet Imperii Supremum Tribunal, contra Domum Auſtriacam nulla decernere mandata ſeu citationes, ſed tantum amicabiles communicationes, nec in rebus etiam juſtiſſimis efficacem opem

ferre

ferre poſſe, laborem ſuum caſſum, & ſumptibus potius parcendum, oppreſſionesque tolerandas, & interea proteſtationibus &c. Jura ſalvanda eſſe duxerunt; moderni tamen per Allemanniam Supremi Magiſtri Philippi Wilhelmi Celſitudo ſoporem hunc Ordini ſuæque conſcientiæ damnoſum reputavit, quare mox poſt adeptum magnum Prioratum, Cancellarium ſuum Viennam miſit, & hoc difficultates ubique motas ſuperare non valente, dicta ſua Celſitudo eundem in propria perſona ſecuta, minime dubitans, quin ſollicitationibus ſuis apertæ Juſtitiæ innitentibus locus tandem deberet dari.

Functa eſt ſua Celſitudo hac in ſe ſumpta ſparta ineffabili, quam in rebus Ordinem tangentibus ſemper teſtari ſolet, zelo & mira in tertium annum conſtantia, Cancellariusque per quinquennium fere integrum, quo partim ſub oculis ſuæ Celſitudinis, partim ſolus ob hanc negotiationem Viennæ commoratus fuit, omnem poſſibilem operam pro attingendo fine præfixo navavit; præ ceteris evidenter demonſtratum fuit, inſimulationem iſtam, qua Miniſtri Majeſtatem ſuam obrepſerunt, quaſi transactio de anno 1665. a Leopoldo jam eſſet rejecta, uti & eam, quæ de ducentorum annorum poſſeſſione facta fuerat, (ſi etiam actus violenti & ſemper contradicti conſiderari poſſent) ſiniſtram eſſe, & omni deſtitui fundamento,

to, hæcque ambo ex eo patent, quod Auguſtiſſimus Imperator Leopoldus in nullo Reſcripto (quorum tamen plura clementiſſime ſuper hac materia emanare fecit) de dictæ transactionis iniquitate meminerit, ſed pro ratione dilatæ ratificationis ſolum præmittendum illius examen accuſaverit, nec non quod glorioſiſſima ſua Majeſtas adhuc anno 1700. Magiſtro Hermanno Superioritatem territorialem quinque pagorum quæſtionis ad dies vitæ gratioſiſſime impertita fuerit. Quæ argumenta cum ſolide refutari non poſſent, deſiderio tamen ſuæ Celſitudinis ſuaviſſimis exſpectationum delinimentis remora ubique allata, imo ne relaxatio quidem arreſti redituum in Valle Kirchzartenſi conceſſa, ſed ſuperveniente anno 1733. bello Gallico inſinuatum fuit, Aulam Cæſaream modo huic negotiationi amplius vacandi otium non habere, quapropter ſua Celſitudo Vienna diſceſſit, & in Germania ob continuantem hanc oppreſſionem mediis Dignitati Principali ſuſtentandæ ſufficientibus carens, prævidensque ſe, caſu quo Heyſterhemii domicilium figeret, tædiis indies obrutum iri, maluit in quiete vitam privatam agere, ſicque Melitam, ubi hodiedum degit, ſe contulit, Cancellariumque ſuum revocavit.

Ab illo tempore Regimen magni Prioratus odium Regiminis anterioris Auſtriæ multo acerbius, quam unquam antea experi-

peritur, ab hoc enim illud omni excogitabili modo deprimitur, ad normam aliorum Imperii Principum Officialium ſubalternorum tractatur, Cancellario Ordinis a multis ſæculis etiam per ipſum Regimen pro tali agnito debitus character ſive titulus denegatur, ſubditis Ordinis ſuper quibuscunque rebus etiam frivolis & injuſtis auditus & aſſiſtentia præbetur, Regimini vero Heytersheimenſi Jura Celſiſſimi ſui Principalis & Ordinis proteſtationibus ſimilibusque remediis ſalvare volenti minæ opponuntur, imo mutuum nuper per defunctam Cæſaream Majeſtatem a Statibus petitum, atque ab his Magno Priori pro ſua quota putativa ſine ejus præſcitu adjudicatum manu militari absque præfixione termini ſolutionis fuit extortum, ita ut Regimen Heytersheimenſe frequentibus ſuis repræſentationibus æquiſſimis nil niſi ærumnarum accumulationem effecerit.

Quæ omnia veritatem ita habent pro fundamento, ut nihil allegatum ſit, quod authenticis documentis in continenti non poſſit comprobari.

§. 2.

Dieſer Streit iſt bereits A. 1652. auch in öffentlichen Schrifften getrieben worden und kan in SCHWEDERI *Theatr. Prætens. & Controv. illuſtr. Edit. Glaſeyan. Tom. 1. p. 165. ſeq.* etwas davon geleſen werden. Die Würckung dieſer neuen Klag- Erläuterung.

Schrifft aber wird, wann es auf den alten Fuß fortgehet, wohl keine andere ſeyn, als daß der Orden eben geſagt hat, wo es ihme weh thue.

Zweytes Capitel.

Von denen Strittigkeiten zwiſchen Chur-Trier, Chur-Cölln und dem Grafen von Neu-Wied, wegen einer fliegenden Brücke über den Rhein.

§. 1.

Von dieſem Streit, deſſen auch öfters in denen Zeitungen gedacht worden iſt, kan ich aus denen vor dem Reichs-Hof-Rath A. 1742. verhandelten Acten dieſe Nachricht ertheilen.

Trieriſcher Libell.

Der Chur-Trieriſche Libell kommt in ſubſtantia darauf hinaus: Der Graf von Wied habe ſich öfters bemühet, bey Neu-Wied eine noch nie geweſene fliegende Brücke über den Rhein zuwegen zu bringen, um dadurch die bisanhero durch andere benachbarte Lande gegangene Land-Straſſe, Commercien und davon abhangenden Zoll, Weg-Geld, Nahrung, ꝛc. an ſich zu ziehen, ſeye aber allezeit damit abgewieſen worden; worauf er ſich endlich an Chur-Cölln gewandt und demſelben einige Vorſchläge gethan, welche auch faſt goûtiret worden.

So

So bald aber Chur-Trier Nachricht davon erhalten, habe es an Chur-Cölln und den Grafen geſchrieben, novum opus nuncirt und verlangt, von dieſer Neuerung abzuſtehen, es ſeye aber keine und, auf das fernerweit an Chur-Cölln erlaſſene Schreiben, endlich nur von dieſem eine Antwort erfolget, aus welcher man erſehen, daß man Chur-Cöllniſcher Seits auf der Sache beharre und behaupte, als ob das Chur-Cöllniſche Gebiet auf dem Rheinſtrohm noch oberhalb des Nettbachs hinauf, mithin über den Diſtrict, allwo die Brücke angelegt werden ſolle, erſtrecke. Nun ſeye aber Chur-Trier, vermöge beygelegten Privilegii ſchon vor viel 100. Jahren mit dem Regali auf dem Rhein bis in die Nettbach beliehen, ſolches auch bis auf den heutigen Tag von allen Kayſern erneuert worden. Chur-Trier habe dieſes zwar Chur-Cölln nochmals fürgeſtellt und auf eine gütliche Conferentz angetragen; man dörffe ſich aber nicht viel davon verſprechen und wann die Sache, wie getrohet werde, einmal zu Stande komme, werde ſie immer ſchwerer. Chur-Trier bate alſo, iudicialem novi operis nuntiationem, una cum Mandato de non infringendo Regale Cæſareum Ar-

chi-Epiſcopatui Trevirenſi per multiplices Infeudationes Cæſareas reſp. conceſſum & innovatum S. C. zu erkennen, mithin Beklagten anzubefehlen, daß ſie von der vorhabenden fliehenden Rheinbrücke oberhalb der Nettbach, bis zu Austrag erkannten Rechtens abſtehen. ꝛc.

§. 2.

Reichs-Hof-Raths-Concluſum.

Der Reichs-Hof-Rath reſolvirte darauf den 15. Jul. ein Reſcript an Chur-Cölln: Die ungeſäumte gemeſſene Verfügung an ſeine Regierung zu Bonn zu thun, daß ſie von einem oberhalb dem Nettbach vorhabenden gemeinſchafftlichen Brücken-Bau gäntzlich abſtehen, das daſelbſt hergebrachte Chur-Trieriſche Regale fürohin ungekränckt laſſen, die nach Andernach abgeordnete Hof-Räthe ohne Verzug von dannen avociren, fort fernerer Klage und Beſchwerde hierunter keinen Anlaß zu geben, ſondern, wie dieſes alles an beſagte Regierung befohlen und von derſelben würcklich befolget worden, innerhalb zwey Monathen die gebührende Anzeige zu thun. Und den 2. Aug. ergienge ein Inhæſiv-Reſcript.

§. 3.

Cöllniſche Exceptiones.

Die Chur-Cöllniſche Exceptiones dagegen concentriren ſich dahin: Man acceptiâ€‘

ceptire, daß in dem Chur-Trieriſcher Seits übergebenen Schemate die Chur-Cöllniſche Gräntzen bis an den weißen Thurn, wie auch der Weg zur fliegenden Brücke, fort deren Ubergang über den Rhein in das Neuwiediſche, intra fines Territorii Colonienſis, nemlich zwiſchen der Nettbach und gedachtem weißen Thurn nachgegeben werde, dahero nicht nöthig ſeye, weitläuftig zu erinnern, quod Jus fluminis Jure Superioritatis Territorialis, tam quoad Jurisdictionem, quam Protectionem, Proprietatem ac utilitatem, ſuppoſita habilitate perſonæ, pertineat ad Principem vel Dominum, cuius Territorium flumina perfluunt, folglich ſeye die Anlegung der Gyrbrücke nicht auf fremden, ſondern auf eigenem Gebiet geſchehen. Es ſeye zwar bishero noch keine Brücke allda geweſen, es ſeye aber res meræ facultatis, in dem ſeinigen dergleichen zu errichten und an dem Ort qu. ſeye über Menſchen Gedencken ſowohl Chur-Cöllniſch als Neuwiediſcher Seits mit Schiffen und großen Schalen die Uberfahrt ohne die mindeſte Chur-Trieriſche Contradiction Tag für Tag geſchehen, ſtehe dahero Chur-Cölln frey, ſeinen Unterthanen und andern eine bequemere Uberfarth

farth zu verſchaffen, ob ſchon der Nachbarſchafft dadurch einiger Vortheil entgehe. Nächſt an dem weißen Thurn ſeyen die Gräntz-Steine mit des Ertz-Stiffts Cölln und der Stadt Andernach Wappen und ſogar finden ſich im Rhein ſelbſten von eben dieſer Art; wann Delinquenten zwiſchen Chur-Trier und Cölln ausgewechſelt werden, geſchehe es an dieſem Ort, zu Lande werde bis dahin gejagt und zu Waſſer gefiſcht, die Cöllniſche Stadt Andernach verwahre das Ufer bis an ſolchen Platz und bepflantze es mit Weiden, es ſeye auch vormals die Gyrbruck allda angelegt und die Uberfahrt jährlich verpachtet worden, ja die eben wegen dieſer Brücke angeordnete Chur-Trieriſche Poſtirung habe ſich inner dieſen Gräntzen gehalten, dahero Chur-Trier das geringſte Recht nicht habe, novum opus zu nunciiren, cum cuilibet in ſuo, pro arbitrio ædificare permiſſum ſit, etſi longiſſimo tempore non ædificaſſet, cum facultati in ſuo ædificandi non præſcribatur, wie dann Chur-Trier ſelber zugebe, Chur-Cölln könne in ſeinem Gebiet dergleichen thun. Libertas transeundi per vias publicas ſeye jedem erlaubt und §. 85. Inſtr. Pac. Mon. werde verordnet:

Liberæ ſint in univerſum utriusque Rheni ripæ & Provinciarum utrinque adiacentium incolis commercia & commeatus, dahero die Chur-Trieriſche Sperrung dieſer neuen offenen Land-Straſſe eine unerlaubte Thätlichkeit ſeye. Das allegirte Privilegium und Lehenbrieff können einem Tertio nicht præjudiciren, zumalen wo demſelben, ex confeſſione iudiciali zu Land die Landes-Hoheit, mithin auch über den dadurch lauffenden Strohm competire, ſolches auch die Gräntz-Steine und über Menſchen Gedencken exercirte Actus, namentlich der Uberfarth, entgegen ſtehen. Und wie die Gräntzen des Chur-Trier auf der Moſel und Rhein verliehenen Geleits a ripis & rivulis genommen werden, von Coblentz bis an den weiſſen Thurn und darunter bis an die Nettbach aber derſeits kein rivulus ſeye, ſo in den Rhein fließe, ſo ſeye auch der terminus: usque in ripam Nette nicht taxative, ſondern demonſtrative, genommen, ja wann es auch taxative zu verſtehen wäre, ſo hätte Trier, nach Ausweiß des Privilegii, nur nudum Conductum, nicht aber, wie auf der Moſel, Jurisdictionem cum Strata zu prætendiren, dergleichen Conductum

man auch in alieno Territorio haben, ſelbigen aber nicht ad alia Regalia extendiren könne, wiewol Chur-Trier nicht erweiſen werde, daß ſolcher Conductus jemals vom weißen Thurn bis in die Nettbach exerciret worden, noch das angegebene Privilegium in Obſervanz gekommen ſeye, maßen Luxemburg, gegen den Innhalt des Privilegii, innerhalb denen angezeigten Gräntzen zwey Waſſer-Zölle beſitze, auch in dem von dem Chur-Trieriſchen enclavirten Baaden-Baadiſch- und Pfaltz-Bircken-feldiſchen Territorio zwiſchen Trarbach und Traben von langen Jahren her eine fliegende Brücke über die Moſel angelegt worden ſeye. Es ſeye auch die Anlegung der ſtreitigen Brücke gar nicht ex æmulatione gegen Chur-Trier, noch auf bloßes Anſtiften des ſich hinter Chur-Cölln verſteckenden Grafens von Neu-Wied geſchehen, ſondern zu Beförderung des Chur-Cöllniſchen Cameral-Intereſſe und der oberen Ertz-Stiftiſchen Landen. Andernach leide gar nicht darunter, oder es könne doch demſelbigen auf andere Art geholffen werden, ſonderlich durch die alſo beförderende Communication mit denen jenſeitigen Chur-Cöllniſchen Landen. Chur-Trier möge oberhalb

halb des weißen Thurns auch ſo viele Brücken anlegen, als es wolle, und ſich aller erlaubten Mittel bedienen, die Loſung der ſtrittigen Brücke gebrauchen, die widerrechtliche aber würde man durch erlaubte Gegen-Mittel hintertreiben. Chur-Trier habe nicht nöthig, für der Andernacher Intereſſe zu ſorgen. Die Chur-Verein und Zoll-Uniones geben weder Chur-Trier ein privatives Recht einer ſolchen Brücke, noch nehmen ſie es anderen in ihren Territoriis, ſondern verbiete nur die Gebäude, wodurch die freye Schiffarth verhindert werde, dergleichen die Schiff-Brücken nicht ſeyen, ſonſten Chur-Trier die ſeinige auch abſtellen müßte. Wie nun die Chur-Trieriſche Schreiben, ob defectum requiſitorum, zu einer extraiudicialen novi operis nuntiatione nicht hinlänglich ſeyen, alſo habe auch keine iudicialis, zumalen opere iam perfecto, ob defectum Juris contradicendi ſtatt, da es nicht ad æmulationem geſchehen, ſondern ſui ſuorumque commodi & utilitatis gratia und weil die Reiſende dadurch einen näheren und commoderen Weg auf Franckfurth bekommen, welche utilitas publica dem Chur-Trieriſchen Privat-Nutzen vor-

zuziehen ſeye. Daß Chur-Trier dem Cloſter St. Thomas von ſeinen Gütern ſo viel genommen habe, als zu einem nach der Brücke qu. führenden allgemeinen Fuhrweg vonnöthen, ſeye wahr, das Cloſter liege aber unter Chur-Cöllniſcher Landes-Hoheit und da Chur-Trier, als Ordinarius, um ſeines eigenen Privat-Intereſſe willen, den von dem Cloſter geſuchten Conſenſum ad alienandum nicht habe ertheilen wollen, ſo habe Chur-Cölln ſich ſeiner Landes-Hoheit bedienet, ſich ſeiner Unterthanen Güter, pro utilitate publici, erga ſolutionem pretii, zu gebrauchen, wogegen ſich auch das Cloſter nicht beſchweret und offerire ſich Chur-Cölln, demſelben dafür andere näher gelegene und fruchtbarere Güter in Ubermaaß anzuſchaffen, welches endlich auch den Conſens anderwärts her ſuppliren laſſen könnte. Solchemnach wird ſchließlichen gebeten, die erlaſſene Reſcripta zu caßiren und Chur-Trier zur Ruhe zu weiſen.

§. 4.

Trieriſche Replic.

Chur-Trier replicirte: Es habe nicht nur Chur-Trier dem Grafen von Neu-Wied mehrmalen abgeſchlagen, in der Gegend Neu-Wied eine gemeinſchafftliche fliehende Rheinbrücke anzulegen, ſondern die vo-

vorige Chur-Fürſten zu Cölln, nebſt dem jetzigen, hätten, zumalen auf nachdruckſames Anſuchen der Stadt Andernach, laut der Beylagen, ein gleiches zu wiederhohlten malen und ſo lang gethan, bis Chur-Cölln auf die irrige Meinung gerathen, als ob Chur-Trier die Ausfuhr der in ſeinen Landen für den Hof-Marſtall zu Bonn erkaufften Naturalien verweigert habe und ſich auf dieſe Weiſe an Chur-Trier rächen wollen. Chur-Cölln habe kein Intereſſe dabey: ob die Land-Straſſe nach Franckfurth über Coblentz oder Neu-Wied gehe? weil die Fuhren gleich oberhalb Andernach das Chur-Cöllniſche Gebiet völlig verlaſſen, mithin ſeye es auch nicht befugt, alte Land-Straſſen, zum Nachtheil eines dritten, aus Haß gegen ihme abzuleiten. Die vorgegebene Communication zwiſchen den jen- und diſſeitigen Chur-Cöllniſchen Landen ſeye ein bloßes Blendwerck; dann was zur Rechten des Rheins liege, liege abwarts Bonn zu, es müßten alſo ex ſuppoſito die Cöllniſche Unterthanen die Naturalien durch fremde Territoria den Rhein herauf und bey Neuwied über denſelbigen nach Andernach, ſo dann wieder den Rhein hinab ſchaffen, welches ſie über Lintz, auf pur Cöllniſchen Boden,

viel näher und bequemer jenſeits thun könn-
ten, zumalen da ſie auf dem Rhein dieſer
Orten drey Zölle hätten, welcher ſie auf die
andere Weiſe entübriget ſeyn könnten. Al-
lenfalls wäre ja am beſten, dieſe Naturalien
würden gleich zu Neuwied in Chur-Cölni-
ſche Schiffe geladen, als erſt zu Andernach;
wollte man es aber von dar zu Land nach
Bonn mit ſchweren Koſten und durch frem-
de Territoria führen, wäre es lächerlich.
Als dieſe Chur-Cölniſche Unterthanen de-
nen Kayſerlichen Auxiliar-Trouppen die
Fourage hätten liefen müſſen, ſeye keiner
ſo thöricht geweſen, über Neuwied und An-
dernach zu fahren, ſondern ſie wären geraden
Wegs über Lintz nach Bonn gefahren. Es
könnten auch in Theurungen die rechter
Hand Rheins gelegene Gräfliche Territo-
ria (die ſelbſt anderwärts ihre Subſiſtenz
herhohlen müßten,) Chur-Cölln keine Zu-
fuhr thun, oder doch ſolche am leichteſten
auf dem Rhein præſtiret werden. Am al-
lerwenigſten nutze es der Statt Andernach,
da vielmehr dieſe bey Hof vorgeſtellet habe,
daß ſothane Brücke ihro und dem Ertz-Stift
zu groſſem Schaden gereiche. Und dieſes
ſeye, laut der Beylagen, der gantzen Stadt
Andernach Sinn, die dahero auch auf dem

Land-

Land-Tag ein gemeinſames Ständiſches Gravamen daraus gemacht habe. Nachdeme hierauf weitläuftig gezeiget worden, aus was für Urſachen man die von einem Juden angeblich für Chur-Cölln erkaufte Früchten währender Sperr und darüber mit der eingeſeſſenen Ritterſchafft vor dem Reichs-Hof-Rath gehabten Proceß nicht habe können verabfolgen laſſen, dabey aber für Chur-Cölln alle nur mögliche Conſideration bezeuget, ſo heißt es in der Haupt-Sache weiter: Zu der novi operis nunciatione ſeye genug, wann der Nuncians etwelcher maſſen de Jure prohibendi docire und was nachhero gebauet worden, müſſe forderiſt wieder abgeſtellet werden; nun habe Chur-Trier 1. pro coloranda cauſa ſein Privilegium produciret, 2. nehme man nun das Chur-Cölniſche eigene Privilegium de Anno 1396. darzu, ſo ſeye klar, daß die Nettbach in Anſehung Chur-Triers der Terminus ad quem und in Anſehung Chur-Cöllns der Terminus a quo ſeye. 3. Die geiſtliche Stände hätten ihre Regalien nach und nach und endlich völlig von denen Kayſern erhalten; Da nun dieſe Chur-Trier und Chur-Cölln den Conductum auf dem Rhein gegeben, ſo müſſe man

IIIII man

man entweder das völlige Jus fluminis darunter verſtehen, oder ſupponiren, die Kayſere hätten ſelber nichts als conductum, Cölln aber das übrige Jure Majeſtatico independenti gehabt. Andernach ſeye biß ins 15de Seculum eine Reichs-Stadt geweſen, alſo habe es damals zu Land nicht einmal biß, vielweniger über den Nettebach das geringſte beſeſſen, zu Waſſer aber ſeye ihme der Nettebach zum termino a quo anberaumt geweſen. Wolle aber Chur-Cölln ſein Recht von dieſer ehemaligen Reichs-Stadt Andernach herleiten, ſo ſtehe demſelben entgegen, daß die Reichs-Stätte nie das Regale fluminis gehabt, wie ſich noch an denen Stätten Cölln, Worms und Speyer äuſſere, welche zwar zu Land in ihrem Bezirck die hergebrachte Regalien ausübten, auf dem Rhein aber ſich niemalen der geringſten Jurisdiction angemaſſet haben und der Kayſer habe zu der Zeit, als Andernach noch eine Reichs-Statt geweſen, den Rhein, ſo ferne er durch deren Gebiet gefloſſen, dergeſtalt getheilet, daß Chur-Trier das Regale Fluminis von oben herab biß an die Nettbach, Chur-Cölln aber von der Nettebach an abwarts gehabt. Wollte Chur-Cölln behaupten, der Kayſer habe

nur

nur das Geleit gegeben und ſich die Jurisdi-
ction reſerviret, ſo müſſe es erweiſen, wie
und wo ihme dann hernach ſolche Jurisdi-
ction von der Nettebach biß an den weißen
Thurn zugelegt worden ſeye. Chur-Cölln
habe ja keinen andern titulum ſeiner Rega-
lien als die Kayſerliche Conceſſiones und
ob gleich dieſe ebenfalls nur von dem Geleite
auf dem Rhein von der Nettebach an rede-
ten, ſo vindicire ſich Chur-Cölln doch,
krafft deſſen, auch die Jurisdiction; aus
gleichem Grund behaupte es Chur-Trier,
und Chur-Cölln geſtehe es ihme biß an den
weißen Thurn ſelbſt ein, warum dann dieſer
Conductus von dem weißen Thurn biß an
die Nettebach nur eine Servitus Juris pu-
blici ſeyn ſolle? Daß auch in dem Diplo-
mate Conductus und Jurisdictio parifi-
ciret werden, zeige ſich daraus, weil es An-
fangs in dem Diplomate heiße: Condu-
ctum & Jurisdictionem ſuper fluvium
Moſellam, hernach: Conductum ſuper
fluvium & alveum Rheni, endlich aber
heiße es wieder überhaupt: prout - - Ec-
cleſia Trevirenſis hujusmodi *Conductus*
& Stratas hactenus & ab antiquo habue-
runt und werde dabey von der Jurisdiction,
welche vorhin expreſſe geſtanden, abſtra-

hi-

hiret, folglich eines vor das andere genommen. In dem gantzen Diplomate ſeye nur von dem Jure conductus die Rede; da nun die Lande vorhin dem Ertz-Stifft gehöret haben und auf verſchiedene Weiſe zuſammen erwachſen, die Regalien darüber aber von denen Kayſern verliehen worden ſeyen, ſo würde folgen, daß Trier in ſeinem eigenen Land keine Landes-Hoheit, ſondern nur das Jus Conductus Jure Servitutis in alieno hätte, welches abſurd wäre. Wie hingegen dieſe Kayſerliche Privilegien und Lehen-Brieffe der Titulus der Chur-Trieriſchen Landes-Hoheit über die Moſel und den Rhein biß an den weißen Thurn ſeyen, ſo müßten ſelbige auch die Landes-Hoheit auf dem Rhein von dem weißen Thurn biß an die Nettebach inferiren oder præſupponiren, wie dann ja das Jus conducendi ordentlicher Weiſe ein Stück der Landes-Hoheit ſeye und dahero vom Gegentheil erſt erwieſen werden müßte, daß es nur ſervitus in alieno ſeye, welches aber in ſubſtrato unmöglich ſeye, weil es Chur-Trier in ſeinen eigenen Landen zu Waſſer und Land verliehen worden ſeye und entweder habe ſich der Kayſer die Jurisdiction auf dem Rhein in dem im Chur-Trieriſchen Lehenbrieff bemerck-

merckten Diſtrict vorbehalten, oder ein anderer habe ſie gehabt; das erſte ſeye weder erweislich noch vermuthlich, weil der Kayſer ja dem Ertz-Stifft überhaupt alle Regalien, alſo auch die Jurisdiction zu Waſſer und Land, verliehen habe, und eben ſo wenig ſeye erweislich oder vermuthlich, daß ſolche jemand anders gehabt, am wenigſten Chur-Cölln, deſſen Jura auf dem Rhein, vermöge ſeines Privilegii, erſt bey der Nettebach hinabwarts anfangen; zu Land aber habe es biß auf A. 1496. da es die Reichs-Statt Andernach mit Gewalt der Waffen zu einer municipal-Statt gemacht, in der Gegend des Nettebachs gar nichts zu ſagen gehabt. Ja wann auch ſchon vorher das Chur-Cöllniſche zu Land weiter gegangen wäre, hätte doch das Trieriſche Gebiet zu Waſſer ſich weiter erſtrecken können, wie Klock Conſ. 5. n. 19. ſeqq. dargethan habe. In der Union der Rheiniſchen Chur-Fürſten de A. 1492. habe einer dem andern gleiches Recht auf dem Rhein und deſſen Leinpfad eingeſtanden, NB als fern eines jeglichen Gebiet reiche und gehe; A. 1492. ſeye aber Andernach noch eine Reichs-Statt geweſen, mithin ſeye das Chur-Cöllniſche Gebiet damals noch nicht an die Nettebach gegan-

gen, folglich habe es ſich auch aus dieſem Grund keiner Jurisdiction über den Rhein anzumaſſen gehabt und wann der Schluß von der Landes-Hoheit zu Land auf die zu Waſſer gelte, thue ſich Chur-Cölln den gröſten Schaden, weil inner dem in ſeinem Privilegio enthaltenen Diſtrict, gleich unter Andernach zu beeden Seiten fremder und ſonderlich lincker Hand des Rheins hinab biß unter Remagen Chur-Pfältziſche Lande an den Rhein ſtoſſen. Eben ſo wenig habe Chur-Cölln nach A. 1492 ein Recht über den Rheinſtrohm oberhalb des Nettebachs erlangt, weil Andernach nie kein Recht auf dem Rhein gehabt, alſo Chur-Cölln auch in keines reſpectu Andernachs ſuccediren können. Uber dieſes alles befinde ſich Chur-Trier in dem Beſitz: Dann es ergeben der Fürſtl. Sachſen-Eiſenachiſchen Beamten zu Bendorff geführte, wie auch ein Notariat-Zeugen-Verhör und die Chur-Trieriſche Cameral- und Landſchafft-Rechnungen, (welche alle der Replic beygeleget worden, daß von Anfang dieſes Seculi biß auf A. 1736. incl. die Chur-Trieriſche fliehende Brücke von Coblentz, ſo oft es die Noth und Gelegenheit erheiſchet, auf dem Rhein gegen Neu-Wied gebracht und dort in ſeinem voll-

vollkommenen Stand mit Bucht-Nachen und Land-Brücken an demjenigen Ort feſt-gemacht und zur Uberfahrt hingeſtellet wor-den ſeye, wo ſich jetzo dieſe neue Brücke be-finde, welches ſich noch weiter aus 7. ande-ren Beylagen verificire. Solches ſeye zwar zu Kriegs- und Friedens-Zeiten bloß zur Uberfahrt derer Kriegs-Trouppen und deren Anhangs geſchehen, Chur-Trier habe aber keine beſtändige Brücke allda verlangt, weil es wider ſein Intereſſe geweſen ſeye und eben die Gründe dagegen gewaltet hät-ten, um deren willen man jetzo die neue Brücke nicht leiden wolle. Genug ſeye, daß Chur-Trier allda eine Brücke gehabt, wann es gewollt, das übrige ſeye Libertatis geweſen. Hätte man nun ſelbigen Diſtrict nicht für Chur-Trieriſches Territorium gehalten, würde weder Chur-Trier in alie-no dergleichen Uberfarth mit großen Koſten bewerckſtelliget, noch Chur-Cölln derglei-chen gelitten haben, zumalen da ſich Chur-Trier von denen Marquetentern von Wa-gen, Pferden und Perſonen das Brücken-Geld habe zahlen laſſen. Das Chur-Trie-riſche in ripa ſich äuſſerende Regale Flu-minis auf dem Diſtrict qu. äuſſere ſich auch dadurch, daß 1. es die Land-Brücken auf das

Ufer und Lein-Pfad auf Andernach- und Neu-Wiediſcher Seiten ohne einige Requiſition (dergleichen Chur-Cölln bey der neuen Brücke gegen Neu-Wied thun müſſen,) aufſchlagen, 2. daß man Anno 1735. m. Dec. zu Friedens-Zeiten die auf Neu-Wiediſcher Seiten am Ufer geſtandenen Pelz-Weyden, im Angeſicht der ganzen Statt, ohne einige Widerſprach, zu Beförderung der Uberfarth abhauen laſſen, 3. daß als der Wiediſche Canzley-Director ſich beſchweret, daß er durch dieſe Brücke Schaden leyde, der Graf zur Antwort gegeben; man möchte mit der Brücken machen was man wollte, er thäte ſich daran nicht ſtöhren; es wären ſeine Sachen nicht ꝛc. 4. Habe Chur-Trier auch das Fahr vom weiſſen Thurn auf Neu-Wied mit Nachen und kleinem Geſchirr die Kriegs-Zeiten hindurch ohngeſtöhrt geübet und verpachtet und ob gleich nach A. 1714. der Magiſtrat zu Andernach und die Neuwieder Ferger es abwenden wollen, habe man doch dem Pachter Chur-Trieriſcher Seits, unter verſprochener Aßiſtenz, befohlen, ſich zu manuteniren, wie dann auch der Graf ſich begriffen und A. 1732. bey Chur-Trier angeſu-

geſuchet habe, an dem Ort, wo man ſich vorhin der fliehenden Brücke bedient, (das iſt unter dem Wöhrd, worauf die jetzige Brücke feſtgemacht worden,) eine gemeinſame Uberfarth zu veranſtalten. Es ſeye auch vom weiſſen Thurn an nie kein Weg zu Land gegen Neu-Wird hin gegangen, dahero Chur-Cölln fremde geiſtliche Güter angreiffen müſſen, erſt einen Weg zu machen. Daß aber der Graf, auf erhaltene abſchlägige Antwort von Chur-Trier mit Andernach eine ſolche Uberfarth anſtellen wollen, præjudicire Chur-Trier um ſo weniger, als die Andernachiſche eigene Documenta ihme ganz entgegen ſeyen und die Statt die Gräfliche Vorſchläge ſelbſt refutiret und aus ihrem Scheffen-Weisthun gezeiget habe, daß die Fahr bey dem Dörfflein Fahr und Chur-Cöllen zuſtändig geweſen ſeye und Graf Johann zu Wied habe A. 1531. zu Andernach vor denen Chur-Trieriſchen Räthen ſelbſt geſtanden: Ihme gebühre gar keine Fahr über den Rhein. Da aber auch die Fahr bey Andernach eingegangen, ſo habe ſo wenig Chur-Cölln, als der Graf bißhero einigen Beſiz der Fahr-Gerechtigkeit auf dem Rhein gehabt, ſondern die Statt Ander-

 nach

nach habe, bey wenigen Jahren, mit Neuwied colludiren und privatu auſu etwas dergleichen anfangen und es des Jahres für 2. oder 3. thl. verpachten wollen, ſo man aber Chur-Trieriſcher Seits nicht eingeſtanden, wiewol ihro dieſes noch keine Jurisdiction auf dem Rhein gegeben hätte. Ferner behaupte Andernach in einer Beylage gegen Chur-Cölln ſelbſt, das leztere habe oberhalb dem Nettebach keine Fahr-Gerechtigkeit und da auch das, was von Andernach attentiret worden, nomine proprio und nicht Chur-Cöllns geſchehen, ſo könne ſolches auch Chur-Cölln, keinen Beſitz geben, um ſo weniger, als alle Dörffer an dem Rhein allda, wo keine ordentliche paſſagen ſeyen, ſich des Uberfahrens mit ihren Fahrzeugen bedienen, über den Andernacher Fluhr aber gar kein Weg an den Rhein gegangen ſeye, wo hingegen eine Haupt-Landſtraſſe auf den weiſſen Thurn, von dannen aber das Fahr nach Wied gegangen ſeye.

Wann aber Chur-Trier nur den bloſſen Conductum oberhalb dem Nettebach hätte, ſo wäre doch dieſe Brücke unerlaubt, dann die Rheiniſche Chur-Fürſten hätten ſich verbunden, keine Neben-Straſſen am

Rhein

Rhein auf oder ab zu geſtatten und wo jemand (wie hier der Graf von Neu-Wied,) einen von ihnen an ſeinen Zöllen, Geleiten oder Rechten verunrechten oder verbauen wollte, ſollten ſie einander dagegen behülfflich ſeyn, welche Uniones in der Kayſ. Capitulation approbiret und noch heutiges Tages dieſer Chur-Fürſten Grund-Geſetze ſeyen, wie dann auch dahero Chur-Maynz und Chur-Pfalz Chur-Cölln wegen dieſer Brücke Remonſtration gethan hätten. Nun könnte ja aber dieſer Union nichts mehrers entgegen ſeyn, als wann man Chur-Trier die Haupt-Land-Straſſe aus denen Niederlanden nach Franckfurt ab- und dem Grafen von Neu-Wied zuwenden wollte, zumalen da Chur-Cölln ſelber dabey keinen Heller profitire. So müſſe auch, wegen Fläche der Situation, die Land-Brücke 40. biß 50. Schritte in den Rhein hineingebauet werden, welches die Auf- und Abfarth gefährlich mache.

Die Nunciatio novi operis ſeye klar durch die von Chur-Trier an Chur-Cölln und den Grafen erlaſſene Schreiben, als das darauf erfolgte Reichs-Hof-Raths-Concluſum vom 13. Jul. bey deſſen ſub Aquila beſchehener Inſinuation die Brü-

 cke,

cke, laut Notariats-Inſtrumenti, noch nicht im Stande geweſen ſeye, ja man habe auch nach Inſinuation des Original-Reſcripts fortgebauet; welches alles forderiſt um ſo mehrers wieder abgeſtellet werden müſſe, als, wo die nuntiatio nicht offenbar frivola ſeye, nicht de Jure des Baues, ſondern de facto des Fortbauens poſt nunciationem die erſte Frage ſeye, die Chur-Cöllniſche Exceptiones hingegen alle auf jenes und nicht auf dieſes gehen.

Die Chur-Cöllniſche Exceptiones belangend, ſo ſeye es von Chur-Trier kein Eigennutz, wann es ſeine in denen Lehen-Brieffen und Chur-Fürſtlichen Unionen fundirte Rechte proſequire, zumalen da Chur-Cölln ſelber von der ganzen Sache keinen Nutzen, vielmehr deſſen eigene Directorial-Statt Andernach groſſen Schaden davon habe und alles aus einer Rache herrühre. Es komme nicht darauf an: wie weit die Andernachiſche Gränzen zu Lande gehen, ſondern: ob Andernach jemals ein Recht auf dem Rhein gehabt habe, in welches Chur-Cölln hätte ſuccediren können? die Negativa hievon aber ſeye ſchon oben dargethan worden. Eine

widrige

widrige theſis würde die gantze Verfaſſung des Rheinſtrohms über einen Hauffen werffen und ſeye ein groſſer Unterſchied zwiſchen dem Römiſch- und teutſchen Fluß-Recht, wie auch zwiſchen einem Bach und dem Rheinſtrohm und der Graf von Wied habe kein Recht über den Rhein, mithin Chur-Cölln auch nicht erlauben können, eine Land-Brücke in denſelben zu bauen, wie dann auch Chur-Maynz und Chur-Pfalz denſelbigen durchaus nicht in das Con-Dominium Rheni admittiren wollten. Chur-Cölln geſtehe ſelbſt, daß es nie keine fliehende Brücke in loco qu. gehabt, alſo ſeye es klar, daß es ein novum Opus ſeye; das Angeben einer Chur-Cöllniſchen Uberfahr aber ſeye nimmermehr erweislich, hingegen oben das Gegentheil aus dem Andernachiſchen Schöffen-Weisthum dargethan. Die Andernachiſche attentirte privat-Uberfahrt aber ſeye ein ſimpler Trajectus geweſen, dergleichen viele andere Clöſter und Communen ꝛc. hätten, woraus aber weder ein Dominium Rheni, noch Recht einer Brücke und Land-Straſſe folge, eine fliehende Brücke erfordere einen Bau im Rhein und am Ufer, welches ganz was anderes ſeye, als

 wann

wann man mit einem Nachen über den Rhein ſetze. Chur-Cölln ſage ſelbſt, die Abſicht gehe nicht nur auf die Chur-Cöllniſche Unterthanen, ſondern auch für andere; für dieſe aber hätte Chur-Cöllen mit Chur-Trieriſchem ſo groſſem Schaden nicht zu ſorgen, wann jenes gleich die Hoheit über den Rhein hätte. Chur-Cölln habe, Krafft würcklich geſchloſſenen Vergleichs, den Grafen in Conſortium aufgenommen, die Brücke ſeye gemeinſchafftlich bezahlt worden und ſollen auch die Nutzungen gleich getheilt und die Reparations- und Unterhaltungs-Koſten zu gleichen Theilen getragen, die Jurisdiction auf der Brücke Chur-Cölln alleine getragen, hingegen ſelbige in Chur-Cöllniſche Protection genommen werden. Daß auf dem Land unter dem weiſſen Thurm Gräntz-Steine mit Chur-Trier- und (nicht Chur-Cöllniſch- ſondern) altem Reichs-Statt Andernachiſchen Wappen ſtehen, ſeye wahr: daß aber dergleichen Steine im Rhein ſtehen, ſeye unwahr und wäre Chur-Cölln ſelbſt ſchädlich, weil die Rheiniſchen Chur-Fürſten keiner Reichs-Statt das Con-Dominium Rheni eingeſtehen. Die Chur-Trieriſche Unterthanen exercirten

den

den Fiſchfang viele Stunden unterhalb Andernach ungeſtöhrt und Chur-Trier exercire nicht nur zu Land die Jagd biß an die Nettebach, ſondern nahmentlich auch biß dato auf dem gegen dem weiſſen Thurn gelegenen Werth, auf welchem die fliehende Brücke Ancker- und Pfahl-feſt gemacht ſeye, wo hingegen weder Chur-Cölln noch Andernach einigen Gebrauch einer Hoheit auf dem Rheinſtrohm erweiſen können. Das Ufer muniiren und Weyden darauf pflanzen, könne ein jeder Anſtöſſer des Rheins, der deßwegen doch an dem Dominio Rheni nicht participire und wann ſolche Weiden der Schiffarth hinderlich ſeyen, haue ſie der Dominus Rheni ab, wie Chur-Trier dem Grafen von Wied gethan. Einem Reiſenden ſtehe frey: ob er ſeinen Weg über Neu-Wied oder Coblenz nehmen wolle? die Land-Straſſen aber abzuänderen und Karren, Wagen, Güter, 2c. durch eine fliehende Brücke ordentlich über den Rhein zu transportiren ſeye wider die Chur-Rheiniſche Uniones und ein Chur-Fürſt dem anderen dißfalls Garantie zu leiſten ſchuldig. Der Münſteriſche Friede reiche gar nicht dahin, daß erlaubt ſeye, zum præju-

diz

diz eines Rheiniſchen Chur-Fürſtens flie-
hende Brücken über den Rhein zu halten,
wo und wie man wolle, ſonſt würde es
um der Rheiniſchen Chur-Fürſten Hoheit
auf dem Rhein ſchlecht ſtehen. Die Sperr
ſeye gegen das Neu-Wiediſche verhänget
worden, weil der Graf fortgefahren, die
alte Trieriſche Land-Straſſe via facti ab-
zuleiten. Wolle Chur-Cölln das Chur-
Trieriſche Privilegium und Lehen-Brieffe
anfechten, ſo fechte es damit ſeine eigene
Jura über den Rheinſtrohm an, weil es
auch keinen anderen Titulum habe, als
das Geleits-Recht auf dem Rhein, Krafft
Kayſerlichen Privilegii. Die Worte
beeder Privilegien, daß die Nette der ter-
minus reſp. ad quem & a quo ſeyn ſol-
len, liegen klar vor Augen. Eine Argu-
mentation von der Moſel auf dem Rhein
habe nicht ſtatt; wegen des Rheins ſeyen
beſondere Uniones unter denen Rheini-
ſchen Chur-Fürſten vorhanden und wegen
der Moſel ſeye über einiges beſondere Com-
pactata zwiſchen Chur-Trier und Luxem-
burg da und wegen des übrigen ſtreite
man noch und ſtehe in Tractaten; dieſes
gehe aber den Rhein nichts an. Trar-
bach ſeye ein Trieriſches Lehen, allwo Trier
biß

biß A. 1734. Beſatzung gehabt, mithin habe dieſe Brücke Chur-Trier gedient, diene deſſen Landen auch noch und führe auch keine Land-Straſſe und über alles dieſes habe ſich Chur-Trier dabey ſo proſpiciret, daß ſie ſeinem Regali fluminis nicht ſchade. Die Statt Andernach profitire, wie aus ihrer eigenen Supplic erhelle, von der gegen Neuwied angelegten Sperr, weil alſo die Trieriſche Unterthanen das, was ſie nach Neu-Wied führeten, nach Andernach brächten. Die Brücken zu Maynz und Coblenz ſtehen auf ihrer Herrn undiſputirlichem Boden von undencklichen Jahren, zum Gebrauch der Chur-Fürſtlichen Reſidenz und Gränz-Veſtungen und zur Communication mit uralten privilegirten Land-Straſſen; bey der Neu-Wiediſchen Brücke aber finde ſich von allem dieſem das gerade Gegentheil. Chur-Cölln habe auf keine denen Chur-Fürſten-Unionen nachtheilig Weiſe für das Publicum zu ſorgen; der Wege gehe auch nach der alten Straſſe viel gerader und wann Chur-Cölln die alte Land-Straſſen laſſe wie ſie ſeyen, alsdann behalten die viæ publicæ ihre Freyheit und ein jeder das ſeine. Nach Abzug der Unkoſten

koſten werde (wie auch die Statt Andernach erwieſen,) Chur-Cölln keinen Vortheil von der Brücke haben; alſo ſeye alles nur aus Neid und Rache gegen Chur-Trier geſchehen, demſelben Zoll, und Commercien ꝛc. zu entziehen. Chur-Trier habe gegen Chur-Cölln keine Sperr angelegt, wohl aber Chur-Cölln gegen Chur-Trier, dieſes aber habe biß dato keine Repreſſalien gebraucht; wer nun der Aggreſſior ſeye?

Solchemnach bate Chur-Trier ſchließlichen um eine Paritoriam plenam und dem Chur-Rheiniſchen Creyß-Directorio aufzugeben, alles wieder in dem vorigen Stand zu ſtellen.

§. 5.

Cöllniſche additional-Vorſtellung.

Chur-Cölln dagegen übergabe eine additional-Vorſtellung, welche auch gedruckt wurde und ohne das, was ſchon in Actis prioribus fürgekommen iſt, auf folgendes ankommt: 1. Eine Nunciatio novi operis habe nur ſtatt, Juris noſtri conſervandi cauſa, aut damni depellendi, aut publici Juris tuendi; Chur-Trier aber könne ſich auf nichts dergleichen beruffen, maſſen es kein habends Jus dociret. Die Rheiniſche Chur-Verein habe den gemein-

ſamen Nutzen zum Zweck, nun wäre aber unbillig, wann Chur-Cölln in ſeinem Land nicht geſtattet werden wollte, was andere Rheiniſche Chur-Fürſten in dem ihrigen ungehindert ausüben; das Chur-Trieriſche Privilegium habe dem Erz-Stifft Cölln nichts benehmen können, es lege auch Chur-Trier die Landes-Hoheit nicht, ſondern nur das Jus Conductus bey, von welchem ſich auf die Landes-Hoheit gar nicht ſchlieſſen laſſe, wie Aur. Bull. Cap. 1. & 2. beweiſe und es würden ſolcher geſtalten wenige Reichs-Stände bey dem Beſitz ihrer Lande ſicher ſeyn. Eben ſo wenig könne Chur-Trier eine cauſam depellendi damni angeben; dann wann gleich dadurch, wo Chur-Cölln in dem ſeinigen eine Rhein-Brücke anlege, Chur-Trier einiger Nuz entgehe, ſo heiſſe es doch: Juris competentis executio injuriam non habet. Eben ſo wenig ſeye eine tuitio Juris publici vorhanden, indeme durch dieſe Brücke die gemeine Schiffarth und Commercien ſo wenig gekräncket werden, als durch die an dem Rheinſtrohm befindliche übrige Brücken. Und wann ſich gleich Handel und Wandel im Trieriſchen dadurch verringere, ſo geſchehe es doch nur zufälliger Weiſe.

2. Nun-

2. Nunciatio novi operis habe nur ſtatt in rebus, quæ in ſolo fiunt; für dergleichen aber ſeye eine ſolche fliehende Brücke, ſamt der losliegenden Land-Brücke ſo wenig zu achten, als wann ein Schiff einen oder mehrere Anckere werffe und vom Ufere biß zum Schiff eine hölzerne Brücke lege, oder die Krippen an denen vom Waſſer beſchädigten Orten. Chur-Trier habe eher zu dancken, daß es bißhero ſo viel Nutzen gezogen, als ſich für das künfftige über deſſen Entgehung zu beſchweren.

Ubrigens qualificire ſich die Sache nicht ad Mandatum, folglich zur erſten Inſtanz und man hätte wohl Exceptiones fori declinatorias einwenden können, wolle aber bloß aus Reſpect gegen den Kayſer nur bitten, Chur-Cölln die effectus Juris communis angedeyhen zu laſſen. Nach dieſem ſeye erlaubt, præſtita Cautione de demoliendo in caſum Succumbentiæ, in dem angefangenen Werck fortzufahren: Chur-Cölln præſtire ſolche hiemit und damit heben ſich die bißherige Kayſerliche Verordnungen von ſelbſten auf, in der Haupt-Sache aber möge Chur-Trier gegen Chur-Cölln und den eine

unzer-

unzertrennlich gemeinſame Sache hegen-den Grafen von Neu-Wied ad forum Auſtregale verwieſen werden, da übrigens Chur-Cölln mit eigenen Kräfften gegen die Chur-Trieriſche dem Kayſerlichen Dehortatorio widerſtrebenden Unternehmungen werckthätig zu begegnen in dem Stande ſeye.

Das weitere wird in der Hiſtorie des Jahres 1743. zu vernehmen ſeyn.

Drittes Capitel.

Von denen Streitigkeiten zwiſchen Yſenburg und Franckfurt wegen der Wildbanns-Obrigkeit in denen Franckfurtiſchen Waldungen.

§. 1.

A. 1563. fienge die Reichs-Statt Franckfurt bey dem Cammer-Gericht einen Proceß gegen das Gräfliche Haus Yſenburg wegen der Drey-Eicher-Wildbahn an, welcher aber nicht zu Ende kame. A. 1730. brachte die Statt eine Citation ad reaſſumendum und eine Citation ex L. diffamari aus. Dieſes Streits Urſprung.

§. 2.

Das Gräfliche Haus Yſenburg lieſſe bey dieſer Gelegenheit eine „kurz-documentirte Demonſtration, daß der uralte Wechſel-Schrifften darinn.

Reichs- und Königs-Forſt zur Drey-Eichen, ſamt der unzertrennlich damit verknüpften Wildbanns-Obrigkeit ſich auch über die Franckfurther Waldungen und Wälder unwiderſprechlich erſtrecke, 2c. an das Licht ſtellen.

Die Stadt Franckfurth aber ſetzte deme eine ſtandhafte Beantwortung 2c. entgegen.

Hierwider nun kame A. 1742. zu Büdingen in Folio heraus:

Behauptete Vorrechte derer alten Königlichen Bann-Forſte, oder Ausführung derer dem Königl. Forſt- und Wildbann zu der Drey-Eich anklebenden Ober-Herrlich- und Gerechtigkeiten und gründliche Erweiſung, daß ſolche ſich über die gantze Gemarckung der Löbl. Freyen Reichs-Stadt Franckfurth am Mayn unwiederſprechlich erſtrecken, als eine Gegen-Beantwortung alles deſſen ſo hierwieder in der Franckfurthiſchen ſo betitulten Beantwortung eingewandt worden. Nebſt einem Beweiß- und Urkunden-Buch.

Eine Recenſion davon findet man in denen allerneueſten Nachrichten von Juriſtiſchen Büchern *Part. 18. p. 83. ſeqq.* woſelbſt auch gemeldet wird, daß der berühmte Yſenburgiſche Hof-Rath Herr Buri die Feder dabey geführet habe.

§. 3.

§. 3.

In dieſer ſehr wohl geſchriebenen Deduction nun iſt viel ſchönes enthalten, ſo das allgemeine teutſche Staats-Recht und die teutſche Alterthümer überhaupt, und das Gräflich Yſenburgiſche und Franckfurtiſche Staats-Recht insbeſondere erläutert; Hingegen kommen auch (wie es in Proceſſen nicht anderſt ſeyn kan,) viele particularisſima für, daran denen allerwenigſten Leſern dieſes meines Wercks etwas gelegen iſt. Ich werde alſo jene nach und nach hier gantz einrücken, von dem übrigen aber einen ſolchen Auszug verfertigen, der zur Verſtändniß gegenwärtigen Streits hinlänglich iſt. Ich mache jetzo den Anfang mit dem erſten Abſatz, welcher aus dem A. 1736. in Sachen Yſenburg contra Schönborn zu Offenbach gedruckten gründlichen Bericht von dem uralten Reichs- und Königs-Forſt zur Drey-Eichen wiederhohlet iſt und alſo lautet:

Ein Stück der neueſten Nachrichten wird mitgetheilet.

Von denen alten Reichs- und Königs-Forſten überhaupt und dem Reichs-Lehenbaren Forſt und Wildbann zur Drey-Eichen insbeſondere.

§. I. Es iſt in der teutſchen Geſchichte eine gantz bekannte Sache, und wird niemand, welcher den Staat und Zuſtand derer alten teutſchen Völcker nur ein wenig eingeſehen

ſehen hat, in Abrede ſtellen können, daß ſelbige je und allewege von urſprünglichen Zeiten her, dem Jagen beſonders ergeben geweſen, und entweder zu Friedens-Zeiten, oder auch, wenn ſie aus ihren Feldzügen wiederum zurück gekommen, viele Zeit auf denen Jagten zugebracht haben, theils um ſich von denen ausgeſtandenen Ermüdungen und Beſchwerlichkeiten hinwiederum zu ermuntern und zu beluſtigen, theils um ſich und ihre Jugend durch Fällung des Wildes deſto geſchickter und bequemer zu denen künftigen Krieges-Ubungen zu machen, und denenſelben hiedurch die Ertragung derer bey denen Feldzügen unvermeidlichen Ungemächlichkeiten in Zeiten anzugewehnen, theils auch und zumahl in denen ältern Zeiten, um ſich durch das erlegte Wildpret den nöthigen Lebens-Unterhalt und die Kleidung zu verſchaffen.

Iul. Cæſar de bello Gallico Lib. IV. cap. 1.

Suevorum gens eſt longe maxima & bellicoſiſſima Germanorum omnium - - - neque multum frumento, ſed maximam partem lacte atque pecore vivunt, *multumque ſunt in venationibus*, quæ res & cibi genere & quotidiana exercitatione & libertate vitæ - - & vires alit, & immani corporum magnitudine homines efficit, atque in eam ſe conſuetudinem adduxerunt, ut locis frigidiſſimis neque veſtitus *præter pelles* habeant quicquam.

Idem Lib. VI. cap. 21.

Germani multum ab hac conſuetudine differunt --- *Vita omnis in venationibus* atque in ſtudiis rei militaris conſiſtit.

Tacitus de moribus Germaniæ cap. 15.

Quoties bella non ineunt Germani, *multum venatibus*, plus per otium tranſigunt, dediti ſomno ciboque.

Idem c. l. cap. 23.

Cibi ſimplices, agreſtia poma, *recens fera*, lac concretum.

Und Cap. 17. Ge-

Gerunt & ferarum pelles - - eligunt *feras*, & detracta velamina ſpargunt maculis pellibusque belluarum, quas exterior Oceanus atque ignotum mare gignit.

§. II. Dieſe Luſt und Begierde derer teutſchen Völcker zu denen Jagten haben ſelbige auch auf ihre Nachkommen fortgepflantzet, und findet man, daß ſonderlich die groſſen Herren unter ihnen dieſer Ubung vor andern ſehr ergeben geweſen. Wenigſtens bezeugen von denen Fränckiſchen Königen und Kayſern die Geſchicht-Schreiber ſolches durchgehends, und daß die Jagt gleichſam vor eine denen Francken eigene und ihnen vor andern gewöhnliche Bemühung gehalten worden, wie ſolches

du Freſne in Gloſſar. voce Foreſte Dominicum

nicht nur ſehr wohl anmercket, wenn er ſagt: Ut olim veteribus Gallis, quod teſtatur Arrianus lib. de Venatione cap. 34. ita fuit venatio Francis omnibus familiare exercitium. Sondern er beſtätiget es auch mit verſchiedenen Exempeln, und unter andern von dem König Clodovæo aus

Aimoino Lib. II. cap. 37.

Indeque *venationis* gratia exercendæ, *cujus ſtudioſos* eſſe *Francos* ſupra meminimus, Cociam ſylvam ingreſſus

Geſtis Dagobert. Reg. cap. 2.

Cum adoleſcentiæ ætatem, *ut genti Francorum moris* eſt, *venationibus* exerceret.

Cap. 23.

Exercitiis viritim (virium) & *venationibus aſſidue utens* in omni agilitate corporea ſtrenuus atque incomparabilis erat.

Ein gleiches beſtärcket von Kayſer Carolo Magno

Eginhard. de vit. & geſt. Caroli M. ap. Reuber Scriptor. Rer. German. p. 20.

Exercebatur aſſidue equitando, ac *venando*, quod illi *gentilitium* erat, quia vix ulla in terris natio invenitur, quæ in hac re Francis poſſit æquari.

Ja es iſt dieſer groſſe Kayſer dem Jagen dermaſſen ergeben geweſen, daß er auch in ſeinem hohen Alter nicht davon ablaſſen können, nach dem Zeugniß

Annaliſt. Saxon. ad A. 813. ap. Eccard. Corp. Hiſtor. med. ævi Tom. I. pag. 180.

Dimiſſo denique in Aquitaniam filio, ipſe *more ſolito, quamvis ſenectute confectus*, non longe a Regia Aquenſi *venatum* proficiſcitur, exactoque in hujusmodi negotio, quod reliquum erat autumni, circa Kalend. Novembris Aquisgrani reverſus eſt, ibique hiemavit.

Weswegen er auch eine ſolche Fertig- und Geſchicklichkeit hierinnen erlanget, daß es ihm wenige gleich thun können.

Poët. Sax. ad A. 814. ap. Leibnit. Tom. I. Rer. Brunſuic. p. 164.

Hic ſe *Venatu* nec non equitando frequenter
Fecerat ignarum deſidiæ penitus.
Vix illi glacialis hyems auferre valebat
Uſus caſtrenſes geſtaque militiæ.
Præterea ſolitus fuit exercere *venatum*,
Qua tunc arte magis nemo peritus erat.

Welches durch die Erzehlung

Ermoldi Nigelli Lib. IV. p. 72. ap. Murator. Tom. II. Scriptor. Rerum Italic.

bekräfftiget wird, wenn er von eben dieſem Kayſer ſchreibet:

Venatum ire parat *Francique ſolentes*
Et ſecum Heroldum Cæſar abire jubet.
Inſula propter adeſt Rheni quoque jurgite cincta,
Eſt nemus umbroſum, quo viret herba recens.
Illuc quippe feræ multæ variæque fuere,
Et late ſylvis turba jacebat iners.
Hanc quoque complerunt venaturi hinc inde manipli
Atque moloſſorum magna caterva ſimul.
Cæſar veloci reſidens terit arva caballo,
Witto pharetratus cui comes ibat equo.

Die-

Dieſemnach darff man ſich nicht verwundern, daß die Fränckiſche Könige überhaupt, und Kayſer Carolus Magnus insbeſondere ihre Printzen eben alſo aufferziehen, und ſie nicht allein in denen Wiſſenſchafften und freyen Künſten unterrichten laſſen, ſondern ſie auch dabey zugleich zum Reiten, Führung derer Waffen und zur Jagt von Jugend auf angehalten, um ſie hiedurch deſto fertiger und bequemer zu denen Kriegs-Ubungen und denen damit verknüpfften vielen Beſchwerlichkeiten zu machen.

Eginhard. de Vita & Geſt. Caroli M. cap. 19. ap. Reuber. p. 19.

meldet davon folgendes:

Liberos ſuos ita cenſuit inſtituendos, ut tam filii quam nepotes primo liberalibus ſtudiis, quibus & ipſe operam dabat, erudirentur. Tum filios, quam primum ætas patiebatur, *more Francorum* equitare, armis ac *venationibus* exerceri fecit.

§. III. Damit auch die Fränckiſche Könige und Kayſer dieſe ihnen ſo ſehr beliebte Jagten deſto beſſer, und mit gröſſerm Vergnügen halten und gebrauchen könten; ſo haben ſie hin und wieder im Reich ſich ihre abſonderliche Gegenden und Forſte gehalten, worinnen ſonſten niemanden zu jagen oder das Wildpret auf einige Weiſe zu ſtöhren erlaubet geweſen, ſondern alles vor ſie allein geheeget werden muſte, weshalben dieſe Gegenden und Waldungen auch gebannete Reichs- oder Königs-Forſte, Foreſtes dominicæ, Foreſta Regia, Sylvæ regales, genannt, und mit beſondern Umſtänden und Merckwürdigkeiten dazu errichtet, oder wie es heiſſet *foreſtiret* oder **geforſtet** wurden. Welchen Gebrauch, ſo wie es wenigſtens in Engelland beobachtet worden,

Spellmann in Gloſſario

bemercket, und

du Freſne voce Foreſtare, Inforeſtare
aus ihm wiederhohlet, wenn er ſchreibet:

Foreſtæ vero creandæ ritum ita deſcribit Spellmannus: Conſtituuntur regio diplomate viri aliquot graves & prudentes, qui locum foreſtæ deſignatum intuentur, luſtrant, & terminis manifeſtis circumſcribunt. Perimpleto hoc in Cancellariæ monumentis (de more) inſcripto, Rex præconis voce ipſum locum ſeu regiunculam per totum Comitatum, ubi ſita eſt, foreſtam edicit, foreſtæque legibus communitum. Prohibet inſuper, ut nemo ea turgeat audacia, quod ſine majeſtatis venia aliquam illic exerceat venationem, dicitur jam locus afforeſtari, & ut ceteræ foreſtæ in omnibus valere. Magiſtratus deinceps, officiales & miniſtros cooptat, quorum munera lex ipſa dictat & conſuetudo.

Womit auch bey denen Fränckiſchen und teutſchen Königen oder Kayſern die Art, einen Bann-Forſt aufzurichten, in denen Haupt-Umſtänden überein kommt. Denn wenn die Kayſer und Könige eine dazu bequeme Waldung entweder vor ſich oder einem andern zu Gefallen zu einem gebanneten Forſt machen wolten; ſo wurden zuforderſt diejenigen, welche in ſolcher Gegend die Jagt oder eine andere Gerechtigkeit, welche durch die Aufrichtnng des Forſtes eingeſchränckt werden ſolte, hergebracht hatten, zu Rath gezogen und ihre Einwilligung verlanget. Worauf alsdenn von denen Kayſerlichen Bedienten die Gegenden bemercket, und wie weit ſich der Bann-Forſt erſtrecken ſolte, beſtimmet, hienächſt die Kayſerliche Verordnung oder Begnadigung ausgefertiget, die Gräntzen des Bann-Forſtes darinn aufgezeichnet, und zu jedermans Nachachtung, daß ſich niemand als der Kayſer, oder dem der Bann-Forſt zugehörete, in deſſen Bezirck weiter hinführo zu jagen unterſtehen ſolte, bekannt gemacht, auch, wenn es ein Kayſerlicher Forſt war, beſondere Aufſeher darüber beſtellet wurden.

Wie ſolches aus der Zuſammenhaltung derer Urkunden, welche von ſolchen errichteten Bann-Forſten handeln, und wovon die Vornehmſten in gegenwärtiger Ausführung vorkonimen, in mehrerm erhellet.

Dergleichen Königliche gebannete Forſte wurden darauf vor heilig und gewiſſer maſſen unverletzlich gehalten, ſo daß bey ſchwerer Straffe ſich niemand mit Jagen daran vergreiffen durffte. Wie ſehr König Gunthramus gegen die Wild-Freveler und Verletzer derer Königlichen Bann-Forſten geeiffert, und wie ein hartes und faſt grauſames Straff-Exempel er gegen einen Ubertreter, welcher dazu ſein Cämmerling und vornehmer Bedienter geweſen, ausgeübet, bezeuget

Gregorius Turonenſ. Lib. X. Hiſtor. Cap. X. du Cheſne Tom. I. p. 442. & Freher. Corp. Hiſtor. Franc. Part. II. p. 225.

Dum ipſe Gunthramus Rex, ſchreibet er, per Voſagum ſylvam venationem exerceret, veſtigia occiſi bubali deprehendit. Cumque *cuſtodem ſylvæ* arctius diſtringeret, quis hæc in *regali ſylva* gerere præſumſiſſet, Chundonem cubicularium Regis prodidit, quo hæc loquente juſſit eum adprehendi & Cabillonem compactum in vincula duci. Ob nun gleich Chundo dieſes Verbrechens nicht geſtändig war; ſo ward er doch durch einen Zweykampff deſſen nach dem damahligen Gebrauch überführet, weswegen er ſich mit der Flucht in eine Kirche zu retten ſuchte. Acclamante vero Rege, heiſſet es ferner, ut comprehenderetur priusquam limen ſanctum attingeret, comprehenſus eſt, vinctusque ad ſtipitem lapidibus eſt obrutus.

Nichtweniger zeugen die Capitularia Regum Francorum hin und wieder umſtändlich, wie genau und ſcharff auf die unverletzte Rein- und Sauberhaltung dieſer gebanneten Königs-Forſte geſehen, und wie nachdrücklich jederman,

dergleichen vor ſich ohne königliche Erlaubniß anzulegen, unterſaget worden, z. E.

Lib. IV. Capit. c. 65. p. 788. ap. Baluz. Tom. I.

De foreſtibus noſtris ut ubicunque fuerint, *diligentiſſime inquirant*, quomodo ſalvæ ſint & *defenſæ*, & ut Comitibus denuncient, ne ullam foreſtam noviter inſtituant, & ubi noviter inſtitutas ſine noſtra juſſione invenerint, dimittere præcipiant.

Capitul. II. de A. 813. c. 18.

De foreſtis ut foreſtarii bene illas *defendant*, ſimul & *cuſtodiant* beſtias & piſces. Et ſi Rex alicui intus foreſte feramen unum aut magis dederit, amplius ne prendat quam illi datum ſit.

Capitul. IV. de A. 819. c. 7.

De foreſtibus noviter inſtitutis, ut quicunque illas habet dimittat, niſi forte judicio veraci oſtendere poſſit, quod per juſſionem ſive permiſſionem Domni Karoli genitoris noſtri eas inſtituiſſet, præter illas, quæ ad opus noſtrum pertinent, unde nos decernere volumus, quicquid nobis placuerit.

So daß diejenige, welche deſſen ungeachtet darinn zu jagen ſich unterſtehen, und dem öffentlich ergangenen Verbot zuwider zu handeln ſich erkühnen dürffen, als Diebe angeſehen, und jedweder nicht allein bey der denen Königen geleiſteten Pflicht ſich davor zu hüten gewarnet, ſondern ihm auch bey eben denenſelben Pflichten anbefohlen worden, wenn er von andern dergleichen Verbrechen in Erfahrung bringen würde, ſolches ohne Nachſicht anzuzeigen.

Capitular. I. Caroli M. de A. 802. cap. 39. ap. Baluz. Tom. I. Capitul. p. 374. & Georgiſch Corp. Jur. German. antiq. p. 642.

Ut in foreſtes noſtras *feramina* noſtra nemo *furari* audeat,

deat, quod jam multis vicibus fieri contradiximus & nunc iterum *bannimus* firmiter, ut nemo amplius faciat, ſicut fidelitatem nobis promiſſam unusquisque conſervare cupiat, ita ſibi caveat. Si quis autem Comes vel Centenarius aut Baſſus noſter aut aliquis de miniſterialibus noſtris *feramina* noſtra *furaverit*, omnino ad noſtram præſentiam perducantur ad rationem. Ceteris autem vulgis, *qui ipſum furtum de feraminibus fecerit*, omnino quod juſtum eſt componat, nullatenusque eis exinde aliquid relaxetur. Si quis autem hoc ſcierit alicubi perpetratum, in ea fidelitate conſervata, quam nobis promiſerunt & nunc promittere habent, nullus hoc celare audeat.

Zu welchem Ende alle Eingriffe bey ſolchen gehegten Forſten bey Straffe des Königlichen **Bannes** verboten waren.

Lib. I. Leg. Longob. Tit. 22. c. 71. ap. Georgiſch. c. l. p. 1152.

Ut nemo pedicas in foreſto dominico, nec in quolibet regali loco tendere præſumat. Et ſi ingenuus hoc perpetraverit, *bannum dominicum* ſolvat. Et ſi ſervus eſt dominus illius emendet, ſicut lex eſt (aut CXX. ictus accipiat.)

Wovon die Benennungen **Bann-Forſt, Wild-Bann,** *Foreſta bannita*, Feræ *bannitæ* &c. entſtanden.

Ja es durfften die königlichen Printzen ſelber nicht einmahl ohne vorherige ausdrückliche Erlaubniß in ſolchen gebanneten Königs-Forſten jagen, ſondern muſten ſich an denen ihnen angewieſenen Gegenden und Jagten begnügen laſſen, wie aus der Verordnung, welche Carolus Calvus wegen ſeines Sohns Ludovici gemacht, und die in ſeinem Capitularibus Tit. 43. cap. 32. zu leſen, erhellet.

In quibus ex noſtris palatiis filius noſter, ſi neceſſitas non fuerit morari, vel *in quibus foreſtibus venationem exer-*

exercere non debeat. Cariſiacus penitus cum foreſtibus excipiatur, Sylvacus cum toto Laudunenſi ſimiliter, Salmontiacus ſimiliter, in Odreia villa procos non accipiat, & non ibi caciet niſi in tranſeundo, in Attiniaco parum caciet, in Verno porcos accipiat tantum. Arduenna penitus excipitur, niſi in tranſeundo, & villæ ad ſervitium noſtrum, ſimiliter in Ligurio porcos & feramina accipiat, Ariſtallum cum foreſte penitus excipitur, in Lens & Wara & Aſtenido & feramina & porcos capere poteſt, in Rigituſit, in Scadebolt & in Launif tantummodo in tranſitu & ſicut minus poteſt, in Criſciaco ſimiliter. In Liſga porcos tantum. *Ut Adelelmus de Foreſtibus diligenter ſciat quod porci & feramina in unaquaque a filio noſtro caciata fuerint.*

§. IV. In dieſen gebanneten königlichen Forſten nun pflegten die alten Fränckiſche Könige und nachherige Kayſer ſich vor andern zur Herbſt-Zeit mit Jagen zu erluſtigen, und die Hirſch Faiſt, und darauf die Schweinhatz zu halten. Denn ſo hat ſolches unter andern von Kayſer Ludovico Pio, aufgezeichnet.

Thegan. de geſt. Ludovici Pii cap. 19. in fin. ap. Schilter. Scriptor. Rer. German. p. 74.

In menſe autem Auguſto, quando cervi pinguiſſimi ſunt, venationi vacabat, usque dum aprorum tempus advenerat.

Dahero findet man auch bey denen Fränckiſchen Geſchicht-Schreibern ſo vieles von denen gewöhnlichen jährlichen und groſſen königlichen Herbſt-Jagten, oder Venationibus Regiis autumnalibus, welche in dieſem gebanneten Reichs- und Königs-Forſten alle Jahre, und zwar zum öfftern mit der gantzen königlichen Hofſtat oder Comitiva Palatii gehalten, und deßwegen auch Venationes publicæ, Venationes publicæ Imperatoris genennet wurden.

vid.

vid. du Freſne Gloſſar. v. Foreſte Dominicum.

Eine weitläufftige und zumahl nur die damahlige Zeiten zu rechnen nicht übel gerathene Beſchreibung einer ſolchen groſſen und anſehnlichen von Kayſer Carolo M. in Begleitung der gantzen königlichen Familie und derer Groſſen am Hofe gehaltenen Jagt ertheilet, der ſogenannte alte Poet

Ferius Helpericus, oder *Alcuinus ap. Eckhart. Comment. de Reb. Franciæ Orient. Tom. I. p. 761. ſeqq.*

Um ſolches nur mit einigen Exempeln zu beſtärcken, ſo meldet von dem Kayſer Carolo M. und deſſen gewöhnlichen jährlichen Sommer- und Herbſt-Tagen.

Regino ad A. 802. p. m. 405.

Imperator æſtatis tempore in Arduenna *venationibus* operam dedit.

ad A. 804. p. ead.

Imperator ſuper Albiam fluvium ſedebat, in loco qui dicitur Holdnſtein & miſſa ad Godefridum legatione pro fugitivis retentis, *mediante Septembre* Coloniam venit, deinde ad Arduennam ingreſſus *venationum jocis exercitatus*, Aquis reverſus eſt.

ad A. 805. p. 406.

Imperator Theodonis villam venit, indeque Adromarici montem usque profectus ibi *venationibus exercitatus* eſt, inde Theodonis villam reverſus Natalem Domini celebravit.

Ein gleiches bezeugen von Kayſer Ludovico Pio, und deſſen in denen königlichen Forſten jährlich gehaltenen groſſen Herbſt-Jagten.

Annal. Reg. Franc. ad A. 819. ap. Reuber. p. 68.

Imperator conventu dimiſſo primo Cruciniacum, deinde Bingam veniens ſecunda aqua Confluentem usque per Rhenum navigavit: Inde Arduennam *venandi gratia* proficiſcitur:

ſcitur: Venatorio quoque exercitio *More ſolenni* ibidem exacto, Aquasgrani ad hiemandum revertitur.

ad A. 820. p 69.

Imperator poſt actum Cariſiaci conventum, *autumnalemque venationem ex more completum* Aquas reverſus eſt.

ad A 821. pag. ead.

Indeque Rumrichi caſtellum petens, reliquum æſtivi caloris & *autumni dimidium exercitatione venatoria* in Vogeſi ſaltu atque ſecretis exegit.

ad A. 822. p. 71.

Peracto conventu, qui Attiniaci habebatur, Imperator *venandi gratia* Arduennam petiit - - Ipſe vero peracta *autumnali venatione* trans Rhenum hiematum Franconofort, profectus eſt.

ad A. 823. p. 72.

Ipſe reliquum æſtatis tempus in pago Wormatienſi, ac deinde in Arduenna tranſigens peracta *autumnali venatione* ad Kalend. Novembr. ſicut condixerat, Compendium venit.

ad A. 825. p. 74.

Dimiſſoque conventu in Vogeſum ad Rumrichi arcem *venandi gratia* profectus - - ac peracta venatione Aquasgrani rediens generalem populi ſui conventum more ſolenni menſe Auguſto habuit - - Completis itaque omnibus negotiis - - ipſe *antumnali venatione* completa circa hiemis initium Aquasgrani reverſus eſt.

ad A. 838. p. 87.

His peractis etiam filiis populoque dimiſſis, Imperator *autumnali venatione peracta* ad diem S. Martini Aquasgrani rediit, hiememque ibidem exegit.

ad A. 839. p. 88.

His rite peractis Imperator eo loco divertit, & *venationi autum-*

autumnali pro more operam dedit, exque ea hiemandum ſe Aquas recepit.

Vom König Carolo Calvo melden die

Annales Bertiniani ad A. 856.

Carolum Regem *cauſa venandi* & expendendi *autumnale tempus* in Abbatia Sancti Vedaſti & in Audriaca villa ac circa morandi diſpoſuiſſe und

ad A. 865.

Illum ad Odriacam villam medio *menſe Septembrio venandi cauſa* perrexiſſe.

vid. Mabillon. de Re Diplomat. Lib. IV. p. 306.

Anderer Zeugniſſe und Exempel von dergleichen jährlich gehaltenen königlichen Herbſt-Jagen, deren noch gar viele und mehrere aus denen Geſchicht-Schreibern mit geringer Mühe beygebracht werden könten, dermahlen zu geſchweigen.

§. V. Gleichwie indeſſen aus dieſen angeführten Zeugniſſen zu erſehen, auch ohnedem aus der Reichs-Hiſtorie genugſam bekannt iſt, daß die alte Fränckiſche Könige und nachhero die Römiſche Kayſer nicht, wie heut zu Tage, ihre Hof-Lager und Sitze beſtändig an einem gewiſſen Orte aufgeſchlagen, ſondern ſich bald hie bald da aufgehalten, und deßwegen hin und wieder im Reich ihre Regia Caſtra, Palatia, Villas, Fiſcos, Curtes &c. gehabt, woſelbſt ſie insgemein die hohe Feſt-Tage zu feyern, und den Winter zuzubringen pflegten; Alſo iſt leicht zu erachten, lehren es auch die Geſchichte, daß ſie um und an dieſen Palatiis Regiis oder wenigſtens nicht ferne davon ihre gebannete Königs-Forſte, damit ſie ſo wohl die jährliche Herbſt-als andere Jagen deſto bequemer mit ihrer Hofſtatt halten könten, mehrentheils angeleget, oder auch wohl denen bereits angelegten Bann-Forſten zu gefallen ihre Palläſte und Schlöſſer an oder

in

in dem Bezirck dererſelben aufgebauet haben. Wie dieſes alles nicht allein der in denen åltern Geſchichten ſehr erfahrene, geweſene Fürſtl. Würtzburgiſche Geheime Rath

Johann Georg von Eccard in der gründlichen Nachricht von der alten Saltzburg und dem Pallaſte Saltz in Francken §. *1. p. 5.*

mit folgenden Worten angemercket hat: „So bald die Francken Kônige über ſich erwehlet, und ſelbige in denen verſchiedenen Provintzien ihres Reichs ſattſame Güter erhalten hatten, baueten ſie ſich hin und wieder anſehnliche Pallåſte, worinnen ſie, wenn ſie in ihren Låndern herum reiſeten füglich und gemåchlich wohnen kunten, da ſie denn in denen anſehnlichſten Stådten eben dergleichen hatten. Es wurden dieſelben Palatia, Palatia publica, Curtes regiæ, Villæ regiæ, Villæ publicæ, auch wohl bißweilen Fiſci publici geheiſſen. **Dabey waren allezeit ſchône Wålder zur Jagt**, und ſo viel Güter, daß der Hof bey Gegenwart des Kônigs, ſattſam davon unterhalten werden konnte, ſondern auch vor ihm ein gleiches bereits gezeiget hat.

Mabillon. de Re Diplomatica Lib. IV. in pr. ibi:

Quæ quidem palatia Regum Francorum nec pauca, nec longius ab invicem plerumque diſparata extabant, ſed in locis amœnioribus poſita *prægrandibus adhærebant ſylvis*, in quibus Reges venationem exercebant.

Dergleichen Palatia Regia, welche zugleich mit ſolchen Kônigs-Forſten verſehen geweſen, waren die berühmte Schlôſſer Cariſiacum, Sylvacum, Attiniacum, Vernum, Heriſtallum und andere, wovon

du Freſne Gloſſar. v. Foreſte dominium Mabillon. de Re

Re Diplomatica Lib. IV. Chronicon Gottwicenſe Tom. Prodrom. P. II. Lib. III.

umſtändlicher handeln.

Nicht weniger finden ſich auch deren unterſchiedene hin und wieder in Teutſchland, und ſonderlich um und an dem Rhein- und Mayn-Strohm herum.

Denn ſo war z. E. Aachen bekannter maſſen ein berühmter königlicher Pallaſt, allwo ſonderlich die Carolingiſchen Kayſer ſich zum öfftern aufzuhalten pflegten, bey welchem ein ſolcher gebanneter königlicher Forſt belegen war, wovon die bekannte Urkunde Caroli M. de A. 804. welche unter andern auch in

Lünigs Reichs-*Archiv Spicil. Eccleſ.* 2. **Theil.** *tit.* **Oßnabrück** *n. 2. p. 577.*

zu leſen, folgende Erwehnung thut, und zugleich die Beſchaffenhait derer gebanneten Königs-Forſte deutlich beſchreibet.

Quoddam *nemus* vel *Foreſtum* infra hæc loca ſitum - - collaudatione illius Regionis potentum, cum omni integritate in porcis videlicet ſilvaticis atque cervis, avibus & piſcibus omnique venatione, quæ *ſub Banno uſuali ad foreſtum deputatur*, ad ſimilitudinem *Foreſti Aquisgranum pertinentis* - - ea videlicet ratione, quod ſi quisquam hoc idem *nemus noſtro banno munitum*, ſine prædictæ ſedis Epiſcopi licentia ſtudio venandi vel ſylvam exſtirpandi, vel aliquod hujusmodi negotium peragendi, unquam intrare præſumſerit, ſciat ſe tam divinæ quam & *regiæ ultionis vindictam* incurſurum, *nec non* pro delicto *ſexaginta ſolidos* noſtri ponderis, quos nobis pro *banno violato* deberi ſtatuimus, *redditurum*.

Und wiewohl dieſe Urkunde von vielen vor unrecht gehalten wird, ſo iſt doch eines theils unſtreitig, daß ſie ſehr alt iſt, andern theils aber iſt leicht zu vermuthen,

daß derjenige, welcher allenfalls ſolche untergeſchobene Urkunde verfertiget, wenigſtens in denen ihm bekannten und zu ſeiner Zeit gewöhnlichen Dingen die Wahrſcheinlichkeit wird beobachtet, und ſeinen Auffſatz darnach eingerichtet haben, und dienet ſelbige alſo doch, wenn ſie gleich ein hundert Jahr ſpäter nachgemacht worden, in der gegenwärtigen Sache zum hinlänglichen Beweiß.

Confer. Pfeffinger ad Vitriar. Tom. III. p. 1363. ſeqq.

Ferner war auch die alte Saltzburg und Pallaſt Saltz in Francken ein ſolcher königlicher Pallaſt, welcher ebenfalls mit dem daran liegenden anſehnlichem **gebannetem Königs-Forſt**, nemlich dem groſſen und vortreflichem Saltz-Forſt verſehen war, in welchen die Könige und Kayſer ihre gewöhnliche Herbſt-Jagen unterweilen zu halten pflegten, nach dem Zeugniß derer

Annal. Reg. Francor. ad A. 826. ap. Reuber. p. 75.

Indictoque ac pronunciato ad medium Octobris generali conventu, ceteris omnibus more ſolenni abſolutis, ipſe (Imperator Ludovicus Pius) trans Rhenum *ad villam, quæ Sels vocatur*, cum *Comitatu ſuo* profectus eſt - - transactaque *autumnali venatione* circa Kal. Octobr. per Mœnum fluvium usque ad Franconofurt ſecunda aqua navigavit.

Und welcher aus verſchiedenen ſolchen ſylvis foreſtatis beſtanden, immaſſen die Urkunde Ottonis III. de A. 1000. bey obengemeldetem

Joh. Georg von Eccard *cit. tract.* **von der alten Saltzburg** rc. §. *23. p. 39. & 40.*

dererſelben mit folgenden Worten erwehnet.

Donavimus caſtellum & noſtri juris curtem *Salce* dictam - - cum omnibus pertinentiis - - - *ſylvis foreſtatis*, venationibus bannis &c.

Anderer dergleichen mit gebanneten Königs-Forſten ver-

verſehenen königlicher Palläſte, wovon unten mehrere Nachricht folgen ſoll, vorjetzo nicht zu gedencken.

§. VI. Nach Erlöſchung des Carolingiſchen Stammes ſind die nachherige teutſche Kayſer und Könige eben ſo groſſe Liebhaber derer Jagten als jene geblieben, und haben deswegen auch eben ſo genau und hoch über die von ihnen gebannete Forſte gehalten.

Das erſtere iſt aus denen Geſchichten bekannt. Denn um nur einige Exempel zu berühren, ſo bezeugen die Geſchicht-Schreiber von *Henrico Aucupe:* quod in venatione acerrimus. Von *Ottone Magno:* quod in venationibus creber fuerit. Von *Ottone II.* quod venationem publicam Imperatoris exercuerit. Von *Henrico III.* quod venationi deditus. Von *Henrico IV.* quod venatui operam dederit. Von *Friderico I.* Quod ſi venationibus exercetur in equis, in canibus, accipitribus cæteriſque ejus generis avibus inſtituendis &c. nulli fuerit ſecundus. Von *Henrico VI.* Quod maxime venationum & aucupiorum fuerit amator. Von *Friderico II.* Quod illum plurimum hæc ſc. venatio & piſcatio delectaverint ſolatia. Wie die hieher gehörige Beweißthümer in mehren zu leſen ſind bey

Johann Gottlob Horn Hiſtor. Hand-Bibliothec neunter Theil *p. 954. ſeqq.*

Ja Kayſer *Albertus II.* pflegte im Sprichwort zu ſagen: Venatio exercitatio virilis, ſaltatio muliebris, ſeque voluptate quavis alia carere poſſe, venatione non poſſe.

vid. Apophthegmat. Imperator. ap. Freherum Tom. II. Rer. German. p. 397.

Das letztere hingegen bezeuget inſonderheit die bekannte Verordnung Kayſers Conradi II. de A. 1029.

ap. Goldaſt. Conſtit. Imperial. Tom. III. p. 312.

In *ſylvis* campis, fluminibus & paludibus *foreſtatis & banni noſtri diſtrictu circumvallatis*, ea ratione *bannum facimus,*

 ut

ut nemo ulterius in eisdem absque domini ſuorumque heredum licentia, poteſtatem habeat venandi, ſagittandi, retia aut laqueos ponendi, aut ullo ingenio feras decipiendi, quæ merito ſub *jure banni* continentur.

Woraus unter andern zu erſehen, daß nicht allein die nachherige teutſche Kayſer die von ihren Vorfahren aufgerichtete Bann-Forſte, es mochten nun ſolche denen Kayſern ſelber zuſtehen, oder in anderer Eigenthümer Hände erwachſen ſeyn, als auf welchen letztern Fall die in dieſer Verordnung befindliche Worte: *ſuorumque heredum* zu ziehen, bey ihren vorigen Rechten und Freyheiten erhalten wiſſen wollen, und zu dem Ende den darauf gelegten Bann erneuert; ſondern daß auch eben dieſes Jus banni oder Wildbanns-Recht darinnen beſtanden, daß in ſolchen geforſteten Gegenden und Waldungen niemand, als der dazu berechtiget, jagen, ſchieſſen, oder ſonſt dem Wilde auf einige Weiſe nachſtellen dürffen. Welches über das Wort **Wildbann** ebenfalls ſehr wohl angemercket:

Ioh. Pet. de Ludewig Diſſert. de ferar. furto **denen Wild-Deuben** *differ. I. in not. lit. e.*

ibi: Bannitæ ſylvæ aut feræ, der Wildbann, hoc idem eſt quam prohibitorio edicto munitæ, ne quis illas venandi cauſa vel ingrediatur, vel has capiat, ſub pœna furti den Wild-Deuben.

Es iſt überdas aus denen Nachrichten der mittlern Zeit bekannt, und könte bedürffenden Falls mit vielen Urkunden und Exempeln gar leicht beſtärcket werden, daß das Jus banni & foreſtandi ſylvam cum banno Regio, oder das Recht eine Waldung und die dazu gehörige Gegend mit dem **Wildbann** zu begaben, oder zu einem gebanneten Forſt zu machen, je und allewege ein denen Fränckiſchen und teutſchen Kayſern und Königen vorbehaltenes Recht oder Reſervatum geweſen, und daß auch die mächtigſten Geiſt- und

Welt-

Weltliche Fürſten und Stände zu denen Zeiten ihre eigene Waldungen nicht einmahl mit dem Wildbayn begaben oder gebannete Forſte, ſylvas foreſtatas, daraus machen dürffen, ſondern ſolches anſehnliche und vorzügliche Recht eintzig und allein von denen Kayſern ſich ausbitten und erlangen müſſen, wie ſolches zum theil die oben bereits angezogene Capitularia, zum theil auch nachfolgende Urkunden klar vor Augen legen und auſſer allen Zweiffel ſtellen. Denn alſo hat A. 973 Kayſer Otto II. dem Hoch-Stifft Freyſingen einige von ſeinen Vorfahren geſchenckte, aber nachhero demſelben entriſſene Güter, wiederum einverleibt, und dieſe Schenckung erneuert, auch über das den gantzen Inbegriff dieſer Güter mit dem **Wildbann** begnadiget in dieſen Worten: Inſuper etiam ſub *Panno Imperiali noſtro* jubemus, quicquid deinceps in his locis naſcatur *venationibus* ſive *piſcationibus*, ut nullus audeat ſe absque licentia Epiſcopi intromittere: ſi quis hoc prevaricaverit *Regium pannum* Epiſcopo ſeu Advocato illius perſolvat.

ap. Lunig Reichs-*Archiv Vol. XVII. p. 217.*

Gleichermaſſen hat Kayſer Otto III. An. 989. eben dieſem Hoch-Stiffte Freyſingen einen gewiſſen Strich Landes geſchenckt, und mit dem Kayſerlichen **Wildbann** von neuem beleget, mit dieſen Ausdruckungen:

Precepimus etiam & *noviter conſtituimus* eidem loco *bannum noſtrum* a rivulo ſubnixa - - - *Regio Imperatorioque more* jubemus eo tenore, ut ſi quis quarumlibet perſonarum in quibuslibet jam dictis ſilvarum vel foreſtarum locis cujuscunque generis feras canibus, vel qualicunque modo inſequitur *bannum* hujus culpa *noſtro debitum fiſco* ipſi epiſcopo, omni dubitatione poſtpoſita, ſi hoc absque ejus fecerit licentia, *dominica eſtimatione* perſolvat.

ap. Hund Metropol. Salisb. P. I. p. 136. & Lunig c. l. p. 218.

An. 1000. hat eben dieſer Kayſer Otto III. dem Hoch-Stifft Würtzburg auf alle deſſen zu Bernheim und Luttershauſen gehörige Waldungen das Wildbanns-Recht, und zwar dergeſtalt ertheilet, daß dieſe Wälder und deren zugleich mit beſchriebene Bezircke gleiches Recht und Freyheit mit denen gebanneten Königs-Forſten haben, mithin auch die Wildbanns-Freveler eben ſo hoch und ſcharff, als wenn ſie in einem gebanneten Königs-Forſt gefrevelt hätten, abgeſtrafft werden ſolten.

Conceſſimus, heiſſet es, potentiam ut omnis ſylva, quæ ad caſtellum Bernheim, ſeu ad villam Luttershauſen dictam, pertinere videtur, ſicut *noſtri juris publicum foreſtum*, tuta ac defenſa, munita ac in perpetuum *foreſtata* habeatur, quatenus nullius hominis magna ſive parva perſona in eodem *foreſto* venationem aliquam exercere, cervum, cervam, aprum ſive apram, urſum ſive capreolum capere præſumat, ſi quis igitur hoc facere, quod abſit, ullatenus auſus fuerit, ita *noſtrum imperialem bannum* componat, ſacroſanctiſſimæ Wirzburgenſi eccleſiæ memoratæ, uti *in noſtris publicis Foreſtis*, aliquam *foreſtatam* caperet *feram* &c.

Lunig Reichs-*Archiv Spicil. Eccleſ. cit. Vol. XVII. n. 5. p. 934.*

An. 1008. hat Kayſer Henricus II. Biſchoffen Balderico zu Lüttich, wie auch dem Grafen Balderico über ihre eigenthümliche Waldungen das **Wildbanns-Recht**, oder wie es daſelbſt genannt wird, bannum beſtiarum folgender maſſen ertheilet: *Bannum noſtrum beſtiarum* Balderico Sanctæ Leodienſis eccleſiæ Præſuli, nec non Balderico Comiti *NB ſuper eorum proprias ſylvas*, quæ ſunt inter illa duo flumina, quæ ambo Nithe vocantur, & tertium quod Thila nominatur, ſitæ & quæ pertinent ad illas villas, Heiſte & Heiſten ac Badfrido nec non Madines nominatas, quod tamen totum Wauerwald appellatur, in Comitatu vero Go-

Gorizonis Comitis, qui Antwerf dicitur, ſitum, per hanc noſtram præceptalem paginam concedimus atque largimur, & de noſtro jure in eorum jus ac dominium transfundimus.

Lunig c. l. n. 20. p. 492.

An. 1033. hat Kayſer Conradus II. den Biſchoff Sigebertum zu Minden mit dem Wildbann über einen vorhin zum Stifft Minden gehörigen Forſt begnadiget, und dadurch dieſen Wald zu einem ordentlichen gebanneten Forſt gemacht, wovon die Worte in der Urkunde

ap. Lunig Reichs-*Archiv c. l. in Append. Tit.* Minden *n. 11. p. 108.*

alſo lauten: Supplicans quatenus nos quoddam foreſtum *NB. ſui ſcilicet juris per Imperiale* noſtrum *præceptum foreſtari faceremus*, hoc ipſum foreſtum incipit, ubi - - Proinde *Imperiali præcipimus auctoritate*, ut nullus in eodem foreſto venationis exercitium, præter prædictæ Eccleſiæ Epiſcopi conſenſum, agere præſumat &c.

An. 1049. hat Kayſer Henricus III. dem Biſchoff Engelberto zu Paſſau den Wildbann über einen dem Hoch-Stifft Paſſau zugehörigen Forſt folgender maſſen, laut der

bey *Lunig c. l. n. 20. p. 771.*

befindlichen Urkunde ertheilet:

Ex noſtra imperiali auctoritate prænominato Epiſcopo tradidimus atque *conceſſimus jus* & poteſtatem *legitimi banni* ſuper venatione & foreſto - - in Comitatu Adalberti Marchionis, & intra geminas fluminum Sabinichi & Durbinichi ripas ſito, ea videlicet conditione, ut nemo absque licentia & voluntate præfati Epiſcopi ſucceſſorumque ſuorum, infra prædictos ejusdem foreſti terminos, *banni conclusione vetitos* præſumat venari, aut aliquod genus ferarum, quod in foreſtarum jure banni interdicitur lege, qualibet venatoria induſtria capere, vel decipere &c.

An. 1132. hat Kayſer Lotharius Saxo nicht nur die Stiff-

Stifftung der Abtey Walckenried beſtätiget, ſondern dieſelbe auch noch mit mehrern Gütern und insbeſondere dem Wildbann über die dazu gehörige Gegenden begnadiget, wovon die Worte bey

Lunig Reichs-*Archiv Spicil. Eccleſ.* 3. Theil *Tit.* Walckenried *n. I. p. 842. ſeq.*

alſo lauten: Quod Adelheida Sanctæ converſationis mulier, Deum heredem ſibi faciens, locum quendam Walkenriedt nominatum, *qui ſui juris erat*, ob remedium animæ ſuæ & ſuorum, divino cultui mancipavit - - Nos itaque æternorum non immemores - - non ſolum confirmamus, verum etiam - - contigua quædam adjicientes NB. & *jus noſtrum quod Wildbann dicitur*, eidem loco permittentes, Regia noſtra poteſtate amplificavimus & auximus, & *per fidelem noſtrum Chriſtianum, & per Miniſteriales regni noſtri certo termino prædictum locum deſignavimus* - - ſi quis autem, quod abſit, donum ſive hanc traditionem refringere præſumſerit, Regia poteſtate coactus *auri puriſſimi centum libras componat*, dimidium Cameræ noſtræ, & dimidium ipſi Eccleſiæ &c.

Welche Urkunde um ſo mehr angemerckt zu werden verdienet, theils weil hier, an ſtatt des ſonſten gewöhnlichen und auf ſechzig ſolidos geſetzten Königs-Bannes, eine viel höhere Straffe auf die Ubertreter verordnet worden, theils auch und vornemlich, weil hier der Kayſer Lotharius den **Wildbann** annoch Jus Noſtrum nennet, und damit obigen Satz, daß nemlich das Recht eine Waldung zu einem gebanneten Forſt zu machen, und mit dem Wildbann zu verſehen, unſtreitig vor ein anſehnliches denen Kayſern allein zuſtehendes Recht gehalten worden, gar deutlich beſtärcket. Man könte ſolches auch noch mit unterſchiedenen Urkunden von denen nachfolgenden Kayſern erläutern, allein weil eines theils die angeführte zu dem gegenwärtigem

End-

Endzweck hinlänglich ſind, andern theils unten in der Gegen-Beantwortung ſelbſt noch ein und das andere hieher gehörige vorkommen wird: ſo will man nur noch das Urtheil, welches der Fürſtliche Würtzburgiſche Hof-Rath

Ickſtatt Diſſert. de eo quod Jure Publico circa Venationes juris eſt Cap. 3. §. 19. & 20.

hievon anführet, beyfügen:

Ante interregni magni tempora Bannum ferinum id eſt venandi jus privativum & dominium in feras piſces & aves in fundis etiam & terris ſtatuum Imperii propriis multo magis in prædiis ſubditorum inferioris ordinis, a ſolo Imperatore impetrari potuit ac debuit. Et bannum ferinum ante interregni tempora in univerſo imperio, fundis tam publicis, quam privatis Imperatoribus tanquam Regale & Reſervatum eximium competiit.

Womit auch übereinſtimmet der Fürſtl. Heßiſche Hof-Rath

Joh. Ulrich Cramer in Vindiciis Regalis Juris Venandi.

wenn er daſelbſt §. 1. ſchreibet: Imperatori temporibus medii ævi Jus ſylvas per totum Imperium foreſtandi i. e. banno ferino afficiendi, imo ipſi ſoli excluſis Principibus & Proceribus Imperii tam Eccleſiaſticis quam ſecularibus quoad proprias quoque ſylvas competiit.

§. VII. **Nun iſt zwar** nicht zu leugnen, ſondern bekannt genug, daß die Carolingiſche und nachfolgende teutſche Kayſer und Könige dieſelbige Freygebigkeit, welche ſie in Veräuſſerung derer übrigen Reichs-Güter ausgeübet,

vid. Buri **Erläuterung des in Teutſchland üblichen Lehen-Rechts** *p. 487. ſeqq.*

auch bey denen gebanneten **Reichs- und Königs-Forſten** ſpüren laſſen, und hin und wieder im Reich viele von ſelbigen Bann-Forſten bald freywillig und aus Andacht

und Ergebenheit vor die geiſtliche Stiffter, oder wegen ſonſten geleiſteter getreuen und erſprießlichen Dienſte bald gezwungen, und weil ſie ſich in denen unruhigen Zeiten entweder dadurch einen Beyſtand gegen ihre Widerwärtige verſchaffen muſten, oder weil ſie auch die gewaltſame Eingriffe nicht verwehren konten, **theils Lehens-weiſe**, theils eigenthümlich, **und in viele andere unzehlige Wege**, an die Geiſt- und Weltliche Stände überlaſſen und abgetreten, wovon allein

Pfeffinger ad Vitriar. Lib. III. Tit. 18. §. 8. ad verb. juſte &c. Tom. III. pag. 1363.--1388.

eine groſſe Anzahl anführet, und deren gar leicht noch mehrere beygebracht werden könten. Dahingegen aber iſt ebenfalls unwiderſprechlich wahr und gewiß, daß, aller dieſer vielfältigen und groſſen Veränderungen im Reich unangeſehen, gleichwohl nicht alle vormalige gebannete Reichs- und Königs-Forſte in Abgang gerathen, ſondern daß noch hin und wieder unterſchiedene derer-ſelben übrig geblieben, worüber die Römiſche Kayſer und Könige ſich und dem Reich das Eigenthum biß in die ſpäte Zeiten erhalten haben, und zwar ſonderlich um und an denen Reichs-Städten und alten königlichen Palläſten, welche alſo deſto höher zu achten, und um ſo viel ſorgfältiger aufrecht zu erhalten ſind, je rarer bekannter maſſen dergleichen Reichs-Güter heut zu Tage in Teutſchland geworden, und je ſorgfältiger deßwegen deren Erhaltung in denen Reichs-Geſetzen und Kayſerlichen Wahl-Capitulationen eingebunden wird.

Wie dann eben um deßwillen, die jeweilige Römiſche Kayſer und Könige dieſe ihre aus denen unruhigen Zeiten annoch gerettete und übrig behaltene alte Reichs- und Königs-Forſte jederzeit ſehr ſorgfältig in acht genommen, auch zu dem Ende, damit die angrentzende ſon-

derlich mächtigere Reichs-Stände, dieſelbe nicht ebenfalls nach und nach an ſich bringen, und dem Reich entziehen möchten, ſolche durch beſondere kayſerliche Beamten verſehen und vor allem Unrecht und Eingriffen beſchützen und vertheidigen laſſen, auch damit dieſe deſto treuer und aufrichtiger dabey erfunden werden möchten, ihnen die Aufſicht und Bewahrung darüber unter einer Lehns-Verbindlichkeit anbefohlen und vertrauet haben. Von dergleichen kayſerlichen und königlichen Beamten findet man ſchon in denen älteſten Zeiten einige Nachricht, und wurden dieſelbe Foreſtarii Regii, Cuſtodes Regii ſaltus, Sylvarum ad Regem pertinentium Diſpoſitores & Cuſtodes, Sylvarum Regiarum Procuratores, Sylvarum ad Regem pertinentium ſervatores, Magiſtri foreſti &c. genennet.

vid. du Freſne Gloſſar. v. Foreſtarii Regii.

In denen jüngern Zeiten bekamen ſie ſolche Aufſicht und Bewahrung dieſer Reichs- und Königs-Forſte unter dem Nahmen eines Reichs-Forſtmeiſters, oder auch wohl gar unter der gemeinen Benennung eines **Reichs-Vogts.**

Um ſolches nur mit etlichen wenigen Exempeln zu beſtärcken und in etwas zu erläutern, ſo iſt

(1.) Ein dergleichen Reichs- und Königs-Forſt um und an der Reichs-Stadt Nürnberg gelegen, worüber Kayſer Fridericus II. denen **Wald-Strömern** die Aufſicht und Vertheidigung unter dem Titel eines Reichs-Lehenbaren Obriſt-Forſtmeiſter-Amts, in einem Lehen-Brieffe de Anno 1223. wovon der gelehrte Profeſſor zu Göttingen

Jo. David Kœler in Comment. Hiſtor. de Caſtro Imperii foreſtali Brunn §. *9. p. 14.*

die Teutſche Uberſetzung anführet, folgender maſſen übergeben: „So verleihen wir denſelben obgenannten Heinrichen

richen und Gramliben, und allen ihren Nachkommen Wald-Stromern zu rechten Lehen **das Obrich-Vorſtmeiſter-Ampt des Waldes bey Nürnberg**, denſelben Wald zu heuen und zu genieſſen, als ihr Vordern den auch zu Lehen vom Reich genoſſen haben, und wir befehlen In und ihrem Erben und Nachkommen, unſer und des Reichs Wilde auf demſelben Wald und Vorſt - - ſo mogen ſie, ſo wir oder unſer Nachkommen nicht gegenwärtig ſeyn an unſer ſtatt das Wild jagen und nieſſen, das geben wir Jne volle Macht rc.„

Nachhero hat Kayſer Wenceslaus Anno 1395. denen Wald-Strömerm die Aufſicht über dieſen Reichs- und Königs-Forſt und das darinnen gelegene Jagt-Schloß Brunn abgenommen, und an die **Valtzem** übergeben, wovon die Nachrichten

ap. Kæler cit. l. in Append. Docum. 4. 5. & 6.

und ſonderlich die letztere folgende Erwehnung thun:

„Als wir dir unſer Hauß Prunn gelegen in unſerm und des Reichs-Forſt bey Nürnberg befohlen haben, iſt Uns fürkommen, wie das etliche uns in unſerm und des Reichs-Wildpan greiffen, und uns auch an unſerm Federſpiel daſelbſt hindern wolten, daß du denn mit Hülffe unſer und des Reichs Bürger und der Stadt zu Nürnberg den wir darum ſonderlich geſchrieben haben, das wöhren und nicht geſtatten ſolleſt.„

(2.) Hat Kayſer Albertus I. Anno 1302. eben eine ſolche Aufſicht über den Reichs- und Königs-Forſt zwiſchen Neckar-Gemünden Lauffen und der Orten gelegen, Conraden Herrn von Weinſperg und ſeinen Erben, als ein Reichs-Lehen übergeben, wovon

Georg. Chriſt. Joannis tabular. literarumque veter. Spicileg. I. in {Diplomatar. |miſcell. n. 17. p. 480. & 481.

fol-

folgende Urkunde anführet:

Albertus Dei gratia Romanorum Rex ſemper Auguſtus - - Noverint, quos noſſe fuerit opportunum, quod nos Nobili Viro Conrado Winſperg & ſuis heredibus, fidelibus noſtris dilectis, *cuſtodiam ferarum & venacionum*, que vulgariter dicitur **Wildpand**, de opido Neckirgemonde usque Laufen, & ex alia parte de ripa, que dicitur Elſenze, usque ad aliam partem, que dicitur Zabern, *noſtro & Imperii nomine duximus committendam*. Hoc edicto regio diſtrictius inhibentes, ne quis officialium noſtrorum, ſeu aliquis alter, cujuscunque ſtatus aut condicionis exiſtat, memorato Conrado & ſuis heredibus duntaxat exceptis, in dictis diſtrictibus venaciones exerceat, vel alias aliquid ſibi juris ſive jurisdictionis in eisdem vendicet ſeu uſurpet - - Datum Nordelingen ann. Domini MCCCII. &c.

Nicht weniger und

(3.) Iſt ein dergleichen Reichs- und Königs-Forſt bey und um Gelnhauſen gelegen, der **Büdinger-Wald**, genannt, worüber das Adeliche Geſchlecht derer **Forſtmeiſter von Gelnhauſen**, die Aufſicht und das Reichs-Forſtmeiſter-Amt, als ein Reichs-Lehen biß in das 15te Jahrhundert gehabt und getragen, und muſten dieſelbe in Krafft dieſes Forſtmeiſter-Amts nicht nur ſothanen Reichs-Forſt in guter Aufſicht halten, und das Forſt-Geding ordentlich beſitzen, ſondern auch denen Römiſchen Kayſern und Königen, wenn ſie ſich zu Gelnhauſen aufhielten, und auf dem Büdinger Wald jagen wolten, mit ihren untergebenen Förſtern an Handen gehen, wovon der uralte und von Kayſer Sigismund Anno 1425. annoch von neuem beſtätigte **Büdinger Wald Weißthum**, ſo auch unter andern bey

Lunig

Lunig Reichs-*Archiv Spicil. Secular.* 2. Theil *tit.* Yſenburg *n. 12. p. 1603.*

befindlich, folgende Erwehnung thut:

„Diß iſt des Rychs Recht über den Büdinger Wald, das die zwölff Förſtere uff iren Eyd geteylt han: zum erſten teylen ſie, daß das Ryche Oberſter Mercker ſy über den Wald, und darnach wann eine Ryche in der Burg zu Geilnhauſen lige, ſo ſoll ein Forſtmeiſter, der vor alder darin geborn, darzu ſyn, und ſal von Rechte dem Riche halden, wanne he birſen wolde, einen weiſſen Bracken in der Burg in Geilnhauſen mit bedraufften Oren, und ſal liegen of einer ſüden Koldern und öf ein ſyden Köſſen, und ſyn Leide Seyl ſyden, und das Halsband ſilberin und übergüldet. Item und derſelben einere zu Büdingen, und einer zu Wechtersbach in derſelben maſſe: auch ſal er han ein Armbroſte mit einen Ybenbogen, und ſyn Syle arnsbeumen, und die Senewe ſyden und mit Pahenfedern gefüttert . . Were es auch, daß eine Ryche birſen wolde in dem Büdinger Walde, ſo ſalde der Forſtmeiſter die zwölff Förſtere verboden, und die ſalden mit eym Ryche zu Walde rüten je iglicher mit eim Armbroſte of des Rychs Coſten und Schaden, ꝛc. „ Endlich hat Balthaſar Forſtmeiſter von Gelnhauſen Ritter, nachdem er ſeinen Bruder Caſpar und übrige Forſtmeiſtere von Gelnhauſen ſeine Vettern gäntzlich abgefunden hatte, mit allerhöchſter kayſerlicher Lehenherrlichen Einwilligung ſolches Reichs-Forſtmeiſter-Amt ſamt allen dazu gehörigen Rechten und Gerechtigkeiten Anno 1484. an Graff Ludewig von Yſenburg und Büdingen um 1460. flor. verkaufft, von welcher Zeit an die Herren Graffen von Yſenburg und Büdingen, nach Ausweiß derer bey

Lünig

Lünig Reichs-*Archiv cit. Spicil. Secul.* 2. Theil *tit.* Yſenburg *n. 21. 22. 52. p. 1611. 1612. 1646.* befindlichen Kauff-und kayſerlichen Lehen-Brieffen, biß auf den heutigen Tag noch mit dieſem Reichs-Forſt-meiſter-Amt belehnet werden.

§. VIII. **Unter andern** dergleichen aus denen vielfältigen Unruhen und Reichs-Veränderungen annoch geretteten und dem Heil. Römiſchen Reich erhaltenen alten gebannten **Reichs- und Königs-Forſten,** iſt nun inſonderheit auch von uralten Zeiten her **der Reichs- und Königs-Forſt zur Drey-Eichen,** einer derer Vornehmſten und Anſehnlichſten mit geweſen, deſſen eigentlicher Urſprung und Anfang ſich zwar in dem grauen Alterthum verlieret, ſo viel aber kan aus denen noch übrig gebliebenen Nachrichten mit genugſamen Grunde von demſelben bezeuget werden, daß er ein anſehnliches Stück von denen alten Reichs-Gütern um und an dem Rhein- und Mayn-Strohm ausgemacht habe, auch mit allen zu einem gebanneten Reichs-und Königs-Forſt gehörigen weſentlichen Stücken und Eigenſchafften verſehen worden, und einen groſſen Theil des alten Pagi Rhenenſis oder Rheingaues in ſeinem Bezirck begriffen, mithin in einer angenehmen und luſtigen mehrentheils an der ſüdlichen Seite des Mayn-Strohms befindlichen, und dazu in einer ſolchen Gegend und vormahligen Gaue gelegen iſt, allwo die Römiſche Kayſer und Könige ihre Reichs- und Cammer-Güter in gröſſerer Menge und am allerlängſten beſeſſen und behalten haben.

Denn daß dieſer **Reichs-und Königs-Forſt zur Drey-Eichen** in dem alten Pago Rhenenſi oder Rheingau belegen ſey, das erhellet allein daraus gantz unwiderſprechlich, weil die in deſſen Bezirck befindliche Orte, welche

welche biß auf den heutigen Tag annoch die Drey-Eicher Wildgefälle entrichten müſſen, in denen alten Urkunden und Nachrichten in dieſen Pagum Rhenenſem geſetzet werden. Immaſſen ſolches unter andern von der Gegend des **Drey-Eicher Hayns** oder Caſtri Hagen ſelbſt, wie auch von **Langen**, wo ehedeſſen das Mangeding oder Drey-Eicher Wildbanns-Gericht gehalten wurde, von **Sprendlingen, Offenthal, Ginßheim** bezeuget:

Notitia Villarum Pagi Rhenenſ. ap. Freher. Orig. Palat. P. I. p. 70.

Und beſonders von der Terminey des Fleckens Langen annoch folgende alte Præſente Ruthardo Comite & Miſſo Regis Ludovici Junioris verfertigte Beſchreibung hinzu füget: Notitia hubarum, quæ attinent *Langunge.* Incipit enim a loco qui dicitur *Rodesbach*, deinde ſuper medium *Stafuleshard*, inde ad *Lobbenſouue*, inde *Ginnesheimer reine*, inde ad *Driechlachba*, inde ad *Bucheiwege*, inde ad *Spiren-Dilinger* marca, inde ſuper *Roſſeshard*, inde ſuper *Cuberesbard*, inde ſuper *Ovembda*, inde iterum in *Rodesbach* &c.

Ein gleiches bezeuget mit folgenden Worten:

Helwich in Antiquit. Laureſham. ap. Joannis Tom. III. Rer. Mogunt. p. 25.

Idem Princeps Ludovicus Imperator - - plurima beneficia Laureshamenſi quoque hic monaſterio contulit, patris glorioſiſſimi Regis Caroli exempla pia ſecutus, & inter alia villam *Langungen* (Langen) *ſitam in* eodem *Pago Rhenenſi*, eidem in remedium animæ ſuæ in perpetuum obtulit.

Von **Eberſtadt, Gerau, Pfüngſtatt, Schwanheim, Dornheim, Leheim** und andern wird ein gleiches angemerckt in vorhin gedachter

Notitia

Notitia Villar. Pag. Rhenenſ. ap. Freher. c. l. p. 67. 70. 71. 72.

Von Gügesheim, Gügensheim, Gigenheim und deſſen Lage in Pago Rhinangowe erinnert aus denen Traditionibus Fuldenſibus eben dieſes

Sagittar. in Antiquit. Thuring. Lib. IV. Cap. II. §. 10. p. 207.

Von Steinheim erwehnet der Ertz-Biſchoff Marcolfus zu Mayntz in einer Anno 1141. dem St. Alban Stifft ertheileten Urkunde deſſen Lage in dem Rheingau mit folgenden Worten: Venit ad nos eccleſie beati Albani religioſus proviſor & Abbas Wernherus intimans, quanta devocione, & quantis ad eum lacrimis venerit matrona quedam, Juditha nomine, de villa *Steinheim* ſita *in Pago Ringowa* &c.

vid. Chron. Sanct. Alban. Lib. I. Sect. II. apud Joannis Tom. II. Rer. Mogunt. p. 784.

Wie denn auch endlich von **Trebur** Triburis, Triburia noch eine Urkunde de Anno 985.

ap. **Lünig Reichs**-*Archiv Spicil. Ecclеſ.* 3. **Theil** *tit.* **Quedlinburg** *n. 18. p. 187.*

vorhanden iſt, worinnen Kayſer Otto III. ausdrücklich meldet, daß dieſer Ort **Trebur** in Francia (Orientali) und in Pago Rinichove belegen ſey, wenn es heiſſet:

Abbatiſſæ Quitilineburgenſis monaſterii de noſtra proprietate dedimus Curtem *Triburis* vocatam, *in Francia & in Pago Rinichove* ac Comitatu Canonis Ducis *ſitam*

add. Chronicon Gottwicenſe Tom. Prodrom. P. II. Lib. III. n. 115. voce Triburia.

woſelbſt noch mehrere hieher gehörige Zeugniſſe zu leſen.

Gleichwie aber, wie unten vorkommen wird, die königliche Bann-Forſte ſich nicht nach denen Grentzen und der Abtheilung derer Pagorum richteten, ſondern ſich öff-

 ters

ters durch mehrere Pagos erſtreckten, ſo war auch dieſer Drey-Eicher Reichs-und Königs-Forſt nicht bloß in dem Pago Rhenenſi eingeſchloſſen, ſondern deſſen Bezirck dehnete ſich auch noch einen guten Strich in den alten *Pagum Monecgowe* oder *Mayngan* aus, wie ſolches allein aus der Lage des Kloſters Seligenſtatt, allwo die Drey-Eicher Wildbanns Bereiter biß dieſe Stunde annoch auf gewiſſe gebannete Tage von denen da herum gelegenen Orten die Wild-Gefälle erheben, zu erſehen. Geſtalten dieſes Seligenſtatt, ſo ehedeſſen Mülenheim genennet wurde.

Helwich. Antiquit. Laurisham. ap. Joannis Tom. III. Rer. Mogunt. p. 21. ibi:

Horum prædiorum traditionem piiſſimus poſtmodum Imperator Ludovicus poſt obitum patris Caroli privilegio confirmavit, & alia duo ſcilicet Michlenſtatt & *Mülenheim quod nunc Selgenſtadt dicitur*, ſuperaddidit &c. unwiderſprechlich in Pago Monecgove gelegen geweſen, und in der von *Helwich c. l.* zugleich mit angeführten Charta traditionis Ludovici Pii Imp. ausdrücklich mit folgenden Worten darin geſetzet wird: Nec non & villam, quæ dicitur *Mülenheim*, *quæ eſt in Pago Monecgowe*, ſita ſuper ripam fluminis *Moyni*, quæ quondam Drogonis Comitis poſſeſſio fuit,

Cf. Bernhard. Antiquit. Wetterav. Lib. II. Cap. IV. §. 5.

allwo zugleich gezeiget wird, daß Stockſtatt ebenfalls in dieſen Mayngau gehöre.

add. Chronicon Gottwicenſe cit. loc. Lib. IV. n. 287. p. 686.

woſelbſt die zu dem Mayngau ehedem gehörige Oerter bemercket wurden.

Ferner erſtreckte ſich dieſer Reichs-und Königs-Forſt

zur

zur Drey-Eichen ebenfalls noch ein Stück in den alten *Nidegowe* oder **Niedgau**, wie ſolches nicht nur aus denen zu dieſem Niedgau gehörigen und von

Bernhard. Antiquit. Wetter. Lib. II. cap 8. §. 2. & 3.

angemerckten Orten zu erſehen, ſondern auch noch insbeſondere mit dem in dieſer Gegend belegenen Dorff **Seckbach** zu erweiſen iſt, als wovon die in dem Büdingiſchen Archiv annoch vorhandene Urkunde Kayſers Ottonis de Anno 947. welche *ſub Num. 1.* allhie anlieget, mit folgenden Worten zeuget: Quidam ſervus Sancti Petri nomine Engelbracht & Wolffhart noſter ſervus poſſidebat in villa *Seggibach*, *ſitam in pago Nitehgouue* in Comitatu Conradi Ducis.

Welches alles hier um ſo mehr angemerckt zu werden verdienet, weil daraus zu erſehen, daß dieſer alte Reichs- und Königs-Forſt zur Drey-Eichen als ein anſehnliches Stück des Pagi Rhenenſis in Francia Orientali, und gröſtentheils in terra Rhenenſi mithin in einer ſolchen Gegend belegen geweſen, worinnen keine ſo mächtige Stände, wie in einigen andern weit entlegenern Provintzien ſich empor ſchwingen können, ſondern die Kayſer und Könige ihre mehreſte Cammer-Güter gehabt, und ſolche am längſten erhalten, auch durch beſondere Beamte, welche, wie man insgemein davor hält Nuncii Cameræ, oder Procuratorts fiſci, Advocati Imperii vel Cameræ, Advocati Provinciales, oder auch wie einige wollen Comites Palatini genannt worden, verwalten laſſen:

vid. Ekkehard. Jun. de Caſib. Monaſter. S. Galli cap. 1. ap. Goldaſt. Scriptor. Rer. Alemann. Tom. I. p. 15.

ibi: Nondum adhuc illo tempore Suevia in Ducatum erat redacta, ſed fiſco Regio peculiariter parebat, *ſicut hodie*

& Francia. Procurabant ambas *Cameræ*, quos ſic vacabant, *Nuncii.*

Conf. Goldaſt. ibid. in not. p. 110.

Und noch umſtändlicher

Pfeffinger. ad Vitriar. Tom. II. p. 302. ſeqq.

Add. Oblenſchlager. Diſſert. Prelim. ſur les Comtes Palatins du Moyen age, jointe à l' hiſtoire abregée de la maiſon Palatine par l' Abbé Schannat. p. 7. 8. ſeqq.

Weßhalben auch dieſe Gegend auf den heutigen Tag annoch κατ᾽ ἐξοχὴν **das Reich** genennet wird.

§. IX. **Nächſt dem** hatte dieſer **Reichs- und Königs-Forſt** zur Drey-Eichen nicht allein das Schloß Hagen oder **Hayn zur Drey-Eichen**, ſondern auch noch zwey berühmte königliche Palläſte in ſeinem Bezirck und Inbegriff liegen. So viel das Caſtrum Hagen oder Hayn anbelanget, ſo iſt bekannt, daß daſſelbe ein uraltes und vermuthlich ſchon zu der Römer Zeiten zu Befeſtigung ihrer Grentzen gegen die Teutſche angelegtes Caſtrum geweſen, worinnen ſich biß auf dieſen Tag eine in einen Stein gehauene alte Römiſche Grab-Schrifft befindet, welche der Heßiſche Hiſtorien-Schreiber

Winckelmann in ſeiner Beſchreibung Heſſen-Landes *Part. II. Cap. 2. p. 112.*

mit nachfolgenden Worten aufgezeichnet hat:

„Hierinnen (nemlich in der Drey-Eich) lieget die alte Burg Hayn, Caſtrum Hagen, woſelbſt in dem viereckigtem Thurm ein Stein mit einer alten Römiſchen Grab-Schrifft befindlich, iſt aber wegen des Alters an etlichen Orten gar verſehrt und unleſerlich: So viel habe ich heraus geſchloſſen: „

O. M.
QUINTO. TIBE
RALI. QUI. VIXT.
ANNIS. LI. ET.
PRO. XIMONIÆ.
SANCTÆ. CONJUGI.
EIJUS VIVENS. SIBI.
MLI. EORUM. LIBI.
RALINI. JUVENT.
ET JUVENTINÆ
A.
AET.
MATERNUS. ET. FAU
STINUS ET. LIBBRA
LIS. FILI. EORUM.
PATRI. INCOMPARAB.
F. C.

In denen nachfolgenden Zeiten haben die vormalige Herren von HAGEN oder MUNTZENBERG ihren Anſitz und Wohnplatz in dieſen Caſtro Hagen oder Hayn gehabt, und ſich nicht nur davon geſchrieben, immaſſen unter denenſelben Conradus annoch den Nahmen de Hagen führet, und in unterſchiedenen Urkunden vorkommmt. Z. E.

ap. Kolb. Aquil. certant. Beylage *No. 1.*

Noverint igitur univerſi, tam futuri quam præſentis ævi, Chriſti fideles, qualiter Dominus *Cunradus de Hagen & de Arnesburg* vir potens, & uxor ejus matrona nobilis, nomine Luttgardis &c. Acta ſunt hæc Ann. Dncæ incarn. MCLI.

Und *No. 2.*

Fridericus Dei Gratia Romanorum Rex - - - Quapropter notum eſſe volumus cunctis Chriſti cultoribus, qualiter *Conradus*

radus de Hagen idoneus *Regni Miniſterialis*, fide & amicitia mihi devotus &c. Datum Moguntiæ II. Idus Decembr. Ann Dncæ incarn. MCLII.

Lünig Reichs-*Archiv Spicileg. Eccleſ.* 3. Theil *tit.* Corvey *n. 51. pag. 94.*

Conradus divina favente clementia Romanorum Rex ſecundus - - Judicium de clavibus invenit *Conradus, Miniſterialis Noſter de Haga* de habitatione intra muros & de præfectura judicium dedit item miniſterialis noſter Conradus &c. Dat. A. Ann. Dncæ incarn. MCL.

In einer zu Babenberg oder Bamberg ausgefertigten Urkunde Kayſers Conradi III. de Anno 1138.

ap. Marquard. Hergott. in Genealog. Diplomat. gent. Habſpurg. Vol. II. in Cod. probat. n. 214. p. 158.

wird eben dieſer Conradus de Hagen als einer bey dem kayſerlichen Hof-Lager gegenwärtig geweſener unter denen Zeugen mit angeführet, ibi:

Poppo Comes de Anedeſſe, *Cuonradus de Hagen* &c.

Sondern ſie haben auch als Advocati Imperii oder Reichs-Vögte, dergleichen die Kayſer und Könige oberwehnter maſſen beſonders in Francia Orientali & terra Rhenenſi über ihre Reichs- und Cammer-Güter beſtellet hatten, die beſondere Aufſicht und Verwaltung über dieſen Reichs- und Königs-Forſt zur Drey-Eichen, als in deſſen Mittel-Punct ſie ohne das ihren urſprünglichen Anſitz auf der alten Burg oder Caſtro Hagen gehabt, unter einer Lehens-Verbindlichkeit anvertrauet bekommen und verwaltet, wie unten in mehrem vorkommen wird. Uber das waren ſie auch am kayſerlichen Hofe **Erb-Cämmerer** oder **Cämmerer des Kayſerlichen Saals,** wie ſolches letztere ſehr wohl und gründlich gezeiget hat:

Joannis in addend. ad Serar. Tom. I. Rer. Mogunt. p. 1020 - - 21 - - 22.

Als

Als aber vorgedachten Conradi de Hagen Sohn Cuno kurtz darauff ſeinen Sitz aus dem Caſtro Hagen oder Hayn nach Müntzenberg verleget, ſo hat er zwar nach Ausweiſung der in

Kolb. Aquil. certant. Beylage *No. 3.*

befindlichen Urkunde de Anno 1174. und deren Worten: Quod Dominus Cuns de Minzenberg, Vir Nobilis, Miniſterialis Imperii - - Domum propriam Caſtrum ſcilicet, quod dicitur Arnſpurg, contulit eccleſiæ Dei, ut ubi prius exercebatur militia ſecularis, ibi fieret habitatio religionis, imitans *patrem ſuum Cunradum & matrem ſuam Ludgardim* &c. den alten Nahmen de Hagen verlaſſen, und von ſeinem neuen Sitz Müntzenberg, nach derer damaligen Zeiten Gewohnheit, ſich *de Munzenberg* geſchrieben, das Erb-Cämmer-Amt hingegen und die Reichs-Vogtey über den Wildbann zur Drey-Eichen beſtändig beybehalten und auf ſeine Nachkommen vererbet. Gleichwie denn bereits in einer Urkunde Kayſers Friderici de Anno 1168.

ap. Schannat. Videm. Literar. Collect. II. p. 116.

bemeldeter Cuno von Müntzenberg unter denen Zeugen folgender maſſen angeführet wird:

ibi: Adhibitis idoneis teſtibus, quorum nomina hæc ſunt Chriſtianus Moguntinæ ſedis Archi-Epiſcopus - - - Conradus de Nuenburg, Heinricus Mareſcalcus, Bertholfus Camerarius. *Cuno Camerarius de Minzenberg*, Waltherus Dapifer, Cunradus Kobbo Pincerna. Welches alles man um ſo mehr allhie kürtzlich voraus zu ſetzen vor nöthig erachtet, damit in dem Verfolg deſto deutlicher begriffen werden könne, warum die Reichs-Vogtey zu Müntzenberg wovon im zweyten Abſatz in mehrem gehandelt wird, in denen kayſerlichen Lehen-

Brieffen beſtändig mit dieſem Drey-Eicher Wildbann verknüpfft worden.

Was nun die beyde in dem Bezirck dieſes Reichs- und Königs-Forſtes zur Drey-Eichen belegene königliche Palläſte anbetrifft, ſo war unter denenſelben das erſtere, das in dem Fürſtl. Heſſen-Darmſtädtiſchen Amt Rüſſelsheim annoch belegene *Triburia* oder Trebur. Ein in denen Fränckiſchen und Teutſchen Geſchichten ehedeſſen gar bekannt geweſenes Palatium und Villa Regia, allwo die Carolingiſche und nachherige Teutſche Kayſer ſich gar offt und vielfältig mit ihrem Hof-Lager aufgehalten, viele kayſerliche Gnaden-Brieffe ertheilet und ausgefertiget, wie nicht weniger viele berühmte und wichtige Reichs-Täge und Concilia gehalten, ja Kayſer Henricus IV. ſelbſt erwehlet worden, auch nachgehends An. 1066. oder 1067. ſein Beylager mit der Berta mit vielem Pracht gehalten, wie ſolches erſtere alles mit vielen Hiſtoriſchen Zeugniſſen in einem kurtzen Inbegriff gezeiget:

Joh. Georg. Eſtor. in Specim. decerptor. ex Geograph. veter. Haſſiæ ap. Kuchenbecker Annal. Haſſiac. Collect. II. p. 325. - 26. - 27.

und das letztere aus denen Zeugniſſen

Lamberti Schaffnaburg. ad A. 1066.

ibi: Henricus *nuptias in Triburia* regio apparatu celebravit in conjunctione Berthæ.

Und des

Annaliſtæ Saxonis ap. Eckhart. Corp. Hiſtor. Med. ævi Tom. I. p. 496.

ibi: Anno Dominicæ Incarnationis MLXVII. Heinricus Rex Bertam filiam Ottonis Marchionis de Italia - - - ducens *nuptias Triburi celebravit* erhellet:

Den Abgang und heutigen Zuſtand aber dieſes Trebur,

bur, auch wie wenig Merckmahle von allen dieſen alten Herrlichkeiten anjetzo daſelbſt noch anzutreffen ſeyn

Freber. Orig. Palatin. P. II. cap. 5. p. 17. & 18.

folgender maſſen beſchrieben hat:

De Lauriſſa perveteri & nobili cœnobio dixi alibi: cujus vicinia monet aliquid annotare de *Triburia*, villa Regia, in ſubſcriptionibus diplomatum Carolini ævi ſæpe occurrente, & conciliis ſub illis Regibus non ſemel ibi celebratis cum primis nobili. Sita ea in pago illo Rhenenſi, inter Rhenum Mœnumque fluvios & ſtratam montanam, non longe a pagis Langen & Gerau - - - Reliquiæ noſtro tempore loci olim tam clari & celebris, præter nomen, vix ullæ ſuperſunt: niſi quod pratum vicinum portæ etiam num a curia nomen habet, & ſtagnum proximum Cæſarem dominum refert. Templum poſitum in colle editiore, caſtellum vel prætorium ibi olim fuiſſe, conjecturam præbet - - Ajunt, quicquid ibi fuit ſaxorum, marmorum cruſtarum, jam olim detractum ad Moguntiæ & Oppenheimii amplificationem & exornationem ceſſiſſe. Quam loci fortunam intuitus, cum aliquando viſendi gratia ab itinere meo iſthuc deflexiſſem, Rutilii illud animo repetii:

Cur indignemur mortalia corpora ſolvi,
Cernimus exemplis, oppida poſſe mori.

Das letztere in dieſem alten Reichs- und Königs-Forſt zur Drey-Eichen gelegenen Palläſten, iſt das berühmte Palatium Regium Franconofurt, ſo in der Stadt Franckfurt, und gemeiniglich der Saal-Hoff genennet war, mithin um ſo merckwürdiger iſt, als nicht nur die Römiſche Kayſer vom Alters her ſich zum öfftern in dieſem Palatio Franconefurt mit ihrer Hoffſtatt aufgehalten, und viele wichtige Reichs-Täge, Concilia und andere öffentliche Zuſammenkünffte dahin aus geſchrieben haben, ſondern überdas von langen Zeiten her die Römiſche Kayſer gemeinig-

lich daſelbſt erwehlet, und dieſer Ort endlich zur ordentlichen kayſerlichen Wahl-Stadt ernennet, auch deßwegen vormals als die Metropolis und ſedes principalis Orientalis & Teutonicæ Franciæ geachtet und gehalten worden, und noch itzo von vielen davor gehalten wird, wie ſolches abermahl

Eſtor in cit. Specim. decerpt. ex Geograph. vet. Haſſiæ c. l. p. 259. ſeqq.

wohl und gründlich erwieſen hat, und deßwegen nicht ohne Urſach hinzufüget:

Celebre eſt ex variis capitibus. Si enim Imperii conventus ibi celebratos intuearis, Cæſares hunc locum in deliciis habuiſſe certo tibi perſuadebis - - Neque minus conciliis ibi peractis Francofurtum clarum eſt - - Præterea urbs hæc inclyta eſt, quod ſit locus eligendo Cæſari præſcriptus & uſitatus.

Dieſerwegen iſt leichtlich zu ermeſſen, daß die zeitige Römiſche Kayſer bey ihrem öfftern und vielfältigen Auffenthalt in Francfurt, den um und an dieſem berühmten Palatio in einer ſo luſtigen und angenehmen Gegend belegenen anſehnlichen Reichs- und Königs-Forſt zur Drey-Eichen nicht werden verabſäumet, ſondern ſich vielmehr deſſelben bey ihren gewöhnlichen Herbſt- und andern Jagten zum öfftern bedienet haben. Wie dann der gemeinen hergebrachten Sage nach, wenn ehedeſſen ein Römiſcher Kayſer oder König ſich bey Wahl-Reichs- oder andern merckwürdigen Tagen und Zuſammenkünfften in Franckfurt aufgehalten, die Jägerey und Jagt-Hunde jedesmahl in das drey Stunde davon gelegene Caſtrum Hagen oder Schloß und Städtgen Hayn zur Drey-Eichen, ſollen ſeyn verleget worden, daher auch dieſes Städtgen Hayn biß auf den heutigen Tag annoch von

von dem gemeinen Pöbel der Kayſerliche Hund-Stall genennet wird. Wenigſtens iſt aus denen von denen Carolingiſchen Kayſern bey ihrem Auffenthalt zu Franckfurt gehaltenen gewöhnlichen Herbſt-Jagen dieſes gewiß und erweißlich, daß ſolche Kayſer ſich dazu nothwendig des alle um Franckfurt herum befindliche Gegenden und Waldungen in ſich begreiffenden Drey-Eicher Reichs- und Königs-Forſtes bedienet haben müſſen. So wird z. E. von Kayſer Ludovico Pio gemeldet in denen

Annal. Regum Francor. ad A. 829. ap. Reuber. Script. Rer. Germ. p. 78.

Aliis etiam cauſis, quæ ad illius placiti completionem pertinere videbantur, congruo modo diſpoſitis atque completis, populoque ad ſua ire permiſſo, *ipſe ad autumnale venationis exercitium ad Franconofurt villam* profectus eſt: qua transacta ad hiemandum Aquasgrani reverſus

Und *ad A. 837. p. 86.*

Folco atque Richardus Imperatori e Friſia poſt fugam Nortmannorum revertenti talia renuntiant, *in Franccford Palatio*, ubi ipſe *autumnalem exercens venationem*, hiematum Aquas ſeſe convertit.

Daß die nachherige teutſche Kayſer ſich dieſes ſo wohl gelegenen Reichs- und Königs-Forſtes zur Drey-Eichen nicht minder bedienet haben, daran iſt um ſo vielweniger zu zweifeln, weil ſie obberührter maſſen eben ſo groſſe Liebhaber der Jagt als die Carolinger geweſen, ſich eben ſo oft und fleißig als jene in Franckfurth aufgehalten, deswegen auch eben ſo groſſe Sorgfalt als jene vor die unverletzte Erhaltung dieſes königlichen Wildbanns getragen, und ſich darinnen bey ihrem Auffenthalt zu Franckfurth oder Trebur mit Jagen beluſtiget haben. Geſtalten unter andern auch dieſerhalben, und wenn der Kayſer ſich etwa auf der Jagt ermüdet und verſpätet, mithin auf einer in dieſes Wildbanns Be-

zirck befindlichen Wildhuben einkehren und ausruhen wollen, in dem Anno 1338. vor dem Kayſer Ludovico Bavaro ſelbſt ſchrifftlich aufgezeichneten, und unten in mehrem vorkommenden **Drey-Eicher Wildbanns Weißthum** folgende Verſehung geſchehen:

„Auch deilent ſye den Sadelhoffen die zu den Huben gehorent, das mann uff eynen iglich Sadelhoffe ſall finden eynen Buwehoff, eyn Backhuß, eyn Schure und eyn Hundhuß, und ſall das in der nechſten Marcke hauwen, da er eyn Mercker inne iſt, ob eyn **Keyſer gueme** in der vornannten Hoffe eynen, und wulde dainnen rowen und eſſen, ſo ſall man yme geben eyn weiß Strohe, und wan der Keyſer danne feret, ſo ſall er dem Hübener alſo vil laſſen an Koſten das er und ſin Geſinde acht Tag wol faren ꝛc.„

§. X. **Daß aber** auch dieſer Reichs- und Königs-Forſt zur Drey-Eichen mit allen gehörigen Eigenſchafften, gleich denen übrigen alten Foreſtis Regiis vel Dominicis, und in vielen noch mit verſchiedenen vorzüglichen Gerechtſamen vor jenen verſehen worden, und die Römiſche Kayſer und Könige ſolchen jederzeit vor denen Eingriffen derer benachbahrten Reichs-Stände mit beſonderer Sorgfalt zu retten, und dem Heil. Römiſchen Reich unbeeinträchtiget zu erhalten ſich angelegen ſeyn laſſen, ſolches wird ſich aus dem Erfolg in mehrerm ergeben.

Die vornehmſte Haupt- und weſentliche Eigenſchafft eines gebanneten Königs-Forſtes iſt unwiderſprechlich dieſe, daß derſelbe von dem Kayſer oder König durch Anlegung eines gehegten und gebannten beſondern Umzircks ordentlich **geforſtet**, und niemand auſſer dem Kayſer oder König, und wem es derſelbe ausdrücklich erlaubet, bey Vermeidung des königlichen **Banns**, oder auch wohl einer noch ſchärffern und gröſſern Straffe, darinnen auf einigerley Weiſe zu jagen, oder ſonſten das Wild in derſelben

zu beunruhigen verſtattet wird, wie ſolches alles bereits oben mit mehrerm und umſtåndlich gezeiget und erwieſen worden. Mit eben einem ſolchen gebanneten Umzirck und einer auf die Wildbanns-Freveler geſetzten hohen Straffe iſt nun auch der Reichs- und Kőnigs-Forſt zur Drey-Eichen verſehen und beforſtet worden. Sintemahl dieſes kőniglichen Banns und gebannten Bezircks in denen annoch vorhandenen Kayſerlichen Urkunden ausdrűckliche und deutliche Erwehnung geſchiehet. Wie dann unter andern Kayſer Lotharius Saxo, welcher An. 1129. Cunrado de Hagen (d. i. Hayn, wovon oberwehnter maſſen die alten Herren von Műntzenberg anfånglich den Nahmen gefűhret) ein gewiſſes Stűck Land in dieſes Wildbanns Bezirck, zwiſchen Schwanhayn und dem Mayn geſchencket, in der darűber ertheileten und *ſub No. 2.* anliegenden Urkunde deſſelben mit folgenden Worten gedencket:

Quod fideli noſtro Miniſteriali Cuonrado de Hagen - - nec non uxori ſuæ Liuckardi, eorumque liberis jugiter in futurum, & heredibus in proprium tradidimus terram quandam eſtimatione ſeptem manſorum *NB. ſitam in Regio Foreſto Noſtro Driech nuncupato*, inter Suinhagen & Mogonum fluvium, juxta rivum quendam Cunigesbach dictum *NB. in banno foreſti noſtri predicti*, quem idem Cuonradus a manu noſtra tenet.

Welche Kayſerliche Urkunde nicht allein bereits

Ioh. Dan. Kæler in Tract. de Caſtro Imper. foreſtali Brunn. §. 5. p. 8. 9. & 10.

abdrucken, und das daran befindliche Kayſerliche Inſiegel in ſaubern Kupffer-Stich beyfűgen laſſen; ſondern es iſt auch nunmehro das Original, nachdem es viele Jahre ſich in fremden Hånden befunden, hinwiederum vor kurtzer Zeit herbey gebracht worden, und anjetzo in dem Yſenburg-Birſteiniſchen Archiv befindlich.

Die-

Dieſer gebannete Bezirck des Reichs- und Königs-Forſtes zur Drey-Eichen wird in dem **Drey-Eicher Wildbanns Weißthum** de Anno 1338. welcher nach der in dem ſogenannten **Rothen Buch** befindlichen glaubwürdigen Abſchrifft *ſub No. 3.* angefüget iſt mit ſeinen Gräntzen, ſo wie dieſelbe vor uralten Zeiten her beſtimmet geweſen, folgender Geſtalt beſchrieben:

„Zu dem erſten teylten ſye, daß der Wiltpann angehet zu Meynes Gemonden den Meyne mitten off in die Nydde, die Nydde uffen biß gein Vilwyl mitten uff die Brucken hynder Vilwyl hyene durch das Hochhultze, und ober hinder Bergen, und danne under Hoenſtadt hyene in die Brubach an die Brucken, die Brubach inne mitten in den Meyne uffen zu Stockſtadt an den Iſern Pfale, den Meyne aber offen zu Aſchaffenburg mitten uff die Brucken an das Creutze, dan vorwarter über den Meyne biß zu Nullenkeyn do aber biß zu Wiltzenmole und vorbaß den Schiffweg ußen und da aber hynder Oſtheim hyne die Ecken uß über den Bintzelberg vorwarter mitten über den Thorn zu Ottesberg und von dannen biß zu Ryneheym an den Weſten Gibbel, da vorbaß über an die Droſt-Brucken in die Mudawe inne biß gein Stockeſtadt mitten in den Ryne inne mitten abe widder biß gein Meynß Gemonden.„

Aus welcher Grentz-Beſchreibung zugleich mit zu erſehen und anzumercken iſt, daß dieſer Reichs- und Königs-Forſt ſich durch vieler Herren Gebiete, Grentzen, Dorff- und Waldgemarckungen, auch unterſchiedene Pagos oder Gauen erſtrecket hat. Dann gleichwie in denen alten Zeiten, da der von der Landes-Hoheit oder denen ſogenannten geſchloſſenen Gebieten hergenommene Schluß und Beweißthum zumahl um den Rhein- und Mayn-Strohm noch auf gar ſchwachen Füſſen ſtund, die Kayſer und Könige ſich an die beſondere Gemarckungen und Grentzen derer

rer Stände und ihrer Dorffſchafften und Oerter wenig gekehret, ſondern ihre gebannete Königs-Forſte nach Gelegenheit derer Waldungen durch die Pagos, welche ohnedem von derer Kayſer und Könige Anordnungen abhingen, hindurch angeleget haben, wie ſolches unter andern allein der an das Hoch-Stifft Würtzburg von Ottone III. geſchenckte berühmte Saltz-Forſt und die deßwegen ausgefertigte Kayſerliche Urkunde

ap. Eccard. **von der Königlichen Saltzburg ꝛc.** §. *23. p. 40.*

in folgenden Worten erhärtet:

Immo quendam pagum Saltzgouui dictam - - *in quocunque Comitatu ſive Pago ſita ſint*, ſive in Pago Grapfeldun ſeu Comitatu Ottonis, ſive in quibuscunque provincialibus pagis, cum omnibus pertinentiis, *ſylvis foreſtatis*, venationibus, bannis &c

Und ein gleiches die von oberwehntem

Pfeffinger. ad Vitriar. Lib. III. Tit. 18. §. 8.

angeführte viele Exempel derer Reichs- und Königs-Forſten, und derer von einer Dorffs-Gemarckung zur andern hindurch beſchriebenen Gegenden unwiderſprechlich erweiſen: Alſo hatte auch gegenwärtiger Reichs- und Königs-Forſt zur Drey-Eichen viele dergleichen beſondere Gebiete und Gemarckungen in ſeinem Inbegriff, wovon die **Langer**, **Sprendlinger**, **Zurfelder** Gemarckungen, in welcher letztern auch Schwanhayn befindlich, ſamt dem **Gerauer Ländlein**, ſchon vor alten Zeiten nach denen bey

Freher. Orig. Palatin. P. I. Cap. 6. p. 67. 70. 71.

befindlichen Nachrichten bekannt geweſen, und auf dem heutigen Tage noch die **Bieger**, **Röder**, **Diepurger** und **Auheimer** Marck-Waldungen vor Augen liegen, welche alleſamt gar wohl ihre beſondere Gemarckungen-

Gren-

Grentzen und Abtheilungen haben können, auch würcklich gehabt, und gleichwohl in dem Bezirck dieſes gebanneten Königs-Forſtes zur Drey-Eichen unſtreitig liegen, wie dann nicht nur die in allen dieſen Gemarckungen und Grentzen befindliche Dorffſchafften noch auf den heutigen Tag ihre **Wild-Gefälle** an das Forſt-Amt zur Drey-Eichen jährlich entrichten, ſondern es wird auch wegen derer in dieſen beſondern Grentzen und Gemarckungen belegenen Forſt Huben und deren Beholtzung in mehrgedachtem Wildbanns Weißthum folgendes erwehnet: „Auch deylent ſye yeder Hube in der Marg da ſy inne gehöret zu yeder Wochen hauwen und holen ſall eynen grunen Wagen voll Holtzes und eynen dorren ꝛc. „

Und obwohl ſonſten die Straffe des Königlichen Banns nur in ſexaginta ſolidis oder ſechzig Schilling beſtanden: So iſt doch ſolche nach denen oben angeführten Exempeln unterweilen auch um ein merckliches erhöhet, und allhier bey dem Reichs-und Königs-Forſt zur Drey-Eichen gar eine ſchwere Leibes-Straffe, nemlich der Verluſt der einen Hand auf diejenige, welche in deſſen gehegten und gebanneten Bezirck jagen würden, geſetzet, und ſolches in dem ſo eben berührten Wildbanns Weißthum mit folgenden Worten aufgezeichnet worden:

„Auch deilent ſye, das ein Faut von Myntzenberg dieſen vorgnanten Wiltbanne, von dem Ryche zu Lehen hait, und weren ſall des Wildbanne unraidt an allem ſtücken hernach geſchrieben ſteit. Mit Namen ſall er weren, das nyemant in demſelben Wildbanne jagen ſall, dann eyn Keyſer und eyn Faudt von Mintzenberg, der ſall jagen anne Hecken und anne Garn zu zocken. Were darüber jaget zu der Hecken und begriffen wirt *NB.* **der hat eyn Hant verloren**, und darüber ſall eyn Forſtmeiſter zu Langen richten von dem Hayn in den vier Schirmen. Wo man eynen drü-

drüher begriffe oder eynen Heckenjeger **dem ſall man ig- lichen die rechten Hant abeſlagen, eynem Lußer den rechten Dumen.**"

Woraus abermahl zu erſehen, wie hoch und ſcharff die Römiſche Kayſer und Könige, über die unverletzte Erhaltung dieſes um und an dem Palatio Franconefurt Ihnen ſo nahe und wohlgelegenen Reichs- und Königs-Forſtes gehalten haben, und ſolches durch die Erhöhung der Straffe mit zu erkennen geben wollen.

§. XI. **Damit** auch die benachbahrte Reichs-Stände und andere, durch deren Gebiete und Oerter vorbeſchriebener Umzirck ſich erſtreckte, dieſen Reichs- und Königs-Forſt nicht nach und nach an ſich reiſſen, und dem Heiligen Römiſchen Reich entziehen möchten; ſo ſind von alten Zeiten her beſondere Reichs-Vögte, Defenſores und Cuſtodes hujus Regiæ Sylvæ, wovon im folgenden Capitel umſtändlich gehandelt wird, über denſelben und deſſen gebannete Gegend geſetzet worden, welche dieſen Wildbann gegen alle widerrechtliche Eingriffe und Verwüſtung beſchützen und vertheidigen, oder wie es in vorbemeldetem Weißthum lautet: **Des Wildbanns unraidt weren** muſten. Ja es waren die Römiſche Kayſer ſo ſorgfältig, daß, wenn ſie auch nur den geringſten Unrath und Eingriff in dieſem Wildbann verſpüreten, ſie die Vögte nicht nur fleißig ihres obliegenden Amts erinnerten, ſondern auch die ihnen vorhin deswegen aufgetragene Macht und Gewalt, den Wildbann zu ſchützen, zum öftern erneuerten, und auf das vollenkommenſte beſtätigten. Wie denn unter andern Kayſer Ludovicus Bavarus Anno 1317. Graf Philippſen den jüngern von Falckenſtein, als damahligen Vogt über dieſen Reichs- und Königs-Forſt zur Drey-Eichen dieſerwegen die *ſub No. 4.* hiebey liegende und im Original annoch gantz unverſehrt vorhandene Urkunde

 nach-

nachfolgenden Einhalts ertheilet hat: Tibi cuſtodiam, gubernacionem & defenſionem ſilve noſtre ſite prope Franchenfurt dicte volgariter *Chunigesforſt*, duximus committendam, dantes tibi plenam & liberam facultatem dictam ſilvam cuſtodiendi, gubernandi, nec non defendendi, viis & modis omnibus, quibus tue diſcrecioni & circumſpectioni opportunum videbitur &c.

Gleichwie aber der über dieſen Wildbann geſetzte Reichs-Vogt unmöglich alles zumahl bey denen ehemaligen unruhigen Fehde Zeiten allein verſehen konte; ſo hatte er hinwiederum ſeinen **Forſtmeiſter** und ſeine **Forſt-Hübener** unter ſich. Jener wohnete ordentlich in dem Caſtro Hagen oder Hayn zur Drey-Eichen, und muſte mit ſeinen untergebenen Förſtern oder Wildbanns-Bereitern und Knechten dieſen Reichs-Forſt und Wildbann beſtändig bereiten, allem Unrath wehren, die Wildbanns Rugen aufzeichnen, die Ubertreter pfänden, nach Beſchaffenheit der Umſtände fahen, und zum Forſt- oder Wildbanns-Gericht, ſo das Mengeding genennet wurde, bringen, und daſelbſt abſtraffen helffen, das Mengeding Nahmens des Kayſers und Reichs-Vogts hegen, auch alles übrige, ſo zur Erwie nicht weniger Rein- und Sauberhaltung des Wildbanns gereichen konte, mit beſorgen, allermaſſen deſſen Amts-Verrichtung hin und wieder in dem Wildbanns-Weißthum umſtändlich beſchrieben wird: Dieſe, nemlich die Forſt-Hübener muſten nichtweniger ihres Orts allem Unrecht und Eingriffen wehren helffen, das jährliche Forſt-Gericht oder Mengeding als Beyſitzer dieſes Gerichts mit beſitzen, vor gehegtem Gericht des Wildbanns Ober-herrlich- und hergebrachte Gerechtigkeiten und Herkommen öffentlich weiſen, und über die am Gericht vorkommende Wildbanns-Frevel und Verbrechen urtheilen und Recht ſprechen. Nun wurden allſchon unter denen Fränckiſchen

Kö-

Königen, mithin von denen älteſten Zeiten her, dergleichen Foreſtariis, Förſtere und Forſt-Hübenern in denen gebanneten Forſten gewiſſe Stücker Landes zu ihrem Auf- und Unterhalt eingegeben, immaſſen ſolches

du Freſne Gloſſar. voc. Foreſtarius.

aus einer Urkunde des Fränckiſchen Königs Pipini erweiſet, worinnen folgende Worte zu leſen: Nec non & diverſa feraminum genera, ſeu & *Foreſtarios cum ipſorum manſibus* in ipſa foreſte per diverſa loca commanentes &c.

Nichtweniger werden

in Capitular. Caroli M. de Villis cap. 10.

die Foreſtarii unter denen Bedienten, welche manſos beſaſſen, von denen ſie eine gewiſſe Abgifft entrichten muſten, gerechnet: ibi:

Ut majores noſtri & *foreſtarii* poledrarii - - - ſogales donent *de manſis eorum.*

Dieſe Stücker Länder wurden zumahl in denen nachfolgenden Zeiten Manſi foreſtales, **Wildhuben, Forſthuben**, genannt.

In einer Urkunde de Anno 118.

ap. Dmn. de Gudenus Syllog. I. var. Diplomatar. n. 14. p. 37.

wird derer zu dem anſehnlichen **Lorſcher Forſt** gehörigen Wildhuben folgender maſſen gedacht:

Hartliebus, filius Symonis vendidit XXV. marcis & perna unam *Wilthubam* & unam cenſualem.

Und in einer andern de Anno 1222.

ap. Eundem n. 51. p. 125.

Ille manſus, quem preterea habent predicti fratres & vocatur *Wilthuobe* nichil nobis ſolvit, nec ad nos pertinet:

In der Bekräfftigung Caroli IV. de Anno 1358.

ap. **Lünig Reichs-***Archiv Vol. XIV. p. 99.*

heiſſet es bey denen Nürnbergiſchen Reichs-Waldungen:

Quilibet etiam foreſtarius ſuper *manſo* ſuo *foreſtali*, qui vulgariter **Forſthub** nuncupatur, tenebitur reſidere.

vid. Buri **Erläuterung des Lehen-Rechts** *p. 1288. ſeqq.*

Gleichergeſtalt waren in dem Bezirck des Wildbanns zur Drey-Eichen hin und wieder gewiſſe beſondere **Wildhuben**, von welchen folgende Nahmen in dem Drey-Eicher Wildbanns Weißthum aufgezeichnet ſind: „Item Meersfelden, item Merfelden, item Nuheym, item Triebur, item Steden, item Kelſterbach, item Schweinheym, item Grießheim, item Bockenheim, item Vilwille, item Riedern, item Offenbach, item Byeberauwe, item Schonfeldt, item Gugisheim, item Rodauwe, item Stockſtadt, item Schayffheym, item Franckfurt, item Langen, item Langen, item Dippurg, item Klein Zymern da ſind zwae Huben odir drie, item Clingen, item Ober-Auwe, item Dilßhoffen, item Obir-Ramſtat, item Dreiſe, item Worffelden, item Arheyligen, item Darmſtadt, item Pungſtadt.„ Dieſe Wildhuben hatten die Forſt-Hübener inne, trugen ſolche von dem Vogt zu Lehen, und muſten auch zu dem Ende bey jedesmahligem Sterb-Fall entweder des Vogts oder des Forſt-Hübeners in dem Städtgen Hayn zur Drey-Eichen auf der Schloß-Brücken bey dem Spilhauß in Beyſeyn derer Wild-Förſter und etlicher Forſt-Hübener ſie von neuem zu Lehen empfangen, wie ſolches alles nicht allein die in einer alten um die Mitte des ſechzehenden Jahrhunderts geſchriebenen glaubwürdigen Sammlung unterſchiedener Urkunden über dem Wildbann zur Drey-Eichen befindliche *ſub No. 5.* beyliegende **Ordnung und Formleihung der Wiltthuben** ꝛc. in mehrerm beſaget, ſondern über das noch umſtändlicher aus denen alten Drey-Eicher Wild-Büchern und Wildbanns-Protocollen mit leichter Mühe gezeiget werden kan. Denn daß nach voran-

angeführter Ordnung und Formleihung der Wildhuben dieſe Forſt-Hübener, wenn ſich ein Sterb-Fall bey ihnen ereignete, durchgehends in dem gantzen Wildbanns-Bezirck ihre Wildhuben, ohne Unterſcheid, ſie mochten gelegen ſeyn unter welcher Herrſchafft ſie wolten, annoch biß in die ſpäteſte Zeiten von der Wildbanns-Herrſchafft zur Drey-Eichen in den Hayn auf der Schloß-Brücken empfangen, und ſich darein ſetzen und wehren laſſen, auch ihr Recht davon entrichten müſſen, das zeiget beyliegender Auszug Wild-Buchs *ſub No. 6.* gantz klar und deutlich. Krafft deſſen Anno 1456. 1471. 1478. die Wildhuben zu **Dielshoffen**, **Königſteden**, **Langen**, **Filwel**, **Ober-Clyngen** und **Stockſtadt** nach vorberührten alten Ordnung und Form ordentlich und gewöhnlicher maſſen verliehen worden. Daß aber auch bey erfolgtem Abſterben der Wildbanns Herrſchafft von deren Nachfolgern die Forſt-Hübener ihre Wildhuben von neuem empfangen und die Erneuerung der vorigen Verleihung ſuchen müſſen, das zeiget der *ſub No. 7.* anliegende Auszug Wildbanns-Protocolls de Anno 1511. ſo in vorerwehntem alten Urkunden-Buch ebenfalls befindlich iſt, in mehrerem und mit allen Umſtänden. Sintemahl beſag deſſelben nach Abſterben Graffen Ludwigs zu Yſenburg Anno 1511. die Wildhuben zu Vechenheim, Vilbel, Mersheim, Kelſterbach, Langen, Bieberauw, Tribur, Niederroda, Gügesheim, Bockenheim, Stockſtadt am Mayn, Sachſenhauſen, Riddern obwendig Franckfurt, Mersfeldt, Königſteden, Schweinheim, Grießheim und Nieddern Elingen unter Ortzberg gelegen, Nahmens Herrn Philippſen Diethers und Johanns Graffen zu Yſenburg an die Wildhübener verliehen, wegen derer übrigen aber Unterſuchung angeſtellet worden.

§. XII. **Vornehmlich aber** und vor allen Dingen

iſt dieſer Reichs- und Königs-Forſt zur Drey-Eichen nach dem Zuſtand derer damahligen Zeiten, da man noch überall beſondere Gerichte hatte, von alten Zeiten her ebenfalls mit einem abſonderlichen Forſt- oder Wildbanns-Gericht verſehen geweſen, welches alle Jahr in dem May, insgemein 14. Tage nach Walpurgis in dem Flecken **Langen**, vor der daſigen Kirche gehalten werden muſte, und deswegen, weil man es im May hielte, **May-Ding**, **May-Geding**, **Mayſchen-Dinge**, oder auch **May-Gericht** in denen alten Nachrichten genennet wird. Dieſes May-Geding wurde alle Jahr von dem Forſtmeiſter zur Drey-Eichen vierzehen Nächte vorher durch alle Wildhuben ordentlich verkündet, und auf den verkündeten Tag muſte der **Fauth** oder Vogt von Müntzenberg, und der Reichs-Schultheiß von Franckfurt, von des Heil. Reichs wegen, zu Langen in Perſon erſcheinen, und dieſes **May-Geding** mit dem Forſtmeiſter und Forſthübnern ordentlich beſitzen, wovon in offterwehntem Drey-Eicher Wildbanns-Weißthum folgende Erwehnung geſchiehet: **Auch deylent ſye wan eyn Faut von Mintzenberg eynes in dem Jare in dem Meye will eyn Gerichte han ſo ſall iß eyn Forſtmeiſter vierzehen Nacht vor verkunden in dem Meye-Rugen des uff die Wildhube zu Mersfelden und zu Diepurg die ſollent ſye vorwerter verkünden alſo lange biß inn dem Hübener gentzlichen verkondiget wird als Recht iſt, und off den Tag ſall ein Faut von Mintzenberg und ein Schultheiß von Franckfurt komen zu Langen und welcher da nit queme under den zweyen ſo weren die Hübner den andern nit ſchuldig eynig Recht zu ſprechen** ꝛc.

Nach eingenommenem Sitz muſte der Forſtmeiſter dieſes May-Ding oder May-Gericht ordentlich heegen, und

zwar

zwar im Nahmen des Reichs, eines Vogts von Mintzen- berg, des Forſtmeiſters und derer Forſt-Hübener, ſodann wurde von denen Forſt-Hübnern auf ihren geleiſteten Eyd alles dasjenige vor- und angebracht, was dem Wildbann ſchädlich und unrath war, wie ſolches eben dieſer Wild- banns-Weißthum mit folgenden Worten beſchreibet: **und heget eyn Forſtmeiſter das Mey-Gericht von des Richs wegen und von eynes Fautß wegen zu Myntzenberg, und von eynes Forſtmeiſters und Hobener wegen, und wan das geheeget wirt, ſo gibt eyn Forſtmeiſter den Hobenern uff den Eyd das ſye ußgeen und vor und jnbrengen alles das, das da Rockbar und ſchedelich und unrait were dem Wiltbann nach lude der Rollenden Wilt- bannde berorende wie das von Alther herkom- men iſt.** Es haben auch die Römiſche Kayſer und Kö- nige die beſtändige unverrückte Fort- und Auffrechthaltung dieſes May-Gedings je und allewege vor das vornehmſte Mittel, wodurch die hergebrachte Oberherrlich- und Ge- rechtigkeiten ſothanen Reichs- und Königs-Forſts zur Drey-Eichen vermittelſt jedesmahliger offentlicher und Gerichtlicher Weiſung in ununterbrochenem friſchem An- dencken erhalten, und allem Unrath und Eingriffen in die- ſen Wildbann alljährlich in Zeiten vorgebogen und geweh- ret, mithin derſelbe beſtändighin rein und ſauber gehalten werden könne, um ſo mehr mit angeſehen, als vor dieſem May-Geding nicht die Wildbanns-Verbrechen allein, ſon- dern auch alle übrige den Wildbann betreffende Irrungen geſchlichtet, ja ſo gar, wann die benachbahrte Reichs- Stände einigen Zuſpruch daran machen wolten, ſolches auf dieſes May-Gedings und der Forſt-Hübner Erkannt- niß geſtellet wurde. Um ſolches nur mit etlichen Exem- peln zu erläuteren, ſo haben nach Abſterben derer alten

Herren von Müntzenberg, die Graffen von Catzenellenbogen auf dieſes May-Geding, unter dem Vorwand, ob rühre ſolches von ihnen zu Lehen, Anſpruch gemacht, auch, obwohlen ihnen ſolches von Godefrido de Biegen, als erkießten Obmann nach der Anlage *ſub No. 8.* Anno 1259. abgeſprochen worden, dennoch mit denen Graffen von Falckenſtein noch eine geraume Zeit wegen der Jagt in dieſem Wildbann Irrungen gehabt, welche ihnen aber ebenfalls Anno 1265. durch die erwehlte Schieds-Richter Graffen Henrichen von Weilnau, Reinharden von Hanau, Conraden, Reichs-Schultheiſſen zu Franckfurt, und Wolffra-men, geweſſenen Schultheiſſen daſelbſten, ab- und weiter nichts daran zugeſprochen worden, als was ihnen deswegen an dem May-Geding zu Langen zuerkannt werden würde, allermaſſen die Worte des darüber abgefaßten und *ſub No. 9.* hier anliegenden Entſcheides alſo lauten: Predicti arbitri ſub fide & juramento preſtito arbitrando pronunciarunt, ſe taliter inveſtigaſſe, quod antedicti Comites (ſcilicet de Katzenelenbogen) Progenitores & Anteceſſores eorum in memorata ſilva nullum venandi penitus jus haberent, *NB. niſi hoc ſolum, ſi quod eis in Curia Langena, ubi ſententionatus de jure ſilvæ per ſententiam adjudicatur*, & quod in antedicta ſilva venari de cetero non deberent. Teſtes hujus rei ſunt Gotfridus ſenior de Eppenſtein &c. Nichtweniger als in der Mitte des XVten Jahrhunderts unterſchiedene Irrungen zwiſchen Hanau an einem und Yſenburg und dem von Cronberg am andern Theil obwalteten, und insbeſondere auch ein und das andere, ſo dieſen Wildbann in der Drey-Eich betraff, dabey mit vorkam, ſo haben die erwehlte Schiedes-Richter die ſtreitende Partheyen mit dieſen Klagen an das May-Geding verwieſen, wie der Ausſpruch de Anno 1451. welcher bey

Kopp in denen auserleſenen Proben des teutſchen Lehen-Rechts *pag. 93.*

zu

zu leſen, ausweiſet, welcher alſo lautet: „Hierauf ſprechen Wir obgenannten, Ich Wentzel von Eleen, Ich Dietherich Specht, und Ich Henn von Buches eintrechtiglich zu rechte, dieweil Wir in Anſprach der Edeln Wolgeborenen Herrn Reinhart und Juncker Philips von Hanau Geprueder, vnnd inn Antwortt des Edeln Wolgeborn Junckern Diethers von Yſenburgk, und des Veſten Francken vonn Cronbergks des Altenn, verſtehen, daß Sie ſich von beiden Theiln, uff das **Meyding vor die Hubener** ziehenn, und Ihnen daran auch woll genuge, **und der Wildpand vom Ryche zun Lehen roret**, vndt **die Hubener vonn eins Heiligen Romiſchen Rychs wegen da ſitzendt**, daß Sie dann **ſolche Geſpenn** nach Lute des Anlaſſes, **Anſprach und Antwortt billich vor den Hubenern an dem neheſten Meyding zur Ußtrag kommen ſollendt**, was dan vonn den Hubenern erkant wirtt, daß es dann billich dabei pleibe, vnnd daß auch vnſer gnediger Juncker Dieter von Iſenburgk vnd Franck von Cronberg beſtellen, daß ſolch **Meyding verbottet** und gehalten werde. Vnndt Wir obgenanntten Wentzel von Eleen, Dietherich Specht und Henn von Buches, ſprechen uff unſer Aide, die Wir alle vnſeren Herren gethann hann, nachdem Wir vnß des rechtene ahnn viell Erbarnn wyſen Leůthenn erlernnt und erfahrenn hann, daß Wir zue dieſer Zeit beſſeres Rechttens nitt verſtehenn vnnd ůbergebenn dieſenn vnſernn Recht-Spruch beiden Partheien mit vnſerenn vfgetrucktenn Ingeſiegeln. Anno Dni M CCCC LI. ſecunda feria poſt feſtum Palmarum.„ Die Rőmiſche Kayſer haben zu dem Ende und damit die beſtåndige Forthaltung dieſes **May-Gedings** niemahlen unterbleiben mőge, nicht nur dem Vogt, wann er etwa Leibes-Schwachheit oder anderer Verhinderungen halben das May-Gericht perſőhnlich nicht beſitzen kőnnen,

 un-

unterweilen befreyet und erlaubet, daß er an ſeine Statt ſeinen Forſtmeiſter, oder ſonſt einen Ritter und **unverſprochenen Mann** an das May-Gericht ſetzen und ſolches halten laſſen möge, ſondern auch, und wann etwa die Stadt Franckfurt mit Abſchickung des Schultheiſſen ſaumhafftig geweſen, und dadurch veranlaſſet hat, daß das May-Geding nicht gehalten werden können, deswegen ſcharffe und nachdrückliche Schreiben und Befehle an gedachte Reichs-Stadt Franckfurt abgehen laſſen. Dann alſo hat Anno 1397. Kayſer Wenzeslaus Graff Philippſen von Falckenſtein, als damahligen Reichs-Vogt über dieſen Wildbann, die beſondere Gnade gethan, und in der *ſub No. 10.* hier anliegenden Urkunde, daß er an ſeine Statt ſeinen Forſtmeiſter, oder ſonſt einen Ritter und unverſprochenen Mann an das May-Geding ſetzen möge, erlaubet, und ſich unter anderen folgender Urſachen bedienet: **Datz Wir habin angeſehin merglichen Gebrechen, den vnſer und des Heiljgen Riches Forſt yn der Dry-Eyche vmb Franckford gelegen emphehet ſunderlichin darumb daß der Edel Philipps Graffe zu Falckenſtein und Here zu Minzenberg vnßer und des Ryches lieber Getruwer zu Ziten mit ſym eygen Libe von gruſſer vnmuße und noitdorftigen Sachen wegen datz Mey-Gedinge und Gerichte, datz man pfleget alle Jare vor der Kirchen zu Langen yn virtzin Tagen noch Sente Walpurgen Tage zu beſitzen, by demſelben Gerichte nicht geinwertig ſin mag, datz zu beſitzen als datz gewonlich geweſen iſt, datz habin Wir mit wolbedachten Mute Rat und rechten Wiſſen dafortten datz vnßer und des Heiligen Riches Forſt deſterbaß verſehen werde, dem egenanten Graffe Philips dieſe beſondir Gnade gethan**

⸗ ⸗ ⸗ datz

. . . datz er danne ſynen Forſtmeiſter odir eynen Ritter und unverſprochen Mann an ſyne ſtat ſetzen moge ꝛc. Gleichergeſtalten hat Anno 1417. Kayſer Sigismund Ertz-Biſchoffen Wernern zu Trier, als letzten Graffen von Falckenſtein, von der perſönlichen Beſitzung dieſes May-Gedings befreyet, und ihm erlaubet, daß er an ſeine Statt einen redlichen Ritter an daſſelbe bey den Schultheiſſen von Franckfurt ſetzen möge, dergeſtalten jedoch, daß dieſe Begnadigung zu keiner Folge gereichen, ſondern nach Abgang des alten Falckenſteiniſchen Mann-Stammes, derjenige, welcher alsdann Vogt zu Müntzenberg ſeyn würde, das May-Geding wiederum perſönlich beſitzen ſolte, wie es von Alters herkommen iſt: Er ließ deßwegen auch ein beſonderes Schreiben an die Stadt Franckfurt abgehen, welches in denen Anno 1614. zum Druck gegebenen.

Privileg. Francofurtenſ. part. 1. p. 264. und *265.*

befindlich und auch unten bey der **Dritten Frage** *III.* **Yſenb. Grund.** *lit. a.* vorkommet und daſelbſt *ſub No. 143.* angezogen worden. Und als deſſen ohngeacht die Stadt Franckfurt nichts deſtoweniger mit Abſchickung ihres Schultheiſſen an dieſes Maygeding ſaumhafftig erfunden wurde, und dadurch veranlaſſete, daß daſſelbe eine Zeitlang nicht gehalten werden konte, ſo ließ Kayſer Sigismund Anno 1425. das unten cit. loc. ebenfalls *ſub No. 146.* angefügte nachdrückliche Schreiben an beſagte Stadt Franckfurt ergehen:

§. XIII. **Gleichwie** aber die bey dieſem **May-Geding** von alten Zeiten wohlhergebrachte Herrlichkeiten, Rechte und Gerechtigkeiten, entweder durch die Länge der Zeit oder ſonſtige Veränderungs-Fälle, gar leichtlich hätten verlohren gehen, oder aus dem Gedächtniß kommen können; alſo muſten die Forſt-Hübener nicht

nur,

nur, ſo offt es an ſie begehret wurde, vor ordentlich geheegtem Gericht des Wild-Bannes zur Drey-Eichen hergebrachte Vorzüge Herrlich- und Gerechtigkeiten, offentlich weiſen und theilen, mithin von dem von Alters und ihren Vorfahren her, auf ſie gebrachten unfürdencklichen Herkommen ſolchergeſtalten ein öffentlich Gerichtlich und Pflichtmäßiges Zeugnüß abſtatten, ſondern Kayſer Ludovicus Bavarus, welcher nach Ausweiß der oben *ſub No. 4.* beygelegten Urkunde de Anno 1317. vor die unverletzte Erhaltung dieſes Reichs- und Königs-Forſtes zur Drey-Eichen eine gantz beſondere Sorgfalt truge, ließ über das noch Anno 1338. in ſeiner ſelbſteigenen Gegenwart dieſes kayſerlichen Wildbannes hergebrachte unfürdenckliche Herkommen und Herrlichkeiten bey dem **May-Geding** durch die Forſt-Hübener umſtändlich weiſen und theilen, und ihre Auſſage, zur künfftigen beſtändigen Nachricht ſchrifftlich aufzeichnen, allermaſſen er ſolches ſelbſten zu Anfang dieſes Drey-Eicher Wildbanns-Weißthums mit dieſen Worten bezeuget: **Wir *Ludewicus* Römiſcher Kayſer** ꝛc. **bekennen Uns offintlichen das Wir ſaſſen an dem Tage uff vnſers HErren Uffart da man zalte nach Godes Gebort drutzehen hundert Jare in dem achten und drißigſten Jare vnd verhorten von den Hubenern als ſye über den Wiltpanne tzu der Dry-Eiche geſchworen han das ſye deylten off den Eyd wo der Wiltpanne uß und ane geet** ꝛc. Und dieſes war den damahligen Reichs-Herkommen überhaupt und allerdings gantz gemäß, dann ſo lange man von denen heutigen ſogenannten Hoff-Gerichten-Cantzeleyen, Regierungen, Geheimen Raths-Stuben und dergleichen beſtändig angeordneten groſſen Collegien, welche, wie

Hert.

Hert. de Conſultat. leg. & Jud. in Sp. R. G. J. Rebusp. §. 2. Vol. I. Tom. II. p. 285. Edit. Nov.

gar wohl anmercket, auch bey denen vornehmſten Chur- und Fürſtlichen Höfen allererſt im XVIten Jahrhundert angeordnet worden, noch nichts wuſte, ſo lang waren die beſondern Gerichte überall im Reich berühmt und angeſehen, und mit ihren beſonderen Beyſitzern, als bey denen Lehen-Gerichten mit denen Mannen und Vaſallen, bey denen Cent-Land und anderen dergleichen Gerichten mit denen Schöffen, bey denen Landſiedel-Gerichten mit denen Landſiedelern, dey denen Erbzinß- und Hub-Gerichten mit denen Hübenern, bey denen Forſt-Gerichten mit denen Förſteren oder Forſt-Hübenern, und ſo fortan, ordentlich verſehen, welche damahlen in groſſem Anſehen waren, und nicht allein über die bey denen Gerichten vorgekommene Frevel und Verbrechen Recht ſprachen, ſondern auch, wann zwiſchen denen Gerichts-Herren, oder anderen, über die zu dem Gericht gehörige Rechte und Gerechtigkeiten Irrung und Streit entſtunde, oder ſonſten des Gerichts Herkommen und Berechtſame zu wiſſen verlangt wurde, vor öffentlichem und ordentlich geheegtem Gericht, auf vorheriges Befragen, ſo wie ſie es durch ihre eigene Erfahrung und von ihrem Vorfahren, erlernet hatten, auch ihren geleiſteten Eyd und Gewiſſen ein öffentliches und Gerichtliches Zeugnüß abſtatten, und alſo des Gerichts, daran ſie ſaſſen unfürdenckliches Herkommen und Herrlichkeit ordentlich weiſen und theilen muſten, welches entweder ſo gleich, wovon in dem

Wohlgegründeten Gegen-Bericht in Sachen Wertheim *contra* **Würtzburg** ꝛc. *part. 2. n. 38. 40. 41. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49.*

verſchiedene Exempel zu finden oder auf vorhero genommenen

menen Abtritt und Berathſchlagung geſchahe, wovon in

Chron. Limpurg. §. *131. 132. 133. 134. 135. 136. p. 74. ſeqq.*

eine umſtändliche Beſchreibung anzutreffen, welche allein mit vielen in diſſeitigem Archiv vorhandenen Weiſsthümeren beſtärcket werden könte, wo nicht ſchon unzehlig viele dergleichen in offenem Druck vorhanden und unter anderen in der

Beſchreibung der Hanau-Müntzenbergiſchen Landes Beylagen *Num. 65. 71. 98. 102.*

verſchiedene befindlich wären, aus welchen inſonderheit der *ſub No. 98.* der Art und Weiſe folgender maſſen erwehnet: **Und als das Gericht daſelbſt durch den obgenannten Schultheſen recht und redlichen nach Gewohnheit deſſelben Gerichts geheget was, fragete derſelbe Maſter Hermann Roſenberg obgenannt, das Gericht, und hieß den obgenannten Schultheſen, daß er die Scheffen fragte, und ſie hieß wiſen die Herrlichkeit, Freyheit, Privilegien und Rechten, die der obgenannt Stifft-und Herren zu unſer lieben Frawen obgenannt, han und haben ſallen in Dorff und Marck zu Nyede obgenannt, als dann von Alter here uff ſie kommen were, und als die Scheffen alſo gefraget wurden, baten ſie Laub, ſich darauff zu beraden, und gingen uß, und berieten ſich, und quamen wieder inne und ſprachen** *rc.* Und auf eben dieſes Aus- und Eingehen zielet auch der Drey-Eicher Wildbanns-Weißthum in denen oben bereits ausgezogenen Worten: **Vnd wann das geheget wirt ſo gibt eyn Forſtmeiſter den Hübenern uff den Eydt das ſye ußgeen und vor und jnnbringen** *rc.* Sothane derer Schöffen oder ſonſtigen Beyſitzer

ſitzer bey dergleichen beſonderen Gerichten offentlich und Gerichtlich abgeſtattetes Zeugnüß und Weiſung wurde nun unterweilen, und wann es verlangt wurde, entweder von etlichen Rittern, oder Notario und Zeugen, oder auch wohl anderen glaubwürdigen Perſonen, zur künfftigen Nachricht, ſchrifftlich aufgezeichnet, und von dem Wort weiſen, **Weißthum** genennet, daher auch das alte Teutſche Sprichwort entſtanden: **Der Schöffe weiſet zu Recht** ꝛc. wovon

Hert. de Epidipnid. paroem. ſur. Germ. paroem. 39. §. 1. Vol. 2. Opuſc. Tom. 3. pag. 479.

ſehr wohl erinnert: Magna olim Scabinorum, qui Judiciis aſſidebant, erat auctoritas, & quod de Jure reſpondebant, velut oraculum celebrabatur. Hinc eorum pronuntiationes ſive reſponſa de Jure præſertim non ſcripto edita, quæ Weißthum dicuntur adhuc hodie magni æſtimantur. Ja es wird eben um deßwillen, und weilen die Schöffen und Beyſitzer an ſolchen beſonderen Gerichten von der bey ihrem Gericht hergebrachten Gewohnheit, Recht und Gerechtigkeit, nothwendig die beſte Nachricht hatten, und ihre Auſſage auf den geleiſteten Eyd und offentlich vor geheegtem Gericht abſtatten, biß auf den heutigen Tag noch an denen höchſten Reichs-Gerichten und ſonſten überall in Praxi, gar ſehr geſehen, und nach der einmüthigen Lehre derer bewehrteſten Practicorum denenſelben ein vollkommener Glaube und Beweiß alles deſſen, was in dem **Weißthum** enthalten, beygeleget und darauf geſprochen, wie zu ſehen in causa **Ingelheim** contra **Chur-Pfaltz** bey

Meichsner. Deciſ. Cam. Tom. 2. Lib. 2. Deciſ. 4. n. 62. ſeqq. p. 244. ſeqq.

desgleichen in causa **Landau** contra **Chur-Pfaltz** bey

Klock Vol. 1. Conſil. 29. n. 764.

und cauſa **Worms** contra **Naſſau-Saarbrücken**, bey

Klock. Vol. 1. Conſil. 42. n. 1. & 2.

Dieſemnach muß gegenwärtigem **Drey-Eicher Wildbanns-Weißthum** um ſo mehr ein völliger Glaube und Beweiß beygemeſſen werden, weil darinnen dieſes Reichs- und Königs-Forſts hergebrachte unfürdenckliche Herkommen in des Kayſers allerhöchſten persönlichen Gegenwart ſelbſten durch die Forſt-Hübener öffentlich gewieſen und auf ihren geleiſteten Eyd bezeuget worden. Damit auch dieſer Wildbanns-Weißthum, wann ſchon das Original mit der Zeit durch Brand-Schaden, Waſſer-Fluthen, dergleichen ſonderlich das Yſenburgiſche Archiv und Gewölb zu Büdingen in dem XVIten Jahrhundert leyder! erlitten, oder andere Unglücks-Fälle verlohren gienge, dennoch auf die Nachwelt erhalten werden möchte; ſo ließ Graff **Ludwig zu Yſenburg** mit und nebſt allen übrigen zur Graffſchafft **Yſenburg-Büdingen** gehörigen Brieffſchafften, auch dieſen Weißthum Anno 1464. in ein groſſes auf lauter Pergament-Blätter rein und ſauber geſchriebenes Urkunden-Buch, ſo biß auf dieſe Stunde noch gantz vollkommen unverſehrt vorhanden und insgemein das **Rothe Buch** genennet wird, mit einverleiben, woraus Anno 1541. Graff Philipps zu Solms das im Original vorhandene und hier *ſub No. 11.* angefügte Vidimus und Tranſumpt Wildbanns-Weißthum zur Drey-Eichen genommen, und worüber die Herren Graffen zu Yſenburg nachhero, zu allem Uberfluß, und weil in ihren von Fällen zu Fällen noch beſonders erhaltenden Reichs-Lehen-Brieffen dieſes Wildbannes nur gemeine Meldung geſchiehet, und einige benachbahrte Reichs-Stände daher Anlaß nehmen wollen, in den Wildbann einzugreiffen, noch verſchiedene

kayſer-

kayſerliche Bekräfftigungen, nemlich von Carolo V. Anno 1541. von Maximiliano II. Anno 1566. und von Rudolpho II. Anno 1597. nach denen Anlagen *ſub Nris 12. 13.* und *14.* dahin ausgewürcket und erlanget haben, daß dieſes Vidimus und Tranſumpt und die darinnen enthaltene vor Kayſer Ludovico Bavaro geſchehene Bekanntniß und Weißthum derer Forſt-Hübener alles Inhalts kräfftig ſeyn und bleiben, und Sie die Herren Graffen von Yſenburg von niemand bey Vermeidung zwantzig Marck löthigen Goldes daran, und ſo viel ſie davon des Gebrauchs und Beſitzes rechtlichen nicht entſetzet ſeyen, bedränget und beeinträchtiget werden ſollen: Wie dann auch in Sachen Hanau contra Chur-Mayntz das Jagen im Abts-Wald ohnfern Seligenſtatt betreffend Anno 1568 von einem Hochpreißlichen Kayſerlichen und des Reichs-Cammer-Gericht definitive darauff mit geſprochen und dieſes Vidimus oder Tranſumpt Drey-Eicher Wildbanns-Weißthums vor authentiſch Gerichtlich erkannt und demſelben vollkommener Glaube zugeeignet worden, allermaſſen der damalige Correferens apud

Meichsner. Deciſ. Cam. Tom. 3. Deciſ. 3. n. 24. p. m. 42. & 43. & Gylmann. Symphorem. Tom. 2. part. 1. vot. 23. n. 61. & 62.

ſich hierbey unter anderen folgender Rationum decidendi bedienet hat:

Sed quia non originale, ſed tantum Tranſumptum coram Commiſſario editum eſt, dubitari poſſet, utrum dictum Tranſumptum fidem faciat contra tertium non citatum ad videndum tranſumi? Regulariter enim exemplum non probat ſine originali, niſi pars adverſa legitime citata ſit, quam negotium concernit - - Hac tamen dubitandi ratione non obſtante, putarem exemplum in noſtra hypotheſi, & quantum ad colorandum poſſeſſorium

um attinet, fidem, facere *Primo* propter excellentiam perſonæ ejus, qui exemplum conſcribi curavit, puta Comimitis Philippi a Solms - - *Secundo* propter Sigillum Comitis Tranſumpto appenſum, quod tanquam authenticum robur & authoritatem præſtat Scripturæ - - - *Tertio* propter Majeſtatem Imperatoriam Caroli V. qui in confirmatione noſtri Tranſumpti, quod coram Commiſſario exhibitum eſt, mentionem facit, & fidem adhibet, & confeſſionem atque Judicium Imperatoris Ludovici confirmat. Imo publicam authoritatem dicto Tranſumpto tribuit, ut in confirmatione videre eſt. Si igitur Imperator fidem habuit huic exemplo, & ex plenitudine poteſtatis & certa ſcientia in formam publicam redigit, certe nec nos de fide ejus dubitare debemus.

§. XIV. **Endlich ſo iſt** auch dieſer **Reichs- und Königs-Forſt zur Drey-Eichen** von alten Zeiten her mit beſonderen **Wild-Gefällen** verſehen worden; dann gleichwie die Natur und Eigenſchafft des auf die Reichs-und Königs-Forſte gelegten königlichen Bannes unter anderen mit darinnen beſtunde, daß niemand ohne Verwilligung des Wildbanns-Herrn, oder wer es ſonſt zu erlauben hatte, das Wild in dem Wildbann mit jagen, oder ſonſt auf einigerley Weiſe ſtöhren und beunruhigen dorffte, worunter bekannter maſſen auch das Eintreiben mit denen Viehe-Heerden vornehmlich mit gehörete, alſo ergiebt ſich darus von ſelbſten, daß diejenige, welche aus dieſen gebannten Forſten dergleichen Nutzen ziehen, und ſonderlich ihr Viehe, als wodurch das Wild über das noch an der Atzung Abbruch leidet, hienein treiben wolten, dieſe Erlaubnuß zuforderſt auswürcken, und deßwegen jährlich etwas gewiſſes, welches entweder in Geld oder gemeiniglich in Haffer beſtunde, zahlen und liefferen muſten. Schon unter denen Frän-

ckiſchen Königen und Kayſeren muſten nicht allein die-jenige, welche ihre Schweine in die königliche Forſte in die Maſt treiben wolten, den Zehenten davor an die Herrſchafft entrichten, ſondern es waren auch noch mehrere Abgifften, welche vor den Gebrauch dieſer Forſten bezahlet werden muſten, gewöhnlich. Wie ſolches aus dem

Capitulari Caroli Magni de Villis c. 36.

erhellet: Ut ſilvæ vel foreſtes noſtræ bene ſint cuſtoditæ; & ubi locus fuerit ad ſtirpandum, ſtirpare faciant - - & feramina noſtra intra foreſtes bene cuſtodiant. Similiter accipitres & ſpervarios ad noſtrum profectum provideant; & cenſa noſtra exinde diligenter exactent. Et Judices *ſi* eorum *porcos ad ſaginandum in ſilvam noſtram miſerint*, vel majores noſtri, aut homines illorum, ipſi primi illam *decimam donent* ad exemplum bonum perferendum, qualiter poſtmodum ceteri homines illorum decimam pleniter perſolvant. Weßwegen auch auſſer dem Wildpret annoch beſondere Einkünffte von denen Forſten in Rechnung gebracht werden muſten, wie zu ſchlieſſen aus eben dieſem Capitulari

Cap. 62. Ut unusquisque Judex per ſingulos annos ex omni conlaboratione noſtra quid de bobus - - quid de cenſis - - *quid de feraminibus in foreſtis noſtris permiſſo captis*, quid de diverſis compoſitionibus, quid de molinis *quid de foreſtibus* habuerint, omnia ſepoſita diſtincta & ordinata ad nativitatem Domini nobis notum faciant. In denen mittlern Zeiten ſind dieſe Abgifften Foreſtagia oder Foreſtaria genennet worden, wovon

Car. du Freſne Gloſſar. voc. foreſtagium tom. 2. p. 488.

folgende Beſchreibung giebt: *Foreſtagium*, jus utendi foreſta, vel ipſa præſtatio pro jure utendi foreſta. Er führet

ret deswegen auch verſchiedene Exempel an, und füget ins beſondere

ſub voc. Foreſtaria cit. pag. 488.

nachſtehende Chartam de Anno 1264. noch mit bey: Aſſerebat habere debere in Pleſſeia & Laeya, & aliis nemoribus uſuagium ſuum, tam ratione *Foreſtariæ* ſeu *Foreſtarii*, quod idem Guillelmus habebat in foreſta & nemoribus Nobilis Viri Petri Tornemine, quam pro ratione ſucceſſionis Gaufridi dicti Herſard, patris videlicet, ad portandum de lignis ad ſua ædificia conſtruenda, & reparanda, & *NB. ad paſcendum porcos ſuos cæteraque animalia ſua* in eisdem Pleſſeia & Laeya.

Nachdeme nun inſonderheit bey dem Wildbann zur Drey-Eichen das Eintreiben mit denen Vieh-Heerden von alten Zeiten her ebenfalls nicht erlaubt: ſondern nach Ausweiß des Wildbanns-Weißthums und deſſen Worten: **Auch ſo ſall eyn gemeyner Hirte nit ferner faren mit ſynen Schaffen und Ziegen in den Walt, dann er mit ſynem Stabe geworffen mag, und ſall allezyt davor ſteen und werende ſie heruß** ꝛc. ausdrücklich verbotten geweſen. So muſten auch alle in dieſes Wildbanns-Bezirck gelegene Gemeinden, Dorffſchafften und Höfe, vor die Erlaubniß mit ihrem Viehe in den Wald zu treiben, jährlich gewiſſe Wild-Gefälle an das Forſt-Amt zur Drey-Eichen entrichten, welche meiſtentheils in Hafer beſtunden, und zum Theil dem Kayſer, zum Theil dem Vogt von Müntzenberg gehörten, wovon erſtgemeldter Wildbanns-Weißthum abermahlen folgendes meldet: **Auch deylent ſye unß den Habern der dem Keyſer vnde dem Faude von Mintzenberg gefellet, das man den weren ſall zu Langen mit Dipurger Burgmaß gehufft.** Den Kayſerlichen Antheil an

dieſem

dieſem **Wild-Hafern** haben die alten Herren von **Breuberg** eine Zeitlang, als ein Reichs-Lehen inge-habt, inmaſſen deſſen Kayſer Ludovicus Bavarus in der Anno 1317. an Herrn Eberharden von Breuberg ertheil-ten, und in

Joannis Spicileg. 1. tabular. literarumque veter. Diplomatar. Breuberg. n. 23. pag. 410. 411.

befindlichen Urkunde nachfolgende Erwehnung thut: Conſenſum noſtrum & aſſenſum impertimur benivolum & expreſſum, quod idem Ebirhardus ſuper bonis inferius annotatis, videlicet - - parte ſua judicii in Cuppern, *inſtercio facto in Mogo prope Franckinfurt*, judicio villarum Berge & Rod, aula regia in Franckinfurt & agris extra muros ibidem qui dicuntur Buhinde ſeptuaginta octalibus *avene foreſtarie*, *que ſingulis annis in villa dicta Langen miniſtrantur* - - Mechtildi de Waldecke, uxori ſue legitime, nomine dotis deputare, donare valeat - - Et ſuper hoc prefatas Mechtildim matrem, nec non Elizabeth & Luckardim filias, recepto prius ab eis & earum ſingulis oſculo, prout in talibus de jure & conſuetudine fieri conſuevit, de dote & donatione hujusmodi inveſtivimus, & auctoritate preſencium inveſtimus &c. Von dem Herrn von Breuberg iſt dieſer Kayſerliche Antheil am Wild-Hafern zur Drey-Eichen, wie zum theil aus ebengedachten

Joannis Spicileg. cit. Diplomat. Breuberg n. 33. pag. 428.

mit zu erſehen, durch Heurath an die Herren von Epp-ſtein gekommen, allermaſſen unter anderen **Gottfried Herr zu Eppſtein** viertzig Achtel davon nach der An-lage *ſub No. 15.* an Chriſtian Ganß von Büdingen Anno 1456. verſchrieben, welche aber Anno 1578. wieder ein-gelöſet, und alſo die ſämtliche Wildbanns-Gefälle, wel-

che ſo wohl dem Kayſer, als dem Vogt, beſag Wildbanns-Weißthum gelieffert worden, auſſer was etwa der Wildhabern, welchen die Stadt Franckfurt von denen Gemeinden zu Schwanheim und Kelſterbach jährlich empfänget, annoch ſeyn möchte, wovon unten bey der **Sechſten Frage** gehandelt werden wird, nach und nach hinwiederum zuſammen gebracht und ſolchergeſtalten erhalten worden, wie dann auch dieſe in Geld, Hafern und anderen Abgifften beſtehende Wildbanns-Gefälle, durch den gantzen Drey-Eicher Wildbanns-Bezirck, ſo wie derſelbe in dem Weißthum beſchrieben wird, von denen darinnen befindlichen Höfen, Gemeinden und Dorffſchafften, es mögen gleich dieſelbe in anderer benachbahrten Stände Gebiete gelegen ſeyn, oder gehören, wem ſie wollen, von undencklichen Zeiten her würcklich erhoben worden, und biß auf den heutigen Tag noch von denen beyden Wildbanns-Herrſchafften **Yſenburg** und **Hanau**, und deren Forſt-Bedienten noch alljährlich erhoben werden. Und obwohlen etliche wenige unter denenſelben theils durch die Länge der Zeit, theils auch vermittelſt des mit dem Hochfürſtlichen Hauß Heſſen-Darmſtatt unter Kayſerlicher allergnädigſter Genehmhaltung getroffenen Vergleichs, abgangen und ungiebig worden; ſo haben doch auch die Wildbanns-Herrſchafften dieſelbe hinwiederum mit anderen neuen Wild-Gefällen vermehret, geſtalten unter anderen die Löbl. Stadt Franckfurt am Mayn, als dieſelbe eine Schäfferey auf dem im Franckfurter Wald gelegenen **Ried-Hof** anlegen, die Wildbanns-Herrſchafften zur Drey-Eichen aber ohne vorherige von ihnen erlangte Vergünſtigung und Entrichtung eines jährlichen gewiſſen Wild-Geldes vor den Eintrieb dieſer Schaffe in den Franckfurter Wald, mithin in den Wildbann zur Drey-Eichen, ſolches nicht geſtat-

geſtatten wollen, und darüber verſchiedene Pfandungen und Proceſſe entſtanden, endlich dieſe Wildbanns-Berechtſame erkannt, und ſich Anno 1682. zu einem jährlichen gewiſſen Wild-Geld von Fünff Rthalr. wegen dieſer Schäfferey erboten und verglichen hat. Von welchem Vergleich unten bey der **Sechſten Frage** in mehrem wird gehandelt werden. Man könte die Erhebung dieſer Wild-Gefälle, und deren ununterbrochene Folge, aus denen gantz unverſehrt und originaliter annoch vorhandenen alten **Wild-Büchern** und unzehligen **Wildbanns-Rechnungen**, faſt von Abgang des Falckenſteiniſchen Manns-Stammes mithin von dreyhundert Jahren her, von Jahren zu Jahren ſo gleich beſtärcken, wo nicht die Erhebung ſothaner Wild-Gefälle noch alljährlich auf die dazu verordnete gebannte Tage und ſonſten aus dem oben beſchriebenen gantzen Wildbanns-Bezirck, in dem Städtgen Hayn zur Drey-Eichen, zu Langen, einem nunmehr Fürſtl. Heſſen-Darmſtättiſchen Flecken, zu Mühlheim, zu Seligenſtatt und zu Dieburg, alleſamt in dem Chur-Mayntziſchen, und ſonſten geſchähe, mithin ſolches Stadt-Dorff-und Landkündig wäre, einfolglich auch als ein Notorium keines weiteren Beweiſes bedarff. Um jedoch jedermännglich allen Zweiffel völlig zu benehmen, ſo will man nur eine von denen älteſten Wildbanns-Rechnungen de Anno 1451. und eine von dem jüngſten de Anno 1724. hier *ſub Nris 16. & 17.* um ſo mehr noch beylegen, je mehr daraus dieſes Reichs- und Königes-Forſtes zur Drey-Eichen wahre Beſchaffenheit auch Oberherrlich- und Gerechtigkeit, und was dieſerwegen in offterwehntem Drey-Eicher Wildbanns Weißthum von dem verbottenen Eintreiben mit dem Viehe, Fiſchen, Pfänden ꝛc. auffgezeichnet worden, eine umſtändliche Erläuterung bekommt, und gantz klährlich

vor Augen geleget wird, daß ſolches nicht allein in deſſen gantzen Bezirck, ſo wie derſelbe in beſagten Weißthum beſchrieben iſt, würcklich her- und in Ubung gebracht, ſondern auch die Erhebung ſothaner Wild-Gefälle biß auf den heutigen Tag in unverrücktem Beſitz erhalten und fortgeführet worden. Ubrigens haben dieſe Drey-Eicher Wildbanns-Gefälle ſamt und ſonders biß auf einige wenige ihre gewiſſe, geſetzte und gebannete Täge, an welchen die Erheb- und Entrichtung geſchehen muß, und werden theils gelieffert, theils von denen Wildbanns-Bereiteren ſelbſt erhoben: Die erſte Gattung derer Wild-Gefälle, welche gelieffert werden, hat wiederum zwey gebannte Täge und gewiſſe Orte, wann und wo die Liefferung geſchehen muß, nemlich auf Lamperti im Hayn zur Drey-Eichen, und auf Martini zu Langen, und beſtehen meiſtens in Hafern, ſodann auch in etwas Geld, Hünern, Capaunen, Zwiebeln, Käſen, ꝛc. welche die in dieſes Wildbanns-Bezirck gelegene Chur-Mayntziſche, Heſſen-Darmſtättiſche, Yſenburgiſche, Hanauiſche, Heuſenſtamm- nunc Schönborniſche, Stadt-Franckfurtiſche, Petersherriſche, Groſchlagiſche und andere Oerter, Höfe, Gemeinden und Dorffſchafften auf oberwehnte gebannte Täge, benahmentlich Lamperti im Hayn, und auf Martini zu Langen, dem unfürdencklichen Herkommen gemäß, und zwar ſo viel den Wild-Hafern betrifft, nach Ausweiß des Wildbanns-Weißthums und deſſen ſo eben ausgezogenen Worten, in Dieburger-Burg- oder ſogenannten Wild-Maaß, biß auf den heutigen Tag zu lieffern verbunden ſind, worüber der Yſenburgiſche Wildbanns-Bereiter, oder darzu verordnete Forſt-Bediente die Rechnung führet; die andere Gattung derer Wild-Gefälle, welche von denen Yſenburg- und Hanauiſchen Wild-Bereiteren ſelbſten erhoben

ben werden und meiſtentheils in Geld beſtehen, haben ebenfalls wiederum ihre beſondere gewiſſe und gebannte Täge und Orte, wann und wo dieſe Wild-Gefälle erhoben, und von denen in dieſes Wildbanns-Bezirck gelegenen Orten entrichtet werden müſſen, nemlich im May und auf Weynachten, weshalben dieſelbe auch **May- und Weynachts-Gefälle** genennet und von beyden dem Yſenburg- und Hanauiſchen Wildbanns-Bereiter gemeinſchafftlich erhoben und verrechnet werden. Bey Erhebung derer **May-Gefälle** reiten beyde Wildbanns-Bereiter auf den Sonntag nach Frohnleichnam, welches ein gebannter Tag iſt, aus, und kehren Morgends um 7. Uhr zu Mühlheim ein, allwo die zur Bieger-Marck gehörige Dorffſchafften ihr ſchuldiges Wild-Geld entrichten, Montags darauff zu Seligenſtatt, und empfangen daſelbſt von denen zur Stockſtätter und Auheimer Marck gehörigen Dorffſchafften das Wild-Geld, von dar Dienſtags darauff zu Dieburg, allwo die zur Bobenhäuſſer- oder Röder- und Dieburger Marck gehörige Gemeinden erſcheinen und ihr Wild-Geld bezahlen, und auf Weynachten wird es mit Erhebung derer Weynachts-Gefällen, jedoch nur zu Seligenſtatt und Dieburg auf den dritten Chriſt-Feyertag und darauff folgenden Mittwochen eben alſo gehalten. Von dieſer merckwürdigen Erhebung derer Drey-Eicher Wildbanns-Gefälle hat allbereits

Winckelmann. **Beſchreib. Heſſen-Land** *part. 2. cap. 4. p. 134.*

einige Erwehnung gethan, wann er ſchreibet: **Seligenſtatt . . drey Meilen von Franckfurt am Mayn . . Vor Alters in der Drey-Eich, ſo damahls zur Wetterau gehörig, gelegen, und ſind die Bereiter der Drey-Eicher Wild-Bahn**

jedes Jahres zweymahl zu beſtimmter Zeit in dieſer Stadt erſchienen, ihre Wild-Gefälle daſelbſt und in denen umliegenden Dörffern zu erheben, es hät ihnen aber auch Rauch-Futter und anderes aus dem Cloſter gereichet werden müſſen: Noch deutlich- und umſtändlicher aber wird ſothane Erhebung derer Wild-Gefälle in dem *ſub Nro 18.* anliegenden Pflichtmäßigen Bericht beſchrieben und damit zugleich die von undencklichen Zeiten biß auf den heutigen Tag wohl hergebrachte ununterbrochene Ubung gantz klahr und deutlich vor Augen geleget, alſo, daß nicht nur eines theils gar wohl angewanndt werden mag, was Referens in cauſa Ingelheim contra Chur-Pfaltz apud

Meichsner Deciſ. Cam. tom. 2. lib. 2. Deciſ. 4. n. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. ſeqq. pag. 244. 245.

Von dem Anſehen und der Beweiſungs-Krafft derer alten Weißthümer weitläufftig an- und ausführet, ſondern auch anderen theils nach der vorangeführten wahrhafften Beſchaffenheit dieſer Drey-Eicher Wildbanns-Gefälle nunmehro verhoffentlich keinem unpartheyiſchen vernünfftigen Menſchen der allergeringſte weitere Zweiffel übrig bleiben, dahingegen jederman gantz handgreifflich ſehen und erkennen wird, daß dieſe von einem urſprünglichen Reichs- und Königs-Forſt, und darneben von ſolchen alten Zeiten, worinnen die heutige geſchloſſene groſſe Gebiete beſonders in terra Rhenenſi noch gantz unbekannte Dinge waren, herrührige Wildbanns-Gefälle zur Erkennung der Wildbanns-Oberherrlich- und Gerechtigkeit allerdings je und allewege entrichtet worden, dazumahlen Reichs-kündig iſt, quod hujusmodi Wild-Geld, Jagt-Hafern, Forſt-Hafern, Hunds-Hafern, in recognitionem & ſymbolum jurisdictionis ſaltualis, ſeu venatoriæ dari ſoleat,

Hagen

Hagen Inſtitut. Jurisprud. public. lib. 3. cap. 6. n. 7. pag. 503.

Pfeffinger. ad Vitriar. Vol. 3. pag. 1418.

Wehner. Obſerv. Pract. voc. **Forſt-Recht** *p. m. 124. ibique Allegat. Dd.*

Spitz. de Juriſdictione Foreſt. cap. 4. §. 6. pag. 30.

§. XV. **Ab dem allem** erſcheinet nun ſo klahr, als die helle Sonne, (a) daß die Fränckiſche und nachherige Teutſche Kayſer und Könige, unter anderen ihren urſprünglichen Reichs- und Cammer-Gütern, von alten Zeiten her auch hin und wieder im Reich ihre gebannte Reichs- und Königs-Forſte gehabt, anbenebſt auch (b) das Recht einen Wildbann anzulegen und Waldungen zu **forſten** oder mit dem Recht des königlichen Bannes gegen alle Wildbanns-Freveler zu begnadigen, biß in die ſpateſte Zeiten je und allewege als ein vornehmes kayſerliches Vorrecht ausgeübet und gehalten, ſo gar daß (c) auch ſelbſten die vornehmſte Reichs-Stände über ihre eigenthümliche Waldungen das Wildbanns-Recht nicht gehabt, ſondern ſolches von des Kayſers Gnade erbitten und ihre Waldungen ſich **forſten**, oder mit dem königlichen Bann verſehen laſſen müſſen, daher auch (d) die Römiſche Kayſer und Könige, Krafft dieſer vorbehaltenen Kayſerlichen Gerechtſame, ſich bey Anlegung ſolcher gebannten Reichs- und Königs-Forſte an die beſondere Grentzen und Gemarckungen derer Reichs-Stände und ihrer Gebiete und Dorffſchafften niemahlen im geringſten gekehret, ſondern ſolche Reichs- und Königs-Forſte nach der Lage und Gelegenheit der Waldung und Wildfuhr durch alle angräntzende Pagos, als welche ohne dem von derer Kayſer und Könige Anordnung abgehangen, und beſondere Gemarckungen derer Reichs-Stände hindurch angeleget haben, zumahlen (e) in denen um und

an

an dem Rhein- und Mayn-Strohm gelegenen Landen, allwo nicht nur die Römiſche Kayſer und ihre urſprüngliche Reichs-Cammer-Güter in gröſſerer Menge gehabt, und in die ſpateſte Zeiten erhalten, ſondern auch die ſogenannte groſſe geſchloſſene Gebiete der Orten gantz unbekannt geweſen, woraus dann (f) von ſelbſten flieſſet, daß dieſe alte gebannte Reichs- und Königs-Forſte mit denen Servitutibus nudi juris venandi in alieno territorio keines weges verwechſelt, noch was die Rechte von dieſer ihrem odio und reſtrictione ſonſten verfügen, auf jene angewannt werden müſſe, ſondern vielmehr (g) daß eben um deßwillen, weil dieſe gebannte Reichs- und Königs-Forſte uralte Reichs- und Cammer-Güter und urſprüngliche Reſervata Cæſarea ſind, derjenige, welcher mit einen ſolchen alten Reichs- und Königs-Forſt belehnet iſt, ſo lang und viel fundatam intentionem vor ſich habe und behalte, biß von dem Gegentheil, ſive Domino Territoriali, ſive alio quocunque, Rechts-begnügig erwieſen wird, wie und welchergeſtalten er ein und das andere von einem ſolchen gebannten Reichs- und Königs-Forſt, als des Heil. Reichs urſprünglichen Eigenthum juſto ac legitimo titulo & modo acquiriret und an ſich gebracht habe: (h) das der Reichs-Lehnbare **Wildbann zur Drey-Eichen**, eben ein ſolcher mit allen weſentlichen und übrigen darzu gehörigen Eigenſchafften überflüßig verſehener uralter Reichs- und Königs-Forſt je und allewege geweſen und noch ſeye, einfolglich auch (i) aller Vorrechten und Rechts-Wohlthaten, deren andere theilhafftig ſind, ſich gleichfalls mit vollkommenſter Befügnüß zu erfreuen habe, mithin (k) die ſonſten und cæteris paribus bekanndte Rechts-Regulen, de fundata intentione Domini territorialis, ſalvo jure tertii, odio & reſtrictione ſervitutum, und was ſonſten gegen die ſervitutes nudi juris ve-

nandi

nandi vorgeſchützet wird, dieſem uralten gebannten Reichs- und Königs-Forſt zur Drey-Eichen gantz und zumahlen nicht entgegen geſtellet werden mögen.

Die übrige Abſätze und *reſp.* Auszüge dieſer *Deduction* folgen in denen künftigen Theilen.

Viertes Capitel.

Von denen Streitigkeiten zwiſchen Brandenburg-Onoltzbach und Kirchberg einer, dann Witgenſtein anderer Seits, wegen der Succeſſion in der Grafſchafft Sayn.

§. 1.

Zur Erläuterung dieſes mehr als 100. jährigen Streits dienet mein Chur-Trieriſches Staats-Recht *p. 79. ſeqq.* ingleichen die unten fürkommende Nachricht von denen Differentien zwiſchen denen reſp. Fürſt- und Gräflichen Häuſern Brandenburg-Onoltzbach und Kirchberg einer, dann Chur-Pfaltz anderer Seits wegen eben dieſer Grafſchafft Sayn. Einleitung.

§. 2.

Da aber Anno 1742. eine dieſe Sache betreffende Schrifft wieder aufgelegt und mit verſchiedenen dienlichen Documenten vermehret worden iſt, will ich ſolche hier ſub num. 1. anhängen, doch ohne die Beylagen, ſo jetzo nichts mehr taugen. Neu-aufgelegte Schrifft hievon.

§. 3.

§. 3.

Auszug einer andern Schrifft.

Wie aber die Herren Grafen von Witgenſtein auch nach vollzogener Execution nicht geruhet haben, erſiehet man aus einem anderen Impreſſo, ſo den Titul führet: Grundmäßige Vorſtellung derjenigen höchſt-erheblichen Urſachen, um derentwillen die Gräflich-Sayniſche Frauen Erb-Töchter und deren reſp. Erben, wider das in Sachen Sayn contra Sayn, auf angemaßte Imploration Frauen Johannä Mariä, weyland Herrn Graf Ludwig Albrechts zu Witgenſtein hinterlaſſener Frau Wittib und deren Gräflichen Kinder in puncto Alimentorum & Sumtuum Litis am Kayſerl. Reichs-Hof-Rath den 5. Jul. 1677. ergangene Concluſum des Remedii Supplicationis pro Reviſione und in eventum Reſtitutionis in integrum ſich zu bedienen gemüßiget worden. fol. Daraus ich einige Excerpta ſub num. 2. beylegen will.

Ubrigens wurde in ſolcher Schrifft deduciret, daß 1. Graf Ludwig Albrecht zu Witgenſtein des Spolii ſo wohl, als Graf Chriſtian, ſchuldig, auch 2. er und ſämtliche Grafen zu Witgenſtein deshalben verklagt und verdammt, 3. von demſelben, als er, ver-

vermittelſt Execution, aus dem unrechten Beſitz heraus gemußt, auf die Alimenta und ſumtus litis Klag erhoben, aber 4. damit vielmal ab- und an gehörige Orte verwieſen worden und zwar auch 5. ſolches nicht anderer Geſtalt, dann wofern die völlige Reſtitution erfolget und denen Kayſerlichen vorigen paritori-Urtheln in allem gäntzliche Folge geleiſtet ſeyn würde, 6. dieſe paritori-Urthel haben ſeine Kinder ſo wohl, als ihn ſelbſt betroffen und dieſelbe ſeyen allerdings ihres Herrn Vatern facta zu præſtiren ſchuldig; 7. weil ſelbiger ſeinem Herrn Bruder, Graf Chriſtian, ſein gantzes Recht cedirt und hierüber in cauſa fractæ Pacis gehandelt und erkennt worden, ſeyen ſeine Pupillen um ſo mehr das, was ihres Vatern halben Graf Chriſtian unternommen, genehm zu halten und es dabey bleiben zu laſſen, verbunden, wie dann 8. allbereits die Gräfliche Wittib erkennt habe, daß die vorige abfällige Concluſa ſie und ihre Kinder freylich mit betreffen, 9. zum wenigſten habe die Wittib und Agnaten um alle Judicata Wiſſenſchafft gehabt, alſo auch ſolche billich anzunehmen, wie dann 10. die vorige Judicata in puncto Alimentorum definitiv geweſen ſeyen.

Wei-

Weiter wird gezeigt, daß die Gräflich-Saynische Erb-Töchtern ſich auf das Petitorium einzulaſſen nicht ſchuldig ſeyen, biß die Spolianten und deren Erben die zuerkannte völlige Reſtitution der Fructuum, damnorum & expenſarum geleiſtet haben.

Wann es aber einmal ad Petitorium komme, könne der Reichs-Hof-Rath nicht darinn cognoſciren, ſondern es gehöre vor die Lehen-Höfe, ob gleich Continentia cauſæ fürgeſchützet werden wollte, oder daß die Lehenherrn darein gewilliget hätten, oder daß es Wittwen und Waysen betreffe; und alſo könne der Reichs-Hof-Rath auch nicht ſuper alimentis & ſumtibus litis, zu Behuf des Petitorii, ſprechen, noch ſeyen ſie, ſondern die geſammte Grafen von Witgenſtein, ihnen Unterhalt ſchuldig, u. ſ. w.

Es ſcheinet auch, die Grafen von Witgenſtein ſeyen hierauf wieder abgewieſen worden.

§. 4.

Erfolg. Was indeſſen in der Witgenſteiniſchen Familie ſelbſten und mit Chur-Pfaltz für mancherley Tractaten wegen dieſer Sayniſchen Sache geſchloſſen worden ſeyen, kan man in LÜNIGS Reichs-Archiv und deſ-

ſen

ſen *Spicilegio eccleſiaſtico* leſen; es ware aber alles ohne Würckung und die Deſcendenten derer Sayniſchen Erb-Töchtern, der Herr Hertzog zu Sachſen-Eiſenach und der Herr Burggraf zu Kirchberg, blieben in ruhigen Beſitz.

§. 5.

Reaſſumirung dieſes Proceſſes für dem Rheiniſchen Vicariats-Hof-Gericht.

Als aber A. 1741. das gemeinſchafftliche Vicariats-Hof-Gericht zu Augſpurg eröffnet wurde, hielten die Herren Grafen zu Witgenſtein es für ein bequemes Tempo, etwas auszurichten, weil Chur-Pfaltz allemal ihre Parthie auf das äuſſerſte genommen hatte; ſolchemnach übergaben ſie eine mit 290. Beylagen und 204. Sub-Adjunctis begleitete Schrifft, mit Bitte, pro decernenda Citatione ad videndum recipi Libellum ſuper poſſeſſorio ordinario & petitorio hujus cauſæ, nec non Mandato de præſtandis alimentis congruis ac ſumtibus litis, S.C. Ja ſie kamen ſub eod. præſentato auch noch mit drey anderen Exhibitis ein, 1. pro celeri adminiſtratione Iuſtitiæ, 2. mit einer weiteren Erläuterung und Deduction, daß die von der Gräflich-Sayniſchen weiblichen Deſcendenz bishero movirte Exceptio Spolii gantz unſtatthafft und nicht zu at-

tendiren ſeye, ſo dann 3. einer weiteren Vorſtellung und Bitte pro decernendo Mandato de præſtandis alimentis ac ſumtibus litis S. C.

Das Vicariats-Gericht reſolvirte darauf den 20. Febr.

1. Cum Incluſione Exhibitorum fiat petita Citatio in forma ſolita, jedoch dergeſtalten, daß denen Herren Beklagten die in puncto nondum factæ plenariæ reſtitutionis allenfalls zu haben vermeinende weitere Einwendungen, nebſt der Haupt-Sach zu gleicher Zeit mit auszuführen unbenommen ſeyn ſolle. ꝛc.

2. Hat das gebetene Mandatum S. C. de præſtandis alimentis & ſumtibus litis noch zur Zeit nicht ſtatt; würde aber Impetrantiſcher Anwald behöriger maßen dociren, daß ſeine Herren Principalen an hinlänglicher Subſiſtenz und zu Ausführung ihres Proceſſes erforderlichen Mitteln gebrechen thue, ſo ergehet weiters, was Rechtens iſt.

Worauf den 5. Jun. ein Interlocut nachfolgte.

§. 6.

Chur-Pfältziſche Thätlichkeiten.

So weit gediehe meines Wiſſens die Sache an dem Vicariats-Gericht; Chur-

Pfaltz

Pfaltz kame aber indeſſen her und occupirte gar den von dem Herrn Grafen von Kirchberg beſitzenden Antheil der Grafſchafft Sayn, davon bald ein mehrers fürkommen wird.

§. 7.

Noch zuvor ſtarb A. 1741. den 26. Jul. der Herr Hertzog Wilhelm Heinrich zu Sachſen-Eiſenach ohne männliche Deſcendenz, worauf ſein Antheil an der Grafſchafft Sayn, laut des Teſtaments ſeiner Frau Groß-Mutter Johannetten, gebohrener Erb-Gräfin von Sayn, an den Herrn Marckgrafen zu Brandenburg-Onoltzbach fiele, welcher gleichbalden einen kurtzen Vorbericht von der Beſchaffenheit der Reichs-Grafſchafft Sayn und des Hochfürſtl. Brandenburg-Onoltzbachiſchen Succeſſions-Rechts in ermeldte Grafſchafft, Altenkirchiſchen Antheils; 1741. fol. herausgabe, ſolche auch ins Frantzöſiſche überſetzen lieſſe. Jmgleichen ſtehet ſie in Herrn KOENIGS *Select. Jur. publ. Tom. 5. p. 193. ſeqq.* allwo aber billich wiederum deutlicher hätte gemeldet werden ſollen, daß es nicht Herrn KOENIGS eigene Arbeit ſeye und die Rubric ſeines Capitels mit der Rubric dieſer Deduction übereinkomme.

Brandenburg-Onoltzbach ſuccediret in dem Sachſen-Eiſenachiſchen Antheil.

Was nun eine Hertzoglich Sachſen-Eiſenachiſche Printzeßin und vermählte Landgräfin von Heßen-Philippsthal dagegen eingewandt habe und wie ihr darauf begegnet worden ſeye? werden wir in einem eigenen Capitel vernehmen.

§. 8.

Fortſetzung des Proceſſes für dem Reichs-Hof-Rath.

Nach A. 1742. wieder eröfnetem Reichs-Hof-Rath aber machten die Herren Grafen von Witgenſtein auch bey demſelbigen eine Klage gegen Brandenburg-Onoltzbach und Kirchberg anhängig, von denen ich künftig ein mehreres zu berichten in dem Stande ſeyn werde.

Beylage Num. I.

Kurtzer und wahrhaffter Bericht, wie die von der Römiſchen Kayſerlichen Majeſtät den 17. Auguſti 1661. erkannte, von Ihrer Hoch-Fürſtlichen Gnaden dem Herrn Biſchoffen zu Münſter, als Commiſſario, aufgegebene Execution die Reſtitution Altenkirchen, und deſſen Pertinentien betreffend, vollzogen und zu Werck gerichtet worden.

Satis triumphat veritas, ſi apud paucos bonosque accepta,
Nec indoles ejus eſt, placere multis. Lipſ.

Wieder aufgeleget 1742. Nebſt einigen vorangedruckten Piecen, ſo zu mehrerer der Sachen Erläuterung dienen.

Geneigter Leſer!

Die Grafen von Wittgenſtein haben niemahls den geringſten rechtmäßigen Anſpruch auf die Grafſchafft Sayn gehabt.

Ihr

Ihr Stamm-Vater Engelbert hat ſchon Anno 1294. vor ſich und alle ſeine Nachkommen, eydlich und auf ewig darauf renunciret. Dieſe ſeynd auch niemahls zu einig-rechtmäßigen Beſitz gelanget. Anno 1641. hat zwar Graf Chriſtian von Wittgenſtein de facto in einem Theil der Grafſchafft ſich eingedrungen; Er iſt aber durch Urthel und Recht pro Spoliatore erklährt und, nebſt ſeinen Conſorten, durch den Biſchoff von Münſter, als Kayſerl. Commiſſarium, exmittiret worden. Von den Umſtänden ſolcher Execution handelt dieſes kleine Impreſſum.

Seit dem 20ſten Januarii 1742. haben die Grafen von Wittgenſtein ſich abermahls in die Poſſeſſion zu ſchwingen geſucht, auch einen Theil der Grafſchafft Landfriedbrüchig occupiret, und zwar mit Chur-Pfältziſcher Hülff und ſelbigen Trouppen. Sie Grafen wiſſen dieſe Gewaltthat gar mit nichts zu juſtificiren; Sondern müſſen geſtehen, daß ſie würcklich vollſtreckte Judicata wider ſich haben, nichts aber vor ſich, als die Befugnuß, das Ihnen reſervirte Petitorium, evacuato Poſſeſſorio, annoch einzuführen.

Chur-Pfaltz hingegen ſuchet mit bewaffneter Hand, in den Beſitz des Dominii Directi der gantzen Grafſchafft Sayn ſich zu ſetzen, und gibt, ohne Grund, vor, daß es, occaſione Motuum Bohemicorum, davon verdrungen worden, folglich, in Krafft des Weſtphäliſchen Frieden-Schluſſes, wieder darein zu reſtituiren ſeye.

Jenes aber iſt nicht erweißlich, vielmehr das Gegentheil notoriſch. Würde es aber in Zukunfft noch erwieſen (wiewohl es ohnmöglich) ſo gebührte alsdann Chur-Pfaltz zwar das Jus inveſtiendi; Nicht aber die Befugnuß, die gerichtlich manutenirte Poſſeſſores eigenthätig und gewaltſam zu dejiciren, mithin einen offenbaren Weſtphäliſchen Friedens-Bruch zu begehen. Dann in ſel-

ſelbigem Friedens-Inſtrument iſt Art. IV. §. 36. Vidua &c. ausdrücklich verſehen, daß die Gräflich Sayniſche Beſitzere, von welchen die jetzig Fürſt- und Gräfliche Herren Poſſeſſores in linea recta abſtammen, in ihren vormahligen Beſitz (wie Anno 1649. geſchehen) reſtituiret, mithin auch in Zukunfft gegen die gewaltſame Turbatores, allenfalls armata manu durch ſämtliche höchſt und hohe Herren Compaciſcenten, Ausweiß Art. XVII. §. 6. Veruntamen &c. dicti Inſtr. Pac. geſchützet werden ſollten.

Num. I.

CITATIO

Super Fracta Pace publica annexo Mandato inhibitorio de non offendendo, caſſando homagio & reſtituendo ablata ſine clauſula ſub pœna 30. Marc. auri & termino duorum Menſium, unacum citatione ad videndum declarari in pœnam Protectorio inſertam. Sayn contra Wittgenſtein 19. Martii 1643.

WIR Ferdinand der Dritte von GOttes Gnaden erwählter Römiſcher Kayſer ꝛc. ꝛc. Entbieten und fügen Ludwig Caſimirn, Ernſten und Chriſtian, allen Grafen von Sayn zu Wittgenſtein hiermit zu wiſſen, daß uns der Hochgebohrne Georg Landgraf zu Heſſen, Graf zu Katzenellenbogen, Dietz, Ziegenhain, Nidda, Iſenburg und Büdingen ꝛc. Unſer lieber Oheim und Fürſt, wie auch die Hoch- und Wohlgebohrne unſere liebe andächtige Louiſa Juliana, Gräfin zu Sayn und Wittgenſtein, gebohrne Gräfin zu Erbach ꝛc. Wittib, als weyland Ernſten des Aeltern Grafen zu Sayn und Wittgenſtein nachgelaſſener Töchtere, Erneſtinen und Johannetten verord-

nete

nete reſpective Ober-Vormunder und Mit-Vormunderin, in Unterthänigkeit klagende vor- und anbracht; Wiewohl in gemeinen Rechten, des Heiligen Reichs Ordnungen und Abſchieden, und ſonderlich in dem aufgerichteten und ausgekündigten Land-Frieden, zu Erhaltung Ruhe und Friedens, heilſamlich und wohl verſehen, auch bey Pön der Acht und ſonſten verbotten, daß keiner, was Würden, Stands und Weſens der ſeye, den andern oder deſſen Angehörigen, ſo ordentlichen Rechtens erbietig, durch ſich ſelbſt oder die Seinigen, um keinerley Urſachen willen mit gewaltthätiger Hand und That überfallen, fahen, gefänglich halten, bedrohen, benöthigen, oder ſonſt in alle andere Wege beſchädigen, verheeren, verderben, die Unterthanen abziehen, auch niemand den Thätern darinn Rath, That, Hülff und Beyſtand leiſten, ſondern ein jeder ſich ordentlichen Rechtens gebrauchen, und ſich damit erſättigen und begnügen ſolle.

Wiewohl auch Wir, als Römiſcher Kayſer, noch über das, unſer Kayſerlich Protectorium unterm dato Wien den 11. Januarii Anno 1639. der obgenannt mit-ſupplicirender Gräfin zu Sayn und Wittgenſtein allergnädigſt ertheilet, alſo, daß Wir ſie, ihre angehörige Diener, Beamten und Unterthanen, mit dem Hauß und Städtlein Friedenwald, Hauß und Stadt Altenkirchen, den Bann Marſayn, Roßbach, und was ſonſten von der Grafſchafft Sayn noch übrig geblieben, mit allen ihren Renten, Zinnſen, Zehenden 2c. nichts überall davon ausgeſchieden, ſonderlich und aus erheblichen Urſachen, in unſern Kayſerlichen Schutz und Schirm genommen, und darauf allen Fürſten, Grafen und Herren, auch allen und jeden Generalen, Obriſten, hohen und niedern Kriegs-Officiern, desgleichen gemeinen Soldaten, ernſtlich gebotten, ſie, Gräfin Louiſen Julianen in dem ihrigen nicht zu belä-

ſtigen, zu betrüben, zu ängſtigen oder anzutaſten, in keinerley Weiſe oder Wege, ſondern ſie bey dem Kayſerlichen Schutz, Schirm und Protection gäntzlich bleiben, und deſſen allen geruhiglich gebrauchen und genieſſen zu laſſen, und ihr daran gantz keine Verhinderung oder Irrung zu thun, noch das jemand anders zu thun geſtatten, als lieb einem jeden ſeye unſere und des Heiligen Reichs ſchwehre Ungnad und Straff, und darzu ein Pön, nemlich 30. Marck löthigen Golds zu vermeiden, die ein jeder ſo offt er freventlich darwider thäte, unnachläßig zu bezahlen ſchuldig und verfallen ſeyn ſolle.

Wiewohl auch die Grafſchafft Sayn um das Jahr 1247. per Fœminam & Teſtamentum von den alten Grafen zu Sayn auf die Grafen zu Sponheim kommen; Dahero dann dieſe letzte Gräfliche Familie der Grafen zu und von Sayn entſproſſen, und im Jahr 1294. ſich in zwey Linien getheilet, deren nemlich die eine die Johanns- die andere die Engelbertiſche Linie hernach benennet worden, und die Johanns-Linie Jure Primogenituræ bey der Grafſchafft Sayn geblieben, und ſich Grafen zu Sayn geſchrieben, die Engelbertiſche aber (davon alle jetzige Grafen zu Wittgenſtein poſteriren) acceptis accipiendis auf berührte Grafſchafft Sayn gegenwärtig und künftig erb- und ewiglich ohne alle Ausnahm oder Vorbehalt gründlich verziehen, nun und nimmermehr daran nichts zu ſuchen oder zu gewinnen, und ſich von Sayn Grafen zu Wittgenſtein geſchrieben.

Unt es ſich ums Jahr 1588. darfür anſehen laſſen, daß die Johanns-Linie mit Graf Henrichen zu Sayn ohne Manus-Erben abgehen dörffte, geſtalt hernach Anno 1606. auch geſchehen und erfolget, ſo hätte ſich Graf Ludwig von Sayn zu Wittgenſtein viel bemühet, die Sayniſche Lehen auf ſich und ſeine Poſteros kräftig zu bringen, auch

er-

erhalten, daß er von Chur-Pfaltz eventualiter und auf Graf Heinrichs Abgang belehnet worden, es wäre aber, nicht allein den 30. Octobr. 1588. zwiſchen Graf Henrichen zu Sayn, und Graf Ludwigen von Sayn zu Wittgenſtein ꝛc. ein Receß aufgerichtet, daß Graf Wilhelm, ſein Graf Ludwigs Sohn, Annen Eliſabethen Gräfin zu Sayn ehelichen, und ſie beede und ihre Leibs-Erben die Grafſchafft Sayn allein erben, im Fall ſie aber keine Kinder verlaſſen würden, alsdann die andern, Graf Ludwigs zu Wittgenſtein Söhne ihnen ſuccediren ſollten, da ſelbe auch in einem in Anno 1594. den 18. Julii abermahls von ſich gegebenen Revers wiederhohlet, und die von Pfaltz erlangte Eventual-Belehnung mehrgemeldten Graf Wilhelmen, ſeiner Ehewirthin Annen Eliſabethen und ihren Erben, vors erſte allein zu Guten gereichen und gedeyhen, wann aber die nicht mehr da wären, alsdann die Sayniſche Lehen andern Graf Ludwigs Lehens-Erben Grafen zu Wittgenſtein, vorbehalten ſeyn ſollen. Derſelben Graf Wilhelms und Gräfin Anna Eliſabethen Sohn Graf Ernſt zu Sayn nun, wäre auch nach des Vaters tödtlichen Hintritt allein, und ungehindert er aus des Vaters anderer Ehe drey Einthalb-Brüdere, Graf Wilhelm Philippſen, Graf Ludwig Albrechten und Graf Chriſtian gehabt, zur gantzen Grafſchafft Sayn, vermög jetztberührter Graf Ludwigs Diſpoſition und Verſchreibung, wie ohne das den Lehen-Rechten, Cap. un. de Natura Succeſſ. feud. und dem Herkommen gemäß, verſtattet, und ſein Lebenlang darbey gelaſſen worden, er Graf Ernſt der Aelter hätte auch, wie im Hauß Sayn Herkommen, und die Art, Natur und Qualification der Sayniſchen Lehen und anderer Güter mit ſich bringet und erleide, ſein Teſtament aufgerichtet, nach dem Tod hinterlaſſen, und darinn verordnet, daß ſein Eheweib und Kinder, darunter auch ob-

gedachte Erneſtina und Johannetta, bey demjenigen gelaſſen werden ſollten, was er bis dahin gehabt und beſeſſen, bis deſſen Gebrüder ein anders mit Recht erhalten, die jetzige ältere Grafen von Sayn und Wittgenſtein, und darunter benanntlich du Graf Ludwig Caſimir, und du Graf Ernſt der Jünger, hätten auch in Anno 1636. verſprochen jetztberührtes Teſtament in allem zu halten, und ob ihr ſchon ſelbigesmal, nach Abgang Graf Ernſtens des Aeltern hinterlaſſenen Söhnleins die Apprehenſion der Grafſchafft Sayn mit verrichten helffen, ſo ſeye doch die Clauſul ausdrücklich darbey, und mit ins Inſtrument geſetzet, daß ſolcher Actus jeden Theil zu ſeinen Rechten, und keinem Theil zu Vortheil oder Schaden gemeint ſeyn ſolle.

Ihr hättet auch in Anno 1638. den 5. Nov. in einem zu Wittgenſtein aufgerichteten Receß verſchrieben, daß mehrernennte mit-ſupplicirende Wittib im völligen Beſitz, beyde ihres Wittums und der übrigen wenigen Oerter, und der Grafſchaffts Regierung und Führung der Proceſſen wie bishero alſo forders, und biß zu fernerer Vergleichung bleiben, gelaſſen, und möglichen Dingen nach gehandhabet werden ſolle, allermaſſen auch ihro von ihrem Ehemann Graf Ernſten der Wittumb auf Friedewald, Höchſtenbach, Allmersbach, Schönberg und andere Güter mehr verſchrieben, zu dem alle noch übrige und bey ihr der Gräflichen Wittib als Vormünderin beſitzlich-befindliche Güter notorie Erb-oder Erb-Lehen, und alſo qualificirt ſeyn, daß ſie unzweiflich bey den Weibs-Perſonen bleiben, und zum wenigſten in Poſſeſſorio bey denſelben in ſo lang zu laſſen, biß ein anders in Petitorio gegen ſie ausgeführet.

Nichtsdeſtoweniger aber und dem allen, ſonderlich auch denen öffentlich-angeſchlagenen Kayſerlichen Reichs-Wappen und Protectorio gerad zuwider, wäret ihr beede zugefahren, und hättet euch den obgenannten mit-beklag-

ten

ten Graf Chriſtian von Sayn und Wittgenſtein, offtgemeldten Graf Wilhelms jüngſten Sohn zweyter Ehe, vergangenen Sommer des abgewichenen 1642. Jahrs aus dem Stifft Cölln von der Weimariſchen Armee heraus hohlen laſſen, der ſich dann in das Amt Altenkirchen geſetzet, daſelbſt und da herum alle Gefälle, ſie ſeyen eigen oder Lehen, Wittums oder andere, der mitklagenden Wittib nicht allein entzogen und vorm Maul hinweg genommen, ſondern du Graf Chriſtian fängeſt auch nunmehr an, und zwingeſt die Unterthanen an allen denen noch übrigen Orten dir zu huldigen, ſucheſt und holeſt ſie mit 20. oder mehr Mousquetirern ein, ja deine Diener unterſtünden ſich wohl bey Kindbetterinnen, in und unter denen Betten und Bettladen zu ſuchen, werffen die, ſo ihren vorig-geleiſteten Huldigungs-Pflichten nicht zuwider handeln, ſondern ſich dir anzugeloben und zu ſchwören verweigern, in die böſeſte Gefängnüß, daß ſie bey dieſen kalten Winter-Tägen Bein und Füß erfrören, gebeſt ihnen nicht einen Biſſen zu eſſen, und läſſeſt ſie eher nicht loß, biß ſie dir vermeintlich gehuldiget, bedroheſt ſie zum hefftigſten, du wolleſt ihnen all das ihrige nehmen, ſchleppeſt ſie mit Stricken gebunden auf und nieder, und geheſt ſo tyranniſch mit ihnen um, daß ſich jedermann für dir zu fürchten, ja bedroheſt die mitklagende Wittib, du wolleſt ihr bald auch ihren jetzigen Wittums-Sitz Friedenwald ſelbſt nehmen, ſo doch Heßiſch Erb-Lehen, und ihr der Wittib mit Conſens des Lehen-Herrn zum Wittum verſchrieben, und würcklich eingeraumt, wie du denn auch nechſtvergangenen Tagen den durch obgedachten Landgrafen zu Heßen Liebden als Ober-Vormund gen Altenkirchen zum Sayniſchen Vormunds-Rath und Amtmann der Grafſchafften Sayn, ein und aufgeführten Johann Bircken, ungeachtet aller darbey beſchehener Verwarn-

und

und Abmahnungen mit ſolchen hefftigen Bedrohungen angegangen, auf einen verſchloſſenen Platz geſperret, und ihm ſelbſten angeſagt, daß ihme ſolcher Ort loco Carceris ſeyn ſollte, auch wohl eine geraume Zeit in der groſſen Kälte ſtehen laſſen, und hernach aus dem Schloß Altenkirchen hinaus auf das Feld gewieſen, daß er ſtracks Wegs ſich wiederum hinweg nach gedachter Landgraf Georgen zu Heſſen Liebden begeben, und ihm klagen müſſen, wie du Graf Chriſtian dich dann auch gegen den Fürſtlich-Heßiſchen zu der Aufführung eines andern Vormund-Amtmanns Abgeſandten ausdrücklich und offentlich coram Notario & Teſtibus verlauten laſſen, du wolleſt mit tauſend und mehrern begegnen, und dein Leib und Leben darbey aufſetzen, daß dahero nichts dann Mord, Todſchlag und Aufruhr, auch ſchädliche Ufwieglung zu befahren; und nachdem der Durchlauchtig-Hochgebohrne Wolffgang Wilhelm, Pfaltz-Graf bey Rhein, Herzog in Bayern, Graf zu Veldenz und Sponheim, unſer lieber Vetter und Fürſt, mitklagende Wittib von wegen obbenennter ihrer Töchter, nechſtvergangener Tagen mit einem Erb-Lehen, nemlich den Höfen Schönenberg und Walleroth belehnt, hätteſt du Graf Chriſtian nicht geſcheuet, auch in dieſelbe de facto einzufallen, die Unterthanen gefänglich hinweg zu nehmen, zur Huldigung zu zwingen, und ihr das Nachſehen zu laſſen.

Und werde alſo coadunatis Hominibus Vis publica & armata offentlich ohne Scheu würcklich nicht allein gebrauchet, ſondern auch mit tauſenden aus andern Orten, und mit deſſen Verwandten und Helffers-Hülff zu begegnen bedrohet, ſo alles directe contra Conſtitutionem Pacis publicæ in viel Wege lauffe, und ſowol dieſelbe, als unſer Kayſerlich Protectorium muthwillig violiret, und vorſetzlich verachtet worden, alſo daß de dolo juxta Receſſum

ceſſum Imperii de Ao. 1594. nicht zu zweiffeln, geſtalt ihr dann ſämtlich wohl wiſſet, daß all euer prætendirtes Recht, und euers Alt-Watters Verſchreibungen, nur eventualiter und auf dem Fall gerichtet ſeyn, und ſeyn ſollen und müſſen, wann von der Johannes-Linie niemand mehr von Manns- oder Weibs-Perſonen fürhanden, zu geſchweigen daß notorie und längſt gegen andere mit euren und der eurigen ſelbſt Zuthun beſtändig ausgeführet, daß die Sayniſche Güter in toto & particulis alſo qualificirt ſeyen, daß ſie bey den Weibs-Perſonen bleiben können, und zum wenigſten in Poſſeſſorio bey ihnen gelaſſen werden müſſen, bis ſie ihnen mit Recht oder der Güte abgewonnen worden; derowegen uns obgenanntes Landgraf Georgen zu Heſſen Liebden, mit und neben der Gräflichen Wittib zu Sayn und Wittgenſtein, als reſpective Ober- und Mit-Vormundere, allerunterthänigſt angeruffen und gebeten, daß wir hierinnen nachfolgende unſere Kayſerliche Ladung und Pœnal-Mandata wider euch zu erkennen und mitzutheilen gnädigſt geruheten.

Wann wir dann tragenden Kayſerlichen Amts halber Männiglich Recht zu ertheilen ſchuldig, Klägere auch erlangt, daß anheut dato auf reiffen der Sachen Erwegung gebettene Proceſs wider euch erkennt worden; als heiſchen und laden wir euch von Römiſch-Kayſerlicher Macht, auch Gericht und Rechts wegen hiermit, daß ihr innerhalb 2. Monaten, den nechſten von der Einhändigung dieſes anzurechnen, ſo wir euch für den erſten, andern, dritten, letzten und endlichen Rechts-Tag ſetzen, und benennen, peremptorie oder ob derſelbe Tag nicht ein Gerechts-Tag ſeyn würde, den nechſten Gerichts Tag hernach ſelbſt oder durch euren vollmächtigen Anwald, an unſern Kayſerlichen Hof, welcher Orten derſelbe alsdann ſeyn würde, erſcheinet, zu ſehen und zu hören,

euch

euch um oberzehlter landfriedbrüchigen Gewaltthaten willen in die Pön mehrbemeldten Land-Friedens Conſtitution einverleibt, gefallen zu ſeyn, mit Urtheil und Recht zu ſprechen, erkennen und zu erklären, oder aber erhebliche beſtändige Urſachen, ob ihr einige hättet, warum ſolche Erklärung nicht geſchehen ſolle, wie ſichs in Recht gebühret, dargegen fürzubringen.

Wir gebieten euch auch von berührter unſerer Kayſerl. Macht, bey Pön 30. Marck löthiges Golds, halb in unſer Kayſerliche Cammer, und den andern halben Theil mehrgedachter Sayniſchen Vormundſchafft unnachläßig zu bezahlen, hiermit ernſtlich, und wollen, daß ihr den nechſten nach Uberantwort- und Verkündigung dies Briefs, klagender Vormundſchafft die abgenommene Güter und Unterthanen ſamt allen entzogenen Gefällen und Nutzungen, auch zugefügten Schäden gäntzlich und vollkommlich reſtituirt, erſtattet und gut machet, deßgleichen die denen Unterthanen abgedrungene Huldigung wieder caſſirt, aufhebet und abſchaffet, und dieſelbe an ihre vorige Obrigkeit wieder verweiſet, ſodann bey Pön angeregter Conſtitution des Landfriedens einverleibt, ſonderlich aber unſer und des Heiligen Reichs-Acht, daß ihr gegen mitklagende Wittib zu Sayn, derò Tochter, und all deroſelben angehörige Diener, Geſind, Unterthanen, Haab und Güter, hinfüran euch alles ſolchen verbottenen Landfriedbrüchigen eigenthätlichen Gewalts gäntzlich abthut, entſchlaget, äuſert und enthaltet, ſie auſſerhalb Rechtens und unbetrübt, unverfolgt, ſicher und friedſam bey dem ihrigen ſeyn und bleiben laſſet, des ordentlichen Rechtens Auſtrag begnügig ſeynd, darwider nicht thut, noch zu thun ſchaffet oder verhänget, ſelbſt oder durch andere, heimlich oder offentlich, in keinerley Weiſe noch Wege, als lieb euch ſeye obbeſtimmte unterſchiedene Pönen

zu

zu vermeiden, daran geſchicht unſere ernſtliche Meynung.

Wir heiſchen und laden euch auch abermahlen von obberührter unſerer Kayſerlichen Macht hiermit, daß ihr innerhalb obbeſtimmter Zeit der 2. Monaten, ſo wir euch gleichfalls für den erſten, andern, dritten, letzten und endlichen Rechts-Tag ſetzen und benennen, peremptorie, oder ob derſelbe nicht ein Gerichts-Tag ſeyn würde, den nechſten Gerichts-Tag hernach, ſelbſt, oder durch euren vollmächtigen Anwald an unſern Kayſerlichen Hof, welcher Ort auch derſelbe alsdann ſeyn würde, erſcheinet, glaubwürdige Anzeig und Beweiß zu thun, daß dieſem unſern Kayſerlichen Mandato ſowol mit würcklicher Reſtitution der entzogenen Güter, Unterthanen, Gefällen und Nutzungen, als Caſſation der den Unterthanen abgedrungenen Huldigung ein vollkommen-ſchuldiges Genügen geſchehen, oder wo nicht, alsdann zu ſehen und zu hören, daß ihr um ſolch eures Ungehorſams willen, nicht allein in obbeſtimmte-ſondern auch wegen violirten Kayſerlichen Protectorii, in die demſelben einverleibte Pön und Straffen gefallen ſeyet, mit Urtheil und Recht zu ſprechen, zu erkennen, und zu erklären, oder aber erhebliche beſtändige Urſachen, ob ihr einige hättet, warum ſolche Erklärung nicht geſchehen könne oder ſolle, dargegen fürzubringen, auch der Sachen und allen ihren Gerichts-Tägen und Terminen bis nach endlichen Beſchluß und Urtheil auszuwarten.

Wann ihr nun kommet und erſcheinet, alsdann alſo oder nicht, ſo wird nichts deſtoweniger auf des klagenden Theils oder deſſen Anwalds unterthänigſtes Anruffen und Erfordern, hierinnen in Rechten mit gemeldter Erkänntnuß, Erklärung und andern, gegen euch gehandelt und procedirt, wie ſich das ſeiner Ordnung nach eig-

net

net und gebühret. Darnach wiſſet euch zu richten. Geben in unſerer Stadt Wien den 19. Martii 1646. Unſerer Reiche, des Römiſchen im ſiebenden, des Hungariſchen im achtzehenden, und des Böhmiſchen im ſechzehenden Jahre.

Ferdinand ꝛc.

(L. S.)

Vt Ferdinand Graf Kurz ꝛc.

Ad Mandat. Sacr. Cæſ. Maj. proprium
Johann Söldner Doctor.

Num. II.

Der Römiſch-Kayſerl. Majeſtät Sententia Paritoria, in Sachen Sayn contra Wittgenſtein, den 3. Martii Anno 1661.

In Sachen Louiſæ Julianæ verwittibten Gräfin zu Sayn, nunmehr dero Töchter, Frauen Johannettæ, verwittibten Landgräfin zu Heſſen, und Erneſtinæ, vermählter Gräfin zu Manderſcheid, beeder gebohrnen Gräfinnen zu Sayn, Klägerinnen an einem-entgegen und wider weyland Ludwig Caſimir, Johann und Ernſten, nunmehr Chriſtian von Sayn, Grafen zu Wittgenſtein, Beklagte, am andern Theil, die abgenommene Schloß, Stadt und Amt Altenkirchen, Bann, Max-Sayn, Grund-Burbach, Vogthey Roßbach, und die Gerichte Mehren, Allmersbach, Schönberg und Höchſtenbach betreffend, iſt Beklagten, vorgebrachten Einreden ungehindert, glaubliche Anzeig zu thun, daß dem ausgegangen-verkündten, und reproducirten Kayſerlichen Mandat in puncto Reſtitutionis & Caſſationis, alles ſeines Innhalts gehorſamlich gelebet ſeye, Zeit dreyer Monaten

perem-

peremptorie von Amtswegen hiermit beſtimmt und angeſetzt, mit dem Anhang, wo er ſolchen nicht nachkommt, daß Beklagter jetzt als dann, und dann als jetzt, in die Pön dem Mandat einverleibt, hiemit erklärt auch ſchärffere Proceſs erkennt, doch ihme Beklagten, nach geleiſteter Parition die vorgeſchützte Lehens-Folg in petitorio, ob er will, ordentlich auszuführen, hiermit vorbehalten ſeyn ſoll. Signatum zu Wien, unter ihrer Kayſerlichen Majeſtät hervorgedruckten Secret-Inſiegel, den dritten Martii Anno Sechzehenhundert Ein und Sechzig.

(L. S.)
Cæſ.

Vt Wilderich Freyherr von Walderdorff *V. C.*

Reinhard Schröder.

Num. III.

Der Römiſchen Kayſerlichen Majeſtät allergnädigſte Reſolution an Chur-Pfalz, in Sachen Sayn contra Wittgenſtein, den 3. Martii 1661.

Der Römiſchen Kayſerlichen Majeſtät unſerm allergnädigſten Herrn iſt allerunterthänigſt referirt worden, was die Churfürſtliche Duchlaucht zu Pfalz wegen Reſtitution ſo wohl ihres bey der Grafſchafft Sayn habenden Dominii directi, als inſonderheit auch wegen des Chriſtian von Sayn, Grafen zu Wittgenſtein, in die vier Kirſpel Freußburg und andere Ort, durch Geſandſchafft, Schrifften und Memorialia nachſuchen, und unlängſt noch durch dero am Kayſerlichen Hof Abgeordneten, Johann Arent, haben wiederholen laſſen. Gleichwie nun Allerhöchſtgedachte Ihre Kayſerliche Majeſtät anderſt nicht wiſſen, als daß Se. Churfürſtliche Durch-

 lauchk

laucht zu Pfalz in all dasjenige Recht, ſo ihro durch den Friedens-Schluß zukommt, vermittelſt einer abſonderlichen Commiſſion für längſt reſtituirt worden. Als haben ihre Kayſerliche Majeſtät die Sayniſche Sache, in ſo weit dieſelbe zwiſchen denen Sayniſchen Töchtern, und bemeldten Graf Chriſtian in poſſeſſorio ſtrittig und rechthängig geweſen, nunmehr auf der Partheyen innſtändiges Anhalten erörtern, und darüber einen rechtlichen Ausſpruch ergehen laſſen, wobey es ihro Kayſerliche Majeſtät des gethanen Chur-Pfälziſchen Einwendens ungehindert bewenden laſſen; alldieweil aber in ſolchem Urtheil dem Graf Chriſtian das Petitorium vorbehalten iſt, als ſtehet ihre Churfürſtliche Durchlaucht gleichfals bevor ihre dargegebene Jura directi Dominii auf die gantze Grafſchafft, und namentlich über beſagte vier Kirſpel, Rechtlicher Gebühr auszuführen, jedoch denen beeden Herren Churfürſten zu Trier und Cölln Gnaden und Durchlaucht, an dero ebenfals vorgeſchützten, auch denen Sayniſchen Töchtern an ihren dargegen habenden Rechten hierdurch nichts benommen. Den Punctum Editionis Archivi betreffend, da iſt ihro Kayſerl. Majeſtät allergnädigſt wiſſend, was deßwegen hiebevor anbefohlen worden, weilen aber ſolches alles ſeinen Reſpect zur Güte gehabt, und dieſelbe unter den Partheyen nichts verfangen, ſondern die Sache, wie obvermeldt, nunmehro in poſſeſſorio rechtlich entſchieden worden:

Als hat auch ſolch Begehren in hoc judicio nicht ſtatt, es ſoll aber facta paritione hierinn ferner erfolgen, was recht iſt. Welches ihro Churfürſtl. Durchl. loco reſolutionis hiermit zu ertheilen anbefohlen worden, und ihre Kayſerliche Majeſtät verbleiben deroſelben mit allen Kayſerlichen Gnaden wohl beygethan.

Signa-

Signatum zu Wien unter höchſtgedacht ihrer Kayſerlichen Majeſtät hervorgedruckten Secret-Inſiegel, den 3. Martii Anno 1661.

Vt Wilderich Freyherr von Walderdorff *V. C.*

(L. S.)

Cæſ.

Reinhard Schröder.

Num. IV.

Der Römiſchen Kayſerlichen Majeſtät zweyte Sententia paritoria in Sachen Citationis & Mandati S. C. Sayn contra Wittgenſtein, den 17. Aug. 1661.

In Sachen Louiſæ Julianæ verwittibten Gräfin zu Sayn, nunmehr dero Töchter, Frauen Johannettæ, verwittibten Landgräfin zu Heſſen, und Erneſtinæ, vermählter Gräfin zu Manderſcheid, beyder gebohrnen Gräfinnen zu Sayn, Klägerinnen, an einem, entgegen und wider weyland Ludwig Caſimir, Johann und Ernſt, nunmehr Chriſtian von Sayn, Grafen von Wittgenſtein, Beklagte am andern Theil, die abgenommene Schloß, Stadt und Amt Altenkirchen-Bann, Max-Sayn, Grund Burbach, Vogtey Roßbach, und die Gerichte Mehren, Allmersbach, Schönberg und Höchſtenbach betreffend, iſt die an Seiten des Beklagten angemeldete Reviſion, und was deßhalb gebetten worden, abgeſchlagen, ſondern dieſen allen ungehindert, Beklagten glaublich-Anzeig und Beweiß zu thun, daß dem ausgangen-verkündten und reproducirten Kayſerlichen Mandat in puncto Reſtitutionis & Caſſationis, und darauf den 3.

Martii dieſes Jahrs eröffneter Paritori Urtheil, alles ihres Innhalts gehorſamlich nachgelebet, und ein würckliches Genügen geleiſtet, nochmahl Zeit zweyer Monaten peremptorie von Amts wegen hiemit beſtimmt und angeſetzt, mit der nochmaligen Verwarnung, wo er ſolchem nicht nachkomme, daß derſelbe jetzt als dann, und dann als jetzt, in die Pön dem Mandat einverleibt, hiermit erklärt, auch ſchärffere Proceſs erkannt, doch ihme Beklagten nach geleiſteter Parition die vorgeſchützte Lehens-Folge, in petitorio, ob er will, ordentlich auszuführen, hiemit nochmahls vorbehalten ſeyn ſoll. Signatum zu Wien, unter ihrer Kayſerlichen Majeſtät aufgedruckten Secret-Inſiegel, den Siebenzehenden Auguſti Anno Sechzehenhundert ein und Sechzig

(L. S.)
Cæſ.

Georg Ulrich Graf zu Wolckenſtein

Reinhard Schröder.

Num. V.

Der Römiſch-Kayſerlichen Majeſtät Reſcript an Ihro Churfürſtliche Durchlaucht zu Pfalz den 17. Auguſti 1661.

Leopold ꝛc.

Bey uns hat Anwald der Hoch- und Wohlgebohrnen unſerer Fürſtin und lieben Andächtigen Johannettæ und Erneſtinæ, gebohrner Gräfinnen zu Sayn und Wittgenſtein, ſich in Unterthänigkeit gar hoch beſchwehret, daß ungeachtet, der am 3. Martii dieſes Jahrs ergangener Paritori-Urtheil, Graf Chriſtian zu Sayn ſich annoch de

facto

facto bey ſeiner ergriffenen Detention zu manuteniren ſuche, und auf deſſen Anhalten ein Fenderich mit 50. Muſquetirern von Heydelberg auf Altenkirchen geſchickt, auch von gedachten Graf Chriſtian die Stadt und Schloß am dritten Junii, als termino paritionis mit hundert bewehrten Bauern bewachen laſſen, und täglich mehr Pfälziſche Völcker daſelbſt ankommen, und alſo er mit Hülff Ew. Liebden als angegebenen Lehn-Herrn, ſich der ſchuldigen Parition verweigern, und ſein Unfug noch ferner cum ſcandalo zu behaubten ſuche, mit Bitte, daß derowegen wir ihme unſere ernſtere Rechts-Hülff nach Anleitung des Heiligen Reichs Satzungen und ergangener Paritori-Urtheil mitzutheilen, gnädigſt geruheten: Wann dann hierauf ſo wohl auch auf dasjenige, was an Seiten des beklagten Grafen von Sayn anjetzo einkommen, nach reiffer der Sachen Erwegung nicht allein ein Paritori-Urtheil, nechſt Verwerffung der an des Impetraten Seiten angemeldeter Reviſion, und was ſonſten derenthalben geſucht worden, erkennt, ſondern auch eine Commiſſion ad exequendum & immittendum angeordnet worden, und wir uns dann nochmals gegen Ew. Liebden verſehen wollen, ſie werden auch ihres Orts bey denen bißherig-ergangenen Kayſerlichen gerechtiſten Erkanntnüſſen, und dero abgeordneten vormahls ertheilten, und an heut dato wiederholten Kayſerlichen Decret gutwillig acquieſciren, und der heilſamen Juſtiz ihren ungehinderten ſtracken Lauff zu laſſen gemeinet ſeyn. Als iſt unſer gnädiger und gemeſſener Befelch hiermit, daß Ew. Liebden die gegen Altenkirchen geſchickte Mannſchafft ohne Verlierung einiger Zeit abfordern, dem Graf Chriſtian zu Sayn keinen weitern Vorſchub und Aſſiſtenz leiſten, auch dem verordneten Kayſerlichen Commiſſario in Verrichtung obhabender Commiſſion keine

Hinderung thun, und alſo fernerer Weiterung und Ungelegenheit bevor ſeyn. An dem beſchicht Unſer gnädiger und ernſter Wille und Meynung, und Wir ſind übrigens Ew. Liebden mit ꝛc. Wien den 17. Auguſti 1661.

Ew. Liebden

Gutwilliger Oheimb

Leopold.

Georg Ulrich Graf zu Wolckenſtein.

Reinhard Schröder.

Num. VI.

Der Römiſch-Kayſerlichen Majeſtät Commiſſion an des Herrn Biſchoffen zu Münſter Fürſtl. Gnaden ad exequendum, in Sachen Sayn contra Wittgenſtein, den 17. Auguſti 1661.

Leopold ꝛc.

Ehrwürdiger Fürſt, lieber Andächtiger, was in Sachen ſich verhaltend zwiſchen Louiſa Juliana, verwittibter Gräfin zu Sayn, nunmehro dero Töchter Johannettä und Erneſtinä, gebohrner Gräfinnen zu Sayn, an einem, und weyland Ludwig Caſimir, Johann und Ernſt, anjetzo Chriſtian von Sayn, am andern Theil, die Schloß, Stadt und Amt Altenkirchen, Bann, Marſayn, Grund Burbach, Vogtey Roßbach, und die Gerichte Allmersbach, Schönberg und Höchſtenbach betreffend, nach reiffer der Sachen Erwegung vor ein Paritori-Urtheil wider gemeldten Graf Chriſtian, am 3. Mart. dieſes Jahrs in unſerem Kayſerlichen Reichs-Hof-Rath ergangen und publiciret worden, das weiſet die Beylag ſub Lit. A. mit mehrerm aus. Ob nun wohl ſich in alle Weg geziemet und gebühret hätte, daß von dem Impetraten dieſer Urtheil ſchuldige Parition wäre geleiſtet, und es alſo anderweiter Erkänntnüß

nüß und Verordnung nicht bedürfft hätte; So hat uns aber Anwald der beeden Sayniſchen Töchtern anjetzo klagend zu vernehmen gegeben, daß die verhoffte Parition nicht allein in præfixo termino nicht beſchehen, ſondern der Beklagte vielmehr bey ſeiner ergriffenen Detention ſich de facto und mit Gewalt zu manuteniren ſuche, mit Bitte, daß derowegen Wir ihme zum ſchuldigen Gehorſam durch Erkenn- und Vorkehrung ernſterer Rechts-Mittel nach Anleitung des Heiligen Reichs Satzungen und ergangenen Paritori-Urtheil, nunmehr anzuhalten geruheten. Worauf nun in unſerm Kayſerlichen Reichs-Hof-Rath anheut dato nechſt Verwerffung der an Seiten des Gegentheils geſuchter Reviſion und andern vermeynten Einwendens, eine anderweite Paritoria erkannt und eröffnet worden, wie die Beylag B. in ſich haltet, des gnädigſten Verſehens, er Graf Chriſtian zu Sayn werde derſelben ohne ferneren Saumſahl und Renitenz gebührende Folg und Parition leiſten; zum Fall aber ſolches von ihme nochmahls unterlaſſen, und damit dann die Juſtitz nicht noch ferner eludirt, ſondern rechtmäßige Erkänntnüß zur Würcklichkeit gebracht und vollzogen werden; So haben Wir darbey nebens vor nöthig erachtet, hierinn unſere Executions-Commiſſion anzuordnen, und dieſelbe Dr. A. aufzutragen, auch neben einem an den anweſenden Chur-Pfältziſchen Abgeordneten, vermög der Beylag C. ergangenen nochmahligen Decret, Chur-Pfaltz zu reſcribiren, daß ſie nicht allein ihre ſub prætextu Dominii directi nacher Altenkirchen gelegte Völcker, abfordern, ſondern auch Dr. A. in Verrichtung dieſer Commiſſion keine Hinderung thun, noch Graf Chriſtianen zu Sayn weitere Aſſiſtenz leiſten ſolten.

Begehren demnach an Dr. A. gnädigſt, ſie wolle auf der Impetranten Anzeig, daß der ergangenen und inſinuirten Paritori-Urtheil, in dem darinnen præfigirten Termino

 von

von dem Impetraten nit nachkommen ſeye, ſich ſolcher unſerer Kayſerlichen Commiſſion, worzu wir Dr. A. unſer Kayſerlich-vollkommenen Gewalt hiemit geben, uns zu wohlgefälligen unterthänigen Ehren, alſobalden beladen, und entweder ſelbſt, oder durch ihre Subdelegirte, die Execution und Immiſſion in unſerem Nahmen und an unſer Statt, nach Innhalt der Urtheil ungeſaumt verrichten und vollziehen, und ſich daran des Impetraten darwider etwa beſchehenden Einred und Oppoſition nichts hindern noch irren laſſen, ſondern den Beklagten ſub pœna Conſtitutionibus inſerta von allen Thätlichkeiten und Renitenz abmahnen; auch auf den fernern Ungehorſams-Fall gehörigen Ernſt dargegen gebrauchen und fürnehmen. An dem thuet und vollziehet Dr. A. ein rühmliches gutes Werck, ſo zu Beförderung der heilſamen Juſtitz, uns benebenſt auch zu angenehmen gnädigſten Gefallen gereichet, dero Wir mit Kayſerlichen Gnaden und allem Guten wohlgewogen verbleiben. Wien den 17. Aug. 1661.

Dem Ehrwürdigen Chriſtoph Bernharden, Biſchoffen zu Münſter ꝛc. Unſerm Fürſten und lieben Andächtigen ꝛc.

Num. VII.

Art. 4. §. 36. Inſtrumenti Pacis Weſtphalicæ.

Vidua Domini Erneſti, Comitis Saynenſis reſtituatur in eam poſſeſſionem arcis, oppidi & præfecturæ *Hachenburg cum pertinentiis, ut & pagi Bendorf*, in qua fuit ante deſtitutionem, ſalvo tamen jure cujusque.

Art. 17. §. 6.

Veruntamen, ſi neutro horum modorum intra ſpatium trium annorum terminetur controverſia, teneantur *omnes & ſinguli hujus tranſactionis Conſortes* junctis cum parte læſa con-

conſiliis viribusque *arma ſumere* ad repellendam injuriam a paſſo moniti &c.

So weit gehen die Anno 1742. neu hinzugekommene Beylagen; der kurtze und wahrhafte Bericht ſelbſt aber lautet alſo:

Es iſt von Herrn Graf Chriſtian von Wittgenſtein und deſſen Adhærenten, inſonderheit deren Sachwalteren, mit groſſer Vehemenz hin und wieder ausgeſprenget worden, als ob bey der von der Römiſchen Kayſerlichen Majeſtät erkannten, und Ihrer Hochfürſtlichen Gnaden zu Münſter, als conſtituirten Commiſſario vollzogener Execution, die Reſtitution Altenkirchen, und anderer in Kayſerlichem Urtheil benandter Oerter betreffend, viele und grobe Exceſſus, dergleichen im Römiſchen Reich faſt keine erfahren oder gehöret, verübet worden ſeyen, indem man ſie erſtlich, die Herren Grafen von Wittgenſtein, allzuſehr übereilet, und weder zu Deducirung ihrer Rechten, noch nöthiger Communication mit ihren Agnaten einige Zeit vergönnet.

Zweytens vor die des Orts eingebrachten Meliorationen nicht die geringſte Entgeltung oder Satisfaction gethan.

Drittens ohne einigen Reſpect ihrer Perſon oder Anverwandnüß, auf einmahl zu dem Land hinaus gejaget hätte, und was dergleichen Land- und Reichskündigen Unwahrheiten mehr, durch welche ſie bey vielen, ſo nicht genugſam von dem Actu informiret, eine unzeitige, und gantz unverdiente Commiſeration erwecken, ihnen einen freyen Zutritt machen. Hingegen aber den Sayniſchen Intereſſenten einen præjudicirlichen Nachklang verurſachen.

Wiewol man nun an Sayniſcher Seiten dergleichen Imputationes von ihnen zu dulten faſt gewohnet, auch zum Theil die Unart zu ſchreiben und zu reden, eines und anders, ſo wieder ſie in dieſer Succeſſions-Sache ſich gebrau-

chen laſſen, bekannt iſt, und alſo Bedenckens getragen, ſolche einer Widerlegung zu würdigen, ſondern dabey die Hoffnung gehabt, daß wann hochgedachter Herr Commiſſarius Ihrer Fürſtlichen Gnaden zu Münſter das bey der Commiſſion aufgerichtete Protocoll Ihrer Kayſerlichen Majeſtät zugeſendet, und dadurch den Verlauff der Execution entdecket hätte, ſolch läſterlich Geſchrey alsdann von ſich ſelbſt verſchwinden und zergehen würde.

So iſt man doch, nachdem des Gegentheils Gemüther allzuſehr, und dergeſtalt erhitzet und verbittert, daß ſie nicht allein die Sayniſche zu diffamiren, ſondern auch gar Hochgemeldten Herrn Commiſſarium und deſſen Subdelegirte, eines ungeziemlichen Verfahrens unverſchämt und böslich zu bezüchtigen, keinen Scheu tragen, Sayniſchen Orts genöthiget worden, den Actum Executionis mit unverwerflichen Documentis kürtzlich und bloß, wie er ſich in facto verhält, mit dieſem Druck am Tag zu geben, und dadurch zugleich zu publiciren, daß offtgemeldte Wittgenſteiniſche nicht meliori fide in relatione dieſer, als auch anderer Sachen handeln und verfahren;

Und zwar iſt es an dem, daß nachdem, wie Reichskündig, dieſe Streitigkeit in die 20. Jahr geſchwebet, und in ſummis Imperii Judiciis ventiliret worden, endlich Anno 1661. ein Kayſerlich Pœnal Mandat ergangen, Krafft deſſen die Herren Grafen von Wittgenſtein Ihrer Fürſtlichen Gnaden, Frauen Johannettä, verwittibter Landgräfin zu Heſſen, und Frauen Erneſtinä, vermählter Gräfin zu Manderſcheid, die abgenommene Schloß, Stadt und Amt Altenkirchen zu reſtituiren auferlegt worden.

Und als ſie, die Herren Grafen von Wittgenſtein, gleich wie den vorigen von der abgelebten Römiſchen Kayſerlichen Majeſtät, in eben dieſer Sache ausgelaſſenen Mandaten nicht nachgelebt, ſondern daſſelbe, wie auch das den drit-

ten

ten Martii ejusdem Anni darauf erfolgtes und eröffnetes Paritori-Urtheil verächtlich hindan geſetzt, und keine Parition in termino præfixo erwieſen, ſondern vielmehr bey ihrer ergriffener Detention ſich de facto und mit Gewalt zu manuteniren bemühet, eine andere weitere Paritoria, nach reiffer der Sachen Erwegung den 17. Auguſti ejusdem Anni erkennt und eröffnet, und damit ſolches zur Würcklichkeit gebracht und vollzogen würde, Ihrer Hochfürſtlichen Gnaden dem Herrn Biſchoff zu Münſter Commiſſio ad exeqnendum & immittendum aufgetragen, auch zugleich an Ihro Churfürſtliche Durchlaucht zu Pfaltz, damit dieſelbe ſolcher in Verrichtung dieſer Commiſſion keine Hinderung thun, noch den Herrn Grafen von Wittgenſtein Aſſiſtenz leiſten ſolle, reſcribirt worden.

Dieſes ihres erlangten Rechtens nun ſich zu gebrauchen, haben des Herrn Hertzogs zu Weimar Fürſtliche Durchlaucht, und des Herrn Grafen zu Manderſcheid Gräfliche Gnaden, reſpective in Ehe-Vogts und Vormunds Nahmen, Ihrer Hochfürſtlichen Gnaden zu Münſter die Kayſerliche Commiſſion gebührlich inſinuiren, und ſie um derer Unternehmung und Vollziehung inſtändig erſuchen laſſen. Jedoch ſolche zur Würcklichkeit eher nicht als in Martio, und alſo nach Verflieſſung eines halben Jahres bringen können.

Währender welcher Zeit die Wittgenſteiniſche und deren Adhærenten, ſowohl am Kayſerlichen Hof, als auch bey Hochgemeldter Ihro Fürſtliche Gnaden Herrn Commiſſario inhibitoriales & revocatorias auszuwürcken, oder doch zum wenigſten die Execution von einem Monath zum andern zu retardiren, und zu verhindern emſig, und unausſetzlich (wie bekannt) geſuchet, welches man Sayniſchen Theils müſſen geſchehen laſſen. Jedoch als in einer gerechten Sache, die Hoffnung gehabt, es würden die Römiſch-

miſch-Kayſerliche Majeſtät dero Judicatum in die Länge nicht eludiren, noch auch Hochgemeldter Ihrer Fürſtlichen Gnaden die deroſelben zu unterthänigſten Ehren übernommene Commiſſion unvollzogen laſſen, ſich auch immittelſt aller Thätlichkeit enthalten, und dem Gegentheilen in keine Wege, weder durch öffentliche noch heimliche Beleidigungen zu klagen Urſach gegeben, ſondern vielmehr zu Verhütung beſorgender Unruhe im Lande, auch eigener Ungelegenheit der Herren Grafen von Wittgenſtein, aus wohlgemeinter Sorgfalt, ſie, die Herren Grafen unterſchiedlichemahl, und noch wenig Zeit vor der Execution, wie die Beylag ſub Lit. A. ausweiſet, zur ſchuldigen Parition, und gütigen Accommodation erinnert, und gleichſam gebetten, auch darbey ſein zu ihnen wohlgeneigtes Gemüth mit einer anſehnlichen Offerte zu erkennen gegeben, mit was für Danck aber ſolches angenommen worden, und mit was für ungeziemenden Worten Herr Graf Chriſtian den deswegen abgeſchickten Secretarium abgewieſen, iſt ohne Beſchämung nicht zu erzehlen.

Es ſeynd alſo die Herren Grafen von Wittgenſtein auf ihrer Halsſtarrigkeit verharret, haben die Kayſerliche Urtheil deſpectiret, alle treue Vermahnungen und Warnungen hindan geſetzt, und hingegen zur thätlichen Oppoſition mit allem Ernſt Anſtalt gemacht.

Dahero dann endlich Ihro Hochfürſtliche Gnaden zu Münſter die Commiſſion werckſtellig zu machen, Herrn Matthiam Korff, genannt Schmiſingen, Dom-Küſtern und Capitular, Herrn Bernarden von Widenbrück, beyde dero geheime Räthe und reſpective Hof-Richtern und Hof-Rath ſubdelegirt und abgeſchickt, ſolches durch ein öffentliches in Druck gebrachtes Patent publiciren und anſchlagen laſſen, auch zugleich an die Herren Grafen von Wittgenſtein, daß ſie den 23. Febr. zu Marienſtadt erſcheinen,

und

und Publicationi Commiſſionis beywohnen ſolten, geſchrieben.

Den 22. Februarii langten jetztgemeldte Herren Subdelegirte zu Hachenburg glücklich an, und empfiengen noch ſelbigen Abend ein an Ihro Hochfürſtliche Gnaden zu Münſter, von Herrn Graf Chriſtian von Sayn und Wittgenſtein abgelaſſenes Schreiben, des Inhalts: Es hätte der Chur-Pfältziſche Abgeordnete zu Wien allbereit vor 14. Tagen berichtet, wie die Römiſch-Kayſerliche Majeſtät dem Herrn Reichs-Vice-Cantzlern in der Sayniſchen Sache weiter nicht zu verfahren, auch daß ſie, Ihro Hochfürſtliche Gnaden mit der Execution inne halten ſollten, befehliget, und wollte er, der Herr Graf, dem nach hoffen, Sr. Hochfürſtl. Gnaden würden dem alſo nachkommen.

Wie aber weder vor-wohlgedachte Herren Subdelegirte, noch auch die Sayniſche, von dieſem keine Nachricht gehabt, alſo haben ſie auch zu Fortſetzung der Commiſſion in præfixo termino nach Marienſtadt, als denominirten Commiſſions-Platz, Morgends Vormittag ſich erhaben, in Hoffnung, es würden die Herren Grafen von Wittgenſtein ſich der Gebühr nach eingefunden haben. Sie warteten aber den gantzen Tag vergeblich, und kam von den Wittgenſteiniſchen niemand, auſſer ein Bedienter, welcher mit dieſem Befehl hingeſchickt worden: Er ſollte ſehen, ob die Herren Subdelegirte des Orts angelangt, und was es für Leute eigentlich ſeyn möchten: So ſie zur Stelle, ſollte er ihnen andeuten, daß wann ſie, ſeine Herrſchafft gewußt hätte, daß die Herren Commiſſarii da wären, würden ſie entweder ſelbſten, oder durch jemanden anderſt ſich anmelden haben laſſen.

Hingegen hielten die Sayniſche Gevollmächtigte um Publication der Commiſſion inſtändig an, wiewohl vergebens, weil die Herren Subdelegirte den Terminum compa-

rendi

rendi auf den 25. prorogirten, und die Herren Grafen von Wittgenſtein durch ein höfliches Schreiben, ſolchen zu beobachten, erinnerten.

Dieſe erſchienen den Tag ſo wenig als den vorigen, ſchickten jedoch ein Schreiben an ihre Statt ein, darinn ſie ſich über die Kürtze der Zeit, und Mangel qualificirter Leute beklagten, und Prorogationis Prorogationem baten.

Hierüber accuſirten die Sayniſche Gegentheils Contumaciam, und urgirten, daß endlich mit Publication der Commiſſion, und was ſonſten dieſelbe mit ſich führete fortgefahren, und werckſtellig gemacht werden möchte: maſſen auch geſchehen, daß nechſt Verleſung gedachter Vollmacht, Commiſſio ſo wohl, als Subdelegatio publiciret, auch ſo bald darauf die Eingeſeſſene der in Kayſerlicher Commiſſion benannter Städt und Dörffer auf den 27. ejusdem, um ſie des Eydts, damit ſie etwan Graf Chriſtian verwandt geweſen, zu erlaſſen, und daß hinführo niemand als Seine Durchlaucht zu Sachſen, und Gräfliche Gnaden zu Manderſcheidt reſpective in Ehe-Vogts und Vormunds Nahmen, ꝛc. für ihre Herrſchafft erkennen ſollten, zu bedeuten, eingeladen worden.

Nichtweniger antworteten auch die Herren Subdelegirte Herrn Graf Chriſtian auf ſein vorgemeldtes Schreiben folgender Geſtalt: daß, weil er abermahl auf geſchehene Einladung nicht erſchienen, ſie aber die Execution auch länger nicht aufſchieben, noch ſich, laut Kayſerlicher Commiſſion, deren Copiam ſie beygeſchloſſen, darinn hindern noch irren laſſen könten, als wollten ſie, nach nunmehr geſchehener Publication dero Kayſerlichen Commiſſion, Ihnen Herren Grafen nochmahlen, und zum Uberfluß den 28. ejusdem pro termino peremptorio angeſetzt, und offt-Allerhöchſt gemeldter Kayſerlichen Commiſſion entweder gehorſamſte Folge und Parition zu leiſten, oder aber,

ob ſie den gehörigen Ernſt lieber abzuwarten gemeinet, ſich zu reſolviren erinnert haben, und ſie erklåreten ſich dann alſo, oder nicht, ſo wůrden ſie, die Herren Subdelegirte, nicht geůbrigt ſeyn können, nach Laut und Innhalt der Commiſſion ferner zu verfahren, und gehörigen Ernſt an Hand zu nehmen.

Dieſe Remonſtration und Einladung fand eben ſowol keinen Platz, und ſchiene, daß gemeldte Herren Grafen nur mehr erhårtet und verbittert wurden. Allermaſſen ſie den Münſteriſchen Trompeter und Notarium, welche gemeldte Citation, wie in den andern Orten geſchah, inſinuiren und affigiren wollten, durch den Pfålziſchen Officier mit groben und unverſchåmten Worten abweiſen, daß des Orts niemand als ihro Chur-Fürſtliche Durchlaucht zu Heidelberg zu commandiren håtte.

Auch dabenebſt die Unterthanen theils mit Betrohungen, theils mit Vertröſtungen auf einen ſtarcken Pfålziſchen und auslåndiſchen Succurs von ſchuldiger Parition abhielten.

Uber ſolche Bezeigung nun beſchwerten ſich die Sayniſche, wie billig, zum höchſten, vermeinten, es wåre Zeit und Urſach genug, den dem Herrn Commiſſario anbefohlnen Ernſt an Hand zu nehmen: die Herren Subdelegirte aber, als welche in dieſem Negotio ſich ſonderlich gehůtet, denen Herren Grafen keinen Anlaß zu einiger Verunglimpfung zu geben, hielten für genug ſeyn, wann ſie den Pfålziſchen Officier mit Schreiben erinnerten, der Kayſerlichen Parition, und ihrer Hochfürſtlichen Gnaden zu Münſter Executions-Commiſſion ſich långer nicht zu widerſetzen, ſondern die ihme untergebene Völcker ſo bald abzuführen, und den Ort zu quittiren, oder aber gewårtig zu ſeyn, daß man ihn mit Ernſt hierzu brächte: Ingleichen, daß ſie den Unterthanen nochmalen

einen

einen terminum Paritionis præfigirten, der Zuverſicht, ſie, die Wittgenſteiniſche ſich endlich eines beſſern beſinnen, und ſchuldige Folge leiſten würden, gieng alſo beſagtes Schreiben an den Pfälziſchen Officier, wie auch die abermahlige Citation an die Unterthanen ab.

Der Officier antwortete: Er lieſſe ihm von niemand anderſt als von ihro Churfürſtl. Durlaucht zu Heydelberg Ordre geben.

Die beyde Herren Grafen von Wittgenſtein aber befahlen denen Unterthanen bey hoher Straff, daß an dem Tag auf den ſie zu Marienſtadt zu ſeyn, und Publicationem Commiſſionis anzuhören citirt wären, ſie Palliſaden hauen, herbey fahren, und um Altenkirchen ſetzen ſollten, lieſſen auch Munition holen, die Schießlöcher ſo bey keiner Kriegs-Zeit offen geweſen, räumen, inſonderheit aber Herr Graf Chriſtian ſich gantz zornigen Weiſe vernehmen, daß er den Ort nicht lebendig quittiren wollte, und ware alſo alle Hoffnung zu einer gütlichen Accommodation entzogen.

Dieſemnach immittirten die Herren Subdelegirte ihro Hochfürſtliche Durchl. zu Sachſen-Weymar, und Hoch-Gräfliche Gnaden zu Manderſcheidt, in Ehe-Vogts und Vormunds Nahmen per Decretum, mit Befehl, daß die eingeladene Unterthanen biß zu weiterer Entſcheidung in den reſervirten Petitorio ſolche vor ihre Herrſchaft erkennen und reſpectiren ſollten, welches Decret publicirt, und an gebührlichen Orten inſinuirt worden.

Weil nun hiedurch jetzt-Hochgedachte ihro Durchl. zu Sachſen, und Hoch-Gräfliche Gnaden zu Manderſcheid zugleich damit Macht gegeben, und erlaubt war, ſich bey ſolcher erlangten Wiedereinſetzung entweder durch öffentliche Anruffung der Kayſerlichen Majeſtät ſelbſten und den Reichs-Fiſcal, in den verpönten Verbrechungs-

Fällen oder andern ihnen Krafft der heilſamlichen Reichs-Satzung, und ſonſten jüngſte Kayſerliche Wahl-Capitulation erlaubte Mittel zu manuteniren und zu handhaben.

Und ſich dahero die Herren Grafen von Wittgenſtein befürchteten, daß man ſich an Sayniſcher Seiten deſſen etwa gebrauchen, und ſie mit Gewalt (wie mann auch wohl gekönnt, aber niemals gewollt) zur Schuldigkeit bringen würde, haben ſie ihnen endlich belieben laſſen etliche Deputirte zu denen Herren Subdelegirten zu ſenden, als Doctorem Martinum Kühe nebſt noch zweyen andern, zwar unter dem Schein einer Parition, aber doch zu keinem andern Ende, als nur die Execution zu retardiren, und den Sayniſchen mehrere Ungelegenheit zu machen.

Sie bezogen ſich auf das Anfangs von Herrn Graf Chriſtian an die Herren Subdelegirte gethane Schreiben, und überreichten vidimirte Copiam eines Briefs, ſo Herr Andreas Neumann an Herrn Graf Chriſtian gethan, und ſchließlichen alſo lautete:

> **Weil man hier die Sache ſo weit gebracht, daß dem Herrn *Vice*-Cantzler anbefohlen worden nichts zu unterſchreiben, ſo in dieſer Sachen *decreti*rt werden möge.**

Verieffen ſich übrigens auf die Herrn Agnaten, mit welchen ſie zuvor communiciren müſten, inſonderheit aber auf das Inſtrumentum Pacis, Vermöge deſſen dergleichen Commiſſion einem Evangeliſchen mit aufzutragen geweſen wäre, trotzten darneben auf Chur-Pfalz als ihren Lehen-Herrn, und in ſpecie vermeinten ſie Herrn Graf Ludwig Albrechten von der Sach gar zu ſepariren, unter dem Vorwand, daß weilen er mit dem Spolio

nichts zu thun gehabt, er auch in Paritoriis nicht mit begriffen ſey.

Insgeſamt aber gaben ſie vor, könten ſie, die Herren Grafen, zu keiner Reſtitution angehalten werden, es ſey dann wegen der Melioration ihnen Satisfaction geſchehen.

Solche Exceptiones nahmen die Herren Subdelegirte ſchrifftlich an, und communicirten ſie den Sayniſchen Deputirten, die ſo bald, doch cum Proteſtatione folgender maſſen kürtzlich replicirten:

Es wäre dieſe eine per viam ordinariam Juris abgeurtheilte Sache, deren Execution ihrer Hochfürſtliche Gnaden zu Münſter allein aufgegeben ſey. Das Inſtrumentum Pacis könte ſolche nicht hindern, als das in loco citato nur de Commiſſionibus extraordinariis, in welchen etwa Cognitio Cauſæ aufgetragen würde, und das Intereſſe Religionis, welches hiebey nicht waltete, in Conſideration käme, redete: Die Commiſſio gienge blos auf Executionem, wäre billig daß die Herren Subdelegirte in deren Terminis blieben, und dermaleins vollzögen.

Des Wittgenſteiniſchen Agenten, Herrn Andreæ Neumanns, Troſtſchrifft, wäre ſehr zweilffelhafft, man kennete deſſen Indolem, und wie er jederzeit befliſſen, in detrimentum der Sayniſchen Erb-Töchter ein anders zu rathen und zu ſchreiben, als er ſelbſten wüſte. Wann Inhibitoriales ergangen, würde er ſie ſchon längſt ausgewürcket, und ſolenniſſime inſinuiren haben laſſen.

So hätten die Wittgenſteiniſche Agnati mit dieſer Sache nichts zu ſchaffen, und wäre ihrer Churfürſtlichen Durchlaucht zu Heydelberg Intention und Suchen, am Kayſerlichen Hof allbereit der Gebühr nach begegnet worden, Herr Graf Ludwig Albrecht aber konte ſich gar und zumahl nicht ſepariren, oder frey machen, als wel-

cher derer in Mandato Reſtitutorio begriffener Oerter participiret, und alſo in pari Culpa & Cauſa der Execution unterworffen.

Von der Melioration wollten ſie nichts gedencken, weil es weder de tempore noch loco, allermaſſen ſonſt Weltkündig, daß die Herren Grafen von Wittgenſtein in die Grafſchafft Sayn nichts gebracht, vielweniger ſie gebeſſert, aber wie am Tag, leider mehr als zu viel deteriorirt hätten. Wann ſie juxta Mandatum zuförderſt ablata reſtituirt, könte nachmals von dieſer Sache weiter gehandelt werden.

Und baten ſchließlich, daß, wie dieſe Commiſſion bloß ad exequendum und gar auf keine Cognition gerichtet, alſo auch die Herren Subdelegirte ſolcher ſtricte inhæriren, und ſie würcklich vollziehen wollten.

Ob nun ſchon, wie zuvor gerühmet, wohlgemeldte Herren Deputirte ſich ſonderlich befliſſen, die Herren Grafen von Wittgenſtein mit aller Raiſon zum Gehorſam zu bringen, und zu dem Ende mit Uberſchickung deſſen was die Sayniſche replicirt, ſie nochmahls durch ein ausführliches bewegliches Schreiben von fenerer Renitenz abzuſtehen, und auch ſchuldiger maſſen Parition zu thun und zu leiſten erinnerten, wollte es bey ihnen doch nichts verfangen, begehrten immerfort noch mehrer Zeit, ingleichen Satisfaction vor die Melioration und was dergleichen mehr, ſo ſie in ihren vorgemeldten Exceptionen angebracht.

Und weil ſie eben des Tags noch eine Pfälziſche Compagnie Reuter zum Succurs in die Stadt bekamen, meyneten ſie nunmehro gantz unüberwindlich zu ſeyn, wurden auch ſo kühn, daß ſie Partheyen ausſchickten, den Sayniſchen Bedienten aufpaſſen, Bauren gefänglich

mitführen, und die Unterthanen mit Erlegung unaufbringlicher Gelder exagitiren lieſſen.

Dahero dann endlich offt-wohlermeldte Herren Subdelegirte, als die ſolchem länger nachzuſehen gefährlich hielten, von allem ihro Hochfürſtliche Gnaden zu Münſter berichteten, und der Herr Dom-Küſter, Herr von Schmiſing den 3. Martii in Perſon zu deroſelben, um, wie dem Werck ein End zu machen, Befehl einzunehmen, ſich erhobe.

Damit aber aller weiterer Ungelegenheit deſto balder vorkommen werden möchte, erſuchte der Herr von Weydenbruck ihro Churfürſtliche Durchlaucht zu Cölln, wie auch ihre Churfürſtliche Gnaden zu Trier, um Herleihung etlicher Geſchütz, Munition und Völcker, welche ſolche auch gnädigſt bewilligten, und in begehrter Anzahl überſchickten.

Die Sayniſche hielten ſich immittelſt gantz ſtill und ruhig, und ob ſie ſchon ohne ausländiſche Hülffe ſolche Unruhe gar leichtlich dämpffen, und den Ort propriis Viribus recuperiren können, tentirten ſie dazumal nichts, ſondern lieſſen ſich daran genügen, daß ſie etliche von den Wittgenſteiniſchen Bedienten ſo ſich der Herren Subdelegirten Decretis allzukühn opponirten, und die Unterthanen mit Forderung der Contribution allzu unbarmhertzig plagten, aus dem Mittel nahmen, und nacher Hachenburg führten, da ſie doch nach wenig Tagen ohne einige Straffe erlaſſen worden.

Wie nun die Herren Wittgenſteiniſche vermerckten, daß die Reflexion auf ihr Pochen gar gering, und die Nachricht erlangt, wie der ihnen ſchon längſt getrohte und von ihnen verachtete Ernſt vor der Thür wäre, haben ſie wieder ihre vorige Ausflüchte geſucht, und durch vermahlige Schreiben die Execution zu hemmen und

zu

zu hintertreiben ſich bemühet, indem ſo wohl die Herren Grafen als auch Chur-Pfalz ſelbſt, an die Herren Subdelegirten eines abgehen lieſſen, darinnen deſſen Durchlaucht begehrten, daß ſie, die Herren Subdelegirte mit Fortſetzung der Commiſſion, als welche per ſub & obreptionem erlangt, und deren Inhibition von Kayſerlicher Majeſtät allbereit reſolvirt wäre, einhalten ſollten, allermaſſen ſie auch zu dem Ende ihren Regierungs- und Hofgerichts-Rath Doctor Schreibern, zu des Herrn Biſchoffs zu Münſter Hochfürſtliche Gnaden abgefertiget hätte.

Die Herren Grafen von Wittgenſtein aber in dem ihrigen ſich zum hefftigſten beſchwehrten über das gar zu ſchnelle Verfahren, und daß die Sayniſche etliche von ihren Bedienten eingezogen hätten, darwider ſie den Bartolum, Baldum und Wurmſerum allegirten, und kurtzum begehrten, ſolche alſobald wiederum auf freyen Fuß zu ſtellen, und ſich aller Thätlichkeit zu enthalten.

Beyde wurden ſobald beantwortet; der Chur-Pfälziſche Abgeſandte von ihrer Hochfürſtlichen Gnaden zu Münſter dahin: ſie hätten des Herrn Churfürſten Durchlaucht die Execution lang genug zu Gefallen differirt, nunmehro wäre nicht mehr Res integra, und müſten ſie dermahleins der Commiſſion ein Genügen thun.

Dem Herrn Grafen von Wittgenſtein aber begegnete der Herr Subdelegirte folgender Geſtalt: Es wunderte ihn, wie ſie, die Herren Grafen, ſich über einige Ubereilung beklagen möchten, da es doch ein halbes Jahr daß die letzte Paritoria erkannt, und ſeinem gnädigſten Fürſten und Herrn die Commiſſion aufgetragen worden, und ſie alſo Zeit genug gehabt, Inhibitoriales auszuwürcken, und mit ihren Agnatis zu communiciren: Erinnerte

ſie nochmahls ſich den Rechten zu unterwerffen, und ſchuldiger maſſen zu pariren.

Wiewohl nun denen Herren Wittgenſteiniſchen dergeſtalt alle Hoffnung die Execution länger zu hintertreiben, benommen ward, auch der ſubdelegirte Herr von Weydenbrück, ihnen abermahls die Gefahr, in der ſie ſich durch ihre beharrliche Oppoſition ſetzen würden, weitläufftig für Augen ſtellete, und wie nunmehro von ihnen nichts beſſers zu wehlen, als ſich dem Kayſerlichen Urtheil zu ſubmittiren, begehrte ihrer keiner doch den Ort zu quittiren, berieffen ſich auf Chur-Pfalz und ihre eingegebene Schrifft, und wie dieſelbe vorhero, alſo auch damahlen beweglich erzehlet, daß ſie denen Chur-Pfälziſchen Völckern zu Pferd und zu Fuß, als welche von ihro Churfürſtlichen Durchlaucht zu Pfalz immediate nach Altenkirchen geſchickt worden, nicht befehlen könnten. Wie fein aber dieſelbe mit dieſem Vorgeben beſtanden, und wie daſſelbe deme vom Chur-Pfälziſchen Abgeſandten zu Münſter gethanen Vortrag contrariire, iſt aus dem von ihro Fürſtlichen Gnaden zu Münſter, unterm dato Saſſenberg den 12. Martii 1662. kund worden, indem gemeldter Chur-Pfälziſche Abgeſandter die Pfälziſche Völcker nicht zu Hemmung der Execution, ſondern weil Graf Chriſtian einigen Gewalts (wiewohl ohne Urſach) befahren zu ſeyn angegeben, nacher Altenkirchen beſchicket ſeyn, verſichert hat, biß ſie die gewiſſe Nachricht erlangt, daß ihro Hochfürſtliche Gnaden zu Münſter ein anſehnliches Volck zu Roß und zu Fuß die Execution mit Ernſt zu vollziehen, und den Crayß, wie ihro als einem Hochlöblichen Crayß-Fürſten oblege, von denen eingedrungenen Völckern zu erledigen, und zu ſchützen beordern laſſen, und ſolche im March begriffen. Man ihnen auch über das die Völcker, Geſchütz

und

und Feuer-Mörſel vor das Geſicht geführt, und da der Ort ſo beſchaffen war, daß ſie des Ernſts gar nicht erwarten dörfften, zumahl da die Burgerſchafft ſich zu keiner Gegenwehr verſtehen, ſondern gegen die Herren Grafen vernehmen lieſſen, daß ſie durchaus der Römiſch-Kayſerlichen Majeſtät, als ihres allerhöchſten Oberhaupts Urtheil und Befehl ſich nicht widerſetzen, ſondern ihm, Herrn Grafen Chriſtian, alle entſtehende Ungelegenheit zu verantworten anheim geſchoben haben wollten. Da ſie dann die Furcht eines übeln Ausgangs anzukommen begunnte, und Herr Graf Wilhelm zu Salms-Greiffenſtein mit dieſer Erklärung zu dem Herrn Subdelegirten, wie auch Jhro Fürſtliche Durchlaucht zu Sachſen, und Hoch-Gräfliche Gnaden zu Manderſcheidt heraus ſchickten, daß, wann ihnen noch etliche Tag Friſt gegeben würden, die Pfältziſche Völcker nach Verflieſſung deren abmarchiren ſollten.

Dieſes nahm der Herr Subdelegirte, Hochgedachte Jhre Fürſtliche Durchl. und Hoch-Gräfliche Gnaden mit ſonderbarer Freundlichkeit an, und ſchoben ihren Einzug den Tag noch auf.

Als ſie nun den folgenden Tag ſolchen fürnahmen, kam jetztgemeldter Herr Graf abermahl, und begehrte über vorigen noch einen Tag, ingleichen eine große Anzahl Geſchirr zu Abführung der Pfältziſchen Bagage, dieſes wurde auch willfahret, jenes aber abgeſchlagen.

Zogen demnach den 19. Martii die Pfältziſche Völcker zu Roß und zu Fuß aus, die unter der Conducte des Herrn Subdelegirten aber in die Stadt Altenkirchen, und ließ Herr Graf Chriſtian eodem dem Herrn Subdelegirten zwar andeuten, wie er geſinnet ein Tag oder vier zu verreiſen, verblieb aber nichts deſtoweniger mit den Seinigen im Schloß daſelbſten.

Darauf nun erhobe ſich Wohlgedachter Herr Subdele-

girter in die Stadt, eröffnete daſelbſten der Burgerſchafft die Commiſſion, erlieſſe ſie der Wittgenſteiniſchen Pflicht, und verwieſe ſie an die Sachſen-Weimariſche und Manderſcheidiſche, welchen ſie gantz willig und mit Freuden den gewöhnlichen Eyd leiſteten.

Hingegen erſchienen die vorgemeldte Wittgenſteiniſche Deputirte, repetirten ihr vorig Gravamen wegen der Melioration, und thäten noch dieſe Poſtulata hinzu:

1. Daß ſie, die Herren Grafen von Wittgenſtein, das Reſidenz-Hauß noch eine Zeitlang einbehalten möchten.

2. Genugſame Fuhr ihre übrige Sachen noch weg zu führen.

3. Die Ausfolgung und Einerndtung der ausgeſäeten Früchten.

Auf das erſte und andere erklärten Jhro Fürſtliche Durchlaucht zu Sachſen, und Gräfliche Gnaden zu Manderſcheidt, daß ſie, die Herren Grafen, noch fünff Tage im Schloß verbleiben möchten, und dann, ſo viel die Fuhr anlangt, ihnen mit ſo viel als ſie nöthig, an Hand gehen zu laſſen.

Den Punctum Meliorationis aber, und dann die Einerndtung der Frucht, wollten ſie Deciſioni Cæſareæ und Juri communi untergeben.

Folgenden Tages den 20. erſchienen die contumaciter ausgebliebene, und in der Kayſerlichen Commiſſion benandter Städt und Dörffer eingeſeſſene Unterthanen, huldigten gewöhnlicher maſſen Jhro Fürſtliche Durchlaucht Frauen Iohannettæ, Hertzogin zu Sachſen, als einer gebohrnen Erb-Tochter der Grafſchafft Sayn, ingleichen Jhro Hoch-Gräfliche Gnaden Graf Maximilian Johann Ferdinand, Grafen zu Manderſcheidt und Blanckenheim, als einem gebohrnen Grafen zu Sayn, wie auch nachgehends Jhrer Fürſtlichen Durchlaucht dem Herrn Hertzogen

zu Sachſen-Weimar, als Adminiſtratori, und Jhrer Hoch-Gräflichen Gnaden zu Manderſcheidt, als Vormunderen, in Beyſeyn offtgemeldten Herrn Subdelegirten. Wobey noch dieſes zu melden, daß, als Jhre Fürſtliche Durchlaucht und Hoch-Gräfliche Gnaden ihre Fouriers um etliche Logiamenter darinn ſie ſich bis der Actus vollzogen, aufhalten konnten, in der Reſidentz zu aptiren voran geſchickt, Herr Graf Chriſtian, welchen, wie er dem Herrn Subdelegirten andeuten laſſen, den Ort allbereit quittirt zu haben man vermeynet, ſich wieder herfür gethan, deswegen gewaltig ereiffert, und dem Herrn Subdelegirten ſo ſich in der Stadt aufhielte, andeuten laſſen, er ſollte ſolcher Ungelegenheit ſteuren, wo nicht, wollte er ſelbſt in eigener Perſon zu ihm kommen.

Worauf die Sayniſche Deputirte ſo bald befohlen, in kein Logiament darinn die Herren Grafen, dero Kinder und Frauenzimmer wäre, einzudringen, ſondern nur etliche wenige vor die Herrſchafft zu bequemen, allermaſſen dann auch geſchehen.

Und iſt Herr Graf Ludwig Albrecht nicht allein denſelben Tag als der Actus vollzogen worden, ſondern auch noch über zehen Tage hernach mit ſeiner gantzen Hofſtaat in der Reſidentz verblieben. Herrn Graf Chriſtians Kinder ſind auch noch etliche Tage daſelbſt verharret, und hätte man wohl mögen leiden, daß Herr Graf Chriſtian dergleichen gethan, aber es iſt derſelbe in der Nacht vorher einem kleinen Thürlein durch, welches er Anno 1643. den 27. Januarii dem von Jhro Fürſtlichen Gnaden zu Heſſen-Darmſtadt als Ober-Vormund, und der Gräflichen Frau Wittib zu Sayn, als Mit-Vormunderin dero Frauen Töchtern beſtellten Sayniſchen Rath und Amtmann der Grafſchafft Sayn, Johann Bircken, als derſelbe in Vormundſchafft Nahmen allda ein- und ausgefüh-

ret worden, mit der Hand hinaus führen laſſen, heimlich hindurch, und davon gewiſcht.

Was ſonſten die Herren Grafen vor der Immiſſion nicht wegführen laſſen, und zurück geblieben, iſt ihnen allzumal ohne Aufenthalt auch des allergeringſten gefolget worden, allermaſſen aus Herrn Graf Chriſtian Hofmeiſters Schreiben ſub Lit. B. erhellet.

Man wäre zwar Sayniſcher Seiten in dieſem eines andern befüget geweſen, weil Herr Graf Chriſtian tempore Occupationis die Reſidentz nicht leer befunden, und bey dieſer Reſtitution wohl eine Vindication hätten anſtellen können.

Aber es haben Hochgedachte Ihre Fürſtliche Durchlaucht und Hoch-Gräfliche Gnaden ſich auch hierinn überwunden, und noch zur Zeit lieber darauf verzeihen, als den Herrn Grafen von Wittgenſtein zu querelen Urſach geben wollen, ohnerachtet die Herren Wittgenſteiniſche ſich dieſer hohen Diſcretion faſt allzuſehr mißbrauchet, und gar nicht nach Schuldigkeit erkandt, indeme ſie, die Herren Grafen, vor ihrem gäntzlichen Abzug, und als die Reſtitution ſchon vorgangen, in dem Schloß auch was Nagelfeſt, ausgeriſſen, Stühl und Bänck, Garten-Gewächs und was nur aufzupacken geweſen, weggeführt, und das Schloß dergeſtalt verwüſtet, und verſtellen laſſen, daß es mehr einem Stall als Gräflichen Reſidentz ähnlich verblieben.

Inſonderheit aber iſt zu verwundern, und kan man Sayniſchen Orts auch nicht erdencken, was es vor Meliorationen ſeyn, und worinnen dieſelbe beſtehen, ſo, wie Anfangs gedacht, der Herr Graf Chriſtian noch darzu zu prætendiren ſich anmaſſe. Dann was ſein angefangen Gebäu vor eine Arbeit, wie fein ſie das Schloß zieren, wie beſtändig ſie ſeyen, und was für groſſen Schaden und

Nach-

Nachtheil ſie der Reſidentz verurſachet, weiſet das ſub Lit. C. darüber aufgerichtete Inſtrument mit mehrerm aus. Daß er aber etliche Wieſen und Aecker mit Verjagung und Ausrottung gantzer Dörffer ohne Entgeltung, denen nahe anwohnenden Unterthanen abgenöthiget, und zu den Herren-Gütern geſchlagen, deſſen hat noch jeder Ehr- und gewiſſenhaffter Menſch einen Greuel und Abſcheuen.

Die rechtmäßige und angebohrne Sayniſche Herrſchafft haben ſie tanquam rem vitioſam allbereit ſepariret, und bemühen ſich noch täglich, deren veros Dominos, die er, Hr. Graf Chriſtian gantz unbarmhertziger Weiſe daraus verjaget, wieder bey die Hand zu bringen, und ihnen ſolche zu reſtituiren.

Von welchen Wittgenſteiniſchen unbefugten Prætenſionen, und verübten Gewalt-Thaten, und dargegen ſtehendem Sayniſchen Recht, in kurtzen eine weitere und umſtändigere Deduction am Tag kommen wird.

Dieſes iſt man nur mit wenigem zu Hintertreibung und Ablehnung derer zu Verführung gerichteten Imputationen und Diffamationen vorher gehen zu laſſen, genöthiget worden. Wünſchend daß aus dieſer Information ein jedweder Wahrheit liebender Leſer der Wittgenſteiniſchen wider das Hauß Sayn verbitterte, und zu aller Gewalt-That zielende Intention abnehmen, ſie aber, die Herren Wittgenſteiniſche ſelbſt ihres zu Irrthum und Verleumdung gerichtetes Gemüth erkennen, und beſſern mögen.

LIT. A.

COPIA - Schreiben,

Von Ihrer Churfürſtl. Durchl. zu Pfaltz, an Ihro Hochfürſtl. Gnaden Herrn Biſchoffen zu Münſter ꝛc.

Unſern ꝛc. Ew. Liebden werden ſich annoch freundlich er-

erinnern, was wir an dieſelbe am 19. Novembris nechſt-verwichenen 1661. Jahrs in der Sayniſchen Sache ſchrifftlich gelangen laſſen. Gleichwie wir nun darauf dero gewühriger Antwort annoch gewärtig ſeyn, alſo mögen wir Ew. Liebden hiermit ferners nicht verhalten, was Geſtalt wir von Herrn Graf Chriſtian zu Sayn berichtet worden, daß ohnlängſt ein Secretarius von Hachenburg ſich zu Altenkirchen eingefunden, und ihme, Herrn Grafen, von des Hertzogen von Sachſen-Weimar Liebden, und Grafen von Manderſcheidt wegen bedeuten laſſen, daß Ew. Liebden Völcker in Bereitſchafft ſtünden, die Execution zu verrichten, und deswegen ſeine Herren Principalen von ihme Herrn Grafen zu wiſſen begehrten, ob er zu Verſchonung der armen Unterthanen in der Güte abziehen wollte, auf welchen Fall er befehligt, ihme ein hundert Thaler oder fünff auf die Reiſe zu geben.

Nachdem nun nicht allein bey Ihrer Kayſerlichen Majeſtät wir mit beſtändiger Remonſtration unſerer und unſeres Vaſallen Gerechtſam allerunterthänigſt einkommen, und von unterſchiedlichen Chur- und Fürſten unſer rechtmäßiges Petitum Ihrer Kayſerlichen Majeſtät allerunterthänigſt recommandiret, alſo daß wir nunmehr nicht zweifeln, dieſelbe darauf allergnädigſt Reflexion nehmen werden, ſondern auch ohne daß ex Inſtrumento Pacis bekandt, daß in Sachen zwiſchen Evangeliſchen Ständen, auch derſelben Religion zugethane Commiſſarien zu verordnen. Als halten wir obgedachtes Sachſen-Weimariſchen und Manderſcheidiſchen Secretarii Anbringen vor ein bloſes Spargiment, und wollen nicht hoffen, daß Ew. Liebden ſich mit dergleichen Commiſsionen wider das Inſtrumentum Pacis beladen, ſondern geleben vielmehr der freundlichen Zuverſicht, Ew. Liebden in einer ſo gerechten und klaren Sache, gleich von anderen Chur- und Fürſten bereits rühm-

rühmlich beſchehen, ebenmäßig mit der Interceſſion an Ihro Kayſerliche Majeſtät uns freundlich an Hand zu gehen, geneigt ſeyn werden, geſtalt wir dann Sie hiemit darum nochmalen freundlich erſuchen, und dero hinwiederum zu Erweiſung angenehmer Dienſt-Freundſchafft jederzeit bereitwillig verbleiben. Geben Heydelberg den dreyzehenden Tag Februarii Anno 1662.

Die übrigen Beylagen enthalten nichts jetzo taugliches.

Beylage Num. II.

Nachdeme in der im Text angeführten *Deduction* die Hiſtorie dieſes Proceſſes bis auf die vollzogene *Execution* erzählet worden, heißt es ſo dann weiter:

Worwider als der Herr Gegentheil ſub præſentatis den 17. Jul. und 12. Nov. 1662. ſich ſonderlich beſchwert und nochmalen um Reviſion gebeten, mit dem Anführen: Er könnte nicht dafür halten, daß der Römiſch-Kayſerlichen Majeſt. Intention jemals geweßt und noch ſeye, daß man wider ihn, deſſen Brudern und Gemahlin, auch beyder Schweſter und acht lebendiger Kinder, mit Verjagung ins bittere Elend verfahren ſolle; müßte auch nicht irren, daß er und ſein Bruder etwa hiebevor die Poſſeſſion beneben denen Gräflich-Sayniſchen Fräulein nicht apprehendiret, weilen jedoch in ihrer Abweſenheit ihre Vetter, dem gantzen Stamm und deſſen intereſſirten Verwandten zu gut die Poſſeſſion ergriffen: dahero er bitte, ihrer 12. Gräflichen Perſonen kümmerlichen Zuſtand anzuſehen und ihn und ſeinen Bruder hinwiederum zum Genieß der entzogenen Güter zu laſſen.

So iſt darauf am 6. May 1664. unter anderem von einem hochlöblichen Kayſerlichen Reichs-Hof-Rath dergeſtalt decretiret worden: Hat es 1. bey denen am 17. Aug. 1661.

1661. ergangenen Concluſis und inſonderheit der abge-ſchlagenen Reviſion, ſein Bewenden; 2. da er, Graf Chriſtian, facta reali & plenaria reſtitutione, ferner was einzubringen hat, ſtehet ihm, gehöriger Orten ſolches zu thun, bevor.

Woran ſich aber der Gegentheil nicht gekehret, ſondern vielmehr ſub præſ. den 14. Nov. eodem Anno nochmals um die Alimenta und ſumtus Litis innſtändig nachgeſucht. Und weil er durch jetztangeführtes Kayſerliches Decret mit ſolchem ſeinem Suchen gehöriger Orten, ad Judices nempe competentes Petitorii, oder Dominos feudi, gewieſen worden; als hat er in eben ſolchem Memorial ſich hefftig bemüht gehabt, die Competenz des Hochlöbl. Reichs-Hof-Raths in hoc puncto auszuführen; iſt auch ſolches hernach etliche verſchiedenemal wiederhohlt und am 14. Nov. eodem Anno die Standmäßige Alimenta und ſumtus litis ihme und vielen Gräflichen Angehörigen, Gemahlin und Kindern, auch Herrn Brudern und Fräulein Schweſter, ex Auguſtiſſimo officio Cæſareo allergnädigſt zu erkennen, gebeten, ſo dann die cauſæ fundandæ Jurisdictionis Cæſareæ in einer weitläuftigen Deduction abermal vermeintlich vorgeſtellet und inſonderheit ſub præſ. 2. Decembr. Herrn Graf Ludwig Albrechts Todes-Fall und daß deſſen hinterbliebene Wittib und Kinder nicht eines Thalers zu deſſen Leich-Beſtattung mächtig wären, der Länge nach berichtet worden; Allein es iſt der Kayſerliche Reichs-Hof-Rath gleichwol, einen wie den andern Weg, bey denen reiflich überlegt- und publicirten Concluſis unbeweglich geblieben. Allermaſſen, auf das vom Gegentheil ſo vielfältig beſchehenes Anhalten, dennoch am 10. Dec. 1664. ein anderes Decretum als dieſes nicht erfolgt: Den Supplicanten nochmalen an gehörige Orte zu verweiſen.

Nichts-

Nichts deſto weniger und deſſen ungeachtet hat offt hochgedachter Herr Graf und deſſen Intereſſenten noch immer nicht geruhet, ſondern folgenden Jahrs am 25. Febr. nochmalige Aſſertionem fundatæ Jurisdictionis excelſi Conſilii Imperialis Aulici übergeben, annexa humillima petitione, ſeiner, Graf Chriſtians und Mit-Intereſſirten, per modum proviſionis, zur Alimentation und Fortführung der Rechtfertigung, ex officio desmal, ob periculum in mora einige 1000. Rthl. zuerkennen, welches petitum deſſen Anwald, nach Verflieſſung einiger Jahren, ſub præſ. 23. Dec. 1670. und folgends wiederhohlet; worauf jedoch am 28. Jun. 1672. cum præcluſione omnimoda, decretiret worden: „Bleibt abermahl bey denen den 14. Maj. und 10. Dec. 1664. ergangenen Concluſis und wird Supplicant mit ſeinem Petito ein-für allemal damit abgewiſen.„

Ob man nun wohl vermeint gehabt, es würde nach ſo offt, und endlich cum indignatione, beſchehenen Abſchlag, dieſes Suchen Alimentorum & ſumtuum litis dermalen eingeſtellet bleiben: So iſt aber doch nicht nur allein, nach Ablauff eines Jahrs, als nemlich am 2. Jun. 1673. weyl. Herrn Graf Ludwigs Albrechts nachgelaſſene Frau Wittib, Frau Johanna Maria, nit einem flehentlich-oder ſo genanntem fußfälligen Memorial, nebſt beygelegten Atteſtato Paupertatis von ihrer Chur-Fürſtl. Gnaden zu Trier, bey Kayſerlicher Majeſtät abſonderlich einkommen und um allergnädigſte Adjudication der nöthigen Alimenten und Proceß-Koſten für ſich und ihre Gräfliche Kinder innſtändig angehalten; ſondern es hat auch offtermelter Herr Graf Chriſtian, nachdem demſelben am 11. Oct. 1674. vom hochlöbl. Reichs-Hof-Rath auferlegt worden: „Auf die von diſſeits übergebene Deſignationem fructuum & damnorum, Einwendens ungehindert,

hindert, in ſpecie zu handlen, ſub termino duorum menſium; „ auch dabeneben in puncto Expenſarum Commiſſionis eine Sententia condemnatoria wider ihn, des Innhalts ausgefallen: „Daß derſelb Klägerinnen die deſignirte bey der Executions-Commiſſion aufgelauffene Unkoſten, nach richterlicher Ermäßigung, zu bezahlen und auf die derentwegen übergebene Deſignation, Einwendens ungehindert, ſub termino duorum menſium zu antworten ſchuldig; „ ſolchen Kayſerlichen Concluſis mit dem bißherigen gantz widerrechtlichen und ſchon ſo vielmal abgeſchlagenen Suchen der alimentorum & ſumtuum litis zu entgehen, oder ſich jedoch darwider aufzuhalten geſucht. Inmaſſen ſelbiger, über jetzt erzählte Judicata ſich abermals beſchwert und dabey gebeten: Dieweil er und ſeine Mit-Conſorten einmal unvermöglich, dieſen Proceß, der Nothdurfft nach, wegen ermanglender Mittel, fortzuſetzen, viel weniger die Executions-Koſten gut zu machen, das gantze Werck aus Kayſerlicher Milde dahin zu remediiren, daß ſie, bey ihrem kundbaren Unvermögen, wegen der Executions-Koſten mit ferneren Verordnungen verſchonet bleiben; ſondern vielmehr, offt gebetener maſſen, zum Petitorio gelaſſen und die Sache dahin dirigiret werden möchte, daß ſie, neben ihren Rechts-Gründen, zu benöthigten Subſiſtenz-Mitteln, die Sumtus litis beybringen und in ſtatu conſerviret werden möchten.

Worauf aber der hochlöbl. Reichs-Hof-Rath am 5. Dec. ejusd Anni folgender Geſtalt, mit Inſerirung der Urſache, warum der Supplicant vornemlich, mit ſeinem Suchen Alimentorum am Reichs-Hof-Rath nicht gehöret werde, decretirt: „Hat bey denen zweyen Paritorien, worinnen Supplicanten allbereits das Petitorium vorbehalten und allen hernach ergangenen Judicatis ſein Verbleiben.„

Man

Man hat auch auf Seiten der Gräflich Sayniſchen Frauen Erb-Töchter und deren Erben ſich weiter deß-wegen keine Sorge gemacht, ſondern, wie billig, dafür gäntzlich gehalten, nachdem der Reichs-Hof-Rath dieſes Suchen ſo unterſchiedlich viele mahl von ſich ab- und an gehörige Orte, auch namentlich ad Petitorium, verwieſen, es würde dabey ſein unveränderliches Verbleiben haben. Daher dann auch von diſſeits, auf abſonderlich nochmaliges Suchen vorwohlgedachter Frau Wittib, man anderſt, dann mit ausdrücklicher Proteſtation, daß man darauf zu antworten nicht ſchuldig und nur allein das: Communicetur, der Römiſchen Kayſerlichen Majeſtät zu allerunterthänigſten Ehren angenommen haben wollte, ſich nicht vernehmen laſſen: quæ ſane Proteſtatio per omnia Jus Proteſtantis in ſalvo conſtituit; . . . im übrigen aber beſtändig auf die ſo öffters wiederhohlte und beſtättigte Judicata und daß man denenſelben billich inhærirte, ſich beruffen.

Nichts deſto weniger iſt, auf unaufläßiges Anhalten der anmaßlich klagenden Frau Wittib, am 5. Jul. des noch jeztlauffenden 1677ſten Jahrs dieſes widrige und denen vorigen Judicatis ſo wohl als denen Actis ſelbſt, ſchnurſtracks zugegen lauffende Decret ausgefallen: „Daß Impetraten, oder die Sayniſche Frauen Erb-Töchter und reſp. deren Erben, der Impetrantiſchen Wittib, als Vormunderin und ihren Pupillen pro alimentis & ſumtibus Litis 1000. Rthl. in termino duorum menſium, ſub comminatione realis Executionis, zu bezahlen und damit fürter, biß auf fernere Verordnung, durante proceſſu jährlich zu continuiren ſchuldig; hingegen aber Impetranten in eodem termino ihre Klage in Petitorio am Reichs-Hof-Rath würcklich einzuführen und anzutretten gehalten ſeyn ſollen.

Fünftes Capitel.

Von denen Strittigkeiten zwiſchen Brandenburg-Onolzbach und Heſſen-Philippsthal, wegen der Succeßion in der Grafſchafft Sayn, Altenkirchiſchen Antheils.

§. 1.

Heſſen-Philippsthaliſche Schrifft.

Etwas von dieſem Streit iſt bereits Cap. 4. berühret worden. Das mehrere aber ergibt ſich aus der in dem Anhang ſub num. 1. befindlichen: „Nachricht von Frauen Carolinâ Chriſtinâ, vermählten Land-Gräfin zu Heſſen, ꝛc. Succeßions-Recht in die erledigte uralte immediate Reichs-Grafſchafft Sayn Altenkirchiſchen Antheils 1741. fol.„

§. 2.

Deren Brandenburgiſche Widerlegung.

Fürſtl. Brandenburgiſcher Seits aber wurde deme entgegen geſezt eine „ſtandhaffte Vertheidigung des Hoch-Fürſtlich-Brandenburg-Onolzbachiſchē Succeßions-Rechts in die Reichs-Grafſchafft Sayn-Altenkirchen, gegen den ungegründeten Anſpruch der Frauen Landgräfin Carolinâ Chriſtinâ zu Heſſen-Philippsthal Durchl. Mit Beylagen von num. 1. biß 12. Onolzbach, 1742. fol.„ und, nebſt beygedruckter vor-

vorgedachter Heſſen-Philippsthaliſcher Deduction, wieder allda, 1743. fol. wie die Beylag num. 2. das mehrere ausweiſet.

Beylag Num. I.

Nachricht von der Durchlauchtigſten Fürſtin und Frauen, Frauen Carolinä Chriſtinä, vermählten Landgräfin zu Heſſen, ꝛc. Succeßions-Rechte in die erledigte uralte immediate Reichs-Grafſchafft Sayn, Altenkirchiſchen Antheils.

§. 1.

Als durch das, am 26. Julii dieſes 1741ſten Jahres, ohne Hinterlaſſung Ehelicher Leibes-Erben erfolgte Abſterben, des Durchlauchtigſten Fürſten und Herrn, Herrn Wilhelm Heinrichs, regierenden Herzogs zu Sachſen-Eiſenach ꝛc. der Fürſtlich-Sachſen-Eiſenachiſche Mann-Stamm erloſchen, und inſonderheit dero, auſſerhalb Sachſen beſeſſenen Grafſchafft Sayn Altenkirchiſchen Antheils halber, ſowohl der Succeſſion in ſelbiger Grafſchafft, als auch der Lehen wegen, ſo darinn von verſchiedenen Chur- und Fürſtl. Höfen releviren, ſich einige, theils auch ſchon Reichs-kündig gewordene Streitigkeiten erhoben; ſo iſt nöthig gefunden, in ſpecie von hochgedacht verſtorbenen Herrn Herzogs älteſten Frauen Schweſter, der Durchlauchtigſten Fürſtin und Frauen, Frauen Carolinä Chriſtinä, vermählter Landgräfin zu Heſſen-Philippsthal ꝛc. gebohrner Herzogin zu Sachſen-Eiſenach ꝛc. ꝛc. unſtreitig alleinig habendem Erbfolgs-Rechte in vorgemeldte erledigte Grafſchafft, dem unpaſſionirten Publico, hiedurch eine gründliche Nachricht zu ertheilen.

§. 2.

Was mit dieſer uralten immediaten Reichs-Grafſchaft Sayn es für eine beſondere Bewandnuß habe, welchergeſtalt die vormalige Herrn Grafen von Sayn von viel hundert Jahren her, darüber, der Erb-Folge halber, gleich als über ein wahres Allodium, auch über darin befindlichen Erb-Lehen, per Teſtamenta und Diſpoſitiones, je freyeſt diſponiret und nach Beſchaffenheit der Umſtände, bald ihre Männliche- bald Fräuliche Erben, zu ihren Succeſſoren in der Grafſchafft Sayn verordnet, oder auch deren Kinder und Erben, Männlichen oder Fräuliches Geſchlechts, darinn, nach ordentlichen Erbgangs-Recht, ſuccediret haben, ſolches iſt aus der Hiſtorie und den Exempeln der Genealogie voriger Zeiten, auch aus denen, ſolcherwegen nach und nach im Druck publicirten vielfältigen Deductionibus offenbar und ſattſam zu erſehen.

§. 3.

Die, in vorigem Seculo, wehrend des 30. jährigen Krieges, und zumahl nach dem, Anno 1641. ohne Hinterlaſſung Männlicher Erben erfolgtem Abſterben Herrn **Erneſti**, des letztern Grafen zu Sayn ſelbiger Linie, zwiſchen denen hohen Chur- und Fürſtl. Lehen-Höfen, wegen derer, davon in der Grafſchfft Sayn relevirenden Lehen, ſowohl unter ſich, als auch zwiſchen denenſelben und den Herrn Brüdern des jetztgemeldten Herrn Grafen **Erneſti**, wider deſſen hinterlaſſene Frau Wittib Frau **Louiſe Juliana**, gebohrne Gräfin zu Erpach und Deren beyde Gräfinnen Töchter **Erneſtina** und **Johannetta**, als Gräflich-Sayniſche Erb-Töchter, reſpective der Lehen und Succeſſion halber, entſtandene- auch bey den höchſten Reichs-Gerichten anhängig gewordene Streitigkeiten, haben zu vielen dergleichen gegen

gen einander im Druck publicirten Deductionibus Anlaß gegeben, dahin man den geneigten Leſer verweiſet, und hierinn nur, was das, Anfangs gemeldte jetzige Erb-folgs-Recht in der Grafſchafft Sayn Altenkirchiſchen Antheils angehet, zu berühren vermeinet.

§. 4.

Nur iſt zu deſſen Erläuterung, hiebey zuvorderſt anzumercken, daß, wie nach Abſterben vorgeſagten Herrn Grafen **Erneſti** ohne Männliche Erben, dero vorgedachte hinterlaſſene Frau Wittib und beyde Gräfinnen Töchter, wegen vermeintlich heimgefallenen Lehen, der von ihren Ehe-Herrn und Vatter ihnen erblich angefallenen Grafſchafft Sayn, und darinn ſonderlich auch des Schloſſes Hachenburg mit aller Zubehör entſetzet worden, dieſe dawieder ex fundamento & natura feudi fœminei, nicht nur Anno 1636. ein Kayſerl. Mandatum de reſtituendo erlanget, ſondern auch, wie demſelben nicht nachgelebet und ſolcherwegen gemeldte Gräfl. Wittib und Erb-Töchter ihre Beſchwerden bey denen, bald darauf erfolgten allgemeinen Friedens-Tractaten zu Münſter und Oßnabrüg vorgetragen, dieſelben endlich erhalten, daß in gemeldtem Friedens-Schluß ſeu Inſtrumento Pacis Weſtphalicæ d. Anno 1648. art. IV. §. 36. hiſce verbis:

> Vidua Domini *Erneſti* Comitis Saindenſis reſtituatur in eam Poſſeſſionem arcis oppidi & præfecturæ Hachenburg cum pertinentiis, ut & pagi Bendorff, in qua fuit ante deſtitutionem, ſalvo tamen jure cujusvis.

Ihnen die Reſtitution der Grafſchafft Sayn und in ſpecie des Schloſſes Hachenburg cum pertinentiis, unter Kayſerl. Majeſt. und des Reichs allerhöchſter Authorität und Ihro in Franckreich und Schweden Königl. Königl.

Majeſt. Majeſt. hohen Guarantie, zu erkannt, auch ſie darauf in die würckliche Poſſeſſion ſolches Schloſſes und der Grafſchafft Sayn, wiederum geſetzet worden.

§. 5.

Und, obwohl auch die ſämtl. Herrn von Wittgenſtein und ſonderlich des Herrn Grafen **Erneſti** Bruder aus ſeines Herrn Vatters **Wilhelmi** zweyten Ehe, wie das *ſub Lit. A.* beyliegende Schema Genealogicum zeiget, Herr **Chriſtianus** Graf zu Sayn-Wittgenſtein, zumahl nach Ableben Herrn Grafen **Erneſti** einzigen Sohnes **Ludovici**, als nechſter Agnatus und Männlicher Erbe der Gräflich-Sayniſchen Linie, denen offtgemeldten beyden Herrn Grafen **Erneſti** Erb-Töchtern, Gräfin, **Erneſtinä**, und Gräfin **Johannettä**, die Succeſſion in die Grafſchafft Sayn ſtreitig machen wollen, alle nur mögliche Bewegung dawieder gemachet und endlich beym Kayſerlichen Reichs-Hof-Rath Proceſſus erhoben; ſo haben dennoch gemeldte beyde Gräflich-Sayniſche Erb-Töchter, dagegen ſowohl daſelbſt, als auch in verſchiedenen, dem Publico gedruckt mitgetheilten Deductionibus, ihr, vermöge der oben §. 2. erwehnten uralten Obſervance und Erbgangs-Recht in der Grafſchafft Sayn, habends immediates Erbfolgs-Recht in die, von ihrem Herrn Vatter Grafen **Erneſto** hinterlaſſene Grafſchafft Sayn, dergeſtalt gründlich behauptet, daß auch ſie und deren Deſcendence ſich, auch durch höchſtrichterliche Hülffe, in deren geruhigen beſtändigem Beſitz und Genuß biß hieher erhalten haben, und darinn geſchützet worden.

§. 6.

Inzwiſchen haben nun dieſe beyde Gräflich-Sayniſche Erb-Töchter, ſothane Grafſchafft unter ſich dergeſtalt getheilet, daß die älteſte Gräfin **Erneſtina** den

Hachen-

Hachenburgiſchen, und Gräfin **Johannetta** den Altenkirchiſchen Antheil davon bekommen: Und wie darauf Anno 1651. die Gräfin **Erneſtina** an Herrn **Salentin Erneſtum** Grafen von Manderſcheid vermählet worden, und aus dieſer Ehe nur die einzige Tochter **Magdalena Chriſtina** nachgeblieben, ſo iſt dieſe An. 1673. an Herrn **Georgium Ludovicum** Burggrafen zu Kirchberg verheyrathet, und hat, als eine Gräflich-Sayniſch-Hachenburgiſche Erb-Tochter, den ganzen Sayniſch-Hachenburgiſchen Antheil, nach ordentlichem Erbgangs-Recht geerbet und auf ihre daſelbſt noch dieſen Tag geſeegnet-florirende Deſcendence gebracht, welcher neueſter Caſus, zu Beſtärckung der, in der Grafſchaft Sayn von Uralters hergebrachten Fräulichen Erb-Folge, billig zu bemercken iſt.

§. 7.

Die zweyte Erbtochter Gräfin **Johannetta** iſt erſtlich an Herrn **Johannem** Landgrafen zu Heſſen-Breubach ꝛc. und nach deſſen Ableben Anno 1661. an Herrn **Johannem Georgium** Herzogen zu Sachſen-Eiſenach Marckſul, nachher regierenden Herzogen zu Sachſen-Eiſenach vermählet, aus welcher letztern Ehe, vermöge oben ſub lit. A. beygelegten Schematis Genealogici, (I.) Princeßin **Eleonora Erdmuth Louyſe**, hernechſt Gemahlin Herrn **Johannis Friederici**, Marggrafen zu Brandenburg-Onolzbach, (II.) Prinz **Johannes Georgius**, folgends regierender Herzog zu Sachſen-Eiſenach, (III.) Prinz **Johannes Wilhelmus**, danechſt auch regierender Herzog zu Sachſen-Eiſenach, und (IV.) Princeßin **Friderica Eliſabeth**, demnechſt Gemahlin Herrn **Johannis Georgii** Herzogs zu Sachſen-Weiſſenfels ꝛc. entſproſſen.

§. 8.

Die beyde vorgeſagte Fürſtl. Ehe-Genoſſen, als Herr **Johann Georg**, Herzog zu Sachſen-Eiſenach und dero Gemahlin Herzogin **Johannetta** zu Sachſen, als Gräfin zu Sayn ꝛc. haben, reſpective theils zu Einführung des Juris Primogenituræ in den Sachſen-Eiſenachiſchen Landen, theils zu Verordnung der künfftigen Succeſſion in bemeldten Sächſiſchen Landen ſowohl, als auch in dem, der Durchlauchtigſten Herzogin zuſtehendem Antheil der Grafſchafft Sayn, und Diſponirung alles übrigen unter vorgeſagte ihre Fürſtliche Kinder, ſich vereiniget, jeder abſonderlich ein Teſtament zu errichten, welche beyde Teſtamenta denn auch unterm 30. Nov. 1685. dergeſtalt vollzogen, daß jedes von beyden Teſtirenden unterſchrieben und beſtättiget, und darinn beſonders mercklich über die Grafſchafft Sayn Altenkirchiſchen Antheils, gleich als über Erb- und eigenthümliches Guth, dergeſtalt frey diſponiret, daß ſolche dem jüngſten Sohn, Prinzen **Johann Wilhelm** gegeben, und dieſer, dem älteſten Prinzen **Johann Georg**, in der Succeſſion der Grafſchafft vorgezogen worden: Welches, gleichwie es die freye Teſtamentariſche Diſpoſition des Beſitzers der Grafſchafft Sayn noch ferner bekräfftiget, alſo iſt auch ſelbige, ſonderlich in dem, hernechſt von Kayſerlicher Majeſtät confirmirtem, des Herrn Herzogs **Johann Georg** Teſtament §. 17. in fine, dem künfftigen Succeſſori in der Grafſchafft allerdings überlaſſen und mit dieſen ausdrücklichen Worten verordnet: „**Daß** nemlich **der jüngere Sohn**, Prinz **Johann Wilhelm mit dem Landes Theil** der Grafſchafft Sayn, vor ſich und dero Poſterität dergeſtalt zu diſponiren befugt ſeyn ſolle, allermaſſen wie daſſelbe ein gebohrner und regierender Graf zu Sayn zu thun und zu verſchaf-

ſen

ſen bemächtiget ſey:„ Wie ſolches alles aus dem *ſub Lit. B.* anliegendem Extract hochgedachten Herrn Hertzogs Teſtamenti, zu erſehen iſt.

§. 9.

Gleichwie nun alles, was in dieſem Teſtament von der künfftigen Succeſſion in die Grafſchafft Sayn erwehnet wird, nur auf dero Gemahlin, der Durchlauchtigſten Hertzogin **Johannettä** zu Sachſen ꝛc. Teſtament und Diſpoſition ſich beziehet; Alſo hat auch dieſelbe, vermöge *ſub Lit. C.* beyliegenden Extractus dero Teſtamenti, darinn ſolcherwegen dieſe Verordnung gemachet, daß

I. Dero jüngſter Sohn Printz **Johann Wilhelm**, in die, Ihro zugehörige Grafſchafft Sayn Altenkirchiſchen Antheils, zum Erben eingeſetzet ſeyn, und Ihro, ſamt ſeiner Männlichen Deſcendence, ſo lange deſſen Linie währete, darinn ſuccediren ſolle:

II. Nach deſſen Männlichen Linie gäntzlichen Abgang aber, und auf den Fall der jüngſte Herr Sohn und deſſen Männliche Erben, **Ihren**, der Frau Teſtatricin **Tod nicht erleben ſollten**, alsdenn dero älteſter Sohn Printz, **Johann Georg** und deſſen Männliche Nachkommen, nach dem Recht der Erſtgeburt, in gemeldte Grafſchafft ſuccediren ſollten.

III. Wofern aber beyde Herren Söhne und deren Männliche Poſterität, ohne Männliche Leibes-Erben, mit Tode abgehen würden, alsdenn dero Antheil der Grafſchafft Sayn, **auf ihre beyde Töchter, Frau Eleonora Erdmuth Louyſe**, vermählte Marggräfin zu Brandenburg-Onoltzbach ꝛc. und Printzeßin **Friederica Eliſabetha, ſie hätten gleich Männliche Erben oder nicht, zu gleichen Theilen**, oder auch **da deren nur noch eine im Leben, auf ſelbige allein fallen ſolle.**

IV. Daferne nun beyde Töchter ſolchen Fall, (ſcil. des Abgangs der Herren Söhne Mann-Stammes) erleben, und die *Succeſſion* in der Frau Teſtatricin Antheil der Grafſchafft Sayn antreten ſollten, ſo ſolle die Grafſchafft nicht getheilet, ſondern der älteſten Frau Tochter die Wahl gelaſſen werden, ob ſie die Grafſchafft beyſammen behalten und ihrer Princeßin Schweſter, mit baarem Gelde für ihre Portion, vergnügen, oder eben ſo viel Geld annehmen und Ihrer Princeßin Schweſter die Grafſchafft gönnen wolle, oder ob ſie beyde die Grafſchafft in Gemeinſchafft behalten, und die Einkünffte unter ſich theilen wollten:

V. Wann aber die Princeßin Tochter ohnverheyrathet, oder auch ſonſten eine der beyden Töchter, ohne eintzige Erben abgienge, alsdenn ſolle die noch lebende andere Tochter, in derſelben Antheil ſuccediren:

VI. Hätte ſie (die Verſtorbene) aber nur allein Töchter hinterlaſſen, und die noch Lebende hätte einen Sohn am Leben, ſo ſollte derſelbe ſeiner Frau Mutter und Frauen Mutter-Schweſter ſuccediren, auch durch ihn das Jus Primogenituræ unter ſeinen Nachkommen Männlichen Stammes, fortgeführet werden:

VII. In Mangel deren, von ihm poſterirender Männlicher Erben aber, nicht weniger unter denen Weiblichen, da deren vorhanden, es alſo gehalten werden, daß die, ſo nach dem Recht der Erſt-Geburt folgen wird, die würckliche Succeſſion haben, und die übrigen von ihrer Linie, Weiblichen Geſchlechts, gehalten ſeyn ſollten, mit dem vierdten Theil der Intraden an baarem Gelde, von Land und Leuthen ſich ablegen zu laſſen.

§. 10.

Es iſt wahrſcheinlich, daß die Durchlauchtigſte Frau Teſtatricin, mit dieſer Succeſſions-Verordnung, vornemlich

lich Ihrer beyden Princeßinnen Töchter wegen, auch den gefährlichen Caſum verhüten wollen, den ſie ſelbſt, nebſt ihrer Gräfin Schweſter vorhin gehabt, da ihr Herr Bruder Graf **Ludovicus**, noch vor Ihrem Herrn Vater, Grafen **Erneſto**, verſtorben: Sonſten aber wird auch aus vorbeſagter Succeſſions-Verordnung, ein jeder Vernünfftiger gar leicht von ſelbſt befinden, daß ſelbige überhaupt **nur allein auf die Perſonen Dero beyden Frau- und Princeßin Töchter**, und reſtrictive bloß auf den Caſum gehe, wann ſowohl der, zu ihrem Succeſſore in der Grafſchafft Sayn inſtituirter jüngſter Sohn und deſſen Männliche Erben, als auch der ſubſtituirter älteſter Sohn und deſſen Männliche Poſterität, und alſo der gantze Mann-Stamm deren Linie, **annoch bey Leben ihrer beyden Frau- und Princeßin Töchter**, abgehen, und alſo der Caſus ſubſtitutionis exiſtiren, mithin die Succeſſion ihnen noch ſelbſt anheim fallen ſollte: Indem dieſes unter mehr andern, der ſub Num. III. angeführte Caſus, wann bey Abgang der Männlichen Linie, **ihre beyde Töchter** ſuccediren, und, wann alsdenn deren **nur noch eine im Leben wäre**, die Succeſſion auf ſelbige allein fallen ſolle, gar deutlich zu erkennen giebet, auch der ſub Num. IV. angeführte Caſus, mit dieſen ausdrücklichen Worten: **Daferne beyde Töchter ſolchen Fall erleben**, und die Succeſſion, in der Frau Teſtatricin Antheil der Grafſchafft Sayn **antreten würden**, ꝛc. ꝛc. gantz klar exprimiret, mithin vorgeſagte ad certas perſonas & ad ſpeciales caſus ſaltem reſtringirte Succeſſions-Verordnung, weiter nicht als dahin extendiret werden mag.

§. II.

Als nun bald darauf ſcil. Anno 1686. Herr **Johann Georg** Hertzog zu Sachſen-Eiſenach verſtorben und ſein

Teſta-

[illegible] mit dem Tode bekräfftiget, ſo hat auch dero Frau Gemahlin Hertzogin **Johannetta**, das Ihrige, ſo weit ſchon bey ihrem Leben zum würcklichen Effect gebracht, indem ſie ſchon Anno 1697. in Folge vorgedachter beyder Teſtamenten, ihrem jüngſten Sohn Printz **Johann Wilhelm**, ihren Antheil der Grafſchafft Sayn, mit aller Zubehör, Recht- und Gerechtigkeiten würcklich cediret und übergeben, ihn in deren weſentliche Poſſeſſion und freye Diſpoſition darüber geſetzet und hierüber, auch wegen vorgenommener Veränderung ihres Wittumb-Sitzes und ihrer Printzeßin **Friederica** Unterhalt, ſowohl mit ihren beyden Herren Söhnen und Printzeßin Tochter, zuvorderſt die, in Abſchrifft *ſub Lit. D.* beyliegende, Vergleichs-Punctation ſub dato den 26. April 1697. aufgerichtet, als auch hernechſt darüber den, in Abſchrifft *ſub Lit. E.* anliegenden, Declarations-Receſs ſub dato Jena den 24. Januar. 1699. ausgeſtellet.

Gleichwie nun darinn, unter andern auch der künfftigen Succeſſion halber, die obengemeldte Fürſt- Väter- und Mütterliche Teſtamenta aufs bündigſte, und zwar ſub Clauſula caſſatoria Contraventionum nochmahl beſtättiget, auch zwar ſonderlich in dem Declarations-Receſs in fine die, in dem Mütterlichen Teſtament, auf den Fall des Abgangs des Mann-Stamms, verordnete Erb-Folg der beyden Frau- und Printzeßin Töchter wiederhohlet worden; So kan doch dieſes um ſo weniger anders und weiter verſtanden werden, als es vorgeſagtermaſſen in dem Mütterlichem Teſtament verfaſſet iſt, da die Fürſtl. Frau Mutter eben dabey in der Punctation ausdrücklich paciſſiret und verſichert, **ihr Teſtament in unverändertem** *Valor*, **und es dabey unwiederrufflich zu laſſen**, und was dabey von neuen von der Abgabe des Printzen der ein oder anderen Frauen Tochter erwehnet iſt, anders nicht, als

auf

auf den Fall gedeutet werden, wann nemlich beyde Töchter oder eine derſelben den Fall des gäntzlichen Abgangs der Männlichen Erben ſelbſt erleben und die Succeſſion in dem Antheil der Grafſchafft antreten, mithin ein ſolch Erbfolgs-Recht würcklich erlangen würden, ſo ſie auf ihre Printzen und Erben transmittiren oder devolviren könnten:

§. 12.

Nun ſind aber dieſe beyde, der Fürſtl. Teſtatricin eventualiter ſubſtituirte Frauen Töchter und zwar die Durchlauchtigſte Frau Marggräfin zu Brandenburg-Onoltzbach **Eleonora Erdmuth Louiſe**, am 9. Sept. 1696. und die Durchlauchtigſte Frau Hertzogin zu Sachſen-Weiſſenfelß **Friederica Eliſabeth** am 11. Nov. 1730. verſtorben, und habeu alſo den Caſum ſubſtitutæ Succeſſionis, nemlich den, durch Abſterben Herrn **Wilhelm Heinrichs** Hertzogs zu Sachſen-Eiſenach und letztern Beſitzers des Altenkirchiſchen Antheils der Grafſchafft Sayn ꝛc. am 26. Julii dieſes 1741ſten Jahres erſt erfolgten Abgang des Fürſtl. Sachſen-Eiſenachiſchen Mann-Stamms nicht erlebet, weniger noch die Succeſſion in bemeldte Grafſchafft Sayn ſelbſt erlanget und alſo auch ſelbige noch ſo viel weniger auf dero Nachkommen transmittiren können, welche noch zuvor, auch den bekandten Rechten nach, den gäntzlichen Abgang der Fürſtl. Sachſen-Eiſenachiſchen Linie nicht nur Männlichen, ſondern auch Fräulichen Geſchlechts, abzuwarten haben: Daher denn auch der damahlige Beſitzer des Altenkirchiſchen Antheils der Grafſchafft Sayn Herr **Johann Wilhelm** Hertzog zu Sachſen-Eiſenach, um ſo mehr berechtiget geweſen, nach dem Exempel vieler ſeiner Vorfahren derer Herren Grafen zu Sayn ꝛc. auch ſeines Herrn Vaters und Frau Mutter, auch nach der letztern, in dero Teſtament wie oben §. 8.

er-

erwehnet, ihm ausdrücklich gegebenen Poteſtät, wegen der Succeſſion in die Grafſchafft Sayn, durch ein beſtändiges Teſtament nicht nur ſeinen Männlichen, ſondern auch ſeinen Fräulichen Deſcendenten zu proſpiciren.

§. 13.

Solchemnach hat nun bemeldten Herrn **Johann Wilhelms** Hertzogs zu Sachſen-Eiſenach und Beſitzers der Grafſchafft Sayn, Hochfürſtl. Durchl. unterm 15. Sept. 1707. ein ſolennes Teſtament errichtet, darinn er der künftigen Succeſſion halber, in dem Antheil der Grafſchafft Sayn ausführlich diſponiret, welchergeſtalt ſeine Herren Söhne und deren Männliche Deſcendenten nacheinander darinn ſuccediren ſolten, auf den ſich begebenden Fall aber, daß dero Männliche Poſterität oder Deſcendenten gantz abgegangen wären, „ausdrücklich verordnet, daß ſodann dero, des Herrn Teſtatoris, Printzeßinnen Töchter in der Grafſchafft Sayn ſuccediren ſollten dergeſtalt, daß, wann eine und die andere Printzeßin Tochter, ſo dann von ihnen **vorhanden**, alsdann **dero des Herrn** *Teſtatoris* **älteſte Tochter** in der Succeſſion der Grafſchafft Sayn, vor denen andern benandten Töchtern den Vorzug haben ſolle, und es alſo disfalls bey der Lineal-Succeſſion allerdings verbleibe:„ Wie der *ſub Lit. F.* beyliegender Extractus Ihro Durchlaucht Teſtamenti, mit mehrern zeiget.

§. 14.

Geſtalt denn auch hochgedachten des Herrn Hertzogs **Johann Wilhelms** Hochfürſtl. Durchl. zu deſto mehrer Bekräftigung dieſer, in ſeinem Teſtament verordneten Erb-Folge, die Verfügung gemachet, daß bey denen, wehrend dero Regierung in der Grafſchafft Sayn-Altenkirchiſchen Antheils öffters wiederhohlten Landes-Huldigungen, das Formular des Huldigungs-Eydes aller Be-

dien-

dienten, Einwohner und Unterthanen, dergeſtalt eingerichtet worden, daß ſie Ihro, als regierenden Landes-Herrn und dero Männlichen Deſcendence, bey Mangel oder gäntzlichen Abgang derſelben aber dero, alsdenn verhandenen Printzeßinnen Töchtern und deren Nachkommen, die Huldigung leiſten müſſen, womit auch hernechſt wehrend folgender Regierung des Herrn Hertzogs **Wilhelm Heinrichs** notorie alſo continuiret, und die Landes-Huldigung, bey Mangel dero ehelichen Leibes-Erben, in ſpecie auf dero älteſte Frau Schweſter der Durchlauchtigſten Gemahlin des Herrn Landgrafen zu Heſſen-Philippsthal Hochfürſtl. Durchl. ausdrücklich mitgerichtet, und, obgleich ſolche öftere Landes-Huldigungen auf die geſagte Succeſſions-Ordnung allemahl, wie gewöhnlich, öffentlich geſchehen, dennoch derſelben niemahls von jemanden auf einige Art wiederſprochen worden: Wie ſolches allen Bedienten, Einwohnern und Unterthanen des Altenkirchiſchen Antheils der Grafſchafft Sayn noch wohl bekannt ſeyn und jeder derſelben ſeines geleiſteten Huldigungs-Eydes ſich noch wohl erinnern wird.

§. 15.

Nachdem, am 4. Januar. 1729. erfolgtem Abſterben des Herrn **Johann Wilhelms** Hertzogs zu Sachſen-Eiſenach, Hochfürſtl. Durchl. iſt dero hinterlaſſener eintziger Herr Sohn, Hertzog **Wilhelm Heinrich**, wie in die Sachſen-Eiſenachiſche, alſo auch in die Gräflich-Sayniſche Lande Altenkirchiſchen Antheils, ohne jemandes Wiederrede ſuccediret, mithin die Succeſſion in der Fürſtl. Eiſenachiſchen Linie, ſonderlich in Anſehung der Grafſchafft Sayn, dergeſtalt radiciret, daß ſo lange noch davon jemand Männlichen oder Fräulichen Geſchlechts übrig, keiner aus den andern Linien dazu gelangen können: Weßfals denn auch hochermeldter Herr Hertzog **Wilhelm**

Heinrich, in ſeinem letzten Willen, ſeines Herrn Vaters Teſtament und Diſpoſition disfalls, wohl bedächtlich bekräfftiget hat. Geſtalt hoch derſelbe in ſeinem erſt neulich publicirten, den 23. Julii 1736. errichteten Teſtament laut *ſub Lit. G.* beyliegenden Extract, ausdrücklich verordnet, daß dero **Herrn Vaters** Hertzogs **Johann Wilhelms** Teſtament **gebührend nachgelebet werden ſolle**, mithin auch die, darinn verordnete immediate Erb-Folge der noch vorhandenen älteſten Printzeßin Tochter, dero Frau Schweſter, der Frau Landgräfin zu Heſſen-Philippsthal Hochfürſtl. Durchl. aufs bündigſte beſtättiget haben:

§. 16.

Als nun letztgeſagten Herrn Hertzogs **Wilhelm Heinrichs** zu Sachſen-Eiſenach Hochfürſtl. Durchl. am 26. Julii dieſes 1741ſten Jahres, zwar ohne Männliche oder Fräuliche eheliche Leibes-Erben verſtorben, mithin der Mann-Stamm dieſer Fürſtl. Sachſen-Eiſenachiſchen Linie erloſchen, jedoch aber vermöge des oben ſub Lit. A. beygelegten Schematis Genealogici annoch zwey Schweſtern und inſonderheit dero noch im Leben **vorhandene älteſte Schweſter** die Durchlauchtigſte Frau **Carolinam Chriſtinam** vermählte Landgräfin zu Heſſen-Philippsthal und Hertzogin zu Sachſen-Eiſenach auch Gräfin zu Sayn und Wittgenſtein ꝛc. hinterlaſſen haben; So iſt aus vorgeſagtem wohl füglich nicht zu zweiflen, daß nicht zugleich damit der hochgedachten Frau Landgräfin ꝛc. die Succeſſion in die Grafſchafft Sayn Altenkirchiſchen Antheils, immediate anheim gefallen ſeyn ſollte: Indem, wie obgeſagt, unwiederſprechlich ausgemachet, daß in der Grafſchafft Sayn, ſowohl das Fräuliche als das Männliche Geſchlecht nach Erbgangs-Recht ſuccedire, in dero Groß-Väter und Groß-Mütterlichem Teſtament auch

dero

dero Herrn Vatter, dem Herrn Herzog **Johann Wilhelm** zu Sachſen-Eiſenach, die Poteſtät über die Grafſchafft Sayn Altenkirchiſchen Antheils ſo frey, als alle vormahlige Grafen zu Sayn, zu diſponiren ausdrücklich beſtättiget, dieſer, dero Herr Vatter Gottſeeligen Andenckens auch, in ſeinem errichteten ſolennen Teſtament expreſſe verordnet hat, daß, nach völligem Abgang ſeines ſpeciatim denominirten Mann-Stammes, ſeine, alsdann **noch vorhandene älteſte Tochter** in die Grafſchafft Sayn ſuccediren ſolle, dieſes auch durch die ſchon von ſo vielen Jahren her, eventualiter an dieſelbe, ohne jemandes Wiederſpruch, geleiſtete öffentliche Landes-Huldigungen bekräfftiget worden, und dann, laut obgemeldten Schematis Genealogici die hochgedachte Frau **Carolina Chriſtina**, vermählte Landgräfin zu Heſſen-Philippsthal, gebohrne Herzogin zu Sachſen-Eiſenach, unwiederſprechlich die noch **vorhandene älteſte Tochter** hochgemeldten Herrn Teſtatoris Herzogs **Johannis Wilhelmi**, und Schweſter des letztverſtorbenen Herrn **Herzogs Wilhelmi Henrici**, mithin deſſelben **nechſte Erbin** und Erbfolgerin, worauf ſolchergeſtalt allen Rechten nach, mit dem Tode des Herrn Herzogs **Wilhelmi Henrici**, die Grafſchafft Sayn Altenkirchiſchen Antheils, ſo viel nemlich dero Hrn. Vatters und Herrn Bruders Hoch-Fürſtl. Durchl. Durchl. davon vorhin beſeſſen, immediate anheim gefallen iſt.

§. 17.

Es haben demnach auch die Durchlauchtigſte Frau Landgräfin, nach erfolgtem dero Herrn Bruders Abſterben und damit erloſchenen Fürſtl. Sachſen-Eiſenachiſchen Mann-Stamm, nicht geſäumet, von der, auf dieſelbe und dero Fürſtl. Deſcendence devolvirten Grafſchafft Sayn, die würckliche Poſſeſſion zu ergreiffen und

zu dem Ende, den, dazu zum voraus eventualiter bevollmächtigten Rath Erneſt Chriſtoph Helmer ſamt zween Notariis, mit Schreiben an daſige Regierung und nöthige Documentis, dahin ſchleunigſt abzuſenden, welche denn auch zwar ſchon den 18ten Julii 1741. Nachmittags gegen 2. Uhr, allda, und zwar zu Friedewald, als dem auf ihren Weg zuerſt betroffenem Ort, angekommen, und ſo fort, Nahmens der Durchlauchtigſten Frau Land-Gräfin und dero Fürſtl. Deſcendence, auf dem Schloß zu Friedewald mit öffentlicher Anſchlagung des, *ſub Lit. H.* beyliegenden Patents und Verrichtung einiger Poſſeſſions-Actuum, daſelbſt dermahlen annoch vacuam Poſſeſſionem, mithin auch zugleich von der ganzen Grafſchafft Sayn Altenkirchiſchen Antheils, re, corpore & animo den leiblichen und weſentlichen Beſitz ergriffen.

§. 18.

Als aber dennoch, wieder alles Vermuthen, da geſagter Bevollmächtigter mit ſolcher Poſſeſſions-Ergreiffung in der Grafſchafft Sayn weiter fortfahren wollen und des Behuff, mit den bey ſich habenden Notariis, nach dem nahe dabey gelegenen Ort Daden, zu denen, eben allda ſich befundenen Ober- und andern Beamten der Grafſchafft Sayn, ſich verfüget, dieſelben von geſagten Beamten und einer ſtarcken bewaffneten Mannſchafft zu Pferde und zu Fuß plötzlich umringet, und unter Vorgeben, daß von dem Durchlauchtigſten Hauſe Onolzbach ſchon die Poſſeſſion zu Altenkirchen ergriffen wäre, zurück nach Friedewald in daſiges Wirthshauß in Arreſt geführet und bewachet, hernechſt nach dem Schloß gefordert und, auf deren Weigerung und Proteſtation auch Reſervation der Juris Competentium, mit Gewalt gezwungen worden, das angeſchlagene Patent wieder abzureiſ-

ſen,

ſen, auch unter Bedrohung härtern Tractaments, falß ſie an einigem Sayniſchen Orte ſich weiter betreffen laſſen würden, aus der Grafſchafft, über Herborn hinwieder zurück zu reiſen und ſolchergeſtalt die Frau Landgräfin in ihrem, ſo wohl gegründetem Succeſſions-Rechte in der Grafſchafft Sayn und darinn ergriffenen Poſſeſſion, mit öffentlicher Gewalt turbiret, und derſelben gewaltſamlich entſetzet, auch bald darauf Reichs-kündig worden, daß des Herrn **Carl Wilhelm Friederich** Marggrafen zu Brandenburg-Onolzbach Hoch-Fürſtl. Durchl. einige hundert Mann Huſaren und anderer Milice nach der Grafſchafft Sayn Altenkirchiſchen Antheils geſandt, und ſich derſelben Grafſchafft vi armata völlig bemächtiget; ſo haben ihro Durchl. die Frau Landgräfin, ſolcher violenten Turbation und Depoſſidirung halber, wehrend dermahligem Interregno, bey dem gemeinſamen Reichs-Vicariat-Hofe zu Augſpurg Mandatum de non turbando, ſed reſtituendo, wieder hochgedachte des Herrn Marggrafen zu Brandenburg-Onolzbach Hoch-Fürſtl. Durchl. zwar gebührend ausgebetten, ſolches aber, vermuthlich der bekandten publiquen Umſtände halber, bißher nicht erhalten mögen:

§. 19.

Inzwiſchen die Durchlauchtigſte Frau Landgräfin auch zwar, wegen des, vorher von Eiſenach nach Hachenburg gebrachten Gräflich Sayn-Altenkirchiſchen Archivi und deſſen Auslieferung, bey dem Herrn **Georg Friederich** Burggrafen zu Kirchberg und Grafen zu Sayn-Hachenburg gebührende Anſuchung thun, und allenfalls wieder deſſen Auslieferung an das Hoch-Fürſtl. Hauß Onolzbach, durch Notarium und Zeugen gehörig proteſtiren laſſen, aber darauf nur zur Nachricht erhalten, daß ſolches denen Fürſtl. Onolzbachiſchen genandten Be-

dienten ſchon eingeräumet worden, gleichwohl aber auch nicht verſäumet, die, in der Grafſchafft Sayn-Altenkirchiſchen Antheils von den hohen Chur- und Fürſtlichen Lehen-Höfen rührende Lehen, gebührend zu muthen, auch darüber zum Theil ſchon den gewöhnlichen Muthſchein erhalten haben: Und wie auch äuſſerlich verlautet, daß hochgedachte des Herrn Marggrafen zu Brandenburg-Onolzbach Hoch-Fürſtl. Durchl. ſo gar auch die Landes-Huldigung in der Grafſchafft Sayn Altenkirchiſchen Antheils, entweder ſchon eingenommen oder doch nechſtens einzunehmen gewillet wären; ſo haben die Durchlauchtigſte Frau Landgräfin zu Heſſen auch dawider, durch Notarium und Zeugen die, *ſub Lit. I.* anliegende, Proteſtation-Schrifft bey der Gräflich Sayn-Altenkirchiſchen Regierung inſinuiren laſſen und ſich dawieder ſowohl, als auch ſonſten überall, dero Erbfolgs-Gerechtſame an die Grafſchafft Sayn beſtermaſſen vorbehalten. Wiewohl doch nachgehends zu vernehmen geweſen, daß die Einwohner und Unterthanen, inſonderheit auch die Geiſtliche bemeldter Grafſchafft, vermuthlich ihres, vorhin öffentlich eventualiter an die Fürſtl. Sachſen-Eiſenachiſche Frauen Töchter und deren Deſcendence abgeſtatteten Huldigungs-Eydes gewiſſenhafft eingedenck, ſich groſſen theils dazu nicht verſtehen wollen:

§. 20.

Die Gründe, ſo des Herrn Marggrafen zu Brandenburg-Onolzbach Hoch-Fürſtl. Durchl. zu ſolcher Occupation der Grafſchafft Sayn bewogen haben mögen, ſo viel man deren noch zur Zeit erfahren können, beſtehen nun darinn, daß des Herrn Marggrafen Hoch-Fürſtl. Durchl. in den Gedancken geſtanden, daß ihro, die Succeſſion bereits jetzo zuſtehe:

(1.) Vermöge des Herrn **Johann Georg** Herzogs

zu Sachſen-Eiſenach ꝛc. von Kayſerl. Majeſt. confirmirten Teſtamenti d. A. 1685.

(2.) Vermöge jetzt geſagten Herrn Herzogs Gemahlin, dero Frau Ur-Groß-Mutter, der weyl. Durchl. Herzogin Johannettä zu Sachſen-Eiſenach und gebohrner Gräfin zu Sayn ꝛc. Teſtamenti d. 30. Nov. 1685. darinn

(3.) Die Vorſehung enthalten wäre, **daß nach Erlöſchung des Fürſtl. Sachſen-Eiſenachiſchen Mann-Stammes, die Männliche Nachkommen hochermeldter Durchl. Herzogin Johannettä hinterbleibender Princeßinnen, in ihro Antheil der Grafſchafft Sayn *ſuccediren* ſollten,** ſodann auch

(4.) Vermöge derer, dieſe Diſpoſition wiederhohlenden zweyer, zwiſchen hochgedachte Herzogin Johannetta und dero Herrn Sohns Herzogs Johann Wilhelms Hoch-Fürſtl. Durchl. errichteten Pactorum d. 26. April. 1697. und 24 Januar. 1699. darinn vorgeſagte Succeſſion in vim pacti, aufs neue feſt geſetzet, nach erfolgtem Abgang des Fürſtl. Sachſen-Eiſenachiſchen Manns-Stammes, ihro des Herrn Marggrafen Hoch-Fürſtl. Durchlaucht ein unmittelbares Erbfolgs-Recht in der Grafſchafft Sayn Altenkirchiſchen Antheils ſchon jetzo zukomme, dieſes auch

(5.) Hoch-Fürſtl. Eiſenachiſcher Seits nimmer widerſprochen, vielmehr bey aller Gelegenheit, ſo münd- als ſchrifftlich approbiret und für richtig erkläret wäre: Und da nun

(6.) Des Herrn Marggrafen zu Brandenburg-Onolzbach Hoch-Fürſtl. Durchl. vermöge Schematis Genealogici von mehrgedachter Frauen Herzogin Johannettä älteſten Princeßin Tochter, der Durchlauchtigſten Für-

ſtin Frauen **Eleonora Erdmuth Louiſe**, Herrn **Johann Friederichs** weyland Marggrafen zu Brandenburg-Onolzbach Frau Gemahlin, kundbarlich abſtammeten; ſo mögen nach jetzo erfolgter Erlöſchung des Fürſtl. Sachſen-Eiſenachiſchen Mann-Stammes, ihro des Herrn Marggrafen zu Brandenburg-Onolzbach Hoch-Fürſtl. Durchl. ſich daher befugt zu ſeyn erachtet haben, ſchon nunmehro die erledigte Poſſeſſion in dem Antheil der Graffſchafft Sayn ſolchergeſtalt zu ergreiffen.

§. 21.

Allein die obige gründliche Nachricht und deren Beylagen ſowohl, als auch darinn angeführte Gründe und Umſtände, ergeben ſchon von ſelbſt, daß

ad Imum in des Herrn Herzogs **Johannis Georgii** zu Sachſen-Eiſenach Teſtament von der Erbfolge in der Graffſchafft Sayn, gar nichtes diſponiret ſey, weil jenes, dieſerwegen, wie oben §. 9. geſagt, nur auf dero Frau Gemahlin Herzogin **Johannettä** Teſtament ſich lediglich bezogen,

ad IIdum aus dieſem der Herzogin **Johannettä** Teſtament aber, des Herrn Marggrafen von Brandenburg-Onolzbach Hochfürſtl. Durchl. ſchon jetzo vorzüglich und unmittelbar prætendirendes Erbfolgs-Recht in die erledigte Graffſchafft Sayn, wohl um ſo viel ſchwerer zu behaupten ſey, als vielmehr der Durchlauchtigſten Frau Landgräfin zu Heſſen-Philippsthal immediates Succeſſions-Recht darinn allenthalben beſtättiget wird: Indem die darinn enthaltene, hochgedachten Herrn Marggrafens Frauen Groß-Mutter **Eleonorä Erdmuth Louiſe** Hoch-Fürſtl. Durchl. Subſtitutio eum in caſum, **wann noch dieſelbe den völligen Abgang des Sachſen-Eiſenachiſchen Mann-Stammes erleben ſollte**, allen bekandten Rechten nach, ſchon mit dero längſt-vorher

her An. 1698. erfolgtem Abſterben exſpiriret und erloſchen, mithin deren Effect auf dero Nachkommen nicht tranſmittiret werden mögen: Hingegen hochermeldter Frau Landgräfin zu Heſſen immediate Erbfolge, nach Abgang des Manns-Stammes ihrer Sachſen-Eiſenachiſchen Linie, darinn unter andern in dem obgemeldten VII. Caſu der Succeſſions-Verordnung, ausdrücklich beſtätiget iſt. Wie oben §. 9. 10. & 12. mit mehren gewieſen,

ad Ultimum zwar ſo wenig die angeführte Vorſehung, als die allegirte Expreſſiones, weder in dem Ur-Groß-Mütterlichen Teſtament der Frau Herzogin **Johannettä**, noch in einigen dero Pactis zu finden ſeyn: Doch, wann dero älteſte Durchlauchtigſte Frau Tochter **Eleonora Erdmuth Louiſe**, den Abgang des Fürſtl. Sachſen-Eiſenachiſchen Mann-Stammes noch ſelbſt erlebet, und (wie in dem Teſtament hiebey ausdrücklich erfordert wird) die *Succeſſion* **in der Grafſchafft Sayn angetreten hätten**, mithin ſolchergeſtalt ſothane Succeſſion auf hoch dieſelbe devolviret und in dero Linie und Nachkommen radiciret wäre, ſo mögte obiges, in dem Ur-Groß-Mütterlichem Teſtament noch wohl ſo weit gegründet geweſen ſeyn: Wiewohl doch auch ſolchenfalls, die Succeſſion in der Grafſchafft Sayn Altenkirchiſchen Antheils, nach ausdrücklicher Diſpoſition geſagten Teſtamenti auf hochgedachte Frau Marggräfin von Brandenburg-Onolzbach **nicht allein**, ſondern, wie oben §. 9. geſagt, zugleich mit auf die zweyte Tochter, die Durchlauchtigſte Herzogin **Friedericam Eliſabetham** zu Sachſen-Weiſſenfels, ſo noch mehr als dreyßig Jahr nach derſelben gelebet, **zu gleichen Theilen**, mit gefallen ſeyn würde: Da nun aber dieſe beyde Hoch-Fürſtl. Fr. Frauen Töchter, den Caſum Subſtitutionis & Succeſſionis, nehmlich den Abgang des Fürſtl. Sachſen-Eiſe-

nachiſchen Mann-Stamms nicht erlebet, ſo hat auch, was dieſerwegen in Teſtamento verordnet, ſchon mit dero Abſterben, ohne einigen weitern Effect, aufgehöret.

Ad IVtum die angezogene Pacta d. Anno 1697. & 1699. oder die oben ſub Lit. D. & E. beygelegte Punctation und Declarations-Receſs, beziehen ſich, zumahl der künfftigen Succeſsion halber in die Grafſchafft Sayn, nur lediglich auf das Ur-Groß-Mütterliche Teſtament und bekräfftigen daſſelbe unwiderrufflich: Wie nun aber dieſes, als das Relatum, wie vorgeſagt, keinen Effect gehabt, ſo können auch gemeldte Pacta, als das Referens, dißfalls um ſo weniger etwas würcken, als darinn alles, was von Abfindung der Fürſtl. Printzeßinnen und der Abgabe des Printzen der älteſten Frau Tochter Durchl. in fine erwehnet wird, den Caſum præſupponiret, wann nemlich die Durchlauchtigſte Frau Marggräfin den Abgang des Fürſtl. Sachſen-Eiſenachiſchen Mann-Stamms erleben und die Succeſsion in der Grafſchafft Sayn erlangen, und auf ihre Nachkommen devolviren würde: Da aber dieſer Caſus, wie offt geſagt, nimmer exiſtiret iſt, ſo höret auch die, hierauf zu gründen intendirte Erbfolge, von ſelbſten auf.

Ad Vtum daß auch der Fürſtlich-Onoltzbachiſchen Intention, von Hochfürſtl. Eiſenachiſcher Seiten etwa nicht widerſprochen ſeyn möchte, vielleicht darum, vor der Zeit, für unnöthig geachtet ſeyn mag, weil daſelbſt gar keine Fürſtl. eheliche Leibes-Erben von letztern Herrn Hertzogs Hochfürſtl. Durchl. vorhanden geweſen: Daß aber des jüngſt-verſtorbenen regierenden Herrn Hertzogs Wilhelm Heinrichs zu Sachſen-Eiſenach Durchl. ſothane des Hochfürſtl. Marggräflichen Haußes, mit Ausſchlieſſung der noch vorhandenen Hochfürſtl. Sachſen-Eiſenachiſcher Printzeßinnen, intendirte Succeſſion des Onoltzbachiſchen Mann-Stammes approbiret und für richtig erkläret

klåret haben ſollten, davon zeiget hochermeldten Herrn Hertzogs, oben §. 15. in fin. angeführtes Teſtament vielmehr das Gegentheil und gantz ein anders, als worinn hoch-dieſelben ausdrücklich verordnet haben, daß **dero Herrn Vaters** des Herrn Hertzogs **Johann Wilhelms** zu Sachſen-Eiſenach ꝛc. hinterlaſſenem Teſtament, **gebührend nachgelebet werden** ſolle, worinn eben auf den Fall des Abgangs dero Fürſtl. Mann-Stamms, dero alsdann **vorhandene** älteſte **Printzeßin Tochter**, die jetzige Durchlauchtigſte Frau **Carolina Chriſtina** vermählte Landgräfin zu Heſſen-Philippsthal gebohrne Hertzogin zu Sachſen-Eiſenach ꝛc. zur immediaten Erbfolgerin, in der Grafſchafft Sayn Altenkirchiſchen Antheils, wie oben §. 13. & 15. geſagt, ausdrücklich eingeſetzet iſt.

Das nun ad VItum des Herrn Marggrafen zu Brandenburg-Onoltzbach **Carl Wilhelm Friedrichs** Hochfürſtl. Durchl. von der Frau Hertzogin **Johannetta** älteſten Printzeßin Tochter der Durchlauchtigſten Fürſtin, Frauen **Eleonora Erdmuth Louiſe** Marggräfin zu Brandenburg-Onoltzbach abſtammen, iſt unſtreitig und zwar auch gewiß, daß hoch-denenſelben oder dero Hochfürſtl. Deſcendence daher wohl dereinſt, nach GOttes Willen, in ordine Succeſſionis, nach gäntzlichen Abgang der Fürſtl. Eiſenachiſchen Linie, inkünfftig die Erb-Folge in gemeldtem Antheil der Grafſchafft Sayn anfallen könne: Gleichwie aber auch unwiederſprechlich, daß, wie oben §. 15. erwehnet, ſo lange von der radicirten Linie der Herren Poſſeſſorum, der Grafſchafft Sayn, darinn, wie oben §. 2. & 12. geſagt, das Männliche und Fräuliche Geſchlecht ſuccediret, jemand, er ſey Männlichen oder Fräulichen Geſchlechts übrig iſt, die von der folgenden Linie nicht zur Succeſſion gelangen können; So mögen auch des Herrn Marggrafen Hochfürſtl. Durchl. oder dero De-

ſcendence, ſich der Succeſſion in der Grafſchafft Sayn mit Recht eher nicht anmaſſen, bis daß die Fürſtl. Sachſen-Eiſenachiſche, ſelbige bis hieher beſitzende Linie gäntzlich erloſchen ſeyn wird.

§. 22.

Und wie nun hieraus und aus allen oben deducirten, ein jeder Unpaſſionirter gar leicht von ſelbſt erkennen wird, wie des Herrn Marggrafen von Brandenburg-Onoltzbach Hochfürſtl. Durchl. noch zur Zeit, kein Erbfolgs-Recht in dem bishero Sächſiſchen Altenkirchiſchen Antheil der Grafſchafft Sayn competire, ſondern dieſes vielmehr der Frauen Schweſter und nechſten Erbin des letzt-verſtorbenen Herrn Hertzogs zu Sachſen-Eiſenach, der Durchlauchtigſten Fürſtin Frauen **Carolinä Chriſtinä** vermählten Landgräfin zu Heſſen-Philippsthal, und dero Deſcendence, vermöge der, in der Grafſchafft Sayn hergebrachten Erbfolge, auch vermöge Väterlichen Teſtaments und Ihro, auf den jetzt-erfolgten Anfall ſchon geleiſteter Landes-Huldigung, folglich von GOTT und Rechtswegen unmittelbar allein zuſtehe, mithin des hochgedachten Herrn Marggrafen Hochfürſtl. Durchl. keine Rechtsgegründete Urſache gehabt, ſchon jetzo die Poſſeſſion in der Grafſchafft Sayn Altenkirchiſchen Antheils zu ergreiffen und die rechtmäßige Succeſſorin, dergeſtalt, wie oben §. 18. geſagter maſſen geſchehen, daraus verdrengen zu laſſen; So ſtehet zu erwarten, ob nicht des Herrn Marggrafen Hochfürſtl. Durchl. dero Großmuth und hohen Penetration nach, das ſo offenbar gegründete Erbfolgs-Recht der Durchlauchtigſten Frau Landgräfin, noch von ſelbſt an zu erkennen und deroſelben den gemeldten Antheil der Grafſchafft Sayn gerechteſt wieder einzuräumen geneigen? Oder durch welche rechtliche Mittel und Wege, hoch-dieſelbe zu dem Ihrigen und zu dem rechtmäßigen Beſitz der, von ihren uralten Vor-

El-

Eltern den Grafen von Sayn auf ſie verſtammeten Antheil der Grafſchafft Sayn, noch endlich gelangen werde!

Beylagen.

Lit. A.

Iſt ein Schema Genealogicum, ſo auch in der nachfolgenden Onolzbachiſchen Deduction ſub num. 1. fürkommt.

Lit. B.

Iſt ein Extract Hertzog Johann Georgs zu Sachſen-Eiſenachs Teſtament, ſo ſich auch l. c. ſub num. 2. findet.

Lit. C.

Iſt ein Extract deſſen Gemahlin, Hertzogin Johannettä, Teſtaments; vid. ibid. num. 3.

Lit. D.

Iſt das Pactum de Anno 1697. ſo auch allda ſub num. 5. beygebracht worden.

Lit. E.

Iſt das anderweite Pactum de Anno 1699. ſo ſub num. 4. der Brandenburgiſchen Deduction fürkommt.

Lit. F.

Iſt ein Extract Hertzog Johann Wilhelms zu Sachſen-Eiſenach Teſtaments, d. d. 1707. 15. Sept. davon Clauſula concernens oben im Text befindlich iſt, das übrige aber in das Diplomatiſche Archiv des 18den Seculi verſpahret wird.

Lit. G.

Iſt ein Extract Hertzog Wilhelm Heinrichs zu Sachſen-Eiſenach Teſtaments, d. d. 1736. 23. Jul. damit es gleiche Bewandtniß hat.

Lit. H.

Iſt ein unter dem Nahmen der Frau Landgräfin Carolinä Chriſtinä zu Heſſen-Philippsthal abgefaßtes und den 28. Jul. 1741. an dem Schloß Fridewald affigirtes Patent, wodurch ſie die Poſſeſſion der Grafſchafft Sayn, Altenkirchiſchen Theils, ergreifft.

Lit. I.

Endlich iſt ermeldter Frau Landgräfin Proteſtation gegen die Fürſtlich Brandenburg-Onolzbachiſcher Seits ergriffene Poſſeſſion ermeldten Altenkirchiſchen Theils, ſo den 5. Oct. 1741. der Regierung in der Grafſchafft Sayn inſinuiret worden.

Bey-

Beylage Num. II.

Standhaffte Vertheidigung des Hochfürſtl. Brandenburg-Onolzbachiſchen Succeſſions-Rechts in die Reichs-Grafſchafft Sayn-Altenkirchen gegen den ungegründeten Anſpruch der Frauen Landgräfin Carolinä Chriſtinä, zu Heſſen-Philippsthal Durchlaucht. Mit Beylagen von Num. I. biß XII.

§. 1.

Wann jemahls eine Deduction zum Vorſchein gekommen iſt, worinnen der Verfaſſer den Haupt-Satz, worauf er ſich zu gründen ſuchet, ſelbſten widerleget und entkräfftet hat; So iſt es die zum Druck beförderte Nachricht von dem angemaßten Succeſſions-Recht der Frauen Landgräfin **Carolinä Chriſtinä**, zu Heſſen-Philippsthal Durchlaucht in die Reichs-Grafſchafft Sayn, Altenkirchiſchen Antheils.

§. 2.

Und eben deswegen hat man lang angeſtanden, dieſer Schrifft eine Widerlegung entgegen zu ſtellen, und einen unpartheyiſchen Leſer auf dasjenige erſt zu weiſen, was er, auch nur bey flüchtiger Durchgehung ſolchen Aufſatzes, und deſſen Beylagen, allſchon überflüßig wahrgenommen haben muß, daß nemlich nichts weniger, als die darunter geheegte Abſicht, erziehlet worden ſeye, vielmehr aus der eigenen Gegneriſchen Demonſtration der Ungrund ſelbigen Anſpruchs offenbar erſcheine.

§. 3.

Damit aber das diſſeitige Stillſchweigen bey denen, welchen die Sache nur der Rubric nach bekannt iſt, nicht irgend den Verdacht erwecken möge, als ob man ſich vielleicht nicht im Stand befinde, die Hochfürſtlich-Brandenburg-Onolzbachiſche Gerechtſame gegen ſelbige Einſtreuungen hinlänglich zu vertheidigen; So hat man lieber

ber dem Publico eine überflüßige Refutation vorlegen, als zu ſolch-widrigem Urtheil einigen Anlaß geben wollen.

§. 4.

Jedoch iſt man keineswegs geſonnen, in groſſe Weitläufftigkeit auszuſchweiffen; Sondern da gegenüber die Principia und Gründe, der diſſeitig Hochfürſtlichen Rechten und Befugnüſſen allbereit erkannt und ſelbſten angezeiget und dargeleget, auch die Teſtamenta und Pacta, woraus ſolche Sonnenklar erhellen, ihrem vollſtändigen Innhalt nach, ſchon mit angedruckt worden ſeynd; So kan man ſich billich begnügen laſſen, auf dieſen jenſeits ſelbſt gelegten veſten Grund das wenige nur annoch zu bauen, was etwan zu Auflöſung der Gegneriſchen Mißdeutungen dienlich erachtet werden mag.

§. 5.

Allermaſſen es dahier nicht um Lehen-oder gemeine Rechte, und deren Application ad factum, beſonders zu thun iſt, wenigers über die Gültig-und Bündigkeit der vorhandenen Inſtrumentorum einiger Streit obwaltet, vielmehr beede Hochfürſtl. Theile darinnen miteinander vollkommen verſtanden ſind, daß das erſtberührte reſpective Groß- und Ur-Groß-Mütterliche Teſtament, und die demſelben gemäß errichtete Pacta, die eintzige Regul und Richtſchnur der gegenwärtigen Erbfolg ſeyen; Sondern der anderer Seits neuerlich erregte Anſtand beruhet lediglich darauf:

Ob ermeldtes Teſtament und zweyfache Pactum ein näheres Recht der Durchlauchtigſten Frau Landgräfin zu Heſſen-Philippsthal zulegen, als Jhro des regierenden **Herrn Marggrafens zu Brandenburg-Onolzbach Hochfürſtl. Durchlaucht.**

§. 6.

Nun ſeynd aber darinnen hochgedachte Frau Landgräfin mit klaren und trockenen Worten von der Succeßion zu wieder-

derhohlten mahlen ausgeſchloſſen, können ſolches auch ſelbſt nicht in Abrede ſtellen, ſondern beweiſen es zum Uberfluß mit ihren eigenen Beylagen; Dannenhero ihrem Vertreter kein anderer Weg offen geſtanden iſt, als der Durchlauchtigſten Teſtatricin und dero Printzen, welcher mit dieſer compaciſciret hat, und, vermög Schematis Genealogici *ſub Num. I.* der leibliche Herr Vater der Frau Landgräfin von Philippsthal geweſen, eine gantz andere Abſicht, Willen und Meynung, anjetzo erſt anzudichten, als beede in Teſtamento & Pactis auf das allerſolenneſte zu erkennen gegeben haben.

§. 7.

Wie ſehr aber dieſe gar übel erſonnene Deutung mißlungen ſeye, und gegen alle Reguln vernünfftiger Auslegung anſtoſſe, auch ſo gar ſich ſelbſt widerſprechende Sätze enthalte; Solches wird aus bald folgender kurtzen Demonſtration jedermann in die Augen leuchten müſſen.

§. 8.

Da immittelſt zuvorhero, als eine allerdings richtige Sache dißſeits eingeſtanden, und quam utiliſſime hiemit acceptiret wird, daß, Innhalts §. 2. des Philippsthaliſchen Impreſſi,

Die vormahligen Herren Grafen von Sayn, von vielhundert Jahren her, über die Erbfolg in dieſer Grafſchafft, gleich als über ein wahres Allodium, auch über darinnen befindliche Erb-Lehen, per Teſtamentum & Diſpoſitiones je freyeſt diſponiret, und, nach Beſchaffenheit der Umſtände, bald ihre Männliche, bald Fräuliche Erben, zu ihren Succeſſoren in der Grafſchafft verordnet haben ꝛc.

§. 9.

Wohingegen man aber dasjenige, was in §§. 3. 4. 5. 6. & 7. von weyland Graf Erneſti Ableiben, von deſſen Deſcendenten, von denen ehemahligen Streitigkeiten mit

Chur-

Chur- und Fürſtlichen Lehen-Höfen, und denen Grafen von Wittgenſtein, von den Schweſterlichen Theilungen, Heyrathen und Nachkommen, theils Geſchichts-mäßig, theils irrig, angeführet worden iſt, und gegenwärtiger Sache nichts zu- oder ableget, eben ſolcher Urſach halben gäntzlich übergehen will.

§. 10.

Was dann nun die Haupt-Sache ſelbſt anbelanget; So haben weyland Hertzog **Johann Georg** zu Sachſen-Eiſenach ꝛc. mit dero Fürſtlichen Frauen Gemahlin, weyland **Hertzogin Johannetta**, gebohrnen Gräfin zu Sayn, NB. **aus beyderſeits dero Fürſtlichen Eltern vereinbartem Willen, ſich wohlbedächtig dahin beſtändig verglichen**, daß in Krafft Ihrer beyden, zu gleicher Zeit errichteten und durch mutuelle Unterſchrifft in vim pacti reciproce beſtättigten teſtamentorum correſpectivorum de 30. Nov. 1685. *ſub Num. II. & III.* dero zweyter Printz, weyland Hertzog **Johann Wilhelm** die Mütterliche Helffte der Grafſchafft Sayn überkommen ſollte; Jedoch NB. **auf Weiß und Maaß**, wie in hochgedachter Frau Hertzogin teſtamentlichen Diſpoſition (worauf dero Hochfürſtlicher Gemahl **ſich lediglich bezogen hat**) **verordnet worden.**

§. 11.

Solche **Weiß und Maaß** nun beſtunde darinnen: Es errichtete dieſe Durchlauchtigſte Hertzogin ein Fidei commiſſum Familiæ, und regulirte den Ordinem ſuccedendi folgender Geſtalt, daß nemlich

Dero jüngerer Sohn, **Printz Johann Wilhelm**, und nach deſſen Hintritt, deſſen älteſter Sohn, und, nach demſelben, deſſen Sohns Sohn, und, wann auch deren keiner mehr vorhanden seyn würde, deſſen anderer und zweyter Sohn und **alſo förders**, als lange deſſen

Männliche Linie währet; Nach ſolcher Linien gäntzlichem Abgang aber, alsdann der Frau Hertzogin älterer Sohn, Printz Johann Georg, allermaſſen wie zuvor bey Printz Johann Wilhelm und deſſen Männlichen Nachkommen, vermeldet worden, allerſeits nach dem Recht der erſten Geburth, ſuccediren; Woferne aber dieſe beyde Printzen, und deren Männliche Poſterität ohne Männliche Leibes-Erben mit Tod abgehen würden, alsdann ſolcher Antheil der Grafſchafft Sayn auf der Frau Hertzogin beyde Frauen Töchter, Frau Eleonora Erdmuth Louiſe, damahls vermählte Marggräfin zu Brandenburg-Onoltzbach, ꝛc. und Printzeßin Friderica Eliſabetha, nachhero vermählte Hertzogin zu Sachſen-Weiſſenfelß, zu gleichen Theilen, oder da deren noch eine im Leben, auf ſelbige allein fallen, dagegen aber Sie verbunden ſeyn ſollten, denen von dem Printzen herrührenden Nachkommen Weiblichen Geſchlechts insgeſamt ſo viel an baarem Geld, als der 4te Theil geſamter Intraden ſelbigen Theils der Grafſchafft Sayn austrägt, binnen 3. Jahren zum Abſtand zu erlegen. Würde aber die eine dieſer beyden Printzeßinnen nur Töchtere hinterlaſſen, die andere aber einen Sohn; So ſollte derſelbe ſeiner Frau Mutter und Mutter-Schweſter ſuccediren, auch durch ihn das Jus Primogenituræ unter ſeinen Nachkommen, Männlichen Stamms, fortgeführet, im Mangel der von ihm poſterirenden Männlichen Erben aber, nicht weniger unter denen Weiblichen es alſo gehalten werden, daß diejenige, ſo nach dem Recht der erſten Geburth folgen würde, die Succeſſion haben und die übrigen von ihrer Linie Weiblichen Geſchlechts mit dem vierten Theil der Intraden ſich ablegen laſſen ſollten.

§. 12.

Mögte wohl möglich ſeyn, daß, wer vorſtehendes geleſen hat, ſich einen andern Begriff von ermeldter Diſpoſition machen könne, als dieſen? die Durchlauchtigſte Frau Herzogin **Johannetta** habe 1.) ein Fideicommiſſum familiæ errichtet, und zwar 2.) ein ſolches, welches, nach Ausgang der Männlichen Poſterität, nicht, wie es ſonſten bey Fideicommiſſis in ſolchen Fällen geſchiehet, aufhören und evaneſciren, mithin denen nächſten Weiblichen Verwandten des letzten Männlichen Beſitzers ſimpliciter zufallen, oder ſeiner fernern Verfügung und Diſpoſition überlaſſen ſeyn, ſondern welches vielmehr 3.) auch **alsdann**, wann der Mann-Stamm ausgegangen, **fortwähren** und *continuir*en ſollte; immaſſen 4.) ausdrücklich verordnet worden, daß auf den Fall, da alle Männliche Nachkommen des erſt und zweyt gebohrnen Prinzen völlig würden abgegangen ſeyn, ſodann nicht des letzten Innhabers nächſte Weibliche Verwandten zu ſuccediren hätten, ſondern daß 5.) dieſes Fideicommiſs von dieſen letzten, mit Ubergehung ſeiner Töchter oder ſonſtig-Weiblicher Erben, ſogleich auf die beede folgende Linien, nehmlich derer vorbenannten beeden Prinzeßinnen der Durchlauchtigſten Erblaſſerin, **fallen**; aber 6.) auch dorten die bißherige Qualität eines *Fideicommiſſi* **behalten** ſollte, alſo zwar, daß wann 7.) bey ſelbigen beeden Linien dieſer Prinzeßinnen, ein Nachkömmling **Männlichen** Geſchlechts vorhanden ſeyn würde, dieſem vor denen irgend gleichfalls vorhandenen nähern Töchtern der Vorzug gebühren, und ſolchergeſtalt durch ihn das Fideicommiſs und die ausdrücklich damit verknüpfte Primogenitur **fortgeführet** werden, beedes auch 8.) nicht einmahl alsdann, wann keine Männliche Deſcendenten von ihme mehr übrig ſeynd, erlöſchen, ſondern

ſo gar auch 9.) bey ſeinen Weiblichen Nachkommen fortdauren ſollte.

§. 13.

Wer denen vorangezogenen Worten und dem daraus flieſſenden Verſtand keine offenbare Gewalt gleichſam anthun oder nicht vorſetzlich einen andern Begriff ſimuliren will, als der klare Buchſtab nothwendig bey ihm erregen muß, der kan dieſe Diſpoſition ohnmöglich anderſt, als auf bemeldte Weiß ſich vorſtellen. Und gleichwohl hat der Verfaſſer der Philippsthaliſchen Nachricht dem Publico eine andere Ideè einzuprägen geſucht, und anzugeben ſich nicht geſcheuet, daß obſchon a) von dieſem Fideicommiſſo die Weiblichen Deſcendenten beeder Prinzen **Johann Georgs und Johann Wilhelms**, nur allein in angeführten Worten des Teſtaments sechsmahl, ſonſten aber hin- und wieder noch gar öffters, **ausdrücklich** *excludirt* worden ſeynd; ob auch gleich b) ihr **Abfindungs**-*Quantum* in offt gedachten Teſtament expreſſe determinirt- Anbey c) klar geordnet iſt, **wohin** das Fideicommiſs und zwar d) in bißheriger Qualität, NB. **fallen**-auch von wem es e) **fortgeführet** werden ſollte, nehmlich von dem Männlichen Deſcendenten beeder Prinzeßinnen-Töchter der Hoch-Fürſtl. Frau *Teſtatricin*; ſo müſte jedoch, nachdeme der Fall ſich nunmehr würcklich begeben hat, da die männliche Poſterität beeder zum Fideicommiſs ſucceſſive beruffenen Prinzen **ohne Männliche** Leibes-Erben mit Weyland Herzog **Wilhelm Heinrich** ꝛc. jüngſthin abgegangen iſt, und ihre Weibliche Nachkommen die-im Teſtament ihnen beſtimmte Abfindungs-Gelder zu empfangen haben ſollen, dieſes Fideicommiſs nicht an den- von der Durchlauchtigſten Frau *Teſtatricin* ältern Frau Tochter abſtammenden einzigen Prinzen, nehmlich ihro des

Herrn

Herrn Marggrafens zu Brandenburg-Onolzbach Hoch-Fürſtl. Durchl. (wie ſolches der klare Buchſtab des Teſtaments beſaget) ſondern, deme entgegen, an die Nahmentlich darinnen excludirte älteſte Herzoglich-Eiſenachiſche Prinzeßin, die hocherwehnte Frau Landgräfin zu Heſſen-Philippsthal, fallen und durch dieſelbe das Recht der Erſten Geburt unter ihren Nachkommen fortgeführet werden, mithin das Teſtament in dieſem Letztern Punct beſtehen, in jenem aber nicht.

§. 14.

Einem unpartheyiſchen Leſer kan dieſer Anſpruch anderſt nicht, dann im höchſten Grad befremdlich fallen, biß er ſich endlich die Vermuthung beygehen läſſet, es dörfften vielleicht nachherige Verträge vorhanden ſeyn, welche jener Diſpoſition derogirt hätten. Wann aber derſelbe aus der eigenen gegneriſchen Beylag ſub lit. E. (welche hier *ſub Num. IV.* befindlich) erſehen wird, daß ein *Pactum* zwiſchen der Hochſeeligen Frau *Teſtatricin* und dem leiblichen Herrn Vatter der Hoch-Fürſtl. Frau *Prætendentin* Anno 1699. errichtet worden, worinnen die allerſolenneſt-deutlichſt- und umſtändlichſte Wiederholung und Beſtättigung jener Diſpoſition und reſpective Convention enthalten iſt; ſo bleibt wohl nichts mehr übrig, womit auch der glimpflichſte Urtheiler jene allzuweite Uberſchreitung der Billigkeit im mindeſten annoch entſchuldigen könnte.

§. 15.

Dann was mag klärer und überzeuglicher zu erkennen geben, wie beeder hochermeldten Compaciſcenten ernſtlicher Will, Vorſatz und Meynung geweſen, daß es bey jener Diſpoſition, ſo viel den Punct der Erbfolg betrifft, das ohnabänderliche Verbleiben haben-und

nahmentlich die jetzige, damahls noch nicht im Leben geweſene Frau Landgräfin, bey Abgang des Eiſenachiſchen Mann-Stamms ausgeſchloſſen werden ſollte, als nachfolgende Worte des angezogenen Pacti de 24. Jan. d. a.

Jedoch, daß, nach Abgang unſers Männlichen Stamms (ſo ſpricht der jetzigen Frau Prætendentin leiblicher Herr Vatter, weyland Herzog **Johann Wilhelm**, deſſen Männliche Poſterität mit ſeinem Prinzen, Herzogen **Wilhelm Heinrich**, am 26. Julii 1741. würcklich erloſchen iſt) **unſerer freundlich geliebten Frau Schweſter Lbd.** (dieſe war, nach Innhalt des Mütterlichen Teſtaments, damahls die nechſte Erbfolgerin; maſſen die ältere Frau Schweſter allſchon mit Tod abgegangen geweſen) **die** *Succeſſion* **unverruckt verbleibe; wobey wir auf begebenden Fall, da unſer Männlicher Stamm abgienge** (welches nunmehro geſchehen) **vor unſere hinterlaſſende Kinder weiblichen Geſchlechts** (darunter ſind die Frau Landgräfin das älteſte, mithin iſt von ihnen nahmentlich die Rede dorten geweſen) **zu dero gänzlichen Abfindung der Grafſchafft halber** (kan man auch deutlicher ſich erklären?) **zwölff tauſend Thaler** (ſtatt des im Teſtament generaliter determinirten vierdten Theils der Intraden; es iſt alſo durch dieſe Abänderung das Teſtament in den übrigen unberührten Puncten aufs neue bekräfftiget worden) **binnen drey Jahren zu bezahlen hiemit bedungen, auch wir, die verwittibte Herzogin** (*Johannetta*) **hierzu ſowohl unſere freundlich geliebte Frau Tochter, als auch unſerer älteſten nunmehro ſeeligen Frau Tochter,** (weyland *Eleonora Erdmuth Louiſe*, vermählten Marggräfin zu Brandenburg-Onolzbach) **Prinzen** (durch welchen, vermög des Teſtaments, das Fideicom-

miſſum

miſſum familiæ und die Primogenitur, nach Abgang der Männlichen Poſterität des Sachſen-Eiſenachiſchen Manns-Stamms, fortgeführet werden ſollte,) **wann die** *Succeſſion* **auf ihn verfallen** (und jener Fall der Erlöſchung des Herzoglich-Eiſenachiſchen Mann-Stamms ſich dereinſt ergeben) **würde, Krafft dieſes wollen verbunden** - alſo eo ipſo auch die Eiſenachiſchen Prinzeßinnen, gegen Empfang jener Gelder, nochmahls excludirt) **haben. Und ſollen, wann jetzt ermeldt-unſere Frau Tochter** (*Sophia Eliſabetha*, nachmahls vermählte Herzogin zu Sachſen-Weiſſenfels) **keine Männliche** *Deſcendent***en, ſondern Prinzeßinnen hinterlaſſen würden** (welch-letzteres auch nur geſchehen) **denenſelben von unſerer älteſten Frau Tochter Prinzen** (**Herrn Marggrafen zu Brandenburg-Onolzbach, Hochfürſtl. Durchl.**) **bey erlangter** *Succeſſion* (wozu dieſelbe wie vorderiſt im Teſtament, alſo auch in dieſem Pacto nun ſchon zum zweytenmahl ausdrücklich beruffen worden) **ebenfalls** 12000. **Thaler zur Abfindung binnen drey Jahren bezahlt werden. Alles getreulich und ohne Gefährde.**

§. 16.

Nachdeme nun gleich im Eingang dieſes Pacti auf einen vorherigen Vertrag de 26. April 1697. (welcher ſub lit. D. dem Gegneriſchen Impreſſo beylieget, und hier *ſub Num. V.* per Extractum befindlich iſt) ſich bezogen worden, worinnen §. 6. nachfolgender Paſſus enthalten:

„**Haben der Fürſtl. Frau Mutter** (Herzogin *Johannetta*) **Durchlaucht** 2c. **hiebey Freund-Mütterlich erklärt und** *NB. paciſcir***et, dero Fürſtl.** *Diſpoſition* **worauf weyland dero Durchlauchtigſter Hoch-Fürſtliche Herr Gemahl, Hochſeeligen**

Angedenckens, mit dero Genehmhaltung, das Fürſt-Vätterliche Teſtament unter andern mitgegründet, *NB.* in unveränderlichem *Valor* unwiederrufflich zu laſſen;,,

So iſt billig höchſtens zu bewundern, wie man Landgräflich-Philippsthaliſcher Seits dannoch keinen Scheu tragen mögen, dieſer durch ein zweyfaches Pactum ſolenniter bekräfftigt- und beſtättigten- ja in dem eigenen Impreſſo auf allen Seiten angezogenen- und vor die einzige Norm der künfftigen Succeſſion in der Grafſchafft Sayn-Altenkirchen erkannt: und belobten Diſpoſition ſchnurſtracks entgegen, auch wieder den allerdeutlichſten Inhalt ſolch-beeder zwiſchen dem leiblichen Herrn Vatter der Hoch-Fürſtlichen Frau Prætendentin, und dero Frauen Groß-Mutter Durchl. bona fide errichteten-und auf die Groß-Vätterliche Diſpoſition nachmahls gegründeten Convention, (in welcher ſich gleichwohl die Frau Landgräfin ſelbſten fundiret) desjenigen nunmehro doch noch ſich anzumaſſen, wovon ſie darinnen mit dürren Worten zu verſchiedenen mahlen ausgeſchloſſen worden iſt.

§. 17.

Es verhoffet zwar der Verfaſſer der Philippsthaliſchen Nachricht den ſicherſten Weg zu ſeiner Abſicht darinnen zu finden, wann er dem Publico die ungleiche Vorbildung machen könnte, daß die mehr erholte Succeſſions-Verordnung nur reſtrictive auf den Caſum gehe, wann ſowohl der zum Succeſſore in der Grafſchafft inſtituirte jüngſte Sohn (Herzog **Johann Wilhelm**) und alle deſſen künfftige Männliche Deſcendenten, als auch der ſodann ſubſtituirte ältere Sohn, mit allen ſeinen Männlichen Nachkommen, und alſo der ganze Mann-Stamm dieſer **beeden** Linien, annoch **bey Leben** ihrer

beyden

beyden Frauen Schweſtern abgehen würde. Allein hatte dann damahls die eine dieſer zum Fideicommiſs beruffenen beeden Frauen Schweſtern, nehmlich Frau Marggräfin **Eleonora Erdmuth Louiſe** zu Brandenburg-Onolzbach, nicht bereits das Zeitliche geſeegnet, als Herzog **Johann Wilhelm** mit ſeiner Hoch-Fürſtlichen Frau Mutter Anno 1699. paciſcirt hat, wie viel der vorhandene Prinz dieſer voran verſtorbenen Durchlauchtigſten Frau Schweſter denen Herzoglich-**Johann Wilhelminiſchen** Prinzeßinnen, darunter die Frau Landgräfin die älteſte iſt, nach Erlöſchung ſelbig-Männlicher Deſcendenz, zur Abfindung bezahlen ſollte?

Wäre hochermeldter Brandenburg-Onolzbachiſcher Prinz durch ſeiner Frau Mutter Tod excludirt und zur dereinſtigen Succeſſion in Fideicommiſſum unfähig worden; ſo würde man denſelben vor den damahlig-nechſten præſumtiv-Erbfolger nicht ſo ſolenniter in jenem Pacto erkannt, wenigers zu denen bedungenen Geld-Præſtationibus ſo eigentlich verbunden haben.

§. 18.

Eben dieſe ſpecialiter ihm auferlegte Obligation giebt allein ſchon genugſam zu erkennen, daß weyland Herzog **Johann Wilhelm**, und deſſen Durchlauchtigſte Frau Mutter, zur ſelbigen Zeit auch den Caſum unter andern Sich vorgeſtellet haben, da, bey Abgang des Eiſenachiſchen Mann-Stamms, beede Frauen Schweſtern des Hochgedachten Herzogs nicht mehr im Leben ſeyn, folglich die Succeſſio Fideicommiſſaria den vorhandenen Prinzen der damahls ſchon verſtorbenen ältern Frau Schweſter (durch welchen, vermög Teſtamenti, das Fideicommiſs und die Primogenitur unter ſeinen Nachkommen **fortgeführet** werden ſollte) betreffen, oder, wie die Formalia des Teſtaments lauten, die **Grafſchafft** auf

 ihn

ihn fallen würde; dann woferne er nicht unmittelbarer Succeſſor des lezten Männlichen Nachkommens der Herzogl. Eiſenachiſche Linie hätte werden können; ſo wäre ihm auch nicht die Auflage geſchehen, die alsdann irgend vorhandene Eiſenachiſche Prinzeßinnen mit einem gewiſſen Geld-Quanto abzufinden; da ihm aber ſolche Zahlung ſo præciſe injungirt worden; ſo muß ihm nothwendig die unmittelbare Succeſſion begebenden Falls zugedacht geweſen ſeyn.

§. 19.

Wäre auch des Compaciſcirenden Herrn Herzogs Johann Wilhelm Abſicht und Meynung geweſen, daß, nach Abgang ſeiner Männlichen Poſterität, ſeine hinterbleibende Prinzeßinnen nur alsdann von der Sayniſchen Succeſſion ausgeſchloſſen werden ſollten, wann, bey begebenden Fall ſeine jüngere Frau Schweſter annoch im Leben ſeye, auſſer deme aber ſeine Prinzeßinnen dem letzten Eiſenachiſchen Prinzen zu ſuccediren hätten; ſo würde hochernannter Herzog überflüßig und vergeblich ſich haben ſtipuliren laſſen, daß der Prinz der damahls bereits abgelebten ältern Frau Schweſter, wann die Succeſſion an ihm gelangen würde, denen Herzoglich-Eiſenachiſchen Prinzeßinnen die Abfindungs-Gelder entrichten ſollte; dann dieſer Prinz wäre, nach jenem unrichtigen Satz, nicht im Stand geweſen, dem letzten Männlichen Nachkommen der Eiſenachiſchen Linie zu ſuccediren, folglich hätte derſelbe auch nicht verbunden werden können, das gegen ſolche unmittelbare Erbfolg denen Eiſenachiſchen Prinzeßinnen gebührende Abfindungs-Quantum dorthin zu bezahlen.

§. 20.

Es veroffenbahret ſich dannenhero zur Genüge, daß die angebliche Reſtrictio Fideicommiſſi eine ſehr übel zu-

ſammen hangende Erfindung ſeye, deren die Inſtrumenta ſelbſten, worinnen ſich der Erfinder begründen will, und ſeine eigene Aſſerta und Bekanntnüſſen, auf das deutlichſte wiederſprechen. Es hat derſelbe auf allen Blättern ſeines Aufſatzes virtualiter eingeſtanden, daß ein würckliches Fideicommiſſum familiæ vorhanden ſeye, da eine Linie nach der andern zur Succeſſion beruffen auch die Formalia: **fallen, anfallen,** (quæ Fdeicommiſſum involvunt, non ſimplicem Subſtitutionem*) hiebey gebraucht worden.

Nachdeme nun die zwey Erſten, nemlich die Brüderlichen Linien, anjetzo erloſchen, aus der in Ordine beruffenen dritten Linie aber, welche die Durchlauchtigſte Frau Marggräfin **Eleonora Erdmuth Louiſe** geſtifftet haben, ein fähiger Succeſſor vorhanden iſt; ſo kan man wohl die mindeſte Urſach nicht erſinnen, warum nunmehro das auf dieſe 3te Linie ausdrücklich erſtreckte Fideicommiſſum vor erloſchen geachtet und denen nahmentlich excludirten Weiblichen Nachkommen der zweyten Linie (welche ſolchemnach anzuſehen ſind, als ob ſie gar nicht vorhanden wären) vor dem auf gegenwärtig ſich ergebenen Fall der Ermanglung Männlicher Nachkommen aus zweyter Linie, nahmentlich beruffenen Männlichen Erbfolger dritter Linie, der Vorzug gebühren ſollte.

§. 21.

Zumahlen aus dem ganzen Zuſammenhang des Teſtaments ſattſam erhellet, daß die Durchlauchtigſte Frau Herzogin hauptſächlich auf ihre **Männliche** Deſcendenten, es mögten ſelbige von ihren beeden Prinzen, oder beeden Prinzeßinnen erzeugt ſeyn, reflectiret habe, hin-

Ooo 5 gegen

*) Barboſa Lib. VI. Cap. 28. ibique citat. Brunem. Cent. I. Dec. 64.

gegen die von denen Prinzen abſtammende Weibliche Nachkommen excludirt wiſſen wollen; dahero hocherwehnte Frau Herzogin nach dem von ihren beeden Prinzen abſtammenden letzten Maſculo, ihre beede Prinzeſſinnen, und dero Männliche Nachkommen ſogleich immediate beruffen und, daß durch dieſe das Fideicommiſs und die Primogenitur fortgeführet werden ſollte, ſehr deutlich geordnet, ja ſo gar auch die Töchter und übrige Weibliche Deſcendenten dieſer beeden Prinzeßinnen denen Weiblichen Nachkommen, welche von beeden Prinzen abſtammen würden, ausdrücklich vorgezogen und auch auf ſolchen Fall, da beede hochermeldte Prinzeßinnen keine Männliche Erben hätten, oder, wie die Worte des Teſtaments lauten: **Sie hätten gleich Männliche Erben oder nicht,** denen **von beeden Prinzen herrührenden Nachkommen Weiblichen Geſchlechts** doch nur einen Abtrag an Geld beſtimmet. Mithin dieſe wenigſtens auf ſo lang, als aus der von der Durchlauchtigſten Erblaſſerin immediate abſtammenden dritten und vierdten Linie annoch Nachkömmlinge, beederley Geſchlechts, vorhanden wären, von dieſem Fideicommiſſo familiæ excludiret hat; wie ſolch alles in angefügten beeden Reſponſis *ſub Num. VI. & VII.* ſehr gründlich ausgeführet worden iſt.

§. 22.

Seynd nun ſolchemnach ſo gar die Weiblichen Deſcendenten beeder Printzeßinnen denen Weiblichen Deſcendenten beeder Printzen ausdrücklich vorgezogen, und iſt zugleich die Ordnung umſtändlich vorgeſchrieben worden, wie die aus beeden Printzeßinnen Töchtern entſpringende Nachkommen beederley Geſchlechts einander dereinſt folgen und ſuccediren ſollten; So wird wohl niemand ſich beygehen laſſen können, daß alles dieſes tacite **wiederruffen**, hingegen

gegen

gegen die ſo vielmahls expreſſe ausgeſchloſſenen Weibliche Nachkommen derer Söhne denen vorzüglich zur Succeſſion beruffenen Nachkommen beeder Töchtere, zumahl Männlichen Geſchlechts, auf den Fall ſtillſchweigend præferiret worden ſeyen, wann nicht beede Töchtere ſelbſten den Caſum der erledigten Erbfolg erleben würden.

§. 23.

Dann, zu geſchweigen daß die Weibliche Nachkommen beeder Söhne im Teſtament ausdrücklich excludiret und in keinem Fall beruffen, die Poſteri der beeden Töchtere hingegen auf das allerſolenneſte vociret worden ſeyen, hiernächſt auch die in dem vorangezogenen Pacto de Anno 1699. enthaltene Interpretatio authentica allem Zweiffel, wann einiger dißfalls vorhanden oder zu erdencken wäre, bereits abgeholffen hat, da vorerwehnter maſſen die Durchlauchtigſte Hertzogin Johannetta ſowohl, als der jetzigen Frau Prætendentin Herr Vater, den Anſpachiſchen Printzen zur immediaten Succeſſion fähig erkannt, und in ſolchem Betracht ihme die Obligation der alsdannigen Abfindung aufgebürdet haben; So bringet auch die Eigenſchafft eines Fideicommiſſi familiæ mit ſich, daß nicht ſowohl auf die individualiter beruffene und genannte Perſonen allein, als vielmehr auf deren Succeſſions-fähige Deſcendenten zu ſehen ſeye.

§. 24.

Dann wer kan ſich mit Vernunfft vorbilden, daß ein Fideicommittens, wann er, wie im gegenwärtigen Fall geſchehen, erſtlich eine Linie und deren Männliche Deſcendenz in infinitum, ſodann, nach deren Ausgang, die zweyte Linie mit ihrer ſpätheſten Männlichen Poſterität, ebenfalls in infinitum, und, nach deren gleichmäßigen Erlöſchung (wer weiß, nach wie vielen Seculis?) endlich die dritte und vierte Linie zur Succeſſion beruffen und auch in dieſem

dieſem die Fortführung des Fideicommiſſi (wie dahier) umſtändlich geordnet hat, die Abſicht ſollte können geheeget haben, daß præciſe die Stiffter derer ſubordinate beruffenen dritten und vierten Linien den Caſum erleben müſten, da ihre Linien, nach Ausgang derer vorhergehenden beeden, erſt zur Succeſſion gelangen können?

§. 25.

Dahero ſeynd alle Jure-Conſulti, welche von der Materia Fideicommiſſi familiæ geſchrieben haben, der univerſalen einſtimmigen Meynung, ja es iſt, weil die Vernunfft jene der Menſchlichen Natur zuwiederlauffende Vermuthung nicht geſtattet, ein Poſtulatum und ſolcher Satz, deſſen Wahrheit jedermann ohne alle Demonſtration anzunehmen ſich nicht entbrechen kan, daß nemlich die Nachkommen einer Perſon, welche gantzen Linien ſubſtituiret worden iſt, eben ſo fähig ſeyen, nach Abgang ſolcher Linien, unmittelbar zu ſuccediren, als jene nahmentlich beruffene Perſon ſelbſten.

§. 26.

Wer auch die in offterwehntem Teſtament vorausgeſetzte gar verſchiedene Fälle betrachtet, welche, aller menſchlichen Vermuthung nach, eine über viele Manns-Alter ſich hinaus erſtreckende Zeit hätten erfordern können, auch ordinarie zu erfordern pflegen, nach welchen erſt die Succeſſio Fideicommiſſaria an die ſubſtituirte Linien hat gelangen ſollen; Und wem zugleich nicht entgegen iſt, die im Teſtament öffters vorkommende ſehr notable Expreſſiones: **Als lang ſeiner Ebden Linie währet ꝛc. Nach ſolcher Linien gänzlichen Abgang ꝛc.** *Item* **als lang von unſern Söhnen, oder deren Männlichen** *Deſcendenz* **jemand vorhanden ꝛc.** ingleichen: **ehe die vorgeſetzten Fälle der** *Succeſſion* **ſich ereignen ꝛc.** in genaue Erwegung zu ziehen und auf die jedesmahls angefüg-

gefügte Dictionem: alsdann, nach ihrem der ſubſtratæ materiæ gemäſſen Verſtand, in ſo ferne ſolche auf den vorherigen Erfolg ſo gar wichtiger und vieler Begebenheiten abziehlet, nur einigermaſſen zu reflectiren; dem muß allerdings ohnmöglich fallen, von dem Verfaſſer der Philippsthaliſchen Nachricht ſich überreden zu laſſen, daß die Durchlauchtigſte Herzogin **Johannetta**, bey ausdrücklicher Beruffung dero Hoch-Fürſtl. Frauen Töchter, und ihren Nachkommenſchafft, zu einer dermahleinſtigen Erbfolg, welche, dem menſchlichen Anſehen-nach, vielleicht erſt nach etlichen Seculis ſich hätte eröffnen mögen, den einzigen Caſum, wann præciſe hochermeldte Prinzeßinnen ſolche Succeſſion erleben würden, im Sinn ſollte gehabt-und dazu die Abſicht geheegt haben, daß im Gegentheil deren Nachkommen tacite excludirt ſeyn ſollten, obſchon ſolche in eben dieſem Teſtament *expreſſe inſtituirt* und deren Ordo ſuccedendi mit groſſer Sorgfalt regulirt und vorgeſchrieben worden, und von welchen auch ausdrücklich daſelbſt verſehen iſt, daß und welchergeſtalten das Fideicommiſs und die Primogenitur durch ſie, und zwar nahmentlch mit **Ausſchluß** der Herzoglich-Eiſenachiſchen Prinzeßinnen, fortzuführen ſeye.

§. 27.

Nachdeme nun im ganzen Teſtament nicht die mindeſte Clauſul anzutreffen-noch ein einziger Fall beſtimmet worden iſt, da die indefinite excludirten Eiſenachiſchen Prinzeßinnen, vor Ausgang derer ſucceſſive beruffenen vier Haupt-Linien, zur Erbfolg wieder admittirt werden ſollten, über dieſes auch offt höchſt-ermeldte Frau Herzogin NB. die **Nachkommen** ihrer beeden-dem Herzoglich-Eiſenachiſchen Mann-Stamm ſubſtituirten Prinzeßinnen inſonderheit ermahnet hat, daß ſie, **zu ihrem ſelbſt eigenen Beſten**, zu Beybehal-

behaltung der Grafſchafft und Verfolg der *Proceſſe* dem Prinz **Johann Wilhelm** und deſſen Nachkommen alle dienliche Officia leiſten mögten, hieraus aber ſich fernerweit ergiebt, daß hoch-erwehnte Herzogin **Johannetta** die auch nach dem Ableiben ihrer beeden Prinzeßinnen vorhandene **Nachkommen** derſelben, zur eingeführten fideicommiſſariſchen Succeſſion allerdings annoch fähig erkannt habe;

Als wird man nunmehro Landgräflich-Philippsthaliſcher Seits ſich hoffentlich genugſam überzeugt befinden, auch jeder unpartheyiſcher Leſer erkannt haben, daß die gegenüber erſonnene Reſtrictio Fideicommiſſi familiæ, und die tacita Readmiſſio derer expreſſe ausgeſchloſſenen Herzoglich-Eiſenachiſchen Prinzeßinnen, vorwaltenden Umſtänden nach, nicht nur dem klaren und deutlichen Innhalt und Verſtand des Teſtamenti und Pacti, ſondern auch ſo gar der geſunden Vernunfft, und moralen Möglichkeit, offenbar zuwider lauffe, mithin das auf dieſes einzige vermeinte Momentum zu gründen geſuchte nähere Succeſſions-Recht mehr hochgedachter Frau Landgräſin ein pures *Non ens* und eine **leere Einbildung** ſeye.

§. 28.

Dann was **das Teſtament** weyland **Herzogs Johann Wilhelm** ꝛc. anbelanget, worauf Philippsthaliſcher Seits ſich zugleich auch bezogen, und welches ſelbigem Impreſſo ſub Lit. F. per Extractum angefüget worden iſt; da hätte man wohl wünſchen mögen, daß mehrere Vorſicht gegen über beobachtet und man dieſes Orts des mißliebigen Anlaſſes enthoben worden wäre, der Beurtheilung des unpartheyiſchen Publici hiemit lediglich anheim zu ſtellen: Ob es möglich ſeye, auch nur zu vermuthen, daß hochermeldtem Herzogs Johann

Wil-

Wilhelm habe zu Sinn kommen können, die von dero Höchſtſeeligen Herrn Vatter und Frau Mutter, mit deſſen vollſtändiger Zufriedenheit und wiederholter Einſtimmung ſo eigentlich veſtgeſetzte Erbfolgs-Ordnung, nach Ableiben beeder Hoch-Fürſtlichen Eltern, heimlich wieder umzuſtoſſen, und eine andere dagegen eigenthätig einzuführen? Findet ſich jemand im Stand, dergleichen Vorhaben nur mit dem allermindeſten Schein zu rechtfertigen? Oder kan man ſich überreden laſſen, daß allenfalls eine ſolch-geiſtlich-und ſolenne Ubertrettung deutlicher und wiederhohlter Verträge von einiger Würckung ſeyn-und dem andern Theil ſeine darinnen veſtgegründete Befugnuß auf einmahl entkräfften könne?

§. 29.

Dann ſeynd 1.) nach eigener des Herrn Herzogs Geſtändnuß, die Beſitzere der Grafſchafft Sayn per Teſtamenta freyeſt darüber zu diſponiren vorhin **berechtiget** gewesen; haben 2.) des Herrn Herzogs Herr Vatter und Frau Mutter, aus **beiterſeits** dero Fürſtl. **Elterlichen vereinbarten** Willen, ſich **wohlbedächtig** dahin NB. **verglichen**, mithin ein ſolenne Pactum, Liberos omnino perfectiſſime obligans, errichtet, und noch dazu mit ihrem Tod beſtättiget, daß die Grafſchaft Sayn, **auf Art und Weiß** (alſo nicht in allen Stücken nach Gefallen in Hinkunfft damit ſchalten und walten zu können, ſondern **wie** im Fürſt-**Mütterlichen Teſtament**, worauf der Herr Vatter in dem Seinigen ſich **lediglich bezogen** hat, verordnet worden) an weyland Herzog **Johann Wilhelm** gelangen ſollte; iſt nun 3.) in dieſem Mütterlichen Teſtament das bißhero weitläufftig demonſtrirte *Fideicommiſſum familiæ* **eingeführet**, und die Weibliche Deſcendenz des Herzogs **Johann Wilhelm** mit klaren Wort *excludirt* worden; hat 4.) eben

eben dieſer Herzog Johann Wilhelm ſelbſt Anno 1697. ſo gar durch ein *Pactum* die Hoch-Fürſtl. Frau Mutter zum Uberfluß noch dahin ſtringirt und verbunden, daß ſie

Freund-Mütterlich ſich erkläret und *paciſcirt*, dero Fürſtl. Diſpoſition, worauf weyland dero Hoch-Fürſtl. Herr Ehe-Gemahl, Hochſeeligen Angedenckens, mit dero **Genehmhaltung**, das Vätterliche **Teſtament** unter andern **mitgegründet**, NB. in **unveränderlichen** *Valor* und **unwiederrufflich zu laſſen**,

Hat 5.) eben derſelbe durch das zweyte Pactum de Anno 1699. (vid. ſupra §. 15.) das Mütterliche Teſtament, und inſonderheit den darinnen principaliter enthaltenen Punctum des Fideicommiſſi und der künfftigen Erbfolgs-Ordnung, annoch bey Lebzeiten der Hochfürſtlichen Frau Mutter, und ehe ihm ſelbſten Kinder gebohren worden, **nochmahls** auf das ſolenneſte **anerkannt**, ſodann jenes 6.) nach der Frau Mutter Ableiben, am 22. Nov. 1701. in eigener hohen Gegenwart ſowohl, als in Anweſenheit derer dazu erbetenen hohen Cointereſſenten, und darunter vornehmlich auch derer Hoch-Fürſtlich-Brandenburg. Onolzbachiſchen Bevollmächtigten, laut Protocol. *ſub Num. VIII.* förmlich *publiciren* laſſen, und 7.) weder damahls, noch nach der Zeit die **mindeſte Einwendung** darwider gemacht, vielmehr 8.) bey allen Gelegenheiten daſſelbſt fortwührig *agnoſcirt*, und unter andern Anno 1703. mit dero jüngern Frau Schweſter, weyland Herzogin zu Sachſen-Weiſſenfels, über ihre Forderungen aus dem auf allen Blättern als gültig angezogenen **Fürſt-Mütterlichen Teſtament**, einen weitläufftigen Receſs errichtet, ſämtliche darinnen begriffene Legata biß auf den letzten Heller deroſelben eingeſtanden, und zu zahlen verſprochen, auch nachhero

würcklich gezahlt, 9.) das Teſtament ſelbſt aber, occaſione des nur allein angefochtenen Mütterlichen Codicills, in eben dieſem Receſs aufs neue in folgenden Worten vor bündig erkannt:

Allein ausgenommen das **Fürſt-Mütterliche Teſtament**, (mit beygefügter Urſach) Allermaſſen ſolches von Herrn Herzogs **Johann Georg** des ältern Hoch-Fürſtlichen Durchlaucht, als dero Herrn Ehe-Gemahls, Hochſeeligen Angedenckens, in dero hinterlaſſenem Teſtament **gleichfalls beſtättiget** worden ꝛc.

Iſt nun ſelbiges, vermög ſolch wiederholter Bekanntnuß des Herzogs **Johann Wilhelm**, von **beeden** Hoch-Fürſtlichen Eltern beſtättiget worden, und deßwegen vollkommen kräfftig und unumſtoßlich geblieben, und hat endlich 10.) der nehmliche hochernannte Herr Herzog erſt am 5. Julii 1726. an weyland der Höchſtſeeligen Frau Marggräfin zu Brandenburg-Onolzbach und damahligen Ober-Vormunderin Durchl. folgende Formalia laut *Num. IX.* erlaſſen, ꝛc.

Wie aber Ew. Lbden ſich verſichert halten können, daß wider berührtes (Fürſt-Mütterliches) Teſtament jemahls gehandelt zu haben uns nicht erinnerlich ꝛc.

Welche Conteſtation auch nach *Num. X.* gegen weyland des Königs in Groß-Brittannien **Georgii** *I.* Majeſtät faſt zu gleicher Zeit, folgender maſſen geſchehen,

Alſo habe nicht ermanglen wollen, Ew. Königl. Majeſtät, zugleich zu verſicheren, daß wider das Fürſt-Mütterliche Teſtament jemahls gehandelt, oder was *præjudicir***liches unternommen zu haben mir nicht erinnerlich, ꝛc.**

Wer ſollte, bey vorwaltenden Umſtänden, demjenigen Glauben beymeſſen können, welcher angeben würde, daß,

deſſen allen gantz ohngeachtet, hocherwehnter Herr Herzog **Johann Wilhelm**, wider die allerbündigſte und in dem Herbringen des Hauſes beſt-gegründete Verträge beeder Hoch-Fürſtlichen Eltern, wider die klare, deutlichſte und ſolenneſte Diſpoſition der Frau Mutter (deren wahrer und univerſal Erb dieſelben in Lehen und Eigenthum, Rechten, Gerechtigkeiten, Anſprüchen, Forderungen und Mobilien, durch ermeldtes Teſtament geworden) ingleichen wider die eigene mit hochgedachter Fürſtlichen Frau Erblaſſerin errichtete zweymahlige Pacta wider die ſo vielfältige verbal- und real- Agnitionem Teſtamenti & Pactorum, wider die hierüber beſonders noch geſchloſſene Verträge, und endlich wider die gegen Könige, Fürſten und Intereſſenten ſchrifftlich gethanene theureſte Verſicherungen, dannoch zu einem widrigen Teſtament verleitet worden ſeyen; am wenigſten aber, daß ſolches von der rechtlichen Krafft geweſen ſeyn könne, alles vorhergegangene, zum Nachtheil derer Hoch-Fürſtlichen Seiten-Verwandten, welche aus offtgedachten Diſpoſitionen, und denen von der Durchlauchtigſten Frau Herzogin **Johannetta** nachhero fernerweit errichteten Pactis, ein perfectiſſimum Jus quæſitum bereits gehabt, ſo ſchlechterdings auf einmahl eigenmächtig aufzuheben und gänzlich zu vernichten?

§. 30.

Es hätte dannenhero der Verfaſſer mehrerhohlter Nachricht mit dieſem gar unſchicklichen Argumento (deſſen Widerlegung man, aus beſonderer perſonellen Conſideration, dermahlen noch, höher nicht treiben will) vielmehr an ſich halten, als in noch fernern dergleichen nichtigen Anmaſſungen, und contra Fidem Pactorum offentlich ſtreitenden Unternehmungen, ſich zu beſteiffen ſuchen ſollen. Hieher gehöret die zum Vortheil derer

Johann

Johann Wilhelmiſchen Prinzeßinnen angeblich extendirte Huldigungs-*Formul.*

Allein wer wird einer ohnwiſſend des nechſten zum Fideicommiſſo familiæ eventualiter beruffenen Hoch-Fürſtlichen Herrn Erbfolgers, gegen den Innhalt ſelbiger Haus-Verträge, und vielmahliger Conventionen, wiedrig eingerichtet- und verſchraubten Huldigungs-Formul einig rechtliche Würckung zuſchreiben oder einer ſolch illegal und unbilligen Erfindung die Krafft beylegen können, die ſo veſt gegründete nähere Succeſſions-Befügnuß eines Tertii ſogleich ipſo facto zu vereitlen, und den auf jene bündig- und unauflößliche Weiß vorher beſtimmten Ordinem ſucceſſorium willkührlich und heimlich wieder abzuändern? Ein jeder gemeiner Unterthan würde auch dieſer unverantwortlichen Abſicht ſich wiederſetzet haben, woferne nicht der Ordnungs-widrigen Recenſirung künfftiger Succeſſorum die Clauſul:

Wie ſie allerſeits, nach dem Herkommen bey dieſer Grafſchafft, und denen **Geſchlechts-*Pacten*, oder andern Verordnungen**, einander ſuccediren,

Der Huldigungs-Formul angefügt, folglich auf dieſen richtigen Grund falſche Umſtände gebauet und denen Unkundigen lauter Geſchichts-widrige Aſſerta unterſchoben worden wären.

§. 31.

Es wird ſich zwar gegenüber auch auf das Teſtament des jüngſt abgelebten Herrn Herzogs **Wilhelm Heinrichs** zu Sachſen-Eiſenach ꝛc. bezogen, und Extractus davon ſub Lit. G. beygelegt. Die ſelbſt angeführte Formalia aber enthalten zugleich eine ausdrückliche Beziehung auf das von dero Frau Groß-Mutter, Herzogin **Johannetta, hinterlaſſene Teſtament**, mit angefügter Verordnung, daß auch **dieſem gebührend nach-**

gelebet werden ſollte. Hätte es aber deſſen ohngeachtet, eine andere Meynung hierunter gehabt; So würde ſolchenfalls eben dasjenige dorthin quadriren, was gegen die angemaßte **Johann Wilhelminiſche** Diſpoſition, zumahlen ſo viel auch die ebenmäßige real- und verbal- Agnition des Groß-Mütterlichen Teſtaments anbelanget, zur Genüge bereits demonſtriret worden iſt, als wohin man ſich in Eventum Kürtze halber einſtweilen bezogen haben will.

§. 32.

Dieſes aber kan man noch anzufügen nicht umhin, was maſſen der Verfaſſer der Philippsthaliſchen Nachricht durch ſeine mühſame Verdrehung des offtberührten Pacti de Anno 1699. ſich endlich ſo verworren habe, daß er in §. 21. ad Num. IV. aſſeriret hat:

Es könnte ſolches Pactum um ſo weniger etwas würcken, als darinnen alles, was von Abfindung derer Fürſtlichen Eiſenachiſchen Printzeßinnen erwehnet worden, den *Caſum præſupponire*, wann die **Durchlauchtigſte Frau Marggräfin** den Abgang des Fürſtl. Eiſenachiſchen Mann-Stamms erleben würde.

Nun ſeynd aber hochermeldte Frau Marggräfin, nach des Autoris eigener Erwehnung, ſchon gegen 3. Jahr vor Errichtung dieſes Pacti mit Tod abgegangen geweſen, und werden auch expreſſis verbis in ſolchen als verſtorben angegeben, folglich liegt ex ipſo Ratiocinio Partis adverſæ offenbar zu Tag, daß alles was von der Abfindung der Hertzoglich-Eiſenachiſchen Printzeßinnen dorten gehandelt und paciſciret worden, die angebliche Conditionem der **Selbſt-Erlebung** des Caſus delatæ Succeſſionis (als welche Bedingung damahls ſchon nicht mehr möglich war) keineswegs könne zum Grund gehabt haben.

§. 33.

Und auf ſolche Art könnte man den Gegentheil noch öfters aus ſeinen eigenen Sätzen widerlegen und die darinnen begriffene Contradictiones, Variationes, unſchickliche Subſumtiones, und verkehrte Applicationes mit mehrerem entdecken, woferne man nicht billiges Bedencken trüge, nur aus des Gegentheils mißlungenen ſchwachen Angriff die Stärcke der vertheidigt- und behaupteten Sache zu erweiſen.

§. 34.

Es bleibt demnach nichts mehr übrig, als nur annoch den Ungrund desjenigen kürtzlich anzuzeigen, was von einer Nahmens der Frau Landgräfin angeblich ergriffenen *Poſſeſſion* in einem zur Grafſchafft Sayn gehörigen Flecken Friedewald, in §. 17. & 18. der gegneriſchen Nachricht, erwehnet worden iſt.

Hiemit hat es nun folgende Bewandnüß:

Als des letzt-regierenden Herrn Hertzogs **Wilhelm Heinrich** zu Sachſen-Eiſenach Hochfürſtl. Durchlaucht am 26. Julii 1741. mit Tod abgegangen und am 27. ejusdem Abends um 10. Uhr von dieſem Vorfall die Nachricht in Altenkirchen bey dem Ober-Amtmann daſelbſt eingelauffen, hat derſelbe ſogleich noch in der Nacht die daſige Räthe, Secretarios, Beamte und Geiſtliche, wie auch die Officiers des Contingents, den Land-Major, und alle Schöpffen und Gemeinds-Vorſtehere auf das Herrſchafftliche Schloß beruffen, und vor Notario und Zeugen denenſelben von Hochermeldten Hertzogs unvermuthetem Ableiben die Eröffnung gethan, ſofort, mittelſt Vorzeigung einer ſpecialen Vollmacht von Ihro des Herrn **Marggrafen zu Brandenburg-Onoltzbach** als eintzig-rechtmäßigen hohen Landes-Succeſſoris Hochfürſt-

lichen Durchlaucht, ſich behörig legitimiret, anbey die ſolenne Declaration gethan:

„Daß derſelbe, vermög ſolch-producirten Gewalts, im Nahmen und von wegen höchſt-erwehnt Sr. Hochfürſtl. Durchlaucht die würckliche Poſſeſſion der Ihro angefallenen Grafſchafft Sayn-Altenkirchen, mit deren Schlöſſern, Städten, Flecken, Dörffern, Güthern und Unterthanen, ſamt allen Pertinentien, hiemit und in Krafft dieſes ergriffen haben, ſofort nunmehro den Handſchlag und die ſchuldigſte Angelobung der Treue und Unterthänigkeit an Sr. Hochfürſtl. Durchlaucht von Ihnen geiſt- und weltlichen Dienern und Vorſtehern gewärtigen wollte;

So ſie dann allerſeits geziemend und willigſt abgeleiſtet. Es ſind hierauf Titul, Wappen und Patentes, in locis publicis gewöhnlicher maſſen ohnverzüglich affigiret, die Schlüſſel zu Schloß- und Stadt-Thoren, wie auch zur Cantzley, Archiv und andern allenthalben abgefordert, dann iſt in der Herrſchafftlichen Küchen Feuer angezündet und ausgelöſchet, auch was ſonſten in ſolchen Fällen üblich und Herkommens iſt, auf das ſorgfältigſte alſobalden beobachtet worden.

Nachdeme nun ſolchemnach in dem Haupt-Ort, wovon das gantze Land den Nahmen führet, und wo die Herrſchafft, wann ſie anweſend, ihr Hof-Lager und ordentliche Reſidenz hat, auch das Ober-Amt befindlich iſt, nicht nur in ſpecie wegen des Schloſſes, der Stadt und dazu gehörigen Amts, ſondern auch in genere wegen der gantzen Grafſchafft Sayn-Altenkirchen, die Poſſeſſions-Ergreiffung legaliter verrichtet geweſen; So hat alsdann mehrernannter Ober-Amtmann auch in denen darunter begriffenen Unter-Aemtern die weitere Verhandgelübdung Geiſt- und Weltlicher Vorſtehere, und Affigirung der Wappen und

Pa-

Patenten coram Notario & Teſtibus theils ſelbſt, theils per Subſtitutos, ohne eines Menſchen Widerſpruch, Einrede oder Hinderung, geruhig veranſtaltet. Da er aber endlich in dem Friedewaldiſchen Amts-Flecken Daaden, woſelbſt der Friedewaldiſche Beamte ſich befunden, und wohin auch der Flecken Friedewald und alle Amts-Dorfſchafften eingepfarret ſind, ebenfalls angelanget war, und daſelbſt ermeldten daſigen Beamten gleichmäßig mit Handgelübd verpflichtet hatte, auch Hochfürſtl. Brandenburgiſches Wappen und Titul an Kirche und Schul anſchlagen laſſen, und von dar vollends nach Friedewald ſich verfügte; So muſte er unterwegs erfahren, daß ein Philippsthaliſcher Rath nur in dieſer Stunde ein Patent an daſiges Land-Schloß zu affigiren ſich unterſtanden habe. Weilen nun ſolcher Rath immediate darauf mit ſeinen Notariis ihme Ober-Amtmann eben auf dem Weg begegnete; So hieß dieſer ſelbige mit ſich nach Friedewald zurück kehren, und thate ihnen die ausführliche Eröffnung, daß Poſſeſſio nicht mehr vacua, ſondern geſtern bereits im Nahmen **Ihro Hochfürſtl. Durchl. des Herrn Marggrafen zu Brandenburg-Onoltzbach** ꝛc. der Beſitz von der gantzen Grafſchafft Sayn-Altenkirchen ergriffen, der Friedewaldiſche Beamte auch allſchon in Handgelübd genommen worden ſeye, mithin ſie das angeſchlagene vermeintliche Patent, als ein Zeichen attentirter höchſt-verbothener Turbation, ohnverzüglich ſelbſten wieder abzuthun hätten; Wozu ſie ſich dann auch in Güte bequemet und damit ſogleich aus dem Land fortgemacht haben.

§. 35.

Daß nun ſolch-alles dem Facto gemäß ſeye, erhellet aus anliegenden beeden Extractibus Inſtrumentorum Notarialium *ſub Num. XI. & XII.* Daß man aber auch Hochfürſtl. Brandenburgiſcher Seits hohe Urſach und alle rechtliche

Befugnuß gehabt habe, die Turbatores zu ſelbſtiger Abolirung des von ihnen geſtifteten Scandali anzuhalten, daran wird ohnehin niemand den allergeringſten Zweiffel tragen. Dann wann denen beſchriebenen Rechten gemäß iſt, quod, apprehenſa Poſſeſſione Caſtri vel Prædii, cenſeantur omnia apprehenſa, quæ ad Caſtrum vel Prædium pertinent; Et quod Poſſeſſionem fundi apprehenſurus, etſi non omnes glebas circumambulet, ſi partem ſaltem ingreditur, ea mente & cogitatione, ut totum fundum usque ad terminum velit poſſidere, re ipſa etiam totum poſſidere incipiat. *) So müßte wohl derjenige gegen Recht und Vernunfft hefftig anſtoſſen, dem der irrige Wahn beygehen würde, daß obſchon Ihro des Herrn Marggrafens Hochfürſtl. Durchlaucht durch dero bevollmächtigten Ober-Amtmann den Beſitz der gantzen Grafſchafft Sayn-Altenkirchen ſolenni ritu ergriffen, daſige Räthe und Beamte, auch übrig-geiſt- und weltliche Diener und Vorſtehere in ihre Pflichten genommen, die unter dero eigenen höchſten Unterſchrifft gefertigte Patentes an die Unterthanen, wie ingleichen auch Titul und Wappen, unter der wiederhohlten mündlichen Declaration, den univerſalen Beſitz der Grafſchafft hierdurch zu ergreiffen, in der Reſidenz und auf dem Land öffentlich anſchlagen laſſen; So möge doch alles dieſes nicht hindern, daß nicht ein anderer, an ein ohnſtrittiges Pertinenz-Stück des bereits in legale Poſſeſſion genommenen Syſtematis und gantzen Corporis ſich doch noch ſollte hängen und etwa an einen Thurn oder alte Mauer, wohin man irgend in den erſten 24. Stunden nicht ſogleich gelangen

*) L. 3. §. 1. ff. de adquir. vel amitt. Poſſ. Gail. II. obſ. 129. n. 7. Lauterb. Coll. Th. Pr. ad d. tit. d. A. L. A. P. §. 14. ibique laudati.
Stryck. Uſ. mod. ibid. §. 4.
Boehmer, Conſult. Tom. III. Conſ. 993. n. 14.

gen kan, einen Bogen Pappier, ad Effectum apprehendendæ Poſſeſſionis, ankleben können. Wer mag ſich vorbilden, daß in ſolchem Fall vacua Poſſeſſio annoch vorhanden geweſen, und dieſe eintzige Wand ab univerſali Poſſeſſore totius Complexus (worunter ſothane Individual-Particula jederzeit notorie begriffen war) pro derelicta geachtet worden ſeye? Und hat dann auch in ſubſtrato, was inſonderheit Friedewald betrifft, in ordine der bloſen Poſſeſs-Ergreiffung, und biß zu hiernächſtiger Huldigung (welche auch wenige Tage darauf vor ſich gegangen) Hochfürſtl. Brandenburgiſcher Seits etwas mehrers verfügt werden können, als den Beamten, den Chef und Vorgeſetzten der Unterthanen Amts Friedewald, zu verhandgelübden, und daſelbſt, als an dem vorderſten Kirchſpiels-Ort (wo alle übrige Amts-Orte, und darunter nahmentlich auch der Flecken Friedewald, eingepfarret ſind) Hochfürſtl. Brandenburgiſche Patentes und Wappen an Kirchen und Schul anzuſchlagen, anmit dem Publico zu verkünden, daß *Sereniſſimus Onoldinus* auch von dieſem Amt die ſpeciale Poſſeſſion ergriffen haben?

§. 36.

Es bedarff dannenhero keines weitern Beweiſes, daß das Verfahren des Philippsthaliſchen Raths auf eine unerleydliche Turbation abgeziehlet habe, folglich und da auch violenta Remedia in ſolchen Beeinträchtigungs-Fällen denen Rechten nach wohl ſtatt finden **); So laufft es allerdings auf eine groſſe Unerkänntlichkeit hinaus, daß man das diſſeitige gar moderate Bezeigen auf das gehäßigſte, und noch dazu mit vielen Geſchichts-widrigen Umſtänden,

**) L. 1. §. 28. ff. de vi & vi armata. Coccei. Deduct. in cauſis Illuſtr. IX. n. 82. Brunnem. ad d. legem.

vorzuſtellen kein Bedencken getragen. Dann woferne man nicht aus geziemenden perſonellen Egard vor der Frau Landgräfin Hochfürſtl. Durchlaucht den erſinnlichſten Glimpf hätte beobachten wollen; So würde man jenem die ſelbſtige Wiederabnehmung ſeines Anſchlages nicht überlaſſen, wenigers aber ihm und ſeinen Gefährden und Gehülffen einen ſo bequemen Abzug annoch vergönnet haben.

§. 37.

Iſt nun ſolchemnach zur Zeit des Philippsthaliſchen attentati keine vacua poſſeſſio vorhanden, mithin auch eine Philippsthaliſche Poſſeſs-Ergreiffung moraliter ohnmöglich geweſen; Wie kan man ſich ſelbiger Seits über eine gewaltſame Dejection ſo hefftig beſchwehren, und zugleich auch darüber Klage führen, daß des **Herrn Marggrafens Hochfürſtl. Durchlaucht** nach bereits ruhig ergriffenen Beſitz ſolch ihrer Grafſchafft, einig regulaire Militz dahin commandiret haben. Es iſt ſolches in dergleichen Fällen eine pur willkührliche Sache; dieſes aber ein ungegründet und unerfindliches Angeben, welches man deswegen auch auf das allerſolenneſte hiemit öffentlich widerſprochen haben will, als ob nemlich Höchſtermeldt-**Jhro Hochfürſtl. Durchl.** &c. ſich der **Grafſchafft** *vi armata* bemächtiget hätten. Geſtalten das Gegentheil nicht nur aus obigen Inſtrumentis publicis allſchon genugſam erhellet, ſondern auch, wo es nicht ohnehin Reichskündig wäre, aus noch mehrern unverwerfflichen Zeugnüſſen dargethan werden könnte; Dannenhero auch die hohen Chur- und Fürſtlichen Lehen-Höfe kein Bedencken gefunden haben, **Jhro Hochfürſtl. Durchlaucht** als rechtmäßigem Beſitzer ſolcher Grafſchafft, die **Belehnung** auf hergebrachte Art und Weiß würcklich zu ertheilen.

Beylagen

Von Num. I. biß XII.

Num. I.

Extractus Schematis Genealogici.

Heinrich I. Graf zu Sayn hat An. 1152. das Schloß Sayn, mit deſſen Zugehör, dem Erz-Stifft Trier zu Lehen aufgetragen, auch Anno 1202. das Cloſter Sayn geſtifftet.

Heinrich *II. Magnus* genannt, oder der Jüngere, hat mit ſeiner Gemahlin Mechtild, Burggräfin zu Nürnberg, viele Clöſter geſtifftet, und ſtattlich dotirt, endlich per Teſtamentum ſeiner Schweſter Adelheid Sohn *Johanni*, Grafen von Sponheim, die Grafſchafft Sayn vermacht. Starb 1. Jan. 1240. und liegt im Cloſter Sayn begraben.

Adelheid, vermählte Gräfin zu Sponheim,
||
Johann, Graf zu Sponheim.

Heinrich
Bekam in der Brüderlichen Theilung de Anno 1264. die Grafſchafft Sponheim.

Gottfried
Erhielte vermög Theilungs-Receſſus de Anno 1264. die Grafſchafft Sayn † 1283.

Johann, Graf zu Sayn, Stiffter der Johannis-Linie, † 1324.
||
Johann, ſtammete von vorſtehendem Johanne im 7den Grad ab. † 1560. und hinterließ drey Söhne.

Engelbert, Stiffter der Engelbertiſchen Linie
Welcher einen Theil Landes von ſeinem Bruder Johanne zu Lehen empfangen, und dagegen vor ſich und alle ſeine Nachkommen auf ewig, und vollkommentlich, mit einem leiblichen Eyd, und bey Verluſt ſeines Lehens, auf alle Brüderliche Lande *renunciiret*, ſich auch von dorten nicht mehr Graf, ſondern ſchlechterdings Engelbert von Sayn geſchrieben hat. Von Ihm ſtammen die heutigen Grafen von Wittgenſtein ab.

Adolph, † 1568.

Heinrich
überlebte ſeine beede Gebrüder, und ſtarb ohne Kinder, Anno 1606.

Hermann, † 1587.
||
Anna Eliſabetha
ſuccedirte Ihres Herrn Vatters Brudern, Heinrichen, in der Grafſchafft Sayn, und vermählte ſich an Graf Wilhelm zu Wittgenſtein, mit welchem Sie einen einzigen Sohn erzeuget hat. † 1608.
||
Ernſt, gebohren den 26. Auguſt 1600. trate nach ſeines Herrn Vatters Tod Anno 1623. die Regierung der geſammten Mütterlichen Grafſchafft Sayn an, und ſtarb An. 1632. mit Hinterlaſſung ſeiner Gemahlin Louyſe Julianä, gebohrnen Gräfin von Erbach, und nachmahligen Ober-Vormünderin der hinterbliebenen 3. Kinder.
||

Ludwig,
ſtarb in der Kindheit, 6. Jul. 1636.

Erneſtina
überkam, in der Theilung mit Ihrer Frau Schweſter, die Hachenburgiſche Helffte der Grafſchafft Sayn, und wurde an Graf Salentin Ernſt zu Manderſcheid vermählet. † 1662.
||
Magdalena Chriſtina, Gemahlin Georg Ludwigs, Burggrafen zu Kirchberg. † 1686.
||
Georg Friederich, Burggraf zu Kirchberg, gebohren den 3. Mart. 1683.

Johannetta
Erhielte, in der Theilung mit Ihrer Frau Schweſter, die Altenkirchiſche Helffte der Grafſchafft Sayn. War an Herzog Johann Georg den Aeltern zu Sachſen-Eiſenach vermählt und ſtarb den 19. Sept. Anno 1701.
||

Eleonora Erdmuth Louyſe,
Geboh. 13. April. 1662. wurde an weyl. Marggrafen Johann Friederich, zu Brandenburg-Onolzbach vermählt, und ſtarb, als Wittib Chur-Fürſtens *Johann. Georgii IV.* zu Sachſen, Anno 1696.
||

Carolina,
Königin in Engeland. † 1737.

Wilhelm Friederich,
Marggraf zu Brandenburg-Onolzbach. † 1723.
||
Carl Wilhelm Friederich,
Gebohren den 12. Maij 1712. regierender Marggraf zu Brandenburg-Onolzbach, und rechtmäßiger Beſitzer der Gräflichen Sayniſchen Lande, Ur-Groß-Mütterlichen Antheils.
||
Chriſtian Friederich Carl Alexander,
Erb-Prinz, gebohren den 24. Febr. 1736.

Johann Georg,
Herzog zu Sachſen-Eiſenach, geboh. 1665. ſtarb ohne Nachkommen, An. 1698.

Johann Wilhelm,
Herzog zu Sachſen-Eiſenach, geb. 1666. errichtete mit ſeiner Frau Mutter die beede Pacta de An. 1697. & 1699. vermög deren, zufolg Vätter- und Mütterlichen Vergleichs, auch deme gemäß errichteter Teſtamenten, und darinnen geordneten *Fideicommiſſi Familiæ*, die Grafſchafft Sayn, Mütterlichen Antheils, nach Abgang ſeines Mann-Stamms, an ſeine beede Frauen Schweſtern, oder deren alsdann vorhandene Männliche Nachkommen, gelangen- und durch dieſe das zugleich eingeführte *Jus Primogenituræ* unter Ihren Deſcendenten ferner fortgeführet- denen vom Herzog Johann Wilhelm abſtammenden Prinzeßinnen aber die Summ von 12000. Thaler zur gänzlichen Abfindung gezahlet werden ſollte. † 1729.
||

Friderica Eliſabetha,
vermählte Herzogin zu Sachſen-Weiſenfels. † 1730.
||
Johanna Magdalena,
verwittibte Herzogin von Curland, geb. 1708.

Wilhelm Heinrich,
Herzog zu Sachſen-Eiſenach, geboh. 1691. ſtarb ohne Nachkommen, 26. Jul. 1741.

Carolina Chriſtina,
geboh. 1699. vermählte Landgräfin zu Heſſen-Philippsthal.

Charlotte Wilhelmina,
gebohren 1703.

Chriſtiana Wilhelmina, vermählte Fürſtin zu Naſſau-Uſingen. † 1740.

§. 38.

Wer demnach aus all bishero angeführtem die eigentliche Beſchaffenheit der Sache gründlich eingenommen haben wird, bey dem kan nunmehro der mindeſte Zweiffel nicht hafften, daß gleichwie eines Theils der Landgräflich-Heßen-Philippsthaliſche Anſpruch gegen die ſelbſt angeführte und erkannte reſpective Groß- und Ur-Groß Elterliche Compacta, Teſtamenta und übrige Verträge offenbar ſtreite, auch die übel erſonnene neuerliche Mißdeutung dieſer klaren Inſtrumentorum, dem trockenen Buchſtaben, dem Verſtand, dem Sinn und der Meynung derer hohen Compaciſcenten, dann denen Rechten und der Vernunfft ſelbſten, zuwider lauffe, alſo hingegen andern theils **Jhro Hochfürſtl. Durchl. dem Herrn Marggrafen zu Brandenburg-Onolzbach** die alleinige Erbfolg in die von Jhren in GOTT ruhenden Hochfürſtlichen Ur-Groß-Eltern Jhro vorzüglich gegönnt und gewidmete Grafſchafft Sayn-Altenkirchen von GOtt und Rechtswegen allerdings gebühre, **Höchſt-dieſelben** auch zu deren völligen Beſitz auf die legaleſte Art und Weiß gelanget ſeyen, mithin weder Richter noch Urtheil zu ſcheuen, ſondern auch in dieſem Fall, **Recht** und **Obſieg** ſich zu verſprechen haben.

Num. II.

Jſt ein Extractus Teſtamenti Hertzogs Johann Georgs des Aeltern zu Sachſen-Eiſenach, d. d. 1685. 30. Nov. deſſen Subſtanz oben angeführet, das Teſtament ſelbſten aber in LÜNIGS **Reichs-Archiv** und beym Herrn von LUDOLF de Introductione Juris Primogenituræ anzutreffen iſt.

Num. III.

Jſt ein Extractus Teſtamenti ermeldten Hertzogs Frau Gemahlin Johannettä, deſſen Haupt-Innhalt im Text, das

das völlige aber G. G. in dem diplomatiſchen Archiv des 17den Seculi fürkommt.

Num. IV.

Iſt ein Anno 1699. den 24. Jan. zwiſchen beſagter Frau Hertzogin Johannetten und dero Printzen, Hertzog Johann Wilhelm zu Sachſen-Eiſenach, errichteter Vertrag, mit welchem es gleiche Bewandtnüß hat.

Num. V.

Iſt ein Extractus ferneren Receſſus inter Eosdem d. d. 1697. den 26. April von gleicher Beſchaffenheit.

Num. VI.

Extractus Reſponſi einer löbl. Juriſten-Facultät der Univerſität Leipzig.

Dennoch aber und dieweilen Eingangs gedachtes Teſtament 1. nicht allein von der Frau Hertzogin Johannetta, als Eigenthümerin von der Grafſchafft Sayn-Altenkirchen, ihrem Gemahl und Ahnherrn der geſammten Deſcendenten, Hertzog Johann Georg dem Aeltern, in allen ſeinen Clauſuln und gantzen Innhalt unterſchrieben und approbiret, nichtweniger zum Fundament des zu gleicher Zeit von ihm errichteten eigenen Teſtaments gelegt und, cum cauſæ cognitione, von Kayſerlicher Majeſtät ausdrücklich confirmirt und dergeſtalt hierunter allenthalben legaliter

Ludolf de Iur. Primog. p. 52.

Titius Spec. Iur. publ. L. 4. c. 4. §. 22.

Id. Diſſ. de Succeſſ. in Germaniæ territor. §. 39.

verfahren worden, ſondern auch über die Grafſchafft Sayn-Altenkirchen, zumalen dieſelbige, beſage der ſogenannten Memoire inſtructif &c. groſſen Theils aus freyen Allodiis und Feudis hæreditariis beſtehet, um ſo viel mehr

Struv de Allod. Imper.

Pfeffing. ad Vitriar. L. 4. f. 20. §. 17.

libere

libere teſtiret werden mögen, da einen Theils durch keine vorhergehende Proviſionem Majorum, Teſtamenta, Pacta, oder Fideicommiſſa Familiæ antecedentia der einigen der Zeit wahren Eigenthümerin, welche darzu mit ſchweren Koſten die Succeſſion auf ſich gebracht, dieſerwegen die Hände gebunden geweſen, vielmehr gedachte Grafſchafft in vorigen Zeiten durch letzte Willen und Erbvergliche vererbet, und in fremde Häuſer libere transferiret, auch durch Heyrathen andern Geſchlechtern zu Theil worden, und Frau **Johannetta** die Inveſtitur für ſich und ihre Deſcendenten beyderley Geſchlechts ehedem erhalten, andern Theils aber die Einwilligung des oberſten Lehnherrns, der Conſenſus Mariti und die in einem aparten Tractat vom 26. April 1697. erfolgte Agnition der Söhne, und zwar dieſe deshalben, weil ihr Herr Vater ſein eigenes Teſtament darauf gegründet, darzu gekommen, auch 2.) bey Feudis, ſo zuerſt in eine Familie gebracht werden, und beſonders, wenn ſie hæreditaria und fœminina ſind, die Verordnung des primum inferentis von allen denen, welche ab illo Cauſam haben,

Cocceii Hypomnem. Iur. Feud. tit. III. §. 25.

Struv. Syntagm. Iur. Feud. c. IV. §. 13. n. 2.

zu agnoſciren, und daher, daß die Frau Hertzogin **Johannetta** über die Erbfolge in der ihr gehörigen Grafſchafft Sayn-Altenkirchen ihres Gefallens diſponiren können, und das Teſtament denen materialibus nach beſtändig ſey, kein Zweiffel vorhanden, dieſemnach 3.) die Worte des Teſtaments von Hertzog **Johann Georg** dem ältern, darinnen er ſeinen jüngern Herrn Sohn **Johann Wilhelmen** und deſſen Poſterität, ohne dabey den Unterſchied der Männlichen und Weiblichen Deſcendenten zu berühren, inſtituiret, in keine Wege zu captiren, anerwogen die Verba generalia der Poſterität referentia ſind, und auf

ſeiner Gemahlin Frau Johannettä letzte Willens-Verordnung ſich ausdrücklich und in continenti beziehen, folglich aus derſelben, ihrem zu reſtringirenden Innhalt nach, lediglich zu erklären, der Durchlauchtige Teſtator auch ſich auf die Art und Weiſe, wie die Succeſſion von ſeiner Gemahlin reguliret, ausdrücklich bezogen und deſſen Herren Söhne in dem Tractat de Anno 1697. mit der Frau Mutter, ſolche mütterliche Diſpoſition vor irrevocable, und durch das väterliche Teſtament nicht abgeändert, angenommen: Hiernechſt aber 4.) aus dem gantzen Zuſammenhang des Mütterlichen Teſtaments, nicht ſowohl eine Subſtitutio directa nur auf den Fall, wenn die ſubſtituirten Printzeßinnen den Caſum Succeſſionis ſelbſt erlebten, als vielmehr eine Fideicommiſſum familiæ überhaupt, abzunehmen, immaſſen, wenn ſchon die Durchlauchtige Teſtatricin auf den Caſum, wenn ihre Frau Töchter in ihrer eigenen Perſon den Abgang der Männlichen Linie nicht erlebten, ausdrücklich nichts verordnet, ſie dennoch die Weiblichen Deſcendenten ihrer Herren Söhne ſolchenfalls denen Nachkommen ihrer Frauen Töchter nicht vorgezogen, ſondern vielmehr dieſelben, wegen des ihnen ausgeſetzten Quanti an Gelde, virtualiter gar ausgeſchloſſen, und expreſſis Verbis bey denen Herren Söhnen nur die Männliche Poſterität, bey denen Töchtern aber die Nachkommen Männlichen und Weiblichen Geſchlechts zu der Succeſſion beruffen, und durch dieſen gar mercklich gehaltenen Unterſchied, daß derer Herren Söhne Töchter denen Nachkommen beyderley Geſchlechts ihrer eigenen Frau Töchter nicht pariſiciret ſeyn ſollten, zu erkennen gegeben, dawider auch die in denen Rationibus dubitandi 5.) extrahirten Stellen des Teſtaments nicht anzuziehen, immaſſen die bey denen einander nachgeordneten Perſonen gebrauchten Verba der Beruffung zur Folge, ſo wenig einer Subſtitutionis directæ

als

als Fideicommiſſi familiæ ausdrücklich gedencken, ihrem gantzen Innhalt und Ordnung nach aber ſich mehr zu dem letztern als erſten, qualificiren, angeſehen die Teſtatrix eine Linie nach der andern beruffen, und hauptſächlich auf ihre Männlichen Deſcendenten, ſie möchten von Printzen oder Printzeßinnen gebohren ſeyn, reflectiret, woraus, ſowohl, als aus dem Umſtand, daß die Grafſchafft Sayn nicht zeriſſen oder getheilet werden ſolle, ingleichen, daß das Jus Primogenituræ auf verſchiedene Fälle, eingeführet, ſich unzweiffentlich auf ein Fideicommiſſum Familiæ tacitum in denen ausgedruckten Fällen,

quod non ad ſubtilitates verborum, ſed ad mentem fideicommittentium reſpiciendum ſit,

l. 2. C. commun. de legat. & fideic.

& ubi fideicommiſſi verba ceſſant, ſermo pro fideicommiſſo accipiendus ſit,

L. 67. §. 10. ff. de Leg. 2.

Beſonders aber, daß die **Wilhelminiſche** Weibliche Poſterität mit der quarta redituum bey ſich ereignenden Fall zufrieden ſeyn ſollen,

a. l. 69. ff. de Leg. 2.

ſchlieſſen läſſet, dieſemnach die Worte, daß, wenn Printz **Johann Wilhelm**, oder deſſen Männliche Erben, den Tod der Frau Teſtatricin nicht erlebten, alsdenn Printz **Johann George** und deſſen Männliche Nachkommen erſt zu der Succeſſion beruffen worden, die Intention eines Fideicommiſſi um ſo vielmehr beſtärcken, da nicht allein alle und jede **Wilhelminiſche** Poſteri, ſo auch den Tod der Hertzogin **Johannettä** nicht erlebet, in der Ordnung, wie ſie einander gefolget, zu Erben eingeſetzet, ſondern, extincta hac linea maſculina, Hertzog **Johann George** der jüngere, mit der von ihm zu gewartenden Linie, nach Weiſe eines Fideicommiſſi familiæ, dieſen nachgeordnet wor-

worden, der Caſus ſpecialis ad 6.) aber, nach welchem Frau Johannettä beyde Töchter vor ihre Perſonen mit Nahmen und nicht deren Kinder expreſſe der Männlichen Poſterität ihrer Brüder ſubſtituiret, und wenn deren nur noch eine am Leben, der bereits verſtorbenen Erben auf ſolchen Fall von dieſer ausgeſchloſſen, allein von der Concurrenz beyder noch lebenden Frau Töchter unter ſich, und wie es auf ſolchen Fall zu halten, handelt, zugleich aber die höchſt-merckwürdigen Worte in ſich enthält, daß dieſe Töchter, ſie hätten gleich Männliche Erben oder nicht, das iſt, wenn ſie auch nur Weibliche Deſcendenten hinterlieſſen, dieſe denen von denen Printzen herrührenden Nachkommen Weiblichen Geſchlechts einen Abtrag an Gelde thun ſollten, mit in ſich begreiffet, und dadurch derer Frau Töchter Poſterität indiſtincte denen Fœmellis ex filiis oriundis vorgezogen worden, hauptſächlich aber ad 8.) die darauf folgende Stelle im Teſtament: **Daferne beyde Töchter, ſolchen Fall erlebten, und die** ***Succeſſion*** **anträten**; nicht das Jus Succeſſionis in genere, und die vorher gemachte Ordnung der Folge als eine conditionem ſine qua non tangiren, ſondern einen gantz neuen Caſum, wie, wenn beyde zugleich den Anfall erleben ſollten, ſie ſich wegen der Theilung miteinander zu betragen hätten, in ſich faſſen, und, was alſo auf dieſen ſpeciellen Fall der Theilung und Abfindung halber unter ihnen geordnet, ad ordinem ſuccedendi in genere, welcher vorher bereits in denen Præmiſſis, und ſonſt genugſam determiniret, nicht zuziehen, vielmehr aus denen Subſequentibus, daß wenn eine ohne einige Erben abgienge, alsdenn die noch lebende in derſelben Antheil ſuccediren ſolle, ſo viel zu erkennen giebet, daß auch die Weiblichen Deſcendenten der Töchter zu der Erbfolge beruffen worden, und, wenn eine Perſon gantzen Linien ſubſtituiret, und ſolche deren Ausgang na-

turæ ordine ſchwerlich erleben kan, der expreſſe ſubſtituir-ten ihre Deſcendenten, vi correlatorum, in dergleichen Sub-ſtitutione Fideicommiſſaria zugleich mit begriffen ſeyn müſ-ſen: Folglich 9.) wenn auch Fideicommiſſa an ſich ſtrictiſſi-mæ Interpretationis ſind, jedoch ſolcher Satz denen Deſcen-denten der Töchter wider die Weiblichen Nachkommen der Söhne nicht hinderlich fallen kan, da die Letztern im Teſta-ment gäntzlich übergangen, die Erſtern aber toties quoties vor ſucceſſions-fähig erkannt worden, ſolche Meynung auch, wenn ſie noch einigem Zweiffel unterworffen wäre, in dem Anno 1699. zwiſchen der noch lebenden *Teſtatricin* an einem, und Hertzog **Johann Wilhelmen** am andern Theil, und dergeſtalt von denen beyden Perſonen, welche Interpretationem authenticam geben können, und von wel-chen beeden die Frau Landgräfin zu Heſſen-Philippsthal die unicam ſuccedendi Cauſam hätte, dergeſtalt angenommen und erläutert worden, daß, da NB. die ältere Frau Tochter und ehemahlige Frau Marggräfin zu Anſpach, nachmahls vermählte Chur-Fürſtin zu Sachſen, damahlen und be-reits vor dieſem Pacto drey Jahr mit Tode abgangen, und dergeſtalt den Anfall nicht erlebet, dennoch die *Teſtatricin* und der leibliche Herr Vater der ſelbiger Zeit noch nicht ge-bohren geweſenen Frau Landgräfin zu Heſſen-Philippsthal eben dieſer abgelebten reſp. Frau Tochter und Schweſter, nachgelaſſenen Herrn Sohn und Erben vor Succeſſions-fä-hig und preferable denen zu hinterlaſſenden Kindern Weib-lichen Geſchlechts von Hertzog **Johann Wilhelmen** eo ipſo gehalten, dergeſtalt aber der Caſus, daß, bey Ausgang des Eiſenachiſchen Mann-Stamms, beyde ſubſtituirte Printzeßinnen nicht mehr im Leben ſeyn würden, præſup-poniret worden, angeregtes Pactum aber, weil Hertzog **Johann George** der Aeltere, als reſp. **Mit**-*Teſtator* be-reits verſtorben geweſen, dadurch nicht ungültig wird, im-

maſſen in ſelbigem, was in dem von ihm mit errichtetem Teſtament geordnet, nicht revociret, ſondern vielmehr beſtättiget, und allein die quarta redituum, alle Irrungen zu vermeiden, auf ein gewiſſes Quantum geſetzet worden, im übrigen aber, was im Teſtament dunckel ſcheinen können, durch die feſt geſtellten Caſus zugleich erläutert worden, folglich wenn auch die Frau Landgräfin zu Heſſen-Philippsthal, weil ſie ad 11.) von denen männlichen Poſteris abgeſtammet, vor denen weiblichen Deſcendenten der allein von Töchtern herrührenden Erben ordentlicher Weiſe ein Vorrecht hätte, ſolches jedoch im Teſtament und denuo confirmirten letzten Willen ihres Herrn Groß-Vaters, auch Herrn Vaters Pacto, und nachher getroffenen Receſs abgeändert, und dem Printzen von einer Tochter dem Herrn Marggrafen von Anſpach die Succeſſion vor ihr ausdrücklich gegönnet worden, von ſolcher Willens-Meynung ihrer Eltern und Groß-Eltern aber abzugehen,

Quam intellexiſſe bonis hæredibus pro Iure eſt,
Plin. L. V. Ep. 7.

wiederrechtlich ſeyn würde, und daher ad 12.) bey ſolcher Bewandnuß, daß die Frau Landgräfin von Heſſen-Philippsthal der Teſtatricin einen Grad näher verwandt, und des letzt verſtorbenen Herrn Hertzogs Schweſter iſt, weil dem erſten im Teſtament und Pacto abgeholffen, von dem letzten aber ſie keine ſuccedendi Cauſam hat, keineswegs weiter zu attendiren.

So iſt der Frau Landgräfin zu Heſſen-Philippsthal, Carolinen Chriſtinen, wider den Herrn Marggrafen zu Brandenburg-Anſpach Anführen und Einwendung in denen Rechten nicht gegründet, vielmehr der Letztere der *Succeſſion* in der Grafſchafft Sayn-Altenkirchen ſich anzumaſſen wohl befugt, dagegen aber obgedachter Frau Landgräfin

ſin die in dem Receſs ſtipulirten 12000. Thaler zu entrichten verbunden. **Von Rechts wegen.** Urkundlich mit Unſerm Innſiegel verſiegelt.

Ordinarius Senior und andere *Doctores* der Juriſten-Facultät in der Univerſität Leipzig.

Num. VII.

Extractus Reſponſi einer Löbl. Juriſten-Facultät der Univerſität Halle.

So daß es nunmehro lediglich auf das Teſtament und Pacta familiæ der nach Sachſen-Eiſenach vermählten Gräſin **Johannettä**, nachdem dieſe mit ihrer Frau Schweſter **Erneſtinen** eine anderweitige Erbtheilung beliebet, ankommen muß, wobey im geringſten nicht abzuſehen, wie die Frau Landgräfin von Heſſen-Philippsthal zu ihrem Behuff ſich auf ſothanes Teſtament oder eine Succeſſionem ab inteſtato beruffen könne, nach welcher letztern, wenn ſie bey dem Hauſe ſchlechterdinges in Uſu geweſen wäre, ſie von ihrem Herrn Brudern Hertzoge **Wilhelm Heinrich** zu Sachſen-Eiſenach bey deſſen Lebens-Zeit nicht hätte ausgeſchloſſen werden können, ſondern nach ihres Herrn Vaters Hertzogs **Johann Wilhelms** Tode mit ihm zugleich ſuccediren müſſen, welches ſie doch niemahlen verlanget, alſo nothwendig auf die Diſpoſitionem **Johannettä** zurück zu gehen, und dabey anfänglich nicht auſſer acht zu laſſen, daß ſie ſolche Anno 1685. nicht für ſich allein, ſondern als ein Teſtamentum correſpectivum, mediante Pacto, zugleich mit ihrem Herrn Gemahl errichtet und vollenzogen, wie ſolches aus folgenden Worten deutlich erhellet: So haben mit hochgedacht unſers hertzgeliebten Herrn und Gemahls Lbden wir uns wohl bedächtig, und Sr. Lbden mit uns ſich hinwieder dahin beſtändig vergli-

chen ꝛc. item aus beyderſeits Fürſtlichen Eltern vereinbarten Willen ꝛc. Wobey es an der mutua Subſcriptione nicht ermangelt, mithin die Frau Landgräfin zu Heſſen-Philippsthal von dem feſtgeſetzten Willen ihres Herrn Groß-Vaters, wozu nachhero ihres Herrn Vaters, Hertzogs **Johann Wilhelms** beſonderes Pactum gekommen, wieder abzugehen, nach Göttlichen, natürlichen und Weltlichen Rechten keinesweges befugt iſt, dabenebẽn die gantze Abſicht der concertirten Diſpoſition dahin gerichtet, daß die Grafſchafft nicht einmahl von denen Töchtern zerriſſen oder zertheilet werden ſolle, worauf die Diſpoſitio Fideicommiſſaria dergeſtalt und ausdrücklich radiciret, daß wenn hiernechſt die Printzeßin, (nemlich **Friederica Eliſabeth**) oder auch ſonſt eine derſelben (als **Eleonora Erdmuth Louyſe**) ohne einige Erben abgienge, alsdann die noch lebende unſere andere Tochter in derſelben Antheil ſuccediren ſolle. ꝛc. hactenus videri poſſet Subſtitutio ordinaria & directa, quæ ſtatim evaneſcit poſt aditionem,

L. 5. C. de Vulg. & pup. Subſtit.

aber in ſequentibus lautet es gantz anderſt, und folgender maſſen: Hätte ſie aber nur alleine Töchter hinterlaſſen, und die noch lebende hätte einen Sohn im Leben, (wie bey Eleonora eingetroffen) ſo ſoll derſelbe ſeiner Frau Mutter und Frau Mutter Schweſter ſuccediren, auch durch ihn das Jus Primogenituræ unter ſeinen Nachkommen Männlichen Stamms fortgeführet, in Mangel derer von ihm poſterirenden Männlichen Erben aber, nichtweniger unter denen Weiblichen, da deren vorhanden, es alſo gehalten werden, daß, zu Verhütung ſchädlicher Zergliederung des Landes, diejenigen, ſo nach dem Recht der erſten Geburt folgen würden, die würckliche Succeſſion haben, und die übrige von ihrer Linie Weiblichen Geſchlechts gehalten ſeyn ſollen, mit dem vierdten Theil derer Intraden an baarem

rem

rem Geld von Land und Leuten ſich ablegen zu laſſen; Dieſe quarta redituum iſt nachhero, zu Vermeidung aller Weitläufftigkeit und Irrung, per Pactum ſpeciale & ſeparatum, ſo der jetzigen Prætendentin, Frauen Landgräfin zu Heſſen-Philippsthal leiblicher Herr Vater mit ſeiner Frau Mutter, mehr erwehnten Johannetta Anno 1699. getroffen, dergeſtalt geändert, daß auf begebenden Fall, wie die Formalia lauten, des Abgangs NB. **ſeines Männlichen Stammes vor ſeine hinterlaſſene Kinder Weiblichen Geſchlechts**, NB. **zu deren gäntzlichen Abfindung** der Grafſchafft halber, ſtatt des in Teſtamento materno determinirten vierdten Theils der Intraden, 12000. Reichs-Thaler binnen 3. Jahren zu bezahlen, hiermit bedungen, auch Hertzogin **Johannetta** hierzu ſo wohl ihre jüngere Frau Tochter,

als auch ihrer älteſten nunmehro ſeeligen Tochter *NB.* **Printzen** (*Sereniſſimum nempe Onoldinum*) **wenn die** *Succeſſion* **auf ihn verfallen würde, krafft dieſes verbunden.**

Da nun offtermeldeter **Johannettä** älteſter Sohn, Hertzog **Johann George**, ſchon Anno 1698. verſtorben, nichtweniger durch den Anno 1741. erfolgten tödtlichen Hintritt des letzten Herrn Hertzogs zu Sachſen-Eiſenach, **Wilhelm Heinrichs** Hochfürſtl. Durchl. der Männliche Stamm von dieſer einen **Johannettiſchen** Linie gäntzlich erloſchen, immaſſen die ſämmtliche Todes- und Succeſſions-Fälle in dem Schemate genealogico, ſo dem geſchickten und gründlichen Impreſſo gallico, ſub Rubro: Memoire inſtructif. &c. beygefüget, mit mehrerm zu erſehen, ſo iſt gar nicht zu begreiffen, wo die Frau Landgräfin ihr Recht, auſſer an denen ausbedungenen 12000. Reichs-Thalern, herleiten wolle, oder wie die Deſcendentes Maſculi alterius Lineæ *Johannettinæ*, ſo von der älteſten

Frau Tochter Eleonoren Erdmuth Louyſen herſtammen, von dem ſo klaren und deutlichen Fideicommiſs auszuſchlieſſen, oder auf einige Subſtitutionem directam die geringſte Abſicht zurichten, als welche allemahl den Caſum ſupponiret, Si heres non fuerit, die Fideicommiſſaria aber, etiamſi heres fuerit.

per Vulgata.

mithin, wenn gewiſſe perſonæ vel lineæ eine nach der andern ad Succeſſionem vocitet, dieſe Erbfolge denen bekannteſten Rechten nach nicht anderſt, als Fideicommiſſaria ſeyn kan, wohin dann auch die Worte: anheim fallen, zurück fallen, oder wie ſie in præſenti, ratione Sereniſſimi Principis Onoldini, gebrauchet worden: **Auf ihn verfallen** rc. an ſich ſchon gehören,

Horn. Claſ. 7. reſp. 22.

de Wernher Sel. obs. for. P. I. obs. 94.

und gemeiniglich die Maſculi Deſcendentes, ſo lange deren vorhanden, vorgezogen werden.

Gail. lib. 2. obs. 15. n. 3.

de Berger Oecon. Iur lib. 2. tit. 4. th. 32. not. 3. p. 424.

Stryck. in pecul. Diſſert. de Fideicomm. illuſtr. cap. I. §. 22.

Worzu noch weiter kommet, daß Sereniſſima Teſtatrix, in dem ſie eine Linie nach der andern beruffen, wie dißfalls die in denen rationibus dubitandi angeführte verba diſpoſitionis zu connectiren, nicht ſowohl auf die perſonas individualiter vocatas & nominatas allein, als vielmehr auf ihre Männliche Deſcendenz reflectiret, und zu deren beſſern Luſtre und Conſervation die Primogenitur in utraque linea annectiret, auch den Anſpachiſchen Printzen nur mit dem Onere der 12000. Reichs-Thaler beleget habe, daraus doch zugleich von ſelbſten folget, daß er pro habili Succeſſore Fideicommiſſario erkannt worden, cum ſecundum naturam

ſit, commoda cujuscunque rei eum ſequi, quem ſequuntur incommoda. Solchemnach, wenn gleich des Herrn Marggrafen von Anſpach Hochfürſtl. Durchlaucht die Rechtlich ergriffene Poſſes noch nicht für ſich hätten, ihnen doch ſelbige ob Teſtamentum vitio viſibili carens, ex diſpoſitione

L. fin. C. de Edict. div. Hadrian. toll.

ſofort zugeſtanden und zu Theil werden müßte, bey welchen allem kein Zweiffel, daß die hohe Herren Executores Teſtamenti mit Macht darüber halten werden; Ubrigens ſo lange die Frau Landgräfin zu Heſſen-Philippsthal gebührend zu renunciiren nicht Willens, ſie auch die ihr ausgeſetzte 12000. Reichs-Thaler zu fordern nicht befugt, allermaſſen bey denen obdeducirten Juribus nicht das geringſte Dubium übrig bleibet, ſonderlich wenn das Schema Genealogicum mit zur Hand genommen, und wohlbedächtig eingeſehen wird;

So ſind Wir der Rechtlichen Meynung, daß dem unerheblichen Philippsthaliſchen Einwenden mit Grunde und zu vollkommener Uberzeugung des Publici gar leichte zu begegnen ſey. **Von Rechts wegen.**

Ordinarius Decanus und andere *Doctores* der Juriſten-Facultät auf der Königl. Preußiſchen Univerſität Halle.

Num. VIII.

Protocollum über die beſchehene ſolenne Publication des Teſtaments weyland Hertzogin Johannettä zu Sachſen-Eiſenach Durchlaucht, de acto 22. Nov. Anno 1701. enthält nichts beſonderes.

Num. IX.

Copia Schreibens von weyl. Herrn Hertzog Johann Wilhelm zu Sachſen-Eiſenach ꝛc. an weyl. der verwittibten Frauen Marggräfin zu Brandenburg-Onoltz-

bach und Ober-Vormunderin Durchlaucht
de 5. Jul. 1726.

P. P.

Aus Ew. Lbden unterm 2. May, an uns freundlich erlaſſenen Schreiben haben Wir erſehen, wohin dieſelben ſowohl wegen der von denen Grafen von Wittgenſtein bey des Herrn Landgrafens zu Heſſen-Darmſtadt Lbden geſuchten und ruckgängig gewordenen Friedewaldiſchen Belehnung in Antwort ſich vernehmen laſſen, als auch was dieſelben wegen Ausmachung der mit Ihro Königl. Hoheit der Princeßin von Wallis, und dero Erb-Printzens Lbden aus dem Fürſt-Mütterl. reſpective Groß- und Uhr-Groß-Mütterlichen Teſtament entſpringenden Sayniſchen Succeſſions-Sache in Erinnerung zu bringen belieben wollen.

Wie aber Ew. Lbden ſich verſichert halten können, daß wider berührtes Teſtament jemahlen gehandelt zu haben Uns nicht errinnerlich; So haben Ew. Lbden Wir ſolches in freundlicher Antwort nicht bergen wollen, und verbleiben deroſelben zu Erweiſung angenehmer Freund-Vetterlicher Dienſte ſtets willig und gefliſſen. Datum Eiſenach den 5. Jul. 1726.

Von GOttes Gnaden Johann Wilhelm, rc.

Ew. Liebden

Dienſtwilliger treuer Vetter, Gevatter und Diener.

Johann Wilhelm,
H. z. Sachſen.

Num. X.

Antwort-Schreiben an des Königs in Engelland Majeſt. von des Herrn Hertzogen Johann Wilhelmen zu Sachſen-Eiſenach Durchl.
de 19. Junii 1726.

Durch-

Durchlauchtigſter, Großmächtigſter König,
Inſonders Hochgeehrter Herr Vetter!

Daß Ew. Königl. Majeſtät auf mein beſchehenes Nachſuchen eine Vorſchrifft an des Herrn Landgraffen zu Heſſen-Darmſtadt Lbd. wegen der von denen Grafen zu Wittgenſtein geſuchten Belehnung über Friedewald abgehen zu laſſen, anbey der Printzeßin von Wallis Hoheit habenden Prætenſionen halber Erinnerung zu thun belieben wollen, ſolches habe aus deroſelben an mich gerichteten hochgeehrtem Schreiben vom $\frac{\text{26. April.}}{\text{7. May.}}$ ſo mir aber ſpät zu Handen kommen, des mehrern erſehen.

Gleichwie nun Ew. Königl. Majeſtät vor ſothane hohe Gütigkeit ergebenſten Danck abſtatte, alſo habe nicht ermangeln wollen, Ew. Königl. Majeſtät die von Heſſen-Darmſtadt erhaltene Erklärung hierbey abſchrifftlich zu communiciren, zugleich dieſelben zu verſichern, daß wider das Fürſt-Mütterl. Teſtament jemahlen gehandelt, oder etwas *præjudicir*liches unternommen zu haben, mir nicht erinnerlich, dahero auch zu was vor Satisfaction mich verſtehen ſolle, mir unbekandt, der ich übrigens zu Ew. Königl. Majeſtät höchſt-ſchätzbaren Affection mich beſtens empfehle, und mit aller Hochachtung verharre,

Ew. Königl. Majeſtät

Eiſenach, den 19. Junii
A. 1726.

Dienſtwilligſter treuer Vetter und
Diener,
Johann Wilhelm,
H. z. Sachſen.

An
Sr. Königl. Majeſtät
von Groß-Brittannien.

Num. XI.

Extractus Inſtrumenti Notarialis, die Poſſeſſions-Ergreiffung der Grafſchafft Sayn-Altenkirchen betreffend.

Hierauf unterzoge ich, der Notarius, auf habender Amts-Pflicht halber und der an mich rite beſchehenen Requiſition gemäß, ſothaner vorſeyender Handlung mich nicht nur behörig, ſondern ſubrequirirte auch ſo fort die darzu benöthigte Inſtruments-Zeugen, nahmentlich:

Johann Martinus Cramer, und
Peter Weygand Weber.

beederſeits hieſige Bürger und Gerichts-Schöppen behörig, nebſt Beſtellung der Pferde für mich, den Notarium und beede Inſtruments-Zeugen, Herr Ober-Amtmann aber lieſſen me, Notario & teſtibus præſentibus, Herrn Land-Major und Fähndrich Dormann zu Widderſtein ſchrifftlich per Expreſſum, und hieſiger Stadt Geiſtliche, Burgermeiſter und Gerichts-Schöppen Lutheriſch- und Reformirter Religion per Cantzley-Diener Cramer, ſchleunigſt zu ſich aufs Schloß mündlich beſcheiden. Und als darauf Herr Rath Leonhardi, Herr Land-Major Dormann, die beede Herren Geiſtliche, Burgermeiſter und Gerichts-Schöppen hieſiger Stadt ſich in des Herrn Ober-Amtmanns vorderſten Gaſt-Zimmer eingeſtellet, und mehrgedachter Herr Ober-Amtmann denenſelben, me; Notario, & teſtibus præſentibus, von Sereniſſimi noſtri unvermutheten höchſtſchmertzlichen Todes-Fall und deroſelben nunmehrigen alleinigen und rechtmäßigen Erbfolger Sr. Hochfürſtl. Durchl. Herrn, Herrn Marggrafen zu Brandenburg-Onoltzbach, Notiz gethan, weniger nicht die von höchſt-nur gedachter Sr. Hochfürſtl. Durchl. zur legalen Poſſeſſions-Ergreiffung hieſiger Sayn-Altenkirchiſchen Landes-Portion, mittelſt Anſchla-

ſchlagung der Patenten, Wappen und Titul, wie auch Nehmung des Hand-Gelübds von Geiſt- und Weltlichen Dienern, auch Bürgern und Unterthanen, erhaltene und unter deroſelben eigenhändigen hohen Nahmens Unterſchrifft und vorgedruckten Hochfürſtl. Geheimen Inſiegel corroborirt, aus- und zugefertigte Vollmacht und Patent von Wort zu Wort reſp. fürgeleſen und publiciret, anbey in mein des Notarii und derer Zeugen fortdaurender Præſenz deutlich declariret hätten, daß ſie, Herr Ober-Amtmann, vermög obhabend producirter Vollmacht hiemit die würckliche Poſſeſſion von der Grafſchafft Sayn, Altenkirchiſchen Antheils, mit ihren Schlöſſern, Städten, Flecken, Dörffern, Güthern und Unterthanen, ſamt allen Pertinentien, im Nahmen Sr. **Hochfürſtl. Durchlaucht Herrn Marggrafens zu Brandenburg-Onolzbach** ꝛc. und Grafen zu Sayn und Wittgenſtein, als derſelben alleinigen rechtmäßigen Succeſſoris, brevi manu legaliter ergriffen haben, und nunmehro den Handſchlag von ſämmtlich anweſenden Geiſt- und Weltlichen Herren Bedienten, wie auch Vorſtehern, in Sermi. Hochfürſtl. Durchl. Nahmen gewärtigen wollten, erfolgte ſolcher, unter vorgängig gegebener Verſicherung aller Hochfürſtl. Gnade und Landes-Väterl. Schutzes, auch kräfftigſter Manutenirung ſämtl. rechtlichen Herkommens, Freyheiten und Privilegien, wie auch freyen und ungehinderten Religions-Exercitii, von nachſtehend benannten Geiſt- und Weltlichen Bedienten auch Vorſtehern hieſiger Stadt:

Herrn Rath und Ober-Amts Aſſeſſore **Carl Wilhelm** von Poſtolzky.

Herrn Rath und Secretario **Johann Ernſt Leonhardi.**

Herrn Land-Major **Johann Georg Dormann.**

Herrn

Herrn Contingents-Hauptmann Simon Schmidt.
Herrn Inſpector und Stadt-Pfarrer, Johann Chriſtian Hermann.
Herrn Paſtore reformato Johann Hermann Altgeld.
Burgermeiſter Friedrich Anton Hulpuſch.
Gerichts-Schöff Johann Daniel Paully.
Schöff Johannes Neuhoff.
Schöff Johann Balthaſar Sayniſch.
Schöff Johann Heinrich Rayder, und
Schöff Johann Peter Weßler.
wie auch
Cantzley-Diener Heinrich Cramer.

an Herrn Ober-Amtmann willigſt und in geziemender Devotion.

Demnechſt wurden die Schlüſſel zu denen Thoren hieſiger Stadt, in dermahliger Abweſenheit des Stadt-Fähndrichs Baaß, von ſeiner Frau, zum Schloß aber von der verwittibten Silber-Dienerin und Burgvogtin, Knaufſin, ſo fort abgeforderter maſſen an Herrn Ober-Amtmann eingehändiget, und darauf ſolche von denenſelben an Herrn Hauptmann Schmidt und zeitlich regierenden Burgermeiſter Hulpuſch zu treuen Händen überlieffert. Vorgängig deſſen, verfügten ſich der Herr Ober-Amtmann Schultz, in Aſſidenz des Herrn Cantzley-Directoris Avemann und Gefolg hieſiger Herren Räthe, Burgermeiſter, Cantzley-Diener und Schöffen, me Notario & teſtibus re- & ſubrequiſitis ſupra nominatis præſentibus, Freytags, den Acht und Zwantzigſten Julii, frühe zwiſchen Ein und Zwey Uhr, aus dem Fürſtl. Schloſſe an der Stadt Obern-Thor, und lieſſen daran, als ſolches der Burgermeiſter Hulpuſch behörig aufgeſchloſſen und eröfnet hatte, auſſerhalb an deſſelben einen Flügel Ihro Hochfürſtl. Durchlaucht des Herrn Marggrafens zu Brandenburg-Onolzbach, auf

Blech

Blech gemahltes Wappen mit einem rothen Adler im ſchwartz und weiſen Felde und darüber geſetzten lateiniſchen groſſen Buchſtaben C. W. F. M. Z. B. O. gezieret, und an dem andern Flügel gleich dem Wappen gegen über dero hohen Titul gedruckt durch einen meiner ſubrequirirten Inſtruments-Zeugen gebührend affigiren, und darauf erſagtes Thor hinwieder ſchlieſſen, und mit nöthiger Wach verſehen, von dar verfügten ſie ſich in erwehnter Suite, die vorder Straſſe hinunter an das Unter-Thor der Stadt, und von demſelben an das Schloß-Thor, und bewerckſtelligten daran mittelſt Anſchlagung des Marggräflichen Wappens und gedruckten Tituls ein gleiches, als beym Obern-Thor bewürcket war, und als auch dieſes geſchehen, giengen ſie weiter durch den vördern Schloß-Hof über den Gang zur Cantzley, in die Fürſtl. Cantzley-Stube, und forderten allda denen Subalternen ihre zu erſagter Cantzley-Stube in Handen habende Schlüſſel ab, reſtituirten aber nach deren Abgabe ſolche denenſelben ſogleich hinwieder zu treuen Händen, und hierauf giengen ſie, nachdem vorhero der gedruckte Marggräfl. Titul an die Thür der Cantzley-Stube angehefftet war, endlich in eine der Herrſchafftl. Kuchen, und lieſſen darinnen auf daſigen Heerd friſch Feuer anmachen und hinwiederum mit Waſſer ausgieſſen, löſchen, und aus ſolcher zurück in dero Gaſt-Zimmer. In ſelbigem vermeldeten der Herr Ober-Amtmann, wie daß ſie, nach apprehendirter generalen Poſſeſſion hieſiger Grafſchafft Sayn, nunmehro im Begriff wären, zu ſpecialer Poſſeſſions-Einnehmung derer Aemter Freußburg und Friedewald, dahin per Poſt-Chaiſe abzugehen, mithin beurſachet lebten, zu Einnehmung des Handſchlags von allen Herren Geiſt- und Weltlichen Bedienten, Beamten, Schultheiſſen, Richtern, Geſchwornen

und

und Send-Schöffen, wie auch Affigirung des Marggräfl. Wappens und gedruckten Tituls an jede Kirche derer Kirchſpiele und Voigtey Roßbach Amts Altenkirchen, wie auch in dem Gemeinſchafftl. Flecken Benndorff, den hieſigen Herrn Rath und Ober-Amts-Aſſeſſorem von Poſtolzky, und Herrn Amts-Verwalter Schultz zu Leutzbach zu ſubſtituiren, auch dieſelben dazu hiemit ſubſtituiret haben wollen, wie ſie dann zu Befolgung ſothaner Commiſſionen überall Notarios & Teſtes zu adhibiren hätten, ꝛc. Actum 27. Jul. 1741.

Num. XII.

Extractus anderweiten Inſtrumenti Notarialis, de Actum 27. Jul. 1741.

Hierauf fuhren wir auf Daden, als das Kirchſpiel Amts Friedewald, allwo wir noch vor zwey Uhr Nachmittags beſagten 28. Julii ankamen, und gedachter Herr Ober-Amtmann den daſelbſt anweſenden Friedewaldiſchen Amts-Actuarium Herrn Johann Heinrich Lamprecht, das Hand-Gelöbniß præſtiren und an der Kirche zu Daden das Hochfürſtl. Brandenburg-Onoltzbachiſche Wappen und Titul, an dem Schul-Hauß daſelbſt aber, den Titul durch mich in der oben gemeldten Zeugen Gegenwart affigiren lieſſen.

Als dieſes geſchehen und wir weiter auf Friedewald zu fahren im Begriff waren, kame dem Herrn Ober-Amtmann Schultz die Nachricht zu, daß ab Seiten der Frau Landgräfin zu Heſſen-Philippsthal Nachmittags nach zwey Uhr in Friedewald am Schloß-Thor ein Patent angeſchlagen worden, trafen auch diejenige, ſo ſolches verrichtet, nemlich den Heſſen-Philippsthaliſchen Rath Ernſt Chriſtoph Hellmer und die beyde Notarien Raab, Regiſtrator und Secretarius Subſtitutus zu Marburg, und Johann Jacob Raupp aus Philippsthal, ohnweit Daden bey der Schneide-Mühl an, welche Herr Ober-Amtmann Schultz auf

Friedewald mit zurück zu kehren erſuchte; Bey der Dahinkunfft befragte beſagter Herr Ober-Amtmann Schultz den Rath Hellmer (als welcher ſich allein am Schloß einſtellte, die Notarien aber im Wirthshauß zurück gelaſſen hatte) warum er ſich erkühnet, an dem Schloß-Thor ein Patent zu affigiren, und als dieſer replicirte, daß er ſolches ſeiner Instruction gemäß, und, da er Poſſeſſionem vacuam gefunden, gethan hätte, erwiederte Herr Ober-Amtmann Schultz, daß es keinesweges Poſſeſſio vacua geweſen, maſſen nicht nur bereits die Poſſeſſion zu Altenkirchen, als der Reſidentz und wo das Ober-Amt befindlich und das gantze Land den Nahmen davon führte, generaliter Nahmens des Hrn. **Marggrafen zu Brandenburg-Onolzbach Hochfürſtl. Durchl.** ergriffen, ſondern auch der Beamte bereits vor Anſchlagung ihres Patents in Hand-Gelöbnüß genommen worden, mithin mögte er ſich gefallen laſſen, ſolches wiederum zu refigiren; Als er aber ſich deſſen weigerte, ermahnete ihn gedachter Herr Ober-Amtmann, das Patent wiederum abzunehmen, wiedrigenfalls man zu andern ihm vielleicht unangenehmen Mitteln ſchreiten müßte, befahl auch, da er ſich noch nicht dazu verſtehen wollte, ſich ſeiner Perſon zu verſichern. Hierauf ſagte gedachter Rath Hellmer, er hätte das Patent nicht ſondern die Notarien affigiret, wann dieſe es wieder abnehmen wollten, müßte er es geſchehen laſſen, wollte jedoch gegen Gewalt, und daß man ihn mit bewehrter Mannſchafft umgeben, proteſtiret haben, worgegen ihm bedeutet wurde, daß die Mannſchafft nicht ſeinetwegen, ſondern zu Beſetzung des Schloſſes, commandiret wären, da dann die inzwiſchen herbey geruffene beyde Notarien das Patent nicht nur ſelbſten wieder abnahmen, ſondern ſich auch alſobald wieder fort machten.

E N D E.

CORRIGENDA.

Pag. 3. lin. 9. pro: eine Beruffung, leg. ſeine Beruffung. Pag. 36. lin. 10. pro: nöthig habe, leg. nicht nöthig habe. Pag. 59. lin. 12. pro: Abtheilung, leg. Abthuung.

Und weil der Autor nicht nur von dem Ort des Drucks entfernet iſt, ſondern auch wegen einer Reiſe die folgende Bogen nicht in Zeiten zu Geſicht bekommt; als wolle der Leſer ihme die vorgehende Fehler nicht imputiren.

Am Buchbinder.

Das Blätlein ſo an Titel-Bogen angedruckt iſt, muß abgeſchnitten und an Ort und Stelle gebunden werden.

Bayerische StaatsBibliothek
Münchener DigitalisierungsZentrum Digitale Bibliothek

Moser, Johann Jacob,

Staats-Historie Teutschlandes Unter der Regierung Ihro Käyserlichen Majestä
t Carls des Siebenden In so ferne ermelte Historie in das allgemeine oder besondere Staats-Recht des gantzen Teutschen Reiches, oder dessen eintzeln Reichs-Stände einschläget ...
Bd.: 1

Jena (1743)

J.publ.g. 536 b-1
urn:nbn:de:bvb:12-bsb10560544-0
VD18 80303021-001